

Zu 1000 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates XVII. GP

ANLAGE

**zum Bericht des
Lucona-Untersuchungsausschusses**

**Wortprotokolle
über die
Zeugeneinvernahmen**

Band 2

Seite 479 bis Seite 944

Protokolle

über die Vernehmung von Zeugen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Untersuchung

1. der Tätigkeit der am gerichtlichen Strafverfahren in der Causa Lucona beteiligten bzw. in dieses involvierten Behörden und der damit zusammenhängenden Verantwortlichkeiten sowie
2. der Verantwortlichkeiten im österreichischen Bundesheer für die angebliche Überlassung von Sprengmitteln an Udo Proksch *)

Zeugen zum Thema „Kontakte mit Udo Proksch“:

7. Februar 1989: Dr. Demel	482
Ing. Worm	526
Ing. Worm — Dr. Demel	555

Zeugen zum Thema „Verhalten der Bundesländer-Versicherung im Falle Lucona“:

8. Februar 1989: Pretterebner	575
Dr. Masser	608
Dr. Ruso	655

Zeugen zum Thema „Vorgänge im Bereich der Sicherheitsdirektion Salzburg bzw. Weisungen an diese Behörde“:

15. Februar 1989: Blecha — Dr. Hermann — Dr. Thaller	676
Balas	721
Dr. Danzinger	724
Lanc	745

Zeugen zum Thema „Kontakte mit Udo Proksch“:

16. Februar 1989: Dr. Haider	756 und 803
Eva Netolicka	786
Michaela Kappl	798
Dr. Hellwagner	805
Mag. Brantner	817
Löscher	831
Margarete Löscher	839
Rumpold	845

Zeuge zum Thema „Vorgänge im Bereich der Sicherheitsdirektion Salzburg bzw. Weisungen an diese Behörde“:

17. Februar 1989: Dr. Mittermayr	864
----------------------------------------	-----

Zeugen zum Thema „Berichte der Staatspolizei über Vorträge Pretterebners“:

17. Februar 1989: Mag. Bernkopf	873
Dr. Liebhart	904

*) Aufgrund eines Beschlusses des Untersuchungsausschusses iS § 33 Abs. 3 GOG 1975 waren bei den Zeugeneinvernahmen Medienvertreter als Zuhörer anwesend.

10. Sitzung: 7. Februar 1989

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten

Obmann Steiner: Ich nehme die Sitzung wieder auf.

Da einige Geschäftsordnungsfragen zu behandeln sind, beabsichtige ich, nach der Sitzung hier zu einem Gespräch im Lokal V zu bitten.

Es haben sich zu Wort gemeldet Dr. Partik-Pablé, Dr. Pilz, Dr. Rieder und Dr. Graff.

Bitte, Frau Doktor.

Helene Partik-Pablé: Ich habe noch einige Zeugenladungen, die ich beantragen möchte, und zwar einmal den Generaldirektor der öffentlichen Sicherheit Danzinger zum Beweis dafür, daß er Unterlagen für die schriftliche Beantwortung von parlamentarischen Anfragen zusammengestellt hat, aus denen hervorgeht, daß das Innenministerium bereits vor Juli 1983 Kenntnis hatte von den Erhebungen in Salzburg.

Zweitens beantrage ich die Beischaffung der Protokolle jener drei Salzburgerinnen, die von der Salzburger Polizei oder Gendarmerie über ihre Beobachtungen im Hotel Bangkok am 6. Jänner 1989 vernommen worden sind.

Weiters beantrage ich die Einvernahme des Generalintendanten des ORF Podgorski vor diesem Untersuchungsausschuß. Ich verweise darauf, daß ich bereits in meiner Zeugenliste vom 17. November 1988 Podgorski als Zeugen nominiert habe. Die beiden Großparteien haben aber diesen Antrag abgelehnt (Graff: Nein, nicht abgelehnt! — Rieder: Das stimmt nicht!) beziehungsweise einer späteren Erledigung vorbehalten. (Graff: So ist es!)

Ich beantrage die Einvernahme Podgorskis zum Beweis dafür, daß er als geschäftsführender Vizepräsident des CUM tatsächlich tätig geworden ist und eine Geschäftstätigkeit entwickelt hat.

Weiters erlaube ich mir bezüglich der heutigen Tagesordnung darauf hinzuweisen, daß es mir sinnvoll erscheint, eine Gegenüberstellung Demel-Worm in der Form zu machen, daß zuerst Worm vernommen wird zu dem Sachverhalt im Flugzeug und dann Demel (Graff: Jawohl! Natürlich! — Rieder: Natürlich!) und daß Demel jetzt zu anderen . . . (Graff: Nein! Mit dem Demel fangen wir an!) Ja schon, daß Demel vernommen wird, aber zu anderen Sachen, während man zu dem Vorfall im Flugzeug zuerst Worm hört. Es ist doch widersinnig, wenn man Demel zuerst hört, wenn Worm einen bestimmten Sachverhalt hier aufgezeigt und Demel damit konfrontiert werden soll. Ich bin schon dafür, daß Demel vernommen werden soll. Aber es gibt andere Fragen — ich habe verschiede-

ne andere Fragen auch an ihn —, die auch nach dem Strukturpapier jetzt gerade zur Behandlung dran wären, aber ich möchte, daß man zu dieser Flugzeuggeschichte zuerst Worm hört.

Obmann Steiner: Frau Doktor, dazu möchte ich nur folgendes sagen: Der Herr Ing. Worm ist für 12 Uhr geladen. Wir müßten daher die Sitzung unterbrechen. Ich glaube, das hat keinen Sinn. Wir gehen in der Weise vor, wie wir es vorgesehen haben.

Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Ich schließe mich zuerst einmal dem Antrag an, den Herrn Generalintendanten Podgorski zu laden. Ich möchte ihn zusätzlich auch zu der Frage laden, welche Rolle seine Aktivitäten bei CUM bei der Reglementierung des ORF-Redakteurs Franz Hlavac gespielt haben, und ich bin deswegen dafür, daß er umgehend zu diesem Thema geladen wird.

Zweitens beantrage ich, den Herrn Bachmayer, ehemaligen Bundesländer-Versicherungs-Bediensteten, zur Frage Rückversicherung im Zusammenhang mit Lucona zu laden.

In diesem Zusammenhang beantrage ich auch die Ladung des Herrn Dr. Fremuth, um diese ganze Frage der Rückversicherungen, diesen ganzen Komplex Löschenkohl, Novak, London & Kingston zu klären.

Weiters beantrage ich die Ladung des Herrn Dr. Löschenkohl ebenfalls zu dem ganzen Komplex Rückversicherungen, Bundesländer-Versicherung.

Zum gleichen Komplex beantrage ich die Ladung des Herrn Dr. Cretnik, des früheren Generaldirektors der Bundesländer-Versicherung.

Dann beantrage ich die Ladung des Richters Dr. Hellwagner, „Club 45“-Mitglied, von dem eine Frau Dr. Berta Herbst, deren Ladung ich auch beantrage, behauptet, daß Hellwagner ihr gegenüber erklärt hat, daß er vor kurzer Zeit, Ende 1988, Anfang 1989, mit Udo Proksch Kontakt gehabt hat. Es handelt sich um ähnliche Vorkommnisse wie um die des heutigen Zeugen Demel.

Des weiteren schlage ich vor, in der Frage Heeres-Nachrichtenamt zu klären, warum entgegen der Übereinkunft vor der Einvernahme des Zeugen Ulrich, der heute auf der Tagesordnung steht, die Akten des Heeres-Nachrichtenamtes und des Heeres-Abwehramtes nicht vorliegen.

Wir haben uns geeinigt. Das ist eine Frage, die wir zu klären haben. Ich beantrage, das zu klären.

Wir haben uns darauf geeinigt, wir vernehmen den Zeugen Ulrich dann, wenn die Unterlagen des Heeres-Nachrichtenamtes und des Abwehramtes vorliegen. Sie liegen nicht vor. Deswegen beantrage ich, noch einmal nachzufragen und alles in die Wege zu leiten, daß diese Akten beigelegt werden. Akten über Proksch, über Bundesländer-Versicherung wie auch über andere Skandale existieren im Heeres-Nachrichtenamte.

In diesem Zusammenhang beantrage ich, die Zeugenladung Ulrich zurückzustellen, bis wir die Möglichkeit gehabt haben, diese Unterlagen zu studieren, und gleichzeitig dann mit Ulrich vom Heeres-Nachrichtenamte die Herren Mais, Gereitschläger und Stöger zu laden, alle drei Beamte des Heeres-Nachrichtenamtes, die mit der Erstellung und der Behandlung des Aktes Proksch im Heeres-Nachrichtenamte befaßt waren.

Weiters beantrage ich, folgende Akten, folgende Unterlagen anzufordern beziehungsweise zu versuchen, sie freiwillig dem Ausschuß zur Verfügung stellen zu lassen:

1. noch einmal die Akten des Heeres-Nachrichtenamtes und des Heeres-Abwehramtes;

2. eine umfassende Information des Generaltruppeninspektors an den Verteidigungsminister, die vom Verteidigungsminister am 22. 3. 1988 zu diesem ganzen Komplex Lucona-Proksch-interne Vorgänge des Bundesheeres in Auftrag gegeben worden ist und zirka einen Monat später dem Verteidigungsminister übergeben worden ist. Ich beantrage, diese Information und sämtliche Weisungen, die zu dieser Information geführt haben, vom Bundesministerium für Landesverteidigung anzufordern.

Weiters beantrage ich, die Bundesländer-Versicherung zu ersuchen, die Aufsichtsratsprotokolle der Bundesländer-Versicherung, soweit sie den Komplex Lucona-Proksch betreffen, diesem Ausschuß zur Verfügung zu stellen.

Als letztes beantrage ich, den Untersuchungsrichter Dr. Tandiger zu ersuchen, uns die seinerzeit im „Club 45“ beschlagnahmte Mitgliederliste des „Club 45“ zukommen zu lassen.

Obmann Steiner: Ich möchte nur zu einem Punkt etwas sagen. Wir haben heute den Leiter des Heeres-Nachrichtenamtes Ulrich im Zusammenhang mit diesen Kontakten am 4. 1. 1989 vorgeladen zu einem bestimmten Problembereich. Die heeresnachrichtentamlichen Sachen würden später kommen, im Zusammenhang mit CUM. Daher sind auch die Akten dazu bisher noch nicht eingelangt, und wir betreiben die Vorlage dieser Akten.

Als nächster hat sich Herr Dr. Rieder zu Wort gemeldet.

Rieder: Herr Vorsitzender! Ich möchte einen Be-
weisantrag stellen, und zwar zu den ungeklärten

Geldflüssen in und aus der Bundesländer-Versicherung und deren Verquickung mit der Causa Lucona.

Die Beweisthemen sind:

1. ungeklärte Geldflüsse in und aus der Bundesländer-Versicherung, insbesondere im Zusammenhang mit den vorgetäuschten Provisionszahlungen an Frank Novak.

2. Rückversicherung des Lucona-Vertrages und aufklärungsbedürftige Rückversicherungsgeschäfte sowie damit verbundene Geldtransaktionen der Bundesländer-Versicherung, insbesondere über die hundertprozentige Tochtergesellschaft London & Kingston.

3. Angebliche „lebende Subventionen“ der Bundesländer-Versicherung und ÖVP-Provisionskonten bei der Bundesländer-Versicherung.

4. Feststellungen der Versicherungsaufsicht zur Gebarung der Bundesländer-Versicherung.

5. Angebliche Vertuschungsbemühungen seitens der Bundesländer-Versicherung, um das Bekanntwerden der Malversationen, insbesondere vor Erscheinen des Lucona-Buches, zu verhindern.

Beantragt wird die Vorladung folgender Zeugen: Georg Battisti, Prokurist und Leiter der zentralen Prämienverrechnungsstelle der Bundesländer-Versicherung, Josef Buchinger, Vorstandsdirektor der Bundesländer-Versicherung, Dr. Herbert Cretnik, Generaldirektor i. R. der Bundesländer-Versicherung, Dr. Walter Fremuth, Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Kurt Hazdra, seinerzeitiger Leiter der Innenrevision, Bundesländer-Versicherung, Ferdinand Löschenkohl, Zentralkontrollrat i. R., Bundesländer-Versicherung, Ökonomierat Andreas Maurer, Landeshauptmann a. D., Aufsichtsratspräsident der Bundesländer-Versicherung, Frank Novak, Versicherungsmakler London, Dr. Walter Petrak, Generaldirektor der Bundesländer-Versicherung, Walter Racek, Direktor-Stellvertreter i. R. der zentralen Prämienverrechnungsstelle, Dr. Kurt Ruso, Generaldirektor i. R., Bundesländer-Versicherung, Dr. Erika Wolf, Ministerialrat im Bundesministerium für Finanzen.

Beantragt wird ferner die Beischaffung folgender Akten und Unterlagen als Beweismittel:

1. Anweisungsbelege und sonstige Aufzeichnungen in der Bundesländer-Versicherung über die Provisionszahlungen an Frank Novak.

2. Unterlagen der Bundesländer-Versicherung über die Rückversicherungsgeschäfte mit der London & Kingston.

3. Unterlagen der Bundesländer-Versicherung über die Rückversicherung des Lucona-Vertrages.

4. Akten des Bundesministeriums für Finanzen betreffend Bundesländer-Versicherung.

5. Aufsichtsratsprotokolle der Bundesländer-Versicherung von 1977, soweit einschlägig.

6. Hauptverhandlungsprotokolle im Strafverfahren gegen Dr. Ruso und andere sowie Antrags- und Verfügungsbogen aus diesem Verfahren.

7. Protokolle über die Einvernahmen folgender Personen durch den Untersuchungsrichter oder die Sicherheitsbehörden in diesem Verfahren: Walter Bachmayer, Anton Fürst, Ferdinand Löschenkohl, Andreas Maurer, Dr. Walter Petrak, Walter Racek, Dr. Kurt Ruso.

8. Tagebücher der Staatsanwaltschaft Wien und Jv-Akten des Landesgerichtes für Strafsachen Wien zu dem Strafverfahren gegen Ruso und andere und zu damit zusammenhängenden Strafsachen.

Obmann Steiner: Ich möchte jetzt zu diesen Anträgen, die hier so zahlreich eingelangt sind, doch in Erinnerung rufen, daß wir selbstverständlich alle diese Anträge prüfen werden, jedoch im Zusammenhang mit dem klar umrissenen Auftrag dieses Ausschusses.

Ich darf Ihnen das noch einmal vorlesen: „Im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Strafverfahren in der Causa Lucona wird zur Untersuchung der Tätigkeit der am Verfahren Beteiligten beziehungsweise in dieses involvierten Behörden und der damit zusammenhängenden Verantwortlichkeiten sowie zur Untersuchung der Verantwortlichkeiten im österreichischen Bundesheer für die angebliche Überlassung von Sprengmitteln an Udo Proksch ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.“

Man wird diese Anträge selbstverständlich in einer sehr weimäsigigen Art und Weise behandeln, aber ich bitte Sie, nicht zu übersehen, welchen Auftrag der Ausschuß an sich hat. Der Ausschuß muß auch in einer entsprechenden Zeit mit seiner Arbeit fertig werden. Selbstverständlich noch einmal: Nichts verheimlichen, nichts unter den Tisch kehren!

Der Auftrag ist klar, und ich glaube, es gibt auch eine gewisse Gewaltenteilung. Es gibt für verbrecherische Machinationen die Justiz, es gibt die Sicherheitsbehörden, die sie zu untersuchen haben, es gibt für Versicherungen die Versicherungsaufsicht.

Sollten diese Institutionen nicht funktionieren, so wird es am Parlament sein, das Funktionieren oder Nichtfunktionieren dieser Institutionen zu überprüfen. Lassen Sie mich einmal als Vorsitzenden diese Stellungnahme abgeben.

Als nächster hat sich Dr. Graff gemeldet.

Graff: Herr Vorsitzender! Sie haben uns jetzt das Untersuchungsthema in Erinnerung gerufen. Ich stimme Ihnen voll zu: Dieser Ausschuß hat zu untersuchen, ob die behördlichen Verfahren und die verantwortlichen Politiker funktioniert haben bei der Aufklärung dieses gewaltigen Verbrechens. Ich glaube, daß der Ausschuß bis jetzt eine gute Arbeit geleistet hat. Es sind einige Ergebnisse, die

auch politische Wirksamkeit gezeigt haben, hervorgekommen.

Ich glaube aber, daß wir uns jetzt nicht durch eine Vielzahl von Beweisanträgen, die ganz offensichtlich am Untersuchungsthema vorbeigehen, davon abbringen lassen sollten. Und jetzt wende ich mich an Sie; meine Herren Kollegen von der SPÖ: Es ist ja ganz offensichtlich, daß jetzt die Frage herankommt, ob auch in Niederösterreich die Untersuchung unter der Verantwortung des früheren Innenministers Blecha behindert wurde. Es kommt dann als nächstes die Frage heran, ob unter der Außenministerschaft des früheren Außenministers und früheren Nationalratspräsidenten Gratz die Beischaffung von Beweisen auf außergewöhnlichen Wegen betrieben wurde. Ich verstehe, daß Ihnen das alles unangenehm ist. Wir von der ÖVP sind aber trotzdem nicht bereit, uns jetzt hier auf eine Verzögerungsaktion einzulassen, daß etwa in Bereichen, die mit dem Untersuchungsthema überhaupt nichts zu tun haben, Serien von Zeugen vernommen werden. Gerade der Umfang Ihres Beweisantrages macht ihn eigentlich unseriös; da wäre weniger sicher mehr gewesen.

Ich stimme dem zu und beantrage selber, daß der Bericht über die derzeit laufende versicherungsaufsichtsbehördliche Prüfung bei der Bundesländer-Versicherung, sobald er vorliegt, beige-schafft wird vom Bundesministerium für Finanzen, und ich behalte mir vor, wenn wir diesen Bericht dann gesehen haben, wo auch zum Beispiel, wie ich höre — ich weiß ja nicht, ob es wahr ist —, drinnenstehen soll, daß diese Rückversicherungsgesellschaft London & Kingston, die die „Bundesländer“ selber gegründet hat, mit der Rückversicherung der Lucona überhaupt nichts zu tun hat, weil das viel später war. Aber trotzdem gebe ich dem Kollegen Rieder insofern recht: Diese Provisionsflüsse an den Herrn Löschenkohl und offenbar die Strohmännfunktion des Herrn Novak sind durchaus interessant. Es bleibt aber Ihre Aufgabe, Herr Kollege Rieder, den Konnex mit dem Untersuchungsthema Lucona herzustellen.

Daher mein Antrag und Vorschlag: Schaffen wir den Bericht der Prüfung, der jetzigen Prüfung der Versicherungsaufsicht zu diesem Thema bei, und dann werden wir beurteilen können, ob und welche der vielen von Ihnen genannten Zeugen und Unterlagen einschlägig sind und für uns in Betracht kommen.

Zu dem Beweisantrag Generalintendant Podgorski: es sind hier neue Beweisthemen genannt worden, CUM und dergleichen. Ich glaube, daß es legitim ist, und ich neige auch dazu, für diesen Beweisantrag zu stimmen, allerdings dann, wenn das Untersuchungsthema Waffenbeschaffung vom Bundesheer für Proksch und andere relevant wird, also zu dem Tatsachenbereich.

Ich bin allgemein namens meiner Fraktion dagegen, daß wir unseren erstellten Plan der Einver-

nahmen über den Haufen werfen, und bin dafür, daß wir so vorgehen, wie es geplant ist. Sollte auf diesem Wege oder über den Bericht der Versicherungsaufsicht irgend etwas zusätzliches Einschlägiges, nämlich Lucona-Einschlägiges, hervorkommen, so sind wir die ersten, die dafür sind, das rückhaltlos zu prüfen, selbstverständlich auch und ohne Rücksicht auf Verluste bei der Bundesländer-Versicherung. — Danke.

Obmann Steiner: Danke. Es haben sich Dr. Rieder und Dr. Ermacora gemeldet. Ich möchte nur sagen, wenn wir eine Geschäftsordnungsdebatte durchführen wollen, müßte ich hier die öffentliche Sitzung kurz unterbrechen.

Herr Dr. Rieder, Dr. Ermacora, bitte.

Rieder: Herr Vorsitzender! Ich werde ganz kurz sein, nur glaube ich, bin ich verpflichtet zu begründen, wo meine Fraktion den Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand sieht.

Sie haben darauf hingewiesen, daß es im Auftrag des Nationalrates heißt, daß wir die Tätigkeit der Behörden überprüfen sollen. Das umfaßt auch die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Behörden tätig werden konnten und warum sie nicht früher tätig werden konnten. Sie hätten früher tätig werden können, wenn sich die Bundesländer-Versicherung als Betroffene und Geschädigte anders verhalten hätte, nämlich so, wie das üblich ist. Daher gehört das Faktum des Verhaltens der Bundesländer-Versicherung, das zur Folge gehabt hat, daß durch Jahre hindurch, obwohl hier der schwere Verdacht eines schweren Verbrechens im Raum gestanden ist, nicht untersucht werden konnte, zum Gegenstand unseres Auftrages, und daher gehört auch dazu, sich mit den Motiven und dem Hintergrund für ein solches Verhalten zu befassen.

Zweitens: Es handelt sich hier nicht um ein reines Privatunternehmen, sondern es geht um ein Versicherungsunternehmen, an dem eine Reihe von Bundesländern beteiligt sind, also öffentliches Geld mit im Spiele ist. Daher erscheint mir unter diesem Gesichtspunkt die Argumentation, es handle sich hier um reine Privatwirtschaft, nicht zutreffend, sondern es geht hier um ein Unternehmen, an dem Bundesländer beteiligt sind. Und schließlich und endlich geht es um ein Versicherungsunternehmen, das sich ja auch dadurch kennzeichnet, daß der Aufsichtsrat in ganz besonderem Maße besetzt ist, was auch mit einem normalen Versicherungsunternehmen nicht vereinbar ist. Daher meine ich, daß unter diesem Gesichtspunkt sehr wohl die Beurteilung dieses Verhaltens der Bundesländer-Versicherung und der Motive und des Hintergrundes dafür zum Untersuchungsgegenstand gehören. Aber alles weitere können wir ja dann in der Geschäftsordnungsdebatte erörtern.

Ermacora: Herr Vorsitzender, ich würde doch anregen, daß man diese Geschäftsordnungsdebatte

nicht bevor man entsprechend dem heutigen Zeitplan die Zeugen gehört hat, führt. Es hat sich bei den letzten Sitzungen herausgestellt, daß die Zeugen, die geladen waren, doch Bedingungen ausgesetzt waren, die man nicht als besonders menschenfreundlich ansehen kann, weil sie über Zeiträume hinweg warten mußten, die einfach aufgrund des Zeitplanes für die Zeugen nicht einsichtig und nicht vorhersehbar waren. Also mein Antrag wäre, diese ganzen Probleme, die jetzt durch die Anträge aufgeworfen wurden, in einer Geschäftsordnungsdebatte am Ende der Anhörung der Zeugen abzuhandeln.

Meine zweite Bemerkung: Ich halte die Argumentation des Herrn Abgeordneten Dr. Rieder, die wir gerade gehört haben, für nicht sehr schlüssig, insbesondere wenn er von den Bundesländern spricht. Bitte, ich möchte doch hervorheben, daß dieser Ausschuß im Rahmen der Bundesverfassung die Geschäftsführung der Bundesregierung zu prüfen hat und nicht irgend etwas. Ich glaube, die Kontrolle des Nationalrates, der ja ein Bundesorgan ist, bezieht sich auf die Geschäftsführung der Bundesregierung, und es würde dann in der späteren Geschäftsordnungsdebatte der Herr Abgeordnete Dr. Rieder deutlich machen müssen, inwiefern die Versicherung, an der Bundesländer beteiligt sind, die Geschäftsführung der Bundesregierung unmittelbar berührt. — Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Ich schlage also vor, wie ich es schon eingangs getan habe, daß wir am Ende dieser Sitzung eine Geschäftsordnungssitzung durchführen. Ich möchte daher den ersten Zeugen, den Präsidenten Demel, aufrufen.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Dr. Karlheinz Demel
Präsident des Arbeits- und Sozialgerichtshofes
in Wien
im Sinne des § 271 StPO**

(10.24 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Präsident Dr. Demel! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren, bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name, bitte.

Demel: Karlheinz Demel.

Obmann Steiner: Geburtsdatum, bitte.

Demel: 18. 10. 1937 in Klosterneuburg.

Obmann Steiner: Ihr Beruf.

Demel: Richter.

Obmann Steiner: Ihr Wohnort.

Demel: 3420 Kritzendorf, Hauptstraße 225.

Obmann Steiner: Da in der heutigen Befragung Bereiche Ihrer dienstlichen Aufgaben nicht inkludiert sind, erübrigt sich vorerst einmal die Frage nach der Entbindung von der Amtsverschwiegenheit.

Ich möchte also mit den Fragen beginnen. Erstens einmal: Ist Ihnen bekannt, daß gegen Udo Proksch ein Gerichtsverfahren anhängig ist und daß es sich dabei neben dem Verdacht eines Versicherungsbetruges auch um den Verdacht des sechsfachen Mordes handelt?

Demel: Ich habe davon gehört, aber ich weiß nicht, inwieweit das Verfahrensgegenstand ist.

Obmann Steiner: Ist Ihnen weiters bekannt, daß dieser Verdächtige Udo Proksch international zur Fahndung ausgeschrieben ist?

Demel: Ja.

Obmann Steiner: Dann möchte ich Sie fragen: Seit wann kennen Sie Udo Proksch?

Demel: Seit etwa 1979 oder 1980.

Obmann Steiner: Wie oft haben Sie mit Udo Proksch seit Jänner 1988 persönlichen oder telefonischen Kontakt gehabt?

Demel: Also ich selber habe nie angerufen, er hat mich seit Jänner — im Jänner war er ja noch da — . . .

Obmann Steiner: Hat Udo Proksch in der letzten Zeit vor seinem Verschwinden mit Ihnen über das anhängige Verfahren gesprochen? (Graff: Der Zeuge möchte noch etwas sagen!)

Demel: Entschuldigung, Entschuldigung . . .

Obmann Steiner: Entschuldigen Sie bitte!

Demel: Soweit ich mich erinnere, ist er erst im Feber ausgereist, und zwar mit Bewilligung des Gerichtes, und soweit ich mich erinnere, habe ich insgesamt viermal mit ihm telefoniert. Das heißt, ich wurde immer angerufen, selber habe ich nie angerufen.

Und zwar zunächst hat er mich im März und glaublich auch noch im Mai aus Japan angerufen, wo er eine Konditorei eröffnete oder einen Lizenzvertrag abschloß oder beides, und einmal hat er mich Anfang September angerufen und das letzte Mal Mitte Oktober.

Obmann Steiner: Danke. Wissen Sie, wo Udo Proksch sich gegenwärtig aufhält?

Demel: Nein.

Obmann Steiner: Haben Sie von Ihren Informationen, die Sie gehabt haben, bei Gerichten oder Sicherheitsbehörden Mitteilung gemacht?

Demel: Ich habe ihnen keine Mitteilung gemacht, weil es nichts Neues war, was ich gehört habe, sondern all das vorher auch schon bekannt war.

Obmann Steiner: Danke.

Als erster Herr Dr. Pilz.

Pilz: Herr Dr. Demel! Können Sie Ihre Funktion im „Club 45“ schildern?

Demel: Ich bin der Präsident des „Club 45“.

Pilz: Haben Sie in der letzten Zeit irgend etwas Besonderes im „Club 45“ zu tun gehabt?

Demel: Das verstehe ich nicht.

Pilz: Hat es irgend etwas im „Club 45“ in der letzten Zeit, in den letzten 14 Tagen, gegeben, das sonst nicht üblich ist?

Demel: Was soll das sein? Eine Vorstandssitzung oder was?

Pilz: Ich frage Sie.

Demel: Ich verstehe Ihre Frage nicht, fragen Sie mich anders.

Pilz: Hat es in den letzten Tagen eine Bereinigung im Papierbereich des „Club 45“ gegeben?

Demel: Ich weiß nichts davon.

Pilz: Ist in den letzten Tagen im Hausflur des Eingangs zum „Club 45“ . . . Sind Unterlagen aus dem „Club 45“ einem Reißwolf zugeführt worden?

Demel: Davon weiß ich nichts, ich war in den letzten Tagen nicht dort.

Pilz: Schließen Sie aus . . .

Demel: Ich schließe gar nichts aus.

Pilz: ... daß Sie in den Tagen um den 30., 31. Jänner gewußt haben, daß Unterlagen vom „Club 45“ einem Reißwolf zugeführt wurden?

Demel: Das schließe ich aus.

Pilz: Sie haben in dieser Zeit auch nicht mit dem „Club 45“ telefoniert?

Demel: Wieso? Natürlich, ich war ja dort, wir haben doch eine Jubiläumsfeier gehabt.

Pilz: Gut. Sie schließen das jedenfalls aus.

Demel: Nein, ich schließe das jedenfalls nicht aus.

Pilz: Nein, Sie schließen das aus, das Ganze mit dem Reißwolf und mit den Unterlagen.

Demel: Nein, ich weiß nichts davon, habe ich gesagt.

Pilz: Sie wissen nichts davon.

Demel: So ist es.

Pilz: Gut.

Der Herr Worm sagt, Sie hätten erklärt, daß Sie der einzige sind, der weiß, wo sich Udo Proksch aufhält. Können Sie dieses Gespräch im Flugzeug ein bißchen genauer schildern?

Demel: Zunächst einmal: der Herr Worm sagt. Ich habe es nur gelesen, und zwar drei Variationen habe ich gelesen und gehört. Erstens einmal, ich hätte gesagt, ich weiß, wo er ist, zweitens, er hätte annehmen müssen, daß ich es weiß, und drittens, er hätte angenommen, daß ich es weiß.

Das sind die Variationen, die mir bekannt sind.

Pilz: Können Sie uns einmal diese Begegnung im Flugzeug schildern?

Demel: Ja, das kann ich. Und zwar bin ich am 25. Dezember nach Bangkok geflogen, um nach Hua Hin weiterzufahren, das ist an der Westseite von Thailand, um meinen Urlaub zu absolvieren, nachdem ich im Herbst einige Monate krank war.

Auf dem Weg zur Toilette in der Früh hat mich plötzlich jemand angesprochen und hat gesagt: „Guten Morgen, Herr Präsident“ oder so ungefähr, und zwar in der 1. Reihe der 1. Klasse links vorne, wo unmittelbar davor die Toilette ist. Und als ich geschaut habe, wer das ist, sah ich einen vollbärtigen Mann dort sitzen in einem zerknitterten Mantel, und ich habe ihn zunächst nicht erkannt. Aber er hat sich dann zu erkennen gegeben, und das war gleich wenig freundlich, weil ich ihm gesagt habe, ich hätte ihn nicht erkannt, weil ich ihn in Erinnerung habe als einen eleganten Mann mit Knebelbart, und so habe ich ihn mir

eigentlich nicht vorgestellt. Die Antwort war gleich darauf: „Sie schauen auch nicht aus wie ein Präsident mit einem blauen Hemd und einer Jeanshose“. Daraufhin habe ich ihm gesagt, ich fahre auf Urlaub, wie ich will, und seinetwegen werde ich nicht mit Talar und Anzug fahren.

Dann ist er aufgestanden und hat auf mich eingeredet, er braucht unbedingt einen Kontakt mit dem Udo Proksch, er kann ihm nützen. Daraufhin habe ich ihn gefragt, was er ihm nützen könnte, so wie er über ihn geschrieben hat. Er hat gesagt, er kann ihm nützlich sein, er braucht unbedingt ein Treffen, es kann kosten, was es will, er braucht unbedingt einen Kontakt.

So hat das begonnen. Ich habe viermal gesagt, daß ich ihm den Aufenthaltsort nicht sagen kann. Und er hat immer wieder gesagt, ich muß das wissen, ich muß das wissen. Daraufhin habe ich gesagt: „Wenn ich wüßte, wo er ist, dann wäre ich der einzige in Österreich, weil nicht einmal seine Anwälte wissen, wo er ist“.

Pilz: Und worüber haben Sie noch mit dem Herrn Worm gesprochen?

Demel: Ich habe den Herrn Worm gefragt, wo er hinfährt, weil mir das dann plötzlich verdächtig vorgekommen ist, daß solche Zufälle vorkommen, daß er gerade nach Bangkok fährt. Er hat mir gesagt, er fährt nach Hongkong, um Recherchen zu machen und vor allem, um mit einem Herrn Corrigan zu sprechen.

Pilz: Haben Sie auch über irgendein zusätzliches Beweismaterial mit dem Herrn Worm gesprochen?

Demel: Was für ein zusätzliches Beweismaterial?

Pilz: Zusätzliches Beweismaterial im Fall Proksch.

Demel: Das er hat?

Pilz: Nein, nein, daß es vielleicht möglich sei, zusätzliches Beweismaterial zu beschaffen.

Demel: Ja, aber nicht durch mich, bitte. Der Proksch versucht, Beweismaterial zu erhalten.

Pilz: Welches Beweismaterial?

Demel: Das ist in dem „profil“-Artikel auch völlig falsch dargestellt. Und zwar, offenbar meinen Sie jetzt die Enduser-Zertifikate. Im „profil“-Artikel schreibt der Herr Worm, die seien auf dem Weg nach Hongkong verlorengegangen, was ein völliger Unsinn ist, denn bevor die Unterlagen nach Hongkong gegangen sind, können Enduser-Zertifikate überhaupt nicht dabei sein, weil ja vorher von vornherein der Endbestimmungsort gar nicht bekannt war. Sondern der Udo Proksch versucht, und das hat der Herr Dr. Lansky im

Sommer 1988 der Presse und auch im Verfahren bekanntgegeben, den Nachweis zu erbringen, daß mit diesen Plänen — und zwar sind das, glaube ich, 60 oder 70 Kilo, die nicht untergegangen sind, sondern mit dem Flugzeug vorher nach Hongkong zu Corrigan gebracht wurden —, daß mit diesen Plänen tatsächlich etwas geschehen ist.

Pilz: Und was haben Sie dem Herrn Worm gesagt, was Proksch machen wird, wenn es nicht gelingt, dieses Enduser-Zertifikat zu beschaffen?

Demel: Daß er wahrscheinlich nicht zurückkommt, befürchte ich, habe ich gesagt.

Pilz: Sie haben also gesagt, er wird dann nicht wieder zurückkommen. Woher haben Sie das gewußt?

Demel: Wir haben bis zum Oktober geglaubt, daß er mit irgendwelchen Dingen zurückkommt, und Sie können mir glauben . . .

Pilz: Mit welchen Dingen?

Demel: Na ja, mit irgendwelchen Beweismitteln, die nachweisen können, daß er das Geschäft tatsächlich abgeschlossen hat.

Pilz: Können Sie sagen, wer „wir“ ist? Sie haben gesagt, „wir“ haben geglaubt.

Demel: Verschiedene seiner Freunde, insbesondere auch der Nationalratspräsident a. D. Gratz.

Pilz: Welche Freunde? Können Sie die Freunde nennen, verschiedene Freunde?

Demel: Ja, die Anwälte.

Pilz: Können Sie die Namen nennen?

Demel: Ja, die wissen Sie ja, das ist der Dr. Zerner, der Dr. Lansky, der Dr. Amhof, der Dr. Damian, das ist ja nichts Neues.

Pilz: Und in welcher Form haben Sie feststellen können, daß Sie alle gemeinsam glauben, daß Proksch unter diesen Bedingungen zurückkommt?

Demel: Weil er angekündigt hat, daß er sich bemühen wird, diese Sachen zu bekommen.

Pilz: Sie haben gesagt: Wir haben geglaubt.

Demel: Ja.

Pilz: Wie haben Sie feststellen können, daß die anderen das auch glauben?

Demel: Daß er sich um die bemühen wird, hat er ja schon gesagt, bevor er weggefahren ist.

Pilz: In welcher Art und Weise haben Sie sich davon überzeugt, daß Gratz, Damian, Zerner und so weiter wissen, daß Proksch genau unter diesen Bedingungen zurückkommt? Wann haben Sie mit ihnen darüber geredet?

Demel: Ich habe nicht gesagt, daß er genau unter diesen Bedingungen zurückkommt.

Pilz: Sie haben gesagt: Wir haben gewußt (Demel: Nein!), wir haben geglaubt, daß Udo Proksch zurückkommen wird.

Demel: Ja.

Pilz: Gut. Woher haben Sie im Detail gewußt, um was es Proksch da geht? Um welche Beweisstücke?

Demel: Das haben Sie in allen Zeitungen lesen können.

Pilz: Die Frage des Enduser-Zertifikats oder von verschiedenen konkreten Beweisstücken war nicht so detailliert in den Zeitungen.

Demel: Mehr habe ich auch nicht gehabt, und mehr habe ich auch nicht gesagt.

Pilz: Ich habe mir die Zeitungen und die Presse über diese ganze Zeit — mir ist nichts anderes übrig geblieben (Demel: Und die Akten!) — für den Ausschuß ganz genau angeschaut. Die Frage des Enduser-Zertifikats ist mir da nicht aufgefallen.

Demel: Dafür kann ich nichts.

Pilz: Woher haben Sie dann von dieser Notwendigkeit des Enduser-Zertifikats gewußt? Hat Ihnen Proksch das erzählt?

Demel: Ja, aber wie er noch da war.

Pilz: Proksch hat Ihnen also gesagt, er muß dieses Enduser-Zertifikat beschaffen?

Demel: Und zwar deswegen, weil immer behauptet wird, daß alle Urkunden, die vorgelegt werden, gefälscht seien. Er hat gesagt: Es wird mir nichts anderes übrigbleiben, als den Endabnehmer ausfindig zu machen.

Pilz: Er hat Ihnen dann noch gesagt . . . Wo sollen jetzt diese Pläne, von denen da immer die Rede ist, verschwunden sein?

Demel: Sicher nicht auf dem Weg nach Hongkong.

Pilz: Aber von welchen verschwundenen Plänen haben Sie dem Herrn Worm erzählt auf diesem Flug?

Demel: Ich habe dem Herrn Worm von überhaupt keinen verschwundenen Plänen . . . Das sage ich ja, daß das falsch ist.

Pilz: Das heißt, das hat er völlig frei erfunden?

Demel: Nein, das hat er völlig verdreht.

Pilz: Der Herr Worm berichtet — wir werden das ja später noch genauer hören — von einer offensichtlich großen Zahl von Plänen, von denen Sie angegeben haben, daß diese Pläne dem Herrn Proksch abhanden gekommen sind.

Demel: Da hat er sich offensichtlich verhört oder sonst etwas falsch verstanden.

Pilz: Er hat sich also verhört in der Frage, Sie seien der einzige, der weiß, wo Udo Proksch sich aufhält, er hat sich verhört in der Frage des Abhandenkommens einer großen Zahl von Plänen, er hat sich verhört, daß Sie in diesem Zusammenhang von Enduser-Zertifikaten in kürzerer Zeit gesprochen haben, er hat sich verhört, daß Sie gesagt haben (Demel: Nein, bitte, das habe ich alles nicht gesagt!), wenn uns das gelingt, dann werden wir damit die Justiz überraschen, und Udo Proksch kommt zurück. Was heißt das? Was heißt dauernd dieses „wir“? Worm sagt zum Beispiel: Wenn uns das gelingt, dann werden wir damit die Justiz überraschen.

Demel: Der Herr Worm vermischt das offensichtlich. Das ist ja nicht das erste Mal, daß er in diesem Verfahren etwas ankündigt, etwas sagt, und dann ist es anders. Wenn der Herr Worm das so bringt, dann ist das sein Problem. Ich möchte Ihnen noch einmal sagen: So, wie Sie mir das vorgehalten haben, habe ich das nicht gesagt. Ich habe auch nicht gesagt, daß er sich in all diesen Punkten verhört hat, weil ich das nicht glaube, sondern ich glaube, daß er das leicht modifiziert hat, solange, bis es einen anderen Sinn ergeben hat.

Und die Pläne, die sechzig oder siebzig Kilo Pläne, sind nicht verlorengegangen, das habe ich überhaupt nicht gesagt, sondern als die Fracht mit dem Schiff — ich war ja nicht dabei, ich habe das ja nur gehört — gebracht wurde, soll vorher schon eine gesamte Ladung Pläne, Zeichnungen, Unterlagen mit dem Flugzeug nach Hongkong gebracht worden sein. Aber das steht schon in den Akten. Das ist sogar schon im Zivilakt gestanden, soweit ich mich erinnere.

Pilz: Was soll das heißen, der Herr Worm hat das Ganze modifiziert? Sie meinen, der Herr Worm hat ganz bewußt da etwas Falsches im „profil“ geschrieben? Aus welchem Grund?

Demel: Na ja, warum — weil er eine Sensationsstory haben wollte. Er hat mir ja auf dem Flug auch angekündigt, daß eine Sensationsstory

kommt, das hat er auch vorher geschrieben, und zwar in der Ausgabe vor dem Dezember. Ich habe ihn gefragt, was das ist, und da hat er gesagt, nicht die SPÖ diesmal, sondern die Freiheitlichen. Ist aber nicht gekommen, die Story.

Pilz: Sagen Sie, noch etwas: Sie haben vorhin gesagt, etliches in diesem Zusammenhang war vorriges Jahr bereits aktenbekannt. Woher wußten Sie das? Woher wußten Sie, daß Fragen, wie möglicherweise das Abhandenkommen von Plänen und so weiter, aktenbekannt waren?

Demel: Bitte schön, ich habe . . .

Pilz: Sie haben gesagt, das ist schon in den Akten gestanden.

Demel: Vom Abhandenkommen von Plänen ist überhaupt keine Rede gewesen. Das sagen Sie immer.

Pilz: Nein, Sie haben vorhin behauptet, genauso wie dieses „wir“ etwas eigenartig war, haben Sie gesagt, es ist in den Akten gestanden. Woher haben Sie gewußt, daß da etwas in den Akten steht? Haben Sie die Akten gekannt?

Demel: Die Akten kennen fast alle, weil alle geheimen Akten in allen Zeitungen aufscheinen.

Pilz: Woher haben Sie die Akten gekannt? Wir reden da die ganze Zeit über Details, die — und das ist wichtig in diesem Zusammenhang — offensichtlich nicht in den öffentlich bekannten Zeitungen und so weiter drinnengestanden sind. Woher kennen Sie das alles? Sie haben doch auf Akten verwiesen. Woher kennen Sie die Akten?

Demel: Ich habe von den Verteidigern, die bekanntlich von Schifffahrt wenig Ahnung haben, den Auftrag gehabt, verschiedene Unterlagen schiffstechnischer Art zu berechnen, insbesondere die Möglichkeit der Bewegung eines Schiffes, die Entfernung, die Beladung, die Eintauchtiefe und dergleichen.

Pilz: Sie sind also von den Verteidigern mit dem Akt bekanntgemacht worden?

Demel: Soweit es sich darauf bezogen hat, etwas daraus zu berechnen und etwas festzustellen.

Pilz: Haben Sie in diesem Zusammenhang . . . In welcher Funktion haben Sie das eigentlich gemacht?

Demel: Ich bin ein eingetragener Schifffahrtssachverständiger, und die Verteidiger werden sich sicher nicht jemanden nehmen, zu dem sie kein Vertrauen haben.

Pilz: Haben Sie das entgeltlich gemacht?

Demel: Nein.

Pilz: Sie haben unentgeltlich als Sachverständiger für Proksch und für seine Verteidiger gearbeitet?

Demel: Ich habe weder eine Ahnung, ob und wann die Tätigkeit abgeschlossen ist, noch habe ich eine Ahnung, ob überhaupt jemand da ist, der das zahlen kann.

Pilz: Also stimmt das, Sie haben unentgeltlich für Proksch . . .

Demel: Ich habe bisher sicher keine Rechnung gelegt.

Pilz: Haben Sie in einem anderen Zusammenhang mit Sachverständigen zu tun gehabt, in Ihrer Funktion als Vizepräsident des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen?

Demel: Sicher, aber ich habe gehört, es geht nicht um meine dienstlichen Funktionen, Herr Vorsitzender.

Pilz: Der Herr Vorsitzende hat Sie vorhin darauf aufmerksam gemacht, daß Sie, gerade weil es um dienstliche Funktionen geht, von Ihrer Amtverschwiegenheit entbunden werden.

Obmann Steiner: Sind Sie entbunden von der Amtverschwiegenheit?

Demel: Ich bin nur teilweise entbunden.

Obmann Steiner: Haben Sie eine schriftliche Unterlage dazu?

Demel: Nein, nein, ich sage ja nicht, ich möchte das nur geklärt haben. Ich möchte nur sagen, der Herr Vorsitzende hat zuerst gesagt, ich werde nur über Sachen befragt, die mit der dienstlichen . . . Das ist aber eine dienstliche Funktion.

Obmann Steiner: Bitte, ich habe gesagt, daß wir vorläufig das nicht benötigen, wenn Sie sich erinnern. Jetzt kommt daher der Punkt, wo ich Sie frage: Haben Sie eine Entbindung von der Amtverschwiegenheit?

Demel: Habe ich. Ich habe eine schriftliche, die sich nur auf meine Tätigkeit beim Oberlandesgericht bezieht. Ich habe aber den Herrn Obergerichtspräsidenten ersucht, er möge mir auch eine weitere geben, da hat er gesagt, die bekomme ich, wenn ich sie brauche, und ich kann das mündlich voraussagen. Brauchen Sie sie schriftlich jetzt?

Obmann Steiner: Ja, Sie werden sie schriftlich nachreichen.

Demel: Okay, wenn ich dazukomme, ich werde sie gleich . . .

Obmann Steiner: Moment, zur Geschäftsordnung? — Bitte sehr.

Graff: Herr Vorsitzender! Ich werde auch in dem Zusammenhang eine Anzahl von Fragen stellen. Ich möchte nur klarstellen: Herr Zeuge, sind Sie sich soweit sicher der Zustimmung Ihrer Vorgesetzten, daß Sie über alles Dienstliche aussagen können? Wenn nicht, schlage ich nämlich vor, daß wir im kurzen Weg beim Herrn Justizminister anrufen, damit nicht dann nachher bei der Befragung Probleme bestehen.

Demel: Ich bin sicher, daß ich das soweit . . .

Graff: Uneingeschränkt?

Demel: Ja, sicher.

Graff: Okay, danke.

Helene Partik-Pablé: Ich wollte nur klarstellen: Wenn der Zeuge heute nicht zu seiner Tätigkeit als Vizepräsident des Landesgerichtes gefragt werden darf, dann beantrage ich schon jetzt, daß er als Zeuge vernommen wird, denn bisher ist das abgelehnt, ist gleich vorbehalten worden.

Obmann Steiner: Der Herr Zeuge hat hier vom Präsidenten des Oberlandesgerichtes Wien folgendes Schreiben vorgelegt: Ich entbinde Sie zur Ablegung einer Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß des Parlaments von der Verpflichtung der Amtverschwiegenheit. Die Entbindung von der Amtverschwiegenheit ist auf folgendes Beweisthema beschränkt: Wahrnehmungen als Richter des Oberlandesgerichtes in den mit dem Untergang des Schiffes Lucona zusammenhängenden Zivilprozessen.

Zur Geschäftsordnung?

Graff: Herr Vorsitzender! Ich bitte wirklich — wir wollen das korrekt abwickeln —, daß die Parlamentsdirektion jetzt telefonisch beim Herrn Oberlandesgerichtspräsidenten oder beim Herrn Bundesminister für Justiz eine uneingeschränkte Freistellung erwirkt, damit wir dann keine Probleme haben.

Obmann Steiner: Dr. Partik-Pablé zur Geschäftsordnung.

Helene Partik-Pablé: Es geht nicht nur um die Tätigkeit im Senat des Oberlandesgerichtes, sondern es geht um die Tätigkeit als Vizepräsident des Landesgerichtes, und das muß auch die Entbindung von der Amtverschwiegenheit enthalten, umfassen.

Schieder: Ich möchte nur bitten, daß wir das klären. Entweder erwirken wir jetzt eine völlige Entbindung und machen alles: beschlossen ist eigentlich seine Einvernahme noch zu einem weiteren Punkt und zu diesem anderen Beweisthema. Wir können es natürlich umstoßen als Ausschuß. Die beschlossene Vorgangsweise sieht allerdings vor, daß Dr. Demel zum anderen Beweispunkt noch einmal einvernommen wird. Aber ich sage nicht, daß wir auf einer bestimmten Form bestehen. Wir wollen nur geklärt: Ist er heute gleich zu allem oder ist er heute zu dem Beweisthema, zu dem er geladen ist, und zu dem anderen Punkt dann wieder zu dem Beweisthema, zu dem er dann geladen wird?

Obmann Steiner: Ich möchte jetzt noch dem Zeugen zu einer Erklärung dazu Gelegenheit geben, und sonst werden wir kurz zu einer geschäftsordnungsmäßigen Sitzung unterbrechen.

Herr Zeuge, bitte.

Demel: Bitte, ich habe am 20. 1. 1989 den Präsidenten des Oberlandesgerichtes schriftlich ersucht um die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit, lang bevor ich die Ladung hierher bekommen habe. Ich habe darauf die schriftliche Antwort bekommen, die ich vorgelegt habe.

Ich habe dann später eine Vorladung für heute bekommen, wo drinnensteht „angebliche Kontakte zu Udo Proksch“ als Beweisthema. Ich habe dessenungeachtet den Präsidenten des Oberlandesgerichtes angerufen und gesagt, daß diese Entbindung wahrscheinlich nicht genügen wird, und er hat gesagt, er gibt mir mündlich voraus die Genehmigung, auch mehr auszusagen, also weiter auszusagen als über die Tätigkeit beim Oberlandesgericht. Und wenn man es braucht, kann man es schriftlich nachhaben.

Obmann Steiner: Danke. — Frau Doktor, haben Sie das gehört? — Ja, gut.

Graff: Ich glaube, wir können es, meine Damen und Herren Kollegen, einfach erledigen. Die Grundidee war immer bei den Zeugen: Man kann alles fragen, was einschlägig ist zum Untersuchungsausschuß. Ich könnte mir vorstellen, daß wir heute dann ganz fertig werden. Sollte aber etwas offenbleiben, können wir ihn ja noch einmal laden. Ich glaube, wenn wir da nicht besonders strikt das jetzt beschränken auf irgend etwas, sondern einfach fragen.

Wollen Sie unterbrechen? — Bitte.

Obmann Steiner: Kurze Unterbrechung der Sitzung. Wir sehen uns gleich drüben im Lokal V. — Danke.

(Der Ausschuß zieht sich um 10 Uhr 50 Minuten zu internen Beratungen zurück und nimmt um

11 Uhr 5 Minuten seine der Öffentlichkeit zugänglichen Verhandlungen wieder auf.)

Obmann Steiner: Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Herr Dr. Pitz, Sie sind am Wort. Sie haben noch eine gute Viertelstunde.

Pitz: Noch einmal ganz kurz zu diesem Gutachten. Wer hat eigentlich dieses Gutachten bei Ihnen in Auftrag gegeben, das Sie für Proksch als Schiffssachverständiger machen sollten?

Demel: Ich habe nicht gesagt, daß ich ein Gutachten erstattet habe. Ich bin von den Verteidigern beigezogen worden, um ihr Verständnis zu verbessern zu den Unterlagen, die sich in schiffstechnischer Hinsicht im Akt befinden.

Pitz: Heißt das, daß Sie so etwas wie ständiger Fachberater der Anwälte in diesen Fragen waren?

Demel: Das würde ich für stark übertrieben halten.

Pitz: Wie würden Sie es dann bezeichnen, Ihre Funktion?

Demel: So, wie ich es gesagt habe.

Pitz: Auf der anderen Seite haben Sie eine Rolle gespielt in bezug auf andere Sachverständige in Ihrer Funktion als Vizepräsident des Landesgerichts für Zivilrechtssachen.

Demel: Aber zu einem anderen Zeitpunkt.

Pitz: Zu einem anderen Zeitpunkt. Es hat damals zwei Sachverständige gegeben — Singer und Bayerl, die drei Gutachten erstellt haben, die ungünstig für Proksch waren. Was haben Sie in bezug auf diese beiden Sachverständigen unternommen?

Demel: Bezüglich des Singer kann ich mich nicht erinnern, das muß schon . . . Ich weiß nicht genau, was ich da unternommen habe oder nicht unternommen habe. Bezüglich des Bayerl habe ich eine schriftliche Beschwerde der Frau Dr. Pitzlberger bekommen, und zwar des Inhaltes, daß das Gutachten technisch unmöglich und daher falsch sei.

Pitz: Was haben Sie daraufhin gemacht?

Demel: Ich habe zeurst einmal geschaut, wofür der Herr Bayerl eingetragen ist, und habe festgestellt, daß er für Technische Physik und Luftreinhaltung eingetragen ist, was relativ ungewöhnlich ist, in einem Verfahren zu nehmen, wenn es sich um einen Schiffsuntergang handelt. Ich habe aus dem Gutachten feststellen müssen, daß es der Sachverständige für ausgeschlossen hält, daß ein

schwebendes Wrack mehrere Tage unter Wasser treibt, was jeden Bericht . . .

Pilz: Ich wollte sachlich nicht so ins Detail gehen, weil das ist einem späteren Termin vorbehalten.

Demel: Ja, aber aus jedem Lloyd-Bericht geht hervor, daß mindestes 50 Schiffe jedes Jahr . . .
(*Graff:* Das war eine Erwägung als Vizpräsident!)
Nein, das . . .

Pilz: Was haben Sie konkret getan?

Demel: Zuerst habe ich es gelesen, und dann habe ich festgestellt, was da drinnen steht und dann . . .

Pilz: Welche Schritte haben Sie dann konkret unternommen?

Demel: Dann habe ich, weil es mir wirklich unrichtig vorgekommen ist, dem Hauptverband der Sachverständigen das übermittelt, so wie das in allen anderen Fällen auch geschieht, zur Abgabe einer Stellungnahme.

Pilz: Haben Sie den Hauptverband da zu irgend etwas aufgefordert?

Demel: Zur Abgabe einer Stellungnahme.

Pilz: Ist da die Frage der Streichung aus der Sachverständigenliste zur Sprache gekommen?

Demel: Das steht im Gesetz. Wenn offenbar unrichtige Gutachten erstattet werden, dann ist das Verfahren zur Streichung einzuleiten.

Pilz: Das heißt, Sie haben beantragt ein Verfahren zur Streichung aus der Sachverständigenliste. Sie haben gerade erklärt . . .

Demel: Ich habe nichts beantragt.

Pilz: Entschuldigen Sie, Sie haben da gerade erklärt, daß sich das automatisch ergibt, das heißt, mit dieser Mitteilung an den Hauptverband haben Sie de facto einen Schritt gesetzt, der zur Streichung aus der Sachverständigenliste laut Gesetz (*Demel:* . . . führen kann!) führen kann und mit großer Wahrscheinlichkeit dazu führen würde, wenn das stimmt, was Sie behauptet haben.

Demel: Nein. Entschuldigung, Sie haben mir etwas . . . Das stimmt ja nicht.

Pilz: Eine Frage: Stimmt das?

Demel: Nein.

Pilz: Wie war das im Fall Singer?

Demel: Bitte vorher: Ich habe nicht beantragt, ich habe nichts zu beantragen gehabt, ich war ja

die Behörde, die zu untersuchen hatte, nicht beantragt.

Pilz: Sie haben also als Vizepräsident des Landesgerichts für Zivilrechtssachen einen Schritt gesetzt . . .

Demel: . . . zur Überprüfung des Gutachtens.

Pilz: . . . der dazu hätte führen können, daß ein Gutachter, der ungünstig für Proksch begutachtet hat, möglicherweise aus der Liste der Sachverständigen gestrichen wird. Stimmt das?

Demel: Wenn er ein unrichtiges Gutachten erstattet hat und wenn er sein Fachgebiet überschritten hat.

Pilz: Das heißt, aufgrund Ihrer fachlichen Vorstellungen, die Sie ja andernorts und zu anderer Zeit unentgeltlich in den Dienst von Proksch gestellt haben . . .

Demel: Das ist noch gar nicht ausgemacht, ob das unentgeltlich ist.

Pilz: . . . waren Sie der Meinung . . . Okay, gut. Es hat dann nicht zur Streichung geführt, offensichtlich war man dort anderer Meinung, (*Demel:* Nein!) Sie haben gesagt, das ist unentgeltlich, Sie haben gesagt . . .

Demel: Die Gutachter des Hauptverbandes haben beide gesagt, daß das Gutachten so nicht stimmt.

Pilz: Sie haben jetzt gesagt, das mit dem unentgeltlich, das stimmt gar nicht so. Was meinen Sie damit?

Demel: Nein, das habe ich auch nicht. Sie drehen mir alles um. Sie müssen mir bitte schon folgen. Ich habe gesagt: Das ist noch gar nicht ausgemacht.

Pilz: Was heißt das?

Demel: Das ist noch gar nicht vereinbart, ob ich unentgeltlich oder nicht unentgeltlich tätig bin.

Pilz: Sie sind jetzt noch tätig?

Demel: Sicher.

Pilz: Sie sind jetzt noch für die Anwälte von Proksch in dieser Causa tätig?

Demel: Ja, warum nicht?

Pilz: Aha. Seit wann sind Sie da eigentlich tätig?

Demel: Seit ungefähr 1986, Anfang 1987.

Pilz: Und da ist nie darüber gesprochen worden, ob Sie dafür irgend etwas bekommen?

Demel: Nein.

Pilz: Ist das üblich, daß ein Sachverständiger einmal zu arbeiten beginnt und sich dann irgendwann einmal überlegt: Könnte ich dafür etwas verlangen?

Demel: Ich habe jedes Jahr ungefähr zehn Verfahren in dem Zusammenhang, wenn ein Sachverständiger zuerst nichts ausmacht und es dann eine Streitigkeit gibt, ob etwas verrechnet wird oder nicht.

Pilz: Und aus dem haben Sie noch nichts gelernt?

Demel: Warum soll ich etwas lernen? Das ist aber mein Problem.

Pilz: Das heißt, Sie werden jetzt vielleicht . . . Sie haben also bis jetzt unentgeltlich für Proksch gearbeitet und wissen nicht, ob Sie in Zukunft . . .

Demel: Nein, ich habe nicht . . .

Pilz: Bis jetzt haben Sie ja nichts verlangt.

Demel: Aber deswegen habe ich noch nicht unentgeltlich gearbeitet. Ich habe keine Kostennote gelegt.

Pilz: Werden Sie eine Kostennote legen?

Demel: Weiß ich nicht.

Pilz: Aha, interessant.

Demel: Wenn Sie glauben. (Graff: Wenn es gut geht, läßt er es zahlen!)

Pilz: Offensichtlich, ja. Und wenn es schlecht geht, ist möglicherweise eh nichts zu holen.

Demel: Dann ist niemand da, der es bezahlt.

Pilz: Zweite, ganz kurze Frage: Sie haben sich seinerzeit — jetzt unabhängig von diesen Sachverständigen-Freundschaftsdiensten, die Sie da leisten, und von diesen Versuchen, da Streichungen aus dieser Sachverständigenliste herbeizuführen — einmal gegen eine Haussuchung im „Club 45“ gewehrt.

Demel: Ich muß bitte protestieren. Sie haben vorher einen Halbsatz gesagt, und da muß ich protestieren, das geht nicht.

Pilz: Ich habe Sie nicht . . .

Demel: Haben Sie nicht? — Ich habe es gehört.

Pilz: Ich werde Sie erst jetzt etwas fragen. Sie haben seinerzeit als Präsident des „Club 45“ gegen eine Haussuchung protestiert. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang eigentlich nur eines fra-

gen: Warum haben Sie in Ihrer Funktion als Präsident des Arbeits- und Sozialgerichtes in Wien gegen eine Haussuchung im „Club 45“ protestiert?

Demel: Das stimmt schon wieder nicht, wie Sie das bringen. Die Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung ist von den Anwälten gemacht worden. Ich habe mich lediglich darüber beschwert, daß vier Wochen nach der Hausdurchsuchung und nach Verstoß gegen alle möglichen Bestimmungen der Strafprozeßordnung im Arbeits- und Sozialgericht ein Gruppeninspektor der Sicherheitsdirektion Niederösterreich aufscheint und sagt, er müsse Hausdurchsuchungsbefehle zustellen. Ich habe mich als Präsident dagegen verwahrt, daß dort die Zustellung erfolgt ist. Denn die Beschwerde ist von Dr. Amhof schon vier Wochen früher eingebracht worden.

Pilz: In welchen Aufgabenbereich des Präsidenten des Arbeits- und Sozialgerichtes fällt es, weil das ist ja alles auf offiziellem Briefpapier (Demel: Ja!), sich in der Causa „Club 45“ beim Innenminister Blecha zu beschweren?

Demel: Genau dasselbe: Ein Beamter des Innenministers Blecha — im Justizbereich machen das E-Beamte, solche Zustellungen — stellt ein Gruppeninspektor einen Hausdurchsuchungsbefehl vier Wochen später zu, und ich glaube nicht, daß das im Interesse der Justiz auch ist.

Pilz: Und deswegen haben Sie in einer Sache, in der Sie als „Club 45“-Präsident betroffen waren, in Ihrer Funktion als Präsident des Arbeits- und Sozialgerichtes interveniert und Briefe auf offiziellem Briefpapier dieses Gerichtes geschrieben.

Demel: Interveniert habe ich überhaupt nicht. Ich habe eine Aufsichtsbeschwerde gemacht.

Obmann Steiner: Bitte nicht beide gleichzeitig, sonst kann man kein Protokoll aufnehmen!

Pilz: Ist es üblich, daß man für private Vereinszwecke Briefpapier . . .

Demel: Ich habe keine privaten Vereinszwecke gemacht. Ich habe, bitte noch einmal . . .

Obmann Steiner: Dr. Ermacora zur Geschäftsordnung.

Ermacora (zur Geschäftsordnung): Ich bin sicherlich kein Verteidiger des Herrn Dr. Demel, aber ich würde doch aufmerksam machen, daß mein Parlamentskollege Herr Dr. Pilz immer wieder Fragen stellt, die nach meiner Meinung vom § 167 letzter Satz der Strafprozeßordnung betroffen werden. Ich würde doch einmal ersuchen, den Herrn Dr. Pilz aufzufordern, daß er Fragen unterläßt, durch die Tatumstände vorgehalten werden, die erst durch seine Antwort festgestellt werden

sollen, daß solche Fragen möglichst zu vermeiden sind. Ich wäre dankbar, wenn man den Herrn Dr. Pilz einmal darauf aufmerksam macht.

Obmann Steiner: Der Herr Dr. Pilz hat es jetzt gehört und seine Rechtsberaterin auch. Bitte, Herr Dr. Pilz, fahren Sie fort.

Pilz: Ich halte aber fest, daß ich trotzdem für mich und auch für die Öffentlichkeit, nachdem ich gefragt habe, das Recht habe, zusammenzufassen, und zwar so, wie ich es für richtig und den Fakten entsprechend halte. Und wenn wir einmal die Frage von Suggestivfragen diskutieren, dann, bitte schön, machen Sie sich das innerhalb der Koalition aus, denn da dürfte das Hauptproblem liegen. (Graff: Ihre Vorhalte sind wirklich in diesem Fall immer unzutreffend!)

Obmann Steiner: Also bitte, Dr. Pilz, fahren Sie fort und beachten Sie die Strafprozeßordnung, nach der wir hier vorgehen.

Pilz: Was hat das mit Ihrer Funktion im „Club 45“ zu tun, daß Sie Briefpapier des Präsidenten des Arbeits- und Sozialgerichtes für ein Einschreiten und für Interventionen gegenüber dem Innenminister verwenden?

Demel: Sie halten mir das jetzt zum dritten Mal unrichtig vor. Ich habe nicht die Aufsichtsbeschwerde wegen der Hausdurchsuchung auf Briefpapier des Präsidenten gemacht, sondern als Präsident des Arbeits- und Sozialgerichtes mich dagegen verwahrt, daß dort Zustellungen erfolgen. Ich hätte erwartet, daß ein Untersuchungsrichter gegen den „Club 45“ eine Zustellung am Sitz des „Club 45“ macht. Das ist nicht geschehen, und darum habe ich mich beschwert.

Pilz: Kommen wir jetzt zu diesem ganzen Bereich dieser Anrufe. Sie haben viermal telefonischen Kontakt mit Udo Proksch im letzten Jahr gehabt. Wen haben Sie informiert über diese telefonischen Kontakte?

Demel: Was hätte ich informieren sollen, bitte? Wen habe ich informiert? — Niemanden habe ich informiert.

Pilz: Haben Sie den Generalprokurator Müller davon informiert?

Demel: Ich habe lediglich, weil man mir vorgehalten hat — das war ja auch wieder eine Unterstellung —, ich hätte Anrufe geheimgehalten, gesagt, daß von einer Geheimhaltung überhaupt keine Rede sein kann, denn ich habe bei einem Empfang, bei dem die halbe Justiz anwesend war, auf einen Hinweis von zwei Journalisten, am selben Tag sei der Udo Proksch entweder in der Oper oder in Hietzing joggend gesehen worden,

gesagt: Das ist ein völliger Blödsinn. Wie soll der dort joggen, der hat mich erst vor einigen Tagen offenbar aus dem Ausland angerufen. — Aus.

Pilz: Ist es Ihnen bekannt gewesen, daß im Jahr 1988 in der Öffentlichkeit über lange Strecken völlige Unklarheit bestanden hat, wo sich Udo Proksch aufhält?

Demel: Ja, im November und Dezember.

Pilz: Vorher haben Sie nicht den Eindruck gehabt, daß da Unklarheiten bestehen?

Demel: Nein, und zwar vor allem deswegen nicht, es sind ja im Fernsehen zahlreiche Sendungen gewesen, unter anderem auch eine Mitteilung eines Journalisten, der ihn auf den Philippinen besucht hat, und eine Sendung der Sicherheitsministerin von den Philippinen, in der diese gesagt hat, daß zahlreiche Inseln noch immer von Widerständlern besetzt sind und darum offenbar die Interpolfahndung nicht wirkt.

Pilz: Das heißt, Sie haben es überhaupt nicht für notwendig gehalten, als einer der wenigen, die mit Proksch Kontakt hatten, irgendwem davon Mitteilung zu machen?

Demel: Ich habe nichts Neues zu berichten gehabt. Die Anwälte haben selber erst ein paar Mal um Erstreckung angesucht und auch öffentlich erklärt, der Dr. Lansky sogar — ich habe es sogar im Radio gehört —, der Dr. Lansky hat erklärt, er erwartet sich noch Ende September eine Rückkehr des Udo Proksch, und im Herbst könne dann das Verfahren durchgeführt werden. Das hat er geglaubt, das habe ich geglaubt, das hat offenbar auch der Präsident Gratz geglaubt, und wir — das waren dann „wir“ — haben alle keine besondere Freude gehabt, wie das weitergegangen ist.

Pilz: Das heißt, Sie alle gemeinsam haben . . .

Demel: Und jeder einzeln.

Pilz: Haben Sie also alle gemeinsam keine Notwendigkeit gesehen, die Justiz von diesen Telefonaten zu informieren?

Demel: Ich war selber zweimal bei der Staatsanwaltschaft. Wenn zu mir einer kommt bei der Staatsanwaltschaft: Es hat mich der Udo Proksch angerufen, ich weiß nicht von wo. — Was hat er gesagt? — Nichts!, dann hätte ich gesagt: Was soll das?

Obmann Steiner: Herr Dr. Pilz, Ihre halbe Stunde ist um.

Pilz: Ich komme zum Schluß. Der Justizminister, der Generalprokurator und etliche andere haben

öffentlich festgestellt, daß es befremdend ist, daß Sie nicht die Justizbehörden informiert haben. Die ganze Vorgangsweise ist zumindest als äußerst unüblich dargestellt worden. (Demel: Ja!) Ein bekannter österreichischer Journalist sagt weiters aus, erklärt öffentlich, daß die Kontakte wesentlich enger und stärker waren, als Sie offensichtlich zuzugeben bereit sind. Sie sind also ständig darauf hingewiesen worden, daß jeder andere an Ihrer Stelle da selbstverständlich die Justizbehörden informiert hätte.

Demel: Herr Abgeordneter! Hinterher sind alle soviel gescheit und sagen, was sie alles gemacht hätten. Vorher hat kein einziger auf irgendwas hingewiesen. Zu dem, was Sie vom Justizminister gesagt haben: Ich habe mich deswegen beim Pressesekretär bemüht, den Text der Aussendung des Ministers Foregger zu bekommen, habe ihn bekommen, und zwar am 19., und dort steht drin: Wenn das und das und das und das alles stimmt, was der Herr Worm sagt, dann ist das befremdend. Und ich sage Ihnen: Das und das und das stimmt nicht.

Obmann Steiner: Danke.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Fuhrmann. Bitte.

Fuhrmann: Herr Präsident Demel! Wie lange kennen Sie eigentlich den Herrn Worm?

Demel: Ich bin der Leiter der Pressestelle beim Arbeits- und Sozialgericht und war vorher auch der Leiter der Pressestelle des Landesgerichts. Ich hatte im Wissenschaftsministerium schon manchmal leidvolle Erfahrungen, weil es der Herr Worm immer für notwendig befand, meine Tätigkeit im Justiz- und Wissenschaftsministerium hervorzuheben, und zwar nicht sehr positiv.

Fuhrmann: Wie oft haben Sie ihn gesehen vor diesem Treffen im Flugzeug?

Demel: Ich habe einmal, als ich ihn klagen wollte und schon den Auftrag dazu gegeben habe, auf Vermittlung des Dr. Stern ein Mittagessen mit ihm einnehmen müssen, bei dem er eine Ehrenerklärung abgegeben und gesagt hat, er wollte mir nicht nahetreten mit verschiedenen Äußerungen, die im „profil“ gemacht wurden.

Fuhrmann: Aha! Er hat nämlich bei einem seiner Rundfunkinterviews in dieser Sache erklärt, Sie kennen sich vielleicht vom zweimal Sehen.

Demel: Das ist leicht untertrieben.

Fuhrmann: Gut.

Sagen Sie, wer hat das Gespräch im Flugzeug eigentlich begonnen?

Demel: Na ich sicher nicht. Ich habe das schon gesagt, das ist auch überall gekommen, es klingt ein bisschen sonderbar: Das ist ein Flug von 13 Stunden, und in der Früh, schon vom 25. auf 26., wollte ich zur Toilette gehen und wurde von ihm, der unmittelbar auf dem Sitz neben der Toilette in der ersten Reihe gegessen ist, angesprochen.

Fuhrmann: Sagen Sie, wie lang hat dieses Gespräch eigentlich gedauert?

Demel: Ich weiß es nicht, aber jedenfalls so lang, bis die Toilette frei war, denn dann bin ich weitergegangen. Fünf Minuten oder sieben Minuten, ungefähr.

Fuhrmann: Ist nur über dieses Thema: Proksch, wo ist er?, Telefonate et cetera gesprochen worden?

Demel: Nein, nein. Er hat ausdrücklich erklärt, er fährt zum Corrigan. Daraufhin habe ich gesagt: Sind Sie dort angemeldet? Darauf hat er gesagt: Ich bin doch nicht angemeldet, denn wenn ich angemeldet bin, ist der sicher nicht da! Und ich habe ihm noch gesagt: Da werden Sie überhaupt der einzige sein, weil ich von den Anwälten weiß, daß normalerweise Corrigan zu Weihnachten jedes Jahr nach London fährt und von dort nach Europa. Die Anwälte haben nämlich jahrelang versucht, ihn zu einer Aussage nach Österreich zu bringen, und da hat es immer geheißen: Um Weihnachten bin ich in London, und da können wir schauen, wie es weitergeht.

Fuhrmann: Das haben Sie dem Herrn Worm auch gesagt?

Demel: Ja, er hat keine große Freude gehabt darüber. Außerdem hat er mir noch einmal ausdrücklich gesagt, er fährt zu jedem Punkt der Welt, ich kann auch mitfahren, wenn ich will, Geld spielt keine Rolle, er braucht unbedingt dieses Interview. Und daraufhin habe ich ihm noch gesagt, wenn ich wo hinfahren will, fahre ich sicher, aber nicht mit ihm.

Fuhrmann: Sagen Sie, was war eigentlich der Inhalt dieser vier Telefonate mit dem Herrn Proksch, die Sie gehabt haben?

Demel: Die ersten beiden — wie gesagt, da gab es überhaupt noch keinen Haftbefehl (**Fuhrmann:** Das war im März und Mai aus Japan!) —, die waren im März und Mai, da hat er erklärt, wie furchtbar es dort sei und daß der Verkehr zunimmt und daß man dort nicht einmal begraben sein soll.

Fuhrmann: Auch nicht senkrecht?

Demel: Ich glaube nicht, ich glaube, das will er nimmermehr.

Im September war das Gespräch ebenfalls sehr kurz, da hat er mich nämlich in meinem Wohnhaus um 4 Uhr in der Früh angerufen und mich gefragt, was es Neues gibt, worauf ich ihm gesagt habe: Um 4 Uhr in der Früh gibt es bei mir überhaupt nichts Neues!, und aufgelegt habe.

Fuhrmann: Und das Gespräch Mitte Oktober?

Demel: Das steht ohnehin in allen Zeitungen.

Fuhrmann: Ich möchte es aber gerne von Ihnen hören.

Demel: Ich sage es auch gern noch einmal. Der „Hello boy“ war das erste und: „Was machen unsere Komiker?“ Worauf ich ihn natürlich gefragt habe, wer die Komiker sind. Damit hat er die Anwälte gemeint, die immer zu langsam arbeiten. (Graff: Seine eigenen?) Ja sicher seine. Der Proksch war überhaupt noch nie mit jemand zufrieden, der für ihn etwas gemacht hat. Als zweites die Politiker — ich weiß nicht, ob das eigene sind, aber ihm nahestehende —, die er mit schmückenden Beiworten bedacht und insbesondere auch noch gemeint hat, ich soll denen das mitteilen. Daraufhin habe ich gesagt: Das werde ich sicher nicht tun, und habe aufgelegt.

Fuhrmann: Sagen Sie, in Ihrem Wohnhaus hat er Sie angerufen, woher hat er denn die Telefonnummer, oder wissen Sie das nicht?

Demel: Er war ja manchmal bei mir draußen. Ich habe eine Schafzucht, und er hat einen kleinen Sohn, der dort ein paarmal bei den Schafen, bei den Lämmern oben war.

Fuhrmann: Das führt mich zur nächsten Frage: Wenn er Sie da besucht hat, kann man sagen, ob Sie mit ihm befreundet waren?

Demel: Ich würde schon sagen, weil ich mich anders als andere jetzt nicht deswegen, weil hinterher etwas passiert, auf einmal darauf zurückziehe, daß ich ihn überhaupt nie gesehen habe.

Fuhrmann: Kann man daraus auch ersehen, daß Sie sich nichts dabei gedacht haben, diese Telefonate mit ihm zu führen? — Ich will Ihnen das nicht in den Mund legen.

Demel: Ich glaube, eher nicht, und zwar deswegen nicht: Wenn die Telefonate einen Inhalt und einen Sinn gehabt hätten, sie weiterzugeben, dann hätte ich das sicher, aber nicht selbst, sondern auch über die Anwälte gemacht, weil wirklich ein Interesse besteht oder bestand, zumindest auch für mich, den Udo stelligzumachen.

Fuhrmann: Haben Sie ihm bei diesen Telefonaten vielleicht gesagt: Na du, komm zurück! Oder: Wann kommst du endlich?

Demel: Habe ich gesagt. Ich habe gesagt, es wird höchste Zeit, daß er bald erscheint — aber nicht im Oktober, das habe ich vorher schon gesagt —, denn er soll schauen, daß er seine Unterlagen kriegt, weil das so nicht weitergeht.

Fuhrmann: Und was hat er da drauf gesagt, für den Fall, daß er die Unterlagen nicht kriegt?

Demel: Er hat gesagt: Ich kämpfe um die Unterlagen.

Fuhrmann: Ich frage Sie das deshalb, weil der Herr Worm behauptet, daß Sie gesagt hätten, Proksch hätte Ihnen erklärt, wenn er die Unterlagen nicht kriegt, dann käme er nicht mehr.

Demel: Nein, ich glaube, daß das nicht so war. Ich kann mich erinnern, daß ich gesagt habe: Ich glaube, wenn er sie nicht kriegt, kommt er nicht.

Fuhrmann: Das war eine Vermutung von Ihnen? (Demel: Von mir!) Keine Äußerung des Proksch.

Demel: So ist es.

Fuhrmann: Der Herr Worm behauptet weiters, Sie hätten ihm, dem Herrn Worm, gegenüber erklärt, es wäre auch für den Herrn Proksch besser, wenn er nicht zurückkäme, wenn er die Unterlagen nicht kriegt, denn er hätte ja keine faire Behandlung zu erwarten. Was sagen Sie dazu?

Demel: Diese Meinung hat sicher auch der Herr Worm gehabt, und die Meinung habe ich auch, denn wenn man die Pressemeldungen liest, sieht man, daß ein fair trial kaum möglich wäre.

Fuhrmann: Nur: Das steht etwas in Widerspruch. Ich habe das nicht ganz vorgehalten, ich hole das jetzt nach: Daß es für Proksch besser sei, wenn er sich so verhalte, wie er es jetzt tue, das behauptet der Herr Worm, hätten Sie gesagt. Das steht eigentlich dann in Widerspruch zu Ihrer Aufforderung an den Herrn Proksch: Komm zurück!

Demel: Nein. Was für uns besser ist, ist ja nicht unbedingt das, was für ihn besser ist. Ich habe gemeint, daß es für ihn vielleicht besser sein kann, wenn er nicht kommt. Aber wir waren natürlich interessiert, daß er kommt.

Fuhrmann: So ist das zu verstehen? (Demel: Ja!)

Sagen Sie, woher wissen Sie eigentlich, daß nicht einmal die Anwälte des Proksch wissen, wo er ist?

Demel: Das weiß ich von den beiden Anwälten Zerner und Lansky, denn beide sind sehr fru-

striert, daß sie praktisch in der Luft hängen und nicht weitertun können.

Fuhrmann: Der Herr Worm behauptet, auch in seinem Rundfunkinterview, Sie hätten damals, am 25. Dezember, ihm gegenüber erklärt, Sie hätten erst vor wenigen Wochen Kontakt mit dem Herrn Proksch gehabt.

Demel: Er hat mich angerufen. Das stimmt ja, nicht?

Fuhrmann: Sie haben gesagt, der letzte Anruf (*Demel:* Mitte Oktober!) war Mitte Oktober. Das wären also diese wenigen Wochen gewesen. Gut.

Sagen Sie, gibt es für dieses Gespräch Zeugen, für das Gespräch im Flugzeug?

Demel: Ja, ich habe, als Worm mich angesprochen hat, einem Freund von mir, hinter ihm sitzend, ein Zeichen gegeben, er soll aufpassen, was ich sage oder was gesprochen wird, und der hat das auch getan.

Fuhrmann: Wie heißt der Freund?

Demel: Ich habe das der Staatsanwaltschaft schon mitgeteilt, gleich wie ich zurückgekommen bin und von den Gerüchten gehört habe, ich soll in Djakarta, in Bali mit dem Herrn Yvon, mit dem Herrn Worm gewesen sein, den Proksch getroffen haben, und lauter solche Dinge, und ich habe daraufhin gleich den . . . (*Zwischenruf.*) Nein, ich war in Bangkok, gerüchteweise soll ich überall anders gewesen sein. Ich habe den Leitenden Staatsanwalt Olscher angerufen. Und dann hat mich der Pressestaatsanwalt Nemeč zurückgerufen, und dem habe ich die beiden Zeugen bekanntgegeben. Brauchen Sie's auch da? Ich weiß es nicht.

Fuhrmann: Ja, es würde mich schon interessieren.

Demel: Der eine ist der Kommerzialrat Georg Löscher.

Fuhrmann: Ist der aus Wien?

Demel: Der wohnt in Wien 6., Wallgasse 15–17. Seine Frau heißt Margareta Löscher, selbe Adresse.

Fuhrmann: Ich habe in Erinnerung, daß Sie irgendwann einmal, ich glaube, das war bei Ihrem Auftritt im Fernsehen, von einem Mitarbeiter des Herrn Worm gesprochen haben. Ist das richtig?

Demel: Am Ende, als ich schon auf dem Weg weiter zur Toilette war, kam plötzlich ein junger Mann aus der rechten Reihe, ein blonder, und der Worm hat gesagt: Das ist ein Mitarbeiter von mir! Da habe ich mir erst recht gedacht, daß das keine

Vergnügungsreise des Herrn Worm zufällig dort ist.

Fuhrmann: Hat er den namentlich vorgestellt?

Demel: Ich weiß es nicht. Mich hat das nicht sonderlich interessiert. Ich habe gesagt: Aha oder so.

Fuhrmann: Ist der während Ihres Gespräches in Hörweite gesessen? Ich habe das jetzt aus Ihrer Darstellung nicht entnehmen können.

Demel: Nein, sicher nicht. Der ist zu Fuß gekommen, also gehend, stehend. (*Fuhrmann:* Von woanders her!) Ich habe in manchen Zeitungen auch gelesen, daß er oder ich neben dem Worm gesessen sei. Ich bin neben dem Worm überhaupt nie gesessen. Er ist aufgestanden und hat mit mir geredet.

Fuhrmann: Also wo der hergekommen ist, dieser angebliche Mitarbeiter des Herrn Worm, das wissen Sie nicht?

Demel: Von mir aus gesehen von der rechten Seite.

Fuhrmann: Der Herr Worm behauptet — ich halte Ihnen das jetzt noch einmal vor aus dem Aktenvermerk des Herrn Worm, den er der Justiz gegeben hat (*Demel:* Den kenne ich noch nicht!) —, Sie sollten . . . Ich zitiere jetzt, Originalzitat Worm: „Sollte eine derartige Bescheinigung — Enduser-Zertifikat — aufgebracht werden können . . .“ (*Demel:* Ich?) Nein, der Herr Worm schildert in diesem Aktenvermerk, was Sie gesagt hätten. Ist das jetzt klar? (*Demel:* Ja!) Jetzt zitiere ich wörtlich, was in diesem Aktenvermerk Worm steht: „Sollte eine derartige Bescheinigung aufgebracht werden können, werde Udo die Justiz damit konfrontieren. Sei dies nicht der Fall, dann komme er nicht mehr nach Österreich zurück.“ Das haben wir ja schon vorhin geklärt.

Jetzt geht es weiter: „Er“ — nämlich Sie — „erwähnte wörtlich: „Bei dieser Justiz . . .““ Das lese ich so — wir werden den Herrn Worm noch darüber befragen —, aber das lese ich so, als ob Sie sich abfällig über diese Justiz in Österreich geäußert hätten: Udo wird nicht zurückkommen, weil bei dieser Justiz, wenn er das nicht hat . . .

Demel: . . . habe er keine Chance.

Fuhrmann: Ja. Was sagen Sie dazu? Worm zitiert Sie so.

Demel: Ich habe dabei aber die Meinung des Proksch wiedergegeben.

Fuhrmann: Ach so. Also das ist nicht Ihre Meinung, sondern die des Proksch, die Sie hier wiedergegeben haben?

Demel: Mittlerweile muß ich sagen: So wie ich in den Medien hergestellt wurde, zweifle ich langsam auch schon daran, was da möglich oder nicht möglich ist.

Fuhrmann: *Da sprechen Sie aber dann über eine Medienjustiz, nicht über diese Justiz, bei der auch Sie arbeiten.*

Demel: Ja, über die vorgefaßten Meinungen. Ich komme hier zum ersten Mal zu einer Behörde, bekomme Vorhaltungen, die der Herr Worm in allen Zeitungen verbreitet hat, habe bis jetzt nicht einmal noch eine Vorladung zu Gericht bekommen, um dazu Stellung zu nehmen, und höre schon von überall, was ich alles angestellt habe und daß ich zurücktreten muß. *(Rieder: Sie sind nicht geladen?)* Ich bin nicht geladen, bis heute nicht geladen.

Fuhrmann: *Von diesem Untersuchungsausschuß sind Sie nicht geladen worden?*

Demel: Nein, zum Untersuchungsrichter.

Fuhrmann: *Vom Untersuchungsrichter sind Sie nicht geladen worden?*

Demel: Überhaupt nicht, nicht mündlich, nicht telefonisch, nicht schriftlich, überhaupt nicht.

Fuhrmann: *Da möchte ich schon jetzt nachfragen: Nun wird behauptet, daß Sie es abgelehnt hätten, vor Tandinger auszusagen. Dann sagen Sie uns bitte, was da wirklich ist.*

Demel: Das ist ganz umgekehrt: In der Strafprozeßordnung ist ja vorgesehen, daß es Befangenheitsgründe gibt. Und es gibt auch die Möglichkeit, daß ein Staatsanwalt äußert, wen er nicht haben will. Und ich habe bei meiner Rückkunft lediglich den Herrn Pressestaatsanwalt Nemeč er sucht — nachdem ich mich im Präsidium des Straflandesgerichtes erkundigt habe, wie weit das Strafverfahren ist, und dort erfahren habe, daß die Anklage rechtskräftig ist und der zuständige Vorsitzende der Herr Dr. Leiningen-Westerburg ist —, habe ich den Staatsanwalt er sucht, im Hinblick auf die drei Aufsichtsbeschwerden mich, wenn möglich, nicht im Weg des Vorsitzenden durch Mag. Tandinger, gegen den ich die Aufsichtsbeschwerden erhoben habe, vernehmen zu lassen, sondern durch irgendeinen anderen, weil der Herr Mag. Tandinger diese Abteilung gar nicht mehr hat, sondern ein Neuer. Er ist ja nicht mehr in Wirtschaftssachen.

Fuhrmann: *Eines verstehe ich aber trotzdem noch nicht, daher frage ich Sie das noch einmal: Sie haben bis heute noch keine gerichtliche Ladung von einem Untersuchungsrichter, egal von welchem, in diesem Zusammenhang bekommen?*

Demel: Nicht mündlich, in keinem Zusammenhang. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch sagen: Als ich am Montag voriger Woche aus Salzburg zurückgekommen bin, habe ich zum erstenmal gehört, daß ich mich in die Reihe derer einreihe, die sich geflissentlich der Vernehmung entziehen, obwohl nicht einmal eine Ladung von diesem Haus hinausgegangen war.

Fuhrmann: *Der Herr Worm ist ja schon am 11. Jänner 1989 zu seinem Aktenvermerk einvernommen worden.*

Demel: Der Herr Worm hat mir abschließend beim Flug auch erklärt, sofort nach seiner Rückkehr wird er mich aufsuchen, worauf ich ihm gesagt habe, da wird er der einzige sein, weil ich erst am 10. zurückkomme. Daraufhin hat er gesagt: Dann werde ich mich sofort am 10. rühren! Tatsächlich hat sich das „profil“ am Tag nach der Veröffentlichung des Artikels gerührt, weil man zu diesem Zeitpunkt kein Mißverständnis mehr aufklären und daher ruhig schreiben kann.

Obmann Steiner: *Gestatten Sie, daß ich zu diesem Punkt noch etwas sage. Sie werden sich erinnern, Herr Kollege: Ich habe bei der letzten Sitzung gesagt, daß ich mit dem Untersuchungsrichter telefoniert habe, der mir mitgeteilt hat, daß eine Vernehmung bisher nicht möglich oder nicht vorgesehen war, weil er vom Staatsanwalt gehört hat, daß der Herr Präsident Demel Bedenken hat, durch den Untersuchungsrichter verhört zu werden. Das war meine Mitteilung. Und am Ende dieser Sitzung hat es hier unterschiedliche Auffassungen gegeben, und das habe ich damals noch einmal präzisiert, wie es ja auch aus dem Protokoll hervorgeht. Danke. Entschuldigen Sie.*

Fuhrmann: *Danke, Herr Vorsitzender. Korrekt zitiert. Meine Überraschung geht aber dahin, daß bis heute noch niemand von der Justiz versucht hat (Demel: Niemand!), mit Ihnen einen Vernehmungstermin herzustellen.*

Demel: Genau das ist richtig, und ich wundere mich ja auch darüber. *(Fuhrmann: Das ist ein Wahnsinn!)* Aber noch einmal, bitte: Es könnte ja sein, daß auch der Mag. Tandinger zu dem Schluß gekommen ist, daß er vielleicht nicht unbefangen ist, und er von sich aus eine Befangenheitsanzeige gemacht hat. Und darüber muß ja erst wieder ein Senat entscheiden, ob das so ist oder nicht. Das weiß ich aber nicht. Ich habe keinerlei Verständigung vom Straflandesgericht — nichts!

Fuhrmann: *Also, dann halte ich fest, jetzt resümierend: Da Sie bis jetzt keine Ladung — weder mündlich noch schriftlich — bekommen haben, eine Aussage zu machen, konnten Sie auch eine*

Aussage nicht verweigern. (Demel: So ist es!) — Danke, ich habe keine Frage mehr.

Obmann Steiner: Als nächste Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Sie sagen, Sie haben noch keine Ladung erhalten, aber Sie haben bereits über Fernsehen oder Rundfunk erklärt, daß Sie nicht vom Untersuchungsrichter Tandinger vernommen werden wollen. Wahrscheinlich haben Sie Kenntnis erlangt, daß die Staatsanwaltschaft bereits am 5. 1. 1989 den Antrag gestellt hat, Sie zu vernehmen. Daß Sie das erfahren haben, nehme ich an. Haben Sie das erfahren?

Demel: Was habe ich erfahren?

Helene Partik-Pablé: Daß die Staatsanwaltschaft — das geht aus den Papieren hervor . . . (Demel: Die wer bekommen hat?) Das ist nicht immer der Dr. Matousek, sondern es sind die Akten, die vorliegen . . .

Demel: Ich weiß nicht, was Sie jetzt von mir wissen wollen.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte wissen, wieso Sie eigentlich erfahren haben, daß Sie als Zeuge vernommen werden sollen.

Demel: Entschuldigen Sie! Ich habe ja eingangs erklärt, gleich am Anfang, daß mich der Herr Pressestaatsanwalt zurückgerufen hat, und ich ihm genau das, was ich jetzt wiederholt habe, gesagt habe: Wenn möglich, nicht unbedingt der Mag. Tandinger, weil sonst der Konflikt schon programmiert ist.

Helene Partik-Pablé: Außerdem möchte ich Ihnen gegenüberhalten, daß es eine Befangenheit eines Untersuchungsrichters oder eines Richters (Demel: Ach, das gibt es gar nicht?) hinsichtlich des Beschuldigten gibt, aber warum soll er Ihnen gegenüber — Sie wären ja als Zeuge zu vernehmen gewesen — befangen sein, wenn Sie eine Beschwerde gegen die Hausdurchsuchung eingebracht haben? (Demel: Über wen habe ich mich denn beschwert?) Das entbehrt meiner Meinung nach eines Grundes.

Demel: Den kann ich Ihnen aber gleich erklären. Der Herr Mag. Tandinger hat gegen mehrere Bestimmungen der Strafprozeßordnung verstoßen (*Helene Partik-Pablé: Das behaupten Sie!*) Nein, das steht in einem Beschluß drinnen, nur kann man nachher nichts mehr machen.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Die Ratskammer hat festgestellt, daß Ihrer Beschwerde keine Berechtigung zukommt. Ich habe das gestern in den Unterlagen gesehen.

Demel: Ja dann lesen Sie auch die Begründung dazu: Weil hinterher nichts mehr zu machen ist, weil die Amtshandlung schon abgeschlossen war.

Helene Partik-Pablé: Ihre Beschwerde ist von der Ratskammer abgewiesen worden.

Demel: In der Begründung steht aber, daß die Bestimmungen der Strafprozeßordnung wirklich nicht eingehalten wurden.

Helene Partik-Pablé: Letztlich ist es aber entscheidend, was der Beschluß besagt, nämlich daß die Abweisung erfolgt ist.

Aber mich interessiert in erster Linie einmal: Sie haben gesagt, Sie kennen Udo Proksch seit 1979. Wie haben Sie ihn kennengelernt? Wie ist das Verhältnis zu Udo Proksch entstanden?

Demel: Ich bin Ende 1979 in den „Club 45“ gekommen und habe ihn dort einige Male gesehen, aber nicht mehr. So war der Anfang. Daher kenne ich ihn seit dieser Zeit.

Helene Partik-Pablé: Und wie sind Sie in den „Club 45“ gekommen? Wer hat Sie eingeführt?

Demel: In den „Club 45“ wird man auf Vorschlag von zwei Vorstandsmitgliedern eingeführt.

Helene Partik-Pablé: Wer waren die Vorstandsmitglieder, die Sie eingeführt haben?

Demel: Muß ich das sagen? Das hat mit der Sache wohl nichts zu tun.

Helene Partik-Pablé: Zur Beleuchtung des Umfeldes wäre es eigentlich schon interessant.

Demel: Auf Vorschlag des Dr. Damian und des Dr. Hellwagner.

Helene Partik-Pablé: Im übrigen wird ja immer gesagt, das ist nur ein Gesellschaftsclub, in dem honorige, respektable Personen drinnen sind. Da kann man ja wohl sagen, durch wen man eingeführt worden ist.

Demel: Ja. Aber ich glaube nicht, daß Sie das wirklich etwas angeht.

Helene Partik-Pablé: Aber es interessiert mich. (Schieder: Wollen Sie Mitglied werden?) Nein. Ich glaube, das ist wahrscheinlich auch nur ein Männerklub. Hat sich das Verhältnis zu Udo Proksch im Laufe der Zeit verstärkt, sodaß Sie einen näheren Kontakt zu ihm gehabt haben?

Demel: Ja, das stimmt, und zwar dadurch: Ich hatte ursprünglich den Zivilakt als Berichterstatler nach der Geschäftsordnung des Senates 1 im Oberlandesgericht zugewiesen bekommen. Während meines Urlaubs ist auf eine Intervention des

Herrn Dr. Masser auf einmal der Akt weg gewesen, was mich sehr gewundert hat, weil normalerweise nach der Zuweisung eines Aktes eine Abnahme nur durch Senatsbeschluß erfolgen kann. Und dann habe ich mich dafür interessiert, wie das weitergeht, vor allem als unüblicherweise ein ganzer Senat des Oberlandesgerichtes für befangen erklärt wurde und ein neuer Senat des Oberlandesgerichtes dieselbe Entscheidung, nämlich die Grundsatzentscheidung gefaßt hat, das Klagebegehren besteht dem Grunde nach zu Recht.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie sich nicht von selbst für befangen erklärt in dieser Sache?

Demel: Ich habe mich nicht für befangen erklärt, weil ich zu diesem Zeitpunkt überhaupt keinen Kontakt zu Udo Proksch hatte und nicht ein einziger von den Mitgliedern des Clubs über die Sache mit mir vorher geredet hat, noch dazu weil ich dem Dr. Hellwagner gesagt habe, das nicht zu tun.

Helene Partik-Pablé: Wann war das, als Sie zum ersten Mal mit dem Zivilakt in Berührung gekommen sind?

Demel: Das weiß ich nicht mehr. Ich habe nicht gewußt, daß ich das heute gefragt werde, sonst hätte ich mir das angeschaut.

Helene Partik-Pablé: Aber jedenfalls haben Sie Udo Proksch gekannt. Er war wie Sie „Club 45“-Mitglied. Waren Sie damals schon Präsident des „Club 45“?

Demel: Nein, ich bin erst im Jahr 1987 Präsident geworden. Ich war von 1980 bis 1982 am Oberlandesgericht, und das war irgendwann in dieser Zeit, eher am Anfang, 1981 vielleicht.

Helene Partik-Pablé: Welche Funktion haben Sie damals im „Club 45“ gehabt?

Demel: Gar keine.

Helene Partik-Pablé: Waren Sie im Vorstand des „Club 45“?

Demel: Nein.

Helene Partik-Pablé: Sie waren aber Mitglied des „Club 45“?

Demel: Ja, das habe ich gesagt, seit 1979.

Helene Partik-Pablé: War Proksch im Vorstand?

Demel: Ob er damals gerade im Vorstand war? Wahrscheinlich, ich weiß es nicht.

Helene Partik-Pablé: Wer war damals Präsident?

Demel: Vom Bestehen des Clubs bis 1987 war das Präsident Gratz.

Helene Partik-Pablé: War Damian im Vorstand?

Demel: Damian war sicher im Vorstand, sonst hätte er nicht einer von den beiden sein können, die mich vorgeschlagen haben.

Helene Partik-Pablé: Es ist ja um die Sache Zapata — Bundesländer-Versicherung gegangen, mit der Sie zu tun gehabt haben, die Sie aber identifiziert haben mit Udo Proksch. Ist das richtig?

Demel: Ja, das haben alle gemacht, obwohl er nicht der Kläger und nicht der Beklagte ist.

Helene Partik-Pablé: Hat Dr. Damian in diesem Verfahren eine Rolle gespielt?

Demel: Ja, ich glaube, der Dr. Damian war im Zivil . . . Ich weiß nicht, Amhof oder Damian, einer von den beiden war . . . Nein, Moment. In diesem Verfahren war früher einmal Dr. Damian. Soweit ich mich erinnere, war der Anwalt Dr. Weiss-Tessbach.

Helene Partik-Pablé: Und Dr. Damian war in dieses Verfahren . . .

Demel: Nein, nein, der war längst nicht mehr . . . Das ist ja kompliziert. Das war, glaube ich, dreimal bis zum Obersten Gerichtshof und zurück, und infolge der Begeisterung des Udo Proksch über seine Anwälte, die ja immer wieder hervorgekommen ist, waren da mehrere Wechsel.

Helene Partik-Pablé: Ja aber jedenfalls hat Dr. Damian auch in dieser Sache vertreten.

Demel: Da müssen Sie ihn fragen. Sicher irgendwann, aber damals, wie ich dort war, glaube ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Es war also auch die Bekanntschaft kein Grund, daß Sie sich für befangen erklären?

Demel: Ich habe mit dem Dr. Damian auch keine besondere Beziehung gehabt.

Helene Partik-Pablé: Er hat Sie aber in den „Club 45“ gebracht, haben Sie gesagt.

Demel: Nein. Ich habe gesagt, er hat mich vorgeschlagen. Hingebracht hat mich mein Freund Hellwagner.

Helene Partik-Pablé: Ja wer Sie jetzt hingebracht hat . . . Sie haben gesagt, er hat Sie vorgeschlagen. Also gut, Sie haben keinen Grund gesehen, sich für befangen zu erklären?

Demel: Das habe ich jetzt schon dreimal gesagt.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte Sie noch bezüglich des Treffens im Flugzeug fragen, und zwar haben Sie angeblich zu Worm gesagt: Wir wissen, daß beim Transport 70 Kilo Pläne abhanden gekommen sind.

Demel: Das ist ein Unsinn.

Helene Partik-Pablé: Das ist nicht richtig? Das ist falsch?

Demel: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und Sie haben auch gesagt: Wir versuchen ein Enduser-Zertifikat aufzutreiben.

Demel: Nein, nicht wir, er versucht es.

Helene Partik-Pablé: Also, Sie haben nicht „wir“ gesagt, sondern Sie haben gesagt, „er“.

Demel: Also, wir versuchen sicher nichts aufzutreiben. Ich wüßte nicht, wie ich oder einer meiner Freunde von hier aus so etwas aufzutreiben sollte.

Helene Partik-Pablé: Na, es hätte mich nur interessiert, wieso Sie eben von „wir“ sprechen, welcher Identifizierungskonnex da vorliegt?

Demel: Das war in dem Zusammenhang, daß wir betroffen sind, daß er nicht zurückkommt.

Helene Partik-Pablé: Wer ist „wir“?

Demel: Denn wir, sowohl im „Club 45“ als auch seine früheren Freunde, haben keine Freude damit gehabt, daß er nicht zurückgekommen ist.

Helene Partik-Pablé: Ich habe zu fragen begonnen, wie das Verhältnis zu Udo Proksch gewachsen ist. Offensichtlich ist es ja gewachsen, weil er Sie ja relativ oft angerufen hat.

Demel: Das hat damit nichts zu tun.

Helene Partik-Pablé: Und da haben Sie dann gesagt, das Zivilverfahren hat diese Bekanntschaft etwas verstärkt.

Demel: Nein, als ich nicht mehr mit dem Zivilverfahren befaßt war, ist mir das Sonderbare an der Vorgangsweise an dem Verfahren aufgegangen, denn in dem Verfahren ist nur das passiert, was auf Intervention des Dr. Masser gemacht wurde, so wie es auch später im Strafverfahren war.

Helene Partik-Pablé: Wieso kommt es eigentlich, daß Udo Proksch Sie relativ häufig anruft oder angerufen hat?

Demel: Ich weiß nicht, warum Sie mich das fragen, er hat ja auch mit anderen Personen genug Kontakt gehabt, unter anderem mit Ihren Parteiobmännern. (*Schieder:* Parteiobmännern?) Obmännern! Ja, sicher.

Helene Partik-Pablé: Ja, gut, ich frage Sie deshalb, weil ich . . . (*Schieder:* Mit wem?)

Demel: Die Parteiobmänner sind ja bekannt, also zuletzt der Dr. Steger und zu allerletzt der Dr. Haider. (*Heiterkeit bei der SPÖ.*)

Helene Partik-Pablé: Ja, gut, ich höre das zum ersten Mal.

Demel: Ja, bitte, es ist ja bekannt, im Club zumindest, daß im Herbst . . . (*Fuhrmann:* Haider und Proksch! Wo? Im Demel?)

Helene Partik-Pablé: Ich weiß nicht, ob Udo Proksch den Haider angerufen hat aus Bangkok . . .

Demel: O nein, o nein, das war noch besser . . .

Helene Partik-Pablé: Na bitte!

Demel: Die haben stundenlang miteinander konferiert, und zwar noch im Herbst 1987, der Haider und der Proksch, natürlich, jawohl.

Helene Partik-Pablé: Na da war der Udo Proksch noch nicht auf der Flucht, nicht?

Demel: Frau Abgeordnete, Sie haben ja . . .

Helene Partik-Pablé: Ich höre das zum ersten Mal, ja.

Demel: . . . in Presseerklärungen vorgehalten, nach dem Jahr 1985 hätten sich der Gratz und ich zurückziehen müssen vom Proksch. Und drum hat mich so gewundert, daß Ihr Parteiobmann noch im Herbst 1987 Kontakt gepflogen hat und im „Club 45“ war. (*Ruf:* Der Haider?) Der Haider und sein Sekretär.

Helene Partik-Pablé: Ja gut, das können Sie ihn ja dann fragen. Sie können ihn laden, ja. Ich weiß davon nichts.

Demel: Na ja, das können Sie sagen.

Helene Partik-Pablé: Aber im übrigen ist der Haider ja nicht . . . (*Zwischenrufe.*)

Obmann Steiner: Moment. Die Frau Doktor ist am Wort, bitte.

Helene Partik-Pablé: Haider ist ja nicht Präsident des Arbeitsgerichtes.

Demel: Entschuldigen Sie, meine Funktion als Präsident des Arbeitsgerichts, die Sie immer bringen, hat mit dem überhaupt nichts zu tun.

Helene Partik-Pablé: Gut. Ich wollte ja nur gerne wissen — das haben Sie mir nicht beantwortet, weil Sie eben das anbringen wollten, was Sie jetzt gerade gesagt haben, was mir unbekannt ist —: Wieso ist eigentlich das Verhältnis zu Udo Proksch so eng, daß er um 4 Uhr . . .

Demel: So eng ist es nicht.

Helene Partik-Pablé: Na ja, wenn mich jemand um 4 Uhr in der Früh anruft, dann muß ich schon sagen, daß das eigentlich ziemlich eng ist, nicht?

Demel: Wissen Sie, da gibt es auf der Welt einen Zeitunterschied.

Helene Partik-Pablé: Na, den weiß ja auch der Herr Proksch, nicht?

Demel: Ja, aber dem ist das egal. Denn der ruft zu jeder Tages- und Nachtzeit an, wie alle seine Bekannten wissen. Der telefoniert, wenn er dran ist, den ganzen Tag, mit allen. Er hat ein dickes Telefonbuch, und wer ihm gerade einfällt, den ruft er an.

Helene Partik-Pablé: Ohne Rücksicht darauf, wie spät es ist.

Demel: Ohne Rücksicht auf Verluste.

Helene Partik-Pablé: Und dann haben Sie im „Inlandsreport“ auch noch gesagt, daß der Udo Proksch Sie einmal angerufen hat, da hat die Justizwache ein Gespräch vermittelt.

Demel: Ja.

Helene Partik-Pablé: Also hat er offensichtlich zu einer Zeit angerufen, als die offizielle Arbeitszeit schon vorüber war.

Demel: Ich pflege meistens bis neun Uhr am Abend zu arbeiten.

Helene Partik-Pablé: Und Udo Proksch kennt genau Ihre Gepflogenheiten?

Demel: Nein, die kennt er nicht. Wahrscheinlich hat er auch angerufen, als ich nicht da war.

Helene Partik-Pablé: Also, er ruft alle Ihre Nummern durch, denn sonst käme er ja nicht aufs Gericht.

Demel: Das weiß ich nicht, wieso denn?

Helene Partik-Pablé: Ich kann mir das schon vorstellen, daß man nicht um halb neun . . .

Demel: Ja, vorstellen kann man sich vieles.

Helene Partik-Pablé: Ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Udo Proksch annimmt, daß Sie bis halb neun im Gericht sind, außer er weiß es.

Demel: O ja, der weiß es. Alle meine Freunde wissen das, und zu meinem Mißvergnügen rufen mich jetzt auch schon Anwälte um die Zeit an, weil sie es auch schon wissen.

Helene Partik-Pablé: Also das heißt, er hat jedenfalls so ein enges Vertrauensverhältnis zu Ihnen gehabt, . . .

Demel: Das hat mit einem Vertrauensverhältnis nichts zu tun.

Helene Partik-Pablé: . . . daß er weiß, daß Sie lange im Gericht sind.

Demel: Ja, das weiß er schon, das ist aber kein Geheimnis.

Helene Partik-Pablé: Gut, das andere werden wir ja alles vom Herrn Worm auch hören.

Demel: Aber sicher.

Helene Partik-Pablé: Sie haben heute gesagt, daß Sie auf Arbeitsgerichtspapier als Präsident des Arbeitsgerichtes dagegen protestiert haben, . . .

Demel: Ja, ich habe es mit.

Helene Partik-Pablé: . . . daß Ihnen im Zusammenhang mit der Hausdurchsuchung des Demel ins Sozialgericht zugestellt worden ist. Das stimmt aber nicht, sondern ich halte Ihnen vor das Schreiben vom 28. 4. 1988. Da schreiben Sie auf Papier des Arbeits- und Sozialgerichtes (Demel: Das ich selbst bezahlt habe!): In meiner Eigenschaft als Präsident der gesellschaftlichen Vereinigung „Club 45“ . . .

Demel: Ja und was kommt dann?

Helene Partik-Pablé: . . . suchte mich Reiter usw. auf . . .

Demel: Nein, nein, dort kommt es: suchte mich der Gruppeninspektor . . .

Helene Partik-Pablé: Bitte lassen Sie mich doch meinen Vorhalt machen! So geht es wirklich nicht!

Demel: Bitte sehr!

Helene Partik-Pablé: Sie schreiben dann: „. . . betreffenden bereits eingebrachten Aufsichtsbeschwerden unserer Anwälte . . . sollte es sich hingegen um die rechtswidrig erst ein Monat später vorgenommene Zustellung eines Beschlusses . . . handeln . . .“ Das heißt, Sie nehmen Bezug auf den

Hausdurchsuchungsbeschluß, Sie beziehen sich als Präsident der gesellschaftlichen Vereinigung „Club 45“ auf diese Hausdurchsuchung und schreiben das alles auf dem Papier des Präsidenten des Arbeits- und Sozialgerichtes. Ob Sie das für richtig finden, das möchte ich gerne wissen.

Demel: Ich möchte Ihnen zunächst sagen, daß Sie genau dort zu zitieren aufgehört haben, wo es nämlich darum geht . . .

Helene Partik-Pablé: Bitte geben Sie mir eine Antwort, ob Sie das für richtig finden.

Demel: Sie haben es nur halb vorgelesen, und Sie werden mich bitte den Satz fertig lesen lassen: „In meiner Eigenschaft als Präsident der gesellschaftlichen Vereinigung ‚Club 45‘ suchte mich am 14. April 88 der Gruppeninspektor Reiter in meiner Dienststelle auf und händigte mir, angeblich im Auftrag des Richters Mag. Tandinger, einen Hausdurchsuchungsbefehl vom 14. oder 15. 3. 88, dessen Datum wegen handschriftlicher Ausbesserung nicht genau leserlich ist, zur Geschäftszahl 28 BVE 8024 aus. Sollte es sich hiebei um eine versteckte weitere mündliche Ausdehnung . . .“ Das hat nämlich der Herr Mag. Tandinger gemacht. Es hat nämlich keinen Hausdurchsuchungsbefehl für den „Club 45“ gegeben, das hat er dann gegen den Protest des Dr. Lansky mündlich ausgedehnt. Er hatte keine Schriftführerin, keine Zeugen dabei, es ist kein einziges Schriftstück festgestellt worden.

Helene Partik-Pablé: Ja, dann haben Sie ja ohnehin Beschwerde erhoben, aber ich frage Sie . . .

Demel: Ja. „ . . . so protestiere ich wegen der neuerlichen Verletzung einer Anzahl . . . und verweise auf die Ablichtungen der Aufsichtsbeschwerden“. (*Graff:* Lesen Sie genau! „Ablichtungen der . . .“) Das habe ich zuerst gesagt.

Helene Partik-Pablé: Aufsichtsbeschwerden unserer Anwälte.

Demel: Unserer Anwälte.

Helene Partik-Pablé: Also gut, Sie agieren als Chef des „Club 45“, als Präsident des „Club 45“ . . .

Demel: Nein.

Helene Partik-Pablé: Aber natürlich, Sie machen jetzt . . .

Demel: Bitte, noch einmal. Wenn ich das gemacht hätte, hätte ich selber die Aufsichtsbeschwerde so gemacht. Ich habe die Aufsichtsbeschwerde gemacht, also der Club hat die Aufsichtsbeschwerde gemacht im Weg der Anwälte. Ich habe mich dagegen beschwert, daß erstens vier Wochen später durch einen Gruppeninspek-

tor der Sicherheitsdirektion Niederösterreich an meiner Dienststelle das zugestellt wurde. Der ist dort herumgegangen, hat sich umgeschaut — ich war nämlich nicht im Zimmer —, und als ich kam, sage ich: Wer sind Sie? — Gruppeninspektor Reiter, Sicherheitsdirektion Niederösterreich, ich habe Ihnen einen Hausdurchsuchungsbefehl zuzustellen. Dagegen habe ich mich beschwert.

Helene Partik-Pablé: Ja das sind genau fünf Zeilen Ihres Briefes, der eineinviertel Seiten hat. Aber ich frage Sie, ob Sie das überhaupt richtig finden, daß Sie als „Club 45“-Chef auf dem Papier des Arbeits- und Sozialgerichtes schreiben. Danach frage ich Sie dreimal, und Sie geben mir keine Antwort.

Demel: O ja, ich sage Ihnen das, ich habe die Aufsichtsbeschwerde selber nicht auf diesem Papier gemacht. Und die Beschwerde und noch eine weitere, und zwar beim Innenminister Blecha, das haben Sie auch, das ist ja bestens faksimiliert in allen Zeitungen gewesen . . .

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie nicht auf dem Papier des „Club 45“ geschrieben?

Demel: Weil ich mich nicht als „Club 45“-Mitglied darüber beschweren kann, wenn im Arbeits- und Sozialgericht was zugestellt wird.

Helene Partik-Pablé: Herr Präsident, aber jetzt möchte ich Sie bitten, irgendwo müssen Sie jetzt einmal eine Linie bewahren. Sie schreiben: „In meiner Eigenschaft als Präsident der gesellschaftlichen Vereinigung ‚Club 45‘ . . .“

Demel: Suchte mich der am Gericht auf.

Helene Partik-Pablé: Ja, also Sie nehmen doch eindeutig Bezug auf Ihre Stellung im Club und sitzen im Arbeitsgericht und schreiben das auf das Arbeitsgerichtspapier, und dann sagen Sie, das hat nichts zu tun mit der Tätigkeit als Arbeitsgerichtspräsident.

Demel: Meine Beschwerde liegt ja genau darin, daß ich als Klubpräsident im Arbeitsgericht die Zustellung bekommen habe! Genau das sage ich ja die ganze Zeit!

Helene Partik-Pablé: Dagegen haben Sie sich in drei Sätzen beschwert, aber alles andere betrifft Ihre Aufsichtsbeschwerde, bitte schön.

Was wollten Sie damit erreichen, daß Sie das auf so einem Papier schreiben?

Demel: Ich wollte erreichen, daß das untersucht wird.

Helene Partik-Pablé: Außerdem, was hat das mit dem Innenminister zu tun, diese ganze Sache überhaupt?

Demel: Bekanntlich untersteht ein Gruppeninspektor der Sicherheitsdirektion Niederösterreich dem Innenminister.

Helene Partik-Pablé: Daß ein D-Beamter oder C-Beamter Ihnen das zustellt, ist Ihnen wert, daß Sie jetzt eineinhalb Seiten lange Briefe schreiben?

Demel: Das ist es mir! Das ist kein D-Beamter; ein Gruppeninspektor ist wirklich kein D-Beamter.

Helene Partik-Pablé: Gut, dann ist es ein C-Beamter.

Demel: Bei uns machen das B-Beamte.

Helene Partik-Pablé: Was wollten Sie damit erreichen?

Demel: Ich wollte mich darüber beschweren, daß das, was Sie mir vorwerfen, in Wirklichkeit vom Gericht gemacht wird.

Helene Partik-Pablé: Was?

Demel: Vom Herrn Mag. Tandinger, nämlich daß vermischt wird meine Tätigkeit beim Arbeitsgericht mit meiner Tätigkeit beim „Club 45“.

Helene Partik-Pablé: Aber alle Ihre Beschwerden haben überhaupt keinen Erfolg gehabt, das waren offensichtlich Einschüchterungsversuche.

Demel: Wer sagt denn das?

Helene Partik-Pablé: Ich habe es mir ja angeschaut, die Ratskammer hat abgewiesen . . .

Demel: Der Innenminister hat als richtig zugegeben, daß elf Beamte ohne Dienstzuteilung in Wien tätig waren.

Helene Partik-Pablé: Das Oberlandesgericht hat Ihre 15er Beschwerde ebenfalls abgewiesen, Herr Präsident.

Demel: Ja, und deswegen . . .

Helene Partik-Pablé: Das war offensichtlich nur dazu angetan, um alle möglichen Beamten einzuschüchtern.

Demel: Das ist Ihre Meinung.

Helene Partik-Pablé: Das ist meine Meinung. Ich möchte auch noch einmal auf Ihre Tätigkeit hinweisen als Vizepräsident des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen, und zwar waren Sie damals betraut mit der Führung der Sachverständigenliste.

Demel: Ja.

Helene Partik-Pablé: Ist das eigentlich häufig, daß sich Sachverständige beschweren gegen . . .

Demel: Sachverständige beschweren sich selten.

Helene Partik-Pablé: . . . daß sich Rechtsanwälte beschweren gegen die Gutachten der Sachverständigen, daß sie sich beim Landesgericht für Zivilrechtssachen, beim Präsidenten beschweren?

Demel: Das ist oft.

Helene Partik-Pablé: Das kommt oft vor. Und was machen Sie in solchen Fällen?

Demel: Dann schaue ich mir zunächst einmal an, ob die Beschwerde überhaupt ein Substrat hat, und wenn sie ein solches hat, dann gebe ich es demjenigen, der die Fachkenntnis hat, das zu beurteilen. Wenn es ein Formalfehler ist, den das Gericht zu beurteilen hat, dann machte ich das selbst, und wenn es sich um den Inhalt handelt, dann gibt es einen Hauptverband der allgemein beeideten Sachverständigen, der in jedem Fall dann befaßt wird.

Helene Partik-Pablé: Und wann hat sie ein Substrat?

Demel: Wenn Unsinnigkeiten drinstehen.

Helene Partik-Pablé: Wieso können Sie das eigentlich beurteilen?

Demel: In dem Fall konnte ich das, erstens einmal ist auffällig, wenn ein Sachverständiger für Luftreinhaltung ein Schiffsgutachten macht. Dann schaut man hinein, und wenn man dann liest, es kommt praktisch nie vor, daß schwebende Wracks im Meer herumschwimmen, das gibt es gar nicht, weil entweder müßte nach den technischen Gegebenheiten etwas oben sein oder untergehen, und Sie lesen die Lloyd-Berichte und wissen, daß das jedes Jahr x-fach vorkommt, dann scheint das zumindest überprüfenswert. Und so steht es auch drinnen. Und die schiffstechnische Untersuchungsanstalt, also der Professor — ich weiß nicht, ich habe mir das heute, wie gesagt, nicht angeschaut, weil ich nicht gewußt habe, daß ich dazu befragt werde . . . Aber jedenfalls zwei Gutachter hat der Hauptverband eingeschaltet, Kuchar (*phonetisch*) hat der eine geheißen und der andere Amböck oder Ansböck oder so ähnlich, und beide sind dazu gekommen, daß das Gutachten nicht das beste ist.

Helene Partik-Pablé: Und wie ist das dann bei dem Graphologen Singer gewesen?

Demel: An das kann ich mich nicht mehr erinnern, wie es gewesen ist, aber das muß aus den Akten ja leicht hervorgehen.

Helene Partik-Pablé: Aber da haben auch Sie geprüft, ob ein Substrat vorhanden ist oder nicht.

Demel: Ja, ich habe in jedem Fall geprüft, ob ein Substrat da ist, bevor ich sinnlose Erhebungen mache.

Helene Partik-Pablé: In den zwei Fällen Baiertl (phonetisch) und Singer haben Sie dann den Sachverständigenverband ersucht, sie sollen sich das anschauen? Oder was war dann?

Demel: Beim Singer weiß ich es nicht mehr, beim Baiertl (phonetisch) sicher.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie vorher noch mit irgend jemandem vom Sachverständigenverband gesprochen?

Demel: Das weiß ich nicht mehr.

Helene Partik-Pablé: Wußten Sie damals, daß Jäger der Syndikus des Sachverständigenverbandes war?

Demel: Ich war sein Stellvertreter im Senat I vorher im Oberlandesgericht, sicher wußte ich das.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit ihm darüber gesprochen, daß das Gutachten von Baiertl (phonetisch) gekommen ist?

Demel: Frau Doktor, es war vor vier oder fünf Jahren, ich weiß es nicht.

Helene Partik-Pablé: Sie wissen es nicht. Haben Sie dann auch gewußt, was im Sachverständigenverband mit diesem Gutachten Baiertl (phonetisch) geschieht?

Demel: Zu diesem Zweck habe ich es ja hingeschickt.

Helene Partik-Pablé: Ob Sie gewußt haben, was dann dort mit diesem Gutachten geschieht? Was geschieht dann dort mit dem Gutachten?

Demel: Mit dem Gutachten wird ein Fachgutachter oder werden zwei Fachgutachter bestellt, die überprüfen, ob der Inhalt richtig oder falsch ist.

Helene Partik-Pablé: Und wer hat diese Gutachter ausgesucht im Sachverständigenverband?

Demel: Wer die dort aussucht, weiß ich nicht, wahrscheinlich der Präsident oder der Syndikus oder sonst wer, was weiß ich.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, daß Jäger die beiden Überprüfungsgutachter bestellt hat?

Demel: Tut mir leid, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Sie hören das heute zum erstenmal?

Demel: Ich weiß es nicht.

Helene Partik-Pablé: Ob Sie es heute zum erstenmal hören?

Demel: Ich kann mich an diese ganze Geschichte nicht erinnern. Ich hätte mir das angeschaut, wenn ich die Möglichkeit gehabt hätte, ich weiß es nicht mehr.

Helene Partik-Pablé: Sie können heute nicht sagen, ob Sie heute zum erstenmal hören, daß Jäger die Überprüfungsgutachter bestellt hat?

Demel: Ich kann mich an die ganze Geschichte nicht mehr so genau erinnern.

Helene Partik-Pablé: Herr Vorsitzender! Einen Vorhalt noch, und zwar: Ich habe hier einen Aktenvermerk, eine Zusammenfassung aus dem Akt, wo steht — teilweise ist es unleserlich —: „Auszuweisen ist davon, daß die Richtigkeit von Sachverständigengutachten grundsätzlich in gerichtlichen Verfahren und nicht in Justizverwaltungsverfahren zu prüfen ist. Anlaß zum Einschreiten gegen Sachverständige im Verwaltungsverfahren kann lediglich dann geboten sein, wenn Grund für die Annahme besteht, der Sachverständige habe vorsätzlich ein unrichtiges Gutachten erstattet.“

Demel: Was soll das sein bitte?

Helene Partik-Pablé: Das ist aus dem JV-Akt, Justizverwaltungsverfahren 2846, ich lege es Ihnen vor, weil ich dann noch wissen möchte, von wem die Unterschrift stammt. Sie haben also ein Justizverwaltungsverfahren in dieser Sache Baiertl (phonetisch) angeregt oder begonnen, obwohl es üblich ist — auch meiner Erfahrung nach, und ich habe mit etlichen Sachverständigen gesprochen —, daß im Gerichtsverfahren auf die Widersprüchlichkeit eines Sachverständigengutachtens eingegangen werden soll.

Demel: Wenn ich jetzt dran bin, dann darf ich Ihnen sagen, daß Ihre Kenntnis von diesen Umständen offenbar sehr gering ist. Dieses Gesetz, das Sachverständigen- oder Dolmetschergesetz, habe nämlich ich in der Zeit, als ich im Justizministerium war, vorbereitet für den Minister und als zweites das Sachverständigengebührengesetz. Und es ist ausdrücklich drinnen vorgesehen, daß im Aufsichtsverfahren, im Justizverwaltungsverfahren zu prüfen ist, erstens, ob ein Gutachter seine gutachterliche Tätigkeit überschreitet, wenn er in einem Fachgebiet ein Gutachten abgibt, für

das er nicht bestellt ist. Wenn wiederholt unrichtige Gutachten vorliegen oder Überschreitungen, dann gibt es ein eigenes Streichungsverfahren, und das ist ein Justizverwaltungsverfahren.

Helene Partik-Pablé: Waren in dem Fall schon öfters falsche Gutachten bei Baierl?

Demel: Eine Überschreitung seiner Befugnis. Technische Physik und Luftreinhalteung eignet sich nicht für Schiffsbau.

Helene Partik-Pablé: Und der Graphologe Singer, der schon seit Jahrzehnten als Sachverständiger tätig ist?

Demel: Ich bin ja nicht aus eigenem auf die Idee gekommen, das zu tun. Ich kann mich an den Graphologen Singer überhaupt nicht erinnern. Wenn aber eine Beschwerde über ihn eingelangt ist, dann ist die Beschwerde im Justizverwaltungsregister einzutragen und im Justizverwaltungsverfahren zu erledigen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben mir zuerst gesagt, ich habe keine Ahnung davon, aber diese JV-Sache ist wirklich nicht von mir, und da steht das drinnen.

Demel: Von mir auch nicht.

Obmann Steiner: Frau Doktor, Ihre halbe Stunde wäre es dann.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte gerne wissen, ob Sie die Unterschrift identifizieren können, wo drinnen steht: Nur bei Vorsätzlichkeit . . .

Demel: Also meine ist es sicher nicht.

Helene Partik-Pablé: . . . ist ein Überprüfungsverfahren einzuleiten und nicht dann, wenn ein Gutachten widersprüchlich ist. (Das Schriftstück wird dem Zeugen vorgelegt.)

Demel: Ich kann das überhaupt nicht lesen, bitte.

Helene Partik-Pablé: Die Unterschrift, bitte, den unteren Teil kann man sehr wohl lesen.

Demel: Ich kann das nicht lesen. Entschuldigung, Sie können es auch nicht lesen.

Helene Partik-Pablé: Ich frage Sie, ob Sie wissen, wer das unterschrieben hat.

Demel: Ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Kennen Sie die Unterschrift? (Demel: Nein!) Kann das vom Herrn Präsidenten sein?

Eine letzte Frage: Haben Sie den Herrn Präsidenten informiert? (Der Zeuge macht eine Kopfbewegung.)

Obmann Steiner: Als nächster ist Herr Dr. Graff an der Reihe.

Graff: Herr Dr. Demel, Sie sind Präsident des „Club 45“ seit Anfang 1987?

Demel: Ja.

Graff: Als Nachfolger vom Präsidenten Gratz?

Demel: Ja.

Graff: Und Sie sind auch Präsident des Arbeits- und Sozialgerichtes?

Demel: Ja.

Graff: Hat der „Club 45“ das Recht zur Führung des Staatswappens vom Bundespräsidenten bekommen?

Demel: Nein.

Graff: Warum schreiben Sie wirklich die Aufsichtsbeschwerde mit dem Papier „Republik Österreich — Staatswappen — Arbeits- und Sozialgericht Wien — Der Präsident Dr. Karlheinz Demel“ — und verweisen darin auf die Aufsichtsbeschwerden unserer Anwälte?

Demel: Ich kann mich ja nicht zweiteilen. Das ist nicht die Aufsichtsbeschwerde. Das ist die Beschwerde über die Zustellung des Hausdurchsuchungsbefehls im Arbeits- und Sozialgericht.

Graff: Das ist ein Thema, aber Sie berufen sich ausdrücklich wegen neuerlicher Verletzung der Strafprozeßordnung (Demel: Richtig!), Sie knüpfen an an die Aufsichtsbeschwerde der Anwälte, sprechen von „unseren Anwälten“ und benützen dazu ein Papier als Präsident eines Gerichtshofes mit Republik Österreich und dem Staatswappen. Finden Sie das sehr gut und sehr geschickt?

Demel: Wenn Sie mir es so vorhalten, finde ich es nicht sehr geschickt. Aber wirklich, wenn ich die Aufsichtsbeschwerde auf dem Papier gleich hätte machen wollen, dann hätte ich es. Aber ich wollte mich wirklich nur dagegen verwahren, daß an meiner Dienststelle die Kriminalpolizei umhergeht.

Graff: Und Sie sagen, das Papier haben Sie selbst bezahlt und bestellt.

Demel: Ja, das habe ich selbst bezahlt, und zwar deswegen, ich habe da eine Aufforderung bekommen, ich habe das auch berichtet, ich soll mitteilen, und da ist Bezug genommen worden auf irgend einen Erlaß.

Graff: Jetzt weiter zu Ihren Funktionen. Sie sind auch Vizepräsident des Niederösterreichischen Schafzüchterverbandes?

Demel: Das heißt Obmann-Stellvertreter. Ja.

Graff: Und ausübender Schafzüchter mit 34 Mutterschafen und einem Zuchtwidder?

Demel: Ja.

Graff: Das steht in der Zeitung.

Demel: Ja wenn es in der Zeitung steht, dann muß es ja wahr sein.

Graff: Dessen bin ich mir ja nicht sicher, darum frage ich Sie als Zeuge, und Sie stehen hier unter Wahrheitspflicht.

Demel: Das hat aber wirklich mit der Sache nichts zu tun.

Graff: Doch, das hat meiner Meinung nach mit der Sache zu tun.

Demel: Also gut, dann stimmt es.

Graff: Wir kommen schon dorthin. Keine Sorge. Sie sind auch der Obmann der sozialistischen Arbeitsbauern in Niederösterreich?

Demel: Nein, in Klosterneuburg.

Graff: Mandatar in der Bezirksbauernkammer?

Demel: Ja.

Graff: Sie haben einen Werkvertrag mit dem Wissenschaftsministerium?

Demel: Nein. 1982, als die Frau Minister Firnberg gegangen ist, habe ich das zurückgelegt.

Graff: Sie sind Mitglied der Zivildienst-Oberkommission?

Demel: Ja. Da haben Sie schon voriges Jahr angefragt, vor meiner Tätigkeit.

Graff: Üben das aus?

Demel: Ja.

Graff: Bekommen dafür pro Fall eine Bezahlung?

Demel: Ja.

Graff: Haben Sie sonst Funktionen, wo Sie Aufwandsentschädigungen bekommen?

Demel: Nein.

Graff: Was kostet ein Flug erster Klasse nach Bangkok?

Demel: Das war ein Sonderangebot, das ich bekommen habe über — ich kann ja Werbung machen, ich bekomme ja nichts — Lauda-Tour, es kostete einschließlich 14 Tagen hin und zurück 29 000 S.

Graff: Und bei der Tanzsportvereinigung sind Sie auch noch tätig.

Demel: Bei welcher?

Graff: Bei einer, ich frage Sie, bei irgendeiner.

Demel: Sie sagen bei „der“. Ich bin der Präsident des Tanzsportverbandes. Dort bekomme ich auch nichts bezahlt.

Graff: Aber Sie fungieren, ich habe Sie einmal im Fernsehen gesehen, als Conférencier etwa bei einem Tanzturnier in der Stadthalle.

Demel: Nein. Das ist eine sportliche Veranstaltung, und ich bin kein Conférencier, sondern der Turnierleiter.

Graff: Entschuldigen Sie. Ich bitte um Verzeihung. Und als Präsident des Arbeits- und Sozialgerichtes verhandeln Sie auch, führen Sie eine Abteilung?

Demel: Ja.

Graff: Das Fußerl von der Dagmar Koller, das war Ihre Causa?

Demel: Ja, das ist in der Zeitung gestanden.

Graff: Außerdem sind Sie beim Hauptverband der Sachverständigen tätig.

Demel: Ja.

Graff: Dort halten Sie Seminare.

Demel: Ja.

Graff: Dort bekommen Sie auch nichts dafür?

Demel: O ja. Aber das ist keine Funktion. Das machen aber von den Justizleuten ungefähr ein Drittel. Wenn man irgendwelche Vorträge hält, dann bekommt man dafür etwas bezahlt.

Graff: Ja es ist nur langsam ein bißchen viel. Ich frage mich nur, wie Sie den Gerichtshof auch noch leiten.

Demel: Nach Meinung der untersuchenden Behörde, die das voriges Jahr zweimal gemacht hat, gut.

Graff: Beim Besetzungsvorschlag waren Sie an dritter Stelle, aber wollen wir nicht darüber reden.

Demel: Ja, bitte, vorher.

Graff: Sie haben die Erwartungen übertroffen.

Demel: Ich habe den Gerichtshof nachher geführt und nicht vorher.

Graff: Das gebe ich zu.

Haben Sie, als Sie in Bangkok waren, den Herrn Proksch getroffen?

Demel: Nein. Das ist auch eine Unterstellung.

Graff: Ich unterstelle gar nichts. Ich habe Sie nur gefragt. Ich möchte es im Protokoll kategorisch haben.

Demel: O ja, die Kollegin Geyer hat erklärt, das hat man in der Zeitung lesen können, daß es kein Zufall ist, oder sie glaubt nicht an Zufälle, wenn Gratz nach Bangkok kommt und ich in Bangkok bin, allerdings mit 14 Tagen Differenz, also fällt es schwer, dort zusammenzutreffen.

Graff: Aber Sie arbeiten jedenfalls für die Verteidigung, berechnen, habe ich mir aufgeschrieben dazu, Unterlagen. Ja, schiffstechnischer Sachverständiger sind Sie auch?

Demel: Ja.

Graff: Werden Sie gelegentlich bestellt?

Demel: Ja sicher.

Graff: Auch in anderen Prozessen?

Demel: Ja, in Strafprozessen.

Graff: Und das haben Sie für die Verteidigung von Proksch gemacht, für die sind Sie tätig, unter Vorbehalt eventuell eines Honorars. Sie haben sich noch nicht entschieden, ob Sie es verrechnen oder nicht.

Demel: Richtig.

Graff: Sie haben aber auch nicht verzichtet?

Demel: Nein.

Graff: Sie finden nichts daran, daß ein österreichischer Richter der Verteidigung des flüchtigen Herrn Proksch zuarbeitet?

Demel: Ich weiß nicht, was da standeswidrig sein soll . . .

Graff: Ich frage Sie nur, ganz neutral.

Demel: . . ., wenn ein Sachverständiger eine Sachverständigentätigkeit . . .

Graff: Ich bemühe mich wirklich sachlicher zu fragen als der Kollege Pilz.

Demel: Das ist keine Kunst.

Graff: Da hat er recht. (Helene Partik-Pablé: Der Zeuge hat nicht zu qualifizieren, wie er hier gefragt wird!) Gut, also jedenfalls sind Sie da tätig. Und waren Sie das schon, als Sie als Vizepräsident die Beschwerde über den Schiffsachverständigen bekommen haben?

Demel: Nein. Bitte, das bin ich schon gefragt worden, dazu habe ich auch schon ausgesagt.

Graff: Da noch nicht. (Demel: Nein!) Und damals haben Sie aber gesagt, und das ist mir als Widerspruch aufgefallen, nämlich heute haben Sie gesagt, daß die Frau Dr. Pitzlberger sich über diese Unrichtigkeit des Gutachtens beschwert hätte.

Demel: Ja.

Graff: Ich habe da den Brief von Frau Dr. Pitzlberger vom 12. 4. 1985. Da steht drin: In der Anlage übermittle ich Ihnen das Gutachten, wo deziert der Auftrag der zu begutachtenden Frage gestellt wurde. Des weiteren schließe ich diesem Schreiben die Äußerung zu den Gebühren an sowie die Beschwerde gegen den Gebührenbeschluß. Gestützt auf die vorgelegten Unterlagen, beantrage ich gemäß §§ 10, 12 StG die Streichung des Sachverständigen.

Da steht aber kein Wort drin, warum, da steht kein Wort drin, daß das Gutachten unrichtig sein soll.

Demel: Entschuldigung. Die §§ 10 und 12 StG sind genau die, die die Voraussetzungen für die Streichung bringen.

Graff: Den haben Sie auch falsch zitiert, da steht nämlich kein Wort von einem unrichtigen Gutachten drin. Soll ich Ihnen den § 10 StG vorhalten?

Demel: Nein, das kenne ich schon.

Graff: Nein, Sie kennen es nicht. Sie haben es da völlig falsch zitiert. Herr Dr. Demel, auch wenn man viel weiß als Jurist, soll man immer im Gesetz noch einmal nachlesen.

Drei Fälle halte ich Ihnen vor, in denen man dem Sachverständigen seine Eigenschaft entziehen kann: 1. Wenn sich herausstellt, daß die Voraussetzungen für die Eintragung seinerzeit nicht gegeben waren oder später weggefallen sind. 2. Wenn sich der Sachverständige wiederholt ungerechtfertigt weigert, zum Sachverständigen bestellt zu werden. 3. Wenn er wiederholt die Aufnahme des Befundes oder die Erstattung des Gutachtens über Gebühr verzögert.

Der Fall, daß er unrichtige Gutachten abgibt, steht da nicht drin. Was sagen Sie dazu?

Demel: Ich sage dazu, daß es noch weitere Bestimmungen und Entscheidungen gibt, wo drinsteht, daß bei Überschreitung der Gutachtensbe-

fugnis und bei wiederholt unrichtigen Gutachten ein Verfahren möglich ist.

Graff: Sie haben also jedenfalls als Vizepräsident diese Beschwerde, obwohl da überhaupt nichts substantiiert ist und daher das sogenannte Substrat völlig fehlt, zur Stellungnahme dem Hauptverband geschickt, wo als Syndikus Herr Dr. Jäger, dieser berühmte Senatsvorsitzende aus dem Zivilprozeß, tätig war. Stimmt das?

Demel: Ja. Ich glaube, daß die Frau Dr. Pitzlberger, bevor sie das schriftlich eingebracht hat, bei mir war.

Graff: Das glaube ich auch.

Demel: Und ich habe gesagt: Auf mündliche Beschwerden geschieht gar nichts. Wenn Sie etwas wollen, müssen Sie das schriftlich machen.

Graff: Jawohl, so stellt sich das auch dar. Das ist durchaus plausibel. Das heißt, Sie haben die Geschichte mit Frau Dr. Pitzlberger natürlich besprochen. Wenn ich der Pitzl wäre, würde ich sagen, Sie haben mit ihr abgesprochen, daß Sie den Sachverständigen legen, aber das sage ich nicht, sondern ich überlasse es jedem Beobachter, sich dazu seine Meinung zu bilden.

Sie sagen, es kommen öfter Beschwerden über Gutachten. Ist es üblich, daß da vom Verband Gegengutachten eingeholt werden?

Demel: Ich habe es zuerst schon gesagt: Wenn man es inhaltlich nicht beurteilen kann oder anzunehmen ist, daß etwas dran ist an der Beschwerde, dann kommt das vor.

Graff: Und woraus haben Sie nun geschlossen, daß etwas dran sein könnte an der Beschwerde, wenn die Frau Dr. Pitzlberger die Beschwerde gar nicht ausführt?

Demel: Das Gutachten war ja da.

Graff: Und das haben Sie aus eigenem Fachwissen überprüft?

Demel: Mir ist dabei aufgefallen vor allem die Geschichte mit dem schwebenden Wrack, die kann so nicht sein.

Graff: Sie haben in Ihrer Funktion als Schiff-sachverständiger und gleichzeitig als Vizepräsident des ZRS von Amis wegen oder aus Ihrer Berufung heraus . . .

Demel: Nein, aus Anlaß einer Beschwerde.

Graff: Ja, aufgrund einer Beschwerde von fünf Zeilen haben Sie das Gutachten inhaltlich überprüft und es für nicht stichhältig gefunden?

Demel: Nein.

Graff: So haben Sie es gesagt.

Demel: Weil ich gemeint habe, daß es nicht schlüssig ist, habe ich es dem Hauptverband geschickt.

Graff: Haben Sie es dem Hauptverband geschickt, und zwar zur Einholung von Gegengutachten?

Demel: Nein, das glaube ich nicht, ich glaube, mit dem Ersuchen um Überprüfung. Wie gesagt, den Akt kann man ja anschauen, da steht ja drin, was ich gesagt habe.

Graff: Herr Dr. Demel! Ist Ihnen die Firma Christian Demels Söhne GesmbH ein Begriff?

Demel: Ja.

Graff: Was ist das für eine Firma?

Demel: Das ist eine Firma, die zu 90 Prozent der Firma Lylac in der Schweiz und zu 10 Prozent dem Herrn Udo Proksch gehört.

Graff: Und dieser gehört das Haus am Kohlmarkt 14. Und dort ist der „Club 45“ . . .

Demel: Hauptmieter im dritten Stock.

Graff: Haben Sie neben Ihren vielen Funktionen auch in dieser Firma eine Funktion?

Demel: Nein.

Graff: Aufsichtsrat oder was?

Demel: Nein. In einer GesmbH kann ein Richter nicht Aufsichtsrat sein.

Graff: Darf nicht, kann, weiß ich nicht.

Demel: Ich bin es jedenfalls nicht.

Graff: Ich frage Sie deshalb: Ist es richtig, daß Sie im Zusammenhang mit den Bankschulden und mit den Bemühungen um den Verkauf dieser Gesellschaft irgendeine Tätigkeit entfaltet haben?

Demel: Ich war bemüht, sicherzustellen, daß unsere Hauptmiete dort bleiben kann, weil es Schwierigkeiten gegeben hat und für den Fall der Absiedlung der Club Geld bekommen soll. Und das setzt voraus, daß die Firma welches hat.

Graff: Haben Sie also mit einem potentiellen Käufer gesprochen oder Kontakt, Korrespondenzkontakt gehabt?

Demel: Ja.

Graff: Ist da der Ausdruck gefallen: wie ich aus Fernost höre?

Demel: Da bin ich überfragt, muß ich nachschauen, ich weiß es nicht.

Graff: Aber Sie können es nicht ausschließen?

Demel: Was soll ich hören aus Fernost?

Graff: Daß es einen anderen Interessenten gibt.

Demel: Ach so ja. Wenn Sie mich so fragen, dann natürlich, und zwar weiß ich von Dr. Zerner, daß aus Japan ein Angebot da ist.

Graff: Japan war da gemeint mit Fernost?

Demel: Ja.

Graff: Nicht ein anderes Fernost?

Demel: Nein. Und zwar gibt es eine japanische Gruppe, die die ganze Firma übernehmen will, vorausgesetzt, daß die österreichische Holding mittut.

Graff: Also Sie sind jedenfalls dabei, der Firma des Herrn Udo Proksch behilflich zu sein, einen Käufer zu finden?

Demel: Nein. Ich bin nur interessiert, daß wir für den Fall des Verkaufes unsere finanziellen Forderungen abgegolten bekommen.

Graff: Und die Formulierung „wie ich aus Fernost höre“ bezieht sich nicht auf den Herrn Udo Proksch?

Demel: Nein, bezieht sich auf die japanische Gruppe.

Graff: Und die Höhe des Preises und die Citybank haben da keine Rolle gespielt?

Demel: Zur Höhe des Preises sage ich Ihnen bitte nichts.

Graff: Sagen Sie mir nichts?

Demel: Nein.

Graff: Damit waren Sie aber befaßt.

Demel: Ich habe es gehört. Ich habe es nicht vorgeschlagen, ich habe es nicht ausgehandelt, ich habe es gehört und habe es gewußt.

Graff: Haben Sie mit dem Herrn Udo Proksch irgendeinen Informationsaustausch in diesem Zusammenhang gepflogen?

Demel: Nein.

Graff: Ist dies auch bei diesen Gesprächen, bei den Telefonaten nicht zur Sprache gekommen?

Demel: Nein, denn Herr Dr. Zerner macht die Verkaufsverhandlungen.

Graff: Und Sie haben mit Proksch darüber nicht gesprochen? (Demel: Nein!) Aber die Geschichte mit dem Enduser-Zertifikat ist zur Sprache gekommen?

Demel: Im September habe ich ihn gefragt, wann er das endlich bringt.

Graff: Sie haben sich also mit dem flüchtigen Udo Proksch über Beweismaterial für die Strafsache Lucona unterhalten?

Demel: Nein, nicht über, sondern ich wollte . . .

Graff: Über, natürlich.

Demel: Bitte, ich habe ihm gesagt, er soll endlich das bringen und kommen.

Graff: Ja. Als Berater und Zuarbeiter in Sachverständigenfragen für die Verteidigung haben Sie mit dem Udo Proksch Kontakt gehabt.

Demel: In der Hinsicht, ich habe ihn über keinerlei technisches Problem irgend etwas befragt.

Graff: Nein, über technisches Problem glaube ich schon. Aber es wurde über das Enduser-Zertifikat, das ein Beweismittel ist oder wäre, wenn es dieses gäbe, gesprochen.

Demel: Ja, aber schon im Frühjahr.

Graff: Nicht mehr im Oktober?

Demel: Nein, sicher nicht im Oktober.

Graff: Im Oktober war vom Enduser-Zertifikat nicht die Rede in Ihrem Telefonat? (Demel: Sicher nicht!) Das hat der Worm sich aus den Fingern gezuzelt?

Demel: Vielleicht. Nein, ich habe ihm das nicht gesagt, daß das im Oktober war.

Graff: Hat er Ihnen gesagt, daß er das bringen wird? Ich habe das so verstanden, das haben Sie uns doch vorhin erzählt.

Demel: Nein, bitte, ich habe . . .

Graff: Im September.

Demel: Im September-Telefonat war davon die Rede. Aber bitte wenn Sie mir immer den Worm vorhalten, der war ja schon einmal beim . . .

Graff: Lassen Sie den Worm. Ich möchte von Ihnen wissen, ob ein österreichischer Richter sich

über die Beweismittel in einem Strafverfahren mit dem flüchtigen Beschuldigten unterhält, der weltweit gesucht wird wegen des Verdachtes des sechsfachen Mordes und des millionenfachen Versicherungsbetruges.

Demel: Ich habe mich über die Beweismittel nicht unterhalten, sondern gesagt, er soll möglichst bald mit seinen Unterlagen kommen.

Graff: Was sind die Unterlagen? Sind das keine Beweismittel?

Demel: Wenn ich sage, er soll sie bringen, ist das schlecht?

Graff: Nein, ich frage nicht, ob das schlecht ist oder gut. Ich frage Sie nur, ob Sie sich als österreichischer Richter mit ihm über Beweismittel unterhalten haben.

Demel: Ich habe mich nicht über Beweismittel unterhalten, sondern darüber, daß er mit den Beweismitteln kommen soll.

Graff: Haben Sie von der Justiz eine Bewilligung neben diesen vielen Nebenbeschäftigungen für die Nebenbeschäftigung der Unterstützung der Verteidigung in Schiffsfragen?

Demel: Für Sachverständigentätigkeit — ist ausjudiziert — braucht man keine Bewilligung.

Graff: Das machen Sie als Schiffsachverständiger?

Demel: Ja.

Graff: Da wurden Sie konsultiert?

Demel: Ja.

Graff: Und noch einmal: Sie sind also der Meinung, daß das so ein Vertragsverhältnis ist, daß Sie durchaus noch eine Kostennote legen könnten?

Demel: Sicher, weil ich eine ganze Anzahl von Stunden dafür aufgewendet habe.

Graff: Und das finden Sie auch nicht unangemessen für einen österreichischen Richter?

Demel: Ich glaube nicht.

Graff: Momentan keine Frage mehr, danke.

Obmann Steiner: Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Gaigg. Bitte.

Gaigg: Herr Zeuge! Anknüpfend an das letzte Thema, Ihre Sachverständigentätigkeit in Schiffsfragen betreffend: Aufgrund welcher Ausbildung sind Sie qualifiziert, da als Sachverständiger aufzutreten?

Demel: Ich habe seit meiner Jugend verschiedenste Wassersporttätigkeiten gemacht, habe dann die österreichischen Prüfungen, die man machen kann, das Schiffsführerpatent und insgesamt vier Patente in Seeschifffahrt. Also ich bin zugelassen als Patentinhaber für die Handelschifffahrt.

Gaigg: Eine technische Ausbildung, schulisch technische Ausbildung in diesem Bereich haben Sie nicht?

Demel: Ich bin nicht für Schiffstechnik, sondern für Verkehrssicherheit und Schifffahrt, also für praktische Schifffahrt eingetragen.

Gaigg: Das heißt mit anderen Worten, technische Fragen im Zusammenhang mit Schiffsbau . . .

Demel: Habe ich nie gemacht.

Gaigg: . . ., können zwangsläufig nicht Gegenstand Ihres Gutachtens sein.

Demel: Nein.

Gaigg: Eine ganz andere Frage, Herr Zeuge: Sind Sie eigentlich heute noch der Meinung, daß der Udo Proksch unschuldig ist?

Demel: Für mich gilt die Unschuldsvermutung so lange, bis jemand verurteilt ist.

Gaigg: Das ist, Herr Zeuge, eine Antwort, aber sie stellt mich nicht zufrieden. Ich habe Sie nach Ihrer persönlichen Meinung gefragt. Wir kennen die Unschuldsvermutung, das ist eine abstrakte Vermutung.

Meine Frage an Sie ist: Sind Sie persönlich als Dr. Demel heute noch der Meinung, daß Udo Proksch unschuldig ist?

Demel: Meine persönliche Meinung ist, daß es sicher nicht so ist, wie es in den Akten ist. So kann es nicht gewesen sein, so kann der Schiffsuntergang und vor allem dort kann er nicht gewesen sein, wie er behauptet wird. Wie das wirklich war, weiß ich mittlerweile auch nicht. Denn bis zum Herbst habe ich fix gerechnet, daß Udo Proksch die Gelegenheit wahrnehmen wird, um entsprechende Unterlagen zu bringen. Die hat er nicht gebracht, und jetzt weiß ich nicht, was ich denken soll.

Gaigg: Herr Zeuge, ich formuliere die Frage anders: Sind Sie heute der Meinung, daß es doch möglich wäre, daß Udo Proksch im Sinne der Anklage schuldig ist? Oder noch mit anderen Worten: Sie sind heute nicht mehr in der Lage, das für sich selbst auszuschließen?

Demel: Ich halte es nicht für möglich, daß er im Sinne der Anklage schuldig ist.

Gaigg: Herr Zeuge, zum Thema „Club 45“ einige Fragen, deren Zusammenhang ich begründen möchte, bevor ich sie stelle. Es besteht ein begründeter Verdacht, daß Udo Proksch dem „Club 45“ als Verein gewisse „Wohltaten“ erwiesen hat und daß andererseits Mitglieder des „Club 45“ wiederum dem Udo Proksch gewisse „Wohltaten“ im Gegenzug erwiesen haben.

Daher meine Frage, auch wieder anknüpfend an das, was Dr. Graff schon gefragt hat. Es gibt oder gab einen Mietvertrag (Demel: Den gibt es noch immer!) zwischen dem „Club 45“ und dem Besitzer oder der Besitzerin dieses Hauses. Wann ist dieser Vertrag abgeschlossen worden?

Demel: Ich glaube, 1974.

Gaigg: Wissen Sie, wie groß die Räumlichkeiten des „Club 45“ sind?

Demel: Rund 200 Quadratmeter.

Gaigg: Wie hoch ist die Miete, die seinerzeit vereinbart wurde, und wie hoch ist die Miete heute?

Demel: Das ist dreimal geändert worden. Wie hoch sie ursprünglich war, weiß ich nicht. Heute ist sie 26.300 irgend etwas im Monat.

Gaigg: Plus Betriebskosten oder alles inklusive?

Demel: Nein, also Strom und Heizung müssen wir extra zahlen.

Gaigg: Herr Zeuge! Ist es gelegentlich vorgekommen, daß Udo Proksch, der ja in den Medien vielfach als Gastgeber des „Club 45“ bezeichnet wird, die Mitglieder des Clubs auf seine Kosten bewirtet hat? Ist das gelegentlich vorgekommen?

Demel: Ich glaube, daß jeder von uns schon andere Mitglieder des Clubs eingeladen hat.

Gaigg: Ich meine, daß der Udo Proksch also bei gewissen Anlässen die dort versammelten Mitglieder auf seine Kosten bewirtet hat?

Demel: Ja, das ist oft vorgekommen. Auch Nichtmitglieder. Er hat irgendwelche Gäste, Journalisten genommen, hat sie von der Straße mit hinaufgebracht, um zu zeigen, daß das nicht so geheimnisvoll ist. (Graff: Die Damen können ja keine Mitglieder gewesen sein!) Aber bei allen Veranstaltungen sind die Damen der Mitglieder und Gäste auch dort.

Gaigg: Das war also durchaus üblich, daß Mitglieder und Gäste des „Club 45“ vom Herrn Proksch bewirtet wurden?

Demel: Ja, er ist ein sehr freigiebiger Mann gewesen.

Gaigg: Haben Sie sich, Herr Zeuge, beziehungsweise Ihre Bekannten und Freunde im „Club 45“ eigentlich jemals die Frage gestellt, aus welchen Quellen der Herr Proksch diesen offenbar nicht kleinen Aufwand bestreitet?

Demel: Ich habe mir die Frage nicht gestellt. Aber ich habe den Eindruck gehabt, daß er immer ausreichend über Geld verfügt hat, weil er über mehrere Wohnungen verfügt hat und auch sonst nicht gerade sparsam war.

Gaigg: Herr Zeuge, Sie sind im „Club 45“ zwangsläufig in Ihrer Funktion als Präsident . . . Im übrigen da eine Zwischenfrage. Präsident ist nach dem Vereinsgesetz gleich Obmann. Ist das richtig so zu sehen? (Demel: Ja!) Sie haben die Geschäftsführung des Klubs?

Demel: Nein, die Geschäftsführung mache ich nicht selber. Die macht der Vizepräsident Damian. (Graff: Hoffentlich ist es ihm nicht zu anstrengend!)

Gaigg: Die Geschäftsführung des Klubs macht Herr Dr. Damian. Seit wann? War das immer so?

Demel: Das war immer so. Ich möchte sagen, weil das so scherzhaft gebracht wird: Herr Dr. Damian hatte eine lebensbedrohende Operation, eine Herzklappenoperation, und zwei Bypass. Also so lustig finde ich das nicht.

Gaigg: Ich finde das nicht lustig.

Demel: Der Herr Dr. Graff hat das sehr lustig gefunden.

Graff: Ich habe das überhaupt nicht lustig gefunden, nur als interessant, was der Dr. Damian . . .

Gaigg: Das ist meine kostbare Zeit. Herr Zeuge! Würden Sie uns dann die Funktionsaufteilung schildern. Was, Herr Zeuge, haben Sie als Präsident des Clubs dann praktisch gemacht, und was hat der Dr. Damian, solange er diese Funktion wahrgenommen hat, gemacht?

Demel: Es ist ein Klubprogramm jährlich zu erstellen. Es gibt Vorstandssitzungen, und der Präsident führt den Vorsitz im Vorstand. Wir haben auch Arbeitsgruppen, die sich mit verschiedenen Themen befassen, und zwar drei derzeit: Soziales, Gesundheit und Rechtsentwicklung.

Gaigg: Und der Dr. Damian hat das organisiert, die Arbeit dieser Arbeitsgruppen und so weiter?

Demel: Nein, nein. Dr. Damian hat sich um das Klubprogramm gekümmert, um die Ausstellungen, Bilderausstellungen, Klavierabende, Matinees und so Sachen.

Gaigg: Den Verein nach außen vertreten haben Sie, Herr Zeuge, als Präsident. Ist das richtig so?

Demel: Ja.

Gaigg: Und Verhandlungen, die für den Verein von Bedeutung waren, haben Sie geführt und nicht der Dr. Damian?

Demel: Ja.

Gaigg: Wer macht die interne Geschäftsführung, also Veranstaltungsprogramm, heute?

Demel: Das macht ein anderes Vorstandsmitglied, mehrere sogar.

Gaigg: Herr Zeuge, eine andere Frage: Ist es richtig, daß Sie recht häufig mit dem Herrn Oberstaatsanwalt Dr. Müller und dem Dr. Hellwagner gemeinsam im „Club 45“ das Essen eingenommen haben?

Demel: So kann ich das nicht beantworten. Ich habe recht häufig mit dem Herrn Kollegen Hellwagner das Essen eingenommen, aber nie mit dem Oberstaatsanwalt. Ich habe ihn überhaupt noch nie im Klub gesehen.

Gaigg: Herr Zeuge, ich darf das so verstehen, daß nach Ihrem Wissensstand Dr. Müller nicht Mitglied des „Club 45“ ist.

Demel: Ja, eindeutig.

Gaigg: Und noch einmal: Sie haben den Herrn Dr. Müller auch nie im „Club 45“ gesehen?

Demel: Nein, ich kann mich nicht erinnern, ihn je dort gesehen zu haben. Sonst kenne ich ihn natürlich.

Gaigg: Herr Zeuge! Zurück zu dem Treffen im Flugzeug beziehungsweise vorerst zu den Telefongesprächen. Wenn ich Ihre Aussage richtig in Erinnerung habe, dann hat Sie Udo Proksch viermal im Jahr 1988 angerufen. Sie haben uns ziemlich eingehend und detailliert den Ablauf dieser Telefongespräche geschildert. Und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann soll sich dieses Telefongespräch im September darin erschöpft haben, daß Sie, angerufen um 4 Uhr früh, und auf die Frage des Proksch, was es Neues gebe, ihm gesagt haben, um 4 Uhr früh gebe es bei Ihnen überhaupt nichts Neues. Ist das richtig so?

Demel: Ja.

Gaigg: Auf der anderen Seite, Herr Zeuge, haben Sie aber auch wiederum ausdrücklich gesagt, daß Sie im September — und das steht jetzt in einem gewissen Widerspruch, ich bitte um Aufklärung — in dem Telefongespräch dem Udo Proksch gesagt haben, es wäre also jetzt — sinngemäß —

höchste Zeit, daß er mit den Unterlagen käme. (Demel: Richtig!) Herr Zeuge, zuerst haben Sie gesagt, das Telefongespräch im September hätte sich darin erschöpft, weil er Sie eben um 4 Uhr früh angerufen hat, daß . . .

Demel: Bitte schön, von meiner Warte, er wollte ja von mir wissen, was es Neues gibt. Da habe ich gesagt, es gibt nichts Neues, es wäre aber schön, wenn er bald mit den Unterlagen käme. Ich sehe da keinen Widerspruch.

Gaigg: Ach so war das korrekterweise. Und bei Ihrer ersten Darstellung habe ich das so verstanden, daß das das Ende des Gesprächs gewesen wäre. Das heißt, Sie haben sich doch noch weiter darüber unterhalten.

Sie haben vorhin gesagt, Sie seien eigentlich noch immer davon überzeugt, im eigentlichen Sinn, daß der Udo Proksch unschuldig ist.

Demel: Das habe ich nicht gesagt. Daß es sicher so nicht war, wie es in der Anklage ist.

Gaigg: Daß es sicher so nicht gelaufen sein kann. Das heißt mit anderen Worten, seit einiger Zeit, und da würde ich Sie über den Zeitpunkt befragen, haben Sie doch Bedenken in der Richtung, es könnte etwas dran sein an diesen massiven und schwerwiegenden Vorwürfen, die gegen den Udo Proksch erhoben worden sind.

Demel: Ja.

Gaigg: Seit wann, Herr Zeuge, tragen Sie diese Bedenken mit sich?

Demel: Nach Ablauf des Oktober. Im September hat es geheißen, bis Ende September nimmt er an, und dann war im Oktober nichts. Und seitdem hört man nichts und sieht man nichts.

Gaigg: Seitdem begannen Sie zu zweifeln . . .

Demel: Ja.

Gaigg: . . . an seiner Unschuld, wenn ich das . . .

Demel: Ja.

Gaigg: Herr Zeuge! Dann muß ich die gestellte Frage doch wiederholen: Warum haben Sie sich nicht veranlaßt gesehen, bei diesem letzten Gespräch dann im Oktober, zu einem Zeitpunkt, zu dem die Rückkehr des Herrn Proksch schon überfällig gewesen wäre, dem Proksch Vorhaltungen zu machen, ihn aufzufordern, sich der Justiz zu stellen und ihm auch Vorhalte in der Richtung zu machen, daß er ja eigentlich seine früheren Freunde, und Sie zählen sich dazu, in eine sehr schwierige und sehr üble Situation bringt durch seine Verhaltensweise?

Demel: Ich bin dazu gar nicht gekommen, weil er angefangen hat, über die Anwälte und die Politiker zu schimpfen und zu sagen, was ich denen alles ausrichten soll. Und damit war das Gespräch aus. Er hat sich nicht sehr fein ausgedrückt.

Gaigg: Hat Proksch dieses Gespräch dann aus eigenem beendet?

Demel: Nein. Als ich den Hinweis bekommen habe, was ich wem sagen soll, was er ist, habe ich gesagt, das werde ich sicher nicht tun, und habe aufgelegt.

Gaigg: Herr Zeuge! Haben Sie eigentlich bei diesen letzten beiden Gesprächen oder überhaupt bei diesen vier Gesprächen nie den Versuch unternommen, herauszubekommen, wo der Udo Proksch sich aufhält? Das wäre ja naheliegend, ihn zu fragen: Ja was treibst du, wo bist du denn?

Demel: Bei den ersten beiden hat er es mir ohnehin gesagt, daß er in Japan sei und wie furchtbar es ist — das habe ich eh schon gesagt. Beim dritten Gespräch war ich offenbar wie alle anderen auch der Meinung, daß er auf den Philippinen ist. Denn ich weiß es ja nicht, aber dort war doch ein Journalist, der ihn dort besucht hat. Also muß er dort gewesen sein.

Gaigg: Im Frühjahr.

Demel: Nein, im Frühjahr noch nicht, das war schon später, glaube ich. Das war im Sommer.

Gaigg: Im Frühjahr oder im Sommer.

Demel: Ja. Und dann bitte eines, das habe ich zuerst vergessen. Der Herr Worm hat mich noch gefragt: Glauben Sie nicht, daß er in Syrien ist? Und da habe ich gesagt, das ist ein völliger Blödsinn, denn kurz vorher hat nämlich, das war auch im Fernsehen zu hören, der General Tlass, der Verteidigungsminister von Syrien, gesagt, der ist auch gefragt worden, er ist weder dorthin gekommen, noch würde er eine Einreisegenehmigung bekommen.

Gaigg: Zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie das zweite Telefongespräch mit dem Udo Proksch geführt haben, das war im Mai, . . .

Demel: So genau weiß ich das nicht mehr, ungefähr.

Gaigg: . . . da ist die Fahndung bereits gelaufen, Herr Zeuge, sind Sie sich dieser Tatsache damals bewußt gewesen? Ist Ihnen das bekannt gewesen zu diesem Zeitpunkt?

Demel: Ich glaube, daß zum Zeitpunkt des zweiten Telefonats die Fahndung noch nicht gelaufen ist. Also dann stimmt entweder der Zeit-

punkt Mai nicht oder ist die Fahndung nicht . . . Ich weiß nicht, wann die internationale Fahndung gelaufen ist, ich weiß es nicht.

Gaigg: Am 17. 3. ist die Fahndung international eingeleitet worden.

Noch zu dem Gespräch im Flugzeug. Wenn ich mich richtig erinnere, ich bitte, das nur noch einmal zu überlegen und allenfalls zu wiederholen, dann ist dieser Zeuge, von dem Ing. Worm spricht, der dieses Gespräch mitgehört haben soll, nicht neben dem Ing. Worm gesessen, sondern erst im Laufe des Gesprächs aufgetaucht, dazugeschossen. Könnten Sie uns das bitte noch einmal konkret sagen?

Demel: Was der Ing. Worm sagt, weiß ich nicht.

Gaigg: Egal. So wie es sich nach Ihrer Erinnerung darstellt.

Demel: Nach meiner Erinnerung ist der, von dem er gesagt hat, er ist ein Mitarbeiter von ihm, ziemlich gegen Ende des Gespräches von einem Gang, von einem rechten Gang des Flugzeuges nach vor gekommen, also von weiter hinten im Flugzeug. Worm war ganz vorne in der ersten Reihe, und ich bin daneben gestanden.

Gaigg: Und ist dieser Mann, den Sie ja nicht gekannt haben, dann während eines Teiles des Gespräches in Hörweite gestanden, oder wie war das?

Demel: Herr Abgeordneter! Ich habe mich um den Mann nicht gekümmert. Ich habe auch dort keine Aussage gemacht, sondern bin von dem Worm immer bedrängt worden, ich soll ihm etwas sagen. Ich habe auch nicht damit gerechnet, daß das so eine Lawine auslöst.

Gaigg: Herr Zeuge! Noch einmal zurück zu Ihrer beratenden Tätigkeit, die Sie für die Verteidigung oder für die Verteidiger des Herrn Proksch, nachdem Sie im zivilrechtlichen Bereich mit der Causa nichts mehr zu tun gehabt haben, ausgeführt haben. Sie haben vorhin erwähnt, Sie haben viele Stunden auf diese Ihre Tätigkeit verwendet. Bitte, wenn ich jetzt rekapituliere, worauf sich Ihre gutachtliche Tätigkeit bezieht — mehr oder weniger auf Fragen der praktischen Schiffahrt —, dann kann ich mir keinen rechten Reim machen, was Sie da begutachtet haben.

Demel: Ich kann es Ihnen erklären.

Gaigg: Wenn ich das noch sagen darf. Da geht es ja im wesentlichen um die Frage: Wie konnte das Schiff untergehen? Was ist die Ursache des Schiffsunterganges gewesen? Und so weiter und so fort. Das sind ja Dinge, mit denen Sie sich an sich fachlich nicht auseinandersetzen können.

Demel: Das habe ich ja auch nicht gesagt, sondern es gibt in dem umfangreichen Akt, der ja über weiß ich wie viele Jahre jetzt schon läuft, verschiedenste Aussagen der verschiedenen auf dem Schiff befindlichen Personen über die Route, wann sie wo gewesen sind, wann sie den Suez-Kanal passiert haben, was mit der Zwischenlandung in Aden war, wie schnell das Schiff gelaufen ist, wie die Eintauchtiefe war, wie die Beladung war. Das sind alles Fragen, die ein Verteidiger, der . . .

Gaigg: Das ist richtig. Aber das sind ja keine strittigen Fragen gewesen im Zivilprozeß.

Demel: Oh ja, die sind sehr strittig.

Gaigg: Die Route? Und die Zeit . . .

Demel: Mittlerweile bitte . . . Also das weiß ich vom Herrn Hochner, das weiß auch der ORF. Ich weiß nicht genau, ob Sie den jetzt auch fragen wollen. Er hat mir gesagt, daß in Deutschland eine Paralleluntersuchung gemacht wurde unter Einschaltung der Marinestellen, aus denen sich ergeben soll, daß es — was ich auch gesagt habe — nicht dort gewesen sein kann, wo der Kapitän behauptet, und nicht so gewesen sein kann, wie der Kapitän behauptet. Da gibt es das ausgeschiedene Daimler-Verfahren, das in Mannheim oder Hamburg oder . . . Ich weiß nicht, die streiten nämlich über die Zuständigkeit, welches Gericht zuständig ist.

Gaigg: Das heißt mit anderen Worten: Mit der Frage, warum das Schiff — laienhaft ausgedrückt — untergegangen ist, wo die Ursachen liegen und so weiter, haben Sie sich nicht auseinandergesetzt, sondern . . .

Demel: Nein, ich nicht. Ich habe nur die Unterlagen über die Route dem herbeigezogenen Sachverständigen aus Deutschland, den die Rechtsanwälte herbeigebracht haben, erklärt, was die technischen Dinge sind, die wir errechnet haben, also die Verteidiger und ich, und der hat dazu dann ein Gutachten gemacht. Das ist der Herr Kinder oder Kindler (*phonetisch*) .

Gaigg: Danke, Herr Vorsitzender.

Obmann Steiner: Danke. — Als nächster hat sich der Herr Abgeordnete Pilz zu Wort gemeldet. Bitte. (*Rieder: Vorher habe ich mich gemeldet. — Graff: Das war ausgemacht!*) Ja bitte, dann kommt der Herr Abgeordnete Rieder. Entschuldigung.

Rieder: Herr Dr. Demel, wer ist der Dr. Domschitz?

Demel: Der Dr. Domschitz ist der frühere Präsident des Landesgerichtes für Zivilrechtssachen, der Vorgänger vom Dr. Haider.

Rieder: Er war also Ihr Chef. Ist das richtig?

Demel: Ja.

Rieder: Ich habe hier aus den Aktenunterlagen in dem Justizverwaltungsverfahren über die Prüfung nach dem Sachverständigengesetz ein Stück, das sich mit der Weiterleitung der Unterlagen in diesem Verfahren beschäftigt. Ich möchte das gern dem Zeugen vorlegen, wessen Unterschrift das ist. (*Abg. Rieder legt dem Zeugen ein Schriftstück vor.*)

Demel: Die ist leserlich. Das ist der Dr. Domschitz.

Rieder: Heißt das, Herr Zeuge, daß an diesem Verfahren sich nicht nur Sie beteiligt haben, sondern auch Ihr Vorgesetzter Dr. Domschitz?

Demel: Da bin ich ganz sicher. Denn in der Justizverwaltung ist es so, daß der Leiter der Justizverwaltung der Präsident ist und einzelne Gebiete weitergibt oder nicht weitergibt oder sie wieder an sich zieht, wie er will.

Rieder: Hätte der Dr. Domschitz aus diesem Anlaß, wenn er mit Ihrer Vorgangsweise nicht einverstanden wäre, in irgendeiner Weise Kritik üben müssen?

Demel: Es wäre ihm freigestanden, das sofort zu stoppen und zu widerrufen.

Rieder: Ist das geschehen?

Demel: Nein, meines Wissens nicht.

Rieder: Danke.

Zweiter Themenkreis. Ich bin mir noch immer nicht ganz klar über die Gesprächssituation im Flugzeug. Sie sind nach vorne gegangen, zwei Sitze hinter Worm sitzend, so habe ich das entnommen.

Demel: Nein. Ich bin in der rechten Sitzreihe in der vierten Reihe gesessen und der Worm in der ersten Sitzreihe links. Das ist eine Boeing mit zwei Mittelgängen, also, weiß ich, 10 Meter entfernt oder so etwas.

Rieder: Und Sie sind bei seinem Platz stehengeblieben?

Demel: Ja, es war keine Möglichkeit weiterzugehen, weil die Tür dort zu war.

Rieder: Und war der Platz neben dem Herrn Worm frei?

Demel: Nein, dort ist auch jemand gesessen.

Rieder: Dort ist auch jemand gesessen. — Und in dieses Gespräch waren der Herr Ing. Worm und Sie vertieft?

Demel: Also vertieft war ich gar nicht, sondern er ist aufgestanden und hat dauernd auf mich eingeredet, ich soll ihm einen Kontakt mit Proksch verschaffen.

Rieder: *Und der oder die Personen, die neben ihm gesessen sind, haben sich die an dem Gespräch beteiligt?*

Demel: Nein.

Rieder: *Sie haben zu Beginn Ihrer Einvernahme zwei Personen als Zeugen genannt. Inwieweit konnten die vom Verlauf des Gespräches Kenntnis nehmen?*

Demel: Er hat laut gesprochen, ich habe auch normal gesprochen, die waren unmittelbar dahinter.

Rieder: *Die sind hinter dem Ing. Worm gesessen? Also auf derselben Seite links?*

Demel: Auf derselben linken Seite hinter dem Worm. Und der Worm, bitte, ist bei dem Gespräch nicht gesessen, der ist gestanden. Er ist aufgestanden zu mir und hat auf mich eingeredet.

Rieder: *Aus einem Fernsehinterview, nämlich Ihrem Fernsehinterview, und dem Hörfunkinterview des Herrn Worm habe ich entnommen, daß Sie über das Telefongespräch oder die Telefongespräche andere Personen in Kenntnis gesetzt haben. Ist das richtig?*

Demel: Ja.

Rieder: *Bei welcher Gelegenheit?*

Demel: Bei einem Empfang in der Botschaft der DDR, wie der Justizminister der DDR da war.

Rieder: *Wann war das? Können Sie sich daran erinnern?*

Demel: Das habe ich mir angeschaut, am 21. Oktober.

Rieder: *Ich habe einer Zeitungsmeldung entnommen, daß diese Information auch an den Dr. Felsenstein gegangen sein soll. Ist das richtig?*

Demel: Ja. Nur . . . (Graff: *Da war noch einer dabei!*) Es war nicht nur noch einer, es waren eine ganze Menge anderer dabei. Aber der Dr. Felsenstein . . . Ich habe ja keine Meldung machen wollen. Meiner Meinung nach — das ist noch immer meine Meinung — war nichts, was zu berichten gewesen wäre. Das war nur ein Argument für mich, weil man mir als allererstes vorgehalten hat, ich würde etwas geheimhalten. Und ich habe gesagt, wenn ich etwas geheimhalte, dann sage ich das nicht öffentlich bei einem Empfang in Anwesenheit von Journalisten. Da waren auch zwei

Journalisten, die ja namentlich genannt sind, von dem „CD“ — das ist ein Diplomatenblatt — und einige Justizfunktionäre anwesend, und wenn die das für wichtig befunden hätten, dann hätten sie es weitergegeben. Und auch der Dr. Felsenstein hat gesagt, da war nichts Relevantes, und darum hat er nichts weitergegeben.

Rieder: *Ich habe den Dr. Felsenstein deswegen extra genannt, weil er in einer Zeitung genannt war, aber auch wegen seiner Funktion. Wer ist der Dr. Felsenstein?*

Demel: Er ist der Leiter der Abteilung für internationale Strafsachen.

Rieder: *Also der Inhalt Ihres Gespräches in diesem Kreis war jedenfalls nicht Anlaß für den zuständigen Abteilungsleiter des Justizministeriums, irgend etwas zu veranlassen?*

Demel: Das hätte ich auch von vornherein so angenommen, und so war es auch.

Rieder: *Ich habe noch einen dritten Punkt. Für mich überraschend hat die Frau Dr. Partik-Pablé nicht nachgesetzt, als es um die Frage gegangen ist, wieso es zu dem Kontakt mit ihrem Parteiobmann und Udo Proksch gekommen ist. Mich interessiert das offensichtlich etwas mehr. Habe ich Sie richtig verstanden, daß das nicht bei einem gesellschaftlichen Treffen der Fall war?*

Demel: Das ist vollkommen richtig, denn bei einem gesellschaftlichen Treffen war von verschiedensten Couleurs jemand da, sondern das war ein spezielles Treffen, bei dem — also es waren zwei Treffen — die Serviererin des „Club 45“ den beiden ein Mittagessen serviert hat und rund eine Stunde gesprochen wurde. Ein zweites Mal kam der Herr Proksch mit dem Herrn Haider auf der Hinterstiege, also wo der Club nicht durch kann, sondern von der Wohnung — da hinten ist eine Wohnung des Udo Proksch im vierten Stock — und kam von hinten in den Club herein, weil der Herr Proksch einen Generalschlüssel hat. Er kann überall hinein.

Rieder: *Und dafür gibt es auch einen Zeugen?*

Demel: Zwei.

Rieder: *Zwei Zeugen. Wieder die Serviererin oder jemand anderer?*

Demel: Die Serviererin und die ehemalige Sekretärin des Oskar Werner. Wir hatten nämlich damals eine Ausstellung über Oskar Werner gehabt, und die Sekretärin hat dann nachher die Unterlagen, also die Bilder und alles wieder zusammengesammelt und ist dann noch ein paarmal in den Club gekommen und wurde vorgestellt.

Rieder: Sie haben erwähnt, daß bei einem Gespräch noch ein anderer junger Mann dabei war.

Demel: Ich war bitte bei den Gesprächen nicht dabei, aber es ist mir berichtet worden, daß einmal oder ein drittes Mal noch ein Sekretär oder der Sekretär des Dr. Haider auch in den Club gekommen ist.

Rieder: Kann das der Herr Göschl (phonetisch) gewesen sein?

Demel: Ich weiß es nicht.

Rieder: Sie wissen es also nicht.

Demel: Nein. Das muß man klären.

Rieder: Aber die Zeugen könnten das . . .

Demel: Die Zeugen können das sicher sagen, denn die haben sich deswegen gerührt, weil ich gesagt habe, ich verstehe gar nicht, warum seit 1985 niemand hätte mit Udo Proksch mehr Kontakt haben dürfen, und andere dürfen das offenbar schon und gehen noch dazu in der Öffentlichkeit auf mich los.

Rieder: Können Sie nähere Angaben machen über den Zeitpunkt dieses Treffens?

Demel: Ich habe das nicht selbst gemacht, ich habe den Dr. Hellwagner gebeten, einen Vermerk zu machen. (Graff: Damals gebeten oder jetzt gebeten?) Das eine war im Frühsommer 1987 und das zweite Mal im Oktober oder November 1987.

Rieder: Auch der Dr. Hellwagner würde etwas darüber wissen?

Demel: Ich weiß nicht, ich glaube, er hat die beiden befragt, weil er gesagt hat, wir werden nicht etwas . . . Es war allgemein bekannt, daß der Herr Dr. Haider mit Proksch öfter Kontakt hatte im Club.

Rieder: Das war . . .

Demel: Im Club.

Rieder: Ich glaube, in der Öffentlichkeit war das nicht bekannt.

Demel: Nein, im Club war das bekannt. Und ich habe gesagt, damit kann ich nichts anfangen. (Graff: Ihr habt gesagt: Wie bringen wir es unter die Leute!)

Ja wenn ich keinen Zeugen dafür habe, kann ich das leicht behaupten. Wenn ich aber einen Zeugen habe, wird sich das ja nachweisen lassen.

Rieder: Also es könnten auch andere Clubmitglieder bestätigen, daß es häufige Kontakte des Dr. Haider mit dem Udo Proksch gegeben hat?

Demel: Sicher.

Rieder: Ja, danke.

Obmann Steiner: Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Herr Vorsitzender, danke.

Herr Zeuge, ich halte Ihre Erklärung, warum Sie Ihren Protest gegen den Hausdurchsuchungsbefehl auf einem Amtspapier Ihres Gerichtes verfaßt haben, zumindest vom Standpunkt eines Juristen, der Sie sind, für nicht schlüssig. Ich frage Sie, ob Sie nicht als Jurist den § 4 des Zustellgesetzes kennen? Wissen Sie, was da drinsteht?

Demel: Bitte.

Ermacora: „Abgabestelle im Sinne des Bundesgesetzes ist der Ort, an dem die Sendung dem Empfänger zugestellt werden darf. Das ist die Wohnung oder sonstige Unterkunft, die Betriebsstätte, der Sitz, der Geschäftsraum, die Kanzlei oder der Arbeitsplatz des Empfängers, im Falle einer Zustellung anlässlich einer Amishandlung auch deren Ort.“

Wie kommen Sie aufgrund dieses § 4 des Zustellgesetzes, das Sie ja irgendwie binden müßte, wenn Sie auf einen Hausdurchsuchungsbefehl, der an Sie als Präsident des „Club 45“ gerichtet war, nun dazu, mit einem Amtspapier zu antworten?

Demel: Ich komme dazu, weil ich in dem § 4 nicht gehört habe, daß Gruppeninspektoren der Sicherheitsdirektion für das Landesgericht Zustelldienste machen, weil wir einen täglichen Paketwagen — wenn er das machen wollte — der Richter haben und er eine Zustellung mit einem Rückscheinbrief auch machen hätte können. (Graff: Also in einen Paketwagen gehört das schon überhaupt nicht als Privatsendung!) Wieso? Sie haben gerade vorgelesen: an die Dienststelle. (Graff: Arbeitsplatz hat er gesagt?) Arbeitsplatz, na gut.

Ermacora: Bitte, es wird unsere Aufgabe sein, die Bedeutung Ihrer jetzigen Erklärung im Lichte dieses § 4 zu würdigen.

Darf ich zweitens die Frage stellen: Warum haben Sie die Schlüssigkeit des Sachverständigengutachtens in Ihrer Eigenschaft als Vizepräsident des Landesgerichtes geprüft?

Demel: Weil eine Beschwerde darüber war, daß der Sachverständige für technische Physik und Luftreinhalte sein Fachgebiet überschritten hat.

Ermacora: Und Sie meinen, Sie seien als Beamter der Justizverwaltung in diesem Zusammenhang dazu zuständig gewesen?

Demel: Ich glaube schon, weil seit der Zivilprozeßnovelle auch Fachwissen des Richters bei seiner Tätigkeit verwertet werden kann.

Ermacora: Und Sie meinen nicht, daß das erkennende Gericht im Urteil zu einer Aussage über die Schlüssigkeit eines Sachverständigengutachtens zuständig ist?

Demel: Natürlich.

Ermacora: Und Sie meinen nicht, daß Sie sich hier eine Zuständigkeit angemaßt hatten, die Ihnen nicht zukommt?

Demel: Das meine ich nicht.

Ermacora: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Wann genau ist Ihnen eigentlich klargeworden, daß Proksch untergetaucht ist?

Demel: Ich würde sagen Mitte November.

Pilz: Und warum haben Sie vorher angenommen oder waren Sie überzeugt, daß er nicht untergetaucht ist?

Demel: Weil ich mir gedacht habe, daß es ihm wirklich gelingt, so wie er es ja gesagt hat, mit Unterlagen, die nachweisen, daß es so ist, wie er behauptet, nach Österreich zurückzukommen.

Pilz: Warum waren Sie dann plötzlich nicht mehr davon überzeugt?

Demel: Weil er dem Anwalt einen Termin genannt hat — September, Oktober —, und der Anwalt das in der Öffentlichkeit gesagt hat und auch dem Gericht. Und der Anwalt Lansky zu mir gesagt hat: Schön langsam kommen wir uns verkauft und verraten vor.

Pilz: Sie haben ganz am Anfang der Befragung auf eine ähnliche Frage hin gesagt, Sie haben auch dauernd oder ab und zu Zeitungsberichte gelesen, wo Leute mit Proksch gesprochen haben. Ich vermute, Sie sprechen da auf Jeannée von der „Kronen-Zeitung“ und so weiter an?

Demel: Ja.

Pilz: Heißt das, Sie haben aufgrund dieser Zeitungsberichte angenommen, daß es offensichtlich eh möglich ist, Proksch zu erreichen?

Demel: Ich habe das nicht angenommen, sondern ich habe das als sicher . . . Ich glaube nicht, daß der Herr Jeannée irgendwelche Witze gemacht hat, sondern daß er wirklich dort war und daß er ihn getroffen hat.

Pilz: Ja. Wissen Sie, wann Jeannée Proksch getroffen hat?

Demel: Das weiß ich jetzt nicht mehr. Im Sommer, glaube ich.

Pilz: Das war vom 15. bis 18. März.

Demel: März?

Pilz: Ja. Wissen Sie, wann die internationale Fahndung eingeleitet worden ist?

Demel: Das weiß ich nicht.

Pilz: Das war am 17. März. Das war also ungefähr zur gleichen Zeit. Ab 17. März mußte es klar sein, daß also zumindest diese Fahndung eingeleitet ist, und nach 18. März hat — soweit wir zumindest wissen — niemand mehr persönlich, nicht telefonisch, sondern wirklich persönlich, physisch mit Proksch Kontakt gehabt.

Würden Sie sagen, daß Sie aufgrund Ihres ständigen Kontaktes mit den Anwälten, mit Mag. Gratz und mit anderen Freunden von Proksch — wie Sie es bezeichnet haben — besser als die Allgemeinheit über die Umstände rund um Udo Proksch informiert waren?

Demel: Das glaube ich nicht, aber ich bin erst auf die internationale Fahndung aufmerksam geworden durch eine XY-Sendung, wo ein Riesenswirbel war, ob das gesendet wird oder nicht. Vorher habe ich gehört, daß eine Ausschreibung ist, aber ich habe, bitte; mit den Strafsachen überhaupt nichts zu tun. Ich glaube nicht, daß wir mehr informiert waren als die Allgemeinheit.

Pilz: Wissen Sie, wann die XY-Sendung war?

Demel: Weiß ich auch nicht. Ich habe mich um Strafsachen nicht gekümmert.

Pilz: Die war im September. Trotzdem haben Sie nachher noch . . . Ab September war Ihnen also klar, das Proksch flüchtig ist?

Demel: Ja, sicher.

Pilz: Dann haben Sie noch zweimal mit Proksch telefoniert.

Demel: Nein.

Pilz: Zumindest einmal.

Demel: Ja bitte, ich habe gesagt: Anfang September und dann — zumindest einmal bin ich angerufen worden — Mitte Oktober. Das habe ich aber jetzt wirklich schon oft gesagt.

Pilz: Dieses Telefonat hat es noch gegeben. War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt, daß Proksch flüchtig ist?

Demel: Ja, sicher war mir das bekannt.

Pilz: War Ihnen zu diesem Zeitpunkt bereits bekannt, daß die Justizbehörden, Interpol und so weiter, nicht wissen, wo sich Proksch aufhält?

Demel: Nein, das war mir nicht bekannt, weil ich nach wie vor . . . Ich habe schon zuerst darauf verwiesen. Und sogar die philippinische Ministerin hat gesagt, sie kann es nicht ausschließen, daß er dort ist.

Pilz: Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach eine Interpolfahndung? Fahndet die Interpol normalerweise nach jemandem, dessen Aufenthaltsort bekannt ist?

Demel: Von meinem Freund Köck weiß ich, daß die Interpol sehr beschränkte Mittel hat. Sie kann nur hergehen und kann Fahndungen herumgeben. Die Fahndung ist so gut, sagt er immer, wie die Polizei des jeweiligen Landes.

Pilz: Schauen Sie, ab September war es offensichtlich klar, daß niemand wußte oder möglicherweise fast niemand wußte, wo sich Proksch aufhält, denn sonst ergibt ja eine Interpol-Fahndung keinen Sinn. Warum haben Sie dann eigentlich die Behörden im Oktober trotz Ihres Wissens von der Interpol-Fahndung, trotz Ihres Wissens, daß Proksch untergetaucht ist — ich habe Sie vorhin gefragt, wann Sie erfuhren, das Proksch untergetaucht ist —, warum haben Sie trotzdem die Behörden dann nicht von diesem Telefonat informiert?

Demel: Bitte die Interpol-Fahndung hat nicht den Zweck gehabt, nur zu wissen, wo er ist, sondern er sollte ja zurückgebracht werden nach Österreich.

Pilz: Muß man, um ihn zurückbringen zu können, vorher wissen, wo er ist?

Demel: Richtig. Ich weiß es nicht, wo er ist.

Pilz: Ist es notwendig, der Interpol alle Informationen dazu zukommen zu lassen, die sie dazu braucht?

Demel: Ich habe aber keine Information gehabt, die ich hätte weitergeben können. Ich habe weder gewußt, von wo er angerufen hat, noch wo er ist.

Pilz: Gut. Können Sie noch kurz rekapitulieren den Inhalt — wir haben über die anderen Gespräche und über diese anderen Telefonate schon genauer gesprochen — des Telefonats im Mai? Was war da genau der Inhalt?

Demel: Da hat er mir gesagt, daß er die Geschichten in Japan jetzt fertig hat und sich begehen wird nach . . . Na, nach, weiß ich nicht, also

versuchen wird, die Endabnehmer-Zertifikate zu bekommen.

Pilz: Das hat er bereits zu diesem Zeitpunkt gesagt.

Demel: Ja, das hat er schon vorher, bevor er weggefahren ist, gesagt, als im Dezember des Vorjahres immer wieder gesagt wurde, daß die Rumänien-Papiere gefälscht seien, wo angeblich der Untersuchungsrichter dem Präsidenten Gratz im Jänner dieses Jahres gesagt hat, die seien nicht gefälscht, es stimme nur der Inhalt nicht.

Pilz: Von wo hat er Sie da angerufen?

Demel: Da hat er mich nicht angerufen. Da war er ja da.

Pilz: Im Mai 1988.

Demel: Ich habe angenommen, aus Japan.

Pilz: Er hat nicht gesagt, daß das jetzt Japan ist.

Demel: Nein.

Pilz: Warum konnten Sie das annehmen?

Demel: Weil die Anwälte eine Bescheinigung vorgelegt haben, daß er angeblich krank war und dann irgendwo anders hingefahren ist zur Behandlung.

Pilz: Obwohl er seit 17. 3. zur Fahndung ausgeschrieben war.

Demel: Da kann man auch krank sein.

Pilz: Ein kurze Frage: Haben Sie auch irgendeine Funktion in diesem „Verein der Senkrechtbegrabenen“ gehabt?

Demel: Nein, wirklich nicht. Ich lebe noch.

Pilz: Haben Sie keine gehabt?

Demel: Nein.

Pilz: Zumindest davon können wir uns . . .

Obmann Steiner: . . . ist bald zu Ende, Herr Doktor.

Demel: Auch zur Cum habe ich keine Beziehung.

Pilz: Muß der Präsident des „Club 45“ eigentlich davon informiert werden, wenn Unterlagen des Clubs vernichtet werden?

Demel: Also ich würde schon glauben, daß das üblich wäre. Ich habe aber davon — das habe ich schon zuerst gesagt — nichts erfahren. Ich bin

auch gar nicht sicher, ob das stimmt, was Sie sagen.

Pilz: Ich frage Sie nur: Kommt es immer wieder vor, daß Unterlagen vernichtet werden?

Demel: Ich war bei keiner Vernichtungsaktion zugegen, habe keine angeordnet und von keiner Kenntnis erlangt.

Pilz: Das heißt, Sie nehmen an, daß bis heute keine Unterlagen des „Club 45“ vernichtet wurden?

Demel: Nein, das habe ich nicht gesagt. Unnötige Sachen, zum Beispiel über vergangene Veranstaltungen, werden sicher nicht aufgehoben, sondern die werden in den Papierkorb geschmissen.

Pilz: Sie schließen auch aus, daß eine Vernichtung unnötiger Sachen in den letzten Wochen stattgefunden hat?

Demel: Ich schließe nichts aus. Ich habe davon keine Kenntnis. Das habe ich zuerst schon dreimal gesagt. Ich weiß es nicht.

Pilz: Wer würde so etwas normalerweise anordnen?

Demel: Ich habe nie gehört von so einer Vernichtungsaktion und habe daher keine Ahnung, wer so etwas anordnet.

Pilz: Jetzt noch eine letzte Frage: Bei diesen, wie Sie gesagt haben, zahlreichen oder mehreren Treffen zwischen Proksch und Dr. Haider haben Sie irgend etwas über den Inhalt dieser Gespräche erfahren.

Demel: Bei dem war ich nicht dabei.

Pilz: Sie haben auch nichts erfahren darüber?

Demel: Da war niemand dabei, außer zu dem Zweck des Servierens von Getränken und Speisen.

Pilz: Das heißt, das waren Gespräche, die in völliger Vertraulichkeit stattgefunden haben?

Demel: Und zwar im Leopold-Gratz-Raum und im Speiseraum.

Pilz: Sind die extra so in dieser Form geführt worden, damit die Vertraulichkeit gewahrt bleibt?

Demel: Das weiß ich nicht.

Pilz: Aha! Wissen Sie zufällig, werden solche Gespräche geführt oder ist Ihnen bekannt geworden, ob das eher Freundschaftsbesuche waren oder Gespräche, die einem konkreten Zweck gedient haben?

Demel: Das ist mir nicht bekannt geworden, weil ich vom Proksch nachher nichts darüber gehört habe.

Pilz: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Ja, Sie werden sich wundern, ich habe auch einmal mit Herrn Udo Proksch gesprochen, und zwar habe ich in der Konditorei Demel etwas eingekauft, und plötzlich ist der Herr Proksch da gestanden und ist mit mir sogar vor das Lokal gegangen, weil er auch am Weggehen war, und hat mit mir dort einige Worte gesprochen.

Demel: So kontaktfreudig ist er.

Helene Partik-Pablé: Das ist ein Geständnis, daß auch ich einmal mit Herrn Proksch gesprochen habe.

Demel: Ohne den Staatsanwalt zu verständigen.

Helene Partik-Pablé: Das war alles noch zu einer Zeit, als der Herr Proksch noch nicht zur Verhaftung ausgeschrieben war, als noch keine Interpolfahndung war. Hätte der Herr Proksch mit mir gesprochen nach einer Verhaftung, dann hätte ich natürlich alle diejenigen, die damit zu tun haben, verständigt.

Demel: Wovon?

Helene Partik-Pablé: Damit bleibe ich gleich bei der ersten Frage, Herr Zeuge: Es hat da in der DDR-Residenz ein Essen oder ein Treffen gegeben, einen Empfang, wo Sie auch Otto F. Müller und anderen Besuchern dieses Empfanges erzählt haben von diesem Telefonat. Bei diesem Empfang war auch Herr Dr. Foregger, der Justizminister, anwesend. Warum sind Sie eigentlich nicht gleich nachher zum Justizminister gegangen und haben gesagt, Sie haben ein Telefonat erhalten von Udo Proksch?

Demel: Erstens, wiederum: Es war keine dienstliche Meldung, sondern nur ein Hinweis von mir, daß ich nichts verheimliche, und meiner Meinung nach war nichts zu melden. Dem Vernehmen nach haben die Herrn vom Ministerium, die miteinander gesprochen haben, dieselbe Auffassung gehabt, wobei ich allerdings nicht genau weiß, wann der Herr Minister wirklich informiert wurde über dieses Telefonat.

Helene Partik-Pablé: Das ist ein Formalstandpunkt, würde ich sagen, daß Sie nichts zu melden haben. Im Grunde genommen besteht ja — der Herr Dr. Graff hat es Ihnen ja schon vorgehalten — gerade für einen Richter schon ein erhöhtes

Maß an Mitteilungspflicht. (Demel: Was hätte ich denn mitteilen sollen?) Wenn der in Österreich meistgesuchte Verdächtige anruft, dann ist es doch eigentlich klar, daß ich das auch dem Bundesminister für Justiz erzähle, wenn ich ihn treffe, damit er sich unter Umständen einschalten kann, mit dem Innenministerium sprechen kann.

Demel: Was . . . ?

Helene Partik-Pablé: Na das hätten Sie ihm sagen sollen, was Herr Proksch Ihnen gesagt hat.

Demel: Er hat mir nichts gesagt, außer daß er die Politiker beschimpft hat. Und das hätte ich dem Justizminister und dem Innenminister sagen sollen?

Helene Partik-Pablé: Die Tatsache, daß er Sie anruft, hätten Sie erzählen sollen.

Demel: Was hätte dann die Behörde gemacht?

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, ich möchte mich mit Ihnen nicht auf eine Diskussion einlassen, aber als Richter wüßte ich eigentlich schon, was ich in einem solchen Fall mache.

Demel: Und was?

Helene Partik-Pablé: Wenn jemand mehr oder weniger ständig mit einem Gesuchten, Verdächtigen in Kontakt steht . . .

Demel: Ständig! Das ist eine Unterstellung!

Helene Partik-Pablé: Da gibt es ja Maßnahmen technischer Art, die man hinsichtlich des Telefons machen kann.

Demel: Was hätten Sie denn gemacht als Richter?

Helene Partik-Pablé: Ich habe gerade gesagt . . .

Obmann Steiner: Noch einmal: Nicht zugleich reden, bitte.

Helene Partik-Pablé: Ich lasse mich nicht ein auf Fragen. Ich wüßte es als Richter. Es gibt ja verschiedene technische Möglichkeiten, was man machen kann.

Demel: Was denn? Nichts gibt es.

Helene Partik-Pablé: Beantworten Sie mir halt meine Fragen. (Demel: Nichts gibt es!) Gut. Sie haben es nicht notwendig erachtet, den Justizminister . . . (Graff: Ihr Telefon könnten wir abhören, aber das würden wir Ihnen nicht sagen!)

Demel: Das geschieht ja ohnehin!

Helene Partik-Pablé: Es könnte eine Fangtaste oder ähnliches . . .

Demel: Fangtaste gibt es nicht im Ausland.

Helene Partik-Pablé: Gibt es eigentlich im „Club 45“ einen Reißwolf, so einen Papierwolf, von dem der Herr Dr. Pilz gesprochen hat?

Demel: Nein.

Helene Partik-Pablé: Den gibt es nicht.

Demel: Nein.

Helene Partik-Pablé: Ich habe noch ein paar kurze Fragen. Sie haben uns heute hier gesagt oder den Eindruck erweckt, daß Sie eigentlich sehr informiert waren. Sie wissen, wann Udo Proksch ursprünglich zurückkommen wollte. Sie haben telefoniert mit ihm.

Demel: Das wissen alle.

Helene Partik-Pablé: Sie wissen auch, daß Unterlagen mit dem Flugzeug geschickt worden sind . . .

Demel: Das steht im Akt!

Helene Partik-Pablé: . . . daß die Anwälte Bescheinigungen vorgelegt haben und so weiter. Wieso kommt das eigentlich, daß Sie so informiert sind?

Demel: Das kommt ganz einfach daher, weil ich ursprünglich den Akt gelesen habe und die ständige Mitteilung die war, daß nur die Ware selbst untergegangen ist und nur die Pläne schon hingenommen sind und daß ein zweites Mal eine Lieferung, eine Direktlieferung erfolgt sein soll. Das steht im Zivilakt.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie wissen auch Dinge, die jetzt passieren. Gibt es da ständige Unterredungen?

Demel: Was denn?

Helene Partik-Pablé: Daß zum Beispiel die Anwälte Bescheinigungen vorgelegt haben, daß der Udo gesagt hat, er kommt im September zurück.

Demel: Das hat der Anwalt öffentlich erklärt.

Helene Partik-Pablé: Ja. Gibt es eigentlich Besprechungen zwischen Ihnen und den Anwälten oder zwischen den „Club 45“-Mitgliedern über diese ganze Angelegenheit?

Demel: Nein, mit dem Club hat das wirklich nichts zu tun. Das wird immer versucht, da hineinzuheimlichen.

Helene Partik-Pablé: Ja womit dann; Mit Ihrer Stellung als Präsident des Arbeitsgerichtes?

Demel: Mit der schon gar nicht, die bringen Sie immer hinein.

Helene Partik-Pablé: Ja womit hat es dann etwas zu tun?

Demel: Mit gar nichts.

Helene Partik-Pablé: Mit Ihrer Freundschaft zu Udo Proksch? Sie haben gesagt, es hat nichts zu tun mit dem „Club 45“ . . .

Demel: Wer hat mit was zu tun?

Helene Partik-Pablé: . . . daß Sie so informiert sind. Und ich frage Sie, wieso Sie so informiert sind. Gibt es Besprechungen?

Demel: Es gibt Besprechungen nicht. Aber ich bin auch gar nicht so informiert. Ich bin nur informiert, daß zum Beispiel die Anwälte mit Udo Proksch Kontakt haben müssen, weil sie es erzählt haben wegen seiner Paßentziehungsgeschichte.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte nur gerne wissen: Wieso wissen Sie das alles so genau?

Demel: Das wissen auch alle anderen. Alle Zeitungen haben alle Akten.

Helene Partik-Pablé: Wieso wissen Sie es so genau? Die anderen frage ich schon. Aber wieso wissen Sie es?

Demel: Weil ich aufmerksam Zeitungen lese.

Helene Partik-Pablé: Daß sie neue Vollmachten brauchen, ist in keiner Zeitung gestanden.

Demel: Das habe ich Ihnen gerade gesagt, das hat der Verteidiger erzählt.

Helene Partik-Pablé: Wem hat er es erzählt?

Demel: Mir.

Helene Partik-Pablé: Treffen Sie ihn regelmäßig?

Demel: Nein, aber der kommt ja auch zu Veranstaltungen, und es ist ja nicht verboten, daß er uns etwas erzählt.

Helene Partik-Pablé: Also im „Club 45“?

Demel: Zum Beispiel.

Helene Partik-Pablé: Gut. Weil Sie zuerst gesagt haben, es hat alles nichts damit zu tun.

Demel: Eh nicht.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie eigentlich Aktien von der Zapata?

Demel: Nein.

Helene Partik-Pablé: Ist ein Disziplinarverfahren gegen Sie eingeleitet worden?

Demel: Das kenne ich aus der Zeitung, und zwar ist da gestanden „Vorerhebungen gegen Gerichtschef“, wo jeder geglaubt hat, das ist ein Strafverfahren, und dann ist klein darunter gestanden, es wird geprüft, ob ein Disziplinarverfahren eingeleitet wird.

Helene Partik-Pablé: Also, Sie wissen es nicht?

Demel: Nein.

Helene Partik-Pablé: Es ist Ihnen noch nichts zugetragen worden vom Disziplinaranwalt?

Demel: Nein, überhaupt nichts.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte Sie noch fragen: Im Zuge des Strafverfahrens hat es dann im Jahr 1988 ein Gutachten gegeben beziehungsweise die Bestellung eines Gutachters, des Herrn Wimpissinger (phonetisch), das ist ein Schiffsgutachter.

Demel: Nein, der ist nicht eingetragen in der Liste.

Helene Partik-Pablé: Der ist vom Untersuchungsrichter Tandinger bestellt. (Demel: Ad hoc!) Das macht nichts, ich habe auch schon öfters Gutachter bestellt, die nicht eingetragen sind. Dieser Herr Wimpissinger (phonetisch) hat ein Gutachten erstellt, und daraufhin haben die Anwälte ein Gegengutachten erstellt, die Anwälte von Proksch.

Demel: Das ist das Kinder-Gutachten, das habe ich zuerst gemeint.

Helene Partik-Pablé: Kennen Sie den Herrn Kinder?

Demel: Ja.

Helene Partik-Pablé: Hat es während der Erstellung des Gutachtens oder vorher mit ihm Kontakte gegeben?

Demel: Ich habe das dem Herrn Dr. Gaigg gesagt: Der Herr Kinder ist von den Anwälten nach Österreich eingeladen worden, und um zu verhindern, daß die Anwälte dem die hunderttausend oder was weiß ich wieviel Seiten zum Studium geben, habe ich die technischen, und zwar die Fahrtroute und die Pläne und die Aussagen über die Fahrt der Lucona von Chioggia bis zum angeblichen Untergangsort dem Herrn Kinder dargelegt, um das zu verkürzen.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, Sie haben an diesem Gutachten mitgewirkt?

Demel: Nein. Das Gutachten befaßt sich mit einer Sprengung, das ist kein Schiffsgutachten.

Helene Partik-Pablé: Na ja, aber an dem Befund. Sagen wir es so: An der Befunderstellung.

Demel: An der Vorgabe. (*Graff: Davon verstehen Sie nichts?*) — Nein.

Helene Partik-Pablé: Moment bitte, Herr Dr. Graff! Das Gutachten besteht ja aus Befund und dann aus dem Gutachten. Sie haben sozusagen an der Befundaufnahme mitgewirkt. Ist das richtig?

Demel: Ich habe ihm die Befundaufnahme erleichtert, indem ich ihn auf wesentliche Dinge, die aus dem Akt ersichtlich sind, auf Aussagen des Kapitäns und auf die Durchgangszeiten aufmerksam gemacht habe.

Helene Partik-Pablé: Das konnten Sie, weil Sie die anderen Gutachten gekannt haben und weil Sie den Strafakt gekannt haben?

Demel: Nein, den Strafakt . . . Das hat immer die Verteidigung so aufgeregt, daß alle anderen einschließlich der Zeitungen den Strafakt haben, nur nicht die Verteidiger. Die haben immer nur Bruchstücke gehabt.

Helene Partik-Pablé: Und Sie?

Demel: Was die Anwälte mir zu diesem Zweck gegeben haben. Ich habe den Strafakt nie durchgelesen. Wenn der Verteidiger sich nicht ausgekannt hat, was technisch, nämlich schiffahrtsmäßig, drinnen ist, hat er sich das von mir erklären lassen, wie der Herr Kapitän Puister vernommen wurde, und der Herr van . . ., der Steuermann, ich habe vergessen, wie er heißt, van Beckum.

Helene Partik-Pablé: Ihre Erfahrungen, Ihre Kenntnisse sind in einem gewissen Maße in das Gutachten beziehungsweise in die Befundaufnahme eingeflossen?

Demel: Ich habe das Gutachten Kinder nicht gesehen, bitte.

Helene Partik-Pablé: Ich habe Sie das nicht gefragt, sondern ich habe Sie gefragt, in die Befundaufnahme.

Demel: Ja, wenn Sie fragen, ob sie eingeflossen sind, muß ich es erst kennen. Sie haben gefragt: Sind die eingeflossen?

Helene Partik-Pablé: In das Gutachten und in die Befundaufnahme.

Demel: Und ich habe gesagt: Ich kann es nicht sagen, weil ich das Gutachten Kinder nicht kenne.

Helene Partik-Pablé: Gut. Wie oft hat es solche Gespräche gegeben?

Demel: Einmal. Der Herr Kinder war . . . Ich war nur ein einziges Mal . . . An einem Abend haben wir das besprochen.

Helene Partik-Pablé: Hat es einen Schriftverkehr gegeben? Haben Sie ihm dann etwas übersendet?

Demel: Nein.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Demel: Ich habe auch nichts von ihm bekommen.

Obmann Steiner: Danke.

Dr. Graff bitte.

Graff: Herr Zeuge, ich habe hier eine APA-Meldung von heute 12.23 Uhr mit dem Titel „Haider-Demel-Aussage: Absoluter Unsinn“, und die hat folgenden Wortlaut — ich zitiere —: „Als absoluten Unsinn bezeichnete FPÖ-Bundesparteiobmann Abgeordneter Dr. Jörg Haider die Behauptung Demels, er, Haider, habe im Herbst 1987 ein langes Gespräch mit Udo Proksch im ‚Club 45‘ geführt, denn weder sei er dort gewesen, noch habe er Kontakte mit Proksch gehabt, stellte Haider fest. Mit dem im Ausschuß in die Enge getriebenen Demel sei wohl die Phantasie durchgegangen.“ — Ende des Zitats.

Es werden also Ihre Aktenvermerke sehr dienlich sein zur Objektivierung. Sind die damals gemacht worden, Herr Dr. Demel, oder jetzt über Ihr Ersuchen?

Demel: Die sind jetzt gemacht worden über die damaligen Wahrnehmungen und die Aufnahme der beiden Zeugen. Ich war nicht dabei, das habe ich schon zuerst gesagt.

Graff: Aber es ist Ihnen schon darum gegangen, das jetzt hier unter die Leute zu bringen, was ich legitim finde.

Demel: Mir ging es darum, daß ich mir nicht immer vorwerfen lasse, Kontakt zu haben, während andere das auch haben und mir das vorwerfen.

Graff: Ja, natürlich, Sie sagen, wie komme ich dazu. Und jetzt, nach diesen Aktenvermerken: Wer war die physische Person oder die Personen, die Haider und Proksch gesehen haben sollen?

Demel: Gut. Die Frau Eva Netolicka, geborene Kuhm, ehemalige Clubmitarbeiterin, Wien 22,

Godlewskigasse 23/2/26, und die zweite ist die Michaela Kappl, ehemalige Sekretärin des Oskar Werner. Da habe ich die Adresse nicht draufstehen, die wird aber zu finden sein.

Graff: Gut, wir werden uns dann überlegen, was wir mit den Zeugen machen. Ich habe hier einen Aktenvermerk zu einer JV-Sache an den Hauptverband der Sachverständigen . . . (Demel: Von mir?) Offenbar von Ihnen —, da wird gegen Wiedervorlage die Beschwerde des Dr. Lansky dort übermittelt, es trägt das Datum . . . Schauen Sie, ob es von Ihnen ist!

Demel: Ja, mit dem Ersuchen um Stellungnahme.

Graff: Und am 19. abgefertigt?

Demel: Ja, Dezember 1985.

Graff: Am 19. Dezember 1985 abgefertigt.

Ich habe hier einen weiteren Aktenvermerk da steht: Frau, möglicherweise Hawlik (phonetisch), ich kann es nicht lesen, in Klammern (Hauptverband), teilt fernmündlich mit, daß Herr Professor Dr. Jäger erst ab 20. 1. 1986 wieder zum Hauptverband kommt, vorher Garten- und Justizschule Schwechat. Datiert mit 20. Dezember, ein Kanzlei- vermerk. Es hat also offenbar die Dame den Auftrag gehabt, eine Verbindung mit Dr. Jäger herzustellen, und ihn nicht erreicht. Ist es so?

Demel: Horalik (phonetisch) heißt das.

„Hauptverband teilt fernmündlich mit . . .“ Da steht auch, „von mir gesehen, vertritt ihn niemand?“ Also ich wollte offenbar nicht mit ihm reden, sondern wollte, daß das weitergeht.

Graff: Moment! Darf ich den Fragenductus fertigstellen. Sie haben also schriftlich dem Hauptverband offiziell aktenmäßig am 18. etwas geschickt, und dann wollten Sie am 19. mit Jäger oder allenfalls einem Vertreter telefonieren. Ist das richtig?

Demel: Das weiß ich nicht mehr.

Graff: Na, das ist doch nach der Aktenlage objektiviert.

Demel: Ich habe den Akt nicht durchlesen können.

Graff: Dann gebe ich ihn Ihnen noch einmal.

Demel: Also am 18. habe ich es übermittelt, am 19. abgefertigt, und Frau Horalek (phonetisch) teilt fernmündlich mit, daß Herr Professor Jäger erst ab 26. 1. — das wäre in einem Monat — wieder zum Hauptverband kommt.

Graff: Meine Frage an Sie ist die: Bei den vielen, vielen Beschwerden, die, wie wir von Ihnen gehört

haben, von den Anwälten über Sachverständige einlangen und die von Ihnen dem Hauptverband geschickt werden, ist es da üblich, daß Sie dann telefonisch schon am nächsten Tag nachwassern und versuchen, Dr. Jäger zu erreichen?

Demel: Ich habe nicht nachgewässert. Da steht: Ich kann ihm das nicht zustellen, weil er auf Urlaub ist bis 26. Jänner.

Graff: Na, dann haben Sie sich erkundigt, ob zugestellt worden ist?

Demel: Nein. Die Frau Horalek (phonetisch) teilt mit, aber nicht, weil ich gefragt habe, sondern weil sie es ihm offenbar nicht geben konnte.

Graff: Sollte sie das persönlich hintragen?

Demel: Nein! Aber ich wollte ja nicht Jäger, sonst hätte ich nicht darunter geschrieben: „Vertritt ihn niemand?“

Graff: Aber bitte, bei einem Schriftstück kann Ihnen doch völlig wurscht sein, wer das dort in Empfang nimmt, das bleibt halt liegen, bis er kommt (Demel: Einen Monat!), oder es nimmt der Vertreter. Sie haben offenbar ein besonderes Interesse bekundet an dieser Sache.

Demel: Das glaube ich nicht.

Graff: Glauben Sie nicht. Gut.

Nächster Punkt: Jetzt zu der Geschichte mit der Aufsichtsbeschwerde noch einmal zurück. Sie sagen hier — und es steht auch tatsächlich in Ihrer Beschwerde an den Bundesminister für Inneres —, daß ja vom Landesgericht für Strafsachen Wien zum ASG Wien, das ist das Arbeits- und Sozialgericht — die sind in einem Häuserblock —, täglich für Amtspost der Paketwagen verkehrt. Können Sie mir erklären, warum ein Hausdurchsuchungsbefehl für den Präsidenten des „Club 45“, also in Ihrer privaten Eigenschaft, mit dem amtlichen Paketwagen vom Grauen Haus zum Sozialgericht geführt werden soll?

Demel: Das hat Ihnen aber der Herr Dr. Ermacora vorgelesen, wie man zustellen kann. Eine Möglichkeit wäre ein Rückscheinbrief gewesen, denn so dringend kann es ja nach vier Wochen nimmermehr gewesen sein.

Graff: Nein, darum geht es mir nicht, Verehrtester. Mir geht es darum, daß der Paketwagen, der für Amtspost bestimmt ist, dazu verwendet werden soll, dem Präsidenten des „Club 45“ einen Hausdurchsuchungsbefehl zuzustellen.

Demel: Der Paketwagen ist für die Beförderung von Amtspost, und vom Mag. Tandinger wird es ja wohl eine Amtspost gewesen sein.

Graff: Ja, aber wenn diese Amtspost, auch wenn sie beim Tandinger weggehend eine Amtspost ist, zum „Club 45“ kommt, ist das ein privater Empfänger. Stimmt's?

Demel: Nein. Die Zustellung eines Hausdurchsuchungsbefehls durch den Untersuchungsrichter ist auf jeden Fall durch die Amtspost zu machen. Durch wen denn?

Graff: Herr Dr. Demel, jetzt theatern Sie sich nicht in einen Wirbel hinein. Sind Sie ernstlich der Meinung, daß etwas, was einem Behördenleiter, aber in dessen privater Eigenschaft zuzustellen ist, über die Amtspost zu befördern ist? Wollen Sie uns das erzählen?

Demel: Ja. Ich möchte Ihnen sagen, wenn schon an das Gericht . . .

Graff: Ich habe das Gefühl, Herr Dr. Demel, und ich halte das hier fest, daß Sie Ihre amtlichen und ihre privaten Funktionen in äußerstem Maße durcheinanderbringen. (Schieder: Er hat sich beschwert, daß ihm nicht in den „Club 45“ zugestellt wurde!) Er hat sich beschwert, daß nicht der amtliche Paketwagen verwendet worden ist. (Schieder: Dann haben Sie geschlafen!) Nein, er hat sich hier beschwert, ich halte Ihnen das vor: „Im übrigen befinden sich das Landesgericht für Strafsachen Wien und das ASG Wien in einem Häuserblock, und es verkehrt täglich für Amtspost ein Paketwagen“. Das ist keine Amtspost aus der Empfängersicht. Wenn Sie als Präsident des „Club 45“ einen Hausdurchsuchungsbefehl kriegen, ist das keine Amtspost.

Demel: Was soll das denn sein, wenn der Untersuchungsrichter mir einen Hausdurchsuchungsbefehl schickt?

Graff: Der Untersuchungsrichter schickt seine Hausdurchsuchungsbefehle nicht mit dem amtlichen Paketwagen, sondern, wie Sie sagen, mit der Post durch Zustellschein oder durch einen Beamten. Stimmt's?

Demel: Aber doch nicht durch einen Beamten der Sicherheitsdirektion.

Graff: Moment! Dazu kommen wir erst. Und jetzt frage ich Sie: Wieso fühlen Sie sich eigentlich dadurch beschwert, daß ein so hochrangiger Beamter einem sehr hochrangigen Empfänger einen Hausdurchsuchungsbefehl zustellt?

Demel: Ich fühle mich dadurch beschwert, weil ich — das habe ich auch hineingeschrieben — eine unzulässige Ausdehnung der Hausdurchsuchung auf das Gerichtsgebäude darin erblickt habe.

Graff: Na, entschuldigen Sie. In der Zustellung! Der Hausdurchsuchungsbefehl über eine längst durchgeführte Verhandlung — und in dem Punkt bin ich übrigens völlig Ihrer Meinung — hätte natürlich im Zuge der Amtshandlung zugestellt werden müssen und nicht einen Monat später. Das ist eine völlig gerechtfertigte Kritik an dem Untersuchungsrichter, aber daß er deswegen, wenn er Ihnen als Präsident des „Club 45“ was zustellt, die Amtspost nimmt, weil Sie zufällig im Arbeits- und Sozialgericht sind, das wäre ein besonderer Fall von Ökonomie. Bitte er würde dem Staat das Porto sparen. Das räume ich Ihnen ein. Ich verstehe weiter nicht, warum Sie sich beschwert erachten, daß ein so hochrangiger Beamter wie ein Gruppeninspektor Ihnen das am Arbeitsplatz zustellt, und das hat der Herr Professor Ermacora gemeint im Zustellgesetz. (Schieder: Der war ja nicht frankiert!) Nein, eh nicht! Am Paketwagen kostet es nichts. Daher sage ich ja: Insofern wäre es sehr ökonomisch gewesen, entweder den Paketwagen zu benützen . . . (Schieder: Das ist ja für die Sache völlig unerheblich!)

Erheblich oder nicht, aber es zeigt doch den Stil, wie hier gearbeitet wird und wie der Herr Präsident Dr. Demel — und das ist mein Vorwurf ihm gegenüber — seine amtliche Stellung in unzulässiger Weise verquickt mit seiner privaten als Präsident des „Club 45“. Als Empfänger von Hausdurchsuchungsbefehlen beansprucht er die Zustellung per Paketwagen und nicht per Gruppeninspektor, und er führt Beschwerde in amtlichen Briefen an den Bundesminister für Inneres, der das übrigens — das muß ich zu Ehren Ihres Herrn Blecha sagen — ganz richtig aufgefaßt hat, denn der hat geschrieben: „An den Herrn Präsidenten der gesellschaftlichen Vereinigung ‚Club 45‘, c/o Arbeits- und Sozialgericht“. So hüt's g'hört. Das Briefpapier war unnötig. Und der Hinweis auf den Paketwagen war ebenfalls unnötig.

Nächste Frage, und damit bin ich dann, glaube ich, am Ende: Es waren also vier Telefonate mit Udo Proksch: Im März und im Mai — das war in Japan wegen der Konditorei; habe ich das richtig verstanden? (Demel: So habe ich es in Erinnerung, ja!) Und Anfang September und Mitte Oktober. (Demel: Ja!) Warum haben Sie im März und im Mai gewußt, von wo er anruft, und im September und im Oktober nicht?

Demel: Weil er es gesagt haben wird.

Graff: Das wird er gesagt haben. Und hat er was erzählt von Japan, von den Geishas und so? Daß Tokio so schiach sein soll, habe ich irgendwo gelesen.

Demel: Ja, das hat er erzählt: daß da so ein wahnsinniger Verkehr ist, daß er dort nicht einmal begraben sein will.

Graff: Und im Oktober hat er Ihnen nicht gesagt, wie schön es auf den Philippinen ist oder woanders, Bangkok?

Demel: Nein. Bitte, von Bangkok war überhaupt nicht die Rede.

Graff: Keine Frage mehr. Ah, von den Philippinen schon?

Obmann Steiner: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pilz. Zur Geschäftsordnung?

Pilz: Ja. Herr Vorsitzender! Ich beantrage die Ladung der beiden genannten Frauen aus dem „Club 45“ beziehungsweise der Sekretärin vom Herrn Werner und die Ladung von Dr. Jörg Haider als Zeugen zum Thema „Welche Rolle spielen im Zusammenhang mit Udo Proksch österreichische Spitzenpolitiker über die SPÖ hinaus zu einem Zeitpunkt, zu dem längst klar war, daß schwerste politische Belastungen im Fall Lucona bestehen?“ Ich weiß, daß damit das Thema möglicherweise ähnlich wie in der Frage Bundesländer-Versicherung um eine Spur ausgeweitet wird, halte es aber für notwendig, diese Zeugen hier zu vernehmen, um zu klären, welche politischen Verbindungen da gegeben waren und zu welchem Thema diese Gespräche stattgefunden haben.

Obmann Steiner: Wir werden in der Geschäftsordnungssitzung am Abend das dann vorbringen.

Frau Dr. Partik-Pablé hat sich noch zu Wort gemeldet.

Helene Partik-Pablé: Noch einen kurzen Vorhalt: Sie haben sich anscheinend doch informiert beim Sachverständigenverband, was mit dem übermittelten Gutachten geschieht, denn ich habe hier einen Aktenvermerk vom 23. 1. 1986 gefunden, da schreibt offensichtlich die Kanzleikraft vom Gericht: Frau Horalik (phonetisch) des Hauptverbandes teilt fernmündlich mit, daß die Unterlagen betreffend Alexander Singer dem Prof. Dr. Graßberger (phonetisch) zur Gutachtenserstattung übermittelt wurden. Graßberger (phonetisch) hat heute die Unterlagen unerledigt dem Hauptverband retourniert mit dem Hinweis, daß er wegen Arbeitsüberlastung nicht in der Lage sei, ein Gutachten zu erstellen. Prof. Dr. Jäger kommt am Montag von Bad Gastein zurück.

Demel: Ich weiß nicht, was Sie mir da . . . Ist das von mir ein Vermerk?

Helene Partik-Pablé: Das ist offensichtlich von Ihrer Kanzleikraft ein Aktenvermerk vom 23. Jänner 86.

Demel: Meine Unterschrift ist drauf?

Helene Partik-Pablé: Ja. „Danke“ — das dürfte dann Ihre Unterschrift sein. Ich lege es Ihnen dann gleich vor.

Demel: Darf ich Ihnen sagen: Bei mir sind normalerweise auf drei Wochen Akten auf Kalender gelegt. Da muß ein Kalender auch drauf sein, 20. 1. oder vielleicht 10.

Helene Partik-Pablé: Es ist kein Kalender drauf.

Demel: Dann steht er auf dem Vorstück, als ich es übermittelt habe. Der Kalender kann ja gar nicht drauf sein, der muß ja auf dem vorigen Stück stehen.

Helene Partik-Pablé: Also das heißt, Sie haben sich doch informiert, was mit der Sache eigentlich los ist?

Demel: Ich stelle nach der Geschäftsordnung in jedem Akt, wenn ich etwas ausschicke, einen Kalender auf, zwischen drei und sechs Wochen eine Frist, daß irgendeine Antwort kommt. Das muß man.

Helene Partik-Pablé: Ist das Ihre Unterschrift dort mit dem „Danke“?

Demel: Bitte? Das ist meine Schrift, und das heißt Pölleritzer (phonetisch). Die dient als — da ist keine Nummer drauf, leider — Zwischeninformation.

Helene Partik-Pablé: Na, ist das Ihre Kanzleikraft?

Demel: Ja, war das.

Helene Partik-Pablé: Ihre Kanzleikraft . . .

Demel: . . . war damals für Sachverständigen-sachen zuständig.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, Sie haben sich informiert, wann der Herr Präsident Dr. Jäger . . .

Demel: Nein, ich habe einen Kalender gesetzt, bis zu welchem Zeitpunkt irgendeine Reaktion auf mein Schreiben kommen soll.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber Sie müssen sich nach dem Jäger erkundigt haben, weil sie ja in dem Telefonat sagt, Dr. Jäger kommt am Montag zurück. Hat sie das automatisch gesagt, ohne daß Sie gefragt haben?

Demel: Ich habe ja überhaupt nicht geredet, bitte. Das ist ja kein Gespräch von mir, das ist ein Amtsvermerk der Kanzlei mit der Frau Horalek (phonetisch).

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gesagt, man soll erheben, wann Dr. Jäger zurückkommt?

Demel: Ich kenne den . . . Da muß man in den Akt hineinschauen, ob dort ein Kalender ist, wenn Sie mir den vorhalten. (*Zwischenruf Rieder.*) Richtig.

Helene Partik-Pablé: Na, vorher gibt es diesen Aktenvermerk, den Ihnen schon Dr. Graff vorgehalten hat.

Demel: Nein, nein, da muß es noch etwas geben.

Helene Partik-Pablé: 20. Dezember 85, 23. 12., 23. Jänner 1986.

Demel: Ist da der Kalender drauf auf dem vorigen?

Helene Partik-Pablé: Es ist nirgends ein Kalender.

Demel: Na, dann gibt es noch einen. In jedem Sachverständigen-Justizverwaltungsakt wird unmittelbar nach der Verfügung ein Kalender gesetzt. Das kann Ihnen die Kollegin Geyer auch bestätigen, wenn Sie es nicht wissen.

Helene Partik-Pablé: Gut, also zwischen 23. 12. und zwischen 23. Jänner 1986 muß es dann noch einen Aktenvermerk geben.

Demel: Bitte schön, nein, es ist auch möglich: Jeder Justizverwaltungsakt kriegt sofort einen Aktendeckel. Links unten am Aktendeckel werden die Kalender mit Bleistift gesetzt. Sobald das Stück überholt wird, wird der Kalender durchgestrichen oder ausradiert.

Helene Partik-Pablé: Gut, aber können Sie sich erklären, warum Ihnen da mitgeteilt wird, daß Prof. Dr. Jäger am Montag von Bad Gastein zurückkommt?

Demel: Weil vier Wochen schon vergangen sind und nichts geschehen ist. Offenbar war er nicht da.

Helene Partik-Pablé: Und eine Rücksprache zwischen Jäger und Ihnen war notwendig, nicht?

Demel: Ich habe, wenn Sie das Vorstück anschauen, Jäger gar nicht haben wollen, sondern auf die Mitteilung, daß er bis was weiß ich nicht da ist, geantwortet: Gibt es keinen Vertreter?

Helene Partik-Pablé: Ja, aber warum wird Ihnen mitgeteilt, daß Dr. Jäger am Montag von Bad Gastein zurückkommt.

Demel: Na, weil er doch zurückkommt, damit er was tut, entweder wen einsetzt oder nicht einsetzt oder schreibt oder irgend etwas macht. Ich kann ja nicht ewig warten auf jede Antwort.

Helene Partik-Pablé: Ist da nicht eigentlich der Präsident des Sachverständigenverbandes zuständig, daß er schaut, daß etwas geschieht?

Demel: Da müssen Sie ihn fragen, wie er die Geschäfte verteilt.

Helene Partik-Pablé: Na schon, aber eigentlich wäre es doch naheliegend. Dr. Jäger ist nicht da . . .

Demel: Nein, daß der Präsident alles macht.

Helene Partik-Pablé: Nein, nicht alles macht, wir sind jetzt nicht bei alles, sondern Dr. Jäger kriegt einen Akt vom Gericht (*Zwischenruf Graff.*), Dr. Jäger kriegt einen Akt vom Gericht, er ist nicht hier. Da müßte doch eigentlich der Präsident etwas veranlassen und nicht Sie als Richter.

Demel: Ich habe ja nichts veranlaßt.

Helene Partik-Pablé: Na, offensichtlich wollten . . .

Demel: Ich habe eine Antwort wollen.

Helene Partik-Pablé: Ja, Sie wollten wissen, was los ist mit Dr. Jäger, wann er zurückkommt.

Demel: Nein!

Helene Partik-Pablé: Na offensichtlich, weil da steht, der kommt . . . Man richtet doch das nicht aus, wenn einer das gar nicht wissen will.

Demel: Offenbar war Dr. Jäger damit befaßt oder auch nicht damit befaßt, ich weiß es ja nicht.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie eigentlich nicht versucht, den Präsidenten des Sachverständigenverbandes zu kontaktieren?

Demel: Da hätten Sie mir vorgehalten, ich trete in Kontakt mit dem Präsidenten, um irgend etwas zu bekommen.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber Sie haben riskiert, mit dem Jäger in Kontakt zu treten. Hätten Sie es halt auch riskiert, mit dem Präsidenten in Kontakt zu treten.

Demel: Ich habe gar nichts riskiert.

Helene Partik-Pablé: Ja, das sehe ich ja, Sie haben nicht mit dem Präsidenten Kontakt aufgenommen.

Demel: Und auch nicht mit Jäger.

Helene Partik-Pablé: Gut.

Obmann Steiner: Danke.

Dr. Gaigg als letzter.

Gaigg: Eine letzte Frage: Vor mir liegt das Schreiben der Frau Rechtsanwältin Dr. Monika Pitzlberger vom 12. April 1985, gerichtet an den Präsidenten des Landesgerichtes, und da heißt es — ich möchte Ihnen das in Erinnerung rufen —:

„Sehr geehrter Herr Präsident! In der Anlage übermittle ich Ihnen das Gutachten des Sachverständigen Baiertl, den Beschluß einer Bestellung durch das Landesgericht für Strafsachen Wien, wo ein dezidiertes Auftragsgutachten zu begutachtender Frage gestellt wurde. Des Weiteren schließe ich diesem Schreiben die Äußerung zu den Gebühren der Verdächtigen sowie die Beschwerde gegen den Gebührenbeschluß an. Gestützt auf die vorgelegten Unterlagen beantrage ich gemäß §§ 10, 12 StG die Streichung des Sachverständigen.“

Mit keinem Wort wird in dieser Beschwerde, in diesem Antrag, wie immer man das qualifiziert, behauptet, daß das Gutachten des Dr. Baiertl (phonetisch) inhaltlich falsch wäre. Sie haben trotzdem, Herr Zeuge, dieses Schreiben, diesen Antrag auf Streichung zum Anlaß genommen, sich dieses Gutachten des Dr. Baiertl anzuschauen, und sind zu dem Schluß gekommen, daß dieses Gutachten nicht schlüssig wäre.

Frage 1: Wieso das, wenn in dieser Beschwerde, in diesem Antrag eigentlich inhaltlich gegen dieses Gutachten gar nichts eingewendet wird?

Frage 2: Sie haben uns gesagt, in welchen Bereichen Sie Sachverständiger sind. Sicherlich nicht in dem Bereich, den Dr. Baiertl begutachtet hat, da geht es um den Schiffsuntergang. Wie sind Sie dazugekommen, sich die Qualifikation zuzudenken, inhaltlich über dieses Gutachten zu befinden?

Demel: Ich möchte jetzt gleich zur zweiten Frage kommen. Das haben Sie mir zuerst nicht vorgehalten mit dem Gebührenbeschluß. Offensichtlich sind der Verteidigung die Gebühren auch zu hoch vorgekommen, und eine Überprüfung der Gebührenhöhe wäre auch eine Sache, die der Hauptverband der Sachverständigen durchzuführen hat. Das dürfte der zweite Teil sein. Und glaublich — wie gesagt, ich habe mich auf dieses nicht vorbereiten können, weil ich nicht gewußt habe, daß ich heute gefragt werde —, glaublich wird die Frau Dr. Pitzlberger vorher bei mir gewesen sein und sich über das Gutachten auch inhaltlich beschwert haben, worauf ich ihr sicherlich gesagt habe: Wenn Sie sich beschweren wollen, dann machen Sie es schriftlich.

Gaigg: Ja, gut, aber genau in dieser Eingabe — Herr Zeuge, das ist ja widersprüchlich (Demel: Ja wieso?) — ist mit keinem Wort erwähnt oder wird mit keinem Wort die Behauptung aufgestellt, daß dieses Gutachten inhaltlich und fachlich falsch wäre, sondern es wird nur darauf verwiesen, es werden Unterlagen vorgelegt, und dann wird kryptisch der Antrag gestellt, der wäre zu streichen.

Und trotzdem haben Sie, Herr Zeuge, dann dieses Schreiben, diesen Antrag zum Anlaß genommen, sich meritorisch mit diesem Gutachten auseinandersetzen, und sind, obwohl Sie nach Ihren eigenen Angaben ja in diesem Bereich nicht qualifiziert sind, da offensichtlich zum Schluß gekommen, es wäre nicht schlüssig und es müßte auch inhaltlich eine Überprüfung stattfinden. Oder ist das falsch? Dann korrigieren Sie mich.

Demel: Ja, das ist auch falsch, erstens einmal, daß ich das nicht beurteilen kann, ob es ein treibendes Wrack gibt oder nicht. Und zweitens — ich habe das gesagt —: Der zweite Teil ist offenbar Inhalt und Höhe der Sachverständigengebühren.

Gaigg: Steht also nicht da, nein.

Demel: Sonst übermittle sie mir ja nicht einen Gebührenbeschluß und eine Gebührenzuweisung, wenn das in Ordnung wäre.

Gaigg: Da steht nur: „... schließe ich diesem Schreiben die Äußerung zu den Gebühren der Verdächtigen...“

Demel: ... zu den Gebühren, und die Äußerung...

Gaigg: Das hat ja mit dem Inhalt nichts zu tun, Herr Zeuge.

Demel: Oja! Kennen Sie die Äußerung zu den Gebühren? (Gaigg: Nein!) Da steht nämlich drinnen, soweit ich mich erinnere, daß der Sachverständige in Überschreitung seines Auftrages enorme Gebühren auflaufen hat lassen. Das ist auch etwas, was man prüfen muß.

Gaigg: Selbst wenn der Sachverständige seinen Auftrag überschreitet, heißt das nicht, daß er bei der Überschreitung dann ein falsches Gutachten macht, nicht?

Demel: Ich habe gesagt, das ist das eine. Und das andere sind die Gebühren. Und die Überprüfung: Wenn jemand eine Beschwerde macht, kann man es zur Stellungnahme dem Hauptverband geben — das steht im Gesetz drinnen — als eine Äußerungsstelle.

Gaigg: Ja. Das heißt also mit anderen Worten, Herr Zeuge, um auf die eine Frage zurückzukommen: Sie haben sich doch für genug qualifiziert angesehen, den Inhalt des Gutachtens und die Schlüsse, die dort gezogen werden, als bedenklich anzusehen. Ist das richtig so?

Demel: Ich habe es nicht überprüft, ich habe es überprüfen lassen, sonst hätte ich...

Gaigg: Nein, nein! Sie haben gesagt, Sie haben es nicht für schlüssig befunden...

Demel: Ich habe es nicht überprüft.

Gaigg: Sie haben selbst gesagt, das stimmt, daß ein Wrack nicht unter Wasser treiben kann. Das war für Sie also . . .

Demel: Richtig, richtig! Aber ich habe es nicht überprüft, sondern ich habe es zur Überprüfung gegeben. Das wollte ich nur herausstellen.

Gaigg: Gut, danke.

Obmann Steiner: Danke. — Damit ist diese Zeugenbefragung zu Ende.

Ich würde den Zeugen bitten, sich zur Verfügung zu halten für eine allfällige Gegenüberstellung.

Ich unterbreche jetzt die Sitzung auf eine Dreiviertelstunde und eröffne sie wieder um 14.25 Uhr.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 39 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 32 Minuten wiederaufgenommen.)

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Ing. Alfred Worm
im Sinne des § 271 StPO**

(14.32 Uhr)

Obmann Steiner: Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Als nächster Zeuge ist Ing. Worm geladen. Ich bitte, den Zeugen hereinzuführen.

Herr Ingenieur Worm — bitte nehmen Sie Platz —, Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entziehen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name? Bitte.

Worm: Alfred Worm.

Obmann Steiner: Ihr Geburtsdatum? — Bitte.

Worm: 14. 6. 1945.

Obmann Steiner: Und Ihr Beruf?

Worm: Journalist.

Obmann Steiner: Wohnort?

Worm: Wien, Akaziengasse 55, 1232.

Obmann Steiner: Sie sind Journalist. Auf die Bestimmungen des Mediengesetzes über das Redaktionsgeheimnis brauche ich Sie wohl nicht gesondert hinzuweisen. Ich tue dies trotzdem.

Worm: Danke.

Obmann Steiner: Herr Zeuge! Presseberichten zufolge sind Sie am 23. 12. 88 im gleichen Flugzeug wie Präsident Dr. Demel nach Bangkok geflogen. Würden Sie uns sagen, wie es zu diesem Gespräch zwischen Ihnen und dem Präsidenten Demel gekommen ist?

Worm: Ich bin am 23. nicht geflogen. Ich bin am 25. Dezember mit dem Flug NG 3 von Wien nach Bangkok und weiter nach Hongkong geflogen. Etwa zwei Stunden vor dem Zwischenlanden in Bangkok — das würde etwa entsprechen nach zehn Stunden Flugdauer — stellte ich fest, daß Herr Präsident Demel, den ich zuerst nicht erkannte — wer erkennt schon einen Gerichtspräsidenten, wenn er in Urlaubsadjustierung in Blue Jeans plötzlich vor einem steht —, daß Herr Präsident Demel vor mir stand. Er wartete offenbar auf das Freiwerden der Toilette. Jedenfalls stellte ich fest, daß er eine Art Waschbeutel in der Hand trug.

Obmann Steiner: Gut. Soweit decken sich ja die Aussagen des Präsidenten Demel und Ihre. Aber bitte, wie war der Ablauf des Gesprächs?

Worm: Ich sprach ihn an, sagte „Grüß Gott, Herr Präsident“. Er schaute mich zunächst offenbar ratlos an, weil er mich nicht erkannte, so hatte ich den Eindruck. Ich stellte mich kurz vor: „Alfred Worm.“ „Aha“, sagte er, und wir kamen dann ins Gespräch.

Obmann Steiner: Und wie war dieses Gespräch, bitte?

Worm: Wenn Sie mir gestatten: Darf ich meinen Aktenvermerk dazu verwenden?

Obmann Steiner: Ja, bitte, aber nicht vorlesen, sondern Sie sagen es uns.

Worm: Wenn Sie gestatten, Herr Vorsitzender, da steht es weitgehend exakt und wörtlich drauf.

Obmann Steiner: Bitte, beginnen Sie einmal.

Worm: Wenn Sie auf Exaktheit Wert legen, dann erlauben Sie, daß ich das hier darstelle.

Ich fragte ihn, ob er auf Urlaub sei. Er teilte mir mit, daß er auf eine vierzehntägige Urlaubsreise nach Thailand unterwegs sei. Ich fragte ihn dann scherzhalber: Vielleicht auf dem Weg zu

Udo?, was er massiv dementierte. Ich fragte ihn: Wie geht es Udo? Er sagte mir: Ich habe erst vor wenigen Wochen mit ihm telefoniert. Ich, der einzige, es muß heißen, ich bin wohl der einzige, der weiß, wo sich Udo Proksch aufhält. Wörtlich: Nicht einmal seinen Anwälten sagt er, wo er ist. Ich weiß es. — Ich sprach ihn darauf hinauf sofort auf eine Intervention bezüglich eines „profil“-Interviews an. Er teilte mir mit: Was hat das für einen Vorteil? Da hat er — gemeint ist Udo — ja überhaupt nichts davon. Was soll es nützen? Ich sagte ihm: Doch, es könnte ihm nützen, er kann seine Sicht darstellen. Er hat auf gar keinen Fall einen Nachteil. Er sagte: Da haben Sie recht.

Von mir kam der Vorschlag über das Procédere, das von mir in etwa so geplant war: Präsident Demel stellt den Kontakt her, wir zahlen ihm, dem Herrn Proksch, ein Flugticket an jeden Ort der Welt, den er bestimmt, zum Zeitpunkt, den er nennt. Ich insistierte dann noch, weil ich meinte: Das möglichst schnell. Er sagte mir: Ich werde nachdenken. Ich fragte dann: Wie geht es ihm? Es gebe Gerüchte, und sie wurden ja auch in diversen Zeitungen kolportiert, denen zufolge er in Syrien sei; eine Denkvariante übrigens, die aufgrund der Konstellation gar nicht ausgeschlossen gewesen wäre. Er sagte: Das ist Blödsinn, Udo Proksch befindet sich nach wie vor auf den Philippinen, er lebt aber außerhalb von Manila. Ich fragte ihn: Kommt er denn wieder zurück nach Österreich? Kommt er wieder? Er: Wie Sie wissen, sind auf dem Transport 70 Kilogramm Pläne verschwunden, darunter auch das Enduser-Zertifikat für die UEAA, das ist also die Uranerzaufbereitungsanlage. Wir sind jetzt dabei, dieses UE-Zertifikat aufzubringen. Wenn uns das gelingt, dann werden wir damit die Justiz überraschen, und Udo Proksch kommt zurück, wenn nicht, wird er nie mehr wieder nach Österreich zurückkehren. Ich schreibe mir da in meinem Aktenvermerk in Klammer: (Weiß mit 70 Kilo nichts anzufangen, was steckt dahinter?) Das war nur eine persönliche Bemerkung, die ich zu dieser Aussage gemacht habe, weil ich mit diesen 70 Kilo absolut nichts anzufangen mußte.

Er sagt weiter: Gescheiter wäre es eh bei dieser Justiz. Dann läßt er einige Bemerkungen über den Untersuchungsrichter und über den Staatsanwalt fallen. Ich habe diese Bemerkungen während meiner Zeugenaussage vor Gericht nicht angegeben und möchte, wenn Sie gestatten, auch hier diese Bemerkungen nicht wiedergeben. Ich sage darauf: Er — also ich meinte Tandinger — geht sehr eigenartig vor, denn er ist offenbar sehr unbeeirrt. Er, gemeint Demel: Ich habe mich über ihn schon überall beschwert, bei dem hat Udo ja keine Chance. Abschluß: Wenn Sie ihn, sage ich, anrufen, denken Sie an mich. Er sagt, er werde es sich überlegen, er sei jetzt 14 Tage in Thailand, er rufe mich nach der Rückkehr wegen eines Termins an. Und ich mache dann noch in meinem

Aktenvermerk einige Bemerkungen über Unklarheiten, von denen ich beschloß, sie nach meiner Rückkehr aus Hongkong noch zu recherchieren.

Obmann Steiner: Danke. — Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Elmecker. Bitte.

Elmecker: Herr Ing. Worm, ich darf als erste Frage gleich einleitend sagen: Haben Sie von diesem Gespräch eine Tonbandaufzeichnung gemacht, weil Sie offensichtlich hier wörtliche Zitate in Ihrem Aktenvermerk enthalten haben?

Worm: Nein.

Elmecker: Haben Sie diesen Aktenvermerk in unmittelbarem Anschluß an dieses Gespräch gemacht, weil hier offensichtlich die Darstellungsweise doch etwas differiert?

Worm: Ich habe diesen Aktenvermerk in meinem Computer in unmittelbarem Anschluß an dieses Gespräch auf dem Weg minus zwei Stunden vor der Landung bis hin zur Landung in Bangkok gemacht. Ich führe ein Computergerät mit mir, ich zeige es hier, es ist derart leicht, daß ich das sozusagen zu meinem Handgepäck zähle, und ich notiere mir unmittelbar nach solchen Gesprächen die Ereignisse. Es fanden während dieses Fluges insgesamt drei zufällig zustande gekommene Interviews statt, die sind alle hier in diesem Aktenvermerk vermerkt: eines davon ist mit dem Herrn Nikolaus Lauda gewesen, das zweite mit einer Person, die in die Causa Lucona nicht involviert ist, und das dritte mit dem Herrn Dr. Karl-Heinz Demel. Ich stelle gerne dem Herrn Vorsitzenden diesen Aktenvermerk zur Verfügung. Da aber auch private Bemerkungen darauf sind, möchte ich bitten, ihn nicht zu vervielfältigen.

Elmecker: Wir werden auf dieses Gespräch noch zurückkommen im Detail, ich möchte noch vom Umfeld wissen: Es ist also klar aus der Schilderung von Ihnen, daß Sie den Erstkontakt zum Herrn Präsidenten Dr. Demel aufgenommen haben an diesem besagten 25. Dezember?

Worm: Am 25. Dezember habe ich ihn angesprochen, nachdem er mich offenbar nicht erkannte.

Elmecker: Und es wurde hier konkret gesprochen von diesen Kontakten vor wenigen Wochen.

Worm: Vor wenigen Wochen, ja.

Elmecker: Da kann es sich offensichtlich nur um das Telefongespräch vom Oktober gehandelt haben, das uns ja auch der Herr Präsident Demel heute gesagt hat. Und jetzt müßte ich Sie schon sehr genau auf den Punkt bringen: Hat bei dieser Aussage im Flugzeug der Herr Präsident Demel

konkret gesagt: Ich weiß es, wo sich der Herr Udo Proksch aufhält!, zum Unterschied von seinen Anwälten?

Worm: Ich darf auf den ersten Teil Ihrer Frage, Herr Abgeordneter, eingehen: Ich weiß nicht, wann dieses Gespräch zwischen dem Herrn Präsidenten Demel und Udo Proksch stattgefunden hat. Ich sage gleich dazu: Wir haben darüber nicht gesprochen. Ich weiß überhaupt nicht, ob es so war, daß Demel angerufen hat oder angerufen wurde. Ich kann nur mitteilen, daß während des Gespräches im Flugzeug er mir wörtlich sagte: Ich der einzige — also ich bin der einzige; es fehlt hier ein Wort —, der weiß, wo U. P. — Udo Proksch — sich aufhält. Er teilte mir weiters mit: Nicht einmal seinen Anwälten sagt er, wo er ist. Er war sehr stolz darauf, mir mitzuteilen, daß er es weiß. Das war die Grundvoraussetzung für mich, nachzuhaken und ihn sofort sozusagen um die Vermittlerrolle als Beschaffer eines Interviews mit Proksch zu bitten. Nachdem ich bereits einmal bei sehr hohen Temperaturen in Manila war, habe ich mir gedacht, vielleicht wäre ein zweiter Versuch diesmal mit einer hohen Intervention erfolgreicher.

Elmecker: Ich darf jetzt noch einmal nachhaken, auch bei diesem Gespräch verbleibend: Der Herr Präsident Demel hat also in etwa ausgesagt, Sie hätten angenommen, er müßte es wissen. Ich kann Sie also hier wirklich auf den Punkt bringen und sagen, Sie haben konkret von ihm gesagt, er weiß es.

Worm: Das war völlig recht. Ich habe das hier wörtlich — wörtlich! — wiedergegeben, wie ich es möglicherweise eine Viertelstunde danach, mag sein, eine halbe Stunde danach, sofort niedergeschrieben habe.

Elmecker: Und daraufhin haben Sie dann zum Herrn Präsidenten Demel gesagt: Wenn Sie den Udo Proksch anrufen, dann denken Sie an mich!, und er hat darauf gesagt, er würde darüber nachdenken.

Worm: So ist es korrekt.

Elmecker: Darf ich Sie etwas anderes fragen, und zwar zu den Details dieser Telefongespräche? Sie haben soeben hier gesagt, über Details der Telefongespräche wäre nicht konkret gesprochen oder nicht so im konkreten gesprochen worden. Ich habe die Abschrift des „Morgenjournals“ von einem Interview mit Ihnen, wo Sie im Verlaufe dieses Interviews im „Morgenjournal“ einige Male auf Details dieser Gespräche hinweisen. Und auf die Frage des Reporters: Sie haben — ich darf jetzt zitieren — mehrmals auf ein Detail hingewiesen in dem Telefongespräch, das nur er — gemeint ist also Präsident Demel — wissen konnte, worum handelt es sich dabei?, geben Sie zur Antwort —

ich zitiere —: Ich bitte um Verständnis dafür, ich habe dieses Detail dem Gericht bekanntgegeben, ich werde dieses Detail auch dem Untersuchungsausschuß bekanntgeben, wenn er danach fragt. Ist es das Detail, daß er zu Ihnen gesagt hat, er weiß es konkret, wo Udo Proksch wäre, oder gibt es noch andere Details, die dort besprochen wurden?

Worm: Herr Abgeordneter! Ich darf mir erlauben, darauf hinzuweisen: Was dieses Detail betrifft, von dem Sie eingangs sprachen, habe ich gesagt, daß mir das Detail Oktober 1988 unbekannt war. Ich wußte davon während dieses Gespräches nicht, er hat auch nicht davon gesprochen, daß er im Oktober telefoniert hat. Das meinte ich unter „dieses Detail“. Was die Details betrifft, habe ich Ihnen und schon lange, lange vorher dem Untersuchungsrichter Dr. Tandinger mitgeteilt, um welches Detail es sich handelt. Es handelt sich um das Detail; es ist nicht mehr und nicht weniger gesprochen worden, als hier gesagt wird. Das Detail ist: Es sind 70 Kilo Pläne verschwunden. Ein Detail, das nur ganz wenige Insider kennen, worum es sich hier handelt.

Elmecker: Wenn wir bei diesen Plänen bleiben, so habe ich mir heute vormittag mit notiert, hier hat Präsident Demel gesagt: Hier müßte sich der Herr Ing. Worm verhält haben. Was sagen Sie dazu?

Worm: Grundsätzlich ist ein Verhören immer möglich. Ich höre gut, ich sehe etwas schlecht, mit Brillen sehe ich eher gut. Was dieses Detail betrifft, habe ich mich nicht verhört, denn ich habe nachher nachrecherchiert, was es mit diesen 70 Kilo Plänen auf sich hat. *(Graff: Ich glaube, es war mit Bezug auf Hongkong!)*

Elmecker: Auch mit den 70 Kilo Papieren oder etwas moderat dargestellt, auf alle Fälle ist das jetzt ein bißchen anders gekommen, als es heute vormittag geklungen hat, zumindest für meine Ohren.

Herr Ing. Worm! Hat der Herr Präsident Demel Ihnen gegenüber — mit Ausnahme der Passage, wo er gesagt hat, er würde darüber nachdenken — sonst noch irgendwelche Hilfen angeboten, er würde Ihnen behilflich sein?

Worm: Ich habe nichts notiert. Hilfen des Herrn Präsidenten Demel hätte ich möglicherweise, soweit es sich um Kontakte zu flüchtigen Personen handelt, sicherlich gerne angenommen. Ich wüßte nicht, welche Hilfen mir der Herr Präsident Demel sonst noch hätte geben können. Ich erinnere mich an ein weiteres Detail dieser Art nicht, es ist auch bei mir nicht notiert.

Elmecker: War im Verlauf dieses Gespräches mit Ihnen auch von einer „Sensationsstory“ die Rede, die im Dezember im „profil“ schon ange-

kündigt wurde, wo es einmal nicht um die SPÖ, sondern um die FPÖ ginge?

Worm: Ich höre von diesen Andeutungen, die Sie jetzt machen, zum erstenmal. Sensationsstories hätten mich sicher sehr interessiert.

Elmecker: Es wäre angeblich von einer „Sensationsstory“ die Rede gewesen, eine Riesensache, in der es einmal nicht um die SPÖ, sondern um die Freiheitlichen ginge. Also davon war nicht die Rede? (Fuhrmann: Sie hätten es dem Demel gesagt!) Sie hätten es dem Demel gesagt, ja.

Worm: Ich hätte dem Demel . . . ?

Elmecker: . . . diese Ankündigung oder diese Vorausankündigung gemacht. (Fuhrmann: . . . daß Sie eine Geschichte hätten über die FPÖ!)

Worm: Das stand einmal im „profil“, ja. Aber es ist, wenn Sie mich fragen, diese Geschichte, glaube ich, anderswo erschienen in der Zwischenzeit. Das hat er aus einer anderen Zeitung, aus einem anderen Medium.

Elmecker: Ich darf jetzt einen etwas größeren Sprung machen. Wir haben heute gehört, Sie hätten mit dem Herrn Präsidenten Demel zweimal konkret Kontakt gehabt. Das scheint auch hier in der Aussage vor dem Untersuchungsrichter irgendwo auf. Für mich war etwas verwunderlich, als ich gehört habe, dieses Mittagessen, das Sie mit dem Herrn Präsidenten Demel gemeinsam eingenommen hätten, wäre für eine Ehrenerklärung, oder es hat dort dann eine Ehrenerklärung stattgefunden. Was mich aber interessiert: Dieses Mittagessen oder dieser Termin wäre über die Vermittlung des Herrn Dr. Stern zustande gekommen. Ist das richtig?

Worm: Ich habe mit Herrn Präsidenten Demel niemals ein Mittagessen eingenommen. Niemals! Ich habe den Herrn Präsidenten . . . Ich habe auch heute nicht gesagt, daß ich mit ihm zweimal Kontakt hatte, aber ich habe mit ihm in meinem Leben zweimal Kontakt gehabt. Ich habe vor vielen Jahren — ich könnte jetzt nicht sagen wann — einmal eine kleine Glosse im „profil“ gebracht, wo ich sehr despektierlich vom „Tanzlehrer Demel“ sprach. Ich kann es sogar präzisieren, den Zeitraum eingrenzen. Das war der Zeitraum, als der Herr Präsident Demel noch der Vizepräsident des Landesgerichtes für ZRS war. In dieser Zeit muß es gewesen sein. Und da habe ich im „profil“ über ihn eine sehr despektierliche Glosse geschrieben. Es hat damals ein Abendessen gegeben . . .

Elmecker: Also kein Mittagessen, sondern ein Abendessen.

Worm: Ein Abendessen, ja, wozu Herr Präsident Demel offenbar irgendwie gebeten hat, daß ich komme. Ich bin gerne hingekommen, und wir haben dann über irgend etwas geredet, was ich nicht mehr weiß.

Elmecker: In welchem Zeitraum könnte sich denn das abgespielt haben?

Worm: Jahre.

Elmecker: Jahre?

Worm: Jahre, viele Jahre.

Elmecker: Also die Vermittlung des Herrn Dr. Stern ist nicht in den letzten zwei, drei Jahren gewesen?

Worm: Ich kann Ihnen nicht einmal sagen, Herr Abgeordneter, ob es die Vermittlung des Herrn Rechtsanwaltes Stern war. Ich weiß es nicht. Aber es ist durchaus denkbar. Ich weiß jedenfalls, daß der Herr Rechtsanwalt Stern dabei war. Das war das erste und letzte Mal bis dahin, daß ich den Herrn Präsidenten Demel sah, ich habe dann einmal mit ihm telefoniert.

Elmecker: Der Herr Rechtsanwalt Dr. Stern hatte auch in einem anderen Zusammenhang eine Rolle gespielt. Den Gerichtsakten habe ich ein Protokoll entnommen, aufgenommen am 25. März 1985 um 14 Uhr, ein Protokoll einer Aussage von Ihnen beim Herrn Untersuchungsrichter Wilhelm Tandinger, wo erwähnt wird, daß Sie von einem Rechtsanwalt konkrete Anhaltspunkte mitgeteilt bekommen hätten anlässlich eines Jagdkommandokurses, wo der Kontakt stattgefunden hätte Udo Proksch und Edelmaier. Ich will jetzt nicht ins Detail gehen und das auf den Punkt bringen, sondern ich möchte in diesem Zusammenhang auf einen Aktenvermerk des Herrn Untersuchungsrichters verweisen: Das Protokoll — ich darf hier wieder zitieren — wurde abgefaßt mit Abgeordneten Worm, und er sagte, daß es sich bei dem Rechtsanwalt um Dr. Stern handle. Deswegen habe ich diese Querverbindung hergestellt. Diese Aussage, wo Sie gebeten haben, anonym zu bleiben, weil Sie mit Ihrem Tod rechnen müßten, das ist ja offensichtlich eine Aussage von Ihnen vor dem Untersuchungsrichter vom 25. März. Können Sie uns nähere Details sagen über diese Ihre damaligen Detailkenntnisse?

Worm: Das kann ich Ihnen gerne sagen. Sagen Sie mir bitte noch einmal das Datum!

Elmecker: 25. März 1985, 14 Uhr. — Ich habe aber meine Handvermerke darauf gemacht.

Worm: Ich darf Ihnen dazu sagen: Ich kenne den Gerichtsakt nicht, aber ich weiß, daß es eine Einvernahme vor dem Untersuchungsrichter An-

fang 1985 gab. Ich sage gleich dazu: Der Herr Untersuchungsrichter hat nachher, offenbar aus irgendwelchen Gründen, die ich nicht kenne, den Namen Stern dazugeschrieben. Ich darf dazu bemerken, daß der Herr Rechtsanwalt Stern etwa 90 Jahre oder darüber ist und mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht an einem Jagdkommandokurs teilgenommen hat. Ich darf dazu sagen, daß diese Ergänzung, die offenbar später erfolgt ist, handschriftlich hinzugefügt wurde, ohne daß ich davon wußte. Ich möchte sie hier gleich berichtigen. Sie erkennen aus diesem Aktenvermerk, daß dieser besagte Rechtsanwalt von mir nicht genannt wird. Es ist auch der Name Stern nicht genannt worden. Wohl aber gebe ich zu bedenken, wenn Sie den Inhalt schon nehmen, daß Sie sich den Inhalt dieser Mitteilung an das Gericht noch einmal ansehen.

Elmecker: Aus diesem Grund, Herr Zeuge, ist es mir auch von einem wirklich schwerwiegenden Inhalt vorgekommen, und ich wollte jetzt hier die Aufklärung haben. Sie haben dort ausgesagt, dieser besagte Rechtsanwalt, es wäre also dann nicht Dr. Stern gewesen nach Ihrer Aussage . . . (Zwischenruf Pilz.) Das ist aber im Gerichtsakt, Kollege Pilz. — Der Herr Zeuge kann sich an diese Einvernahme erinnern.

Worm: Ich sage gleich dazu: Der Name Stern stammt sicher nicht von mir, ausgeschlossen. Herr Abgeordneter, Sie können mir glauben, der Name Stern stammt nicht von mir. Der Herr Rechtsanwalt Stern ist meiner Meinung nach zu alt.

Elmecker: Es gibt ja drei Stern, habe ich mir sagen lassen.

Worm: Der junge Stern ist, glaube ich, auch schon weit über das Jagdkommandoalter hinaus. (Zwischenruf Fuhrmann.) Bitte? — Ich weiß es nicht. Diese Schrift stammt bitte nicht von mir und ist auch nicht von mir dazugefügt worden. Ich kann dazu wirklich nichts sagen, außer, daß der Inhalt, daß ich der Abgeordnete Worm damals war, den Tatsachen entspricht; heute bin ich es nicht mehr.

Elmecker: Und die Information, die bei dieser Aussage ist oder hier vorhanden ist, wo es wörtlich heißt: „Für mich bestand aufgrund meiner erhaltenen Information, die ich von Edelmaier bekommen habe, kein Zweifel, daß Edelmaier an der Sprengung der ‚Lucona‘ direkt beteiligt war, nämlich unter Beiziehung des Fallschirmspringers Hans Huber“ — an dieser Aussage halten Sie fest. Sie haben sie von einem Rechtsanwalt bekommen.

Worm: Völlig korrekt. Ein Rechtsanwalt, der mit dem Dr. Stern überhaupt nicht das geringste . . .

Elmecker: Sie können sich jetzt bei der nächsten Frage Ihrer Aussage enthalten, aber ich frage Sie trotzdem: Können Sie uns den Rechtsanwalt sagen, der Ihnen das mitgeteilt hat?

Worm: Ich habe damals gesagt, es ist nicht möglich, weil mich dieser Rechtsanwalt gebeten hat, ich möchte — weil er als Anwalt nicht vor Gericht auftreten kann, weil er sonst seine anwaltliche Verschwiegenheitspflicht verletzen würde —, ich möchte das bitte dem Gericht mitteilen unter Wahrung seiner Anonymität. Ich bitte nur um Verständnis, daß ich einschränke: Der Stern oder die Sterns waren es bitte nicht.

Elmecker: Ja, vorläufig einmal alles.

Obmann Steiner: Danke. Als nächster Dr. Graff zur Geschäftsordnung.

Graff (zur Geschäftsordnung): Wäre es möglich, diesen Aktenvermerk — wobei der Zeuge anzeigen könnte, was man abdecken soll —, die nicht vertraulichen Teile abzulichten? Vor allem für die Gegenüberstellung wäre es den Ausschußmitgliedern vielleicht wertvoll, wenn man den Text in der Hand hätte. Was soll da abgedeckt werden?

Worm: Es steht Demel drauf, also ab Demel . . .

Obmann Steiner: Danke. — Als nächste Frau Dr. Helene Partik-Pablé. (Graff zu Worm: Zeigen Sie bitte dem Beamten, was nicht abgelichtet werden soll!) (Geschicht.)

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge, auch mir ist dieser Aktenvermerk bekannt, und ich wollte Sie auch fragen und frage Sie jetzt: Heißt das, daß Ihnen bereits im Jahr 1985 bekannt war, daß Sprengstoffübungen in Hochfilzen stattgefunden haben, daß Edelmaier in diese Sprengstoffübungen einbezogen war?

Worm: Das war mir bekannt, und ich habe es dem Gericht bekanntgegeben.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie eigentlich: Ist das Gericht Ihren Hinweisen damals nachgegangen?

Worm: Ich weiß, daß — refero: Ich weiß, daß das Gericht den Hinweisen nachgehen wollte, angesichts des Umstandes, daß aber damals der Zustand der VE, Vorerhebung, war, das Gericht an die Beweisanträge der Staatsanwaltschaft gebunden war. Sollten Sie mich jetzt fragen, ob ich weiß, warum die Staatsanwaltschaft der Sache nicht nachgegangen ist, dann habe ich gehört, daß die Staatsanwaltschaft weisungsgebunden an die Oberstaatsanwaltschaft war. Es ist mir persönlich völlig unklar, warum man diesen relativ konkreten Hinweisen erst drei Jahre später nachgegangen

gen ist, weil nach meinen Recherchen der Zivilbedienstete Edelmaier erst im Jahre 1987 das erste Mal und im Jahre 1988 das zweite Mal einvernommen wurde.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, der Untersuchungsrichter hat 1985 gewußt, daß Edelmaier etwas Wesentliches aussagen könnte zu den Sprengstoffübungen und eventuell Überlassung von Sprengstoffen an Proksch, aber es gab keine Anträge der Staatsanwaltschaft. Ist das Ihre Information?

Worm: Ich betone: Der Richter hat es gewußt, dokumentiert durch diese Aussage, die ich dort gemacht habe. Alles andere ist eine journalistische Recherche. Es hat übrigens auch noch eine weitere Person davon gewußt.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie eine Mitteilung auch an die Staatsanwaltschaft gemacht?, frage ich Sie zuerst, bevor ich Sie frage, wer diese dritte Person war, die das noch gewußt hat.

Worm: Ich darf das sagen, es war — ich glaube, Gruppeninspektor war er damals noch — Franz Reitter, mit Doppel-Theodor, der ermittelnde Kriminalbeamte des Landesgendarmeriekommandos Niederösterreich, der dabei war, wie ich diesen Aktenvermerk gemacht habe.

Zur weiteren Frage, Frau Abgeordnete, ob ich die Staatsanwaltschaft informiert habe, möchte ich bitten mir zu erlauben, mich auf die journalistische Verschwiegenheitspflicht zurückzuziehen. Ich bitte zu bedenken, daß der Herr Staatsanwalt — wenn ich mich richtig erinnere, war das damals der Herr Staatsanwalt Mühlbacher — Mühlbacher und der Herr Staatsanwalt Nemeč, daß beide von diesem Aktenvermerk wußten, zumindest der Herr Mühlbacher im Detail. (*Schieder: Waren Sie damals Journalist?*) Ich war damals Journalist, ja.

Helene Partik-Pablé: Können Sie mir sagen, woher Sie wissen, daß die Oberstaatsanwaltschaft keinen Antrag gestellt hat auf Vernehmung des Zeugen Edelmaier, obwohl der Sachverhalt der Sprengstoffübungen und die Sprengstoffüberlassung an Udo Proksch durch Ihren Aktenvermerk bekannt waren?

Worm: Frau Abgeordnete, ich habe die üblichen Recherchen durchgeführt. Ich bitte, mich auf die Verschwiegenheitspflicht zurückziehen zu dürfen. Es war für mich interessant zu ermitteln. Wenn Anfang 1985, zu einem Zeitpunkt, wo dieser Bundesheerbedienstete Edelmaier noch niemandem bekannt war — ausgenommen einigen Beamten der Staatspolizei, die diesen Namen jedoch nicht in den Akt einverleibt haben, und weiters ausgenommen einigen Beamten des Heeresnachrichtendienstes und des Heeresabwehramtes

—, wenn eine ganz konkrete Spur aufgezeigt wird, die wirklich nicht aus der Luft gegriffen war, aus dieser Spur dann nichts wird, war ich als Journalist etwas ungeduldig und habe begonnen, meine Erkundigungen einzuziehen, und erfuhr, daß sich im wesentlichen die Recherchen in der Oberstaatsanwaltschaft spießen.

Das Ergebnis kennen Sie. Auch das habe ich recherchiert, und zwar im Vorjahr, ich glaube, im November, als mir bekannt wurde, daß Johann Edelmaier dieses Geständnis ablegte, demzufolge er an der Sprengstoffbeschaffung maßgeblich beteiligt war.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, haben Ihre Recherchen ergeben, ob auch das Ministerium davon Kenntnis erlangt hat, daß dieser Edelmaier etwas Wesentliches auszusagen hat?

Worm: Frau Doktor, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Eine Frage noch. Sie sind in erster Linie Journalist, warum haben Sie eigentlich darüber nichts geschrieben? Das ist doch eine Story gewesen. Der Schlüssel, die Schlüsselfigur in dieser ganzen Sache, wird jetzt aufgefunden, man kennt denjenigen, der dafür verantwortlich war, daß Sprengstoff an Udo Proksch ausgegeben wurde, und so weiter. Warum haben Sie nichts darüber geschrieben?

Worm: Frau Doktor! In dieser Geschichte wäre es so gewesen, daß Veröffentlichungen zu dieser Zeit — und Sie kennen ja den Akt; 1985 war der Name Edelmaier vollkommen unbekannt meinem Wissensstand nach — mehr zerschlagen hätten, als es der Sache genützt hätte. Es wäre zu berichten gewesen, wie das Ergebnis der richterlichen und staatsanwaltschaftlichen Untersuchungen aussieht. Eine vorzeitige Publikation hätte doch die Betroffenen gewarnt. Ich habe allerdings darüber berichtet, im November 1988, leider drei Jahre später, als Johann Edelmaier sein — Anführungszeichen — „Geständnis“ abgelegt hat. Aber da lag das Beweismaterial schon auf dem Tisch des Gerichtes.

Helene Partik-Pablé: Also unter Umständen hätte man im Jahr 1985 schon viel weiter sein können in dem Strafverfahren gegen Proksch, ist das richtig?

Worm: Frau Doktor! Diese Schlüsse ziehen Sie. Soweit ich weiß, wäre 1985 der Fall Udo Proksch aufgeklärt gewesen, wäre man dieser Spur nachgegangen, denn denken Sie daran, es kam glaublich im April 1988 das Gutachten des Sachverständigen Wimpissinger, demzufolge und unter Berücksichtigung des Gutachtens des Germanischen Lloyd die „Lucona“ einem Sprengstoffattentat zum Opfer gefallen ist. Was zu diesem Zeitpunkt fehlte, war die Beschaffung des

Sprengstoffes. Da lag das Geständnis etwas mehr als ein halbes Jahr später durch Edelmaier vor. Und es ist eigentlich jetzt im Moment nur noch ein einziger Punkt offen in der ganzen Geschichte, und das ist die Art, wie das Schiff gezündet wurde. Hätte man 1985 diese Spur verfolgt, wäre mutmaßlich der Fall 1985 sehr weitgehend aufgeklärt gewesen. Sie haben das richtig festgestellt.

Helene Partik-Pablé: Sie haben deshalb nichts geschrieben, weil mehr oder weniger ein Agreement getroffen worden ist. Habe ich das richtig aufgefaßt? Oder Sie haben sich selbst ein Schweigen verordnet wegen der Sache?

Worm: Frau Doktor! Es gibt in dieser Geschichte „Lucona“ so viele Journalisten, hervorragende Journalisten, die so viel geschrieben haben, denken Sie an die Veröffentlichungen in der „Wochenpresse“, gelegentlich auch im „profil“.

Wir haben damals in der Redaktion sehr lange darüber diskutiert, ob es sinnvoll wäre, das zu veröffentlichen. Es wurde dann eher vermeint, es muß gewisse Punkte geben, wo man nicht unbedingt veröffentlicht.

Ich darf mir erlauben, auch noch zu bemerken: Es ist die Geschichte mit dem Telefonat, mit dem Gespräch Demel im Flugzeug nach Hongkong, erst lange nach einem Zeitpunkt publiziert worden, ab dem schon der Journalist Kindermann von der „Kronen-Zeitung“, der bekannt gute Kontakte zur Justiz hat, das in der „Kronen-Zeitung“ veröffentlicht hat. Es wäre auch nicht sehr sinnvoll gewesen, dieses Gespräch zu publizieren im Vorhinein.

Helene Partik-Pablé: Ich komme wieder zurück auf diese Reise. Wohin sind Sie eigentlich gefahren damals im Jänner, im Dezember, als Sie Demel getroffen haben?

Worm: Die Enddestination meinen Sie.

Helene Partik-Pablé: Ja.

Worm: Bangkok war bitte nur die Zwischenstation, ich bin weitergeflogen nach Hongkong.

Helene Partik-Pablé: Was haben Sie dort vorgehabt?

Worm: Mit Verlaub, Ihre Frage ist schon sehr indiskret, aber, aber . . .

Helene Partik-Pablé: Sie waren dort, um zu recherchieren. Ich möchte . . .

Worm: Ich war dort, um ein Versäumnis nachzuholen, das ich mir selber vorwerfen muß — unter anderem auch, ich habe dort auch weitere Geschichten recherchiert —, um sozusagen einmal an den Ausgangspunkt dieses Geschäftes zurück-

zukehren und mir anzusehen, ob es die Firma North Pacific Trading (NPT), die Sie im Akt haben, ob es diese Firma gibt.

Helene Partik-Pablé: Und gibt es diese Firma?

Worm: Laut Handelsregister gab es diese Firma, rein physisch ist diese Firma nicht vorhanden, denn unter der angegebenen Adresse, die übrigens auch für die Firma Samalco Ltd. und die anderen Firmen, wie Sie sie im Akt haben, gilt, befindet sich eine Firma Sitex (*phonetisch*) unter der Adresse 1911 Kowloon Starhouse (*phonetisch*), das ist am südlichen Ende von Kowloon, am Ende der Starferry (*phonetisch*), gibt es dort eine Textilhandelsfirma, die mit der „Lucona“ überhaupt nichts zu tun hat. Es ist dort ein Name Owen Corrigan (*phonetisch*) völlig unbekannt. Wenn ich das richtig verstanden habe, gibt es dort auch ein Reisebüro oder so etwas Ähnliches, jedenfalls dürften sich die auch mit diversen Freizeitangeboten befassen. Ich habe drei Personen gefragt. Der Eigentümer dieser Firma ist völlig unbekannt!

Helene Partik-Pablé: Gut. Das war die Firma, die die Maschine abnehmen sollte, die Uranerz aufbereitungsmaschine.

Worm: Das war die berühmte Firma, die das Enduser-Zertifikat angeblich erhalten hat, und das ist auch der Hintergrund, was es mit diesen 70 Kilo Plänen auf sich hat.

Helene Partik-Pablé: Das war meine zweite; meine nächste Frage wäre gewesen, Sie haben gesagt, Demel hat Sie konfrontiert mit den 70 Kilo Unterlagen, die angeblich untergegangen sein sollen oder vernichtet worden sein sollen. Und Sie haben gesagt, Sie sind selbst nicht klug daraus geworden. Ich frage Sie jetzt: Sind Sie schon dahintergekommen, was es mit diesen 70 Kilo Plänen auf sich hat? Wo sind die geblieben, und was sind diese Pläne?

Worm: Frau Doktor! Wenn man diesen Gerichtsakt sehr intensiv von der ersten bis zu letzten Zeile durchliest, was ich nicht getan habe, sage ich gleich dazu, gibt es in einer kleinen Fußnote einen Hinweis, daß auf dem Wege von Wien nach Hongkong im Jahre 1977, nein, Verzeihung, 1976 70 Kilo Pläne verschwunden sind. Diese 70 Kilo Pläne habe angeblich Udo Proksch im Handgepäck oder sonst irgendwie nach Hongkong befördert. Und unter diesem Handgepäck, unter diesen 70 Kilo sei angeblich auch gewesen das jetzt so gesuchte Enduser-Zertifikat.

Der Präsident Demel hat so getan, als wüßte ich davon, und ich gebe auch zu, ich habe getan, als weiß ich, wovon er spricht, ich hatte keine Ahnung und mußte erst im nachhinein eruieren, worum es hier geht.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sagen, in welchem Zusammenhang — ich habe Sie nämlich auch nicht gefunden im Gerichtsakt, diese 70 Kilo —, können Sie sagen, in welchem Zusammenhang ist es anlässlich einer Zeugenaussage, Beschuldigtenaussage . . .

Worm: Nein, ich glaube, es ist in einem Nebensatz in der Aussage des Beschuldigten Udo Proksch enthalten. Sie dürfen mich jetzt aber nicht fragen, an welcher Stelle, ich weiß es nicht. Es gibt aber einige „Lucona“-Tüftler, die wissen darüber Bescheid.

Helene Partik-Pablé: Demel hat eindeutig von diesen 70 Kilo gesprochen. Bleiben Sie dabei?

Worm: Demel hat eindeutig . . . Mir sind die 70 Kilo völlig unbekannt. Ich habe vorher nie etwas von diesen 70 Kilo gewußt und weiß es jetzt nur mit Mühe und Not. Ich weiß nur, daß darunter auch das Enduser-Zertifikat sein soll.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Der Herr Demel ist heute konfrontiert worden mit Ihrer Aussage oder Behauptung, Sie hätten gehört, daß Demel gesagt hat: Wir sind dabei, das Enduser-Zertifikat zu finden. Wenn wir es finden, kommt Proksch zurück, und wenn nicht, dann kommt er nicht zurück! Demel bestreitet, daß er gesagt hat: „Wir sind dabei . . .“ Sind Sie sicher, daß Demel gesagt hat „Wir sind dabei . . .“?

Worm: Ich bin mir dessen ganz sicher, ja. Ich habe es auch vorgelesen. Das ist ein Punkt, der mich an und für sich sehr verblüfft hat, weil ich nicht wußte, was er meint mit „wir“. Er sagte wörtlich — ich darf mir noch einmal erlauben, es vorzulesen —: „Wir sind jetzt dabei, dieses EU-Zertifikat aufzubringen. Wenn uns das gelingt, dann werden wir damit die Justiz überraschen, und Udo Proksch kommt zurück. Wenn nicht, wird er nie mehr wieder nach Österreich zurückkehren.“

Helene Partik-Pablé: Haben Sie ihn gefragt, wer das eigentlich ist: „wir“, welche Personengruppe darunter zu verstehen ist?

Worm: Habe ich nicht gefragt.

Helene Partik-Pablé: Sie haben auch heute bei Ihrer Aussage gesagt — ich habe mir eingebildet, Sie haben das besonders hervorgehoben —: Am 25. habe ich ihn angesprochen! Sie haben von Demel gesprochen. Sie haben das eben so betont. Hat es nach diesem 25. noch ein Gespräch mit Demel gegeben?

Worm: Nein.

Helene Partik-Pablé: Das war offensichtlich im Flugzeug, am 25.?

Worm: Ich habe mit Betonung deshalb gesprochen, weil der Herr Vorsitzende mich gefragt hat, ob ich am 23. Dezember gesprochen habe. Und wenn Sie jetzt vielleicht einen Widerspruch bemerken, weil in meinem Aktenvermerk das Datum 26. Dezember drinnensteht, dann bitte ich zu bedenken: Wir sind bereits über die Mitternachtsgrenze hinweggefliegen, und außerdem besteht da, glaube ich, sieben Stunden Zeitunterschied. Weggefliegen bin ich am 25. Dezember 1988, rückgekehrt bin ich am 3. Januar 1989.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie in dieser ganzen Sache „Gespräch mit Demel“ mit anderen Personen der Justiz, der Staatsanwaltschaft gesprochen? Hat es nach Ihrer Rückkehr nach Wien diesbezüglich noch Gespräche mit anderen, Staatsanwälten, Richtern, gegeben?

Worm: Ja, Frau Doktor. Ich habe bereits mitgeteilt, daß ich am 3. Januar zurückgekommen bin. Ich habe sogar schon von Hongkong aus versucht, in Wien anzurufen, was aber, durch die Feiertage und die Zeitdifferenz bedingt, nicht funktioniert hat. Ich habe am Tag meiner Rückkehr, das war der 3., am Vormittag angerufen beim Staatsanwalt Schindler, wobei ich versuchte, dem Staatsanwalt Schindler zu entlocken, ob er mir einen Hinweis geben könnte, was es mit diesen 70 Kilo Plänen, die da verschwunden sind, und mit diesem Enduser-Zertifikat auf sich hat.

Ich weiß nicht, der Staatsanwalt Schindler war offenbar nicht sehr gesprächig, konnte oder wollte mir offenbar nichts sagen. Er hat jedenfalls mich danach befragt, worum es da überhaupt geht und so, und ich habe ihm dann andeutungsweise gesagt, daß ich mit dem Präsidenten Demel dieses Flugabenteuer hatte. Mein Wunsch war — um es kurz zu sagen —: Ich habe eigentlich gehofft, daß mir der Staatsanwalt sagen kann, was es mit diesen 70 Kilo auf sich hat. Mein Wunsch war nicht sehr erfolgreich. Allerdings hat er dem Rest der Darstellung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt und hat mich gebeten, ob ich bereit wäre, das als Zeuge auszusagen. Es gab für mich keinen Grund, das nicht zu tun. Ich bin der Aufforderung sofort nachgekommen. Wann die Aussage war, müssen Sie, bitte, Ihren Gerichtsakten entnehmen. Es war jedenfalls in mittelbarer Nähe zu diesem kurzen Gespräch.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, ob es seitens des Staatsanwaltes Schindler eine Weitermeldung Ihrer Meldung gab?

Worm: Das weiß ich, ja.

Helene Partik-Pablé: An wen hat Schindler das weitergemeldet?

Worm: An wen er weitergemeldet hat, kann ich nicht sagen. Ich nehme an, über die Justizinterna

sind Sie besser informiert. Ich weiß nur, daß nach meiner Aussage — wie lang, weiß ich nicht, aber das können Sie den Medien entnehmen — Dieter Kindermann in der „Kronen-Zeitung“ sofort darüber berichtet hat. Denn Kindermann ist es auch gelungen, aus dem Herrn Demel das herauszuholen, was ich ihn nicht gefragt habe, nämlich daß er mehrmals mit Udo Proksch gesprochen hat. Und da kam eben diese berühmte Passage mit „Hello boy“, das stand in der „Kronen-Zeitung“, das hat er mir allerdings nicht gesagt. Woher Kindermann diese Informationen hat, kann ich nicht sagen, aber Kindermann hat so gute Kontakte in den Justizbereich hinein. Wenn Sie mich fragen, ist das gegangen über die Oberstaatsanwaltschaft. Dann hat es eine kleine Aufregung im Ministerium darüber gegeben. Der Akt wanderte zum Herrn Generalanwalt Dr. Christoph Mayerhofer. Wo er dann geendet hat, weiß ich nicht mehr. Jedenfalls, es stand, wie es sich gehört, in der „Kronen-Zeitung“.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit jemandem gesprochen von der Oberstaatsanwaltschaft, Generalprokurator oder vom Ministerium hinsichtlich dieser Begegnung?

Worm: Ich habe mit der Oberstaatsanwaltschaft nicht gesprochen. Ob mit dem Ministerium, dazu kann ich keine Aussagen machen, weil ich mich jetzt nicht daran erinnere. Ich habe am 10. Januar, glaube ich, ein Interview mit Herrn Generalprokurator Otto Müller geführt. Wenn ich rekonstruieren darf: Es war gerade die Geschichte, die Rolle des Innenministeriums und so weiter aktuell, und ich wollte ein bisschen weitergehen und die Rolle der Justiz recherchieren. Und da habe ich eben den Herrn Generalprokurator dazu interviewt. Ich sage gleich dazu: Er hat dort überall auf seine Verschwiegenheit gepocht. Ich habe ihm die Akten vorgehalten, und er hat dann dazu Stellung genommen, weil ich da „Fehlinterpretationen“ hineingelesen habe und, und, und. Und parlando habe ich dann den Herrn Generalprokurator auch darüber informiert, da gibt es dieses komische Gespräch mit dem Herrn Demel im Flugzeug, und er hat ungläubig den Kopf geschüttelt.

Helene Partik-Pablé: Hat er Ihnen gegenüber irgendeine Erwähnung gemacht, daß er von diesem Telefongespräch etwas weiß?

Worm: Nein. Ich sagte, ich war am Mittwoch, den 10. — es kann auch Mittwoch, der 9., gewesen sein, an einem Mittwoch halt —, beim Herrn Generalprokurator, und da war er sehr erstaunt, daß es zu diesem Gespräch im Flugzeug kam. Herr Dr. Müller hat mich am Samstag darauf, in derselben Woche, privat, zu Hause, angerufen und mir mitgeteilt, er wisse nun, es gab dieses Gespräch, es hätte im Oktober stattgefunden, das sei

anläßlich eines Empfanges gewesen, und er erinnere sich jetzt, das ist dieses Gespräch, tatsächlich hat der Herr Demel darüber bei einem Empfang aus irgendeinem diplomatischen Anlaß darüber berichtet.

Helene Partik-Pablé: Habe ich Sie richtig verstanden: Am 10. Jänner 1989 hat Herr Generalprokurator Dr. Otto F. Müller gesagt, er weiß nichts von einem Gespräch zwischen Demel und Udo Proksch. Einige Tage später hat er Sie zu Hause angerufen und gesagt, er könne sich an das Gespräch erinnern. Ist das richtig?

Worm: Die Worte „ich weiß nichts“ sind nicht expressis verbis gefallen. Er hat ungläubig den Kopf geschüttelt und „Aha!“ gesagt. Er hat mich allerdings am Samstag darauf zu Hause angerufen und mir mitgeteilt, es gab dieses Gespräch, er sei sogar dabeigewesen.

Helene Partik-Pablé: Was war der Anlaß dieses Telefongesprächs des Herrn Generaldirektors Dr. Otto F. Müller am Samstag bei Ihnen zu Hause privat? (Rieder: Es wundert mich überhaupt, daß er Ihre Nummer hat! — Worm: Sie können mich jederzeit anrufen, Herr Doktor!) Was war der Anlaß? Warum hat er Sie angerufen?

Worm: Der Anlaß war möglicherweise meine Tätigkeit als Journalist, das, was ich über die Justiz geschrieben habe. Ich sage gleich dazu: Ich habe in dieser Woche nichts geschrieben, weil ich 40 Grad Fieber hatte und nach dem Gespräch mit Otto F. Müller völlig grippös darniederlag. Ich konnte überhaupt nichts schreiben, außer einer Dokumentation über die Zusammenhänge Justiz, Innenministerium, Oberstaatsanwaltschaft und so weiter.

Im Rahmen dieses Gespräches hat er mir dann mitgeteilt, daß er sich jetzt erinnert, daß es zu einem Gespräch zwischen Demel, ihm und weiteren Personen gekommen sei in irgendeiner Botschaft oder in irgendeinem Zusammenhang. Ich habe dann, wieder erst viele Tage danach, in den Zeitungen gelesen, es sei ein DDR-Empfang gewesen, es sei ein Journalist gekommen und habe mitgeteilt, er hätte Udo Proksch im Prater gesehen. Demel sei dort gestanden und habe mitgeteilt: Der kann nicht dort sein, denn ich habe erst kürzlich mit ihm telefoniert. Der Herr Otto F. Müller sei dabeigestanden, es sei noch ein hoher Beamter des Justizministeriums dabeigestanden und habe gemeint, das solle man dem Minister mitteilen. Das ist irgendwie unterblieben. Noch einmal: Da war ich nicht dabei.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß der Anlaß für dieses Telefongespräch nicht die Story war, die Sie geschrieben haben oder die er glaubte, daß Sie sie schreiben, sondern, um Ihnen mitzuteilen, daß er, der Herr Generalproku-

rator, sich doch noch an dieses Gespräch Demel-Proksch erinnern kann?

Worm: Frau Doktor! Ich möchte gleich dazusagen: Ich habe mir abgewöhnt, in dieser Causa von Eindrücken zu reden. Ich kann das nur so sagen: Es war so! Herr Otto F. Müller wird Ihnen das auch sicherlich bestätigen. In der Geschichte „Lucona“ wundere ich mich über überhaupt nichts mehr. Da ist alles möglich.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Zeuge! Nur noch einmal für das Protokoll und zur Klarstellung: Also dieser Aktenvermerk, von dem wir jetzt Ablichtungen bekommen haben und in dem alles drinnen ist außer der Invektiven gegen den Herrn Dr. Tandinger (Worm: . . . und den Herrn Schindler!), das ist der, den Sie in den Computer unmittelbar nach dem Gespräch auf dem Flug eingetippt haben?

Worm: Das ist der, den ich etwa eine Stunde vor der Landung in Bangkok hineingeschrieben habe, mit allen persönlichen Bemerkungen.

Graff: Er wurde also nicht mehr übertragen, sondern das ist eine Ablichtung vom Ausdruck?

Worm: Nein, das ist der Ausdruck.

Graff: Wir haben eine Ablichtung.

Worm: Sie haben die Ablichtung in der Hand, ja.

Graff: Nun, wenn man sich das Gespräch so anschaut: Hier sagt Demel, nach diesem Aktenvermerk, ganz kategorisch, er sei der einzige, der weiß, wo U. P. sich aufhält. Nicht einmal seinen Anwälten sagt er, wo er ist. — Und dann wird über das Interview gesprochen. Ist das Gespräch mit Demel über das Interview sozusagen auf der Basis: Demel weiß, wo er ist und hat Zugang zu Proksch, erfolgt?

Worm: Herr Doktor! Ich hätte ihn ja sonst nicht gefragt, ob er mir ein Interview beschaffen kann, wenn ich warten müßte, daß der Herr Dr. Demel angerufen wird. Dann können wir, wie wir wissen, oft Monate, wenn nicht Jahre warten.

Graff: Also er hat Ihnen auch nicht gesagt: Passen Sie auf, er ruft mich alle Vierteljahr einmal an, oder er ruft sehr viel an, wenn er das nächste Mal anruft, werde ich ihm das sagen!, sondern er hat das so mit Ihnen besprochen, als ob er eine Möglichkeit hätte — wenn er sich auch nicht sicher war, ob es einen Sinn hat —, das Interview zustande zu bringen?

Worm: Ich gebe zu, ich habe freudigst zugegriffen. Ich war froh, endlich eine authentische Kontaktperson zu haben — die ich gebeten habe, weil er mir selbst zuvor bekundete, er sei der einzige, der weiß, wo er ist —, die mir dieses Interview hätte vermitteln können.

Graff: Also Sie machen hier, nach diesem Aktenvermerk, den Vorschlag: Procedere: Demel stellt Kontakt her und so weiter. Wir zahlen das Ticket. Und Demel sagt dann: Ich werde nachdenken!

Worm: „Ich werde nachdenken“, richtig.

Graff: Es war also nicht so, daß er von vornherein kategorisch gesagt hat: Tut mir leid, überfordern Sie mich nicht, ich kann das nicht, selbst dann, wenn ich wollte!, sondern er hat es als Möglichkeit im Raum stehen lassen, daß er nachdenken wird?

Worm: Ja, eigentlich war es eher für mich eine sehr hoffnungsvolle Möglichkeit. Ich war mir eigentlich sicher, daß das funktioniert.

Graff: Das hat dankenswerterweise Frau Dr. Partik-Pablé schon gesagt.

Die 70-Kilo-Pläne waren Ihnen zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise ein Begriff, konnten Sie also nicht irgendwie in der Erinnerung haben oder irgendwie in das Gespräch später hineingebracht haben, verwechselt haben oder sonstwas?

Worm: Ich wiederhole: Ich selber habe längere Zeit recherchieren müssen, um die Konnexität dieser 70 Kilo zu eruieren. Ich habe mich an sehr versierte „Lucona“-Kenner gewandt, und die sind eigentlich durch die Bank fassungslos gewesen, weil dieses Detail niemandem bekannt war.

Graff: Es war auch die Rede von dem Enduser-Zertifikat. Demel hat gesagt: Wir sind jetzt dabei, das Zertifikat aufzubringen. (Worm: Das ist richtig!) Das gewinnt eine gewisse Plausibilität, da wir ja heute gehört haben, daß der Herr Dr. Demel als Konsulent mit nicht verzichtetem, offengehaltenem Honoraranspruch dem Verteidigungsteam des Herrn Udo Proksch angehört, nämlich in bezug auf seine Sachkunde als Schiffsachverständiger.

Worm: Hut ab!

Graff: In diesem Sinne hat er von „wir“ gesprochen. Das war so eine Art durch gemeinsame Interessen verbundenes „Wir“. Sehe ich das richtig?

Worm: Ich darf dazu sagen: Wenn Sie hinten eine Klammer bemerken, da steht: Frage: Was sind 70 Kilo? Wer bringt sie auf: er oder Udo Proksch oder Amigos? Unter „Amigos“ meine ich irgendwelche Freunde. — Schindler fragen:

Da meinte ich fragen, Staatsanwalt fragen. — Nicht normal: Der Mann hat einen . . .

Graff: . . . telefoniert mit ihm, und die Interpol sucht?

Worm: So ist es!

Graff: Ja, ja. Da haben Sie sich auf dem Aktenvermerk noch einmal notiert, daß Sie über die 70 Kilo, von denen Sie danach offenbar zum ersten Mal gehört haben, weiter informiert werden.

Worm: So ist es.

Graff: 14 Tage in Bangkok. Nach Rückkehr ruft er mich an wegen Termine. — Das kann auch der Termin zwischen Demel und Ihnen sein, muß nicht der Proksch-Termin sein?

Worm: Nein. Ich habe ihn gebeten: Er ist jetzt 14 Tage in Bangkok beziehungsweise in Thailand, und er möge mir nachher wegen des Termins mit Udo Proksch mitteilen, wie er sich entschieden hat, weil da nämlich die Frage im Raum stand: Was hat Proksch davon?, und wir philosophiert haben: Hat er was davon, wenn er mit mir redet, oder hat er nichts davon?

Graff: Knapp vorher sagen Sie: Wenn Sie ihn anrufen, denken Sie an mich! Und er sagt nach dem Aktenvermerk: Ich werde es mir überlegen (Worm: So ist es!), sodas auch die Möglichkeit, daß Demel Proksch anruft, wenn das Gespräch so stattgefunden hat, durchaus bestanden hat.

Worm: Durchaus. Ja. Ich habe gehofft, daß es gelingt, einen Kontakt herzustellen.

Graff: Aus journalistischem Interesse?

Worm: Das sind zwangsläufig andere Interessen als die der Justiz.

Graff: Jetzt zu der Geschichte mit dem zunächst anonym aufgenommenen Protokoll beim Untersuchungsrichter Tandinger am 25. März 1985. Wir haben schon gesagt, unten hat Tandinger dann den Aktenvermerk gemacht. Das Protokoll wurde abgefaßt mit „Worm“, und er sagt, daß es sich bei dem Rechtsanwalt um Stern handle. Das ist unrichtig?

Worm: Das stammt nicht von mir, nein.

Graff: Das stammt von Tandinger. Der Vermerk ist ja unterschrieben. Oder irrt Tandinger?

Worm: Er irrt. Noch einmal: Ich weiß, um welchen Rechtsanwalt es sich handelt.

Graff: Und das muß ein jüngerer sein, der an einem Jagdkommandokurs des Bundesheeres teilnimmt?

Worm: So ist es. (Abg. Schieder: Wie alt wird er sein? 50? . . .) Sie sind ja auch jung, Herr Abgeordneter Schieder, also es wäre in Ihrem Alter durchaus möglich, aber im Alter von Stern nicht mehr.

Graff: Er (auf Schiederweisend) war das mit der Torte, nicht mit dem Jagdkommando. Er hat das verwechselt. (Heiterkeit. — Zwischenruf Schieder.) Entschuldigen Sie bitte, daß ich Sie ein bisserl gefrotzelt habe.

Worm: Dieser Aktenvermerk ist nicht anonym. Der Herr Richter Tandinger weiß, daß es sich bei diesem Aktenvermerk um mich handelte . . .

Graff: Es war ja auch der Herr Reiter dabei.

Worm: Ja, also die Anonymität war aber nicht . . .

Graff: Das war keinerlei Wertung. Tandinger hat protokolliert: „Es erscheint ein Herr“, und dann zum Schluß, nachdem es schon von allen unterschrieben ist, macht er einen Vermerk: „Das Protokoll wurde abgefaßt mit Worm“ und so weiter, sagte das von Stern. „Eine diesbezügliche Protokollierung lehnte Worm ab.“ Darum sagte ich: Es ist zunächst anonym errichtet worden, und dann hat Tandinger sich einen Aktenvermerk . . . (Fuhrmann: . . . das ist doch unfair!) Von Tandinger? Ja, ich bin Ihrer Meinung.

Worm: Tandinger ist ein Richter, der weiß über die Strafprozeßordnung sehr genau Bescheid . . .

Graff: Gerade, wenn man weiß, was mit Gerichtsakten hierzulande stattfindet, ist das schon eine sehr kühne Sache; das gebe ich durchaus zu.

Was die Frau Dr. Pablé hier herausgearbeitet hat in freundschaftlich-freiheitlich verbundener Weise, war offenbar das, daß zu dieser Zeit nur Vorerhebungen gelaufen sind und daher jede Ermittlungshandlung eines Antrages des Staatsanwaltes bedurft hatte.

Worm: Richtig.

Graff: Haben Sie konkrete Anhaltspunkte dafür, daß die Staatsanwaltschaft dieser Fährte hätte nachgehen wollen und von „oben“ gehindert wurde?

Worm: Meinen Informationen nach — noch einmal: ich war nirgendwo dabei —: Nach bestem Wissen und Gewissen wollte, glaube ich, Staatsanwalt Mühlbacher damals der Sache nachgehen.

Graff: Wenn ich jetzt, Frau Doktor Pablé, an Ihrer Stelle gewesen wäre und etwas für den Dr. Ofner tun wollte, hätte ich jetzt gesagt: Als Ofner diese Vorerhebungen angeordnet hat, hat er ausdrücklich dazugesagt, daß über Einzelschritte dem Ministerium nicht vorher berichtet oder vorher angefragt werden mußte. (Zwischenruf Helene Partik-Pablé.) Ja, ich sag's nur. Ich sage es nur, weil ich ein Kollege von Ofner bin, und ich möchte das nicht so im Raum stehen lassen, als ob er an allem schuld wäre.

War es nicht so, Herr Worm — Sie kennen ja die Akten erstaunlicherweise sehr gut, oder schon nicht mehr erstaunlicherweise sehr gut —, daß sich die Oberstaatsanwaltschaft, obwohl das Ministerium gemeint hat, es soll nicht von Schritt zu Schritt vorher gefragt werden, sehr wohl von Ermittlungsschritt zu Ermittlungsschritt eine Berichterstattung und Anfrage vorbehalten hat?

Worm: Ich darf mir erlauben, Herr Abgeordneter, zu bemerken, daß Sie mir da jetzt eine Frage stellen, die ich zwar beantworten könnte, weil ich mir den Akt sehr genau angeschaut habe bezüglich der Vorgänge in der OStA, in der Staatsanwaltschaft und in diversen Staatsanwaltschaften, aber als Zeuge bin ich hier nicht in der Lage zu antworten, weil ich aufgrund des Ihnen bekannten Materials antworten müßte.

Graff: Oberstaatsanwalt war der Herr Dr. Otto F. Müller, damals?

Worm: Stimmt das? Geht sich das noch aus?

Graff: O ja, 1985. Ja. — Sachbearbeiter war Herr Dr. Wasserbauer?

Worm: Das war er sicher; das weiß ich.

Graff: Das ist sicher. Gut.

Sie haben gesagt, daß Staatsanwalt Mühlbacher dazu tendiert habe, da etwas zu unternehmen, weil das ja doch eine ziemlich bombige Mitteilung ist: Da gibt es den Herrn Edelmaier, der an der Sprengung der „Lucona“, so ein Anwalt, beteiligt gewesen sein soll und, und, und . . .

Worm: Der Herr Wolfgang Mühlbacher wollte . . . Jetzt lassen Sie mich bitte etwas abstrakt antworten, denn sonst heißt es, ich verhandle jeden Tag mit irgendwelchen Staatsanwälten. Sie haben wahrscheinlich mit mehr Staatsanwälten zu tun als ich. — Ich weiß, daß Herr Wolfgang Mühlbacher viele Dinge machen wollte, die er nicht machen konnte oder durfte; das weiß ich nicht. Ich kann aus eigener Wahrnehmung nur das mitteilen, was ich nach bestem Wissen und Gewissen recherchiert habe, und das war, daß man sich darüber selbstverständlich Gedanken gemacht hat und dann irgendwo in diesem ganzen Gewirr . . .

Graff: Sie haben sogar gesagt: Es wäre das 1985 schon aufgeklärt gewesen, also nehmen wir an, das ist vielleicht wirklich im nachhinein — im Amerikanischen sagt man „hindsight“, also im nachhinein weiß man alles. Aber wenn der Untersuchungsrichter nicht im Rahmen von Vorerhebungen, sondern im Zuge einer Voruntersuchung frei hätte ermitteln können, dann wäre jedenfalls in Richtung Edelmaier mehr ermittelt worden, um es zurückhaltend auszudrücken.

Worm: Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen sagen: Ich nehme an, das, was der Herr Untersuchungsrichter im Jahre 1987, also drei Jahre später, gemacht hat, und 1988, als dann das Geständnis abgelegt wurde, getan hat, hätte er zu diesem Zeitpunkt gemacht.

Ich darf dazu sagen: Ob die „Lucona“-Affäre aufgeklärt worden wäre — das ist ein Zitat, das stammt von der Abgeordneten Partik-Pablé —, ich habe nur darauf geantwortet: Ich glaube, ja.

Graff: Okay.

Ein anderer Komplex: Ist Ihnen der Name Georg Postl ein Begriff? Sportler kennen ihn.

Worm: Der Georg Postl ist mir ein Begriff, ja.

Graff: Im Zusammenhang mit der Affäre Udo Proksch?

Worm: Der Georg Postl ist mir ein Begriff, ja.

Graff: Gehört der nicht auch zu den Leuten, mit denen Udo Proksch so seine vielfachen Telefonkontakte hatte?

Worm: Ja, ich kann in diesem Fall sogar sagen: Soweit ich mit Georg Postl gesprochen habe, entspricht das den Tatsachen; ich habe nämlich mit ihm gesprochen.

Graff: Und wollte sich der nicht — oder hat es nicht zumindest einen sehr deutlichen Hinweis darauf gegeben? — auf den Weg zu Herrn Udo Proksch begeben im Herbst 1988?

Worm: Es gab einen Hinweis im Herbst 1988 — den haben Sie in der „Arbeiter-Zeitung“ gelesen, dort gab es ihn nämlich —, daß sich Herr Georg Postl auf dem Weg zu Udo Proksch befunden haben soll, um ihm irgendwelche Unterlagen zu geben.

Graff: Ja. Und war da nicht vorbereitet, daß die Polizei dort am Flughafen das irgendwie kontrolliert, überwacht oder Feststellungen trifft?

Worm: Es war nicht nur die Polizei dort, sondern es war auch das „profil“ dort. Aber nachdem das vorher in der „Arbeiter-Zeitung“ stand, ist Herr Georg Postl über einen anderen Flughafen,

nämlich, glaube ich, 500 Meter weiter weg, ins Ausland geflogen.

Graff: Nämlich mit dem Privatflugzeug des Herrn Kuzbari. Stimmt das?

Worm: Das ist aus den beschlagnahmten Unterlagen, die die Wirtschaftspolizei damals beschlagnahmt hatte, ersichtlich.

Graff: Da gibt es auch ein Dienstpaßformular, das beim Udo Proksch gefunden worden ist, vom Herrn Kuzbari . . .

Worm: Es gibt ein Dienstpaßformular . . . Nein, es gibt, glaube ich, sechs Dienstpaßformulare . . .

Graff: Nicht nur das eine, ja.

Worm: Es gab also mehrere Dienstpaßformulare, die in Kopie in den Schreibtischen des Herrn Postl gefunden wurden. Wenn ich ungefragt mir erlauben darf, darauf hinzuweisen: Es fehlt in allen diesen Dienstpaßformularen die Zeile 6, nämlich der Grund, warum dieses Dienstformular hätte ausgefüllt werden sollen, fehlt in allen diesen Anträgen. Das ist das Erstaunlichste, daß nämlich die Begründung, warum der Betreffende den Dienstpaß haben will, in all diesen Fällen nicht ausgefüllt ist.

Graff: Für die Bewilligung wäre Handelsminister Steger zuständig gewesen?

Worm: Dienstpässe sind . . .

Graff: Oder die Befürwortung? — Ich glaube, das Innenministerium stellt's aus. So ist es.

Worm: Nein, zur Befürwortung ist das Handelsministerium . . . Ich darf mir aber die Bemerkung erlauben, es hat der Herr Wirtschaftsminister Graf . . . (Zwischenruf bei der SPÖ.)

Graff: Rechtsanwälte kriegen auch welche? Na, machen S' Witze!

Obmann Steiner: Bitte keine zusätzliche Begierlichkeit in diesem Zusammenhang!

Graff: Ich habe extra müssen Ersatzmitglied vom Außenpolitischen Ausschuß werden, damit ich einen Diplomatenpaß kriege.

Sie meinen also jedenfalls, dieser Fahndungs- oder Ermittlungsversuch am Flughafen ist mißlungen, weil die Sache schon in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist?

Worm: Ich stelle nur fest, daß es in der „Arbeiter-Zeitung“ gestanden ist . . .

Graff: Damit unterliegen Sie ja keinem Redaktionsgeheimnis: Haben Sie einen Verdacht, wer da die „Arbeiter-Zeitung“ informiert haben könnte?

Worm: Das kann ich Ihnen nicht sagen, weil ich nur versucht habe, zu rekonstruieren, wie diese Informationen . . .

Graff: Wer stand in einem „Gelegenheitsverhältnis“? Wer hätte sie informiert haben können?

Worm: Wer die „Arbeiter-Zeitung“ informiert haben hätte können? — Noch einmal: Ich sage ja hier als Zeuge aus, und ich bin zunächst einmal verpflichtet . . . Als Einwand, da Sie mir eine Frage gestellt haben, die ich noch beantworte, nämlich, ob Herr Steger diese Dienstpässe befürwortet hat: Da sage ich ja. Ich sage aber gleich dazu: Es ist einer unter den Dienstpässen, den hat auch Minister Graf befürwortet.

Was diesen Informationsfluß betrifft: Es ist an einem Tag im Oktober 1985, glaublich, eine Information gegangen an die Staatsanwaltschaft Wien, an einem Nachmittag. Diese wurde darüber informiert, daß Georg Postl unterwegs ist mit Informationen an Udo Proksch, nach Manila.

Die Staatsanwaltschaft hat diese Information pflichtgemäß an das Sicherheitsbüro in Wien und an die niederösterreichische Gendarmerie weitergeleitet, weil diese „Zwitterfunktion“: Wiener Flughafen, Bundespolizei und Gendarmerie, gegeben ist. Es deutet vieles darauf hin, daß aus dem Bereich des Wiener Sicherheitsbüros diese Information weitergegangen ist ans Innenministerium und von dort weiter an irgendwelche Journalisten.

Graff: Können Sie uns da konkret ein bisschen mehr sagen?

Worm: Ich nehme an, es hat die zuständige Staatsanwaltschaft in dieser Angelegenheit Recherchen durchgeführt. Ich bitte, den zuständigen Staatsanwalt Robert Schindler darüber zu befragen, weil, soweit ich mitgekriegt habe, ist der sehr böse gewesen, daß diese Informationen in die Öffentlichkeit hinausgingen, nämlich zu einem Zeitpunkt, wo sie hätten geheim bleiben sollen.

Graff: Also in einem bin ich jedenfalls Ihrer Meinung: Ich wundere mich in dieser Sache auch über nichts mehr. — Ich danke vielmals.

Obmann Steiner: Okay.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Pilz. Bitte.

Pilz: Herr Worm, ich habe nur einige sehr kurze Fragen. Die eine ist: Können Sie sich sicher daran erinnern, daß Herr Dr. Demel immer dieses „Wir“ verwendet hat: „Wir“ sind jetzt dabei, Unterlagen

aufzutreiben, „wir“ werden die Justiz überraschen, und so weiter . . .

Worm: Ich bin mir dessen ganz hundertprozentig sicher. Und da ich nicht damit gemeint bin, muß er eine andere Person gemeint haben. Da er nicht im Pluralis majestatis spricht, darf ich wohl annehmen, daß er andere Personen gemeint hat.

Pilz: *Es ist nämlich eines eigenartig: In den ganzen Zeugeneinvernahmen, die wir bis jetzt durchgeführt haben, haben alle Zeugen über ihre persönliche Wahrnehmung in der ersten Person, Einzahl, gesprochen. Sie haben immer gesagt: Ich habe gesehen, ich habe gehört, ich habe das und das getan. Dr. Demel war der einzige, der heute am Vormittag und am frühen Nachmittag bei seiner Zeugeneinvernahme auch immer gesagt hat: „Wir haben“, „wir erfuhren“, und so weiter. Das dürfte also offensichtlich die Sprechweise des Dr. Demel sein, und das dürfte auch die einzige — meines Wissens, nachdem ich mir das durchgeschaut habe — Übereinstimmung sein zwischen dem, was Sie hier im Aktenvermerk vorgelegt haben, und dem, was Dr. Demel heute ausgesagt hat.*

Sagen Sie: Seit wann ist Ihres Wissens Udo Proksch untergetaucht?

Worm: Das weiß ich ziemlich genau, weil ich ihm am Tag vor seinem „Untergang“ sozusagen noch einmal begegnet bin; das ist jetzt ziemlich genau ein Jahr her.

Pilz: *Können Sie das ein bisschen genauer sagen, weil im Jänner war es doch wohl noch nicht . . . (Zwischenruf Schieder: „Untergetaucht“ oder „weggefahren“?)*

Worm: Sie müssen bitte die Frage präzisieren, die Herren Abgeordneten Schieder und Genossen haben mich gefragt: „untergetaucht“ oder „weggefahren“?

Pilz: *Untergetaucht!*

Worm: Untergetaucht, das weiß ich nicht.

Pilz: *Mir geht es um folgendes: Sie haben ja als Journalist immer wieder mit dieser ganzen Causa zu tun gehabt: War erst im Oktober oder November erkennbar, daß Udo Proksch seinen Aufenthaltsort verborgen hält?*

Worm: Spätestens seit den Journalisten-Delegationen, die hinunter eingeladen wurden, ist bekannt, daß er dort Katz und Maus spielt und sich dort versteckt.

Pilz: *Das heißt, es war seit 18. März, denn das war das letzte Mal, daß Herr Jeannée mit ihm, wie er behauptet, in der Nähe von Manila gesprochen hat.*

Worm: Ich kann Ihnen genau sagen, wo der Herr Jeannée mit ihm gesprochen hat. Ich habe die Fotos des Herrn Jeannée genommen, habe im Frühjahr 1988, mit vergrößerten „Kronen-Zeitung“-Fotos, das Zentrum von Manila in Planquadrate eingeteilt. Anhand der Übereinstimmung der Plätze konnten wir rekonstruieren, wo er war, wir konnten sogar die Zeugen auftreiben. Es sind so Kinder auf den Fotos drauf, die dann auch im „Basta“ erschienen sind. Wir konnten ganz genau klären, wo Udo Proksch war. Wir waren sogar mit seinem — wie sage ich es jetzt? — „Arzt“ oder „Wunderheiler“ zusammen, haben mit dem Kaffee getrunken, haben seine Praxis, seine Ordination — oder wie immer Sie das nennen wollen —, ein sehr dubioses Lokal, besucht.

Es ist mit Sicherheit so, daß Udo Proksch auf jenen Plätzen war, die der Herr Jeannée fotografiert hat. Das läßt sich ganz schlüssig nachweisen. Das sind keine Fotomontagen, das sind echte, ganz deutliche Fotos. — Das war mühsam, es war sehr heiß dort.

Pilz: *Was wissen Sie über den Gesundheitszustand des Herrn Proksch zur damaligen Zeit?*

Worm: Dieser Herr Mango hat mir nicht den Eindruck gemacht, als wäre er eine medizinische Kapazität. Wohl aber hat er mir gesagt, daß Udo Proksch sicherlich nicht schwer krank sei. Er hat mir wörtlich mitgeteilt — es war ein Fotograf von mir dabei —, daß Udo Proksch auf die „Magnetisierung“ eines seiner Mitarbeiter besonders gut anspricht. Eine Erklärung, was „Magnetisierung“ ist: Da wird einige Zentimeter über der Körperoberfläche sozusagen die Hand aufgelegt. Es gibt auf den Philippinen Personen, die strahlen „magnetische Kräfte“ aus, sagt man; ich habe es nicht ausprobiert. Eine dieser Personen, ein „Riesenriegel“, ein Foto von ihm ist bei uns im „profil“, ist der Masseur, der Magnetiseur des Udo Proksch gewesen. Und es dürfte sich herausgestellt haben, daß dieser Magnetiseur tatsächlich auf das Bandscheiben-Leiden des Udo Proksch einigen Einfluß gehabt hätte, sodaß er sich nachher erleichtert gefühlt hat.

Die Fotos, die da veröffentlicht wurden, wo Proksch so eingebandelt war mit Manschetten bis hin zum Kopf hinauf, auch auf den Füßen, und mit dem Kreuz in der Hand — Sie kennen alle diese Fotos —, sind mit Sicherheit ein Gag und decken sich nicht mit seiner Krankengeschichte, sagt Reverend Magno.

Pilz: *Und relativ bald nach der „Magnetisierung“ ist der Herr Proksch dann verschwunden?*

Worm: Wenn Sie mich fragen: Udo Proksch war schon vorher verschwunden, denn nach den Recherchen ist Udo Proksch zu den Interviews von „Basta“ und „Kronen-Zeitung“ mit einem

von uns auch aufgetriebenen Fahrzeug, mit einem Leihauto, hingeführt und mit Leibwächtern wieder an einen Ort außerhalb von Manila verfrachtet worden.

Es führen dann Spuren zu einem gewissen Arzt namens Dr. Rocqe, der ist angeblich — was weiß man da unten? — ein Nervenheilarzt, und der ist auch nicht direkt in Manila. Dort wurde Proksch mit Sicherheit auch gesehen. Rocqe wurde von Interpol einvernommen — nein, nicht einvernommen, sondern, ich glaube, befragt — und hat zugegeben, daß er dort mit Proksch gesehen wurde beziehungsweise daß Proksch bei ihm war.

Pilz: Das heißt: Bereits zu diesem Zeitpunkt hat Interpol auch auf den Philippinen sehr intensiv und sehr genau auf einzelne Personen bezogen recherchiert.

Worm: Entschuldigen Sie: Würden Sie die Frage wiederholen?

Pilz: Interpol hat bereits zu diesem Zeitpunkt, also so ab März, April 1988, sehr genau auch auf den Philippinen recherchiert?

Worm: Bitte um Verzeihung; ich habe vorher verstanden: „profil“ hat recherchiert: Interpol hat mit Sicherheit nicht recherchiert! Ich war bei „Interpol Manila“. Ich sage gleich dazu: Ich war auch bei dem Immigration Officer Chief, das ist Miriam Santiago Defensor (*phonetisch*), eine sehr integere Persönlichkeit, die dort versucht, Sauberkeit hineinzubringen. „Interpol Manila“ gehört dort leider zu den korrupten Dienststellen, und Interpol ist in dieser Causa dort nicht sehr aktiv gewesen. Ich muß auch dazusagen: Hut ab vor der „Wiener Interpol“! Was man denen immer nachsagt und was immer geschrieben wird, daß sie nicht genau recherchieren und keine Meldungen hinauslassen: Ich habe ganz exakt verfolgt, wie das lief. Sie haben wirklich Dutzende Interpol-Ansuchen hinausgejagt, und ich habe versucht, ihnen dort unten nachzugehen. Die werden dort in einen Papierkorb geworfen — und pfutsch ist das Ganze! Also „Interpol Manila“ macht dort wirklich nichts, es sei denn, man schmiert, also man zahlt ihnen etwas, dann werden sie vielleicht aktiv.

Pilz: Mußte das den Wiener Behörden bekannt sein, daß die Interpol in Manila eigentlich nichts tut?

Worm: Pragmatisch würde ich sagen: Ja, weil sie es gemerkt haben. Also wenn es gelingt — bis vor kurzem eigentlich noch, ich weiß jetzt nicht, wie lange, da habe ich noch immer mit Mister Magno Kontakt gehalten, Telefonkontakt, ich habe immer so periodisch zweimal im Monat angerufen: War er wieder da?, und so weiter. Das war bis in den Herbst der Fall, dann verliert sich

irgendwo die Spur. Wenn man weiß, daß der Herr Udo Proksch zweimal die Woche, nämlich am Dienstag und am Donnerstag, zum Mister Magno kommt, zu einem bestimmten Zeitpunkt, so braucht man sich nur dort hinzustellen und zu warten und ihn sozusagen aufzufordern: „Kommen Sie mit!“, oder: „Dürfen wir Sie einladen?“ oder so irgend etwas.

Pilz: Das heißt, die österreichischen Behörden hätten genausogut wie Sie zum damaligen Zeitpunkt wissen können, daß es sich da um eine korrupte und möglicherweise unfähige Behörde handelt und daß es zweitens auch Möglichkeiten gibt, mit Proksch Kontakt aufzunehmen?

Worm: Diese Frage kann man nur mit Ja beantworten. — Was die Behörden in Österreich hätten wissen müssen, kann ich nicht sagen, aber wenn Sie sich zum Beispiel den „Inlands-Report“ angeschaut haben, wo Michael Brauner einen Polizisten in Manila dazu bringt, eine Aussage zu machen, die sinngemäß lautet: Da ist viel Geld im Spiel — dann werden wir aktiv! — das haben Sie ja alle im „Inlands-Report“ gesehen —, dann würde ich meinen, daß das die Polizei auch gesehen hat. Nur: Die österreichische Polizei darf dort nicht aktiv werden, die können sich ja dort nicht hinstellen.

Pilz: Das ist mir schon klar.

Es war offensichtlich nicht nur die österreichische Polizei darüber informiert, sondern auch die österreichische Öffentlichkeit, daß Udo Proksch gesucht wird, daß sein Aufenthaltsort in Österreich nicht bekannt ist, daß man versucht, ihn über Interpol zu kriegen und so weiter. Also spätestens ab 17. März war das in der Öffentlichkeit ausreichend bekannt, sodaß jeder, der sich nur halbwegs durchschnittlich für diesen Fall „Lucona“ interessierte, wissen mußte, daß sich Proksch auf der Flucht befindet.

Worm: Also soweit ich meine Bekannten kenne und mich selber: Ich habe es gewußt. Was die Öffentlichkeit sonst gewußt hat, aber da alle Zeitungen darüber geschrieben haben, nehme ich an: Es war so.

Pilz: Wissen Sie, mir geht es einfach darum: Im Parlament hat das das ganze Jahr 1988 eine große Rolle gespielt. Jede Woche war darüber etwas in den Medien, in den Zeitungen, im Fernsehen und so weiter. Sie haben es auch ständig gewußt, Sie haben sich damit beschäftigt, Sie und viele andere haben darüber geschrieben.

Es gibt offensichtlich eine einzige Person, die das Ganze nicht mitbekommen hat, die erst im November draufgekommen ist, daß es sich da offensichtlich um Flucht handelt, und das ist der Dr. Demel. Dieser Dr. Demel behauptet, er hat bis November überhaupt keinen Hinweis darauf gehabt,

er hat nicht feststellen können, daß sich Udo Proksch auf der Flucht befindet. Bis November habe er geglaubt, Proksch werde zurückkommen und Beweise vorlegen.

Wie würden Sie diese Aussage eines ständig mit Proksch, „Lucona“ und so weiter Befassten bezeichnen?

Worm: Ich höre davon zum erstenmal. Ich wäre erstaunt, wenn es so ist.

Pilz: Jetzt noch etwas anderes: Können Sie diesen Teil des Gesprächs mit Generalprokurator Müller schildern, wo er darüber berichtet, daß Herr Dr. Felsenstein sich darüber äußert, wie man den Minister informieren soll und so?

Worm: Ich hörte den Namen Felsenstein erst vor zwei Wochen — da war ich beim Bundesheer —, daß dieser da involviert ist, das habe ich dort erstmals gehört.

Herr Dr. Otto F. Müller teilte mir mit, bei diesem Samstag-Telefonat — es war gegen 14 Uhr, es muß ungefähr, wenn das Datum richtig ist, der 14. Januar gewesen sein —, daß er sich erinnert, es habe vor einigen Wochen ein Empfang stattgefunden in irgendeinem diplomatischen Gremium. Da habe Herr Präsident Demel mitgeteilt, daß er Telefonkontakt mit dem Udo Proksch habe. Der Name Felsenstein fiel mit Sicherheit nicht, denn sonst hätte ich gleich am Montag den Herrn Felsenstein angerufen.

Pilz: Jetzt noch etwas anderes: zu dem gemeinsamen Flug mit Demel. Hat es da einen Zeugen dieses Gesprächs gegeben?

Worm: Ja. Ich saß in Reihe Numero 1, rechts neben mir saß eine Person, die ich bei diesem Flug zum erstenmal gesehen habe. Der Zufall wollte es: Diese Person ist im selben Flugzeug, mit derselben Fluglinie am Rückweg eine Woche später wieder mitgeflogen. Der saß neben mir, rechts neben mir, ich hatte den Sitz 1 A, er ist auf Sitz 1 B gesessen.

Pilz: Das heißt, da war kein Gang dazwischen.

Worm: Nein, rechts neben mir. So wie da (*der Zeuge zeigt den rechts neben ihm stehenden Stuhl*) dieser Sessel. — Dieser Zeuge, den ich nicht kenne — ich weiß seinen Namen, er hat mir seine Visitenkarte gegeben —, ging auch indirekt in eine „profil“-Geschichte ein, weil er über Vermittlung der Stewardess zu mir verwiesen worden war, weil die gesagt hat: Das ist der Herr Worm, der sitzt da vorne. Er ist zu mir nach vorne gekommen und er hat mir eine ganz andere Geschichte, die mit dieser überhaupt nichts zu tun hat, erzählt. Ich habe diesen Zeugen beim Untersuchungsrichter nominiert. Woher weiß ich seine Adresse? — Er hat mir seine Visitenkarte gege-

ben. Ob er einvernommen wurde, was er dort gesagt hat, vermag ich Ihnen nicht zu sagen, aber ich nehme an, die Akten werden Sie beziehungsweise bekommen; ich weiß es nicht. — Ich habe diesen Zeugen jedenfalls nominiert.

Pilz: Dieser Zeuge hat das gesamte Gespräch mitgehört?

Worm: Dieser Zeuge saß neben mir, ob er die Ohren „abgeklappt“ hat, weiß ich nicht. Aber wahrscheinlich hat er nicht einmal gewußt, mit wem ich spreche — das ist durchaus denkbar —, aber er saß die gesamte Zeit rechts neben mir.

Pilz: Ist das Gespräch laut genug geführt worden, sodaß es ein Zeuge hören konnte?

Worm: Im Flugzeug redet man ja nicht so rasend laut. Wir waren gleich weit voneinander entfernt. Demel stand in der Mitte, der Zeuge rechts neben mir. Wir reden über ein Thema — übrigens können Sie sogar rekonstruieren, um welches Thema es sich handelt; das hat mit „Lucona“ überhaupt nichts zu tun. Auf einmal steht ein Herr in Bluejeans vor mir. Ich denke nach: Wer ist das? Man sieht ja nicht jeden Tag einen Gerichtspräsidenten in Bluejeans, sozusagen in Urlaubsadjustierung. Ich spreche ihn an, unterbreche das Gespräch mit diesem einen Herrn, der neben mir saß, und ich rede dann mit ihm. Das Ganze hat höchstens 10 Minuten gedauert.

Pilz: Können Sie den Namen dieses Zeugen sagen?

Worm: Der Name ist bei Gericht aufliegend. Da ich nicht weiß, ob es ihm recht ist, möchte ich ihn hier nicht nennen. Aber Sie werden mit Sicherheit . . .

Pilz: Okay, ich bestehe nicht darauf.

Worm: Aber das Gericht hat den Namen bekommen. Ich weiß aber wirklich nicht, ob er schon einvernommen ist. Ich habe gehört, er sei einvernommen worden. Wann, wo, wie, das weiß ich nicht.

Pilz: Okay. Danke.

Obmann Steiner: Dr. Fuhrmann. Bitte.

Fuhrmann: Herr Worm! Gleich im Anschluß daran jetzt eine Frage: Haben Sie noch einen Mitarbeiter bei diesem Flug mitgehört?

Worm: Nein.

Fuhrmann: Ich frage Sie deshalb, Herr Ingenieur, weil Dr. Demel uns am Vormittag geschildert hat, es sei dann im Zuge oder gegen Ende Ihrer beider Gespräche ein junger Mann herge-

kommen, und den hätten Sie dem Herrn Dr. Demel als Ihren Mitarbeiter vorgestellt.

Worm: Ich darf Ihnen versichern: Mein letzter Flug mit einem Mitarbeiter war nach Manila im Mai 1988, und zwar mit einem Fotografen, beziehungsweise im November 1988 mit dem Herausgeber des „Trend“ nach San Francisco. Ich bin seit diesem Zeitpunkt mit keinem Mitarbeiter geflogen. Das war also ein offensichtlicher Irrtum.

Fuhrmann: Also kann ich das so verstehen, daß Sie das ausschließen?

Worm: Völlig.

Fuhrmann: Also bei diesem Flug haben Sie jedenfalls dem Dr. Demel keinen jungen Mann als Mitarbeiter vorgestellt; da sind Sie sicher.

Worm: Es sei denn, er hat gemeint, der neben mir sitzt, ist einer.

Fuhrmann: Nein, nein, er hat gesagt, es sei jemand hergekommen. Darum habe ich Sie das auch so gefragt.

Worm: Also mit Sicherheit ist kein Mitarbeiter dagebewesen. Auch nicht vorgestellt worden. Es war niemand dort. Das ist auszuschließen.

Fuhrmann: Danke.

Worm: Das können Sie ja leicht überprüfen.

Fuhrmann: Ich frage Sie nur, weil das der Herr Dr. Demel am Vormittag hier gesagt hat.

Worm: Das ist ein echter Irrtum.

Fuhrmann: Um auf dieses eine Protokoll vom 25. März 1985 noch einmal zurückzukommen. Sie haben sich da vorher telefonisch angemeldet beim Dr. Tandinger.

Worm: Ich bitte um Entschuldigung: Ich habe die Frage nicht verstanden.

Fuhrmann: Sie haben sich vorher beim Dr. Tandinger telefonisch angemeldet, zu diesem Aktenvermerk?

Worm: Das ist richtig, unter Bekanntgabe des Themas.

Fuhrmann: Haben Sie gesagt: „Lucona“ oder „Proksch“?

Worm: Nein. Ich habe am Telefon mitgeteilt, daß ich sozusagen nur Postillion bin, daß mir ein Rechtsanwalt das mitteilt, und das möchte ich ihm sagen. Ich habe es vorher telefonisch angemeldet. Er hat einen Termin vereinbart, und er

hat den Herrn Gruppeninspektor Reitter beigezogen.

Fuhrmann: Haben Sie das vorher gewußt, daß er den beiziehen wird? Hat er Ihnen das schon am Telefon gesagt?

Worm: Das weiß ich nicht.

Fuhrmann: Oder waren Sie überrascht, wie Sie gekommen sind und der Herr Gruppeninspektor Reitter sitzt dabei?

Worm: Das weiß ich nicht.

Fuhrmann: Wissen Sie nicht. — Haben Sie ihm schon bei diesem Telefonat, wo Sie ausgemacht haben, daß Sie kommen, gesagt, daß Sie anonym bleiben möchten?

Worm: Das steht im Protokoll drinnen; ja.

Fuhrmann: Wenn Sie jetzt ein Gespräch ausmachen mit jemandem, bei dem Sie Anonymität haben wollen, und dort sitzt ein zweiter dabei: War Ihnen das recht, daß da ein zweiter dabeisitzt?

Worm: Ich darf Ihnen dazu sagen, nachdem ich

...

Fuhrmann: Oder haben Sie den Reitter schon gekannt?

Worm: Nein, ich kannte ihn nicht. Nachdem ich erkannt habe, daß es sich um den Herrn Reitter handelt, und es sich hier offenbar um eine Sache handelt, die für die Exekutive von Interesse ist . . .

Fuhrmann: Hat es Ihnen nichts gemacht . . .

Worm: . . . hat mich das überhaupt nicht gestört.

Fuhrmann: Aus diesem Aktenvermerk geht hervor, daß Sie angeblich dem Dr. Tandinger erklärt hätten, Sie möchten nomine nicht aufscheinen, weil Sie sonst um Ihr Leben fürchten müßten.

Worm: Richtig, ja.

Fuhrmann: Das stimmt?

Worm: Das ist richtig, ja.

Fuhrmann: Umso unverständlicher ist es mir, daß er Ihren Namen hinten mit der Hand dazuschreibt.

Worm: Bitte?

Fuhrmann: Umso unverständlicher ist mir, daß er dann, nachdem Sie offensichtlich weg waren, mit der Hand dann doch Ihren Namen dazuschreibt.

Worm: Ich möchte dazu sagen, daß diese handschriftliche Dazusetzung erst lange, lange nachher erfolgt ist, nachdem das passiert ist. Ich gebe zu, ich war auch ein bißchen betroffen, aber der Herr Tandinger ist ein sehr korrekter Mensch, und die Vorgangsweise wird er möglicherweise in Übereinstimmung mit der Strafprozeßordnung gesetzt haben, die möglicherweise vorsieht, daß solche Vorgangsweisen nicht StPO-konform sind.

Fuhrmann: *Sie sagten, diese handschriftliche Hinzufügung ist erst lange nachher erfolgt. Woher wissen Sie das, Herr Ingenieur?*

Worm: Das kann ich sagen: Weil mich lange Zeit danach, erst im vergangenen Jahr — und zwar ich kann es Ihnen sagen, wann es war, es war im März 1988 — Herr Dr. Gabriel Lansky angerufen und mir Vorwürfe gemacht hat: Was ist denn da? Was hat es denn da mit diesem Edelmaier auf sich? Das ist doch alles ein Holler!, und so weiter.

Da ich ahnen kann, daß Dr. Lansky Akten-Kopien hatte — er hatte dort wirklich große Berge von Akten, zumal ich kurz davor bei ihm war und gesehen habe, er hat Akten —, und er mir dann, wenige Tage danach, diesen Aktenvermerk vorgehalten hat, habe ich mir gedacht, daß das erst im nachhinein dazugeschrieben worden ist.

Fuhrmann: *Gut, das ist ein Schluß von Ihnen. Es hätte ja an sich gleich dazugeschrieben worden sein können, und Lansky hat es erst später bekommen.*

Worm: Das ist auch eine Möglichkeit, ja.

Fuhrmann: *Also gut, dann können wir das nur als Vermutung von Ihnen nehmen, daß das so spät nachher dazugeschrieben wurde.*

Worm: Aber ich darf dazusagen: Ich war nicht dabei, als das geschrieben wurde.

Fuhrmann: *Herr Ingenieur, dann hätte ich noch eine Frage: Nachdem jetzt verifiziert ist, daß Sie wirklich Sorge um Ihr Leben gehabt haben, wenn Ihr Name dabei ins Spiel kommt: Warum eigentlich gerade bei diesem einen Aspekt? Sie haben ja über die Causa „Lucona“, über die Causa „Proksch“ schon vorher im „profil“ Berichte geschrieben.*

Worm: Herr Dr. Fuhrmann, ich darf dazusagen, daß ich in der Tat sehr viel darüber geschrieben habe. Wir haben in dieser Causa eher immer sehr, sehr distanziert geschrieben. Wir haben nie einen „klaren“ Standpunkt gehabt; wir haben immer beide Seiten zu Wort kommen lassen. Es ist bei uns niemals beispielsweise — zumindest in meiner Berichterstattung nicht — das Wort „Mord“ vorgekommen.

Fuhrmann: *Ja, das stimmt.*

Worm: Wir haben bis zuletzt diese Möglichkeit ganz ausgeklammert. Ich gebe zu, daß ich sogar — möglicherweise absurde — Recherchen durchgeführt habe, die in eine ganz andere Richtung gegangen sind.

Die Begründung für diese Sorge ist, daß ich aus den Worten des Rechtsanwaltes, der mir das gesagt hat, entnehmen konnte, daß hier nicht unbedingt gut Kirschen essen ist.

Fuhrmann: *Ich will Ihnen nichts in den Mund legen — bei Ihnen ist ja die Gefahr nicht groß, daß Sie sich etwas in den Mund legen lassen —, aber meinen Sie, daß dieser Informant, dieser Rechtsanwalt, auch schon Bedenken in diese Richtung gehabt hätte?*

Worm: So habe ich das gehört. Ja. Davon gehört, subjektiv so empfunden.

Fuhrmann: *Ja, ja. Denn eine Berufung auf eine anwaltliche Verschwiegenheitspflicht ergibt sich oder ergäbe sich ja nur aus der Tatsache, daß der mit der Angelegenheit Lucona beruflich zu tun gehabt hätte.*

Worm: Herr Doktor, wenn Sie den Aktenvermerk lesen — ich habe ihn nicht . . .

Fuhrmann: *Ich stelle ihn Ihnen gerne zur Verfügung.*

Worm: . . . dann werden Sie — er ist zwar vorher da gelegen, aber ich habe nicht Zeit gehabt, ihn durchzulesen — Sie merken, daß es Hinweise gibt, daß dieser Anwalt mit dieser Causa befaßt war. Ich darf annehmen, nachdem der Öffentlichkeit und sehr vielen Leuten der Name Johann Edelmaier nicht bekannt war, handelt es sich hier wirklich um jemanden, der mit dieser Causa zu tun hatte.

Und wenn Sie da, glaube ich, weiterlesen, dann werden Sie möglicherweise feststellen, daß die hier genannten Personen zu ihm gekommen sind, offenbar um eine rechtsanwaltliche Vertretung ersucht haben und dieser Anwalt möglicherweise versucht hat, denen zu helfen, in irgendeiner Weise. Wie, weiß ich nicht, das hat er mir ja auch nicht gesagt. Jedenfalls dürften ihm ärgste Bedenken gekommen sein, und er hat wirklich unter Mißachtung der — wie sagt man da? (*Fuhrmann: Bruch der Verschwiegenheitspflicht!*) — rechtsanwaltlichen Verschwiegenheitspflicht mich gebeten, ich möge das dem Gericht oder der Justiz mitteilen.

Was habe ich gemacht? — 1985 war die „Lucona“ noch nicht so der große Hammer. Edelmaier wurde erst 1988 der Hammer, als er dann das Geständnis abgelegt hat. Aber ich bin also zum Tan-

dingen gegangen und habe ihm mitgeteilt, ich bin sozusagen der Bote.

Fuhrmann: *Leuchtet vollkommen ein. Nur eine ergänzende Frage: Haben Sie irgendeinen konkreten Hinweis gehabt, daß Ihr Leben gefährdet sein könnte, wenn Sie hier nominell aufscheinen? Oder war das nur eine Vermutung von Ihnen? Das ist ja auch denkbar.*

Worm: Noch einmal: Ich darf dazu sagen: Es war eine Vermutung von mir, und es sind in dieser Geschichte, wie sich ja dann nachher herausstellt, Todesfälle gewesen.

Ich bin kein ängstlicher Typ, aber aus den Worten des Betreffenden . . . Überall, wo Sprengstoff im Spiele ist — denken Sie an die Sprengstoffattentate, die auf den Herrn Guggenbichler verübt wurden . . .

Fuhrmann: *Das ist nicht explodiert. (Graff: Darauf würde ich mich nicht verlassen!)*

Worm: . . . oder verübt worden sein sollen — ist es gescheiter . . .

Fuhrmann: *Von dem einen Attentat her würde ich mich vielleicht nicht so fürchten, von diesem einen, das Sie . . .*

Worm: Es sind alle diese Attentate sehr interessant.

Fuhrmann: *Wenn Sie die Vermutung, die Befürchtung hatten . . .*

Dann habe ich nur noch eine Frage, an Sie, Herr Ingenieur: wegen dieser 70 Kilo. Sie haben uns heute gesagt, Sie haben sich wissend gegeben beim Dr. Demel wegen dieser 70 Kilo Pläne.

Worm: Ja.

Fuhrmann: *Und ist in dem Zusammenhang, weil Sie sich wissend gegeben haben, ein bisschen intensiver über diese 70 Kilo Pläne gesprochen worden, außer daß er gesagt hat, da war dieses Enduser-Zertifikat dabei?*

Worm: Nein, Herr Doktor, es ist nicht mehr hineinzudichten oder hineinzudenken als hier steht. Es war von mir ein Fehler, daß ich . . . Aber ich gebe zu, ich war in der Schnelligkeit so weit, daß ich mir gedacht habe: Alle wissen von den 70 Kilo Plänen, nur ich weiß es nicht.

Fuhrmann: *Daher haben Sie nicht nachgestoßen?*

Worm: Habe ich nicht nachgestoßen, denn das könnte ich ja notfalls hintennach — ich bin auch in Wien sofort zum Pretterebner-Buch gegangen und habe nachgeschaut, nur, dort findet sich das auch nicht drinnen.

Fuhrmann: *Eigentlich schade.*

Worm: Er hat mir das dann aber begründet, das mit dem Enduser-Zertifikat für die Anlage.

Fuhrmann: *Danke schön.*

Obmann Steiner: *Danke.*

Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: *Herr Vorsitzender! Herr Zeuge! Ich gehe ja von der Tatsache aus, daß Sie wirklich mit dieser Maschine geflogen sind und daß Sie Ihren Aktenvermerk mit einer offenbar Canon-Schreibmaschine, die Sie da hier vorgezeigt haben, verfaßt haben.*

Worm: Nein.

Ermacora: *Nein. Oder eine Brothers oder so irgend etwas?*

Worm: Nein, auch nicht. *(Graff: Welche Marke?)* Ich darf sie Ihnen auch wärmstens empfehlen, Herr Abgeordneter. Es ist ein „Z 88“ und ist ein Modell, das es erst seit ungefähr einem halben Jahr gibt. Es ist so groß wie eine Aktentasche, so dick wie ein „Trend“-Magazin und 80 Dekaschwer und jedenfalls für einen Vielreisenden wie Sie sehr zu empfehlen.

Ermacora: *Ja, bitte, also ich nehme an, daß dieses Protokoll auf dieser Maschine geschrieben ist. Ich wollte die Frage stellen . . . Natürlich kann man schwer nachweisen, daß Sie diesen Vermerk schon während Ihrer Flugreise gemacht haben, aber ich nehme an, daß das den Tatsachen entspricht. Wenn Sie hier schreiben, „zufällig am Flug nach Bangkok“, wirklich zufällig, da könnte man natürlich die Frage stellen: Wer war zufällig dort? Waren Sie zufällig dort, daß Sie ihn zufällig getroffen haben? Oder war er zufällig dort an Bord? Haben Sie gewußt, daß Herr Dr. Demel reisen würde?*

Worm: Ich habe überhaupt keine Ahnung gehabt. Nur, es ist mir aufgefallen, Herr Doktor, daß ich die . . . Ich sage es ganz ehrlich, ich habe kurzfristig überlegt, in Bangkok auszusteigen, alle Flüge nach Manila zu observieren und zu warten, wohin der Herr Demel wirklich fliegt. Ich sage es, wie es ist, ja. Woran ist das gescheitert? — Das kann ich Ihnen auch sagen.

Der Demel wäre, wäre er nach Manila weitergeflogen, was ich angenommen habe und möglicherweise noch immer nicht überzeugt bin, daß das Bangkok . . . *(Graff: Das Treffen war in Bangkok?)* Möglicherweise, ich weiß es nicht, ich war nicht dabei. Wäre er weitergeflogen, wäre er in der Zollfreizone innerhalb des Flughafens gewesen. Ich hätte hinausgehen müssen, hätte mir draußen ein Ticket nach Manila kaufen müssen

und wäre dann zurückgekommen, und er wäre längst wieder weitergefliegen. Das heißt, er war drinnen, ich war draußen, und ich hätte ihn aus den Augen verloren. Aus diesem Grund bin ich dort nicht ausgestiegen. Ich hätte gerne weiterverfolgt, wohin er geflogen ist.

Ermacora: Bitte, für mich ist es ja etwas erstaunlich, daß Herr Dr. Demel so redefreudig gewesen ist. Wenn ich jemanden sehe — ich reise ja ziemlich viel —, erzähle ich dem doch nicht alles. Ich erzähle doch nicht alles, was mich hier möglicherweise belasten könnte. Wie erklären Sie sich diese Redefreudigkeit?

Worm: Ich bin nicht in der Lage, das zu erklären. Auch mir ist einiges unverständlich. (*Graff: Er hat etwas an sich! Der Winter hat auch geredet!*) Der Herr Dr. Demel ist nun eben nicht ein Richter wie jeder andere oder viele andere Richter auch, er ist sehr selbstbewußt. Er ist eben nicht so wie viele andere auch. Mit Verlaub, wenn der Herr Dr. Demel gesagt hätte: Ich habe überhaupt nicht mit dem Udo Proksch geredet, dann hätte man im Prinzip nichts Konkretes nachweisen können. Dann hätte ich gesagt, er hat mir erzählt, er hat mit ihm gesprochen, das kann sein oder auch nicht, aber er hat das doch der „Kronen-Zeitung“ erzählt vorher. Er hat dann gesagt, viermal habe er mit ihm gesprochen.

Herr Doktor, das ist ja auch nicht ganz üblich. Ich kann mir nicht erklären, warum er das getan hat, und ich bitte, mich da aus der Interpretation zu entlassen, weil ich es ja nicht weiß, was ihn veranlaßt hat, nachher diese unzähligen Interviews zu geben, was hat ihn veranlaßt, nachher sozusagen seitenweise Porträts schreiben zu lassen. Ich habe das Gefühl, er ist eher jemand, der, wann er negativ vorkommt, beruhigter ist, als wenn er überhaupt nicht vorkäme.

Ermacora: Wenn ich das Protokoll, das hier von Herrn Mag. Tandinger aufgenommen wurde, vor mir sehe — auf der Seite 2 werden Sie zitiert: „Wörtlich sagte der Anwalt zu mir . . .“ — das sind offenbar Sie gewesen —, so sieht man, daß Sie offenbar ein sehr gutes Gedächtnis haben, daß aber das Protokoll nicht ganz gehörig abgefaßt ist, weil hier ein Ausführungszeichen fehlt.

Man weiß also nicht, wo Sie geendet haben. Haben Sie bei der Erklärung „unter Beiziehung des Fallschirmspringers Hans Huber“ oder haben Sie, da das Anführungszeichen hier fehlt, nach dem Wort „ein Foto“ oder haben Sie nach „ist Sprengsachverständiger“ geendet? Was haben Sie dort diesem Richter erklärt?

Worm: Herr Doktor, ich darf dazu sagen, das ist aus dem Jahre 1985, ich sage gleich dazu, nach „Fallschirmspringer Hans Huber“ gehört das Ausführungszeichen Ende.

Ermacora: Jawohl.

Worm: Die Ermittlung. Mir sagte der Name Edelmaier überhaupt nichts. Wir mußten selber erst recherchieren, wo der ist.

Ermacora: Warum haben Sie das wörtlich so genau gewußt? Haben Sie auch einen Ihrer jetzt schon vielleicht gefürchteten Vermerke gemacht, um das so zu zitieren?

Worm: Herr Abgeordneter! Ich mache grundsätzlich über alles irgendwelche Vermerke. Wenn man sich etwas niederschreibt, braucht man es sich nicht zu merken. Der Anwalt ist wenige Tage zuvor mit mir zusammengetroffen. Das war also ganz taufirsch. Ich habe natürlich auch darüber einen Aktenvermerk gemacht, dessen Inhalt ich dem Richter verbal vorgetragen habe.

Ermacora: Jawohl. — Danke vielmals.

Worm: Ich darf mir nur erlauben, irgendwer muß ja diese Stricherln und diese ganzen Hinweise alle gemacht haben. Das heißt, im Justizapparat muß ja irgendwer den Namen Edelmaier unterstrichen mit Ausrufungszeichen und weiß Gott was alles versehen haben. Irgendwer muß das also in der Tat bearbeitet haben. (*Graff: Bei uns ist das nicht unterstrichen! Das ist erst im Ausschuß geschehen auf der Fotokopie! Wir haben einen „Unterstreicher“.* — *Schieder: Das hat sich die ÖVP unterstrichen. Das ist nicht die Originalkopie, das ist eine Kopie der von der ÖVP bearbeiteten Kopie!*) Ach so.

Obmann Steiner: Als nächster zu Wort gemeldet ist Dr. Rieder. Bitte.

Rieder: Herr Ingenieur Worm, zuerst zu der Einnahme beim Untersuchungsrichter am 25. März 1985. Nur zur Sicherheit: Sie schließen aus, daß der Rechtsanwalt, der Sie informiert hat, der Rechtsanwalt Dr. Masser gewesen ist?

Worm: Ich darf Ihnen dazu sagen: Ich habe diese Information vor dem Rechtsanwalt Dr. Masser ausdrücklich verheimlicht. Er hat davon erst lange, lange Zeit danach erfahren. Ich schließe nicht nur aus, daß es Rechtsanwalt Dr. Masser war, sondern ich kann Ihnen versichern, der konnte davon überhaupt nichts wissen.

Rieder: Sie haben das jetzt so betont, daß Sie das verheimlicht haben. Mir ist das nicht ganz klar, können Sie das erläutern?

Worm: Ich habe nicht alles dem Rechtsanwalt Dr. Masser mitgeteilt. Ich darf Ihnen dazu sagen, der Rechtsanwalt Dr. Masser hat keine Ahnung gehabt von diesem Flug mit Demel, das haben nur der Richter und der Staatsanwalt gewußt. Dr. Masser hat davon überhaupt nichts gewußt.

Rieder: Herr Ingenieur, ich habe zum 25. März 1985 gefragt.

Worm: Na, schauen Sie, es weiß doch jeder, daß die Anwaltskanzlei Masser-Klingsbigl die Kanzlei des „profils“ ist, also seit zehn oder noch mehr Jahren ist diese Anwaltskanzlei auch rechtsfreundlich für uns tätig. Es gibt halt gewisse Themen, bei denen sehe ich es nicht als unbedingt notwendig an, daß ich sie mit einem Anwalt bespreche, der in dieser Causa eine andere Mandantschaft hat, nämlich die Bundesländer-Versicherung. Diese Information hatte zu diesem Zeitpunkt nur der Untersuchungsrichter, der Reitter . . .

Rieder: Die Schriftführerin.

Worm: Ja, die war wahrscheinlich dabei, denn er hat irgend jemandem diktiert, und es ist anzunehmen, auch der Staatsanwalt.

Rieder: Und Sie haben auch die Information nicht vom Gruppeninspektor Mayer?

Worm: Den kannte ich überhaupt nicht seinerzeit.

Rieder: Wie Sie jetzt zum Untersuchungsrichter gekommen sind und ihn über dieses Faktum informiert haben, welchen Eindruck haben Sie gehabt? Höchstes Interesse oder Gleichgültigkeit?

Worm: Vom Richter?

Rieder: Richter Tandinger.

Worm: Ich habe den Richter Tandinger ein paarmal im Fernsehen gesehen, und ich war zweimal bei einer Einvernahme bei ihm, nein dreimal in dieser Causa; möglicherweise auch in einer anderen. Das ist nicht einer, der jauchzend irgend etwas von sich gibt, sondern ich habe das Gefühl, er ist ein introvertierter Mensch, der Gefühle nicht zeigt.

Rieder: Und aus der Art und Weise, wie er Sie befragt hat, welchen Schluß haben Sie daraus gezogen?

Worm: Wie der Richter Tandinger mich vor vier Jahren befragt hat?

Rieder: Ja. Sie können es sich ja anschauen, wenn Sie wollen.

Worm: Ich habe es hier. Das ist das Protokoll vom 25. März? Ist das richtig?

Rieder: Ja, ja.

Worm: Ich kann Ihre Frage nicht beantworten. Ich weiß es ganz einfach nicht mehr.

Rieder: Ich habe nämlich den Eindruck gewonnen, wie ich das gelesen habe, daß sich das Protokoll lediglich erschöpft in dem Festhalten, was Sie kurz sagen, daß es aber keine eigentlich zu erwartenden Nachfragen und Detailfragen gibt.

Worm: Das, was ich zu sagen hatte, habe ich dort gesagt. Ich habe dort den Namen Edelmaier genannt, ich habe dann noch dazugesagt, wo der zu finden ist.

Rieder: Das ist nicht im Protokoll, nicht?

Worm: O ja, doch, auf Seite 2: Truppenübungsplatz Hochfilzen.

Rieder: Ach so, das meinen Sie.

Worm: Mehr hatte ich nicht zu sagen, weil nicht mehr zu sagen war.

Rieder: Ich habe nur deswegen gefragt, weil Sie ja gesagt haben, wenn ich Sie richtig verstanden habe, Sie haben den Eindruck gehabt, der Untersuchungsrichter hätte, wenn er können hätte, war aber nicht in der Lage, weil Vorerhebungen. Und Sie haben auch den Eindruck, der Staatsanwalt hätte, wenn er können hätte, und es lag an der Oberstaatsanwaltschaft. Bleiben Sie bei dieser Darstellung?

Worm: Herr Doktor, ich habe noch dazugesagt, ich referiere jetzt mit den Recherchen, die ich durchgeführt habe, und das deckt sich mit dem, was ich . . .

Rieder: Ja.

Worm: Daß sie wollten, das haben sie ja dann drei Jahre später nachgewiesen, sie haben es ja dann getan.

Rieder: Herr Ing. Worm, waren Sie auch der anonyme Anrufer beim Staatsanwalt Mühlbacher einige Tage vorher?

Worm: Der „anonyme Anrufer“? — Ich pflege mich grundsätzlich mit meinem Namen zu melden. Ergo kann ich als anonym . . .

Rieder: Dann präzisiere ich: der anonym festgehaltene Anrufer.

Worm: Da kenne ich den anonymen Aktenvermerk nicht.

Rieder: Aber Sie können doch die Frage beantworten, ob Sie den Staatsanwalt Mühlbacher einige Tage vorher in diese Sache angerufen haben.

Worm: Ich habe auf diese Frage bereits geantwortet. Ich möchte Sie bitten, Herr Doktor, daß Sie respektieren, daß es eine redaktionelle Verschwiegenheit gibt. Ich habe vorher . . .

Rieder: *Na ja, die redaktionelle Verschwiegenheit, Herr Ing. Worm, bezieht sich auf Ihren Informanten, aber nicht auf Ihre Informationen gegenüber der Justiz. Ich stelle daher die Frage noch einmal.*

Worm: Ich bitte um Verständnis, daß ich dabei bleibe. Ich kann Ihnen nicht mitteilen, welchen Personen ich diese Information gegeben habe. Auch das unterliegt nach § 31 Mediengesetz der redaktionellen Verschwiegenheit. Bitte wirklich um Verständnis, es ist ja . . .

Rieder: *Herr Vorsitzender! Ich will jetzt nicht herumreiten auf dieser Frage. Ich stelle nur fest, daß sich nach dem Mediengesetz das Redaktionsgeheimnis nur auf jene Tatsachen beschränkt, die der Veröffentlichung dienen, aber nicht auf Informationen, die den Justizbehörden zugeführt werden.*

Worm: Herr Doktor, Sie sind ein exquisiter Jurist, ich bitte Sie wirklich . . .

Rieder: *Ich kann nichts dafür. (Heiterkeit.)*

Worm: Das sind Sie wohl. Ich bitte Sie um Verständnis, daß ich Ihnen nicht sagen kann — davon abgesehen, daß ich nicht genau weiß, wo Sie jetzt hinwollen. Offenbar wollen Sie . . .

Rieder: *Es gibt einen Aktenvermerk im Tagebuch.*

Worm: Einen Aktenvermerk?

Rieder: *Jawohl. Es gibt einen Aktenvermerk des Staatsanwaltes im Tagebuch.*

Worm: Ich kenne ihn nicht. Ich darf mich hier etwas . . .

Rieder: *Ich dränge nicht weiter.*

Worm: Herr Doktor, wenn Sie im Protokoll nachlesen . . .

Rieder: *Ich stelle fest, daß Sie dazu keine Aussagen machen.*

Worm: Ich bitte um Verständnis, daß ich das nicht sagen kann.

Rieder: *Ich habe jetzt noch eine Bemerkung. Sie haben gemeint . . .*

Obmann Steiner: *Zur Geschäftsordnung.*

Pilz (zur Geschäftsordnung): *Ich möchte noch einmal auf eine Vereinbarung hinweisen: Wenn einem Zeugen etwas vorgehalten wird, soll es ihm auch vorgelegt werden. Ich bitte, Herr Kollege Dr. Rieder, auf diesen Usus auch zurückzukommen.*

Obmann Steiner: *Bitte, Herr Dr. Rieder.*

Rieder: *Also noch einmal, ich dränge nicht darauf, aber es gibt hier einen Aktenvermerk vom 18. 3. 1985 im Tagebuch des Staatsanwaltes Mühlbacher, bevor der Besuch beim Untersuchungsrichter war: Ein anonymer Anrufer gibt bekannt, daß das gegenständliche Schiff ein Hauptmann Herr Edelmaier und ein Hans Huber — so wie beim Untersuchungsrichter der gleiche Inhalt — zur Explosion gebracht haben sollen.*

Aber mich interessiert jetzt nicht der Kommunikationsfluß zwischen „profil“ und Justiz, sondern mich interessiert, weil Sie das gewissermaßen aus Ihren Recherchen her abgeleitet haben, folgendes: Entgegen dem, was man eigentlich annehmen müßte aus Ihrer Feststellung, daß der Untersuchungsrichter sofort den Staatsanwalt einschaltet oder beziehungsweise der Staatsanwalt aufgrund dieser Information sofort den Oberstaatsanwalt einschaltet und die entsprechenden Anträge stellt, geschieht gar nichts. Es geschieht ganz etwas anderes. Der Untersuchungsrichter bereitet einen Beschluß für die Ratskammer vor, wo die Einleitung der Voruntersuchung begründet wird. Kennen Sie diesen Beschluß . . .?

Worm: Nein.

Rieder: *. . ., der dann nie zustande gekommen ist, sondern wo es beim Entwurf des Untersuchungsrichters geblieben ist. Aber er ist bekannt, weil er in der „Wochenpresse“ ja aus dem Akt veröffentlicht wurde, weil der Untersuchungsrichter diesen Entwurf dem Akt beigefügt hat, obwohl er nie zum Beschluß erhoben worden ist.*

Worm: Ich bitte um Verständnis. Vielleicht kenne ich ihn sogar.

Rieder: *Spielt keine Rolle. Nur in dem Beschluß des Untersuchungsrichters findet sich nicht der geringste Hinweis auf Ihren Hinweis Edelmaier, und der Staatsanwalt hat überhaupt nicht, also ich habe das jetzt in der Zwischenzeit verfolgt, nie diese Notiz, diesen Hinweis zum Anlaß genommen, den Oberstaatsanwalt oder die Oberstaatsanwaltschaft zu befassen. Worauf führen Sie dann wirklich im Hinblick auf diese Feststellungen Ihre Behauptung zurück? Recherche ist gut, aber wie seriös war dann die Recherche?*

Worm: Die Vorhaltungen, die Sie mir jetzt machen, bedeuten, Herr Doktor, daß der Staatsanwalt darüber Bescheid wußte.

Rieder: *Es hat der Untersuchungsrichter weder zum Anlaß genommen, die Sache der Staatsanwaltschaft vorzulegen noch in seinen Beschluß aufzunehmen, noch hat der Staatsanwalt an sich die Sache jemals zu einer Maßnahme aus eigenem ge-*

nommen oder sich an die Oberstaatsanwaltschaft in der Sache gewandt.

Worm: Richtig. Nach meinem Wissen — ich sage noch einmal: nach meinem Wissen — durfte der Untersuchungsrichter nicht tätig werden, weil VE war, und der Staatsanwalt — wer war das . . .

Rieder: Mühlbacher. Haben Sie genannt.

Worm: . . . Mühlbacher hat es immerhin der Mühe wert gefunden, irgendwo zu notieren in einem Amtsdokument . . .

Rieder: Ja, seinen Anruf, nicht die Information des Untersuchungsrichters. (Helene Partik-Pablé: Der Akt ist ja hin- und hergegangen!) Ja, aber festgehalten ist ein anonymes Anruf und nicht die Verständigung des Untersuchungsrichters.

Worm: Ich darf Ihnen dazu versichern, daß anonyme Anrufe in der Staatsanwaltschaft des öfteren unter „anonym“ geführt werden, obwohl der Anrufer . . .

Rieder: Nur der Gleichklang ist halt auffallend, nicht? Zwei Tage später beim Untersuchungsrichter.

Worm: Ja, Herr Doktor, noch einmal, ich habe dazu keine Aussage gemacht, und ich bitte um Verständnis . . .

Rieder: Ich respektiere das.

Worm: Was Sie sich dabei denken, wird möglicherweise nicht falsch sein, aber ich bitte um Verständnis.

Rieder: Ich respektiere das. (Fuhrmann: Wir respektieren es, aber durch das Redaktionsgeheimnis ist das nicht gedeckt! Aber wir respektieren es!) Ist es nicht gedeckt, nein. (Worm: Wäre eine interessante Rechtsfrage!)

Ich habe eine ganz andere Frage: Herr Ingenieur Worm, was wissen Sie über den Aufenthalt von Peter Daimler?

Worm: Sie wissen wahrscheinlich mehr als ich, aber das letztmal . . .

Rieder: Wie kommen Sie auf die Idee?

Worm: Weil Sie einer der bestinformierten Leute in der Justiz sind.

Rieder: Jetzt kommen die wirklichen „Enthüllungen“. (Heiterkeit.)

Worm: Nicht umsonst sind Sie auch als Innenminister kolportiert worden, was doch ein gewisses Maß an . . .

Rieder: Irgendwie kommen Sie vom Thema weg, glaube ich.

Worm: Noch einmal, die letzte Spur, die wir gehört haben, ist, daß er in München gesehen wurde. Er besäße dort angeblich eine Schwester. Noch einmal: Ich war nicht dabei! Allerdings gibt es seit gestern eine Spur, die besagt, daß er eine ungefähre tausendseitige Erwiderung auf die Anklageschrift verfaßt haben soll, die ein Rechtsanwalt in Kiel einbringen will. Ich habe nur gesagt: Hut ab!, weil es kommt reichlich spät, die Anklage ist, glaube ich, schon seit einem Jahr in Rechtskraft, also dieser Schriftsatz zur Anklageschrift kommt ein bisschen spät. Das ist alles, was ich dazu sagen kann.

Ich sage gleich, es gibt über den Daimler erstaunlicherweise weniger Spuren als über den weitaus entfernteren Proksch.

Rieder: Führen Sie das nicht darauf zurück, daß es hier ein unterschiedliches Interesse in der Verfolgung der Spuren gibt?

Worm: Ein unterschiedliches Interesse? Ich persönlich habe mehrere Male bei Renate Daimler angerufen und gebeten, ob man da irgendwie . . . erfolglos, und ich schließe nicht aus, daß es das ist . . .

Rieder: Ich sage Ihnen nur gleich, Herr Ingenieur, ich kann Ihnen keine Adressen oder sonst etwas anbieten. Aber folgende Frage habe ich: Sie haben gemeint, Sie vermuten den Herrn Proksch in Manila, und es hat Sie in Wirklichkeit fast gejuckt, so habe ich das verstanden, dem Herrn Demel doch auf den Spuren zu bleiben, nur wäre das nicht möglich gewesen. Ist das richtig?

Worm: Ja.

Rieder: Wäre es nicht doch möglich gewesen, wenn noch ein zweiter im Flugzeug gewesen wäre?

Worm: Was heißt das?

Rieder: Jemand, den man zwar nicht als Mitarbeiter bezeichnen kann, aber der doch in einem gemeinsamen Interesse der Sache folgt.

Worm: Nein, völlig ausgeschlossen.

Rieder: Schließen Sie aus? Sie haben zuerst erwähnt, man könnte das überprüfen, wenn es ein Mitarbeiter gewesen wäre. Wie haben Sie das gemeint?

Worm: Besorgen Sie sich die Fluglisten, da stehen ja die Namen drinnen. Da werden Sie feststellen, daß es da keinen . . .

Rieder: Es muß ja kein „profil“-Mitarbeiter sein.

Worm: Also ich versichere Ihnen, Herr Doktor, es ist kein Mitarbeiter irgendeiner Art da dabei gewesen. Es ist . . .

Rieder: *Der in keinem wie immer gearteten persönlichen oder sonstigen Verhältnis zu Ihnen gestanden ist. Kann ich das so allgemein umschreiben?*

Worm: Herr Doktor, ich kenne auf dem Flug natürlich einige Leute, aber glauben Sie mir, diese Information des Herrn Dr. Demel, wonach irgendein Mitarbeiter . . .

Rieder: *Ich verhafte nicht auf dem Begriff Mitarbeiter. Ich habe ja eine weitere Umschreibung gemeint. (Graff: „Verhafte“?) Ich beharre nicht auf dem Begriff.*

Worm: Ich bitte wirklich, hier sagen zu dürfen, es gibt hier überhaupt . . . das ist eine Fehlinformation des Herrn Rechtsanwaltes Dr. Demel, ah, des Herrn Präsidenten Dr. Demel, entschuldigen Sie bitte vielmals!

Rieder: *Es ist nur auffallend, weil dieses Detail an sich ja keine entscheidende Rolle spielt, aber doch sehr dezidiert hier deponiert wurde.*

Worm: Ich darf Ihnen sagen, um was es sich für eine Verwechslung handelt. Ich wollte den Namen nicht sagen. Noch einmal, ich kenne . . . (Elmecker: *Sie haben es ja ausgeteilt!*) Ich habe gebeten, daß man genau das wegschneidet, aber . . . (Elmecker: *Die Aussage vorm Untersuchungsrichter ist auch dabei!*) So ist es richtig, ja! (Schieder: *Wir wußten den Namen bereits alle!*) Ach so, entschuldigen Sie bitte vielmals, das weiß ich eben nicht.

Rieder: *Können Sie uns noch schildern, weil mir das auch jetzt noch nicht ganz klar ist, wie dieses Gespräch, jetzt nicht inhaltlich, da haben Sie Ihren Aktenvermerk, aber wie das äußerlich abgelaufen ist? Wie hat sich das abgespielt?*

Worm: Der Herr Dr. Demel wollte, nehme ich an, aufs Klo gehen, hat vorne gewartet, Sie wissen eh, nach 10 Stunden, Sie kennen eh diesen berühmten Nachtflugeffekt, da wachen alle irgendwann einmal auf, und es staut sich halt, und ich habe . . .

Rieder: *Sowohl als auch.*

Worm: „Sowohl als auch“, und ich saß, ich unterhielt mich gerade mit dem bewußten Herrn.

Rieder: *Ist er die ganze Zeit auf dem ganzen Flug neben Ihnen gesessen?*

Worm: Nein, der ist, glaube ich, in der Reihe Numero 7 oder 6 oder so irgendwo da hinten gesessen.

Rieder: *Der Platz war zufällig frei oder überhaupt frei?*

Worm: Der Platz war zufällig frei und . . .

Rieder: *Kurzfristig oder die ganze Zeit?*

Worm: Der war damals Stunden frei, ja. Also ich bin so quer drüber gelegen, und die Stewardess hat uns da zusammengebracht. Die Stewardess hat offenbar dem Herrn mitgeteilt, der ist da . . .

Rieder: *Der wollte etwas von Ihnen, nicht?*

Worm: Er wollte etwas von mir. Und der Herr Demel steht vor mir, ich sitze da, er steht vor mir, ich denke kurz nach: Wer ist das?, spreche ihn an: Guten Morgen, Herr Präsident!, oder so irgend etwas, und er hat offenbar nicht gewußt, wer ich bin. Ich habe mich vorgestellt: Alfred Worm vom „profil“, und so kam es zu diesem Gespräch.

Rieder: *Und wie war das? Er hat sich zu Ihnen gesetzt?*

Worm: Nein, er ist gestanden, neben mir ist ja der eine Herr gesessen.

Rieder: *Er lehnte sich zu Ihnen runter, oder wie? Er lehnte sich zu Ihnen runter, oder wie? Ich meine, das ist ja ein Höhenunterschied?*

Worm: Er ist gestanden.

Rieder: *Und Sie sind gesessen?*

Worm: Ich bin gesessen, Sie wissen eh, wie es im Flugzeug ist, wenn es so eng ist oben, da können Sie ja nicht stehen. (Graff: *1. Klasse ist ja nicht so eng! Oder war es nicht 1. Klasse?*) Erstens einmal bin ich nicht . . . Die Lauda Air hat keine 1. Klasse.

Rieder: *Economy?*

Worm: Business class oder irgend etwas, ich weiß es nicht. Ich bin gesessen, und er ist gestanden.

Rieder: *Und das ist so ein paar Minuten gegangen, und dann war die . . .*

Worm: 10 Minuten oder eine Viertelstunde, nehme ich an.

Rieder: *Doch so lange das Gespräch? Eine Viertelstunde?*

Worm: Ja, den Zeitpunkt habe ich nicht notiert.

Rieder: Ich meine, ungefähr eingeschätzt?

Worm: Ich würde sagen, eine Viertelstunde, höchstens 10 Minuten, Sie kennen das ja eh, wie das in der Früh ist. Er hat die nächste Gelegenheit ergriffen, sich in das „Kabäuschen“ zurückzuziehen.

Rieder: Und der junge Mann oder der, der da neben Ihnen gesessen ist, der hat das alles mitgehört, oder wie?

Worm: Das weiß ich nicht. Er ist neben mir gesessen und hat mit mir nachher weitergeredet.

Rieder: Aber Sie haben gesagt, er ist Zeuge des Gespräches gewesen, ich glaube, in einem „Morgenjournal“. Weil Sie in einem „Morgenjournal“ gesagt haben, Sie haben einen Zeugen für dieses Gespräch. (Worm: Richtig, ja!) Sie wissen also, daß der den Gesprächsinhalt wahrgenommen hat?

Worm: Herr Doktor, das kann ich nicht wissen, ich habe mit ihm nachher . . .

Rieder: Zeuge kann doch nur jemand sein, von dem man . . .

Worm: Herr Doktor! Ich habe ihn nominiert, ich habe von ihm damals die Visitenkarte bekommen, habe ihn vorher niemals gesehen, habe ihn nachher nur einmal gesehen, und zwar zufällig am Rückflug, weil er mir irgend etwas noch einmal ergänzend mitteilen wollte, was, das steht da. Und ich habe die auf der Adresse aufscheinende Visitenkarte dem Richter mitgeteilt. (Fuhrmann: Die auf der Visitenkarte aufscheinende Adresse mitgeteilt!) — Ja. Das weiß ich nicht. Richter, oder steht das am Aktenvermerk drauf, das weiß ich nicht.

Rieder: Aber Sie wissen nicht, ob der das überhaupt wahrgenommen hat oder nicht?

Worm: Überhaupt nicht, keine Ahnung. Der kann vielleicht geschlafen haben . . .

Rieder: Und haben Sie gemerkt, daß andere Personen dem Gespräch gefolgt sind?

Worm: Wie kann man das hören?

Rieder: Na sehen, zum Beispiel. Man kann sehen, daß jemand aufmerksam zuhört oder so.

Worm: Überhaupt nicht, ich weiß, Herr Demel ist in der Reihe Numero 2 Sitz quer gegenüber gesessen, hinter mir sind offensichtlich Mitglieder der Reisegruppe gesessen, weil der Herr Demel sich, glaube ich, nach unserem Gespräch zu denen hinuntergebeugt hat, daß die dem gelauscht haben, ist durchaus denkbar, weiß ich überhaupt nicht. Ich habe überhaupt nicht gewußt, daß die zusammengehören.

Rieder: Ich habe noch eine letzte Frage zu dem Aktenvermerk: Sagen Sie, welchen Nachweis können Sie uns liefern, wann dieser Aktenvermerk zustande gekommen ist.

Worm: Überhaupt keinen, Herr Doktor, ich liefere keine Nachweise, weil ich Negativbeweise nicht führen kann.

Rieder: Gut. — Danke.

Obmann Steiner: Danke. Also wir brauchen keinen Lokalausweis im Flugzeug. (Heiterkeit.)

Worm: Ich darf nur dazu sagen, über eine weitere Strecke können Sie das auch gar nicht hören, weil . . . (Graff: Wir verzichten noch nicht auf die Dienstreise! Die behalten wir uns vor! — Neuerliche Heiterkeit.)

Obmann Steiner: Nein, nein. Als nächster hat sich Dr. Gaigg gemeldet, bitte.

Gaigg: Herr Ing. Worm! Ich neige zwar Ihrer Meinung schön langsam zu, daß in diesem Fall alles möglich ist, aber trotzdem sträubt sich mein Hausverstand, soweit vorhanden, noch immer, daran zu glauben, daß sich jemand so „ans Messer liefert“, um diese Redewendung zu gebrauchen, wie der Präsident Demel das getan hat, wenn man Ihrer Schilderung folgt. Daher meine Frage: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß beim Präsidenten Demel — das wäre ja denkbar nach einem so langen Flug oder im Rahmen eines so langen Fluges — vielleicht ein bißchen Alkohol auch im Spiel war, nämlich in dem Sinn, daß ihn vielleicht der Alkohol ein bißchen gesprächiger gemacht hat, als er sonst vielleicht gewesen wäre?

Worm: Ich habe überhaupt nicht den geringsten Hinweis darauf.

Gaigg: Nicht den geringsten Hinweis.

Worm: Noch einmal: Ich habe bis dorthin überhaupt nicht gewußt, daß er im Flugzeug sitzt, obwohl . . . Der Zufall wollte . . .

Gaigg: Schon, es könnte ja sein . . .

Worm: . . . daß er in der zweiten Reihe allerdings quer darüber saß. Ich habe überhaupt keine Ahnung gehabt, daß er im Flugzeug war.

Gaigg: Es könnte ja sein, daß im Rahmen des Gespräches — er stand, Sie saßen —, aber trotzdem, wenn also jemand ein gewisses Maß an Alkohol konsumiert hat, so riecht man das oder merkt vielleicht . . .

Worm: Nein.

Gaigg: Also Ihr Eindruck war: Präsident Demel stocknüchtern, nüchtern jedenfalls, nicht alkoholisiert.

Worm: Wie immer.

Gaigg: "Wie immer", Herr Zeuge, ist mehrdeutig.

Worm: Wie, bitte?

Gaigg: "Wie immer" ist mehrdeutig, also nüchtern, er kam Ihnen nüchtern vor?

Worm: Ja, er war mit hoher Wahrscheinlichkeit, soweit ich das als medizinischer Laie beurteilen kann, nüchtern.

Gaigg: Nüchtern, also das wäre geklärt.

Es gibt also, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, Luftpassagiere verschiedenster Ausprägung und verschiedenster Gewohnheiten.

Herr Zeuge! Dieser Übertragung entnehme ich, daß Sie ein Gespräch geführt haben mit dem Magister B, der Ihnen verschiedenes vorgetragen hat. Hat dieses Gespräch unmittelbar vor Ihrer Unterredung, vor Ihrem kurzen Gespräch mit Dr. Demel, stattgefunden, oder ist diese Anordnung zufällig auf dieser Übertragung 2, Magister Roland B., und anschließend dann unter 3, Karlheinz Demel

Worm: Gleichzeitig.

Gaigg: Na ja, gleichzeitig kann es ja nicht gewesen sein. Wie, wenn ich es ein bißchen anders formuliere, hat sich das zugetragen, hat sich der Magister B, bevor dann der Dr. Demel vorbeikam, schon zu Ihnen gesetzt und . . .

Worm: Nein. Er saß dort.

Gaigg: Er saß dort.

Worm: Er saß dort und hat mir eine Geschichte erzählt, die mit dieser gegenständlichen überhaupt nichts zu tun hat.

Gaigg: Richtig. Und dieses Gespräch ist dann mehr oder weniger eigentlich unterbrochen worden, wenn ich das richtig verstehe . . .

Worm: So ist es.

Gaigg: . . . durch das „Auftreten“ — unter Anführungszeichen — des Dr. Demel?

Worm: So ist es.

Gaigg: Sie haben dann in der weiteren Folge, Herr Zeuge, gesagt, inwieweit der Magister B das mitbekommen hat, den Inhalt des Gespräches, das wissen Sie nicht, er könnte unter Umständen auch geschlafen haben. Sehr wahrscheinlich kommt mir

das nicht vor, wenn er unmittelbar vorher mit Ihnen gesprochen hat und das Gespräch mit dem Dr. Demel sehr kurz war. Haben Sie dann anschließend nach dem Gespräch mit Dr. Demel Ihre Unterredung mit dem Magister B fortgesetzt?

Worm: So ist es. Wahrscheinlich — ich weiß es auch nicht, ich kann nicht beurteilen . . .

Gaigg: Sie wissen nicht, wieviel er mitgekriegt hat?

Worm: . . . wenn einer, der neben mir sitzt, ob der mithört. Es ist mit hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, daß er überhaupt nicht gewußt hat, mit wem ich da spreche.

Gaigg: Und worum es geht? — Sicher.

Worm: Nun, worum es geht, das . . .

Gaigg: Das muß man von ihm . . .

Worm: Ich kann mich erinnern, ich habe nur gesagt, das ist wirklich atemberaubend, und wir haben dann über ein anderes atemberaubendes Thema weitergesprochen.

Gaigg: Ja. Mit anderen Worten, wenn ich Sie richtig verstehe, mit dem Magister B haben Sie sich über den Inhalt des Gespräches, das Sie mit Dr. Demel geführt haben, nicht unterhalten.

Worm: Überhaupt nicht unterhalten.

Gaigg: Es kommt ja dann zur Gegenüberstellung, aber trotzdem, ein Detail hätte mich interessiert. Sie sollen sich dahin gehend geäußert haben, sinngemäß, Sie würden also größten Wert auf ein Treffen mit Udo Proksch legen, auf das Zustandekommen eines Gesprächs, und Geld würde dabei überhaupt keine Rolle spielen. Sie wären also auch bereit, Dr. Demel da mitzunehmen und ihm das zu finanzieren. Haben Sie das so in Erinnerung?

Worm: Herr Abgeordneter, ich darf dazu sagen — ich habe das bereits ausgeführt —: Eine Zeitung, die sagt, Geld spiele überhaupt keine Rolle, ist, bitte, grotesk. Ich bin überhaupt nicht bevollmächtigt sozusagen. Ich habe gesagt: Es kann sein, wo es sein soll, wo er will, wann er will. Das Flugticket zahlen selbstverständlich wir. Vom Herrn Dr. Demel und daß wir ihm das Flugticket zahlen, war überhaupt keine Rede. Aber wenn er dabei sein will, ist er herzlich eingeladen, würde ich notfalls aus eigener Tasche zahlen, wenn er zustande bringt, daß dieses Interview stattfindet.

Gaigg: Ja, nun hätte ich noch eine letzte Frage. Dabei geht es um Ihre eigenen Überlegungen. Sie haben versucht — verständlicherweise, das wäre der Hit des Jahres oder wenigstens des Monats gewesen —, einen Interviewtermin mit Udo Proksch

zu bekommen und haben Dr. Demel in dieser Richtung eben angesprochen. Sie wußten nicht in der weiteren Folge, ob Dr. Demel — wenn ich Ihrer Schilderung folge — dann darauf zurückkommt, denn er hat ja gesagt, er würde sich die Sache überlegen. Sie konnten also damit rechnen, daß er Sie unter Umständen einige Tage oder eine Woche oder 14 Tage später anruft und Ihnen mitteilt: Ja, Udo Proksch ist bereit zu einem Interview, dann und dort, oder auch nicht! Trotzdem sind Sie dann in der Folge, ohne das abzuwarten, zum Untersuchungsrichter beziehungsweise — ja, ich glaube; so habe ich es in Erinnerung —, also zum Untersuchungsrichter gegangen und haben dort von diesem Ereignis Mitteilung gemacht.

Das scheint mir irgendwo nicht ganz konsequent zu sein. Ist das so zu verstehen, daß Sie dann überlegt haben und zur Einsicht gekommen sind, Sie sollten das lieber nicht abwarten und der Justiz von dieser Geschichte, von dieser an sich haarsträubenden Geschichte, Mitteilung machen, oder warum sind Sie zu einer Änderung Ihrer Linie gekommen in bezug auf Ihre ursprüngliche Absicht, denn damit war ja dann im Grunde genommen die Aussicht, zu einem Interview mit Proksch zu kommen, auf Null reduziert?

Worm: Ich erlaube mir zu berichtigen, Herr Abgeordneter. Es ist nicht richtig, daß ich zum Untersuchungsrichter gegangen bin.

Gaigg: Entschuldigen Sie! Aber Sie haben ja irgendwo . . .

Worm: Nein, ich habe das bereits ausgesagt. Ich kam am 3. Januar zurück und wollte eigentlich vom Staatsanwalt — erfolglos, wie sich herausstellte — wissen, ob er mir behilflich sein kann mit diesen 70 Kilo Plänen, was es da auf sich hat. Und so kam es zu dem Gespräch. Und nachdem ich sozusagen den Background dazu erzählt habe, hat der Staatsanwalt mich von sich aus gefragt, ob ich bereit wäre, das dem Untersuchungsrichter zu Protokoll zu geben. Ich wäre selber nie auf den Gedanken gekommen. Ich habe gesagt: Da gibt es überhaupt keinen Grund, das nicht zu tun! Der Untersuchungsrichter hat mich erst, nachdem ich mit dem Staatsanwalt gesprochen habe, angerufen, sich mit mir einen Termin vereinbart für den . . . Bitte? (*Elmecker: 5.!*) Danke, Sie wissen es, ich weiß es nicht. — Und so war die Reihenfolge. Ich kenne ja den Herrn Demel nicht so genau. Ich habe ihn — noch einmal — zweimal in meinem Leben gesehen, überhaupt. Das ist für mich niemand, dem will ich nichts Böses tun, dem will ich nichts Gutes tun.

Gaigg: Nein, da hätten Sie mich mißverstanden. So in diese Richtung ist meine Frage nicht gegangen, sondern eben welche Überlegungen dann dazu geführt haben, daß Sie in welcher Form im-

mer der Behörde von diesem Vorfall Mitteilung gemacht haben.

Worm: Das waren durchaus eigennützige Motive, weil ich hoffte, ich krieg da einen Hinweis. Ich hoffte vergebens. Und so kam es dazu. Herr Abgeordneter, Sie gehen davon aus, daß der Kommunikationsweg, den Sie heute kennen, ein regulärer ist. Ich ging davon aus, das bleibt an und für sich, wie es sich für eine Zeugenaussage gehört, sozusagen im Vorverfahren im Geheimen des Gerichtes. Ich habe überhaupt keine Ahnung gehabt, daß der Kindermann zwei Wochen später sofort den Zugriff zur Justiz hat. Also von mir wäre das mit Sicherheit nicht an die Öffentlichkeit bekanntgegeben worden. Sicher nicht, denn sonst hätte ich es ja machen können. (*Graff: Sie haben ja noch auf das Interview gehofft!*) Natürlich habe ich auf das Interview gehofft. Natürlich habe ich auf ein Interview gehofft.

Gaigg: Allerletzte Frage. Noch einmal zurück zum Beginn meiner Fragen, daß eigentlich die Verhaltensweise des Dr. Demel einigermaßen erstaunlich ist — um mich so vorsichtig auszudrücken —: Was haben Sie sich für einen Reim darauf gemacht?

Worm: Herr Abgeordneter, ich darf Ihnen sagen, ich habe im Jahre 1988 mit dem Herrn Dr. Demel telefoniert. Es ging damals um eine Hausdurchsuchung in der Konditorei Demel, Club 45, im Kohlmarkt 14. Ich habe ihn damals telefonisch interviewt. Das war das eine Mal, wo ich mit ihm telefonierte. Da habe ich mit dem Herrn Dr. Demel gesprochen und habe aus diesem Gespräch das Gefühl erhalten, Dr. Demel ist ein Richter, der massivste Vorbehalte gegen die Justiz hat, also ein Richter, der über Richter nicht so rasend gut spricht — vorsichtig ausgedrückt. Ich habe mir damals gedacht, das ist halt ein sehr ungewöhnlicher Richter. Er ist ein ungewöhnlicher Mensch.

Gaigg: Danke. Wir finden das auch.

Worm: Ich darf das dazusagen und gebe noch einmal zu bedenken . . . (*Graff: Nicht so motiviert wie der Tandinger.*) So ist es. Es gibt einen Club — ich weiß nicht, wann der erschienen ist —, es war im Jahre 1988 ein „Club 2“, da war der Richter Demel als Clubgast eingeladen. Wenn Sie sich einmal den ausheben lassen, wie der dort über die Justiz gesprochen hat. Es hat mich auch das erschütterter. Ich habe nur vor dem Fernseher das gesehen.

Noch einmal, er ist ein Richter, der seine gesunden Vorurteile gegen Gerichte hat. Und dieses Gefühl habe ich.

Gaigg: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Es hat sich Abgeordneter Schieder und noch Abgeordneter Graff gemeldet.

Sie wollten eine Geschäftsordnungsfrage stellen. Bitte.

Pilz: Da nach dieser Aussage, Dr. Gaigg, massive Widersprüche aufgetreten sind zwischen den beiden Zeugenaussagen, die wir gehört haben, beantrage ich im Anschluß an diese Zeugenvernehmung eine Gegenüberstellung. Ich habe mich vorher erkundigt, das ist formell noch nicht eingebracht.

Obmann Steiner: Ist vorgesehen.

Der Präsident Dr. Demel befindet sich schon im Haus.

Abgeordneter Schieder, bitte.

Schieder: Ich habe nur kurze ergänzende Fragen. Herr Ing. Worm, Sie haben den Flug knapp vorher gebucht?

Worm: Ja, natürlich.

Entschuldigen Sie bitte, ich habe nur um 18 Uhr einen Termin abzusagen, weil der für 18 Uhr angesetzt war. Es hat sich um zweieinhalb Stunden verzögert. Ich bitte um Entschuldigung.

Schieder: Ich werde es sehr kurz machen. Sie haben knapp vorher den Flug gebucht oder schon länger?

Worm: Nein.

Schieder: Länger schon? Sie hatten diesen Flug schon lange geplant, oder?

Worm: Ich bitte um Entschuldigung, ich weiß nicht, wie lange vorher, aber der Flug war geplant in der einzigen Zeit, wo wir kein „profil“-Erscheinen haben, und das ist im Januar, Ende Dezember. Also das muß mit Sicherheit einen Monat, zwei Monate vielleicht . . .

Schieder: Sie haben Hin- und Rückflug in einem gebucht, also die Reservierung getätigt, das Okay geholt.

Worm: Ich habe Hin- und Rückflug in einem gebucht.

Schieder: Sie haben den Rückflug schon fixiert beim Hinflug.

Worm: Ja, natürlich.

Schieder: Sie hatten das Okay für den Rückflug schon.

Worm: Ich habe das Okay für den Rückflug schon gehabt.

Schieder: Es war feststehend, wie Sie fahren. Also, jene Überlegungen, Sie haben sich hier nach dem Demel gerichtet . . .

Worm: Nein, Herr Doktor! Ich hatte am 4. schon einen Termin. Ich hatte am 3. schon einen Termin. Ich war ganz sicher, es war fix gebucht. Es hätte auch das Doppelte gekostet, der Flug, wenn mich nicht alles täuscht. Ich habe nur die Hälfte bezahlt, den Apex-Tarif oder wie das heißt.

Schieder: Der Herr B hatte zufällig auch denselben Hin- und Rückflug gebucht.

Worm: Das weiß ich nicht. Ich habe ihn nicht danach gefragt.

Schieder: Denselben Rückflug mußte er aber haben, weil Sie vereinbart . . .

Worm: Den Rückflug weiß ich, da hat er mir gesagt, da bereden wir den Fall dann weiter. Der ist, glaube ich, in Bangkok ausgestiegen.

Schieder: Sie haben ihn auch tatsächlich am Rückflug wieder getroffen.

Worm: Ich habe ihn am Rückflug getroffen.

Schieder: Er hat zusätzliche Informationen gegeben?

Worm: Nicht zusätzlich, wir haben die Informationen vertieft.

Schieder: Haben Sie auch über das so einen Aktenvermerk?

Worm: Einen, glaube ich, über drei oder vier Seiten sogar. Das ist dann die detaillierteste Darstellung dessen, was Sie schon hier finden. (*Rieder: Können Sie das ausdrucken?*) Ja, selbstverständlich. Sie brauchen mit mir nur in die Redaktion zu kommen, finden ihn selbstverständlich vor.

Schieder: Sie haben mit ihm auch über das Gespräch Demel dann am Rückflug gesprochen?

Worm: Überhaupt nicht.

Schieder: Ich danke schön.

Worm: Noch einmal: Ich habe den Namen Demel überhaupt nicht erwähnt. Dieser Mann weiß überhaupt nicht, möglicherweise, ob der Demel heißt, Mayer, Müller oder sonst etwas. Aber wenn Sie wollen, der Aktenvermerk kann innerhalb . . . Noch einmal, ich schreibe mir alles auf. Er ist selbstverständlich verfügbar und hat Niederschlag gefunden in einem Artikel.

Schieder: Sie haben mit dem Herrn, nennen wir ihn jetzt „B“, nicht über das Gespräch Demel gesprochen.

Worm: Überhaupt nicht.

Obmann Steiner: Danke.

Dr. Graff, bitte.

Graff: Ich bin jetzt ein bißchen verwirrt. Also das lange Gespräch am Rückflug war mit dem Herrn Mag. „B“. Da kommt auch nichts von Demel vor. Dann brauche ich den Aktenvermerk auch nicht.

Demel hat Ihnen gesagt nach dieser Notiz, er bleibt 14 Tage?

Worm: Ja.

Graff: Also war der Hinflug gemeinsam, der Rückflug auf jeden Fall getrennt. Sie sind ja nach drei Tagen . . .

Worm: Nach einer Woche. Ende drei hingeflogen, Ende vier zurückgeflogen.

Graff: Haben Sie in Bangkok beim Aussteigen gesehen, ob der jetzt wirklich in den Transitraum geht und nach Manila weiterfliegt, oder ob er in Bangkok wirklich bleibt, der Herr Dr. Demel?

Worm: Ich habe ihn sofort aus den Augen verloren.

Graff: Wenn Sie es doch gejuckt hat, ihm eventuell zu folgen, hätte ich doch da geschaut, ob er in Bangkok aussteigt.

Worm: Noch einmal: Wenn Sie Bangkok kennen, Herr Doktor, diesen Flughafen . . . Ich habe ihn sofort, sofort aus den Augen verloren, weil ich ein Transitpassagier war und er ein outgoing Passagier war, aus dem Flughafen raus. Ich habe ihn nachher nicht mehr gesehen.

Graff: Nur, das ist wichtig, weil er gesagt hat, Sie seien in der ersten Klasse gesessen. Stimmt das?

Worm: Ich weiß nicht, ob das erste Klasse ist. Ich weiß, bei der Lauda-Air gibt es zwei . . . Ich nehme an, das eine ist Business-Class, und das andere heißt . . .

Graff: Erste und Business. Vorne war es erste Klasse. Das stimmt dann schon.

Worm: Ich bitte um Entschuldigung. Ich habe geglaubt, es ist Business-Class.

Graff: Ist er in derselben Klasse gesessen wie Sie, der Dr. Demel?

Worm: Er ist, das habe ich im nachhinein gesehen, in der Reihe Nummer zwei hinter mir gesessen.

Ich bin in der Reihe eins gesessen, er ist in der Reihe zwei gesessen.

Graff: Also jedenfalls diese vorderste Reihe, was immer das beim Niki Lauda ist. Es ist eng genug, bitte, das ist gar kein Zweifel. Man sitzt auch dort vorne . . .

Worm: Im Gegenteil. Ich will jetzt für den Niki Lauda keine Reklame machen, aber ich tu es trotzdem. Der Niki Lauda hat zurzeit ein wirklich ganz, ganz ungewöhnliches Flugangebot. (Heiterkeit.)

Graff: Ja, aber man sitzt jedenfalls — ich will jetzt nicht dem Lauda schaden —, aber man sitzt verdammt eng. Ich weiß es, wir sind mit einem Baby . . . Das ist Wurscht. Auch in der ersten Reihe sitzt man relativ eng, aber vielleicht waren das verschiedene Flugzeuge, bitte, auch das kann sein.

Worm: Die Sesselbreite ist, bitte, phantastisch.

Graff: Nur eine Frage: Da Sie ja alles sehr minutiös aufschreiben, hätte ich eigentlich erwartet, daß ich da den relativ einprägsamen Ausdruck „Hello Boys!“ und „Was machen die Komiker?“ in irgendeiner Form wiederfinde. Aber das war nicht der Fall. Das hat er Ihnen nicht in irgendeiner Weise . . .

Worm: Ich habe das das erste Mal in der „Kronen-Zeitung“ gelesen.

Graff: Das hat man erst in der „Kronen-Zeitung“ gelesen. Okay.

Worm: Ich habe nie davon gehört. Ich darf noch dazu sagen: Ich habe das erste Mal, daß es mehrere Gespräche gegeben hat, aus dem Kindermann-Bericht in der „Kronen-Zeitung“ zwei Wochen später gelesen. (Pilz: Das haben wir jetzt über zwei Stunden abgehandelt!)

Graff: Entschuldigen Sie! Bei manchen Ihrer Sachen habe ich mich sehr fadisiert. Also Sie brauchen sich gar nichts anzutun.

Ich habe aber keine weitere Frage.

Obmann Steiner: Danke. Damit wäre diese Zeugenbefragung beendet. Ich danke Ihnen.

Sie wollten jetzt kurz ein Telefonat führen.

Worm: Ich muß einen Termin absagen. Wenn Sie mir nur freundlicherweise sagen, auf wann ich ihn verschieben darf, wie lange es dauert.

Obmann Steiner: Nehmen Sie einmal eine Stunde an, zumindest.

Gut. Dann unterbreche ich für fünf Minuten.

Ich bitte die Fraktionsvorsitzenden zu einem kurzen Gespräch über die weitere Gestaltung.

(Die Sitzung wird um 17 Uhr 17 Minuten unterbrochen und um 17 Uhr 35 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Steiner: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Ich bitte, den Herrn Präsidenten Demel zur Gegenüberstellungsbefragung hereinzubitten.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Ing. Alfred Worm und
von
Dr. Karlheinz Demel
im Sinne des § 271 StPO
(Gegenüberstellung)**

Obmann Steiner: Herr Präsident Demel, ich brauche Sie nicht noch einmal um Ihre Daten zu fragen und mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß Sie die Wahrheit zu sagen haben und nichts zu verschweigen haben. Das gleiche gilt natürlich auch jetzt in der Fortsetzung des Gespräches, das Sie bisher gehabt haben.

Als erster meldet sich zu Wort Herr Dr. Graff. (Zwischenruf Pilz.) Nein, nein, das ist eine offene Reihe jetzt.

Graff: Herr Dr. Demel, der Herr Redakteur Worm, Chefredakteur-Stellvertreter Worm hat uns hier einen Aktenvermerk gegeben, den er, wie er uns mitgeteilt hat, noch vor der Landung in Bangkok während des Fluges in seinen Computer eingetippt hat, und es sind da ganz massive Widersprüche zu dem, was Sie uns dargestellt haben. Ich frage Sie jetzt da der Reihe nach durch, damit wir das klar als Zeugenaussage ins Protokoll bekommen.

Worm sagt, Sie hätten gesagt: Ich bin der einzige, der weiß, wo Udo Proksch sich aufhält. Nicht einmal seinen Anwälten sagt er, wo er ist. Ich weiß es. — Ist das richtig oder nicht?

Demel: Nein, ich verweise auf meine Aussage.

Graff: Das haben Sie nicht gesagt?

Demel: Nein. Ich habe es umgekehrt gesagt, wie ich gesagt habe: Wenn ich das wüßte, wäre ich der einzige, weil es nicht einmal seine Anwälte wüßten.

Graff: Sie stimmen beide darin ein, daß darüber gesprochen wurde, ob ein „profil“-Interview mit dem Herrn Proksch in Betracht kommt oder nicht. Der Herr Worm stellt das aber so dar, als hätten

Sie über die Möglichkeit auf jeden Fall verfügt, sich aber nur über die Zweckmäßigkeit unterhalten. Was sagen Sie dazu?

Demel: Zunächst habe ich gesagt, was soll ihm das nützen, weil er gesagt hat, er könne ihm nützen. Über die Möglichkeit in diesem Sinn habe ich sicher nicht gesprochen, sondern am Schluß des Gespräches ist der Herr Worm noch einmal auf mich zugekommen und hat gesagt, ich soll mir überlegen, ob es nicht doch eine Möglichkeit gibt, einen Kontakt herzustellen, und da habe ich gesagt, ich werde das überlegen. Das heißt aber nicht, daß ich das bei mir überlege, sondern daß ich mir überlege, ob es eine Möglichkeit gibt, einen Kontakt herzustellen.

Graff: Es ist also nicht falsch, wenn hier Worm notiert: Vorschlag. Procedere, Demel stellt Kontakt her, wir zahlen ihm ein Ticket an jeden Ort der Welt, den er bestimmt, zum Zeitpunkt, den er nennt, und möglichst schnell. Antwort offenbar: Ich werde nachdenken.

Demel: Nein, das ist so nicht richtig. Ich verweise auf das, was ich zuerst gesagt habe.

Graff: Verweisen Sie nicht, beantworten Sie meine Fragen!

Demel: Also gut, bitte: So ist es nicht richtig.

Graff: Sie haben aber jetzt gerade gesagt: Ich werde überlegen, oder so irgendwie.

Demel: Nein, aber nicht überlegen, ob ich einen Kontakt herstelle, sondern ob es eine Möglichkeit gibt, allenfalls einen Kontakt herzustellen. Im Klartext bedeutet das, daß ich den Anwälten zum Beispiel gesagt hätte, wenn ein neuerlicher Kontakt ist, dann soll er mit ihm reden, oder nicht. Das bedeutet das.

Graff: Das wäre eine Möglichkeit, die Sie überlegt hätten, daß Sie also über die Anwälte versuchen, Proksch zu erreichen?

Demel: Nein, ich hätte das gar nicht, ich hätte das den Anwälten gesagt, und die sollen dann oder sollen nicht.

Graff: Also Worm, der das gerade gegenteilig darstellt, nämlich Sie hätten sich sogar bemüht: Ich weiß, wo der Proksch ist, und die Anwälte wissen es nicht — das ist völlig daneben?

Demel: Ja. Das ist völlig daneben.

Graff: Sie haben auch nicht gesagt, Udo Proksch befindet sich nach wie vor auf den Philippinen?

Demel: Ich nehme an, habe ich gesagt.

Graff: Sie nehmen es an, und daß er außerhalb Manilas lebt, davon ist gesprochen worden?

Demel: Ja, das kann schon sein.

Graff: Wie kommen Sie auf außerhalb Manilas?

Demel: Das habe ich auch schon vorher gesagt. Es ist bekannt, daß die Philippinen kein befriedetes Land sind, sondern daß es dort zahlreiche Inseln geben soll, auf denen noch Marcos-Leute seien. Das habe ich im Fernsehen gehört, und das ist auch mehrfach wiedergegeben worden.

Graff: Und die Geschichte mit den 70 Kilo Plänen, die verschwunden sein sollen?

Demel: Das ist total verkehrt, es könnten Enduser-Zertifikate ja nicht auf dem Flug — ich habe das schon vormittag gesagt, ich sage es noch einmal — verlorengelassen, wenn erst die übermittelten Pläne dann weitergegeben werden sollten an jemanden, von dem Udo Proksch immer behauptet hat, er weiß nicht, an wen.

Graff: Sie meinen, auf dem Flug nach Hongkong?

Demel: Da können sie nicht verlorengelassen sein.

Graff: Ja, aber Sie haben doch immer vom Flug nach Hongkong gesprochen, aber der Herr Worm sagt überhaupt nichts von Hongkong. Er sagt nur, es sind auf einem Transport 70 Kilo Pläne verschwunden, und er sagt uns dazu, für ihn war das völlig schleierhaft, weil in Wirklichkeit hat er gar nicht gewußt, was es mit 70 Kilo Plänen auf sich haben soll, aber er wollte sich Ihnen gegenüber auch nicht uninformiert zeigen.

Demel: In dem „profil“-Artikel, glaube ich, steht drinnen: auf dem Flug nach Hongkong. Ich habe ihn da, man kann ja nachschauen.

Graff: Das weiß ich nicht, wir haben jetzt hier den Aktenvermerk, den „profil“-Artikel kenne ich nicht auswendig.

Demel: Ich auch nicht.

Graff: Aber von dem Enduser-Zertifikat war schon die Rede?

Demel: Natürlich, das habe ich ja vormittag gesagt. — Auf dem Weg nach Hongkong, steht da.

Graff: Steht im „profil“-Artikel?

Demel: Im „profil“-Artikel des Herrn Worm.

Graff: Gut. Und Sie sollen sich dann — ich mache Ihnen das gar nicht zum Vorwurf — sehr frei-

mütig über die Justiz und den Untersuchungsrichter geäußert haben.

Demel: Freimütig?

Graff: Gut, lassen wir das, es hat gar keinen Sinn, daß ich Sie da jetzt in irgend etwas hineinhetze. Ich wollte nur zum Schluß noch fragen: Nach diesem Aktenvermerk hätten Sie gesagt, bei dem hat Udo ja keine Chance. Wenn Sie ihn anrufen, denken Sie an mich. (Demel: Wer? Ich?) Und Sie hätten geantwortet: Ich werde mir das überlegen.

Demel: Entschuldigung, das habe ich jetzt nicht verstanden.

Graff: Es steht hier nicht, wer es sagt. Aber nach dem Sinnzusammenhang muß das Worm gesagt haben: Wenn Sie ihn, also den Proksch, anrufen, denken Sie an mich! Und Sie hätten geantwortet: Ich werde mir das überlegen. Kann das stimmen?

Demel: Also, ich habe nie gesagt, daß ich ihn anrufe. Ich könnte ihn nicht anrufen, ich kann das nur immer wiederholen, ich weiß keine Telefonnummer, wo ich hätte anrufen können. Zu keinem Zeitpunkt.

Graff: Gut. Dann die Geschichte, wie oft Sie einander gesehen oder getroffen haben. Sie haben gesagt . . .

Demel: Viermal habe ich telefoniert, wurde ich angerufen.

Graff: Nein, nein, ich meine jetzt nicht den Proksch, ich meine, zwischen Ihnen und dem Herrn Worm, Treffen oder Telefonkontakte. Da haben Sie gemeint, der Herr Worm sei einmal mit Ihnen Mittagessen gewesen.

Demel: Ja, das glaube ich mich zu erinnern, ich weiß nur nicht mehr . . .

Graff: Am Abend kann es auch gewesen sein oder wie? Ich will Sie auch nicht hineintheatern in irgend etwas.

Demel: Das weiß ich nicht. Ich weiß nur, wir waren in einem italienischen Restaurant.

Graff: Und wer war noch dabei?

Demel: Der Dr. Stern.

Graff: Dr. Stern. Also da stimmt es eh überein. Er sagt, es war am Abend, aber da drehe ich niemandem . . .

Demel: Möglicherweise. Aber, bitte schön, das ist mindestens sieben oder acht Jahre her.

Graff: Jetzt frage ich nur noch Sie, Herr Worm, eine einzige Frage: Bleiben Sie bei Ihrer Darstellung im Sinne dieses Aktenvermerkes?

Worm: Selbstverständlich.

Graff: Und der Aktenvermerk, aus frischester Erinnerung geschrieben, gibt das zutreffend wieder, was Demel Ihnen gesagt hat?

Worm: So lautete meine Zeugenaussage vor dem Gericht, ja.

Graff: Und was sagen Sie dem Herrn Präsidenten Demel nun ins Gesicht, der Ihnen das jetzt abstreitet? Sagen Sie etwas zu ihm!

Worm: Ich bin der Meinung, er irrt.

Graff: Haben Sie dem Herrn Worm dazu irgend etwas zu sagen?

Demel: Ja, ich möchte nur sagen, daß das offenbar nicht das erste Mal ist, daß solche Verwechslungen vorkommen, denn wir haben das in dem Akt schon einmal, daß er jemanden beschuldigt hat, daß er irgend etwas wörtlich wiedergegeben hat. Sie finden das auf der Ordnungsnummer 952. Ich habe mir den Strafakt geben lassen.

Graff: Was meinen Sie damit?

Demel: Daß er gesagt hat, es habe ihm jemand wortwörtlich etwas mitgeteilt . . .

Graff: Was?

Demel: Daß er ihm gegenüber eine Aussage gemacht hat.

Graff: Welche?

Demel: Ich kann es Ihnen vorlesen.

Graff: Ich möchte es ja nur wissen. Meinen Sie die Edelmaier-Sache?

Demel: Ja, die meine ich, wo er am 25. März 1985 zuerst bei Tandinger war, wie der mit Amtsvermerk festgehalten hat, und dann erklärt hat, er war nie dort.

Graff: Wo hat er erklärt, er war nie dort?

Demel: Dem Anwalt auf sein Befragen, und er habe diese Mitteilung von Dr. Stern. Und der Ausschuß der Rechtsanwaltskammer hat alle Dr. Stern befragt, und keiner hat das gesagt.

Graff: Entschuldigen Sie, Dr. Stern, das ist unter der Unterschrift des Herrn Worm und der ersten Unterschrift des Tandinger ein weiterer Vermerk des Tandinger, und es ist in den Raum gestellt worden — datieren können wir es nicht, Datum ist auf meiner Kopie keines drauf —, daß das erst viel

später hinzugefügt worden sei von Dr. Tandinger, was mir plausibel erscheint, weil ja immerhin von Leben und Tod die Rede ist in der ganzen Geschichte.

Demel: Ich sehe überhaupt keine Unterschrift von Herrn Worm.

Graff: Ist das nicht Ihre Unterschrift?

Demel: Ich sehe da keine Unterschrift.

Graff: Wer ist das dann? Das eine ist die Schriftführerin, das ist die Andert (phonetisch).

Demel: Und der Herr Reitter.

Graff: Der Reitter ist das.

Demel: Das steht vorne auf der ersten Seite.

Graff: Gut. Und wo wollen Sie jetzt den Widerspruch des Herrn Worm sehen?

Demel: Da will ich ihn sehen: Wörtlich sagte der Anwalt zu mir, und so weiter, und dann werden die Anwälte vom Ausschuß der Rechtsanwaltskammer befragt.

Graff: Welche Anwälte?

Demel: Alle Dr. Stern in Österreich, und keiner war es.

Graff: Bitte, ich nehme aber auch nicht an, daß der alte Stern im Jahr 1970 einen Jagdkommandokurs absolviert hat, und ich nehme das auch vom jungen Stern nicht an.

Demel: Es steht ein dritter auch noch dort.

Graff: Ja, aber das dürfte offensichtlich eine Verwechslung — ich bin nicht der Anwalt von irgend jemand hier — des Herrn Dr. Tandinger sein, weil es sich eben nicht um Dr. Stern gehandelt haben kann. Das hat uns der Herr Worm auch hier gesagt. Aber Sie können doch nicht, wenn hier über eine Aussage etwas festgehalten ist, aus einem nachträglichen Aktenvermerk, den Worm nie gesehen hat — zumindest sagt er das — irgend etwas ableiten.

Demel: O ja, ich kann das schon. Ich sage genau dasselbe: Er hält mir vor, was ich wörtlich gesagt haben soll, und normalerweise weiß einer, was er sagt, besser als ein anderer. Wenn einer irrt, dann irrt er, aber ich kann es nicht glauben.

Graff: Ja, Herr Präsident, es kann sicher entweder Ihre Darstellung wahr sein oder die von Herrn Worm. Nur: Aus dem Protokoll, das Sie zitieren, ist für die Glaubwürdigkeit oder Unglaubwürdigkeit des Herrn Worm meiner Meinung nach nichts abzuleiten. — Danke, ich bin schon fertig.

Obmann Steiner: Danke. — *Frau Dr. Partik-Pablé:*

Helene Partik-Pablé: Es würde mich interessieren, Herr Dr. Demel: Woher haben Sie den Aktenvermerk, den Sie jetzt gerade vorgelesen haben?

Demel: Den habe ich zugeschickt bekommen.

Helene Partik-Pablé: Vom wem haben Sie den zugeschickt bekommen?

Demel: Vermutlich vom Anwalt, vom Verteidiger des Herrn Proksch.

Helene Partik-Pablé: Können Sie den Namen nennen?

Demel: Welcher von den beiden das war, weiß ich nicht, weil es nicht unterschrieben ist. Es ist mir nur in einem Kuvert geschickt worden.

Helene Partik-Pablé: Und aus welchem Grund haben Sie das bekommen?

Demel: Das habe ich offenbar deswegen bekommen, weil die Darstellung des Herrn Worm mit meiner Darstellung nicht übereinstimmt, zur Untermauerung der Glaubwürdigkeit des Herrn Worm.

Helene Partik-Pablé: Und wann haben Sie das Aktenstück bekommen?

Demel: Das hat gestern nachmittag eine Sekretärin gebracht.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, anlässlich Ihrer Ladung zum Lucona-Untersuchungsausschuß.

Demel: Offensichtlich.

Helene Partik-Pablé: Hat die Kanzlei Amhof-Damian . . .

Demel: Nein. Das sind nicht die Verteidiger.

Helene Partik-Pablé: Lansky?

Demel: Lansky, Zerner sind die Verteidigeranwälte.

Helene Partik-Pablé: Und diese Kanzlei hat das wahrscheinlich, die haben Aktenkopien aus dem Strafakt?

Demel: Jetzt haben sie es offensichtlich.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie vorher gesprochen, daß Sie Unterlagen brauchen?

Demel: Ich habe Dr. Zerner angerufen, ob etwas Neues sei, weil ich nicht wollte, daß ich hier erkläre, es gibt überhaupt keinen Kontakt, und Dr. Zerner hat mir gesagt, er wisse auch nichts.

Helene Partik-Pablé: Na, gar so neu ist ja das nicht, was im Jahr 1985 passiert ist, nicht?

Demel: Nein, aber es hätte ja sein können, daß irgendwelche neuen Unterlagen oder neuen Dinge da sind.

Helene Partik-Pablé: Wieso hat die Kanzlei genau gewußt, daß dieser Aktenvermerk wichtig ist für Sie?

Demel: Fragen Sie sie.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie darüber gesprochen?

Demel: Nein. Ich habe den Aktenvermerk vorher nie gesehen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie telefoniert mit Herrn Dr. Lansky nach Ihrer Rückkehr aus . . . — Nein, nein, aber irgendwo drängt sich ja doch die Frage auf, woher die Unterlagen kommen und die Verbindungen zum Herrn Dr. Lansky. Wieso . . .

Demel: Ich habe mit ihm nicht . . . Ich habe gesagt, mit Dr. Zerner habe ich telefoniert.

Helene Partik-Pablé: Und Herr Dr. Zerner hat gewußt, daß dieser Aktenvermerk für Sie wichtig ist?

Demel: Offensichtlich.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie nachher angerufen, als Sie den Aktenvermerk erhalten haben, (Demel: Nein!) und gefragt, was Sie damit tun sollten?

Demel: Nein, lesen kann ich ja selber.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gewußt, was Sie damit anfangen sollen. Gut.

Ich komme schon zur Gegenüberstellung. Das heißt, zuerst habe ich noch eine Frage. Der Herr Ing. Worm hat gesagt, Sie sind in Bangkok ausgestiegen, er vermutet fast, Sie sind nach Manila weitergereist, und er wäre Ihnen am liebsten nachgereist. — Entschuldigung, könnten Sie wiederholen, was Sie gesagt haben.

Worm: Ich habe gesagt, ich habe mir überlegt, ob ich auch auschecken soll, um dem Herrn Dr. Demel nachzureisen, weil es eine unbegründete Vermutung gab, ob er unter Umständen nach Manila weiterreist. So meinte ich das.

Helene Partik-Pablé: Das habe ich auch so aufgefaßt. Sie vermuten, daß er nach Manila weitergereist ist. Also, bitte, ich habe ja nichts anderes gesagt. Ich habe eine Frage in diesem Zusammenhang: Würden Sie uns eine Kopie Ihres Reisepasses

übersenden, damit wir hineinschauen können, wo Sie wirklich waren, ob Sie in Manila waren?

Demel: Ich kann Ihnen einen kompletten Aufenthalt bringen, in welchem Hotel ich war, wann ich wo war, Fotos darüber, was immer Sie wollen.

Helene Partik-Pablé: Ich meine den Reisepaß.

Demel: Ja sicher, den auch.

Helene Partik-Pablé: Gut. Ich weiß nicht, ob der Ausschuß das auch möchte, mich würde es eigentlich interessieren im Rahmen dieses Verfahrens, eine Kopie des Reisepasses zu bekommen.

Herr Dr. Demel! Sie haben gesagt, Herr Worm wäre noch mit einem anderen jungen Mann gereist und habe ihn als Mitarbeiter vorgestellt. Ist das richtig?

Demel: Nein, ich habe gesagt, der ist von irgendwo weiter hinten hervorgekommen und er habe gesagt, das sei sein Mitarbeiter. Aber ob er mit ihm gereist ist, weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Na, im selben Flugzeug sind sie ja gefahren.

Demel: Ja, aber die Flugzeuge . . .

Helene Partik-Pablé: Herr Worm, was sagen Sie dazu, bitte?

Worm: Ich habe bereits dazu Stellung genommen. Es liegt hier offenbar eine Verwechslung vor. Wir haben uns geeinigt auf den Namen B. wie Berta. Es handelt sich um den Herrn Mag. B. Es ist kein anderer Mann, kein Mitarbeiter mitgefahren. Es ist ausgeschlossen.

Helene Partik-Pablé: Darf ich Ihnen vorhalten: Herr Dr. Demel sagte heute, auf Seite 1131: Es kam am Ende, als ich schon auf dem Weg weiter zur Toilette war, plötzlich ein junger Mann aus der rechten Reihe, ein blonder, und der Worm hat gesagt, das ist ein Mitarbeiter von mir. Und da habe ich mir erst recht gedacht, daß das keine Vergnügungsreise des Herrn Worm zufällig dort ist.

Worm: Ich darf dazu sagen: Es war keine Vergnügungsreise. Ich bin mit keinem Mitarbeiter geflogen beziehungsweise gefahren. Ich lade Sie ein, der Ausschuß möge die Protokolle oder — wie sagt man da? — die Checkliste, die Buchungsliste der Firma besorgen. Ich . . .

Helene Partik-Pablé: Na, haben Sie jetzt gesagt, das ist ein Mitarbeiter von mir?

Worm: Überhaupt nicht.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Demel.

Worm: Das wäre ja grotesk. Ich kenne . . . Denjenigen, der neben mir gesessen ist, den habe ich an diesem Tag vielleicht eine halbe Stunde oder eine Stunde zuvor das erste Mal in meinem Leben gesehen.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Demel, wie kommen Sie dazu, zu sagen, Worm hat gesagt, das ist ein Mitarbeiter von mir?

Demel: Na, weil ich die Erinnerung so habe, sonst hätte ich es nicht gesagt.

Worm: Das ist leicht nachzuprüfen. Sie brauchen sich nur die Personenliste derer, die da mitgefliegen sind, . . . Da können Sie . . .

Graff: Sie hätten es ja auch gesagt haben können.

Worm: Ich kann doch nicht von einem wildfremden Magister, den ich nie in meinem Leben zuvor gesehen habe, sagen, das ist ein Mitarbeiter. Wofür halten Sie mich denn?

Helene Partik-Pablé: Der Dr. Demel sagt, Sie haben es gesagt. Sie sagen, Sie haben es nicht gesagt.

Worm: Aber er ist blond, das muß man sagen, der Herr Magister.

Helene Partik-Pablé: Herr Worm! Sie haben am Anfang Ihres Aktenvermerkes, der das Gespräch wiedergibt, gesagt, daß Herr Dr. Demel ziemlich stolz gesagt hat: Ich habe erst vor wenigen Wochen mit Udo Proksch telefoniert. Ich bin der einzige, der weiß, wo Udo Proksch sich aufhält. Nicht einmal seinen Anwälten sagt er, wo er ist. Herr Dr. Demel sagt, das sei nicht richtig. Was sagen Sie zu der Behauptung des Herrn Ing. Worm?

Demel: Gar nichts. Ich habe Ihnen schon gesagt, was ich gesagt habe, und mehr kann ich nicht sagen.

Helene Partik-Pablé: Ja lügt der Herr Worm?

Demel: Fragen Sie ihn.

Helene Partik-Pablé: Na ja, ich frage Sie.

Demel: Woher soll ich wissen, ob er bewußt die Unwahrheit sagt oder ob er sich verhört hat?

Helene Partik-Pablé: Sie nehmen an, er könnte sich auch verhört haben.

Demel: Ich bin aber sehr skeptisch in dieser Hinsicht, weil die Darstellung in dem „profil“-Artikel so verdreht ist, daß es mir schwerfällt, zu glauben, daß er sich verhört hat.

Helene Partik-Pablé: Herr Worm, was sagen Sie dazu? Ist es möglich, daß Sie sich verhöhrt haben?

Worm: Grundsätzlich ist das Verhören immer möglich. In diesem Fall schließe ich es nahezu aus, weil, hätte ich mich verhöhrt, es zu dem weiteren Folgegespräch nicht mehr gekommen wäre, wo es um die Kontaktnahme mit Udo Proksch ging. Sonst hätte ich ihn ja nie darauf angesprochen, ob man die Möglichkeit besäße, daß man das „profil“ nach Manila oder nach den Philippinen bringt und so weiter. Das ist ja die Folge aus dieser Annuntiation.

Demel: Also genau das ist mein Argument, weil es umgekehrt war, weil er zuerst gesagt hat, ich soll ihm einen Kontakt mit Proksch verschaffen. Daher verstehe ich das nicht.

Helene Partik-Pablé: Ist das richtig, Herr Worm, daß Sie gesagt haben . . . ?

Worm: Das ist falsch.

Helene Partik-Pablé: Sondern wie hat das Gespräch jetzt wirklich begonnen?

Worm: Ganz genauso, wie es da steht. Er teilt mit, er sei der einzige, der wisse, wo Proksch sich aufhält. Wörtlich, bitte, das ist eine Phrase, die können Sie nicht falsch verstehen: Ich bin der einzige, der weiß, wo er sich aufhält. Das wissen nicht einmal seine Anwälte.

Demel: Und warum sollte ich das Herrn Worm sagen? Das ist mir völlig schleierhaft.

Helene Partik-Pablé: Ja das müssen Sie wissen. Das müssen Sie wissen!

Demel: Nein, ich weiß es nicht, weil ich es nicht gesagt habe.

Helene Partik-Pablé: Gut. Der Herr Worm hat sich aber auch nicht verhöhrt, hat er jetzt bereits gesagt.

War die Rede davon, welchen Vorteil ein Interview für Udo Proksch hätte, von Ihrer Seite aus?

Demel: Da habe ich gesagt: Was soll ihm ein Interview nützen?, weil er das immer haben wollte. Daraufhin hat er gesagt, das könne ihm nützlich sein, und er könne ihm nützen und er würde überall hinkommen oder hinfahren oder herkommen, das spiele keine Rolle, jeder Punkt der Welt.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, jeder was?

Demel: Jeder Punkt der Welt ist ihm recht.

Helene Partik-Pablé: Das ist . . .

Worm: Das Wort „jeder Punkt der Welt“ ist sicher nicht gefallen, weil ich ungern an jeden Punkt der Welt fahre, etwa nicht sehr gerne nach Manila, weil das ein Grauen ist. Aber sinngemäß habe ich gesagt, ich komme überall hin, wo er will. *(Demel: Ja!)*

Helene Partik-Pablé: In der Folge haben Sie dann den Vorschlag gemacht, Demel soll den Kontakt herstellen. Ist das richtig?

Worm: Richtig.

Helene Partik-Pablé: Was sagen Sie dazu?

Demel: Es ist immer dasselbe, ich sage dazu, daß das nicht so ist.

Helene Partik-Pablé: Sie haben laut Worm gesagt, ich werde nachdenken.

Demel: Das habe ich schon erklärt, der Herr Dr. Graff hat mich das soeben gefragt.

Helene Partik-Pablé: Ich frage Sie jetzt noch einmal. Ich werde nachdenken, haben Sie darauf gesagt, wie der . . .

Demel: Nein, habe ich nicht, das ist keine Frage, haben Sie darauf gesagt.

Helene Partik-Pablé: Ich frage Sie, ob das richtig ist, daß Sie darauf gesagt haben, ich werde nachdenken.

Demel: Das ist nicht richtig, weil die Frage vorher nicht gestimmt hat.

Helene Partik-Pablé: Bleiben Sie dabei, daß . . .

Worm: Selbstverständlich.

Helene Partik-Pablé: Können . . .

Worm: Nur darf ich dazu erwähnen, daß der Herr Dr. Demel zuvor gesagt hat, er wird nachdenken, wie er das mit seinen Rechtsanwälten, den Proksch-Rechtsanwälten, machen kann.

Demel: Könnte.

Worm: Könnte.

Helene Partik-Pablé: Wie er das machen könnte? War das so?

Worm: Hat er zuvor, vor zehn Minuten, . . .

Demel: Richtig.

Helene Partik-Pablé: Ich weiß schon.

Demel: Das bestreite ich nicht. Nur, der Satz vorher ist nicht richtig.

Helene Partik-Pablé: Wie er das machen könnte. Was das so?

Worm: Hat er zuvor, vor zehn Minuten . . .

Helene Partik-Pablé: Ich weiß schon . . .

Demel: Ja das bestreite ich nicht, nur der Satz vorher ist nicht richtig.

Helene Partik-Pablé: Ja. Sie hätten, laut Aktenvermerk Worm, dann gesagt, daß Proksch außerhalb von Manila lebt. Können Sie sich erinnern, ist das so gefallen?

Demel: Ob das so gefallen ist? — Sinngemäß ist es richtig, und ich habe auch schon erklärt und sage es noch einmal: Das entnehme ich aus den Medien, aus den Massenmedien, weil gefragt wurde, wie es so etwas gibt, daß die Interpol-Fahndung erfolglos bleibt, und diese Ministerin im Fernsehen — Sie haben es ja sicher auch gehört oder gelesen — gesagt hat: Das ist durchaus möglich, weil es auf dem inselreichen Land zahlreiche Punkte gibt, die nicht von der Regierung kontrolliert werden.

Helene Partik-Pablé: In den Massenmedien steht aber, daß Proksch auch unter Umständen in Syrien sein kann. Wieso können Sie das ausschließen?

Demel: Ich habe das, bitte, alles heute schon gesagt, ich sage es aber gerne noch einmal. Ich habe auf ein Interview angespielt, das der General Dlas (*phonetisch*) im Fernsehen gegeben hat, wo er gefragt wurde, ob Proksch in Syrien sei, und er gesagt hat: Er ist nicht in Syrien und würde auch dort kein Einreisevisum bekommen.

Helene Partik-Pablé: Ist das Gespräch so abgelaufen hinsichtlich Manila, wie es Herr Dr. Demel jetzt dargestellt hat, Herr Worm?

Worm: Es ist richtig, ich habe ihn gefragt, es gäbe Behauptungen, unter anderem auch in österreichischen Zeitungen, Proksch wäre in Syrien. Demel hat darauf gesagt: Das ist ein Blödsinn! Und das, glaube ich, steht auch dort.

Demel: Ja.

Worm: Und dann ist diese Geschichte mit Manila beziehungsweise mit außerhalb von Manila.

Helene Partik-Pablé: Also diesbezüglich, bezüglich Manila, besteht Übereinstimmung?

Worm: Ja, der gesamte Ablauf des Gespräches ist ja in etwa übereinstimmend, nur in den Punkten, auf die es ankommt, herrschen Irrtümer auf irgendeiner Seite vor.

Helene Partik-Pablé: Herr Ing. Worm sagt, in der Folge sei auch darüber von Ihnen . . .

Demel: Fragen Sie jetzt mich?

Helene Partik-Pablé: Beide. — Ich stelle einmal fest, daß der Ing. Worm heute gesagt hat und auch in seinem Aktenvermerk festgehalten hat, daß Sie ihn davon informiert hätten, daß 70 Kilo Pläne verschwunden sind auf dem Weg nach Hongkong. Darunter ist auch das Enduser-Zertifikat. Sie haben heute abgestritten, daß davon die Rede war.

Demel: Nein, nein, von den Plänen war schon die Rede.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, und zwar habe ich das wörtlich: Sie sind ein . . . In diesem Zusammenhang, bezüglich der Enduser-Zertifikate hat sich Worm verhört. Da hat er sich offensichtlich verhört oder sonst etwas falsch verstanden, sagen Sie mehrmals. Können Sie sagen, Herr Ing. Worm, was bezüglich der 70 Kilo Zertifikate gesprochen worden ist?

Worm: Es ist genauso, wie es hier steht: „Wie Sie wissen, sind 70 Kilo Pläne“ — Enduser-Zertifikate sicher nicht — „verschwunden.“ Die Prämisse „Wie Sie wissen . . .“ ist sicher gefallen und darunter auch das Enduser-Zertifikat. Für mich signifikant war die Bemerkung: Wir sind dabei, es jetzt aufzubringen.

Helene Partik-Pablé: Ich halte Ihnen vor, was der Zeuge sagt. Er sagt auch: „Wir sind jetzt dabei, dieses Enduser-Zertifikat aufzubringen.“ Was sagen Sie dazu?

Demel: Ich sage dazu, daß das jetzt ein Widerspruch ist, denn in seinem Artikel hat er geschrieben, zusammen mit den 70 Kilo Plänen sei das Enduser-Zertifikat verschwunden. Das steht in der rechten Spalte in der Mitte.

Helene Partik-Pablé: Woraus schließen Sie, daß der Artikel von Herrn Worm ist?

Demel: Von wem denn?

Helene Partik-Pablé: Ich weiß es nicht, er ist nicht gezeichnet. Wenn Sie den meinen . . .

Demel: Da steht: „profil“ flog nach Bangkok. Außer Herrn Worm habe ich nur, wie gesagt, den jungen Mann . . . Wenn der kein Mitarbeiter ist, weiß ich nicht, wer er ist. Aber, jedenfalls: wenn „profil“ dort hinflieg und das wiedergibt, wer soll es denn sonst sein?

Helene Partik-Pablé: Na gut, den Artikel kann aber trotzdem jemand anderer geschrieben haben, nicht?

Demel: Ja sicher, und eine Privatperson kann auch sagen, was sie will. Ich hätte auch dem Herrn Worm sagen können, er soll nach Alaska fahren.

Helene Partik-Pablé: Ja, Herr Dr. Demel, Sie haben heute gesagt: Ich habe dem Herrn Worm von überhaupt keinen verschwundenen Plänen . . .

Demel: Richtig.

Helene Partik-Pablé: Das sage ich ja, daß das falsch ist.

Demel: Richtig.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Worm sagt, Sie haben davon gesprochen.

Demel: Ja das ist ein Hinweis darauf, daß er sich offenbar doch öfter irrt, weil es sinnlos ist. Ich habe das erklärt, erkläre es noch einmal: Es geht aus allen Akten hervor, daß die Pläne mit allen Unterlagen, Bauzeichen und so weiter einmal auf dem Schiff waren und ein zweites Mal voraus mit dem Flugzeug geschickt wurden. Die sind nicht verlorengegangen. Ganz im Gegenteil, die sind angekommen.

Helene Partik-Pablé: Aber das ist doch etwas sehr Signifikantes (Demel: Ja.), die Pläne und die Passage Ihrer Unterredung. (Demel: Ja.) Glauben Sie im Ernst, daß er sich hier geirrt hat, der Herr Worm?

Demel: Ja, oder er hat es absichtlich falsch gemacht.

Helene Partik-Pablé: Ja was hätte er davon?

Demel: Das weiß ich nicht, was er davon hat.

Helene Partik-Pablé: Wenn man jemand anderem eine Aussage in den Mund legt, die offensichtlich falsch ist, dann müssen ja doch irgendwelche Motive da im Hintergrund stehen.

Demel: Ein Journalist hat immer Motive, um einen Artikel zu schreiben.

Helene Partik-Pablé: Also Sie glauben, daß dem Herrn Worm durchaus zuzumuten ist, daß er Ihnen etwas in den Mund legt, was Sie nicht gesagt haben, um einen Artikel zu schreiben?

Demel: Ja, zum Beispiel.

Helene Partik-Pablé: Das nehmen Sie an? Und daß er hier vor dem Ausschuß lügt, um einen Artikel zu schreiben, das nehmen Sie an?

Demel: Das halte ich für möglich.

Helene Partik-Pablé: Und daß er als Zeuge vor dem Gericht ebenfalls eine falsche Zeugenaussage macht, nur um einen Artikel zu kriegen?

Demel: Ich bin nicht dazu da, anzunehmen, was er vor Gericht sagen wird. Das muß er wissen.

Helene Partik-Pablé: Ich meine, das halte ich Ihnen jetzt nicht vor, aber es steht natürlich in Widerspruch dazu, daß der Ing. Worm, als er zurückkam, keinen Artikel geschrieben hat über das Ganze, sondern erst als Zeuge einvernommen worden ist und der Herr Kindermann dann einen Artikel geschrieben hat.

Demel: Das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Also Sie bleiben dabei?

Demel: Nein, Entschuldigung, das weiß ich nicht, ob er das in der . . . Das kann ich auch nicht wissen.

Helene Partik-Pablé: Zurückkommend auf Ihre Aussage — was sagen Sie dazu, daß der Ing. Worm das sagt? —: Wenn uns das gelingt, nämlich, die Enduser-Zertifikate aufzubringen, dann werden wir damit die Justiz überraschen, und Udo Proksch kommt zurück. Wenn nicht, wird er nie mehr wieder nach Österreich zurückkehren. Ist das der Fall?

Demel: Das war meine Vermutung von ihm, daß er sich so verhalten wird.

Helene Partik-Pablé: Ist das gefallen von Ihrer Seite aus?

Demel: Das ist so gefallen, daß es meine Vermutung ist, daß er sich so verhalten würde.

Helene Partik-Pablé: Also diesbezüglich stimmt die Gesprächswiedergabe von . . .

Demel: Das weiß ich nicht, weil ich die nicht genau gehört habe, sie war zwei . . .

Helene Partik-Pablé: Ich habe es Ihnen gerade vorgelesen.

Demel: Ja, das sind immer so Bruchstücke. Sie haben sie ja vor sich, ich habe sie nicht.

Helene Partik-Pablé: Aber wenn es uns gelingt, die Enduser-Zertifikate aufzubringen, dann werden wir damit die Justiz überraschen, und Udo Proksch kommt zurück. Wenn nicht, wird er nie mehr wieder nach Österreich zurückkehren.

Demel: Das ist meine Vermutung.

Helene Partik-Pablé: Inhaltlich?

Demel: Ja, inhaltlich paßt das.

Helene Partik-Pablé: Inhaltlich paßt das.

Herr Worm, Sie sagen dann in Ihrem Aktenvermerk, es ist vereinbart worden mit Herrn Dr. Demel — er bleibt 14 Tage in Bangkok —, nach seiner Rückkehr ruft er Sie an wegen des Termins.

Demel: Bitte schön, Bangkok hat er gesagt? Das habe ich sicher nicht gesagt.

Helene Partik-Pablé: 14 Tage in Bangkok.

Demel: Das habe ich sicher nicht gesagt, weil ich nicht 14 Tage in Bangkok war.

Helene Partik-Pablé: Hat der Herr Demel gesagt, wohin er fährt?

Worm: Er hat gesagt, nach Thailand.

Helene Partik-Pablé: Nach Thailand. Ist das eine Schlampelei von Ihnen, das mit Bangkok, oder hat er das gesagt „14 Tage in Bangkok“? Oder ist es eh unwesentlich?

Worm: Nein. Er hat gesagt Thailand. Er hat gesagt Thailand. Ganz sicher. Das ist korrekt, was da gesprochen wird.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Worm sagt, nach der Rückkehr werden Sie ihn anrufen wegen eines Termins?

Demel: Nein, das hat . . . Ich werde ihn anrufen?

Helene Partik-Pablé: Ja, wegen eines Termins wegen Udo Proksch. (Demel: Aha, sehr interessant!) Sie sind ja ersucht worden, daß Sie eine Verbindung herstellen.

Demel: Ich darf Ihnen sagen, ich rufe niemals einen Journalisten an, sondern wenn einer von mir etwas will, muß er mich anrufen. Ich habe die Pressestelle im Haus, und normalerweise ruft jemand an, wenn er etwas will. Also ich habe sicher nicht gesagt, ich rufe ihn an.

Helene Partik-Pablé: Die Pressestelle wird aber wahrscheinlich nicht bei privaten Dingen anrufen, also über die Pressestelle, nicht (Demel: Ich verstehe die Frage nicht!), sondern die Pressestelle meinen Sie ja im Präsidium des Arbeitsgerichtes, nicht? Da wird ja wahrscheinlich nicht die Zentralstelle sein, um Informationen über Udo Proksch auszutauschen?

Demel: Aber der Herr Worm ist ja auch keine Zentralstelle, nicht?

Helene Partik-Pablé: Gut. — Herr Worm, wie war das bitte?

Worm: Ist genauso gewesen, wie es da steht, und ich gebe zu bedenken, daß in 50 Prozent unserer bisherigen Treffen einmal nicht ich von ihm, sondern einmal ich von ihm angerufen wurde beziehungsweise einem seiner Vertreter. (Wörtlich!)

Demel: Ich? In 50 Treffen?

Worm: Wir haben uns zweimal getroffen. Das erste Mal, wie Sie richtig sagen — ich habe nicht die Zeit einzuordnen gewußt —, irgendwann in den ersten achtziger Jahren. Und der Wunsch des Gespräches kam von Ihnen. Da haben Sie mich zum Abendessen eingeladen in die Grotta Azzurra.

Demel: Das paßt schon, das kann schon stimmen. Aber ich habe Sie nicht eingeladen, sondern eingeladen hat Dr. Stern.

Worm: Ich weiß nicht, wer die Rechnung bezahlt hat, wahrscheinlich war es einer von . . .

Helene Partik-Pablé: Wer hat wen angerufen, wenn Sie sich noch erinnern können. Haben Sie damals den Herrn Worm angerufen?

Demel: Nein. Damals hat Dr. Stern meines Wissens gesagt . . . Ich wollte von ihm erreichen, daß er mit den wenig freundlichen Artikeln gegen mich im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit im Wissenschafts- und Justizministerium aufhört, und Dr. Stern hat gesagt, es ist besser, das friedlich zu bereinigen, er wird ein Treffen arrangieren. So war das.

Worm: Das war auf seinen Wunsch hin. Es kam nicht von mir dieser Wunsch, sondern der kam von ihm, so meinte ich das.

Demel: Ja, aber ich habe nicht angerufen.

Helene Partik-Pablé: Die Initiative ist von Ihnen gekommen.

Demel: Ja.

Worm: In diesem Fall war es so: Es hat mir Dr. Demel mitgeteilt, daß er jetzt 14 Tage nicht da sei und daß er mich nachher anrufen wird, wenn es zu so einem Gespräch mit dem Herrn Proksch gekommen ist. Vielleicht hatte er vor, mich überhaupt nicht zu vermitteln. (Demel: Nein!) Das wäre ja eine Denkmöglichkeit.

Demel: Darf ich, bitte, sagen: Das war noch genauer, und zwar hat der Herr Ing. Worm zu mir gesagt, er werde mich nach seiner Rückkunft sofort anrufen, und zwar um den 5. oder 6., worauf ich ihm gesagt habe, da wird er der einzige sein, weil ich bis 10. in Thailand bleibe.

Helene Partik-Pablé: Kann es möglich sein, Herr Worm, daß das zuerst Ihr Vorschlag war: Ich rufe Sie an am 5. oder 6., wenn Sie wahrscheinlich zurück sind!, und daß dann Dr. Demel gesagt hat: Na, da bin ich noch nicht da!, und daß daraufhin diese Vereinbarung ist, oder was sagen Sie zu seiner Version?

Worm: Nachdem er mir am Anfang des Gespräches mitgeteilt hat, daß er jetzt 14 Tage in

Fernost ist, werde ich mit Sicherheit nicht gesagt haben, daß ich ihn in zehn Tagen oder in neun Tagen im Amt anrufen werde.

Demel: Bitte schön, ich habe nie gesagt, ich bin in Fernost. Ich möchte das gleich richtiggestellt haben im Hinblick auf das Vorige.

Helene Partik-Pablé: Herr Ing. Worm, hat Dr. Demel gewußt, wo er anrufen soll? Sie schreiben: Nach Rückkehr ruft er mich an wegen eines Termins. Hat er gewußt, wo er Sie anrufen soll? Haben Sie ihm eine Visitenkarte gegeben oder was?

Worm: Wo erreicht man einen „profil“-Journalisten?

Helene Partik-Pablé: Ich meine nur. Eine Visitenkarte oder ähnliches ist nicht gegeben worden?

Worm: Nein, nein.

Helene Partik-Pablé: Hat Dr. Demel gefragt: Wo kann ich Sie anrufen?

Worm: Nein. Er weiß ja, wo ich bin.

Helene Partik-Pablé: Was sagen Sie, Herr Dr. Demel — das sind doch ganz massive Vorwürfe, ich muß Sie schon noch einmal fragen —, was sagen Sie dazu, was hätte der Worm für einen Vorteil, außer daß er eine Story schreiben sollte . . . ?

Demel: Den nächsten Artikel.

Helene Partik-Pablé: Nein, den hat er ja nicht, weil er nicht geschrieben hat darüber. Der Kindermann hat den Artikel gehabt (Demel: Den „profil“-Artikel?), während bei Ihnen sehe ich schon etliche Vorteile, die Sie davon haben.

Demel: Und zwar? Ich sehe: die Vernehmung da.

Helene Partik-Pablé: Weil es natürlich sehr unangenehm ist. (Demel: Ist ein toller Vorteil!) Das wissen ja Sie besser als ich, welche Unannehmlichkeiten . . .

Demel: Wo ist da der Vorteil?

Helene Partik-Pablé: Wenn Sie nicht die Wahrheit sagen, ist es für Sie von größerem Vorteil. Und warum . . .

Demel: Wieso? Wenn ich nicht die Wahrheit sage, ist es für mich von Vorteil?

Helene Partik-Pablé: Wenn Sie hier in dem Ausschuß das alles zugeben, was der Herr Ing. Worm gesagt hat, dann ist es für Sie von wesentlichem Nachteil, bitte.

Demel: Sie haben ja gesagt von Vorteil, wenn ich hier nicht die Wahrheit sage.

Helene Partik-Pablé: Na wenn Sie hier alles das zugeben würden, wenn Sie zugeben würden, dann könnte ich mir vorstellen, daß es für Sie sehr unangenehm ist, und deshalb kann ich bei Ihnen eher einen Grund finden, daß Sie nicht die Wahrheit sagen, als beim Worm, der diesen Aktenvermerk sofort angefertigt hat und, wie gesagt, nicht einmal einen Artikel gemacht hat.

Demel: Ich finde diese Beweiswürdigung, gleich am Anfang fix anzunehmen, weil es in der Zeitung steht, muß es wahr sein, und was wer anderer sagt, ist völlig gleichgültig . . . Ich habe bis jetzt nirgends eine Möglichkeit gehabt, das in amtlicher Form bisher zu sagen beziehungsweise zu schreiben, außer in einer Meldung, die ich an meine vorgesetzte Dienststelle gemacht habe.

Helene Partik-Pablé: Ich habe mich nicht auf Zeitungsmeldungen bezogen, sondern ich habe mich auf Ihre Aussagen heute bezogen, auf die Aussagen von Worm bezogen. Und aus den heutigen Aussagen geht ja hervor, daß Sie eigentlich schon ziemlich involviert auch waren in diese ganze Sache. Schon wenn ich an Ihre ganze Sachverständigen-Tätigkeit denke. (Zwischenruf: Rieder.) Ich bin ohnehin schon am Schluß, Herr Dr. Rieder, Sie können ja dann fortfahren.

Demel: Ich weiß nicht, was eine Beweiswürdigung vorher schon soll.

Helene Partik-Pablé: Das ist keine Beweiswürdigung.

Demel: Was denn?

Helene Partik-Pablé: Weil die Beweiswürdigung nimmt, wenn schon überhaupt, der gesamte Ausschuß vor, sondern das ist etwas, was ich Ihnen entgegenhalte als meine Meinung.

Obmann Steiner: Als nächster hat sich Dr. Pilz gemeldet. Bitte.

Pilz: Ich glaube, wir sollten doch eines zur Kenntnis nehmen, daß da in den meisten Punkten einander Aussagen diametral gegenüberstehen und man nicht so einfach von da aus sagen kann, wer recht hat oder wer unrecht hat. In 95 Prozent der Aussagen muß man einfach konstatieren: Die stehen einander gegenüber, und wie bis jetzt die Befragung gezeigt hat, bleiben auch beide Zeugen bei ihren ursprünglichen Versionen. Möglicherweise wird einiges geklärt werden durch diese zusätzliche Zeugeneinvernahme beim Untersuchungsrichter. Aber möglicherweise gibt es bei einzelnen Punkten doch Ansatzpunkte, daß man ein bisschen weiterfragt.

Diese Sache mit dem Mitarbeiter ist bereits gefragt worden. Vielleicht handelt es sich da wirklich nur um einen unwesentlichen Irrtum von Ihrer Sei-

te, daß Sie den als Mitarbeiter bezeichnet haben, es war vielleicht nur eine Ungenauigkeit.

Eine andere Frage ist diese Frage mit den Plänen. Herr Worm, können Sie das mit diesen 70 Kilo Plänen ganz kurz noch einmal wiederholen, wie sich dieser Gesprächsteil abgespielt hat?

Worm: Es ist genauso, wie es dort steht. Wie Sie wissen, sind 70 Kilo Pläne verschwunden, darunter war das Enduser-Zertifikat über die Uranerzaufbereitungsanlage. Wie Sie wissen, war für mich nichts, wie Sie wissen, weil ich es nicht gewußt habe und die 70 Kilo als Zahl überhaupt nirgendwo gekannt, vorher erfunden habe. Und ich konnte es nicht erfinden. Es ist so etwas, das kann man ganz einfach nicht erfinden.

Pilz: Das ist jetzt ein wichtiger Punkt. Wenn Sie das früher gewußt hätten, daß hier 70 Kilo Pläne irgendwie abhanden gekommen sind, was hätten Sie als Journalist mit dieser Information gemacht?

Worm: Ich hätte einmal nachgeforscht — die übliche Routinerecherche —: Was hat das zu bedeuten? Was hat es zu bedeuten, daß darunter ein Enduser-Zertifikat ist? Was hat es zu bedeuten, wenn ein Richter sagt: Wir werden versuchen, das aufzubringen?

Pilz: Ich habe diese Frage anders gemeint. Wenn Sie vorher davon erfahren hätten, wenn Sie gewußt hätten . . .

Worm: Dann hätte ich das überhaupt nicht aufgeschrieben, denn das wäre ja für mich völlig uninteressant gewesen.

Pilz: Herr Dr. Demel, Sie haben ja im Gegensatz zum Herrn Worm offensichtlich ziemlich ungehinderten Zutritt und Einsichtsmöglichkeiten in den Akt gehabt. Stimmt das?

Demel: Ich glaube, die Journalisten haben genauso ungehinderten und noch besseren Zutritt gehabt und früheren Zutritt.

Pilz: Aber machen wir es einmal unabhängig vom Herrn Worm. Haben Sie die Möglichkeit gehabt, in den Strafakt Einsicht zu nehmen?

Demel: In den gesamten Strafakt sicher nicht.

Pilz: Haben Sie die Möglichkeit gehabt, in diesen Teil, wo über diese 70 Kilo gesprochen wird, das heißt Aussage Udo Proksch, Einsicht zu nehmen?

Demel: Nein, ich glaube nicht, daß das die Aussage war, sondern das ist eine Eingabe der Anwälte gewesen — die habe ich gesehen —, und zwar ist eine Aufstellung gemacht worden, schon im Zivilverfahren, was alles auf dem Schiff gewesen sein soll. Und unter anderem ist da von vornherin immer festgehalten worden, daß dieses Paket

oder die Pakete, also 60 oder 70 Kilo Pläne, einmal mit dem Schiff und einmal mit dem Flugzeug . . . Und gerade das sage ich ja immer: Diese Pläne sind nicht verschwunden, die Pläne sind auch nicht untergegangen, weil sie ohnehin, also gesondert, noch einmal mit dem Flugzeug nach Hongkong gebracht wurden.

Pilz: Aber Sie haben von diesen 70 Kilo Plänen gewußt.

Demel: Ja. Schon lange.

Pilz: Schon lange.

Herr Worm — was jetzt Ihrer Aussage entspricht —, als Sie von Dr. Demel von diesen 70 Kilo erfahren haben, dann haben Sie begonnen, das nachzuerforschieren. Womit können Sie das belegen?

Worm: Wie ich das Recherchieren belegen kann?

Pilz: Ja.

Worm: Ja ich würde sagen, Sie fragen den Staatsanwalt Schindler, den ich gleich am ersten Tag belästigt und gebeten habe, ob er mir da behilflich sein könne, was ein Versuch war, der nicht ganz zu meiner Zufriedenheit ausgegangen ist. Das war am 3. Januar, also am selben Tag meiner Rückkehr, am Vormittag, glaube ich, sogar noch.

Pilz: Das heißt, sofort nach Ihrer Rückkehr (Worm: Am selben Tag!), am Tag Ihrer Rückkehr haben Sie versucht, dieser neuen Information über diese 70 Kilo nachzugehen?

Worm: So ist es, richtig.

Pilz: Herr Dr. Demel, würden Sie darin einen Hinweis sehen, daß das für den Herrn Worm eine neue Information war?

Demel: Ich verstehe das nicht, und zwar verstehe ich es deswegen nicht, weil ich mir — ich erkläre es noch einmal — nicht im klaren bin, was das heißen soll, denn es kann doch nicht sein, daß die Endabnehmer-Urkundenzertifikate und Bestätigungen verlorengegangen sein sollen, wenn die Sachen nicht einmal noch in Hongkong waren. Das setzt ja voraus, daß sie weitergehen, daher können sie nicht verschwunden sein. Ich kann mit dieser Version nichts anfangen.

Pilz: Ich habe Sie jetzt nicht nach den Details dieser Version gefragt, sondern ich habe Sie nur danach gefragt, ob das für Sie einen Sinn ergibt, daß der Herr Worm am Tag seiner Rückkehr mit einer offensichtlich neuen Information über diese 70 kg sofort mit der Recherche beginnt. Deutet das für Sie darauf hin, daß er diese Information offensichtlich erst kürzlich erhalten hat?

Demel: Ich weiß es nicht.

Pilz: Ich frage Sie, ob das darauf hindeutet.

Demel: Ob das darauf hindeutet? — Ich weiß nicht, worauf das hindeutet. Ich war ja nicht dabei.

Pilz: Sie waren möglicherweise im Flugzeug dabei, als über das Ganze gesprochen worden ist.

Demel: Wieso möglicherweise?

Pilz: Schauen Sie, es gibt da jetzt mehrere Hinweise. Man kann das beim Herrn Worm wahrscheinlich sehr leicht überprüfen, denn in so einem Programm gibt es ja sicher eine Datenverwaltung, und da kann man auch überprüfen, wann Files angelegt worden sind und so weiter. Und da wird sich mit Sicherheit herausstellen, dieses File des Herrn Worm, so nehme ich es zumindest an, ist eröffnet und eingegeben worden an diesem Tag, von dem auch dieser Aktenvermerk seiner Aussage nach stammt. Das heißt, es müßte über das Programm, also über seinen Computer nachweisbar sein, wenn es sich um eine Dateiverwaltung dieser Art handelt, daß die Eingabe an diesem Tag stattgefunden hat. Er gibt an diesem Tag ein: 70 kg, kommt zurück nach Wien und geht sofort damit zum Staatsanwalt, weil er in sein File reinschreibt — in Klammern —: „(Weiß mit 70 kg nichts anzufangen? Was ist das?)“ Er geht dann sofort zum Staatsanwalt und fragt den Staatsanwalt: Herr Staatsanwalt, ich habe keine Ahnung, was das bedeutet: 70 kg. Ich habe da eine rätselhafte Auskunft bekommen. Können Sie mir da vielleicht weiterhelfen?

Deutet das für Sie darauf hin, daß es seine Richtigkeit hat, daß zumindest — ich sage jetzt nicht über Enduser-Zertifikat und diese ganzen Sachen und verlorengegangen — über 70 kg im Zusammenhang mit dem ganzen Fall Lucona doch bei diesem Gespräch gesprochen worden ist?

Demel: Das habe ich ja auch gesagt. Aber ich sehe da den Neuheitseffekt nicht. Offenbar hat er beim Staatsanwalt das . . . Entweder hat es ihm der Staatsanwalt nicht gesagt, oder er hat es falsch verstanden. In dem Artikel ist jedenfalls der Niederschlag genau verkehrt.

Pilz: Sie sagen da in der Zeugenaussage: Ich habe dem Herrn Worm von überhaupt keinen verschwundenen Plänen . . . und so weiter.

Demel: Richtig, weil sie nicht verschwunden sind.

Pilz: Wo sind sie sonst?

Demel: Die sind nach Hongkong gebracht und von dort weitergegeben worden.

Pilz: Woher wissen Sie das?

Demel: Das nehme ich aus dem Schriftsatz an. Und genau darum geht es ja, daß die Endverbraucher-Urkunden herbeigeschafft werden sollen.

Pilz: Sie haben hier, Herr Dr. Demel, nachdem wir jetzt in dieser Gegenüberstellung Einvernahme darüber erzielt haben, daß über diese 70 kg schon im Flugzeug gesprochen worden ist, mit Bestimmtheit gesagt, Sie wissen — wir können das im Protokoll dann ausheben lassen —, Sie wissen, daß sie nicht verschwunden sind. Wenn man etwas weiß, dann kann man es normalerweise auch beweisen.

Demel: Nein, ich weiß sehr viel und kann es nicht beweisen.

Pilz: Aha! Und warum wissen Sie, daß die nicht verschwunden sind?

Demel: Weil Recht haben und Recht beweisen zweierlei Dinge sind und weil ich aus den Erzählungen und aus den Aussagen von früher weiß, daß unabhängig von der Schiffsladung die Papiere gesondert mit dem Flugzeug nach Hongkong gebracht wurden.

Pilz: Heißt das jetzt, Sie wissen oder Sie glauben?

Demel: Ich war nicht dabei. Glauben tun wir in der Kirche. Ich habe die Mitteilung erhalten, daß es so war. Ob diese Mitteilung stimmt, habe ich nicht überprüft, weil das nicht meine Aufgabe und auch nicht meine Pflicht war.

Pilz: Ich weiß jetzt nicht, ob der „Club 45“ eine Kirche ist, aber offensichtlich wird da Glauben und Wissen wirklich verwechselt. Gut.

Sie können also keinen Beleg und keinen Beweis dafür anführen, daß diese 70 kg nicht abhanden gekommen sind.

Zumindest sind wir einen Schritt in dieser Gegenüberstellung weitergekommen und haben zumindest ein Stück ein bißchen klären können.

Demel: Bitte, das haben wir von vornherein so gehabt.

Pilz: Eine letzte Frage habe ich noch an Sie. Sie haben auf die Frage der Frau Dr. Partik-Pablé betreffend Kontakt mit Lansky nach Ihrer Rückkehr geantwortet, daß es, wenn ich Sie richtig verstanden habe, keinen Kontakt mehr gegeben hat. Ist das richtig?

Demel: Ich habe gesagt: Nicht mit Lansky, sondern mit Zerner.

Pilz: Ist es richtig, daß es seit Ihrer Rückkehr keinen Kontakt mit Lansky gegeben hat?

Demel: Ja.

Pilz: Sind Sie sich auch sicher, daß Sie sich seit Ihrer Rückkehr nicht an einem Sonntag in Ihrem Gericht mit Lansky getroffen haben?

Demel: Seit meiner Rückkehr?

Pilz: Ja, seit Ihrer Rückkehr.

Demel: Ja, da bin ich mir sicher.

Pilz: Danke.

Obmann Steiner: Herr Abgeordneter Schieder, bitte.

Schieder: Herr Ing. Worm, Sie haben betreffend die 70 kg gesagt, daß das für Sie etwas Neues war. Ihnen in keinem Zusammenhang aufgefallen ist, und Dr. Demel hat gesagt, ihm waren die 70 kg bekannt. Es wurde dieser Punkt nun vom Abgeordneten Pilz als einer der Punkte genommen, wo, wenn Sie in keinem Zusammenhang von 70 kg gewußt haben, er schon, die Wahrheit zu finden wäre, und er hat unterstellt, wenn man Ihnen zeigen könnte, daß Sie von 70 kg etwas gewußt hätten, dann würde Ihre Version ins Wanken kommen.

Ich frage Sie nun: Sie haben gesagt, daß Sie sich auf dem Weg nach Hongkong befunden haben, um den Herrn Corrigan zu finden. Oder?

Worm: Unter anderem!

Schieder: Unter anderem. Und Sie haben auch gesagt, daß Sie wegen der 70 kg nachher auch das Buch durchstudiert haben und sie nicht gefunden haben.

Worm: Nein, ich habe nicht gesagt, daß ich, um das festzustellen, dieses Buch durchstudiert habe. Ich habe in diesem Buch geblättert, natürlich.

Schieder: Aber Sie haben sich sicherlich, bevor Sie zu Corrigan gefahren sind, die diesbezüglichen Passagen dieses Buches angesehen?

Worm: Überhaupt nicht, nein.

Schieder: Überhaupt nicht? (Worm: Nein!) Sie haben das Buch vorher nicht gelesen?

Worm: Herr Doktor, ich darf Ihnen sagen, was ich vorher gelesen habe.

Schieder: Wissen Sie, ich möchte Ihnen nämlich vorhalten . . .

Worm: Sie brauchen mir gar nichts vorzuhalten. Ich sage Ihnen, was ich vorher gelesen habe. Ich habe mir ein Dokument vorgenommen, das von allen Zweifeln frei ist, nämlich den Untersuchungsbericht des Richters vom Bezirksgericht der Sense, wo die Geschichte ganz klar und . . .

Schieder: Ich habe Sie nach dem Buch gefragt. Danke schön. Sie haben sich also das Buch nachher angeschaut. Wenn ich zum Beispiel schauen würde 70-kg-Paket, Hongkong, Corrigan, dann würde ich im Inhaltsverzeichnis, im Index, unter Corrigan nachschauen. Da steht: Seite 229 f. Da finden Sie nichts über 70 kg. Dann würde ich mir die nächste Ziffer anschauen: Seite 252. Auf Seite 252, „Zapata-Design“, steht: „Siebzig Kilogramm wog das Paket mit allen technischen Zeichnungen, das Owen Corrigan am 22. Oktober 1976 namens der Käuferfirma NPT übernahm und dessen Empfang er quittierte.“ — Was sagen Sie dazu?

Worm: Herr Doktor, Sie halten mir eine Aussage vor, die der Herr Pretterebner gemacht hat. Es tut mir leid, ich habe es nie getan. Es tut mir leid, ich habe noch dazu einen Staatsanwalt als Zeugen, der mit der Auskunft . . .

Schieder: Ich frage nur: Sie haben diesen Absatz in dem Buch bis zum 25. oder auch nachher, Sie haben ihn bis jetzt, bis zu dem Vorhalt nicht gekannt?

Worm: Ich darf Ihnen versichern, ich habe bis zum heutigen Tage diese Passage nicht gelesen.

Schieder: Danke schön.

Worm: Ich verlasse mich auf Bezirksgerichtsakten, wo . . .

Schieder: Sie haben ja ein Recht darauf, es nicht zu lesen. Ich halte Ihnen gar nicht vor, daß Sie das Buch nicht gelesen haben. Es ist ja nicht Ihre Pflicht, es zu lesen.

Worm: Ich habe nicht gesagt, daß ich dieses Buch nicht gelesen habe. Ich darf Ihnen sagen, wie ich es gelesen habe. Ich habe es schwerpunktartig gelesen, einmal das, einmal das, passagenweise und so weiter. So wie Sie das mutmaßlich auch gemacht haben, Herr Doktor. Es gibt da nämlich drinnen Informationen und Darstellungen, die Sie heute auch dargelegt haben, als Sie mich um diesen Aktenvermerk gefragt haben. Der ist nämlich auch da drinnen erwähnt, da hätten Sie nur dort nachzuschauen brauchen. Das habe ich sehr wohl gelesen.

Schieder: Ich wollte nur wegen der 70 Kilo fragen, weil es mich interessiert hat, ob man das tatsächlich nur wissen konnte, wenn man den Akt gesehen hat, oder ob das einem breiten Leserkreis zugänglich war. Also im Buch findet es sich. Aber ich nehme gerne zur Kenntnis, daß Sie es . . .

Worm: Das Buch hat 500 Seiten.

Schieder: Herr Kollege Worm, das war kein Vorwurf. Ich nehme zur Kenntnis, Sie haben es

eben nicht gelesen. Ich habe dem nichts hinzuzufügen.

Worm: So ist es.

Schieder: Es gibt einen zweiten Punkt. Wenn man jemanden im Flugzeug fragen würde, welche der beiden Darstellungen stimmt, dann würde das für einen normal Mitfliegenden ein Punkt sein, und zwar ein sehr banaler, an Hand dessen man überprüfen könnte — und man könnte dann unzuverlässigerweise daraus schließen, ob es in den anderen Punkten auch so ist —, welcher der beiden Herren die Wahrheit gesagt hat. In einem Punkt, und zwar in einem leicht feststellbaren, widersprechen Sie einander, und ich möchte nur, um sicherzugehen, denn es ist vielleicht durch die Stewardess oder irgend jemand festzustellen, noch einmal beide fragen, ob Sie tatsächlich bei Ihrer Aussage bleiben. Der Herr Dr. Demel hat gesagt, während des Gespräches oder eines Großteils des Gespräches ist der Herr Ing. Worm gestanden und hat mit ihm gesprochen. Der Herr Ing. Worm hat gesagt, nein, er ist gesessen während des gesamten Gespräches, als er mit Dr. Demel gesprochen hat. Da das ein leicht verifizierbarer Punkt ist, auch für einen, der nicht zuhören konnte, möchte ich beide nun fragen, ob sie bei dieser Aussage bleiben.

Worm: Sprechen Sie mich an?

Schieder: Wenn Sie wollen. Ich bitte Sie.

Worm: Herr Abgeordneter! Sieht man davon ab, daß ich aufgestanden bin und ihm die Hand gegeben habe und mutmaßlich beim Auf-Wiedersehen-Sagen dasselbe noch einmal gemacht habe, bin ich das ganze Gespräch über gesessen. Wenn Sie sich den Sitz Nummer 1A anschauen, wo ich gesessen bin, dann würde ich Sie einladen, doch einen Lokalausweis im Flugzeug zu machen. Ich bin gesessen auf dem Sitz Nummer 1A. (Zwischenruf.) Nein, es ist nicht so eng, aber es bestand kein Grund aufzustehen. Da geht einer aufs Klo, das ist ja keine Staatshandlung. Ich darf ja da auch sitzen im Ausschuß. Ich bin die ganze Zeit gesessen. Und ich sage es noch einmal: Ich bin mit keinem blonden Mann, blonden Mitarbeiter geflogen. Ich verweise jedoch darauf, . . .

Schieder: Ich wollte nur wissen, ob Sie die meiste Zeit, mit Ausnahme des Grüßens am Anfang und am Ende, gesessen sind.

Worm: Völlig richtig.

Schieder: Herr Dr. Demel, bleiben Sie bei Ihrer Aussage?

Demel: Bitte schön, ich weiß jetzt nicht, ob er die ganze Zeit gesessen oder gestanden ist, auf jeden Fall ist er auf mich zugekommen, denn ich

bin nicht auf ihn zugekommen (Zwischenruf.) Nein, bitte schön, so eng ist es ja dort nicht, immerhin war das ja die erste Klasse, und die erste Reihe ist bekanntlich fußfrei, also so eng ist es nicht. Ich möchte, bitte, zuerst zurückkommen, weil mich der Herr Pilz so direkt . . .

Schieder: Also zum Großteil ist er gestanden.

Demel: Ich kann mich erinnern, daß er auf jeden Fall gestanden ist, denn wenn er nicht gestanden wäre, dann wäre ich nicht auf die Idee gekommen, dem Löscher zu deuten, daß er mit mir redet, denn sonst hätte der ja nichts hören können, nehme ich an. Ich möchte zu der Frage, ob ich Lansky gesehen habe, nur sagen: Lansky geht öfters beim Gericht ein und aus. Also ich halte das für möglich. Ich habe mich mit ihm nicht getroffen, aber daß er am Gericht mit mir geredet hat oder guten Tag gesagt hat . . . (Graff: Am Sonntag?) Am Sonntag nicht. Aber daß ich ihn seither, seitdem ich zurückgekommen bin, gesehen habe, das stimmt schon. Daß ich mich am Sonntag mit ihm getroffen hätte, das . . . (Zwischenruf Pilz.) Daß ich ihn nicht gesehen habe, haben Sie zuerst gesagt. Also ich halte es für möglich, daß ich ihn gesehen habe. Ja.

Schieder: Wenn ich das mit dem Sitzen und Stehen . . .

Demel: Ob er zeitweise sitzt und zeitweise steht, ob er sich dazwischen einmal niedergesetzt hat und wieder aufgestanden ist, das weiß ich, bitte, jetzt wirklich nicht.

Obmann Steiner: Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Dr. Gaigg.

Gaigg: Vorerst zwei Fragen, die inhaltlich nicht sehr wesentlich sind, aber Bedeutung haben im Zusammenhang mit der Glaubwürdigkeit. Herr Ing. Worm! Nach den Schilderungen des Herrn Dr. Demel hat das Gespräch seinen Anfang in der Form genommen, daß Dr. Demel sich über Ihre Kleidung mokiert hat, zerknitterter Mantel und so weiter, und Sie wiederum zum Herrn Dr. Demel gesagt haben, naja, er mit seinem Ausschlaghemd und den Jeans würde ja auch nicht aussehen wie ein Gerichtspräsident. Sie haben in Ihrem Aktenvermerk beziehungsweise in Ihren Aufzeichnungen davon keine Erwähnung gemacht, kann sein, weil es inhaltlich nicht wesentlich ist. Aber erinnern Sie sich daran?

Worm: Es würde mich sehr wundern, wenn ich mich daran erinnerte. Ich hatte keinen Mantel, ich habe meinen Mantel an der Gepäckaufbewahrung des Flughafens Schwechat aufgegeben, wo er unter der Nummer 23, glaube ich, eine Woche kostenlos, als Service des Flughafens, verwahrt blieb. Ich trug keinen zerknitterten Mantel, wohl aber trug ich ein Maßhemd mit einer Kra-

watte, wie ich sie da habe, mit einer Steckkrawatte, und außerdem trug ich ein knitterfreies Sakko und hatte es auch den ganzen Flug an. Und überhaupt war ich dort nicht zerknittert . . . (*Zwischenrufe.*) Aus diesem Grund wundert es mich, daß ich dort mit einem zerknitterten Mantel gesehen wurde. Herr Abgeordneter, ich darf mir erlauben, darauf hinzuweisen: Wir fahren in Fernost-Länder, nur ein Wahnsinniger fährt dorthin mit einem Mantel, weil es dort Temperaturen hat, die einige Grade über jenen liegen, die wir hier haben. Das läßt sich nachprüfen, Sie können aber auch Herrn Dr. Demel . . .

Demel: Bitte schön, es war in dem Flugzeug saukalt, es haben sich alle möglichen Leute beschwert wegen der Kühlung, weil es zu stark gekühlt hat. Darum ist es mir nicht gegangen, sondern ich habe gesagt, er hat einen zerknitterten Eindruck gemacht.

Gaigg: Mantel! Bitte nachzulesen!

Demel: Entschuldigung! Ich habe dem Herrn Ing. Worm auch gesagt, ich hätte ihn nicht erkannt — dazu wird er doch etwas sagen können —, weil er einen Vollbart hatte und ich ihn in Erinnerung hatte mit einem . . .

Gaigg: . . . als einen gepflegten Menschen, immer adrett angezogen. (*Demel: Richtig!*) Aber Sie haben ausdrücklich von einem Mantel gesprochen.

Demel: Ja, ich habe ihm auch gesagt, daß ich ihn nicht erkannt hätte. Daß er darauf etwas gesagt hat, das muß er doch noch wissen. Fragen Sie ihn.

Gaigg: Herr Ing. Worm.

Worm: Ja, das ist völlig richtig. Ich habe, weil es so kalt war, mein Maßsakko angezogen, das war aber, wie gesagt, knitterfrei und war überhaupt nicht zerknittert. Daß ich schon von meiner Physiognomie her reichlich zerknittert bin, leugne ich nicht. (*Gaigg: Wir würden das bestreiten!*) Mir fehlt auch der Charme des Herrn Präsidenten Demel, den ich ihm im höchsten Maße anerkenne. Von Zerknitterung haben wir überhaupt nicht gesprochen.

Gaigg: Das heißt, Sie können sich an diese Einleitungsphase des Gespräches nicht erinnern?

Worm: Im Gegenteil, ich kann mich sehr wohl ganz genau erinnern.

Gaigg: Sie können es ausschließen, daß dieses Gespräch in dieser Form stattgefunden hat.

Worm: Ja, bitte, wenn ich dort in keinem Mantel gegessen bin und . . .

Demel: Und den Hinweis, auf meine Kleidung, den haben Sie auch nicht gesagt?

Worm: Das ist völlig korrekt, das habe ich in meiner Aussage gesagt. Aber bitte, so etwas schreibt man doch nicht in einem Aktenvermerk nieder.

Demel: Okay, das verstehe ich.

Worm: Nun habe ich in meiner Aussage gesagt, es ist ungewöhnlich, daß man einen Präsidenten in Blue Jeans trifft. Bei mir wäre es nicht ungewöhnlich, weil ich sie nicht angehabt habe. Ich habe auch keinen Mantel angehabt. Zerknittert war ich, das ist keine Frage, das bin ich aber heute auch noch.

Gaigg: *Zweite Frage, Herr Ing. Worm. Nach der Darstellung des Herrn Dr. Demel hätte er Sie gefragt, wohin Sie unterwegs wären, und Sie hätten ihm gesagt unter anderem, Sie würden versuchen, diesen Mister Corrigan aufzutreiben. Und daraufhin hat Herr Dr. Demel — so seine Darstellung — Sie darauf aufmerksam gemacht, daß der Mister Corrigan zu Weihnachten üblicherweise in England ist, Sie sollen das mit Enttäuschung zur Kenntnis genommen haben. Das findet auch keinen Niederschlag in Ihren Aufzeichnungen. Ist das richtig?*

Worm: Den Mister Corrigan wollte ich überhaupt nicht aufsuchen, sondern ich wollte aufsuchen Mister Corrigan's North Pacific Trading, und er hat davon gesprochen. Das ist richtig, fand bei mir in meinem Aktenvermerk überhaupt keinen Niederschlag, weil es nicht meine Zielrichtung war. Was mich interessiert hat, war die Firma Samalco beziehungsweise NPT, ob die physisch dort vorhanden ist. Das hat mich interessiert. Sie können sich, wenn Sie wollen, durch Fotos gerne überzeugen, daß dem nicht so ist.

Gaigg: *Ja. Herr Zeuge, in einem Punkt gibt es — und der scheint mir also wirklich wesentlich — einen sehr erheblichen Widerspruch zwischen den Aussagen der beiden Herren. Dr. Demel hat sich dahin geäußert — nachzulesen im Protokoll auf den Seiten beziehungsweise Bezifferung 1131 —, daß gegen Ende Ihres Gespräches ein junger blonder Mann aus einer rechten Reihe dazugestoßen wäre, während Sie ausgesagt haben, daß dieser junge Mann — es geht also offensichtlich um diesen Magister B. — schon vor Beginn des Gespräches neben Ihnen saß und Sie schon vor Beginn des Gespräches mit Dr. Demel sich mit ihm unterhalten haben. Das scheint mir also doch eine sehr wesentliche Diskrepanz zwischen den Aussagen zu sein. Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, Herr Ing. Worm?*

Worm: Er saß ja neben mir.

Gaigg: *Sie bleiben dabei.*

Worm: Er saß ja neben mir. Bitte, jetzt weiß ich nicht, ich schau bei Männern nicht, ob sie blonde Haare haben.

Gaigg: *Das ist egal.*

Worm: Bei der Frau Dr. Partik-Pablé fällt es mir sofort auf, aber bei Männern schaue ich nicht so genau, ob sie blond sind. Aber wahr ist, daß dieser Doktor B. oder Magister B. von hinten, von der sechsten oder siebten Reihe — weiß ich nicht —, nach vorne kam zu einem Zeitpunkt, wo ich den Herrn Dr. Demel noch gar nicht gesehen habe. Da habe ich noch gar nicht gewußt, daß er da ist. Wir haben dann miteinander gesprochen über ein Thema, das mit dem heutigen Untersuchungsthema nichts gemein hat.

Gaigg: *Mir geht es nur um das Faktum.*

Worm: Da war schon dieses Gespräch fast am Endpunkt. Auf einmal kommt der Herr Präsident Demel daher, small talk, da schau her, man kennt sich nicht, ein Präsident in Blue Jeans und in Urlaubsadjustierung. Ich sage: Guten Tag, ich bin der Worm vom „profil“ und und und. Der saß die ganze Zeit neben mir.

Gaigg: *Okay. Herr Dr. Demel, bitte, was sagen Sie dazu? Bleiben Sie bei Ihrer Aussage?*

Demel: Nach meiner Erinnerung bin ich — wie gesagt — auf dem Weg zum WC gewesen, bin dort gestanden, und er ist von hinten nach vor gekommen.

Gaigg: *Sie haben ausdrücklich gesagt, also so im letzten Teil Ihres Gespräches sei der dazugekommen.*

Demel: Ja, so habe ich das in Erinnerung, weil ich den angeschaut habe. Ich habe in Erinnerung, daß er gesagt hat: ein Mitarbeiter — ich glaube Mitarbeiter, nicht Mitreisender.

Gaigg: *Ich komme zum zweiten und letzten Punkt. Herr Ing. Worm, ist das richtig, daß Sie den Magister B. dem Herrn Dr. Demel vorgestellt haben in irgendeiner Form, oder ist er nur schweigend daneben gesessen?*

Worm: Also um der Wahrheit die Ehre zu geben, ich habe ihn überhaupt, soweit ich mich erinnern kann, nicht vorgestellt, weil ich den Namen des Herrn, der neben mir saß, in der Schnelligkeit gar nicht wußte. Das ist mein Problem. Das passiert Ihnen auch oft, daß sich Ihnen jemand sozusagen vorstellt. Völlig grotesk ist, den als Mitarbeiter zu bezeichnen. Nie in meinem Leben zuvor gesehen. Ich nominiere ja nicht einen Mitarbeiter als Zeugen, von dem man weiß, mit dem kann ich ja vorher alles absprechen. Ich ken-

ne ihn nicht; ein mir völlig unbekannter Mann, den ich in meinem Leben zweimal gesehen habe: am Hinflug, am Rückflug. Den habe ich blind dem Untersuchungsrichter nominiert, nicht wissend, was er aussagt, keine Ahnung. Ich weiß bis heute nicht, ob er überhaupt ausgesagt hat. Was habe ich für einen Grund gehabt, den zu nominieren? Ich hätte genauso gut sagen können, den gibt es gar nicht.

Gaigg: *Also Sie glauben, ihn überhaupt nicht vorgestellt zu haben?*

Worm: Nein, nein.

Demel: Entschuldigung, den Namen, glaube ich, kenne ich auch nicht. Er hat gesagt, das ist ein Mitarbeiter, nicht, das ist der Sowieso. Ich habe auch gar keine Erinnerung, wie der heißen soll.

Gaigg: *Danke.*

Obmann Steiner: *Bitte, nächster ist der Herr Abgeordnete Ermacora.*

Ermacora: *Aus dem Vermerk des Herrn Ing. Worm über das Gespräch ist ja im besonderen — nach meiner Meinung — diese Frage des Transportes der 70 Kilo Pläne und des Enduser-Zertifikates von besonderem Interesse. Aber ich möchte doch als Vorfrage noch einmal die örtlichen Umstände dieses Gesprächs klären. Wenn Herr Worm sagt, er hat auf 1A gesessen, so ist das in normalen Flugzeugen ein Fensterplatz.*

Worm: Richtig.

Ermacora: *Und neben dem Fensterplatz muß es dann wahrscheinlich noch einen zweiten, vielleicht sogar einen dritten Platz geben. Bitte, er müßte also, wenn Herr Dr. Demel an dieser Platzreihe vorbeigeht, über den Nachbarn A2 hinübergesprochen haben zu A1, das heißt Herrn Worm (Obmann Steiner: 1B!). Das heißt aber, wie Sie, Herr Worm, am früheren Nachmittag erklärt haben, ist Herr Dr. Demel gestanden und hat über A2 hinweg zu A1 gesprochen. Bitte, ist das so in Erinnerung des Herrn Dr. Demel?*

Demel: Nein, mir ist das so nicht in Erinnerung, aber es ist auch nicht so eng, wo man drübersprechen muß. Außerdem ist das die Reihe 1A, 1B, dann ist ein Gang, dann sind drei Plätze, dann ist wieder ein Gang, dann sind wieder zwei Plätze. Aber möglicherweise erklärt sich das dann insofern mit Hinübersteigen, wenn der hinten war und nach vorn gegangen ist, dann ist ja eine Zeitlang dort niemand gewesen. Und bitte, das ist nicht so eng — ich muß das noch einmal sagen —, das ist nicht so eine geschichtete Geschichte. Der Herr Worm hatte Platz 1A in der ersten Klasse gehabt, die ist fußfrei, das ist eine sehr komforta-

ble Einrichtung bei der Lauda Air. (Graff: Ich muß in einer anderen Flugzeugtype gewesen sein!)

Ermacora: Bitte, ich glaube, Herr Vorsitzender, daß man doch feststellen kann, daß unter all diesen Umständen, örtlichen Umständen, dieses Gespräch stattgefunden hat.

Jetzt würde mich bitte interessieren, warum Sie, Herr Dr. Demel, Präsident eines Gerichtes und Funktionär verschiedener Organisationen, warum Sie so genau diese Geschichte mit dem Enduser-Zertifikat des Herrn Udo Proksch kennen. Woher sind Sie so genau informiert über dieses Faktum? Das ist doch ein Faktum, das für den normal im Wirtschaftsverkehr Tätigen wahrscheinlich gar nicht so auffällig ist. Da muß man schon einige Einblicke haben in die Gebarung eines Geschäftes, um dieses Enduser-Zertifikat in den Griff zu bekommen. Warum wissen Sie diese Frage so genau?

Demel: Ich weiß es deswegen so genau, weil ich mich erinnern kann, daß zuerst von Udo Proksch, den Zivil- und den Strafanwälten versucht wurde, die Versendung nachzuweisen. Das ist ihnen nicht gelungen. Zuletzt heißt es ja, daß angeblich die Papiere aus Rumänien gefälscht sind. Und wenn man nicht nachweisen kann, daß man das weggeschickt hat, dann ist es sehr günstig, wenn man nachweist, daß etwas angekommen ist. Und dieses Angekommene, das dann verwertet worden wäre oder worden ist, wenn es nachweisbar ist, das würde schon etwas Wesentliches sein.

Ermacora: Bitte, ich bin ja nicht als Psychologe hier tätig, aber was mich vom Psychologischen her interessiert, ist, warum Sie, Herr Präsident, in einer so freimütigen Weise über diese Fragen mit einem Mann gesprochen haben, der doch in seiner journalistischen Akribie ein gewisses Engagement in der Behandlung dieses Falles erkennen ließ. Warum sprechen Sie so frei? Bitte, ich kann mich nicht mit Ihnen vergleichen, weil ich nicht diese Funktion habe. Aber ich würde persönlich wahrscheinlich nie so ohne weiteres über eine so heikle Affäre vor Zeugen möglicherweise über die Dinge sprechen. Ich stelle mir nur die Frage: Bitte, warum sprechen Sie darüber? Ist das: Wem das Herz voll ist . . .

Demel: Das hat mit vollem Herzen nichts zu tun, sondern meiner Meinung nach ist das, was in dem Buch steht, jedermann bekannt. Wenn ich schon weiß, daß der Herr Worm nach Hongkong fährt und dort bei Corrigan Recherchen macht, dann würde es mir auch sehr recht sein, wenn er da was weitergebracht hätte. Wie gesagt, wenn diese Unterlagen da wären, glaube ich, daß Verschiedenes nicht geschehen wäre, was im Herbst geschehen ist.

Ermacora: Bitte, Sie meinen also, man hat über das Enduser-Zertifikat deshalb gesprochen, weil

Sie durch das Gespräch die Zielsetzung des Herrn Worm auf dieser Reise oder am Reiseziel erkannt hatten?

Demel: Ja, ich habe das angenommen. Er hat mir nicht gesagt, er wird die Häuser kontrollieren, sondern er hat gesagt, in der Sache Corrigan wird er recherchieren oder so irgendwie sinngemäß.

Ermacora: Also die Unterhaltung, die zwischen Ihnen und Herrn Worm stattgefunden hat, ist nicht zufällig auf dieses Thema gestoßen, sondern ist offenbar durch die von Ihnen erkannte Zielsetzung der Reise Worm sichtbar geworden.

Demel: Das hat er gesagt, das hat er selbst erklärt, wohin er fährt.

Ermacora: Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke. Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Dr. Demel! Konnte nach Ihrem Eindruck aufgrund des Gesprächs mit Ing. Worm dieser davon ausgehen, daß Sie ihn nach Ihrer Rückkehr anrufen werden?

Demel: Also meinem Wissensstand nach konnte er davon nicht ausgehen, aber er hat nach meiner Erinnerung abschließend noch einmal gesagt, er werde mich sofort anrufen, wenn ich zurück sei.

Rieder: Herr Worm, jetzt die Frage an Sie. Nach Ihrem Eindruck, auch wie Sie uns das geschildert haben, sind Sie davon ausgegangen, daß Sie der Herr Dr. Demel nach der Rückkehr anrufen könnten.

Worm: Richtig, ja.

Rieder: Ich habe jetzt eine zweite Frage an den Herrn Dr. Demel. Die 70 kg Dokumente sind Gegenstand eines Schriftsatzes der Verteidigung gewesen, haben Sie gesagt. Ist das richtig?

Demel: Ja.

Rieder: Ist es auch richtig — mir ist das nicht mehr genau in Erinnerung, aber ich habe das so im Ohr —, daß Sie irgendwie gesagt haben, daß es auch Gegenstand von Veröffentlichungen war?

Demel: Das steht im Buch.

Rieder: Sonst noch wo?

Demel: Ich weiß es jetzt nicht mehr genau, aber ich bilde mir ein, nicht Veröffentlichungen, sondern der Dr. Lansky hat es im Sommer bei einer Presseerklärung oder so irgend etwas, wie er gefragt wurde, auch gesagt.

Rieder: Herr Ing. Worm, ich habe jetzt eine Frage an Sie. Nachdem Sie mir zuerst lobende Worte zuerkannt haben, darf ich das jetzt einmal machen. Sie sind doch bekannt dafür, daß Sie ein sehr detailliertes Informationssystem haben, indem Sie die interessanten Daten speichern. Speichern Sie dort auch Presseerklärungen?

Worm: Ich war in meinem Leben noch nie auf einer Pressekonferenz des Herrn Dr. Lansky.

Rieder: Das ist eine andere Frage. Ob Sie in Ihrem Informationssystem auch Presseerklärungen speichern?

Worm: Ich darf Ihnen versichern, wir arbeiten so gut wie nicht mit Pressekonferenzinformationen. Das weiß der Abgeordnete Schieder.

Rieder: Also das, was in Büchern erscheint oder in Zeitschriften erscheint, wird in Ihrem System nicht berücksichtigt.

Worm: Überhaupt nicht, nein. Ich weiß nicht, wovon Sie sprechen. Mit System meinen Sie meine Computer oder was?

Rieder: Ja, wie Sie recherchieren. Ich meine, stützen Sie sich da nicht auf das, was in Zeitungen oder sonstwo steht?

Worm: Es ist das so verschieden, Herr Abgeordneter. Einmal kriege ich eine Information aus einer Zeitung, einmal kriege ich sie von irgendwo anders, ein Rechtsanwalt, ein Richter, eine öffentliche Gerichtsverhandlung. Da muß man weiter recherchieren. Wie Sie wissen, sind wir, das „profil“, ja eher nicht daran interessiert, vorliegende Unterlagen abzuschreiben, wenngleich wir das auch tun, sondern eher ein bißchen selber zu recherchieren.

Rieder: Wissen Sie, warum ich die Frage stelle?

Worm: Nein, ich habe überhaupt keine Ahnung.

Rieder: Weil der Dr. Gaigg eigentlich auf den wunden Punkt Ihrer Darstellung verwiesen hat. Wenn nämlich Ihre Behauptung nicht stimmt, daß es ein unbedingtes Informationsbedürfnis wegen der 70 Kilo gegeben hat, dann ist der Weg zum Staatsanwalt, bevor der Dr. Demel zurückkommt und überhaupt einen Anruf tätigen konnte, eigentlich im Widerspruch zu dem, was das Ergebnis Ihres Gespräches gewesen sein soll, und entspricht eher der Darstellung des Dr. Demel, nachdem Sie davon ausgehen konnten, daß Sie hier nichts mehr zu erwarten hatten. — Was sagen Sie dazu?

Worm: Ich kann logistisch nicht folgen.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Graff, bitte.

Graff: Um an das anzuknüpfen. Ich vermute, daß ich dem Dr. Rieder folgen konnte. Er meint: In dem Moment, wo Sie zum Staatsanwalt gehen mit der Sache, hauen Sie sich die Möglichkeit des Interviews völlig zusammen.

Worm: Ich kann doch nicht davon ausgehen, daß das, was ich dem Staatsanwalt — das habe ich schon vorher erklärt — sage, zwei Wochen nachher in der „Kronen-Zeitung“ steht, über eine Information, die wirklich nur ein gewisser Kreis von Insidern hatte.

Graff: Ich weiß, es sind schon Steuerbescheide im „profil“ gestanden, wo auch jeder geglaubt hat, die bleiben vertraulich.

Worm: Ja, das ist richtig, Herr Doktor! Wahr vielmehr ist, daß es so war und daß ich mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit annehmen darf, daß der Staatsanwalt Schindler . . .

Graff: Sie haben gedacht, er wird dichtgehalten. Okay.

Worm: Schindler hat dichtgehalten. Das ist dann oben passiert.

Graff: Ich habe noch eine Frage, die ist, glaube ich, ganz interessant. Der Sitz 1A, ist der rechts oder links in der Flugrichtung des Flugzeuges?

Worm: Ich habe das hier aufgezeichnet.

Demel: Links vorne.

Graff: Auf 1B ist dann der Magister B. gesessen. Ist das richtig?

Worm: Ja. Und zwischen diesen zwei Trennwänden, wo der Pfeil da ist, ich kann es leider nicht darstellen in meiner Skizze . . .

Graff: Wir sehen das schon.

Demel: Entschuldigung, gibt es den Magister B?

Graff: Der Dr. Demel ist in dem Gang gestanden. Sehe ich das richtig?

Worm: Nein, der Dr. Demel ist dort vorne beim Klo gestanden, an diese Wand gelehnt, an diese Trennwand, die schraffiert eingezeichnet ist.

Graff: *Das ist da hinein, zwischen den zwei Sitzen und der Trennwand durch, zu Ihnen hin.*

Worm: Nein, nicht durch. Diese Wand ist raumhoch, er ist an der Kante — wenn ich da mit einem Kreuzerl zeichnen darf, wo der Herr Präsident Demel gestanden ist —, hier an dieser Kante so gelehnt.

Graff: *Ja, aber wenn Sie da auf „A“ sitzen, da ist doch die Wand dazwischen.*

Worm: Nein, nein, ich sage ja, er ist so gelehnt und hat so von oben runter . . . Ja, ein Lokalausweis ist sehr gut. Er hat so runter gesprochen. *(Helene Partik-Pablé: Vielleicht machen wir doch einen Lokalausweis, damit der Dr. Graff sich auskennt!)*

Graff: *Ich verstehe es noch immer nicht. Sie sitzen da auf „A“.*

Worm: So ist es.

Graff: *Jetzt müssen Sie doch einen Sichtkontakt zumindest gehabt haben.*

Worm: Ja, haben wir. Er ist da so gestanden.

Graff: *Ja wenn er da steht, und da ist die Wand, die ist kabinenhoch, da sehen Sie ihn doch nicht.*

Worm: Nein, Herr Doktor, ich rede da von den Füßen, er lehnt da und spricht von oben runter.

Graff: *Also da an der Wand vorbei um die Ecke.*

Worm: Ecke war es keine, in gerader Linie an dieser Wand vorbei.

Graff: *Mir geht es um etwas ganz anderes. Die Wand ist mir völlig wurscht. Das heißt, das Gespräch ist unmittelbar über den auf 1B sitzenden Herrn Magister B. drübergegangen.*

Worm: So ist das.

Graff: *Das heißt, er muß das zur Gänze gehört haben.*

Worm: Das heißt es. Wenn er zugehört hat, muß er es zur Gänze gehört haben.

Graff: *Da Sie beide nicht einig sind, werden wir den dritten fragen, was der uns darüber erzählt. — Danke schön.*

Ich muß Dr. Demel auch fragen. Stimmt das so, es wird jetzt verkompliziert durch die Wand, denn

daß das Gespräch durch die Wand war, glaube ich eigentlich nicht.

Demel: Das glaube ich auch nicht. *(Der Zeuge betrachtet die Skizze.)* Was ist denn das? Was ist das dazwischen? Nein, was sind das für Stricherln? Ich weiß nicht, was die Stricherln da sollen. *(Graff: Die Wand!)* Der hat doch nicht vor den Sitzen die Wand, da ist doch zuerst frei. Das ist ja Unsinn.

Worm: Darf ich Ihnen sagen, ich bin sogar die ganze Zeit dort gesessen und habe die Füße . . .

Graff: *Parlamentsdirektion: Ein Flug beim Landa.*

Worm: Ich habe die Füße an dieser Wand stehen gehabt. Wenn Sie behaupten, es war nicht dort, dann ist es wirklich gescheiter, wenn Sie Ihr Erinnerungsvermögen . . .

Demel: Nein, bitte schön: Unmittelbar vor dem Sitz ist keine Wand, sondern ist ein fußfreier Raum. Die erste Reihe ist bekanntlich besonders breit fußfrei.

Worm: Herr Dr. Demel! Ich darf Ihnen sagen, ich habe an dieser Wand, die es dort nicht gibt, meine Füße zu zwei Drittel des Fluges abgestützt gehabt.

Demel: Gestreckt!

Worm: Ja.

Demel: Ja, sicher. Es ist breit genug.

Graff: *Ja, aber, Dr. Demel, sind Sie darin mit uns einig, daß das Gespräch, wenn nicht über den Nachbarn drüber, so doch jedenfalls unmittelbar an dem Nachbarn vorbei geführt wurde?*

Demel: Ich darf noch einmal sagen: Wenn das so gewesen wäre, hätte er mich nie gesehen. Aber er ist ja aufgestanden; er hat ja mit mir geredet.

Graff: *Und wo ist nach Ihrer Version der Nachbar gesessen, der vermeintliche Mitarbeiter?*

Demel: 1B, das wird schon stimmen. 1A war der Herr Ing. Worm.

Graff: *War er auch in der unmittelbaren Nähe des Gesprächs?*

Demel: Nur glaube ich nicht, daß er die ganze Zeit da war.

Graff: *Gut. — Danke. Ich bin fertig.*

Obmann Steiner: Danke. — Damit wäre diese Befragung zu Ende. Ich danke beiden Zeugen.

Ich möchte nun in zehn Minuten die Sitzung zur Geschäftsordnung im Lokal V einberufen.

Ich danke. Diese Sitzung ist geschlossen.

(Der Ausschuß zieht sich um 19 Uhr 2 Minuten zu internen Beratungen zurück, die nach einer kurzen Pause um 19 Uhr 25 Minuten aufgenommen werden.)

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 55 Minuten

11. Sitzung: 8. Februar 1989

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 5 Minuten

Obmann Steiner: Wir nehmen die heutige Sitzung auf.

Als heutiger erster Zeuge ist Herr Pretterebner vorgesehen. Ich bitte, ihn hereinzuführen.

In der Zwischenzeit möchte ich allen einen guten Morgen am Aschermittwoch wünschen.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Hans Pretterebner
im Sinne des § 271 StPO**

(10.05 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Pretterebner! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name, bitte.

Pretterebner: Hans Pretterebner.

Obmann Steiner: Ihr Geburtsdatum?

Pretterebner: 8. 4. 1944.

Obmann Steiner: Ihr Beruf?

Pretterebner: Publizist.

Obmann Steiner: Ihr Wohnort?

Pretterebner: Wien I, Seilergasse 14.

Obmann Steiner: Als Journalisten mache ich Sie auf die Bestimmung des Mediengesetzes über das Redaktionsgeheimnis aufmerksam. Ich glaube, Sie kennen dies ohnedies.

Pretterebner: Jawohl.

Obmann Steiner: Nun möchte ich gleich mit der ersten Frage an Sie beginnen. Wie sind Sie auf diesen „Fall Lucona“ als Thema für Ihre journalistische Tätigkeit gekommen?

Pretterebner: Ja das liegt eigentlich schon mehr als zehn Jahre zurück, und ich bin auf indirektem Weg zu diesem Thema gestoßen. Ich habe mich ab Mitte der siebziger Jahre zu beschäftigen begonnen mit dem „Club 45“, zu einem Zeitpunkt, wo ich also vom Schiff „Lucona“ noch gar nichts wußte, und habe dann in der Folge erst Kenntnis erlangt von diesem Schiffsuntergang, habe dann im Jahr 1981 eine erste große Geschichte über den „Club 45“ publiziert und in diesem Zusammenhang auch einen Teil dieses Artikels dem Fall Lucona gewidmet.

Ich muß aber gleich dazusagen, daß ich damals nicht sehr intensiv „Lucona“ recherchiert hatte und daher auch eher den Fehlmeinungen, die noch Jahre später im Umlauf waren, aufgesessen bin, es könnte sich hier um eine Waffenaffäre handeln. Das war also meine erste Überlegung.

Ich habe dann die Geschichte aus den Augen verloren, und erst im Jahr 1983, im Sommer, als genau jene Vorkommnisse passiert sind, die ja in den letzten Wochen hier Gegenstand dieses Ausschusses gewesen sind, nämlich die Anzeige des Privatdetektivs Guggenbichler in Salzburg, der darauf folgende Vernichtungsfeldzug gegen die Kriminalpolizei in Salzburg und gegen diesen Privatdetektiv, davon habe ich gehört, da war ich gerade in Griechenland und habe das in den Zeitungen gelesen, und habe dann nach meiner Rückkehr im September sofort Kontakt aufzunehmen versucht mit diesem Dietmar Guggenbichler, was mir allerdings lange Zeit nicht geglückt ist, und da habe ich also wieder zu recherchieren begonnen.

Ich habe konkret dann im Sommer 1984 begonnen, für einen Artikel in meiner Zeitschrift den Fall vorzubereiten. Daraus wurde dann allerdings nichts, weil ich draufgekommen bin, daß es unmöglich war, diesen Fall in einem Zeitungsartikel dazustellen. Und dann habe ich mich im Herbst entschlossen, ein Buch zu machen.

Obmann Steiner: Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé, Sie sind die erste Befragerin.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Wir haben gestern den Präsidenten des Arbeitsgerichtes und Präsidenten des „Club 45“ als Zeugen hier gehabt. Und er hat im Zusammenhang mit einem Gespräch im Flugzeug des Worm gesagt, laut Aussage des Worm, unter anderem: Wir haben bis zum Oktober geglaubt, daß Udo Proksch zurückkommt. Wir waren interessiert an den Enduser-Zertifikaten. — Da nun ja auch die Bundesländer-Versiche-

rung an den Enduser-Zertifikaten sehr interessiert war, möchte ich Sie fragen: Haben Sie eine Ahnung — Sie haben ja sehr viel recherchiert —: Wer könnte unter „wir“ gemeint sein? Könnte da unter Umständen auch die Bundesländer-Versicherung gemeint sein?

Pretterebner: Nein, also nach meiner Einschätzung sicher nicht. Ich kenne den Wortlaut der Aussage des Herrn Präsidenten Demel von gestern nicht. Aber wenn er sagt „wir“, dann kann er damit eigentlich nur jene kleine Gruppe von Personen meinen, die seit nunmehr einem Jahr bemüht sind, hier dem Udo Proksch doch noch behilflich zu sein, und die eine Gegenoffensive vorbereiten. Also dazu gehört zweifellos der Präsident Demel. Also das ist Dr. Damian, das sind die Anwälte Dr. Lansky, Dr. Zerner insbesondere, und zum Teil gehört auch der Präsident Gratz dazu, die also in den letzten Monaten immer wieder versucht haben, Hilfeleistungen für Udo Proksch zu geben und ihm eine Rückkehr zu ermöglichen.

Helene Partik-Pablé: Sie bezeichnen also Demel mehr oder weniger als einen Mitwisser und Helfer. Habe ich das richtig verstanden?

Pretterebner: Also nach meinem Informationsstand: ja. Ich tu das seit einem Jahr, ich habe auch im Buch den Präsidenten Demel und seine Rolle, die er gespielt hat in diesem Verfahren seit 1980, dargelegt. Für mich ist der Herr Präsident Demel zweifellos in der Endphase als Mitwisser zu bezeichnen, und aus diesem Grund habe ich ja auch angeregt schon vor einem Jahr, daß sich die Staatsanwaltschaft Wien diesen Fall ansehen sollte und die Rolle des Herrn Präsidenten Demel im Hinblick auf ihre allfällige strafrechtliche Relevanz in bezug auf eine Mitwisserschaft überprüfen sollte.

Helene Partik-Pablé: Das ist ja natürlich eine sehr schwere Behauptung.

Pretterebner: Ich weiß, ja.

Helene Partik-Pablé: Gibt es da irgendwelche Beweise, die Sie da haben, um das zu belegen?

Pretterebner: Ich meine, ich kann von hinten anfangen. Ich habe das letztmal den Herrn Präsidenten Demel vor etwa einer Woche gesehen, kann auch sein . . .

Helene Partik-Pablé: Zufällig? Zufällig oder . . .?

Pretterebner: Ich habe ihn zufällig auf der Straße getroffen, und das war zufälligerweise auch an dem Tag, wo bekannt wurde dieses Treffen, oder vielleicht am nächsten Tag, zwischen Worm und ihm selbst im Flugzeug, und wo also

die Zeitungen schon darüber geschrieben haben. Also habe ich ihn daraufhin natürlich sofort einmal angesprochen. Und er hat mir also relativ freizügig seine Version der Geschichte gegeben.

Und dann habe ich die Gelegenheit benutzt, um ihn, was ich schon seit Monaten versucht habe, ich habe ihn nur nie erreichen können, zu befragen, welche Rolle er gespielt hat eigentlich ab dem Jänner 1988 bis zur Flucht des Udo Proksch und auch nach der Flucht beim Versuch, das schiffbautechnische Gutachten, also das Gutachten der schiffbautechnischen Versuchsanstalt und das Wimpissinger-Gutachten zu relativieren, weil ich im Besitz von Dokumenten bin, die eindeutig auf Absprachen zwischen dem Udo Proksch, zwischen dem Dr. Zerner und dem Präsidenten Demel und einem Privatgutachter aus Deutschland, der dann auch tatsächlich ein Gutachten, das bestellt worden ist und das auf völlig abenteuerlichen Voraussetzungen aufbaut, zustande gekommen ist. Da war ich dann relativ erstaunt, daß er bereitwilligst mir zugegeben hat, es blieb ihm allerdings auch nichts anders übrig, als zu sagen, daß er selbst hier mitgewirkt hat an diesem sogenannten Kinder-Gutachten. Ich habe dieses . . .

Helene Partik-Pablé: In welcher Weise, hat er gesagt, hat er mitgewirkt? Das war bei dem Gespräch jetzt?

Pretterebner: Das war bei dem Gespräch jetzt vor zirka zehn Tagen, eine Woche oder zehn Tagen. Ich kann es jetzt auf den Tag genau wirklich nicht sagen.

Helene Partik-Pablé: Und in welcher Weise hat er mitgewirkt bei dem Gutachten?

Pretterebner: Das hat eine Vorgeschichte. Der Ausgangspunkt war ja hier jenes von der Zapata schon im Jahr 1977 in Holland bestellte Privatgutachten, das durch viele Jahre hindurch versucht worden ist dem Gericht zu verkaufen als ein offizielles Gutachten eines Seegerichtshofes. Und das hat ja das Gericht auch lange Zeit geglaubt, hat auch das Parlament geglaubt, weil es nämlich unter tatsächlich vollkommen falschen Voraussetzungen in den Gerichtsakt eingebracht wurde, und zwar durch den Dr. Damian.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung.

Graff (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, Frau Dr. Partik-Pablé, ich darf Sie daran erinnern: Wir haben gestern ausdrücklich vereinbart, daß wir uns bei der Befragung des Zeugen Pretterebner strikt auf den Punkt „Bundesländer“ konzentrieren, weil wir heute eine Fülle von Zeugen zum Thema „Bundesländer“ haben. Es wird sicher der Herr Pretterebner Gelegenheit bekommen, auch zu De-

mel und zu allem anderen Interessanten zu sprechen. Ich erinnere Sie nur.

Helene Partik-Pablé: Ich habe nur zum Anknüpfungspunkt genommen, daß der Herr Zeuge Demel gestern gesagt hat: Wir sind am Enduser-Zertifikat interessiert, und ähnliches. Und deshalb, weil ja auch die „Bundesländer“ interessiert daran ist, habe ich mir gedacht, das ist sicher auch in dem Zusammenhang mit der „Bundesländer“. Aber vielleicht kann man dem Zeugen doch noch die Gelegenheit geben, das zu Ende zu führen.

Obmann Steiner: Bitte fahren Sie fort, Frau Doktor, jawohl.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte nur gern, daß Sie kurz noch dann zum Ende kommen, und ich richte mich dann schon danach.

Pretterebner: Es war ja so: Es war im Jänner dieses Jahres in Fertigstellung ein vom Gericht in Wien, vom Untersuchungsrichter Tandinger in Auftrag gegebenes Gutachten über die Ursache des Schiffunterganges. Davon hat Proksch Kenntnis erlangt und hat jetzt prophylaktisch bereits ein Gegengutachten in die Wege geleitet und hat zu diesem Zweck gefunden in der Bundesrepublik einen Mann namens Klaus Kinder, und Präsident Demel hat ihm die Grundlagen erklärt. Ich habe also das entsprechende Schriftstück, wo es darum geht, wo also Gespräche zwischen Dr. Zerner, Proksch und Dr. Demel eindeutig zum Ausdruck kommen. Und auf Vorhalt dieses Schriftstückes hat er mir zugegeben, er sei ja selbst Schiffbau- oder Schiffsachverständiger, da hat er eben mitgewirkt. Das ist also einer der Punkte.

Helene Partik-Pablé: Können Sie das vorlegen, bitte?

Pretterebner: Das kann ich gerne vorlegen.

Helene Partik-Pablé: Dann haben wir es nämlich auch, wenn Sie wieder einvernommen werden, vielleicht doch.

Obmann Steiner: Also, Frau Doktor, wenn Sie dann bitte so gut sind, sich an . . .

Helene Partik-Pablé: Ja, Herr Zeuge! Sie schreiben auf Seite 636 Ihres Buches: „Kurt Ruso“ — der ja offensichtlich mit der Bundesländer-Versicherung etwas zu tun hat — „hatte in den vergangenen Jahren diese Art der Geldbeschaffung nicht nur für politische Zwecke betrieben, sondern in zunehmendem Maß auch Dutzende Freunde in und außerhalb der Versicherung mit ‚Millionenspenden‘ — für Privatzwecke — bedient.“ Mich würde da schon interessieren, an welche Leute Bundesländer-Versicherungsgeld geflossen ist. Wissen Sie dafür etwas? Haben Sie eigentlich Beweise für die-

se doch etwas sehr spektakuläre Behauptung in Ihrem Buch?

Pretterebner: Na ja, ich meine, daß die Bundesländer-Versicherung genauso wie alle anderen Versicherungen, soweit sie quasi in öffentlichen oder in Parteihänden sind, auch zur Parteifinanzierung benutzt wird, ist mir vollkommen klar. Ich habe ja lange Zeit auch in diese Richtung recherchiert und habe eigentlich zu meinem Bedauern, einfach weil sonst das Buch zu dick geworden wäre, viele „Bundesländer“-Kapitel weglassen müssen, weil ich mich beschränken mußte natürlich auf den Fall Lucona, und die „Bundesländer“-Affäre als solche zwar indirekt, aber nicht direkt damit im Zusammenhang steht. Also ich glaube schon sagen zu können, daß es eine Fülle von Beweisen gibt. (*Graff: Das ist ein reines Gewäsch! Eine Fülle! Was konkret?*) Na schauen Sie, Herr Dr. Graff, zum Beispiel die Geschichte mit dem Herrn Löschenkohl und dem Herrn Novak, die jetzt aufgenommen ist, kenne ich seit Jahren. Ich habe sie nur nicht publiziert. (*Graff: Was hat das mit Parteifinanzierung zu tun?*) Es hat natürlich mit Parteifinanzierung zu tun nach meiner Einschätzung. (*Graff: Ihre Einschätzungen, Herr Zeuge, interessieren uns nicht!*)

Helene Partik-Pablé: Aber ich bin eigentlich noch immer am Wort.

Obmann Steiner: Frau Dr. Partik-Pablé ist am Wort. Bitte, fahren Sie fort.

Helene Partik-Pablé: Ich lasse mir keine Vorhaltungen machen über Gewäsch. Das ist überhaupt ein Wort, das Sie sehr gerne gebrauchen. Sie haben es auch mir gegenüber schon einmal gebraucht. (*Graff: Ihre Äußerungen sind von unterschiedlichem Niveau! Manchmal sind sie sehr gut!*) Das können Sie alles dann dem Zeugen sagen. Ich bin jetzt einmal am Fragen. Ich habe gefragt, und jetzt möchte ich da noch etwas dazusagen: Haben Sie Beweise für diese Behauptung, gibt es etwas Konkretes, daß Ruso auch an Freunde Geld ausbezahlt hat?

Pretterebner: Um mich nicht noch einmal dem Vorwurf auszusetzen, hier Gewäsch von mir zu geben: Ich habe eine Unzahl von Indizien dafür, daß von der Bundesländer-Versicherung an ÖVP-nahe Institutionen Geld geflossen ist, genauso wie ich Beweise dafür habe, daß zum Beispiel von seiten der Wiener Städtischen Versicherung an SPÖ-nahe Institutionen Geld geflossen ist oder zum Beispiel rund 10 Millionen-Schilling über Umwege von seiten der Wiener Städtischen an Udo Proksch ausbezahlt worden sind.

Es ist natürlich sehr schwierig, jetzt hier in einem Punkt und ohne die entsprechenden Unterlagen dabeizuhaben, das im Detail nachzuweisen. Aber Sie, Herr Dr. Graff, wissen das besser als

ich, daß es natürlich . . . (*Graff: Ich möchte Fakten und Belege! Das ist noch immer Gewäsch!*)

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, Sie haben zahllose Beispiele. Können Sie ein, zwei konkrete Fälle nennen, Auszahlungen an ÖVP-nahe Organisationen und auch von der Wiener Städtischen an Freunde und nicht politische Vereinigungen?

Pretterebner: Also die Möglichkeiten — es gibt derer eine ganze Reihe — über Splitting von Provisionen bis zu lebenden Subventionen und letztlich dann eben die Methode der Geldbeschaffung über fingierte Schadensmeldungen habe ich hinsichtlich der Bundesländer-Versicherung schon jahrelang publiziert gehabt in meinen politischen Briefen in Zusammenhang mit dem WBO-Skandal. Es wäre jetzt nicht sinnvoll, das aufzuzählen.

Was die Wiener Städtische Versicherung betrifft, habe ich noch nichts publiziert, weil das in meinem nächsten Buch drinnen sein wird, weil es direkt mit dem Fall Lucona zu tun hat. Da habe ich also eine ganze Reihe von Hinweisen darauf, daß über die Wiener Städtische Versicherung ein Betrag in der Größenordnung von rund 10 Millionen Schilling Udo Proksch zugeflossen ist, und zwar im Jahr 1986/87.

Helene Partik-Pablé: Können Sie das näher erläutern?

Pretterebner: Ja, das ist über das Hotelprojekt, über das Plaza-Hotel, das erst vor wenigen Wochen eröffnet worden ist, und über den Herrn Nabil Kuzbari abgewickelt worden. Ich weiß nicht, ob man die Vorgeschichte voraussetzen darf.

Es gab ein Grundstück auf der Ringstraße, das letzte unbebaute Grundstück auf der Ringstraße, neben der Polizeidirektion, das war im Besitz des Bundes und wurde letztlich vom Bund Anfang 1986 verkauft. Ab 1984 war Udo Proksch damit beschäftigt, diesen Verkauf abzuwickeln in Zusammenarbeit — konkret — mit dem damaligen Bautenminister Sekanina und auch mit dem Innenminister Blecha, weil nämlich dieses Grundstück für die Polizeidirektion vorgesehen war, zum Schluß und im Grundbuch auch eine Widmung entsprechend vermerkt war. Nun hat Proksch eine eigene Firma gegründet, das heißt, er hat eine . . . (*Helene Partik-Pablé: Udo Proksch?*) Udo Proksch hat seine Firma „Studio für Werbegestaltung“ umbenannt in ursprünglich Maria Theresien-Hotel Errichtungsgesellschaft, das wurde dann nicht bewilligt und so weiter und so fort, und hat Pläne eingereicht für die Errichtung eines Hotels auf diesem Grundstück.

Es kam dann das Projekt ein bißchen ins Stokken, weil nämlich auf der einen Seite Udo Proksch am 15. Februar 1985 verhaftet wurde und auf der anderen Seite eine Woche später der

Bautenminister Sekanina überraschend zurücktreten mußte. Trotzdem ist es dann bald weitergegangen, und man hat offensichtlich dem Udo Proksch eben Geld flüssigmachen müssen, damit er seine Verpflichtungen erfüllen kann, denn immerhin ist ja er bei der Länderbank mit sehr hohen Beträgen in der Kreide gestanden, und der heutige Bundeskanzler und damalige Finanzminister, der ja früher auch Generaldirektor der Länderbank war, hat natürlich zu Recht befürchtet, daß, wenn es Proksch schlecht geht, unter Umständen diese Gelder ausfallen würden.

Helene Partik-Pablé: Ist das von der Wiener Städtischen ausbezahlt worden?

Pretterebner: Das ist von der Wiener Städtischen ausbezahlt worden, und zwar als Abgeltung . . . Also letztlich von der Wiener Städtischen. Der Fall ist wahnsinnig kompliziert. Ich weiß nicht, ob da Platz ist, daß man das ausführt. Aber ich habe zum Beispiel die entsprechende Vereinbarung zwischen Nabil Kuzbari, der ja derselbe Mann ist, dessen Chauffeur Postl hier den Kurier spielen sollte, und der nicht von ungefähr hier eine zentrale Rolle spielt, auch in den Fahndungsbemühungen. Und dieser Herr Kuzbari hat einen Vertrag gemacht mit einem gewissen Leopold Böckel, der in Amerika sitzt. Und dieser Leopold Böckel ist wiederum der gewerberechtliche Geschäftsführer der Studio Proksch Bauplanungs-GesmbH, „Club 45“-Mitglieder.

Helene Partik-Pablé: Ist das Udo Proksch, die BauplanungsGesmbH?

Pretterebner: Das ist der Bruder Roderich Proksch, aber es ist ja dieselbe Familie. Und hier geht es darum, daß man von der Bausumme für dieses Hotel, was ungefähr 500 Millionen Schilling waren, einen Betrag von 5 Prozent als Abgeltung zur Auszahlung bringt für geleistete Vorarbeiten, wobei sich der Herr Kuzbari das teilt mit dem Herrn Böckel und der Herr Böckel sich verpflichtet muß, das an die anderen Personen, die die Vorarbeiten geleistet haben, vornehmlich in Österreich, zurückfließen zu lassen.

Und das Ganze geht natürlich auf Kosten der Wiener Städtischen Versicherung, wobei ein Weg gewesen sein könnte, daß bewußt der Kaufpreis für das Grundstück niedriggehalten wurde, denn die 126 Millionen Kaufpreis sind objektiv wesentlich zu niedrig, weil es schon vor Jahren Angebote mit 140 Millionen für dieses Grundstück gegeben hat.

Die Details habe ich noch nicht ausgerechnet, wie das rechtlich abgewickelt wurde, aber ich habe also den Vertrag, und das ergibt für Udo Proksch etwa 10 bis 12 Millionen Schilling.

Helene Partik-Pablé: Das ist ja sehr interessant. Sie haben da einen Brief oder einen Aktenvermerk

in der Hand. Ist es möglich, daß der Ausschuß diese Unterlage bekommt?

Pretterebner: Das ist auch möglich, ich kann das gerne vorlegen.

Helene Partik-Pablé: Da ja jeder weiß, daß der Versicherungskuchen sozusagen zwischen Rot und Schwarz in Österreich geteilt wird, ist ja das auch schon ein Bild, das ein Licht wirft auf die „Bundesländer“ und auf die Wiener Städtische Versicherung.

Ich möchte jetzt noch etwas fragen — ich glaube, ich bin schon am Ende mit meiner Fragezeit —: Es wird immer wieder behauptet, auch in Ihrem Buch, daß Ihnen die Bundesländer-Versicherung Geld geboten hat, wenn Ihr Buch nicht erscheint. Ist das richtig? Wer hat mit Ihnen darüber gesprochen? Welche Interessen hat die Bundesländer-Versicherung daran, daß das Buch nicht erscheint?

Pretterebner: Na ja, ich habe das ja ausführlich beschrieben. Ich habe dem eigentlich nichts hinzuzufügen. Ich habe das als einen glatten Bestechungsversuch gesehen. Ich habe aber nachträglich, muß ich sagen, sehr großes Verständnis dafür, denn eines steht ja fest: daß alle Dinge, die jetzt auf die Bundesländer-Versicherung kommen, und die Schwierigkeiten, in denen sie sich befindet, die logische Folge der Lucona-Geschichte sind.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, Herr Zeuge, könnten Sie ein bisschen konkreter sagen: Wer hat mit Ihnen darüber gesprochen? Von wem ist dieser Bestechungsversuch gekommen?

Pretterebner: Schauen Sie, ich bin eingeladen worden vom Generaldirektor Petrak zu einem Gespräch. (*Helene Partik-Pablé: Wann? Welches Jahr, nur ungefähr?*) Am 21. März 1986. (*Helene Partik-Pablé: Da war also Ruso . . .!*) Da war schon der Höhepunkt vorbei. Ruso war schon in Haft. Ich wurde eingeladen, und es war, glaube ich, der komplette Vorstand dabei, auf jeden Fall der Vorstandsdirektor Ramberger, es war dabei der Vorstandsdirektor und Vizegeneraldirektor Buchinger, und es war zeitweilig auch Dr. Weiser dabei, der mir auch die Einladung zu diesem Gespräch überbracht hat.

Helene Partik-Pablé: Unter welchem Thema sind Sie eingeladen worden?

Pretterebner: Kein Thema. Ich wurde einfach ersucht, ob ich Zeit hätte zu einem Termin beim Generaldirektor Petrak. Ich muß dazusagen: Ich war überhaupt nicht überrascht und bin gern hingegangen, weil ich von mir aus schon versucht hatte, vorher einen Termin zu bekommen, der aber mit Rücksicht auf die Probleme, die es gerade im Haus „Bundesländer“ gab, nicht wahrge-

nommen werden konnte, wofür ich Verständnis hatte. Beim Dr. Ruso bin ich ja zu spät gekommen, also das Interview mit Ruso habe ich für dieses Buch nicht mehr machen können, da war er schon eingesperrt. Daher wollte ich natürlich mit Petrak reden in der Zeit und habe eigentlich gedacht, es wird jetzt nur wahrgenommen mein Ersuchen um ein Gespräch. Tatsächlich war es dann aber eher umgekehrt: Ich wurde dort zunächst von Dr. Petrak befragt, wir haben ein allgemeines Gespräch über die „Bundesländer“-Affäre geführt, und er hat dann versucht . . .

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, was heißt ein allgemeines Gespräch über die „Bundesländer“-Affäre?

Pretterebner: Schauen Sie, ich bin Journalist. Wenn ich zum Generaldirektor der Bundesländer-Versicherung komme, dann reden wir über die Affäre Ruso. Ich habe gefragt: Wie ist das?, Wie schaut es aus?, Wie steht es? und so weiter, und habe versucht, etwas herauszubekommen, und er hat seine Version dargestellt über den Stand der Ding.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie ihn nicht gefragt: Warum haben Sie mich eingeladen?

Pretterebner: Nein, das war eigentlich für mich ja keine Frage. Aber er ist ja von selbst dann draufgekommen und hat dann nach einem Vorgespräch relativ rasch erklärt, es sei nunmehr sein Problem, die Bundesländer-Versicherung aus dem Schußfeld der Kritik zu bekommen, er müsse alles Menschenmögliche tun, und dazu gehöre eine Ruhigstellung der Medien. Und dann kam die Rede auf mein Buch, das ich beabsichtige zu veröffentlichen. Und der Generaldirektor hat gemeint, daß natürlich, wenn dieses Buch über den Fall Lucona erscheint, die logische Folge sein würde, daß die Seite, die da betroffen ist, nämlich Proksch und Co, natürlich jetzt wiederum auf die Bundesländer-Versicherung schießen würde.

Helene Partik-Pablé: Hat Petrak schon gewußt, daß Sie das Buch schreiben?

Pretterebner: Ja, natürlich, das war ja allgemein bekannt. Na, bitte, das hat jeder damals gewußt. Da habe ich gar nicht gefragt, woher er das weiß.

Ich habe mich — das kann ich vielleicht noch dazusagen oder muß ich dazusagen — ein bißchen in einer Verhörsituation zwischendurch auch gefühlt, denn er wollte unbedingt wissen, wie eigentlich die Hilfe seitens des Hauses „Bundesländer“ mir gegenüber war, bevor er Generaldirektor geworden ist. Also er wollte ganz einfach wissen, ob ich nicht quasi im Auftrag der Bundesländer-Versicherung oder des Dr. Ruso dieses Buch überhaupt zu schreiben begonnen hätte. Ich

habe diesen Eindruck gewonnen, daß er diesen Verdacht gehabt hat.

Helene Partik-Pablé: Also daß er Ruso nicht vertraut hat?

Pretterebner: Ja das weiß ich nicht. Er wollte es einfach wissen. Ich meine, er war ja neu dort, und es ist ja das Gerücht damals auch schon in den Zeitungen gestanden. Udo Proksch hat ja vom ersten Tag an, als bekannt wurde, daß ich in Sachen Lucona recherchiere, natürlich verständlicherweise jedem erzählt: Na eh klar, die Bundesländer-Versicherung hat sich den Pretterebner gekauft, damit der jetzt auf mich losgeht! Also das war ja, um das als Auftragsarbeit abzuwerten, von Anfang an. (*Helene Partik-Pablé:* Ja!) Daher war das verständlich.

Und er wollte von mir jetzt wissen, ob ich unterstützt worden sei und in welcher Form. Und dann kam es eben, um es kurz zu machen, zur Feststellung des Dr. Ruso, und er warb um Verständnis bei mir dafür (*Helene Partik-Pablé:* Ruso?), Dr. Petrak, daß er jetzt schauen muß, die Bundesländer-Versicherung aus dem Schußfeld der Kritik zu bekommen. Und einer der wesentlichsten Punkte wäre, daß eben die Medien ruhiggestellt werden.

Es hat dann der Vorstandsdirektor Buchinger das Wort ergriffen und hat erklärt, wenn mein Buch erscheint, dann wäre das eine Katastrophe, nicht nur die 3 800 Arbeitsplätze wären gefährdet in der Bundesländer-Versicherung, sondern es wäre eine Katastrophe für die gesamte Versicherungswirtschaft und es gäbe schließlich auch noch übergeordnete Interessen in politischer Hinsicht, was ich nicht ganz verstanden habe, aber ich habe nicht weiter nachgefragt. Und er hat erklärt, es habe sich das alte Management der Bundesländer-Versicherung unter Dr. Ruso seine Situation selbst zuzuschreiben, sinngemäß, denn wenn man hier sozusagen seitens der „Bundesländer“ oder im Namen der „Bundesländer“ prominenteste Spitzenpolitiker so attackiert, wie das im Jahre 1985 geschehen sei, dann dürfe man sich nicht wundern, wenn jetzt die SPÖ zurückschösse. Er war sehr emotional und hat gesagt: Wenn dieses Buch erscheint, dann fängt das Ganze wieder von vorne an, und das zahlt sich nicht aus, wir müssen das daher verhindern!

Und dann nahm wieder Petrak das Wort und hat gesagt, er hat Verständnis dafür, daß ich ein journalistisches Interesse habe, aber ob es nicht möglich sei, daß ich ganz etwas anderes mache und auf die Veröffentlichung des Buches verzichte.

Helene Partik-Pablé: Man wollte Ihnen gütlich zureden, auf das Buch zu verzichten im Interesse eines übergeordneten guten Einvernehmens. So ähnlich oder?

Pretterebner: Also bei Petrak hatte ich den Eindruck: Er war sehr, sehr höflich und hat um Verständnis geworben für dieses Ansinnen, das er an mich richtet. Den konkreten Bestechungsversuch hat dann Direktor Buchinger vorgenommen, der relativ forsch war und gemeint hat, ich soll doch mit den politischen Briefen weitertun, und sich erbötig gemacht hat, daß mir eben alle Spesen ersetzt werden und daß mir die finanziellen Möglichkeiten geboten werden, daß ich etwas ganz anderes tue. Und dann hat er gefragt, ob ich grundsätzlich bereit sei . . . Er hat von sich aus sofort vorgeschlagen, daß wir uns in einem bestimmten Bankhaus treffen sollten, und ich wollte es natürlich genau wissen und habe gesagt: Na ja, grundsätzlich ja, wir können noch einmal über die Geschichte reden!, denn ich wollte natürlich jetzt wissen, wieviel mir angeboten wird, in welcher Form, damit ich das Sparbuch oder was immer in der Hand habe, denn mich hätte natürlich interessiert, wie das dann bei der Bundesländer-Versicherung verbucht worden wäre. Und es kam dann auch tatsächlich zu einem Treffen.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, darf ich dazwischenfragen: Dieses Angebot von Buchinger, Sie zu treffen, ist noch gemacht worden, als der Vorstand beisammen war, Petrak und diese Mitglieder, die Sie genannt haben?

Pretterebner: Ich habe mir eine Aktennotiz über diesen Vorgang gemacht.

Helene Partik-Pablé: Ist eine Summe genannt worden damals?

Pretterebner: Nein, es ist nie eine Summe genannt worden. Ich wurde nur gebeten — aber das war dann schon nach diesem Treffen —, bekanntzugeben, wieviel ungefähr ich bereits in dieses Projekt investiert habe, und ich glaube, mich zu erinnern, daß ich das auch bekanntgegeben habe, sinngemäß 3 bis 4 Millionen Schilling, in der Größenordnung, als Vorausrecherchespesen und so weiter.

Helene Partik-Pablé: Wem haben Sie das bekanntgegeben?

Pretterebner: Dem Direktor Buchinger. Aber es wurde über eine Summe überhaupt nicht gesprochen, es kam dann nicht dazu. Ich wurde dann zwar eingeladen, mich am 1. April 1986 in einem Bankhaus im 1. Bezirk mit Direktor Buchinger zu treffen, wo das abgewickelt werden sollte.

Helene Partik-Pablé: In welchem Bankhaus war das?

Pretterebner: Das würde ich, wenn es nicht unbedingt sein muß, nicht gerne in der Öffentlichkeit sagen, weil es sich dabei um eine der Banken

handelt, wo auch ich eine Kontoverbindung habe, und ich habe bei dieser Gelegenheit erfahren, daß der Direktor Buchinger sehr eng befreundet ist mit dem Direktor meiner Bank. Das hat er mir zu erkennen gegeben, und das hat dann allerdings auch dazu geführt, daß diese ganze Geschichte nicht zum Tragen kam.

Helene Partik-Pablé: Ist das eine der Großbanken?

Pretterebner: Nein, es ist keine große Bank. — Und es kam dann die ganze Geschichte deshalb nicht zum Tragen, weil eben mein Bankdirektor, wo ich seit vielen Jahren mein Konto habe, dem Direktor Buchinger dringend abgeraten hat, das zu tun. Er hat ihm gesagt: Da mußt du aufpassen, weil der Pretterebner läßt sich nicht bestechen, und das fällt dir auf den Kopf. Der tut jetzt nur so, und dann hat er euch! Damit hat mir mein eigener Bankdirektor sozusagen den letzten Beweis für diese Bestechungsabsicht leider vermasselt.

Helene Partik-Pablé: Ich bin schon am Ende, ich möchte das nur jetzt noch einmal deutlich wissen. Es ist also bei diesem Treffen im Bankhaus schon noch zu einem Gespräch gekommen?

Pretterebner: Es ist zu einem Gespräch gekommen beim Treffen im Bankhaus. Das Gespräch war schon sehr seltsam. Also Buchinger hat dann dort nicht mehr konkret die Abwicklung und das weiterverfolgt. Er wollte dann wissen, was eigentlich alles in dem Buch drinnen steht, ob auch etwas über die Bundesländer-Versicherung drinnen stehen wird. Ich habe gesagt: Na sicher wird etwas drinnen stehen, und es wird vielleicht auch unser heutiges Gespräch vermerkt sein. Worauf er gemeint hat: Das wird aber dann für Sie nicht lustig. Ich habe das als gelinde Drohung empfunden, und es hat sich dann aufgelöst, und eigentlich war damit der Fall erledigt.

Helene Partik-Pablé: Und wann haben Sie den Betrag von 3 Millionen Schilling bekanntgegeben? Was war das für ein Anlaß?

Pretterebner: Das dürfte zwischen dem 21. März und dem 1. April gewesen sein bei einem der Telefonate. Es wurde zweimal telefoniert, einmal wurde mir nur der Termin von der Sekretärin des Direktors Buchinger bekanntgegeben, und dann kam es zu einem persönlichen Telefonat zwischen Buchinger und mir vor diesem Treffen, zu einem ganz kurzen Gespräch, wo das nur irgendwie bestätigt wurde.

Helene Partik-Pablé: Und der Betrag genannt wurde?

Pretterebner: Ja, wobei das nur ein Betrag war, den ich aus dem Kopf gesagt habe, wieviel ich

sozusagen an Aufwendungen bis zu diesem Zeitpunkt schon hatte, wobei man ja berücksichtigen muß, daß ich ja Subskriptionen aufgelegt hatte. Das hat auch natürlich die von mir eingenommenen Vorauszahlungen für das Buch beinhaltet.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke. Herr Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge! Sie haben jetzt wiederholt den Begriff der Bestechung in den Mund genommen. Ich konzedere, daß Sie nicht Jurist sind und daher von Ihnen nicht erwartet werden kann, daß Sie den strafrechtlichen Tatbestand der Bestechung kennen. Er setzt voraus, daß eine beamtete Person oder ein Sachverständiger oder ein leitender Angestellter eines öffentlichen Unternehmens durch eine Vermögensleistung zu einem pflichtwidrigen Handeln verleitet werden soll.

In diesem Sinn, Herr Zeuge, liegt eine Bestechung, so wie Sie das schildern, zweifellos nicht vor. Ich nehme an, Sie haben diesen Begriff in einem landläufigen Sinn gebraucht und nicht im Sinne der strafrechtlichen Bestimmungen über die Bestechung.

Pretterebner: Vollkommen richtig. Ich habe auch, glaube ich mich zu erinnern, gesagt, ich habe es als Bestechungsversuch betrachtet, durchaus in diesem landläufigen Sinne. Ich habe aber gleich dazugesagt, und ich darf das wiederholen, ich bin durchaus nicht der Meinung, daß das ein strafbares Verhalten ist. Ich habe es nur für sehr unklug gehalten und politisch für einen Wahnsinn, einem Journalisten Geld anzubieten, damit er etwas nicht publiziert, für eine Dummheit, jetzt politisch.

Wirtschaftlich, als Interessenvertretung der Versicherungsanstalt, muß ich sagen, haben der Generaldirektor Petrak und der Herr Buchinger unglaublich vorausschauend gehandelt. Ich habe großes Verständnis dafür, jetzt im nachhinein umso mehr, als genau das ja eingetreten ist, was sie damals befürchtet haben. Denn sie würden jetzt nicht dauernd beschuldigt werden, obwohl sie die Opfer im Fall Lucona sind. Es müßte nicht hier seit, glaube ich, 14 Tagen dieser Ausschuß lahmgelegt sein, weil hier eine Gegenoffensive gemacht wird und die Opfer zu Tätern gemacht werden sollen. Das möchte ich schon mit aller Deutlichkeit auch sagen. Es wohnen hier zwei Seelen in meiner Brust.

Gaigg: Herr Zeuge! Ich verstehe Sie richtig, Sie haben den Begriff Bestechung, Bestechungsversuch nicht im strafrechtlichen Sinn verstanden (Pretterebner: Nein, absolut nicht im strafrechtlichen Sinn!), sondern eben in dem Sinn, daß man versucht hat, das Erscheinen des Buches aus geschäftlichen Gründen zu unterdrücken. Wobei man dem

Generaldirektor Dr. Petrak ja zubilligen muß, daß er kein Politiker ist, weil Sie davon sprachen, es wäre politisch gesehen ein Wahnsinn, was da gemacht wurde, er ist Geschäftsmann.

Pretterebner: Vollkommen richtig. Und als Geschäftsmann hat er richtig gehandelt.

Gaigg: Unternehmer, und glaubte im Sinne seines Unternehmens zu handeln, wenn er es aus dem Feuer . . .

Pretterebner: Ich würde sogar so weit gehen und sagen, er hat als Geschäftsmann richtig gehandelt, nur kann man eben mit Journalisten so nicht umgehen. Das war vollkommen klar, wenn mir jemand das Angebot macht, dann wird das geschrieben. Das ist selbstverständlich. Und ich habe es auch geschrieben.

Gaigg: Herr Zeuge! Völlig anderes Thema: Ab wann, glauben Sie, war dem Udo Proksch bekannt, daß Sie in dieser Sache ermitteln?

Pretterebner: Dem Udo Proksch war das ab dem 22. November 1984 bekannt.

Gaigg: Und warum?

Pretterebner: Daß ich ermittle, das war ihm schon früher bekannt, schon Jahre vorher. Daß ich beabsichtige, darüber ein Buch zu schreiben, war ihm ab 22. November 1984 bekannt, weil ich es ihm an diesem Tag gesagt habe und weil ich an diesem Tag das erste offizielle Interview über dieses Thema mit ihm vereinbart habe.

Gaigg: Jetzt noch einmal zurück zur „Bundesländer“, zum in der Zwischenzeit in Pension gegangen oder „gegangen wordenen“ Generaldirektor Ruso.

Sind Sie mit dem Generaldirektor Ruso, bevor er dann sein Amt, seine Funktion, aufgegeben hat, aufgeben mußte, in Verbindung bezüglich der Causa Udo Proksch — Lucona gestanden? Gab es irgendwelche Vereinbarungen zwischen dem Generaldirektor Dr. Ruso und Ihnen?

Pretterebner: Nein, es gab keine Vereinbarungen. Ich bin mit ihm überhaupt nicht in Verbindung gestanden, ich kenne ihn daher bis zum heutigen Tag nicht. Ich habe mir vorgenommen gehabt, mit Ruso erst zu sprechen, wenn sozusagen das ganze Umfeld recherchiert ist. Ich habe also mit allen anderen vorher geredet, habe schon den Termin vorgemerkt gehabt und wollte mich dann auch beeilen, weil ich ja schon im Herbst, November, wußte, daß es jetzt kritisch werden wird für den Dr. Ruso und für die Bundesländer-Versicherung, ich bin aber dann trotzdem zu spät gekommen.

Gaigg: Sie sind, Herr Zeuge, zwangsläufig im Rahmen Ihrer Recherchen in einem sehr frühen Stadium auf die „Bundesländer“ gestoßen. Sind Sie mit anderen Mitarbeitern der Bundesländer-Versicherung in Kontakt getreten? Gab es Gespräche, irgendwelche Zusagen von seiten der „Bundesländer“, Sie im Rahmen Ihrer Recherchen zu unterstützen? Denn wir müssen ja davon ausgehen, daß die „Bundesländer“, das ist ja aktienkundig, interessiert war, daß die Geschichte in ihrem Sinn aufgeklärt wird.

Eine andere Frage ist dann die, ob das in der Öffentlichkeit ausgebreitet wird. Aber jedenfalls gab es ein sehr dringendes Interesse der „Bundesländer“, um nicht zahlen zu müssen, die Geschichte aufzuklären. Daher wäre es ja verständlich, wenn zum Beispiel die „Bundesländer“ an Sie herangetreten wäre — es hätte sich ja ergeben können — mit einer Zusage, Sie bei den ja relativ kostspieligen Recherchen zu unterstützen. Hat es da irgendeine Vereinbarung gegeben, irgendwelche Gespräche, irgendwelche Zusagen, von denen Sie dann vielleicht nicht Gebrauch gemacht haben?

Pretterebner: Ich darf da nur in einem Punkt ein bißchen widersprechen. Es hat nie eine einheitliche Meinung gegeben, diesen Fall aufklären zu wollen. Es hat immer Leute und Phasen gegeben, in denen die Bundesländer-Versicherung am Aufklären überhaupt nicht interessiert war, und es hat andere gegeben, die ganz vehement am Aufklären interessiert waren. Das war also das Ergebnis meiner Recherchen, und ich habe natürlich auch versucht, dahinterzukommen, warum das so ist.

Nun zur konkreten Frage über Gesprächspartner. Ich könnte mich an sich hier auch auf den § 31 des Mediengesetzes berufen, weil Leute, Informanten, Gesprächspartner, von mir eigentlich nicht genannt werden sollten. Ich glaube, im konkreten Fall wäre es völlig absurd, anzunehmen, daß ich mit Leuten der Bundesländer-Versicherung nicht rede, um mich zu informieren zu versuchen. Daher kann ich es ruhig sagen, daß natürlich in der Anfangsphase die zwei wichtigsten Gesprächspartner für mich waren die jeweiligen Streitparteien, auch schon im Zivilprozeß, also auf der einen Seite der Rechtsvertreter Dr. Maser und auf der anderen Seite der Udo Proksch selbst beziehungsweise seine Anwälte, vornehmlich damals Dr. Damian.

Ich habe mich in der ganzen Vorgeschichte natürlich zunächst einmal neben der Suche nach den Überlebenden und allen anderen Bereichen konzentriert auf diese Gesprächspartner und natürlich auch auf die „Bundesländer“ selbst, wobei bei der „Bundesländer“ — ich habe das auch geschrieben und berichtet — ich immer den Eindruck gewonnen habe, man verhält sich so, als habe man etwas zu verbergen.

Ich habe also ein halbes Jahr aufgewendet, um die Rückversicherungsfrage zu recherchieren, ohne jeden Erfolg. Ich habe dann letztlich die entscheidende Aufklärung dieser Frage über einen ganz anderen Kanal, über die Versicherungsaufsicht, übers Finanzministerium, über London, recherchiert und hoffe, daß ich die tatsächlichen Rückversicherungsprozentsätze, die ja offiziell nie bekanntgegeben worden sind, richtig im Buch wiedergegeben habe. Aber ich habe seitens der „Bundesländer“ hier keinerlei Unterstützung bekommen.

Gaigg: *Herr Zeuge! Sie sind aus eigenem zu meiner nächsten Frage gekommen, zum Rechtsvertreter der Bundesländer-Versicherung Dr. Masser, mit dem Sie, wenn ich Sie richtig verstanden habe, wiederholt Kontakte gepflogen haben. Meine Frage: Haben Sie den Eindruck gewonnen, daß Dr. Masser an der Aufklärung des Falles massiv interessiert ist, mäßig interessiert ist, nicht interessiert ist? Gab es eine Art von Zusammenarbeit zwischen Ihnen und dem Dr. Masser in Richtung auf eine Aufklärung des Falles?*

Pretterebner: Also beim Dr. Masser kann ich ganz eindeutig sagen, daß ich den Eindruck gehabt habe, daß er nicht nur massiv, sondern wie ein Berserker daran interessiert war, daß diese Sache aufgeklärt wird, wobei er sich oft sogar im Widerspruch — nach meiner Kenntnis der Situation — zu seiner Klientschaft begeben hat oder haben dürfte. Hier habe ich eindeutig den Eindruck gewonnen, daß massives Interesse da war, die Dinge aufzuklären, allerdings mit der Einschränkung, im Sinne der Klientschaft. Das heißt, als Journalist mußte ich mit ganz großen Vorbehalten beispielsweise an die Informationen und an die Unterlagen herangehen, weil halt verständlicherweise hier eine Partei Informationen gegeben hat und diese Partei natürlich nur die Informationen gegeben hat, die für sie gesprochen haben, so wie ich von der anderen Seite, vom Proksch, eben seine Versionen bekommen habe. Der war in der Anfangsphase auch massiv interessiert daran, seine Darstellung durchzubringen, und bei vielen Medien ist es ihm ja bis vor kurzer Zeit noch gelungen, das mit Erfolg zu machen.

Gaigg: *Das ist richtig. Herr Pretterebner! Der Zeuge Guggenbichler hat in seiner Aussage die Dinge im Zusammenhang mit der Anzeigerstattung in Salzburg, Juli 1983, so dargestellt — Anzeigerstattung war am 1., 2. Juli 1983 —, daß die Bundesländer-Versicherung dann also sehr böse auf ihn gewesen wäre und man hätte 5 Monate nicht mit ihm gesprochen. Guggenbichler hat damit zum Ausdruck gebracht, daß es offenbar auf seiten der Bundesländer-Versicherung durchaus keine Zustimmung für diesen Schritt gegeben hätte.*

Auf der anderen Seite liegt uns vor ein Aktenvermerk der Sicherheitsdirektion Salzburg vom 7. Juli

1983, ein Aktenvermerk im übrigen, der den Minister Blecha bei diesem Vorweihnachtsgespräch in Salzburg sehr interessiert hat, und hier heißt es: Am 6. Juli 1983 fand bei der Kriminalabteilung Salzburg eine Besprechung mit den beiden Rechtsanwälten der Bundesländer-Versicherung Masser und Klingsbigl statt. Die beiden Rechtsanwälte, die seit 10 Jahren in der Sache Proksch Ermittlungen pflegen, waren zu dieser Besprechung aus Wien angereist. Die beiden Rechtsanwälte gaben einen Überblick über die bis nun gewonnenen Erkenntnisse und stellten die für die Beweisführung notwendigen Unterlagen sowie die durch diverse Detektivbüros gesammelten Unterlagen zur Verfügung.

Das ist doch meiner Auffassung nach ein klarer Hinweis in die Richtung, daß Dr. Masser, also die Rechtsvertreter der Bundesländer-Versicherung sehr wohl daran interessiert waren, daß möglichst rasch behördliche Verfolgungsschritte gegen Udo Proksch, Daimler und Co gesetzt werden. Und das steht eigentlich im Widerspruch zur Aussage des Zeugen Guggenbichler.

Können Sie zu diesem Thema, bitte, aus eigenem etwas sagen?

Pretterebner: Ich habe also diese Frage recherchiert auch in Salzburg, und es ist richtig, daß Guggenbichler ohne Wissen seiner Auftraggeber diese Kontakte (*Gaigg: Anzeige gemacht hat! Und da waren sie ja böse, weil . . .!*) zur Polizei aufgenommen und auch die offizielle Anzeige am 1. Juli erstattet hat. Ich weiß auch, daß man entsetzt war im Haus der Bundesländer-Versicherung über diesen Schritt, weil man die danach tatsächlich eingetroffenen Dinge vorausgeahnt hat, aber es hat sehr rasch, vor allem der Rechtsvertreter Dr. Masser, der auch keine andere Wahl gehabt hätte, sich entschlossen, auf den fahrenden Zug aufzuspringen. So sehe ich das. Er hat dann tatsächlich in der Folge schon etwa eine Woche später die Kriminalpolizei nach seinen Möglichkeiten unterstützt. Also ich sehe keinen Widerspruch, es ist eben, es war nicht geplant.

Gaigg: *Es war nicht geplant, es gab keinen Auftrag an den Guggenbichler, die Anzeige zu erstatten, und das Mißfallen ist offensichtlich dadurch entstanden, daß er diesen Schritt ohne rückzufragen unternommen hat.*

Pretterebner: Ja, das kann man sagen.

Gaigg: *Die Frage, ob der Dr. Masser unbedingt hätte sofort nach Salzburg reisen müssen, um dort die notwendigen Unterlagen zu übergeben oder, wenn es ihm nicht gepaßt hätte, sich hätte Zeit lassen können, sehe ich nicht so zwangsläufig. Aber gut, das ist eine Frage der Einschätzung.*

Eine völlig andere Sache. Herr Pretterebner! Sie schreiben in Ihrem Buch auf Seite 603, wie Udo

Proksch, aus der Haft entlassen, wieder zurückkommt, sich also im „Demel“ einfindet, dort begeistert willkommen geheißen wird, alle Granden finden sich dort wieder ein, um ihn zu begrüßen, und unter anderem heißt es hier im letzten Absatz: „Aber sogar Wissenschaftsminister Heinz Fischer war anlässlich der Haftentlassung zum Demel-Chef gepilgert, hatte ihn umarmt und gesagt: „Schön, daß du wieder da bist!“ Und dann schrieb ihm der Minister ins Gästebuch: „Quousque tandem“ . . .“ und so weiter.

Die Eintragung im Gästebuch, die steht außer Streit. Alles andere — die euphorische Beschreibung, wie sich die beiden Herren begegnet sind —, ist das Ihrer journalistischen Phantasie entsprungen, oder gibt es da Zeugen dafür?

Pretterebner: Nein, das ist eine Erzählung des Udo Proksch.

Gaigg: Eine Erzählung des Udo Proksch. Aha.

Pretterebner: Und ich darf dazusagen, bitte, bei der Gelegenheit: Ich verfluche den Tag, an dem ich wörtlich das Zitat des Herrn Wissenschaftsministers hineingeschrieben habe mit dem Fallfehler, weil ich, glaube ich, von 100 Lateinprofessoren in der Zwischenzeit beschuldigt worden bin, ich könne nicht Latein. Aber es ist der Herr Fischer gewesen. Er hat es so geschrieben im Gästebuch. *(Graff: Das hat für mich Ihr Buch etwas unglaubwürdig gemacht, weil ich dem Fischer zugehört hätte, daß er weiß, daß der Ablativ hingehört!)*

Nein, er hat es wirklich so geschrieben. Er hat „patientiam nostram“ geschrieben, und ich habe jetzt eigentlich das Zitat in der letzten oder vorletzten Auflage, um diesen ewigen Diskussionen zu entgehen, verfälscht, indem wir es jetzt richtig mit dem Ablativ, also patientia nostra . . .

Gaigg: Ich wollte, Herr Zeuge, eigentlich über diesen Fallfehler drübersteigen, weil er . . .

Pretterebner: Wir haben hundert Briefe von Lateinprofessoren von überallher bekommen.

Gaigg: Eine andere Sache, Herr Pretterebner, die mir also sehr wichtig erscheint und über die wir aus den offiziellen Dokumenten und Unterlagen relativ oder herzlich wenig wissen, das ist jenes angebliche offizielle Gutachten des Gerichtshofes Rotterdam, Seite 642 Ihres Buches und folgende, das vom Dr. Damian vorgelegt wurde, leise manipuliert — wenn das stimmt, was Sie in Ihrem Buch geschrieben haben —, denn es soll nämlich bei der vorgelegten Photokopie etwas fehlen. Dieses vorgelegte, angeblich vom Gerichtshof Amsterdam stammende Gutachten ist dann von den verschiedensten Behörden, Stellen und Institutionen als Grund dafür angenommen worden, um den Erklä-

rungen des Udo Proksch einmal mehr oder noch länger zu glauben.

Herr Zeuge! Sie haben selbst in dieser Geschichte recherchiert, würden Sie uns zum Charakter dieses Gutachtens das Ergebnis Ihrer Recherchen berichten, das Rundherum und darüber, welche Bewandnis es damit wirklich hat.

Pretterebner: Dieses Gutachten ist wirklich eines der zentralen Probleme in diesem Fall und ist, und damit komme ich auch wieder auf die Frage von Frau Dr. Partik-Pablé zurück, weil nämlich das gleiche Gutachten jetzt sozusagen ja noch einmal . . .

Gaigg: Entschuldigung, Herr Zeuge, darf ich Sie unterbrechen, da gibt es offenbar Unruhe, ich weiß nicht, ob ich sie provoziert habe . . . *(Schieder: . . . mit der „Bundesländer“! Es fällt nur auf, daß der Kollege Graff auf strikte Einhaltung bei der Kollegin Partik-Pablé zurechtwies, bei . . .!)*

Obmann Steiner: Herr Kollege Schieder! Ich wollte diese Frage zulassen, weil auch ich die Frau Dr. Partik-Pablé ausreden habe lassen. Also lassen wir den Zeugen jetzt sprechen.

Gaigg: Nein, nein, Moment, ich möchte also doch dem Herrn Kollegen Schieder sagen, daß der Zusammenhang mit der Lucona in dieser Frage wohl gegeben zu sein scheint, weil . . . *(Graff: Du weißt die Vereinbarung nicht. Wir haben gestern vereinbart, da warst du vielleicht nicht dabei, daß wir uns heute beim Pretterebner auf „Bundesländer“ beschränken.) In Ordnung.*

Obmann Steiner: Bitte, der Zeuge soll das jetzt einmal fertigmachen.

Aber ich muß auch eines sagen: Wir haben uns vorgenommen, nicht die Zeugenaussagen immer wieder zu unterbrechen.

Bitte, fahren Sie mit der Beantwortung fort!

Pretterebner: Ich werde das ganz kurz machen. Es ist dieses Gutachten eine zentrale Sache. Es wurde nach dem Schiffuntergang in Holland ein privater Gutachter von der Firma Zapata AG des Herrn Udo Proksch bestellt über einen holländischen Anwalt namens Blussé. Der war bei dieser Beweissicherungsaufnahme im Landesgericht Rotterdam zugegen, hatte zugehört, als die Überlebenden dort ihre Aussagen tätigten, hat dann die schriftlichen Erklärungen aller Überlebenden von Dr. Damian bekommen und hat ein Dreivierteljahr später ein Gutachten erstellt, das unter anderem entstanden ist durch Manipulation mit den Übersetzungen der schriftlichen Erklärungen der Überlebenden.

Nur ein Beispiel: Hat ein Überlebender in der portugiesischen Originalaussage, weil es ein Portugiese war, von „explosao“ gesprochen, die pas-

siert sei auf dem Schiff, dann wurde in der englischen Übersetzung und letztlich in der deutschen Übersetzung ein „accident“ und ein „Unglücksfall“ daraus.

Gaigg: Herr Zeuge, ich unterbreche Sie ungern. Aber ich glaube, wir könnten uns hier darauf beschränken, offizieller Charakter oder nicht.

Pretterebner: Ja, aber nur, wie es zustande gekommen ist, weil das wiegt entsprechend schwer.

Es war kein Gutachten, es hat überhaupt nie ein Seegerichtsverfahren gegeben. Aber es wurde mit Erfolg von Dr. Damian und Udo Proksch in Österreich der Eindruck erweckt, als sei durch ein offizielles Seegerichtsverfahren in Rotterdam die Untergangsursache geklärt worden. Es wurde dieses Gutachten durch Manipulation, und zwar durch Weglassen des Auftraggebers, eingebracht auch bei Gericht mit einem begleitenden Schriftsatz, wo es neuerlich als offizielles Gutachten des Seegerichts bezeichnet wurde, sodaß sogar das Parlament, erinnere ich mich daran, daran geglaubt hat. (*Graff: Wurde gesagt, ob wir es geglaubt haben, war eine andere Frage!*) Es ist durch eine Anfrage der ÖVP, ich weiß nicht, ob es nicht Sie selber waren, sogar herausgekommen, als würde man es glauben. Es wurde da gefragt: Sind eigentlich Gutachten ausländischer Seegerichtshöfe oder Gerichtshöfe bindend? Daraus entnehme ich, daß man es geglaubt hat.

Aber es stimmt absolut nicht, es ist ein reines bestelltes, manipuliertes, von der Zapata AG des Herrn Proksch bezahltes privates Gutachten eines Mannes, der nicht einmal Gerichtssachverständiger ist.

Obmann Steiner: Danke. — Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Pilz.

Pilz: Herr Pretterebner! Zu Anfang einmal eine persönliche Frage: Wollten Sie eigentlich diesem Ausschuß als Zeuge oder als Experte zur Verfügung stehen?

Pretterebner: Sie wissen das, und ich glaube, die anderen Anwesenden wissen es auch: Ich war eingeladen, als Experte und Berater hier zu sitzen, und ich habe diese Einladung angenommen. Ich wäre gerne hier als Berater gesessen. Ich habe eigentlich, wenn man nach der Strafprozeßordnung vorgeht, keinen Sinn in einer zeugenschaftlichen Vernehmung meiner Person gesehen, weil ich im Prinzip ja nicht dabei war, als die Amtsmißbräuche passiert sind, die es hier zu untersuchen gälte. Aber ich sehe in der Zwischenzeit, es wird alles mögliche untersucht, nur nicht die Amtsmißbräuche.

Pilz: Das wird schon versucht, zu untersuchen.

Pretterebner: Ich meine, in den ersten drei Tagen ja, wunderbar, aber nur jetzt nicht mehr, aber vielleicht kommen wir wieder dazu.

Pilz: Nein, nein, wir versuchen schon, das auch weiter zu untersuchen.

Ich möchte Sie einfach nur jetzt in aller Öffentlichkeit davon informieren, daß es zumindest einen anderen Experten gibt, der mitten in den ganzen Sachen in der Oberstaatsanwaltschaft drin war, in den Akten etliche Male abgezeichnet hat, Aufträge gegeben hat. (Unruhe bei der SPÖ.) Ich weiß, daß Sie da nervös werden, und ich nehme das zur Kenntnis.

Herr Dr. Steiner, kann ich durch diese Wirrnisse der großen . . .

Obmann Steiner: Ja, bitte, sagen Sie den Satz, den Sie da vorhaben, und dann setzen Sie bitte die Zeugenbefragung fort.

Pilz: Danke. Ich möchte Sie nur darauf hinweisen, daß Sie da ein bißchen ungleich behandelt worden sind und daß das bei Leuten, die direkt in diese ganze Lucona-Affäre verwickelt sind, als Behörde offensichtlich nicht gereicht hat, um sie als Zeuge zu laden.

Der Fall Friedrich Schindler wird uns sicherlich noch einmal beschäftigen.

Jetzt zum Bundesländer-Versicherungs-Vertrag. Herr Pretterebner! Wie ist Ihres Wissens nach dieser Bundesländer-Versicherungs-Vertrag entstanden? Wer hat da mit wem verhandelt?

Pretterebner: Es hat Vorgespräche gegeben zwischen dem Udo Proksch persönlich und dem früheren Generaldirektor Dr. Ruso.

Pilz: Der damals Generaldirektor war?

Pretterebner: Nein, der damals noch nicht Generaldirektor war, sondern, ich glaube, jetzt nicht einmal noch Generalsekretär war. Aber er hat schon eine höhere Position gehabt.

Pilz: Er war in höherer Funktion.

Pretterebner: Er hat eine höhere Funktion gehabt.

Pilz: Und wie hat sich das konkret abgespielt Ihres Wissens nach?

Pretterebner: Mir hat das der Udo Proksch unter anderem selbst erzählt, aber auch andere Zeugen haben mir das dann bestätigt, man habe sich ein paarmal zum Essen getroffen. Der Proksch hat gewußt, daß der Ruso ein frommer Mann ist, und darum hat er vorgeschlagen als Treffpunkt das Restaurant „Die Fromme Helene“ und hat dort die ersten Gespräche begonnen. In der Folge wurde allerdings Ruso nicht direkt damit befaßt,

sondern die Herren Gehberger und Dr. Weiser von der Transportversicherungsabteilung, wobei ich vielleicht noch ergänzen sollte, daß natürlich den allerersten Kontakt der Repräsentant der Bundesländer-Versicherung, ein Mann namens Josef Bürger, in dieser Sache auch hergestellt hat zwischen Proksch und Ruso, die sich allerdings schon Jahre vorher gekannt haben, und zwar deshalb, weil dieser Bürger alle Versicherungsabschlüsse mit der Bundesländer-Versicherung auch davor schon gemacht hat und quasi im „Club 45“ aus- und eingegangen ist.

Pilz: Also Versicherungsabschlüsse mit Proksch beziehungsweise „Club 45“ und Bundesländer-Versicherung.

Pretterebner: Proksch und seinen Firmen. Der „Club 45“ ist ja auch bei der „Bundesländer“ versichert.

Pilz: Wo hat ein Großteil der Vertragsverhandlungen stattgefunden?

Pretterebner: Die reinen, die konkreten Vertragsverhandlungen hat Hans Peter Daimler durchgeführt, und zwar im Haus der Bundesländer-Versicherung. Es kam aber dann später auch immer wieder zu Besprechungen im „Demel“ beziehungsweise im „Club 45“, und ich weiß von Besprechungen, wo auch Gehberger und Weiser im „Club 45“ gewesen sind und hier über den Versicherungsvertrag Gespräche geführt haben.

Pilz: War die Bundesländer-Versicherung eigentlich der einzige Anbieter für dieses Geschäft?

Pretterebner: Nein, es hat auch noch andere gegeben. Und zwar hat Proksch selbst dafür gesorgt, daß es Angebote und Offerte von italienischen Versicherungen und, ich glaube, sogar auch von einer Schweizer Versicherung gibt. Allerdings waren das Angebote, die nur dazu dienen sollten, den Preis zu drücken. Proksch hat von Anfang an nie die Absicht gehabt, woanders abzuschließen. Er hat also absolut bei der Bundesländer-Versicherung das immer machen wollen.

Pilz: Wissen Sie die Namen dieser anderen Anbieter?

Pretterebner: Ja, da gibt es also die ASSILONG (*phonetisch*), das ist eine Kurzform, das ist Assicurazione (*phonetisch*), das ist eine Versicherungsgesellschaft, die aber quasi betrieben wird vom selben Personenkreis in Venedig, dem auch angehören die Freunde des Udo Proksch Meotto und Scarpa, die dann auch herangezogen worden sind als Sachverständige und die letztlich auch Besitzer der Reederei Coco del Mar waren und Geldgeber dafür, also praktisch Mittäter in diesem Zusammenhang.

Pilz: Eine Frage noch zu dem, was wir vorher besprochen haben. Bei diesem Gespräch mit Bürger und Daimler oder Proksch im „Club 45“, wissen Sie eigentlich, wer da alles dabei war?

Pretterebner: Ich kann mir vorstellen, was Sie meinen, wer dabei war. Bürger war bei den meisten Verhandlungen, wobei es da in diesem Zusammenhang mehrere Versicherungsverträge gegeben hat. Es hat zum Beispiel auch diese Transporte nach Hochfilzen im Sommer 1976 gegeben, die sind auch bei der „Bundesländer“ versichert worden. Oder die Feuerversicherung in Piesting wurde abgeschlossen. All diese Vertragsverhandlungen hat in der Regel Bürger gemacht seitens der Bundesländer allein und auf der anderen Seite Proksch und/oder Daimler. Dabei sonst war an sich niemand. Sie spielen wahrscheinlich auf die Passage an, wo ich schreibe, daß bei diesen Verhandlungen neben dem Udo Proksch ständig auch der Innenminister Blecha oder manchmal der Innenminister Blecha und der Herr Gratz und der Herr Lütgendorf dabei waren.

Das darf ich vielleicht erklären: Ich habe dem Herrn Bürger vorgehalten, ob er denn und ob denn niemand in der Bundesländer-Versicherung jemals stutzig geworden ist, daß der Besitzer der k. u. k. Hofzuckerbäckerei hier jetzt eine hochtechnologische Anlage, eine Uranfabrik verkauft, und ob man ihm denn das zugetraut hat. Und da wurde mir immer erklärt, es war dieses Geschäft über jeden Zweifel erhaben, und zwar deshalb, weil Proksch ganz bewußt immer wieder durchblicken hat lassen, daß es sich hier praktisch um ein Geschäft handelt, an dem in irgendeiner Form auch die österreichische Bundesregierung beteiligt ist. Er hat es sicher nicht wörtlich gesagt, aber er hat es durchblicken lassen. Gestützt auf die Tatsache, daß tatsächlich der Herr Bürger dann jedesmal, wenn er hingekommen ist, ein prominentestes Regierungsmitglied oder einen Parteifunktionär der SPÖ dort vorgefunden hat, hat er das einfach geglaubt.

Ich meine, ich habe es ein bißchen drastisch ausgedrückt, wenn ich geschrieben habe, der Herr Blecha hat ihm immer freundlich zugezwinkert, und der Herr Lütgendorf hat ihm auf die Schulter geklopft, und der Herr Gratz sei ständig um den Udo Proksch bei diesen Verhandlungen herum-scharwenzelt, so war es sicherlich ein bißchen übertrieben formuliert. Aber tatsächlich hat also Bürger zum Beispiel Blecha nachweislich mindestens zwei-, dreimal bei solchen Vertragsverhandlungen getroffen auch im „Club 45“.

Pilz: Jetzt wieder zum Vertrag. War das Angebot Ihres Wissens nach von seiten der Bundesländer-Versicherung das billigste Angebot?

Pretterebner: Ich glaube nicht, daß es das billigste Angebot war. Ich bin sogar davon über-

zeugt, daß dieses italienische Angebot etwas billiger war. Aber das kann man nicht so einfach sagen, weil ja da Klauseln noch dabei eine Rolle spielen. Ich habe es gar nicht bis zum Ende recherchiert, weil ich rasch erkannt habe, daß das nur ein Scheingeeoffert war.

Pilz: *Ich möchte Punkt für Punkt durchgehen, um draufzukommen oder einen Hinweis darauf zu bekommen, was eigentlich für die Bundesländer-Versicherung bei verschiedenen Angeboten gesprochen hat. War die Bundesländer-Versicherung das in Seetransport-Versicherungen im Vergleich zu den anderen erfahrenste Unternehmen?*

Pretterebner: Es war sicher eher das unerfahrenste, weil es in Seetransport-Versicherungen praktisch überhaupt noch nichts gemacht hat bis zu diesem Zeitpunkt.

Pilz: *Der wie viele Fall von Seetransport-Versicherungen dieser Art war das für die Bundesländer-Versicherung?*

Pretterebner: Ich glaube, es war der erste Fall.

Pilz: *Es war der erste Fall. Das heißt, man konnte davon ausgehen, daß die Bundesländer-Versicherung in dieser Sparte ein ausgesprochen unerfahrenes Unternehmen ist?*

Pretterebner: Zweifellos, ja.

Pilz: *War die Bundesländer-Versicherung in diesem Bereich besonders penibel? Ist sie bei Vertragsabschluß und -abwicklung besonders penibel vorgegangen?*

Pretterebner: Das ist sie nach meinen Erkenntnissen nicht, und zwar auf Wunsch des Herrn Udo Proksch.

Pilz: *Können Sie das konkretisieren?*

Pretterebner: Ich habe schon erwähnt, daß Proksch durchblicken hat lassen, es ist das ein heikles politisches Geschäft. Proksch hat sicher dem Dr. Ruso, möglicherweise aber auch anderen Herren — nur dort weiß ich es nicht —, zu erkennen gegeben und gesagt, wenn dieses heikle, politisch höchst brisante Geschäft in der Öffentlichkeit ruchbar wird, dann platzt es. Man möge also, soweit dies möglich sei, hier das in Ruhe abwickeln lassen. Und Ruso hat am Ende eines solchen Gesprächs dann dem Proksch noch gesagt, aber in Chioggia, da schauen wir uns die Fracht an, da sind wir dabei.

Pilz: *Von wem wissen Sie das?*

Pretterebner: Das weiß ich von jenem Mann, der da mit dabei war und der das eingefädelt hat, vom Herrn Bürger.

Pilz: *Gehen wir es Punkt für Punkt durch. Was weist eigentlich darauf hin, daß die Bundesländer-Versicherung möglicherweise das Ganze etwas oberflächlich gehandhabt hat? Wie schaut es einmal mit dem Vertrag aus? Ist der Vertrag für Sie ein Hinweis darauf, daß da penibel vorgegangen wurde? War das ein üblicher Vertrag? Was wissen Sie darüber?*

Pretterebner: Der Vertrag als solcher ist für mich kein Hinweis darauf, daß hier etwas oberflächlich gemacht worden ist. Ich glaube, Ihr Einwand, der in der Öffentlichkeit erhoben worden ist, stimmt auch nicht. Das ist ja nicht beschränkt auf dieses eine Blatt, es sind da ja alle Klauseln dabei. Wohl aber wäre ein Hinweis, wenn es tatsächlich so sein sollte, wie es mir gegenüber behauptet worden ist, daß nicht mehr Informationen vorhanden sind, vor allem über die Zulieferorte.

Pilz: *Es geht ja um diesen Transport.*

Pretterebner: Um den Transport. Da, muß ich sagen, ist für mich absolut unglauwbüdig oder ungewöhnlich, daß man sich nicht dafür interessiert hat, wer sind die Zulieferanten, woher kommen die Transporte. Denn es war ja nicht nur versichert von Piesting nach Chioggia und dann weiter nach Hongkong, sondern es war ja versichert ab Haus CSSR, BRD und Österreich. Und niemand hat angeblich gefragt, woher, von welcher Firma, wer in der Tschechoslowakei erzeugt das und liefert das, obwohl der Transportweg von dort auch nach Piesting zum Sammelplatz eingeschlossen war in der Transportversicherung.

Ich erkläre es mir eben damit, daß man dem Udo Proksch entgegengekommen ist und hier tatsächlich nicht gefragt hat, um nicht dieses Geschäft zu stören, und wirklich auch aus dem Grund es verabsäumt hat, jemals in Piesting Nachschau zu halten, ob es denn dort überhaupt einen Kran gibt, mit dem man das aufladen kann, ohne daß gleich schon beim Verladen ein Schaden entsteht.

Pilz: *Sie haben sich ja mit den Usancen im Versicherungsgeschäft beschäftigt.*

Pretterebner: Ja, das habe ich getan.

Pilz: *Ist es bei Versicherungen dieses Umfangs üblich, daß man als Versicherung fragt: Wo genau wird das Ganze verladen, wo genau kommt das her, welcher Transportweg, wo wird es verschifft und so weiter?*

Pretterebner: Da muß man jetzt grundsätzlich unterscheiden. Wenn eine Firma da ist, die einen Versicherungsvertrag hat und ein Stammkunde einer Versicherung ist, ist es üblich, überhaupt nichts zu fragen, überhaupt nie mehr dort hinzu-

gehen. Da wird ja in der Praxis oft sogar erst einmal im Monat im nachhinein gemeldet an die Versicherung, welche Transporte abgegangen sind. Aus dem Grund ist ja die Beweislast im Falle eines Schadens umgekehrt. Dann muß der Versender, der Versicherungsnehmer nachweisen und Belege vorlegen, woher kam das, was ist es wert.

Aber das erste Mal beim Versicherungsabschluß wird natürlich von einer Versicherung ganz genau angeschaut der Ort, wo die Versendung, wo der Abtransport stattfindet, einfach, um dort die Modalitäten zu sehen, eben welche Kräne sind da, wie wird das gelagert und so weiter.

Pilz: Und das ist in diesem Fall nicht passiert?

Pretterebner: Das ist nicht geschehen. Es ist ein zweiter Fall, wo man sagen muß, wenn es sich um eine Handelsfirma handelt, die gar keinen Betrieb hat, die noch dazu so ein Geschäft das erste Mal abschließt, dann ist es an sich absolut unüblich, es so zu handhaben, wie es hier gehandhabt worden ist. Es sei denn eben, man ist ein bisserl entgegengekommen. Ich verstehe nur nicht, warum die Bundesländer-Versicherung das nie zugegeben hat, daß sie eben ein bisserl entgegengekommen ist.

Pilz: Wie schaut es dann aus in dem Fall, daß der Schaden eintritt? Welche Vereinbarungen wurden dafür geschlossen? Was hat man an Belegen verlangt? Sie schreiben ja darüber.

Pretterebner: Es sind ganz einfach die allgemeinen Seefahrtsbestimmungen. Da war offensichtlich der Rechtsvertreter der Zapata, der Herr Dr. Damian, kein guter Ratgeber, weil er allen Ernstes geglaubt hat, es würde genügen, die Rechnungen vorzulegen. Und er hat diese Versicherungsbestimmungen falsch interpretiert.

Es gibt diesbezüglich eine Korrespondenz, wenige Tage nach Eintritt des Versicherungsfalles, wo er wirklich ganz erstaunt ist und sich wundert, auf welcher Rechtsgrundlage denn die Bundesländer-Versicherung jetzt Zulieferanten wissen will. Aber das ist in den Bestimmungen vorgesehen.

Es gibt nur hier auch wiederum den Hinweis darauf, daß man eben mehr oder weniger unter der Hand und außerhalb der Verträge dem Udo Proksch versprochen hat, wir werden keinen Richter brauchen, wenn etwas passiert, die Rechnung genügt. — Und aus dem Grund hatte Proksch auch nur die Rechnungen vorbereitet und sonst überhaupt nichts. Und alle anderen Zulieferanten und die Dokumente, die mußten dann alle erst nachher gefälscht werden.

Pilz: Sie schreiben da in Ihrem Buch — ich zitierere —: Die beruhigende Antwort der Bundesländer-

Versicherung ließ eine kulante und unbürokratische Vorgangsweise erwarten. Zitat: Die Rechnung genügt.

Pretterebner: Das ist das, was ich eben gemeint habe.

Pilz: Wie kann man das belegen?

Pretterebner: Das ist belegt durch Gespräche mit den Leuten, die dabei waren. Für mich war einer der Gesprächspartner der Herr Bürger.

Pilz: Verstehe ich das richtig, der Herr Bürger hat bestätigt, daß Proksch und Daimler gesagt worden ist, die Rechnung genügt?

Pretterebner: Das ist richtig so, ja.

Pilz: Das heißt, von seiten der Bundesländer-Versicherung — ich versuche, das jetzt noch einmal festzuhalten — hat ihr Repräsentant laut eigener Aussage Ihnen gegenüber gesagt, daß er Proksch oder Daimler erklärt hat, die Rechnung genügt im Schadensfall.

Pretterebner: Nicht er selber, sondern Gesprächspartner der „Bundesländer“. Der Repräsentant, der Vertreter sozusagen, könnte es sich nie leisten, solche Nebenabsprachen zu machen. Sie sind auch rechtlich irrelevant, weil ja alle diese Dinge außerhalb am Ende nicht anerkannt werden.

Pilz: Konnte Proksch also davon ausgehen und sich sicher sein, daß er einfach mit einer Schadensmeldung kassieren kann?

Pretterebner: Vollkommen richtig. Proksch ist davon ausgegangen, und zwar aus zwei Überlegungen. Erstens einmal, weil er vertraut hat darauf, daß sein Verhältnis zur Bundesländer-Versicherung so gut ist, daß man ihm keine Schwierigkeiten machen wird. Zweitens, weil Dr. Damian ihn in dem Glauben gelassen hat, daß es rechtlich keine Möglichkeit gibt für die Bundesländer-Versicherung, hier Zulieferanten zu verlangen. Und drittens, weil Udo Proksch schon damals ganz genau gewußt hat, daß bei der Bundesländer-Versicherung intern etwas los ist und daß er nötigenfalls nur Druck auszuüben braucht, und dann würde es diese Versicherung nicht wagen, ihm Schwierigkeiten zu machen.

Pilz: Noch zwei Fragen dazu. Hat Bürger Ihnen gegenüber gesagt, wer in diesem Fall die Gesprächspartner von Proksch oder Daimler waren?

Pretterebner: Im Prinzip war der Gesprächspartner in diesen Verhandlungen Dr. Ruso.

Pilz: Hat Bürger den Namen Dr. Ruso genannt in diesem Zusammenhang?

Pretterebner: Hat er zweifellos genannt, natürlich.

Pilz: Er hat also gesagt, Dr. Ruso hat diese Versicherung abgegeben, im Schadensfall genügt die Schadensmeldung?

Pretterebner: Da muß ich jetzt leider eine Einschränkung machen. So etwas sagt man nicht so dezidiert, das wäre auch unmöglich, denn da müßte es reingeschrieben werden. Aber es gibt gewisse Dinge, so wie ich es formuliert habe, wir werden keinen Richter brauchen. Sie haben sicher auch schon Versicherungen abgeschlossen, Sie haben sicher schon mit Vertretern zu tun gehabt, und man hat Ihnen dann gewisse Interpretationen gegeben. Also ich kann mich hier nicht festlegen. Es ist sicher nicht so, daß die Bundesländer-Versicherung hier eine rechtsverbindliche Zusage gemacht hat, die dann nicht eingehalten worden ist. Das kann man sicher nicht behaupten. Aber atmosphärisch.

Pilz: Ist es richtig, daß Sie sich an den Wortlaut nicht mehr erinnern können?

Pretterebner: Es ist nicht das Problem, ob ich mich erinnern kann, sondern ob meine Gesprächspartner sich an den Wortlaut erinnern konnten.

Pilz: Und das zweite ist: Wann hat dieses Gespräch mit dem Herrn Bürger stattgefunden, wo er Ihnen das gesagt hat?

Pretterebner: Ich habe mit dem Herrn Bürger sehr oft gesprochen. Ich könnte jetzt nicht mehr konkret sagen, bei welcher Gelegenheit. Ich habe zirka zehnmal Kontakt mit dem Herrn Bürger gehabt in dieser Frage, und irgendwann wurde eben auch diese Problematik besprochen.

Pilz: Es hat dann weitere Gespräche gegeben nach Eintreten des Schadensfalls. Sie schreiben in Ihrem Buch: Es wurden mit Udo Proksch jedoch mehrfach Gespräche über die Möglichkeiten einer außergerichtlichen Einigung im Versicherungsfall Lucona geführt. Was wissen Sie darüber?

Pretterebner: Es hat eigentlich vom Zeitpunkt der Klageeinbringung im August 1977 an immer wieder Vergleichsgespräche gegeben und Versuche, hier zu einer gütlichen Lösung zu kommen. Der erste Versuch einer Intervention zugunsten Udo Prokschs auf dem Vergleichsweg war die mittlerweile ohnedies schon bekannte des Herrn Mag. Gratz, der über den Mitversicherer Union Versicherung, Tochterfirma der Wiener Städtischen, wo er ja direkten Einfluß hatte, wo er also versucht hat und einen Interventionsbrief an den Generaldirektor Otto Binder geschrieben hat. Dieser liegt vor. Das war also ein erster Versuch, wobei ich noch hinzufügen möchte, der Brief-

wortlaut selbst ist ja etwas seltsam, weil es in erster Linie einmal zunächst ein Dementi ist, Aktionär der Zapata zu sein, im Jahr 1977 schon, und dann aber doch eine Intervention, aber Gratz hat das klargestellt in einer späteren Zeugenaussage, ich weiß nicht, ob diese auch vorliegt, wo er sagt, er wollte damit eine gütliche Einigung erreichen. Das könnte ich noch nötigenfalls vorlegen.

Das war der erste Versuch. Es hat dann einen weiteren Versuch gegeben über den Präsidenten des Deutschen Industrie- und Handelstages Otto Wolff von Amerongen, der den damaligen österreichischen Botschafter in Bonn Ender direkt und persönlich beim Vorstand der Bundesländer-Versicherung intervenieren ließ zugunsten einer gütlichen Einigung auch und einer Auszahlung zumindest einer Vergleichssumme in der Größenordnung von 100 Millionen Schilling. Es hat schließlich Gespräche gegeben zwischen Ruso und Proksch — das weiß ich allerdings nur von Proksch selbst, Ruso konnte ich dazu nie befragen —, wo anlässlich einer Verhandlung beim Handelsgericht so ein Vergleichsgespräch auf der Herrentoilette stattgefunden haben soll zwischen dem Udo Proksch und dem Generaldirektor Ruso, der damals gerade Generaldirektor geworden war, und wo angeblich Ruso dem Udo Proksch versprochen habe, er werde dafür sorgen, daß die Geschichte bereinigt wird.

Pilz: Das heißt aber, die Versuche zu dieser außergerichtlichen Einigung sind von Proksch ausgegangen und nicht von der „Bundesländer“.

Pretterebner: Die sind immer vom Proksch ausgegangen. Die Bundesländer-Versicherung hat von sich aus meines Wissens nie die Bereitschaft gezeigt, eine vergleichsweise Bereinigung herbeizuführen.

Pilz: Ich habe jetzt nur zwei kurze letzte Fragen. Und zwar erstens: Seit wann ist eigentlich der Betrugs- und Mordverdacht in der ganzen Causa Lucona öffentlich geäußert worden?

Pretterebner: Öffentlich oder überhaupt aufgetaucht?

Pilz: Zuerst einmal öffentlich und dann auch überhaupt aufgetaucht.

Pretterebner: Darf ich es umgekehrt sagen, weil das ist einfacher. Also aufgetaucht konkret für den Rechtsvertreter der Bundesländer-Versicherung ist der Betrugsverdacht in diesem Fall bereits wenige Wochen nach dem Untergang des Schiffes, und zwar am 14. Februar 1977.

Ich bin in den Besitz einer Tagebucheintragung der Anwaltskanzlei Masser gelangt, und es hat sich dabei um keine Fälschung gehandelt. Ich habe den Herrn Dr. Masser konfrontiert mit die-

ser Eintragung, und er hat sie mir dann auch bestätigt und sogar im vollen Wortlaut noch einmal vorgelesen, und ich konnte sehen, sie stimmt. Er hat hier geschrieben nach der Rückkehr aus Holland, daß der Verdacht da ist, es könnte sich um einen gigantischen Versicherungsbetrug handeln.

Pilz: Können Sie uns eine Kopie dieser Tagebucheintragung geben?

Pretterebner: Nein, das kann ich nicht, weil daraus Rückschlüsse zu ziehen wären allenfalls auf meinen Informanten. Ich habe auf Seite 376 in der Mitte das entsprechende Zitat in meinem Buch.

Pilz: Ich weiß.

Pretterebner: Das ist also von seiten der Bundesländer-Versicherung jetzt erstmals der geäußerte Verdacht, der sich ja tatsächlich dann laufend erhärtet hat, und spätestens im Herbst 1977 nach Einschaltung des Detektivinstituts Penk-Lipovsky war ja eigentlich schon mehr oder weniger klar, daß hier keine Uranfabrik verschickt wurde.

Pilz: Seit 14. Februar 1977 war zumindest der Bundesländer-Versicherung klar, daß es sich mit großer Wahrscheinlichkeit um einen riesigen Betrugsfall handelt. Ist damals schon die Frage Mordverdacht aufgetaucht?

Pretterebner: Das ist damals eigentlich von seiten des Dr. Masser, wie ich dann späteren Gesprächen entnommen habe, wohl immer wieder auch als eigentlich einzige logische Konsequenz angesehen worden, aber man war nicht ganz sicher, weil theoretisch die Möglichkeit einer falschen Ladung auch in Betracht gezogen worden ist. Also der Mordverdacht, muß man sagen, ist damals eigentlich noch nicht erkannt worden, obwohl er eigentlich logisch denkbar war.

Pilz: Haben Sie eigentlich zu der Zeit jemals Vertreter der Bundesländer-Versicherung oder ihre Anwälte auf das Unterlassen der Strafanzeige angesprochen?

Pretterebner: Ich habe — das war eine meiner zentralen Fragen — immer wieder auch gefragt, warum das unterlassen worden ist, vor allem ab Herbst 1977, weil ich mir gesagt habe, es hätte die Versicherung sich rund 80 bis 100 Millionen Schilling erspart auf Kosten der Rückversicherer, die bezahlt werden mußten für diesen zehnjährigen Zivilrechtsstreit mit allen Kosten, und habe daher immer wieder versucht, draufzukommen, warum das nicht schon damals dem Staatsanwalt übergeben worden ist, und habe natürlich die entsprechenden Antworten bekommen.

Zunächst habe ich festgestellt, daß sich vor allem auch die Mitversicherer vehement dagegen

ausgesprochen haben, nämlich die Schweizer Versicherungsanstalten Basler und Helvetia, weil vor allem die Schweizer überhaupt kein Vertrauen in die Rechtsprechung in Österreich damals hatten und vehement abgeraten haben.

Von seiten der Bundesländer-Versicherung hat es nach meinen Recherchen immer unterschiedliche Auffassungen gegeben. Die einen wollten das, und die anderen wollten nicht. Offizielle Begründung war, es würde wahrscheinlich bei den guten Beziehungen des Udo Proksch diesem gelingen, so ein Verfahren, so eine Anzeige rasch zur Einstellung zu bringen, und man würde dann im Zivilprozeß eine schlechtere Position haben, was an sich einleuchtend ist. Denn wenn eine Strafanzeige erstattet wird und der Staatsanwalt legt das zurück, dann hat natürlich die Prozeßpartei im Zivilprozeß Oberwasser. Und diese Gefahr wollte man nicht eingehen, sondern man hat gesagt, man läßt sich klagen, und es wird denen nie gelingen, den Nachweis zu erbringen für die Existenz. Man hat nicht gerechnet mit der Fantasie dieser Leute.

Und dann gibt es also natürlich für mich, das habe ich also schon entdeckt, auch noch einen weiteren Grund, warum man die Strafanzeige unterlassen hat. Es gab immer Leute, die sich davor gefürchtet haben, daß die Retourkutsche kommt. Es gab ja immer wieder auch die entsprechenden Drohungen seitens des Udo Proksch. Das begann bereits — ich habe da zufällig sogar ein Dokument — im November 1977, wo in einem Schriftsatz des Dr. Damian an das Handelsgericht bereits drinnen gestanden ist, daß sich die Versicherung wehrt, zu zahlen, das ist ein Vorwand, weil sie finanziell dazu nicht in der Lage ist, weil sie bei ihrer eigenen Tochtergesellschaft einen Großteil oder einen Teil dieses Schadens rückversichert hat.

Also die schwachen Punkte der Bundesländer-Versicherung wurden vom Start weg immer wieder als Drohung dorthin geschickt, sodaß man natürlich dort Angst gehabt hat, daß im Falle einer Anzeige selbstverständlich der ganze „Bundesländer“-Skandal, der dann ja 1985 aufgebrochen ist, schon in den siebziger Jahren möglicherweise an die Luft gegangen wäre.

Pilz: Ist Ihnen auch etwas bekannt von konkreten Drohungen in der Art und Weise, wie es zum Beispiel Guggenbichler hier erzählt hat, daß man Ruso gesagt hat, wenn er da nicht spurt, dann platzt der „Bundesländer“-Skandal?

Pretterebner: Es ist mir eine ganze Menge solcher Ereignisse bekannt. Was das Guggenbichler-Zitat betrifft, so weiß ich natürlich nicht, was da gesprochen wurde. Ich kann nur bestätigen, daß dieses Gespräch stattgefunden hat in jenem Herbst 1985. Was ich weiß, ist, daß Udo Proksch am 26. Jänner 1985 bei jenem berühmten Treffen

im Zürcher Hotel St. Gotthard, wo er sich davor gefürchtet hat, daß er demnächst verhaftet wird, daß er an diesem Tag mit Gratz auch die Frage besprochen hat, ob es nicht jetzt an der Zeit wäre, auch an die Öffentlichkeit zu bringen, was eben bei der Bundesländer-Versicherung los ist, also den Bundesländer-Versicherungsskandal platzen zu lassen.

Pilz: Wie läßt sich das belegen?

Pretterebner: Proksch selbst hat mit mir darüber gesprochen und hat mir das erzählt. Ich habe zu meinem Erstaunen dann Monate später oder, ich glaube, sogar ein halbes Jahr später sogar eine Zeugenaussage des Udo Proksch in einem Gerichtsverfahren gefunden, wo er das ebenfalls vor Gericht als Zeuge noch einmal bestätigt, daß das unter anderem Gesprächsthema war in Zürich.

Pilz: Das heißt, Proksch hat Ihnen gesagt, daß er mit Leopold Gratz in Zürich besprochen hat (Pretterebner: Richtig!), daß jetzt der „Bundesländer“-Skandal als konkrete Drohung eingesetzt wird.

Pretterebner: Richtig, daß man jetzt also an die Öffentlichkeit bringen soll, daß sozusagen der „Bundesländer“-Skandal jetzt . . ., um damit vorzubeugen seiner Verhaftung.

Es kam dann aber nicht dazu. Er wurde schneller verhaftet, als er diese Drohung wahr machen konnte. Er hat sie dann wahrgemacht im Herbst. Da gibt es auch eine Reihe von Hinweisen. Ich weiß beispielsweise, daß Proksch im Spätsommer 1985 bei einer seiner Einvernahmen vor der Kriminalpolizei der niederösterreichischen Sicherheitsdirektion bereits angekündigt hat, daß es demnächst bei der Bundesländer-Versicherung Hausdurchsuchungen geben werde. Ich selbst habe im September 1985 eine sehr unerfreuliche Begegnung mit dem Udo Proksch gehabt, wo er mir auch angekündigt hat, daß es jetzt demnächst losgehen wird, und wo er also sehr emotional verschiedene Aussagen getätigt hat. Ich müßte es jetzt finden. Das ist nachzulesen im Buch im Kapitel „Proksch: ‚Ich breche euch noch allen das Kreuz!‘“ auf Seite 635. Da sagt er: „Diesen schwarzen Wixern wird die Lust, ausgerechnet auf mich mit dem Finger zu zeigen, schon sehr bald vergehen, . . .“

Pilz: Herr Pretterebner, wir können in einer zweiten Runde noch einmal darauf zurückkommen. Danke.

Obmann Steiner: Herr Abgeordneter Elmecker, bitte.

Elmecker: Herr Zeuge, ich habe eigentlich nur noch ein paar Nachstoßfragen zum Kapitel „Bundesländer“. Sie haben zu Beginn Ihrer heutigen

Aussage gemeint, viele „Bundesländer“-Kapitel mußten Sie weglassen. Können Sie mir in kurzen Worten sagen, kapitelweise angedeutet, welche „Bundesländer“-Kapitel Sie weglassen mußten?

Pretterebner: Ja. Ganz einfach. Ich habe im Prinzip zwei Kapitel in dem Buch drinnen, die sich mit der Bundesländer-Versicherung beschäftigen. Ich hätte diese beiden Kapitel in Wahrheit gerne von den Recherchen her etwa in der Größenordnung von zehn Kapiteln dargestellt. Also ich wollte den Bundesländer-Versicherungsskandal als solchen als eine Nebenfacette auch unterbringen, konnte es aber ganz einfach aus Platzgründen nicht tun, weil ich schon 1 200 Seiten hatte. Und auch viele andere, zum Beispiel die Kuzbari-Kapitel und diese Plaza-Geschichte, die ich damals schon recherchiert hatte, mußte ich auch weglassen, weil ich einfach den Platz nicht hatte, was ich heute sehr bedaure, weil das mittlerweile ja auch ein zentrales Thema bei der Fahndung geworden ist.

Und so ist das zu verstehen. Also ich habe daher den ganzen „Bundesländer“-Skandal mehr oder weniger auf wenigen Seiten abgehandelt in Kurzform.

Elmecker: Sie haben auch gesagt, das, was jetzt bei der „Bundesländer“ ist, ist die logische Folge der Lucona-Geschichte. Können Sie mir das ein bißchen präzisieren, was Sie damit gemeint haben: Die logische Folge der Lucona, das, was jetzt bei der „Bundesländer“ ist.

Pretterebner: Herr Abgeordneter, das fragen Sie mich? Sie sind ja bei den Beschlüssen dabei, die Ihre Fraktion getroffen hat. Ich meine, wenn es diesen Ausschuß nicht gäbe, wenn es nicht die Rücktritte des Herrn Blecha und des Herrn Gratz gäbe — und die gäbe es nicht, wenn nicht dieses Buch geschrieben worden wäre und dieser Ausschuß eingesetzt worden wäre — und wenn nicht der Fall Lucona sozusagen jetzt aufgedeckt worden wäre im Prinzip, dann würde der Herr Löschenkohl sicher nicht als Zeuge vorgeladen werden, dann würde sicher keine Überlegung stattfinden, daß man einen neuen Untersuchungsausschuß über die „Bundesländer“-Affäre einsetzt, dann würde von Ihnen nicht der Antrag gekommen sein, jetzt alle möglichen Zeugen zu vernehmen, weil Sie jetzt natürlich ein Interesse daran haben müssen, hier auch der „Bundesländer“ ans Zeug zu flicken. Das ist politisch durchaus verständlich für mich, obwohl es mit der „Lucona“ direkt und mit dem Auftrag dieses Ausschusses nichts zu tun hat, wenn ich mir erlauben darf, das zu sagen.

Elmecker: Sie sprachen von der logischen Folge. Sie meinten also im Verlauf der . . .

Pretterebner: Natürlich, schauen Sie, es ist ja immer so gewesen. Es ist im Jahr 1983 in dem Augenblick, als die Anzeige erstattet worden ist, eine ungeheuerliche Kampagne vom Zaun gebrochen worden gegen den Anzeiger Guggenbichler, gegen den Gendarmeriebeamten Mayer, der darüber hinaus . . . Ich habe die Unterlagen da, wo also das als Politikum sofort auch von der Staatspolizei behauptet worden ist. Das sei eine politische Aktion der ÖVP, und der müsse man jetzt begegnen, war die Folge. Und man ist auf die Bundesländer-Versicherung losgegangen. Eine Kampagne!

Und dann hat es sich wieder beruhigt. Als der nächste Schritt kam, wieder eine Kampagne und das Fallen des Dr. Ruso, zwei Selbstmorde und jede Menge Strafverfahren.

Und letztlich jetzt wiederum: Nachdem es sich so schön schon beruhigt hatte, niemand mehr vom Fall Lucona geredet hatte, niemand daher auch vom „Bundesländer“-Fall, jetzt ist im heurigen Jahr das Ganze wieder losgegangen. So wie es Petrak und Buchinger vorausgesehen haben, ist es losgegangen. Es kommt zum Versuch der Klärung der politischen Hintergründe, und die Retourkutsche folgt den Rücktritten auf den Fuß.

Elmecker: Ich möchte jetzt nicht auf die Kampagne gegen den Guggenbichler und so weiter eingehen, weil wir uns geeinigt haben, daß wir Sie nur zum Fall „Bundesländer“ heute befragen. Aber Sie haben heute auch gesagt, ganz konkret, im Zusammenhang mit den Millionen bei der „Bundesländer“ ist für mich Parteienfinanzierung klar. Ich frage Sie schon konkret nach den Beweisen.

Pretterebner: Ja, Sie werden sie nur konkret von mir nicht kriegen. Da müssen Sie sich gedulden; bis mein zweites Buch über diese ganze Geschichte da ist, denn dort wird natürlich auch die „Bundesländer“ vorkommen. Aber ich kann es nur noch einmal so sagen wie vorhin schon: Es ist selbstverständlich für mich, und ich habe auch entsprechende Recherchen getätigt, die mich nicht daran zweifeln lassen, daß seit vielen Jahren bei der „Bundesländer“ über die verschiedensten Umwege, zum Beispiel durch Splitting der Provisionen, bei den Aufträgen aus dem öffentlichen Bereich . . .

Ich meine, das, was der Herr Dr. Rieder vorgelegt hat, ist ja das beste Beispiel, daß alle Versicherungsverträge im öffentlichen oder halböffentlichen Bereich — der DOKW, der VOEST usw. — in einem Pool drinnen sind, wo die „Städtische“ drinnen sitzt und die Bundesländer-Versicherung. Oder daß im Bereich des Bundesheeres überhaupt nur versichert werden darf seitens der „Bundesländer“ auf der einen Seite und seitens der „Städtischen“ auf der anderen Seite. Eine private Versicherung kommt dort überhaupt nie rein.

Der Kuchen wird zwischen Rot und Schwarz schön aufgeteilt. Das wissen Sie ganz genauso. Und es werden natürlich bei der „Bundesländer“ die ÖVP und ÖVP-nahe Institutionen indirekt finanziert, wobei ich gar nicht sagen möchte, daß das grundsätzlich auf illegalem Weg passiert. Nur so, wie es der Dr. Ruso dann gemacht hat ab einem gewissen Zeitpunkt, da hat man dann halt einfach soviel Geld gebraucht, daß man zu illegalen Mitteln greifen mußte. Ich habe auch dafür eine Erklärung, warum das so gekommen ist: weil er halt schwach war und dem Alkohol zugetan und weil immer mehr Leute aufgetaucht sind und gesagt haben: „Bitte, wenn dorthin Geld fließt, dann möchten wir auch mitnaschen!“, und weil er so unter Druck kam, daß es ein Faß ohne Boden geworden ist, was früher natürlich nicht der Fall war.

Und bei der Wiener Städtischen passiert genau das gleiche. Da gibt es natürlich auch diese Provisionskonten, wo die Provisionen für Aufträge gesammelt werden, wo es keiner Betreuung bedarf in der verstaatlichten Industrie. Und da gibt es eben auch Hunderte Möglichkeiten, um Gelder, Versicherungsgelder, letztlich zweckwidrig zu verwenden, sei es jetzt in Form von Inseraten in SPÖ-nahen Zeitschriften — das kann man ja alles recherchieren und untersuchen, das ist ja keine Hexerei —, bis hin eben zu dem von mir behaupteten Deal mit dem Udo Proksch, wo man seitens seiner Freunde eben einen höheren Geldbetrag flüssigmachen mußte, um ihm zu helfen, weil sonst das alles schon 1986 zusammengebrochen wäre, und wo eben — so behaupte ich, und ich glaube, daß mir der Nachweis dafür gelingen wird — Proksch einen Betrag von rund 10 Millionen Schilling über den Umweg der Wiener Städtischen Versicherung hier zugeschanzt bekommen hat im Zusammenhang mit dem Plaza-Hotel-Projekt.

Elmecker: Das sind also jetzt zum Teil Behauptungen, die Sie aufstellen, und die sie, wie Sie sagen, auch bewiesen werden können.

Pretterebner: Richtig. Ich hoffe es, ja. Ich habe eine Unzahl von Indizien. Da sitzen wir noch drei Stunden da, wenn wir das im einzelnen durchgehen.

Elmecker: Wir können auch nicht über die Inserate und so weiter reden, denn da würden wir wahrscheinlich sehr lange darüber reden müssen.

Ich habe nur noch eine Frage, die mich auch interessiert. Im Zusammenhang mit dem Herrn Bürger haben Sie gesagt, der Herr Bürger als Repräsentant der „Bundesländer“ hat den Herrn Blecha nachweislich zwei-, dreimal bei den Vertragsverhandlungen getroffen. Wo liegen hier die Beweise?

Pretterebner: Als er hinaufkam, um die Vertragsverhandlungen zu führen, da wurde er von Proksch und Blecha empfangen. Ich habe es vor allem deshalb gesagt — ich sage es Ihnen ganz ehrlich —, weil der Herr Blecha ja hier behauptet hat im Ausschuß, daß er den Herrn Proksch gar nicht kennt und praktisch fast nie im „Club 45“ ist.

Elmecker: Darf ich Sie konkret fragen: Bei den Vertragsverhandlungen oder beim Auftrag für diese Vertragsverhandlungen?

Pretterebner: Als Bürger zu Vertragsverhandlungen kam, zu diesem Zweck. Bei den Vertragsverhandlungen dabei war der Herr Blecha dann sicher nicht, weil er sich dann eben woanders hingewetzt hat, weil ihn das zweifellos nicht interessiert hat. Aber er war mit Proksch dort und hat den Herrn Bürger empfangen, wenn er gekommen ist, und das hat den Herrn Bürger dazu gebracht, anzunehmen, daß ein Geschäft, das der Herr Proksch bringt, nur seriös sein kann, weil die halbe Regierung, der Zentralsekretär der SPÖ und prominenteste Leute ständig um diesen herum sind. Erwähnt habe ich es wirklich nur deshalb, weil der Herr Blecha so getan hat . . .

Elmecker: Kurze Ergänzungsphase dazu: Das hat Ihnen der Herr Bürger gesagt?

Pretterebner: Das hat mir der Herr Bürger bestätigt, sogar vor kurzem noch. Ich kann es Ihnen ganz konkret sagen. Ich habe ihn extra noch einmal darauf angesprochen, nachdem ich die Zeugenaussage des Herrn Blecha gelesen habe, wo ich mich sehr gewundert habe, wo er sagt, er ist da überhaupt nie und er kennt den Udo Proksch gar nicht. Denn ich sage Ihnen, ich war in den letzten zehn Jahren fünfmal im „Club 45“ — fünfmal! (*Unruhe.*) Ja freilich. Ja bitte, wenn der Herr Bundeskanzler Sinowatz dort sein konnte, den habe ich auch einmal getroffen (*Schieder: Und der Dr. Haider!*) und der Dr. Haider, höre ich, dann werde ich auch dürfen. Aber ich war ja immer nur zu Recherchezwecken dort.

Aber ich will etwas anderes sagen: Ich war fünfmal im Laufe von zehn Jahren dort, und dreimal davon war auch der Herr Blecha dort mit dem Herrn Proksch zusammen. Also damit will ich zum Ausdruck bringen: So kann es nicht gewesen sein, wie der Herr Blecha sagt. Und er hat auch erst im heurigen Jahr seine Mitgliedschaft im „Club 45“ zurückgelegt. Ich habe zufälligerweise die Mitgliederliste da. Das steht per 1987 (*Graff: Ach, rückwirkend?*), per 1987. Bitte sehr, in der Liste vom 15. April 1987 ist er noch drauf als prominentes Mitglied des „Club 45“.

Elmecker: Ich möchte jetzt nicht über den „Club 45“ diskutieren, aber mir geht es noch einmal ganz konkret darum, . . .

Pretterebner: Mir geht es nur um eine falsche Zeugenaussage hier.

Elmecker: . . . daß der Herr Bürger den Eindruck haben mußte aufgrund Ihrer Aussage, es wäre eine hochoffizielle Angelegenheit, weil der Herr Blecha dort anwesend war. Das haben Sie heute hier festgelegt.

Pretterebner: Nicht nur der Herr Blecha, einfach das ganze Umfeld. Es war einfach so, daß in den siebziger Jahren der Herr Udo Proksch — wie wir mittlerweile ja jeden Tag jeweils von einem anderen Prominenten hören — wirklich von jedem hochgeschätzt war. Niemand hat ihm irgend etwas Negatives zugetraut. Also auch der Herr Bürger nicht. Mir war es nur unverständlich, denn für mich war der Herr Proksch schon in den siebziger Jahren dubios. Und deshalb habe ich nachgefragt. Und seine enge Nähe bei all seinen Aktivitäten zur Regierungsprominenz hat eben dazu geführt, daß kein Zweifel daran bestanden hat, daß es sich hier um ein seriöses Geschäft handeln müßte.

Elmecker: Jetzt trotzdem — es gehört nicht ganz zur „Bundesländer“, aber die letzte Frage hat sich jetzt ergeben —: Sie sagten, Udo Proksch war für Sie dubios. War er deswegen dubios, weil Sie ganz konkret auch Kontakte zur Staatspolizei hatten?

Pretterebner: Ich verstehe jetzt die Frage nicht. Sicherlich, ich habe viel gewußt über den Herrn Udo Proksch. Vielleicht kann ich das so beantworten.

Elmecker: Auch von Ermittlungen seitens der Staatspolizei?

Pretterebner: Ich will nicht leugnen — ich meine, es läuft ja ein Strafverfahren gegen mich wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses als Beteiligter, und es gab schon vor Jahren Untersuchungen in dieser Richtung gegen mich —, ich kann also daher nicht leugnen, daß ich natürlich immer wieder in den Besitz von Ermittlungsergebnissen auch der Staatspolizei oder des Heeres-Nachrichtenamtes gelangt bin.

Elmecker: Danke.

Obmann Steiner: Danke. Als nächster hat sich Herr Dr. Ermacora zu Wort gemeldet. Bitte.

Ermacora: Herr Zeuge! Ich habe ja mit einem gewissen Vergnügen das Ballspiel verfolgt zwischen Herrn Dr. Pilz und Ihnen, Herr Pretterebner; eine kongeniale Partnerschaft, würde ich fast sagen. Ich möchte jedoch bemerken — und am Ende dieser Bemerkung wird eine Frage stehen —, ich habe den Eindruck, daß Sie eine ganze Fülle von Aussagen, im Englischen würde man sagen, auf einer „hearsay-evidence“ begründen. Sie wa-

ren ja nicht beim Vertragsabschluß dabei und wissen dennoch, was dort geschehen ist. Die Anbote waren nicht an Sie gerichtet, Sie kennen dennoch die Anbote. Das Gespräch zwischen Bürger und Daimler im „Club 45“ war auch nicht in Ihrer Gegenwart geführt, aber Sie wissen davon. Sie haben gewußt, was im St. Gothard-Hotel gesprochen wurde. Das können wir ohne Proksch oder ohne das berühmte Tonband ja nicht nachprüfen. Und jetzt vertreten Sie eine Meinung über das Versicherungsgeschäft. Sind Sie Versicherungsexperte? Darf ich das fragen, bitte?

Pretterebner: Nein, ich bin kein Versicherungsexperte, aber ich bin Lucona-Experte, denn ich beschäftige mich seit vier Jahren mit diesem Fall.

Ermacora: Bitte, Sie sind also kein Versicherungsexperte. Ich darf also dann bemerken, daß Ihre Vorstellung jedenfalls nicht im Einklang mit einem Versicherungsexperten steht. Ich zitiere das Schreiben vom Herrn Dr. Enge vom 11. Juni 1985.

Pretterebner: Ja, das habe ich mir gedacht, daß Sie den Herrn Enge zitieren.

Ermacora: Im Bereich der Transportversicherung ist es als absolut unüblich anzusehen, daß der Versicherer vor der Versendung oder bei der Verpackung kontrolliert, ob die zur Versicherung angemeldeten Güter auch tatsächlich versendet werden und welchen Wert sie haben. — Aber Sie haben sich in Ihrer früheren Aussage expertenhaft gegeben und haben erklärt: Ja warum hat die Versicherung das nicht geprüft? Bitte, das steht in Widerspruch zur Aussage eines Versicherungsexperten. Bitte, was sagen Sie dazu?

Pretterebner: Nein, Herr Professor, ich kenne dieses Gutachten vom Herrn Enge natürlich, und ich weiß auch, wie schwer es ihm gefallen ist, das so zu formulieren, wie es formuliert worden ist. Ich habe ausdrücklich hier versucht — nur müßte ich mich kurz fassen —, ich habe es aber ausführlich im Buch dargestellt . . .

Ermacora: Wir werden das, Herr Pretterebner, im Protokoll nachlesen, wie Ihnen der Versuch gelungen ist oder nicht gelungen ist.

Pretterebner: Aber ich kann ja verweisen auf das Buch. Auch ich bin der Meinung, daß es absolut unüblich ist, daß zum Beispiel der Inhalt der Ware in Chioggia kontrolliert wird. Und ich habe das ausführlich beschrieben. Das passiert nicht. Was aber sehr wohl passiert und was unüblich ist, das ist in so einem konkreten Fall, daß man sich nicht . . . (Graff: Da müssen wir wirklich die Sachverständigen fragen!)

Ermacora: Herr Vorsitzender, ich bin eigentlich nicht interessiert an dieser weiteren Antwort.

Pretterebner: Schauen Sie, ich kann Ihnen ein Beispiel geben. (Graff: Antworten Sie auf das, was Sie gefragt sind!) Ich bin ja gefragt. (Graff: Nein, Herr Pretterebner, seien Sie ruhig! Sie sind nicht gefragt!) Nicht von Ihnen, Herr Dr. Graff, sondern vom Herrn Professor Ermacora. Es tut mir leid.

Obmann Steiner: Herr Pretterebner! Lassen Sie den Abgeordneten Ermacora fragen.

Ermacora: Bitte, ich möchte als zweite Frage auf eine Äußerung von Ihnen zu Beginn Ihrer Zeugenaussage zurückkommen, wo Sie die beiden Großparteien sozusagen angesprochen haben und meinten, daß es für die SPÖ Beweise in bezug auf die „Städtische“ Versicherung gäbe. Bei der ÖVP hatten Sie nicht den Ausdruck „Beweis“ gebraucht, sondern den Ausdruck „Indikationen“. Haben Sie die beiden Ausdrücke bewußt unterschiedlich gewählt, oder halten Sie den Ausdruck „Beweis“ mit „Indikation“ für identisch?

Pretterebner: Nein, ich halte das nicht für identisch. Ich habe trotzdem bewußt den Unterschied gewählt, weil es sich im Fall der Wiener Städtischen Versicherung hier um einen konkreten Fall handelt, den ich konkret recherchiert habe. Und bei dem anderen habe ich mich etwas zurückgehalten. Da meine ich aber, daß sich die grundsätzliche Methode, über Versicherungsanstalten auch Parteienfinanzierung zu betreiben, auf der einen wie auf der anderen Seite etwa im selben Ausmaß nachweisen läßt durch zahllose Indizien, die wir ja jeweils alle kennen.

Ermacora: Bitte, wenn Sie jetzt erklären, daß Sie doch einen Unterschied zwischen „Indikation“ und „Beweis“ machen, so müßten Sie als Schlußfolgerung ziehen, daß Sie in bezug auf die ÖVP ein anderes Material zur Verfügung haben als in bezug auf die SPÖ.

Pretterebner: Ja, ich habe im konkreten Fall in bezug auf die Wiener Städtische und den Herrn Udo Proksch konkretes Material. Ich habe kein Material und keinen Hinweis dafür, daß Udo Proksch von seiten der Bundesländer-Versicherung finanziert worden wäre, obwohl es zahllose Verdächtigungen in dieser Richtung gegeben hat und obwohl ich mich sehr bemüht habe, hier auf bestimmte seltsame Hinweise auf den Hintergrund eines Zusammenspiels draufzukommen etwa des Proksch-Anwaltes Lansky mit dem Anwalt des Herrn Dr. Ruso.

Ich glaube, daß auch dem Ausschuß Aktenvermerke vorliegen, die auch ich seit langem in meinem Besitz habe, und wo es darum geht, daß der Anwalt des Dr. Ruso im Jahr 1986 auf einmal nicht mehr bereit sein soll, weiterhin für diese verbrecherische Organisation die Kastanien aus

dem Feuer zu holen, und wo er sich „mit uns“, also mit Proksch und Lansky, einigen will.

Ich weiß nicht, ob Sie, 6. 5. 1986, Aktenvermerk von Dr. Lansky . . . Aber ich habe keinen Hinweis gefunden, und deshalb mache ich einen Unterschied, sehr wohl gefunden habe ich wahrscheinliche Geldflüsse von der Wiener Städtischen zu Udo Proksch und nicht von der „Bundesländer“ zu Udo Proksch.

Ermacora: Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke. Herr Abgeordneter Graff, bitte.

Graff: Auch wenn mir politisch vieles von dem, was der Herr Pretterebner gesagt hat, durchaus recht sein könnte, so will ich doch nicht verhehlen, daß mir die Art dieses Zeugenverhörs überhaupt nicht gefällt, ohne daß ich jetzt an einzelnen Kritik üben möchte. Wir hören hier eine Fülle vom Hörensagen, wie das schon Freund Ermacora gesagt hat, von Vermutungen, Mutmaßungen, Schlußfolgerungen und so weiter, alles aus zweiter oder dritter Hand, einiges sehr plausibel, einiges, wie gesagt, mir durchaus willkommen, aber trotzdem, das, was wir zu tun haben, nämlich Fakten zu untersuchen, ist heute schon sehr zu kurz gekommen.

Ich habe eine sehr konkrete Frage an Sie, Herr Pretterebner: Sie haben zu Beginn gesagt, es waren bei der „Bundesländer“ einige Leute für die Aufklärung der Sache und einige dagegen. Welche Leute, namentlich, waren gegen eine Aufklärung des Versicherungsbetruges?

Pretterebner: Ja das ist mir leider nie gelungen. Ich habe den Herrn Aufsichtsratspräsidenten Maurer ersucht, er möge mir Kopien der Aufsichtsratsprotokolle überlassen, er hat mir das nicht gestattet . . .

Graff: Also auch das sind Vermutungen, daß welche dagegen waren? Sie wissen nicht . . .

Pretterebner: Nein, daß welche dagegen waren, das weiß ich.

Graff: Nein, welche genügt mir aber nicht, wer? Bitte namentlich!

Pretterebner: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Graff: Das können Sie nicht sagen.

Pretterebner: Ja. Darf ich schon einen Satz sagen? Sie mokieren sich darüber: vom Hörensagen. Sie haben mich als Zeugen . . . nominiert.

Graff: Bitte, nein, interessiert mich überhaupt nicht. Mich interessiert nur, ob Sie . . . Herr Pretterebner! Ich bin am Wort! Sie sind nicht am Wort, sondern ich! Ich frage Sie jetzt . . .

Pretterebner: Ich habe mich ja nicht gedrängt in diese Rolle.

Obmann Steiner: Herr Zeuge! Ich bitte, beide zugleich können erstens einmal nicht reden.

Pretterebner: Sie wollten ja genauso verhindern, daß ich Experte sein kann.

Obmann Steiner: Bitte lassen Sie mich am Wort!

Pretterebner: Entschuldigung!

Obmann Steiner: Erstens einmal können beide nicht zugleich reden, und dann befragt Sie der Abgeordnete. Bitte, fahren Sie fort, Herr Dr. Graff.

Graff: Gut, ich stelle also fest, Sie sind nicht in der Lage, Namen von Personen zu nennen, die bei der „Bundesländer“ gegen eine Aufklärung waren. Ich habe keine weitere Frage.

Obmann Steiner: Danke.

Als nächste hat sich Frau Partik-Pablé gemeldet. Bitte, Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Ich habe ein paar „Abgraserfragen“, und zwar: Sie haben heute gesagt, Herr Zeuge, daß es bei Stammkunden üblich ist, daß die Versicherungsmeldungen erst nach einem Monat geschehen und die Ladung erst bekanntgegeben wird. Kann man nicht sagen, daß auch Udo Proksch ein Stammkunde war und daß deshalb die Versicherung diese ganzen Versicherungsbestimmungen so großzügig gehandhabt hat?

Pretterebner: Nein, das hat sich bezogen auf die Transportversicherung. Und ich darf in dem Zusammenhang sagen, ich habe mich bemüht, auch wenn ich kein Versicherungsexperte bin, einer zu werden in dieser Frage. Und ich habe bei sechs Versicherungsinstitutionen im In- und Ausland versucht, diesen Versicherungsfall nachzuvollziehen, indem ich genau dieselben Bedingungen angewendet habe und dort aufgetreten bin als Versicherungsnehmer und mir jetzt bis ins Detail erklären ließ, wie hier vorgegangen wird. Und daraus schöpfe ich meine Schlußfolgerungen, was üblich ist und was nicht. Im konkreten Fall die Art, einmal im Monat immer eine Rahmenversicherung zu haben, das sind Unternehmungen, die laufend — täglich — Transporte durchführen. Und da gibt es einen Rahmenvertrag, und da wird dann konkret gemeldet einmal im Monat im nachhinein. Da weiß die Versicherung gar nichts davon, daß da längst Transporte und welche das waren, die weggegangen sind.

Helene Partik-Pablé: Also das heißt, es muß ein eigener Rahmenvertrag vorhanden sein, . . .

Pretterebner: Natürlich.

Helene Partik-Pablé: . . . damit das so abgewickelt wird, daß erst im nachhinein gemeldet wird.

Pretterebner: Ganz etwas anderes ist es aber, wenn jemand einen einzigen Fall versichern läßt, und auch das Gutachten vom Herrn Enge sagt ja, wenn man hier eine Handelsfirma hat oder wenn man einen Kunden nicht kennt — und die Zapata AG war ja unbekannt und hat Zulieferanten gehabt, die man nicht gekannt hat —, dann würde man, schreibt er hinein, so einen Versicherungsvertrag erst gar nicht annehmen.

Helene Partik-Pablé: Dann meine zweite Frage, wo ich auch nachstoßen möchte, und zwar — ich glaube, es war der Herr Kollege Ermacora, der den Sachverständigen Enge ins Spiel gebracht hat —: Sie haben gesagt, und für mich haben Sie das mit einer eigenartigen Betonung gesagt, es ist dem Enge schwergefallen, das Gutachten so zu verfassen, wie er es tat. Ist das von mir falsch verstanden worden, oder wollten Sie damit irgend etwas ausdrücken, daß Sie gesagt haben, es ist ihm schwergefallen?

Pretterebner: Ja, weil ich weiß, daß natürlich dieser Vorwurf an die Bundesländer-Versicherung, sie habe sich da nicht gekümmert, sie habe nicht hineingesehen in die Container, immer wieder erhoben worden ist, zu Unrecht, wie ich meine. Und um diesen Vorwurf in der Öffentlichkeit zu entkräften, hat man seitens der Bundesländer-Versicherung eine Kapazität gesucht, die eine Art Gutachten abgibt, daß die Vorgangsweise der Bundesländer-Versicherung ganz normal sei. Und das war halt ein bißchen schwierig — weiß ich zufälligerweise —, weil es für einen Versicherungssachverständigen eben schwer ist, eine Formulierung zu finden, die jetzt demjenigen, der einen darum bittet, so etwas zu machen, hilft und auf der anderen Seite doch vertretbar ist.

Helene Partik-Pablé: Also das heißt, er wollte ein seriöses Gutachten abgeben, aber andererseits wollte er seinem Auftraggeber nicht unbedingt weh tun?

Pretterebner: Richtig, wobei das ja kein offizielles Sachverständigengutachten ist, sondern es ist in Briefform, es ist ein Brief an den Rechtsvertreter der Bundesländer-Versicherung. Aber wenn ein bekannter Mann in der Versicherungswirtschaft eine Äußerung abgibt, dann will er sich halt auch dabei nicht irgendwo in Formulierungen einlassen, die er nicht verantworten kann.

Helene Partik-Pablé: Verstehe schon.

Hier ist schon erwähnt worden, auch über Befragen, glaube ich, der Name Bachmayer. Ich möchte Sie fragen: Haben Sie Informationen, wonach Bachmayer mit Lucona oder Udo Proksch zu tun hat? Über Bachmayer ist sehr viel in der Ver-

gangenheit berichtet worden, auch im Rahmen des Bundesländerprozesses. Aber gibt es einen Zusammenhang zwischen Lucona und Udo Proksch und Bachmayer, den Sie kennen?

Pretterebner: Na ja, es gibt eben einige Zusammenhänge zwischen den beiden Fällen, die aber alle indirekt sind. Ich meine, es gibt die nicht ganz geklärte Bekanntschaft und das Zusammenwirken beim Zustandekommen des Versicherungsvertrages zwischen Ruso und Proksch. Es gibt zum Beispiel diesen Brief, den ich hier habe, aus dem siebziger Jahr schon, von Udo Proksch an den „Lieben Dr. Ruso!“. Ich weiß nicht, ob er dem Ausschuß bekannt ist, dieser Brief, dann darf ich ihn gerne vorlegen, wo es heißt: „Hoffe auf gute Zusammenarbeit für 1971 u. s. w. und wünsche Ihnen alles Gute für all die Feste. Danke für alles. Grüße Ihr Proksch.“ Und dann: „Ein paar bunte Steine für Ihre Feinde!“ — Wer damit gemeint ist, weiß ich nicht.

Das beweist, daß es also doch schon einen langjährigen Kontakt zwischen Ruso und Proksch gegeben hat. Es ist auf der anderen Seite das seltsame Spiel, das dann stattgefunden hat nach dem Auffliegen der Bundesländeraffäre mit dem Herrn Bachmayer, der zunächst den Dr. Zanger als Rechtsanwalt hatte und dann den Dr. Lansky, der gleichzeitig der Proksch-Anwalt ist, wo es dann eben zu solchen Aktenvermerken kommt.

Ich kann nur diese Indizien aufzählen. Das alles sind natürlich Berührungspunkte und der von mir in aller Ausführlichkeit beschriebene Grundzusammenhang, daß sich eben Udo Proksch diese Versicherung nicht umsonst ausgesucht hat, weil er gewußt hat, schon bevor er diese Fracht versichern hat lassen, daß es halt bei der Bundesländer Dinge gibt, mit denen man sie nötigenfalls unter Druck setzen kann.

Helene Partik-Pablé: Danke. Nein, ich bin noch nicht fertig. Ich habe noch ein paar Fragen, die da aufgetaucht sind, während die anderen Kollegen gefragt haben.

Hier ist einige Male die Rede davon gewesen, daß Udo Proksch mit Graz in dem Hotel in der Schweiz in St. Gotthard gesprochen hat. Guggenbichler hat hier erwähnt, es gibt ein Tonbandprotokoll über diese Besprechung. Er hat zuerst gesagt, es müßte auch im Gerichtsakt sein. Die Bundesländer-Versicherung hat dieses Tonbandprotokoll. Es ist im Gerichtsband nicht aufgefunden worden. Und ich möchte Sie fragen: Wissen Sie überhaupt, daß es ein solches Tonbandprotokoll gibt? Haben Sie mit Guggenbichler darüber gesprochen? Hat überhaupt eines . . . Ist eines aufgenommen worden? Wissen Sie davon etwas?

Pretterebner: Ja, es ist sicher die Hotelhalle verwandt worden, davon habe ich mich über-

zeugt. Es ist sicher eine Tonbandaufnahme gemacht worden. Ich habe es allerdings nie gehört.

Helene Partik-Pablé: Wieso wissen Sie, wieso haben Sie sich überzeugt, daß das Hotel verwanzt worden ist? Das würde mich schon interessieren.

Pretterebner: Es gibt da Möglichkeiten, das zu recherchieren. Das macht . . .

Helene Partik-Pablé: Waren Sie auch zu der Zeit . . .

Pretterebner: Ich war zu dieser Zeit nicht in Zürich. Aber ich habe es recherchiert. Es gibt . . .

Helene Partik-Pablé: Aber von wem die Verwanzung war, können Sie ja wahrscheinlich nicht mehr feststellen, wenn Sie nachher dort waren?

Pretterebner: Man kann die Leute finden, die dabei tätig waren und die einem das bestätigen. Jedenfalls schließe ich aus der Tatsache, daß ich das Tonband nicht gehört habe, daß es halt vielleicht wieder einmal nicht richtig funktioniert hat.

Helene Partik-Pablé: Hat Ihnen Guggenbichler gesagt, daß er ein Tonbandprotokoll hat?

Pretterebner: Ja, ich habe das sogar schriftlich, und ich habe auch einen Auszug aus dem dort geäußerten Gespräch irgendwo, ich weiß nicht, ob das hier bekannt ist. Ich suche es nur.

Helene Partik-Pablé: Heißt das, daß Sie das Tonbandprotokoll haben?

Pretterebner: Es existiert kein Tonbandprotokoll im Wortsinn, sondern es existiert eine Sachverhaltsdarstellung über diese Gespräche, wo es heißt: „beschwerte sich Proksch bitter über die Art und Weise, wie er verfolgt würde — obwohl er, Gratz, ihm versprochen hätte, dafür zu sorgen, daß dieser lächerliche Vorwurf gegen ihn eingestellt würde. Er kündigte seine (. . .) Verhaftung an und forderte von Gratz: Jetzt müßt ihr mir helfen, weil ich geh nicht allein in den Häfen.“

Gratz antwortete sinngemäß: Mach dir keine unnötigen Sorgen. Ich bin dein Freund . . . Dir passiert schon nichts. (. . .) später war die Rede von Papieren.“ — Das ist alles, was ich habe.

Helene Partik-Pablé: War das, was Sie jetzt vorgelesen haben, etwas, was Ihnen Guggenbichler gegeben hat oder was Sie sich angefertigt haben aufgrund irgendwelcher Gespräche?

Pretterebner: Das ist eine Sachverhaltsdarstellung des Herrn Guggenbichler nach Abhörung dieses Tonbandes beziehungsweise nach Mithören dieses Tonbandes.

Meiner Information nach geht das technisch immer so vor sich: Der Guggenbichler hat ja immer die gleiche Arbeitsmethode. Irgendwo sind die Wanzen, und ein paar hundert Meter weiter entfernt steht ein Auto, und da ist das Tonband. Und da sitzt er dann, meistens noch mit einem Zeugen drinnen und hört mit, was gesprochen wird, und das wird gleichzeitig auf Tonband aufgenommen.

Ich habe den Verdacht, daß es dieses Tonband wohl einmal gegeben hat, aber daß es das mittlerweile nicht mehr gibt. Das ist also ein Protokoll aus der Erinnerung, wo die wesentlichsten Punkte zusammengeschrieben sind. Diese Sachverhaltsdarstellung habe ich mir von ihm einmal geben lassen.

Helene Partik-Pablé: Würden Sie diese Sachverhaltsdarstellung dem Ausschuß übergeben?

Pretterebner: Ja, kann ich.

Helene Partik-Pablé: Jetzt möchte ich noch einmal zur Klarstellung: Haben Sie den Herrn Guggenbichler gefragt: Gibt es ein Tonbandprotokoll?, und er hat gesagt, nein oder ja, wie hat er darauf reagiert?

Pretterebner: Ich habe natürlich, wie Sie sich denken können, dieses Tonbandprotokoll unter allen Umständen von ihm haben wollen. Ich wollte auch selbstverständlich das Tonband hören. Ich kann es kurz so sagen: Es wurde mir von ihm auch — und von anderen ist die Bestätigung gekommen — eben gesagt, er hat die Hotelhalle verwanzt. Es gibt ein Tonband, es sei allerdings von sehr schlechter Qualität, weil eben wieder einmal etwas technisch nicht funktioniert hat, sodaß teilweise überhaupt nichts zu hören sei und teilweise sehr, sehr schwach, das berühmte Rauschen. Und zu allem Überfluß dürfte dieses Tonband im Zuge einer Aktion, die es in der Schweiz im Haus des Guggenbichler in Rüti gegeben hat, wo alle seine Akten und Unterlagen weggeschafft wurden von Leuten, die in Zusammenarbeit mit dem Rechtsanwalt Amhof seine Firma in Konkurs gehen ließen, verschwunden sein.

Ich glaube — aber da kann ich nur wirklich sagen, ich glaube —, daß dieses Tonband nicht mehr existiert oder zumindest nicht mehr dem Zugriff des Guggenbichler unterliegt.

Helene Partik-Pablé: Und wie ist es dann zu dieser Niederschrift gekommen?

Pretterebner: Aus dem Gedächtnis.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Guggenbichler hat es niedergeschrieben?

Pretterebner: Der Herr Guggenbichler aus dem Gedächtnis, ja.

Helene Partik-Pablé: Und Sie haben gesagt: Geben Sie es mir?

Pretterebner: Ja, natürlich. Wenn ich irgend etwas darüber äußern soll, dann will ich das von ihm schriftlich haben. Aber er schwört, er hat dafür auch noch einen Zeugen, also nicht nur er selber, sondern es gibt einen Zeugen.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Letzte Frage: Sie haben erwähnt, daß Sie einige Male im „Club 45“ waren. Nun ist seit gestern die Tatsache, daß man im „Club 45“ war, bereits eine Sensation. Ich möchte Sie fragen: Was haben Sie im „Club 45“ gemacht, und wie oft und wie lange waren Sie dort, und mit wem haben Sie dort gesprochen?

Pretterebner: Ich habe ausschließlich den „Club 45“ aufgesucht, um zu recherchieren, das heißt, um mich dort in erster Linie mit Proksch oder seinen Anwälten zu treffen, einmal mit Daimler. Ich habe ein einziges Mal sozusagen eine Einladung gehabt, das war das erstemal, aber da habe ich auch recherchiert, da wollte ich eine Begegnung zwischen dem damaligen Bundeskanzler Kreisky und dem damaligen Kardinal König, die Proksch organisiert hatte, filmisch, photographisch festhalten und habe mit einem Photographen vor dem „Club 45“ am Kohlmarkt Aufstellung genommen. Nachdem Kreisky gekommen war und oben gesagt hat, unten steht der Pretterebner und läßt photographieren, ist der Udo Proksch herunter und hat sich sehr amüsiert darüber und hat mich dann hinaufgeschleppt.

Helene Partik-Pablé: Also das heißt, Kreisky war auch im „Club 45“?

Pretterebner: Ja, natürlich, Kreisky war häufig.

Helene Partik-Pablé: Und der Kardinal König auch?

Pretterebner: Kardinal König hatte innerhalb weniger Minuten abgesetzt, was beweist, daß er den besseren Geheimdienst gehabt hat als Kreisky.

Helene Partik-Pablé: Also es war jedenfalls ein Treffen im „Club 45“ geplant zwischen Kreisky und König. Wissen Sie ungefähr, wann das war?

Pretterebner: Ja, das muß gewesen sein, ich weiß es nicht genau, aber ich glaube, es war 1979 oder 1980. Man könnte es eruieren, denn es ist dann in der „Kronen-Zeitung“ gestanden.

Helene Partik-Pablé: Im Gästebuch. Vielleicht hat der Herr Kardinal, nein, der Kardinal nicht, aber Kreisky . . .

Pretterebner: Nein, ich habe dort unter anderem mit Blecha ein längeres Gespräch gehabt. Darüber wurde dann in der „Kronen-Zeitung“ berichtet, man müßte also im Archiv nachschauen; dann könnte man den Zeitpunkt . . .

Helene Partik-Pablé: In dem Zusammenhang noch eine Frage: Im Herbst 1987 oder überhaupt im Laufe des Jahres 1987 — Ihr Buch war noch nicht erschienen, das ist erst Ende 1987 erschienen, wenn ich mich richtig erinnere, im Dezember —, wie war eigentlich im Laufe des Jahres 1987 das Bild des Udo Proksch, das sich die Öffentlichkeit gemacht hat? Sie haben das ja wahrscheinlich auch immer in den Medien verfolgt. War das Bild schon sehr negativ? War er eine dubiose Gestalt in der Wiener Gesellschaft, oder war er zum damaligen Zeitpunkt jemand, der gut, ich will nicht sagen, beleumundet war, sondern . . .

Pretterebner: Das kam auf den jeweiligen Standort an. Für viele war er ein unschuldig Verfolgter, und für andere, die sich ein bißchen mit dem Fall vertraut gemacht haben, die ein bißchen skeptischer waren, war er natürlich dubios.

Helene Partik-Pablé: Ich kann mich erinnern, als Udo Proksch in der Haft war, beziehungsweise Sie schreiben es auch, hat es ein riesiges Medienecho gegeben, und zwar zuungunsten der Justiz. Die Justiz ist verteufelt worden, was mit dem Udo Proksch alles geschieht. Fischer hat ja geschrieben: Wie lang sollen wir uns das noch gefallen lassen? War letzten Endes auch noch im Herbst 1987 oder überhaupt im Jahr 1987 diese Stimmung im allgemeinen so, was die Medien nämlich anlangt, nicht nur für ein paar Informierte, sondern in der Öffentlichkeit, in den Medien die Stimmung, daß man eigentlich dem Udo Proksch übel zusetzt?

Pretterebner: Also wenn Sie mich eigentlich fragen wollten, ob es verantwortbar war, ob ich glaube, daß der Dr. Haider hätte wissen müssen, daß der Udo Proksch, als er im „Club 45“ war, schon dubios war; dann kann ich dazu sagen, es haben sicherlich bis zum Zeitpunkt der Veröffentlichung meines Buches und auch noch nachher prominentere Politiker als der Dr. Haider Kontakte mit dem Udo Proksch gehabt und waren sogar Mitglieder im „Club 45“. Auch der Herr Bundeskanzler war meines Wissens zu diesem Zeitpunkt noch Mitglied im „Club 45“. Auch der Herr Justizminister Foregger hat noch im Februar 1988 geglaubt, daß das eine „Raubergeschichte“ ist, und aus dem Grund . . . (*Schieder: Wie kommen Sie auf das?*) Weil ich es weiß.

Helene Partik-Pablé: Das ist schon eine Ausdrucksweise, die der Herr Justizminister gebrauchen würde. Das ist in seinem Sprachschatz: „Raubergeschichte“ — so wie „schicklich“.

Pretterebner: Und weil es eben erst ab einem gewissen Zeitpunkt des heurigen Jahres dann wirklich Allgemeingut geworden ist. Also ich kann nicht mehr sagen.

Helene Partik-Pablé: Ja, danke.

Eine abschließende Frage noch, um wieder auf die Bundesländer-Versicherung zurückzukommen. (Obmann Steiner: Sie haben sich noch nicht nach dem Menü erkundigt!) Na das macht dann sicher die Fraktion der SPÖ, wenn Haider kommt, zu fragen, was gegessen worden ist. (Schieder: Sie meinen also, daß er dort war!) Ich weiß es nicht, ich weiß es nicht. Ich habe nicht mit ihm gesprochen. Sie täuschen sich, wenn Sie das meinen, aber sie werden auf alle Fälle fragen. Ich habe nicht mit ihm gesprochen. Ich kann es Ihnen nur immer wieder versichern.

Ich habe noch eine Frage, und zwar: Ruso war Generalrat, das ist eine hohe Funktion in der Nationalbank. Wissen Sie eigentlich, wie es dazu gekommen ist, daß Ruso als Generalrat bestellt worden ist?

Pretterebner: Ich weiß, wie es dazu gekommen ist. Das ist ein Posten, der dem Generaldirektor der „Bundesländer“ zusteht, weil ja mit Funktionen in diesen Bereichen immer auch Pfründe verbunden sind. Es war völlig logisch, daß also, nachdem Cretnik ja das vorher war, nach einer gewissen Auslaufzeit alle diese Funktionen auch übergehen auf den neuen Generaldirektor der Bundesländer-Versicherung. Das ist also völlig klar.

Ich weiß aber auch, daß es beinahe gescheitert wäre, wobei also den damaligen Finanzminister Vranitzky, der für die Bestellung da zuständig war, weniger gestört zu haben schien, daß es hier Malversationen in der Bundesländer-Versicherung gibt, die schon die Spatzen von den Dächern gepiffen haben. Es war ja wenige Monate bevor dann die Inhaftierung stattgefunden hat. Er mußte allerdings schwören — der Generaldirektor Ruso dem damaligen Finanzminister Vranitzky in einem persönlichen Gespräch —, daß er keinen Auftrag erteilt hat und nichts davon gewußt habe, daß der Herr Mag. Gratz hier von Guggenbichler beschattet worden ist. Das weiß ich, und es liegen mir da auch entsprechende Dokumente vor, die das belegen. Es war das, glaube ich, sogar Gegenstand im Ministerrat, das heißt also, die SPÖ hat im Ministerrat besprochen und festgelegt, Ruso darf nur dann Generalrat der Nationalbank werden, wenn sichergestellt ist, daß die Bundesländer-Versicherung und er als Generaldirektor hier nichts damit zu tun haben mit diesen Verfolgungen — wie man es gesehen hat — des Udo Proksch und des Gratz. *(Schieder: Von Gratz!)*

Helene Partik-Pablé: Aber wieso hat eigentlich Vranitzky Ihrer Darstellung nach gewußt, daß be-

reits in einigen Monaten die Bundesländer-Versicherung in einen riesigen Skandal verwickelt wird?

Pretterebner: Ich habe nicht gesagt, daß er es gewußt hat, aber es haben das zu diesem Zeitpunkt die Spatzen von den Dächern gepiffen. Proksch hat es gewußt, und Gratz hat es offenbar gewußt. Ich gehe davon aus, daß vielleicht Gratz ihm das gesagt hat. Vielleicht aber auch nicht.

Helene Partik-Pablé: Gibt es dafür Beweise, daß Ruso diesen Schwur abgelegt hat?

Pretterebner: Ja, dafür gibt es einen Beweis, und zwar gibt es hier ein Schreiben. Es mußte nämlich noch jemand, nicht nur der Herr Ruso, sondern auch der Rechtsvertreter der Bundesländer-Versicherung, diesen Schwur leisten, und da ist mir eine Kopie dieses Schreibens an den Herrn Bundesminister in die Hände gefallen. *(Schieder: Und da steht: „Ich schwöre . . .“?)* Es steht nicht: „Ich schwöre . . .“. Das ist journalistisch gesprochen. Ich kann das gerne vorlegen, wenn das sinnvoll erscheint.

Helene Partik-Pablé: Bitte.

Obmann Steiner: Wir können aber auch den Dr. Masser direkt befragen, bitte.

Pretterebner: Ja, ist vielleicht sinnvoller. *(Schieder: Vorlegen! Dann haben wir es, wenn wir den Dr. Masser befragen!)*

Obmann Steiner: Sind Sie fertig, Frau Doktor? Dann Dr. Rieder, bitte.

Darf ich zwischendurch eine Frage an den Zeugen stellen? — Er hat den Eindruck erweckt, daß sich also niemand eigentlich in Österreich irgendwelche Gedanken gemacht hat über die Vorgänge um Lucona. Sie wissen schon, daß es eine Reihe parlamentarischer Anfragen gegeben hat? War Ihnen das schon bekannt?

Pretterebner: Doch, doch. Ich habe auch das ganz genau beschrieben, zu welchem Zeitpunkt sie aufgehört haben.

Obmann Steiner: Herr Dr. Rieder, bitte.

Helene Partik-Pablé: Zur Geschäftsordnung.

Ich möchte hier schon etwas feststellen. Es hat mit dem Verhalten des Herrn Kollegen Pilz zu tun. Während ich die Frage gestellt habe, hat mir Herr Pilz ununterbrochen den Vorwurf gemacht, ich hätte diese Frage jetzt nicht stellen dürfen. Ich habe ihn aufmerksam gemacht, daß ich wohl die Fragen stellen darf, die ich stellen möchte. Worauf der Herr Pilz aufsteht und sagt, er wird jetzt die Journalisten informieren, daß jetzt eine Frage gestellt worden ist, die nicht an Pretterebner, sondern an den Dr. Masser gerichtet ist.

Ich möchte mir so ein Verhalten wirklich verbieten, denn das geht etwas zu weit. Nur deshalb, weil ich jetzt diese Frage vorweggenommen habe, können Sie nicht herumrennen und erzählen, daß ich die Frage nicht hätte stellen dürfen. (Rieder: Die Koalitionsstrategie der Opposition gerät ins Wanken, merke ich! — Pilz: Da gibt es keine Koalition!)

Obmann Steiner: Könnt ihr euch das vielleicht untereinander ausmachen? — Bitte!

Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Pretterebner! Wie seriös sind Ihre Recherchen über die Bundesländer-Versicherung?

Pretterebner: In Zusammenhang mit diesem Buch?

Rieder: Insgesamt. Sie haben im 83er-Jahr im November in den „Politischen Briefen“ geschrieben, die Bundesländer-Versicherung gehört zu den potentesten Geldgebern der ÖVP. Seit 1983 haben Sie recherchiert, nehme ich an. Wie seriös sind die Recherchen?

Pretterebner: Ich glaube sagen zu können, daß ich mir wirklich Mühe gegeben habe, in allen Punkten der Wahrheit auf den Grund zu gehen.

Rieder: Da möchte ich ein paar konkrete Fragen stellen. Erster konkreter Themenkreis: Wie vertraut sind Sie mit der Provisionspraxis der Bundesländer-Versicherung?

Pretterebner: Ich habe die Provisionspraxis durchleuchtet und habe die entsprechenden Informationen gesammelt. Ich weiß, daß — ich kann nur immer wieder dazu sagen, so wie auch bei der Wiener Städtischen — diese Provisionspraxis . . .

Rieder: Zu dem Thema kommen wir gleich, aber zuerst einmal bleiben wir bei der Bundesländer-Versicherung. Erste Frage: Wie hoch war die Provision aus dem Proksch-Vertrag?

Pretterebner: Aus dem Proksch-Vertrag war die Provision meiner Erinnerung nach etwa 600 000 bis 800 000 S.

Rieder: Sind Sie da sicher?

Pretterebner: Ja, so in der Größenordnung. Sie wurde aber nicht dem Bürger alleine ausgezahlt. Es wurde das gedrittelt.

Rieder: Wem wurde sie ausgezahlt?

Pretterebner: Sehen Sie, das möchte ich auch gerne wissen. Ich glaube, es wurde einem gewissen Herrn Hans Forst ein Teil ausbezahlt. Der dritte Mann oder die dritte Institution, wenn Sie

so wollen, der dritte Empfänger ist mir leider nie bekanntgeworden. Ich hätte es gerne gewußt.

Rieder: Wie ist diese Provisionsaufteilung abgewickelt worden?

Pretterebner: Sie wurde dem eigentlichen Bringer des Geschäftes ganz normal ausgezahlt.

Rieder: Was heißt das: dem Bringer des Geschäftes? Dem Herrn Bürger?

Pretterebner: Das ist der Herr Bürger, ja.

Rieder: Den Anteil, oder was meinen Sie?

Pretterebner: Ja, sein entsprechender Anteil. Wie sich das zusammensetzt, muß ich gestehen, habe ich im Detail nicht nachrecherchiert, weil es in seinem Fall sinnlos gewesen wäre.

Rieder: Wissen Sie, welchen Betrag der Herr Bürger bekommen hat?

Pretterebner: Ja, er hat etwa 200 000 S bekommen, vielleicht 300 000 S, also rund ein Drittel der . . .

Rieder: Etwa 200 000. Wie hoch war das Prämienvolumen?

Pretterebner: Das Prämienvolumen war so knapp 2 Millionen.

Rieder: 2 Millionen. Entspricht das der üblichen Provisionshöhe? 200 000 meine ich damit.

Pretterebner: Entspricht zweifellos der üblichen Provisionshöhe.

Rieder: Na wie kommen Sie dann auf die Idee, daß es noch zwei andere Empfänger gegeben haben könnte?

Pretterebner: Weil ich das vom Herrn Bürger weiß.

Rieder: Vom Herrn Bürger.

Die zweite Frage, die ich habe: Sie haben erwähnt, daß es nach Ihren Recherchen Geldflüsse von der Bundesländer-Versicherung gegeben hat — und dann haben Sie sich einer ganz besonders auffallenden Formulierung bedient — an der ÖVP nahestehende Institutionen. Was verstehen Sie darunter?

Pretterebner: Darunter verstehe ich das, was ja eh durch alle Medien schon begeistert ist, erstens einmal die diversen Verbände und dann natürlich zum Beispiel Bezirksorganisationen des Wirtschaftsbundes. Das sind der ÖVP nahestehende beziehungsweise im konkreten Fall Teilorganisationen und Unterorganisationen.

Rieder: Also auch Teilorganisationen?

Pretterebner: Zweifellos, ja.

Rieder: Ich habe hier eine ganze Liste von fragwürdigen Verbindungen, aber ich will uns nicht aufhalten damit, weil ja noch eine Vorfrage zu klären ist, nämlich: Sie haben mehrfach schwankend in Ihrer Aussage dem Umstand der — sagen wir es jetzt einmal ganz locker — politischen Verwicklungen im Zusammenhang mit dem Verhalten der Bundesländer-Versicherung in bezug auf Udo Proksch einen sehr unterschiedlichen Stellenwert beigemessen. Daher frage ich Sie jetzt noch einmal: Nach Ihrer Einschätzung, Ihren Recherchen, war das ein Mühlstein für die Bundesländer-Versicherung in der Abwicklung des Geschäftes, das ja unangenehm gewesen ist, oder hat es sogar Motivcharakter gehabt, oder welchen Stellenwert messen Sie dem bei?

Pretterebner: Meinen Sie jetzt den Versicherungsfall, bevor das Schiff untergegangen ist, oder nachher?

Rieder: Ja, insgesamt. Der Kollege Pilz hat das ja auch versucht klarzumachen: Es gibt drei Stufen. Die erste Stufe ist die Anbahnung, die zweifellos merkwürdig ist, dann die Abwicklung des Vertrages selbst, die ich eher für üblich halte, und dann das, was nachher gekommen ist, das wieder nicht mehr ganz so üblich ist.

Pretterebner: Na also in der Anbahnungsphase zweifellos helle Freude, weil es ja doch ein großes Geschäft war und weil damit verbunden war das Anbieten seitens des Udo Proksch, in Zukunft der Bundesländer-Versicherung in dieser Richtung noch viel mehr Geschäfte zukommen zu lassen und überhaupt die Bundesländer-Versicherung künftig mehr partizipieren zu lassen an Versicherungsabschlüssen aus dem Dunstkreis des „Club 45“, konkret der Herr Lütgendorf . . .

Rieder: Also Sie gehen davon aus, daß Proksch mit seinen Beziehungen gewissermaßen für sich Geschäft gemacht hat?

Pretterebner: Richtig. Ich weiß zum Beispiel, daß Lütgendorf sogar angeboten hat, seine Güter dann auch bei der Bundesländer-Versicherung versichern zu lassen, und es kam schon zu einer Besichtigung. Also es wurden sehr viele Versprechungen gemacht, die dann allerdings nach dem Untergang des Schiffes nicht mehr zum Tragen gekommen sind.

Das war also die erste Phase. Die zweite Phase in der Abwicklung war sicher auch überhaupt kein Problem nach meinen Recherchen, und nach dem Untergang war es zweifellos ein Mühlstein, aber das ist verständlich.

Rieder: Jetzt komme ich zu einer, glaube ich, Kernaussage von Ihnen, die mir aber noch nicht klar ist.

Der Öffentlichkeit bekannt wurde das ganze Volumen der Verwicklungen und Malversationen in und um die Bundesländer-Versicherung Ende Februar 1986. Vorher hat es im WBO-Skandal Teilbeziehungen auch der Bundesländer-Versicherung in diesem Bereich gegeben. Aber Sie haben gesagt, daß schon vorher, also vor diesem März 1986, die Spatzen es vom Dach gepfiffen haben.

Und jetzt frage ich Sie, Herr Pretterebner: Wer waren die Spatzen?

Pretterebner: Der Udo Proksch zum Beispiel war einer dieser Spatzen.

Rieder: Na ja, worauf stützen Sie sich? Sie haben in Ihrem Buch eine Bemerkung, wonach also der Udo Proksch gewissermaßen gesagt hätte, Haftbefehle oder Hausdurchsuchungsbefehle wird es bald auch bei der Bundesländer-Versicherung geben. Nun findet sich aber im Gerichtsakt keine solche Aussage. Wo ist das?

Pretterebner: Ich würde vorschlagen, dazu den . . .

Rieder: Sagen Sie uns nicht, den Udo Proksch, denn der steht nicht zur Verfügung.

Pretterebner: . . . den vernehmenden Kriminalbeamten, der ja irgendwann vorgeladen werden wird, zu befragen.

Rieder: Ein vernehmender Kriminalbeamter. Es gibt nämlich auch eine These, die sagt, es war bei der Hausdurchsuchung selbst, daß er das gesagt hätte. Also ein vernehmender Kriminalbeamter.

Pretterebner: Ja, also einen, der halt dabei war, nicht? Das wird sicher im Laufe des Ausschusses noch bestätigt.

Rieder: Und jetzt ist die ganz entscheidende Frage: Woher soll das der Udo Proksch eigentlich gewußt haben?

Pretterebner: Der Udo Proksch hat sehr vieles gewußt. Der Udo Proksch hat, ich würde meinen, wahrscheinlich auch über Sie ein Dossier angelegt gehabt, Herr Dr. Rieder, und über sehr viele der hier Anwesenden, einschließlich Journalisten. Udo Proksch hat davon gelebt, daß er über viele Leute sehr viel gewußt hat, weil er eben durch viele Jahre hindurch diese Position im „Club 45“ ganz bewußt dazu ausgenutzt hat, seinen Wissensstand zu vergrößern.

Rieder: Na ja, Herr Pretterebner, das ist eigentlich nicht konkret. Ich sage noch einmal, das ist ein zentraler Punkt, denn es ist klar, wenn eine Art Bedrohungssituation unmittelbar beispielsweise

zwischen Udo Proksch und Dr. Ruso bestanden hat, dann gewinnen natürlich alle diese Umstände eine besondere Bedeutung.

Daher muß ich jetzt nachbohren: Spatzen auf dem Dach. Einer davon ist der Udo Proksch. Woher könnte der Udo Proksch von diesen Verquickungen gewußt haben? War er in einer Nahebeziehung zu Dr. Ruso? Könnte der etwas ausgeplaudert haben?

Pretterebner: Also ich glaube, man kann es nicht eine Nahebeziehung nennen, habe aber vorgelegt dieses Schreiben, das doch darauf hindeutet, daß es schon eine lange Bekanntschaft war. Aber es gibt den Hinweis auf den Herrn Bachmayer, zu dem Proksch möglicherweise eine engere Beziehung gehabt haben könnte, und darüber hinaus gibt es natürlich tausend Möglichkeiten, in Erfahrung zu bringen — auch auf ganz anderem Weg und gar nicht direkt aus der Bundesländer-Versicherung —, wie so etwas läuft, weil halt ganz einfach gewisse Praktiken in der Versicherungswirtschaft, dort wie da, ja abgesprochen sind und von den politischen Parteien gewisse Vereinbarungen für die Aufteilung des Kuchens insgesamt akkordiert sind.

Rieder: Trotzdem, das entscheidende Glied in der Indizienkette wäre der Nachweis eines konkreten Umstandes, der Udo Proksch vertraut war. Dieses Indiz steht Ihnen nicht zur Verfügung?

Pretterebner: Ich habe selbst mit dem Udo Proksch einmal darüber gesprochen, und zwar im . . . Ich weiß es nicht, ich kann das Datum im Moment nicht sagen, ich könnte es eruieren. Da habe ich versucht draufzukommen, woher er alle diese Dinge weiß. Also Proksch kannte zum Beispiel damals die Zusammenhänge mit dem Abt Rappold ganz genau, den er — erstaunlicherweise für mich — auch persönlich gut gekannt hat. Und er war auch mehrmals in dieser berühmten Jagdhütte unten — ich weiß jetzt nicht, wie sie geheißen hat — und ist mit ihm dort in der Gegend spazierengefahren. Und ich habe ja lange Zeit den Verdacht dann auch gehabt, daß er vielleicht nur erfahren hat von den „Bundesländer“-Malversationen und von den Ruso-Geschichten über den Umweg der Wirtschaftsprüfungen, die im Stift Rein stattgefunden haben, denn die haben ja schon wesentlich früher, im Herbst, stattgefunden. Ich habe einen entsprechenden Bericht hier, wo bereits der Komplex Bundesländer-Versicherung zum Zeitpunkt, glaube ich, Oktober 1985 auftaucht, und das war ja auch der interne Weg, wie die Bundesländer-Versicherung selbst davon Kenntnis erlangt hat und dann die entsprechenden Konsequenzen noch vor dem . . .

Rieder: Richtig, Oktober 1985. Herr Pretterebner, haben Sie an die Möglichkeit gedacht und ha-

ben Sie das recherchiert, daß einer der fingierten oder vielleicht vereinbarten Schadensfälle mittelbar mit Udo Proksch zu tun haben könnte?

Pretterebner: Ja, ich habe natürlich in die Richtung recherchiert, weil dieser Verdacht immer wieder geäußert worden ist, aber ich muß Ihnen gestehen, es ist mir nicht gelungen, auch nur ein seriöses Indiz dafür zu finden.

Rieder: Sie haben jetzt zuvor erwähnt, daß Udo Proksch in dem Gespräch, das im Hotel in Zürich abgehört worden ist, belauscht worden ist, überwacht worden ist oder beobachtet worden ist, davon gesprochen hat, daß also der „Bundesländer“-Versicherungsskandal jetzt in die Luft gejagt werden soll. Das war Jänner 1985. Warum hat es dann eigentlich bis zum März 1986 gedauert, daß das der Fall war?

Pretterebner: Ja weil offenbar es eben doch schneller eine Eigendynamik gehabt hat und er ja unmittelbar darauf schon verhaftet war. Dann hat er einmal alle Hände voll zu tun gehabt, um wieder aus der Haft zu kommen, dann mußte sich die ganze Situation beruhigen, und ab dem Sommer 1985 hat er nach meinem Wissensstand ja ganz massiv an dieser Gegenoffensive gearbeitet. Ich habe ihn in der Zeit auch mehrmals getroffen, und er hat mir jeweils gewisse Aktivitäten und gewisse Aktionen auch angekündigt. Und in dem Zusammenhang ist ja dann auch zu sehen, daß dann plötzlich — wobei es doch verschiedene propagandistische Phasen gegeben hat — . . .

Rieder: Ja, aber, Herr Pretterebner, noch eine Plausibilitätsfrage: Sie haben auch erwähnt, daß der Mag. Gratz von Proksch in dem Sinne informiert wurde, . . .

Pretterebner: Befragt!

Rieder: Sie haben es so geschildert, als ob bei dem Gespräch Proksch Gratz sagt: Da gibt es doch den Bundesländer-Versicherungsskandal, das ist doch ungeheuerlich, den muß man in die Luft jagen. Und dann haben Sie erwähnt auf die Befragung der Frau Dr. Partik-Pablé, daß die Bestellung des Dr. Ruso von einer Zusicherung seitens der Bundesländer-Versicherung, an der Bespitzelung eines Regierungsmitgliedes nicht beteiligt gewesen zu sein, abhängig gemacht worden wäre. Wenn der Mag. Gratz als Regierungsmitglied damals im Besitz des Wissens gewesen wäre, daß hier ein großer Skandal in der Bundesländer-Versicherung zu erwarten gewesen wäre, glauben Sie, daß da die Regierung nicht die Ernennung auch noch von anderen Bedingungen abhängig gemacht hätte als bloß von der Erklärung, sie war nicht beteiligt?

Pretterebner: Ja, das wundert mich eben auch.

Rieder: *Glauben Sie nicht, daß dieses Sich-darüber-Wundern auch vielleicht damit zusammenhängt, daß Ihre Schlußfolgerungen nicht schlüssig sind?*

Pretterebner: Es sind da nicht meine Schlußfolgerungen nicht schlüssig, es könnte nur sein — das will ich nicht ausschließen —, daß Proksch nicht nur mich belogen hat, er hat das ja in vielen anderen Fällen auch getan, sondern daß er auch eine falsche Zeugenaussage abgelegt hat, denn er hat es ja als Zeuge ausgesagt in einem Verfahren.

Rieder: *Also das heißt, daß diese Behauptung, daß das Gegenstand des Gespräches war, nicht richtig ist?*

Pretterebner: Ja.

Rieder: *Wie erklären Sie sich — das ist ein anderer Komplex, aber er ist auch hier erörtert worden —, daß der Herr Bürger als Zeuge bei seiner gerichtlichen Einvernahme über den Verlauf der Verhandlungen, nämlich die Teilnehmer an den Verhandlungen, etwas anderes dargestellt hat, nämlich einen ganz anderen Teilnehmerkreis, allerdings auch als Ort genannt hat Demel-Haus, 1. und 2. Stock? Immerhin hat er da unter Wahrheitspflicht ausgesagt, so wie Sie jetzt übrigens auch.*

Pretterebner: Ja sicherlich, aber es kommt halt immer darauf an, wie man fragt und was man fragt. Mir ist es konkret, als ich den Herrn Bürger befragt habe, darum gegangen, ich wollte, weil ich aus früheren Erzählungen schon gewußt habe, daß da jeweils, wenn er in den „Club 45“ kam, nicht immer, aber mehrmals, oder sagen wir, ins Demel-Haus, weil da ja auch oft Unterschiede bestehen, in welchem Zimmer ist man gerade, ist man im „Club 45“ oder nicht, daß da mehrmals und häufig Lütgendorf, Gratz und Blecha anwesend waren. Jetzt habe ich ihn direkt daraufhin angesprochen, und er hat es mir bestätigt. Ich schlage vor, ihn zu fragen.

Rieder: *Ja, wir werden ihn dazu fragen müssen, weil nur entweder seine Aussage vor dem Untersuchungsrichter oder seine Aussage hier stimmen kann, aber nicht beides. Nachdem er sehr konkret dazu befragt wurde und er einen wechselnden Personenkreis genannt hat, muß ich sagen, es kann nur entweder das eine oder das andere stimmen, also ein nicht richtig Befragtwerden trifft nicht zu. Aber da haben Sie recht, da werden wir den Herrn Bürger selbst fragen.*

Pretterebner: Insgesamt möchte ich nur noch einen Satz dazu sagen: Mir fällt nur schon auf, daß also nach Tunlichkeit bei Gerichtsprotokollen, wann immer Namen von Politikern genannt werden, die dann nicht ins Protokoll hineinkommen. Das ist mir nur aufgefallen. Weil man sich

nicht der Gefahr aussetzen will, daß hier . . . Ich habe großes Verständnis dafür.

Rieder: *Wir werden sehen.*

Letzter Komplex: *Sie sind hier auf Frage der Frau Dr. Partik-Pablé, glaube ich, auf die ohnehin nicht geradezu neue Geschichte mit dem Plaza-Hilton-Hotel eingegangen. Deckt sich dieser Bericht, der da, ich weiß nicht, im November 1988 in der „Wochenpresse“ erschienen ist, mit Ihrem? Kennen Sie das? Da ist schon von „besonders hartnäckig hielten sich derartige Spekulationen“ und so weiter die Rede. Ist das ungefähr Ihr Wissensstand?*

Pretterebner: Ja, das ist ein Teilaspekt, der da in der „Wochenpresse“ beschrieben worden ist.

Rieder: *Ich muß auch der ÖVP gratulieren, die hat am 19. 2. 1988 auch zu dem eine parlamentarische Anfrage gestellt. Nun, aus all den Dingen ergibt sich eines, und da muß ich jetzt noch einmal nachbohren: Es mag schon sein, daß zwischen dem Kuzbari, der übrigens da auch mit einem FPÖ-Parteiohmann, allerdings mit einem vergangenen, in Zusammenhang gebracht wird, das ist auch eine gute Beziehung, das ist nicht schlecht, daß es da Beziehungen geben kann, wie Sie sie geschildert haben. Nur, was mir völlig unverständlich ist: Wie kommen Sie jetzt zu Geldflüssen zwischen der Wiener Städtischen, sind Ihnen die Geschäftsbeziehungen und die Vertragssituation vertraut?*

Pretterebner: Ja.

Rieder: *Können Sie mir jetzt noch einmal erklären, wie dieser Geldfluß jetzt von der Wiener Städtischen ist, denn alles, was der Herr Kuzbari macht; ich kenne ihn nicht, ich messe seinem Vertragspartner, der Hilton, große Bedeutung bei, aber damit erschöpft es sich schon für mich. Aber jetzt erklären Sie mir noch einmal: Wie kommen Sie zu dem Geldfluß von der Wiener Städtischen?*

Pretterebner: Weil ja die Wiener Städtische Versicherung . . . Aber lassen Sie mich nur eines sagen, nur damit ich es nicht vergesse: Mit dem Herrn Kuzbari, da ist ja auch als Treuhänder tätig der Herr Dr. Strommer, der Exkanzleikompanion von Herrn Dr. Graff; das wollte ich nur zur Vervollständigung dazusagen.

Rieder: *Also eine gewisse Anwaltskoalition.*

Pretterebner: Ja. Ich nehme nur das her. Die Wiener Städtische ist eine sehr komplizierte Konstruktion.

Rieder: *Ich finde sie gar nicht so kompliziert, das ist ein schlichtes Vertragsverhältnis. Sagen Sie, ob ich recht habe: Die Wiener Städtische ist die Eigentümerin des Grundstückes und des Hauses, und sie hat einen Mietvertrag abgeschlossen mit der Plaza*

BetriebsgesmbH., und die verpachtet es an die Hilton-Kette. (Pretterebner: Richtig!) Wie jetzt aus dieser Vereinbarung ein Rückschluß an den Vermieter gehen soll, ist mir völlig unklar; übrigens auch der Wiener Städtischen, aber bitte.

Pretterebner: In dem Vertrag steht drinnen, daß der Herr Kuzbari zu bekommen hat quasi als Treuhänder, das ist daraus zu entnehmen . . .

Rieder: Aus welchem Vertrag?

Pretterebner: Aus dem Vertrag zwischen dem Herrn Boeckl und dem Herrn Kuzbari.

Rieder: Ja, das ist das, was Sie vorgelegt haben.

Pretterebner: Ja, was ich vorgelegt habe.

Rieder: Schon, das leuchtet mir alles ein, kann sein oder nicht sein. Aber wo ist die Wiener Städtische?

Pretterebner: Ein Prozentsatz von den Baukosten für geleistete Vorarbeiten für das Zustandekommen dieses Projektes, und die hat die Wiener Städtische geleistet.

Rieder: Noch einmal, Herr Pretterebner; entschuldigen Sie, daß wir da einen Dialog entwickeln, aber das muß schon klargestellt sein. Der Herr Kuzbari ist der Mieter eines Gebäudes, mit dem er unmittelbar sonst nichts zu tun gehabt hat. Das Haus hat die Wiener Städtische aus den eigenen Abteilungen errichtet, und das hat sie an den Herrn Kuzbari vermietet. Daß der Herr Kuzbari da irgendwelche Vereinbarungen abschließt, die übrigens nicht beim Udo Proksch, sondern beim Roderich Proksch enden, aber da haben Sie gesagt, das ist eine Familie, das weiß ich nicht, ich kenne die Familienverhältnisse der Proksch nicht, das kann alles sein, aber das interessiert mich nicht. Nur, wie Sie jetzt aus dieser Vereinbarung zur Wiener Städtischen über ein reines Mietverhältnis kommen, ist mir nicht klar. Da zahlt der Mieter dem Vermieter, aber nicht der Vermieter dem Mieter.

Pretterebner: Man muß die Vorgeschichte kennen.

Rieder: Die ist aus all diesen Sachen bekannt, das ist ja nichts Neues.

Pretterebner: Der Udo Proksch hat das begonnen einzuleiten. Der Udo Proksch wollte es ursprünglich ja mit dem Ekazent machen.

Rieder: Herr Pretterebner, bitte, zur Verkürzung der Zeit: Ich glaube, alle, die sich ein bißchen mit den Dingen, die da laufend in die Zeitungen kommen, beschäftigen, wissen die Geschichte. Es hat die „Wochenpresse“ darüber geschrieben, es hat das „profil“ irgendwann einmal, glaube ich, dar-

über geschrieben, es ist Gegenstand einer Anfrage gewesen. Die Vorgeschichte ist geklärt. In all diesen Phasen hat niemand derartig kühn wie Sie behauptet, daß 10 Millionen geflossen sind. Ich sage Ihnen — und jetzt bitte ich Sie, mir das zu erklären —, es gibt eine Vereinbarung, einen Vertrag, wo einer der Mieter ist und der andere der Vermieter. Typischerweise zahlt der Mieter dem Vermieter etwas, aber nicht der Vermieter dem Mieter etwas.

Pretterebner: Ja, aber der Errichter und der Besitzer des Hauses und der Nutznießer des Zustandekommens dieses Vertrages überhaupt von seiten der Regierung hat hier versprochen, für die geleisteten Vorarbeiten, daß dieses Projekt zustande kommt, eine Vergütung zu geben, und die . . .

Rieder: Woher? Bitte, in welchem Zusammenhang?

Pretterebner: Das ist ja nicht das einzige Dokument, ich habe ein ganzes Paket, und daheim habe ich so einen Stoß von Unterlagen.

Rieder: Das glaube ich Ihnen alles, aber noch einmal: Erklären Sie mir, in welchem Zusammenhang! Die Wiener Städtische baut ein Haus aus eigenem, errichtet es mit der eigenen Abteilung, hat keine Baufirma eingeschaltet, keine Planungsfirma, sondern errichtet das schlicht mit der eigenen Planungsabteilung. Wo kommt da das herein? Was die Ausstattung anlangt, und um die geht es ja offenbar in der Vereinbarung . . .

Pretterebner: Nein, die ist ja ausgenommen.

Rieder: Noch einmal: Es ist das nackte Gebäude errichtet worden, dann ist der Herr Kuzbari gekommen und hat dort das eingerichtet, und diese Einrichtung verpachtet er als Hoteleinrichtung an diese internationale Hilton-Gesellschaft. So, jetzt kann ich mir vorstellen, daß dieser, der die Inneneinrichtung ausstattet, da irgendwelche Vorplanungsarbeiten abgibt, aber mit dem Hausbau und der Wiener Städtischen hat das überhaupt nichts zu tun. Ich ersuche Sie jetzt einmal konkret, dazu etwas zu sagen.

Pretterebner: Aber dieser Prozentsatz bezieht sich ja nicht auf die Einrichtung, sondern er bezieht sich eben auf die Bausumme, und die Plaza ist auch nicht der Herr Kuzbari, sondern die Plaza ist zum Beispiel der Herr Hlaweniczka. Nur gibt es da einen Treuhänder davor. Und die Plaza ist die Firma Marvin.

Rieder: Herr Pretterebner, ich glaube Ihnen alles über diese Betriebsgesellschaft, nur erklären Sie mir noch einmal mit schlichten, verständlichen Sätzen, ich bitte Sie darum, wie jetzt die Beziehung zwischen der Wiener Städtischen da zu der Gesellschaft kommen soll. Die haben ja ganz etwas ande-

res gemacht. Die haben die Hoteleinrichtung errichtet, und die anderen haben das nackte Haus hingestellt, und über das nackte Haus hat, weiß ich, der Herr Boeckl nichts zu tun gehabt, sondern der Herr Boeckl war mit der Hoteleinrichtung beschäftigt, und ich kann mir vorstellen, daß es da Vorausplanungsleistungen gegeben hat, die abge-golten worden sind.

Pretterebner: Nein, das ist ein Irrtum von Ihnen. Der hat nicht mit der Hoteleinrichtung zu tun gehabt, sondern der Herr Boeckl, er hat überhaupt nichts zu tun gehabt, sondern der Herr Roderich Proksch hat damit zu tun gehabt, der hat die Pläne für den Hausbau gemacht ursprünglich, und der Udo Proksch hat diesen ganzen Deal überhaupt möglich gemacht.

Rieder: Ja, aber da ist immer vom Hotelprojekt, inklusive Einrichtung und so weiter . . .

Ich darf noch einmal — ich glaube, das Mißverständnis liegt bei Ihnen, Herr Pretterebner —: Es ist hier in dem Vertrag von dem Hotelprojekt die Rede und von der Einrichtung. Also genau das, was mir auch einleuchtet, daß man also die Hoteleinrichtung hat, die machen der Herr Kuzbari und Co, und die wickeln das ab. Das ist die eine Seite, aber vom Haus steht da überhaupt nichts drinnen. Ich glaube, das ist einfach ein Irrtum von Ihnen.

Pretterebner: Nein, es ist keiner. Herr Kuzbari vertritt eine Gruppe von Persönlichkeiten beziehungsweise Unternehmungen, die sich um das Zustandekommen des Hotelprojekts am Schottenring in Wien durch jahrelange Vorarbeiten verdient gemacht und Spesen getragen hat. Als Abgeltung dieser Vorarbeiten und Spesen wird voraussichtlich ein pauschaler Betrag von 5 Prozent berechnet von den reinen Errichtungskosten, sohin Hotelprojekt exklusive Grund und exklusive Einrichtung. Also von der Errichtung.

Rieder: Vom Hotelprojekt.

Pretterebner: Vom Hotelprojekt, ja, das die Städtische gemacht hat.

Rieder: Sie sind Ihrer Meinung, ich glaube, daß Sie sich in einem Irrtum befinden. Machen Sie sich das mit der Wiener Städtischen aus. Wir haben das hier nicht zu klären. Ich glaube nur, daß die große Enthüllung, die hier inszeniert worden ist, ein paar Schönheitsfehler hat. — Danke vielmals.

Obmann Steiner: Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Anknüpfend an die Schönheitsfehler: Ihre Aussage in der Richtung, daß die Wiener Städtische, auf welchem Weg immer — wie heißt es da genau? —, daß die Wiener Städtische in Geschäftsverbindung mit Udo Proksch und seinem Bruder Roderich gestanden hätte und da Gelder geflossen

wären — das ist also, bitte, der Inhalt einer APA-Aussendung der Wiener Städtischen. Dem wird von Generaldirektor Siegfried Sellitsch vehement widersprochen.

Pretterebner: Sicher.

Gaigg: Und auch Ihrer Aussage dahin gehend, daß 10 Millionen Abschlagszahlungen geleistet worden wären. Der von der Städtischen vorgenommene Bau des Wiener Plaza-Hotels ist nach den Worten von Sellitsch auch in der Phase der Vorplanung ohne Einschaltung von Proksch erfolgt. Das gesamte Hotelprojekt sei ursprünglich von Sheraton an die Städtische herangetragen worden, und dann sei Hilton dazugekommen. Behauptungen über Parteienfinanzierung sind Chuzpe. Und wer immer das sagt, so wäre das eine Chuzpe, auch wenn Frau Kollegin Dr. Partik-Pablé eine derartige Aussage macht. Also mit anderen Worten: Die Wiener Städtische dementiert vehement.

Helene Partik-Pablé: Vehement ist das aber nicht!

Gaigg: Na, ja, wenn ich behaupte, das ist eine Chuzpe, wenn jemand so etwas sagt, Frau Kollegin, dann würde ich sagen, das ist ein vehementes Dementi. Aber bitte. — Was sagen Sie dazu?

Pretterebner: Ich habe keine Erklärung. Es hätte mich gewundert, wenn die Wiener Städtische sagen würde: Jawohl, es stimmt, und der Generaldirektor tritt sofort zurück.

Gaigg: Schon, aber man könnte schweigen.

Pretterebner: Schauen Sie, beim Herrn Blecha hat es auch viele Jahre gedauert. Er hat auch immer dementiert, und dann ist er doch zurückgetreten. Und die Bundesländer-Versicherung hat sicher auch schon viele so ähnliche Aussendungen gemacht.

Gaigg: Das vermag Sie nicht zu einer Änderung Ihrer Aussage . . .

Pretterebner: Nein, absolut nicht. Ich bleibe dabei. Ich glaube, es nachweisen zu können aufgrund meiner Unterlagen, daß es hier direkt oder indirekt einen Geldfluß gegeben hat in der Größenordnung von 10 Millionen Schilling. Genau kann ich das deshalb noch nicht sagen, weil ich a) nicht weiß, ob es tatsächlich bei den 5 Prozent geblieben ist oder ob das eine kleine Korrektur erfahren hat, das muß ich erst recherchieren, und b), wie hoch die Bausumme war, die also Gegenstand dieser Vereinbarung ist.

Obmann Steiner: Dr. Fuhrmann, bitte.

Fuhrmann: Ja, Herr Pretterebner, ich möchte jetzt nicht sagen wie die Frau Kollegin Partik, ich

habe noch zwei „Abgraserfragen“, ich habe noch zwei Fragen, wo ich gerne noch etwas präzisiert hätte von Ihnen, was Sie heute schon ausgesagt haben.

Sie haben ziemlich am Beginn Ihrer Aussage erklärt, daß es Phasen gegeben hätte, wo die Bundesländer an der Aufklärung interessiert gewesen wäre, und Phasen, wo sie nicht daran interessiert gewesen wäre. Nun hätte ich gerne von Ihnen gewußt: Was waren das für Phasen, nämlich einerseits des Interesses und andererseits des Nichtinteresses an der Aufklärung?

Pretterebner: Grundsätzlich hätte die Bundesländer-Versicherung natürlich immer an der Aufklärung interessiert sein müssen als Opfer; das steht fest. Wenn sie unterschiedliche Haltungen dazu eingenommen hat, dann war das immer diktiert von den Nebenumständen.

Fuhrmann: Vielleicht eine Zwischenfrage: Kann man das zeitlich eingrenzen?

Pretterebner: Man kann es zeitlich eingrenzen, natürlich. Immer dann, wenn der Druck von der Gegenseite, wobei ich unter „Gegenseite“ hier ...

Fuhrmann: Das ist an sich aber nicht zeitlich, ich habe gemeint jahreszahlenmäßig. Was Sie jetzt sagen, würde eher auf Umstände hinweisen.

Pretterebner: Jahreszahlenmäßig, natürlich. Damit lassen sich die Jahreszeiten und die jeweiligen Zeitpunkte auch erklären. Zum Beispiel zum Zeitpunkt, wo der Bundesländer-Skandal am Aufbrechen war.

Fuhrmann: Wann war das?

Pretterebner: Ab Herbst 1985 . . .

Fuhrmann: Also ab Herbst 1985.

Pretterebner: . . . gab es ganz restriktive Haltungen seitens der Bundesländer-Versicherung.

Fuhrmann: Wie haben sich die ausgewirkt?

Pretterebner: Indem sich zum Beispiel in diesen Zeiträumen der Raiffeisenverband genötigt sah — jetzt muß ich nur aufpassen, ob das nicht ein Jahr später war —, plötzlich zu dementieren, daß es keine Einigung gibt und kein Junktim zwischen der Bundesregierung einerseits und der ÖVP beziehungsweise Vertretern des Raiffeisenverbandes andererseits in der Frage der Kartellgesetzgebung. Man weiß, der Raiffeisenverband ist mit einem Prozentsatz an der Bundesländer beteiligt.

Fuhrmann: Das wissen wir. Aber nur, verzeihen Sie, vielleicht verstehe ich Sie jetzt nicht, was hat

das damit zu tun, ob die Bundesländer an der Aufklärung der Lucona-Geschichte interessiert ist? Daß der Raiffeisenverband etwas dementiert kartellgesetzmäßig, was hat das mit dem Interesse an der Aufklärung zu tun?

Pretterebner: Schauen Sie, natürlich hat das damit zu tun. Wenn der Raiffeisenverband ein Entgegenkommen seitens der sozialistischen Bundesregierung braucht und dafür verlangt wird, daß man die Lucona-Geschichte in Ruhe läßt, dann ist das doch erklärt.

Fuhrmann: Gut, das ist ein Schluß.

Pretterebner: Das ist kein Schluß, sondern das ist eine durch die Jahre hindurch nachgewiesene Tatsache, daß es natürlich seitens, ich will jetzt nicht sagen, der sozialistischen Bundesregierung, aber seitens maßgeblicher Funktionäre der Sozialistischen Partei vehemente Unterstützung für den Standpunkt des Udo Proksch gegeben hat.

Fuhrmann: Mag sein, Herr Pretterebner, nur, um wieder auf meine Frage zurückzukommen, mich interessiert diese Auswirkung. Also Sie sagen, ab Herbst 1985 war eine restriktive Haltung der „Bundesländer“. Wie hat sich nun von seiten der „Bundesländer“ her das ausgewirkt, von seiten der „Bundesländer“?

Pretterebner: Die „Bundesländer“ war ja in der Zwickmühle, ständig. Auf der einen Seite hätte sie sich gerne erspart diese Auseinandersetzungen und einen Vergleich gemacht . . .

Fuhrmann: Herr Pretterebner, nicht böse sein, aber das ist nicht die Antwort auf meine Frage.

Pretterebner: Ich muß das sagen. Ich kann es nicht anders beantworten.

Fuhrmann: Also haben Sie da keinen konkreten Hinweis?

Pretterebner: Ich habe natürlich die konkreten Hinweise. (*Fuhrmann: Dann sagen Sie mir die, bitte!*) Ich habe zum Beispiel ein Gespräch mit dem Aufsichtsratspräsidenten Maurer . . .

Fuhrmann: Sehen Sie, das ist ein konkreter Hinweis.

Pretterebner: . . . im April 1986.

Fuhrmann: Das haben Sie geführt? Gespräch mit Maurer?

Pretterebner: Habe ich mit ihm geführt.

Fuhrmann: April 1986?

Pretterebner: April 1986; kann sein, auch Mai 1986, aber im Frühjahr 1986, wo ich ihn ange-

sprochen habe auf die mir augenscheinlichen Versuche und Bemühungen der Bundesländer-Versicherung, diesen Fall vom Tisch zu bringen und eine vergleichsweise Bereinigung zustande zu bringen, wobei das kompliziert wäre, aber ich bin gern bereit, das zu erklären, wie man es sich vorgestellt hat.

Fuhrmann: *Nein, das kann ich mir schon vorstellen. Da ich Anwalt bin, kann ich mir das vorstellen.*

Pretterebner: Es war ja ein Strafverfahren laufend, das ist ja nicht so einfach. Wo mir Maurer mit Tränen in den Augen gesagt hat: Wir können ja nicht, denn die Rückversicherer lassen uns nicht. Denn auf der anderen Seite wäre ja jeder Vergleich seitens der Bundesländer-Versicherung auf Kosten der Rückversicherer gegangen.

Fuhrmann: *Natürlich. Also: Maurer hat Ihnen bei diesem Gespräch erklärt, wir würden gern vergleichen, wir können aber nicht, weil uns die Rückversicherer nicht lassen.*

Pretterebner: Wir können nicht. Nein, das haben Sie mir in den Mund gelegt. Maurer hat gesagt, wir können nicht. Selbst wenn wir wollten, wir können nicht. Ich habe daraus den Schluß gezogen — den Schluß gezogen (*Fuhrmann: Ja!*) —, daß es natürlich diese Überlegungen gab.

Fuhrmann: *Und auch aus den Tränen in den Augen.*

Pretterebner: Und auch aus den Tränen in den Augen, ja. Und das in Beziehung gesetzt mit einer Äußerung des Herrn Vorstandsdirektors Buchinger, der gesagt hat: Wenn ich damals schon etwas zu reden gehabt hätte, dann hätten wir natürlich sofort diesen Schaden vergleichsweise beglichen, denn das zahlt sich . . .

Fuhrmann: *Wann war diese Äußerung?*

Pretterebner: Diese Äußerung war am 21. 3.

Fuhrmann: *Bei diesem Gespräch, wo Sie eingeladen waren?*

Pretterebner: Bei diesem sogenannten Bestechungsversuch. — . . . denn es zahlen sich doch nicht aus diese Schwierigkeiten für die Versicherungsanstalt wegen so einer Sache.

Fuhrmann: *Gut, danke. Das ist also eine Phase, Herbst 1985 — Frühjahr 1986, und auch die Hinweise. Da Sie von Phasen gesprochen haben, Frage: Gibt es da noch eine andere Phase, wo die „Bundesländer“ nicht interessiert gewesen wäre?*

Pretterebner: Ja, es gab dann die Phase zum Beispiel — jetzt muß ich aber mit den Jahreszah-

len wirklich aufpassen (*Fuhrmann: Das ist wichtig, ja!*) —, wo relativ plötzlich die Anfragen der ÖVP aufgehört haben und, obwohl es Abgeordnete gegeben hat, die hier massiv das weiterbetreiben wollten, ÖVP-Obmann Mock geäußert haben soll: Ich darf nichts. Ich kann nichts. Wir müssen jetzt ruhihalten. (*Rieder: Der Pilz hat eine Anfrage . . .!*) Das ist eine weitere solche Phase. Und die letzte Phase war, als die Koalitionsabsprachen praktisch begonnen haben.

Fuhrmann: *Was mich interessiert: Ist Ihnen von einer solchen Phase, ist es Ihnen . . . (Graff: Die Koalitionsabsprachen kennt er auch! — Entschuldigen Sie, Herr Kollege!) Nein, ich wollte nur Ihr Zwiegespräch nicht stören. (Graff: Ich habe vor mich hingeredet!) Ja macht ja nichts, ich vergesse meine Frage schon nicht. (Rieder: Kollege Graff kommt, und der Wirbel beginnt!)*

So, Herr Pretterebner, ist Ihnen eine frühere Phase bekannt, oder gibt es bei Ihnen Erhebungsergebnisse von einer früheren Phase, wo das Interesse nicht so groß war an der Aufklärung? Also wir haben jetzt Herbst 1985, Frühjahr 1986 bis 1987 hinein, das haben wir also jetzt so Revue passieren lassen. Frage: Ist vor Herbst 1985 Ihnen so eine Phase bekannt geworden?

Pretterebner: Diese Phasen haben erst begonnen mit der Anzeigerstattung (*Fuhrmann: . . . 1983!*), ja, weil erst ab diesem Zeitpunkt der Gegendruck da war, immer wieder, auch phasenweise.

Zuvor, in den Jahren 1977 bis 1982, ist mir lediglich bekannt, daß es das Bemühen gegeben hat der Versicherung, nicht zahlen zu müssen, auf welchem Weg auch immer.

Fuhrmann: *Also ab Anzeigerstattung Juli 1983 war nach Ihren Ermittlungen das Interesse der „Bundesländer“ nicht so gesteigert an der Aufklärung?*

Pretterebner: Das kann man nicht sagen.

Fuhrmann: *Oder waren das wieder nur Phasen?*

Pretterebner: Das waren eben die Phasen dann, wo auf der einen Seite natürlich man bemüht war, das zu einem Ende zu bringen, weil das ja logischerweise auch die endgültige Bereinigung bedeutet hätte, und auf der anderen Seite die Befürchtung war, die Schwierigkeiten, die man sich damit einhandelt, der Gegendruck der jetzt entsteht seitens Proksch und Teilen der SPÖ, könnte vielleicht ein solches Ausmaß annehmen, daß es nicht aushaltbar ist. Und diese Güterabwägung vorzunehmen, ist natürlich, hat dazu geführt, daß man hier zu schwankenden Einstellungen gekommen ist.

Fuhrmann: *Geht in Ordnung. Die Hinweise dazu oder die Hinweise für diese Deposition Ihrerseits sind also einmal ein Gespräch von Ihnen mit dem Aufsichtsratspräsidenten Altlandeshauptmann Maurer. Können Sie uns bitte noch andere diesbezügliche Gespräche nennen?*

Pretterebner: Ja, das ist also das Gespräch mit Petrak und mit Buchinger.

Fuhrmann: *21. März 1986 war das.*

Pretterebner: 1986, ja. Das sind mehrere Gespräche gewesen auch mit dem Rechtsvertreter der Bundesländer-Versicherung, Dr. Masser, wo ich auch entsprechende Schlüsse ziehen konnte und wo ich zum Beispiel bemerkt habe, daß es Zeiten gab, wo er knapp davor stand, das Mandat entzogen zu bekommen.

Fuhrmann: *Da bin ich gleich bei meiner nächsten Frage. Entschuldigen Sie, machen wir es gleich so, da kommen wir schneller weiter. Ich nehme an, Sie wollten da ja ohnehin fortsetzen, denn Sie haben ja dann auch gesagt, daß Masser oft in Widerspruch zu seiner Klientenschaft, haben Sie das genannt, bezüglich der Aufklärung gewesen ist. Wollten Sie das jetzt hier erwähnen?*

Pretterebner: Ich glaube, ich habe gesagt „gelegentlich“ und nicht „oft“, aber . . .

Fuhrmann: *„Oft“ oder „gelegentlich“. Ich habe „oft“ aufgeschrieben.*

Pretterebner: Ich will nur nicht haben, daß man mir dann einen Widerspruch vorwirft.

Fuhrmann: *Meinen Sie nun, daß Masser geglaubt hat, man wird ihm die Vollmacht entziehen, oder daß Masser daran gedacht hat, die Vollmacht zurückzulegen?*

Pretterebner: Also ich habe Grund zur Annahme, daß Masser gelegentlich befürchtet hat, daß ihm die Vollmacht entzogen werden könnte.

Fuhrmann: *Könnten Sie das — ich weiß, das wird jetzt schwer, weil Sie viele Gespräche geführt haben, aber vielleicht können Sie es rekonstruieren —, könnten Sie das irgendwo ungefähr zeitlich einordnen? Es ist für uns dann einfacher bei den weiteren Befragungen.*

Pretterebner: Also sicher erst nach dem Eintritt des neuen Managements. (*Fuhrmann:* *Also nach . . .!*) Nach der Verhaftung des Dr. Ruso. Das bin ich sicher.

Fuhrmann: *Da hatten Sie den Eindruck, oder hat es Ihnen Masser auch gesagt oder sonst wer, daß der Entzug der Vollmacht droht?*

Pretterebner: Ich bin nicht in der Lage, im Detail Gespräche mit Informanten wiederzugeben aus dem Grund, den ich erwähnt habe (*Fuhrmann:* *Verstehe!*), aber ich kann sagen, daß ich diesen Eindruck gewonnen habe, nicht nur aus Gesprächen mit diesen Herren, die ich jetzt genannt habe, sondern man muß da ja auch miteinbeziehen die jeweiligen Ereignisse auf der anderen Seite, die parallel dazu passiert sind. Und wenn ich jetzt ein Gespräch mit Proksch habe, wenn ich ein Gespräch mit einem prominenten SPÖ-Funktionär habe, wenn ich ein Gespräch mit dem Anwalt XY von seiten der Zapata AG habe und dann parallel mit Masser, Petrak und anderen, dann kann man daraus ein solches Bild entnehmen. Und so ist es gewesen, und daher bin ich zu dieser Überzeugung gelangt, daß es hier Zeiten gegeben hat, wo eben hier unterschiedliche Auffassungen da waren.

Fuhrmann: *Danke.*

Obmann Steiner: *Danke sehr. Damit ist diese Zeugenbefragung zu Ende. Ich danke dem Zeugen. — Danke sehr. (13.10 Uhr)*

Ich unterbreche nun die Sitzung bis 14 Uhr. Aber ich bitte, pünktlich zu sein und das nicht noch auszudehnen.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 10 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 6 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Steiner: *Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.*

Ich bitte, den nächsten Zeugen, Rechtsanwalt Dr. Masser, hereinzuführen.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Dr. Werner Masser
Rechtsanwalt
im Sinne des § 271 StPO**

(14.06 Uhr)

Obmann Steiner: *Herr Rechtsanwalt Dr. Masser! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.*

Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name, bitte.

Masser: Dr. Werner Masser.

Obmann Steiner: Geburtsdatum?

Masser: 2. Mai 1929.

Obmann Steiner: Beruf?

Masser: Rechtsanwalt.

Obmann Steiner: Ihr Wohnort, bitte.

Masser: Wien.

Obmann Steiner: Adresse?

Masser: Adresse auch, ja: 1010 Wien, Singerstraße 27.

Obmann Steiner: Nun möchte ich Sie als Rechtsanwalt darauf aufmerksam machen, daß Sie sich von der Aussage über Tatsachen, die Ihnen von Ihren Mandanten anvertraut worden sind, entschlagen können. Haben Sie eine Entbindung?

Masser: Jawohl.

Obmann Steiner: Würden Sie die vorlegen, bitte?

Masser: Und zwar vertrete ich in diesem Fall sowohl die Bundesländer-Versicherung, also kurz so genannt, und die H. J. Roelofs-Assuradeuren B. V. in Rotterdam, die Kaskoversicherung. Beide haben mich entbunden, und ich werde aussagen nach Maßgabe meiner anwaltlichen Standespflichten.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Sie haben bereits gesagt, wen Sie vertreten. Nun möchte ich Sie fragen in diesem Zusammenhang: Seit wann vertreten Sie die Bundesländer-Versicherung in der Angelegenheit dieses Versicherungsfalles Lucona?

Masser: In der gegenständlichen Sache vertrete ich die Bundesländer-Versicherung seit Ende Jänner 1977, Anfang Februar 1977. Also ungefähr seit Monatsende Jänner beziehungsweise Februar 1977.

Obmann Steiner: Und die Rückversicherer?

Masser: Die Rückversicherer in diesem Fall seit August 1983.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Kollege, wann sind Sie mit dem Zivilprozeß, den die Zapata eingeleitet hat, befaßt worden?

Masser: Ich habe schon gesagt, daß ich seit Jänner, Februar 1977 in diese Sache eingeschaltet wurde, Information bekommen habe. Der Prozeß wurde erst im August 1977 anhängig. In der Zwischenzeit . . .

Graff: Wieso wurden Sie in einem früheren Stadium schon von der „Bundesländer“ befaßt, wo noch keine Klage da war?

Masser: Weil die Voraussetzungen so waren, daß man dort die Bedenken hatte, man muß einmal sehen, was da dahintersteckt. Das Ganze hat sich so abgespielt — ich kann das unter Beweis stellen —: Am 25. Jänner 1977 — das Schiff ist bekanntlich am 23. Jänner 1977 explodiert und gesunken — ist die Schadensmeldung geschrieben worden, die am 1. Februar eingelangt ist.

Graff: Hat da bereits bei der „Bundesländer“ ein Verdacht bestanden?

Masser: Da habe ich noch nichts gehört. Unmittelbar darauf . . .

Graff: Nun, wäre auch schwer, zwei Tage nachher.

Masser: . . . würden wir dann informiert, und zwar schon im Zusammenhang mit dem ersten Schreiben, das die Bundesländer-Versicherung an die Zapata geschrieben hat, und zwar ist das der Brief vom 28. 1. 1977.

Graff: Was wollte die Bundesländer von der Zapata?

Masser: Sie wollte eine Aufklärung, wie das vor sich gegangen ist, erstens einmal, und zweitens, ich lese das vielleicht vor: „Zur weiteren Bearbeitung dieses Schadensfalles wollen Sie uns bitte zunächst folgende Unterlagen zur Verfügung stellen, wobei wir uns vorbehalten, weitere Unterlagen von Ihnen zu erbitten: Erstens . . .“

Graff: Nein, das dauert viel zu lange im Detail.

Masser: Das ist jetzt wesentlich. Das ist das Wesentliche.

Graff: Sie wollten also Unterlagen haben.

Masser: „Erstens: Detaillierter Wertnachweis über die gesamte Sendung. Dazu benötigen wir sämtliche Detailrechnungen aller Zulieferanten, sämtliche Frachtpapiere usw.“

Graff: Herr Kollege, danke vielmals. Bitte beschränken Sie sich auf die Fragen. Sind Sie nicht böse.

Masser: Ja, bitte.

Graff: Ich habe nämlich eine begrenzte Zeit, und ich möchte die wichtigen Sachen auch noch unterbringen.

Es wurden jedenfalls Unterlagen verlangt. Und worauf war die Zivilklage gerichtet?

Masser: Die Zivilklage war auf Bezahlung eines Schadens. Das Klagebegehren hat gelaute: Die klagende Partei begehrt, daß die beklagte Partei zahlen soll einen Betrag von 31 360 725 Schweizer Franken samt Zinsen.

Graff: Das sind zirka Schilling?

Masser: 200 Millionen Schilling.

Graff: 200 Millionen Schilling.

Masser: 212 Millionen, war es damals.

Graff: Was war der Einwand der Bundesländer-Versicherung?

Masser: Der Einwand war der, daß aufgrund des abgeschlossenen Vertrages und insbesondere der Bestimmungen, der Allgemeinen Österreichischen Seetransport-Versicherungsbedingungen 1975, die Grundlage dieses Geschäftes waren, verlangt worden ist, und zwar nach § 17 der dortigen Bedingungen, eine Auskunftspflicht. Das heißt, diese Auskunftspflicht . . .

Graff: Also was wurde verlangt?

Masser: Es wurden Belege verlangt.

Graff: Unterlagen.

Masser: Das habe ich ja gerade vorgelesen. Und das war die Grundlage des Begehrens. Und diesen Bedingungen hat der Versicherungsnehmer nicht entsprochen, bis zum heutigen Tag nicht.

Graff: Herr Kollege, der ganze Prozeß hinauf und hinunter mehrfach durch die Instanzen — wir kommen dann noch im einzelnen dazu — ist darum gegangen, daß die klagende Partei Zapata Zahlung wollte und die Versicherung eingewendet hat, die Unterlagen sind nicht ausreichend. Ist das richtig?

Masser: Der Beweis muß von der klagenden Partei geführt werden, daß der Schaden eingetreten ist, und dazu muß sie eben Beweise liefern, und das hat sie nicht gemacht.

Graff: Gut. Also im Zivilprozeß, wenn ich Sie richtig verstanden habe, muß die klagende Partei den Beweis erbringen dafür, daß die Versicherungsleistung zusteht?

Masser: Ja.

Graff: Wenn ihr diese Beweislast zu erbringen nicht vollständig gelingt, was geschieht dann mit der Klage?

Masser: Wird sie abgewiesen.

Graff: Wird sie abgewiesen.

Wie ist das in einem Strafverfahren, wenn also die Versicherung ein Strafverfahren einleitet und dann untersucht wird, und es stellt sich heraus, es sind zwar Verdachtsmomente noch und nöcher, aber der letzte Beweis für die Schuld oder auch für eine Anklage hinreichend ist nicht da, was machen dann das Gericht und die Staatsanwaltschaft?

Masser: Dann würde die Staatsanwaltschaft die Sache einstellen beziehungsweise würde es nicht zu einem Verfahren kommen.

Graff: Also da ist die Beweislast der Sache nach beim Geschädigten?

Masser: Umgekehrt. Genau umgekehrt.

Graff: Umgekehrt. Daher, was ist eigentlich gescheiter als Anwalt, wenn Sie die Versicherung vertreten?

Masser: Das, was wir gemacht haben.

Graff: Nämlich?

Masser: Wir haben uns nur auf den Zivilprozeß beschränkt.

Graff: Und Sie haben sich eigentlich erwartet, daß das beim Handelsgericht relativ . . . Jetzt lege ich Ihnen etwas in den Mund. Haben Sie sich eigentlich, muß ich Sie fragen . . .

Masser: Nicht nur eigentlich. Wir waren überzeugt, daß wir das durchsetzen.

Graff: Und daß das dort relativ rasch in drei Instanzen erledigt ist, und dann ist es aus.

Masser: Sehr richtig. Alles andere ist nicht Sache.

Graff: Haben Sie jemals in Ihrer beruflichen Laufbahn so etwas von einem Zivilprozeß erlebt wie diesen?

Masser: Nein.

Graff: Nein. Das glaube ich Ihnen gern, denn ich habe es durchgelesen. Ich habe auch nichts dergleichen noch gesehen.

Und nun kommt die Kernfrage, Herr Kollege Masser, wegen der die „Bundesländer“ jetzt landauf, landab, immer wieder gefragt und gepiesackt wird: Warum sind Sie nicht früher oder gleich zum Staatsanwalt gegangen? Was sagen Sie dazu?

Masser: Es gibt mehrere Gründe. Der erste Grund war der, daß unsere zivile rechtliche Situation aufgrund der schon geschilderten Gegebenheiten eindeutig war. Das heißt, es mußte die Zapata beweisen, daß der Schaden in dieser Höhe eingetreten ist, und sie hat die primitivsten Voraussetzungen nicht erbracht. Sie konnte uns nicht einmal die Produzenten nennen, geschweige denn eine Rechnung oder irgendeinen Beleg dafür erbringen. Das war einmal das erste.

Das zweite ist ein interner Grund. Sie wissen — das kann ich voraussetzen, das ist auch schon publiziert worden —, daß so eine Versicherung naturgemäß nicht von einer Versicherung getragen wird, sondern der Schaden, der eintritt oder wenn er eintritt, wird von einer Reihe von Rückversicherern und Mitversicherern getragen.

Im gegenständlichen Fall — ich sage hier kein Geheimnis, weil das auch schon x-mal publiziert worden ist — hat die Bundesländer-Versicherung als die führende Versicherung nur einen ganz geringen Prozentsatz selbst zu verantworten: 1,025 Prozent. Der gesamte Rest wird getragen oder wurde oder wird auch heute, ich muß sagen wird getragen von Mit- und Rückversicherern, das heißt, er verteilt sich auf — die Zahl kann ich gar nicht feststellen — sicher mindestens hundert, wenn nicht mehr, verteilt.

Graff: Dazu gleich, Herr Kollege Masser, eine Frage, die den Dr. Rieder interessieren wird. Ist diese berühmte London & Kingston Insurance, die die „Bundesländer“ selber in London gekauft hat, wo sich dann der Herr Cretnik auch mit einer Aktie beteiligt hat wegen des englischen Rechtes, unter diesen Rückversicherern drunter?

Masser: Die ist, aber ohne Mitwirkung der Bundesländer-Versicherung, als Rererückversicherer mit einem Betrag, ich glaube, von rund insgesamt 5 000 Pfund, in dieser Größenordnung, beteiligt. Aber das wäre eine Bagatelle.

Graff: Also eine Bagatelle gegenüber dem . . .

Masser: An sich eine Bagatelle. Es sind rund 300 000 Schilling. Das wußte man überhaupt nicht. Das ist erst im Laufe des . . .

Graff: Rückrück heißt, ein Rückversicherer hat sich . . .

Masser: . . . noch einmal rückversichert.

Graff: Ja, dafür kann ja die „Bundesländer“ überhaupt nichts.

Masser: Überhaupt nichts. Die hat damit überhaupt nichts zu tun.

Graff: Also die „Bundesländer“ direkt hat sich überhaupt nicht bei dieser eigenen Gesellschaft rückversichert?

Masser: Nein. Dazu muß man sagen, daß in England die Versicherungen, vor allem auch die Rückversicherungen, wie an einer Börse gehandelt werden. Auch Lloyd's ist ja nichts anderes als ein Makler. Es werden da keine Verträge mit dem Listenführer, also mit dem, der die Versicherung eingegangen ist, abgeschlossen, sondern dies geschieht völlig außer Kontrolle.

Graff: Gut. Diese Rückversicherer in der Lucona-Sache, die ja in einem direkten Vertragsverhältnis mit der „Bundesländer“ stehen, sind alles erstklassige, international angesehene Versicherer?

Masser: Nachdem das auch im Buch steht und ich von der Verschwiegenheitspflicht entbunden bin — in Parenthese —, darf ich dazusagen: Ich habe es auch erst jetzt, im Zuge dieses Verfahrens, überhaupt für notwendig befunden, zu eruieren. Aber ich habe es eruiert, und es ist eindeutig. Wir wußten das auch vorher schon . . .

Graff: Aber für einen Klienten werden Sie ja nichts Schlechtes sagen?

Masser: Nein, nein, ich kann das ohne weiteres sagen. Es sind — die Leute habe ich von allem Anfang an gekannt — ungefähr gute 50 Prozent durch Mitversicherer direkt bekannt. Das heißt, die „Bundesländer“ als die führende hat rund 1,025 Prozent. Wenn ich das der Reihe nach aus dem Kopf und aus dem Gedächtnis sagen darf . . .

Graff: Bitte, keine Namen. Ich möchte nur wissen, ob in irgendeiner Weise Bedenken an der Bonität oder Seriosität dieser Rückversicherer aufgetreten sind?

Masser: Nein, das kann ich mit absoluter Sicherheit sagen: Es sind erstklassige Institute.

Graff: Gut. — Wenn aber jetzt der Schaden letztlich an die Zapata zu liquidieren gewesen wäre, hätte das wirtschaftlich die Summe dieser Rückversicherer tragen müssen, einschließlich der Bundesländer selbst mit 1,025 Prozent.

Masser: Jawohl.

Graff: Das heißt, auch die eigentlichen Geschäftsherren, die in dieser ganzen Angelegenheit ihre Interessen vertreten haben, waren im wesentlichen die Rückversicherer.

Masser: Die Rückversicherer haben vom ersten Tag an einen bestimmenden Einfluß auf die Vertretung und die Handhabung, die Taktik, das Vorgehen in dieser Sache genommen.

Graff: Wenn der Herr Udo Proksch nun mit irgend jemand in der Bundesländer-Versicherung — es gibt dafür keinen objektiven Anhaltspunkt, aber es gibt viel Rederei — eine parteipolitisch oder aus dem „Club 45“ oder sonst irgendwie motivierte Mausehelei versucht hätte, um zu einem Vergleich zu gelangen, wo die Zapata zwar nicht ihre 200 Millionen, aber 150 Millionen oder sonst etwas bekommt, wäre das denkbar gewesen angesichts der Konstruktion mit den Rückversicherern?

Masser: Nein, ohne Mitwirkung der Rückversicherer nicht.

Graff: Hätten die sich auf eine solche österreichische Mausehelei eingelassen?

Masser: Nach der Kenntnis der Sachlage und der Personen, die damit zu tun hatten, mit denen ich zu tun hatte, nein.

Graff: Jetzt gehen wir wieder zurück zu der Frage: Zivilverfahren oder Strafverfahren?, so interessant das Zivilverfahren auch ist.

Sie haben, Herr Kollege, mehrere Detektive beschäftigt, darunter zunächst einmal den Herrn Penk-Lipovsky. Stimmt das?

Masser: Jawohl. Wir haben uns, obwohl unser ziviler Rechtsstandpunkt eindeutig und sehr positiv war, trotzdem von allem Anfang an oder nachdem wir die ersten persönlichen Erhebungen gepflogen haben, den Details genähert und nach und nach auch feststellen wollen: Was ist da wirklich dahinter? So haben wir, als die Pinosa sozusagen aufgetaucht ist oder als man da mehr davon erfahren hat . . .

Graff: Sagen Sie uns bitte: Was ist die Pinosa?

Masser: Die Pinosa ist eine Ges.m.b.H., eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung, und steht im Eigentum der Firma Demel beziehungsweise ist sie mit Hilfe der Zapata gegründet worden.

Graff: Und welche Rolle spielt die dort?

Masser: Diese hatte in Piesting ein von der Firma Demel's Ch. Söhne angekauft Grundstück gepachtet, ein altes Harzwerk, aufgelassen, devastiert, wie sich später herausgestellt hat, und dort sollte angeblich nach den Behauptungen, die die klagende Partei, die Zapata, nach und nach erklärt hat, diese Uranaufbereitungsanlage zusammengestellt worden sein.

Graff: Das ist Ihnen mit der Zeit merkwürdig vorgekommen?

Masser: Ich habe auch selbst einen Lokalaugenschein von außen her vorgenommen und habe mir meine Gedanken gemacht als Laie, daß, wenn so ein doch sensibler Gegenstand erzeugt oder zu-

mindest zusammengestellt werden sollte, dort nicht das geeignete Areal ist. Wir waren aber nicht drinnen. Daraufhin haben wir dann gesagt: Wir wollen mehr erfahren! Nachdem ich kein Kriminalbeamter bin, haben wir den Herrn Penk-Lipovsky beauftragt . . .

Graff: Seien Sie froh, daß Sie kein Kriminalbeamter sind, sonst hätte man es Ihnen vielleicht auch abgedreht. Aber bitte.

Masser: Könnte sein, das weiß ich nicht. Jedenfalls haben wir den Herrn Penk-Lipovsky beauftragt, daß er dort in der Gegend Erhebungen anstellt, und er hat uns dann im September beginnend bis Dezember einen Bericht geliefert.

Graff: Dezember 1977? (Masser: Dezember 1977!) So geschwind ist das gegangen? Im August war die Klage, und dann war das schon da?

Masser: Ja, ja. Wir hatten ja vorher schon Bedenken, sonst hätten wir uns ja in ein Gespräch über die Liquidierung dieses vermeintlichen Anspruches eingelassen. Das haben wir eben nicht gemacht, und deswegen haben wir den Herrn Penk-Lipovsky beauftragt.

Graff: Der Bericht war dem Prettnerebner-Buch zufolge eigentlich schon sehr weitgehend und nahezu eine Aufklärung.

Masser: Wenn Sie das genau lesen: Es steht auch drinnen „im wesentlichen“. Das heißt, es haben eine Reihe von Gliedern in der Kette bis zu Proksch gefehlt. Das ist ganz eindeutig. Wir haben das wohl geprüft.

Ich darf noch einmal sagen: Die Weisheit, die ich hier jetzt verkünde, ist nicht das Produkt meines eigenen Hirns allein, sondern wir haben in der gesamten Zeit mit sämtlichen Mitversicherern — das sind ungefähr gute 50 Prozent, die da beteiligt sind —, mit diesen Instituten einen laufenden Kontakt gehabt, die Willensbildung und die Prüfung aller Unterlagen ist immer im Einvernehmen mit diesen Leuten geschehen. Das heißt, es hat sich nicht nur die Kanzlei Dr. Masser mit dieser Sache beschäftigt, sondern auch die Rechtsabteilungen dieser Versicherer, worunter Versicherer sind, die ein Prämienaufkommen haben wie bei der gesamten österreichischen Versicherungswirtschaft zusammen.

Graff: Wer war bei der „Bundesländer“ Ihre Kontaktperson?

Masser: Meine Kontaktpersonen waren in erster Linie die Herren der Transportversicherungsabteilung, Direktor Gehberger, der damals der Chef dieser Abteilung war, und sein Stellvertreter Dr. Weiser, der nach der Pensionierung des Herrn Direktors Gehberger, die ganz normal im

Jahre 1984 erfolgte, dann die Leitung dieser Abteilung übernommen hat.

Weiters waren meine Gesprächspartner am Anfang im Vorstand die Herren Dr. Cretnik und Direktor Niehsner und auch Dr. Ramberger. In der Folge dann nach dem Austritt aus dem Vorstand und auch infolge von Pensionierung ist Herr Dr. Ruso ein Gesprächspartner gewesen und dann auch Direktor Dobin. Aber in erster Linie — das kann ich wirklich sagen — habe ich mit Herren der Transportversicherungsabteilung und mit den Herren der Rückversicherer verhandelt.

Graff: Ja, ich weiß schon, deshalb wollte ich Sie noch einmal fragen, um das ganz klarzustellen: Also zu keiner Zeit hat irgend jemand in der „Bundesländer“, insbesondere auch nicht der Herr Dr. Ruso, allein disponieren können, was mit dem Anspruch geschieht, ob er anerkannt, verglichen, bestritten wird, ob Strafanzeige erstattet wird und und und?

Masser: Ich sage noch einmal: Alle wesentlichen Entscheidungen, die das beinhalten, was Sie jetzt aufgezählt haben, sind nie von einer Person allein entschieden worden, sondern immer nur nach einer entsprechenden Diskussion gemeinsam.

Graff: Die Entscheidung, einen Detektiv zu betrauen, den Herrn Penk-Lipovsky, haben Sie die allein getroffen, oder haben Sie da auch . . . ?

Masser: Nein, wir haben das angeregt. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, wer auf die Idee gekommen ist. Wir haben gesagt: Jetzt machen wir das!

Graff: Wieso ist es dann zur Einschaltung des Herrn Guggenbichler gekommen?

Masser: Das ist erst viel später gewesen. Zwi-schendurch hatten wir noch andere Herren beschäftigt. Es war nicht nur der Herr Penk-Lipovsky, es ist in der Zwischenzeit auch ein Herr Bartsch (*phonetisch*) betraut worden, der auch Erhebungen angestellt hat, die nicht sehr tragend waren, uns aber doch immerhin etwas weitergebracht haben. Es waren immer Lücken da. Immer Lücken. Wir selbst haben Erhebungen gepflogen. Wir sind den Dingen wirklich nachgelaufen.

Graff: Sodaß Sie natürlich auch nicht, was eh klar ist, aber man muß es trotzdem fragen, von Anfang an jene Schauderdinge hatten, die Sie mit Ihrem heutigen Wissen haben (Masser: Nein!), sondern Ihr Wissen sukzessive vervollständigt haben.

Masser: Vollkommen richtig. Das war ganz eindeutig. Das war, wenn ich das so sagen darf, ein Fleckerlteppich oder ein Puzzlespiel, wo eine ganze Reihe von . . . (*Schieder: Wenn das nicht suggestiv ist!*)

Graff: Die Herren haben recht, es war eine Suggestivfrage. Das war eine Suggestivfrage, Herr Kollege, es war aber auch eine Binsenweisheit, das gebe ich zu. Es soll nichts Ärgeres passieren. Was ich mir heute schon angehört habe . . .

Masser: Ich hätte das auch aus eigenem genauso formuliert. (*Zwischenruf.*)

Graff: Er hätte es getroffen.

Herr Kollege! Wie ist es dann konkret (neuerlicher Zwischenruf.) — ich glaube, ich bin einer der konkreteren Frager in diesem Haus, Herr Kollege — zum Guggenbichler gekommen?

Masser: Guggenbichler ist das erste Mal im Jahre 1982, Ende 1982, so glaube ich, nicht bei mir, sondern bei der Mandantschaft erschienen oder hat sich irgendwie beworben.

Graff: Bei welchen Menschen von der Mandantschaft?

Masser: Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich glaube, mich zu erinnern, es war nicht meine Wahrnehmung, ich glaube, Direktor Gehberger hat mir dann gesagt, er meint, es ginge. Ich glaube, es war Gehberger. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist auch nicht so wesentlich, als so wesentlich empfunden worden.

Graff: Okay, Sie wissen es nicht so genau. (Masser: Ja!) Und dann haben Sie den Guggenbichler . . .

Masser: Nein, dann haben wir gesagt: Schauen wir uns den einmal an! Es hat sich nämlich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß einige weiße Flecken auf unserer Karte, insbesondere in der Schweiz, waren; also die Zusammenhänge Zapata mit den Gründern der Firmen, also Peterhans und so weiter, diese Herren, und daß man eine Erhebung in der Schweiz wird machen müssen. Und so ist man dann doch langsam auf die Idee gekommen, man sollte dort jemand beauftragen. Als dann im Februar 1983 die Ihnen bekannte Entscheidung vom 30. 12. 1982 . . .

Graff: . . . des Oberlandesgerichtes?

Masser: Nein; Momenterl, das war die Berufungsentscheidung mit dem Zwischenurteil, sehr richtig — verkündet worden . . .

Graff: Wo dem Grunde nach der Anspruch anerkannt worden ist.

Masser: Jawohl! Da müßte ich nachschauen, ich glaube, das war der 17. 2. 1983. Ja, ich weiß das ganz genau. Da wurde das mündlich verkündet.

Graff: Also hat es auf deutsch, damit wir es alle verstehen . . . Nein, ich frage Sie: Hat es da gut oder schlecht ausgeschaut nach Ihren anfänglich großen Hoffnungen auf den Zivilprozeß?

Masser: Wir waren über diese Entscheidung zumindest baß erstaunt, und einige Herren waren entsetzt — das kann ich ohne weiteres sagen —, weil nach drei Rechtsgängen, in denen sich ganz klar herauskristallisiert hat, daß die klagende Partei ihre Nachweise über den Schadensanfall nicht erbringen konnte, nunmehr eine totale Umkehr der Sache eingetreten ist. Da haben wir gesagt: Jetzt haben vor allem die ausländischen Rückversicherer den Glauben an die österreichische Justiz total verloren? Und dann haben wir gesagt: Bitte, jetzt müssen wir noch weiter gehen! Und daraufhin haben wir den Herrn Guggenbichler beauftragt, in der Schweiz diese Lücken durch Erhebungen zu füllen.

Graff: Herr Kollege! Guggenbichler hat uns hier als Zeuge gesagt, er nimmt überhaupt keine spezifischen Ermittlungsaufträge, etwa „Beschatten Sie den und den dort und dort!“, entgegen, sondern nur einen globalen Auftrag. Ich frage Sie ganz konkret, denn Sie wissen ja, was alles in den Zeitungen gestanden ist und geschehen ist.

Masser: Ja, das ist kein Geheimnis.

Graff: Hat der Herr Guggenbichler von Ihnen im Detail Aufträge bekommen, etwa des Inhalts: Beschatten Sie den Herrn Außenminister Gratz oder wen immer?

Masser: Nein. Letzteren überhaupt nicht. Er hat natürlich Richtlinien bekommen, festzustellen: Wo sind die Quellen, wo kommt das hervor?

Graff: Und in dem schriftlichen Auftrag, den wir gesehen haben, ist dringestanden: Soll er sich gesetzlicher oder ungesetzlicher Mittel bedienen . . .

Masser: Wortwörtlich steht drinnen: „Ich mache darauf aufmerksam, daß meine Mandantschaft nur Beweismaterial verwerten kann, das auf legalem Wege zustande gekommen ist.“ (Graff: Gut!) Das haben wir vorsichtshalber hingenommen. Sie haben den Herrn Guggenbichler kennengelernt, Sie können sich vorstellen, daß das ein Partner ist, mit dem man nicht allzuleicht auskommt. Das, glaube ich, kann ich jedem sagen, da beleidige ich ihn auch nicht.

Graff: Wenn ich Ihnen sage, daß ich an Ihrer Stelle so etwas ein bissl auch aus Alibigründen hingeschrieben hätte, würden Sie mir das nicht übelnehmen?

Masser: Nein, sicher nicht.

Graff: Gut.

Aber, wie immer, als dann der Herr Guggenbichler dahergekommen ist, sagt er uns, er habe ein Tonband über ein Gespräch bei einem Treffen Gratz und Proksch in der Schweiz gehabt und ein Transskript und er habe das Ihnen oder Ihrer Kanzlei gegeben und er habe dafür auch bezahlt bekommen. Was sagen Sie dazu?

Masser: Nein, das ist nicht richtig. Ich habe nie ein Tonband bekommen, ich habe nie ein Transskript über ein solches Gespräch bekommen. Guggenbichler hat . . .

Graff: Haben dafür auch keine Zahlungen geleistet?

Masser: Auch keine Zahlungen geleistet. Es ist ganz eindeutig. Ich habe von ihm allerdings nicht . . . Sie spielen diese Zusammenkunft Gratz-Proksch, wenn ich das jetzt so sagen darf, am 26. Jänner 1985 an. Er hat mir nachher berichtet, was da vorgefallen ist, und hat viel später dann einmal die Erwähnung getan, er habe das auch mit einem Tonband irgendwie verewigt. Daraufhin — Sie können sich vorstellen, daß ich Interesse daran gehabt hätte, zu erfahren, was da gesprochen wurde — hat er mir gesagt, daß er das nicht hergibt, er hebt sich das auf, sozusagen als Höhepunkt, als letztes Atout würde er das ausspielen, und er hat mir nichts gegeben, nicht einmal eine Andeutung.

Graff: Teilen Sie meine Zweifel, daß das Tonband überhaupt existiert?

Masser: Das erlaube ich mir nicht zu beurteilen. Tatsache ist, daß er im April 1988 . . . Wir hatten damals mit Guggenbichler de facto nichts mehr zu tun, er hatte auch keine Aufträge mehr von uns, er hat seinen Auftrag, das Vertragsverhältnis, wenn man das überhaupt so bezeichnen darf, . . .

Graff: Na, er hat selbst 5 Millionen vereinbart.

Masser: . . . im Jahre 1986 gelöst. Er hat aber immer wieder einen losen Kontakt zu uns gehabt. Und im April 1988 hat er mich oder meine Kanzlei zu einem Vortrag in Salzburg, den er hielt, eingeladen. Am Telefon, glaube ich, war das. Ich habe dann gesagt: Ja, ich kann aber nicht kommen, aber berichten Sie mir nachher, was da los ist oder was los war. Ich habe dann am nächsten Tag in der Zeitung gelesen — ich glaube, eine Überschrift hieß sogar „Bombe“ oder so ähnlich, recht markant —, daß er diese Tonbandgeschichte wieder aufgewärmt hat. Und ich habe ihn dann, nachdem er mich wieder angerufen und mir berichtet hat — ich kann mich an die Ziffer noch erinnern, er hat gesagt, 145 Leute waren dort —, gefragt: Na, was ist denn mit dem Tonband? Da hat er gesagt: Herr Doktor, Sie wissen, ich gebe das nicht her!

Graff: Also Sie haben es jedenfalls nie gesehen?

Masser: Er hat es mir nicht gegeben.

Graff: Herr Kollege, Entschuldigung, ich muß Sie weiterfragen: Was haben Sie empfunden oder gesagt oder sich gedacht oder anderen gesagt, als Guggenbichler, von edelsten staatsbürgerlichen Motiven getrieben, dann im Juli 1983 plötzlich eine Strafanzeige gemacht hat?

Masser: Sie haben aus dem Auftragsschreiben ersehen, daß er den Auftrag hatte, Beweise zu erbringen, daß dieser Versicherungsbetrug erwiesen werden kann. Er hat zwischendurch . . .

Graff: Und zwar mit einer Frist, dann kriegt er ein Erfolgshonorar von 5 Millionen.

Masser: Ja, die Frist war sehr liberal gehalten, das muß ich ausdrücklich sagen. Es war nur einmal eine, wie soll ich sagen, Zäsur in der Zeit.

Graff: Damit er sich anstrengt?

Masser: Sehr richtig, ja. Aber nicht auf Monate; nachdem das ja schon Jahre gedauert hat, hätte das keine Rolle gespielt. Er hat zwischendurch schon gemeldet, was er alles tut und wie er da vorwärtskommt, aber er hat das nicht exakt gemacht. Anfang Juli hat er uns dann damit konfrontiert, das heißt, uns mitgeteilt, daß er am 1. Juli die Anzeige in Salzburg beziehungsweise in Anif bei der Kriminalabteilung erstattet hat, ohne vorher mit uns Kontakt aufzunehmen. Wir kannten damals noch nicht das Ergebnis seiner Nachforschungen im Detail, lediglich seine Absichten und auch gewisse bescheidene Ergebnisse, die er halt am Telefon bekanntgegeben hat. Aber Sie können sich vorstellen, man will ja da was schwarz auf weiß auf dem Pult haben, und das war nicht der Fall.

Aus diesem Grunde habe ich ihm, als er mir das mitgeteilt hat, in verärgertem Ton — das muß ich ausdrücklich dazu sagen — . . .

Graff: Das glaube ich Ihnen aufs Wort.

Masser: . . . und zwar weil ich das als diszipliniert angesehen habe, gesagt: Hier sind Sie einen Schritt zu weit gegangen!, zumal er ja wußte, daß ich nicht der Dominus litis war, ich war wohl derjenige, der das alles vollzogen hatte, aber ich mußte und sollte auch natürlich mit den Rückversicherern noch ein Gespräch führen. Außerdem war das ja dem Herrn Guggenbichler, der vielleicht ein intelligenter Mann ist — das wird er wahrscheinlich auch sein —, bekannt, aber er hat ja nicht alles gewußt, was wir auch schon von woanders her noch wußten. Wir hätten gerne das Material sozusagen komprimiert, noch einmal überarbeitet. Das war die „Schockwirkung“,

wenn Sie so wollen, so bezeichnet Guggenbichler das. Es war das aber kein Schock, sondern es war eine, glaube ich, wirklich gerechtfertigte Verärgerung.

Graff: Herr Kollege . . .

Masser: Wir sind aber sofort auf die Sache eingegangen. Am 4. war seine Vernehmung als Anzeiger beendet, und am 6. bin ich über Ladung des Herrn . . .

Graff: Da haben wir diesen Aktenvermerk, ja.

Masser: . . . sofort dort gewesen, die haben mir alle Informationen gegeben, und die Mandantschaft und auch die Rückversicherer haben alle sofort mitgetan.

Graff: Ich möchte eben wissen: Herr Guggenbichler hat das hier so dargestellt, als ob die „Bundesländer“, als ob Sie als unmittelbarer Auftraggeber sozusagen gewissermaßen „komisch“ dagestanden sind gegenüber den eigentlichen Geschäftsherren, also den Rückversicherern; das verstehe ich schon. Aber sind — sei es in der „Bundesländer“, sei es bei den Rückversicherern — auf diese Strafanzeige hin irgendwelche Reaktionen erfolgt?

Masser: Keine negativen, sondern im Gegenteil: Ich habe informiert, und ich wurde sofort gebeten, alles Notwendige zu tun. Ich habe mich ausgewiesen als Vertreter Privatbeteiligter. Ich habe sofort Kontakt aufgenommen mit Roelofs, mit denen wir ja keinen Kontakt mehr hatten beziehungsweise sehr wenig, nur mit wenigen Berichten und so weiter, Sie haben ebenfalls erklärt, sie wollen sofort mittun und haben mir das auch . . .

Graff: Letzte Frage: Kann man von einem „Schock“ bei der „Bundesländer“ sprechen, der durch die Strafanzeige erfolgt sei . . .

Masser: Nein, nein! — Ich falle Ihnen ins Wort, aber das stimmt absolut nicht!

Graff: Danke.

Masser: Nur, ich sage noch einmal: Es gab eine Verärgerung wegen der Diszipliniertigkeit, das ist gar keine Frage, das war da, aber nicht in der Sache.

Graff: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Pilz. Bitte.

Pilz: Herr Dr. Masser, ich hoffe, Sie sind mir nicht böse, wenn ich ähnlich „bohrende“ Fragen stelle.

Vielleicht einmal eine erste: Sie haben in der letzten Zeit einige Wissenslücken über den gesam-

ten Komplex Bundesländer-Versicherung-Lucona geschlossen. Sie haben gesagt, Sie haben sich über einiges noch informiert; wahrscheinlich für diesen Ausschuß.

Masser: Was meinen Sie damit?

Pilz: Sie haben das ganz am Anfang allgemein angedeutet, aber das ist jetzt nicht so wichtig.

Haben Sie sich auch seinerzeit informiert, woher die Bundesländer-Versicherung die plötzliche Qualifikation für Seetransportversicherungen hatte?

Masser: Die Bundesländer-Versicherung ist eines der größten Versicherungsinstitute Österreichs, und für mich hat sich die Frage nie gestellt, ob sie in der Lage ist, so etwas zu versichern oder nicht. Nach meiner Information ist dies ein Geschäft, wie es eben wiederholt vorkommt. Ich habe nie eine Lücke bemerkt. Ich muß Ihnen auch mit aller Klarheit sagen: Die Mitversicherer — Ich nenne die Namen, es hat ja auch keinen Sinn, es nicht zu tun, es steht ja auch im Buch —

Pilz: Die Namen sind bekannt . . .

Masser: . . . also die „Helvetia“, die „Basler“, die Münchner Rückversicherung . . .

Pilz: Entschuldigen Sie, wir brauchen auch die Namensliste nicht.

Masser: . . . haben nie auch nur den geringsten Vorwurf einer etwa mangelhaften Kenntnis der Situation oder der Geschäfte dieser Art der Bundesländer-Versicherung gegenüber gemacht.

Pilz: Haben Sie sich auch nie erkundigt, was das bedeutet, daß man hier nicht die günstigste, zweitens eine — wie zumindest Pretterebner behauptet — in diesem Bereich unerfahrene und drittens — wie wir dann später noch besprechen werden — möglicherweise etwas oberflächlich vorgehende Versicherung gewählt hat? Hat Sie das nie interessiert?

Masser: Ich habe so einen Vorwurf auch nie bekommen.

Pilz: Haben Sie noch nie gehört.

Masser: Mir gegenüber hat das niemand behauptet. Erst später ist das in den Zeitungen gesagt worden.

Pilz: Gehen wir jetzt auch chronologisch vor. Haben Sie Anfang 1977 eine Tagebucheintragung über Versicherungsbetrug Lucona und ähnliches gemacht?

Masser: Was ich mir gedacht habe, habe ich mir notiert. Ich selbst hatte schon nach wenigen Wo-

chen den Eindruck, daß es sich bei dieser Sache um einen Betrug handelt.

Pilz: Nur Betrug?

Masser: Betrug, verbunden mit der Sprengung des Schiffes, und daß das alles geplant war.

Pilz: Also auch Mord . . .

Masser: Das war meine persönliche Einschätzung.

Pilz: Also auch Mordverdacht?

Masser: Vielleicht habe ich einen sechsten Sinn, das kann sein. Ich kann Ihnen auch sagen, wieso, ich mache da kein Geheimnis daraus:

Ich habe mit dem Herrn Proksch — außer in diesem Prozeß dann — nie etwas zu tun gehabt. Ich habe nur aus diversen Presse- oder sagen wir Medienmitteilungen von diesem Herrn Kenntnis erlangt, habe ihn ein paarmal im Fernsehen gesehen und habe bemerkt, wie er spricht, habe erfahren, welche Bildung er hat. Ich habe ihn einfach von seinem Wissen her für unfähig gehalten, so ein Geschäft abzuschließen.

Pilz: Haben Sie die Bundesländer-Versicherung damals bereits hingewiesen auf Ihren Verdacht Versicherungsbetrug, Sprengung des Schiffes, möglicherweise Mordverdacht?

Masser: Ja, ich habe sowohl der Bundesländer-Versicherung als auch den Mitversicherern von diesen Überlegungen Kenntnis gegeben, das ist auch diskutiert worden. Es war aber eben nur eine Meinung und eine Vermutung. Für den Schritt, den Sie jetzt offensichtlich anpeilen: Wieso ist man nicht sofort zum Staatsanwalt gegangen?, hat das sicher nicht ausgereicht . . .

Pilz: Da trägt Sie jetzt der sechste Sinn.

Masser: Meine Intuition.

Pilz: Na gut, in diesem Fall hat Sie der sechste Sinn getrogen.

Ich möchte etwas anderes von Ihnen wissen: Haben Sie jemals konkret das Vorhaben geäußert, damit zum Staatsanwalt zu gehen?

Masser: Das ist diskutiert worden — nicht nur von mir, sondern auch von den anderen . . .

Pilz: Haben Sie das jemals Herren der Bundesländer-Versicherung vorgeschlagen?

Masser: Das ist diskutiert worden.

Pilz: Haben Sie jemals einen Vorschlag gemacht?

Masser: Einen Vorschlag? — Ich kann Ihnen sagen, wo das wirklich diskutiert wurde, und zwar mit ganz klaren Worten. Wir haben im Zivilprozeß, nach dem ersten Rechtsgang am 17. Mai 1979, einen Schriftsatz eingebracht, wo wir zu einem Schriftsatz der Gegenseite Stellung genommen und uns sehr wohl jedes Wort überlegt haben, das wir da hineinschreiben. Es wurde da vor allem auch darüber diskutiert, bis dorthin hatten wir ja . . .

Pilz: Können wir . . .

Masser: Das muß ich Ihnen erklären, sonst verstehen Sie das nicht. Pardon: Ich muß Ihnen das erklären, das ist sonst zu kompliziert. — Bis dorthin haben wir den Grund des Anspruches noch nicht bestritten. Wir haben nicht abgelehnt, wir haben also nicht gesagt . . .

Pilz: Entschuldigen Sie, ich habe Sie das wirklich nicht gefragt, ich habe Sie nur gefragt . . .

Masser: Bitte sehr.

Pilz: . . . : Haben Sie jemals der Bundesländer-Versicherung beziehungsweise Vertretern der Bundesländer-Versicherung geraten, einen Strafantrag zu stellen?

Masser: Ich habe nicht geraten, sondern wir haben darüber diskutiert.

Pilz: Ich frage Sie . . .

Masser: Nein, geraten habe ich nicht, bitte.

Pilz: Haben Sie nicht.

Masser: Ich glaube, das wäre ein schlechter Rat gewesen.

Pilz: Wer hat dieses Thema dann zur Sprache gebracht?

Masser: Ich habe es zur Sprache gebracht, daß man das auch tun kann. Es gibt bei der Vorbereitung und bei der Bearbeitung einer solchen Sache natürlich verschiedene Alternativen und eine wäre eben diese Alternative gewesen.

Pilz: Mit wem haben Sie dieses Gespräch geführt?

Masser: Dieses Gespräch habe ich geführt sowohl mit Herren der Bundesländer-Versicherung als auch mit den . . .

Pilz: Mit wem, mit welchen Personen?

Masser: Das kann ich Ihnen genau sagen, mit mehreren . . . (*Graff: Als auch mit den Rückversicherern!*) Als auch mit den Rückversicherern, genauso.

Pilz: Entschuldigen Sie! — Herr Dr. Graff, die Hölzeln werfen Sie dann, wenn Sie am Wort sind.

Masser: Ich habe nicht ausreden können . . . (*Zwischenruf Graff.*)

Pilz: Bitte schön, wenn Sie mir jetzt die Namen sagen.

Masser: Die kann ich Ihnen ruhig sagen: Das war der Herr Direktor Gehberger, das war der Herr Dr. Weiser, es waren, so glaube ich, auch vom Vorstand zwei Herren, Niehsner und Cretnik, es waren die Herren der Rückversicherer, das war ein Herr von der „Wiener Städtischen“, die ja auch Rückversicherer ist.

Pilz: Stehen die Namen nicht im Protokoll? Sie haben ja ein Protokoll bei sich.

Masser: Das habe ich von mir selbst, aber das habe ich erstens nicht hier und zweitens sind das meine persönlichen Aufzeichnungen. Ich kann das aus dem Kopf sagen: Der Herr Tozzer war da dabei von der „Wiener Städtischen“, der Herr Besau, das ist auch ein Direktor der „Städtischen“ — die sind, glaube ich, in Personalunion mit der Union —, dann der Herr Direktor Kern von der Helvetia, der Herr Direktor Bilad von der „Basler Versicherung“ und dann von der „Münchener Rück“ ein Herr Dr. Zelger. Wir haben das sehr gewissenhaft diskutiert, und wir haben uns dazu entschlossen, keine Anzeige zu machen.

Pilz: Und wann hat dieses Gespräch stattgefunden?

Masser: Es haben mehrere Gespräche stattgefunden. Das im speziellen war das unmittelbar vor der Einbringung dieses Schriftsatzes. Es mußte also in etwa im Frühling 1979 gewesen sein.

Pilz: Sagen Sie, wie war eigentlich immer der Ablauf, wenn Sie für die Bundesländer-Versicherung tätig geworden sind, wenn Sie einen Schriftsatz verfaßt haben oder irgend etwas? Haben Sie den einfach verfaßt und abgeschickt, oder haben Sie immer Rücksprache gehalten mit Herren der Bundesländer-Versicherung?

Masser: Nicht nur in dieser Causa, sondern auch in anderen Causen pflege ich das so zu handhaben, daß man, wenn es sich um wesentliche Dinge handelt, den Mandanten informiert, einbezieht in die Entscheidung, was man vorbringt, was man schreibt. Das ist, glaube ich, ein anwaltliches Prinzip.

Pilz: War es in diesem Fall üblich, daß Sie jedes Detail Herren der Bundesländer-Versicherung vorher vorgelegt haben?

Masser: Ich würde sagen: jedes Detail, das ins Gewicht gefallen ist.

Pilz: Es hat einmal bei Ihnen eine Besprechung gegeben, an der Guggenbichler und Dr. Ruso teilgenommen haben. Wann war diese Besprechung?

Masser: Das war im August 1984.

Pilz: Waren noch weitere Personen bei dieser Besprechung anwesend?

Masser: Möglicherweise einer meiner Kanzleikollegen. Aber ich glaube, wir waren nur zu dritt. Ich kann Ihnen auch sagen, wie es dazu gekommen ist, das muß man dazu sagen:

Guggenbichler hat sich immer ein bißchen zurückgesetzt gefühlt, weil vom Vorstand niemand mit ihm geredet hat. Sozusagen war er, ich möchte fast sagen, beleidigt oder gekränkt, und er hat immer wieder gesagt, er muß diese harte Knochenarbeit leisten und er müßte doch einmal mit einem Herrn des Vorstandes zusammenkommen.

Pilz: Also so ähnlich wie Thaller bei Blecha. Da ist es auch um eine Tröstung gegangen.

Masser: Ich verstehe das nicht, wie?

Pilz: Das war nur eine Parallele. (Ruf: Nur für's Protokoll!)

Masser: Da weiß ich nicht, was Sie meinen. — Ich habe dann mit ihm ein Gespräch gehabt — ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, was das Thema war — und habe den damaligen Generaldirektor Ruso ersucht, er solle doch einmal mit dem Mann reden.

Pilz: Sie wollten ihm eine Freude machen?

Masser: Sozusagen; nicht eine Freude, sondern einfach aus Gründen der Courtoisie. Ich habe ihn angerufen, daß dieser bei mir ist, und er hat gesagt, er wird versuchen, es so einzuteilen, daß er kommt. Ich glaube, das Ganze hat eine Viertelstunde gedauert; sachlich ist nicht sehr viel geredet worden. — Ich weiß, worauf Sie anspielen . . .

Pilz: Hat es einen sonstigen Zweck des Gespräches gegeben?

Masser: Es war das reine Courtoisie nach meinem Dafürhalten; ich habe das nie anders gesehen.

Pilz: Und Sie wissen, daß ich darauf anspiele, was Guggenbichler dann gesagt hat.

Masser: Daß er dann gesagt hat, das wäre ein Deal, oder er wird eingesperrt — oder so ungefähr.

Pilz: Irgend so etwas, ja. Der Ruso, ja.

Masser: Herr Dr. Pilz, ich habe das nicht gehört. Sie können sicher sein: Wenn das gefallen

wäre, hätte ich mir das sehr wohl gemerkt. Nach meinem Wissen ist so eine Erklärung nicht gefallen. Er hat gesagt, er hat ihn zur Tür begleitet. Ich habe das Protokoll, das bekommt man sozusagen ins Haus gestellt, ich habe das gesehen . . .

Pilz: Guggenbichler hat auch gesagt, diese Äußerung ist beim Hinausgehen gefallen und nicht während des Gespräches.

Masser: Ja, ich habe das gehört. Es ist auch irgendwo gesagt worden, ich weiß nicht wo. (Ruf: Das steht aber nicht im Protokoll vom „profil“ . . .!) Ich weiß das jedenfalls, ich habe es irgendwo gehört.

Pilz: Möglicherweise wird das die Kollegen von der SPÖ dann später interessieren.

Kollege Graff hat schon angeschnitten dieses Schriftstück an Guggenbichler, wo extra drinsteht: Sie haben nur legale Methoden zu verwenden. Sie haben selbst, so leicht augenzwinkernd, geantwortet, das war eigentlich so eine Alibisache.

Masser: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe das sehr ernst gemeint.

Pilz: Na, ist egal. Gut, dann habe ich Ihre Antwort auf Fragen Dr. Graffs falsch verstanden.

Haben Sie es für notwendig gehalten, den Herrn Guggenbichler darauf aufmerksam zu machen, nur legale Methoden anzuwenden? Warum eigentlich?

Masser: Ich glaube, daß wir das berechtigtermaßen gemacht haben. Herr Guggenbichler hat uns seine Bedingungen gezeigt, das hat er hergegeben. Und die waren so, daß man fast Zweifel haben konnte, ob man ihn überhaupt beschäftigt.

Pilz: Sie haben ihn aber trotzdem beschäftigt.

Masser: Wir haben dann mit ihm geredet, und im Gespräch hat er dann gesagt, das schreibt er halt, weil er sich schützen will. Daraufhin haben wir gesagt — ich habe mich nicht allein entschlossen, das zu schreiben, sondern wir haben einen Kanzleikollegen beigezogen, er war dabei bei dem Gespräch — dann schreiben wir das so, und das ist innerhalb . . .

Pilz: Warum haben Sie eigentlich einen Privatdetektiv, an dessen Rechtsauffassung und an dessen legalen Methoden offensichtlich Zweifel bestanden haben, beschäftigt?

Masser: Wir haben keine Zweifel gehabt, wir wollten nur auf Nummer Sicher gehen.

Pilz: Schreiben Sie bei jedem, mit dem Sie zu tun haben, den Sie mit Ermittlungen beauftragen . . .

Masser: Nein, bei jedem nicht.

Pilz: Nicht bei jedem.

Masser: Schauen Sie, der Herr Guggenbichler . . . Ich darf Ihnen noch einmal sagen . . .

Pilz: Entschuldigen Sie: Ich stelle die Fragen.

Masser: Bitte.

Pilz: Wie oft haben Sie schon bei Ermittlungsaufträgen den Beauftragten hineingeschrieben: Sie haben sich ausschließlich legaler Methoden zu bedienen?

Masser: Ich muß darauf eine andere Antwort geben. Der Herr Guggenbichler kommt aus einem anderen Rechtsbereich. Sie wissen, wir haben den Auftrag an die Ercona AG gegeben, das ist eindeutig erkennbar; die hat ihren Sitz in der Schweiz, ich kenne die Rechtslage in der Schweiz nicht, daher sage ich Ihnen . . .

Pilz: Entschuldigen Sie, Herr Doktor, ich habe Ihnen eine ganz eindeutige Frage gestellt. Die Frage ist ganz einfach, sie lautet: Haben Sie auch in anderen Fällen Personen, die Sie mit Ermittlungen beauftragt haben, in den Vertrag hineingeschrieben: Sie haben sich ausschließlich legaler Methoden zu bedienen!?

Masser: Ob ich das hineingeschrieben habe, weiß ich auswendig nicht, aber sicher haben wir darüber vorher geredet, selbstverständlich.

Pilz: Können Sie sich an einen sonstigen Fall erinnern, . . .

Masser: Der Herr Penk-Lipovsky hat das von mir genauso gehört.

Pilz: . . . wo Sie das hineingeschrieben haben?

Masser: Ich habe es nicht geschrieben, aber ich sage Ihnen noch einmal: Er hat das auch sicher von mir gehört.

Pilz: Heißt das, daß Guggenbichler der einzige war, bei dem Sie es für notwendig gehalten haben, legale Methoden praktisch vertraglich zu vereinbaren?

Masser: Ich habe den Vertrag nicht mit dem Herrn Guggenbichler gemacht, sondern, ich habe Ihnen das schon gesagt, mit der Ercona AG. Und die Ercona AG hatte einen Geschäftsführer, der Guggenbichler hieß. Diese Firma hätte innerhalb von acht Tagen einen anderen Geschäftsführer haben können, einen Verwaltungsrat, wie es in der Schweiz heißt.

Pilz: Wie soll ich das interpretieren, daß Sie einen Privatdetektiv beschäftigen, mit dem Sie sogar vertraglich „legale Methoden“ vereinbaren müssen und wo Sie später den Generaldirektor eines der

größten Versicherungsunternehmen bemühen, um diesen Privatdetektiv zu trösten? Es ergibt das ein etwas eigenartiges Bild.

Masser: Sie können das auslegen, wie Sie wollen; das überlasse ich Ihnen.

Pilz: Das werde ich auch tun.

Masser: Bitte sehr!

Pilz: Eine weitere Frage: Sie haben am 26. Juni 1985 einen Brief an den damaligen Bundesminister für Finanzen geschrieben. Es geht darin um die Bestellung des Generaldirektors Dr. Kurt Ruso zum Mitglied des Generalrates der Oesterreichischen Nationalbank. Haben Sie den Brief?

Masser: Ja, ich habe diesen Brief, da ich so etwas erwartet habe. Darf ich ihn vorlesen. Aber dazu muß ich etwas ausführen, das kann man nicht . . .

Pilz: Ich werde Sie schon zu diesem Brief befragen.

Masser: Bitte sehr, tun Sie das.

Pilz: Da hat sich offensichtlich der damalige Finanzminister Dr. Vranitzky an Sie gewandt. Was wollte er von Ihnen?

Masser: Ich muß Ihnen das erklären, sonst versteht man das nicht.

Pilz: Ich frage Sie einfach: Was wollte er von Ihnen?

Masser: Nein, er persönlich hat sich nicht an mich gewandt.

Pilz: Das Finanzministerium oder sein Büro.

Masser: Sie müssen so fragen, daß ich Ihnen auch eine richtige Antwort geben kann.

Pilz: Also wer hat sich da an Sie gewandt?

Masser: Ich muß dazu mehr sagen, sonst versteht man das nicht.

Pilz: Wissen Sie, ich frage Sie eh der Reihe nach. Es gibt die Möglichkeit, dann wirklich viel dazu zu sagen. Aber ich ersuche Sie darum: Halten wir uns wirklich an die Reihenfolge meiner Fragen, dann ersparen wir uns . . .

Masser: Wenn Sie den Brief vor sich haben, können Sie's daraus ersehen. Ich habe das wortwörtlich geschrieben. (Ruf: Können wir den auch haben!) Ich werde ihn hergeben, bitte sehr. Ich werde ihn vielleicht vorlesen, sonst versteht man nicht, sonst können sich die anderen kein Bild machen.

Am 26. Juni 1985 habe ich an den Herrn Bundesminister für Finanzen Dr. Franz Vranitzky folgenden Brief geschrieben:

“Betrifft: Versicherungsfall Lucona.

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Im Zusammenhang mit der für heute vorgesehenen Bestellung des Generaldirektors der Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer Versicherungs AG, Herrn Dr. Kurt Ruso, zum Mitglied des Generalrates der Oesterreichischen Nationalbank, ließen Sie, sehr geehrter Herr Bundesminister, mich durch Herrn Ministerialrat Dr. Daum in meiner Abwesenheit von Ihrem Wunsch informieren, daß ich eine Erklärung zur Tätigkeit des Herrn Dietmar Guggenbichler in bezug auf das Zusammentreffen zwischen den Herren Bundesminister für auswärtige Angelegenheiten Mag. Leopold Gratz und Udo Proksch am 26. 1. 1985 im Hotel St. Gotthard in Zürich abgebe.

Wie Sie aus einem persönlichen Gespräch mit Herrn Generaldirektor Dr. Ruso wissen, hat weder er noch einer seiner Mitarbeiter den Auftrag gegeben, den österreichischen Außenminister anlässlich seines Staatsbesuches in der Schweiz zu observieren. Auch ich kann Ihnen bestätigen, daß weder ich noch meine Kanzleikollegen einen solchen Auftrag erteilen. Nach Bekanntwerden der Fakten habe ich mich im Interesse meiner Mandantschaft, der Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer Versicherungs AG — die mich zur Abgabe der gegenständlichen Erklärung ermächtigt hat — über den Geschehensablauf informiert.

Ich empfehle mich mit dem Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung
und
verbindlichen Grüßen
Dr. Masser.“

*(Der Zeuge übergibt eine Kopie dieses Briefes
Obmann Steiner.)*

Es war so: Ein paar Tage, 14 Tage zirka vor dem Schreiben des Briefes, wurde ich vom damaligen Generaldirektor Ruso darüber informiert, daß er ersucht wurde — wie das auch in dem Brief festgehalten ist —, eine Erklärung abzugeben, ob er oder seine Leute einen Auftrag zur Observierung des Herrn Bundesministers, also damaligen Bundesministers Leopold Gratz erteilt hätte.

Ruso hat mir sofort gesagt, das habe er nie gemacht, wie solle er sich verhalten. — Ich habe ihm gesagt, das beste ist, er solle mit dem Minister Vranitzky ein Gespräch führen. Das ist auch geschehen; die beiden haben einander getroffen, ich glaube, im Finanzministerium; Daum war bei diesem Gespräch dabei. Das hat mir dann Ruso berichtet, und dort hat er ihm das auch gesagt.

14 Tage später, eben am 25. Juni, habe ich in meiner Abwesenheit — ich war damals nicht in meiner Kanzlei — einen Anruf bekommen, der von einem Kanzleikollegen von mir abgenommen wurde, und zwar von Herrn Dr. Daum, und der hat einen Brief in einem ähnlichen Sinne sozusagen gewünscht, das heißt, praktisch war das ein Diktat. Ich habe gesagt — ich wurde dann telefonisch informiert von diesem Umstand, ich kam am nächsten Tag zurück, ich war auswärts —, ich werde diesen Brief beantworten — und das ist das Ergebnis. Junktiniert wurde eben die Bestellung zum Generalrat der Nationalbank mit dieser Lucona-Sache.

Pilz: Entschuldigen Sie, ich habe sie jetzt nicht verstanden.

Masser: Ein Junktin ist daher geschlossen worden. Es ist also die Bedingung gestellt worden: Wenn er das gemacht hätte, dann wäre er nicht Generalrat geworden; so ungefähr.

Pilz: Dann wäre er nicht Generalrat geworden, der Dr. Ruso . . .

Masser: Sehr richtig. So habe ich das verstanden; es war auch so zu verstehen.

Pilz: Das heißt, wenn ich Sie richtig verstehe: Nachdem klar war, daß Dr. Ruso nicht persönlich den Herrn Guggenbichler mit diesen Ermittlungen in Zürich beauftragt hat, . . .

Masser: Die „Bundesländer“.

Pilz: . . . konnte er nach Sicht Vranitzkys Generalrat in der Oesterreichischen Nationalbank werden?

Masser: So kann man das sagen. Ja. So habe ich das verstanden; es war nur so zu verstehen.

Pilz: Gut.

Eine weitere Frage: Sagen Sie, wie teuer ist die Bundesländer-Versicherung bis jetzt eigentlich dieser Zivilprozeß, rein von den Anwaltskosten her, gekommen?

Masser: Nach meiner Schätzung . . . Die Frage ist insofern noch zu splitten, wenn ich die Antwort gebe, damit das richtig verstanden wird: Die Bundesländer-Versicherung zahlt davon nur in Entsprechung ihrer Beteiligung; sie ist lediglich eine Zahlstelle. Ist das klar? Also das heißt, für die gesamten Versicherer wird das etwa — alles in allem — ungefähr 40 Millionen Schilling gekostet haben, wobei davon meiner Schätzung nach allein an Gerichtsgebühren und Barauslagen für diverse Gutachten, Reisekosten, oder was immer damit verbunden ist, in etwa 15 Millionen Schilling aufgelaufen sind, würde ich sagen . . . In dem Betrag drinnen . . .

Pilz: *Heißt das, daß damit für die Anwälte etwa 25 Millionen bleiben?*

Masser: Ja, in den gesamten 12 Jahren.

Pilz: *Sagen Sie, wäre ein Strafprozeß genauso teuer gekommen?*

Masser: Das kann ich nicht abschätzen.

Pilz: *Von den Anwälten her . . .*

Masser: Das kommt auf die Vereinbarung an, was sie für eine Honorarvereinbarung haben.

Pilz: *Ich kann's Ihnen schon sagen, daß das üblicherweise nicht so teuer kommt, daß der Zivilprozeß wesentlich teurer ist.*

Masser: Das kann man nicht sagen, das wissen Sie nicht, denn auch die Privatbeteiligten-Vertretung kann genauso viel kosten wie die zivile. Das ist eine Sache der Vereinbarung, und es kommt darauf an, was man tut. Das ist eine Sache der Vereinbarung.

Pilz: *Gut. Ich habe im Moment keine Fragen mehr. — Danke.*

Obmann Steiner: *Danke. — Als nächster: Herr Dr. Rieder.*

Rieder: *Herr Dr. Masser! Vertreten Sie die Bundesländer-Versicherung auch in anderen Causen?*

Masser: Ja. Ich habe die Bundesländer-Versicherung in mehreren Causen vertreten.

Rieder: *Sind Sie einer von mehreren Anwälten, die die Bundesländer-Versicherung vertreten?*

Masser: Jawohl.

Rieder: *Sind Sie auch entbunden hinsichtlich Ihrer Verschwiegenheitspflicht, was den Bundesländer-Versicherungs-Skandal betrifft?*

Masser: Mit dieser Causa habe ich nichts zu tun, und ich kann daher auch nichts dazu sagen; die vertritt da ein anderer Herr.

Rieder: *Damit sind Sie nicht betraut worden?*

Masser: Sie wissen aus den Publikationen, daß da Dr. Lampelmayer vertritt, ebenso Dr. Bock. Ich habe damit nichts zu tun.

Rieder: *Ich möchte noch einmal zur Frage des Auftraggebers kommen. Sind sind beauftragt worden namens der Bundesländer-Versicherung — die anderen Rückversicherer oder einen der Rückversicherer, aber das lassen wir jetzt weg — von wem?*

Masser: Vom damaligen zuständigen Vorstandsdirektor für die Schadensabteilung und auch dem Generaldirektor und dem Transportversicherungsdirektor; also alle miteinander haben diesen Entschluß gefaßt. Das waren Niehsner, das war der Federführende, wenn ich so sagen darf, referatsmäßig zuständig im Vorstand, Cretnik und Gehberger.

Rieder: *Die Vollmacht hat wer unterschrieben?*

Masser: Das kann ich Ihnen heute nicht sagen. Das habe ich wirklich nicht beachtet; ich hab's nicht in Erinnerung. Vielleicht hat es nur ein Prokurist unterschrieben, das weiß ich nicht.

Rieder: *Wie weit wurde Ihnen freie Hand gegeben bei der Gestaltung Ihrer Arbeit?*

Masser: Im Prinzip, das wissen Sie, beruht jede anwaltliche Vertretung auf dem Vertrauen, das zwischen Klientel und Anwalt besteht. Wir handhaben es so — auch in den anderen Causen handhabe ich das so —, daß die Berichtspflicht für mich etwas Selbstverständliches, ich würde fast sagen, Heiliges ist.

Vor allem in einer solchen Causa geschieht nichts, ohne daß man der Mandantschaft zumindest berichtet. Es sei denn, daß ad hoc etwas entschieden werden muß, wo Sie gar keine Chance mehr haben, zu berichten, erst zu fragen oder das abzuklären, sondern erst nachher nach Vollzug. Es war also ein laufender Kontakt da.

Rieder: *Und die Entscheidung, einen Privatdetektiv beizuziehen, nämlich den Penk-Lipovsky, ist die von Ihnen ausgegangen oder ist das auch ein kollektiver Beschluß gewesen?*

Masser: Das ist 12 Jahre her. Ich kann Ihnen jetzt nicht mehr sagen, ob ich die Idee hatte oder ob diese ein anderer in dieser Runde hatte. Ich glaube, das war eine Sache, die auf der Hand lag.

Wir alle wollten das wissen. Den Namen Penk-Lipovsky habe sicher ich genannt, weil ich mit diesem Mann schon einmal zu tun hatte, und er war — ich kann das ruhig sagen — befreundet mit einem ehemaligen Konzipienten von mir, Jahre vorher, und daher gab es einen Kontakt. Dieser Mann ist für mich absolut integer . . .

Rieder: *Und der Wechsel des Privatdetektivs, ist der auch von Ihnen empfohlen worden?*

Masser: Ich glaube schon. Das hat sich so herauskristallisiert, und zwar deswegen, weil eben sozusagen der „Arm“ des Penk-Lipovsky für die Schweiz zu kurz war. Dort war ja der Haupterhebungsgrund, dort mußten ja die Menschen und die Umstände, die damit zusammenhängen, erhoben werden. Das hätte Penk-Lipovsky nicht machen können.

Rieder: *Und man ist daher auf einen Schweizer Privatdetektiv gekommen?*

Masser: Und daher mußte man auf so einen kommen. Und es ist naheliegend gewesen, den zu nehmen; er wurde uns empfohlen.

Rieder: *Von wem wurde er empfohlen?*

Masser: Von Leuten, die mit ihm zu tun hatten. Ich möchte keine Namen nennen, aber es waren jedenfalls solche, denen ich vertrauen konnte.

Rieder: *Aus welcher Branche waren die?*

Masser: Aus der Wirtschafts- und aus der Medienbranche.

Rieder: *Es ist irgendwo der Name „Lingens“ gefallen. Ist das richtig?*

Masser: Ja, auch.

Rieder: *Auch. Sie haben . . .*

Masser: Wenn das schon bekannt ist — ich wollte das verheimlichen —: Er hat eine Causa für ihn zu dessen Zufriedenheit gelöst, und da hat er gesagt: Ja, das wär's.

Rieder: *Sie waren ja auch der Anwalt von „profil“, oder Sie sind der Anwalt von „profil“.*

Masser: Bin es noch immer, ja, seit 15 Jahren, und daher war es naheliegend . . .

Rieder: *Sie haben das Vertragsverhältnis mit Guggenbichler wann gelöst?*

Masser: Er hat es gelöst. Er hat, ich glaube, es war im Frühling 1986, ein Fernschreiben an die Generaldirektion gerichtet, und er hat gesagt, er will nicht mehr. Er hat das auch dann brieflich noch einmal bestätigt. Ich habe mich dann über Auftrag des Generaldirektors mit ihm getroffen und habe die Sache sozusagen mit ihm gelöst und vollendet.

Rieder: *Der Herr Guggenbichler ist von Ihnen nie entlohnt worden?*

Masser: Er hat von uns — das war vereinbart — eine Spesenvergütung bekommen.

Rieder: *Die ist mit Ihnen verrechnet worden?*

Masser: Das ist mit uns verrechnet worden: eine Spesenvergütung und ein Erfolgshonorar. Im Laufe dieser Jahre ist dann ein Betrag bezahlt worden; er hat Rechnungen gelegt über diverse Leistungen. Er hat in Deutschland Erhebungen gemacht, er hat später dann noch einmal Proksch observiert, er hat in Italien Erhebungen gepflogen, und das ist ihm bezahlt worden. Dieses Erfolgshonorar wurde . . . Er hat darum ersucht,

man sollte einen Vorgriff machen, daraufhin haben wir auch schon etwas bezahlt. Derzeit sind noch offen — das kann ich Ihnen auch sagen, das ist in den Zeitungen, in den Medien, immer wieder gesagt worden — rund 2,5 Millionen Schilling.

Rieder: *Also er hat seine Spesen ersetzt bekommen und er hat auch darüber hinaus etwas bekommen.*

Masser: Ja.

Rieder: *Sind die Spesen monatlich abgerechnet worden?*

Masser: Sporadisch, also halbjährlich oder sogar einmal im Jahr, jedenfalls zu keinen bestimmten Intervallen.

Rieder: *Und wie wurden diese Spesenabrechnungen kontrolliert?*

Masser: Das ist eine Frage, die gerechtfertigt ist. Man kann das natürlich nicht genau kontrollieren. Wenn er mir schreibt: Observiere Proksch, oder: Reise dort und dorthin, da fehlt mir die Möglichkeit, das genau zu kontrollieren. Aber im Ergebnis konnte man feststellen, ob das der Realität entspricht — und das haben wir auch bezahlt.

Rieder: *Sie haben anstandslos die Kosten für die Überwachung, Bespitzelung, Beobachtung des Magister Gratz akzeptiert?*

Masser: Nein. Das hat er uns nie in Rechnung gestellt.

Rieder: *Ich frage Sie noch einmal. Er hat hier als Zeuge gesagt, daß er das verrechnet hat. Dr. Graff hat gefragt nach den Kosten für das Abhören. — Das Abhören, hat Guggenbichler hier gesagt, hat er nicht verrechnet, aber die Kosten der Schweizer Firma, die er beauftragt hat, hat er Ihnen in Rechnung gestellt.*

Masser: Nein! Ganz sicher nicht!

Rieder: *Glauben Sie, daß Guggenbichler das aus eigener Tasche bezahlt hat, wenn er eine Schweizer Firma beauftragt?*

Masser: Das ist seine Sache gewesen.

Rieder: *Halten Sie das für sehr überzeugend?*

Masser: Wir haben ihm nie einen Auftrag gegeben, daß er etwa eine andere Firma betrauen sollte oder so etwas. Es ist nie so ein Auftrag gegeben worden.

Rieder: *Das ist eine andere Frage, Herr Dr. Masser . . .*

Masser: Auch nicht bezahlt, das ist auch nicht bezahlt worden. Ich kann Ihnen das mit apodiktischer Sicherheit sagen, . . .

Rieder: Also das ist nachgeprüft.

Masser: . . . weil ich nachgeschaut habe. Wir haben das kontrolliert. Bitte, das liegt alles Jahre zurück. Sie können sich vorstellen, wir haben einen Betrieb, wo ich mir das nicht alles merke . . .

Rieder: Wenn Sie sagen, Sie haben das nachgeprüft, und es ist nicht drinnen . . .

Masser: Ich habe das nachgeprüft. Es gibt . . . (Zwischenruf Graff.)

Rieder: Eben, da nehme ich an, daß das nachgeprüft ist.

Noch eine zweite Sache: Die Ergebnisse der Schweizer Firma, also nicht der Firma des Herrn Guggenbichler, sondern einer Schweizer Firma, von der diese Beobachtungen durchgeführt worden sind, dieser Observierungs-Bericht ist bald darauf in der „Wochenpresse“ erschienen, so wie auch andere Unterlagen. Ist diese Übermittlung über Sie geschehen?

Masser: Nein.

Rieder: Haben Sie diesen Observierungs-Bericht bekommen?

Masser: Wir haben ihn dann auch bekommen, aber später.

Rieder: Der Herr Guggenbichler hat hier gesagt, daß das vorher war.

Masser: Bitte, ich kann jetzt die Überschneidung dieser Zeit nicht aus dem Gedächtnis sagen. Von uns ist dieser Bericht sicher nicht an ein Medium gegangen; das ist eindeutig.

Rieder: Herr Dr. Masser, ist es nicht verwunderlich, daß jemand wie der Herr Guggenbichler Ihnen einen Observierungs-Bericht zur Verfügung stellt und dafür nichts verlangt?

Masser: Das war seine Sache.

Rieder: Daß das irgendwo anders aufgeschienen ist in der Kostenrechnung, war für Sie vielleicht nicht erkennbar.

Masser: Das kann ich nicht ausschließen.

Rieder: Als Sie diesen Observierungs-Bericht in Händen gehabt haben, war das nicht für Sie ein Anlaß, sich auf Ihre Vereinbarung zu berufen, daß nur ein gesetzesgemäßes Vorgehen vorgesehen war?

Masser: Da muß man die Frage prüfen, ob eine Observierung eines Verdächtigen eine Gesetzeswidrigkeit darstellt.

Rieder: Sie werden vielleicht den „Wochenpresse“-Artikel noch in Erinnerung haben. Da ist mehr drinnen als nur die Frage der Observierung. Das war für Sie kein Anlaß, zu sagen: Ungeheuerlich, ich habe eine Vereinbarung abgeschlossen, wo ich mich noch extra veranlaßt gesehen habe, hineinzuschreiben „gesetzesgemäßes Vorgehen“, und dann lese ich das alles. War das für Sie kein Anlaß zu reagieren?

Masser: Ich wollte gerade sagen: Das Observieren ist nach meiner Auffassung — jeder, der mit einem Verbrecher umgeht oder mit einem Verdächtigen in so einer schweren Sache, muß damit rechnen . . .

Rieder: Es ist doch dabei um den Außenminister der Republik Österreich gegangen. Schließlich und endlich ist die Frage des Generalrates ja nicht deswegen gewesen, weil der Herr Proksch observiert wurde, sondern weil es darum gegangen ist, daß es offensichtlich — und der Herr Guggenbichler hat es ja hier bestätigt — um die Observierung des Außenministers der Republik Österreich gegangen ist. (Graff: Das hat Guggenbichler nicht gesagt!)

Masser: Also das glaube ich nicht! Ich wurde schon einmal gefragt — vor ein paar Tagen war ein Journalist über Veranlassung meiner Mandantschaft bei mir, nicht nur einer, sondern mehrere —, wie ich das sehe. Und ich habe darauf gesagt: Ich sehe das so, daß Gratz eine Art „Lockvogel“ war. Das heißt, der Detektiv . . . Bei jeder anderen Sache . . .

Rieder: Herr Dr. Masser! Ob Lockvogel oder nicht, es ergibt sich aus dem Observierungs-Bericht eindeutig, daß der zu Observierende — das steht ja auch wörtlich drinnen, wir können es ja gemeinsam durchgehen — der Außenminister der Republik Österreich war, in welcher Eigenschaft immer. Es war eine Observierung des Außenministers der Republik, und daher ist es auch völlig logisch, daß dann die Frage gestellt wird: Ist die Bundeständer-Versicherung dafür verantwortlich?

Masser: Ich sage Ihnen noch einmal, und ich weiß, was das bedeutet, was ich sage: Wir haben nie einen Auftrag gegeben zu einer Observierung des Herrn Gratz.

Rieder: Das ist schon klar, das ist schon eindeutig.

Masser: Wir haben überhaupt auch zur Observierung des Proksch keinen gegeben.

Rieder: Aber die Frage ist, wie Sie darauf reagiert haben, nachdem Sie zuerst eine Vereinbarung abgeschlossen haben, wo Sie gesagt haben . . .

Masser: Da war ja das Ganze schon vorbei. Das ist ja eine Frage . . . Ich sage Ihnen noch einmal — Sie können das von Ihren Juristen prüfen lassen —, ich bin der Meinung, daß das nicht strafbar ist. Das ist keine illegale Handlung. Davon bin ich wohl überzeugt. Es ist nicht verboten, jemand zu observieren. Selbst wenn es unrecht wäre, ihn in privaten Dingen zu kontrollieren, das wäre etwas anderes, aber ich sehe darin keine strafbare Handlung. Daher hatte ich auch keine Veranlassung, ihm deswegen Vorwürfe zu machen in der Weise, daß ich sage: So, jetzt haben Sie den Vertrag gebrochen, ich muß Sie hinauswerfen.

Rieder: Also das hat Sie nicht berührt, daß der Außenminister der Republik Österreich . . .

Masser: Es hat mir nicht gefallen, aber es ist keine illegale Handlung, bitte, davon bin ich wirklich überzeugt.

Rieder: Und es ist Ihnen nicht zugegangen die Sachverhaltsdarstellung, von der mehrfach die Rede war, nämlich eine Sachverhaltsdarstellung, die angeblich angefertigt worden ist über den Verlauf des Gespräches?

Masser: Nein, habe ich nie bekommen.

Rieder: Ist auch hier dezidiert behauptet worden.

Masser: Habe ich nie bekommen. Ich habe schon erklärt — ich glaube, auf die Frage des Herrn Dr. Pilz —, er hat mir das angedeutet, er hat mir erklärt, es gibt ein Tonband. Ich habe ihn ersucht, mir den Inhalt dieses . . . Sie können sich vorstellen, daß mich das interessiert hätte. Das ist doch klar, wenn Sie sich in meine Situation vertiefen; damals sind diese Rumänien-Papiere bald darauf gekommen, et cetera. Es hätte mich wirklich interessiert. Und er hat erklärt: Nein, das sagt er nicht, er hebt sich das auf. Und daher war für mich das nicht erreichbar.

Rieder: Wer hat das gesagt?

Masser: Guggenbichler.

Rieder: Also Guggenbichler hat mit Ihnen darüber gesprochen, daß abgehört worden ist?

Masser: Er hat, aber erst viel später — ich habe das schon früher ausgeführt —, er hat — das war vielleicht ein halbes Jahr oder Jahr später — mir berichtet, daß er auch ein Tonband habe. Daraufhin habe ich gesagt: Na, was steht denn da drauf? Können Sie mir das nicht sagen? Hat er gesagt: Nein, das sagt er nicht, das hebt er sich auf bis zum Schluß. Und das habe ich nie bekommen.

Ich habe schon erklärt, im April vergangenen Jahres, also im April 1988, hat er dann in einem Vortrag in Salzburg — ich weiß nicht, worüber er da Vorträge gehalten hat — das noch einmal wiederholt und hat mir dann nachher am Telefon auf meine Frage: Was ist denn wirklich auf dem Band drauf? Andeutungen gemacht, aber ich habe das nie bekommen.

Rieder: Also das war ein halbes Jahr später.

Masser: In etwa, in etwa.

Rieder: Nach Beendigung des Auftragsverhältnisses oder vorher?

Masser: Ich sage Ihnen, das war im Februar, nein, im Jänner 1985 war dieser Vorfall im Hotel St. Gotthard. Ich glaube, am 26. Jänner war das. Und etwa ein halbes Jahr oder ein Jahr später habe ich das erstmal von diesem Tonband gehört, daß es so etwas gegeben hätte. Er hat mir aber nie einen Inhalt gesagt. Ich war daher genauso skeptisch, wie Sie es offenbar sind. Und im vergangenen April hat er wieder davon geredet und hat das in einem Vortrag in der Öffentlichkeit gesagt. Das ist ja in einer Zeitung gestanden. So bin ich überhaupt draufgekommen.

Rieder: Wann haben Sie denn mit dem hier als Zeugen vernommenen Gruppeninspektor Mayer das letzte Mal gesprochen?

Masser: Ich habe mit Mayer das letzte Mal am 30. Dezember vergangenen Jahres geredet.

Rieder: Da hat der Gruppeninspektor Mayer schon die Ladung als Zeuge zum Untersuchungsausschuß gehabt?

Masser: Er hatte einmal eine Ladung und war sich nicht im klaren, wann er wieder drankommt. Ich habe mit ihm — ich würde sagen — fallweise telefoniert.

Rieder: Ist das üblich, daß Rechtsanwälte mit Zeugen vor einem Prozeß sprechen?

Masser: Sie wollen darauf hinaus, daß ich ihn beeinflusst hätte. Da war nichts zu beeinflussen, es gibt kein Abhängigkeitsverhältnis. Ich bin auf einer Fahrt ins Salzburger gewesen und habe . . .

Rieder: Ist die Initiative zu dem Gespräch von Ihnen ausgegangen?

Masser: Das könnte ich Ihnen gar nicht sagen. Das könnte von mir ausgegangen sein oder auch von ihm. Wir haben uns getroffen auf . . .

Rieder: Bleiben wir dabei: Können Sie es abschließen?

Masser: Ich kann es nicht ausschließen.

Rieder: Sie können es nicht ausschließen.

Masser: Das schließe ich nicht aus, nein. Er hat mich genauso angerufen. Sie wissen, daß auch die Sache Edelmaier auf die Initiative — Sie können das im Akt feststellen — des Mayer zurückgeht. Er hat Erhebungen gepflogen über diese Schießberqualitäten oder Sprengungsqualitäten des Herrn Edelmaier. Es gibt da eine ganz offizielle Meldung der Kriminalabteilung. Ich hatte mit Mayer laufend Kontakt, um die Sache zu betreiben.

Rieder: Also Sie wollen uns hier erklären, daß der Gesprächsgegenstand des Gespräches mit Mayer die Frage Edelmaier war?

Masser: Nicht nur.

Rieder: Nicht nur, sondern?

Masser: Nicht nur, sondern auch überhaupt über die gesamte Sache, wie der Sachverhalt steht und wie der letzte Stand ist. Das habe ich ihm berichtet.

Rieder: Wann haben Sie die Ladung bekommen?

Masser: Die erste Ladung habe ich bekommen vor Weihnachten einmal.

Rieder: Mitte Dezember, 14. Dezember?

Masser: Kann sein.

Rieder: Also auch nachdem Sie schon selbst die Ladung als Zeuge gehabt haben.

Masser: Ja, ja, selbstverständlich.

Rieder: Haben Sie als Rechtsanwalt nichts dabei gefunden?

Masser: Keine Bedenken.

Rieder: Anderen, die nicht soweit juristisch gebildet sind, ist das aber hier viel mehr zum Vorwurf gemacht worden.

Masser: Das mag sein, weil da ein Abhängigkeitsverhältnis besteht. Ich habe zum Herrn Mayer keine Autorität und er zu mir auch nicht, überhaupt nicht.

Rieder: Das mag schon sein, aber Sie haben doch mit ihm intensiv zusammengearbeitet.

Masser: Intensiv ist übertrieben, aber ich habe mit ihm Kontakte, und ich habe mit ihm als Auskunftsperson gewirkt im Jahre 1983 im Sommer.

Rieder: Sagen Sie, weil wir beim Thema sind: Was hat Sie veranlaßt, am 30. August zum Generalanwalt Dr. Mayerhofer ins Justizministerium zu gehen?

Masser: Das kann ich Ihnen sagen, es war nicht am 30., sondern am 26., das weiß ich ganz genau.

Rieder: Sie müssen es ja besser wissen als ich.

Masser: Ja, ich weiß es ganz genau, und zwar aus folgendem Grund: Ich habe am Tag zuvor festgestellt, daß der Akt von Salzburg, also der Strafakt damals schon von der Staatsanwaltschaft, nach Wien abgesendet wurde und hier nicht eingetroffen ist.

Rieder: Haben Sie den Generalanwalt Dr. Mayerhofer schon früher gekannt?

Masser: Nein.

Rieder: Nein, war Ihnen nicht bekannt?

Masser: Überhaupt nicht.

Rieder: Kennen Sie den Sektionschef Dr. Fleisch?

Masser: Den kenne ich seit Jahren. Ich wollte auch . . .

Rieder: Waren Sie mit dem im 83er Jahr vielleicht im Flugzeug zusammen?

Masser: Auch, aber darf ich Ihnen nur die Antwort geben: Ich habe mich, weil ich den Namen Mayerhofer nicht einmal gekannt habe, an den Herrn Dr. Fleisch gewandt — das ist meine Aufgabe, dazu bin ich Parteienvertreter — . . .

Rieder: Nein, nein, es ist nichts dazu zu sagen.

Masser: . . . und habe versucht, mit ihm zu reden. Es wurde mir mitgeteilt, daß Fleisch schon seit einigen Wochen auf Urlaub sei. Daraufhin habe ich mich erkundigt, wer die Vertreter von ihm seien, und da wurde mir der Name Mayerhofer, also Generalanwalt Mayerhofer, und, ich glaube, Ministerialrat Warbinek genannt. Daraufhin habe ich den Herrn Dr. Mayerhofer angerufen — wie gesagt, ich habe ihn damals das erste Mal gesehen —, und er hat gesagt, ich soll kommen. Ich habe bei ihm vorgesprochen und habe ihm eine Kopie des Aktes — soweit er mir damals zugänglich war, ich habe das ganz offiziell in Salzburg bekommen — gegeben und habe gesagt, ich habe meine Bedenken — die waren auch begründet, wie sich das später dann herausgestellt hat — und habe ihm gesagt, bitte, ich informiere Sie, diesen Akt gibt es, der ist von Salzburg auf merkwürdige Art weg- und hierhergekommen, ist nicht eingetroffen. Wir haben das erhoben, und daher bitte ich, sorgen Sie dafür, daß das ord-

nungsgemäß erledigt wird. Er hat sich bedankt, und ich bin wieder weggegangen.

Rieder: Sagen Sie jetzt noch zu diesem merkwürdigen Ereignis.

Masser: Um den Herrn Fleisch?

Rieder: Ja.

Masser: Das kann ich Ihnen genau sagen. Ich bin sozusagen in meiner Nebenbeschäftigung Generalkonsul von Zypern für die Republik Österreich und habe — ich glaube, es war der 4. September — einen Besuch in Zypern gemacht, und zwar mit meiner Frau. Es war auch ein Sohn von mir dabei und meine Tochter; eine Tochter war schon dort. Ich habe dort in Nikosia zu tun gehabt. Dann habe ich drei Tage Urlaub angeschlossen. Im Flugzeug sehe ich mit Überraschung den Herrn Dr. Fleisch mit seiner Frau und seiner Schwägerin. Die Schwägerin war mir auch bekannt, denn der Schwager, ein Jurist der Niederösterreichischen Landesregierung — mit dem hatte ich zu tun — war verstorben. Wir haben uns freundlich begrüßt und haben miteinander geredet. Ich war auf Urlaub. Ich habe keine Ahnung gehabt, daß er dort drinnen ist.

Rieder: Sagen Sie, ist das bei Ihnen üblich, daß Sie in den Urlaub auch Akte der Bundesländer-Versicherung mitnehmen?

Masser: Das war kein Akt der Bundesländer-Versicherung, sondern das war das, was ich in Salzburg bekommen habe. Das war die Anzeige mit den Beilagen. Das war erst drei Tage in meinen Händen. Ich habe mir das mitgenommen, damit ich das in Ruhe am Strand, wenn Sie wollen, lese. Vielleicht begegnen wir uns einmal, ich habe immer irgendeinen Akt bei mir. Ich bin ein fleißiger Mensch.

Rieder: Das war ein glücklicher Zufall, daß das . . . (Graff: Sie können sich nicht vorstellen, daß man auch im Urlaub arbeitet!)

Masser: Das war ein außergewöhnlicher Zufall.

Rieder: Ein glücklicher Zufall. Danke.

Masser: Herr Dr. Rieder! Trauen Sie mir zu, daß ich den Herrn Dr. Fleisch überwache, der schon vier Wochen oder fünf Wochen auf Urlaub war? Das ist doch kindisch. Den Herrn Fleisch kenne ich seit 20 Jahren. Ich hätte dort ohneweiters hingehen können.

Obmann Steiner: Frau Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Masser! Herr Dr. Rieder hat Sie gerade gefragt, ob Sie nichts dabei gefunden haben, wenn Sie als Anwalt mit dem

Zeugen Bezirks- oder Gruppeninspektor Mayer sprechen. Ich möchte Sie fragen: Haben Sie jemals als Anwalt fungiert in einem Verfahren, in dem Bezirksinspektor Mayer Zeuge war?

Masser: Nein. Ich weiß von keinem Verfahren, wo er Zeuge gewesen wäre.

Helene Partik-Pablé: Es wäre erstens einmal auch nicht verboten. Außerdem war eben Dr. Masser nicht als Anwalt in einem Verfahren, wo Mayer Zeuge war. Das wollte ich nur richtigstellen.

Masser: Ich habe nichts damit zu tun.

Helene Partik-Pablé: Sie brauchen nicht den Kopf zu schütteln. Herr Dr. Rieder hat einen falschen Vorhalt gemacht.

Herr Dr. Masser! Aus Ihren Worten höre ich, daß die Zusammenarbeit mit Guggenbichler nicht besonders angenehm war, daß es da Zwischenfälle gegeben hat. Warum ist eigentlich der Vertrag um ein Jahr verlängert worden?

Masser: Sehen Sie, Sie haben den Herrn Guggenbichler hier, glaube ich, drei Stunden erlebt. Ich habe viel länger mit ihm zu tun gehabt. Der Mann hat Qualitäten, das ist gar keine Frage, aber er hat natürlich schon eine Art, die nicht immer sehr angenehm ist. Er ist etwas exzentrisch. Es ist daher der Umgang mit ihm nicht immer das Angenehmste. Daher hat es — Sie sehen diese Disziplinwidrigkeit auch in bezug auf die Anzeige — manchmal Differenzen gegeben. Das ist gar keine Frage. Das wird er auch zugeben. Wir haben uns aber immer wieder zusammengestritten.

Wieso das Vertragsverhältnis verlängert wurde, ist jetzt Ihre Frage. Sehen Sie, durch die Einleitung des Strafverfahrens haben sich naturgemäß immer neue Fakten ergeben. Guggenbichler wollte sich verdient machen. Er hat diese Sache auch mehr oder weniger zu seiner eigenen gemacht. Dies insbesondere deswegen, weil Proksch und Konsorten ihn mit einer Akribie verfolgten. Sie wissen, wie viele Anzeigen gegen ihn gemacht wurden. Er hat daher zu seiner Eigenverteidigung alle möglichen Schritte begangen, von denen ich gar nicht alle weiß. So hat er immer wieder irgend etwas gebracht, was dem Fall vielleicht etwas Positives gebracht hätte.

Helene Partik-Pablé: Deshalb ist es dann verlängert worden?

Masser: Deswegen ist auch mit ihm immer wieder ein Kontakt hergestellt worden und der Kontakt auch aufrechterhalten worden, bis zum Jahre 1986, wo er dann selbst erklärt hat, er will nicht mehr weitermachen. Er ist aber dann später wiedergekommen.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie auch etwas über den Zeitpunkt, als die Rückversicherungsverträge abgeschlossen worden sind? Waren Sie da schon eingeschaltet?

Masser: Mit den Rückversicherungsverträgen habe ich nichts zu tun.

Helene Partik-Pablé: Sie wissen auch nicht, wie die Auswahl der Rückversicherer erfolgt ist?

Masser: Ich weiß nur die Fakten, aber ich weiß nicht, wie es zustande gekommen ist.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, daß es Absprachen innerhalb der Versicherungsunternehmen gibt, daß Aufträge größeren Ausmaßes, die von der öffentlichen Hand kommen oder in der Nähe der öffentlichen Hand liegen, aufgeteilt werden zwischen ÖVP-nahen Versicherungsträgern und SPÖ-nahen Versicherungsunternehmen? Wissen Sie, daß es so etwas gibt?

Masser: Ich weiß das nur aus der gegenwärtigen Diskussion. Sonst habe ich damit nie etwas zu tun gehabt.

Helene Partik-Pablé: Ob die Auswahl der Wiener Städtischen Versicherung als Rückversicherer aufgrund einer solchen Absprache erfolgt ist, wissen Sie darüber etwas?

Masser: Das, glaube ich, ist eine andere Sache. Es ist so, daß ein Versicherungsunternehmen, das einen solchen Vertrag wie den gegenständlichen hereinbekommt, sich sofort Mitversicherer sucht, also Interessierte, die sofort das Geschäft mittragen. Da gibt es, ich möchte sagen, eine Quasibörse. So bin ich informiert, ich habe damit nichts zu tun gehabt. Das hat man mir nachher erzählt. So ist es auch zu verstehen, daß in dem gegenständlichen Fall unter anderem die Union, eine hundertprozentige Tochter der „Wiener Städtischen“ mit 5 Prozent beteiligt ist; die Helvetia mit 30, die Basler mit 10, die „Münchner Rück“ mit 14 Prozent. Das waren die mir bekannten Rückversicherer. Dann gibt es noch eine ganze Reihe von anderen.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Wer war eigentlich Ihr Hauptgesprächspartner bei der Bundesländer-Versicherung?

Masser: Der Hauptgesprächspartner waren die beiden Herren, die die Transportversicherung verwalten, die diese Abteilung führen. Das ist der Direktor Gehberger, der Dr. Weiser, und für Dinge, die etwas über das Handlung hinausgehen, waren es die jeweiligen Vorstandsdirektoren, die jeweils damals — es ist ja 12 Jahre, daß der Fall läuft — damit befaßt waren. Das waren der Herr Niehsner, dann wahlweise auch Herr Dr. Ramberger, dann Dr. Cretnik. Ruso ist erst, nachdem

er als Generaldirektor tätig wurde, in diese Sache eingeschaltet worden, oder besser gesagt, nachdem er die Schadensabteilung übernommen hat nach Niehsner. Ich glaube, der ist 1979 in Pension gegangen oder 1980, das weiß ich nicht genau.

Helene Partik-Pablé: Und jetzt haben Sie gesagt, es ist im Vorstand und auch bei diesen Konferenzen, die es mit den Rückversicherern gegeben hat, auch öfter darüber gesprochen worden: Ist es sinnvoll, eine Strafanzeige zu erstatten? Sie sind gefragt worden, ob Sie einen Rat gegeben haben. Sie haben gesagt, Sie haben keinen Rat gegeben.

Ich möchte Sie aber jetzt fragen, Sie haben zwar keinen Rat gegeben, aber war Ihre persönliche Ansicht die, man hätte zum damaligen Zeitpunkt schon ein Strafverfahren einleiten sollen? Sind Sie mit Ihrer Meinung im Widerspruch gestanden zu dem Personenkreis, den ich jetzt erwähnt habe?

Masser: Sie müssen differenzieren, zwischen meiner Intuition und meiner Meinung und dem, was ich wirklich wollte.

Helene Partik-Pablé: Können Sie vielleicht genau differenzieren Ihre Intuition, was Sie . . .

Masser: Meine Intuition war: Das ist ein Betrug! Das war meine Eingebung, nach ein paar Wochen, weil ich eben den Menschen, die mir da gegenüber saßen, einfach nicht zugetraut habe, so ein Geschäft abzuschließen. Dazu gehört eine andere Bildung.

Helene Partik-Pablé: Was folgt aus dieser Intuition?

Masser: Aus dieser Intuition folgt, daß man alles aufwenden muß, um dieses Unheil, nämlich die begehrte Zahlung, abzuwenden — das war der erste Weg — und daß man, wenn es sich tatsächlich als Betrug herausstellt, auch in diesem Fall die Konsequenzen zieht. Die Versicherung . . .

Helene Partik-Pablé: Herr Doktor, ist es nicht üblich, wenn Sie als Rechtsanwalt betrogen werden oder auch als Privatmann betrogen werden, daß man als erstes aus dieser Intuition heraus, ich werde betrogen, zur Polizei rennt oder einen Schriftsatz verfaßt . . .

Masser: Nein.

Helene Partik-Pablé: . . . eine Sachverhaltsmitteilung an die Staatsanwaltschaft?

Masser: In so einer heiklen Sache muß man schon wissen, wann man diesen Schritt tun darf oder gehen darf. Und im gegenständlichen Fall wäre es sicher verfrüht gewesen, im Jahre 1977 oder auch in den nachfolgenden Jahren, so einen Schritt zu gehen, zumal auch die Rückversicherer — und das muß man also klar ausdrücken — in

die Strafjustiz Österreichs nicht das Vertrauen hatten, das wir heute vielleicht haben können.

Helene Partik-Pablé: Warum nicht? Können Sie mir das erklären?

Masser: Das kann ich Ihnen schon sagen. Es waren, wenn Sie . . . (*Graff: Ofner!*)

Helene Partik-Pablé: Der war damals noch nicht. Nicht einmal Abgeordneter war er damals.

Masser: Ich bin noch eine Stufe früher, Herr Dr. Graff, ja? Sie müssen jetzt zurückdenken an die Zeit 1977. Zu der Zeit war gerade vorbei erstens der Aufstand der Staatsanwälte. Wenn Sie sich erinnern können an die Sache Eckbrecht. Es hat damals, 1978, die Causa AKH-Androsch-Consultatio begonnen, die sich ja dann bis herauf fortgesetzt hat. Es hat sich damals langsam die Situation mit den rechtswidrigen Weisungen herauskristallisiert. All das hat das Vertrauen der Öffentlichkeit in die österreichische Justiz getrübt, würde ich zumindest sagen. Ganz abgesehen davon — und dafür sprechen die drei Urteile, die eine Klagsabweisung mit sich bringen — war es eindeutig, daß unsere zivilrechtliche Situation so war, daß wir diesen Prozeß de facto nicht verlieren können. Wir wurden dann eines Besseren belehrt durch dieses Skandalurteil, Zwischenurteil, wie Sie wissen.

Helene Partik-Pablé: Ja, auf das komme ich noch zu sprechen.

Herr Dr. Masser, ab welchem Zeitpunkt haben Sie gemeint — nicht nur Ihrer Intuition nach, sondern auch Ihres Sachverständes nach —, man müßte Strafanzeige erstatten, trotz des damaligen Justizministers Broda und der Situation, in der sich die Justiz damals befunden hat?

Masser: Die Strafanzeige zu erstatten wurde konkret ins Auge gefaßt.

Helene Partik-Pablé: Nein, sagen Sie mir, wann Sie gedacht haben, es wäre an der Zeit.

Masser: Nach dem Zwischenurteil im Februar 1983.

Helene Partik-Pablé: Was hat sich da vom Sachverhalt her so Relevantes ergeben?

Masser: Weil ich hier die Überzeugung gewonnen habe, daß auch in der Ziviljustiz Kräfte am Werk sind, die die Ordnung stören. Dieses Urteil — das traue ich mich hier vor aller Öffentlichkeit zu sagen — ist ein Skandalurteil. Das ist gar keine Frage. Das hat auch der Oberste Gerichtshof mit klarer Eindeutigkeit festgestellt. Es sind etwa elf gravierende Fehler drinnen, die man als Richter nur als Kapitalfehler bezeichnen kann. Und dieses Urteil wurde von uns auch sofort bekämpft.

Wir haben in der Revision bereits ausdrücklich vorgebracht, daß wir die Richter, die dieses Urteil gemacht haben, als befangen ablehnen werden, sollten sie jemals mit der Sache zu tun bekommen. Nachdem dann der Oberste Gerichtshof dieses Urteil mit vernichtender Begründung aufgehoben hat, nämlich mit für die Richter vernichtender Begründung, haben wir dann die Befangtheit releviert, und der Oberste Gerichtshof hat — und das ist ein Unikum, bitte, in der österreichischen Justizgeschichte — diese drei Richter vom weiteren Verfahren ausgeschlossen.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Masser . . .

Masser: Und das war für uns sozusagen die Alarmglocke, das kann ich also ohne weiteres sagen. Und für mich persönlich auch, daß ich gesagt habe: Jetzt müssen wir mehr tun. Dann ist auch Guggenbichler beauftragt worden, und wir haben dann, wie gesagt, die Lücken . . .

Helene Partik-Pablé: Wie Sie schon berichtet haben.

Ich möchte gerne wissen: Es hat sich ja, wenn man den Fall verfolgt, auch im Zivilverfahren schon herausgestellt, daß etliche Zeugen nicht die Wahrheit sagen. Und noch dazu haben Sie die Kenntnis gehabt von Penk-Lipovsky, noch dazu von Guggenbichler, also Sie haben ja sehr viel Material damals schon gesammelt gehabt. Warum haben Sie eigentlich nie im Zivilverfahren beantragt, daß die Zeugenprotokolle an die Staatsanwaltschaft übermittelt werden?

Masser: Ich sage Ihnen, zu dieser Zeit, so lange, also bis Anfang 1983 — auch das kann ich sagen, das war eine Entscheidung, die, glaube ich, mit sehr großer Verantwortung überlegt wurde —, hat man gesagt: Das Naheverhältnis des heutigen Haupttäters zur damaligen Regierungsmacht . . .

Helene Partik-Pablé: Wer war das? Können Sie das sagen?

Masser: Der Proksch.

Helene Partik-Pablé: Ja.

Masser: Udo Proksch, ja — . . . ist so gediegen gewesen — man wußte, mit wem er umgeht und dergleichen —, daß man gesagt hat, man kann dieses Risiko nicht eingehen. Ich erinnere, wieviel Strafsachen es damals gegeben hat, die also nicht zur Zufriedenheit der Rechtsstaatlichkeit erledigt wurden. Und daher hat man gesagt, man geht diesen Schritt nur im äußersten Fall.

Es ist dann eine Änderung eingetreten, eben nach den Wahlen 1983, und da haben wir dann auch überlegt und haben gesagt: Bitte, jetzt scheint sich diese Uniformität in den Auffassungen etwas zu lockern, und das rechtfertigt, daß

man also vielleicht das Strafgericht doch befaßt, es sei denn, daß wir uns im Zivilen vielleicht doch noch durchsetzen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben also zu dem Zeitpunkt, als Ofner Justizminister wurde, das Vertrauen in die Justiz gehabt und nicht Angst gehabt, wie unter Broda, daß das Verfahren eingestellt wird? Das habe ich Ihren Worten entnommen.

Masser: Ich muß gestehen, daß wir damals zum Kollegen Broda, also das heißt zum Kollegen Ofner die Erwartung hatten, daß dieses Vertrauen gerechtfertigt ist. In der Folge waren wir leider enttäuscht.

Helene Partik-Pablé: Das Verfahren ist ja eingeleitet worden.

Aber ich möchte Sie etwas noch fragen. Im Oberlandesgerichtssenat war ja zuständig für die Sache der sogenannte Jäger-Senat, . . .

Masser: Ja.

Helene Partik-Pablé: . . . zu dem auch Demel gehörte. Sie haben meiner Information nach Demel wegen Befangenheit abgelehnt? Ist das richtig?

Masser: Ja. Ich habe das so auf ganz informelle Art gemacht. Als ich feststellte, daß ihm der Akt zugeteilt werden sollte, habe ich Herrn Professor, glaube ich, ja, Prof. Jäger besucht und habe ihn auf diesen Umstand aufmerksam gemacht. Wir wußten, daß Herr Demel damals Schriftführer des „Club 45“ war und auch ein besonderes persönliches Verhältnis zu Proksch hatte. Ich habe ihn darauf aufmerksam gemacht und habe gesagt, es erscheint mir nicht sehr klug, wenn dieser Herr mit dieser Sache als Referent betraut wird. Und daraufhin hat Jäger, also ohne überhaupt weiter zu überlegen, gesagt, gut, dann werde ich der Referent sein, und hat ihn ausgeschaltet. Der Demel war zu dem Zeitpunkt, glaube ich, nicht einmal in Wien oder jedenfalls, er hat von der Tatsache, daß der Akt angefallen ist, noch gar nichts gewußt.

Helene Partik-Pablé: Und was wußten Sie eigentlich damals über das Verhältnis Demel-Proksch?

Masser: Ich habe Ihnen gesagt: Wir wußten — ich sage „wir“, bewußt, es ist nicht mein Wissen allein gewesen —, wir wußten, daß Demel erstens Schriftführer im „Club 45“ war und zweitens ein besonderes Naheverhältnis zu Proksch hatte.

Helene Partik-Pablé: Wußten Sie auch, daß Demel Schiffssachverständiger ist?

Masser: Nein.

Helene Partik-Pablé: Wo haben Sie zum erstenmal . . .

Masser: Das habe ich jetzt das erstemal gehört.

Helene Partik-Pablé: Von mir zum erstenmal?

Masser: Hier. Also anlässlich der gestrigen, oder wann hat er das gesagt? Gestern? In der Zeitung habe ich es gelesen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie einen Grund gesehen, auch Jäger wegen Befangenheit abzulehnen? Oder wie war Ihre Haltung zu Jäger?

Masser: Nein. An sich nicht. Die ersten Bedenken hatte ich — das kann ich ohne weiteres sagen —, und zwar war das . . . Im Oktober 1981 ist eine Berufungsentscheidung des Oberlandesgerichtes ergangen, und da hat das Gericht unter dem Vorsitz des Herrn Prof. Jäger beschlossen oder der ersten Instanz empfohlen, einen Herrn Peterhans, den Max Peterhans, der der Gründer der Zapata und der Lylac war, zu vernehmen.

Ich darf dazu sagen, daß dieser Mann von der Gegenseite nur zu einer einzigen Frage, die aber irrelevant war, beantragt worden ist, und zwar, ob Daimler an der Gesellschaft, an der Zapata, beteiligt sei. Diese Frage stellte sich überhaupt nicht mehr, sondern er hatte darüber hinaus beantragt, das heißt empfohlen, ihn zu vernehmen über alles andere, was im Zusammenhang mit der Zapata stünde.

Und diese Fleißaufgabe, wenn ich so sagen darf, hat uns schon stutzig gemacht in bezug auf die Einstellung des Herrn Prof. Jäger. Das war das erste. Das haben wir aber akzeptiert, man mußte es akzeptieren.

Peterhans ist vernommen worden. Die Vernehmung hat für die Zapata und für die Seite Proksch eher Negatives gebracht, weil Peterhans ausdrücklich erklärte, er kenne weder den Herrn Egger noch den Herrn Sonderegger, er weiß von dem ganzen Geschäft nichts.

Das hat sich dann auch so ausgewirkt, daß die nächste Entscheidung, die dann erflossen ist, wiederum eine Klagsabweisung gewesen ist.

Helene Partik-Pablé: Als Jäger den Akt bekommen hat, hat er von sich aus mitgeteilt, daß er befangen ist? Hat er einen Befangenheitsgrund gesehen?

Masser: Nein. Nach meinem Wissen hat er sich für nicht befangen erklärt. Es wurde ihm dann die Befangenheit sozusagen aufoktroiert vom Obersten Gerichtshof.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie damals nicht gewußt, daß Jäger hin und wieder Gast oder häufi-

ger Gast im „Club 45“ ist? Haben Sie das damals nicht gewußt?

Masser: Das kann ich heute nicht sagen, seit wann ich das weiß. Möglicherweise habe ich es damals schon gewußt. Das war aber nicht das Entscheidende. Entscheidend war die absolut einseitige, skandalöse Entscheidung, die uns dazu angeregt hat, die Befangenheit zu relevieren.

Helene Partik-Pablé: Meiner Information nach war Jäger Vorsitzender des Senates und Berichterstatter. Ist das in einem Zivilverfahren üblich? Ist Ihnen das schon einmal untergekommen?

Masser: Das hängt vom Fleiß des Vorsitzenden ab, würde ich sagen.

Helene Partik-Pablé: Ist es Ihnen schon untergekommen?

Masser: Ich kann mich nicht erinnern, daß mir so etwas passiert wäre.

Helene Partik-Pablé: Es hat dann ein anderer Senat in diesem Verfahren entschieden, der sogenannte Schiemer-Senat. Ist das richtig?

Masser: Ja. Das heißt, man muß das auch genau differenzieren. Schiemer war ein Mitglied des Jäger-Senates, war aber bei der ersten Entscheidung, aufgrund welcher dann die Befangenheit ausgesprochen wurde, nicht dabei und ist daher im Jäger-Senat als einziger Unbefangener übriggeblieben. Daher wurde der damals sehr junge Mann, der noch nie einen Senat allein geleitet hat, nolens volens der Vorsitzende dieses zweiten Berufungssenates.

Helene Partik-Pablé: Wer war da der Beisitzer?

Masser: Dr. Kodek und ein Herr Kommerzialrat Markovits.

Helene Partik-Pablé: Zu dieser Zeit war ja das Strafverfahren schon anhängig.

Masser: Jawohl.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie während dieses Teiles des Zivilverfahrens einen Antrag auf Unterbrechung gestellt, bis das Strafverfahren beendet ist?

Masser: Ja, in der Folge. Ich habe aber noch etwas anderes getan, wenn ich das ausführen darf, und das ist, glaube ich, sehr wesentlich.

Am 22. 11. 1984 — damals war schon die Hausdurchsuchung, ich erinnere, vorbei, damals hat es schon Anträge der Staatsanwaltschaft Wien auf Einleitung der Voruntersuchung, Haft und so weiter gegeben — war die letzte Berufungsverhandlung, eine Beweiswiederholung und Beru-

fungsverhandlung. Proksch ist aus Zürich eingeflogen zu dieser Verhandlung. Und zuvor, bevor er noch vernommen worden ist, habe ich ein Vorbringen erstatten wollen, und zwar zur Glaubwürdigkeit beziehungsweise Unglaubwürdigkeit der in diesem Beweiswiederholungsverfahren vernommenen Zeugen, und habe vorgelegt oder vorgelegen wollen die mir damals schon zugekommenen Strafgerichtsakten, das waren die Berichte des Herrn Inspektor Reitter, also der Sicherheitsdirektion Niederösterreich, die bereits folgende markante Ergebnisse gebracht haben:

Erstens war es damals schon klar, daß die vorgelegten Speditionsrechnungen Fälschungen und Gefälligkeitsdokumente waren, weiters daß Herr Kölbl, der Zolldeklarant, die Zollpapiere durch Hintergehung der Zollbeamten beschafft hat, ohne daß je eine Ware, die dort deklariert wurde, überhaupt existiert hat. Drittens hat auch ein Herr Bartos in gleicher Weise gesagt, daß die Gefälligkeitsrechnungen da waren.

Ich habe dies vortragen wollen. Das wurde mir nicht gestattet, es wurde mir das Wort entzogen, sodaß ich gezwungen war, in einem schriftlichen, also handschriftlichen Zusatzprotokoll diese Aktenstücke und dieses Vorbringen zum Gegenstand des Zivilaktes zu machen.

Helene Partik-Pablé: Von wem ist Ihnen das Wort entzogen worden?

Masser: Vom Vorsitzenden Dr. Schiemer.

Helene Partik-Pablé: Und warum?

Masser: Er hat es nicht gestattet und hat erklärt, das sei eine Neuerung. Ich habe aber ausdrücklich gesagt, daß es keine ist. Wie immer, er hat es nicht gestattet. Und das ist auch aufgefallen, diese Parteilichkeit, das kann ich wohl ohne weiteres sagen. Das wurde dann zum Akt genommen, dagegen konnte er sich nicht wehren.

Ich werde das vielleicht vorlegen, weil Sie das nicht kennen werden. Ich will damit nur zum Ausdruck bringen: Es hat das Zivilgericht, also das Oberlandesgericht, zu diesem Zeitpunkt aufgrund der Vorlage dieses Teiles der Strafakten genaue Kenntnis davon gehabt, daß zumindest ein gravierender Verdacht von Fälschungen und unrichtigen Darstellungen besteht, das heißt, daß das alles erfunden war. Schiemer ist darüber hinweggegangen. In der Folge wurde dann der Prozeß unterbrochen.

Helene Partik-Pablé: Ist das üblich, daß das Wort entzogen wird, wenn man solche Beweisanträge stellt?

Masser: Ich verfüge über eine dreißigjährige Anwaltserfahrung oder fünfunddreißigjährige, wenn ich die Konzipientenzeit dazurechne: Es ist

das mir, meinem Büro und meinen Kanzleikollegen und Mitarbeitern noch nie passiert.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Masser! Sie haben gesagt, das war ein parteiisches Vorgehen des Richters.

Masser: So habe ich das aufgefaßt.

Helene Partik-Pablé: Gut. Haben Sie da einen Befangenenantrag gestellt gegen Dr. Schiemer.

Masser: Das haben wir nicht gemacht, weil wir gesagt haben, wir haben erst vor einem Jahr einen ganzen Senat für befangen erklären lassen, das heißt also, der Oberste Gerichtshof ist da unseren Intentionen gefolgt. Wenn ich jetzt noch einmal mit diesem komme, dann wird man vielleicht sagen, es könnte ein querulativer Zug dahinterstecken. Soviel Klugheit haben wir also aufgebracht und soviel Beherrschtheit, daß wir es nicht gemacht haben. Zumal ich doch noch erwartet habe, daß Dr. Schiemer das doch in die Hand nimmt und vielleicht durchliest. Er hat es offenbar nicht getan. Ob er das heute nicht bereut, weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Meine vorläufig letzte Frage kommt noch, ich bin nämlich am Ende meiner halben Stunde.

Herr Dr. Masser, Sie sind eigentlich ziemlich bald, nachdem die Anzeige aus Salzburg gekommen ist, zu Generalanwalt Dr. Mayerhofer ins Ministerium gegangen . . .

Masser: Jawohl.

Helene Partik-Pablé: . . . und haben den ganzen Sachverhalt geschildert. Haben Sie damals oder auch zu einem späteren Zeitpunkt ersucht, dieser Akt möge ein Berichtsakt werden?

Masser: Nein, ich habe nicht darum ersucht, sondern ich habe das dem Herrn Dr. Mayerhofer, den ich bei diesem Anlaß das erstmal gesehen habe, mit dem ich das erstmal gesprochen habe, auf den Tisch gelegt und habe ihm erklärt, ich habe Bedenken.

Aus dem ganzen Ablauf der Dinge, aus diesem plötzlichen Vorlegen des Aktes an die Staatsanwaltschaft in Salzburg, aus dem Ablauf der Dinge, wie es vorher war, habe ich Befürchtungen, daß hier Kräfte am Werk sind, die sich dagegenstemmen, und daß dieser nunmehr für mich eindeutige Betrugsfall und die damit verbundene Mordverdächtigung sozusagen unter den Tisch fallen. Das war meine Intuition. Es war daher mein Bestreben, das an oberster Stelle kundzutun und zu bitten, hier Abhilfe zu schaffen. Und das war mein Ansinnen.

Ich habe nie von einem Berichtigungsauftrag gesprochen. Das ist auch nicht meine Sache. Was

Mayerhofer dann gemacht hat, war seine Sache. Wir haben darüber nicht gesprochen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gewußt, daß in der Folge der Akt ein Berichtsakt wird.

Masser: Das habe ich nachher erfahren.

Helene Partik-Pablé: Wann — ungefähr — nachher?

Masser: Ich würde sagen, Wochen später. Wochen später. Er hat mir das nicht gesagt. Wie Sie wissen, war der Akt doch gute vierzehn Tage nicht auffindbar. Er ist ja interessanterweise wieder nach Salzburg zurückgeschickt worden. Wir können das alles belegen. Wir haben das mit Argusaugen überwacht. Erst am 25. August 1983 ist er von der Staatsanwaltschaft Salzburg nach Wien geschickt worden. Der Akt umfaßte vielleicht 150, 200 Seiten. Sie kennen ihn, das haben Sie vor sich liegen. Er ist aber am 26. eingetroffen, es gibt da Wahrnehmungen eines Mitarbeiters, der heute mein Partner ist. Es ist ganz eindeutig verfolgt worden bis in die Kanzlei der Staatsanwaltschaft, bis ins Präsidium. Dann war er verschwunden bis zum 7., und am Tag zuvor hat sich herausgestellt durch einen Anruf einer Beamtin, die, glaube ich, inzwischen in Pension ist, einer Frau Androsch (*phonetisch*), in Salzburg bei der Staatsanwaltschaft, daß . . .

Helene Partik-Pablé: Die Frau Androsch war in Wien bei der Staatsanwaltschaft.

Masser: Ja, die war hier, und die hat in Salzburg angerufen und festgestellt, daß der Akt „irrtümlich“ — unter Anführungszeichen — wieder dorthin zurückgegangen sei. Und er ist also erst am 7. September hier eingetroffen, also immerhin hat das gute 10 Tage gedauert. Und daraufhin habe ich mich bemüht, den Kollegen Ofner, der inzwischen Justizminister war, auf die Sache ebenfalls aufmerksam zu machen. Ich habe das als meine Pflicht empfunden, und es war auch richtig. Das habe ich gemacht.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie persönlich mit Dr. Ofner jemals gesprochen?

Masser: Ich sollte mit ihm persönlich sprechen. Dazu ist es nicht gekommen, sondern sein persönlicher Sekretär, glaube ich, ein Herr Dr. Peter, war mein Gesprächspartner. Aus dem Gespräch, das war ungefähr am 25. oder 26. September 1983, habe ich entnommen, daß er schon informiert war, offensichtlich von der Gegenseite, weil von uns niemand vorher dort war. Und am 28. habe ich ihm dasselbe Aktenkonvolut, das auch Mayerhofer bekommen hat, zugestellt, persönlich, also nicht ich, sondern über die Kanzlei.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Abgeordneter Schieder hat sich zu Wort gemeldet. Bitte sehr.

Schieder: Herr Doktor! Ich möchte noch einmal auf Ihre Geschäftsverbindungen oder die der Bundesländer-Versicherung mit der Firma Ercona zurückkommen. Die Rechnungen, die gelegt worden sind, wie waren die? In Schweizer Franken, in Schilling?

Masser: In Schweizer Franken.

Schieder: In Schweizer Franken.

Masser: Ich glaube, fast alle. Ich kann es Ihnen nicht genau sagen, aber ich glaube, daß immer in Schweizer Franken abgerechnet wurde.

Schieder: Und wie ist das bezahlt worden?

Masser: Durch Überweisung.

Schieder: In die Schweiz?

Masser: In die Schweiz oder auf ein Devisenkonto, das die Ercona hier hatte, ein freies Schillingkonto.

Schieder: Das die Ercona in Österreich hatte?

Masser: Ja, ja.

Schieder: Und bei den Abrechnungen, die Sie erhalten haben, waren da zusätzlich zu den telefonischen Berichten an Sie noch schriftliche dabei?

Masser: Wir haben verschiedene Berichte bekommen. Die Abrechnungen sind nicht mit den Berichten gekommen, sondern extra. Und die Berichte sind in Form von Briefen gekommen. Er hat uns Briefe geschrieben. Er hat uns meist telefonisch mitgeteilt, wenn es etwas Neues gegeben hat. Er hat uns zum Beispiel zugestellt, das kann ich, wenn Sie wollen, vorlegen. Ich habe mir das mitgenommen, damit man das einmal sieht. Allerdings haben wir das erst Tage nach der Anzeigenerstattung bekommen — sein Gespräch, das er mit dem Herrn Peterhans am 29. Juni 1983 geführt hat.

Schieder: Wenn Sie schon so freundlich sind und das vorlegen und uns geben, dann würde ich Sie, da auch die Bundesländer-Versicherung gesagt hat, sie sei bereit, alles herzuzeigen, bitten, weil es mich interessieren würde, die Abrechnungen der Ercona AG für den fraglichen Zeitraum, in dem Außenminister Gratz beschattet wurde, vorzulegen, um mich selbst davon zu überzeugen, daß das tatsächlich . . .

Masser: Da muß ich mit meiner Mandantschaft sprechen, ob ihr das recht ist. Ich habe das in meinen Akten, die habe ich nicht hier.

Schieder: Aber Sie wären bereit, das zu klären und dann gegebenenfalls . . .

Masser: Ja, das werden wir klären.

Schieder: Herzlichen Dank.

Masser: Da muß man beides vorlegen, also sowohl . . .

Schieder: . . . den Bericht wie die Abrechnung.

Masser: . . . den Bericht des Guggenbichler, wie auch die Niederschrift, die dann in der Kriminalabteilung in Anif über die Aussage des Herrn Peterhans gemacht wurde.

Schieder: Das ist mir nicht so wichtig, mir wäre das wichtiger . . .

Masser: Das ist, glaube ich, sehr wesentlich.

Schieder: Ja, für Sie. Ich habe nichts dagegen. Mir wäre wesentlich die Sache Zürich, weil Sie ja hier sogar, wie wir erfahren haben, einem Minister bestätigt haben, daß die Bundesländer-Versicherung nicht involviert war. Ich würde mich gerne als Ausschußmitglied anhand der Abrechnungen davon überzeugen. Aber wir werden das ja erfahren und von Ihnen bekommen.

In diesem Zusammenhang auch eine Frage. Es wurden Tagebücher erwähnt, die Sie angefertigt haben oder die Sie begonnen haben. Sind das persönliche Tagebücher von Ihnen, sind das welche der Kanzlei, oder betreffen die nur diesen Fall?

Masser: Ich möchte nicht über die Interna meiner Kanzleiführung hier in aller Öffentlichkeit sprechen.

Schieder: Das verstehe ich.

Masser: Ich möchte nur eines sagen: Jeder hat seine Methode. Ich habe die Methode — das ganze Büro macht das seit Jahrzehnten —, daß wir in sämtlichen Causen ein sogenanntes Tagebuch über die Aktivitäten oder auch die passiven Ereignisse jeglicher Causa führen. Also das heißt, wenn ich Sie wegen eines, sagen wir, Mietstreites vertreten würde und Sie mich am 12. Februar anrufen und sagen: Die Frau Bowondra hat das und das gesagt, dann würde ich das festhalten.

Schieder: Das heißt, wenn wir im Zuge dieses Ausschusses einmal genau wissen müßten, an welchen Tagen Sie zum Beispiel Inspektor Mayer in der gesamten Zeit getroffen haben oder jemand anderen, dann könnten Sie das anhand dieser Tagebücher für sich feststellen?

Masser: Mit den normalen Fehlerquellen, die es gibt. Also das heißt, es kann sein, daß man einmal etwas nicht aufschreibt im Trubel der Zeit oder so.

Schieder: Ja, natürlich.

Masser: Aber im wesentlichen schon.

Schieder: Das würde auch auf Guggenbichler-Kontakte zutreffen?

Masser: Auch, auch.

Schieder: Auch. Und auch auf Gespräche, die Sie natürlich nur . . .

Masser: Nur ist das bitte wirklich meine höchstpersönliche Aufzeichnung.

Schieder: Ich glaube auch, daß wir es nur notfalls untersuchen sollten. Aber ich wollte nur wissen, ob das vorhanden ist.

Zu den Rechnungen, die Sie, wie Sie gesagt haben, jetzt bezahlt haben. Sie haben sie bezahlt oder die Bundesländer-Versicherung?

Masser: Ich habe das Pouvoir gehabt, das zu bezahlen, und es wurde mir refundiert oder mit einem Vorschuß . . . Meistens war die Abrechnung so, daß ich gesagt habe, die Rechnung ist gekommen, und wir haben darüber geredet. Dann ist mir gesagt worden, ich soll es bezahlen. Die Abrechnung ist immer über mich gegangen.

Schieder: Und wenn Sie jetzt sagen, die Bundesländer-Versicherung hat sicherlich nicht, auch im nachhinein nicht, diese Überwachung des Außenministers in Zürich bezahlt, dann schließen Sie auch aus, daß Sie es bezahlt haben, aber im gegenständlichen Fall nicht der Bundesländer-Versicherung verrechnet haben.

Masser: Ich kann nur noch einmal betonen: Wir haben weder einen Auftrag dazu gegeben . . .

Schieder: Das wissen wir.

Masser: . . . noch eine Rechnung darüber bekommen, noch eine solche bezahlt. Ich glaube, damit ist das Thema klar beantwortet.

Schieder: Sie haben alle Rechnungen, die Sie von der Ercona bekommen haben, auch der „Bundesländer“ weiterverrechnet?

Masser: Jawohl.

Schieder: Die Berichte, die Sie erhalten haben von der Ercona — und Sie haben sehr nachdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß Sie in dem einen Fall keinen Verdacht hatten, daß eine Ungesetzlichkeit begangen wurde —, haben daher auch vorher, vor 1985, niemals auf ungesetzliche Vorgangsweisen Bezug genommen.

Masser: Aus meiner Erinnerung schließe ich aus, daß eine ungesetzliche Handlung seitens des

Guggenbichler erfolgt ist, die mir bekannt gewesen wäre.

Schieder: Das heißt, es hat in keinem Bericht zum Beispiel einen Hinweis auf eine Telefonüberwachung oder einen unerlaubten Mitschnitt eines Telefongesprächs gegeben.

Masser: Mit einer Ausnahme, das ist aber erst später gekommen. Er hat telefoniert beziehungsweise dieses Gespräch, das er führte mit dem Herrn Tannaz — der Name ist Ihnen vielleicht geläufig (*Schieder: Ja, ja.*), das ist der Mann, der angeblich dieses alte Kohlenbergwerk, diese Einrichtung, gekauft hat —, glaube ich, mit einer Abhörvorrichtung aufgenommen, hat aber, glaube ich, dem Tannaz das auch gesagt. Da kann ich mich jetzt nicht mehr erinnern.

Schieder: Was meinen Sie mit dem Satz: „Das ist später gekommen.“?

Masser: Nach der Anzeigeerstattung. Ich habe das nicht sofort bekommen, sondern erst im Laufe . . .

Schieder: Na, wann haben Sie, wann ist die Ercona . . .

Masser: Kurze Zeit später.

Schieder: Wann ist die Ercona durch Sie beauftragt worden?

Masser: Ich sagte es Ihnen: Im Februar — ich kann den Tag jetzt nicht sagen, ich glaube, am 26. oder was war das — Februar 1983.

Schieder: Und später, was meinen Sie . . .

Masser: Und er hat dann laufend irgendwelche Erhebungen . . ., zwischendurch berichtet. Er hat zwischendurch berichtet und hat uns immer nach seiner Tätigkeit, immer nach Vollzug seiner Tätigkeit berichtet.

Schieder: Meiner Erinnerung nach — aber Sie kennen den Fall sicher genauer als ich — und nach Lektüre des Buches und der Unterlagen, wurde dieses Gespräch von Tannaz, auf das Sie sich hier beziehen, ja schon im März 1983 abgehört und dann berichtet.

Masser: Kann sein. Wir haben es nicht unmittelbar nachher, sondern einige Tage später bekommen. So war das.

Schieder: Also das war eigentlich der Beginn der Tätigkeit des Guggenbichler für Sie. Schon im ersten Monat seiner Tätigkeit haben Sie eigentlich schon davon gewußt, daß er Telefongespräche illegal . . .

Masser: Aber mit Wissen des Herrn Tannaz.

Schieder: Mit Wissen. Es war nicht illegal?

Masser: Nein, meiner Sicht nach war das nicht illegal.

Schieder: Und sonst haben Sie auch nie Berichte über illegale Telefonmitschnitte und so weiter erhalten?

Masser: Nein, ist mir nicht bekannt.

Schieder: Was das Buch noch betrifft, da hätte ich etwas, was mich interessieren würde. Es wird da berichtet, daß im Jahr 1987 dem Herrn Pretterebner vom Vorstand der Bundesländer-Versicherung und dann vom Herrn Buchinger angeboten wurde, Geld zu geben, wenn es nicht zum Erscheinen des Buches kommt und wenn er sich anderen Dingen zuwendet.

Masser: Ich weiß, was Sie meinen.

Schieder: Im Buch auf Seite 639 wird das genau beschrieben. Meine Frage an Sie . . .

Masser: 1986 war das.

Schieder: 639.

Masser: Nein, nein! Es war nicht 1987, sondern 1986.

Schieder: Ach so, ja. Im Jahr 1987 ist das Buch erschienen.

Masser: Das ist richtig, ja.

Schieder: Damals ist bekanntgeworden, daß diese Tatsache im Jahr 1986 geschehen ist, worüber auf Seite 639 berichtet wird.

Masser: Ja.

Schieder: Hat eigentlich je die Bundesländer-Versicherung, Sie oder der Herr Generaldirektor-Stellvertreter, glaube ich, war er, Buchinger — oder was war er?

Masser: Der war Vorstand, glaube ich.

Schieder: . . . — der Herr Buchinger mit Ihnen überlegt, ob deswegen der Herr Pretterebner geklagt werden soll?

Masser: Ich habe von diesem Vorfall keine direkten Wahrnehmungen. Ich war weder eingeladen, noch habe ich an dem Gespräch teilgenommen, noch wurde ich beigezogen, in keiner Weise, weder vom einen noch vom anderen. Es ist ohne mein Zutun abgelaufen. Ich habe daher aus eigener Wahrnehmung kein Wissen in dieser Sache.

Schieder: Ja.

Masser: Später hat dann, glaube ich, Dr. Lampelmayer einen Brief geschrieben an den Herrn Pretterebner, also nicht ich. Ich habe keinen Auftrag dazu gehabt, ich habe nichts in dieser Sache . . .

Schieder: Aber es ist doch verwunderlich, daß jetzt vor fast zwei Jahren das Buch erschienen ist und nie eine Klage erfolgt ist.

Masser: Ich wurde damit nicht beauftragt, es wurde mit mir auch nicht erörtert.

Schieder: Es ist für mich erstaunlich. Wissen Sie, für mich ist es erstaunlich: Zwei Jahre steht es im Buch, keine Klage, heute wiederholt das der Herr Pretterebner vor dem Ausschuß, und um 14.30 Uhr wird die Klage eingebracht wegen derselben Sache, die zwei Jahre schon im Buch steht. Darüber ist Ihnen nichts bekannt?

Masser: Davon weiß ich nichts. Heute ist eine Klage . . . ?

Schieder: Es ist eine Aussendung darüber da, daß der Herr Buchinger den Herrn Pretterebner deswegen klagen wird. (Zwischenruf Elmecker.)

Masser: Das ist mir neu. Da wissen Sie mehr als ich.

Schieder: Ich habe nur gefragt, ob Sie damit befaßt waren.

Noch eine Kleinigkeit: Als Sie — ich glaube vom Kollegen Graff, nein, es war nicht der Kollege — gefragt worden sind hier vor ein oder zwei Stunden wegen Personenüberwachungen, haben Sie gesagt: Nein, selbstverständlich nicht und Gratz überhaupt nicht. Da ich jetzt beim Zuhören Ihrer Antworten gemerkt habe, daß Sie ganz exakt denken und sprechen, frage ich mich nachträglich, was der Unterschied zwischen „nein“ und „überhaupt nicht“ bei Beschattung ist, und möchte Sie das gerne fragen.

Masser: Dazu kann ich nichts sagen. Ich habe nicht in Erinnerung, daß ich „überhaupt“ gesagt habe.

Schieder: Ja.

Masser: Wenn ich das gesagt hätte, dann ist das eine Ausdrucksweise, die man halt macht, vielleicht unkontrolliert.

Schieder: Sie haben auch noch etwas anderes erwähnt, und zwar daß zwischen Penk-Lipovsky und Ercona noch einige, wie Sie sagten, andere Detektive beschäftigt waren, und haben dann einen Bartsch oder so ähnlich genannt.

Masser: Bartsch hat der geheißten.

Schieder: Können Sie uns sagen, wer die anderen waren?

Masser: Es war in diesem Zusammenhang noch ein zweiter tätig, dessen Namen mir jetzt nicht einfällt. Dann haben wir in Hongkong Erhebungen betrieben. Auch diese Firma kann ich Ihnen jetzt nicht nennen. Ich habe den Namen nicht in Erinnerung. Die fallen mir ad hoc ein.

Schieder: Und das war im Auftrag der „Bundesländer“ oder der Rückversicherer?

Masser: Sie können das immer als eine Einheit auffassen.

Schieder: Also als eine Einheit betrachten.

Masser: Auch die Rückversicherer haben sich da engagiert, gar keine Frage!

Schieder: Im Buch wird die Behauptung aufgestellt, wenn Sie oder die Bundesländer-Versicherung aufgrund des Berichtes Penk-Lipovsky gehandelt hätten, dann wäre der ganze Kriminalfall Proksch — steht im Buch — schon im Jahre 1977 geklärt gewesen. Können Sie dem beipflichten?

Masser: Jetzt muß ich eine Retourkutsche geben mit dem „überhaupt“. Wenn Sie genau lesen, es steht drinnen: im wesentlichen.

Schieder: Im wesentlichen, ja das stimmt.

Masser: Das ist etwa auf der gleichen Ebene.

Schieder: Ja.

Masser: Also, sicher war das eine Grundlage, aber zuwenig. Wenn ich das klipp und klar sagen darf: Es wäre zu riskant gewesen, aufgrund dieses Erhebungsergebnisses eine Anzeige zu erstatten in der damaligen — wie soll ich sagen — Atmosphäre, die im Rechtsbereich, insbesondere im Strafrechtsbereich, geherrscht hat.

Schieder: Sind Sie ermächtigt von der Bundesländer-Versicherung oder würden Sie gegebenenfalls, wenn Sie es nicht sind, da fragen, ob wir diesen Penk-Lipovsky-Bericht sehen könnten, um uns selbst ein Bild zu machen, wie das 1977 ausgesehen hätte?

Masser: Wenn Sie sich der Mühe unterziehen wollen, kann ich Ihnen das, glaube ich, ohne weiteres geben. Es ist kein Geheimnis. Das wurde dann von der Sicherheitsdirektion Niederösterreich ausgefeilt und noch verfeinert.

Schieder: Ja, ja.

Masser: Das ist gar keine Frage, das waren ein paar Rohdiamanten, wenn ich das so formulieren darf, aber noch lange nicht ausreichend für ein

Kollier, um ein Strafrechtsverfahren damit zu krönen. Also das wäre noch viel zuwenig gewesen. Ich habe das jetzt sehr geblumt gesagt.

Schieder: Ja, ich danke Ihnen dafür, daß Sie es zur Verfügung stellen, auch wenn . . .

Masser: Können Sie haben, ohne weiteres.

Schieder: . . . auch wenn ich noch zu dem Vergleich sagen darf, daß ich eine Krönung mit einem Kollier noch selten erlebt habe. Ich danke sehr herzlich.

Masser: Bitte sehr.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Gaigg: bitte.

Gaigg: Herr Dr. Masser, mir geht es zuerst um die Bestätigung, daß ich mich nicht verhört habe bei Ihren Angaben betreffend die Prozentsätze Bundesländer-Versicherung auf der einen Seite, Rückversicherer auf der anderen Seite. Ich habe mir das notiert und bitte Sie, mich zu korrigieren oder zu bestätigen. Das Eigenrisiko der Bundesländer-Versicherung war beziehungsweise ist 1,025 Prozent, während die Wiener Städtische durch ihre hundertprozentige Tochter, die Union, mit 5 Prozent am Risiko beteiligt war. Ist das richtig so?

Masser: Also nach meinem Wissensstand stimmen diese Ziffern.

Gaigg: Das heißt mit anderen Worten, das Risiko der Wiener Städtischen ist in etwa fünfmal so hoch wie das der Bundesländer-Versicherung? (Schieder: Das Rückversicherungsrisiko?)

Masser: Nein, das Gesamtrisiko. Darf ich das noch einmal explizieren. Nach außen hin Bundesländer-Versicherung 100 Prozent, im tatsächlichen Innenverhältnis nur 1,025. (Fuhrmann: Ist das üblich?) Das ist üblich. Zum Glück, muß man sagen, weil nur so kann das die Versicherungswirtschaft ertragen. Nehmen wir an einen Brand, Herzmasky, wenn Sie sich erinnern können, über eine Milliarde Schilling auf den Tisch gelegt. Die Allianz hätte das nie zahlen können. (Schieder: Und da hat es auch andere Versicherungen gegeben . . .?) Das weiß ich nicht, die Beteiligung kenne ich nicht dort, aber das ist nichts Außergewöhnliches. Die sind ja alle wieder rückversichert, wieder neuerdings. Ich darf wiederholen: Ich bin kein Experte, ich habe nicht an der Geschäftsbearbeitung der Bundesländer oder auch einer anderen Versicherung mitgewirkt, aber aus meinem Wissen ist mir bekannt, daß an diesem Fall wie an vielen anderen hier konkret sicher hundert — wenn nicht mehr — Versicherungen beteiligt sind, weil sie immer wieder rückversichert sind.

Das verteilt sich auf die ganze Branche in der Welt.

Gaigg: *Darf ich meine Befragung fortsetzen? (Masser: Bitte sehr!) Ich werde die Zeit sowieso nicht ganz ausschöpfen.*

Der Kollege Dr. Rieder hat vor kurzem hier im Ausschuß und auch in der Öffentlichkeit aufgezeigt, daß es im Zusammenhang mit diesem Versicherungsfall eine Reihe von Eigentümlichkeiten, ich glaube, sie richtig wiederzugeben, gegeben habe. Es hätte damit begonnen, daß der Proksch ausgerechnet bei der Bundesländer-Versicherung in diesem Geschäftsfall versichert hat; es hätte sich damit fortgesetzt, daß die Bundesländer-Versicherung bei Abschluß des Vertrages sehr locker vorgegangen wäre, es hätte keine Überprüfung des Wertes und so weiter gegeben. Sehr eigenartig! Die Versicherung hätte dann bei der Verladung der angeblichen Uranerzaufbereitungsanlage in Chioggia die Ware nicht besichtigt und so weiter, und vor allem darauf hingewiesen, und das ist heute wiederholt angezogen worden, die größte Absonderlichkeit: Die Bundesländer-Versicherung hat es so lange verabsäumt, die Anzeige zu erstatten.

Eine lange Einleitung zu einer kurzen Frage. In denen von Ihnen erwähnten Gesprächen und Diskussionen darüber, welche Schritte zu unternehmen wären, um zu verhindern, daß man zum Handkuß kommt, um das so salopp zu formulieren, ist im Rahmen einer größeren Runde auch erwogen worden, die Strafanzeige zu erstatten. An diesem Gespräch, wenn ich Sie richtig verstanden habe, nahmen auch zwei Vertreter der Wiener Städtischen teil, an diesem einen Gespräch, das Sie im besonderen erwähnt haben, wahrscheinlich an mehreren Gesprächen. Ist von dieser Seite von der Wiener Städtischen je die Forderung gekommen oder das Verlangen gestellt worden, es möge doch Strafanzeige erstattet werden, es möge doch in Richtung auf strafrechtliche Verfolgung des Udo Proksch und so weiter etwas unternommen werden, oder war es so, daß die Wiener Städtische mit der Linie, die Sie gemeinsam erarbeitet haben, voll und ganz einverstanden war?

Masser: Das Vorgehen in dieser Sache, die Taktik, die Entscheidung über Veranlassungen sind immer einvernehmlich erfolgt. Es war routinemäßig üblich, Zusammenkünfte der beteiligten Versicherer zu haben. Wir haben uns routinemäßig getroffen, und dort sind die Entscheidungen gefallen. Die Wiener Städtische beziehungsweise die Union war bei diesen Gesprächen stets dabei, es hat nie eine andere Meinung gegeben, naturgemäß in der Diskussion hat es verschiedene Meinungen gegeben, aber es ist immer entscheidend, was unten herauskommt. Ich kann Ihnen heute nicht mehr sagen, wer diese und jene Meinung hatte, aber es immer im Einvernehmen — und zwar im totalen Einvernehmen — das geschehen,

was dann tatsächlich vollzogen wurde. Es hat nie eine Weigerung gegeben, oder man hat nie gesagt, ich schließe mich aus. Ein Votum separatum oder so etwas hat es nicht gegeben. Es war immer völlige Übereinkunft.

Gaigg: *Herr Dr. Masser, eine völlig andere Frage. Die vom Untersuchungsausschuß einvernommenen Zeugen aus dem Bereich des Landesgendarmeriekommandos in Salzburg — und auch andere Zeugen, die vernommenen Zeugen aus dem Bereich des Innenministeriums — haben eigentlich völlig einhellig zum Ausdruck gebracht, daß die Affäre Lucona, die Causa Proksch zuallererst und weitaus überwiegend, wenn nicht ausschließlich, kriminalpolitische Aspekte gehabt hat und keine staatspolitischen. Trotzdem ist dann, eigenartigerweise, der Weg des Aktes nicht der gewesen, daß er beim zuständigen Ressort im Innenministerium gelandet wäre, sondern der Akt ist beim heutigen Sektionschef Dr. Hermann gelandet.*

Sie sind ja vom Anbeginn eigentlich hautnah auch bei diesen Erhebungen der Exekutive dabei gewesen und dann bei den Vorerhebungen, haben daher diese Vorgänge verfolgt. Ist Ihnen das nicht eigenartig vorgekommen, oder ist das von Ihnen ohne weiteres akzeptiert worden? Was haben Sie sich eigentlich dabei gedacht, welche Schlüsse haben Sie daraus gezogen?

Masser: Wenn ich den Wissensstand von heute gehabt hätte, hätte ich mir damals Gedanken gemacht, aber ich habe gar nicht gewußt, was im Innenministerium geschieht. Wir haben nur die Auswirkungen gesehen. Ich hatte nie einen Kontakt mit dem Innenministerium, ich wußte nicht, daß ein Herr Hermann hier agiert oder ein Herr XY. Wir haben nur Kontakt gehabt mit der Kriminalabteilung in Salzburg. Das Ganze hat ja dort nur fünf Wochen gedauert, dann war es ja weg. Und ich habe Kontakt gehabt, zweimal, glaube ich, mit dem Herrn Hofrat Thaller. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Ich wußte nur aus dem Umgang mit dem Herrn Mayer und mit dem Herrn Gratzner, daß diese — das nicht wortwörtlich ausgedrückt, aber durch ihr Verhalten zeigend — Bedenken hatten, ob man das zu Ende führen darf bei ihnen. Sie haben eine gewisse Betriebsamkeit an den Tag gelegt, aus der ich schließen mußte, daß sie Befürchtungen hatten, daß da irgendwo ein Riegel vorgehoben wird, und das ist auch dann tatsächlich geschehen.

Gaigg: *Ganz konkret: Ist Ihnen im Rahmen Ihrer Kontakte mit dem Gruppeninspektor Mayer die Information zugekommen, daß von oben, vom Ministerium, eine Weisung kam, sofort Anzeige zu erstatten und die Ermittlungen einzustellen?*

Masser: Das Faktum ist mir bekannt geworden, natürlich.

Gaigg: Mit welchem Kommentar von seiten . . .

Masser: Ich möchte nicht übertreiben, aber ich würde doch sagen, mit einer Art Entsetzen. Man hat gesagt: Jetzt hätten wir noch das und das zu tun! Die Frau Strobl . . . Da haben wir insistiert. Es war mir doch klar, daß man diese Frau sofort vernehmen muß. Weiters Erhebungen in Piesting und so weiter, es waren noch weitere Erhebungen notwendig. Mir fällt jetzt momentan nicht noch . . . Es war noch irgend etwas ganz Konkretes, was man hätte machen müssen, und ad hoc mußte der Akt weg.

Gaigg: In diesem Zusammenhang — Herr Dr. Masser, ich will Sie nicht verleiten, ein Urteil über die Vorgangsweise eines Kollegen abzugeben, nur ob es üblich oder unüblich ist, das hätte ich gerne von Ihnen gewußt —: Es ist folgendes sehr eigenartige Ereignis eingetreten, daß nämlich eine Zeugin — Sie haben den Namen erwähnt —, bevor die Exekutive beziehungsweise das Gericht die Möglichkeit hatte, diese Zeugin einzuvernehmen, daß diese Zeugin von einem Vertreter des heute Angeklagten beziehungsweise aus diesem Bereich in die Kanzlei geladen wurde und dort eine Aussage zu Protokoll gegeben hat, was sie dann in der weiteren Folge dazu bewogen hat, sich zu weigern, bei der Exekutive noch einmal auszusagen. Ist eine derartige Vorgangsweise üblich, beziehungsweise haben Sie so etwas in Ihrer 35jährigen Anwaltspraxis schon einmal gemacht?

Masser: In diesem Zusammenhang hätte ich das sicher nicht gemacht. Das glaube ich, wohl sagen zu können. Es lag auf der Hand, daß man diese Frau vernimmt, und Mayer hat sich bemüht, sie auch zur Einvernahme zu bringen. Auch wie der Akt schon weg war, hat er das noch immer weiter betrieben, und da hatten wir noch weiterhin Kontakt. Also wie der Akt schon über die Staatsanwaltschaft Salzburg dann letzten Endes nach Wien gekommen ist, hat er sich noch immer bemüht, und dann hat sich herausgestellt, daß die Frau eben vor Dr. Damian eine solche Erklärung abgegeben hat. Ich weiß nicht, ob sie im Büro bei ihm war oder ob er hingefahren ist, das weiß ich nicht.

Gaigg: Ja dann hätte ich eigentlich nur mehr eine Frage, auch jetzt zurückgreifend auf Ihre langjährige Erfahrung: Die Sache ist dann beim Untersuchungsrichter gelandet und wiederholt zur Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwaltschaft gegangen. Es hat also eine Reihe von Weisungen gegeben, alle in die Richtung, daß keine Voruntersuchung einzuleiten wäre. Schließlich ist sogar der damalige Justizminister Ofner unmittelbar damit

befäßt gewesen, hat dann im Parlament 1985 die Erklärung abgegeben: Die Suppe ist zu dünn.

Ist Ihnen eine ähnliche Art einer Aktenbehandlung im Bereich der Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwaltschaft, Justizministerium jemals untergekommen, oder ist der Fall ein außergewöhnlicher, wenn man das vorsichtig ausdrückt, mit einem besonderen Maß an Einflußnahme verschiedener übergeordneter Dienststellen?

Masser: Ich würde sagen: Ich kenne nur einen zweiten Fall — nicht aus meiner Praxis, sondern aus dem allgemeinen Wissen —, der ähnlich zu beurteilen ist und ähnliche Auswirkungen hatte, das ist der Fall Androsch, wo ja auch jahrelang nicht vorgegangen wurde. Aber so eklatant wie hier, da kenne ich keinen Fall.

Gaigg: Danke.

Masser: Ich habe eine Frage, glaube ich, noch nicht beantwortet, die haben Sie mir vorhin gestellt, wegen des Verladens und wegen der Besichtigung. Sie haben gesagt . . .

Gaigg: Richtig. Ich habe die angeblichen Merkwürdigkeiten erwähnt.

Masser: Bitte, da darf ich nur etwas dazu sagen. Es wird immer der Vorwurf erhoben, daß die Bundesländer-Versicherung oder die Versicherer, wie immer, sich nicht vergewissert haben, daß diese Uranaufbereitungsanlage in diesen Containern und Gepäckstücken war, in diesem Kollli. Dazu ist grundsätzlich etwas zu sagen.

Die Transportversicherung ist auf besonderes Vertrauen aufgebaut. Es gibt eine Beweisumkehr — das habe ich vorher eingangs schon erwähnt —, das heißt, im Schadensfall hat der Versicherte zu beweisen, daß er das Gut, das er versichern läßt, auch tatsächlich versendet hat. Das heißt, deshalb ist es nicht nur obsolet seitens der Versicherer, sich zu überzeugen, ob die Ware, die angeblich versendet wurde, auch tatsächlich versendet wird, sondern darüber hinaus wäre es ein Kardinalfehler, diese Beweislast dadurch umzudrehen, daß man durch eine Versicherung beweispflichtig ist, daß das nicht drinnen ist, zu beweisen. Das ist ganz eindeutig.

Gaigg: Das ist sehr wichtig.

Masser: Und dazu bitte, weil diese Behauptung immer im Raum steht: Ja wieso habt ihr nicht hineingeschaut?, nicht wahr, sozusagen ganz volkstümlich ausgedrückt: Diese Überlegung ist falsch, bitte. Auf der ganzen Welt wird das nicht gemacht. Sonst würde sich jeder Transport so verfeuern, wenn man vorher schon kontrolliert, ob das, was angegeben wird, auch tatsächlich versendet wird. Bitte, wir haben uns da eine Nachricht eingeholt, ein Gutachten, eine gutächtliche Äuße-

rung, die würde ich gerne zum Akt legen, weil Sie das nicht kennen.

Gaigg: Sie ist bereits im Akt.

Masser: Das ist die Erklärung des Herrn Dr. Joachim Engel (*phonetisch*), das ist der Transportversicherungsfachmann. Das ist schon bekannt?

Gaigg: Das ist im Akt.

Masser: Ist bekannt? — Gut.

Gaigg: Danke schön.

Obmann Steiner: Der Herr Pretterebner hat das übergeben.

Masser: Habt ihr die schon? Bitte sehr, dann erübrigt sich das.

Obmann Steiner: Als nächster hat sich Herr Dr. Fuhrmann zu Wort gemeldet, bitte.

Fuhrmann: Herr Kollege, wann genau ist jetzt die Schadensmeldung an die Bundesländer-Versicherung erfolgt?

Masser: Das kann ich Ihnen genau sagen. Der Brief stammt von der Firma Zapata, mit 25. Jänner 1977 datiert, am 1. Februar 1977 eingelangt.

Fuhrmann: Danke. Und wann sind Sie jetzt definitiv bevollmächtigt worden, beauftragt worden, wie Sie sagen?

Masser: Beauftragt worden bin ich einige Tage nachher. Das habe ich jetzt nicht in Erinnerung.

Fuhrmann: Einige Tage genügt mir, danke.

Masser: Und zwar der wahre Anlaß war der, daß mit Schreiben vom 31. Jänner 1977 der Herr Kollege Dr. Damian bereits einen Betrag von 15 Millionen Schweizer Franken als Akonto begehrt hat und das eine Auffälligkeit ist, die in der Branche völlig aus der Reihe . . .

Fuhrmann: Warum ist das aus der Reihe? Wenn ich vertrete, verlange ich auch ein Akonto.

Masser: Nach acht Tagen? Nach acht Tagen verlangen Sie, bevor der noch in der Lage ist, überhaupt das zu verdauen, daß das passiert ist . . .? Das ist außergewöhnlich, das kann ich Ihnen sagen aus Erfahrung.

Fuhrmann: Na, Herr Kollege, Moment, da sage ich Ihnen jetzt aus meiner Erfahrung etwas — ich bin zwar nicht 35 Jahre Anwalt, aber 15 Jahre Anwalt —: daß ich sehr wohl, wenn ich einen Klienten vertrete, von einer Versicherung ein Akonto

verlange. Also so ungewöhnlich ist das bitte nicht — nach meiner Berufspraxis, Sie haben sicher eine größere (*Masser: Nein, nein, ich erhebe nicht Anspruch darauf!*), aber mag sein, daß Sie nicht so oft mit Schadensfällen befaßt sind.

Masser: . . . in dieser Sache, nein. (*Zwischenfrage Helene Partik-Pablé.*) Am 23. Jänner ist es gesunken und am 31. Jänner verlangt er bereits 15 Millionen.

Fuhrmann: Entschuldigung, Frau Kollegin, Sie reagieren sehr empfindlich, wenn man Ihnen dreinredet. Bitte, das auch mir zuzubilligen. (*Weitere Zwischenfrage Helene Partik-Pablé.*) Frau Kollegin Partik! Sie reagieren zu Recht unwillig, wenn man Ihnen dreinredet, bitte auch bei mir nicht! (*Helene Partik-Pablé: Ich wollte nur Ihrer Erinnerung ein bißchen nachhelfen!*) Nein, nein, der Herr Dr. Masser hat gesagt, acht Tage später, aber machen wir da keinen Dialog.

Masser: Es sind genau acht Tage. 23 und 8 ist 31.

Fuhrmann: Danke. Sagen Sie: Welche Richtlinien hat der Herr Guggenbichler für seine Erhebungen von Ihnen erhalten? Ich frage das deshalb, weil am Beginn Ihrer Aussage haben Sie von Richtlinien gesprochen, die Sie ihm gegeben hätten.

Masser: Herr Kollege, Richtlinien, die dem Hausverstand für eine solche Sache entspringen.

Fuhrmann: Haben Sie dem Herrn Guggenbichler diesen Hausverstand nicht zugetraut?

Masser: Ich habe ihm das zugetraut. Wir haben darüber geredet, wir haben darüber diskutiert, was zu unternehmen ist, und wir haben eben gesagt: Die Schwerpunkte liegen in der Schweiz. Man muß einmal feststellen, wieweit Herr Peterhans da involviert ist, wieweit dieser Tannaz . . . Von dem haben wir ja noch gar nicht gewußt, wo der lebt, ob es den überhaupt gibt. Wir haben gesagt: Es wäre interessant, herauszubekommen . . .

Fuhrmann: Also Sie haben gesagt: Peterhans, Tannaz, da soll er sich drauf . . .

Masser: Sicherlich, das war für uns der Sonderegger, das war der Mann, den der Herr Proksch ins Gespräch gebracht hat, wie Sie wissen — ich glaube, Sie kennen den Zivilakt —, für uns völlig unbekannt et cetera. Es gab eine ganze Reihe von derartigen Unbekannten, und das waren, wenn Sie wollen, Richtlinien, wie immer Sie das bezeichnen wollen.

Fuhrmann: Es war Ihr Ausdruck, ich habe ihn wiederholt.

Masser: Ich weiß schon. Vielleicht wurde ich mißverstanden.

Fuhrmann: Gut. Sagen Sie, noch eine Zusatzfrage zu dem ganzen Komplex der Bezahlung des Herrn Guggenbichler. In welcher Größenordnung haben sich ungefähr diese Abrechnungen, diese Spesenabrechnungen von ihm bewegt? Ungefähr!

Masser: Da tu' ich mir jetzt schwer, irgendwelche Ziffern zu nennen. Es waren Beträge, die . . . Ich möchte mich da jetzt nicht festlegen.

Fuhrmann: Tausende Schilling? Zehntausende Schilling?

Masser: Zehntausende.

Fuhrmann: Zehntausende? Gut.

Masser: Zehntausende auf alle Fälle.

Fuhrmann: Zehntausende jeweils, so ist das gekommen?

Masser: Ja.

Fuhrmann: Nun ergibt sich für mich da die Frage, daß das doch eher unüblich ist, daß das ein Anwalt vorweg bezahlt und es sich dann refundieren läßt. Normalerweise leitet man das der Mandantschaft weiter zur Überweisung.

Masser: Wollen Sie wissen, wie wir abgerechnet haben? Ich kann Ihnen das . . .

Fuhrmann: Wir sprechen so oft über Ungebräulichkeiten oder Gewöhnlichkeiten oder Üblichkeiten.

Masser: Selbstverständlich, Herr Kollege. Es kommt ein Usus herein, der sich halt entwickelt, in jeder Causa vielleicht ein anderer. Wir rechnen, damit Sie das wissen, seit Anbeginn vierteljährlich ab. Am Anfang war es so, daß es mit den Streitverhandlungen zusammenhing, weil ja da gewaltige Gerichtsgebühren . . . Ich erinnere, die Wiederaufnahmsklage hat 2,8 Millionen Gerichtskostenmarken, also Stempelgebühren, gekostet. Diesen Betrag habe ich nicht ausgelegt aus eigenem, sondern da wurde mir ein Scheck gegeben. Aber die anderen Auslagen so in der Größenordnung von ein paar hunderttausend Schilling, das habe ich schon vorausbezahlt.

Fuhrmann: Gut. Danke.

Masser: Das kann ich mir leisten, zum Glück. Ich wollte nur noch auf etwas zurückkommen, weil Sie gesagt haben, wieso ich . . .

Fuhrmann: Nein, lassen Sie mich fragen, Herr Kollege, vielleicht ergibt es sich dann sowieso.

Masser: Nein, ich wollte nur, weil das nicht vollendet war, . . .

Fuhrmann: In diesem Zusammenhang?

Masser: In dem Zusammenhang vorerst, wieso ich eingeschaltet wurde in die Causa, wieso also nach acht Tagen und so weiter das schon gemacht wurde.

Fuhrmann: Ja, bitte.

Masser: Da hätte ich noch etwas zu sagen. Ich bin da nicht fertig geworden.

Fuhrmann: Ich habe Ihnen aber Zeit gelassen. Ich lege Wert auf diese Feststellung.

Masser: Sie sind mir nicht ins Wort gefallen. Vielleicht habe ich zu lange nachgedacht. Es ist die Sache etwas auffällig geworden aus folgendem Umstand; da werden Sie mir als Kollege, wenn ich so sagen darf, als Rechtsanwaltskollege . . .

Fuhrmann: Ja, Sie dürfen, ich bin es.

Masser: Na gut, Sie sind Abgeordneter. Da traue ich mich nicht, Kollege zu sagen. (*Fuhrmann: Mein Beruf ist Rechtsanwalt!*) . . . also als Rechtsanwaltskollege recht geben. Einige Tage hernach — das war am 3. Februar 1977 — hat die Bundesländer-Versicherung einen Brief bekommen vom Kollegen Dr. Damian.

Fuhrmann: Mit der Akontoforderung?

Masser: Nachher, noch ein paar Tage. Der erste Brief mit den 15 Millionen war vom 31. Jänner.

Fuhrmann: Und ich habe geglaubt, wegen dieses Briefes sind Sie beauftragt worden.

Masser: Da war schon einmal etwas Auffälliges, und das zweite wollte ich Ihnen gerade sagen. Das nächste war ein Brief vom 3. Februar 1977, und da hat er sich dann breit bekanntgemacht als Vertreter der Zapata und hat dann Bezug genommen . . .

Fuhrmann: Verzeihen Sie, das muß er wohl schon vorher gemacht haben, wenn er ein Akonto verlangt.

Masser: Schon, aber, ich kann Ihnen die Briefe zur Verfügung stellen.

Fuhrmann: Nein, nein, aber er kann nicht wo ein Akonto verlangen ohne eine Bevollmächtigung.

Masser: Er hat auch . . . Die hat er ja schon vom Dezember gehabt, wie Sie wissen. Schon am 22. Dezember 1986 hat er eine Vollmacht von der Zapata bekommen.

Fuhrmann: Ja, ja, aber der „Bundesländer“ muß er sich doch in dem Brief, wo er die 15 Millionen verlangt hat, als Vertreter deklariert haben.

Masser: Da hat er gesagt . . . Er hat gesagt, ja, das ist auch . . .

Fuhrmann: Und was war jetzt mit dem zweiten Brief?

Masser: In dem zweiten Brief — ich bin gerne bereit, Ihnen den zur Verfügung zu stellen —, da hat er Bezug genommen schon auf das Schreiben der Bundesländer vom 28. Jänner 1977, wo sie Detailrechnungen, Frachtbriefe, Produzentenakturen verlangte. Und da hat er dann in diesem Brief die Frage gestellt — ich möchte das wie der selige Ferdinand der Gütige umschreiben —: Dürfen Sie denn das? —, da hat er dann geschrieben: „Was nun Ihren Wunsch nach Übermittlung der Vertragsunterlagen, Detailrechnungen der Zulieferanten und dergleichen betrifft, so erlaube ich mir die Anfrage, welche Rechtsgrundlage Sie hierfür ins Treffen führen können?“ — Diese Frage hat uns veranlaßt, noch stutziger zu werden.

Fuhrmann: Wieso noch stutziger? Und wer ist „uns“?

Masser: Noch stutziger, weil das Ganze, die Diktion des ersten Briefes, schon etwas . . .

Fuhrmann: Und wer ist „wir“ in dem Fall?

Masser: Die Herren der „Bundesländer“, die Herren, meine Wenigkeit, meine Mitarbeiter, . . .

Fuhrmann: Ja, aber Sie sind ja dann erst bevollmächtigt worden.

Masser: Das hat sich alles innerhalb von wenigen Tagen abgespielt. Und da hat man diese Briefe dann auch noch analysiert.

Fuhrmann: Waren Sie also doch schon vorher bevollmächtigt, bevor dieser Damian-Brief kam?

Masser: Ich sage Ihnen ja: Zu diesem Zeitpunkt. Ich habe den nachher bekommen.

Fuhrmann: Weil sonst hätten Sie ja nicht stutzig werden können.

Masser: Vorher schon ist mir gesagt worden, es sei ein großer Fall, der entwickle sich.

Fuhrmann: Gut. Danke.

Masser: So ist das gegangen.

Fuhrmann: Gut. Sagen Sie, Herr Kollege, Sie haben uns da vorhin gesagt, daß das Gespräch Guggenbichler — Ruso bei Ihnen in der Kanzlei

staugefunden hat, quasi aus Courtoisie gegenüber dem Guggenbichler, weil der einmal einen der hohen Herren der „Bundesländer“ sehen wollte. Ich fasse das so zusammen.

Masser: Kann man so sagen.

Fuhrmann: Ja. Nun, Guggenbichler hat bei seiner Vernehmung hier vor dem Ausschuß ausgesagt — das ist Protokoll, 23. Jänner, 1103 —, daß es beim Gespräch in Ihrem Büro darum gegangen ist: weitermachen oder aufhören? Und da hat es dann geheißen: weitermachen! Das ist an sich nicht genau das gleiche, was Sie uns hier gesagt haben über dieses Gespräch.

Masser: Das ist richtig. Ich sage, daß das auch gar nicht zur Debatte gestanden ist.

Fuhrmann: Ist das also falsch, was der Herr Guggenbichler da gesagt hat?

Masser: Ich will nicht sagen, falsch, aber das entspringt seiner Phantasie, würde ich sagen. Also er hat . . .

Fuhrmann: Na, ich habe nicht behauptet, daß er es subjektiv falsch gesagt hat. Ich frage Sie, ob es objektiv falsch ist nach Ihrer Meinung.

Masser: Das kann sein. Das ist sicher nicht gesprochen worden.

Fuhrmann: Das ist nicht gesprochen worden?

Masser: Darüber ist nicht geredet worden. Das stand gar nicht zur Debatte.

Fuhrmann: Gut, das muß ich zur Kenntnis nehmen. — Weil wir jetzt gerade beim Protokoll sind, Herr Kollege: Ich habe mir da etwas mitgeschrieben. Sie haben das zwar dann ein bißchen aufgrund eines Zwischenrufes abgestoppt, aber Sie haben da wörtlich gesagt: Das Protokoll — gemeint das Protokoll von unserem Ausschuß — kriegt man ja ins Haus zugestellt. (Masser: Ja, das ist richtig!) Vom wem kriegen Sie das zugestellt?

Masser: Journalisten bringen mir das.

Fuhrmann: Das Wortprotokoll dieses Ausschusses?

Masser: Das Wortprotokoll, selbstverständlich.

Fuhrmann: Das bringen Ihnen die Journalisten?

Masser: Ja. Wenn Sie die Herren fragen. Ich bin überzeugt, die haben das in kürzester Zeit.

Fuhrmann: Ja, mich hat es ja nur interessiert.

Masser: Deswegen ist ja das öffentlich, das ist ja kein Geheimnis.

Fuhrmann: Nein, nein, mir geht es darum, daß das also nicht das vom „profil“ in den Dokumenten auszugsweise reproduzierte Protokoll ist, sondern das . . .

Masser: Ich habe die Originale.

Fuhrmann: Die Originalprotokolle? (Masser: Ja, kein Zweifel!) Gut. Dann hätten wir das geklärt.

Sagen Sie, hat eigentlich nach Ihrer Auffassung beziehungsweise der Auffassung Ihrer Mandantin in dieser Causa der Herr Guggenbichler jetzt seine Aufgabe erfüllt im Sinne des Auftraggebers oder nicht?

Masser: Er hat sie noch nicht zur Gänze erfüllt, sonst würden wir ihm nicht verweigern, seinen Rest zu bezahlen, den er fordert.

Fuhrmann: In welcher Beziehung hat er sie nicht erfüllt?

Masser: Schauen Sie, es war Bedingung, daß er uns Beweise liefert, die dazu geeignet sind, den vermeintlichen Anspruch der Zapata obsolet zu machen.

Fuhrmann: Und hat er das nicht?

Masser: Er hat die wesentlichen Voraussetzungen erbracht, aber die Fälligkeit, wenn ich das so sagen darf, ist nicht eingetreten, weil ja der Prozeß noch immer offen ist.

Fuhrmann: Ja, verzeihen Sie, Herr Kollege, wir beide als Juristen sind uns darüber einig. Meine Frage war nach dem Grund des Anspruches des Guggenbichler. Sie beantworten mir das mit der Fälligkeit.

Masser: Der Grund des Anspruches des Herrn Guggenbichler ist noch nicht eingetreten. Also, das heißt, es gibt einen Prozeß. Das ist keine Frage. Er hat geklagt, er hat sein Resthonorar eingeklagt. Und wir haben eingewendet, daß die Bedingung noch nicht erfüllt ist. Das heißt, die . . .

Fuhrmann: Nun die Frage: Warum hat man ihm dann die 2,5 Millionen schon bezahlt? Die Hälfte hat er ja.

Masser: Das waren Spesen und Vorauszahlungen auf sein Honorar.

Fuhrmann: Nein, nein, Sie haben gesagt, 2,5 Millionen dieser 5 Millionen hat man.

Masser: Schauen Sie, ich kann Ihnen . . . Nein, nein, nein.

Fuhrmann: Na, das haben Sie ausgesagt. Vielleicht haben Sie sich versprochen, oder ich habe es mißverstanden.

Masser: Herr Kollege, ich habe gesagt, es fehlen noch 2,5 Millionen. Er hat auch schon Honorarzahungen bekommen, und zwar im Laufe der Zeit.

Fuhrmann: Er hat 250 000 Schilling akontiert bekommen, gleich (Masser: Zuerst!), die Spesen sind erst durchlaufend bezahlt worden.

Masser: Im Laufe der Zeit hat er auch — das wurde ihm zugestanden — Honorar beträge bekommen.

Fuhrmann: Von diesen 5 Millionen?

Masser: Von diesen 5 Millionen.

Fuhrmann: Akonto?

Masser: Es sind derzeit . . . Bitte, nehmen Sie mich nicht beim Wort, aber nach meiner Erinnerung ist die Klagssumme, die er jetzt einklagt, rund 2,5 Millionen Schilling.

Fuhrmann: Das deckt sich in etwa mit dem, was er gesagt hat.

Masser: Das ist ungefähr in dieser Größenordnung.

Fuhrmann: Also man bezahlt das deshalb nicht aus, weil die „Bundesländer“ und auch Sie als . . .

Masser: Weil die Bedingung, daß wir völlig befreit sind von dieser Last, noch nicht eingetreten ist. (Fuhrmann: Also wegen mangelnder Fälligkeit!) Das heißt, die zivilrechtliche Frage ist noch nicht 100prozentig erfüllt, wie Sie wissen, das Verfahren ist ja nur unterbrochen.

Fuhrmann: Na, jetzt ist das Verfahren unterbrochen bis zur Beendigung des Strafverfahrens.

Masser: Sehr richtig.

Fuhrmann: Das heißt, der Herr Guggenbichler wird nach der Rechtsauffassung ad infinitum auf seine restlichen 2,5 Millionen zu warten haben.

Masser: Das wissen wir nicht, Herr Kollege, ich habe die Hoffnung . . . Da bin ich optimistischer, ich glaube, daß er nicht mehr lange warten muß.

Fuhrmann: Gut. Sagen Sie, Herr Kollege Masser, Sie haben also am 30. Dezember mit dem Herrn Gruppeninspektor Mayer ein Gespräch gehabt?

Masser: Ja.

Fuhrmann: Bei diesem Gespräch haben Sie laut Ihrer heutigen Aussage mit Mayer über diese ganze Sache auch gesprochen. Sie haben auch über anderes mit ihm gesprochen.

Masser: Sicher, ich mache keinen Hehl daraus.

Fuhrmann: *Moment, Moment, das ist kein Vorwurf. Ich rekapituliere nur, damit ich Ihnen keinen falschen Vorhalt mache.*

Masser: Bitte sehr.

Fuhrmann: *Das brauchen Sie nicht gleich als Vorwurf aufzufassen. Also Sie haben mit Mayer über die ganze Sache gesprochen. Am 30. Dezember — so haben Sie auf Befragen meines Kollegen Dr. Rieder erklärt — hatten Sie schon Ihre Zeugenladung für diesen Ausschuß?*

Masser: Ja.

Fuhrmann: *Auch der Herr Mayer?*

Masser: Er auch. Allerdings nicht die richtige, zeitgemäß.

Fuhrmann: *Mag sein, aber Sie hatten also beide die Zeugenladung für den Ausschuß. Sie waren also beide bereits Zeugen. Nun frage ich Sie — und jetzt nicht unter dem Aspekt Besprechung oder Gespräch Anwalt mit einem Zeugen, sondern unter dem Aspekt, daß Sie beide schon Zeugen waren —, ob Sie das als Jurist, als Rechtsanwalt für vereinbar finden, daß sich Zeugen, die bereits wissen, daß sie Zeugen sind, über diese Sache absprechen.*

Masser: Solange kein Abhängigkeitsverhältnis besteht, finde ich daran überhaupt nichts. Wir haben uns auch nicht abgesprochen, bitte, ich wehre mich gegen das Wort „absprechen“.

Fuhrmann: *Herr Kollege, nein, Moment, jetzt wollen wir schon . . . Verzeihen Sie, Herr Kollege Dr. Masser; darum habe ich Sie das vorher noch extra einmal gefragt, damit kein Mißverständnis besteht, und Sie haben das auch bestätigt. Sie haben . . .*

Masser: Ich habe mich nicht abgesprochen. (Zwischenruf Graff.)

Fuhrmann: *Herr Kollege Graff, der Dr. Masser ist ein so fixer Zeuge, der braucht Ihre Hilfe nicht; wirklich nicht. (Graff: Der Vorhalt muß stimmen!) Bitte, Herr Kollege Dr. Graff, unterbrechen Sie mich jetzt nicht in diesem Punkt und tun Sie nicht Hölzl werfen. Der Dr. Masser braucht das nicht. Es ist eine Beleidigung für den Dr. Masser von Ihnen, wenn Sie glauben, daß er Ihrer Hilfe bedarf.*

Herr Dr. Masser! Sie haben laut Ihrer eigenen Aussage mit Mayer über die ganze Sache gesprochen, und ich halte Ihnen jetzt vor, daß Ihre hier deponierte Meinung, daß das nur dann nicht bedenklich wäre, wenn ein Abhängigkeitsverhältnis bestehen würde, nicht richtig ist. Das widerspricht auch dem § 241 der Strafprozeßordnung. Und abgesehen davon frage ich Sie auch von Anwalt zu

Anwalt, wie Sie das von unserem Standesrecht her sehen. Ich bin der Auffassung, daß das nicht gerade glücklich war.

Masser: Bitte sehr, da haben Sie eine andere Auffassung. Nach meinem Dafürhalten ist nichts dabei, wenn sich zwei anständige Menschen über eine Sache unterhalten.

Fuhrmann: *Die beide Zeugen sind und beide wissen, daß sie Zeugen sind?*

Masser: Bona fide sind, jawohl.

Fuhrmann: *Gut, das ist Ihre Auffassung. Ich nehme es zur Kenntnis.*

Masser: Das ist meine Auffassung. Außerdem haben wir nicht im Detail über diese Dinge . . . Das erste und hauptsächlichste Gesprächsthema war die Frage, wie sich denn das da hier überhaupt abspielt. Sie dürfen nicht vergessen, der Herr Mayer — Sie haben ihn kennengelernt — ist ein vierschrötiger, würde ich sagen, Salzburger, dem also doch die Bundeshauptstadt etwas ferne liegt. Und er wollte aus dem Gespräch wissen, wie spielt sich das ab, in welchem Rahmen et cetera.

Fuhrmann: *War er vielleicht aufgeregt vor dieser . . . ?*

Masser: Aufgeregt war er nicht, er wollte das einfach wissen.

Fuhrmann: *Ich habe mir gedacht . . . Aha! Und das haben Sie ihm erklärt?*

Masser: Er wollte auch wissen, ob es überhaupt dazu kommen wird.

Fuhrmann: *Na, und haben Sie ihm dann das erklärt, was er wissen wollte?*

Masser: Ich bin das erste Mal in einem Untersuchungsausschuß, und ich habe mir erlaubt, ihm meine Vorstellungen dazu zu sagen.

Fuhrmann: *Also das, was er wissen wollte, haben Sie ihm erklärt, nach Ihrer eigenen Aussage vorhin?*

Masser: Diese Details, das habe ich ihm, soweit es Details sind, ich habe über dieses Problem . . .

Fuhrmann: *Welche Details? Sie haben gerade vorher gesagt, über Details haben Sie nicht gesprochen.*

Masser: Meine Meinung, wie sich das hier abspielen wird.

Fuhrmann: *Na, welche Details, Herr Kollege Masser? Ich meine, zuerst sagen Sie: keine Details,*

jetzt sagen Sie: gewisse Details. Jetzt frage ich Sie: welche?

Masser: Zum Beispiel dieses Fragespiel, das Sie jetzt betreiben. Ich lehne es ab, da weit darüber zu reden. Das ist so . . .

Fuhrmann: *Na, entschuldigen Sie, so geht es, bitte, nicht. Ich frage Sie: Über welche Details haben Sie gesprochen, Ihre eigenen Worte?*

Masser: Das weiß ich heute nicht mehr. Das kann ich Ihnen im Detail nicht mehr sagen.

Fuhrmann: *Das können Sie mir nicht mehr sagen?*

Masser: Will ich auch nicht sagen.

Fuhrmann: *Na, können Sie nicht?*

Masser: Beides: Will und kann ich nicht sagen.

Fuhrmann: *Na, Moment! Herr Dr. Masser! Herr Kollege Dr. Masser! Wir haben hier ein Verfahren, dem die Strafprozeßordnung zugrunde liegt, und gerade von Ihnen als Anwalt nehme ich nicht zur Kenntnis, daß Sie sagen, Sie wollen mir hier etwas nicht sagen.*

Masser: Ich kann mich nicht mehr erinnern, was ich da noch im Detail gesagt habe.

Obmann Steiner: *Zur Geschäftsordnung.*

Pilz: *Ich möchte Sie ersuchen, Herr Vorsitzender, den Zeugen darauf hinzuweisen, daß es so nicht geht, daß er sagt, er will nicht aussagen. Es ist seine Pflicht, hier auszusagen.*

Obmann Steiner: *Es ist ganz klar, daß wir hier nach der Strafprozeßordnung vorgehen, und nach der hat sich der Zeuge zu richten, und der ist rechtskundig.*

Bitte sehr, Herr Dr. Fuhrmann.

Fuhrmann: *Ich halte also fest, daß Sie ursprünglich auf meine Frage: Über welche Details haben Sie mit Mayer gesprochen?, erklärt haben, das wollen Sie mir nicht sagen. Nachdem ich Sie auf die Strafprozeßordnung hingewiesen habe, haben Sie erklärt: Sie wissen es nicht mehr. Bleiben Sie dabei, Herr Kollege Dr. Masser?*

Masser: Ja. Ich kann über Details . . .

Fuhrmann: *Da ist Ihnen jetzt innerhalb einer 5-Sekunden-Frist die Erinnerung vergangen, sonst hätten Sie vorher nicht sagen müssen, Sie wollen nicht.*

Masser: Es ist mir nicht die Erinnerung vergangen, sondern ich kann Ihnen sagen, daß das ein

mehr oder weniger belangloses Gespräch war über die Frage, wie sich das abspielt, wie wird das sein, kommen wir überhaupt dran? Ich habe ihm gesagt: Ja, ich glaube schon, es wird nicht mehr verschoben. Es ist ja schon einmal verschoben worden. Er wollte wissen, wann das sein wird. Ich habe gesagt: Ich glaube, es wird also nach den Feiertagen sein. Das ganze Gespräch hat sage und schreibe vielleicht 20 Minuten gedauert. Meine Frau war auch dabei. Wir sind auf der Reise zu meinen Schwiegereltern gewesen. Ich habe ihm schöne Feiertage gewünscht, und das war alles. Bitte sehr.

Fuhrmann: *Gut, ich nehme das einmal so zur Kenntnis, wie Sie es jetzt gesagt haben.*

Noch eine Frage: Herr Kollege! Wann haben Sie eigentlich das erste Mal davon erfahren, daß bei dieser Observierung des damaligen Außenministers Gratz und Proksch in Zürich das Gespräch mit Wanzen abgehört worden ist?

Masser: Vielleicht ein halbes Jahr oder ein Jahr später. Vorher keine Mitteilung von . . .

Fuhrmann: *Hat es damals noch das aufrechte Auftragsverhältnis mit Guggenbichler gegeben, zwischen „Bundesländer“ und Guggenbichler, oder hat er da schon gekündigt gehabt?*

Masser: Das dürfte vielleicht mit dem Zeitraum zusammenfallen in etwa.

Fuhrmann: *Kann sein, daß damals das Auftragsverhältnis noch aufrecht war?*

Masser: Kann sein. Ich weiß das wirklich nicht mehr.

Fuhrmann: *Gut. Haben Sie, Herr Kollege, die Auffassung, oder was sagen Sie dazu: Ist das Abhören mit solchen Wanzen, um es einfacher zu sagen, und das Weiterverwenden dessen, was man da gehört hat, nun gesetzlich in Ordnung oder nicht in Ordnung?*

Masser: Nach meinem Wissen ist das nicht in Ordnung.

Fuhrmann: *Danke.*

Dann ergibt sich meine nächste Frage: Haben Sie dem Herrn Guggenbichler, nachdem Sie dann davon erfahren hatten, daß das geschehen ist, irgendwelche Vorhaltungen diesbezüglich gemacht?

Masser: Nein.

Fuhrmann: *Haben Sie nicht?*

Masser: Das heißt, ich habe ihm gesagt: Wie kommen Sie dazu? Das schon, natürlich. Er hat

von uns nie einen Auftrag . . . Ich habe es ihm vor allem nicht geglaubt; das muß ich Ihnen sagen.

Fuhrmann: *Mag sein.*

Masser: Ich habe es ihm nicht geglaubt, daher war für mich die Frage überhaupt nicht vorliegend. Ich habe es ihm nicht geglaubt. Ich glaube es heute noch nicht.

Fuhrmann: *Herr Kollege, verzeihen Sie: Wenn Sie es nicht geglaubt haben, dann würde sich doch an sich das erübrigen, was Sie einen Satz vorher gesagt haben, nämlich daß Sie zu ihm gesagt haben: Was ist Ihnen da eingefallen?*

Masser: Trotzdem muß man es nicht glauben.

Fuhrmann: *Also Sie haben es nicht geglaubt und haben ihm trotzdem einen Vorwurf gemacht?*

Masser: Ich habe trotzdem gesagt: Wie kommen Sie dazu? Ich habe Zweifel gehabt in der Richtung.

Fuhrmann: *Sagen Sie, ist das eigentlich jetzt in dem Honorarprozeß eingewendet worden, daß Guggenbichler eine Auflage, die ihm erteilt wurde, nämlich sich nur gesetzlicher Mittel zu bedienen, nicht eingehalten habe? Das wäre ja an sich im Zivilprozeß ein recht interessanter Einwand. Haben Sie den Einwand erhoben?*

Masser: Das kann ich Ihnen nicht sagen.

Fuhrmann: *Verzeihen Sie, das ist ein Prozeß, den Sie führen, Herr Kollege.*

Masser: Das ist schon richtig, aber ich mache nicht alles selber. Ich glaube, wir haben es eingewendet. Das weiß ich nicht. Das kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe das nicht selbst diktiert, Herr Kollege. Wir sind sechs Leute im Büro, sechs Anwälte. (*Fuhrmann: Ich weiß, Sie sind eine Großkanzlei!*) Ich kann es Ihnen nicht sagen, ich kenne den Wortlaut nicht. Ich möchte nichts Unwahres sagen.

Fuhrmann: *Herr Kollege, bitte nicht böse zu sein, aber . . .*

Masser: Ich bin auch nicht böse.

Fuhrmann: *Ich kann Ihnen das jetzt im Moment wirklich nicht glauben, denn das ist doch wirklich eine Causa, womit man sich sehr intensiv auch seitens Ihrer Kanzlei befaßt. Daß Sie nicht wissen, ob ein solcher Einwand dem Grunde nach dem Herrn Guggenbichler erhoben worden ist, das kann ich auch deshalb nicht glauben, weil Sie mir gerade vorhin sehr genau erklärt haben, daß deswegen nicht bezahlt wird und der Einwand ist, weil mangelnde Fälligkeit bestehe, weil die Bedingung noch nicht eingetreten ist.*

Masser: Ich habe das nicht im Kopf. Wirklich nicht.

Fuhrmann: *Sie wissen es also nicht.*

Masser: Ich mache das nicht selbst. Ich kann Ihnen das nicht sagen.

Fuhrmann: *Gut, muß ich auch zur Kenntnis nehmen.*

Sagen Sie, der Herr Pretterebner hat uns heute vormittag geschildert, daß er aus Gesprächen mit Ihnen und Ihren Mitarbeitern und so weiter erfahren hat, daß es einen Zeitpunkt gegeben hat, wo Sie befürchtet haben, daß Ihnen die „Bundesländer“ die Vollmacht kündigt. Ich sage auch gleich dazu, in welchem Zusammenhang, ich will Sie da nicht aufs Glatteis führen: weil Sie zu emsig gewesen seien bei der Aufklärung der ganzen Geschichte. Stimmt das?

Masser: Im Jahre 1985 ist Dr. Ruso aus dem Vorstand ausgeschieden, wie Sie wissen. (*Fuhrmann: Ja!*) Es ist mit 2. Jänner 1986 ein neuer Vorstand, das heißt ein Vorsitzender bestellt worden. Da hat sich innerhalb der Bundesländer-Versicherung im Zuge des sogenannten Ruso-Skandals, wenn ich das so formulieren darf, natürlich verschiedenes abgespielt.

Fuhrmann: *Elegant formuliert, nur am Rand bemerkt. „Ruso-Skandal“ ist elegant formuliert, bis jetzt hat es immer „Bundesländer-Skandal“ geheißen.*

Masser: So formuliere ich es. Aber bitte, Sie können auch sagen, in dieser Strafsache, die sich da entwickelt hat, haben sich natürlich verschiedene Verhältnisse innerhalb der Versicherung geändert. Das ist völlig natürlich.

Fuhrmann: *Hat das zur Folge gehabt, daß Sie um die Aufkündigung dieser Vollmacht fürchten mußten?*

Masser: Ich habe nicht gebangt, sondern es hat sich einfach die Kommunikation erst entwickeln müssen mit dem neuen Vorstand, überhaupt der Rhythmus des Umganges. Sie wissen, so eine Versicherung . . . Immerhin sind dort 4 000 Leute beschäftigt . . .

Fuhrmann: *Herr Kollege! Ich falle Ihnen ungern ins Wort, nur: daß 4 000 Leute bei einer Versicherung beschäftigt sind — ich will nicht unnötig, daß wir es verlängern —, hat wohl nichts damit zu tun, ob ein Anwalt befürchtet oder den Eindruck gewinnen muß, daß man ihm die Vollmacht aufkündigt. Wenn Sie so lieb sind, vielleicht ein bißchen präziser auf meine Fragen zu antworten.*

Masser: Von Aufkündigung war nie die Rede, es haben . . .

Fuhrmann: Nein. Ob Sie den Eindruck hatten.

Masser: Nein. Es waren am Anfang gewisse Kommunikationsschwierigkeiten, es waren neue Verhältnisse, daher haben sich gewisse Schwierigkeiten im Umgang ergeben, die sind aber total behoben (*Fuhrmann: Haben Sie das dem Pretterebner erzählt?*), ich bin unangefochten im Vertrauen dieser Herren und auch der ganzen Rückversicherer. Auch die Rückversicherer, das können Sie sich vorstellen, waren verunsichert durch diesen Umstand.

Fuhrmann: Sie sind heute nach wie vor bevollmächtigter Anwalt der „Bundesländer“.

Masser: Absolut. Uneingeschränktes Vertrauen aller Beteiligten.

Fuhrmann: Wissen wir ja. Haben Sie das dem Herrn Pretterebner erzählt oder angedeutet?

Masser: Das hat er natürlich erfahren, daß es dieses Verhältnis gibt.

Fuhrmann: Wieso „natürlich“?

Masser: Weil ich mit ihm geredet habe.

Fuhrmann: Also hat er es von Ihnen . . . ?

Masser: Hat er von mir gehört.

Fuhrmann: Haben Sie ein so intimes Verhältnis mit Herrn Pretterebner?

Masser: Ein so intimes nicht, aber . . . So wie er es heute gesagt hat. Sie wissen, Pretterebner ist ein sehr, wenn ich das so weitergeben kann, emsiger und lästiger Journalist, das darf ich wohl sagen, er hat mich wiederholt gefragt über alle möglichen Dinge. Da kann ich ihm das wahrscheinlich auch einmal angedeutet haben.

Fuhrmann: Haben Sie da nicht befürchtet, wenn der Pretterebner mit Ihnen als Journalist Kontakt hatte, daß er das dann irgendwo dann auch einmal niederschreibt, daß da doch ein eigenartiger Eindruck entstehen muß, wenn der Anwalt der „Bundesländer“ jetzt befürchten muß, daß ihm die Vollmacht . . .

Masser: Vielleicht hat er es auch von woanders her, ich kann mich an die Details . . .

Fuhrmann: Nein, Herr Kollege. Sie haben gerade vorher gesagt, daß Sie es ihm erzählt haben, nicht: vielleicht hat er es woanders her.

Masser: Kann sein. Ich habe gesagt, es kann sein, daß ich mit ihm darüber geredet habe.

Fuhrmann: Nein, jetzt weichen Sie mir schon sehr aus. Herr Kollege Masser! Jetzt weichen Sie

mir aber schon sehr aus. Sie haben vorhin ausdrücklich gesagt, Sie haben es dem Pretterebner erzählt. Wenn ich Sie jetzt darauf aufmerksam mache, daß das doch eigenartig ist, weil ein Journalist ja so etwas dann schreiben kann und das einen schlechten Eindruck in der Öffentlichkeit machen kann, sagen Sie, vielleicht hat er es woanders her. Also bitte!

Masser: Kann sein. Ich habe gesagt, ich weiß nicht woher . . .

Fuhrmann: Sie müssen doch bitte wissen, ob Sie es ihm gesagt haben oder wer anderer, notabene wenn Sie gerade vorhin über meine Frage das hier deponiert haben.

Masser: Was wollen Sie jetzt wissen? Wie heißt Ihre Frage?

Fuhrmann: Ob Sie es jetzt dem Pretterebner gesagt haben, oder ob Sie jetzt sagen, Sie wissen es nicht.

Masser: Ich schließe es nicht aus, daß ich es ihm gesagt habe, wie ich auch nicht ausschließe, daß er das auf irgendeine Art anderwärtig erfahren hat.

Fuhrmann: Gut. Wenn Sie es nicht ausschließen, daß Sie es ihm gesagt haben, dann ist meine daran anschließende Frage vorhin berechtigt, ob Sie das nicht eigenartig finden, weil Sie doch damit rechnen mußten, bei der von Ihnen nicht ausgeschlossenen Mitteilung, daß Ihnen die Vollmacht aufgekündigt werden könnte, daß der das dann irgendwo publiziert.

Masser: Von einer Aufkündigung der Vollmacht ist nie . . .

Fuhrmann: Einem Auseinandergehen der beiden Vertragspartner Masser und „Bundesländer“.

Masser: Auch das nicht, sondern nur von Kommunikationsschwierigkeiten, davon habe ich geredet.

Fuhrmann: Gut. Sagen Sie, jetzt habe ich noch eine Frage an Sie, und dann bin ich schon fertig; zwei werden es werden. Wie hat man eigentlich und wie schätzt man heute die Bonität der Zapata ein, seitens Ihrer Mandantschaft „Bundesländer“ und von Ihrer höchstpersönlichen Warte aus? Wie schätzen Sie die Bonität der „Bundesländer“ ein, verzeihen Sie, der Zapata, meine ich.

Masser: Ich würde sagen, nicht gut.

Fuhrmann: Nicht gut. Nicht gut ist schon was, aber jetzt muß ich Sie trotzdem fragen, wie „nicht gut“, „schlecht“, „sehr schlecht“, „äußerst schlecht“?

Masser: Ich würde sagen: schlecht, eher schlecht.

Fuhrmann: Also schlecht. Nun ergibt sich für mich daraus natürlich schon die Frage, Herr Kollege: Wenn ich einen Prozeßgegner habe im Zivilprozeß, in einem derart kostenintensiven Zivilprozeß — Gerichtsgebühren haben wir gehört, Wiederaufnahmsklage, 2,5 Millionen nur Gerichtskosten, Sachverständigengebühren, Anwaltskosten; ich gehe bei Ihnen davon aus, Sie sind ein solch seriöser Anwalt, daß Sie auch, was Ihre eigenen Kosten betrifft, die Mandantschaft informieren, wie hoch das kommen kann —, sagen Sie, da steht doch zu befürchten, daß auch bei Obsiegen, also wenn Zapata nichts bekommt, jetzt „Bundesländer“ und Ihre Rückversicherer mit diesen Zigmillionen bereits Kosten belastet bleiben?

Es ergibt sich daher für mich jetzt die zwingende Frage: Warum hat man nicht aus diesem Grund, weil zu befürchten ist, daß die Obsiegenkosten dann nicht exequierbar sein werden beim Prozeßgegner, warum hat man nicht aus diesem Grund versucht, es über das Strafverfahren zu spielen, weil zumindest die Sachverständigenkosten auf Kosten des Staates gegangen wären, man keine Gerichtsgebühren seitens Ihrer Mandantschaft gehabt hätte? Wenn die eingestellt hätten, hätte man als Subsidiarankläger auftreten können. Warum hat man das nicht in Erwägung gezogen, wenn man schon die Zapata, die Prozeßgegnerin, als so schlecht einschätzt?

Masser: Die Gewähr, daß es in einem Strafprozeß oder aufgrund einer Anzeige zum Zeitpunkt — Sie spielen immer an auf die Zeit vor 1983 nehme ich . . .

Fuhrmann: Ja, natürlich, weil dann ist es sowieso gelaufen.

Masser: Ja, ja. Daß man da die Gewähr hat, daß das auch ausgetragen würde, war uns zu unsicher, das ist das erste, und . . .

Fuhrmann: Die Möglichkeit bei einer Einstellung eines Subsidiarantrages ist Ihnen bewußt.

Masser: Und wenn es zu einer Einstellung gekommen wäre — wir haben uns das sehr wohl überlegt — im Stadium der Vorerhebungen, dann hätte es nicht einmal ein Rechtsmittel gegen einen weiteren Beschluß . . . Wenn wir einen Subsidiarantrag gestellt hätten und die Ratskammer dem nicht Folge gegeben hätte, hätte es kein Rechtsmittel mehr gegeben. Daher: Alle diese Überlegungen sind eben ein Risiko der Versicherung gewesen. Sie hatte keine Wahl. (Fuhrmann: Sie hatte schon eine Wahl!) Wenn wir das nicht weitergetrieben hätten, dann wäre die Gefahr gewesen aufgrund einer Einstellung . . . Nehmen wir an, es wäre zu einer Einstellung gekommen.

Fuhrmann: Dann hätte man den Zivilprozeß trotzdem führen können.

Masser: Dann wäre das ein gravierendes Indiz gegen uns gewesen. Wir hätten vielleicht das schon zahlen müssen. Das ist gar keine Frage.

Fuhrmann: Gut. Das war Ihre Auffassung, Ihre Meinung.

Masser: Nicht nur meine, sondern das ist . . . (Graff: Ich wollte nicht unterbrechen, aber, Herr Kollege, wenn Sie einen Trick wissen, wie man einen Passiv-Prozeß anbringt, bin ich dankbar!) Das wollte ich gerade sagen.

Fuhrmann: Nicht gewinnt, das habe ich nicht gesagt, da müssen Sie mir zuhören, sondern daß man . . .

Masser: Herr Kollege! Wenn ich noch einmal sagen darf: Es gab keine andere Wahl. Und Sie können überzeugt sein, daß 99 Prozent Rückversicherer sich auch den Kopf darüber zerbrochen haben, wie man hier vorgeht, und . . .

Fuhrmann: Gut, ich nehme zur Kenntnis, das Kostenrisiko hat man in Kauf genommen.

Masser: Das muß man in Kauf nehmen, selbstverständlich.

Fuhrmann: Gut, geht in Ordnung. Danke.

Masser: Bitte sehr.

Obmann Steiner: Bitte, darf ich auch einmal etwas sagen. Bitte, warum sitzen wir eigentlich da? — Weil der Strafprozeß nicht geht, nicht? Bitte. (Fuhrmann: Das hat er auch nicht gewußt!) Das hatte er nicht gewußt, aber heute wissen wir es alle. (Zwischenrufe.)

Masser: Aber die Intuition, Herr Kollege, habe ich gehabt, daß wir einmal so enden werden.

Obmann Steiner: Bitte, ich muß die Rednerliste einhalten. Entschuldigen Sie, daß ich dazwischengespielt habe.

Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Dr. Masser! Mir hat das, ich sage es ganz ehrlich, nicht sehr gefallen, dieses Scharmützel mit dem Kollegen Fuhrmann. Können wir das vielleicht ein bißchen ausräumen. Haben Sie mit dem Gruppeninspektor Mayer inhaltlich über das Thema seiner oder Ihrer Zeugenaussage geredet? Die Themen sind ja nicht unbedingt dieselben, wie wir gehört haben alle miteinander. (Schieder: Ein zweiter Versuch!) Bitte? Ich glaube, das gehört ausgeräumt, und ich verstehe auch, wenn man sich dann irgendwie verbeißt und sagt, gibt man eine schnippische Antwort. Passiert mir auch.

Masser: Nein, es hat kein Abreden in diesem Punkt, wo wir — jetzt ich als zweiter — hier sitzen, gegeben, bitte.

Graff: Gut, also über den Inhalt der Zeugenaussagen ist nicht gesprochen worden?

Masser: Nein. Absolut nicht.

Graff: Okay. Nächster Punkt: Wir haben hier, eine Weile ist es schon her, den Auftritt von zwei bedeutenden Experten aus dem Gebiet der Transportversicherung gehabt, nämlich des Herrn Pretterbner und des Herrn Dr. Pilz, und die haben uns weismachen wollen, daß es absolut üblich ist, daß bei der Transportversicherung alles kontrolliert wird. Nun, der Dr. Demel macht das immer so, wenn er in einer Sache befaßt ist, bringt er persönliches Fachwissen auch ein. Ich darf das vielleicht auch tun und sagen: Also in den Prozessen, die ich geführt habe in dem Bereich, ist ein Schmarren nachgeschaut worden, vielmehr ist die Versicherung eingedeckt worden per Telefon und Aktenvermerk. Und dann, wenn es nicht ankommt oder wenn eine Havarie ist oder irgend etwas, dann wird kontrolliert. (Zwischenruf Pilz.)

Ich frage Sie, weil der Herr Dr. Pilz ganz besonders das Gutachten Enge (phonetisch) in Zweifel gezogen hat. (Pilz: Das wirft ein Licht auf Ihre Fälle!) Nun es kommt darauf an, bei 200 Millionen wahrscheinlich täten Sie das auch schriftlich machen, aber bitte sehr.

Jedenfalls sagt der Dr. Enge (phonetisch), und der hat sicher bedeutende Fälle zu bearbeiten, daß es absolut unüblich sei, daß der Versicherer vor der Versendung oder bei der Verpackung kontrolliert. Und der Herr Dr. Pilz hat das so hingestellt, als ob hier jetzt mit dem Dr. Enge (phonetisch) mit aller Gewalt eine gerade noch passende Formulierung konstruiert worden wäre, um einen Punkt, den Sie, Herr Dr. Masser, mit dem Gutachten beweisen wollen, drüberzubringen.

Ich frage Sie daher: Ist über diese gutachtliche Äußerung des Dr. Enge (phonetisch), ist der in irgendeiner Weise beeinflusst worden, daß das in der oder in jener Richtung ausfallen soll?

Masser: Nein. Ich kenne den Herrn Dr. Enge (phonetisch) persönlich nicht, habe ihn noch nie gesehen. Ich habe mit ihm ein einziges Mal telefoniert, habe ihn gefragt, ob das sein Fachgebiet ist. Er hat gesagt: Ja, sie können das unterstellen! Und daraufhin habe ich ihm einen Brief geschrieben und habe diese konkrete Frage, die er mit konkreter Antwort versehen hat, gestellt.

Graff: Gut. — Und jetzt frage ich Sie, weil doch nicht nur Juristen im Saal sind, eine Rechtsfrage, aber quasi als sachverständigen Zeugen: Ist eigentlich ein Privater, der vom Verdacht einer strafbaren Handlung Kenntnis erhält oder selber diesen

Verdacht schöpft, verpflichtet, das der Staatsanwaltschaft anzuzeigen oder nicht?

Masser: Nein.

Graff: Nein. — Und wie ist das anders bei . . . (Schieder: „Bundesländer“!) Ein Privater, habe ich gefragt. Die Bundesländer-Versicherung ist ein Privater. Oder ziehen Sie das in Zweifel, Herr Kollege? (Zwischenruf Schieder.) Nein, es gibt den § 84 Strafprozeßordnung . . . Nein, da sieht: öffentliche Behörden und Ämter. Bitte, ich frage den Zeugen: Ist die Bundesländer-Versicherung eine öffentliche Behörde oder ein Amt im Sinne des § 84 Strafprozeßordnung?

Masser: Nein.

Graff: Nein. (Rieder: Weit entfernt davon!) Weit entfernt. Na also, Herr Kollege. Warum machen Sie dann so komische Beweisanträge?

Auf deutsch gesagt: Es besteht also keine Verpflichtung, die Strafanzeige zu machen, sondern es ist eine Frage der wohlwollenen — auch taktischen, natürlich — Überlegung. Und ein Aspekt wurde jetzt noch nicht gesagt, der ist zwar herausgekommen, als Pretterbner ausgesagt hat über das, was er völlig unzulässigerweise Bestechungsversuch nannte, nämlich das angebliche Bemühen der „Bundesländer“, das Buch und damit weitere Publizität zu vermeiden. Nun frage ich Sie, Herr Dr. Masser, auch aus Ihrer Praxis mit Versicherungen: Wenn eine Versicherung geklagt wird und nicht zahlen will, ist sie interessiert, das besonders publik zu machen?

Masser: Nein.

Graff: Ist das Strafverfahren eher geeignet, Publizität herbeizuführen, oder das Zivilverfahren eher geeignet, Publizität herbeizuführen?

Masser: Das Strafverfahren natürlich.

Graff: Darf ich dann messerscharf schließen, daß das Strafverfahren für die Versicherung nicht eine besonders erfreuliche Geschichte unter dem Gesichtspunkt der Kundenakquisition ist, weil sich nämlich ein künftiger Kunde auch denken könnte: Bei mir zahlen sie dann womöglich auch nicht, obwohl ich nicht Zapata heiße!?

Masser: Ja, das ist sicher in den Überlegungen der Versicherer verankert, diese Geisteshaltung.

Graff: Sie sehen, keinerlei Suggestivfragen, ist völlig klar, der Zeuge hat die völlige Möglichkeit . . . (Schieder: Ist das jetzt erreicht worden für die Bundesländer-Versicherung!) Nein, es ist in der Sache manches, Herr Kollege Schieder, nicht so gelaufen, wie man sich das vorgestellt hat.

Jetzt noch einen Aspekt, dann bin ich gleich fertig. Es war bei dem Zwischenurteil des Oberlan-

desgerichtes Wien, der Anspruch besteht dem Grunde nach zu Recht, 17. 2. 1983, der Vorsitzende der Herr Dr. Jäger. Ist Ihnen, Herr Kollege Masser, bewußtmaßen dann in der Folge der Dr. Jäger, auch als er schon vom Obersten Gerichtshof für befangen erklärt wurde, in diesem Verfahren am Rande wieder begegnet?

Masser: Da muß ich scharf nachdenken.

Graff: Darf ich ein Hölzerl werfen: Als Syndikus des Sachverständigenverbandes?

Masser: Ja, das ist richtig, mit dem Singer-Gutachten, damit hat er zu tun.

Graff: Ja, und schon vorher mit dem Bayerl-Gutachten.

Masser: Mit dem Bayerl ebenfalls, sehr richtig, ja.

Graff: Wie war denn das?

Masser: Er ist zugleich auch . . .

Graff: Entschuldigen Sie. Da hat die Frau Dr. Pitzlberger eine Eingabe gemacht am 12. 4. 1985. Wie war das mit der Eingabe? Was hat sie darin . . . ?

Masser: Jetzt kommt mir der Sachverhalt wieder. Sie hat . . . Das erste war in der Sache Bayerl, glaube ich, das war früher. Das kann ich jetzt nicht sagen, Bayerl war früher.

Graff: Bayerl, im April 1985, ja.

Masser: Da hat man dessen Sachverständigenqualifikation in Frage gestellt, und zwar ganz massiv, und da hat er mitgewirkt, der Herr Dr. Jäger.

Graff: Ja, aber schon vorher. Zunächst einmal ist es zum ZRS gekommen, und dort hat es der Vizepräsident behandelt.

Masser: Der Demel, ja.

Graff: Der Demel, und zum Verband geschickt, und dort war es beim Jäger.

Masser: Sehr richtig, ja.

Graff: Es sind doch eigentlich immer wieder dieselben Menschen. Hat Sie das beunruhigt?

Masser: Ja, wir haben versucht, nachdem wir das erfahren haben, . . .

Graff: Oder ist es Ihnen damals — das könnte ja auch sein — noch nicht aufgefallen?

Masser: Nein, nein, das ist uns natürlich nicht . . . Wir haben ja erst immer hintennach das er-

fahren. Wie wir draufgekommen sind, haben wir natürlich diese Sache sehr wohl bemerkt und auch versucht, das klarzustellen, daß die beiden Herren eben hier parteiisch sind. Das haben wir wohl releviert. Und das zweite war dann in dem Verfahren mit dem Singer.

Graff: Mit dem Singer, ja.

Masser: Da war das das gleiche.

Graff: Da war es das gleiche.

Masser: Da hat er jedenfalls ein Engagement gezeigt, das über das normale Maß hinausgeht, glaube ich, bitte. Ich habe das nicht mehr so im Kopf, aber ich glaube schon, daß das stimmt.

Graff: Und jetzt wieder zurück zu dem Zivilverfahren. Ich möchte jetzt — ich hätte es ja gerne gefragt, aber die Frau Dr. Pablé hat das wirklich sehr gründlich und sachkundig schon gefragt — nur wissen, wie es dann weitergegangen ist nach der neuerlichen Entscheidung des Oberlandesgerichtes, wo ja dann der Schiemer-Senat oder der Senat mit dem Vorsitzenden Schiemer noch einmal zuungunsten der „Bundesländer“ entschieden hat. Wie ist das dann weitergegangen? Sie haben etwas gesagt von unterbrochen und Wiederaufnahmsklage.

Masser: Ja. Es ist in diesem Beschluß . . . Es ist ein Beschluß, in dem auch kein Rechtskraftvorbehalt enthalten ist. Das ist, glaube ich, der Beschluß vom 30. Dezember, das ist der Beschluß, da wurde die Sache wieder zurückverwiesen an die erste Instanz.

Graff: Das war das, wo man Ihr Vorbringen nicht zugelassen hat?

Masser: Jawohl, in der Streitverhandlung vom 22. hat man das nicht zugelassen, und in der Entscheidung auf Seite 19 hat man hineingeschrieben: Die Erhebungen der Beklagten sind somit als abgeschlossen anzusehen und die Klagsforderung ist demnach fällig.

Dieser Passus — wir haben das sehr wohl überlegt und Rechtsmeinungen eingeholt — hat uns dazu veranlaßt, eine Wiederaufnahmsklage einzubringen, weil damit auch der ersten Instanz nach unserer Auffassung die Möglichkeit entzogen ist, über dieses Thema noch einmal zu verhandeln. (*Graff: Eine interessante prozessuale . . . !*) Eine ganz außergewöhnliche Frage, wobei es zwei Meinungen gab. Das Oberlandesgericht hat zuerst die Klage zurückgewiesen — (*Graff: Wieder einmal! War das wieder der Senat oder ein anderer?*) Das war derselbe. — Mit der Erklärung, das kann man in der ersten Instanz wieder lösen. Dann haben wir dagegen rekuriert, und der Oberste Gerichtshof hat dann mit seiner Entscheidung — Momenterl, wo ist die? (*Graff:*

21. 11. 1985!) Jedenfalls die letzte Entscheidung! — ausdrücklich gesagt, das Verfahren ist fortzusetzen und diese Klage ist daher zulässig.

Graff: Also das Hauptverfahren, Herr Kollege Masser, der ursprüngliche Prozeß ist jetzt wieder in erster Instanz, beim Swoboda. Nicht?

Masser: Jawohl, und dort ist er unterbrochen worden. Gegen die Unterbrechung hat die Zapata ...

Graff: Bis zur Beendigung des Strafprozesses.

Masser: Moment, da gehört wieder dagegen rekuriert. Aus zwei Gründen ist es unterbrochen worden: Der erste Grund ist, bis das Strafverfahren beendet ist, und der zweite, bis die Wiederaufnahmsklage entschieden ist, also beide Gründe.

Graff: Aber die Wiederaufnahmsklage ist auch unterbrochen?

Masser: Ist auch unterbrochen. Und dagegen hat die Gegenseite ebenfalls rekuriert.

Graff: In diesem Fall ist Ihnen das Strafverfahren und sogar bei allen Nebenaspekten die Nichtbeendigung des Strafverfahrens jetzt als Beklagtem gar nicht so unrecht.

Masser: Kann man sagen. Obwohl ich glaube, daß das Material, das heute auf dem Tisch liegt, inzwischen auch dem Zivilgericht völlig ausreicht, um eine Klage . . .

Graff: Jetzt fangen Sie schon wieder an, jetzt haben Sie gesehen, wie Ihr Material nicht ausreicht, Herr Kollege, trotz bester Einschätzung.

Masser: Ich bin ein Optimist. Ich hoffe.

Obmann Steiner: Danke. Als nächste hat sich Frau Dr. Partik-Pablé gemeldet. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Masser! Sie haben heute ein Vorbringen vom November 1984 vorgelegt, das Sie im Zivilverfahren gestellt haben, das vom Richter abgelehnt worden ist. Da steht auf Seite 5: „Der Zeuge Udo Proksch hat gesagt, die größten und wichtigsten Teile der Gesamtanlage wurden von Egger geliefert.“

Ich frage Sie: War zum damaligen Zeitpunkt bekannt, daß der Herr Egger als Firmengegenstand die Erzeugung von Schanieren für Schmuckkästchen im Handelsregister eingetragen hat?

Masser: Ja, das war schon bekannt.

Helene Partik-Pablé: Und trotzdem ist dieses Vorbringen vom Zivilrichter abgelehnt worden?

Masser: Es ist mir das Wort entzogen worden. Ich konnte nur durch ein Zusatzprotokoll das in den Akt bringen.

Helene Partik-Pablé: Ich habe noch einige Fragen im direkten Zusammenhang mit der Bundesländer-Versicherung. Heute hat der Herr Pretterebner erwähnt, daß die Bundesländer-Versicherung nicht sehr gerne gesehen hat, daß das Buch „Der Fall Lucona“ erscheint. Wissen Sie davon etwas?

Masser: Ich glaube, heute schon gesagt zu haben, daß ich an diesem Gespräch, das hier schildert ist, nicht teilgenommen habe, das heißt, ich wurde dazu nicht eingeladen. Ich habe später davon Kenntnis erlangt. Ich könnte nur meinen Eindruck wiedergeben, aber ich glaube, das ist nicht relevant.

Helene Partik-Pablé: O ja, es würde mich deshalb Ihr Eindruck interessieren, weil Sie ja immer wieder mit den Bundesländer-Versicherungsvertretern gesprochen haben und sich daher Ihr Eindruck doch herausgebildet hat aus den Äußerungen der Vorstandsmitglieder oder der anderen Vertreter der Bundesländer-Versicherung.

Masser: Mein Eindruck — das ist wirklich nur ein Eindruck, den ich habe — ist der, daß der Vorstand der Bundesländer-Versicherung in der Zeit der Hochblüte, würde ich sagen, des „Ruso-Skandals“ nicht daran interessiert war, daß die Öffentlichkeit durch eben ein solches Buch neuerlich Anlaß hat, die Versicherung ins Gerede zu bringen. Das war das Bestreben des Vorstandes nach meinem Eindruck, das möglichst hinauszuziehen. Das muß der Anlaß gewesen sein, so denke ich. Ich habe nie genaue und exakte Wahrnehmungen darüber gehabt und auch mit den leitenden Herren der Bundesländer-Versicherung darüber nicht geredet. Ich wollte mich in diese Diskussion nicht hineinmischen.

Helene Partik-Pablé: Also mit Ihnen ist darüber direkt nicht gesprochen worden?

Masser: Nein. Ich bin nur informiert worden, daß es ein solches Gespräch gab.

Helene Partik-Pablé: Welches Gespräch, bitte?

Masser: Dieses Gespräch, das Pretterebner in dem Buch schildert.

Helene Partik-Pablé: Ein Gespräch zwischen Pretterebner und . . .

Masser: Und dem Vorstand, so, wie er das schildert. Ich weiß nicht genau, wer dabei war, jedenfalls, glaube ich, drei Vorstandsmitglieder, teilweise Dr. Weiser.

Helene Partik-Pablé: Was die Bundesländer-Versicherung beabsichtigt hat, um das Buch nicht zum Erscheinen zu bringen oder um den Herrn Pretterebner dazu zu bringen, nicht darüber zu schreiben, wissen Sie darüber etwas?

Masser: Noch einmal: Ich habe keine Informationen darüber, sondern ich weiß nur aus den späteren Gesprächen — das sind Mosaik —, daß ich glauben kann, annehmen zu dürfen, daß die Herren zumindest den Zeitpunkt des Erscheinens des Buches hinausschieben wollten.

Helene Partik-Pablé: Ob es da ein Gespräch gegeben hat, in dem Pretterebner Geld angeboten worden ist, ist Ihnen nicht bekannt?

Masser: Das weiß ich nicht. Ich war nicht dabei.

Helene Partik-Pablé: Es hat sich ja für Sie und auch für den Vorstand der Bundesländer-Versicherung relativ früh herausgestellt, daß auch da sehr starke kriminelle Aspekte in der Sache Lucona — Udo Proksch enthalten sind. Das geht ja hervor — das haben Sie schon gesagt — aus den Ermittlungen des Detektivs Penk-Lipovsky und so weiter.

Ich möchte nun gerne wissen: Ist Ihnen bekannt, daß der Aufsichtsrat eigentlich von diesen Aspekten und von der Frage „Soll man das Strafgericht befassen?“ verständigt worden ist?

Masser: Eigene Wahrnehmungen habe ich darüber nicht.

Helene Partik-Pablé: Gespräche? Aus Gesprächen, die Sie darüber geführt haben?

Masser: Aus eigenen Wahrnehmungen weiß ich nicht — ich war nicht dabei —, ob man den Aufsichtsrat informiert hat. Ich weiß, daß über diesen Fall berichtet wurde. Wie, das weiß ich nicht. Ich war nie dabei.

Helene Partik-Pablé: Im Aufsichtsrat ist darüber berichtet worden? Das wissen Sie?

Masser: Das ist mir gesagt worden.

Helene Partik-Pablé: Von wem ist Ihnen das gesagt worden?

Masser: Vom jeweiligen Vorstand. Ich glaube, das auch von irgendeinem Aufsichtsrat einmal gehört zu haben. Es liegt ja auf der Hand, daß man das berichtet, das ist ja eine außergewöhnliche Sache. Wie gesagt, eigene Wahrnehmungen habe ich nicht, ich war bei einer Aufsichtsratsitzung nie dabei.

Helene Partik-Pablé: Ich habe Sie auch um die indirekten Wahrnehmungen ersucht. Sie haben gesagt, Sie wissen aus Gesprächen . . .

Masser: Indirekt weiß ich, daß darüber sicher im Aufsichtsrat gesprochen wurde.

Helene Partik-Pablé: Mich würde nur interessieren, von wem Sie . . .

Masser: Die Quelle kann ich Ihnen nicht konkret sagen. Ich bilde mir ein, daß die Herren der Transportversicherung das auch gewußt haben.

Helene Partik-Pablé: Können Sie mir vielleicht, wenn nicht konkret, dann unkonkret sagen, wie die Herren geheißen haben, von denen Sie das wissen.

Masser: Das kann ich nicht.

Obmann Steiner: Was ist der Unterschied? Was ist „unkonkret“, bitte?

Masser: Frau Doktor! Ich tue mich wirklich schwer, jetzt einen Namen zu nennen, weil ich vielleicht da etwas Falsches sage. Aus meiner Erinnerung weiß ich . . . Ich habe an diese Sache nicht solche Bedeutung gehalten.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Dr. Masser hat zuerst gesagt, er weiß es von einem Aufsichtsratsmitglied (Masser: Ich glaube, es zu wissen!) — glaubt, es zu wissen. Da wollte ich gerne den Namen wissen. Er hat zwar dann später gesagt, er weiß es nicht mehr konkret. Das war etwas zynisch gemeint, das „unkonkret“. Wenn man sich nämlich daran erinnern kann, daß ein Aufsichtsratsmitglied mit einem gesprochen hat, dann wird man, habe ich angenommen, vielleicht auch wissen, wer dieses Aufsichtsratsmitglied war.

Masser: Ich kann mich da nicht festlegen. Ich weiß es wirklich nicht mehr.

Helene Partik-Pablé: Gut. — Herr Dr. Masser, wissen Sie, ob bei den Verantwortlichen der Bundesländer-Versicherung interveniert worden ist, daß es zu einer außergerichtlichen Bereinigung kommt, daß es zu einer Zahlung der Bundesländer-Versicherung an die Zapata oder deren Verantwortlichen kommt?

Masser: Der erste Versuch in dieser Richtung ist durch das Einschreiten des Kollegen Dr. Weiss-Tessbach, der im Jahre 1978, glaube ich, anstelle der Kanzlei Damian-Amhof eingeschritten ist, erfolgt. Es hat da eine Korrespondenz gegeben, ob man das nicht vergleichen kann, und das wurde von der Mandantschaft abgelehnt. Ich habe das auch sofort zu erkennen gegeben. In der Folge hat mich Generaldirektor Cretnik informiert — das muß 1979 oder 1980 gewesen sein —, daß er zu einem Gespräch eingeladen wurde. Und zwar hat damals der auch in diesem Zivilprozeß ein Gutachten erstattende Rechtsanwalt Dr. Hegemann (phonetisch) aus Köln über Veranlassung des Herrn Wolf von Amerongen — das ist der

Herr vom Deutschen Industrie- und Handelstag — so ein Vergleichsgespräch entriert. Es wurde aber auch abgelehnt.

Helene Partik-Pablé: Ist es auch von seiten der Politiker zu Interventionen gekommen?

Masser: Ich kenne in der Folge nur diesen Brief des Herrn Leopold Gratz in seiner Eigenschaft als Bürgermeister damals an den damaligen Herrn Generaldirektor Binder — das ist mir bekannt —, der sich offensichtlich auch um einen Vergleich bemüht hat.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, in seiner Eigenschaft als Bürgermeister hat Gratz . . .

Masser: Na, damals war er Bürgermeister. Nicht in seiner Eigenschaft, vielleicht hat er nur als Freund agiert, das kann ich nicht . . .

Helene Partik-Pablé: Aus welchem Verhältnis heraus . . .

Masser: Zugleich ist er ja Präsident des Aufsichtsrats der Wiener Städtischen damals gewesen.

Helene Partik-Pablé: Und wo ist interveniert worden, bei der Wiener Städtischen?

Masser: Ja. Da gibt es diesen Brief, das ist ja kein Geheimnis, den kennen Sie ja. Da gibt es einen Brief des Bürgermeisters Leopold Gratz an Dr. Binder, ob man da nicht irgendeine Regelung treffen kann. In diesem Sinne. So verstehe ich das.

Helene Partik-Pablé: Ja. — Hat es weitere Interventionen gegeben, von denen Sie wissen?

Masser: Mir fällt im Augenblick außer den schon genannten keine ein. Vielleicht habe ich etwas vergessen.

Helene Partik-Pablé: Gut, danke.

Masser: Es sind immer wieder Gerüchte gekommen und Versuche und so weiter auf allen möglichen Ebenen, aber an mich direkt ist niemand herangetreten, außer den schon Genannten.

Helene Partik-Pablé: Jetzt haben Sie mich noch zu einer Frage veranlaßt. Sie haben gesagt, auf allen Ebenen sei es zu Gerüchten (Masser: Na, Gerüchte hat es gegeben! Mein Gott, na!) und Versuchen gekommen, bei Ihnen nicht. Können Sie mir sagen, welche Gerüchte Ihnen da zu Ohren gekommen sind und auf welchen Ebenen sich das abgespielt hat?

Masser: Es sind Gerüchte. Ich kann nicht mehr sagen.

Helene Partik-Pablé: Ich habe Sie ja um Gerüchte gefragt. Ich habe Sie ja nicht gefragt, was jetzt mit Ihnen gesprochen worden ist, sondern welche Gerüchte Ihnen zu Ohren gekommen sind.

Masser: Es wurde einmal gesagt, daß ein Abtausch von Interessen, Vergleich, man zahle etwas an Proksch und im Gegenzug würde der Raiffeisensektor nicht mehr Gefahr laufen, daß er in das Kartellgesetz eingebaut wird . . . Das war einmal ein solches Gerücht. Das ist sogar vom Ausland gekommen. Ich wurde damals zum Vizepräsidenten des Aufsichtsrates geladen, und das wurde sofort dementiert. Und ich wurde auch ermächtigt, daß ich dieses Gerücht in der Öffentlichkeit dementiere.

Helene Partik-Pablé: Können Sie mir den Namen des Vizepräsidenten des Aufsichtsrates nennen?

Masser: Das war der damalige Generaldirektor der Genossenschaftlichen Zentralbank Dr. Klauhs.

Helene Partik-Pablé: Und auf welcher Ebene soll dieses Angebot, dieser Abtausch, erstellt worden sein?

Masser: Auf höchster politischer Ebene. Das ist nicht gesagt worden, das ist mir nicht bekannt.

Helene Partik-Pablé: Welche Personen da agiert haben um diesen Vergleich, das ist Ihnen nicht bekannt?

Masser: Nein, ist mir nicht bekannt. Ist mir nicht gesagt worden.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Dr. Masser! Um gleich bei dem Thema zu bleiben: Sie sind zum damaligen Vizepräsidenten des Aufsichtsrates Klauhs geladen worden, und es ist dementiert worden. Können Sie näher beschreiben, wie sich das abgespielt hat?

Masser: Ja, es gab . . . Ich habe es schon gesagt.

Rieder: Wann war denn das?

Masser: Das war Anfang 1986, es war schon Generaldirektor Petrak im Amt, also in den ersten Monaten des Jahres 1986.

Rieder: Aber das war keine Sitzung des Aufsichtsrates?

Masser: Nein, nein, nein.

Rieder: Das war ein persönliches Gespräch?

Masser: Es ist ein Brief vom Ausland gekommen, es gibt da ein Gerücht, daß hier . . . Damals war; wenn Sie sich erinnern können, die Debatte darüber, daß das Kartellgesetz neu geregelt werden soll.

Rieder: Aber das war doch eigentlich, wenn ich mich recht erinnere, eine Initiative der Bundeskammer, diese kartellrechtliche Regelung?

Masser: Das weiß ich nicht.

Rieder: Und jetzt frage ich mich: Warum hat der damalige Vizepräsident Klauhs Sie gefragt?

Masser: Weil ich der Vertreter der Bundesländer-Versicherung war und ich beauftragt wurde, das zu dementieren. Ich sollte dafür sorgen, das in die Öffentlichkeit zu bringen, daß so ein Abtausch von Interessen nicht stattfindet.

Rieder: Also Sie wurden beauftragt . . .

Masser: . . . das in die Öffentlichkeit zu bringen, daß das nicht stimmt.

Rieder: Jetzt habe ich eine Frage: Ist der Herr Löschenkohl Ihr Mandant?

Masser: Nein.

Rieder: Kennen Sie den Herrn Löschenkohl?

Masser: Ja, ich kenne ihn, aber, wenn ich das so sagen darf, flüchtig.

Rieder: Was verstehen Sie unter „flüchtig“?

Masser: Flüchtig, so wie man . . . (*Rieder: Er ist jetzt flüchtig!*) Wenn ich übermorgen gefragt werde, ob ich Sie kenne, würde ich sagen, ich kenne Sie so gut wie den Herrn Löschenkohl. Das verstehe ich darunter.

Rieder: Nur glaube ich, daß meine Rolle bei der Bundesländer-Versicherung eine andere wäre (*Masser: Eine andere, da haben Sie recht!*) als die des Herrn Löschenkohl.

Masser: Aber ich meine nur, weil Sie fragen. Ich habe mit ihm vielleicht zweimal geredet, en passant. Ich weiß nicht einmal, was er dort gemacht hat. Ich habe nie mit ihm in dieser Causa ein sachliches Gespräch geführt.

Rieder: Wann haben Sie denn eigentlich von den Malversationen des Dr. Ruso und anderer Kenntnis erhalten?

Masser: Zur selben Zeit, als es die Öffentlichkeit erfahren hat.

Rieder: Also Sie haben nicht zu den Preterebener-Spatzen gehört, die das von den Dächern gepfiffen haben?

Masser: Nein. Ah, der hat das gesagt! (*Rieder: Ja!*) Ach so! Nein, ich wußte das nicht.

Rieder: Sie wußten das nicht?

Masser: Ich habe keine Ahnung gehabt davon.

Rieder: Hängt Ihre Einschätzung gegenüber eines allenfalls geänderten Vertrauensverhältnisses der neuen Führung Ihnen gegenüber damit zusammen, daß Sie in einem persönlichen Vertrauensverhältnis zum Dr. Ruso gestanden sind?

Masser: Ich kann es nicht ausschließen, daß das auch eine Rolle spielte. Ich glaube aber vielmehr, daß andere Gründe maßgeblich waren. Der neue Vorstand, der mit den Altlasten, um dieses schöne Wort zu wiederholen, nichts zu tun hatte, wollte auch diese Sache möglichst wegbringen, und ich kann mir vorstellen, daß daher auch Überlegungen waren: Wie kann man denn das beenden oder wie bessere ich . . .? Eine gewisse Vogel-Strauß-Politik könnte es auch sein. Das weiß ich nicht. Ich kann das nicht sagen. Das sind nur Vermutungen, die ich anstelle, auch berechnete. Außerdem war soviel Problematik zu diesem Zeitpunkt gegeben, daß man eben sagte: Tun wir das . . .!

Rieder: Darf ich das, ohne daß ich etwas unterstellen will, so sagen: Sie galten als besonderer Vertrauter des Dr. Ruso!?

Masser: Das glaube ich nicht. Das kann man so auch nicht sagen, sondern einfach die Sache war: Lieber nichts hören davon!, das auch noch!, sozusagen.

Rieder: Ich frage Sie das nicht deswegen, um Sie mit irgend etwas in Zusammenhang zu bringen, sondern weil mir noch immer nicht klar ist, welchen Stellenwert Sie im Entscheidungsprozeß gehabt haben, der da geschildert worden ist.

Masser: In welchem Entscheidungsprozeß?

Rieder: Die Frage, ob man jetzt einen Prozeß weiterführt, wie man sich also unter Umständen aus politischen Motiven entscheidet. Auf der einen Seite — ich sage es jetzt ganz offen — erzählt man, daß man Ihnen da mehr Entscheidungskompetenz zumutete, als Sie hier dargestellt haben. Sie selbst haben Ihre Rolle eher heruntergespielt und haben gesagt, Sie haben nichts direkt vorgeschlagen, sondern man hat darüber gesprochen. Jetzt ist mir nicht ganz klar, wie sich jetzt dieser Entscheidungsprozeß wirklich vollzogen hat. Ich möchte daher noch einmal eine Vorfrage klären, die da, glaube ich, auch eher verwirrt wurde.

Der Versicherungsvertrag mit der Zapata war mit Ausnahme eines Prozentes rückversichert, ist das richtig?

Masser: Ja.

Rieder: Jetzt ist mir nicht ganz klar: Hat es direkte oder indirekte Mitversicherer gegeben?

Masser: Mitversicherer, das habe ich schon gesagt.

Rieder: Wer waren die Mitversicherer, und wer waren die Rückversicherer, weil das ein bißchen durcheinander gegangen ist?

Masser: Die Mitversicherer sind: die Union, also die Wiener Städtische, die Helvetia-Feuer in St. Gallen, die Basler Versicherung und, ich glaube — ich kenne diese Verträge nicht, das war nicht Gegenstand, das war nicht meine Aufgabe, das zu prüfen —, auch die Münchner Rückversicherung.

Rieder: Die waren die Mitversicherer.

Masser: Die waren jedenfalls meine Gesprächspartner.

Rieder: Am Versicherungsvertrag waren sie nicht drauf.

Masser: Nein, die sind nie . . .

Rieder: Das sind also indirekte Mitversicherer.

Masser: Ja, die sind Mitversicherer, das wird Ihnen der Herr Geberger besser erklären können.

Rieder: Und die Vollmacht haben Sie von wem gehabt?

Masser: Die Vollmacht habe ich von der Bundesländer-Versicherung und indirekt damit auch . . .

Rieder: Nein, nein, Moment, vom wem haben Sie die Vollmacht?

Masser: Eine formelle Vollmacht habe ich von der Bundesländer-Versicherung und von der Roelofs.

Rieder: Richtig. Ich habe ein bißchen den Eindruck, daß hier das Verhältnis zwischen der Verantwortlichkeit der Bundesländer-Versicherung und damit auch Entscheidungskompetenz und den Mitversicherern ein bißerl falsch dargestellt wurde.

Herr Dr. Masser! Können Sie vielleicht das noch einmal erklären, wie jetzt das Verhältnis in der Verantwortlichkeit und in der Führung eines Versicherungsfalles zwischen dem Hauptversicherer, dem eigentlichen Versicherer, und den Mitversi-

cherern und in der nächsten Stufe den Rückversicherern ist?

Masser: Nach außen hin scheint nur der Polizengeber auf.

Rieder: Außer es ist eine direkte Mitversicherung. War ja hier nicht der Fall.

Masser: Der Versicherungsnehmer weiß das nicht, wer Mitversicherer und Rückversicherer ist.

Rieder: Manchmal steht es drauf. Das war es nicht.

Masser: Das heißt, nach außen hin ist der aufgetreten, der die Polizze gibt, das ist also in diesem Fall die Bundesländer-Versicherung. Das Innenverhältnis ist etwas anders.

Noch einmal: Es ist in diesem konkreten Fall, um es auf diesen Fall zu beziehen, und das interessiert Sie, kein wesentlicher Schritt, keine wesentliche Entscheidung gemacht worden, die nicht mit diesen Mitversicherern, die ich aufgezählt habe — ich wiederhole es noch einmal: Union, Wiener Städtische, Basler, Helvetia, Münchner Rückversicherung —, getätigt worden, ohne diese zu befragen, ohne mit ihnen zu beraten, ohne mit diesen Einvernehmen herzustellen.

Rieder: Das ist aber ein bißerl eine Besonderheit. Denn es ist üblich — ich bin nicht sicher, ich muß da noch nachfragen —, daß man selbstverständlich Mitversicherer und, wenn es der Rückversicherer sich ausbedingt, auch den Rückversicherer in den Informationsfluß einbezieht. Mir sind kaum Fälle bekannt, ich kenne, glaube ich, überhaupt nur einen einzigen, wo sich der Mitversicherer, der Rückversicherer wirklich in den Entscheidungsprozeß einmengt.

Ist das jetzt wirklich so gewesen, daß bei der Bundesländer-Versicherung auf der Vorstandsebene, wie Sie uns geschildert haben, Entscheidungen getroffen worden sind, während die anderen offensichtlich ohne diese Vorstandsebene schon mit in den Entscheidungsprozeß eingegriffen haben?

Masser: Um Ihnen das noch einmal zu erklären, ich kann nichts anderes sagen, weil sich das so abgespielt hat: In diesen Besprechungen, die wir hatten . . .

Rieder: Waren die dabei, das ist schon klar. Das ist üblich.

Masser: . . . routinemäßig . . . und zwar nicht die Vorstände, sondern die Fachleute. Das Transportversicherungsgeschäft ist ein ganz eigenes Geschäft. In jeder Branche gibt es eine besondere Qualifikation. Und das ist dort drinnen eine besondere Sparte. Und diese Fachleute von diesen

genannten Versicherungen haben sich getroffen, abwechselnd der eine, der andere, und diese Gespräche haben stattgefunden. Darüber hinaus hat die Bundesländer-Versicherung nach außen hin das Ganze getragen, so war das. Ich kann nichts anderes sagen, ich weiß ja nicht, worauf Sie hinauswollen.

Rieder: Herr Dr. Masser! Ich weiß schon, daß das ein heikler Punkt ist.

Masser: Es ist sicher ein außergewöhnlicher Fall. Es ist gar nicht heikel, da kann man ganz offen sein.

Rieder: Es ist die Frage, welche Entscheidungen bei der Bundesländer-Versicherung auf welcher Ebene gefallen sind.

Darf ich nur sagen, was ich mitgeschrieben habe. Sie haben in einem Block Funktionäre, also Organwalter, um das ganz juristisch zu sagen, der Bundesländer-Versicherung auf allen Ebenen genannt. Sie haben uns den Cretnik, den Ruso genannt, Sie haben uns die Vorstände genannt und Sie haben uns eine Reihe von Abteilungsleitern genannt. Und ich habe so den Eindruck gehabt, als wenn das alles in einem gegangen wäre. Und das ist etwas ungewöhnlich.

Ich frage Sie: Sind diese Entscheidungsprozesse, Ihre Gespräche nicht unterschiedlich gewesen? Hat es nicht Gespräche auf Vorstandsebene, im allgemeinen Kreis und Gespräche, die Sie vielleicht nur mit Dr. Ruso geführt haben, gegeben?

Masser: Zweifellos habe ich mit Ruso allein auch Gespräche geführt, das ist gar keine Frage. Aber die für das Verfahren wesentlichen Entscheidungen sind auf der Ebene mit den Mitversicherern gefallen und nicht auf Vorstandsebene. Der Vorstand hätte sich gar nicht darüber hinwegsetzen können, wenn die Mitversicherer in diesem Gremium, wo auch die Fachabteilung der Bundesländer dabei war, eine bestimmte Richtung hätten eingehen wollen. Dann hätte der Vorstand das zur Kenntnis genommen, weil eben das Gewicht der Mitversicherer viel größer war als das der „Bundesländer“.

Rieder: Das stellen Sie jetzt sehr dramatisch dar.

Masser: Nein, nein, das ist nicht dramatisch, sondern das ist so.

Rieder: Ich bin mir nur nicht sicher, ob es stimmt, Herr Dr. Masser.

Masser: Das stimmt sicher so, Sie können es mir glauben, ich kann nichts anderes sagen.

Rieder: Das ist eine jetzt von Ihnen gelieferte Interpretation. Aber ich bin nicht sicher, ob sie stimmt.

Masser: In meinem ersten Brief, den ich an den Herrn Generaldirektor Petrak geschrieben habe — er wollte eine Information von mir haben, ist ganz klar, er war sozusagen mein neuer Mandant —, habe ich das auch ganz klar dargestellt, daß nichts in diesem Verfahren geschehen ist ohne Wissen und Willen der Mitversicherer. Und an diese Formel halten wir uns auch jetzt noch. Auch jetzt informiere ich die Mitversicherer. Es kommt auch ein Kontakt direkt zwischen den Fachabteilungen zustande. Aber auch heute bestimmten die mit, das ist ganz klar. Sie geben keine Befehle, sondern sie sagen ihre Meinung, und die wird akzeptiert.

Rieder: Das ist jetzt Ihre Darstellung.

Masser: So ist das.

Rieder: Das ist Ihre Darstellung.

Masser: Es ist viel Courtoisie auch in diesen Belangen.

Rieder: Ich habe noch eine abschließende Frage, weil Sie zuerst gemeint haben, es sei eigentlich nichts dabei, wenn jemand, der eine Zeugenladung hat, mit jemand anderem spricht, der auch eine Zeugenladung hat. Haben Sie diesen Usus bis heute fortgesetzt? Haben Sie noch mit anderen als Zeugen geladenen Personen gesprochen?

Masser: Ich bin jetzt vor der Tür mit dem Herrn Direktor Geberger zusammengetroffen und habe mit ihm gesprochen. Das ist unvermeidlich.

Rieder: Keine vergleichbaren Gespräche also.

Masser: Theoretisch könnte man sich in dieser halben Stunde auch absprechen, ich habe das nicht notwendig und er auch nicht. Ich habe auch mit dem Dr. Weiser gesprochen, ganz klar, das ist mein Informant, ich kann gar nicht anders, das ist der Mann, der den Direktor der Transportversicherung . . .

Rieder: Auch vor der Türe?

Masser: Nein, den habe ich heute noch nicht gesehen. Aber mit dem habe ich laufend Kontakt, gar keine Frage. Ich kann das nicht verhindern. Sie können mir ja nicht verbieten, daß ich mit meinen Mandanten rede, das ist doch nicht möglich. Soweit kann das nicht gehen.

Rieder: Das ist die Frage, ob es geht oder nicht.

Masser: Das ist eine Frage des Anstandes.

Rieder: Wir gehen alle von bona fide aus.

Masser: Bitte sehr.

Rieder: Danke vielmals.

Herr Vorsitzender! Ich möchte gleich einen Be-weisantrag stellen. Ich beantrage die Vorlage der Abrechnungen, die uns dankenswerterweise hier angekündigt worden oder in Aussicht gestellt worden sind, über die Entlohnung und Abrechnung Guggenbichlers, und ich beantrage die Gegenüberstellung Guggenbichler — Dr. Masser, da es nach Nachlesen im Protokoll doch in vier Punkten einen ausdrücklichen Widerspruch gibt.

Obmann Steiner: Die Anträge beraten wir in der Geschäftsordnungssitzung.

Als letzter zu Wort gemeldet hat sich der Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Herr Rechtsanwalt! Ich habe nur eine Frage, die sich an eine Bemerkung von Herrn Dr. Fuhrmann anschließt. Ist Ihnen bekannt, ob Zapata in Straßburg eine Menschenrechtsbeschwerde eingebracht hat?

Masser: Davon habe ich gehört.

Ermacora: Ist Ihnen bekannt, ob Zapata diese Beschwerde zurückgezogen hat?

Masser: Das ist mir nicht bekannt.

Ermacora: Danke vielmals.

Obmann Steiner: Ich danke dem Zeugen. Die Zeugeneinvernahme ist beendet. (17.52 Uhr)

Ich möchte jetzt die Sitzung auf 20 Minuten unterbrechen. Ich bitte nur die Vorsitzenden der Fraktionen zu einem kurzen Gespräch.

(Die Sitzung wird um 17 Uhr 52 Minuten unterbrochen und um 18 Uhr 25 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Steiner: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der Zeuge Ruso wird hereinbegleitet.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Dr. Kurt Ruso
im Sinne des § 271 StPO**

(18.25 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Dr. Ruso! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.

Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu ent-

schlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name? Bitte.

Ruso: Kurt Ruso.

Obmann Steiner: Geburtsdatum?

Ruso: 27. März 1937.

Obmann Steiner: Beruf? — Danke.

Bitte, würden Sie uns sagen, wann Sie das erste Mal mit der Causa Lucona befaßt waren.

Ruso: Direkt befaßt mit der Causa Lucona war ich erst unmittelbar, nachdem ich den Vorsitz im Vorstand der Bundesländer-Versicherung eingenommen habe. Das war ab 1. 1. 1981. Unmittelbar befaßt war ich natürlich als Mitglied des Vorstandes seit dem Untergang des Schiffes.

Obmann Steiner: Seit wann?

Ruso: Seit 1977.

Obmann Steiner: Seit 1977.

Sie waren ressortmäßig in der Versicherung dafür . . .

Ruso: Ich war ressortmäßig in der Versicherung für die Transportversicherung nicht zuständig.

Obmann Steiner: Nicht zuständig. Danke.

Als erster hat sich Herr Dr. Pilz zu Wort gemeldet. Bitte.

Pilz: Danke. — Herr Dr. Ruso! Können Sie Ihre ersten Kontakte mit Udo Proksch schildern?

Ruso: Eines Tages ist der Herr Bürger, das ist ein Außenbeamter von uns, zu mir gekommen und hat mir gesagt, daß mich ein Herr Udo Proksch, den ich vorher ja nicht gekannt, wohl hie und da einmal etwas über ihn in der Zeitung gelesen habe, gerne einladen würde zu einem Mittagessen, glaube ich, in der „Frommen Helene“. Bürger war dabei.

Pilz: Wissen Sie, wann das ungefähr war?

Ruso: Das kann ich nicht genau sagen. Jedenfalls bevor das Schiff gesunken ist, weit bevor.

Pilz: Es gibt da eine Briefkopie vom Udo Proksch. Ich lese es Ihnen vor, Sie können gerne eine Kopie davon haben. Es ist ganz kurz. Da steht: „Lieber Dr. Ruso! Hoffe auf gute Zusammenarbeit für 1971“ und so weiter „und wünsche Ihnen alles Gute für alle die Feste. Danke für alles. Grüße Ihr

Udo Proksch“ Und dann noch: „Ein paar bunte Steine für Ihre Feinde.“

Das dürfte also ein Brief . . .

Ruso: Wann soll das gewesen sein? (Graff: Ich zeig Ihnen das! Ich schau, ob ich meines finde!)

Pilz: Da steht: „Hoffe auf gute Zusammenarbeit für 1971.“ Also ich frage Sie: Haben Sie den Herrn Proksch zu dieser Zeit bereits gekannt?

Ruso: Wie gesagt, ich kann mich erinnern, lediglich dreimal mit Herrn Proksch zusammengesessen zu sein. Daß das so früh war, ist durchaus möglich. Das war meines Wissens zweimal ein Essen in der „Frommen Helene“ und einmal im Club 45.

Pilz: Der Herr Pretterebner hat . . . Also Sie schließen nicht aus, daß bereits seit 1970 diese Bekanntschaft bestanden hat?

Ruso: Ich würde sagen, das ist doch keine Bekanntschaft. Eine Bekanntschaft würde darin bestehen, wenn weiterhin laufend ein Kontakt aufrechterhalten bliebe. Aber, wie gesagt, ich kann mich an das nicht erinnern.

Pilz: Wissen Sie, der Udo Proksch schreibt da zum Schluß eben: „Danke für alles.“ Für irgend etwas muß er sich doch bedanken. Wofür hat er sich da bedankt?

Ruso: Ich weiß es nicht. Von mir hat er jedenfalls nichts bekommen. Ich habe von ihm auch nichts bekommen. Nicht einmal zum Geburtstag eine Torte.

Pilz: Können Sie mir jetzt die Vertragsverhandlungen rund um diesen Versicherungsvertrag Lucona schildern, soweit Sie Ihnen bekannt sind.

Ruso: Da war ich überhaupt nicht eingeschaltet.

Pilz: Sie haben überhaupt nichts damit zu tun gehabt?

Ruso: Nein.

Pilz: Wissen Sie, wer damit zu tun gehabt hat?

Ruso: Sicher Dr. Weiser und Direktor Gehberger, beide zuständig für die Transportversicherung.

Pilz: Sie sind über die ganze Abwicklung überhaupt nicht informiert worden?

Ruso: Nein, ich war nicht involviert.

Pilz: Ab wann waren Sie dann Generaldirektor?

Ruso: Ab 1. 1. 1981

Pilz: In welcher Art und Weise haben Sie dann mit der ganzen Causa Lucona zu tun gehabt?

Ruso: Eigentlich war es so, daß ich mich um die Causa Lucona bereits im Jahre 1980 näher informiert oder gekümmert habe, denn mit 1. 1. 1981, glaube ich, ist der Vorstandsdirektor Niehsner, der vorstandsmäßig für die Transportabteilung, also die Sparten Unfall, Haftpflicht, Transport, zuständig war, in Pension gegangen. Ich habe mir im Jahre 1980 — das muß 1980 gewesen sein, jedenfalls vor 1981 — zweimal, soweit ich mich erinnere, vielleicht ist es sogar dreimal gewesen, Verhandlungen im Zivilverfahren angehört. Da habe ich das „Vergnügen“ gehabt — unter Anführungszeichen —, die Aussagen von der Frau Greta Fischer und vom Herrn Egger, glaube ich, mitzuerleben.

Pilz: Wie ist das Ganze dann weitergegangen? Dann waren Sie Generaldirektor?

Ruso: Dann war ich Generaldirektor, und soweit ich mich erinnern kann, war es so, daß im Februar 1981 das zweite Mal die Klage der Zapata von der ersten Instanz, vom Handelsgericht, abgewiesen wurde.

Pilz: Da hat es eigentlich von der Seite der Zapata-Proksch-Daimler immer wieder Interesse gegeben, daß es da zu einem Vergleich kommt, daß da irgendwo ein Kompromiß geschlossen wird. Hat es da Versuche gegeben, Sie dazu zu bewegen, daß es da irgendwo zu einem Ausgleich kommt?

Ruso: Ich würde es so sagen: Es hat mich weder Daimler noch Proksch direkt angesprochen, einen Vergleich zu schließen.

Pilz: Hat Sie irgend jemand anderer angesprochen?

Ruso: Eigentlich richtiggehend zu einem Vergleich angesprochen mit einem freundlichen Hinweis, daß da eine gewisse Summe flüssiggemacht werden könnte . . . Das war im Jahr 1985. Bitte, ich möchte allerdings eines sagen: Für mich war es eigentlich von dem Zeitpunkt an, wo ich die Verantwortung im Unternehmen getragen habe, völlig ausgeschlossen, einen Vergleich zu schließen. Ich meine, die Causa Lucona, das versunkene Schiff, war natürlich . . . Ich würde sagen, praktisch bei jedem Gespräch, bei jedem längeren Gespräch, in jeder Gruppe irgendwo, bei jeder Veranstaltung ist eigentlich das Thema Lucona einmal zur Sprache gekommen. Ich habe immer wieder gesagt, die Gerichte werden entscheiden.

Pilz: Sie haben diesen Einflußversuch aus dem Jahr 1985 erwähnt. Ich wollte auf den eh kommen. Was ist da konkret passiert?

Ruso: Herr Pilz, ich habe in meinem Verfahren erwähnt, daß der Versuch gemacht wurde. Ich bestätige das wieder, daß der Versuch gemacht wurde. Ich bestätigte gleichzeitig, daß es kein Politiker war. Ich habe damals ausdrücklich sofort über meinen Anwalt sagen lassen, es hat der Herr — damals Präsident — Gratz damit nichts zu tun, aber ich habe nicht die Absicht, über dieses Thema weitere Auskunft zu geben.

Pilz: Sie wissen, daß Sie hier nicht als Beschuldigter in einem Verfahren aussagen, sondern als Zeuge.

Ruso: Ich weiß, ich weiß. Aber nachdem es sich nicht um einen Politiker handelt . . .

Pilz: Ich frage Sie trotzdem.

Ruso: Sie können mich fragen, und ich sage Ihnen auch, warum ich über dieses Thema nicht reden will. Wissen Sie, irgendwann werde ich rauskommen, und meine Familie ist eigentlich auch draußen. Ich möchte später Ruhe haben und jetzt auch nicht nur im geringsten irgendwo meine Familie gefährden.

Obmann Steiner: Ja, Herr Zeuge, ich möchte Sie nur noch einmal an den § 153 erinnern, daß Sie sich der Aussage entschlagen können, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte. Ich möchte das nur noch einmal in Erinnerung rufen.

Bitte, Herr Dr. Pilz, fahren Sie fort.

Ruso: Schauen Sie, es war ein Vieraugengespräch, und es ist hundertprozentig anzunehmen, daß postwendend eine Verleumdungsklage käme. Auch wenn ich nach den Buchstaben aussagen müßte, werde ich darüber trotzdem nichts sagen.

Pilz: Dann frage ich Sie anders: Können Sie abschließen, daß es sich um einen Rechtsanwalt handelt?

Ruso: Ich möchte über dieses Thema nicht reden, Herr Pilz.

Pilz: Warum nicht?

Ruso: Ich habe Ihnen meine Gründe schon gesagt.

Pilz: Sie haben mir Ihre persönlichen Gründe genannt, für die ich persönlich auch durchaus Verständnis habe. Der Vorsitzende — seien Sie mir bitte nicht böse — hat Sie völlig zu Recht darauf hingewiesen, daß es zwei Gründe gibt, sich der Aussage zu entschlagen. Er hat es Ihnen vorgetra-

gen. Zumindest eines müssen Sie mir sagen: Welche dieser Begründungen führen Sie an?

Ruso: Ich habe eigentlich zwei angeführt.

Pilz: Diese Gründe gibt es im Strafgesetz. (Graff: Verleumdungsklage ist eine strafrechtliche Verfolgung.)

Obmann Steiner: Ja, ja. Das geht zu weit.

Pilz: Es liegt wirklich an Ihnen, das zu beurteilen.

Herr Dr. Ruso, hat ein Politiker versucht, bei Ihnen telefonisch zu intervenieren?

Ruso: In welcher Richtung?

Pilz: In der Causa Lucona.

Ruso: Ich habe Ihnen schon gesagt, Herr Abgeordneter . . .

Pilz: Ich meine jetzt nicht den Vorfall im Jahr 1985 mit den 20 Millionen und allem möglichen.

Ruso: Es hat bei mir kein Politiker interveniert und gesagt: Zahl!

Pilz: Ich meine das viel allgemeiner. Meine Frage ist viel allgemeiner. Hat jemals ein Politiker bei Ihnen in der Causa Lucona angerufen, um über diese Causa mit Ihnen zu sprechen?

Ruso: Mein Gott, es hat sicher Gespräche gegeben, wo ich erzählt habe, was sich ereignet hat.

Pilz: Wo es im wesentlichen um die Causa Lucona gegangen ist?

Ruso: Kann ich mich nicht erinnern.

Pilz: Können Sie sich nicht erinnern. Sie können sich auch nicht erinnern, daß ein Politiker, der in diesem Ausschuß noch eine große Rolle spielen wird, bei Ihnen in der Causa Lucona zweimal angerufen hat. (Graff: Was heißt das?) Ich frage ganz einfach. (Graff: Das ist schon eine komische Frage!) Entschuldigen Sie bitte, es steht Ihnen nicht zu, zu beurteilen, ob meine Frage komisch ist oder nicht. (Graff: Das steht mir sehr wohl zu, lieber Herr! Ich bin genauso Abgeordneter wie Sie!) Das ist das einzige, was uns vergleichbar macht, daß Sie auch ein Abgeordneter sind. (Graff: Gott sei Dank!)

Obmann Steiner: Herr Dr. Pilz, fahren Sie bitte fort.

Pilz: Hat Sie ein Politiker, der in dem ganzen Komplex Lucona eine sehr wichtige Rolle spielt, zweimal oder mehrere Male in der Causa Lucona angerufen?

Ruso: Herr Abgeordneter Pilz! Sie überschätzen die Sache Lucona. Glauben Sie, daß ich eine Stricherlliste geführt habe, ob mich jemand angerufen hat bezüglich der Lucona-Geschichte oder nicht? Die Lucona war ein interessanter Schadensfall, ein Schadensfall, der sicher unheimliche Probleme nach sich gezogen hat. Aber bitte fragen Sie mich jetzt nicht, ob der und der, und wenn Sie noch so kryptische Bemerkungen machen: Nur einer, der eine große Rolle gespielt hat. Nennen Sie den beim Namen, dann werde ich Ihnen sagen, ob ich mich erinnern kann oder nicht.

Pilz: Hat Sie Mag. Gratz zweimal angerufen?

Ruso: Der Herr . . .

Pilz: Der Herr Mag. Gratz, Leopold Gratz?

Ruso: Ich kann mich nicht erinnern.

Pilz: Können Sie sich nicht erinnern?

Ruso: Nein. Mit Herrn Minister Gratz, kann ich mich erinnern, habe ich einmal persönlich gesprochen, und zwar im Jahr 1981, das hat aber mit der Lucona nichts zu tun gehabt.

Pilz: Können Sie ausschließen, daß es einen Anruf oder zwei Anrufe vom Mag. Gratz in der Causa Lucona bei Ihnen gegeben hat? Oder können Sie sich nicht mehr erinnern?

Ruso: Herr Abgeordneter, Sie überschätzen mein Gedächtnis! Das habe ich nicht gespeichert.

Pilz: Das heißt, Sie können sich daran nicht mehr erinnern. Sagt Ihnen der Name Dr. Obendorfer etwas?

Ruso: Na freilich, das ist mein Anwalt.

Pilz: An den können Sie sich erinnern. Es gibt da einen Aktenvermerk, in dem steht: „Gespräch mit Obendorfer vor dem Gericht, er will für diese ‚verbrecherische Organisation‘ — unter Führungszeichen — ‚nicht weiter die Kastanien aus dem Feuer holen. Es will sich mit uns einigen.‘ Was könnte Dr. Obendorfer mit ‚verbrecherische Organisation, für die er die Kastanien aus dem Feuer holen muß‘ meinen?

Ruso: Das soll Dr. Obendorfer . . .

Pilz: Das ist ein Aktenvermerk des Dr. Lansky.

Ruso: Geh bitte, . . .

Pilz: Das ist ein Aktenvermerk vom 6. 5. 1986. (Rieder: Gerichtsakt?) Ich glaube nicht aus dem Gerichtsakt.

Wir legen das gerne vor. Auf der zweiten Seite.

Ruso: Bitte, Herr Abgeordneter, da müssen Sie schon Dr. Obendorfer selber fragen.

Pilz: Sie können sich nicht vorstellen, was er damit gemeint hat?

Ruso: Nein. Bitte, ich meine, im Mai 1986, das ist zwei Monate nach meiner Verhaftung, glauben Sie, daß mich da die Lucona interessiert hat? Na bitte!

Pilz: Es ist die Frage, ob es mit diesen Organisationen und mit dem Kastanien-aus-dem-Feuer-Holen, ob es da überhaupt um die Lucona geht. Das ist etwas, was ich Sie . . .

Ruso: Da müssen Sie Dr. Obendorfer fragen, aber nicht mich.

Pilz: Das werden wir möglicherweise tun müssen.

Noch etwas zu diesen möglichen Interventionen. Können Sie ausschließen, daß Sie einen Vorstandsdirektor der Bundesländer-Versicherung über Interventionen von seiten führender österreichischer Politiker in der Causa Lucona informiert haben.

Ruso: Herr Abgeordneter! Ich habe schon einmal gesagt, es ist über die Lucona in jedem Kreis gesprochen worden.

Pilz: Ich meine, ob Sie einen Vorstandsdirektor der Bundesländer-Versicherung von diesen Telefonaten, Interventionsversuchen informiert haben? Das ist eine ganz konkrete Frage.

Ruso: Ich kann mich nicht erinnern, daß exakt interveniert wurde. Und ich meine, mit Ihren Umschreibungen „Können Sie sich erinnern . . .?“, da muß ich sagen: Nein. Sagen Sie mir, wer behauptet, daß ich ihm gesagt habe, der und der hätte bei mir interveniert? Das können Sie ja sagen. Ich weiß nicht, warum Sie da so ein Versteckertspiel machen?

Pilz: Weil ich mir die Nominierung ganz bestimmter Zeugen aus der Bundesländer-Versicherung noch vorbehalte und weil es auch einen Sinn hat, diese Fragen jetzt in dieser Art und Weise zu stellen. Aber eines kann ich Ihnen versichern, daß ich in bezug auf diese Zeugen sicherlich ein besseres Gedächtnis habe. Ich kann mir das möglicherweise auch leisten.

Ruso: Das ist durchaus möglich.

Pilz: Eine andere Frage: Sagen Sie, wann hat Ihr letzter Kontakt mit Udo Proksch stattgefunden?

Ruso: Das war, als er mich eingeladen hat im „Club 45“. Da war auch, glaube ich, Dr. Vodopivec dabei, und noch etliche andere dürften dabei gewesen sein. Aber Kontakt, muß ich sagen, Kon-

takt . . . Die Hand haben wir uns gegeben, das was im Landesgericht, als er das zweite Mal verhaftet worden ist, nur mit dem einen Unterschied, daß ich ihn nicht um Verzeihung gebeten habe, sondern wir haben uns die Hand gegeben. Das war alles. Das ist mein letzter Kontakt.

Pilz: Gut, danke, ich habe keine Fragen mehr.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Dr. Ruso! Ich habe zuerst noch zu dem von Dr. Pilz angesprochenen Ereignis 1985 nur eine einzige Frage: Anfang, Mitte oder Ende 1985, Ihrer Erinnerung nach?

Ruso: In der ersten Hälfte.

Rieder: In der ersten Hälfte. — Herr Dr. Ruso, wann sind Sie aus der Bundesländer-Versicherung endgültig ausgeschieden?

Ruso: Ich bin endgültig ausgeschieden, also meine Funktion habe ich niedergelegt am 19. Dezember 1985.

Rieder: Haben Sie anschließend noch Verfügungen getroffen?

Ruso: Bitte?

Rieder: Haben Sie anschließend noch Verfügungen getroffen?

Ruso: Sicher nicht mehr.

Rieder: Auch keine Anweisungen mehr?

Ruso: Vielleicht habe ich am 20. noch eine Anweisung gegeben, denn das ist ja rückdatiert worden. Ich glaube, ich war am 20., und das ist erst am . . . Vielleicht, daß ich noch am 20. etwas gemacht habe, eine Anweisung, durchaus möglich. Ich weiß es nicht.

Rieder: Aber ab 1. 1. 1986 unter Garantie nicht mehr.

Ruso: Unter Garantie nicht mehr, da war ich doch überhaupt nicht mehr in der „Bundesländer“.

Rieder: Kennen Sie den Herrn Löschenkohl?

Ruso: Ja.

Rieder: Kennen Sie den Herrn Frank Novak?

Ruso: Ja.

Rieder: Haben Sie Anweisungen an Frank Novak unterschrieben?

Ruso: Ja.

Rieder: Durch welche Jahre hindurch?

Ruso: Das kann ich jetzt nicht genau sagen.

Rieder: Welche Beträge?

Ruso: Das kann ich auch nicht im Detail sagen.

Rieder: Sie schließen aus, daß eine Anweisung an Frank Novak im Jahr 1986 erfolgt sein könnte?

Ruso: Ich meine, ich hatte ab 19. Dezember 1985 keine Funktion mehr, also kann ich mit 1986 keine Anweisung mehr unterschreiben.

Rieder: Es gibt eine Anweisung, angeblich von Ihnen unterschrieben, am 2. 1. 1986.

Ruso: Nein.

Rieder: Anderes Kapitel. Wie war Ihre Beziehung zu Dr. Masser?

Ruso: Dr. Masser war der Anwalt der „Bundesländer“ in der Sache Lucona.

Rieder: Hat es darüber hinaus eine persönliche Beziehung zu Ihnen gegeben?

Ruso: Mein Gott, er ist . . . Persönliche Beziehung? Vielleicht zwei-, dreimal, kann ich mich erinnern, war ich, wenn er offiziell irgendeine Veranstaltung, ein Treffen in seiner Wohnung gemacht hat, dort. Aber ansonsten würde ich sagen, eine enge oder eine freundschaftliche Beziehung . . . Wir waren Cartellbrüder, er ist ein CVer, ich bin ein CVer.

Rieder: Ich meine, hat er eine besondere Vertrauensstellung bei Ihnen gehabt?

Ruso: Dr. Masser war für mich die Vertrauensperson in der Sache Lucona.

Rieder: In den Jahren, als Sie Generaldirektor waren, also ab 1981, wie sind damals die Entscheidungen, wenn Entscheidungen in den Jahren getroffen worden sind, Ihrer Erinnerung nach gefaßt worden, wie hat sich denn das abgespielt?

Ruso: Wir waren eigentlich laufend . . . Ich würde sagen, das war nicht täglich, das war nicht wöchentlich, das war vielleicht gar nicht einmal jeden Monat, aber er hat mich laufend informiert, was sich in der Sache Lucona in unserem Zivilverfahren abspielt. Da waren wir immer im Kontakt.

Rieder: In welcher Form hat sich denn das abgespielt?

Ruso: Er hat mich angerufen und ist dann zu mir gekommen und hat mit mir gesprochen.

Rieder: Das waren also persönliche Gespräche?

Ruso: Das waren in der Regel persönliche Gespräche, teilweise, wenn es wichtig war, waren auch Vorstandsmitglieder dabei.

Rieder: Wer war denn da dabei?

Ruso: Dr. Ramberger war das eine oder andere Mal dabei, Dr. Dobin.

Rieder: Ramberger, Dobin. — Waren andere Personen auch noch an den Gesprächen beteiligt?

Ruso: Daran kann ich mich nicht erinnern, nein.

Rieder: Sie können sich nicht erinnern. — Noch eine letzte Frage: Die Provisionsabrechnung für den Lucona-Vertrag, wer hat denn da die Verfügung getroffen?

Ruso: Das weiß ich nicht.

Rieder: Jedenfalls nicht Sie.

Ruso: Nein.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, daß Sie über Intervention von Herrn Bürger oder über Kontakt von Herrn Bürger Proksch zum erstenmal getroffen haben. Was war eigentlich der Anlaß, daß Sie sich mit Proksch zum Mittagessen getroffen haben?

Ruso: Gnädige Frau, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Das haben Sie aber hier noch nicht gesagt, weil Sie leicht ungehalten wirken.

Ruso: Nein, nein!

Helene Partik-Pablé: Sie können sich nicht mehr daran erinnern?

Ruso: Ich frage mich jetzt immer noch, wieso Proksch mich zum Mittagessen eingeladen hat. Ich kenne die Gründe dafür nicht.

Helene Partik-Pablé: Ich kann mir vorstellen, als Generaldirektor . . .

Ruso: Nein, nein, nein.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, was waren Sie damals?

Ruso: Ich würde sagen, wenn der Kontakt vor 1970 war, da war ich eigentlich in der „Bundesländer“, ich glaube, Stellvertretender Generalsekretär.

Helene Partik-Pablé: Dieses Mittagessen, das war schon so lange . . .

Ruso: Das liegt lange zurück. Da hatte ich weder eine Funktion als irgendein Verantwortlicher in der Transportversicherung oder zuständigkeitshalber vom Vorstand in der Transportversicherung . . .

Helene Partik-Pablé: Also Sie waren ein „relativ kleiner Angestellter“ — unter Anführungszeichen?

Ruso: Wie gesagt, das müßte der Herr Bürger wissen. Vielleicht weiß er, wann das war.

Helene Partik-Pablé: Also Sie wissen nicht mehr, was der Grund war.

Ruso: Nein. Es war jedenfalls vor der Schiffskatastrophe und sicher vor Abschluß dieses Vertrages.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit Udo Proksch über den Versicherungsvertrag irgendwann einmal gesprochen?

Ruso: Ich kann mich nicht erinnern. Sicher nicht, denn, gnädige Frau, erstens einmal verstand ich nichts von der Transportversicherung und zweitens einmal war überhaupt kein Konnex zwischen Schiff, Transportversicherung und meiner Person.

Helene Partik-Pablé: Aber das war doch ein sehr großes Geschäft? Da wäre es vielleicht verständlich, daß man wegen besonderer Konditionen und so weiter mit Ihnen verhandelt.

Ruso: Gnädige Frau! Der logische Schluß wäre: Wen lade ich ein, entweder den Generaldirektor oder das zuständige Vorstandsmitglied?

Helene Partik-Pablé: Darf ich Ihnen die Aussage von Herrn Josef Bürger im Verfahren vor dem Landesgericht für Strafsachen vorhalten. Da sagt Bürger auf die Frage „Können Sie sich erinnern, welche Personen an dem Gespräch teilgenommen haben, wo es um den Versicherungsvertrag geht?“: „Dr. Ruso, Direktor Gehberger, Dr. Weiser, ich seitens der Bundesländer-Versicherungsanstalt, Udo Proksch, Hans Peter Daimler seitens der Versicherungsnehmer sowie Alexander Vodopivec, der ein Interview mit Dr. Ruso führen wollte. Bei diesem Gespräch handelt es sich nicht um das Erstgespräch. Bei diesem war ich nicht dabei. Ich war auch nicht bis zum Ende des Gespräches anwesend, sondern ging frühzeitig mit Alexander Vodopivec.“

Ruso: Gnädige Frau! Ich kann mich an ein Essen im „Club 45“ erinnern, ich kann mich auch erinnern, daß da Dr. Vodopivec dabei war, aber ich kann mich nicht erinnern, daß ich bei Fachgesprächen über die Schiffsversicherung dabei war.

Helene Partik-Pablé: Weil Sie sagen: ein Fachgespräch: Ist es möglich, daß im Zusammenhang mit diesem Abschluß des Versicherungsvertrages nicht ein Fachgespräch mit Ihnen geführt worden ist, sondern ein bißchen so am Rande?

Ruso: Es ist durchaus möglich, daß das erwähnt worden ist, daß da ein Schiff versichert werden soll oder eine Ladung versichert werden soll.

Helene Partik-Pablé: Sie können sich nicht mehr daran erinnern, daß Ihnen Proksch damals erzählt hat, daß er eine Uranerzaufbereitungsmaschine verschiffen und bei Ihnen versichern will?

Ruso: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Helene Partik-Pablé: Daran können Sie sich nicht erinnern. Da kann man nichts machen.

Können Sie sich erinnern, daß nach dem Schiffsuntergang Udo Proksch persönlich einen Kontakt zu Ihnen hergestellt hat? Hat er Sie persönlich wegen einer Schadensliquidierung kontaktiert?

Ruso: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Helene Partik-Pablé: Schließen Sie es aus, oder können Sie sich nur nicht erinnern?

Ruso: Ich meine, das würde ich fast ausschließen, denn das wäre mir sicher in Erinnerung.

Helene Partik-Pablé: Ist es im Zusammenhang mit der Schadensliquidierung mit dem Untergang des Schiffes zu einem Gespräch mit Dr. Blecha, dem Bruder des ehemaligen Innenministers, gekommen?

Ruso: Nach dem Untergang?

Helene Partik-Pablé: Ja. Kennen Sie ihn, den Herrn Dr. Blecha?

Ruso: Nein, den kenne ich gar nicht.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie nie mit ihm gesprochen?

Ruso: Gnädige Frau, noch einmal: Es ist in so vielen Kreisen immer wieder über die Lucona geredet worden, es ist durchaus möglich, daß er mich in irgendeiner Form angesprochen hat oder irgend etwas gefragt hat, ich weiß es nicht. Jedenfalls sagt mir Blecha, der Bruder, überhaupt nichts.

Helene Partik-Pablé: Kennen Sie ihn?

Ruso: Nein. Vielleicht vom Sehen, vielleicht ist er mir einmal vorgestellt worden, aber ich würde ihn nicht kennen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben schon gesagt, es ist Ihrerseits mit keinem Politiker über eine Schadensliquidierung gesprochen, interveniert worden. Ist das richtig?

Ruso: Ich würde sagen, fast mit jedem Politiker ist zwangsläufig in der Gesellschaft die Rede auf die Lucona gekommen. Aber es ist im Detail, daß mich ein Politiker auf die Seite genommen und gesagt hätte: Du, paß auf einmal, zahl!, oder: Paß auf einmal, vergleiche! oder: Zahle nicht! . . .

Helene Partik-Pablé: Nicht unbedingt mit diesen Worten, aber daß Ihnen nahegelegt worden ist, vielleicht ein bißchen indirekt, daß Sie sich vergleichen sollen, ist das passiert?

Ruso: Mein Gott, ich würde es vielleicht so formulieren: Es hat mir keiner gesagt: Zahle!, und ich kann mich auch wenig erinnern, daß mir jemand gesagt hat: Bezahle nicht! Und in dieser Bandbreite sind dann die Gespräche gelaufen, aber direkt interveniert hat sicher keiner.

Vielleicht habe ich nicht so ein feines Ohr gehabt, weil eigentlich für mich von vornherein feststanden hat, daß ich das ausjudizieren lasse, nicht vergleiche.

Helene Partik-Pablé: Aber innerhalb einer gewissen Bandbreite, sagen Sie, ist das Anliegen nicht direkt, aber doch ein bißchen indirekt an Sie herangetragen worden.

Ruso: Gnädige Frau! Schauen Sie, die „Bundesländer“ hat ja nicht publiziert, wie stark sie im Eigenbehalt engagiert ist. Wenn es um so hohe Summen geht, dann ist es zwangsläufig, daß man aufmerksam gemacht werden könnte: Na ja, ist das nicht ein unheimliches Risiko für die „Bundesländer“, da mit 200 und später mit 300 und mit Zinsen und Zinseszinsen mit 400, 500 Millionen Schilling drinnen zu hängen, wäre es nicht vernünftiger, in irgendeiner Form einen Vergleich zu finden?

Helene Partik-Pablé: Das ist mir schon klar. Es ist mehr oder weniger abgetastet worden, ob es eine Chance gibt (Graff: Das war es ja nicht, wenn die „Bundesländer“ nur mit einem Prozent . . .!) auf einen Vergleich. Das ist irgendwo so abgetastet worden bei Ihnen.

Ruso: Ich würde nicht sagen, daß es abgetastet worden ist. Es ist gefragt worden.

Helene Partik-Pablé: Es ist gefragt worden. Gut. — Wer hat Sie gefragt in diese Richtung? Können Sie sich daran noch erinnern?

Ruso: Nein. Direkt angesprochen ist die Sache Lucona. . . Die ist immer im Gespräch gewesen. Ich kann nicht sagen, der hat an dem und dem Tag gesagt: Ist es eigentlich nicht problematisch, solltest du nicht vergleichen? Und und und. Nein.

Helene Partik-Pablé: Hat auch Dr. Vranitzky in diese Richtung mit Ihnen gesprochen?

Ruso: Dr. Vranitzky?

Helene Partik-Pablé: Ja. Das ist eine Frage.

Ruso: Mit dem Dr. Vranitzky habe ich viel gesprochen, aber sicher in diese Richtung nicht.

Helene Partik-Pablé: Hat er auch nicht in dieser Bandbreite mit Ihnen gesprochen, die Sie erwähnt haben, daß es gescheiter wäre, sich zu vergleichen?

Ruso: Nein, nein. Wir haben relativ oft miteinander gesprochen, weil ich ja im Aufsichtsrat der Länderbank war, aber — bitt' dich gar schön — da hat sich Dr. Vranitzky nicht eingemischt.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sich erinnern? Sie können sich an nichts Bestimmtes erinnern?

Ruso: Nein.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Guggenbichler, der hier als Zeuge vernommen worden ist, hat gesagt, Sie hätten ihm gegenüber erwähnt, daß Sie von Udo Proksch erpreßt werden. Können Sie sich daran erinnern, und wie ist das zu verstehen?

Ruso: Ich kann mich daran erinnern, weil ich es in der Zeitung gelesen habe, mit unheimlicher Überraschung, denn, wenn es richtig ist, was der Herr Guggenbichler gesagt hat, hat dieses Gespräch ungefähr 14 Tage vor meiner Verhaftung im Büro von Dr. Masser stattgefunden. Unter anderem soll ich gesagt haben: Weitermachen! Bitte, ich meine, ich bin ab 19., 20. Dezember von der „Bundesländer“ weg und habe ein einziges Mal ein Gespräch mit Herrn Guggenbichler in der Kanzlei von Dr. Masser gehabt; das dürfte gewesen sein so Ende 1983, Anfang 1984. Und da war sicher nicht die Rede davon, daß ich von Udo Proksch erpreßt werde.

Helene Partik-Pablé: Nicht oder schon?

Ruso: Sicher nicht, daß ich erpreßt werde.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, der Herr Guggenbichler sagt hier etwas Unwahres.

Ruso: Ich würde nicht sagen, etwas Unwahres, vielleicht irrt er sich.

Helene Partik-Pablé: Er hat auch gesagt, Sie hätten gesagt: Einer von beiden sitzt, entweder er oder ich! Können Sie sich daran erinnern? Es ist die Rede von Udo Proksch und von Ihnen.

Ruso: Nein. Gnädige Frau, er verlegt das Gespräch 14 Tage vor meine Verhaftung. Ich habe den Herrn Guggenbichler das erste und letzte Mal gesehen — wie gesagt — Ende 1983, Anfang 1984, sonst nicht. Ich weiß nicht, woher er diese Überlegung und diesen Wortlaut nimmt. Ich kann es jedenfalls ausschließen.

Helene Partik-Pablé: Ja. — Herr Dr. Ruso, wir haben uns heute eigentlich schon den ganzen Nachmittag mit der Frage der Stellung der Bundesländer-Versicherung nach dem Lucona-Untergang, im Zivilverfahren und auch im Strafverfahren, beschäftigt. Warum ist eigentlich nicht gleich eine Strafanzeige erstattet worden, als bekannt wurde, daß es da doch sehr verdächtige Erscheinungen gibt?

Ruso: Wie gesagt: Ich kann nur ab dem Zeitpunkt . . .

Helene Partik-Pablé: Na, 1983 ist es eingeleitet worden, 1981 sind Sie . . .

Ruso: Ich kann nur ab dem Zeitpunkt, würde ich sagen, reden, wo ich hauptverantwortlich dafür war. Warum vorher nicht . . .

Helene Partik-Pablé: Am 1. 1. 1981 sind Sie Generaldirektor geworden.

Ruso: Ja. — Gnädige Frau, es war mir und auch Dr. Masser der große Bekanntenkreis bekannt, den Udo Proksch hatte, vor allem der politische Bekanntenkreis. Ich nehme ja fast an, daß das Gespräch, von Proksch aus gesehen, eigentlich den Grund hatte, mir einmal zu zeigen, wie unheimlich einflußreich er in der politischen Szene wäre. Wie gesagt, bis 1981 ist keine Anzeige erstattet worden. Sie fragen, warum. Nun, es waren eigentlich die Fakten, die der „Bundesländer“ bekannt waren, auch gerichtsbekannt. Ich meine, die „Bundesländer“ wurde ja geklagt, bekanntlich, und es lief eigentlich seit dem Februar 1978 . . .

Helene Partik-Pablé: Das Zivilverfahren ist seit August 1977 anhängig.

Ruso: Seit August 1977. Die Fakten, die die „Bundesländer“ hatte, waren ja gerichtsbekannt. Nun, sicher habe ich mit Dr. Masser gesprochen und habe gesagt: Wie wollen wir weiter vorgehen? Sollen wir klagen? Aber uns war eines klar: Wenn wir keine zwingenden Beweise für einen Versicherungsbetrug, und zwar zwingender, als es bereits gerichtsbekannt war . . . Und nachdem das Gericht nach § 84 nichts von sich aus gemacht hat, waren wir der Meinung, wir müßten zwin-

gendere Beweise haben, um überhaupt eine Chance zu kriegen, bei der Situation, wo der politische Einfluß in jenen Bereichen, die für uns entscheidend waren, so groß war, daß wir damit rechnen mußten, daß unsere Klage entweder im Sand verlaufen, eingestellt oder vom Tisch gewischt würde und Rückschlüsse dann wiederum auf unser Zivilverfahren hätte. Ich war damals so naiv, daß ich geglaubt habe, na bitte schön, mit den Unterlagen, die wir dem Handelsgericht vorlegen — es war ja kein Wischiwaschi; das Handelsgericht hat ja die Klage der Zapata abgewiesen —, müßte man eigentlich, ohne daß eine Strafanzeige gemacht wird, durchkommen.

Helene Partik-Pablé: Na gut. Jetzt haben Sie schon gesehen, das Handelsgericht hat von den strafrechtlichen Aspekten offensichtlich keine Notiz genommen. Warum haben Sie nicht selbst Anzeige erstattet? Es besteht ja auch die Möglichkeit, daß man selbst als Anzeiger auftritt und die Sache zum Strafgericht bringt.

Ruso: Sicher.

Helene Partik-Pablé: Warum haben sie das nicht gemacht?

Ruso: Wir haben keine Veranlassung gehabt, denn es war ja so: Wenn eine moralische Verpflichtung der „Bundesländer“ abgeleitet worden wäre, hier dem Recht Genüge zu tun und eine strafrechtliche Anzeige zu machen . . . Bitte, es waren doch durch die Jahre hindurch sämtliche Schritte mit unseren Beteiligten abgesprochen. (*Graff: Mit Beteiligten meinen Sie die Rückversicherer?*) Ich meine, mit unseren Mitversicherern, mit unseren Mitversicherungen. Und einer der Mitversicherer, der laufend über das Vorgehen informiert worden ist, mit dem auch die Informationen oder Gedanken ausgetauscht wurden, ob geklagt werden soll oder nicht, war ja der Vertreter der „Wiener Städtischen“ beziehungsweise der „Union“, einer 100prozentigen Tochter der „Wiener Städtischen“.

Helene Partik-Pablé: Und auch der Vertreter der „Wiener Städtischen“ war nicht für eine Strafanzeige?

Ruso: Dürfte nicht gewesen sein. Bitte, ich war bei den Besprechungen nie dabei, aber Dr. Weiser wird das ohne weiteres dann sagen können. Es haben laufend, nach jeder Verhandlung, nach jedem Verhandlungstag, nach jeder Tagsatzung, Besprechungen stattgefunden. Und es wurde einhellig auch gesagt: Bitte schön, eigentlich müßte . . . Primär ist es der „Bundesländer“ darum gegangen, im Zivilprozeß zu obsiegen, nicht zu zahlen.

Helene Partik-Pablé: Wer war der Vertreter der „Wiener Städtischen“?

Ruso: Das weiß ich nicht, das müßte aber ohne weiteres eruierbar sein.

Helene Partik-Pablé: Also offensichtlich hat auch der Vertreter der Wiener Städtischen Versicherung keinen großen Glauben in die Justiz gelegt oder kein großes Vertrauen in die Justiz zum damaligen Zeitpunkt gehabt.

Ruso: Das weiß ich nicht, ich spreche nur von mir, von der Meinung Dr. Massers und von der Meinung auch, würde ich sagen, des Vorstandes. Ich spreche nicht im Namen des Vertreters der „Wiener Städtischen“ beziehungsweise der „Union“.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie, als Sie Generaldirektor der Bundesländer-Versicherung waren, dem Aufsichtsrat davon Mitteilung gemacht, daß da kriminelle Aspekte in dem Verfahren, in dem Versicherungsfall vorhanden sind?

Ruso: Das, was der „Bundesländer“ bekannt war, was dem Vorstand bekannt war und was in dem Verfahren von der „Bundesländer“ als Beweis für das Nichtzahlen dem Gericht vorgelegt wurde, war auch dem Aufsichtsrat bekannt. Ich habe immer wieder informiert.

Helene Partik-Pablé: Und wie hat der Aufsichtsrat reagiert hinsichtlich einer Strafanzeige oder hinsichtlich der Vorgangsweise überhaupt?

Ruso: Mein Gott, der Aufsichtsrat an und für sich hat sich da relativ wenig darum gekümmert. Der hat zur Kenntnis genommen, was ihm gesagt wurde. Es wurde ein bisserl debattiert, und damit war die Sache erledigt. Es ist mehr oder weniger im Bereich des Vorstandes gelegen, zu sagen: Wie tun wir jetzt weiter?

Helene Partik-Pablé: Aber der Aufsichtsrat ist ja verantwortlich als kontrollierendes Organ.

Ruso: Dem Aufsichtsrat war nur eines wichtig, und der Aufsichtsrat oder die Aufsichtsratsmitglieder wußten von vornherein, was die „Bundesländer“ schlimmstenfalls treffen kann, und damit war er schon beruhigt.

Helene Partik-Pablé: Eine andere Frage habe ich noch, und zwar: Haben Sie die Berichte des Guggenbichler erhalten im Papier, oder sind Sie nur von Dr. Masser informiert worden? Haben Sie die auch vorgelegt erhalten?

Ruso: Ich bin nur von Dr. Masser informiert worden.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, daß eine Observation durch Guggenbichler veranlaßt wurde beziehungsweise von einer von ihm beauftragten

Detektei ein Treffen des Außenministers Gratz mit Udo Proksch observiert wurde?

Ruso: Im nachhinein sind wir informiert worden, vorher wußten wir nichts.

Helene Partik-Pablé: Sie haben zu dieser Observation keinen Auftrag gegeben?

Ruso: Nein, um Himmels Willen!

Helene Partik-Pablé: Und wann nachher haben Sie das erfahren?

Ruso: Mein Gott na, das kann ich jetzt nicht genau sagen. Guggenbichler dürfte Dr. Masser angerufen haben, und Masser hat mich verständigt, also die Information dürfte relativ rasch gekommen sein, daß da ein Treffen stattgefunden hat, aber ich kann mich jetzt nicht mehr genau daran erinnern.

Helene Partik-Pablé: Wie war Ihre Reaktion darauf?

Ruso: Na, ich muß ehrlich sagen, ich war an und für sich nicht erfreut, und zwar aus dem ganz einfachen Grund: weil mir der gute Außenminister — das war er ja damals — Gratz irgendwie ein bisserl leid getan hat, daß er in die Geschichte da so hineingezogen wird.

Helene Partik-Pablé: Und haben Sie diese Methode eigentlich richtig gefunden? Immerhin war das ein von Ihnen beauftragter Detektiv, der eine Methode anwendet, über die man ja streiten kann.

Ruso: Gnädige Frau, Guggenbichler hatte über Dr. Masser den Auftrag, und zwar in Form eines Erfolgshonorars, Material zu liefern für den Nachweis des Versicherungsbetrugs . . . Über die Methoden . . . Das war ein Erfolgshonorar. Das war ja nicht so, daß wir ihm seine Tätigkeit, seine Einzeltätigkeit honoriert hätten und ihm Auftrag gegeben haben: Das darfst du, und das darfst du nicht!

Ich glaube, Sie haben sicher einen Eindruck vom Herrn Guggenbichler gewonnen. Er war nicht lenkbar, der ließ sich nichts einreden, er war auf das Erfolgshonorar aus, und da war ihm sicher jedes Mittel recht.

Helene Partik-Pablé: Und war auch Ihnen jedes Mittel recht, das der Herr Guggenbichler anwendet?

Ruso: Nein.

Helene Partik-Pablé: Und warum haben Sie ihn dann eigentlich nicht zur Rede gestellt oder abbestellt?

Ruso: Mir war es an und für sich nicht recht. Ich meine, ich bin ja nicht über jeden seiner Schritte informiert worden. Wir sind im nachhinein informiert worden, daß er die Strafanzeige gemacht hat, und wir sind im nachhinein informiert worden, daß er eine Observierung von Herrn Mag. Gratz gemacht hat. Aber, ich meine, ich habe Dr. Masser gegenüber natürlich erklärt, daß mir diese Art nicht gefällt, aber schließlich und endlich: Der Zweck heiligt die Mittel.

Helene Partik-Pablé: Sie haben den Vertrag vom Guggenbichler sogar noch verlängert, obwohl Sie mit den Mitteln nicht einverstanden waren?

Ruso: Welchen Vertrag verlängert?

Helene Partik-Pablé: Na, mit Guggenbichler ist ja ein Vertrag abgeschlossen worden.

Ruso: Ich habe mit dem Guggenbichler meines Wissens keinen Vertrag abgeschlossen, sondern Dr. Masser hat mit dem Guggenbichler eine Vereinbarung getroffen.

Helene Partik-Pablé: Na ja, aber der Herr Dr. Masser hat doch sicher nicht das alles auf eigene Faust gemacht, sondern hat wahrscheinlich von Ihnen Instruktionen bekommen, nehme ich an.

Ruso: Natürlich. Das war vereinbart: 5 Millionen Schilling für den Nachweis, daß Versicherungsbetrug vorliegt.

Helene Partik-Pablé: Ist Ihnen nichts bekannt davon, daß dieser Vertrag, der im Juni 1983 geendet hat, verlängert worden ist?

Ruso: Mir war gar nicht bekannt, daß eine zeitliche Limitierung vorgesehen war. Daran kann ich mich nicht erinnern.

Helene Partik-Pablé: Natürlich steht es drinnen. (Graff: Steht nicht drin! Nein!) Na, ich zeige es Ihnen.

Hat der Herr Dr. Masser völlig freie Hand gehabt von Ihnen aus?

Ruso: Er hat freie Hand gehabt, mit Guggenbichler eine Vereinbarung zu treffen, bei Erfolg, in dem Moment, wo die „Bundesländer“ im Prozeß obsiegt, 5 Millionen Schilling Erfolgshonorar zu zahlen.

Helene Partik-Pablé: Gut, danke.

Obmann Steiner: Danke.

Dr. Graff.

Graff: Keine Fragen.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Abgeordneter Schieder, bitte.

Schieder: Herr Dr. Ruso, ich sehe, Sie sind relativ gut vorbereitet auf das heute, und Sie haben auch Notizen. Darf ich Sie fragen, wie Sie sich da vorbereitet haben. Haben Sie Unterlagen gehabt?

Ruso: Herr Schieder, Sie werden lachen — weil Sie sagen, ich bin vorbereitet —, ich habe überhaupt nichts, ich habe mir nur die Daten über den Prozeß herausgesucht, Sie können sie ohne weiteres . . .

Schieder: Nein, nein, kein Einwand, ich habe nur . . .

Ruso: Ich habe keine Unterlagen, und ich konnte mich auch nicht vorbereiten. Ich habe keine Unterlagen bekommen. Woher soll ich? Ich konnte ja keine bekommen.

Schieder: Und Sie haben in den letzten Monaten auch keinen Besucher gehabt, mit dem Sie die Zeugenaussage besprochen haben?

Ruso: Meine Zeugenaussage?

Schieder: Den Lucona-Ausschuß hier.

Ruso: Wen sollte ich zu Besuch gehabt haben?

Schieder: Nein, ich frage Sie einfach, ob Sie einen Besucher gehabt haben, der mit Ihnen das durchbesprochen hat.

Ruso: Nein. Durchbesprochen nicht.

Schieder: Oder darüber gesprochen mit einem Besucher?

Ruso: Speziell über meine Aussage vorm Ausschuß?

Schieder: Ja, oder die Lucona-Sache.

Ruso: Vorm Ausschuß, sicher nicht, über die Lucona ist da sicher teilweise auch gesprochen worden.

Schieder: Darf ich Sie fragen, mit wem.

Ruso: Ich habe einmal ganz kurz mit Dr. Masser gesprochen.

Schieder: Wann war Sie denn Dr. Masser zuletzt besuchen?

Ruso: Der war ein einziges Mal, und das ist überhaupt gar kein Geheimnis . . .

Schieder: Nein, nein. Ich weiß, das wird festgehalten. Ich frage Sie nur.

Ruso: Während meines Prozesses, und da ist aber sicher nicht das die primäre Geschichte gewesen.

Schieder: Nicht, ja.

Ruso: Er wollte mir die Hand drücken und wollte mir alles Gute wünschen.

Schieder: In den letzten drei, vier Monaten hat er Sie nicht besucht?

Ruso: Besucht, nein. Ein einziges Mal, weiß ich.

Schieder: Aber das war schon früher.

Ruso: Da war noch kein parlamentarischer Untersuchungsausschuß installiert, noch gar nichts, und da wußte ich noch gar nicht, daß ich das Vergnügen habe . . .

Schieder: . . . kommen zu müssen. Es war auch kein anderer Besucher in den letzten drei, vier Monaten, der Sie auf das angesprochen hat?

Ruso: Mein Besucher ist Dr. Obendorfer, mein Anwalt.

Schieder: Und der hat Sie auch nicht darauf angesprochen?

Ruso: Wir haben darüber geredet.

Schieder: Über die Tatsache der Vorladung oder so?

Ruso: Herr Schieder! Das ist ein Anwalt von mir!

Schieder: Das ist kein Vorwurf, ich frage Sie nur.

Ruso: Natürlich werde ich mit ihm reden. Ich wäre doch beklopft! Mit wem soll ich sonst reden?

Schieder: Also er war der einzige, mit dem Sie darüber gesprochen haben. — Danke schön.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Pilz.

Pilz: Herr Dr. Ruso! Dr. Masser hat uns heute erzählt von einem Treffen, von dem auch Guggenbichler erzählt hat, vom Herbst 1985 in seinem Büro. Teilnehmer: Guggenbichler, Dr. Masser und Sie.

Ruso: Dr. Masser hat Ihnen das gesagt? Im Herbst 1985?

Pilz: Das hat er heute ausgesagt: vom Herbst 1985. Dieses Treffen, das die Funktion der Tröstung . . .

Ruso: Nein, das war das einzige Treffen zwischen Guggenbichler, mir und Dr. Masser, das muß aber — da muß er sich geirrt haben — 1983 oder 1984 gewesen sein. Das war die echte Tröstung, wo der Guggenbichler . . . Erstens einmal, ich wollte gar nicht mit ihm reden. Ich habe mir gedacht, das soll der Dr. Masser machen, aber Guggenbichler wollte unbedingt mit mir reden.

Pilz: *Und aus welchem Grund?*

Ruso: Der Guggenbichler war irgendwo verzweifelt, denn nach seinem Vorgalopp, nach der Anzeige, da hat er natürlich Prügel bekommen. Es war ja auch nicht sehr geschickt, daß er dann, als im August gleich im „Kurier“ eine große Serie herauskommt, Höllrigl in die Hände fällt. Natürlich hat es dann Schwierigkeiten gegeben. Dann hat er natürlich von jener Seite, der gar nicht recht war, daß da jetzt Untersuchungen laufen, Schwierigkeiten bekommen und war verzweifelt und wollte sich bei mir ein bißchen ausweinen.

Pilz: *Wie hat sich das Ausweinen so konkret abgespielt?*

Ruso: Daran kann ich mich nicht mehr erinnern.

Pilz: *Ist es Ihnen gelungen, den Herrn Guggenbichler zu trösten?*

Ruso: Jedenfalls ist vereinbart worden, er macht weiter.

Pilz: *Also der Trost ist praktisch gelungen.*

Ruso: Ich nehme an.

Pilz: *Er hat sich ausgeweint, und Sie haben ihn getröstet, und dann . . .*

Ruso: Ich habe ihm sicher nicht das Handerl halten müssen.

Pilz: *Gehört es zu den Aufgaben eines Generaldirektors der Bundesländer-Versicherung, einen verzweifelten Privatdetektiv zu trösten?*

Ruso: Das ist wieder eine Ihrer zynischen Bemerkungen. Ich habe nur gesagt, was die Motivation war, daß ich hingegangen bin, weil mir der Dr. Masser gesagt hat, ich soll einmal hingehen, damit ich den Guggenbichler beruhige.

Pilz: *War der Herr Guggenbichler der einzige Privatdetektiv, den Sie als Generaldirektor getröstet haben?*

Ruso: Da können Sie sicher sein, daß er der einzige war.

Pilz: *Gut, daran können Sie sich erinnern. Wunderbar. Was können Sie uns erzählen über die*

Usancen der Rückversicherungen der Bundesländer-Versicherung, speziell über dieses Institut London & Kingston und die Geldflüsse dorthin? Es ist schon begonnen worden, zu fragen, aber mir wäre es recht, wenn Sie das ein bißchen genauer beschreiben könnten.

Ruso: Ich würde sagen, Herr Doktor, fragen Sie Dr. Marek, der ist Direktor von der London & Kingston und der Rückversicherungschef, der wird Ihnen genau sagen können, wie das alles gelaufen ist.

Pilz: *Was wissen Sie darüber?*

Ruso: London & Kingston war eine hundertprozentige Tochter, die die „Bundesländer“, ich weiß es nicht, zu Anfang oder Mitte der siebziger Jahre erworben hat, die Rückversicherungsgeschäft betrieben hat, die dann unglücklicherweise in die ganze Lucona-Geschichte hineingezogen wurde, wo man dann großspurig gesagt hat, die „Bundesländer“, die muß ja einen Prozeß führen, denn die Tochter in London trägt das ganze Risiko, wo sich dann später herausgestellt hat und wo wir natürlich gewußt haben, daß per 31. 12. 1984, soweit ich mich erinnern kann, das ganze Engagement der London & Kingston bei etwas über 300 000 S war. Aber im Detail über die Geschäfte und darüber, wie überhaupt die London & Kingston zu einer Beteiligung aus dem Lucona-Geschäft gekommen ist — die ist ja nicht von der „Bundesländer“ direkt gekommen —, fragen Sie Dr. Marek.

Pilz: *Ich halte nur fest: An die Details, die günstig für die Bundesländer-Versicherung und Ihnen nahestehende Gruppen sind, können Sie sich sehr, sehr gut und sogar zahlenmäßig erinnern.*

Eine andere Frage: Bachmayer gibt bei seiner Zeugenaussage an, von der Bundesländer-Versicherung sollen mehrere hundert Millionen Schilling auf diese Rückversicherungen gelaufen sein. Ist Ihnen etwas Derartiges bekannt?

Ruso: Herr Dr. Pilz! Ich habe mit Vergnügen und ein bißchen leisem Entsetzen aus dem Radio Ihre Erklärung vernommen, wie viele Zeugen müssen noch geladen werden, da ist eine Aussage vom Herrn Bachmayer über die London & Kingston, über die Bahamas-Geschichte — das waren nicht die Bahamas, sondern die Bermudas —, da sind hunderte Millionen Schilling geflossen.

Pilz: *Was war Bermudas?*

Ruso: Mit den Bahamas haben wir gar nichts zu tun. Die „Bundesländer“ hat auf den Bermudas eine Zeichnungsagentur gehabt, und der gute Bachmayer oder vielleicht der Herr Dr. Zanger hat das verwechselt, denn das Papier, aus dem Sie Ihre Information ziehen, ist ja von Dr. Zanger,

und zwar die Klagebeantwortung auf die Zivilklage. (Graff: „Kummerln“ unter sich!)

Pilz: *Möglicherweise gibt es einen Unterschied zwischen Bachmayer und Ihnen, daß er offensichtlich nicht an die Zeit nachher denken muß. Aber sagen Sie . . .*

Ruso: Herr Abgeordneter Pilz, darf ich eines sagen: Sie negieren, Sie haben da, würde ich sagen, ein Gewäsch von einem Bachmayer, das sein Anwalt zu Papier gebracht hat, oder es ist überhaupt vom Zanger, die reine Formulierung, das weiß ich nicht. Sie negieren völlig, daß diese Sache geprüft worden ist. Erkundigen Sie sich vorher bei der „Bundesländer“, bevor Sie, weil es eben opportun erscheint, damit in die Öffentlichkeit gehen, den alten Käse wieder aufwärmen.

Pilz: *Ich sage Ihnen eines: Alles, was von Zeugen behauptet wird, ob es jetzt Beschuldigte sind oder Zeugen, berechtigt jeden von uns, Fragen zu stellen, ob das richtig ist oder nicht. (Graff: Das hat kein Zeuge behauptet, das ist nur der Ehrabschneider Pilz!)*

Und da kommt es überhaupt nicht darauf an, ob Ihnen das recht ist oder nicht, ob Sie das für richtig halten oder nicht. Es ist, vermute ich, Ihre Aufgabe, hier einfach zu sagen, ob Sie das, was Bachmayer hier vorbringt, für richtig halten, für wahr halten oder für unwahr halten. — Ich verstehe die Empörung des Dr. Graff in diesem ganzen Komplex nicht. (Graff: Bachmayer war nie Zeuge!)

Obmann Steiner: *Bitte, lassen wir Dr. Pilz jetzt ausreden, und stellen Sie eine konkrete Frage, Dr. Pilz. (Graff: Sie sind eine ganz miese Figur, Herr Pilz!)*

Pilz: *Ich versuche die ganze Zeit, konkrete Fragen zu stellen. Wenn Dr. Graff dann die Nerven durchgehen und er . . . Schauen Sie, ich weiß nicht, ob wir das einreißen lassen sollen, daß Graff immer dann, wenn es um die Bundesländer-Versicherung geht, zu unflätigen Beschimpfungen Zuflucht nimmt. — Das ist eine Stilfrage, völlig richtig, Herr Professor, und ich kann es einfach nicht leiden, wenn ein Abgeordneter im Praterjargon versucht, ständig zu unterbrechen.*

Obmann Steiner: *Bitte, Herr Dr. Pilz, wollen wir jetzt mit der Zeugeneinvernahme weitermachen, denn ich meine, es gibt vielleicht nachher Gelegenheit, Gedanken solcher Art auszutauschen.*

Herr Dr. Pilz, bitte stellen Sie Ihre Fragen.

Pilz: *Jetzt, nach dieser Bemerkung, wollen wir mit der Befragung fortfahren.*

Neunerkonten im Bereich Bundesländer-Versicherung: Wissen Sie etwas davon?

Ruso: Herr Abgeordneter! Ich bin hier vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß in der Sache Lucona geladen worden. Was haben die Neunerkonten, wo ich im Strafverfahren befragt wurde, wo Einvernahmeprotokolle vorliegen, wo von der Finanzbehörde untersucht wurde, was die Neunerkonten sind, mit der Lucona zu tun?

Pilz: *Wollen Sie mich befragen, was die Neunerkonten mit der Lucona zu tun haben?*

Ruso: Ja, ich frage mich, ich bin hier geladen in der Sache Lucona.

Pilz: *Mich interessiert, was Neunerkonten, was Löschenkohl, was alle möglichen anderen Zusammenhänge mit Lucona zu tun haben. Wissen Sie, die Aufgabe des Lucona-Ausschusses ist es nicht, die Fragen der Zeugen zu beantworten, sondern selbst Fragen zu stellen, die mögliche Zusammenhänge erhellen. Sie wollen da offensichtlich nicht darauf antworten.*

Nächste Frage: Löschenkohl. Welche Leistungen hat Löschenkohl für diese ganzen Betreuungsprovisionen, sogar in Direktionsgeschäften, für die Bundesländer-Versicherung erbracht?

Gaigg: *Herr Vorsitzender! Diese Frage hat mit dem Untersuchungsgegenstand des Ausschusses wirklich überhaupt nichts zu tun.*

Obmann Steiner: *Herr Dr. Pilz, wollen Sie uns den Zusammenhang erklären? Sie haben vorhin den Sinn des Ausschusses hier definiert, aber nicht ganz vollständig.*

Zur Geschäftsordnung.

Schieder: *Mir haben auch Bemerkungen des Kollegen Pilz wirklich nicht gefallen, aber ich glaube nicht, daß man ihn für das Verhalten jetzt strafen soll. Ich glaube, die Frage hat einen Zusammenhang. Da ist eine Zeugenladung. Ich würde daher bitten, sie zuzulassen.*

Obmann Steiner: *Gut, bitte, aber dann stellen Sie einen Zusammenhang auch mit dem Fall Lucona her, wie Sie es vorgehabt haben. — Bitte.*

Pilz: *Ich stelle noch einmal die Frage: Welche Leistung hat Löschenkohl für Betreuungsprovisionen sogar bei Direktionsverträgen für die Bundesländer-Versicherung erbracht?*

Ruso: Welche Leistungen? Sie beziehen sich sicher auf den Bereich Verbund. Ich meine, es ist sicher nicht Aufgabe eines Betreuers, daß er, wenn er von der Direktion dieses Geschäft betreiben soll, mit den Leuten Mittagessen geht. Aber ich würde sagen, es genügt, wenn er — ich nehme jetzt wieder den Verbundbereich her — mit einem der führenden — und wir reden jetzt nicht von 1989, sondern wir reden von der ersten

Hälfte 1980 — Vertreter des Bereiches Verbund/Sondergesellschaften eng befreundet ist und dadurch erstens Einfluß nehmen kann, daß die Quote bleibt, und zweitens einmal, wenn dieser . . . Ich kann ruhig den Namen sagen, das ist Dipl.-Ing. Kobilka, sicher bekannt. Ich meine, der Herr Generaldirektor Fremuth hat groß erklärt, das ist eine Chuzpe, denn der gute Löschenkohl kennt niemanden, macht ja nichts. Die Verbund-Gruppe, bitte, da ist als Versicherer der Verbund ja nur klein, der hat ja nicht viel, sondern wichtig war der Herr Kobilka, und für die „Bundesländer“ wichtig war, in jenem Bereich einen guten Kontaktmann zu haben, denn wo wird noch weiter hinausgebaut? — Auf der Donautrecke, und damals war die, natürlich auch Hainburg, im Gespräch.

Pilz: Können Sie sagen, wer der Herr Kobilka ist?

Ruso: Der Herr Kobilka? Herr Pilz! Das war zu damaliger Zeit der Vorstandsdirektor der Donaukraftwerke AG, Vertreter in der Verbund-Gruppe der Verbund-Versicherer, einer der wichtigen Leute, der ganz wichtigen Leute, und mit dem hat Löschenkohl Kontakt gehabt.

Pilz: Und für diesen Kontakt hat er Betreuungsprovisionen erhalten?

Ruso: Ja. Aber wollen Sie mir jetzt noch einmal . . . Jetzt wissen Sie: Dafür hat er Betreuungsprovisionen bekommen. In Ordnung.

Pilz: In welcher Höhe?

Ruso: Das kann ich jetzt nicht sagen.

Pilz: Na ungefähr.

Ruso: Das können Sie ja nachrechnen. Ich nehme an, das dürfte ungefähr im Jahr im Bereich von ungefähr 2 Millionen Schilling sein, soweit ich das in Erinnerung habe. Aber das können Sie ja nachrechnen. Noch einmal, Herr Pilz, bitte, stellen Sie einen Konnex . . .

Pilz: Nein, entschuldigen Sie, habe ich Sie richtig verstanden: Allein für das Bestehen einer Freundschaft zwischen Herrn Löschenkohl und diesem Vorstandsdirektor, die sich günstig auf die Quote auswirken kann, . . .

Ruso: Nein. Nein. Sie ziehen das jetzt ein bisschen in Lächerliche. Sie glauben . . .

Pilz: Ich kann mir schon vorstellen, daß das für das Geschäft eine Bedeutung haben kann.

Ruso: Sicher. Das war von Bedeutung, vor allem im Hinblick auf die Situation, die damals in diesem Bereich geherrscht hat. Es ist ja nicht so, wie man es darstellen möchte. Na, bitte schön, das

war eine homogene Gruppe. Da ist die Gruppe der Verbund-Versicherer, also aus den vier großen Versicherungsgesellschaften, und da sind die Verbund-Versicherer, die haben eine Verbund-Vereinbarung, und in dieser Vereinbarung steht drinnen: Okay, es wird keine Provision bezahlt. Gut. Bon.

Dann aber kommt eine Situation, wo nicht mehr diese homogene Gruppe da ist, wo man sagt: Die vier brauchen keine Sorge zu haben, daß da irgend jemand anderer hereinkommt! Da meldet sich plötzlich eine „Anglo-Elementar“, da kommen ausländische Makler, die den Verbund bestürmen. Bis zu dem Zeitpunkt, bis in die achtziger Jahre, habe ich mich persönlich um das Verbund-Geschäft mit der Fachabteilung . . .

Pilz: Und damals war das noch eine homogene Gruppe?

Ruso: Damals war es eine homogene Gruppe, ja.

Pilz: Dann ist die Gruppe inhomogen geworden?

Ruso: Es war inhomogen, ja.

Pilz: Und dann war es notwendig, Provisionen zu zahlen?

Ruso: Ich glaube, das sollten Sie dem Unternehmen überlassen. Denn wenn das, was ich gemacht habe, daß ich dem Herrn Löschenkohl Provisionen bezahlt habe, nicht richtig gewesen wäre, wenn es unlogisch gewesen wäre . . . Sie kommen natürlich . . . Der nächste Schritt wird sein: Na wieso ist denn das eigentlich aufs Konto Novak gelaufen? Mit dem werden Sie auch kommen. Das kann ich Ihnen auch erklären. Das war der Wunsch vom Herrn Löschenkohl. Warum? — Die Normalverträge sind zehnjährig. Die Rückversicherungsverträge sind alle einjährig. Verbundgruppe ist ein solch exponiertes Risiko, daß es wichtig war, und darum sollte sich der Löschenkohl mit dem Novak kümmern, daß wir, falls die Verbund-Rückversicherer . . . Das waren großteils Münchner Rückversicherer, wissen Sie, die Verbindung „Wiener Allianz“ — „Erste Allgemeine“ — „Anglo Elementar“, bitte, die machen den Schnitt zu und sagen: Wir machen keine Rückversicherung!, und die „Bundesländer“ steht da und sagt: Moment einmal, wo sollen wir jetzt eigentlich dieses Großrisiko rasch rückversichern? Rückversicherungsverträge sind ja nur einjährig. Löschenkohls Wunsch war, er hat gesagt: Gut, dann muß ich Novak etwas zahlen. Löschenkohl kommt zu mir und sagt: Bitte schön, mir wäre lieber, das soll übers Konto Novak laufen, das ist im Innenverhältnis.

Pilz: Welchen Vorteil bringen Löschenkohl da diese einjährigen Verträge?

Ruso: Welche einjährigen Verträge?

Pilz: Diese Rückversicherung. Warum soll das dann wirklich über diese Rückversicherung in London gehen?

Ruso: Herr Pilz! Sie haben mir nicht zugehört. Sie haben mir einfach nicht zugehört! Ich habe gesagt — es geht nicht in ein paar Worten —, Novak soll Vorsorge treffen, soll eine Gruppe von Rückversicherern vorsorglich finden — die, sollten unsere traditionellen Rückversicherer, die das Verbundgeschäft und das E-Wirtschaftsgeschäft tragen, sollte einer ausfallen, ein großer ausfallen, beispielsweise die Münchner Rück oder die Schweizer Rück —, daß sofort eingetreten werden kann, denn die Rückversicherungsverträge sind jeweils einjährig, die anderen Verträge sind aber zehnjährig.

Pilz: Gut. Danke zu dem Punkt.

Dann: Sagen Sie, haben Sie sonstige Kontakte eigentlich mit Löschenkohl gehabt? Haben Sie mit ihm zum Beispiel Reisen unternommen oder so etwas?

Ruso: Nein, Reisen habe ich mit ihm nicht unternommen.

Pilz: Hat es sonstige Kontakte noch gegeben?

Ruso: Mein Gott, wir waren recht gut. Ich glaube, wir waren mit meiner Frau und immer einer Gruppe ein-, zweimal im Jahr bei ihm eingeladen. Wenn er da war, sind wir hie und da miteinander essen gegangen. Aber ansonsten, gemeinsame Reisen und so weiter haben nicht stattgefunden.

Pilz: Sagt Ihnen etwas: Herzogenburgtreffen und Pater Bertram? Sagt Ihnen das etwas?

Ruso: In welchem Zusammenhang?

Pilz: Das möchte ich Sie dann fragen. Sagt Ihnen das etwas: regelmäßige Herzogenburgtreffen?

Ruso: Regelmäßige Herzogenburgtreffen? Da war ich nie dabei.

Pilz: Waren Sie nie dabei?

Ruso: War ich nicht dabei. Vielleicht war ich einmal dort, aber sonst nicht.

Pilz: Aber Sie wissen, was das ist?

Ruso: Nein.

Pilz: Wissen Sie nicht.

Ruso: Ich kenne den Pater Bertram, ich weiß, was Herzogenburg ist, aber was diese Herzogenburger Treffen sind, das weiß ich nicht.

Pilz: Ich nehme es an, aber ich frage Sie trotzdem: Wissen Sie etwas über Schwarzgeldfonds, die bei einem Anwalt in Wien für Bundesländer-Versicherungsgelder deponiert sind?

Ruso: Herr Pilz! Ich bin jetzt drei Jahre im Gefängnis. Woher soll ich wissen, ob irgendwelche Schwarzgeldkonten bei einem Anwalt der „Bundesländer“ liegen?

Pilz: Ich wollte Sie noch etwas Letztes fragen, und zwar: Was hat eigentlich Ihre damalige Aussage in Ihrem Prozeß bedeutet, Leute aus dem Umfeld Niederl seien an Sie herangetreten?

Ruso: Das war meine Erstaussage in dieser Niederl-Sache, wo ich noch nicht wußte, daß die Sache Feil und Kandler aktenkundig ist, das heißt, von der Wirtschaftspolizei auf den Tisch gelegt würde.

Pilz: Und welche Leute aus dem Umfeld waren das?

Ruso: Das waren . . . (Graff: Zur Geschäftsordnung!)

Obmann Steiner: Das ist aber jetzt wirklich nicht Thema, bitte. — Danke.

Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Dr. Ruso, ich möchte noch einmal auf die Praxis der Provisionsabrechnung kommen. Sie haben auf meine Frage, ob Sie etwas über die Provisionsabrechnung beim Lucona-Vertrag wissen, gesagt, nein, Sie nicht. Wie läuft die Provisionsabrechnung in der Bundesländer-Versicherung, ist das spartenweise, wie ist das?

Ruso: Das ist spartenweise, Lebens-, Kranken- und Sachversicherung und dann jeweils auch nach Bundesländern bezogen.

Rieder: Also es gibt eine dezentrale Abrechnung und eine zentrale Abrechnung. Verstehe ich das so richtig?

Ruso: An und für sich . . . Es gibt . . . Jetzt wird es sicher nur mehr eine dezentrale Abrechnung geben.

Rieder: Über die Landesstellen, oder?

Ruso: Über die Landesorganisationen.

Rieder: Früher hat es auch eine zentrale . . .?

Ruso: Früher war es so, da waren Wien und Niederösterreich noch in der Zentrale am Schwedenplatz. Die sind dann sukzessive ausgesiedelt

worden, Zug um Zug ist das dann dezentralisiert worden.

Rieder: Ich meine das jetzt nicht räumlich, sondern ich meine das organisatorisch. Zum Beispiel bei der Transportversicherung, wer war da in der Bundesländer-Versicherung zuständig?

Ruso: Der Direktor Gehberger.

Rieder: Also ein Vorstandsdirektor.

Ruso: Ein Vorstandsdirektor, ja.

Rieder: Jeder der Vorstandsdirektoren hat einen Bereich gehabt?

Ruso: Ja.

Rieder: Und darüber hinaus, wie war jetzt die Teilung gegenüber den Landesstellen, oder hat es da keine . . . ?

Ruso: Nein, das war so. Ein Vorstandsdirektor hat beispielsweise den Sachbereich vorstandsmäßig übergehabt, und das ist quer durch Österreich gegangen, nach Sparten, nicht nach Landes. . .

Rieder: Nicht nach Regionen, sondern nach Sparten. Hat es da eine Abstufung der Höhe nach gegeben, wer für Provisionen das entscheidet oder anweist, oder wie war . . . ?

Ruso: Herr Abgeordneter, bitte schön, da müssen Sie die zuständigen . . . Das weiß ich nicht.

Rieder: Mich würde interessieren, wer die Zuständigen sind. Ich wollte ja nur von Ihnen einmal wissen, wer die Zuständigen sind?

Ruso: Das ist an und für sich die zuständige Organisation, und die Organisation ist die Sachorganisation, Transport ist „Sach-“.

Rieder: Ja, und da war es so, daß der Vorstandsdirektor ohne Rücksicht auf . . .

Ruso: Der Vorstandsdirektor hat an und für sich da . . . Das ist überhaupt nicht zum Vorstandsdirektor gekommen, sondern das war Sache der Landesorganisation. Da hat es einen Organisationsleiter „Sach“ gegeben, und der war für die Provisionen dort zuständig.

Rieder: Und ab einer gewissen Höhe war dann der Vorstandsdirektor zuständig?

Ruso: Ab einer gewissen . . . Was Anweisungsberechtigung, was angewiesen wurde, ja. Aber wenn jemand ein 10-Millionen-Schilling-Geschäft gebracht hat, dann hat ohne weiteres — und er hat es gebracht, er hat Provisionsanspruch gehabt —, na, da ist ihm die Provision gutgeschrieben worden von der jeweiligen Organisation.

Rieder: Also man muß unterscheiden zwischen der Entscheidung über die Höhe der Provision — oder war die von vornherein reglementiert?

Ruso: Die Höhe der Provision ist von vornherein reglementiert. Da gibt es Provisionsrichtlinien, die vom Verband ausgegeben wurden. Das sind der oberste Limit, und dann gibt es einzelne Provisionsverträge innerhalb der einzelnen Gesellschaften.

Rieder: Das waren Provisionsverträge mit Angestellten oder mit selbständigen Vermittlern?

Ruso: Nein, sowohl als auch.

Rieder: Sowohl als auch. Man hat aber auch . . .

Ruso: Der eine ist ein Maklervertrag, und der andere ist ein Vertrag für Innendienstangestellte oder für nebenberufliche Mitarbeiter, der nicht Angestellter der „Bundesländer“ war.

Rieder: Und die Frage der Anweisung des Betrages ist davon zu lösen, und die war jetzt von der Höhe abhängig?

Ruso: Die Anweisung, nein. Das ist in der Regel in den jeweiligen Organisationen angewiesen worden. Was am Provisionskonto war, ist am Auszahlungsbeleg ausgestellt worden, und der hat das beheben können.

Rieder: Und daß Sie für bestimmte Bereiche zuständig waren, hat sich ergeben aus Ihrer Sachzuständigkeit und nicht aus der Funktion, Generaldirektor zu sein?

Ruso: Ich nehme an, ich kann mir ungefähr vorstellen, worauf Sie hinauswollen. Über die Zuständigkeit Löschenkohl meinen Sie?

Rieder: Zum Beispiel.

Ruso: Nein. Löschenkohl ist der Generaldirektion unterstanden, also dem Vorstand.

Rieder: Das heißt, es hat bestimmte Fälle gegeben, die unmittelbar der Generaldirektion unterstellt waren, oder Personen, die unterstellt waren.

Ruso: Personen.

Rieder: Personen. Also es hat . . .

Ruso: Das sagt aber nicht, daß sie nicht auch ganz normal in der jeweiligen Organisation, wo das Konto gelaufen ist, hingehen haben können und gesagt haben: Okay, ich will da meinetwegen 100 000 oder 200 000 oder 400 000 S abheben!, sondern ab einer bestimmten Größenordnung, hat in der Regel dann ein Vorstandsmitglied unterzeichnet.

Rieder: Sie haben das schon richtig gesagt: Wie war das jetzt bei Löschenkohl? Sie waren zuständig für Löschenkohl . . .

Ruso: Nicht nur ich, sondern der — er hat einen Sonderstatus gehabt (*Rieder: Ja!*), ist nicht der Organisation direkt unterstanden — ist dem Vorstand unterstanden. Das hat . . .

Rieder: Der war eigentlich im Außendienst. In der Versicherungsbranche hat man sich immer gewundert über seine große Stellung in der Bundesländer-Versicherung.

Ruso: Er hat eine Sonderstellung gehabt, er war Zentraldirektor.

Rieder: Hängt das mit seinen politischen Beziehungen zusammen?

Ruso: Mein Gott, das weiß ich nicht, da müssen Sie ihn selber fragen.

Rieder: Na, wie haben Sie das eingeschätzt?

Ruso: Er hat sicher gute politische Beziehungen gehabt.

Rieder: . . . gute politische Beziehungen gehabt. Und er war in welchen Bereichen tätig?

Ruso: In allen Bereichen.

Rieder: In allen Bereichen. Also das heißt, er war flächendeckend?

Ruso: Ja. Und auch alle Sparten.

Rieder: Das war nicht von der Sache her, sondern von seiner Person her, daß die Anweisungen in den Bereich da, also Verbund . . .

Ruso: Ja.

Rieder: Hat es noch andere Bereiche gegeben, wo in ähnlicher Weise der Herr Löschenkohl tätig war, und zwar in diesen Größenordnungen?

Ruso: Mein Gott, das weiß ich nicht. Wie gesagt, das können Sie ohne weiteres auch nachprüfen. Sie haben ja sicher Auszahlungsbelege, das können Sie nachprüfen.

Rieder: Ich habe da noch eine Frage, weil mir das nicht ganz einleuchtet mit der teuren Freundschaft, die zwischen Löschenkohl und Kobilka bestanden hat. War das nicht der technische Direktor und eigentlich nicht für das Kaufmännische zuständig?

Ruso: Ob er für das Kaufmännische zuständig war, das . . . Er war sicher der technische Direktor, aber er war der Vertreter im Verbundbereich, in der Arbeitsgemeinschaft. Bei den Besprechun-

gen, bei den Verhandlungen ist der Herr Dipl.-Ing. Kobilka dort gesessen.

Rieder: Nicht für mich überraschend nach seiner Ding.

Dann habe ich noch eine Frage. Sagen Sie — ich weiß es jetzt aber nicht ganz genau —, der Aufsichtsratspräsident Maurer hat ja auch etwas mit der DoKW zu tun. Wäre es da nicht einfacher gewesen, gleich mit ihm zu reden?

Ruso: Warum sollten wir mit dem Herrn Präsidenten Maurer . . . Der Präsident ist sicher . . .

Rieder: Man hätte sich vielleicht 20 Millionen erspart.

Ruso: Was heißt? Sie unterstellen, Herr Abgeordneter Rieder, Sie unterstellen, daß aus dieser Gruppe 20 Millionen gelaufen sind, aus der Verbund-Gruppe. Bitte.

Rieder: Na, Sie haben 20 Millionen Herrn Löschenkohl . . .

Ruso: Was heißt: Sie haben 20?

Rieder: Die Bundesländer-Versicherung hat doch 20 Millionen . . .

Ruso: Aber das hat doch mit dem Verbund nichts zu tun. Sie hauen da Kraut und Rüben durcheinander, nehmen alles, was gelaufen ist, und sagen: Ja, das ist der Verbund! Es schreit dann der Herr Fremuth, es kommen Zores heraus. Woher haben Sie, daß das das Verbund-Geschäft ist, die 20 Millionen?

Rieder: Na ja, ich meine, nach den Unterlagen, die mir vorliegen, gehe ich davon aus.

Ruso: Was heißt: nach den Unterlagen, die Sie haben? Na dann legen Sie die vor! Sie stellen da eine Behauptung in den Raum. Erstens einmal hat das mit der Lucona überhaupt nichts zu tun, und zweitens stellen Sie das so hin, als wären aus dem Verbund da innerhalb von einem Ding 20 Millionen Schilling geflossen und . . .

Rieder: Herr Dr. Ruso! Es ist ganz interessant, wenn man Ihnen zuhört, wenn das freie Wort aus Ihnen herausquillt. Aber ich habe eigentlich etwas anderes gemeint. Ich habe gemeint, daß die Bundesländer-Versicherung für eine — wie Sie gesagt haben — enge Freundschaft, die das Geschäft gesichert hat, an Provisionen dem Löschenkohl 20 Millionen gezahlt hat.

Und jetzt war meine Überlegung: Hätte nicht eine gewisse, nicht Freundschaft, aber doch eine Einflußsphäre des Aufsichtsratsvorsitzenden dasselbe erreicht?

Ruso: Herr Abgeordneter, Sie nehmen schon wieder die 20 Millionen Schilling in den Mund, was gar nicht ist. Und zweitens: Der Herr Präsident ist ja nicht dazu da, daß wir unseren Präsidenten, der gleichzeitig Präsident der DoKW ist, daß der Einfluß nimmt: Hollodaro, bitte schön, ihr Direktoren der Donaukraftwerke, ihr müßt bei der „Bundesländer“ mehr versichern!

Rieder: Na ja, aber hier haben Sie doch auch eine private Freundschaft herangezogen. Macht das die Sache besser?

Ruso: Das ist doch etwas ganz anderes.

Rieder: Sie haben doch zuerst gesagt, das war die Freundschaft des Löschenkohl . . .

Ruso: Ich meine, der Präsident der Bundesländer-Versicherung ist doch nicht der Vertreter der „Bundesländer“ als Aufsichtsratsvorsitzender der Donaukraftwerke.

Obmann Steiner: Bitte.

Ermacora: Herr Vorsitzender! Ich muß sagen, ich empfinde diese Fragen als nicht zum Gegenstand gehörend.

Rieder: Warten Sie, ich möchte den Professor Ermacora beruhigen. Ich komme schon zum Schluß. Ich möchte noch einmal die Frage, die ich gestellt habe, an Sie, als abschließende Frage stellen, weil sie wichtig ist. Sie können ausschließen, daß Sie ab Beginn 1986 in der Bundesländer-Versicherung noch Anweisungen getroffen haben?

Ruso: Das kann ich ausschließen.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Pilz noch einmal.

Pilz: Herr Dr. Ruso! Sagen Sie, wann haben Sie sich jemals mit dem Finanzminister, nicht mit dem Generaldirektor, sondern mit dem Finanzminister Dr. Vranitzky getroffen?

Ruso: Ich kann das datumsmäßig nicht genau sagen, aber es war sicher in den ersten Tagen oder in der ersten Woche, als er Finanzminister wurde. Es war ein Höflichkeitsbesuch. Das Datum kann man vielleicht sogar ein bisschen einengen, denn zum damaligen Zeitpunkt ist gerade in irgendeiner Zeitung ein Hinweis gewesen über die Finanzierung des Hausbaues von Dr. Vranitzky. An dem Tag, an dem das in der Zeitung gestanden ist, war ich in der Früh, gleich um 8 Uhr, bei ihm.

Pilz: War das ein reiner Höflichkeitsbesuch?

Ruso: Das war ein reiner Höflichkeitsbesuch, ja.

Pilz: Und ist über irgend etwas besonderes, möglicherweise im Zusammenhang mit Lucona, bei diesem Höflichkeitsbesuch gesprochen worden?

Ruso: Nein, sicher nicht.

Pilz: Hat es noch ein anderes Treffen zwischen Ihnen und Dr. Vranitzky in seiner Funktion als Finanzminister gegeben?

Ruso: Mein Gott, wir waren sicher etliche Male (*Pilz: Nein, ein persönliches Treffen!*), und zwar das Präsidium des Versicherungsverbandes . . .

Pilz: Ich frage nach einem persönlichen Treffen.

Ruso: An ein persönliches Ding kann ich mich nicht erinnern, glaube ich, ausschließen zu können.

Pilz: Es gibt einen Brief — kann man, bitte schön, Dr. Ruso eine Kopie vorlegen — von Dr. Masser an den Finanzminister Dr. Vranitzky, wo auf ein persönliches Gespräch zwischen Dr. Vranitzky und Ihnen verwiesen wird im Zusammenhang mit der Observierung des österreichischen Außenministers anlässlich seines Staatsbesuches in der Schweiz. Das steht da im zweiten Absatz drin. Dieses ganze Gespräch hat offensichtlich stattgefunden, das Sie ausschließen, daß es stattgefunden hat, dieses ganze Gespräch hat offensichtlich stattgefunden rund um Ihre bevorstehende Ernennung zum Mitglied des Generalrates der Oesterreichischen Nationalbank. Können Sie sich jetzt an dieses Gespräch, das Sie vorher ausgeschlossen haben, wieder erinnern?

Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß immer noch Ihre Aussage: Es hat kein weiteres Gespräch stattgefunden! im Raum steht. (Zwischenruf Fuhrmann.) Nein, ein spezielles Gespräch zwischen Dr. Vranitzky und ihm im Zusammenhang mit der Causa Lucona, habe ich gesagt. Das ist ganz wichtig. Das können wir dann im Protokoll ausheben.

Ruso: Wissen Sie, Herr Abgeordneter Pilz, wenn Sie sich — ich würde sagen — etwas klarer ausdrücken, worauf Sie hinauswollen.

Pilz: Das liegt ja jetzt vor Ihnen.

Ruso: Ich muß ehrlich sagen, sicher wird mich der Herr Minister vielleicht gefragt haben, aber ich schließe aus, daß das ein Gespräch war, wo er mich extra hat holen lassen, um sich zu vergewissern, daß die „Bundesländer“ oder ich nichts mit der Observierung des Herrn Mag. Gratz zu tun haben. Ich meine, es hat ja die Aufsichtsbehörde . . . Die „Bundesländer“ selbst hat ja an die Aufsichtsbehörde, soweit ich mich erinnere . . .

Pilz: Hat der Finanzminister damals von Ihnen eine Stellungnahme zu diesem Vorfall verlangt?

Ruso: Nein, daran kann ich mich nicht erinnern.

Pilz: Können Sie das ausschließen?

Ruso: Von mir?

Pilz: Ja.

Ruso: Daß ich eine Stellungnahme abgebe?

Pilz: Ja, zu dieser Observierung des damaligen Außenministers Gratz in der Schweiz.

Ruso: Ich schließe nicht aus, daß er mich gefragt hat, ob ich damit etwas zu tun habe oder die „Bundesländer“ etwas damit zu tun hat.

Pilz: Na schauen Sie, da gibt es einen Briefwechsel und alles mögliche. Da wird Dr. Masser, Rechtsanwalt, aufgefordert, dazu Stellung zu nehmen, den Finanzminister zu informieren, was da passiert ist und ob er ausschließen kann, daß Sie mit dieser Observierung des Außenministers zu tun haben. Da wird auf ein persönliches Gespräch mit Herrn Generaldirektor Dr. Ruso verwiesen, wo genau über den Inhalt dieses Gespräches, nämlich: Hat weder er noch einer seiner Mitarbeiter den Auftrag gegeben, den österreichischen Außenminister anlässlich seines Staatsbesuches in der Schweiz zu observieren? . . . Ganz genau ein Gespräch, zwei Gesprächsteilnehmer, ein klarer Gesprächsinhalt, ein Brief, ein Briefauftrag, ein Rechtsanwalt, der da etwas dem Finanzminister berichten soll: Können Sie sich daran erinnern oder nicht?

Ruso: Ich schließe nicht aus, daß in einem Gespräch mit dem Herrn Minister darüber geredet worden ist, daß ich gesagt habe, die „Bundesländer“ hat nichts damit zu tun. Es ist ja auch, soweit ich mich erinnern kann, sogar schriftlich von der „Bundesländer“ an die Aufsichtsbehörde gegangen. Nachdem aber Dr. Masser die „Bundesländer“ nicht im Namen von Dr. Masser anreden kann, hat wahrscheinlich der Herr Daum (*phonetisch*) auch in dem Zusammenhang Dr. Masser eine Erklärung haben wollen, daß er nichts damit zu tun hat.

Pilz: Sind Sie später dann zum Mitglied des Generalrates der Oesterreichischen Nationalbank ernannt worden?

Ruso: Ja.

Pilz: Ja. — Sagen Sie, ist diese Ernennung mit irgend etwas junktimiert gewesen?

Ruso: Ich weiß nicht, ob man es als Junktimierung bezeichnen kann, aber man hat mich damals — ich weiß nicht, wer —, jedenfalls hat er mich

auf Ehr' und Gewissen gefragt, ob die „Bundesländer“ oder ich wirklich nichts mit dieser Observierung zu tun haben. Ich kann aber heute nicht sagen, ob es eine Junktimierung war, weil ich nichts oder, wenn etwa, daß nicht.

Pilz: Der Rechtsanwalt Dr. Masser hat heute nachmittag in seiner Zeugenaussage das eindeutig als Junktimierung bezeichnet. Dieser „Er“, von dem Sie sprechen, dieser „Er“, der Sie da befragt hat im Zusammenhang mit Ihrer Ernennung zum . . . Wer war dieser „Er“?

Ruso: Herr Abgeordneter Pilz! Das weiß ich nicht, das könnte ohne weiteres . . . Ich kann mich erinnern, ich habe einmal ein Gespräch geführt mit dem . . .

Pilz: Kann dieser „Er“ der damalige Finanzminister gewesen sein?

Ruso: Nein, sicher nicht.

Pilz: Das heißt, beim persönlichen Gespräch, bei dem Masser bestätigt, daß es darum ging, über diese Observierung des österreichischen Außenministers . . . Was sagen Sie dazu?

Ruso: Herr Abgeordneter, Sie verlangen von mir ein absolutes Gedächtnis.

Pilz: Ich bin schon mit Gedächtnisresten zufrieden.

Ruso: Auf der anderen Seite wurde ich Ende Dezember aufgrund einer bestimmten Krankheit von der „Bundesländer“ in Pension geschickt. Und jetzt wollen Sie von mir wissen, was genau in dem Jahr, als man mich ein halbes Jahr später krankheits halber . . . geschickt hat, ob, mit wem, genau, wann, wie, was. Jedenfalls eines kann ich Ihnen sicher sagen: Der Herr Finanzminister hat mich nicht zu sich bestellt, nur damit ich ihm bestätige, daß die „Bundesländer“ mit dem Ding nichts zu tun hat.

Pilz: Dieses „nur“ ist in meiner Frage nicht vorgekommen.

Fragen wir es anders herum: Können Sie ausschließen, daß dieser Umstand, den Dr. Masser in diesem Brief schildert, bei dem Gespräch zwischen Dr. Vranitzky und Ihnen eine wesentliche Rolle gespielt hat?

Ruso: Eine wesentliche Rolle sicher nicht.

Pilz: Hat sicher keine wesentliche Rolle gespielt?

Ruso: Nein. Das war sicher nicht der Grund eines Gespräches.

Pilz: Da können Sie sich wieder gut erinnern.

Ruso: Na sicherlich.

Pilz: Eine andere Frage: Wissen Sie eigentlich, wie die geschäftlichen Kontakte zwischen der Bundesländer-Versicherung und dem früheren Verteidigungsminister Lütgendorf waren?

Ruso: Überhaupt keine Ahnung.

Pilz: Sie haben keine Ahnung. Und wie waren Ihre persönlichen Kontakte zu Lütgendorf?

Ruso: Ich habe ihn vielleicht ein- oder zweimal gesehen, aber persönliche Kontakte hatte ich überhaupt keine.

Pilz: Gut. Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Damit wäre diese Zeugenvernehmung zu Ende. — Ich danke, Herr Zeuge.

Ich schließe den heutigen Ausschuß.

Schluß der Sitzung: 20 Uhr 1 Minute

12. Sitzung: 15. Februar 1989

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 12 Minuten

Obmann Steiner: Ich eröffne die heutige Sitzung.

Wir haben heute Gegenüberstellungen vorgesehen, und zwar Bundesminister a. D. Blecha, Sektionschef Hermann, Sicherheitsdirektor Dr. Thaller.

Frau Dr. Partik-Pablé, Sie haben sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Sehr kurz. Ich ersuche im Hinblick auf das Ersuchen des Vorsitzenden des Disziplinargerichtes gegen Karlheinz Demel um die Übermittlung des Schreibens von Udo Proksch an den Sachverständigen Klaus Kinder vom 25. Jänner 1988, weil in der Fußnote auf den Gerichtspräsidenten Dr. Demel hingewiesen wurde und weil auch dieses Schreiben Bestandteil des Protokolls ist und der Präsident des Obersten Gerichtshofes ersucht hat um die Übermittlung des Protokolls. — Dieses Schreiben.

Zweitens ersuche ich um die Ladung des Bundeskanzlers Dr. Franz Vranitzky als Zeugen zum Beweisthema „Bestellung des Generaldirektors Dr. Ruso zum Generalrat der Nationalbank“, insbesondere, ob der damalige Finanzminister die Bestellung zum Generalrat allein davon abhängig gemacht hat, daß Dr. Ruso keinen Auftrag zur Observierung des damaligen Außenministers Leopold Gratz gegeben hat.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Abgeordneter Dr. Rieder: Bitte.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Zum zweiten Antrag der Frau Dr. Partik-Pablé: Ich halte den Sachverhalt für ausreichend geklärt. Es gibt dazu die Aussagen des Dr. Ruso und des Dr. Masser. Es liegt uns ein Brief vor. Und es liegt uns auch die Erklärung des Bundeskanzlers vor, der den Sachverhalt nicht bestreitet; das ist eben der Unterschied zu anderen diesbezüglichen Beweisfragen. Ich meine daher, daß dieser Beweis Antrag eher der Versuch einer billigen Retourkutsche sein soll. Ich bitte, daß wir in der bisherigen Form bei Gelegenheit, in der Beratungsphase, auch über diese Fragen entscheiden, aber ich mache kein Hehl daraus, daß ich das ablehnen werde.

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff, bitte.

Graff (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Ich halte auch das angegebene Beweisthema

für nicht zielführend. Für mich steht völlig fest, daß Dr. Vranitzky die Bestellung des Ruso zum Generalrat davon abhängig gemacht hat, daß er nicht den Auftrag gegeben hat, Mag. Gratz zu bespitzeln. Ob das jetzt gut oder schlecht oder sonst etwas war, darüber kann man sich durchaus eine Meinung bilden, aber im Sachverhalt ist alles klar. Außerdem erscheint mir der Sachverhalt nicht einschlägig. Ich meine daher, daß die Frau Dr. Partik-Pablé uns dann in der nichtöffentlichen Sitzung weitere Gründe wohl wird bringen müssen. Bisher bin ich nicht überzeugt, daß wir den Bundeskanzler brauchen. Ich erinnere auch daran, daß mehrere von uns, auch ich selbst, auch der Herr Vorsitzende, schon wiederholt die Besorgnis geäußert haben, daß wir hier im Ausschuß, so gut wir angefangen haben, jetzt ausufern und wirklich Beweiserhebungen nicht primär um des Aufklärungszieles willen, sondern mit irgendwelchen Nebengedanken durchführen, und das ist nicht der Zweck der Übung. — Danke.

Obmann Steiner: Ich werde dem Ausschuß vorschlagen, daß wir über diese Anträge der Frau Dr. Partik-Pablé dann in einer Geschäftsordnungssitzung entscheiden.

Frau Doktor, Sie haben sich noch einmal zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Ich möchte schon darauf hinweisen, daß für mich der Eindruck entsteht, daß die Großparteien da so ihre eigene Ordnung entwickelt haben, was die Einvernahmen von Zeugen betrifft. Wenn die Opposition oder insbesondere ich einen Antrag stelle, dann ist plötzlich alles geklärt und alles nicht mehr aufklärungswürdig, während dann, wenn die beiden Großparteien einen Antrag stellen, es selbstverständlich ist, daß das Interesse auch da gegeben ist, daß der Ausschuß das hört.

Es ist der Herr Dr. Vranitzky zu dem Thema noch nicht als Zeuge vernommen worden, und ich möchte schon darauf hinweisen: Es hat sich ja ähnlich abgespielt, auch was Dr. Ruso betrifft. Ich habe am 17. November bereits den Antrag gestellt, daß Dr. Ruso als Zeuge einvernommen werden soll. Daraufhin ist mir vorgeworfen worden, ich sei sensationslüstern und möchte unbedingt einen Häftling sehen.

Es hat sich dann zwei Monate später herausgestellt, daß die dringende Notwendigkeit besteht, Dr. Ruso als Zeugen zu vernehmen, und dann ist es plötzlich auch genehmigt worden. So ähnlich ist es auch mit Dr. Vranitzky.

Ich habe das Beweisthema ganz genau angegeben, und ich habe eben noch etliche Fragen, die sehr wohl im Zusammenhang stehen und mehr im Zusammenhang stehen als beispielsweise die Zeugenladung von Herrn Dr. Haider. Aber es wird durchaus gebilligt, daß über Antrag des Herrn Dr. Pitz die Frau Löschenkohl, der Herr Löschenkohl und der Direktor von der Landesregierung, der über die Einladung von Dr. Thaller etwas sagen soll, als Zeugen geladen werden. Aber wenn ich im Zusammenhang mit der Sache „Bewachung Gratz“ einen Antrag stelle, dann wird plötzlich behauptet, das sei nur eine Retourkutsche. Ich glaube, das geht auch nicht. Es ist meiner Meinung nach sehr unsachlich, wie hier die Großparteien die Ordnung herstellen wollen.

Obmann Steiner: Ich möchte vorschlagen, daß wir hier nicht die Geschäftsordnungsdebatte fortsetzen. Es sind noch zwei Herren zur Geschäftsordnung gemeldet, Dr. Ermacora und dann Dr. Pitz. Bitte.

Ermacora (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Ich würde dasselbe meinen, was Sie ausgesprochen haben. Nur wird natürlich eine Wortmeldung der Frau Dr. Partik-Pablé, die hier öffentlich ohne Antwort bleibt, so interpretiert, als würden wir auf den Mund gefallen und die Argumente von Frau Dr. Partik-Pablé richtig sein. Daher muß man etwas entgegenen. Ich glaube, sie übertreibt maßlos. Man hat bis jetzt alle ihre Zeugenwünsche akzeptiert. Und wenn sie in ihrem letzten Satz auf Herrn Dr. Haider Bezug nimmt, so ergibt sich gerade in der Position des Herrn Dr. Haider gegenüber der Position des Herrn Dr. Vranitzky ganz klar, daß sich Herr Dr. Haider mehrfach widersprochen hat und erst seiner Erinnerung auf die Sprünge geholfen werden mußte, um zu erfahren, wann er wirklich den Herrn Proksch getroffen hat, während der Herr Bundeskanzler Dr. Vranitzky die Sache von vornherein sehr klar dargestellt hat. Da gibt es überhaupt keinen Widerspruch in dieser Hinsicht. Ich glaube daher auch, daß die Meinung des Herrn Dr. Rieder und meines Freundes Dr. Graff natürlich richtig ist.

Obmann Steiner: Herr Dr. Pitz.

Pitz (zur Geschäftsordnung): Ja, ich stimme da den Kollegen von den Koalitionsparteien schon zu, daß wir jetzt wirklich einmal schauen müssen, daß wir uns auf das wesentliche beschränken und nicht alle Seitenwege und Verästelungen durchfragen. Wir werden uns auch in der nächsten internen Sitzung ganz genau damit beschäftigen müssen, wie wir überlange Zeugenbefragungen durch Doppel- und Dreifachbefragungen wirklich verhindern können, weil das nichts bringt.

Das andere ist: Es sprechen schon zwei Gründe für diese Zeugenladung. Zum einen ist Dr. Vra-

nitzky ja nicht irgendwer, und Handlungen eines Finanzministers . . . (Graff: Das ist eine Begründung!) . . . sind in dem Zusammenhang nicht uninteressant, denn da steht ja nicht irgendeine Person dahinter, sondern da steht der Leiter eines ganzen Ministeriums dahinter, der sich da einmischt in die Frage, ob von einer Versicherung ein Außenminister observiert wird oder nicht. Da ist schon einmal die Frage zu klären: Was geht ihn das eigentlich überhaupt an? Und diese Frage steht im Raum. Die ist zu klären. Was hat das Finanzministerium mit der möglichen Observierung eines Außenministers zu tun? Das ist eine völlig offene Frage, und die kann in dem Zusammenhang nur Dr. Vranitzky beantworten.

Das andere ist: Man muß schon sehr aufpassen, wenn man den Dr. Haider geladen hat, daß das jetzt nicht so aussieht, als wolle man da nur gegen eine einzige Person vorgehen und die anderen hohen Regierungsfunktionäre tunlichst schonen. Diese schiefe Optik kann ohne weiteres entstehen, wenn man jetzt sagt, Dr. Vranitzky wird nicht geladen. Deswegen bin ich dafür, in diesem Randfall doch der Ladung des Bundeskanzlers zuzustimmen.

Obmann Steiner: Herr Dr. Pitz, Sie sind der Meinung, wir sollten das also möglichst eng halten, aber nicht gar so, nicht? (Heiterkeit.) Gut, wir werden also in der Geschäftsordnungsdebatte darüber entscheiden.

Beginnen wir mit der Gegenüberstellung der Zeugen. Ich bitte, die Zeugen hereinzubitten.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Karl Blecha
Dr. Armin Hermann
Dr. Günther Thaller
im Sinne des § 271 StPO
(Gegenüberstellung)**

(10.22 Uhr)

Obmann Steiner: Wir haben hier als Zeugen den Bundesminister a. D. Karl Blecha, den Herrn Sektionschef Dr. Hermann, den Herrn Sicherheitsdirektor Dr. Thaller.

Ich möchte die Zeugen daran erinnern, daß sie vor dem Untersuchungsausschuß die Wahrheit zu sagen haben und nichts verschweigen dürfen. Ich möchte Sie noch einmal an den § 153 der Strafprozeßordnung erinnern, demzufolge Sie die Möglichkeit haben, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Namen, Geburtsdaten, Beruf und Wohnort haben wir ja bereits einmal festgehalten. Bei den Beamten möchte ich noch hinweisen auf die Frage, die zu beantworten wäre, ob sie von der Verschwiegenheitspflicht entbunden worden sind. Wir haben aber die schriftliche Entbindung sowieso von beiden Herren hier. Ich bitte Sie, sie mir noch einmal zu geben. — Danke sehr.

Als erste zur Befragung hat sich Frau Dr. Partik-Pablé gemeldet. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Thaller, Sie haben dem Ausschuß beziehungsweise dem Vorsitzenden zwei Briefe geschickt. In diesen Briefen nehmen Sie auch Bezug auf das Gespräch vom 23. 12. 1988 in Salzburg zwischen Blecha, Herrmann und Ihnen.

Ich möchte Ihnen nun vorhalten, eigentlich Ihnen allen dreien: Herr Dr. Thaller, Sie sagen, Sie sind von der Landesregierung nicht eingeladen worden. Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, zu schauen, daß Sie zu diesem Essen eine Einladung kriegen?

Thaller: Ich habe einige Tage vor diesem 23. einen Anruf von Herrn Sektionschef Hermann bekommen und bin gefragt worden, ob ich bei dieser Staatsvertragsunterzeichnung anwesend sein werde. Ich habe geantwortet: Nein, ich habe bisher keine Einladung. Daraufhin hat Herr Sektionschef Hermann gesagt, ich soll mir eine solche Einladung beschaffen, es wäre günstig, wenn wir dort bei dieser Gelegenheit, bei dieser Veranstaltung zusammensein könnten. Daraufhin habe ich — ich habe da, kann ich sagen, sehr gute Kontakte mit dem Amt der Salzburger Landesregierung — beim Präsidialisten Hofrat Mittermayr angerufen und ihn gebeten — ich habe ihm, glaube ich, auch gesagt, daß es der Wunsch des Innenministeriums ist —, daß ich eine solche Einladung bekomme. Ich habe ursprünglich eigentlich nur gesagt für das Essen im „Goldenen Hirschen“. Daraufhin, daran kann ich mich genau erinnern, hat Kollege Mittermayr gesagt: Na, das geht nicht, wenn schon, dann mußst du natürlich auch beim formellen Akt der Unterzeichnung, die ja in den Amtsräumen des Landeshauptmannes stattgefunden hat, dabei sein. Du bekommst eine Einladung.

Helene Partik-Pablé: Und warum hat der Herr Sektionschef Hermann gesagt, müssen Sie dort dabei sein? Warum ist es notwendig, daß man miteinander spricht?

Thaller: Da ist nichts gesagt worden.

Helene Partik-Pablé: War es klar für Sie, warum?

Thaller: Ja, sicher, das war für mich ziemlich klar, daß man im Anschluß über diese Sache spricht.

Helene Partik-Pablé: Über welche Sache?

Thaller: Na ja, Lucona und diesen Untersuchungsausschuß. Und das war auch ein Grund, daß ich dieses chronologische Gedächtnisprotokoll, wie man es nennen will, auch schon zu diesem Zeitpunkt verfaßt habe.

Helene Partik-Pablé: Warum war es für Sie klar, daß es um die Lucona-Sache geht?

Thaller: Na, das ist auf der Hand gelegen. Es war ja unmittelbar bevorstehend diese . . .

Helene Partik-Pablé: Ihre Zeugenaussage war unmittelbar bevorstehend?

Thaller: Na ja, in einigem zeitlichen Abstand. Es war damals der Termin 9. 1. schon fix. Damals war der Termin — der verschobene Termin, möchte ich sagen — ja bereits fix.

Helene Partik-Pablé: Es war also klar für Sie, daß es um die Zeugenaussage vor dem Untersuchungsausschuß geht, weshalb man mit Ihnen sprechen möchte?

Thaller: Bitte, ich möchte schon sagen: Ich habe schon als Sicherheitsdirektor die Einladung bekommen und war ganz normal bei diesem Akt der Unterzeichnungen des Staatsvertrages und dann bei dem formellen Mittagessen im „Goldenen Hirschen“ dabei; wie gesagt, nachher war mir klar, daß man, wie ich gesehen habe, der Herr Minister und der Herr Sektionschef bleiben noch hier — und man hat sich darauf geeinigt —, noch nachher im kleinen Kreis redet.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge Minister Blecha! Haben Sie dem Herrn Sektionschef Hermann gesagt, er soll schauen, daß der Dr. Thaller dabei ist bei dem Gespräch?

Blecha: Nein, ich habe das als selbstverständlich angenommen, daß, wenn eine derartige Unterzeichnung in Salzburg stattfindet, der höchste Beamte der Sicherheitsverwaltung, in diesem Fall der Herr Sicherheitsdirektor Hofrat Dr. Thaller, anwesend ist. Das wäre in jedem anderen Bundesland genauso selbstverständlich gewesen. Ich darf noch einmal darauf hinweisen, es handelte sich um die Unterzeichnung . . .

Helene Partik-Pablé: Das wissen wir schon.

Blecha: Lassen Sie mich bitte ausreden! . . . des ersten Abkommens über die gegenseitige grenzüberschreitende Hilfe in Katastrophenfällen. Das ist für Österreich etwas Besonderes gewesen und daher . . .

Helene Partik-Pablé: Ja, Herr Zeuge, das wissen wir ja schon!

Blecha: Eingeladen hat ja wirklich in diesem Fall dann das Ministerium.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber er war nicht eingeladen.

Herr Sektionschef Hermann! Was hat Sie eigentlich dazu bewogen, darauf zu dringen, daß sich Herr Dr. Thaller einladen läßt?

Hermann: Dazu darf ich folgendes sagen: Ich habe den Auftrag gehabt, dafür zu sorgen, daß die Veranstaltung in Salzburg, wie es üblich ist, über die Bühne geht. Auch für mich war es selbstverständlich, daß bei einer solchen Veranstaltung, wenn der deutsche Innenminister dabei ist, auch der Herr Sicherheitsdirektor anwesend zu sein hat.

Wir haben einen Brief geschrieben — wenn ich sage wir: der Herr Minister hat ihn unterschrieben, ich habe ihn konzipiert — an den Herrn Landeshauptmann von Salzburg, in dem wir gebeten haben, Räumlichkeiten für die Unterzeichnung zur Verfügung zu stellen.

Dann habe ich mit dem Herrn Hofrat Mittermayr gesprochen und gefragt, ob der Herr Landeshauptmann aus diesem Anlaß allenfalls bereit sei, ein Mittagessen für die beiden Delegationen zu geben. Der Herr Hofrat hat erklärt, er muß zuerst mit dem Herrn Landeshauptmann sprechen, er glaubt kaum, weil der Herr Landeshauptmann am 23. bereits auf Urlaub fährt. Er hat mir dann auch mitgeteilt, daß das nicht möglich sei. Der Herr Landeshauptmann werde wohl bei der Unterzeichnung anwesend sein, aber er sei nicht in der Lage, ein Mittagessen zu geben.

Daraufhin hat der Innenminister Blecha die beiden Delegationen eingeladen. Das ist — ich habe die Unterlagen da — von unserer Protokollabteilung geschehen, die sich mit dem Gasthaus ins Einvernehmen gesetzt und das Menü und auch die Sitzordnung festgelegt hat. Bereits in der Sitzordnung ist der Herr Hofrat Thaller berücksichtigt. Herr Kollege, Sie können sich erinnern, beim Eingang links war das Placement, da waren Sie ja bereits oben. Es ist mir überhaupt nur vorstellbar, daß die Frage, die der Herr Hofrat Thaller — ich will also gar nicht an seinen Worten zweifeln — an den Herrn Hofrat Mittermayr gerichtet hat, ob er also dabeisein kann, in dieser kurzen Zeitspanne, in den wenigen Tagen war, wo es noch offen war, ob allenfalls der Herr Landeshauptmann das Mittagessen gibt. Sich eine Einladung zu besorgen nach diesem Zeitpunkt wäre sinnlos gewesen, denn er war ja eingeladen vom Bundesminister für Inneres. (*Zwischenruf Graff*) Einladungskarten . . .

Helene Partik-Pablé: Können wir das ein bisschen straffen? Das heißt, er war also nicht eingeladen,

er war nicht vorgesehen von der Landesregierung, Herr Sektionschef?

Hermann: Weil die Landesregierung ja auch nicht eingeladen hat, Frau Abgeordnete. Die Einladung ist ja mit Einladungskarten des Bundesministers Blecha erfolgt.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie Dr. Thaller aufgefordert, sich eine Einladung zu besorgen?

Hermann: Das sagt er. Ich kann es mir nicht vorstellen. Ich meine, es kann sein in diesen zwei, drei Tagen, bevor ich die Rückantwort vom Hofrat Mittermayr bekommen habe, wo es also noch offen war, ob das Mittagessen allenfalls der Landeshauptmann gibt, daß ich gesagt habe: Wenn der Landeshauptmann das Essen gibt, dann schauen Sie, daß Sie auch eine Einladung zum Mittagessen bekommen. Das ist doch selbstverständlich, wenn er als offizieller Vertreter der Sicherheitsdirektion dort ist, daß man ihm also nicht die Tür weisen kann, wenn dann ein Mittagessen ist.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Thaller, Sie haben uns das so dargestellt, als ob Sie als offizieller Vertreter der Sicherheitsdirektion Salzburg nicht vorgesehen gewesen wären. Ist das richtig?

Thaller: Ja! Das ist auch vom „Kurier“ recherchiert worden und ist in einem Artikel festgehalten worden, wo auch der Hofrat Dr. Mittermayr bestätigt, daß ich an ihn herangetreten bin, damit ich eine Einladung zu dieser Veranstaltung bekomme.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, die Ausführungen des Herrn Sektionschefs Hermann, in der Art, wie er sie heute gemacht hat, stimmen nicht.

Thaller: Das ist also absolut sicher, davon gehe ich nicht ab, daß ich vom Herrn Sektionschef den Auftrag — oder wie immer man es auch nennen möchte — dazu erhalten habe. Jedenfalls ist mir gesagt worden, ich soll mich um eine Einladung bei der Landesregierung kümmern, was ich dann auch gemacht habe. Der Herr Hofrat Mittermayr hat es mir ausdrücklich bei meinem diesbezüglichen Anruf gesagt, ich wäre an und für sich als Teilnehmer dieses Staatsaktes nicht vorgesehen, weil ja auch die Sicherheitsdirektion als solche sachlich in Katastrophensachen wenig oder keine Kompetenzen hat.

Helene Partik-Pablé: Herr Sektionschef Hermann! Was sagen Sie dazu? Sagt der Herr Dr. Thaller etwas Falsches?

Hermann: In der Form ja. Ich kann nur bei dem bleiben, was ich gesagt habe. Ich habe jetzt dem Herrn Vorsitzenden auch den Schriftverkehr übergeben, das Telefax, das unser Haus mit dem

„Goldenen Hirschen“ geführt hat. Das liegt auf. Sie werden also sehen, daß er eingeladen war vom Innenminister Blecha. Und der Landeshauptmann, bitte, hat nicht zum Mittagessen eingeladen. Also, bitte, ich glaube, daß . . .

Helene Partik-Pablé: Der Herr Landeshauptmann hat den Herrn Dr. Thaller aber nicht zum offiziellen Festakt eingeladen.

Hermann: Es ist niemand eingeladen worden, Frau Abgeordnete.

Helene Partik-Pablé: Sondern?

Hermann: Zum offiziellen Festakt ist niemand eingeladen worden. Es ist die deutsche Delegation gekommen, es ist die österreichische Delegation gekommen. Da ist es selbstverständlich, wenn zwei Minister da sind und ein Personenschutz ist — denn der deutsche Minister ist ja angereist von Filzmoos, also von seinem Urlaubsaufenthalt in Österreich —, das gehört zu den Obliegenheiten der Sicherheitsdirektion, daß da der Sicherheitsdirektor dabei ist. Das ist selbstverständlich. (*Graff: Bewachen hätte er ihn sollen?*) Nein, Herr Abgeordneter, bitte. (*Graff: Personenschutz haben Sie gesagt!*) Na sicher, das hat der deutsche Innenminister, nicht nur der deutsche Innenminister, . . . (*Weiterer Zwischenruf Graff*). Herr Abgeordneter! Der Herr Abgeordnete Etmayer führt im Parlament in jeder Budgetdebatte Klage, daß zuviel Geld für den Personenschutz ausgegeben wird. Es gehört zu den . . . (*Neuerlicher Zwischenruf Graff*).

Helene Partik-Pablé: Herr Vorsitzender! Könnte man das bitte abstellen!

Obmann Steiner: Ja, Moment, bitte. Frau Dr. Partik-Pablé ist am Wort, bitte!

Helene Partik-Pablé: Herr Sektionschef Hermann! Hat Minister Blecha Sie vorher gefragt, ob auch Thaller dorthin kommt? Hat es diesbezüglich irgendwelche Gespräche gegeben oder einen Informationsaustausch?

Hermann: Frau Abgeordnete! Es war nicht notwendig.

Helene Partik-Pablé: Warum nicht?

Hermann: Weil das selbstverständlich ist, daß der Sicherheitsdirektor hier dabei ist. Das wäre in Tirol genau dasselbe oder in Niederösterreich, wie es auch in Salzburg der Fall war.

Helene Partik-Pablé: In Salzburg gehen offenbar die Uhren anders. Also gut, Sie bleiben bei Ihrer Darstellung, Herr Dr. Thaller? Und Sie auch, Herr Sektionschef?

Bei diesem Gespräch am 23. 12. haben Sie dann auch einen Aktenvermerk vorgelegt, Herr Dr. Thaller. Ja?

Thaller: Bitte, das ist kein Aktenvermerk, sondern es ist eine Zusammenfassung. Es ist auch im Betreff ersichtlich, wo es heißt: Causa Lucona — Udo Proksch, chronologische nach der hierörtlichen Aktenlage und Erinnerung des Unterfertigten erstellte Zusammenfassung der von der Sicherheitsdirektion und Unterfertigtem geführten Amtshandlungen und getätigten Anordnungen. Also ein Aktenvermerk ist es formell nicht.

Helene Partik-Pablé: Wie wollen Sie es gerne genannt haben? Bericht, Aktenvermerk? Irgendwie müssen wir es nennen.

Thaller: Im Grunde ist es gleich.

Helene Partik-Pablé: Gut, dann bleiben wir bei Aktenvermerk, wenn Ihnen das recht ist.

Wer hat Ihnen den Auftrag gegeben, einen solchen Aktenvermerk mit dem chronologischen Ereignisablauf zu erstellen?

Thaller: Niemand, nein! Das habe ich als meine Pflicht angesehen beziehungsweise auch für mich als Arbeitsunterlage — ich wußte ja, daß ich hier auszusagen hatte — angefertigt, allerdings wahrscheinlich etwas früher, als ich es sonst getan hätte, in Hinblick auf diesen Zeitpunkt, wo der Herr Minister Blecha und der Herr Sektionschef eben zu diesem Anlaß nach Salzburg kamen.

Helene Partik-Pablé: Hat das der Herr Sektionschef Hermann gewußt, war da in dem Telefongespräch schon die Rede davon, daß Sie einen solchen Aktenvermerk mit den chronologischen Ereignissen vorlegen werden?

Thaller: Nein.

Helene Partik-Pablé: Noch nicht. Und am 23. 12. — die Gäste waren alle weg, Sie waren nur noch zu viert, wie wir jetzt wissen — haben Sie dann diesen Aktenvermerk vorgelegt. Ist das richtig?

Thaller: Zu fünft, bitte! Es war zeitweise, nicht immer, ein Herr des Außenministeriums dabei, der am anderen Tischende gesessen ist, aber sicherlich das Gespräch verfolgen konnte. Ich kenne den Namen nicht.

Helene Partik-Pablé: Gut, also waren Sie zu fünft. Es war dann ein Gespräch unter Ihnen — Blecha, Hermann und Sie.

Thaller: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und da haben Sie den Aktenvermerk hergezeigt?

Thaller: Ja. Ich habe dann gesagt, ich habe diese Tätigkeiten, wie ich jetzt gesagt habe, schriftlich zusammengefaßt, und ich bin bereit, das zu übergeben. Das ist positiv aufgenommen worden. Ich habe dann, wenn schon so offensichtlich das Interesse besteht, diesen — ich nenne ihn jetzt auch so — Aktenvermerk, ich glaube sicher, in die Hand des Herrn Sektionschefs Hermann, der neben dem Minister gesessen ist, übergeben. Der Herr Minister hat dann auch diesen Aktenvermerk in die Hand genommen, so zirka, und hat sich das angeschaut. Ich habe ihn aufmerksam gemacht, es ist etwas Neues drinnen, das bisher noch nicht bekannt war, nämlich dieser Aktenvermerk des Kollegen Stürzenbaum über ein Gespräch mit dem Rechtsanwalt Dr. Masser. Der Herr Minister hat sich dann diesen Aktenvermerk meinen Wahrnehmungen nach sehr genau durchgelesen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie eine Kopie mitgebracht von diesem Aktenvermerk?

Thaller: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und Sie haben ihn dann verteilt? Eine Kopie dem Herrn Blecha, eine dem Herrn Hermann.

Thaller: Ich glaube, ich habe nur ein Exemplar übergeben.

Helene Partik-Pablé: Sie haben ein Exemplar Hermann oder Blecha übergeben? (Thaller: Ja!) Das heißt, Blecha hat sich den Aktenvermerk angeschaut und gelesen.

Thaller: Ja, er hat sich sicherlich den Aktenvermerk angeschaut, ich bin ja hier, um die Wahrheit zu sagen.

Helene Partik-Pablé: Gelesen?

Thaller: Ob im Detail einzeln jede Seite gelesen wurde, das sicherlich nicht. Aber ich habe schon den Eindruck gehabt, der Herr Minister hat genau gewußt, um was es sich hier handelt.

Helene Partik-Pablé: Herr Minister Blecha! Sie haben in Ihrer Aussage gesagt, Sie hätten überhaupt nur über die Rudolfs-Schule oder wie immer diese Schule in Salzburg auch heißt gesprochen und hätten diese Unterlagen überhaupt nur durchgeblättert, aber gelesen haben Sie diesen AV nicht.

Blecha: Das stimmt wieder einmal nicht, was Sie hier behaupten, wenn ich das, Herr Vorsitzender, jetzt sagen darf. Ich habe gesagt, daß ich von Herrn Sicherheitsdirektor Dr. Thaller, nachdem wir zuerst über die Kriminalitätsentwicklung im Lande Salzburg und dann über ein Anliegen des Bundesministeriums für Justiz — über letzteres ausführlich — gesprochen haben, eine Chronolo-

gie überreicht bekommen habe — diese ist Ihnen dann auch in Kopie zugegangen —, die erste Seite gelesen und gesehen habe, daß es sich hier um eine chronologische, nach der Aktenlage und der Erinnerung des Unterfertigten erstellte Zusammenfassung der von der Sicherheitsdirektion und vom Unterfertigten geführten Amtshandlungen und getätigten Anordnungen handelt.

Ich habe hier ebenso gesagt, daß ich die erste Seite gesehen habe, daß es eine wirkliche Zusammenstellung der aus der Aktenlage der Sicherheitsdirektion sich ergebenden Chronologie ist, daß ich dazu gesagt habe, sehr gut. Und aufgrund des Hinweises, daß hier ein Aktenvermerk betreffend Lucona-Affäre des Herrn Oberrates Mag. Stürzenbaum dabei ist, der nicht in jenem Material dabei war, weil er erst später offensichtlich aufgetaucht ist, habe ich mir diesen Aktenvermerk genommen. Das ist mehrmals, auch schon in der Gegenüberstellung, von Herrn Hofrat Dr. Thaller so bestätigt worden. Ich habe dieses Papier — es gab alles nur in einer einfachen Ausfertigung — an Herrn Sektionschef Hermann weitergereicht, der sich dieses Papier angeschaut hat, während ich diesen Aktenvermerk, der fast so umfangreich ist, wie Sie sehen können, wie die ganze Chronologie, aufmerksam, weil für mich besonders interessant und für uns neu, studiert habe. Genau das habe ich vorher schon zu Protokoll gegeben.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, Sie haben die erste Seite vorne gesehen, Sie haben außerdem gefragt, haben Sie alle Akten übersendet.

Herr Dr. Thaller, haben Sie gesehen, ob der Herr Blecha diesen Aktenvermerk, der die Chronologie enthält, gelesen hat?

Thaller: Das ist eine Frage! Ich kann sagen — das sind praktisch vier Seiten, das andere sind Beilagen —, im Detail sicherlich nicht, das kann ich aus der Zeit abschätzen, das hätte sicherlich 10 Minuten oder eine Viertelstunde gedauert, das ist nicht geschehen.

Allerdings — noch einmal —, er hat es so genommen, er hat sicherlich den Betreff gelesen. Er hat gesehen, daß es sich, wie bereits im Betreff angezeigt, um eine Chronologie handelt, und hat es so kurz durchgeblättert.

Helene Partik-Pablé: Hat er gewußt, worum es bei dem Aktenvermerk geht?

Thaller: Ja, sicher, das hat er sicher gewußt, diesen Eindruck hatte ich absolut.

Helene Partik-Pablé: Ist auch darüber gesprochen worden, daß das die Darstellung der ganzen Ereignisse aus Ihrer Sicht betrifft?

Thaller: Es ist mir dann, glaube ich, gesagt worden von beiden, vom Herrn Minister und vom

Herrn Sektionschef, das ist eine gute, tatsachenrichtige Zusammenstellung, das ist in Ordnung. Es war überhaupt gar keine Debatte notwendig.

Helene Partik-Pablé: Zu Ihrem Aktenvermerk weiter. Sie schreiben in diesem Aktenvermerk, der am 23. 12. vorgelegt worden ist, daß die Weisung, die Ermittlungen einzustellen, ganz „in meinem Sinne“ war, damals am 8. 8. Stehen Sie nach wie vor dazu, daß das in Ihrem Sinne war?

Thaller: Ja, dazu stehe ich auch heute noch. Es war damals eigentlich noch mehr . . . Aber wenn ich die ganzen Sachen, die jetzt angekommen sind, auch noch überdenke, muß ich da ganz offen und ehrlich sagen, ich stehe auch heute noch zu dieser Aussage. Ich habe bei meiner ersten Einvernahme schon die Gründe im Detail geschildert und bin gerne bereit, das noch einmal zu tun.

Helene Partik-Pablé: Ich stelle Ihnen noch eine Frage: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß in Salzburg noch Erhebungen zu machen sind?

Thaller: Nein, eben nicht. Das war einer der entscheidenden Gründe. Ich habe mir den Akt schon vorher angeschaut beziehungsweise berichten lassen. Es war in Salzburg eigentlich nichts mehr zu machen. Es ist dann nachher sogar dadurch bewiesen worden, daß der Akt ohne mein Wissen, das habe ich damals nicht gewußt, von der Staatsanwaltschaft Wien Anfang Oktober 1983 an die Kriminalabteilung Salzburg zurückgeschickt wurde, mit dem Auftrag, die Erhebungen in dieser Causa weiterzuführen. Es ist dann dieser Akt über einen Monat bei der Kriminalabteilung gelegen, es ist aber gar nichts geschehen. Daraus schließe ich auch, aber auch aus der damaligen Aktenlage, daß in Salzburg eigentlich nichts mehr zu erheben war.

Helene Partik-Pablé: Ja, das haben wir schon gehört.

Herr Dr. Thaller, ich möchte Sie aber jetzt mit einem Schreiben bekanntmachen, wahrscheinlich eine Beilage zu einem Bericht an das Bundesministerium für Inneres, eingelangt dort am 29. Juli 1983.

Daraus geht hervor, anlässlich der Einvernahme von Hans Peter Daimler wurden diesem keine Vorhalte gemacht. Seitens der Kriminalabteilung Anif, Gruppeninspektor Mayer, ist geplant, den Genannten nochmals, und zwar unter Vorhalt von Lichtbildern und der von Maximilian Peterhans und Walter Jakob Sonderegger gemachten Angaben eingehend zu vernehmen.

Daraus spricht ja alles, daß sehr wohl noch in Salzburg Vernehmungen und Ermittlungen zu machen waren. Was sagen Sie dazu?

Thaller: Zu diesem Bericht kann ich konkret nichts sagen. Vielleicht habe ich ihn gelesen, er stammt jedenfalls sicherlich nicht von mir, sondern das macht der betreffende staatspolizeiliche Kriminalbeamte, und das geht dann über den Abteilungsleiter, schon auch zumindest vor der Absendung zur Kenntnis des Behördenleiters. Ich kann mich daran sicherlich nicht erinnern. Aber der Daimler ist ja einvernommen worden.

Helene Partik-Pablé: Ja, er ist einvernommen worden, ohne daß ihm Vorhalte gemacht worden sind. Hier steht: Es ist geplant, nochmals und unter Vorhalt von Lichtbildern und so weiter zu vernehmen. Davon wissen Sie nichts?

Thaller: Ich muß ehrlich sagen, wenn Sie mich jetzt so fragen, ich weiß nichts oder ich weiß es nicht mehr.

Helene Partik-Pablé: Herr Sektionschef Herrmann! Ist Ihnen zur Kenntnis gebracht worden, daß noch Einvernahmen unter Vorhalten geplant sind?

Hermann: Der Aktenvermerk trägt den Einlaufstempel meines Vorzimmers, und ich muß ihn also gesehen haben.

Helene Partik-Pablé: Also das heißt, Sie haben gewußt, daß der Kriminalinspektor Mayer noch Vernehmungen zu machen hatte?

Hermann: Daß er die Absicht habe, noch solche Vernehmungen durchzuführen. Ich muß da allerdings noch etwas mehr sagen. Er ist ja nicht gehindert worden, das durchzuführen.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie dann trotzdem die Weisung gegeben, die Ermittlungen sind zu stoppen?

Hermann: Ich muß hier nochmals sagen — ich muß mich immer wiederholen —, ich habe nie die Weisung gegeben, die Ermittlungen sind zu stoppen. Das wird immer wieder behauptet. Herr Vorsitzender, ich bin in der Ladung beauftragt worden, auch das Original dieses Aktenvermerkes mitzubringen, Ihnen vorzulegen, den der Kollege Knechtsberger gemacht hat. Ich darf nochmals sagen, hier findet sich kein Wort von Stoppen. Dieser Bericht ist am 29. eingelangt. Das Telefongespräch mit dem Herrn Hofrat, wo wir ersucht haben, das der Staatsanwaltschaft zugänglich zu machen, hat am 8. August stattgefunden.

Es wäre also durchaus möglich gewesen, daß die weiteren Erhebungen durchgeführt worden wären. Es hat ja auch tatsächlich am 4. August noch eine Befragung eines Zeugen, eines Gehilfen des Herrn Detektivs Guggenbichler stattgefunden. Also es war hier kein Unterbruch in dem Plan, den allenfalls noch zu vernehmen.

Nur darf ich folgendes noch dazu sagen, Frau Abgeordnete. Bitte, ich muß das leider etwas ausführlicher sagen. Die Information, die ich bekommen habe, der Ausgangspunkt der Intervention meinerseits ging ja von Dr. Damian aus, und der Dr. Damian hat mir ja erklärt, daß der Zeuge Daimler einvernommen worden sei. Also der Daimler hat ja alles gewußt. Das war ja Ausgangspunkt dieser Intervention meinerseits. Der Daimler hat in seiner Aussage auch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er mit der Frau Wagner Kontakt gehabt habe, jener, die . . . (Zwischenruf Graff.) Ich glaube, es ist schon wichtig, Herr Abgeordneter.

Helene Partik-Pablé: Das wissen wir alles schon.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung: Herr Abgeordneter Graff.

Graff (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Diese bedeutenden Fragen können wir sicher in der nächsten Runde fortsetzen. Ich glaube, es wollen die anderen Abgeordneten auch fragen.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber ich habe gesagt, ich möchte diesen Aktenvermerk noch vor . . .

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung: Dr. Pilz.

Pilz (zur Geschäftsordnung): Wir haben diese halbe Stunde als Richtzeit vereinbart. Aber ich glaube, es ist selbstverständlich klar, daß jeder eine begonnene Frage logisch zu Ende führen kann und daß es nicht darum geht, jetzt wirklich auf die Sekunde genau zu unterbrechen. Ich ersuche daher, die Frau Dr. Partik-Pablé fertig fragen zu lassen.

Obmann Steiner: Herr Abgeordneter Pilz! Ich war gerade dabei. Bitte, Frau Doktor!

Helene Partik-Pablé: Außerdem habe ich auf die Uhr geschaut, es ist die halbe Stunde noch nicht zu Ende. Außerdem bei einer Gegenüberstellung dauert das länger.

Obmann Steiner: Bitte, fragen Sie weiter, Frau Doktor! Wir wollen jetzt nicht herumstreiten.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte jetzt noch einmal auf den Aktenvermerk zu sprechen kommen. Und zwar ist auf diesem Aktenvermerk angeführt: Auftragsgemäß werden die Niederschriften übermittelt.

Weiters wird dann in diesem Bericht erwähnt, daß aufgrund der bis nun gewonnenen Erkenntnisse nicht auszuschließen ist, daß hinter den Aktivitäten der Bundesländer-Versicherung politische Interessen der ÖVP stehen, zumal bei einem Ge-

spräch seitens Guggenbichlers auch der Name Lichal genannt wurde.

Weiters wurde in der Vergangenheit seitens der Bundesländer-Versicherung ein St. Pöltener Privatdetektiv in gegenständlicher Sache mit Erhebungen beauftragt, über den bekannt ist, daß er auch für den Sekretär des Wiener Vizebürgermeisters Dr. Erhard Busek tätig gewesen sein soll. Abschließend wird angeführt, daß der Sachbearbeiter der Kriminalabteilung Anif Werner Mayer Personalvertreter des FCG und Mitglied der KdEÖ ist und in dieser Funktion auch Kontakte zum Sicherheitssprecher der ÖVP unterhält. (Graff: Mein Gott, Frau Untersuchungsrichter!)

Ich möchte gerne wissen: Von wem ist der Auftrag ausgegangen, einen solchen Bericht zu verfassen, Herr Dr. Thaller?

Thaller: Ich kenne diesen Aktenvermerk nicht.

Helene Partik-Pablé: Sicherheitsdirektion für Salzburg steht handschriftlich darauf.

Thaller: Kann ich da kurz Einsicht nehmen?

Helene Partik-Pablé: Ja. Ich lege Ihnen sofort die Kopie vor.

Herr Sektionschef Hermann, Sie kennen diesen Bericht?

Hermann: Ja.

Helene Partik-Pablé: Von wem ist der Auftrag erteilt worden, die politische Zugehörigkeit des Mayer zu überprüfen?

Hermann: Von niemandem, Frau Abgeordnete.

Helene Partik-Pablé: Es steht aber da „auftragsgemäß“. Können Sie mir das erklären.

Hermann: Ich habe den Bericht da. „Auftragsgemäß“ sind vorgelegt worden die Einvernahme des Daimler und der Frau Wagner. Die beiden sind angefordert worden, nur die beiden! Alles andere hat der Beamte — ich glaube auch nicht, daß es der Hofrat war, ich kann es mir nicht vorstellen; dieser Auftrag muß telefonisch ergangen sein an den Kollegen Strasser, den Leiter der Abteilung I — selbst gemacht.

Frau Abgeordnete! Es ist doch absurd, einen Bericht von Salzburg zu verlangen, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Bundesländer-Versicherung der ÖVP nahesteht. Also das ist eine unnötige Fleißaufgabe eines Beamten in Salzburg gewesen. Also, bitte, wir sind doch nicht so naiv, um also hier solche Berichte zu verlangen.

Richtig ist der erste Absatz, wo wir gebeten haben um die Daimler-Einvernahme und die Einvernahme der Frau Wagner.

Ich darf nochmals erinnern an das, was Damian gesagt hat. Damian hat sich ja berufen auf den Daimler . . .

Helene Partik-Pablé: Ja, bitte, bleiben wir jetzt einmal bei diesem Aktenvermerk. Wer die Verhältnisse im öffentlichen Dienst kennt, zumindest in manchen Bereichen, der kann sich schon vorstellen, daß die politische Nähe eines Kriminalbeamten, der unangenehm wird, erforscht wird.

Wer hat diesen Aktenvermerk unterzeichnet, Herr Sektionschef Hermann?

Hermann: Er ist nicht unterzeichnet gewesen. Ich habe ihn auch erst vor kurzem gesehen.

Helene Partik-Pablé: Sie kennen ihn. Es steht nicht darunter, wer ihn verfaßt hat, das ist unleserlich.

Hermann: Mein Einlaufstempel ist oben. Ich habe versucht, mich zu erinnern. Das muß eine telefonische Anfrage an den Kollegen Strasser gewesen sein. Nochmals: Ich glaube nicht, daß es der Herr Sicherheitsdirektor gewesen ist. Das ist ein Bericht der Abteilung I, der Sicherheitsdirektion für Salzburg, der nicht unterzeichnet ist.

Helene Partik-Pablé: Wer könnte den Bericht gemacht haben? Offensichtlich wissen Sie oder ahnen Sie, wer das sein könnte.

Hermann: Ich ahne es, aber ich kann es nicht mit Gewißheit sagen. Ich nehme an, es kann nur der Gratzler gewesen sein, der Kriminalbeamte von der Abteilung I, der diesen Erhebungen ja beigegeben worden ist.

Helene Partik-Pablé: Sie nehmen an, es war Gratzler, der diesen Aktenvermerk gemacht hat.

Hermann: Ich nehme es an, ich weiß es nicht, weil es ja nicht unterzeichnet ist.

Helene Partik-Pablé: Unten steht: D II. Wer ist D II?

Hermann: Das ist die Aktenzahl im Innenministerium.

Helene Partik-Pablé: Wer steht hinter dieser Aktenzahl?

Hermann: Hinter der Aktenzahl, Frau Abgeordnete, steht . . .

Helene Partik-Pablé: Wer ist der Leiter der Abteilung D II?

Obmann Steiner: Frau Doktor, entschuldigen Sie, bei dieser Schaltung müssen Sie warten, bis die Antwort kommt. Wir haben nur zwei Mikrofone, die zusammenschaltet sind. Sonst reden Sie an-

einander vorbei. Bitte, halten Sie sich jetzt langsam an die Zeit.

Helene Partik-Pablé: Ich bin sofort fertig.

Hermann: Darf ich das noch beantworten? Es geht um die Aktenzahl. Das war die Aktenzahl D II, ich habe ihn da, mit einer Ziffer dabei. Das ist also die Nummer des betreffenden Aktes.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, meine Gerichtsakte haben auch ein Aktenzahl, 23 B und so weiter. Aber wenn mich jemand fragt, wer steht dahinter, wer bearbeitet das, dann werde ich sagen: Ich, Partik-Pablé! Wer bearbeitet die Akten der Abteilung D II?

Hermann: Die Abteilung II/7.

Helene Partik-Pablé: Wer ist der Leiter der Abteilung II/7?

Hermann: Die Abteilung II/7 stand damals — heute ist er Gruppenleiter — unter Leitung des Dr. Schulz.

Helene Partik-Pablé: Und in letzter Instanz ist es Ihnen unterstanden oder Schulz?

Hermann: (Antwort nicht hörbar, da Mikrophon nicht eingeschaltet!)

Helene Partik-Pablé: Ihnen. Warum ist dieser Aktenvermerk eigentlich nicht schon vorher vorgelegt worden? Bis jetzt war er verschwunden.

Hermann: Frau Abgeordnete! Ich habe die Akten des Innenministeriums nicht gesichtet. Ich habe das schon einmal erklärt. Ich bin seit vier Jahren — heute sind es auf den Tag genau vier Jahre — nicht mehr Angehöriger der Staatspolizei. Ich habe mit der Vorlage der Akten und der Sammlung der Akten nichts zu tun gehabt. Das war auch einer der Gründe, warum wir in Salzburg gebeten haben um Informationen über die Chronologie der ganzen Sache, denn es war fünf-einhalb Jahre her. Ich konnte mich wirklich nicht mehr an jedes Detail erinnern. Und das waren also Stützen für die Erinnerung, die ich bekommen habe.

Helene Partik-Pablé: Letzte Frage. Sie haben also damals — im August 1983 oder Juli 1983 — bereits gewußt, daß dieser Aktenvermerk vorhanden ist und die politischen Zusammenhänge und die politische Zugehörigkeit des Gruppeninspektors Mayer?

Hermann: Aber nicht aus diesem Aktenvermerk, Frau Abgeordnete. Nochmals: Die Bundesländer-Versicherung, glaube ich, war kein Geheimnis. Jeder politisch interessierte Mensch in Österreich hat das gewußt. Daß der Kollege

Mayer Angehöriger der christlichen Gewerkschaft ist, das habe ich auch gewußt. Aber das hat überhaupt keine Bedeutung gehabt. Also ich meine, da gibt es sehr viele. Was soll das? Ich glaube, ich habe nochmals gesagt, das war eine Fleißaufgabe und, ich muß sagen, eine sehr unnötige Fleißaufgabe eines Beamten. Aber bitte nicht mehr.

Helene Partik-Pablé: Sie haben aber die Fleißaufgabe zur Kenntnis genommen.

Obmann Steiner: Frau Doktor! Das war Ihre letzte Frage.

Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Sektionschef! Sie haben den Auftrag erhalten, den Aktenvermerk vom 8. August über das Telefonat mit dem Sicherheitsdirektor mit der Weisung vorzulegen, und zwar erklärtermaßen, weil wir sehen wollten, auf welchem Schriftstück der Aktenvermerk darauf ist. Jetzt haben Sie die Stirn und liefern uns hier ein Blatt Papier, wo ein Streifen daraufgepickt ist. Was glauben Sie eigentlich? Wollen Sie den Ausschuß pflanzen? Wer hat manipuliert an diesem Aktenvermerk? Wer hat den beschnitten?

Hermann: Herr Vorsitzender! Muß ich mir das wirklich bieten lassen? (Ruf: Jawohl!)

Obmann Steiner: Herr Zeuge! Sie müssen beantworten, wie das zustande gekommen ist. Das ist ein Ausschnitt.

Hermann: Ja. Ich kann einen Zeugen nennen, es ist Regierungsrat Balas, der Leiter der Evidenz ist, der diesen Aktenvermerk aufbewahrt hat. Den habe ich vor wenigen Tagen gebeten, mir entsprechend diesem Auftrag den Aktenvermerk zu geben.

Graff: Wer hat den Streifen . . .

Hermann: Herr Abgeordneter! Bitte, das habe nicht ich gemacht. Ich habe das so bekommen und habe das auftragsgemäß so vorgelegt.

Graff: Wissen Sie es nicht, wer es herausgeschnitten hat?

Hermann: Nein, das weiß ich nicht. Ich habe es auch nicht gemacht.

Graff: Haben Sie dazu einen Auftrag erteilt?

Hermann: Nein, Herr Abgeordneter.

Graff: Nein. Und Sie haben den Aktenvermerk bekommen von wem?

Hermann: Der Aktenvermerk ist geschrieben worden vom Kollegen Knechtsberger und bekom-

men habe ich ihn vom Leiter der Evidenz, dem Regierungsrat Balas.

Graff: Auch wenn es sich nicht gegen Sie persönlich nach dem jetzigen Stand richtet, muß ich sagen, ich bin trotzdem wirklich empört, daß dem Wunsch nach einem Dokument in dieser Weise entsprochen wird, indem hier selektiv Teile von Papierblättern herausgeschnipselt werden. Ich finde das unglaublich.

Nächster Punkt. Herr Hofrat Thaller: Haben Sie diesen Aktenvermerk mit Ihrer chronologischen Notiz auf Weisung von Minister Blecha gemacht oder aus eigenem?

Thaller: Ich habe keine Weisung gehabt. Das habe ich aus eigenem gemacht.

Graff: Herr Minister Blecha: Haben Sie Hofrat Thaller oder sonstwem eine Weisung erteilt, solche Chronologien anzufertigen?

Blecha: Nein, aber es war für mich selbstverständlich, daß jene Behördenleiter, die aufgefordert worden sind, alle im Zusammenhang mit dem Fall Lucona stehenden Akten zu übermitteln . . .

Graff: War es selbstverständlich, oder haben Sie einen Auftrag erteilt?

Blecha: Ich habe keinen Auftrag erteilt. Für mich war selbstverständlich, daß jeder eine Chronologie anfertigt.

Graff: Ich halte Ihnen vor, daß Sie in Ihrer „Pressestunde“ am 15. 1. gesagt haben: Das ist ja keine Absprache, wenn ich verlange, daß die einzelnen Dienststellen eine Aufzeichnung darüber anlegen, was haben wir für Akten, wann sind wir von wem mit welchem Auftrag beteiligt worden. Vorher heißt es im Zusammenhang mit dem Untersuchungsausschuß: . . . chronologische Aufstellungen verlangt wurden, wann und von wem wer beauftragt wurde.

Es ist das eine wie das andere harmlos, nur ist es ein Widerspruch.

Ich frage Sie: Wurde nun ein Auftrag zu chronologischen Aufstellungen erteilt oder nicht?

Blecha: Nein. Eine direkte Weisung, wie ich sagt habe, ist nicht erteilt worden.

Graff: Warum erzählen Sie das dann in der „Pressestunde“?

Blecha: Weil ich es für selbstverständlich halte, wenn ein Auftrag ergeht, die Akten, die mit dem Fall Lucona im Zusammenhang stehen, zusammenzustellen, daß der verantwortliche Behördenleiter diese vorher auch chronologisch ordnet.

Graff: Aber in der „Pressestunde“ haben Sie der Öffentlichkeit gesagt, eben um die Geschichte zu verharmlosen mit dem Aktenvermerk, den Sie sich angeschaut haben: Sie haben von allen Dienststellen, auch von Herrn Thaller eine chronologische Zusammenstellung verlangt. Und jetzt sagen Sie, Sie nehmen an, daß das selbstverständlich ist. Das ist für mich ein Widerspruch.

Blecha: Für mich ist das kein Widerspruch, Herr Abgeordneter, wenn ich von allen Dienststellen verlange, daß sie die Akten zusammenstellen und übermitteln.

Graff: Also haben Sie es verlangt oder nicht?

Blecha: Das haben wir verlangt, daß sie die Akten zusammenstellen und übermitteln. Aber ich habe nicht konkret gesagt, sie haben eine chronologische Aufstellung jetzt dem beizulegen. Das ist selbstverständlich.

Graff: Also gut. Ich hätte noch eine Reihe solcher kleinerer Widersprüche aus Ihrer „Pressestunde“ und aus Ihren öffentlichen Äußerungen. Aber ich will hier wirklich zu den wichtigen Themen kommen.

Das ist die Anfragebeantwortung vom 20. Mai, für die Sie sich inzwischen entschuldigt haben, die unrichtig war, wo nämlich behauptet wird, daß im Juli 1983 das Ministerium erstmals davon Kenntnis erlangte, daß ein Beamter der Kriminalabteilung von Salzburg Ermittlungen durchführt und so weiter.

Wir haben ja inzwischen von Ihnen gehört, Sie haben davon, daß bereits im April Ermittlungen durchgeführt wurden und das auch dem Ministerium einberichtet wurde, erst jetzt unmittelbar vor dem Ausschuß erfahren. Bleiben Sie dabei?

Blecha: Selbstverständlich. Darf ich nur eines sagen: Ich weise mit Entschiedenheit zurück, daß das Parlament unrichtig informiert worden ist. Die Beantwortung . . .

Graff: Das ist doch unrichtig. Jeder, der lesen kann, sieht, daß das unrichtig ist. (Zwischenruf Rieder.) Ja, ja. Jetzt versteifen wir uns auf das Wort „Ermittlungen“. Und vorher, das war keine Ermittlung?

Blecha: Herr Vorsitzender! Darf ich zum besseren Verständnis nur noch einmal vorlesen.

Ich habe in einer Anfragebeantwortung festgestellt: Im Juli 1983 erlangte mein Ministerium erstmals davon Kenntnis, daß ein Beamter der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg Ermittlungen, insbesondere Vernehmungen in der Angelegenheit Untergang der Lucona durchführt . . .

Graff: Okay. Wir haben es verstanden. Sie versteifen sich jetzt auf den Terminus technicus „Ermittlungen“ und wollen argumentieren, im April waren es noch keine Ermittlungen.

Blecha: Lassen Sie mich doch ausreden. Ich lasse Sie ja auch immer ausreden. Jedes einzelne Wort stimmt, es ist davon nichts zurückzunehmen. Es ist erstmals im Juli . . .

Graff: Sie behaupten, es stimmt. Wozu haben Sie sich dann das letztmal entschuldigt?

Blecha: Weil ich von einer Mitteilung vom 14. April — das waren keine Ermittlungen, sondern eine Information — zum ersten Mal durch die Zusammenstellung der Akten . . .

Graff: Das sind sehr feine Unterschiede. Aber Sie werden ja jetzt auch ein Parlamentsabgeordneter, und Sie werden sicher darauf Wert legen, daß die Abgeordneten nicht nur richtig, sondern auch vollständig informiert werden. Zumindest durch Unvollständigkeit ist das in hohem Maße unrichtig gewesen.

Ich frage Sie nun: Wer hat diese Anfrage für Sie vorbereitet?

Blecha: Die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit.

Graff: Welche Personen?

Blecha: Das ist zuerst einmal der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit . . .

Graff: Also Danzinger.

Blecha: . . . der die Verantwortung für die Vorbereitung einer Anfragebeantwortung trägt.

Graff: Wer noch?

Blecha: Niemand.

Graff: Das hat er allein gemacht?

Blecha: Er holt sich in der Generaldirektion die Informationen.

Graff: Nein, Herr Minister, wissen Sie das konkret?

Blecha: Nein.

Graff: Wissen Sie es nicht? War Herr Dr. Hermann damit befaßt oder nicht?

Blecha: Ich nehme das als selbstverständlich an.

Graff: Sie haben es sogar als Zeuge gesagt. Sie haben gesagt, der Generaldirektor unter Einschaltung aller damals beschäftigten Spitzenbeamten,

das war der Dr. Hermann. Das war in Ihrer Zeugnisaussage vom 9. Jänner vor dem Ausschuß.

Ich frage jetzt den Herrn Sektionschef Dr. Hermann. Haben Sie an der Abfassung dieser Anfragebeantwortung mitgewirkt?

Hermann: Nicht an der wörtlichen Abfassung, aber inhaltlich habe ich das dem Generaldirektor gesagt, daß nach meiner Erinnerung die Erhebungen in Salzburg Anfang Juli begonnen haben.

Graff: Sind Ihnen da nicht Akten vorgelegen, wenn man solche Daten in eine Anfragebeantwortung verarbeitet?

Hermann: Nein.

Graff: Bei der Anfragebeantwortung haben Sie keine Akten gehabt?

Hermann: Nein. Ich habe sie ja nicht formuliert, Herr Abgeordneter. Das war ein Gespräch mit dem Generaldirektor.

Graff: Wer hat es formuliert?

Hermann: Ich war nicht dabei. Ich kann es nicht sagen. Ich weiß es nicht.

Graff: Also in einem Gespräch mit dem Generaldirektor haben Sie ihm in diesem Zusammenhang Informationen gegeben?

Hermann: Ja.

Graff: Haben Sie dem Generaldirektor gesagt, daß schon im April Mitteilungen an das Ministerium — wie wir es jetzt nach dem neuen Sprachgebrauch nennen — stattgefunden haben?

Hermann: Das habe ich zu diesem Zeitpunkt, Herr Abgeordneter, noch nicht gewußt. Ich habe diese Mitteilung . . .

Graff: Sie haben sich aber die Akten am 29. Juli kommen lassen.

Hermann: Am 29. Juli.

Graff: Ja. Und da war das jetzt dabei vom April oder nicht?

Hermann: Da war es dabei, ja.

Graff: War es doch dabei? Das hat nämlich Dr. Schulz klargestellt.

Hermann: Am 29. Juli war es dabei.

Graff: Aber als es um die Redigierung der Anfragebeantwortung gegangen ist, haben Sie nicht mehr daran gedacht, oder wie?

Hermann: Selbst wenn ich daran gedacht habe — ich kann mich heute wirklich nicht mehr im Detail erinnern —, aber die Anfrage vom 14. April 1983 gibt ja nicht den geringsten Hinweis, daß in Salzburg ein Beamter Ermittlungen in der Sache Lucona geführt hat, sondern hier heißt es lediglich, und zwar alles unter der Firma Pinosa . . .

Graff: Herr Sektionschef! Das ist alles sehr schön. Jeder Abgeordnete und jeder Mensch, der eine Anfragebeantwortung bekommt, wo drinsteht, im Juli 1983 erlangte mein Ministerium erstmals davon Kenntnis, der kann sich darauf einen Reim machen. Wir brauchen das jetzt gar nicht auszudiskutieren.

Hermann: Herr Vorsitzender! Ich lege schon Wert darauf, daß ich gesagt habe, daß Erhebungen durchgeführt worden sind. Ich lasse mich doch nicht der Lüge zeihen.

Graff: Von einer Lüge habe ich nichts gesagt.

Obmann Steiner: Ich bitte beide Herren, nicht gleichzeitig zu reden, weil sonst wertvolle Dinge dem Protokoll entgehen. Bitte lassen Sie einander ausreden.

Bitte, Herr Abgeordneter.

Graff: Den Ausdruck „Lüge“ habe ich bisher nicht verwendet. Ich weise nur darauf hin, daß diese Anfragebeantwortung meiner Meinung nach in hohem Maße unrichtig ist.

Also meine Frage, wer die Anfragebeantwortung redigiert hat, können Sie nicht beantworten?

Hermann: Ich war nicht dabei.

Es hat aber ein Gespräch mit dem Generaldirektor stattgefunden, sodaß ich annehmen muß — aber er wird ja heute als Zeuge vor dem Ausschuß sein —, daß vermutlich er es redigiert hat.

Graff: Herr Minister Blecha! Legen Sie größten Wert darauf, daß parlamentarische Anfragen genau, vollständig und richtig beantwortet werden?

Blecha: Ich lege größten Wert darauf, und ich möchte daher mit aller Deutlichkeit nochmals sagen, daß diese Anfragebeantwortung richtig ist. Sie haben von unrichtig gesprochen. Es gab auch solche, die meinten, daß es eine Lüge ist. Gegen die werden wir nun auch gerichtliche Schritte setzen. Denn das lasse ich mir nicht mehr bieten.

Graff: Gut. Danke vielmals.

Blecha: Darf ich ausreden?

Graff: Nein! Ich frage Sie, ich will hier keine Presse . . .

Blecha: Ich bin am Wort . . .

Graff: Nein, Sie sind nicht am Wort. Als Zeuge haben Sie Fragen zu beantworten, die Erklärungen können Sie dann in der Pressekonferenz abgeben.

Nein, ich frage Sie jetzt etwas ganz anderes. Meine Frage war, ob Sie Anfragen immer korrekt beantworten, und ich frage Sie jetzt weiter . . .

Blecha: Ich habe aber genauso eine umfassende Darstellung . . .

Graff: Ich will nicht argumentieren, ob sie wahr oder unrichtig ist, darüber hat sich jeder bereits eine Meinung gebildet.

Ich frage Sie: Wer hat sie redigiert?

Blecha: Herr Vorsitzender! Ich darf auf den § 167 der Strafprozeßordnung doch aufmerksam machen, in dem es heißt, daß bei der Vernehmung über die Sache selbst der Zeuge eine zusammenhängende Erzählung der den Gegenstand . . .

Graff: Wir sind jetzt nicht bei einer Vernehmung in der Sache, sondern bei einer Gegenüberstellung. Da sind wir längst darüber hinaus.

Ich frage Sie: Wer hat die Anfrage redigiert? Können Sie mir das nicht beantworten?

Blecha: Ja, aber ich möchte Ihnen zuerst einmal sagen, daß es hier heißt, daß im Juli 1983 das Ministerium erstmals Kenntnis erlangt hat von Ermittlungen, die ein Kriminalbeamter des Landesgendarmeriekommandos durchgeführt hat. Dieser Beamte hat hier selbst erklärt, daß er vorher keine Ermittlungen durchgeführt hat. Erstmals . . .

Graff: Herr Blecha, Sie schauen nicht besser aus durch diese Erklärungen. Das sage ich Ihnen.

Ich habe nur eine begrenzte Redezeit. Ich möchte von Ihnen wissen: Wer hat diese Anfragebeantwortung, die Ihrer Behauptung nach jetzt auf einmal völlig richtig ist, früher war sie falsch . . .

Blecha: Nein, die Beantwortung war immer richtig.

Graff: Wer hat diese Anfragebeantwortung redigiert, textlich verfaßt? Ich frage Sie.

Blecha: Die ist von der Generaldirektion . . .

Graff: Nein, nicht die Generaldirektion. Welcher Mensch? Das wissen Sie nicht, Herr Minister? Das gibt Ihnen der Generaldirektor einfach in die Hand. Das wird anonym verfaßt, oder wie?

Blecha: Nein, das kommt vom Herrn Generaldirektor. Aber Sie haben heute den Herrn Generaldirektor als Zeugen geladen . . .

Graff: Ich weiß, was ich den Generaldirektor fragen werde.

Aber ich frage Sie, ob Sie wissen, wer den Text der Anfragebeantwortung verfaßt, formuliert hat.

Blecha: Für mich ist es der Herr Generaldirektor.

Graff: Was heißt „für mich“?

Blecha: Weil ich von ihm einen Entwurf für die Anfragebeantwortung bekomme. Und ich nehme an, daß er zur Redaktion eines derartigen Entwurfes mit anderen spricht.

Graff: Ich frage Sie nur, ob Sie es wissen. Wenn Sie nicht wissen, welcher Beamte das gemacht hat, dann sagen Sie, Sie wissen es nicht.

Blecha: Das habe ich Ihnen schon mehrmals gesagt auf diese Frage. Für mich ist es der Herr Generaldirektor.

Graff: Nein, nicht wer es für Sie ist, sondern ob Sie wissen, wer sie formuliert hat.

Blecha: Der Generaldirektor ist für mich der, der für die Formulierung zuständig ist.

Graff: Herr Minister Blecha, ich frage Sie nicht, wer zuständig ist, sondern ich frage Sie, ob Sie wissen, wer die Anfragebeantwortung formuliert hat.

Blecha: Das habe ich Ihnen gesagt. Die Anfragebeantwortung bekomme ich von der Generaldirektion, und die Verantwortung trägt der Generaldirektor.

Graff: Ich weiß, von wo Sie sie bekommen haben, ich möchte wissen, wer sie formuliert hat.

Blecha: Und wenn er es allein formuliert hat oder nicht allein formuliert hat, wird er es Ihnen dann beantworten können . . .

Graff: Ich stelle fest, Sie beantworten . . .

Obmann Steiner: Bitte, ich möchte noch einmal sagen, beide Herren mögen einander ausreden lassen. Denn es ist für das Protokoll völlig sinnlos, eine solche Diskussion zu führen, das findet keinen Niederschlag. Das kann niemand aufnehmen.

Bitte.

Graff: Ich habe eine ganz einfache Frage gestellt. Ich stelle fest, daß Sie mir keine Antwort darauf geben, ob Sie wissen, wer diese Anfragebeantwortung formuliert hat.

Aber es kommt ja noch viel besser. Es gibt nämlich nicht nur die eine Anfragebeantwortung, sondern es gibt auch eine weitere Anfrage vom 7. November 1985. Und da bin ich jetzt gespannt,

ob Sie mir auch sagen werden, daß die wahrheitsgetreu ist.

Da lautet die Frage 4: Entspricht es den Tatsachen, daß die ursprünglichen Erhebungen gegen Udo Proksch in Salzburg seitens der Exekutive auch wegen Mordes geführt wurden? Und die Antwort des Ministers Blecha vom 20. Dezember 1985 lautet: Ein Beamter der Kriminalabteilung des Landesgendarmierkommandos für Salzburg hat im Jahre 1983 in der Angelegenheit „Untergang der Lucona“ Ermittlungen, insbesondere Vernehmungen durchgeführt. Grundlage dieser Ermittlungen waren ausschließlich die Angaben eines ihm langjährig bekannten, in der Schweiz lebenden Privatdetektivs, die neben dem Verdacht des Versicherungsbetruges auch Hinweise auf die Möglichkeit von Mord oder Mordversuchen enthielten. — Möglichkeit! — Staatsanwaltschaftliche oder richterliche Aufträge zur Vornahme dieser Erhebungen hat es zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf meine Ausführungen in der Anfragebeantwortung vom 18. Mai 1985. — Das war die erste.

Herr Minister Blecha! Sie sagen da also: „ausschließlich die Angaben eines Privatdetektivs“. Ich frage Sie: Ist diese Anfrage aus dem Jahr 1985 nicht in wesentlichen Punkten unwahr beantwortet, wenn darin von den Ermittlungen der Sicherheitsdirektion Salzburg mit keinem Wort die Rede ist?

Blecha: Es war richtig. Denn, wie Sie wissen, ist ja auch von der Sicherheitsdirektion Salzburg der Staatsanwaltschaft mitgeteilt worden, daß die Anzeige vom 14. August sich auf die Angaben des Herrn Guggenbichler bezieht. Das war die Aktenlage.

Graff: Nächster Fragepunkt dieser Anfrage. Welche Tatbestände sind in der von der Salzburger Exekutive an die Staatsanwaltschaft Salzburg erstatteten Anzeige gegen Udo Proksch zitiert? Es geht nämlich da um die Frage, wann der Mord hinein- oder herausgekommen ist. Und da antworten Sie so: In Betreff der erst auf meine Weisung erfolgten Anzeigeerstattung an die Staatsanwaltschaft Salzburg hat die Kriminalabteilung des Landesgendarmierkommandos für Salzburg Udo Proksch tatsächlich des Mordes und versuchten Mordes, des schweren Betruges und der falschen Beweisaussage vor Gericht verdächtigt. Das Beweismaterial, das der Staatsanwaltschaft Salzburg dazu übergeben wurde, stützt sich jedoch nur auf Unterlagen, die der erwähnte Privatdetektiv bei seiner Anzeigeerstattung übergeben hatte und die nach dessen eigenen Angaben zu einem Teil von ihm selbst und zum anderen Teil von einem rechtsfreundlichen Vertreter der Versicherungsanstalt der österreichischen Bundesländer, Versicherungs-AG stammen.

Sind Sie der Meinung, daß mit dieser Anfrage das Parlament rückhaltslos, vollständig und richtig informiert worden ist?

Blecha: Ich bin der Meinung, daß aus der Aktenlage, die uns damals bekannt war — ich verweise auf den Aktenvermerk der Sicherheitsdirektion Salzburg —, das dem entsprochen hat und meinem damaligen Wissensstand entsprochen hat.

Graff: Herr Dr. Hermann! Waren Sie mit der Abfassung dieser Anfrage, diese hat die Zahl 1711/J vom 7. 11. 1985, befaßt?

Hermann: Darf ich um das Datum bitten, Herr Abgeordneter.

Graff: 7. 11. 1985.

Hermann: Nein, da war ich nicht mehr bei der Staatspolizei.

Graff: Da waren Sie nicht mehr damit befaßt. Gut.

Eine Frage noch an den Herrn Minister Blecha. Es geht um die Beobachtung der Veranstaltungen der Herren Pretterebner und Guggenbichler. Sie haben in der „Pressestunde“ gesagt, daß Sie sich immer erst im nachhinein darüber berichten ließen. Inzwischen ist aufgrund der Aktenlage klar, daß Ihr Kabinett auch schon vor solchen Veranstaltungen Erkundigungen eingezogen hat. Ich frage Sie nun — wir wollen das gar nicht mehr neu durchkauen —: Aus welchem Grund hat sich Ihr Kabinett für diese Beobachtungen interessiert?

Blecha: Wahrscheinlich hat es Anfragen dazu gegeben.

Graff: Sonstige bei Ihnen persönlich gelegene Gründe sehen Sie nicht?

Blecha: Nein.

Graff: Sicher nicht?

Blecha: Ganz sicher nicht.

Graff: Dann halte ich Ihnen vor, daß Sie vor diesem Ausschuß als Zeuge am 9. Jänner ausgesagt haben — ich zitiere —: Das Buch Pretterebners, das erschienen ist und mit einer umfangreichen Vortragstätigkeit des Autors verbunden war, enthält eine Reihe von Verleumdungen, die ich jedenfalls vor Gericht verhandelt sehen möchte. Ich habe daher der Staatsanwaltschaft die Ermächtigung zur Strafverfolgung gegen den Autor gegeben und habe mir daher über Wiederholungen der im Buch vorkommenden Verleumdungen, wie etwa Amtsmißbrauch, berichten lassen.

Ich frage Sie: Was ist jetzt richtig, was Sie heute sagen oder was Sie damals zugegeben haben, daß

Sie nämlich im Interesse, gegen so bezeichnete Verleumdungen des Pretterebner gerichtlich vorgehen zu können, den Sicherheitsapparat benützt haben, um sich informieren zu lassen?

Blecha: Schauen Sie, richtig ist eines: daß ich als Bundesminister für Inneres überhaupt nie einen Auftrag im vorhinein an eine Sicherheitsbehörde erteilt habe, einen Pretterebner-Vortrag wahrzunehmen, indem man Beamte dorthin schickt. Das ist also die erste Feststellung.

Die zweite ist, daß ich mehrmals erklärt habe, daß ich im nachhinein als Innenminister ersucht habe, festzustellen, wenn zum Beispiel von Abgeordneten an mich herangetragen worden ist, es wären bei Pretterebner-Vorträgen die oder die Dinge vorgefallen, ob man darüber etwas weiß. Im nachhinein!

Das ist das Wesentliche, wie mir scheint.

Graff: Jetzt halte ich Ihnen aber vor den Aktenvermerk Ihres Kabinetts vom 13. April 1988, wo es heißt: In Entsprechung des ho. Ersuchens teilt der Oberkommissär Schabenböck vom Sekretariat des Herrn Polizeipräsidenten von Wien mit, daß Pretterebner einen Vortrag zum Thema „Club 45“ — Gefahr für Österreich“ halten wird, und zwar am 15. April. Der Aktenvermerk ist vom 13. April. — Das ist also nicht im nachhinein, sondern im vorhinein.

Blecha: Im vorhinein ist von meinem Kabinett angefragt worden — nicht bei der Staatspolizei, sondern bei dem entsprechenden Gegenüber des Kabinettschefs —, ob ein solcher Vortrag, über den offensichtlich irgendwo entweder eine Anfrage an das Kabinett gekommen ist oder in einer Zeitung oder irgendwo etwas gestanden ist, in Wien stattfindet. Und die Antwort, die er bekommen hat, ist: Jawohl, der findet dort und dort statt. Das ist kein Auftrag von mir gewesen, ich möchte das noch einmal feststellen.

Graff: Es geht also um Anfragen von Abgeordneten und sonstigen Leuten, sagen Sie uns heute.

Blecha: Ich habe nie etwas anderes erklärt.

Graff: Rücken Sie da von Ihrer seinerzeitigen Aussage vom 9. Jänner 1989 ab, daß Sie sich über Wiederholungen der im Buch vorkommenden Verleumdungen im Hinblick auf Ihre Ermächtigung der Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung des Pretterebner haben berichten lassen?

Blecha: Ich habe zum Beispiel als der damalige Abgeordnete zum Nationalrat, heutige Landesrat in Oberösterreich, Fritz Hochmair mir ein Flugblatt über eine Veranstaltung in Wels übergeben und erklärt hat, daß ihm aufgeregt mitgeteilt worden wäre, daß im Rahmen dieses Vortrages, von dem er das Flugblatt mitgebracht hat, sehr heftige

Angriffe auf das Innenministerium, auf eine ganze Reihe politischer Persönlichkeiten . . .

Graff: Gut. Also Service für den Abgeordneten?

Blecha: Nein, nein — . . . erhoben worden sind und daß man sich in Wels fragt, ob denn die Angegriffenen dagegen nichts tun. Darauf habe ich gesagt, ich weiß nicht, was dort gesagt wird, ich werde mich erkundigen. Ich habe daher auf dieses Flugblatt, das mir am 13. übergeben worden ist, draufgeschrieben: „Ist uns davon etwas bekannt?“, und dieses wurde von meinem Kabinett zur Gruppe C weitergeleitet, und die Gruppe C — das ist der Staatspolizeiliche Dienst — hat sich erkundigt, ob darüber etwas bekannt war. Es war darüber nichts bekannt.

Graff: Herr Kollege Blecha, werden Sie als Abgeordneter des Nationalrates, wenn es darum geht, jetzt ein Gesetz über die Befugnisse der Staatspolizei neu zu machen, darin auch die Aufgabe verankern: Wenn der Minister irgendwo angegriffen wird in einem Buch, dann hat die Staatspolizei die Aufgabe, ihm dazu zur Widerlegung Informationen zu liefern. (Helene Partik-Pablé: Diese Frage erübrigt sich wirklich! — Schieder: Zu welchem Punkt der Gegenüberstellung ist diese Frage?)

Obmann Steiner: Bitte.

Graff: Komisch, daß die Frau Dr. Partik-Pablé auch den Minister schützt. Ich nehme es zur Kenntnis und ziehe die Frage zurück. — Ich danke, ich bin schon fertig.

Obmann Steiner: Danke.

Blecha: Darf ich dazu schon etwas . . .

Obmann Steiner: Die Frage ist zurückgestellt, jetzt fangen wir nicht neu an.

Dr. Pilz, bitte.

Blecha: Ich habe keine einzige Ermächtigung der Staatsanwaltschaft erteilt aufgrund irgendeines Berichtes.

Obmann Steiner: Herr Minister, jetzt ist der Herr Pilz an der Reihe. Bitte.

Pilz: Ich hätte einleitend eine ergänzende Frage zur Staatspolizei. Sagen Sie, Herr Minister oder Herr . . .

Blecha: Blecha; so, wie ich heiße.

Pilz: Herr Blecha, wo hätten eigentlich die staatspolizeilichen Akten mit diesen Überwachungen Pretterebner und so weiter in erster Linie aufbewahrt werden müssen?

Blecha: Bei der entsprechenden Behörde, die den Auftrag gegeben hat, bei der Gruppe C, zu der solche Berichte von staatspolizeilichen Abteilungen der Sicherheitsdirektionen oder des Staatspolizeilichen Büros der Polizeidirektion Wien dann weitergesandt werden.

Pilz: *Sind Sie sicher, daß wir die vollständigen Akte betreffs Lucona, Pretterebner und so weiter aus diesem Bereich bekommen haben?*

Blecha: Ich weiß, daß Sie diese Berichte, die zu mir gekommen sind, das heißt in das Kabinett des Bundesministers, vollständig bekommen haben. Jede einzelne Abteilung, jede einzelne Behörde hat ja von uns den Auftrag gehabt, das Aktenmaterial zum Fall Lucona vorzulegen.

Pilz: *Sagen Sie, wie erklären Sie sich dann, daß eine einzige staatspolizeiliche Beobachtung zu Pretterebner-Lucona in den sonstigen Akten war und sonst alle in dem kleinen Akt des Ministerbüros. Warum waren alle diese Akten betreffs Überwachung Pretterebner in Ihrem persönlichen Akt im Ministerbüro und nicht in den sonstigen staatspolizeilichen Akten?*

Blecha: Wahrscheinlich war man der Auffassung, daß die mit diesem Fall nichts zu tun haben, und die Gruppe C hat sie aus diesem Grunde wahrscheinlich nicht übermittelt. Anders kann ich mir das bitte nicht erklären. Ich habe nicht alle Akten, sondern ich darf, sehr geschätzter Herr Vorsitzender, doch jetzt zu diesem Thema etwas sagen.

Pilz: *Nein, wirklich, ich habe Sie nur ganz einfach . . .*

Blecha: Es gab keine Überwachung. Sie haben davon gesprochen, und ich muß einmal alles klären.

Pilz: *Herr Blecha, ich habe Sie etwas ganz Einfaches gefragt, und Sie haben es schon beantwortet.*

Blecha: Ich habe es beantwortet, daß alles, was zu mir kommt, vollständig bis auf den letzten Schmierzettel dem Untersuchungsausschuß übermittelt wurde.

Pilz: *Richtig. Sie haben es für mich vollkommen zufriedenstellend beantwortet.*

Ich möchte jetzt etwas anderes fragen. Herr Sektionschef, wie war das eigentlich bei der Intervention des Rechtsanwalts Dr. Damian? Da hat ja diese mögliche Zeugin Lindsay-Strobl (phonetisch) eine Rolle gespielt. Können Sie das noch einmal schildern?

Hermann: Soweit ich mich erinnern kann nach der langen Zeit, war nicht der Name genannt wor-

den, sondern es war davon die Rede, daß der Abteilungsinspektor Mayer in der Bundesrepublik Deutschland eine Zeugin vernommen habe oder vernehmen wolle. Ich glaube, es heißt „vernehmen wolle“, wenn es die Strobl war. Das war auch der Grund — es war die einzige Frau, also von einer Frau war die Rede —, warum mir dann — das ergibt sich jetzt aus diesem ominösen Bericht, der heute schon Gegenstand der Erörterungen war — die Einvernahme der Frau Wagner vorgelegt wurde, die mit dem gar nichts zu tun hat, sondern die in Salzburg wohnhaft war und die sicherlich nicht in Freilassing vernommen werden konnte.

Pilz: *Das heißt, der Gruppeninspektor Mayer wollte zu dieser Zeit die Ermittlungen in Richtung Strobl weiterführen.*

Hermann: Das weiß ich nicht.

Pilz: *Herr Blecha, Sie haben in dieser Fernseh-„Pressestunde“ gesagt: „Aber da ist das wesentliche Thema auch noch, warum Abstoppen an sich ein Blödsinn ist, denn es gab keine Ermittlungen. Stoppen kann ich nur, wenn etwas im Gange ist. Im Gange waren zum Zeitpunkt des Auftrages, jetzt Staatsanwaltschaft einschalten, keine Ermittlungen.“*

Jetzt hören wir gerade, daß da offensichtlich von seiten des Gruppeninspektors Mayer Ermittlungen zumindest in Richtung Lindsay-Strobl (phonetisch) geplant waren. Waren das keine Ermittlungen?

Blecha: Schauen Sie, ich kann nur darauf verweisen, daß die Staatsanwaltschaft Wien am 26. September bereits — ich darf daher den Hofrat Dr. Thaller noch korrigieren, Sie sprachen von Anfang Oktober . . .

Thaller: Eingelangt . . .

Blecha: . . . eingelangt wahrscheinlich. Und am 26. hat die Staatsanwaltschaft Wien der Kriminalabteilung Salzburg den Auftrag gegeben, die Ermittlungen im Raum Salzburg fortzusetzen. Dann hat sich herausgestellt, es gab keine mehr. Denn der Herr Gruppeninspektor Mayer hat ja auch dann festgestellt — wie einem Aktenvermerk zu entnehmen ist —, im Raum Salzburg gab es keine Ermittlungen mehr.

Pilz: *Ich könnte Ihnen jetzt . . . Es ist bei diesen Fragen nie um den Raum Salzburg gegangen. Wir haben jetzt das eine festgehalten: Es gab dieses Vorhaben, die Zeugin Strobl zu vernehmen, und wir wissen aus den Zeugenaussagen Mayer, Dürager, Gratzner, daß es Interesse gab, auch über Salzburg hinaus Ermittlungen vorzunehmen.*

Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch zu dem, was der Herr Sektionschef jetzt gesagt hat? Es

waren offensichtlich Ermittlungen geplant, und Sie sagen nicht nur in der Fernseh-„Pressestunde“, daß da überhaupt nichts im Gange war?

Blecha: Ja, ich sage das auch jetzt, weil die Faktenlage entscheidend ist. Es waren Ermittlungen notwendig — das habe ich auch hier in meiner Einvernahme ganz deutlich gemacht — außerhalb Salzburgs. Ich war aufgrund dieses schwerwiegenden Verdachtes zutiefst davon überzeugt, daß man jetzt Ermittlungen in Wien und in Niederösterreich durchführen muß, wo Proksch zu Hause ist, wo der Hauptsitz der Pinosa ist, das war selbstverständlich, und daß wahrscheinlich auch Ermittlungen außerhalb Österreichs notwendig sein würden, etwa in der Schweiz, und daher die Staatsanwaltschaft unbedingt einzuschalten ist. Das ist ja eine der Begründungen dafür gewesen, daß ich es für notwendig gehalten habe, daß eben im Auftrag der Staatsanwaltschaft weitere Ermittlungen, die eben über den begrenzten Raum Salzburg hinausgehen, nun anzuordnen wären.

Pilz: Ja, den Punkt haben wir schon geklärt, daß es ohne weiteres möglich gewesen wäre, Salzburger Kriminalbeamte auch in Niederösterreich ermitteln zu lassen. Das wäre ja nicht das Problem gewesen. Aber zumindest ist das jetzt geklärt: Es hat Ermittlungsversuche auch ganz konkret von Salzburg aus zu diesem Zeitpunkt gegeben, . . .

Hermann: Aber nicht in Deutschland, Herr Abgeordneter.

Pilz: . . . und Sie haben diese Feststellung da gemacht.

Herr Dr. Hermann, ich möchte Sie noch etwas ganz anderes fragen zu diesem Zusammentreffen Anfang Jänner, also zu dieser Kaffee-Affäre in Ihrem Büro. Sie haben da in Ihrer Zeugenaussage gesagt, da haben Sie APA-Meldungen entgegengenommen. War das üblich in Ihrem Büro, daß Sie sich immer gleich die APA-Meldungen bringen haben lassen?

Hermann: Die über den Lucona-Ausschuß?

Pilz: Ja.

Hermann: Ja.

Pilz: Und da haben Sie also . . . Wie hat dieser Auftrag gelautet betreffs der APA-Meldungen?

Hermann: Da gab es also keinen schriftlichen Auftrag, es war aber auch nicht notwendig . . .

Pilz: Nein. Haben Sie da gesagt: Ich will immer sofort die APA-Meldungen haben, wenn sie die Lucona betreffen?

Hermann: Ja, aber ich habe darum gebeten. Wir haben da einen . . .

Pilz: Und Sie haben immer sofort . . .

Hermann: . . . eigenen Pressereferenten, der laufend die Meldungen bekommt, und den habe ich kollegial gebeten, weil ich interessiert bin daran, daß er mir die APA-Meldungen herübergibt. Ich glaube, es ist eine öffentliche Sitzung, . . .

Pilz: Und Sie haben immer sofort . . .

Hermann: . . . und das ist doch nichts Schlimmes.

Pilz: Und Sie haben dann auch immer sofort diese APA-Meldungen bekommen?

Hermann: Es ist nicht immer jede einzelne gebracht worden. Sie sind aber gesammelt worden, wenn es mehrere sind . . . Ich weiß heute nicht mehr, in welchen Abständen.

Pilz: Wann hat der Herr Blecha damals Ihr Büro verlassen auf seinem Weg zum Bundeskanzleramt?

Hermann: Das kann ich nicht mehr sagen, bitte, das . . .

Pilz: Wir haben das damals schon . . .

Hermann: Ich kann mich nicht auf die Minute festnageln lassen. Das weiß ich eben nicht mehr.

Pilz: Wir haben das damals . . .

Hermann: Ich weiß, er wollte zum Ministerrat. Da müßte man wissen, wann der Ministerrat war. Er war in Eile und ist also zum Ministerrat gegangen. Es muß also . . .

Pilz: Der Ministerrat war um 3 Uhr, also muß es kurz vor 3 . . .

Hermann: Bitte?

Pilz: Die Vorbesprechung.

Hermann: Die Vorbesprechung.

Pilz: Die Vorbesprechung war um 3 Uhr, also muß es kurz vor 3 Uhr gewesen sein.

Hermann: Kurz vor 3 Uhr oder $\frac{3}{4}$ 3 Uhr, nicht?

Pilz: Die einzige APA-Meldung, die für diese Zeit in Frage kommt, datiert von 14 Uhr 15. Diese APA-Meldung ist Ihnen sofort vorgelegt worden . . .

Hermann: Das weiß ich nicht mehr, ob es die von 14 Uhr 15 . . .

Pilz: Aus der Zeugenaussage geht . . . es gibt nur diese eine, wir haben das überprüft.

Hermann: Na, aber am Vormittag sind ja mehr gekommen.

Pilz: *Ja, aber wir haben das überprüft. Es war die einzige aktuelle Meldung, und wir haben uns auch die Zeugenaussagen angeschaut. Deswegen habe ich auch jetzt gefragt, ob Sie das immer aktuell bekommen haben. Und aus den Zeugenaussagen geht auch heraus, daß Sie da gerade wieder eine Meldung bekommen haben, als bereits die Herren in Ihrem Zimmer anwesend waren, daß da wieder eine Meldung gebracht worden ist; es muß also kurz nach 14 Uhr 15 gewesen sein.*

Hermann: Vermutlich, ich kanns nicht sagen, ich habe auch nicht geschaut.

Pilz: *Das heißt, da ist also zwischen kurz nach 14 Uhr 15 . . .*

Hermann: Na, das war sicher nicht . . .

Pilz: *. . . und dem Fortgehen vom Herrn Blecha zur Vorbesprechung des Ministerrats offensichtlich doch einige Zeit zur Verfügung gestanden. (Rieder: Sehr kompliziert!)*

Blecha: Ich darf mich da bitte . . .

Hermann: Bitte, aber das ist ja ein Weg. Das ist doch im Büro des Pressesprechers, und der Pressesprecher sitzt ja nicht nur vor dem Apparat, wo diese Meldungen kommen, sondern er hat ja auch anderes noch zu tun gehabt — es wird auch noch etwas anderes getan im Ministerium —, und er hat, wenn er da war und einige Meldungen gekommen sind, die können auch ruhig schon ein bisserl älter gewesen sein, sie zu mir herübergebracht. Also es war keineswegs ein Dienst, daß sofort jemand mit einer gerade erschienenen APA-Meldung zu mir gekommen ist. Bitte, das wirklich nicht.

Pilz: *Also, bei diesen Behördenwegen hat es immer etwas länger gedauert.*

Blecha: Der Druck entsteht ja nicht beim Sektionschef, also wo die APA-Meldungen ausgedruckt werden.

Pilz: *Herr Blecha, dann noch etwas anderes. Sie haben das in der Pressestunde und auch sonst einige Male erwähnt, nämlich diese chronologischen Aufstellungen. Sie sind bereits heute einmal dazu befragt worden. Haben Sie ähnliche chronologische Aufstellungen auch von anderen Behörden angefordert, wie Sie offensichtlich vom Herrn Sicherheitsdirektor angefordert worden sind?*

Blecha: Ich sage Ihnen noch einmal, ich habe eine solche Weisung nicht erteilt. Aber chronologische Aufstellungen, nämlich chronologisch geordnete Zusammenstellungen der Akten — ob die jetzt immer in Form einer Chronologie auch

auf zwei oder drei Seiten zusammengefaßt worden sind, weiß ich nicht — sind jedenfalls dem Beamten des Ministeriums, der mit der Zusammenstellung der Akten betraut war und bei dem sie einlangen mußten und der sie dem Parlament zu übergeben hat, geliefert worden.

Pilz: *Na, gibt es mit dem Thaller-Schriftstück, mit dem Brief — oder mit dem Aktenvermerk, glaube ich, nennen wir das heute — vergleichbare Schriftstücke von anderen Beamten?*

Blecha: Es gibt also eine Reihe von . . .

Pilz: *Herr Dr. Hermann, Sie nicken. Da gibt es also . . .*

Hermann: Es gibt eines auch vom Dr. Strasser, dem Leiter der Abteilung I. Ich habe schon gesagt, ich wurde bemüht, mir das in Erinnerung zu rufen, und habe beide Kollegen, aber ich glaube, schon längere Zeit vorher war das. Ich kann mich . . . Ich glaube, es war bei der Sicherheitsbehörde . . . (Thaller: *Bei den Behördenleitern!*) Ja, richtig, Herr Hofrat, ich habe die Behördenleiter (Thaller: *Am 9. November!*) im November gebeten, doch in ihren Akten nachzuschauen und mir so chronologische Aufstellungen zu geben. Aber hier ging es also nur darum, wann ist ein Akt verfaßt worden, wann ist eine Antwort gekommen.

Pilz: *Ja.*

Hermann: Ich habe das auch davon von Salzburg gekannt, ich kann das ohne weiteres . . .

Pilz: *Das heißt, ein ähnliches Schriftstück wie das vom Herrn Sicherheitsdirektor Thaller gibt es auch vom Herrn Strasser?*

Hermann: Ich habe es da. Ähnlich — na, es ist ein bisserl anders, da ist also inhaltlich etwas dabei, eine chronologische Aufzeichnung . . .

Pilz: *Könnten Sie das dem Ausschuß vorlegen?*

Hermann: Selbstverständlich.

Pilz: *Ja, wenn Sie das bitte schön dem Herrn Vorsitzenden geben.*

Hermann: Ja, selbstverständlich.

Pilz: *Herr Sicherheitsdirektor, aus dem Brief, den Sie an den Vorsitzenden Dr. Steiner geschrieben haben — wir haben ja nur Auszüge dieses Briefes —, lese ich Ihnen einen Absatz vor. Haben Sie den Brief vor sich?*

Thaller: Nein.

Pilz: *Bei uns ist das Seite 4, das sind diese Auszüge.*

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung.

Ermacora (zur Geschäftsordnung): Könnte der Abgeordnete Pilz sagen, von welchem Datum der Brief ist.

Obmann Steiner: Das kann er. Welches Datum?

Pilz: Das ist vom 19. 1. 89. Das ist der Brief, der uns auszugsweise vom Vorsitzenden zur Verfügung gestellt worden ist, Seite 4, der letzte Absatz; also der letzte uns zur Verfügung gestellte Absatz.

Ich lese Ihnen kurz diesen Absatz vor und ersuche Sie dann, uns zu schildern, was Sie damit meinen: „Hiezu bleiben jedoch zumindest zwei Fragen offen. Wenn der Herr Minister nunmehr immer behauptet, daß es seine Weisung gewesen sei, die zur Anzeigerstattung an die Justiz geführt habe, warum hat er dann anläßlich meiner zwei anderslautenden Berichte (die, das möchte ich ausdrücklich betonen, nicht im üblichen Dienstwege ergingen, sondern protokollos und ad personam an zwei vorgesetzte Ministerialbeamte gerichtet waren) nicht widersprochen und mich zurückgepfiffen? Wie ist dann die Information der Gruppe Staatspolizei an den Herrn Minister vom 23. 3. 1988, der gemäß ich im Begriffe sei, vom meinem Standpunkt, das ausschließlich über meine Veranlassung die Lucona-Sache gerichtsanhängig gemacht wurde, abzugehen, zu verstehen?“

Herr Sicherheitsdirektor, was meinen Sie damit, auf welche Widersprüche weisen Sie da hin?

Thaller: Ja, ich glaube, da müßte man auch den ersten Absatz dazu wissen, den vorhergehenden.

Pilz: Ja, lesen Sie ihn ruhig vor!

Thaller: „Zur Aussage, ich hätte in Sachen Lucona keinerlei Weisung vom Bundesministerium für Inneres bekommen: Rückblickend kann ich diese Aussage nicht begreifen. Ich kann als Begründung hiefür nur angeben, daß ich mich, wie vorher unter I und 1 schon ausgeführt, einem starken Druck Hermanns ausgesetzt gefühlt habe, man erwarte im Interesse des Bundesministeriums für Inneres bzw. des Ministers von mir, daß ich die, zugegebenermaßen bei der Erstattung einer Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft nicht übliche, Vorgangsweise auf mich nehme. Sicherlich spielte hierbei auch — heute weiß ich es — ein falsches, im Beamtentum da und dort verwurzeltes unbedingtes Loyalitätsempfinden gegenüber seinem Ministerium oder seinem Minister (das habe ich bei meiner Aussage wohl als ‚voraussehlender Gehorsam‘ gemeint) eine Rolle.“

Pilz: Und dann sagen Sie — ich habe das vorgelesen —, es bleiben zumindest zwei Fragen offen. Können Sie das genauer schildern, was Sie damit meinen?

Thaller: Die erste Frage ist: Warum hat man mich eigentlich die ganzen Jahre hindurch . . . Das war doch seit dem Jahr 1983 — Mitte 1983 bis zum Jahr 1988 —, wo ich, sicherlich teilweise überzeugt, im Jahr 1987 die erste schriftliche Erklärung abgegeben habe, und dann im Jahre 1988, wo ich eigentlich da schon fast davon überzeugt war.

Da war diese erste Weisung irgendwie für mich geistig schon verdeckt, also ich war überzeugt, daß diese Weisung von mir gekommen ist. Sie ist ja auch von mir erfolgt an die Beamten. Es steht auch in der Anzeige drinnen, daß über Weisung des Sicherheitsdirektors diese Anzeige zu erstatten ist. Das hat man gewußt. Warum hat man eigentlich da in diesen fünf Jahren überhaupt nie etwas gemacht und gesagt: Thaller, das stimmt nicht! Warum nimmst du das auf dich, wo das gar nicht den Tatsachen entspricht?

Pilz: Das ist einmal die erste Frage. Herr Sektionschef, warum haben Sie wirklich mit dem Versuch, diese Stellungnahmen des Sicherheitsdirektors zu korrigieren, erst nach einigen Jahren begonnen?

Hermann: Zuerst einmal muß ich sagen, ich weise entschieden zurück — ich höre das heute zum ersten Mal —, daß ich einen Druck ausgeübt hätte auf den Herrn Sicherheitsdirektor. Das will ich also hier feststellen, damit es im Protokoll festgehalten wird. Das ist eine Ungeheuerlichkeit.

Thaller: Ich habe gesagt: Ich habe mich unter Druck gefühlt.

Hermann: Und nun zur Antwort. Ich war, wie gesagt, seit jetzt vier Jahren nicht mehr bei der Staatspolizei. Ich habe mit dieser Sache nichts mehr zu tun gehabt. Erst als das Lucona-Buch erschienen ist, habe ich erfahren — ich weiß heute nicht mehr, auf welchem Weg, ich habe es aber da —, daß der Sicherheitsdirektor einen Brief an den Leiter der Abteilung II/7, den Ministerialrat Dr. Schulz, geschrieben hat, in dem er erklärt hat, er selber hätte ja diese Weisung erteilt und nicht das Ministerium.

Da heute der Vorwurf erhoben wird, daß die Weisung, die ich gegeben habe und zu der ich stehe, nicht ganz korrekt gewesen sei, wäre es ja das Angenehmste gewesen, dabei zu bleiben, daß der Sicherheitsdirektor sagt: „Ich habe nie eine Weisung bekommen vom Ministerium; ich habe das gemacht.“ Ich habe also im Interesse der Sache — und ich glaube, das ist einleuchtend — doch versucht, die Sache so darzustellen, und zwar auch durch den Herrn Sicherheitsdirektor, wie sie sich wirklich abgespielt hat. Ich habe also nie irgendeinen Druck auf ihn ausgeübt, ganz im Gegenteil. Genau das, was uns jetzt zum Vorwurf gemacht wird, beweist ja, daß wir versucht haben,

ihn von dieser Meinung — ich weiß heute noch nicht, warum er zu dieser Meinung gekommen ist — abzubringen. Es war ja dann auch — und das war ja auch schon Gegenstand der Gespräche hier — mein Versuch, im Wege des Herrn Polizeidirektors von Salzburg, zu dem ich einen besseren Kontakt gehabt habe als zu dem Herrn Sicherheitsdirektor, auf ihn einzuwirken und zu sagen: Na, erinnern Sie sich doch, die Sache war anders.

Pilz: Herr Sicherheitsdirektor, warum haben Sie eigentlich das Gefühl gehabt, daß da Druck auf Sie ausgeübt wird?

Thaller: Ich persönlich habe zur damaligen Zeit, und zwar möchte ich da ausdrücklich unterscheiden, was vor dem Zeitpunkt der Weisung beziehungsweise Anzeigerstattung, das ist der 9. August 1983, war und was nachher war, vor diesem Zeitpunkt schon ganz eindeutig durch diese häufigen Kontakte, die unüblich sind, mit dem damaligen Gruppenleiter der Staatspolizei den Eindruck gehabt, daß ein massives Interesse seitens des Gruppenleiters besteht an dieser Sache, und zwar in die Richtung — ich würde nicht sagen, daß er das gebremst hat, das wäre vielleicht zu hart gesagt —, daß es ihm eigentlich ganz gelegen gewesen wäre, wenn nicht allzuviel rauskommen könnte. Ja, den Eindruck hatte ich. Ich behaupte das nicht, sondern ich bin aufgrund dieser unüblichen und sehr massiven Telefonate zwischen uns beiden und auch mit dem Herrn Kollegen Strasser, mit dem damaligen Leiter der Staatspolizei, der mir zum Großteil davon erzählt hat, zwangsläufig zu dieser Meinung gekommen.

Pilz: Sie hatten also die Meinung, daß von seiten des Sektionschefs Hermann kein Interesse besteht — ich wiederhole jetzt nur, was Sie gesagt haben —, daß allzuviel herauskommt. Sie haben jetzt ständig den Begriff unüblich verwendet. Was war eigentlich das Unübliche an der Vorgangsweise des Herrn Sektionschefs Hermann?

Thaller: Ja, es gibt da, glaube ich, zwei Unüblichkeiten. Die erste ist die — und das ist ja auch schon letztes Mal ausgiebig besprochen worden —, daß eben in einer kriminalpolizeilichen Sache hier Weisungen erteilt wurden. Und ich kann als Sicherheitsdirektor behaupten, in Salzburg ist diese Sache rein kriminalpolizeilich geführt worden vom Herrn Gruppeninspektor Mayer, also von der Kriminalabteilung des Landesgendarmenriekommandos für Salzburg, die ausschließlich kriminalpolizeilich tätig ist.

Das sind das erste, und das zweite: Es ist in meiner ganzen Laufbahn — ich habe jetzt 31 oder 32 Dienstjahre, und davon bin ich bis auf vier, glaube ich, also mindestens 25 Jahre im staatspolizeilichen Dienst; ich war vorher auch immer in der Staatspolizei und habe als Behördenleiter selbstverständlich auch staatspolizeilich mich sehr in-

teressiert, weil auch diese Abteilung mir untersteht — nicht vorgekommen, daß so häufig von der vorgesetzten Gruppe, von der Gruppe Staatspolizei im Innenministerium, in einer Causa Erkundigungen eingezogen und Ratschläge gegeben werden.

Pilz: Herr Dr. Hermann, . . . (Zwischenruf.)

Hermann: Es war nicht unüblich. Zu Punkt eins muß ich sagen: Es wird hier behauptet, es sei eine rein kriminalpolizeiliche Angelegenheit gewesen. In der Anzeige, die der Herr Guggenbichler am 1., 2. beziehungsweise 3. erstattet hat, war sehr wohl ein wichtiger Punkt der Hinweis auf Waffenschmuggel. Er hat zwar dort erklärt, er kann das nicht beweisen, es gäbe aber einige Hinweise. Also Teil der Anzeige war auch der Verdacht des Waffenschmuggels durch den Herrn Proksch. Das war das eine. Ich glaube, das muß gesagt werden, weil hier immer von „unüblich“ die Rede ist und das ja auch so von den Medien aufgenommen wird.

Pilz: Es ist doch sicherlich unüblich, wenn ein Sicherheitsdirektor die Vorgangsweise der Oberbehörde als unüblich bezeichnet.

Hermann: Das sagt er heute. Ich habe oft mit ihm gesprochen; er hat das nicht als unüblich bezeichnet.

Pilz: Herr Blecha! Wer ist jetzt eigentlich auf die Idee gekommen, diese Anzeige zu erstatten, also den Fall an die Staatsanwaltschaft abzutreten?

Blecha: Das habe ich bereits in meiner ersten Einvernahme ausführlich dargestellt: in einem Gespräch zwischen dem damaligen Gruppenleiter Ministerialrat Dr. Hermann und mir in den Abendstunden des 5. August.

Pilz: Und sonst niemand?

Blecha: Es ist durchaus möglich, das habe ich mehrmals in vergangenen Jahren, als man mich dazu gefragt hat, schon gesagt, daß auf die gleiche Idee der Herr Sicherheitsdirektor Dr. Thaller gekommen ist. Wenn er behauptet, er hätte das gemacht, kann ich dem Herrn Dr. Thaller nicht widersprechen, denn ich habe mit ihm nie gesprochen.

Pilz: In einem Interview im „profil“ vom 29. Februar 1988 sagen Sie in bezug auf die Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Salzburg: Der Salzburger Sicherheitsdirektor hatte übrigens von sich aus die gleiche Idee.

Herr Sicherheitsdirektor! Hatten Sie von sich aus die gleiche Idee in bezug auf die Anzeigerstattung? (Graff: Da wäre der ganze Gewaltakt überflüssig gewesen!)

Thaller: Ja, das muß ich bejahen. Ich habe das zuerst bereits gesagt. Ich habe das zuerst schon gesagt, daß ich es vom Rechtlichen her sowieso, aber auch aus der konkreten Situation heraus — diese schwierigen Konstellationen Guggenbichler, Mayer, Presseverlautbarungen und so weiter, was bereits gesagt worden ist — für wichtig und notwendig erachtet habe, möglichst unverzüglich die Justiz in Kenntnis zu setzen.

Pilz: Warum war dann diese Weisung überhaupt notwendig?

Thaller: Bitte, das ist eine Frage, ob das eine Weisung war. Sicherlich war es eine Weisung jetzt rückblickend. Man erinnert sich ja, wenn man da seine inneren Zellen wieder aktiviert, aber es hat da eigentlich gar keine Frage gegeben zwischen dem damaligen Ministerialrat Hermann, Gruppenleiter Hermann, und mir, daß da die Justiz einzuschalten ist. Das muß ich ganz offen sagen.

Pilz: Also das Unübliche war eher dieses ständige Insistieren, die Informationen, die Berichtspflicht und alles mögliche.

Jetzt ein Letztes noch: Es hat ja knapp ein Jahr — soweit wir das aktenmäßig feststellen können — gedauert, bis es gelungen ist, Sie in der Frage, wer die Weisung erteilt hat oder ob es eine Weisung von seiten des Ministers gegeben hat, umzustimmen. Wir kennen da die markanten Daten: 23. 3. 1988, 10. 11. 1988, 26. 12. 1988 und dann eventuell noch der Kaffee im Jänner, aber da ist es ja nur mehr um die Wahrheit gegangen. Sagen Sie, wann sind Sie da wirklich umgestimmt worden? Wann haben Sie eigentlich die Version vom Sektionschef Hermann und Minister Blecha zu Ihrer eigenen gemacht?

Thaller: Ja, das kann ich ziemlich genau erklären. Ich möchte einmal vorausschicken, damit das nicht untergeht: Von diesem Brief, den der Herr Sektionschef, ich glaube, im Februar vorigen Jahres an den Polizeidirektor Strasser geschrieben hat, weiß ich nichts. Der Kollege Strasser hat mit mir über diesen Brief nie gesprochen. Das zweite ist: Es ist da auch in dem Wortprotokoll im „profil“, das ich gestern gelesen habe, immer wieder zum Ausdruck gekommen, der Herr Sektionschef hätte mich beknien müssen, daß ich meine Meinung ändere, wie es gewesen war. Das, glaube ich, ist auch übertrieben. Ich bin nicht bekniet worden, das habe ich zuerst schon gesagt, innerhalb dieser fünf Jahre überhaupt nicht. Ich habe aber dann sofort erkannt, wie in der Presse, vor allem nach dem Erscheinen des Pretterebner-Buches, der Herr Minister des öfteren Stellungnahmen abgegeben hat, insbesondere in dem von Ihnen bereits zitierten „profil“-Interview vom Februar 1988, da stehst du daneben mit deiner Ansicht. Der Herr Minister will, daß er eben da im Vor-

dergrund steht, daß es sein Verdienst ist. (*Heiterkeit.*)

Es steht ja da drinnen: Er rechnet es sich zu seinem hohen Verdienst an, daß er es war, der die Weisung erteilt hat.

Blecha: Ich darf dann noch etwas hinzufügen, daß ich in jeder parlamentarischen Anfragebeantwortung, so auch 1985, darauf hingewiesen habe

Pilz: Daß der Minister sehr stolz war auf diese Weisung, das wissen wir inzwischen.

Herr Sektionschef Hermann, ich habe nur eine letzte Frage: Dieses Papier, das Sie jetzt vorgelegt haben, diese chronologische Aufstellung . . .

Blecha: Es ist ja nichts Schädliches, wenn ein Sicherheitsdirektor und ein Minister die gleiche Auffassung haben.

Pilz: Da steht nämlich nicht darauf, von wem das ist und von wann das ist.

Hermann: Das dürfte von Gratzer sein. Bitte von wann, Herr Abgeordneter, das kann ich nicht sagen, es muß aber im Verlauf des Herbstes des vergangenen Jahres gewesen sein, wie der Herr Sicherheitsdirektor bei der Behördenleiterkonferenz, die im November war, gesagt hat . . .

Pilz: Das ist ein Papier von Gratzer?

Hermann: Vermutlich. Ich habe es von Strasser bekommen, aber es dürfte von Gratzer zusammengestellt sein.

Pilz: Von Strasser gibt es keinen eigenen Bericht?

Hermann: Nein.

Pilz: Sagen Sie, können Sie mir das erklären — ich habe noch keine Zeit gehabt, das Papier im Detail durchzulesen, aber gleich ganz am Anfang fällt mir etwas auf: Bei der Vernehmung der Salzburger Zeugen ist immer sehr klar zum Ausdruck gekommen, daß sie über keine staatspolizeilichen oder kriminalpolizeilichen Akte aus Niederösterreich und aus Wien verfügt haben. Wir haben sehr viel Zeit dafür verwendet, immer zu fragen: Haben Sie das gekriegt, haben Sie das gekriegt? Da hat es immer geheißen: Nein, das haben wir nicht gekriegt.

Das erste Aktenstück, das hier in diesem Salzburger Bericht erwähnt wird, ist ein niederösterreichisches Aktenstück aus dem Jahr 1979.

Hermann: Das war im Zusammenhang mit der Überwachung von Piesting. Im Zusammenhang mit Pinosa ist aufgetaucht — aber bitte, die Details weiß ich heute wirklich nicht mehr — ein

Paß, in dem sich vermutlich das Lichtbild des Herrn Tannaz befunden hat.

Pilz: *Herr Dr. Hermann, das kennen wir, das haben wir bei unseren Unterlagen dabei. Mir geht es nur darum: Es ist die ganze Zeit gesagt worden, Salzburg verfügt über keine niederösterreichischen und Wiener Akte — und das war ja auch einer der Vorwürfe an das Ressort, warum da die Kommunikation überhaupt nicht funktioniert hat —, und plötzlich taucht in einem Papier, das Ihnen Strasser vorlegt, ein Dokument der niederösterreichischen Staatspolizei auf.*

Ich frage mich jetzt einfach: Da während der Ermittlungen den Salzburgern offensichtlich diese ganzen Dokumente nicht zur Verfügung gestanden sind, wann sind sie ihnen zur Verfügung gestellt worden?

Hermann: Das weiß ich nicht mehr. Nachdem die Anzeige bei Gericht war, habe ich mich mit dem Fall nicht mehr beschäftigt. Das kann ich bitte nicht sagen.

Ich darf nur darauf hinweisen, Herr Abgeordneter, daß auch im Bericht vom 14. 4., den ich, wie gesagt, erst später bekommen habe, ausdrücklich davon die Rede ist: „... wie der ho. Stelle“ — also Salzburg — „bekannt ist, wurden in der Vergangenheit sowohl von der Stelle Niederösterreich als auch von der NAST Ermittlungen betreffend die Firma Pinosa geführt.“

Also es war sehr wohl in Salzburg bekannt, daß Erhebungen über die Pinosa in Niederösterreich geführt worden sind, nur weiß ich nicht, in welchem Umfang. Das kann ich nicht sagen.

Pilz: *Ist es also möglich, daß diese niederösterreichischen und Wiener staatspolizeilichen Berichte während der Salzburger Ermittlungen den Salzburger Behörden trotz Kenntnis in der Wiener Zentralbehörde nicht zur Verfügung gestellt worden sind und erst zur Verfügung gestellt wurden, als es darum gegangen ist, den Lucona-Ausschuß vorzubereiten. Ist das so?*

Hermann: Ich weiß das nicht, was dann war. Ich habe vier Jahre nichts mehr damit zu tun gehabt.

Pilz: *Das ist eine Frage an den Herrn Sicherheitsdirektor.*

Thaller: Es ist richtig, was Sie gesagt haben. Akte der Sicherheitsdirektion Niederösterreich sind uns nicht übersendet worden, weder von der Z, also Gruppe Staatspolizei, noch von der NÖ, wie wir die Sicherheitsdirektion Niederösterreich nennen. Es ist wohl, soweit ich mich erinnere, in diesem Antwortschreiben der Gruppe Staatspolizei vom 10. 6. 1983 — ich habe es leider nicht hier, sondern nur in meiner Chronologie ange-

führt — eben auf diese Akte hingewiesen worden, daß bereits bei der NÖ solche Erhebungen gelaufen sind.

Pilz: *Ich verstehe schon. Das heißt, sie sind erst zur Verfügung gestellt worden, als es galt, sich praktisch auf den Ausschuß vorzubereiten.*

Thaller: Das weiß ich nicht. Das ist direkt gegangen.

Pilz: *Herr Sektionschef, ich habe noch eine letzte Frage an Sie. Wann sind Sie beziehungsweise wann ist Ihr Ressort über die Akten betreffs Lucona und Proksch vom Heeres-Nachrichtenamt beziehungsweise vom Heeresabwehramt informiert worden?*

Hermann: Ich muß dazu sagen, daß ich mich bemüht habe, mit Hilfe des schon genannten Herrn Regierungsrates den Akt Pinosa anzuschauen, und ich habe hier die ersten Eintragungen aus dem Jahre 1978 gefunden. Aber bitte mit Vorbehalt. 1978. Mir wurde gesagt, alle diese Akten sind dem Ausschuß vorgelegt worden. Sie haben bessere Unterlagen, als ich gehabt habe.

Pilz: *Schließen Sie aus, daß bereits vorher dem Ressort Akten des Heeres-Nachrichtenamtes zur Verfügung gestellt worden sind?*

Hermann: Das kann ich nicht ausschließen. Ich habe auch keinen Hinweis, daß es geschehen ist. Ich kann es nicht ausschließen, weil ich es nicht weiß.

Pilz: *Wie waren in der ganzen Frage Lucona die Kontakte mit dem Heeres-Nachrichtenamt? Sind Sie über die selbständigen Ermittlungen des Heeres-Nachrichtenamtes informiert worden?*

Hermann: Das kann ich nicht sagen, weil ich nicht weiß, welche selbständigen Ermittlungen das Heeres-Nachrichtenamt geführt hat.

Ich weiß aber, daß sehr enge Kontakte bestanden haben, die nicht über mich gelaufen sind. Die Kontakte zum HNA hat der Kollege Schulz immer gepflogen, aber ich zweifle nicht daran, daß, wenn etwas Wichtiges gewesen wäre, er mir das gesagt hat. Aus den Akten ergeben sich einige Hinweise vom Heeres-Nachrichtenamt, aber ob das vollständig ist, ob das alles ist, kann ich bitte nicht sagen. Ich vermute, daß es vollständig ist, aber ich kann es nicht mit Sicherheit behaupten. Ich möchte nicht, daß, wenn irgendeinmal ein Aktenstück auftaucht, mir vorgehalten wird, ich hätte heute gesagt, es sei vollständig gewesen.

Pilz: *Ist es also richtig, daß Dr. Schulz derjenige war, der für die ständigen Kontakte mit dem Heeres-Nachrichtenamt zuständig war?*

Hermann: Im Prinzip ja.

Pilz: Haben Sie keine Kontakte gehabt?

Hermann: Meine waren sehr eingefroren, wenn ich das so sagen darf.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung. — Bitte.

Graff (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Könnte bitte die Parlamentsdirektion telefonisch den Herrn Regierungsrat Balas herbeibitten, und zwar möge er die Reste dieses Aktenstückes, aus dem dieser Aktienvermerk herausgeschnitten worden ist, mitnehmen. „P. d.“ hat nämlich von Anfang an bei mir die Vermutung ausgelöst, daß das ein Pro-domo-Vermerk auf einem anderen Aktenstück ist, und daß uns das jetzt vorenthalten wird, macht die Sache natürlich noch interessanter.

Obmann Steiner: Wenn der Ausschuß damit einverstanden ist, bitte sehr.

Als nächster, Herr Dr. Rieder.

Rieder: Da der Charakter der Zeugeneinvernahmen schon den der Gegenüberstellungen mehr oder minder verloren hat (Steiner: Ich habe gehofft, Sie kommen wieder darauf zurück!) — ich werde mich bemühen —, gestatte ich mir an Sie, Herr Sicherheitsdirektor, eine einleitende Frage: Was oder wer hat Sie denn veranlaßt zu diesen Briefen, die uns vorliegen; einer vom 19. 1. und einer vom 23. 1.?

Thaller: Niemand. Ich selbst habe mich veranlaßt gefühlt. Sie wissen, am 10., bei meiner ersten Einvernahme, war es ein gewisses, möchte ich sagen, milde gesagt, unglückliches Auftreten, das bedingt war durch massive Kopfschmerzen; ich habe es am Abend ja noch vorgebracht und auch ärztlich belegt, daß ich vor allem in Stressituationen an Migräne leide. Also bitte, das möchte ich . . . Aber meine Frau vor allem und ich, wir haben uns dann selbstverständlich über ärztliches Anraten zurückgezogen in ein kleines spanisches Dorf. Und bei den Besprechungen ist mir dann eigentlich so zum Bewußtsein gekommen, ja hallo, hier hast du ja nicht angebracht, was wirklich anzubringen gewesen wäre. Und das allein war der Grund, daß ich mich hingeworfen habe und handschriftlich — wir haben keine Maschine zur Verfügung gehabt — diese zwei Briefe geschrieben habe. Den ersten Brief habe ich geschrieben zu einem Zeitpunkt, zu dem ich im „profil“ dieses beigelegte Wortprotokoll über unsere Aussagen noch nicht gelesen habe. Als mich dann, das war nach zirka einer Woche, doch die Neugierde gepackt hat — ich habe das „profil“ mitgebracht — und ich dieses Wortprotokoll gelesen habe, habe ich in einem zweiten Brief gewisse Unrichtigkeiten beziehungsweise meiner Ansicht nach nicht

ganz richtige Wiedergaben von Herrn Sektionschef Hermann aufgezeigt.

Rieder: Also die Besprechungen waren die Besprechungen mit Ihrer Frau?

Thaller: Nur mit meiner Frau, denn, wie gesagt, das war 3 000 Kilometer von Österreich entfernt.

Rieder: Also der Anlaß war, daß Sie meinten — aufgrund Ihrer Erinnerung beim ersten Brief und beim zweiten aufgrund der Veröffentlichungen im „profil“ —, daß Sie entweder unvollständig oder unrichtig ausgesagt haben oder mißverstanden worden sind oder andere unrichtig ausgesagt haben. Ist das so richtig?

Thaller: Ob ich unrichtig ausgesagt habe, das weiß ich nicht. Ich habe schon gesagt, ich war in einer sehr mißlichen Situation dort, ich glaube nicht, jedenfalls bewußt habe ich — das möchte ich hier deponieren und bitte, mir das zu glauben — sicherlich nicht etwas Unrichtiges ausgesagt.

Rieder: Aber es gibt jedenfalls im wesentlichen das wieder, wo Sie eine Ergänzung oder eine Änderung gegenüber den bisherigen Aussagen für notwendig gehalten haben?

Thaller: Ja, schon, aber ich glaube, wenn man das vergleicht, sind keine großen Änderungen, sondern nur mehr irgendwelche Ausführungen, Ergänzungen und Erläuterungen.

Rieder: Also man kann davon ausgehen, daß im übrigen das, was Sie seinerzeit gesagt haben, auch heute noch nach Ihrem nochmaligen Überdenken zutrifft.

Thaller: Ja schauen Sie, Herr Abgeordneter, ich habe schon zuerst gesagt, ich war damals, ich war am 10., vor allem in dieser Vormittagsvernehmung, eben in so einer Stressituation mit wahnsinnigen Kopfschmerzen, wo mir die Gedanken sehr schwer durch den Kopf gegangen sind. Ich möchte mich da nicht festlegen, aber nach dem Studium dieses Wortprotokolls — ich weiß nicht, ob da alles darinnen ist, das kann ich nicht sagen —, glaube ich nicht, daß große Abweichungen hier gegeben sind.

Rieder: Sie waren nicht im Besitz des Originalprotokolls?

Thaller: Nein, ich habe nur die Beilage vom „profil“.

Rieder: Da wäre ja auch nichts dabei. Es gibt ja, wie wir von Dr. Masser wissen, anonyme Informanten aus dem Journalistenkreis, die offensichtlich in großem Umfang hier Verteilungsaktionen machen — so Masser.

Ich möchte Ihren Brief nehmen, um einige Punkte jetzt im Sinne der Anregung einer Gegenüberstellung aufzugreifen. Ich sehe da bei dem Punkt 2 des ersten Briefes, 8. August 1983, einen Unterschied gegenüber wiederholter, auch von Pilz und Partik-Pablé kritisierten, wörtlicher Zitate bei Ihrer ersten Einvernahme. Sollte dieser Punkt 2 eine Änderung bringen?

Thaller: Das ist an und für sich nicht ganz konform mit meinem Brief. Ich habe es hier, 8. August 1983. Ja, das ist meiner Ansicht nach . . . Ich habe da am 10. nichts anderes ausgesagt.

Rieder: Also das sollte sich mit dem decken.

Thaller: Ja.

Rieder: Ich glaube, soweit ich diesen einen Brief gelesen habe, habe ich auch jetzt nicht bei den anderen Punkten irgendwelche Fragen gesehen, wo Sie da so wesentlich abweichen. Würden Sie von sich aus jetzt bei diesem ersten Brief vom 19. 1. sagen, wo Sie im Lichte des späteren Studiums der veröffentlichten Protokollteile meinen, daß da beim ersten Brief ein Unterschied ist zu Ihrer früheren Aussage?

Thaller: Ja, ich glaube, es gibt Ergänzungen, zum Beispiel das Anführen, daß die Kontakte, also zumindest ein Kontakt mehr mit dem Herrn Sektionschef war . . .

Rieder: Am 10. November.

Thaller: . . . und zwar am 10. November anläßlich der Behördenleiterbesprechung, als es damals am 10. Jänner bekannt war. Das war ein Anliegen von mir.

Rieder: Wo Sie aber schreiben, ich möchte bemerken, daß in diesem Gespräch keinerlei Versuch einer Beeinflussung erfolgte.

Thaller: Ja, da ist rekapituliert und rekonstruiert worden. Aber es sind selbstverständlich, das muß ich sagen, Tatsachen, aktenmäßige Tatsachen zeitlich, chronologisch und so weiter gegenseitig zugeordnet, also besprochen worden, um einen Überblick zu gewinnen.

Rieder: Ich komme jetzt zu dem Punkt 4: 23. 12. 1988, noch immer im ersten Brief, 23. 12. 1988. Da ist jetzt für mich wahnsinnig überschätzt eine Diskussion geführt worden, auch in den Zeitungen, über Einladung oder Nichteinladung. Ich versuche, das jetzt noch einmal aufzuklären. Es hat die Unterzeichnung beim Landeshauptmann gegeben, also eine Art Festakt, und es hat ein Mittagessen gegeben in der Stadt Salzburg. Jetzt habe ich eine Frage: Betrifft Ihr Anruf beim Präsidialchef des Landeshauptmannes den Festakt oder das Mittagessen?

Thaller: Das habe ich schon gesagt. Ursprünglich — das weiß ich ganz genau noch, weil ich das irgendwie nachher schon als Fauxpas erkannt habe — habe ich den Präsidialchef nur um eine Einladung zum Mittagessen gebeten. Er hat mir dann gesagt, wenn schon, dann mußt du auch bei dem Festakt, bei der Unterzeichnung dabeisein. Da habe ich gesagt, na selbstverständlich. Also ich habe dann eine Einladung bekommen, in den Räumlichkeiten des Herrn Landeshauptmannes bei der Unterzeichnung dieses Vertrages und dann anschließend auch im „Goldenen Hirschen“ bei dem Festmahl teilzunehmen.

Rieder: Und die Einladung zum Mittagessen beim „Goldenen Hirschen“ haben Sie auch vom Landeshauptmann bekommen?

Thaller: Ja, das war in einem.

Rieder: Das war in einem.

Thaller: Ja.

Rieder: Sind Sie da sicher?

Thaller: Ja, das war . . . Sicher . . . Zumindest . . . Ich habe jetzt diese Einladung nicht mehr, leider, die habe ich weggeworfen; ich habe in meinem Büro nachgesehen. Aber ich bin sicher, und zwar kann ich sicher sein, weil das laut Aussagen des Herrn Präsidialchefs Dr. Mittermayr beides einschließt. Ob das expressis verbis auf dieser Einladung gestanden ist oder nicht, das kann ich Ihnen jetzt nicht sagen.

Rieder: Ich darf jetzt im Sinne einer Gegenüberstellung den Sektionschef Hermann fragen. Herr Sektionschef! Die Einladung zum Festakt der Unterzeichnung ist von wem erfolgt?

Hermann: Da gab es keine offizielle Einladung, also keine schriftliche Einladung, mir ist also nichts bekannt. Wir haben dem Präsidialchef Hofrat Mittermayr mitgeteilt, daß der Festakt stattfindet und wer kommt. Schriftliche Einladungen, die aber vom Innenminister in meinem Vorzimmer mit seinen Einladungskarten gemacht wurden: „Innenminister Karl Blecha gibt sich die Ehre einzuladen . . .“, sind nur zum Mittagessen erfolgt, aber von uns. Daß eine solche Einladung vom Land ist, ist gar nicht denkbar nach der Art des Ablaufes. Es sei denn . . .

Rieder: Denkbar, darf ich da fragen, ich verstehe es nicht ganz. Wenn der Veranstalter der Landeshauptmann ist, dann . . .

Hermann: Nein, nein, nein.

Rieder: Er war nicht der Veranstalter?

Hermann: Nein. Der Veranstalter war an und für sich der Innenminister beziehungsweise gemeinsam mit dem deutschen Minister. Ich habe das Schreiben dem Herrn Vorsitzenden übergeben, wo der Herr Innenminister nur um die Bereitstellung von Räumlichkeiten in der Residenz in Salzburg gebeten hat, um diesem Festakt einen würdigen Rahmen zu geben.

Rieder: *Dann verstehe ich überhaupt nicht, Herr Sicherheitsdirektor, wieso man sich dann an den Präsidialchef wendet wegen einer Einladung. Dazu genügt ja die Ermächtigung durch den Veranstalter.*

Thaller: Nein, weil ich ausdrücklich vom Herrn Sektionschef gebeten beziehungsweise aufgefordert wurde, mir eine Einladung bei der Landesregierung zu besorgen. Und für mich war das ganz klar, der Ansprechpartner war der Präsidialchef. Das geschieht ja immer so, auch bei sogenannten Fremdveranstaltungen im Rahmen des Landes, des Landeshauptmannes. Da gibt ja der betreffende Veranstalter dem Land, also der Präsidialabteilung, eine Liste von Personen bekannt, die er gern eingeladen haben möchte.

Rieder: *Aber, Herr Sicherheitsdirektor, jetzt muß ich Ihnen schon vorhalten, der äußere Anschein des Ablaufes spricht jetzt gegen Ihre Darstellung, die im Widerspruch zu der des Sektionschefs steht. Wenn das Innenministerium Veranstalter gewesen ist, dann hätte der Sektionschef Hermann einfach gesagt, du kommst oder Sie kommen, aber er hätte Sie nicht zum Landeshauptmann geschickt.*

Thaller: Ja, er hätte mir sicherlich . . . Das ist vollkommen logisch, was Sie sagen, aber da hätte er mir sagen müssen: Haben Sie noch keine Einladung, ich schicke Ihnen eine. Nein, er hat gesagt: Wenden Sie sich an die Landesregierung und besorgen Sie sich dort eine. Also da gibt es Zeugen. Der Hofrat Mittermayr hat da ein Zeitungsinterview gegeben, das steht im „Kurier“ drinnen, das ist hundertprozentig, da gibt es nichts zu rütteln daran.

Rieder: *Na ja, Herr Sicherheitsdirektor, dieser Pressebericht sagt ja nur, daß Sie sich an den Präsidialchef gewandt haben. Über irgendeinen Auftrag dazu sagt er ja nichts aus.*

Thaller: Warum hätte ich mich dann sonst an den Präsidialchef wenden sollen und sagen, bitte schick mir eine Einladung oder gib mir eine Einladung?

Rieder: *Aus Höflichkeit gegenüber dem Landeshauptmann vielleicht. Das ist eine plausible naheliegende Erklärung.*

Thaller: Das war nicht in meinen Gedankengängen.

Rieder: *Gut. Ich habe jetzt noch eine zweite Frage an Sie, Herr Sicherheitsdirektor. War oder ist Ihnen jetzt bekannt, daß der Gruppeninspektor Mayer, im Besitz einer Zeugenladung, Ende des vergangenen Jahres den Ablauf der Vorgänge mit dem Dr. Masser besprochen hat?*

Thaller: Das habe ich nur von dritter Seite gehört. Ich persönlich habe das nicht von Mayer gehört, sondern ich habe das von dritter Seite gehört, daß dort in der Kriminalabteilung zwischen Mayer und Masser und, ich glaube, noch ein Rechtsanwalt Klingsbigl oder so ähnlich . . .

Rieder: *Klingsbigl.*

Thaller: Ja, Klingsbigl . . . stattgefunden hat, wo auch ziemlich umfangreiches Aktenmaterial der „Bundesländer“ überreicht worden ist.

Rieder: *Wann haben Sie denn davon erfahren?*

Thaller: Das habe ich kürzere Zeit vor diesem Untersuchungsausschuß erfahren, weil ich meinen Kriminalbeamten Gratzler darüber befragt habe, und ich habe — daran kann ich mich noch genau erinnern — ängstlich auch die Frage gestellt: War da auch der Guggenbichler dabei?, was verneint wurde.

Rieder: *Herr Sicherheitsdirektor! Ich frage das deswegen: War das eine behördeninterne Vorbesprechung?*

Thaller: Das kann ich nicht beurteilen. Die Behörde als solche, das bin ich, das ist meine Behörde, hat davon nichts gewußt.

Rieder: *Also es war eine Besprechung zwischen zwei als Zeugen geladenen Personen, die ohne Information des Behördenleiters erfolgt ist.*

Thaller: Ja, aber ich glaube, das kann man nicht auf Zeugen für diesen Ausschuß abstellen, sondern das war im Zuge der Amtshandlung in der Causa Lucona. Eine reine kriminalpolizeiliche Amtshandlung ist dieses Zusammentreffen . . .

Rieder: *Ich frage noch einmal, daß das nicht ein Mißverständnis ist: Ich beziehe mich auf eine von beiden hier bereits deponierte Erklärung, daß Mayer und Dr. Masser jetzt am Ende des vergangenen Jahres . . .*

Thaller: Nein, das weiß ich nicht, das ist jetzt ein Irrtum.

Rieder: *Ich bin draufgekommen, daß das ein Irrtum ist.*

Thaller: Ich habe immer noch auf das Jahr 1983, wo es ja auch da drinnen steht . . . Nein, von dem weiß ich nichts.

Rieder: Darüber sind Sie nicht informiert worden? Das war keine behördeninterne Besprechung?

Thaller: Nein, das habe ich gestern im Zug irgendwo in diesem Protokoll gelesen, daß so etwas stattgefunden hätte.

Rieder: Ich frage nur deswegen, denn wenn es etwas Offizielleres gewesen wäre, wo man also im Rahmen der Vorbereitungen zusammenarbeitet, wäre es durchaus naheliegend gewesen. Nur überrascht es mich, daß das offenbar mehr den Charakter eines privaten Treffens gehabt hat. Sie waren jedenfalls nicht informiert?

Thaller: Ich war nicht informiert, nein.

Rieder: Ich möchte an den Sektionschef Herrmann eine Frage im Zusammenhang mit dem Bericht Seitenangabe: 107, also 29. Juli 1983. Sie haben gesagt, Sie wissen nicht, wer es verfaßt hat, vermuten aber, daß das Gratzler war. Auf welchen Informanten kann er sich bei dem Inhalt gestützt haben nach Ihrer Einschätzung?

Hermann: Das kann nur eine Einschätzung sein. Vermutlich hat er mit Mayer gesprochen, aber er erwähnt da auch Guggenbichler. Ob er das von Guggenbichler selbst gehört hat oder via Mayer gehört hat, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Rieder: Weil nämlich hier davon die Rede ist, daß in der Vergangenheit seitens der Bundesländer-Versicherung ein St. Pöltener Privatdetektiv in gegenständlicher Sache mit Erhebungen beauftragt wurde, über den bekannt ist, daß er auch als Sekretär des Wiener Vizebürgermeisters Dr. Erhard Bussek tätig gewesen sein soll. Und für mich stellt sich jetzt die Frage, wie weiß ein Salzburger Staatspolizist, daß die Bundesländer-Versicherung in der Vergangenheit einen Privatdetektiv beschäftigt hat, noch dazu mit Schwerpunkt seiner Tätigkeit oder einer seiner Tätigkeiten in Wien?

Hermann: Ich kann nur vermuten, aber das ist nur eine Vermutung, daß das von Guggenbichler kommt.

Rieder: Kann das von Dr. Masser auch sein?

Hermann: Kann natürlich auch sein.

Rieder: Aber darüber ist nichts Näheres bekannt?

Hermann: Ist nichts Näheres bekannt.

Rieder: Danke.

Ich habe noch eine Frage an Bundesminister Blecha im Zusammenhang mit dem vorangegangenen Bemühen des Kollegen Graff, eine unrichtige Information des Parlaments zu konstruieren. Ich komme zu der Anfrage und Anfragebeantwortung; die Anfrage ist vom 20. März 1985, die Beantwortung ist vom 18. Mai 1985. Wie ist es eigentlich bei der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage? Kann man die Unvollständigkeit oder den Inhalt einer Antwort nicht daran messen, welche Fragen gestellt worden sind?

Blecha: Selbstverständlich.

Rieder: Ist Ihnen noch in Erinnerung, welche Fragen damals gestellt worden sind?

Blecha: Ich müßte Sie mir jetzt . . .

Rieder: Soll ich es Ihnen vorlesen? Ich möchte es zusammenfassen. Es ist in dieser Anfrage vom 20. 3. 1985 keine einzige Frage drinnen, die den Komplex Salzburg und das Jahr 1983 betrifft. Wie kann dann, frage ich, die Beantwortung einer solchen Frage, die, wie gesagt, keine einzige konkrete Frage zu Salzburg aufwirft, deswegen irreführend sein, weil nicht darauf hingewiesen wird, daß es vielleicht im April zwar keine Ermittlungen, aber Berichte gegeben hat?

Blecha: Ich möchte noch einmal betonen, sehr geehrter Herr Abgeordneter, daß ich fest davon überzeugt bin, daß diese Anfragebeantwortung in jeder Weise richtig ist. Es ist keine konkrete Frage betreffend den Komplex Salzburg gestellt worden. Das, was ich zur Einleitung hier ausführe, daß im Juli mein Ministerium erstmals Kenntnis von den Ermittlungen eines Beamten der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos erfahren hat, entspricht den Tatsachen. Vorher gab es keine Berichte über irgendwelche Ermittlungen eines Kriminalbeamten, und daher weise ich alle diese Unterstellungen, hier wäre das Parlament falsch informiert worden, mit Entschiedenheit zurück und — ich darf das noch einmal wiederholen — werde jene, die das im Zusammenhang mit dem Wort „Lüge“ getan haben, auch gerichtlich belangen.

Rieder: Herr Sicherheitsdirektor! Ich habe noch eine abschließende Frage an Sie. In der Diskussion oder Konstruktion, die hier läuft, ist immer die zentrale Frage: Warum sollte man Sie eigentlich davon abbringen, Ihre Position aufzugeben, daß Sie aus eigenem tätig geworden sind und nicht gewissermaßen auf Weisung des Ministers? Anlaß dazu ist ein Brief von Ihnen oder eine Stellungnahme gewesen; sie nehmen auch darauf Bezug. Was war denn der Anlaß für diese Stellungnahme? Anfang des Jahres 1988 ist das gewesen.

Thaller: Das war das Erscheinen des Buches von Pretterebner.

Rieder: Sind Sie zu dieser Stellungnahme von irgend jemandem veranlaßt worden?

Thaller: Nein, ich weiß das noch genau, ich habe den Herrn Gruppenleiter, Ministerialrat Schulz, angerufen und ihm erklärt, daß da Passagen, die mich betreffen, in diesem Buch nicht stimmen und ich darüber einen Aktenvermerk anfertige. Das kann ich jetzt nicht mehr sagen, ob ich das Angebot gemacht habe, soll ich Ihnen diesen Aktenvermerk übersenden, oder ob der Herr Gruppenleiter gesagt hat, schicken Sie mir diesen Aktenvermerk. Das kann ich jetzt beim besten Willen nicht mehr sagen. Jedenfalls ist das vorangekündigt worden. Wie gesagt, bei der Anfertigung dieses Aktenvermerkes . . . Also die zweite Passage in diesem Buch Pretterebners hat absolut nicht gestimmt. Das hat ja auch der Herr Guggenbichler, habe ich aus dem Protokoll gesehen, zugegeben, und das zweite, ich habe schon zuerst zu erklären versucht, es war halt so, daß zu diesem Zeitpunkt, Anfang 1988, vielleicht doch dieses Unterbewußtsein, das lang zurückliegende Bewußtsein bei mir nicht aktiviert worden ist und ich vielleicht, ohne mir etwas zu denken, eben gesagt habe: Jawohl, das ist auch falsch, ich habe die Weisung erteilt. Also formell habe ja ich die Weisung erteilt an die Kriminalabteilung.

Rieder: Letzte Frage: Haben Sie, damit wir uns neuerliche Briefe ersparen, aufgrund der bisherigen Einvernahme noch irgendeine Richtigstellung anzubringen gegenüber bisherigen Aussagen?

Thaller: Ich weiß nicht, ob das so gemeint ist, Herr Abgeordneter, Sie müssen sich doch in meine Situation versetzen.

Rieder: Das ist kein Vorwurf. Ich möchte nur, daß wir nicht wieder neuerliche Gegenüberstellungen haben.

Thaller: Nein, nein, ich habe nicht mehr die Absicht, einen Brief zu schreiben. Ich bin wieder hier, und, bitte, wenn etwas benötigt wird, ich stehe jederzeit zur Verfügung.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Herr Vorsitzender! Im Gegensatz zum Herrn Abgeordneten Dr. Rieder begrüße ich die beiden Briefe Thallers, weil sie der Wahrheitsfindung dieses Ausschusses dienen. Das möchte ich ausdrücklich feststellen.

Ich möchte zunächst eine Reihe von Fragen stellen, die sich aus den bisherigen Zwiegesprächen ergeben, und dann möchte ich auf den Brief und in

andere Fragen eingehen. Ich bin noch immer nicht draufgekommen, auf wessen Initiative, Herr Hofrat Thaller, diese Chronologie verfaßt wurde. Wir stehen immer vor der Tatsache, daß sie vor uns liegt. Es wurde zugegeben, daß sie verfaßt wurde. Aber aufgrund wessen Initiative ist diese Chronologie verfaßt worden? Ist das Ihr Einfall gewesen? Oder ist das das Ergebnis der Behördenleitertagung vom 10. November 1988? — Herr Hofrat, bitte.

Thaller: Ich habe, glaube ich, das schon gesagt, es ist von niemandem ein Auftrag gekommen, eine solche Chronologie zusammenzustellen, das war sicherlich in meinem Interesse in erster Linie gelegen, um mir einmal eine Übersicht zu beschaffen. Aber ich möchte vielleicht auch hinweisen, es war ein Auftrag des Bundesministeriums für Inneres, und zwar, ich glaube, von sogar drei Stellen, von der C-Gruppe, Staatspolizeilicher Dienst, von der Gruppe Kriminalpolizeilicher Dienst und sogar von der Sektion I bezüglich Disziplinarsachen in dieser Angelegenheit, sämtliche Akte vorzulegen zum Zwecke der Weitervorlage an den Untersuchungsausschuß. Das war zeitlich etwas vorher, wenn ich mich recht erinnern kann. Da ist das bereits irgendwie auch mit einer Inhaltsübersicht versehen an das Innenministerium geschickt worden. Dieser Anlaß, dieses Treffen, Herr Professor, am 23. 12. war sicherlich ein Grund, daß ich diese Zusammenstellung wahrscheinlich etwas früher gemacht habe, um sie dann bei dieser Gelegenheit zu haben, wo der Herr Minister beziehungsweise der Herr Sektionschef in seinem Telefonat irgendwie schon angedeutet hat, daß man darüber sprechen sollte beziehungsweise daß man sich nachher noch unterhalten wird. Das war sicherlich ein Grund, daß ich diese Chronologie oder diesen Aktenvermerk, wie wir uns da geeinigt haben, angefertigt habe.

Ermacora: Bitte, in Ihrem Schreiben, Herr Hofrat, vom 19. 1. an den Herrn Vorsitzenden dieses Ausschusses schreiben Sie unter dem Datum 10. November 1988, also eineinhalb Monate vor dem 23. 12. 1988, daß am 9. und 10. November 1988 in Wien eine Behördenleitertagung stattgefunden hat, Sie von Herrn Sektionschef Hermann in das Büro gebeten wurden und daß man dort gemeinsam den Ablauf der Geschehnisse im Jahr 1983 rekapituliert hat. Ist diese Rekapitulation, die dort stattgefunden hat, die Grundlage für Ihre Chronologie gewesen, die Sie zusammengestellt haben? — Bitte.

Thaller: Das ist schwer zu beantworten. Jedenfalls, vielleicht teilweise, aber es war sicherlich nicht der Grundanlaß. Das habe ich immer vorgehabt, mir auch zur eigenen Hilfe hier — das ist doch immer alles sechs Jahre zurückgelegen —, zu meiner eigenen Hilfe, um mein Gedächtnis beziehungsweise um meine Aussage hier vor dem

Untersuchungsausschuß vorzubereiten, eine solche Zusammenstellung zu machen.

Ermacora: Bitte, aufgrund welcher Aktenlage wurde der Ablauf der Geschehnisse im Jahre 1983 rekapituliert? Sie werden ja, so nehme ich doch an, das nicht alles im Kopf gehabt haben, weder der Herr Sektionschef noch Sie, Herr Hofrat. Sie müssen ja etwas vor sich gehabt haben, um doch fünf Jahre zurückliegende Vorgänge zu rekapitulieren. Was haben Sie für eine Aktenlage vor sich gehabt, um diesen Ablauf der Geschehnisse im Jahre 1983 zu rekapitulieren?

Thaller: Herr Professor! Da habe ich gehabt den staatspolizeilichen Akt der Sicherheitsdirektion, zum Beispiel diese ganzen ersten Daten, die ich hier eingesetzt habe, sind aus dem staatspolizeilichen Akt, den ich mir habe kommen lassen, die habe ich da herausgelesen. Dann war auch der kriminalpolizeiliche Akt bei uns, der von der Kriminalabteilung angefertigt wurde, also die Anzeige an die Staatsanwaltschaft, und dann waren natürlich persönliche Erfahrungen und persönliche Erinnerungen an diese Abläufe, die hier auch verwertet worden sind, zum Beispiel diese Gespräche mit dem Innenministerium und so weiter. Also das waren die drei Quellen: Akt Staatspolizei, Akt Kriminalpolizei und eigene Wahrnehmungen.

Ermacora: Jawohl. Bitte, wurden Sie anlässlich dieser Behördenleitertagung ersucht, diese Akten mitzunehmen, oder hat Herr Sektionschef Hermann von sich aus Ihnen zur Gedächtnisstützung für die Rekapitulation die Akten vorgelegt, oder haben Sie die aus Salzburg mitgebracht?

Thaller: Ich habe keine Akte mitgebracht, weil ich gar nicht gewußt habe, daß ich da zum Herrn Sektionschef gebeten werde. Das habe ich nicht gewußt. Das war am Nachmittag. Am Vormittag war der Kollege Strasser oben, der hat zu mir dann gesagt, paß auf, du mußt auch zum Herrn Sektionschef hinauf. Ich habe keine Akte mitgebracht. Der Herr Sektionschef hat oben keinen dicken Akt gehabt, soweit ich mich erinnern kann, ein paar so Blätter, unter anderem aber auch diesen Aktenvermerk vom Kollegen Zehetmayer.

Ermacora: Haben Sie diesen Aktenvermerk damals bei dieser Rekapitulation gesehen?

Thaller: Ja, den hat er mir in Ablichtung gezeigt. Ich kann mich noch deswegen genau erinnern, denn das Schlußwort war irgendwie „Scherz“. Das ist mir gezeigt worden, ja.

Ermacora: Haben Sie noch in Erinnerung — das liegt ja nicht sehr lange zurück, zwei Monate —, ob dieser Aktenvermerk, den Sie damals im Büro des Herrn Sektionschefs Hermann gesehen haben, in der Form identisch ist mit dieser Ablichtung, die wir vor uns haben?

Thaller: Ich habe die Ablichtung nicht gesehen.

Ermacora: Bitte, vielleicht kann man dem Herrn Hofrat diese Ablichtung geben.

Thaller: Das war sicherlich nicht aufgeklebt . . . (Zwischenruf: Auf dem Original?) Ja. Das ist hier mit dem „Scherz“ . . .

Ermacora: Und meinen Sie, war das die Form, die Sie gesehen haben?

Thaller: Nein, das sicherlich nicht, das war eine Ablichtung, ein volles Blatt, wo das draufgeschrieben war.

Ermacora: Also, Herr Hofrat, man kann sagen, daß das, was uns vorgelegt wurde, nur ein Teil dieser Seite ist.

Thaller: Nein, das kann ich nicht sagen. Daß da auf dieser Seite noch etwas anderes gestanden wäre, bitte, das kann ich nicht sagen.

Ermacora: Erinnern Sie sich nicht?

Thaller: Nein. Ich weiß es nicht, ob etwas gestanden ist oder nicht. Das kann ich nicht sagen.

Ermacora: Dann, bitte, meine nächste Frage ist: War dieser Sportplatzbesuch oder dieser Matchbesuch, von dem Sie dann, glaube ich, im zweiten Brief sprechen, war der anlässlich dieser Behördenleitertagung?

Thaller: Ja.

Ermacora: Also ich entnehme, daß das offenbar doch ein sehr wichtiges Anliegen gewesen ist, weil man selbst bei dem Fußballspiel, wo man einen heißen Tee und keinen Kaffee getrunken hat wie einige Zeit später, . . .

Thaller: Es war sehr kalt.

Ermacora: . . . daß selbst dort diese Frage insofern besprochen wurde, als man nach der Persönlichkeit des Herrn Guggenbichler gefragt hat. Es war also die Behördenleitertagung Anlaß, daß Sie zu diesem Match eingeladen wurden?

Thaller: Ich kenne sehr gut den Herrn Vizepräsidenten der Polizeidirektion Wien, Dr. Marek, der mich und den Kollegen Platzgummer von Innsbruck eben gefragt hat, ob ich mit ihm das Match — das war Austria gegen eine schottische Mannschaft — besuchen wolle, er sei Funktionär der Austria, und er könnte uns in der Ehrenloge zwei Karten verschaffen. Das haben wir dankend angenommen und sind mit ihm hinuntergefahren, und dort, muß ich sagen, sehe ich zufällig auch den Herrn Minister vorne sitzen, und während der Pause hat man sich begrüßt, und dann ist dieses Gespräch betreffend Guggenbichler ge-

führt worden. Nicht sehr lange. (*Blecha: Kein Wort über Lucona oder den Ausschuß!*)

Ermacora: Herr Minister a. D., Guggenbichler interessierte Sie, in der Pause zumindest.

In dem Schreiben vom 23. 1. geht es um eine Zeugenaussage von Herrn Sektionschef Hermann, und hier schreiben Sie: Auf Ihre Frage — gemeint ist der Herr Vorsitzende —, auf welche Veranlassung hin das gestrige Zusammentreffen erfolgt ist, antwortete Hermann, daß die Initiative von mir, Thaller, selbst ausgegangen sei. Dies ist unrichtig. — Herr Sektionschef, bitte, wie stehen Sie zu dieser Bemerkung?

Hermann: Bitte, ich kenne die Briefe nicht. An welchem Tag, bitte?

Ermacora: Ich lese Ihnen . . . Es steht in diesem Brief: Auf Ihre Frage — damit ist der Herr Vorsitzende gemeint — an Hermann — das sind Sie, Herr Sektionschef —, auf welche Veranlassung hin das gestrige Zusammentreffen — das war dieses ominöse Zusammentreffen — erfolgt ist, antwortete Hermann — das sind Sie, Herr Sektionschef —, daß die Initiative von mir, Thaller, selbst ausgegangen sei. Dies ist unrichtig. — Bitte, was sagen Sie dazu?

Hermann: Da kann man weder ja noch nein sagen. Der Anruf ist vom Kollegen Thaller gekommen, für mich völlig überraschend.

Ermacora: Ich muß mich entschuldigen, daß ich Sie an einem Wort festnagle, weil Sie ja als wortgewandter Beamter wahrscheinlich, wenn es ernst wird, auch am Worte bleiben: daß die Initiative ausgegangen sei, das ist unrichtig. Bitte, von wem ist die Initiative ausgegangen?

Hermann: Daß er zu mir kommt, ist von mir ausgegangen. Das habe ich bereits letztesmal gesagt.

Ermacora: Bitte, dann könnten Sie . . . Was sagt nun Herr Hofrat Thaller? Dies ist unrichtig? Bitte, wie klären Sie diesen Widerspruch, der erhärtet wird durch die jetzige Wortmeldung?

Thaller: Der Herr Sektionschef, beziehungsweise es sind ja auch Zeugen da, der Herr General Koll und mein Fahrer, ich habe ausdrücklich bei diesem Telefonat mit dem Autotelefon, als ich die Einladung vom Herrn Sektionschef bekommen habe, in sein Büro zu kommen, gesagt: Herr Sektionschef, ist das klug zu diesem Zeitpunkt? (*Hermann: Das kann ich bestätigen!*) Worauf er mir dann gesagt hat: Nein, wir haben nichts zu verbergen, kommen Sie ruhig vorbei.

Hermann: Aber, bitte, das muß im Protokoll stehen, und zwar im Originalprotokoll und nicht im Protokoll der Zeitung.

Ermacora: Bitte, ich darf noch einmal auf dieses Salzburger Treffen anlässlich des Abschlusses des Staatsvertrages zurückkommen. Da hatten Sie auf eine Frage von Frau Dr. Partik-Pablé gesagt, daß das Konvolut oder die Papiere Herrn Sektionschef Hermann oder Blecha gegeben wurden. Das Wort „oder“ hatten Sie verwendet. Meine Frage ist: Was war nun: „und Blecha“ oder „oder Blecha“? Hatten Sie ein Konvolut bei sich gehabt, oder hatten Sie zwei Ausfertigungen bei sich gehabt, von denen Sie eine dem Herrn Minister Blecha gegeben haben und die andere Herrn Sektionschef Hermann, oder hat es sich um einen Text gehandelt?

Thaller: Ich glaube ziemlich sicher, ich habe das Original mitgebracht, man sieht hier noch, daß ich das zusammengefasst gehabt habe in meinem Mantel, und ich habe dann eine Ablichtung mitgebracht. Wenn ich das jetzt genau rekapituliere, mich an die Situation erinnere, wie wir gesessen sind: Am Tischende, an der Schmalseite des Tisches ist der Herr Minister gesessen, hier der Herr Sektionschef Hermann, und ich bin hier gesessen. Also glaube ich, und das würde auch der Höflichkeit und dem Rang entsprechen, daß ich dieses Papier zuerst dem Herrn Minister in die Hand gedrückt beziehungsweise hingeschoben habe, und dann in weiterer Folge, das weiß ich, hat sich der Herr Minister das kurz angesehen, und dann, die Aussage ist ja auch da, die bestätige ich gerne, daß er sich insbesondere auf diesen Aktenvermerk von Stürzenbaum konzentriert hat, währenddessen sich dann der Herr Sektionschef offensichtlich dieses Papier näher angesehen hat.

Ermacora: Aber jedenfalls hatten Sie den Eindruck, und das entnehme ich Ihren bisherigen Aussagen, daß der Herr Minister zumindest gewußt hat, worum es sich bei diesem Papier handelt?

Thaller: Ja, sicher.

Ermacora: Hat der Herr Minister dazu eine Erläuterung gegeben?

Thaller: Es ist zum Schluß irgendwie von beiden Herren lobend erwähnt worden: Das ist eine gute Zusammenstellung, das ist eine gute Sache, daß Sie das gemacht haben.

Ermacora: Ich habe dann, bitte, eine Frage oder eher eine Feststellung, die den Herrn Sektionschef Hermann betrifft: Sie sagten, er selbst hätte die Weisung erteilt, und zwar Schulz und nicht das Ministerium. Wie kann ich das verstehen? Wenn der Herr Ministerialrat Schulz als Behördenleiter eine Weisung erteilt, wird das doch das Ministerium sein. Das ist doch keine Privatweisung, die er da

erteilt hat. Wie kann ich Ihren Satz, den Sie früher ausgesprochen haben, verstehen?

Thaller: Sie haben sicherlich recht, Herr Professor, daß er als Organ des . . .

Ermacora: Ich meine den Herrn Sektionschef Hermann.

Hermann: Ich weiß nicht, welche Weisung. Ich kenne den Brief nicht. Ich muß nochmals um Entschuldigung bitten. Sie sagen: die Weisung. Welche Weisung, Herr Professor?

Ermacora: Bitte, ich bin jetzt im Moment nicht in der Lage, das klarzustellen. Ich habe mir jetzt . . . — Bitte, da muß ich die Frage zurückziehen, weil ich das nicht . . . (Hermann: Bitte um Entschuldigung, ich habe den Brief nicht oder die Briefe!)

Ich möchte an den Herrn Minister noch eher eine Feststellung richten: Sie hatten bei der Erörterung der Anfragebeantwortung gemeint, daß Danzinger diese vielleicht mit vorbereitet hätte oder dafür verantwortlich ist. Haben Sie eine Vorstellung, Herr Bundesminister a. D., wann Danzinger über den Gesamtsachverhalt schon informiert war?

Blecha: Nein, sehr geehrter Herr Abgeordneter. Ich möchte noch einmal sagen, um das klarzustellen und zu präzisieren: Wenn eine parlamentarische Anfrage an uns kommt, dann wird sie von mir gelesen und wird von mir einer bestimmten Organisationseinheit des Ministeriums oder einer Sektion zur Erstellung eines Antwortentwurfs übermittelt. Diese Anfragen sind von mir, von meinem Büro an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit weitergegeben worden, kommen daher auf den Tisch des Herrn Generaldirektors. Die Antwort an mich kam vom Herrn Generaldirektor. Mir gegenüber ist für den Antwortentwurf der Herr Generaldirektor Dr. Danzinger der Verantwortliche.

Nicht beantworten kann ich jetzt Ihre Frage, ob die einzelnen Teile er jetzt selber formuliert hat, ob er sich darauf . . . (Zwischenrufe.) Ich komme ja nicht zum Reden, weil man immer wieder unterbrochen wird.

Obmann Steiner: Bitte, der Herr Zeuge ist am Wort.

Blecha: So sieht die Situation aus, für mich ist der, der mir den Antwortentwurf übermittelt, der Herr Generaldirektor. Ich nehme an — und deshalb habe ich immer auf die Frage keine konkrete Antwort geben können —, daß er einige Herren beigezogen hat. So wußte ich, daß bei der Anfragebeantwortung die Herren Gruppenleiter, damals doch für die Gruppe C, gefragt worden sind. Ob sie jetzt formuliert haben, ob sie einen Ant-

wortentwurf selber dem Generaldirektor vorlegten, das weiß ich nicht.

Für mich ist der Generaldirektor, von dem kriege ich es, der erste Gesprächspartner. Und so gibt es, sehr geschätzter Herr Abgeordneter, immer wieder Dinge, auf die ich hier dann nicht konkret eingehen kann, weil man nicht mehr zum Wort kommt.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Pilz gesprochen hat von APA-Meldungen, die um 14.15 Uhr kommen, möchte ich nur eines sagen: daß die bei uns natürlich nicht sofort zum Sektionschef Hermann, sondern zum Leiter der Pressestelle, also zum Dr. Newole gehen, und der teilt sie weiter auf, kopiert sie, weil eine solche Meldung, die aus dem APA-Drucker herausgespuckt wird, mehrmals kopiert an mehrere, zum Beispiel an mich, an meinen Kabinettschef, an ihn selbst und in diesem Fall an den Sektionschef Hermann geht. Da gibt es eine Zeit, die vergeht, das kann eine Stunde sein, und um 14.15 Uhr war ich, und dafür gibt es einen Zeugen, mit dem Herrn Klubobmann der SPÖ Dr. Heinz Fischer, einem guten Freund von mir, essen.

Ermacora: Ja, bitte, Herr Minister, man muß aber jedenfalls feststellen, daß der Herr Sektionschef Danzinger laut Aktenlage, die wir hier zu Händen haben, bereits am 28. Oktober 1983 über die Angelegenheit und die Position Guggenbichlers, die dann auch Gegenstand der Anfrage war, gewußt haben mußte, das ergibt das Datum in dieser xerokopierten Unterlage, die mir hier vorliegt. Das wollte ich nur für das Protokoll feststellen. — Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Bundesminister, zurück zu diesem kurzen Gespräch, das im Ministerium am 9. Jänner stattfand. Hier gibt es eine unterschiedliche Aussage zur Frage des Zeitpunktes, zu dem Sie vom Kommen des Dr. Thaller unterrichtet worden sind. Wenn ich Ihre Aussage richtig in Erinnerung habe, dann geht sie oder ging sie in die Richtung, daß Sie von Sektionschef Dr. Hermann informiert wurden, Dr. Thaller sei im Haus, und er würde Sie bitten, ihn zu begrüßen. Des Weiteren: Sie wären darauf eingegangen mit dem Hinweis, das läge ohnehin auf ihrem Weg, und Sie würden also diesem Wunsch nachkommen. Gebe ich Ihre Aussage oder gab ich Ihre Aussage richtig wieder? Bleiben Sie bei dieser Aussage?

Blecha: Sie haben sie in der Weise richtig wiedergegeben, wenn ich nur ergänzen darf, Herr Abgeordneter, so ist der Herr Sektionschef Hermann zu mir ins Zimmer gekommen und hat mir dort mitgeteilt, daß der Herr Dr. Thaller im Hause wäre, ob ich ihn nicht begrüßen könnte. Ich

habe darauf gesagt: Das glaube ich nicht, ich muß nämlich laufen zur Ministerratsvorbesprechung — daher war es bereits vor 3 Uhr. Und außerdem würde ich ihn jetzt nicht zu mir ins Zimmer bitten, um da einem die Hand zu geben und zu sagen: Seien Sie mir nicht böse, ich renn' schon wieder. Was soll denn das überhaupt? Darauf hat mir der Herr Sektionschef . . . (*Graff: Hat er den Fischer mitgehabt?*) Nein. Darauf hat mir der Herr Sektionschef Dr. Hermann eben mitgeteilt, daß er bei ihm im Zimmer wäre. Darauf habe ich gesagt, das liegt am Weg, weil ich — auch das habe ich mehrmals bereits zu Protokoll gegeben — in die Ministerratsvorbesprechung, Ministerratssitzung natürlich zu Fuß gehe durch unser Amtsgebäude durch, und auf dem Weg liegt — das Fernsehen hat es ja auch aufgezeichnet — letztlich das Zimmer des Herrn Sektionschefs. Daher bin ich dort vorbeigegangen und habe dort den Herrn Sicherheitsdirektor Hofrat Dr. Thaller begrüßt.

Gaigg: Herr Zeuge! Nach einer Information über die Situierung der Räumlichkeiten und im besonderen des Büros des Herrn Sektionschefs Dr. Hermann wurde ich dahin gehend unterrichtet, daß dieses Büro nicht auf Ihrem üblichen Weg zum Ministerrat gelegen wäre — mit anderen Worten: daß Sie, um in dieses Büro zu kommen, einen Umweg auf sich nehmen mußten.

Blecha: Es befindet sich in unmittelbarer Nähe des Stiegenabganges zu jenem Gang, der hinüberführt in das Amtsgebäude Ballhausplatz 3.

Gaigg: Es war also demnach kein Umweg, den Sie auf sich nehmen mußten.

Blecha: Zwei Türen weiter.

Gaigg: Zwei Türen.

Herr Sektionschef Dr. Hermann, nun in Kenntnis der Aussage des Herrn Bundesministers! Sie haben bei Ihrer Einvernahme am 10. Jänner erklärt über Frage des Dr. Pilz, ob der Herr Bundesminister bereits vom Kommen des Herrn Dr. Thaller informiert war, Sie haben ausdrücklich — ich zitiere wörtlich — gesagt.

Frage Pilz: Das heißt, bevor Dr. Thaller kam, informierten Sie den Innenminister, daß Dr. Thaller kommen würde.

Sektionschef Dr. Hermann: Ja.

Das, bitte, steht eklatant in Widerspruch zur Aussage des Herrn Bundesministers, der uns heute wieder mitteilte, Sie hätten ihm gesagt, Dr. Thaller sei im Haus, und er möchte doch . . . und so weiter und so fort.

Blecha: Darf ich nur eine Ergänzung . . .

Gaigg: Nein. — Herr Dr. Hermann, bitte. Herr Dr. Hermann, bitte.

Hermann: Nein, es tut mir leid, ich muß den Herrn Bundesminister ergänzen, ich möchte ihm nicht widersprechen. Der zweite Teil hat sich genauso abgespielt, wie es der Herr Minister gesagt hat. Aber nach dem Anruf, dem mir nach wie vor unerklärlichen Anruf des Kollegen Thaller habe ich — ich war einmal kurz drüben, glaube ich, Herr Minister, es war kurz nach zwölf —, habe ich gesagt: Der Thaller kommt. (*Graff: Ah da schau her, das war avisiert!*) Bitte, das war ja nicht sicher, er hat angerufen und gesagt, er kommt vielleicht. Also so war es ja, nicht?

Blecha: Darf ich zur Ergänzung sagen, Herr Dr. Gaigg, Sie haben mich gefragt, wie das war, und das habe ich Ihnen so ganz korrekt beantwortet. Ebenso habe ich in der ersten Einvernahme auf eine Frage — ich glaube, es war der Dr. Pilz —, ob ich also informiert worden bin, daß der Dr. Thaller kommt, auch mit Ja geantwortet. Es kann sich nur, bevor ich zum Mittagessen gegangen bin, um eine kurze telefonische Information gehandelt haben. Ich habe nie angenommen, daß ich den Herrn Dr. Thaller bei mir treffen werde. Das möchte ich noch hinzufügen, weil ich ja doch relativ spät an diesem turbulenten Tag zu einem Mittagessen dann gegangen bin.

Gaigg: Das heißt, ich darf feststellen, daß jetzt eine übereinstimmende Aussage beider Herren in der Richtung vorliegt. . .

Blecha: Na die war im ersten Protokoll, lesen Sie nach. Auf die Frage habe ich damals schon gesagt ..

Gaigg: Na ja, nicht ganz, nicht ganz.

Blecha: O ja.

Gaigg: Ich darf dazu vorlesen, Herr Bundesminister Blecha, Ihre Aussage: Er — gemeint ist Herr Sektionschef Dr. Hermann — ist zu mir gekommen — ich habe das schon erwähnt — und hat gemeint, im Haus ist der Dr. Thaller, kannst du ihm nicht die Hand schütteln.

Blecha: Ja, das sagte ich auch jetzt wieder, alles klar.

Gaigg: Aber keine Rede davon, daß Sie schon vorher vom . . .

Blecha: Ja da müssen Sie das Ganze durchlesen.

Gaigg: Bitte, gerne. — Darauf habe ich gesagt: Ja nicht bei mir hier im Zimmer, ich bin schon auf dem Sprung ins Kanzleramt. Das liegt am Weg, also werden wir es am Weg sozusagen erledigen.

Aber mit keinem Wort haben Sie erwähnt, daß Sektionschef Dr. Hermann Sie schon vorher davon unterrichtet hat, daß Dr. Thaller kommen würde. Das ist bitte eine unterschiedliche Aussage.

Blecha: Ich habe eine derartige Frage nicht bekommen!

Gaigg: Ich halte fest, es gibt jetzt Übereinstimmung in der Richtung, daß Sie, Herr Bundesminister, schon vorher vom Herrn Sektionschef über das Kommen des Dr. Thaller unterrichtet worden sind.

Blecha: Bevor ich essen gegangen bin, habe ich gehört: Wahrscheinlich kommt der Thaller ins Haus. — Das habe ich gehört. (Graff: Das ist aber neu!) Nein, ich würde bitten, daß man das Protokoll durchschaut. (Graff: Keine Sorge, wir haben es durchgeschaut!) Ich habe eine derartige Anfrage nicht verteilt.

Obmann Steiner: Dr. Gaigg, Sie sind nach wie vor am Wort.

Gaigg: Ich fühle mich am Wort, Herr Vorsitzender.

Eine zweite Frage an Sie, Herr Sektionschef Dr. Hermann. Es gibt eine widersprüchliche Darstellung noch immer in der sehr wesentlichen und entscheidenden Frage, ob von Ihrer Seite beziehungsweise seitens des Ministeriums die Anordnung kam, die „eigenmächtigen Erhebungen“ — unter Anführungszeichen — der Gendarmerie, im konkreten des Gendarmeriegruppeninspektors Mayer seien einzustellen, Kurzanzeige und in der Folge dann ausführliche Anzeige zu erstatten.

Alle bisher vernommenen Zeugen — mit Ausnahme von Ihnen, Herr Sektionschef Dr. Hermann —, von Mayer bis Sicherheitsdirektor Dr. Thaller, geben an, daß Sie Weisung gegeben haben, diese Ermittlungen zu stoppen. Ich darf Ihnen vorlesen . . . (Zwischenruf Fuhrmann.)

Obmann Steiner: Moment bitte. Ist das zur Geschäftsordnung? (Fuhrmann: Das ist zur Geschäftsordnung!) — Bitte.

Fuhrmann (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Ich ersuche bei einer solchen Gegenüberstellung, daß wir schon die Vorhalte korrekt laut Protokoll machen. Wenn ein Vorhalt gemacht wird, daß alle gesagt hätten, es sei zu stoppen, verweise ich auf die Seiten 1054, 1055 der Aussage Thaller vom 10. 1. 1989 und bitte, darauf zu achten, daß die Fragen, wenn Vorhalte gemacht werden, korrekt gemacht werden.

Gaigg: Darf ich weiter in meiner Fragestellung gehen, Herr Vorsitzender?

Obmann Steiner: Darf ich nur kurz unterbrechen. Es ist ja auch nicht schlecht, wenn man den Fragesteller zuerst ausreden läßt und dann eine Geschäftsordnungsfrage macht. Das wäre im Ablauf nicht so übel.

Gaigg: Bitte, was an dem Vorhalt ist falsch? Es haben sowohl der Gruppeninspektor Mayer als auch der Dr. Strasser als auch sinngemäß der Dr. Thaller — so habe ich es bitte verstanden — diese Äußerung gemacht. Es genügt mir, wenn alle anderen, nehmen wir den Dr. Thaller aus . . . (Rieder: Auch das stimmt nicht!) — Bitte das stimmt.

Ich lese Ihnen jetzt noch einmal ausdrücklich vor, Herr Dr. Hermann, den Brief des Polizeidirektors vom 24. 2. 1988, der lautet: Sehr geehrter Herr Sektionschef! — gerichtet an den Herrn Dr. Hermann, an Sie — Zu Ihrem schriftlichen Ersuchen stelle ich mit aller Bestimmtheit fest, daß ich mich noch genau daran erinnern kann, von Ihnen als damaligem Leiter der Staatspolizeilichen Abteilung im Bundesministerium für Inneres fernmündlich den Auftrag bekommen zu haben, die eigenmächtigen Erhebungen des Gruppeninspektors Mayer der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos Salzburg zu stoppen.

Darüber hinaus gibt es diesen Aktenvermerk, den Sie uns heute vorgelegt haben. (Hermann: Der Brief des Strasser!) Das war der Brief des Dr. Strasser. Ich habe ihn zitiert. Bitte, bleiben Sie trotzdem über Vorhalt dieses Briefes, über Vorhalt der Tatsache, daß auch andere das bestäuigen, dabei, daß Sie nie den Auftrag gegeben haben, die Ermittlungen des Mayer zu stoppen?

Hermann: Natürlich bleibe ich dabei, Herr Abgeordneter. Ich möchte nochmals darauf hinweisen, es gibt einen Ohrenzeugen dieser Weisung. Das ist der Kollege Knechtsberger, wenn auch das nicht sehr schön ist, bitte, Herr Abgeordneter, das gebe ich zu, das stammt nicht von mir, deshalb war ich so empört, über das Wort „Frechheit“. Aber es gibt einen Ohrenzeugen dieser Weisung. Das bitte ist bereits gehört worden. (Graff: Frechheit habe ich nicht gesagt; Süß — habe ich gesagt!) Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt: Frechheit. (Graff: Dann entschuldige ich mich!) — Danke.

Gaigg: Weil die beiden Kollegen Dr. Fuhrmann und Dr. Rieder so vehement darauf . . . Herr Zeuge, ich bin am Wort.

Hermann: Darf ich jetzt weiterreden, ich habe die Frage noch nicht beantwortet. Also es gibt für die Weisung einen Ohrenzeugen, und das ist der Kollege Knechtsberger. Er ist bereits hier gehört worden vor dem Ausschuß.

Ich habe nie gesprochen mit dem Abteilungsinpektor Mayer, ich habe nie gesprochen mit den anderen Kollegen, Gratzner, die erhoben haben. Ich habe nie — und das wird mir, weil es eine Gegenüberstellung ist, der Herr Sicherheitsdirektor bestätigen müssen, ich glaube, er tut es auch —, ich habe nie ein Wort von Disziplinarmaßnahmen gesagt, die ergriffen werden sollten oder ergriffen werden müßten, wenn der Weisung nicht

nachgekommen werde, das der Staatsanwaltschaft mitzuteilen. Das sind Dinge, die ohne mein Wissen und meinen Einfluß geschehen sind in Salzburg. Warum, das kann ich nicht beurteilen. Aber es ist nie ein Wort davon gesprochen worden, daß, falls die Staatsanwaltschaft nicht sofort eingeschaltet werde, Disziplinarmaßnahmen zu ergreifen seien. Das hat auch der Kollege Mayer hier vor dem Ausschuß behauptet.

Gaigg: *Allerdings nicht, Herr Zeuge, daß Sie ihm das angedroht hätten. Davon war nie die Rede. Außerdem begeben wir uns damit in einen Bereich, der mich hier, hic et nunc, jetzt nicht interessiert. Nur weil die beiden Kollegen Dr. Fuhrmann und Dr. Rieder so vehement darauf hingewiesen haben, der Herr Sicherheitsdirektor hätte nie behauptet, Weisung bekommen . . . (Schieder: Sie haben gesagt: alle! Und das wäre auch der Knechtsberger gewesen!) Richtig. Bitte, lassen Sie mich ausreden. Sie sehen, meine Herren Dr. Fuhrmann und Dr. Rieder . . . (Fuhrmann: Sie sprechen mich an?) Natürlich. Sie haben mir in dem Punkt widersprochen, wie ich sagte, alle anderen — Strasser, Thaller, Mayer — hätten wiedergegeben, es wäre die Weisung gekommen, die Ermittlungen einzustellen. (Fuhrmann: Das stimmt auch nicht!)*

Herr Sicherheitsdirektor Dr. Thaller, darf ich Ihnen vorhalten den zweiten Absatz Ihres Briefes vom 19. Jänner, in dem Sie ausdrücklich schreiben: 8. August 1983, Weisung von Sektionschef Hermann — sinngemäß —: Herr Kollege, nun ist es Zeit, sorgen Sie dafür, daß die Erhebungen eingestellt und unverzüglich Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet wird! — Bitte, wie ist das dann zu verstehen, der unrichtige Vorhalt, den Sie mir vorgehalten haben. (Graff zu Fuhrmann: Sie sind gefragt!) Ja, Sie sind auch gefragt. Aber jetzt möchte ich vom Sicherheitsdirektor Dr. Thaller wissen, wie das zu verstehen ist: 8. August 1983, Weisung von Sektionschef Hermann — sinngemäß —: Herr Kollege, nun ist es Zeit, sorgen Sie dafür, daß die Erhebungen eingestellt und unverzüglich Anzeige erstattet wird! — Bitte, Herr Dr. Thaller.

Thaller: Dazu stehe ich, aber bitte, Herr Abgeordneter, Sie müssen auch den letzten Satz noch lesen, der ist wichtig: Weitere Erhebungen sind nur über Auftrag der Staatsanwaltschaft zu führen! — Das ist wichtig.

Gaigg: *Unbestritten. Es geht um die Einstellung der eigenmächtigen Erhebungen des Herrn Mayer. In diese Richtung ist meine Frage gegangen.*

Thaller: Dazu stehe ich. Das Wort „stoppen“ ist nicht gebraucht worden. Das muß ich sagen. „Stoppen“ ist nicht gefallen.

Gaigg: *Einstellen oder stoppen ergibt sinngemäß dasselbe.*

Herr Bundesminister a. D. Blecha, zum Thema „Beobachtung der Veranstaltungen des Herrn Guggenbichler und des Herrn Pretterebner“. Sie haben in einer „Pressestunde“ unter anderem ausdrücklich und wörtlich darauf hingewiesen, es gäbe nicht den Schimmer eines Beleges für Bespitzelungen. Es habe niemals Berichte direkt an den Minister und sonstwo an das Ministerium gegeben. Es hätte bloß im nachhinein einen Drei-Zeilen-Bericht gegeben. Ich darf dazu auf die Kopien, die uns vorliegen, aus den Akten verweisen. Dar- aus ergibt sich, daß es sehr wohl Berichte gegeben hat, die bereits vor einer angekündigten Veranstaltung verfaßt wurden.

Es gibt auch ein derartiges Schriftstück mit einem handschriftlichen Vermerk Ihrerseits auf einer Einladung zu einer Pretterebner-Veranstaltung: Ist darüber etwas bekannt? — sicherlich als eine Weisung zu verstehen, darüber zu berichten.

Bitte, wie klären Sie das auf: Ihre Aussage in der „Pressestunde“ auf der einen Seite, die Aktenlage auf der anderen Seite?

Blecha: Das kann ich Ihnen sehr, sehr genau erklären. Ich möchte noch einmal diesen, auch von Ihnen verwendeten Vorwurf der Bespitzelung ganz entschieden zurückweisen. Es gibt keine Bespitzelung des Pretterebner, es gab von keiner Seite einen solchen Auftrag.

Gaigg: *Herr Bundesminister! Ich halte fest, ich habe keinen Vorwurf hier in meiner Wortmeldung erhoben, sondern ich habe nur das Wort „Bespitzelung“, das Sie selbst in der „Pressestunde“ in den Mund genommen haben, wiedergegeben, bitte, um die Dinge klarzustellen.*

Blecha: Das heißt, Herr Doktor, Sie identifizieren sich jedenfalls nicht mit dem Vorwurf der Bespitzelung?

Gaigg: *Herr Zeuge! Nicht Sie haben mir in diesem Fall Fragen zu stellen, sondern umgekehrt.*

Blecha: Ich nehme das gerne zur Kenntnis, daß Sie nicht von der Bespitzelung sprechen. Ich habe in der „Pressestunde“ das gleiche wie hier erklärt und werde das noch einmal erläutern.

Pretterebner hat, wie Medienmeldungen zu entnehmen war, über 600 Vorträge zum Fall Lucona oder zu verwandten Themen gehalten. Ich habe, wie ich heute schon ausgeführt habe, zum Beispiel, nachdem mir das Flugblatt einer solchen Veranstaltung übergeben worden ist, auf dieses von den Abgeordneten des Hohen Hauses mir übergebene Flugblatt draufgeschrieben „Wissen wir etwas davon?“, weil mir im Zusammenhang mit der Übergabe des Flugblattes eine Reihe von Informationen von diesen Abgeordneten mitgeteilt worden ist. Dann ist im nachhinein versucht worden, festzustellen, ob man tatsächlich etwas

darüber weiß. Man wußte fast nichts, wie Sie dem entnehmen können.

Es gibt in der Ablage des Kabinetts des Bundesministers insgesamt 4 Berichte, Herr Abgeordneter Dr. Graff, insgesamt 14 verschiedene Mitteilungen, aber nur 4 Berichte, die über das Inhaltliche etwas aussagen. Das habe ich auch gemeint. *(Graff: Ich habe sechs Paraphen gezählt!)* Paraphen wird es mehr geben. Es gibt 14 Mitteilungen, aber es gibt nur 4 Berichte, davon ist ein einziger, Pretterebner betreffend, von Beamten der Staatspolizei abgefaßt, von mir paraphiert und gelesen. Ein einziger Bericht, Pretterebner betreffend! Die 4 Berichte sind ein Aktenvermerk des Kollegen Sabitzer, der Mitarbeiter des Büros für Öffentlichkeitsarbeit ist, vom 18. Februar über eine Pressekonferenz. *(Graff: Mit einem einzigen BL hätte man das alles abstellen können!)* Das ist eine Pressekonferenz, über die berichtet wurde. Pressekonferenzen werden von der Pressestelle des Innenministeriums dann beschickt, wenn die Pressekonferenz eben Themen des Innenministeriums oder das Innenministerium berührende Themen beinhaltet.

Es gibt den Bericht über einen Guggenbichler-Vortrag aus Salzburg, der am 7. April gehalten wurde, und einen Entwurf dazu und dann die endgültig der Staatsanwaltschaft vom Herrn Sicherheitsdirektor übergebene Fassung. Es gibt einen Bericht über einen Pretterebner-Vortrag, Ostspionage und so weiter betreffend, der in Wien am 15. April gehalten worden ist und den ich gesehen habe. Und es gibt einen Bericht über einen Pretterebner-Vortrag in Salzburg am 29. Juni, der von mir nicht abgezeichnet worden ist, denn als der zu mir auf den Tisch kam, habe ich mich bereits auf eine Dienstreise nach Marokko gegeben. Das sind die 4 Berichte.

Insgesamt gibt es 14 Aktenstücke, Mitteilungen, wenn Sie so wollen. Ich möchte auch hier darauf hinweisen, daß es sich um Aktenstücke oder um Mitteilungen handelt, die entweder im nachhinein angefordert oder von irgendeiner Abteilung beauftragt und dann geschickt worden sind. Und es handelt sich auch um Tagesberichte. . . . *(Graff: . . . und zwar nicht auf dem Dienstweg, sondern direkt ins Kabinett!)* Die sind dann ins Kabinett geschickt worden. *(Graff: Nicht auf dem Dienstweg!)* Auf dem Dienstweg, glaube ich. *(Graff: Von der Polizeidirektion ins Kabinett!)* Tagesberichte sind zum Beispiel geschickt worden, in denen nur stand: Dort und dort ist eine Veranstaltung gewesen mit dem und dem Thema. Kein weiterer inhaltlicher Bericht. Das sind die 14 Aktenstücke, die im Kabinett des Bundesministers vorhanden sind und die wir daher übermittelt haben.

Nun habe ich schon darauf hingewiesen — auch heute und das letzte Mal bei meiner Einvernahme —, daß ich für meine Zwecke keine

Staatspolizei brauchte. Das Buch selbst hat eine derartige Fülle von verschiedensten Unterstellungen und falschen Behauptungen enthalten, daß ich mich veranlaßt sah, die Ermächtigung zur Strafverfolgung des Autors zu erteilen. Ich mußte nur relativ lange warten. Sie wurde erst am 22. Jänner datiert. Bei uns ist sie am 29. Jänner eingelangt.

Keine einzige Ermächtigung oder Anzeige an die Staatsanwaltschaft ist von mir aufgrund eines der 14 hier eingelangten Mitteilungen oder der 4 Berichte, von denen einer aus der Pressestelle ist und mit der Staatspolizei überhaupt nichts zu tun hat, erhoben worden. Ich habe aufgrund gewisser Aussagen der Pressekonferenz vom 18. Februar die Ermächtigung zur Strafverfolgung Pretterebners Herrn Hofrat Dr. Olscher am 8. März erteilt. Ich habe aufgrund von, in der „Neuen Volkszeitung Kärnten“ über einen Pretterebner-Vortrag vom 21. Juni . . .

Gaigg: Herr Zeuge! Ich möchte nicht unhöflich sein.

Blecha: Ich wollte nur darstellen: Ich habe nichts für meine Zwecke hier gebraucht, weil über die Wolfsberger Veranstaltung in der „Neuen Volkszeitung Kärnten“ berichtet wurde, und die dort enthaltenen, von mir inkriminierten Äußerungen waren Gegenstand einer Anzeige wegen des Verdachtes der üblen Nachrede. Das gleiche habe ich für einen Bericht in der Mur-Zentrale an alle, der mir im Oktober zugekommen ist, in Graz gemacht.

Obmann Steiner: Herr Zeuge, das ist ganz nett. Die Ausführungen nach § 167 der Strafprozeßordnung haben Sie weidlich ausgenützt. Ich glaube, es möchte der Abgeordnete noch eine Frage stellen.

Blecha: Entschuldigung! Nur der letzte Satz: Sie sehen, ich habe hier verschiedene Ermächtigungen erteilt, Anzeigen erstattet, keine einzige aufgrund irgendeines mir von einer staatspolizeilichen Abteilung zugekommenen Berichtes.

Gaigg: Herr Bundesminister! Sie haben uns in diesem Fall in dankenswerter Breite erzählt, wie viele Aktenstücke und wie viele Berichte es gibt. Teilen Sie nun zusammenfassend nicht meine Meinung, daß Ihre Aussage bei der „Pressestunde“, es habe niemals Berichte direkt an den Minister oder sonst an das Ministerium gegeben, den Gang der Dinge nicht ganz wirklichkeitsgetreu wiedergegeben hat?

Blecha: Ich bin davon ausgegangen, daß es keine von mir als dem Innenminister im vorhinein bestellten Berichte gegeben hat.

Gaigg: Das haben Sie aber in der „Pressestunde“ nicht dazugesagt.

Blecha: Ich habe an einer anderen Stelle in der „Pressestunde“ von „vorhinein“ sehr wohl gesprochen. Ich habe ja auch in der „Pressestunde“ das „Im-nachhinein-Anfordern“, ob etwas vorliegt, mit Hilfe des Flugblattes des Abgeordneten Fritz Hochmair erklärt.

Gaigg: Herr Zeuge! Bleiben wir bei dieser „Pressestunde“. Sie haben darin unter anderem auch ausgeführt, dieses Gerede vom Abstoppen von Ermittlungen sei ein Blödsinn gewesen oder wäre ein Blödsinn, weil es keine Ermittlungen gegeben habe und nur etwas gestoppt werden könne, was im Gang ist. Aus unseren Untersuchungen ist aber eindeutig hervorgegangen, daß zu diesem Zeitpunkt bereits die Einvernahme der Sekretärin des Herrn Daimler, nämlich der Zeugin Strobl vorgesehen war, und wie der Herr Sektionschef Dr. Hermann ausgesagt hat, war das auch mit ein Grund für die Intervention des Dr. Damian. Und Sie haben ferner unter Berufung auf den Aktenvermerk vom 12. 10. 1983 ausgeführt, daß es unbestritten geblieben sei, daß niemand in den Ermittlungen behindert worden sei. Das widerspricht eindeutig der Aussage des hier vernommenen Gruppeninspektors Mayer, der sehr wohl angegeben hat, daß er sich behindert gefühlt habe und daß er mehr oder weniger fassungslos dieser Weisung, die Ermittlungen zu stoppen, gegenüberstand.

Wie, Herr Bundesminister, erklären Sie Ihre Ausführungen in der „Pressestunde“, es hätte kein Abstoppen von Ermittlungen geben können, denn es wären damals keine Ermittlungen im Gang gewesen, konfrontiert mit der Tatsache, daß damals sehr wohl Ermittlungen im Gang waren, nicht zuletzt aufgrund des Auftrages, der vom Sektionschef Dr. Hermann Ende Juni 1983 an die Sicherheitsdirektion Salzburg ergangen ist, die Ermittlungen fortzusetzen?

Blecha: Ich sage Ihnen noch einmal: Es gab keinen Auftrag, schon gar nicht von mir, Ermittlungen zu stoppen, sondern es gab den Auftrag, zur Staatsanwaltschaft zu gehen.

Gaigg: Richtig. Aber daß es keine Ermittlungen gegeben hätte, das . . .

Blecha: Das entnehme ich der Meinung des Gruppeninspektors Mayer, die er laut vorliegenden Aktenvermerken bei der Staatsanwaltschaft Wien deponiert hat. Es gab nichts mehr zu ermitteln. Es gab auch dann, obwohl es bereits seit Ende September den Auftrag der Staatsanwaltschaft an die Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos Salzburg gegeben hat, die Ermittlungstätigkeit aufzunehmen und fortzusetzen, keine Ermittlungen. Daraus muß jeder vernünftige Mensch den Schluß ziehen, es gab dort nichts mehr zu ermitteln, sonst hätte man doch . . . Es war ja nur eine Unterbrechung. Diese Anzeige, die mit 14. August datiert ist, ist am

19. August der Aktenlage entsprechend bei der Staatsanwaltschaft Salzburg eingelangt, ist am 24. August an die StA Wien abgetreten worden. Und schon am 26. September, also einen Monat später, ist der Auftrag ergangen: Tut ermitteln! Es wurde dann nichts mehr ermittelt, bis gegen Ende des Jahres die Ermittlungsaufträge an die Sicherheitsdirektion Niederösterreich gegangen sind.

Gaigg: Ich stelle fest: Das steht eindeutig im Widerspruch zu den Angaben des Gruppeninspektors Mayer (Blecha: Ja, es gibt mehrere Widersprüche!), der hier im Ausschuß erklärt hat, er wollte diese Zeugin einvernehmen, er hätte keine Gelegenheit mehr gehabt, und die Folge war ja dann die, daß die Zeugin vor dem Rechtsanwalt Dr. Damian, dem Vertreter des heute beschuldigten Proksch, ihre Aussage gemacht hat und nicht vor der Sicherheitsbehörde. (Graff: Ich bin nur gespannt, wo der Damian seine Aussage macht!)

Herr Sektionschef Dr. Hermann! Ich und die übrigen Mitglieder des Ausschusses, nehme ich an . . . (Graff: Der Damian wird seine Aussage beim Proksch machen!)

Obmann Steiner: Bitte, Dr. Gaigg ist am Wort. Bitte.

Gaigg: Vor mir — und ich nehme an, auch vor den anderen Mitgliedern des Ausschusses — liegt diese chronologische Aufstellung der wichtigsten Aktenvorgänge in Zusammenhang mit dem Fall Lucona beziehungsweise mit den Personen Proksch und Daimler. Das stammt von Ihnen, nicht?

Hermann: Ja. Vom Herrn Sicherheitsdirektor oder vom Polizeidirektor, das sind zwei? Von Strasser.

Gaigg: Ja, ich weiß es. (Zwischenrufe.)

Obmann Steiner: Geh bitte! Jetzt ist Dr. Gaigg am Wort.

Gaigg: Würden Sie so freundlich sein, die Frage abzuwarten. Ich wollte nur noch einmal bestätigt haben, daß dieses Stück von Ihnen stammt, diese chronologische Aufstellung.

Hermann: Aus der Erinnerung des Kollegen Strasser (Gaigg: Aus der Erinnerung des Kollegen Strasser!), die er mir zur Verfügung gestellt hat und die ich dem Ausschuß . . .

Gaigg: Mir fällt in diesem Zusammenhang auf, daß der Kollege Strasser bekanntlich aus dem Bereich Salzburg und in Kenntnis der Tatsache, daß die Salzburger Kollegen eigentlich von den Vorgängen in Niederösterreich nie etwas gewußt haben — so die Aktenlage —, daß diese Aufstellung unter

Punkt eins Niederösterreich aus dem Jahr 1979 einen Vermerk enthält und unter Punkt zwei 1979 . . . Wie konnte der Herr Strasser aus Salzburg, dem all dieses unbekannt war, diese Fakten dann in diese Aufstellung aufnehmen?

Hermann: Herr Abgeordneter! Ich habe hier schon gesagt, ich darf mich wiederholen: Es ging im Falle Pinosa . . . Aus dem Fall Pinosa aus Niederösterreich ist ein Reisepaß mit dem Bild des Herrn Tannaz oder vermutlich damals mit dem Bild des Herrn Tannaz, ausgestellt in Salzburg, aufgetaucht. Da ist Salzburg damals von Niederösterreich beauftragt worden, dieser Sache nachzugehen. Deshalb war also Kenntnis. Woher die Kenntnis von der NAST kommt, das weiß ich nicht, das entzieht sich meinem Wissen. In dem Bericht vom 14. 4. ist ausdrücklich darauf hingewiesen. Nur, generell darf ich sagen: Ich meine, Salzburg hätte ja in Niederösterreich auch fragen können, ob irgend etwas da ist, denn sie haben ja gewußt, daß dort etwas anhängig war. Das haben sie auch nicht gemacht.

Gaigg: Herr Sektionschef! Ich muß Ihnen vorhalten, daß dieses nicht stimmt. In dem Bericht vom 14. 4. ist es kein Hinweis auf die Erhebungen in Niederösterreich, sondern erst in einem Schriftstück Ende Juni. Ich habe das vor mir, bitte. — Danke, Herr Vorsitzender.

Hermann: Nein, nein. Aber, bitte, das muß richtiggestellt werden. . . . 14. 4. drin.

Obmann Steiner: Es hat sich Herr Abgeordneter Elmecker gemeldet. Bitte.

Elmecker: Ich möchte nur noch zwei kurze Punkte anführen.

Zum ersten: Noch einmal zu der heute auch schon sehr emotionell vorgebrachten Anfragebeantwortung. Herr Minister! Diese Anfragebeantwortung war auch Gegenstand der Diskussion im „Club 2“ am 31. Jänner 1989 mit dem Sektionschef Dr. Danzinger, und hier ist offensichtlich etwas anderes ausgesagt worden. Ich möchte daher zur Klarstellung eine Frage stellen. Ich darf zuerst zitieren:

Pretterebner sagt in diesem Club 2 folgendes: Ich habe das Wortprotokoll vor mir!, worauf er sagt — damit meinte er den Herrn Bundesminister —, er wäre offensichtlich falsch informiert worden. Auf die Frage der Kollegin Partik-Pablé: Werden Sie Maßnahmen gegen Beamte unternehmen, sie, weil sie ja angegeben hat, daß sie eben nicht die Unterlagen zusammen . . . das ist ein bißchen durcheinander? —, worauf Herr Danzinger sagt: Wofür, welche Unterlagen? Gegenfrage des Herrn Pretterebner: Für diese Anfragebeantwortung? Danzinger: Vom Jahr 1985? Antwort: Ja, vom Jahr 1985! Und jetzt die Antwort und daher die

klare Feststellung: Ich habe ihm keine Unterlagen vorbereitet!

Herr Bundesminister, was sagen Sie zu dieser Aussage?

Blecha: Ich kann nur noch einmal darauf verweisen, sehr geschätzter Herr Abgeordneter, daß vom Herrn Generaldirektor für öffentliche Sicherheit, Sektionschef Dr. Danzinger, der Entwurf für die Anfragebeantwortung übermittelt worden ist.

Elmecker: Das heißt, die Darstellung im „Club 2“ war nicht richtig.

Blecha: Ich glaube, daß er sich auf Unterlagen bezogen hat. Ich glaube, daß er sich auf Unterlagen bezogen hat, die er, der Generaldirektor, sicher nicht eingesammelt hat. Daher habe ich ja auch schon auf die Frage des Herrn Abgeordneten Dr. Graff, wer ihm noch dabei geholfen, wer Teile formuliert hat, immer gesagt, ich weiß es nicht. Für mich ist er der, der mir den Antwortentwurf übermittelt hat. (Zwischenruf Graff.)

Elmecker: Nein, ich meine jetzt etwas ganz anderes, es geht nämlich da noch weiter. Es ist auch der Herr Sektionschef Hermann in diesem „Club 2“ zitiert worden. Das interessiert mich auch. Hier geht es nämlich auch darum, daß Pretterebner . . . Mir geht es hier vorwiegend um Pretterebner, er war ja hier auch schon Zeuge. Ich werde dann noch eine Nachstoßfrage hier richten.

Aber Sie haben die Anfrage vorbereitet, sagt Herr Pretterebner. Die macht ja nicht der Minister selber, wir wissen ja, wie so etwas geht, da sind Sie befaßt gewesen zusammen mit dem Herrn Sektionschef Hermann. Der Herr Dr. Danzinger sagt: Nein, das ist nicht richtig, nicht in der Form, wie Sie es darstellen!

Herr Sektionschef Hermann, darf ich Sie fragen: In welcher Form war das damals, als diese Anfragebeantwortung vorbereitet war?

Hermann: Das habe ich schon erwähnt. Ich habe an der wörtlichen Abfassung nicht mitgewirkt, habe aber vorher ein Gespräch mit dem Herrn Generaldirektor geführt. (Graff: Wer ist Ihr Ghostwriter, Herr Blecha? Das ist die Frage!)

Elmecker: Also nur das eine Gespräch hat stattgefunden?

Hermann: Über die Sache Lucona haben wir des öfteren gesprochen.

Elmecker: Ich meine zu dieser Anfragebeantwortung. In diesem Streit im „Club 2“ ging es um die Anfragebeantwortung. Da hat es dieses eine Gespräch gegeben?

Hermann: . . . dieses eine Gespräch gegeben.

Elmecker: Herr Minister noch eine kurze Frage in dem Zusammenhang mit dem Herrn Pretterebner. Ich habe ihn gefragt, als er bei uns hier als Zeuge war, weil er ständig behauptet und hier in seiner Aussage gesagt hat, Sie hätten ununterbrochen Kontakt mit Udo Proksch und auch mit den Vertretern der „Bundesländer“ gehabt. Nachweislich wäre der Herr Bundesminister Blecha zwei- oder dreimal anwesend gewesen, als der Herr Bürger von der Bundesländer-Versicherung zu Vertragsverhandlungen bei Udo Proksch im „Club 45“ oder im Haus Demel, erschienen ist. Dies ist nachweislich, Herr Bundesminister! Ich bitte Sie um eine Stellungnahme dazu.

Blecha: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich kenne den Herrn Bürger nicht. Ich weiß nicht, wie der Herr Bürger aussieht. Ich habe dem Buch entnommen, daß es einen Herrn Bürger gibt, der die Bundesländer-Versicherung vertritt. Da ich den Mann nicht kenne, kann ich auch nicht sagen, ob ich ihn beziehungsweise ob er mich irgendwo gesehen hat. Es entspricht der Art des Herrn Pretterebner, Dinge falsch darzustellen.

Er hat in dem Buch — und nur auf das kann ich mich beziehen — geschrieben, daß Bürger zu Vertragsverhandlungen gekommen ist. Mir sind Vertragsverhandlungen zwischen dem Herrn Proksch und der Bundesländer-Versicherung vollkommen unbekannt — auch das möchte ich gleich betonen, und daß er dort immer einen augenzwinkernden Zentralsekretär — schreibt Pretterebner —, einen ihm auf die Schulter klopfenden Verteidigungsminister Lütgendorf und einen um ihn herumscharwenzelnden Bürgermeister Gratz getroffen hätte.

Allein an dieser Diktion zeigt sich, was man von solchen Pretterebner-Angaben halten kann.

Ich darf daher noch einmal sagen: Der Herr Bürger ist mir nicht bekannt, und ich kann daher dazu überhaupt nichts sagen, daß ich diesen Mann dort gesehen hätte.

Herr Pretterebner behauptet auch, er wäre fünfmal im Demel-Haus gewesen — das habe ich der Presse entnommen — und mich hätte er dort dreimal gesehen. Ich kann mich an einmal erinnern: Da bin ich — sehr spät — zu einer Präsentation, an der der Herr Bundeskanzler Dr. Kreisky und seine Eminenz Kardinal König hätten teilnehmen sollen, hingegangen. Ich habe dort nicht Kardinal König getroffen, sondern Pretterebner. (Schieler: Ein schwacher Ersatz!)

Pretterebner ist mir dort vorgestellt worden, und bei dieser Gelegenheit habe ich ein langes und ausführliches Gespräch mit ihm geführt. Ich kann mich aber an andere derartige Zusammenkünfte nicht erinnern.

Es ist aber richtig: Im „Club 45“ habe ich ihn — wie andere Leute auch — bei meinen sehr spärlichen Aufenthalten gesehen.

Ich wurde einmal gebeten vom Herrn Proksch, mit einem besonders guten Freund von ihm, der sehr niedergeschlagen war, zu sprechen. Ich habe gesagt: Was wollen Sie usw., und da ist die Tür aufgemacht worden und ich bin dem Herrn Abgeordneten Fux von den Grünen dann vorgestellt worden (Heiterkeit), der dort ein Gespräch mit mir geführt hat; auch darüber war ich ein bißchen erstaunt. Aber ich will jetzt nicht in dieser Hysterie fortfahren, die in ganz Österreich umgeht, daß jeder, der irgendwann irgendwo einmal mit dem Herrn Proksch zusammen gesehen worden ist, irgend etwas mit diesem Kriminalfall zu tun hat. Ich möchte nur die groteske Situation darstellen, die sich aus dieser Hysterie letztendlich ergibt.

Ich möchte noch einmal sagen: Es gibt wahrscheinlich Tausende, die in Kontakt mit diesem Mann gestanden sind. — Zum Herrn Bürger zurück: Ich kenne ihn nicht.

Elmecker: Ich kann also hier eindeutig feststellen: Die Aussage des Herrn Pretterebner hier vor dem Ausschuß, Sie hätten nachweislich den Herrn Bürger im Demel getroffen, ist nicht richtig.

Blecha: Da ich den Mann nicht kenne, da ich von Versicherungsverhandlungen nichts weiß, kann zumindest die Aussage, es hätte bei den Vertragsverhandlungen . . .

Elmecker: Herr Minister! Ich beziehe mich nicht auf dieses Pretterebner-Buch, sondern auf die Aussage des Herrn Pretterebner hier. — Danke schön.

Blecha: Bitte.

Obmann Steiner: Herr Bundesminister! Sie sind offensichtlich immer als Tröster begehrt. Wir hören schon zum zweitenmal im Ausschuß, daß Sie Trost spenden.

Frau Dr. Partik-Pablé. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Ich nehme an, daß der Herr Abgeordnete Pilz jetzt auch den ehemaligen Abgeordneten Fux als Zeugen beantragen wird, so, wie er ja auch den Dr. Haider beantragt hat. (Graff: Der Kardinal König kommt auch noch! — Heiterkeit. — Blecha: Der war nicht im Demel! — Graff: Dann ist zu klären, warum er nicht gekommen ist! — Neuerliche Heiterkeit.)

Herr Minister, Sie sind gerade befragt worden über Ihre Kontakte, ich möchte Sie auch noch einmal über einen Kontakt nachfragen! Sie haben in Ihrer schriftlichen Beantwortung vom 18. Mai 1988 gesagt: Im Juli 1983 erlangte das Ministerium erstmals Kenntnis, daß ein Beamter aus Salzburg in dieser Sache ermittelt. Haben Sie nach diesem Zeitpunkt mit Udo Proksch über diese Sache gesprochen?

Blecha: Ich habe auch darüber schon die Antwort gegeben: Ich weiß es nicht. Ich habe Ihnen ja

erklärt: Udo Proksch ist in Wien in den verschiedenen Lokalitäten aufgetaucht, und wo immer er aufgetaucht ist, hat er über seinen Fall geredet.

Helene Partik-Pablé: Mit Ihnen, nicht, wo er in Lokalen geredet hat, sondern ob er mit Ihnen darüber geredet hat.

Blecha: Hat er auch, er hat sich beschwert bei mir, bei allen Leuten, die . . .

Helene Partik-Pablé: Auch Daimler?

Blecha: Nein, den Herrn Daimler kenne ich nur vom Sehen . . .

Helene Partik-Pablé: Mit dem haben Sie nie gesprochen?

Blecha: Meines Wissens nicht.

Helene Partik-Pablé: Auch telefonisch nicht?

Blecha: Ich kann mich nicht erinnern.

Helene Partik-Pablé: Vielleicht können Sie sich daran konkret erinnern: Hat es nach dem 20. Juli 1983 — am 20. Juli 1983 ist Daimler von Mayer in Salzburg vernommen worden — eine Kontaktaufnahme des Udo Proksch mit Ihnen gegeben?

Blecha: Sehen Sie, das ist auch einer jener Punkte, die Pretterebner in den Raum stellt. Nun kann ich Ihnen eines sagen: Ich bin nach der Ministerratssitzung am 19. Juli auf Urlaub gefahren, und ich war — nachweisbar — mit dem Herrn Landeshauptmann von Kärnten, Leopold Wagner, am 21., am 22. Juli 1983 in Italien. Am 21. habe ich, am 22. hat der Landeshauptmann Interviews für „Radio Adria“ gegeben. Am darauffolgenden Wochenende war ich auf einer Bergtour mit dem damaligen Kärntner Landtagsabgeordneten Erwein Paske. Ich konnte überhaupt nicht an irgendeiner „Krisensitzung“, wie es da heißt, teilnehmen oder vom Herrn Proksch kontaktiert werden. Ich war nicht da; ich kam — nachweisbar — am 1. August 1983 nach Wien zurück.

Helene Partik-Pablé: Von Udo Proksch wissen wir ja, daß die räumliche Entfernung kein Hindernis für ihn hiefür ist. Er ist ja auch in die Schweiz gefahren, um dort Gratz zu treffen. Aber . . .

Blecha: Also mir ist er nicht nachgefahren.

Helene Partik-Pablé: Vielleicht hat es nach Ihrer Rückkehr ein Gespräch gegeben mit Udo Proksch, und zwar über die Einvernahme Daimlers?

Blecha: Ich kann mich nicht erinnern, daß ein solches Gespräch stattgefunden hätte.

Helene Partik-Pablé: Sie können sich nicht daran erinnern, daß Proksch über die Einvernahme Daimlers mit Ihnen gesprochen hat?

Blecha: Nein, kann ich mich nicht erinnern.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Thaller . . .

Blecha: Darf ich nur eines sagen: Ich war dann überhaupt nur in der Zeit vom 1. bis zum darauffolgenden Wochenende in Wien, weil ich mich, als diese Gespräche mit Salzburg geführt worden sind, auf Mallorca befunden habe. Das möchte ich einmal sagen, weil wiederum im Buch eine Reihe von solchen Dingen sind: Ich habe mich vom 8. August vormittag bis 22. August 1983 nachmittag in Mallorca befunden.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie dort den ehemaligen Bundeskanzler Kreisky getroffen?

Blecha: Den habe ich auch dort gesehen, selbstverständlich.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit ihm gesprochen über die Sache Proksch?

Blecha: Nein.

Helene Partik-Pablé: Das ist ja nicht so aus der Hand . . .

Blecha: Ich habe ihn nur einmal bei diesem Besuch dort gesehen.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Thaller! Zurückkommend auf das Treffen vom 23. habe ich eine Frage: Wann haben Sie erfahren, daß dieser Festakt stattfindet?

Thaller: Durch das Telefonat mit Herrn Sektionschef Hermann.

Helene Partik-Pablé: Sie haben vorher nichts davon gewußt?

Thaller: Nein.

Helene Partik-Pablé: Danke. — Dann noch eine Frage, Herr Dr. Thaller: Sie haben von Disziplinarmaßnahmen gesprochen, als Sie die Weisung erteilt haben, die Ermittlungen einzustellen. Haben Sie zuerst mit Hermann darüber gesprochen, daß der Termin knapp ist und daß Sie möglicherweise Schwierigkeiten haben, daß der Beamte innerhalb so kurzer Zeit eine Anzeige erstatten kann? Ist die Anregung: Disziplinarmaßnahmen, von Hermann gekommen?

Thaller: Nein.

Helene Partik-Pablé: Erläutern Sie bitte ein bißchen das Klima, den Tenor dieser ganzen Weisung,

die Sie von Hermann bekommen haben, und was da noch alles gesprochen worden ist.

Thaller: Also ich habe am 8. telefonisch diese Weisung bekommen. Ich halte es fest: Die Erhebungen sind vorderhand einzustellen, an die Staatsanwaltschaft Salzburg möglichst rasch Anzeige zu erstatten; weitere Ermittlungen nur über Auftrag der Staatsanwaltschaft beziehungsweise der Justiz.

Ich habe dann am Tag darauf, am 9., die Sachbearbeiter und den Abteilungsleiter — das war Strasser — zu einer Dienstbesprechung einberufen und habe dort, ohne — das muß ich auch sagen — zu erwähnen, daß seitens des Innenministeriums eine derartige Weisung hier war, diese Weisung erteilt, in meinem Namen erteilt. Da ich eigentlich sehen konnte und das sichere Gefühl beziehungsweise ein Gefühl gehabt habe: mit großer Wahrscheinlichkeit will Mayer noch nicht die Anzeige machen, habe ich ihn auf die Folgen, wenn er diese Weisung nicht einhält, aufmerksam gemacht. Es ist selbstverständlich — das ist mißverstanden worden —, daß ich keine Disziplinarstrafe verhängen kann, das ist rechtlich unmöglich. Ich habe ihm dann gesagt: Bitte, wenn das nicht gemacht wird, so ist das eine Weisungsverweigerung, die unter Umständen eine Disziplinarstrafe nach sich ziehen könnte.

Helene Partik-Pablé: Sie haben heute gesagt, mehrmals eigentlich — Sie haben das auch schon bei Ihrer ersten Vernehmung gesagt —, daß ein solches Vorgehen unüblich war. Warum haben Sie dann eigentlich solches Druck dahintergesetzt, daß Ihre Weisung erfüllt wird?

Thaller: Frau Abgeordnete! Ich hatte erst — wie gesagt — einmal die Weisung vom Herrn damaligen Ministerialrat Gruppenleiter Hermann: Rasch, rasch, rasch! Ich selbst war aber auch überzeugt davon — und ich habe diese Dinge, diese Punkte auch aufgeführt, warum ich es für notwendig erachtet habe, jetzt sofort die Anzeige zu erstatten, die Justiz zu verständigen. Noch einmal: Abgesehen von den rechtlichen Aspekten — Verdacht des sechsfachen Mordes und so weiter —, obligatorische Untersuchungshaft und so weiter, hat es aber konkret für den Salzburger Fall einige Punkte gegeben, daß Raschheit geboten war.

Das sind — noch einmal gesagt —: die Zweifeltigkeit des sogenannten Privatdetektivs Guggenbichler, das bekannte, etwas zu enge Verhältnis des Kriminalbeamten Mayer zu Guggenbichler, die bereits in der Presse beginnende Berichterstattung und schließlich und endlich ein Streit, ein interner Streit zwischen Mayer und Kriminalbeamten der Polizeidirektion Salzburg im Falle Kaufmann, das hat mit dem nichts zu tun. Also jedenfalls Sachen, die meiner Meinung nach das

Image der Sicherheitsverwaltung, wenn diese öffentlich ausgetragen werden, nachteilig beeinträchtigt haben. Meine Aufgabe ist es gewesen, als Sicherheitsdirektor hier einzugreifen, und ich war eben der Meinung, durch eine Anzeigerstattung würde das Problem zumindest momentan gelöst sein.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie Hermann gegenüber darauf verwiesen, daß dieses Vorgehen unüblich ist?

Thaller: Kann ich mich nicht erinnern. — Nein.

Helene Partik-Pablé: Warum eigentlich nicht?

Thaller: Ich habe schon zuerst gesagt: Seitens des Herrn Sektionschefs hat ein solch starkes Interesse an dieser Sache geherrscht, das habe ich gefühlt, daß er dann öfters anruft, das ist für mich ...

Helene Partik-Pablé: Wie hat sich das geäußert dieses „Interesse“, und was wollte er bei seinen Anrufen?

Thaller: Daß man eben schaut, daß da nicht eigenmächtige Ermittlungen durchgeführt werden. Man sollte die Sache im Auge behalten, und vor allem auch bezüglich des Guggenbichler, daß Guggenbichler da irgendwo bei diesen Erhebungen zuviel mitwirkt, weil er ja überhaupt keinerlei Berechtigung hat und so weiter.

Helene Partik-Pablé: Ist eigentlich darauf hingewiesen worden, daß es um sogenannte Prominente bei dieser Sache geht?

Thaller: Das weiß ich nicht. Also jedenfalls, ob da expressis verbis darauf hingewiesen worden ist, das weiß ich nicht, kann ich nicht mehr sagen, aber ich jedenfalls habe das Gefühl gehabt — sicher —, daß darin der Hintergrund zu suchen ist.

Helene Partik-Pablé: Wieso haben Sie das Gefühl gehabt?

Thaller: Damals stand das doch überall in den Zeitungen: „Club 45“ und so weiter. Das kommt von der Staatspolizei, vom Gruppenleiter der Staatspolizei, das Interesse. Daß da mehr als reines kriminalistisches Interesse dahintersteckt, ist doch ziemlich sonnenklar.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt — auch der Herr Minister Blecha hat das gesagt —, der Akt sollte deshalb zur Staatsanwaltschaft, weil laut Strafprozeßordnung nur aufgrund der Gerichte oder aufgrund der Staatsanwaltschaft die Polizei einschreiten darf, kann. — Damals hat aber noch — das hat der Herr Gruppeninspektor Mayer gesagt — die Kriminalordnung aus dem Jahre 1973,

wenn ich mich recht erinnere, gegolten. Wissen Sie, was da drinnen steht? — Aufgrund der Kriminalordnung dürfen die Sicherheitsdirektionen ebenfalls von selbst tätig werden. Diese Kriminalordnung gibt es jetzt angeblich nicht mehr. Ist Ihnen das nicht bekannt?

Thaller: Nein, das ist mir nicht im Detail bekannt, aber üblich ist es so bei der Kriminalabteilung, daß die schon selbst ihre Erhebungen macht.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Gruppeninspektor Mayer hat diese Kriminalordnung hier erwähnt.

Thaller: Ich weiß nicht, welche Bedeutung das haben sollte, Frau Abgeordnete. (Schieder: Das glaube ich Ihnen nicht!)

Helene Partik-Pablé: Dann schauen Sie bitte nach im Einvernahmeprotokoll. Ich sage es Ihnen dann, wenn ich . . . (Neuerlicher Zwischenruf Schieder.) Na gut, dann müssen wir die Sitzung jetzt unterbrechen, daß ich mir den Ordner herunterhole und nachschaue. — Vielleicht kann einer der Parlamentsangestellten oder wir das inzwischen klären . . .

Obmann Steiner: Bitte, was wollen Sie genau klären? Sie haben jetzt ein Zwiegespräch geführt, das man nicht gehört hat. Bitte, was soll jetzt geklärt werden?

Helene Partik-Pablé: Schieder hat gesagt, er glaubt mir nicht, daß der Herr Gruppeninspektor Mayer von einer Kriminalordnung aus dem Jahre 1973 gesprochen hat, die existiert . . .

Obmann Steiner: Würden Sie bitte in der Pause den Abgeordneten Schieder überzeugen!

Helene Partik-Pablé: Ich überzeuge gerne den ganzen Ausschuß.

Herr Minister Blecha! Ich möchte noch einmal Bezug nehmen auf die Anfrage — und auf Ihre schriftliche Beantwortung — des Kollegen Lichal vom 7. November 1985.

Bei dieser Beantwortung sagen Sie: „Das Beweismaterial, das der Staatsanwaltschaft Salzburg dazu übergeben wurde, stützt sich jedoch nur auf Unterlagen, die der erwähnte Privatdetektiv bei seiner Anzeigenerstattung übergeben hatte und die nach dessen eigenen Angaben zu einem Teil von ihm selbst und zu einem anderen Teil von einem rechtsfreundlichen Vertreter der Bundesländer-Versicherungsanstalt stammen.“

Das stimmt aber überhaupt nicht, sondern selbstverständlich ist der Staatsanwaltschaft auch das übergeben worden, was die Salzburger Polizei-behörde oder Gendarmeriebehörde erhoben hat.

Das sollten Sie eigentlich wissen beziehungsweise hätten Sie im Jahre 1985 wissen sollen. Die Einvernahmeprotokolle Daimler, Wagner sind ja alle mit übermittelt worden.

Wie kommen Sie dazu, daß Sie gegenüber dem Parlament eine falsche Angabe machen?

Blecha: Aufgrund der Stellungnahme der Sicherheitsdirektion zur Übergabe der verschiedenen Dokumente an die Staatsanwaltschaft Salzburg.

Helene Partik-Pablé: Aber die Sicherheitsdirektion Salzburg hat ja laufend die Einvernahmen dem Ministerium übermittelt. Wir haben auch hier den Aktenvermerk, den ich heute schon erwähnt habe, vom 29. Juli 1983, wonach „auftragsgemäß die Niederschriften von Peter Daimler und Michaela Wagner übermittelt“ werden. Das war bereits im Jahre 1983. Der Herr Sektionschef Hermann . . .

Blecha: Ich habe weder von dem Aktenvermerk noch von der Übermittlung etwas gewußt.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Sektionschef Hermann hat aber heute schon zugegeben, daß er davon etwas gewußt hat.

Blecha: Aber nicht ich als Bundesminister . . .

Hermann: Ich habe das nicht zugegeben, sondern das erklärt. (Graff: Der Verfasser der Anfragebeantwortung ist weiterhin unbekannt!)

Helene Partik-Pablé: Herr Sektionschef Hermann, Sie haben gewußt von dieser Übermittlung der Einvernahmeprotokolle. Sie haben auch — teilweise zumindest — die Unterlagen für die schriftliche Anfragebeantwortung zusammengestellt.

Hermann: Das erste: ja, das zweite: nein.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie nicht den Herrn Minister damals auch davon in Kenntnis gesetzt, daß die Einvernahmen Daimler, Wagner und andere auch noch der Staatsanwaltschaft übergeben worden sind?

Hermann: Die waren Beilagen der Anzeige. Ich habe keinen Anlaß hiezu gehabt. Das war Beilage der Anzeige, die gemacht worden ist. — Ich habe ja nicht mitgewirkt an der Formulierung dieser Antwort.

Helene Partik-Pablé: Da geht es aber nicht mehr nur um die Formulierung, sondern da geht es ja um einen sachlichen Inhalt.

Haben Sie eigentlich am 5. 8., als Sie den Minister über den gesamten Akt informiert haben, damals schon Kenntnis über den ganzen Akt gehabt,

nämlich 1983? Haben Sie damals dem Minister gesagt, daß diese Einvernahmen vorliegen?

Hermann: Daß Einvernahmen da sind, sicherlich.

Helene Partik-Pablé: Ja und warum haben Sie es ihm dann nicht gesagt im Jahre 1985?

Hermann: 1985 war ich nicht mehr bei der Staatspolizei.

Helene Partik-Pablé: Herr Minister! Ich halte Ihnen vor die Aussage des Herrn Sektionschefs Hermann, Sie sind informiert worden über diese Einvernahmen, nämlich 1983, am 5. August, bei diesem Gespräch. Warum findet das nicht Eingang in die schriftliche Anfragebeantwortung?

Blecha: Ich habe Ihnen schon einmal gesagt: Es gibt dort unter Bezugnahme auf die Vollanzeige die Feststellung, daß die Sicherheitsdirektion Salzburg davon ausgeht, daß es in erster Linie eben Guggenbichlers Material ist, das die Grundlage für diese Anzeige darstellt, und es gibt also hier auch noch folgenden Hinweis:

Was die in der Anzeige vom 14. August niedergelegten Fakten betreffe, lege die Sicherheitsdirektion Salzburg Wert darauf, festzustellen, daß sie einen Auftrag zu diesen Erhebungen nicht erteilt und daher angeordnet habe, daß dies in der Anzeige zum Ausdruck komme. — Das ist die Unterlage, die hier zur Verfügung stand.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber mir geht es wirklich darum, wie Sie das Parlament informiert haben. Sie haben zur Frage 5, zur Frage des Abgeordneten Dr. Lichal gesagt: Das Beweismaterial stützt sich nur — „nur“ steht da — auf Unterlagen, die Guggenbichler bei seiner Anzeigeerstattung gegeben hatte. — Und das ist falsch!

Blecha: Wieso? Es gibt aus den Ermittlungen des Kriminalgruppeninspektors Mayer und des Kriminalgruppeninspektors Gratzner nichts Zusatzliches.

Helene Partik-Pablé: Herr Minister, glauben Sie wirklich, daß Zeugeneinvernahmen kein Beweismaterial sind?

Blecha: Ich glaube, daß das Wesentliche das Beweismaterial war, daß der Verdacht des schweren Betruges, der Sprengung des Motorschiffes „Lucona“ durch das Material, das Guggenbichler hatte, das von Dr. Masser und Klingsbigl gesammelt worden ist — ausgezeichnetes Material übrigens, mit Sachverständigengutachten und dergleichen —, das innerhalb eines sechs Jahre lang dauernden Zivilprozesses gesammelt, aber nie der Staatsanwaltschaft vorher übergeben worden ist.

Helene Partik-Pablé: Sie haben meine Frage nicht beantwortet: Glauben Sie, daß Zeugeneinvernahmen kein Beweismaterial sind?

Blecha: Ich glaube, daß sie auch dazugehören, daß Zeugeneinvernahmen selbstverständlich dazugehören, aber das Wesentliche war nach dem Wissensstand von damals, aufgrund auch der Ergänzungen zur Vollanzeige vom 14. August durch die Sicherheitsdirektion Salzburg, daß man sich stützt auf das Material Guggenbichlers.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie dann nicht hineingeschrieben, daß auch Zeugeneinvernahmen vorhanden sind?

Blecha: Das ist ja gar nicht gefragt worden.

Helene Partik-Pablé: Sie haben von sich aus gesagt: Das Beweismaterial stützt sich nur auf Unterlagen Guggenbichlers. (Graff: „Ausschließlich!“) Ausschließlich. — Und das stimmt nicht!

Blecha: Wieso stimmt das nicht? Ich verwahre mich dagegen . . .

Helene Partik-Pablé: Das Beweismaterial stützt sich nur auf Unterlagen, die von Guggenbichler vorgelegt worden sind. Warum schreiben Sie nicht dazu, daß sich das Beweismaterial auf Unterlagen stützt, die Guggenbichler vorgelegt hat und auch auf Zeugeneinvernahmen von Salzburg? (Rieder: Das ist kein Beweismaterial . . .!) Ich frage erstens einmal nicht Sie, sondern ich frage den Herrn Minister: Was sagen Sie dazu? Es muß ja irgendeinen Grund haben, warum Sie das so formuliert haben, warum Sie die Tätigkeit der Salzburger Behörden überhaupt hier völlig verschwinden lassen?

Blecha: Die lasse ich nicht verschwinden, sondern es geht doch das — Sie selbst haben das x-mal auch während des Ausschusses festgestellt — alles letztendlich zurück auf die Anzeige des Herrn Guggenbichler bei Mayer in der Zeit vom 1. bis 3. Juli, auf die Ergänzungen, die er dann vorgebracht hat am 22. Juli, auf das Material, das zur Verfügung gestellt worden ist beispielsweise am 7. Juli von den Anwälten Masser und Klingsbigl bei der Besprechung mit Mayer und Gratzner. Das ist das Beweismaterial, das war mein Wissensstand — und den habe ich dem Parlament auch mitgeteilt.

Helene Partik-Pablé: Es spielt sich dasselbe ab wie schon bei Ihrer vorherigen Vernehmung, wo es um eine andere schriftliche Beantwortung geht: Selbst wenn erwiesen ist, daß Sie das Parlament falsch informiert haben, geben Sie es nicht zu.

Blecha: Ich habe das Parlament nicht falsch informiert.

Helene Partik-Pablé: Ich habe es Ihnen ja jetzt gerade vorgehalten. Gut, ich nehme zur Kenntnis, daß Sie nicht zugeben, daß das ganz einfach eine falsche Information an das Parlament ist. Jeder, der sich das hier durchliest . . .

Blecha: Ich verahre mich dagegen . . .

Helene Partik-Pablé: Ja, verwahren Sie sich dagegen, aber jeder, der diese Beantwortung liest, kann sich davon überzeugen . . . (Blecha: Das war keine falsche Information!)

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung hat sich Dr. Rieder gemeldet. — Bitte.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender, ich muß mich entschieden dagegen verwahren, daß es hier offenbar Übung ist, bei Vorhalten einfach falsche Behauptungen aufzustellen und das dann noch mit der Behauptung zu verbinden, daß das dann eine unrichtige Beantwortung war. Ich habe hier den Wortlaut der Anfragebeantwortung und stelle fest, daß hier eindeutig gesagt wird: ein Beamter und so weiter Ermittlungen, insbesondere Vernehmungen durchgeführt. — Davon hat die Frau Kollegin Partik-Pablé kein Wort erwähnt, daß das in der Anfragebeantwortung steht.

Zum zweiten steht dann weiter unten: „Das Beweismaterial stützt sich . . .“

Aber das Beweismaterial ist ja das, was die Behörde ermittelt hat. Also daher sehe ich da überhaupt keine inhaltliche Differenz, aber ich möchte mich ja nicht inhaltlich melden, sondern ich verahre mich dagegen — und ich werde das in Zukunft ganz entschieden tun —, wenn hier Vorhalte mit falschen Behauptungen gemacht werden.

Obmann Steiner: Bitte, Frau Doktor.

Helene Partik-Pablé: Auf die Wortmeldung des Herrn Kollegen Rieder kann ich nur sagen, daß er mir etwas Falsches vorwirft. Es steht da: Das Beweismaterial stützt sich jedoch nur auf Unterlagen, die der erwähnte Privatdetektiv Guggenbichler vorgelegt hat. — Und nichts anderes habe ich vorgehalten, und auf nichts anderes hat Herr Blecha geantwortet. Er hat nur einen Standpunkt vertreten, der ganz einfach nicht der Wahrheit entspricht.

Im übrigen kann ich jetzt eine Belehrung des Ausschusses vornehmen; ich habe jetzt das Protokoll von der Aussage Mayers vom 9. 1. 1989, Seite 1034.

Mayer: Ja, sicherlich. Es ist ja dazu noch zu erwähnen, daß es eine Dienstvorschrift für die Kriminalabteilung gibt, die aus dem Jahre 1973 stammt, die damals, also 1983, noch Gültigkeit hatte. Die ist dann 1985 abgelöst worden durch eine Vorschrift, und da steht ja ausdrücklich drinnen, daß

die Kriminalabteilung über Weisung der Sicherheitsdirektion kriminalpolizeiliche Tätigkeiten zu verrichten hat. (Abg. Schieder: Sie haben von einer „Kriminalordnung 1973“ gesprochen!)

Obmann Steiner: Bitte, wir machen jetzt nicht die Belehrung des Ausschusses, sondern Zeugenbefragungen. Wir haben ja alle diese Aussagen von Gruppeninspektor Mayer gehört.

Helene Partik-Pablé: Ich habe den Ausdruck „Dienstordnung“, „Kriminalordnung“, gebraucht. Bitte ich berichte: Dienstvorschrift heißt das, wenn Ihnen das lieber ist.

Herr Sektionschef Dr. Hermann, wir haben heute schon gesprochen über den Aktenvermerk: Auftragsgemäß wird eine Ablichtung des Protokolls Wagner-Daimler in Vorlage gebracht. Sie können sich daran erinnern?

Hermann: Ja.

Helene Partik-Pablé: Dieser Aktenvermerk, diese Niederschrift ist zu Ihnen gekommen?

Hermann: Muß zu mir gekommen sein, und ich kann mich auch daran erinnern, ja.

Helene Partik-Pablé: Und von wem kam der Auftrag, daß das geschickt werden soll?

Hermann: Das kann nur von mir gewesen sein, und zwar nach der Intervention des Herrn Dr. Damian; das kann nur ein Telefongespräch gewesen sein mit Dr. Strasser. Ich habe weder mit dem Kollegen Gratzler Kontakt gehabt, und ich habe das sicherlich auch nicht an den Herrn Sicherheitsdirektor gerichtet. Es kann das also nur Dr. Strasser gewesen sein.

Helene Partik-Pablé: Wie erklären Sie sich dann, daß Sie behauptet haben, und zwar hier vor dem Ausschuß, daß Sie erst am 29. Juli Kenntnis erlangt haben von diesem ganzen Fall?

Hermann: Nein, bitte, Frau Abgeordnete, das habe ich nicht gesagt. Bitte nachzuschauen! Ich habe gesagt: Ende Juli, am 29. oder allenfalls am 28. Bitte ich muß jetzt sagen: vielleicht auch am 27. Am 29. habe ich den Akt ausgehoben, und ich habe gesagt, das war mein Orientierungszeitpunkt. Ich habe die Protokolle nachgelesen.

Helene Partik-Pablé: Also wann haben Sie jetzt wirklich Kenntnis erlangt von diesen Erhebungen in Salzburg und von diesen Berichten?

Hermann: Das muß so am 27. gewesen sein, also in diesen Tagen, es kann am 26. gewesen sein, aber es wird wahrscheinlich am 27. gewesen sein.

Helene Partik-Pablé: Wie bringen Sie das dann in Einklang damit, daß auf den Konsignationsli-

sten, die den Berichten beigeheftet waren, die mit den Berichten vorgelegt werden. Ihr Zeichen draufsteht, und zwar schon im April 1983?

Hermann: Ja, das ist der Bericht vom 14. 4., weil die Akten, die im sogenannten „geheimen Meldeweg“ gekommen sind — das waren solche Akten aus allen Bundesländern —, sind immer über meinen Schreibtisch gegangen. Das Titelblatt war immer eine sogenannte Konsignationsliste, und das war auch diese Zusammenfassung von Berichten von Salzburg . . . (*Graff: Und Sie waren der „Agent 007“!*) — Wenn Sie es so nennen wollen, Herr Abgeordneter, bitte. Ich habe es ein bißchen anders aufgefaßt, nicht als lächerlich, aber das ist eine andere Frage.

Helene Partik-Pablé: Herr Sektionschef, und wieso haben Sie diese abgezeichnet?

Hermann: Nein, ich habe sie nicht abgezeichnet, sondern ich habe sie zugewiesen. Meine Paraphie ist I/7, das war die Abteilung II/7. Darf ich das bitte erklären: Diese Akten sind gesammelt gekommen, und oben, das Deckblatt, war die Konsignationsliste mit dem Inhalt. Es war mir unmöglich bei der Vielzahl der Akten, die gekommen sind, jedes Aktenstück selbst durchzusehen. Ich habe mich an der Konsignationsliste orientiert, und auf dieser Konsignationsliste steht oben kein Wort von „Lucona“, sondern es steht oben „Pinosa“. Der Fall Pinosa war mir in Erinnerung, denn 1978/1979 wurde in dieser Angelegenheit, in dieser Causa erhoben. Das Endergebnis war: Es hat nichts herausgeschaut. Ich habe deshalb alle Stücke, die von Salzburg gekommen sind, mit einer „7“ versehen, das heißt, sie sind zur betreffenden Abteilung weitergegangen. So war das der Fall.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, Sie haben nicht gewußt, was drinnensteht in den Berichten, und haben aber trotzdem gewußt, an wen Sie diese Berichte zuteilen müssen?

Hermann: Natürlich, weil sie auf dem „geheimen Meldeweg“ gekommen sind. Das sind praktisch alles Angelegenheiten, die zur Abteilung II/7 gehören. Die von Abteilung II/6, die sich mit anderen staatspolizeilichen Angelegenheiten befaßt hat, sind in der Regel auf „normalem“ Kanzleiweg gekommen.

Helene Partik-Pablé: Machen Sie das in allen Sachen so, daß Sie das, ohne daß Sie etwas sehen, dem Referenten zuweisen?

Hermann: Das mache ich natürlich nicht, aber in diesem Fall war es selbstverständlich, weil solche Berge gekommen sind. Man hat ja auch andere Dinge zu tun, und es ist unmöglich, jeden Akt bis ins Detail durchzulesen. Ich habe mich orientiert am „Betreff“.

Helene Partik-Pablé: Aber am 14. 4. sind ja gar nicht solche „Berge“ gekommen, sondern exakt acht Stück Berichte sind gekommen.

Hermann: Aber es waren auch noch andere dabei, Frau Abgeordnete, es war nicht nur dieser Bericht, es waren auch noch andere Stücke, von den anderen Bundesländern etwa. Es ist jeden Tag ein Bericht aus Wien gekommen, es ist jeden Tag ein Bericht aus Niederösterreich gekommen, es sind, je nach Anfall, Berichte von den anderen Bundesländern gekommen. Sie können mir den Vorwurf machen, daß ich es nicht bis zum Ende durchgelesen habe — bitte, das muß ich entgegennehmen.

Helene Partik-Pablé: Mir würde es schon genügen, wenn Sie die ersten paar Seiten gelesen hätten, denn der Bericht besteht nur aus zwei Seiten.

Hermann: Ich weiß es.

Helene Partik-Pablé: Worin besteht dann überhaupt Ihre Aufgabe? — Nur, daß Sie die Konsignationsliste erhalten, die Schriftstücke nicht anschauen und nur zuteilen?

Hermann: Sicher, nicht allein, aber wenn mir etwas auffällt, dann werde ich einen Bericht verlangen. Es sind hier zum Beispiel auch keine Vorakten dabei, Frau Abgeordnete, in diesen Konsignationslisten, was wichtig ist für die Beurteilung eines Falles . . .

Helene Partik-Pablé: Wie soll Ihnen etwas auffallen, wenn Sie es nicht lesen, Herr Sektionschef?

Hermann: Am „Betreff“ sehe ich doch, was es ist, wenn ein anderes Wort da ist, dann schaue ich es mir an. Das muß man schon dem Gefühl eines Beamten, der das 30 Jahre gemacht hat — ich glaube, 35 Jahre war es —, da hat man es im Gefühl, ob das etwas Wichtiges ist. Das ist ja nicht verlorengegangen, es ist doch zur zuständigen Fachabteilung gekommen.

Helene Partik-Pablé: Bestand Ihre Tätigkeit als Chef der Staatspolizei darin, nur die Betreffs anzuschauen?

Hermann: Mich auch — neben vielen anderen Dingen — am „Betreff“ zu orientieren. Das war mir nur eine Orientierungshilfe, aber ich habe auch noch ein bißchen etwas anderes gemacht.

Helene Partik-Pablé: Wann haben Sie eigentlich von den Berichten Kenntnis erlangt? Oder haben Sie nie Kenntnis erlangt?

Hermann: Doch, von den Berichten habe ich Kenntnis erlangt — das habe ich hier schon erläutert —, nachdem diese Intervention vom Dr. Da-

mian gekommen ist. Da habe ich mir all diese Akten angeschaut.

Helene Partik-Pablé: Aber eines scheint mir auch noch sehr sonderbar, Herr Sektionschef, aber vielleicht können Sie mir da helfen: Am 18. April kommt der Bericht vom 14. April 1983. Da steht oben drauf „Pinosa“.

Hermann: Eben.

Helene Partik-Pablé: Und am 10. Mai 1983 kommt wieder ein Bericht. Warum wird der dann gleich Guggenbichler zugeordnet?

Hermann: Weil der Betreff „Guggenbichler“ war, Frau Abgeordnete. Das werden Sie ja sehen.

Helene Partik-Pablé: Warum werden diese beiden Berichte gleich zusammengelegt? Das ist mir eigentlich nicht klar.

Hermann: Die sind nicht zusammengelegt worden, es sind zwei verschiedene Zahlen. Sie werden sehen, es gibt zwei verschiedene Zahlen. Das habe ich heute auch schon gesagt: Es gibt eine Zahl für die „Pinosa“-Akten, wo der Bericht vom 14. 4. war, und es gibt eine gesonderte Zahl, die Guggenbichler betroffen hat. Daß dieser Bericht vom 10. 5. in Salzburg nicht sehr ernst genommen wurde, sehen Sie an der Konsignationsliste, denn dieser Bericht ist erst am 13. Juni bei uns eingelangt.

Helene Partik-Pablé: Und wo war der in der Zwischenzeit, nämlich vom 10. Mai bis 13. Juni?

Hermann: In Salzburg ist er gelegen. Da gibt es die Konsignationsliste, die am 13. Juni ist, und da ist der Bericht, neben anderen. Vom 3. 6. sind einige Berichte drinnen, und auch der vom 10. 5. ist erst übermittelt worden am 9. 6. 1983.

Helene Partik-Pablé: Aber, Herr Sektionschef, Ihnen liegen auch beide Berichte vor. Wieso wird da ein Bezug zwischen dem ersten Bericht vom 14. 4. und zwischen dem 10. Mai hergestellt? Da muß es doch dazwischen irgendeinen Kontakt gegeben haben. Von wem wurde der Bericht am 10. Mai 1983 angefordert?

Hermann: Von niemandem angefordert: Die österreichischen Sicherheitsbehörden arbeiten auch von sich aus, ohne daß sie angefordert werden. Das war ein Bericht aus Salzburg. Bitte, Frau Abgeordnete, wenn Sie lesen . . .

Helene Partik-Pablé: Da muß es doch einen Kontakt gegeben haben mit den Salzburgern zwischen dem Bericht vom 14. 4. bis zum 10. Mai?

Hermann: Nein, das war unabhängig davon, es sind auch zwei völlig verschiedenen Antworten

ergangen. Wenn Sie sich das bitte in Erinnerung rufen!

Helene Partik-Pablé: Wieso kommt da Guggenbichler plötzlich zum „Pinosa“-Akt dazu? — Das ist mir nicht klar.

Hermann: Nein, der ist erst später dazugekommen, Frau Abgeordnete . . .

Helene Partik-Pablé: Aber ein Zusammenhang wird hergestellt.

Hermann: Der Zusammenhang ist dann hergestellt worden, als die Intervention des Dr. Damian gekommen ist und hier klargeworden ist, daß „Pinosa“ und Guggenbichler zusammengehören. Das Wort „Guggenbichler“ im Zusammenhang mit den Erhebungen ist zum erstenmal im Bericht vom 10. Mai aufgetaucht. Bitte, wenn Sie das nachschauen!

Helene Partik-Pablé: Und wer hat oben hingeschrieben: „Ablichtung zum Akt Proksch-Daimler.“?

Hermann: Das ist erst geschehen — da steht auch ein Datum dabei —, als die Akten dem Untersuchungsausschuß vorgelegt worden sind.

Helene Partik-Pablé: Wer hat das dazugeschrieben?

Hermann: Das hat die Kanzlei gemacht, aber vielleicht kann der Herr Regierungsrat Balas Auskunft geben, der hier in Kürze erscheinen wird. Das habe nicht ich gemacht.

Helene Partik-Pablé: Sie sagen, der Bericht vom 10. Mai ist nicht angefordert worden von jemandem (Hermann: Nein!), der ist selbständig von Salzburg geschickt worden.

Hermann: Ja, das ist auch aus dem Wortlaut des Berichtes zu ersehen.

Helene Partik-Pablé: Und ist ein eigener Akt geführt worden?

Hermann: Der Akt Guggenbichler, der ja, wie hier erörtert wurde, auf Jahre zurückgeht, nicht im Zusammenhang mit „Lucona“, sondern aus anderen Gründen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben also gesehen: Betreff ist „Guggenbichler“ und haben verfügt, daß das zum Akt Guggenbichler kommt.

Hermann: Ja, ich glaube, eine durchaus logische Schlußfolgerung.

Helene Partik-Pablé: Sie haben keinen Zusammenhang hergestellt zwischen „Pinosa“ und „Guggenbichler“?

Hermann: Das konnte ich nicht in dem Zusammenhang. Bitte, wenn Sie den Bericht Guggenbichler lesen, sehen Sie, daß das gar nicht möglich ist. Da stehen ja völlig verworrene Dinge drinnen.

Helene Partik-Pablé: Das ist erst später passiert?

Hermann: Das ist erst später passiert.

Helene Partik-Pablé: In dem Bericht vom 10. Mai 1983 steht aber schon etwas von „Lucona“ und auch von „Pinosa“ drinnen. — Das hat Sie nicht veranlaßt, eventuell diesen Akt „Pinosa“ kommen zu lassen?

Hermann: Nein, das hat mich nicht veranlaßt, aber es hätte die Fachabteilung veranlassen können, die die Aufgabe gehabt hat, das jetzt genau durchzuschauen, das auch anhand der Vorakten anzuschauen. Denn für jeden, der einen Akt behandelt, ist die erste Frage: Ist ein Vorakt da? Und beim Einlaufstück sind die Vorakten nicht dabei, die kommen dann erst im späteren Verlauf der Aktenbehandlung, wenn der Akt zugewiesen ist an die Fachabteilung. Was ich also mit dieser Paraphie gemacht habe.

Helene Partik-Pablé: Ja, danke.

Jetzt habe ich noch eine Frage, und zwar zu dem Treffen am 9. 1. 1989, Herr Dr. Thaller und Hermann. Und zwar, Herr Dr. Thaller, Sie haben in Ihrer ersten Einvernahme gesagt — soviel ich mich erinnere, bitte, um keinen falschen Vorhalt zu machen —, daß . . . Nein, Entschuldigung, Sektionschef Hermann hat gesagt, Dr. Thaller hat angerufen aus dem Autotelefon, und Sie haben den Eindruck gehabt, er ist nervös, fürchtet sich, weil er die Aussagen des Mayer aus dem Autoradio gehört hat, und da war er nervös.

Hermann: Wie, Autoradio?

Helene Partik-Pablé: Ist ja egal.

Hermann: Er hat gesagt, der Mayer hat recht unangenehme Aussagen gemacht. Woher er das hat, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Bleiben Sie dabei?

Hermann: Ja, natürlich.

Helene Partik-Pablé: Daß das so war?

Hermann: Natürlich.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Thaller, was sagen Sie dazu?

Thaller: Also ich habe zu dem Zeitpunkt, wie ich per Autotelefon den Herrn Sektionschef angerufen habe, von einer Aussage Mayer überhaupt nichts gewußt. Ich habe das schon erklärt.

Ich habe in unserem Dienstwagen ein Autoradio, in dem die Sender programmiert und die per Taste abrufbereit sind. Wir wollten — ja, bitte, das möchte ich berichtigen: die 12-Uhr-Nachrichten natürlich — das „Mittagsjournal“ hören. Das war in Ansfelden, schon in Oberösterreich. Wir konnten es nicht mehr hineinbringen, Salzburg hat offensichtlich eine andere Frequenz. Wir waren — da ist der General Koll drinnengessen, der Fahrer und ich —, wir alle drei waren nicht in der Lage, die örtliche Frequenz einzustellen. Also wir haben uns furchtbar geärgert, wir konnten nicht die Mittagsnachrichten empfangen. Wir haben es dann noch einmal . . . (*Schieder: Das beweist, daß niemand abgehört wird!*)

Helene Partik-Pablé: Bitte, können Sie so lieb sein und den Zeugen einmal aussprechen lassen?

Thaller: Wir wußten die stundenweisen Nachrichten, also die stündlichen Nachrichten. Wir haben da hier versucht . . . Jedenfalls, zu dem Zeitpunkt, als ich per Autotelefon — das war bei der Einfahrt nach Wien — den Herrn Sektionschef angerufen habe, wußte ich über den Inhalt einer Aussage vom Mayer null, also überhaupt nichts.

Helene Partik-Pablé: Herr Sektionschef, was sagen Sie dazu?

Hermann: Es steht Aussage gegen Aussage.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber was sagen Sie dazu?

Hermann: Ja, es steht Aussage gegen Aussage.

Helene Partik-Pablé: Ja, das weiß ich, das höre ich auch.

Hermann: Ich kann mich erinnern, so wie ich es vor fünf Minuten gehört habe, daß der Kollege Thaller gesagt hat: Man hat mir gesagt, der Mayer hat sehr unangenehme Aussagen gemacht. Nun muß man das ja nicht durch das Autotelefon hören, nicht durch das Autoradio hören — ich will ihm das jetzt gar nicht unterstellen, ich will ihm das gar nicht unterstellen —, sondern er hat ein Autotelefon gehabt, das ist im Mittagsjournal gewesen, er könnte theoretisch, ich will nicht sagen, daß Sie es getan haben, aber logisch erklärbar könnte er ja von jemand anderen das gehört haben, daß der Mayer diese Aussagen gemacht hat. Denn ich habe noch im Ohr, wie er gesagt hat: Man hat mir gesagt. Warum hätte er mich, Frau Abgeordnete, sonst auch anrufen sollen, bitte? Das war doch kein Grund?

Helene Partik-Pablé: Weil es vereinbart war.

Hermann: Bitte?

Helene Partik-Pablé: Weil es vereinbart war.

Hermann: Na gut, bitte, was soll man vereinbaren, daß der Kollege Thaller mich anruft, wenn er nach Wien fährt? Das ist doch völlig unlogisch!

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Thaller, Sie haben zwar zuerst schon gesagt, Sie haben von der Aussage des Mayer keine Ahnung gehabt, als Sie nach Wien gekommen sind. Ich möchte Sie noch einmal fragen: Haben Sie mit irgend jemand Kontakt aufgenommen, telefonisch? Oder antworten Sie bitte gleich auf das, was der Herr Sektionschef Hermann jetzt gesagt hat. Haben Sie von der Aussage Mayer hier vor dem Untersuchungsausschuß irgend etwas gewußt?

Thaller: Ich bin hierhergefahren ins Parlament, mit dem General Koll, der einen Termin vor mir gehabt hat. Ich bin da kurz heraufgegangen in das Lokal VI, und zu diesem Zeitpunkt war die Einvernahme des Mayer noch im Gange. Draußen habe ich mit Kollegen gesprochen, wo man mir schon gesagt hat: Also da geht es recht genau, recht brisant zu. Der Mayer war bereits drei Stunden, glaube ich, schon hier herinnen. Aber über den Inhalt als solchen habe ich nichts erfahren können.

Helene Partik-Pablé: Sie haben auch mit niemandem telefoniert per Autotelefon und haben sich informieren lassen?

Thaller: Nein. Aber bitte, das kann man ja alles verifizieren — da ist der General Koll drinnengesessen und auch der Fahrer —, daß wir per Autoradio das nicht empfangen konnten.

Obmann Steiner: Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Ich bin gleich fertig.

Obmann Steiner: Sie sind schon bei 40 Minuten.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung.

Herr Dr. Thaller, Sie haben in Ihrem Schreiben an den Vorsitzenden geschrieben, daß Sie den Auftrag erhalten haben von Hermann, sich mit ihm in Verbindung zu setzen, wenn Sie zur Zeugenaussage in Wien kommen. Ist das richtig?

Thaller: Ja, das ist richtig.

Helene Partik-Pablé: Herr Sektionschef, was sagen Sie dazu?

Hermann: Welchen Grund hätte es dafür gegeben?

Helene Partik-Pablé: Ich frage Sie ja. Fragen Sie mich bitte nicht, sondern ich frage Sie.

Hermann: Ich antworte: Nein.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Dr. Thaller sagt die Unwahrheit?

Hermann: Wenn er das behauptet, ja! Natürlich.

Helene Partik-Pablé: Was hätte er für einen Grund, hier die Unwahrheit zu sagen?

Hermann: Das weiß ich nicht. Das müssen Sie den Kollegen Dr. Thaller fragen.

Helene Partik-Pablé: Gut, danke.

Obmann Steiner: Danke. Damit . . .

Graff: Darf ich . . .

Obmann Steiner: Bitte.

Graff: Eine ganz kurze Frage. Herr Blecha, wir haben die ganze Zeit geredet vom Generaldirektor, der Ihnen die Anfragen beantwortet hat. Nun trägt die zweite, heute neue — von der ich ebenfalls behaupte, daß sie unwahr ist — parlamentarische Beantwortung ein ganz anderes Zeichen. Ich frage Sie: Von wem haben Sie die vorgelegt gekriegt. Da steht GD drauf, das ist die erste, und das ist eine andere.

Blecha: Das ist wahrscheinlich die Gruppe D, wahrscheinlich der Herr Gruppenleiter Köck, nehme ich an.

Graff: Ah, das ist von der Seite Köck?

Blecha: Nehme ich an.

Graff: Ich wollte es nur wissen.

Obmann Steiner: Die Geschäftszahlen, für das Protokoll!

Graff: Die Geschäftszahlen sind: die der ersten Anfrage 1198/AB vom 2. 5. 1985, Innenministeriumszahl 19007/138-GD/85, und die der zweiten 1680/AB vom 30. 12. 85, Innenministeriumszahl 4400/3-II/D85.

Obmann Steiner: Danke.

Blecha: Herr Vorsitzender!

Obmann Steiner: Bitte.

Blecha: Zur Ergänzung, weil es sich um die Anfragebeantwortung handelt, möchte ich noch, weil ich sie jetzt auch gefunden habe, darauf verweisen, daß in der Vollanzeige des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg, unterschrieben von Mayer und Dürager, unter Punkt 7 steht: „Die vorgelegten Beweismittel, mit Ausnahme der Niederschriften (*Graff:* Na ja!) wurden teils durch den Rechtsvertreter der Bundesländer-Ver-

sicherung direkt, teils von diesem über den Beauftragten Dietmar Guggenbichler übermittelt.“
(Graff: Ja, aber um die Niederschriften geht es!)

Das ist es. Die vorgelegten Beweismittel kommen von dort.

Obmann Steiner: Danke. (14.08 Uhr)

Die Gegenüberstellung ist nun beendet. Ich verstage die Sitzung des Ausschusses auf eine Stunde. Um 15.15 Uhr sehen wir uns hier wieder, bitte. (Graff: Es ist eine große Zumutung, aber könnte Sektionschef Hermann zwar jetzt auch die verdiente Pause machen, aber dann doch sich während der Aussage von Dr. Danzinger noch bereithalten, falls wir dann noch Kreuzfragen haben!)

(Unterbrechung der Ausschusssitzung von 14.08 Uhr bis 15.20 Uhr.)

Obmann Steiner: Darf ich Sie um Unterbrechung der Pressekonferenz bitten, Herr Abgeordneter Pilz. (Schieder: Wie gewohnt!)

Wir nehmen die Beratungen des Ausschusses wieder auf. Ich bitte, den Herrn Regierungsrat Balas hereinzubitten.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Regierungsrat Johann Balas
im Sinne des § 271 StPO**

(15.20 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Regierungsrat Balas! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name, bitte.

Balas: Vorname: Johann. Familienname: Balas.

Obmann Steiner: Ihr Geburtsdatum.

Balas: 29. 8. 1935.

Obmann Steiner: Beruf.

Balas: Beamter.

Obmann Steiner: Wohnort.

Balas: 3031 Rekawinkel, Sonnbergstraße 17.

Obmann Steiner: Sind Sie von der Verschwiegenheitspflicht entbunden?

Balas: Nein, bin ich nicht.

Obmann Steiner: Sind Sie nicht. (Graff: Der Generaldirektor kann das ja machen!) Bitte, ist das notwendig? — Bitte, wir müßten dann versuchen, Sie von der Verschwiegenheitspflicht entbinden zu lassen, wenn etwas aufkommen sollte, wo Sie glauben, es ist gegen Ihre Verschwiegenheitspflicht. (Graff: Versuchen wir es einmal so!)

Abgeordneter Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Regierungsrat! Herr Sektionschef Hermann hat uns heute — Herr Vorsitzender, wenn Sie so lieb sind und ihm das Original bitte zeigen wollten — diesen Aktenvermerk mitgebracht. Uns ist aufgefallen, daß hier ein dünner Streifen eines Papiers eines Aktenvermerks aufgeklebt ist. Ich möchte Sie fragen: Wer hat diesen Streifen zusammengeschnitten, und hat es sonst noch Text auf diesem Dokument gegeben?

Balas: Diesen Streifen habe ich abgeschnitten. Der zweite Teil, den kann ich Ihnen im Original zeigen. Es war der Vermerk, der mir damals — ich weiß nicht, warum — wahrscheinlich nicht wichtig genug erschienen ist, daß ich nur die eine Seite weitergegeben habe. Wenn Sie gegen das Licht schauen, werden Sie sehen, die Schnittflächen decken sich.

Graff: Ich glaub's! (Rieder: Zeigen Sie uns das auch! — Helene Partik-Pablé: Auch den Fraktionsführern! — Pilz: Nur den Fraktionsführern!)

Jetzt möchte ich Sie aber schon fragen: Wieso — vielleicht wissen Sie es dann nicht, dann müßten wir den Verfasser, den Knechtsberger, fragen —, aber wieso macht der Dr. Knechtsberger in der Mitte eines großen weißen Blattes einen solchen Aktenvermerk? Können Sie vielleicht aus Ihrer Kenntnis der vorhergehenden Seiten irgendwie sagen, wie das zusammenpaßt?

Balas: Es war dies ein Achtelbogen, in dieser Dimension.

Graff: So wie ein halbes A4-Blatt.

Balas: Ja, wie ein halbes Blatt. Und beim Bereitstellen für das Material für die Kommission habe ich das Obere weggeschnitten. Ich habe es aber nicht weggeworfen, sondern ich habe nur den unteren Teil aufgeklebt und habe es weitergegeben. Also in Kopie. Das Obere ist mir nicht als wichtig erschienen. Das hat sich allerdings erst im Laufe der Zeit als wichtig erwiesen.

Graff: Das Obere, meinen Sie, der wirkliche, der Aktenvermerk von Knechtsberger war das Obere oder das untere?

Balas: Nein, das ist zusammengehängt.

Graff: Oben steht, wo Guggenbichler so irgendwie, daß das dazugehört. Und das war leer. Und darunter war?

Balas: War ein Stück Papier in dieser Größe. Das ist von mir nur auseinandergeschnitten worden. Sie sehen die beiden Teile. Es war nicht größer.

Graff: Ja. Und der Vermerk von Knechtsberger vom 8. 8. war auf der unteren Hälfte.

Balas: Ja.

Graff: Und oben war es leer zunächst, bevor die-
ser Betreff, oder was das „Guggenbichler“ . . .

Balas: Nein, nein. Das war ein Stück Papier. Oben ist gestanden „Belastung“, glaube ich, GL 28. 7., und der untere Teil ist der Aktenvermerk von Dr. Knechtsberger.

Graff: Ich verstehe schon. Also Sie sagen uns — und damit bin ich schon fertig —: Ursprünglich — denn das ist ja sicher später draufgeschrieben worden, Belastung GL und so weiter. Das ist nur der Lauf des Aktes dann —, ursprünglich hat der Knechtsberger seinen Aktenvermerk auf der unteren Hälfte eines halben Blattes gemacht.

Balas: Ja.

Graff: Beginnend mit PD, und darüber ist nichts gestanden.

Balas: Das kann ich heute nicht beurteilen. Das ist fünf Jahre her. Das Stück ist so im Ganzen vor mir gelegen. Und, wie gesagt, ich habe es nur auseinandergeschnitten und das mir wichtig erscheinende, den Aktenvermerk, aufgeklebt auf ein Blatt Papier.

Graff: Es bleibt für mich merkwürdig, aber Sie können nichts dafür. Danke schön.

Obmann Steiner: Noch weitere Fragen?

Helene Partik-Pablé: Ich weiß nicht, ob ich das jetzt überhört habe oder ob es beantwortet oder gefragt worden ist: Wer hat das draufgeklebt?

Balas: Ich, bitte.

Obmann Steiner: Das haben Sie überhört.

Helene Partik-Pablé: Ja, Entschuldigung. Und ist das Ihre Handschrift?

Balas: Nein, das ist nicht meine Handschrift.

Helene Partik-Pablé: Sondern?

Balas: Die obere Handschrift ist die Handschrift von der Frau Amtsdirektor Haselmann.

Helene Partik-Pablé: Und die untere?

Balas: Die untere, der Aktenvermerk des Originals, ist von Dr. Knechtsberger.

Helene Partik-Pablé: Aha, das Ganze ist von der Frau Haselmann.

Balas: Ja.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gesagt: Frau Haselmann, schreiben Sie das drauf, oder wie war das?

Balas: Nein.

Helene Partik-Pablé: Na wie war das konkret?

Balas: Das kann ich nicht sagen. Der Akt geht von der Evidenz über Anforderung zum Sachbearbeiter. Wenn sich der einen handschriftlichen Vermerk, eine Notiz macht, darauf habe ich überhaupt keinen Einfluß. Das bleibt entweder drinnen, oder er wirft es weg. Das ist an und für sich zufällig drinnen geblieben.

Helene Partik-Pablé: Und das 000332, was ist das? Die Seitenzahl?

Balas: Das ist die Seitennummer, wie wir das numeriert haben, wie wir das Material für die Kommission bereitgestellt haben.

Helene Partik-Pablé: Ist das richtig: Sie haben das leere Papier, oben leer, unten Aktenvermerk Knechtsberger, bekommen. (Schieder: Nein!) Ich habe es nicht verstanden.

Balas: Ich habe das schon beantwortet. Das Stück Papier in dieser Größe habe ich auseinandergeschnitten. Den handschriftlichen Aktenvermerk habe ich auf ein Stück Papier geklebt und habe es abgelichtet. Das Original habe ich zunächst bei mir im Akt belassen. Es wurde verlangt, daß das Original, die beiden Stücke, die zusammengehörenden, vorgelegt werden. Beide Stücke liegen Ihnen ihm Original vor.

Helene Partik-Pablé: Und wann hat die Frau Haselmann das draufgeschrieben?

Balas: 1983, am 28. 7., wenn ich mich recht erinnere, was draufsteht.

Helene Partik-Pablé: Ja, am 28. Juli. (Graff: Das war am 28. 7. 1983. Und das ist vom 8. 8. der Aktenvermerk!)

Wer ist die Frau Haselmann? Eine Kanzleikraft.

Balas: Das war die damalige Sachbearbeiterin.

Helene Partik-Pablé: Wem ist die unterstellt. Wer ist der Chef von der Frau Haselmann?

Balas: Die war früher in der Abteilung und ist jetzt in der Personalabteilung des Innenministeriums beschäftigt.

Helene Partik-Pablé: Können Sie mir sagen, wem sie vorher unterstellt war?

Balas: Die war zu diesem Zeitpunkt Sachbearbeiterin von Herrn Dr. Knechtsberger.

Helene Partik-Pablé: Sachbearbeiterin von Knechtsberger.

Balas: Ja.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, der Knechtsberger war der Chef von ihr?

Balas: Das war der Referatsleiter, ja.

Helene Partik-Pablé: Der Chef von ihr. Also die Frau Haselmann war die Untergebene von Knechtsberger.

Obmann Steiner: So, bitte, weitere Wortmeldungen? — Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Wirklich nur eine ganz kurze Frage. Diese Numerierung oben auf diesem Stück mit „Akt seit 29. 7. 1983 bei Herrn Gruppenleiter“, dieses 000332, ist das die fortlaufende Numerierung?

Balas: Die fortlaufende Nummer, ja.

Pilz: Aus welchem Akt?

Balas: Aus dem Akt Guggenbichler.

Pilz: Mir ist nämlich diese Numerierung bekannt, durchaus bis zu der Größenordnung, aus dem Akt, der im Büro des Bundesministers war. — Ist es ein Stück aus dem Büro des Bundesministers?

Balas: Nein, das ist aus dem Akt Guggenbichler.

Pilz: Ja, okay.

Balas: D 90295.

Obmann Steiner: Herr Abgeordneter Schieder.

Schieder: Wäre das folgende Erklärung für dieses Schriftstück: Die Frau Sowieso bekommt den Aktenvermerk Knechtsberger, schreibt sich oben hin, wozu der gehört, Aktenzahl, Klammer Guggenbichlerakt, kann es aber nicht in den Akt legen, weil der nicht bei ihr ist oder weil er nicht da ist, sondern beim Gruppenleiter, und schreibt daher trocken den Vermerk: Der Akt, zu dem es dazuge-

hört, liegt seit Soundsovieltem beim Gruppenleiter. (Graff: Und der Knechtsberger hat dafür gleich vorsorglich Platz gelassen auf der oberen Hälfte! — Heiterkeit.) Natürlich, das würde ich schon sagen. Wenn ich Aktenvermerke schreibe — ich war auf jeden Fall in einer Landesregierung —, wo oben noch etwas dazugehört, dann lasse ich Platz. Ich lasse sogar in einem Brief Platz, wo ich gar keine Anlagen einsetzen will, wie der Aktenlauf abläuft.

Ich frage nur: Könnte das . . .

Balas: Nein. Ich weiß, ich kann das nach so vielen Jahren ja nicht rekonstruieren. Aber meiner Erfahrung nach war es so, daß der Akt in Bearbeitung war. Er ist vom Gruppenleiter angefordert worden, und die Frau Haselmann hat sich einen Vermerk gemacht, daß der Akt an den Gruppenleiter weitergegangen ist. Diesen Vermerk hat sie dann, wie sie den Akt zurückbekommen hat, hineingesteckt. Und der Dr. Knechtsberger wird im Zuge einer Bearbeitung ein Stück Platz oder ein Stück Papier gebraucht haben, hat keines gefunden und hat unten weitergeschrieben. So stelle ich mir das vor. Und bei der Bereitstellung des Materials habe ich das Obere als wahrscheinlich nicht wichtig genug erachtet, habe das Untere herausgenommen, habe es aufgeklebt, kopiert und weitergegeben. Und numeriert ist es dann zu einem Zeitpunkt worden, wo das fortlaufend über Auftrag für die Kommission mit einem Registrator weitergegangen ist.

Obmann Steiner: Danke. — Bitte, Frau Doktor.

Helene Partik-Pablé: Eine kurze Frage habe ich noch, und zwar, da steht oben drauf die Aktenzahl „D 90014/73 (Guggenbichler)“. Wissen Sie, wieso das in den Akt Guggenbichler kommt, obwohl es nur Proksch betrifft?

Balas: Es ist so: Wir haben eine Möglichkeit, Akten, wenn sie sachbezogen zu einem späteren Zeitpunkt in einen anderen Akt hineinpassen, mitzuerledigen. Die 14er-Zahl ist eine Vorzahl gewesen, die haben wir dann mit dem großen D 90295 miterledigt.

Helene Partik-Pablé: Und dann noch eine Frage: Merkwürdigerweise scheint auf dem Original „90295“ als Aktenzahl auf.

Balas: Ja, das werde wahrscheinlich ich geschrieben haben.

Helene Partik-Pablé: Und warum? Das sind zwei verschiedene Aktenzahlen.

Balas: Ja. Ich habe gerade erklärt, daß die Möglichkeit besteht, Akten mit einer anderen Zahl mitzuerledigen.

Helene Partik-Pablé: Was haben Sie miterledigt damit?

Balas: Eine Zahl fällt weg, und ich habe zwei Akte in einem vereint.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie können doch nicht ganz einfach eine Zahl oder einen Akt da jetzt erledigen.

Balas: Der Akt geht ja nicht verloren. Es ist nur ein Akt weniger zur Manipulation, zur Handhabung. Wenn ein Akt angefordert wird, ist es für mich leichter, einen Akt hinzulegen, als zwei Akte aus dem Faszikel zu nehmen und zwei vorzulegen.

Helene Partik-Pablé: Ist es richtig, daß Sie darüber disponiert haben, daß das jetzt ein Akt wird?

Balas: Damals nicht. Damals war es nicht meine Aufgabe. Aber wenn es heute meine Aufgabe wäre, würde ich den Inhalt prüfen, würde sachbezogen sagen, entweder ja oder nein. Dann würde ich ihn miterledigen oder nicht.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigen Sie, mir ist es aber jetzt wirklich trotzdem nicht klar, auch wenn Sie mich für begriffsstützig halten. Sie schreiben hier die Geschäftszahl 90295/83 drauf und sagen, Sie haben das der Einfachheit halber gemacht, Sie haben den zweiten Akt gleich miterledigt, offensichtlich aus dem Jahr 1973, 90014.

Balas: Ja.

Helene Partik-Pablé: Was haben Sie jetzt in der Praxis konkret gemacht? 90014/73 war ein riesiges Aktenkonvolut, nehme ich an. (Pilz: Und von wem haben Sie die Schere? — Heiterkeit.)

Balas: Nein, kein riesiges. Im Gegenteil, es waren nur einige Stücke.

Helene Partik-Pablé: Da steht drauf „Seite 332“, und das kann ja nicht so klein gewesen sein.

Balas: Das ist zu dem Zeitpunkt, wo das Material gesichtet und für die Kommission vorbereitet worden ist. Akten werden normalerweise bei uns nicht numeriert, weder Seiten noch sonst. Das ist sehr, sehr selten, daß es vorkommt.

Helene Partik-Pablé: Also gut. — Da war dieser kleine Akt mit den paar Seiten aus 1973 da, und Sie haben jetzt einen daraus gemacht mit einer neuen Geschäftszahl.

Balas: Ja, genau.

Helene Partik-Pablé: Fällt das in Ihre Befugnis?

Balas: Ja.

Obmann Steiner: Danke.

Noch irgendwelche Fragen, bitte? (Graff: Wenn wir es bitte abgelichtet haben könnten!) Ja, sobald ich es bekomme, werde ich es sofort ablichten lassen. (Pilz: Und von wem die Schere war!) Die Frage nach der Schere wird nicht beantwortet, Herr Abgeordneter Pilz.

Ich danke dem Zeugen. Danke sehr.

Balas: Danke schön. (15.34 Uhr)

Obmann Steiner: Ich bitte, den Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Dr. Danzinger herinzuholen.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von**

**Generaldirektor für öffentliche Sicherheit
Dr. Robert Danzinger
im Sinne des § 271 StPO**

(15.35 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Generaldirektor Dr. Danzinger, Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen.

Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entziehen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name, bitte.

Danzinger: Robert Danzinger.

Obmann Steiner: Ihr Geburtsdatum?

Danzinger: 4. 6. 1927.

Obmann Steiner: Der Beruf?

Danzinger: Beamter.

Obmann Steiner: Ihr Wohnort?

Danzinger: Wien.

Obmann Steiner: Ja, und Adresse bitte?

Danzinger: Wien 14, Deutschordenstraße 14.

Obmann Steiner: Sind Sie von der Verschwiegenheitspflicht entbunden worden?

Danzinger: Jawohl.

Obmann Steiner: Ist das schriftlich erfolgt?

Danzinger: Jawohl.

Obmann Steiner: Haben Sie das mit?

Danzinger: Ja.

Obmann Steiner: Bitte sehr. — Danke sehr.

Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Elmecker. Bitte.

Elmecker: Herr Direktor! Es hat im Verlaufe dieses Untersuchungsausschusses schon einige Male die schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Graff, Dr. Lichal und Kollegen vom 20. März 1985 bezüglich der Einleitung des Strafverfahrens eine Rolle gespielt, auch heute schon am Vormittag.

Ich habe nun diese Anfragebeantwortung vor mir. Sie läuft unter der Zahl 19007/138-GD/85. Ist diese Anfragebeantwortung von der Generaldirektion vorbereitet worden, und wenn ja, auf welche Art und Weise, Herr Generaldirektor?

Danzinger: Darf ich da etwas ausholen. Normalerweise geschieht das so, daß schriftliche parlamentarische Anfragen zunächst an die zuständige Sektion zugewiesen werden und vom zuständigen Sektionsleiter dann dem in Betracht kommenden nachgeordneten Organwalter. Im vorliegenden Falle betraf die Anfrage die Vorgänge vom 19. November 1984. Das war die ja bereits sattsam bekannte Weisung an die Sicherheitsdirektion Niederösterreich. Ich habe daher damals diese Anfrage der zuständigen Fachgruppe zum Entwurf einer Beantwortung zugeteilt.

Es hat sich dann in der weiteren Folge gezeigt, daß sich der zuständige Gruppenleiter, es handelt sich um Herrn Ministerialrat Dr. Köck, außerstande erklärt hat, ein Konzept zu erstellen. Möglicherweise, weil er sich in irgendeiner Form befangen erachtet hat, weil es in der Anfragebeantwortung ja um seine Vorgangsweise gegangen ist. Und wenn ich mich richtig erinnere, ist kurz vor Ablauf der zweimonatigen Beantwortungsfrist noch immer kein Konzept vorgelegen.

Etwa in dieser Situation, in dieser zeitlichen Situation, kam es zu einem Gespräch beim damaligen Bundesminister, an dem zweifellos Dr. Köck teilgenommen hat, möglicherweise auch Dr. Hermann. Das kann ich heute nicht mehr rekonstruieren, denn Gespräche beim Minister sind ja keine außergewöhnliche Sache für mich, sondern finden mitunter mehrmals täglich statt. Bei dieser Unterredung hat Dr. Köck abermals erklärt, daß er sich außerstande sehe, das Antwortkonzept zu entwerfen, und so blieb keine andere Möglichkeit,

als daß diese Arbeit von mir selbst durchgeführt worden ist.

Elmecker: Herr Dr. Köck war also bei diesem Gespräch dabei?

Danzinger: Ja.

Elmecker: Und Sie haben dann im Anschluß an dieses Gespräch . . . Sie sind also für die Formulierung verantwortlich?

Danzinger: Jawohl. Und zwar habe ich die Formulierung der Anfragebeantwortung aufgrund von Informationen vorgenommen, die mir bei diesem Gespräch erteilt worden sind, und zwar vom Minister Blecha, von Dr. Köck und, wie gesagt, möglicherweise auch von Dr. Hermann. Nur hat mir Dr. Hermann zweifellos Auskunft darüber gegeben, wann das Innenministerium erstmals mit der Sache befaßt worden ist. Ich selbst habe ja bis zu diesem Zeitpunkt, das heißt, bis zum . . . Ich muß mich jetzt genau erinnern. Ich habe zum Zeitpunkt der kritischen Weisung an die Salzburger Sicherheitsbehörden keine aktenmäßige Kenntnis vom Sachverhalt gehabt. Ich habe das etwa um diese Zeit, also als damals die Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet wurde, gesprächsweise wohl erfahren, aber nicht durch Vorlage irgendwelcher schriftlicher Unterlagen, sondern, wie erwähnt, gesprächsweise.

Elmecker: Ja. Darf ich hier nachstoßen. Es geht in der Diskussion immer wieder um die Formulierung, das Ministerium hätte also Anfang Juli oder im Juli 1983 erstmals davon in Kenntnis gesetzt. Das heißt, diese Formulierung „erstmalig“ entnehmen Sie den Vorgesprächen mit den Beamten, die dort sonst noch anwesend waren.

Danzinger: Ja.

Elmecker: Von den anderen Akten bei der Staatspolizei war Ihnen damals nichts bekannt?

Danzinger: Nein. Das Datum Juli basiert zweifellos auf einer Mitteilung Dr. Hermanns, und das deckt sich auch mit seiner Aussage hier vor dem Ausschuß von Anfang Jänner. Und er hat gesagt, daß er selbst erst im Juli davon erfahren habe.

Elmecker: Das deckt sich auch mit Ihrer Aussage im „Club 2“, daß Sie von den April-Vorgängen 1983 nichts gewußt haben. Ich möchte jetzt nur zur Klärung für mein Verständnis folgendes fragen: Bei diesem „Club 2“ ist es auch — ich habe ihn persönlich nicht gesehen, ich habe das Wortprotokoll vor mir — um diese Anfragebeantwortung und deren Vorbereitung gegangen, und hier hätten Sie gesagt, Sie hätten dem Herrn Minister keine Unterlagen vorbereitet. Es ist also das hier offensichtlich ein Mißverständnis.

Danzinger: Das stimmt nicht, das habe ich auch dort nicht gesagt. Das Wortprotokoll, das Sie offenbar in Händen haben, kenne ich auch; das ist sehr, sehr unvollständig. Man kann sich von den Aussagen, die damals gemacht worden sind, wohl nur dann ein richtiges Bild verschaffen, wenn man sich den Film ansieht, denn dieses Protokoll gibt nur bruchstückhaft die damalige Äußerung der einzelnen Teilnehmer wieder.

Elmecker: Ich wollte das nur zur Klärung hier sagen, weil ich . . . (Graff: Wann war das?) Bitte? (Graff: An welchem Tag war der „Club 2“?) Vom 31. Jänner 1989 ist dieses Wortprotokoll. (Graff: Danke!) Ich wollte das nur zur Klärung hier sagen.

Noch eine andere Frage, Herr Generaldirektor: Der Herr Ministerialrat Dr. Schulz hat im Verlaufe seiner Einvernahmen gesagt beziehungsweise die Meinung hier vertreten, daß die Akten, die seitens der Staatspolizei Salzburg ins Ministerium gelangt sind, vom Gruppenteiler jeweils abgezeichnet wurden, und — und das ist jetzt, was ich klären will — er nimmt an, daß der Generaldirektor für öffentliche Sicherheit auch eingeschaltet war in diesem Aktenlauf, der seit April 1983 hier schon gelaufen ist.

Danzinger: Ich weiß nicht, worauf er diese seine Annahme stützt. Ich war . . .

Elmecker: Er nimmt an, hat er hier gesagt.

Danzinger: Ja, ich weiß nicht, worauf er seine Annahme stützt. Ich habe jedenfalls von diesen Akten keine Kenntnis erlangt. Das sind Aktenvorgänge, die direkt von der Sicherheitsbehörde erster Instanz oder zweiter Instanz dem Ministerium vorgelegt werden. Und ich darf auch in diesem Zusammenhang erwähnen, ich habe nicht von jedem Akt Kenntnis, der im Ministerium einlangt. Das wäre auch rein technisch unmöglich, weil das die Arbeitskapazität eines einzelnen übersteigen würde.

Elmecker: Ja. Ich habe diese Frage deshalb gestellt, weil ich hier ein Schreiben von Ihnen in der Hand habe, das Sie im Zusammenhang mit Guggenbichler an die Gruppe A richten und wo auf eine Stellungnahme verwiesen wird, eine Stellungnahme vom 24. 5. 1982. Und hier heißt es, daß im Herbst 1981 der Gruppenführer der Fahndungsgruppe und so weiter, hier bereits Ermittlungen getätigt hätte. Dieses Schreiben haben Sie am 28. 10. 1983 abgefaßt. Zu diesem Zeitpunkt waren Ihnen dann der gesamte Sachverhalt um Guggenbichler und die Vorgänge auch bis weiter zurück, bis 1981, im Zusammenhang mit dem Waffenpaß schon bekannt?

Danzinger: Ich habe dieses Schriftstück nicht abgefaßt, sondern ich habe es unterfertigt. Das ist ein Unterschied.

Elmecker: Ja.

Danzinger: Abgefaßt wurde es, wie ich jetzt nachträglich festgestellt habe, von Dr. Hermann, der mir das zur Unterfertigung vorgelegt hat, und zwar deshalb, weil es hier darum ging, daß von einer Organisationseinheit der Generaldirektion, nämlich von der Gruppe C, ein Ersuchen an eine andere gleichgeordnete Organisationseinheit gerichtet wurde, und in diesem Ersuchen an sich ein Auftrag enthalten war. Und diese Auftragserteilung steht dem Vorgesetzten zu. Ich war und bin der gemeinsame Vorgesetzte dieser beiden Organisationseinheiten, und hier ging es ausschließlich darum, die Tätigkeit des Herrn Stürzenbaum im Zusammenhang mit der Ausstellung eines Waffenpasses für Herrn Guggenbichler strafrechtlich und disziplinarrechtlich zu prüfen. Soweit ich mich erinnere — und ich habe das jetzt auch nachgelesen —, ging es darum, daß bereits im Jahre 1981 Stürzenbaum bei der Bezirkshauptmannschaft Hallein interveniert hat, um die Ausstellung eines Waffenpasses für Herrn Guggenbichler zu ermöglichen.

Es hat sich dann später herausgestellt, daß das keineswegs gesetzmäßig war, denn Guggenbichler hatte zu der Zeit keinen ordentlichen Wohnsitz im Bereich der Bezirkshauptmannschaft Hallein, und als Anschrift hat man damals die Anschrift der Kriminalabteilung Salzburg angegeben.

Hier ging es also keineswegs um die Causa Lucona, hier ging es nicht um die Frage Proksch oder Daimler, hier ging es ausschließlich um die Frage der Ausstellung eines Waffenpasses, eine Angelegenheit, die ja weit vor dem April 1983 gelegen war.

Elmecker: Ja, das ist uns schon klar, Herr Generaldirektor. Es geht nämlich auch darum, das in Erfahrung zu bringen im Zusammenhang mit dem Buch des Herrn Pretterebner, der ja diese Waffenpaßangelegenheit unter den Titel stellt „Das Imperium schlägt zurück“. Sie sagen also hier, das waren zwei völlig getrennte Angelegenheiten.

Danzinger: Das waren völlig getrennte Angelegenheiten, und das als ein „Zurückschlagen des Imperiums“ zu bezeichnen, bleibt Herrn Pretterebner vorbehalten. Hier ging es doch darum, daß sich herausgestellt hat im Zuge irgendwelcher Ermittlungen, daß von einem Organ der Sicherheitsdirektion Salzburg eine Intervention bei einer Unterbehörde, bei der Bezirkshauptmannschaft Hallein, vorgenommen wurde für die Ausstellung eines Waffenpasses durch eine unzuständige Behörde.

Elmecker: Die letzte Frage. Hier geht es um diese Weisung, die auch eine zentrale Rolle spielt in unserer Thematik. Herr Sektionschef Hermann hat heute gesagt, es hätten auch nach dieser Weisung

noch Ermittlungen stattfinden können. In dieser Anfragebeantwortung finde ich die Formulierung: ... das Einschreiten der Sicherheitsbehörden rechtzeitig, weil von Gefahr in Verzug gesprochen werden könne.

Meine Frage an Sie, Herr Generaldirektor: Wie sehen Sie von der Wertung her die damalige Weisung des Ministers beziehungsweise des damaligen Gruppenleiters Dr. Hermann?

Danzinger: Die Weisung an die Salzburger Sicherheitsbehörden, die Angelegenheit gerichtsanhängig zu machen durch Anzeige an die Staatsanwaltschaft, halte ich nach wie vor für gerechtfertigt, und zwar aus folgender Überlegung: Die Salzburger Sicherheitsbehörden waren örtlich nicht zuständig. Es gab keinen Anknüpfungspunkt für eine örtliche Zuständigkeit der Salzburger Behörden. (*Graff: Daimler war Salzburger!*) Es ging um Versicherungsbetrug. Der Betrug ist nicht in Salzburg begangen worden, sondern in Wien. Es ging aber darüber hinaus nicht nur um einen Betrug in Höhe von Hunderten Millionen, sondern es ging auch um den Vorwurf des sechsfachen Mordes, und für Delikte dieser Art ist obligatorisch Untersuchungshaft vorgesehen.

Und bei aller Anerkennung der Qualitäten der Initiativen der Salzburger Gendarmerie bin ich doch der Meinung, daß in einem solchen Fall, wo nach der Strafprozeßordnung obligatorisch Untersuchungshaft vorgesehen ist, in einem Fall, in dem es zweifellos auch zu Hausdurchsuchungen kommen mußte — das konnte man bei diesem Sachverhalt sehr wohl annehmen —, dem Gebot des § 84 der Strafprozeßordnung, nämlich sogleich die Anzeige an die Staatsanwaltschaft zu erstatten, zu entsprechen war. (*Graff: Immerhin ist er schon 1986 verhaftet worden.*)

Elmecker: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Herr Dr. Danzinger! Ich nehme Bezug auf das Schreiben vom 28. 10. 1983. Sie wissen, worum es geht. Es ist das erwähnte Schreiben an die Gruppe A. Wer ist die Gruppe A?

Danzinger: Die Gruppe A ist die für Angelegenheiten der Bundespolizei zuständige Organisationseinheit, die sich mit Personal- und organisatorischen Problemen der Bundespolizei befaßt.

Helene Partik-Pablé: Chef von dieser Gruppe?

Danzinger: Ist derzeit Ministerialrat Dr. Zwettler. Ich nehme an, daß es damals noch ... Es

könnte damals noch Ministerialrat Weisskirchner gewesen sein, der inzwischen in Pension ist.

Helene Partik-Pablé: Und warum ist dieses Schreiben überhaupt zustande gekommen an die Gruppe A? Wegen der Ausstellung des Waffenpasses? Und warum gerade an die Gruppe A?

Danzinger: Weil das die Dienstaufsichtsbehörde für die Bundespolizei ist.

Helene Partik-Pablé: Also im Rahmen eines Dienstaufsichtsverfahrens?

Danzinger: Ja, es steht ja auch in diesem Schreiben, daß ersucht wird, diese Vorgangsweise in strafrechtlicher und dienststrafrechtlicher Hinsicht zu prüfen. Das ist ein Auftrag, der in Form eines Ersuchens ausgesprochen wurde.

Helene Partik-Pablé: Auf Seite 2 steht unter Punkt a): „Die von der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst durchgeführten Erhebungen über Guggenbichler ließen begründete Zweifel an dessen Seriosität aufkommen. Dies war auch Anlaß für eine Weisung an die Sicherheitsdirektion für Salzburg, jeden Kontakt mit Guggenbichler abubrechen.“ — Woher ist diese Passage? Die haben Sie ...

Danzinger: Nein, ich habe das bereits vorhin erwähnt, das Schreiben wurde von mir nicht verfaßt, sondern von mir genehmigt. Der Verfasser war Ministerialrat Hermann.

Ich kann, Frau Abgeordnete, um es noch einmal zu ergänzen, doch davon ausgehen, daß in diesem Schreiben nicht bewußt Unwahrheiten dargestellt werden, und ich kann als Genehmigender nicht jede einzelne Passage eines solchen Schreibens überprüfen.

Helene Partik-Pablé: Es geht nämlich darum, daß hier unter dem Punkt a) erwähnt wird, daß eine Weisung an die Sicherheitsdirektion für Salzburg ergangen ist, den Kontakt mit Guggenbichler einzustellen — diese Weisung ist tatsächlich ergangen am 23. Juni 1983 —, und andererseits wieder behauptet Herr Dr. Hermann, er hätte sich erst am 29. Juli Kenntnis von dem gesamten Akt verschafft.

Das heißt also, wenn er Verfasser dieses Briefes und damit dieses Punktes a) war, muß er schon gewußt haben von dieser Weisung an die Salzburger Sicherheitsdirektion, die am 23. Juni ergangen ist. Sehen Sie das auch so?

Danzinger: Die Frage müssen Sie an Dr. Hermann richten und nicht an mich, Frau Abgeordnete.

Helene Partik-Pablé: Gut. Also Ihnen hat das Herr Dr. Hermann jedenfalls so vorgelegt, wie das ist.

Danzinger: Ja.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte Sie dann noch fragen: Der Akt Guggenbichler ist ja dann in Ihrem Ressort geführt worden?

Danzinger: Wie meinen Sie, in „Ihrem Ressort“? Im Innenministerium, im Bundesministerium für Inneres?

Helene Partik-Pablé: Ja. Diesen Akt Guggenbichler haben Sie schon gekannt?

Danzinger: Nein.

Helene Partik-Pablé: Sie haben nur nicht Proksch gekannt, aber Guggenbichler schon?

Danzinger: Nein. Ich hatte zu diesem Zeitpunkt weder mit Guggenbichler noch mit Proksch zu tun; weder persönlich noch aktenmäßig.

Helene Partik-Pablé: Wann sind Sie zum erstenmal mit Guggenbichler- oder Proksch-Akt in Verbindung gekommen?

Danzinger: Dieser Name Guggenbichler ist für mich wahrscheinlich erst im Zusammenhang aufgetaucht, als die Anzeige an die Staatsanwaltschaft in Salzburg erstattet worden ist, denn damals — ich habe das auch vorhin schon erwähnt — habe ich gesprächsweise von der Sache erfahren. Ich nehme an, daß damals auch davon die Rede war, daß Guggenbichler der auslösende Faktor war, daß er es war, der den Kontakt mit der Kriminalabteilung Salzburg aufgenommen und in weiterer Folge auch eine formelle Anzeige erstattet hat.

Helene Partik-Pablé: Also August 1983 war die Anzeigenerstattung bei der StA, und da haben Sie vermutlich Kenntnis erlangt.

Danzinger: Ich nehme es an. Ich kann das heute nicht mehr auf den Tag genau präzisieren, das werden Sie verstehen. Es gibt keine Aktenunterlagen darüber, wann ich das erstmal davon gehört habe, daher kann ich das auch nicht nachvollziehen. Ich kann das nur aus der Erinnerung sagen. Aus meiner Erinnerung nehme ich an, daß diese Information ungefähr um diese Zeit erfolgt sein muß. Ich habe meine Unterlagen insofern durchgesehen, wann ich in diesem Jahr auf Urlaub war, und festgestellt, daß ich die ganze zweite Julihälfte einschließlich 1. August auf Urlaub war, am 2. August wieder im Dienst war, dann allerdings nur für vier Tage, und am 6. August abermals einen Urlaub angetreten habe, der bis einschließlich 15. August gewährt hat.

Helene Partik-Pablé: Wer hat Ihnen denn erzählt über diese ganze Sache nach der Anzeigenerstattung von der StA?

Danzinger: Ich habe das damals von Dr. Hermann erfahren.

Helene Partik-Pablé: Sie haben von Dr. Hermann erfahren. Und haben Sie auch etwas von der Weisung erfahren an die Salzburger, die Ermittlungen einzustellen?

Danzinger: Ich habe davon erfahren, daß . . .

Helene Partik-Pablé: Vom wem?

Danzinger: Von Dr. Hermann, das habe ich schon erwähnt. — . . . daß die Anzeige an die Staatsanwaltschaft Salzburg zu erstatten sei und ein diesbezüglicher Auftrag an die Sicherheitsdirektion ergangen sei.

Helene Partik-Pablé: Hat Ihnen auch Dr. Hermann gesagt, daß interveniert worden ist in diesem Akt oder in diesem Verfahren?

Danzinger: Kann ich mich jetzt nicht erinnern. Ich weiß jetzt, daß Dr. Hermann ja erklärt hat, er sei von einem Anwalt aus dem Kreis der Beschuldigten gefragt worden und habe sich dann informiert in Salzburg, was hier laufe. Ob er mir das damals gesagt hat oder ob mir das erst im Laufe der späteren Folge zur Kenntnis gelangt ist, vermag ich heute nicht mehr zu unterscheiden.

Helene Partik-Pablé: Kennen Sie den Herrn Dr. Damian?

Danzinger: Nein.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie nicht mit ihm gesprochen?

Danzinger: Nein. Ich habe ihn nie gesehen noch jemals mit ihm gesprochen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit Dr. Hermann vor Ihrer Einvernahme jetzt, knapp vorher oder in einem bestimmten Zeitraum, seit Sie von Ihrer Einvernahme wissen, über dieses Schreiben gesprochen?

Danzinger: Nein. Über welches Schreiben?

Helene Partik-Pablé: Vom 28. 10. 1983.

Danzinger: Nein.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie überhaupt über die Angelegenheit Lucona-Proksch gesprochen?

Danzinger: Nein. Nicht gesprochen, heißt natürlich nicht, daß wir überhaupt nicht miteinander geredet haben. Schauen Sie, wir sind im selben Haus tätig. Sie sind selbst Richter, Sie werden wissen, wie das geschieht, Sie begegnen auch im Gericht Ihren Kollegen, und so begegne ich auch meinen Kollegen im Hause. Wir haben bei-

spielsweise jeden Montagvormittag eine Besprechung der Sektionsleiter, und daß man dabei vielleicht gesagt hat, am Mittwoch sind wir beide geladen zum Ausschuß, das mag schon sein, aber inhaltliche Gespräche hat es nicht gegeben.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie sich, als Sie damals im August 1983 über die Weisung an die Salzburger Sicherheitsdirektion, die Ermittlungen einzustellen, erfahren haben, eigentlich nicht gewundert darüber, daß die Staatspolizei in einer Kriminalaffäre Weisungen gibt?

Danzinger: Ich habe schon zuerst erwähnt, ich kann nicht sagen, ob ich von der Einstellung der Ermittlungen so dezidiert unterrichtet wurde. Mein Wissensstand geht dahin, daß ich von der Weiterleitung der Anzeige an die Staatsanwaltschaft damals informiert worden bin. Daß sich die Staatspolizei mit dieser Sache befaßt hat, habe ich nicht für ungewöhnlich gehalten, zumal ja auch die Kriminalabteilung des Landesgendarmierkommandos Salzburg eingeschaltet war, die ja die Hauptträgerin der Ermittlungen gewesen ist, und der Vorwurf hat ja auch dahin gehend gelautet, daß es allenfalls um staatspolizeilich relevante Dinge gehen könne.

Helene Partik-Pablé: Na, ist das üblich, daß der Chef der Staatspolizei eine Weisung gibt in einer Kriminalsache? Sie haben ja zuerst selbst gesagt, es war Mord, sechsfacher Mord, Versicherungsbruch. Ist es üblich, daß da die Stapo Weisungen gibt?

Danzinger: Es ist an sich, wenn es sich um reines kriminalpolizeiliches Geschehen handelt, nicht üblich, daß die Staatspolizei den Sachverhalt behandelt, aber es hat sich, wie ich auch später erfahren habe, ja ursprünglich anders dargestellt, weil von illegalem Waffenhandel die Rede war, von Ostspionage und ähnlichem.

Helene Partik-Pablé: Wieso hat Ihnen eigentlich Hermann das damals erzählt?

Danzinger: Ja, warum soll er es mir nicht erzählen? Er war immerhin einer meiner Mitarbeiter zu der Zeit.

Helene Partik-Pablé: Sie waren in dem Sinn Vorgesetzter von Hermann?

Danzinger: Sicherlich. Sie kennen die Organisation eines Ministeriums. Ein Ministerium ist in Sektionen geteilt. Die Sektionen sind unterteilt in Gruppen und Abteilungen. Ich war und bin Sektionsleiter. Hermann war damals einer der Gruppenleiter in der Sektion, die ich leite.

Helene Partik-Pablé: Ja, noch eine Frage habe ich, und zwar: Wir haben da die Mitteilung, die

Information erhalten, daß es einen Beamten der Staatspolizei gegeben hat. Werderits, der im Jahr 1981 oder 1982 schon in der Sache Proksch-Lucona-Guggenbichler ermittelt hat. Wer hat ihm dazu den Auftrag gegeben?

Danzinger: Das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie überhaupt nichts gewußt von diesen Ermittlungen?

Danzinger: Nein. Ich muß nochmals darauf hinweisen: Ich kann nicht von allen Erhebungen und Ermittlungen, die irgendein Beamter im Bundesgebiet durchführt, Kenntnis haben. Und noch etwas dazu: Man muß auch seinen Mitarbeitern ein gewisses Pouvoir an selbständiger Entscheidungsmöglichkeiten einräumen.

Helene Partik-Pablé: Auf der einen Seite sagen Sie, man muß den Mitarbeitern ein Pouvoir und so weiter einräumen, Sie können nicht über alles Bescheid wissen, aber auf der anderen Seite wissen Sie oder wären Sie informiert davon, daß in dieser Sache Weisung erteilt wird, die Ermittlungen bei der Salzburger Polizei zu stoppen. Ist das nicht ein Widerspruch?

Danzinger: Ich möchte nochmals betonen — zum dritten Mal —, ich habe nicht gesagt, mir wurde mitgeteilt, daß der Auftrag ergangen ist, Ermittlungen zu stoppen, sondern es ist der Auftrag ergangen, einen Sachverhalt der Staatsanwaltschaft anzuzeigen. Ich halte es nicht für ungewöhnlich, daß mich der zuständige Gruppenleiter oder der damit befaßt gewesene Gruppenleiter informiert.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber was war das Besondere daran? Werden Sie immer davon verständigt, wenn eine Anzeige an die Staatsanwaltschaft erstattet wird?

Danzinger: Sicherlich nicht.

Helene Partik-Pablé: Na eben, und warum gerade in dem Fall?

Danzinger: Bitte, das müssen Sie den Dr. Hermann fragen, warum er mich damals informiert hat.

Helene Partik-Pablé: Na ja, schon, aber Sie werden sich ja auch vielleicht Gedanken darüber gemacht haben oder machen können.

Danzinger: Es hat sich ja nicht um eine Alltagskriminalität gehandelt, sondern um einen doch clamorösen Fall.

Helene Partik-Pablé: Worin liegt das Clamorse?

Danzinger: Na, sechsfacher Mord ist eine clamorose Angelegenheit, Frau Abgeordnete, und auch ein Versicherungsbetrug in der Höhe von 100 Millionen ist keine Kleinkriminalität.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gewußt, wer hinter dieser Sache steckt beziehungsweise wer die Verdächtigen sind?

Danzinger: Ich habe die Namen Proksch und Daimler gehört.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gewußt, daß Proksch ein Bekannter von Blecha ist?

Danzinger: Nein.

Helene Partik-Pablé: Und Daimler. Haben Sie gewußt, daß die mit dem „Club 45“ zu tun haben?

Danzinger: Nein. Mag sein, daß ich damals wußte, daß Herr Proksch mit dem „Club 45“ zu tun hat, weil er ja Inhaber dieses Lokales ist.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie haben schon gewußt, daß der Innenminister auch Mitglied des „Club 45“ ist?

Danzinger: Nein.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie nicht gewußt.

Danzinger: Nein.

Obmann Steiner: Danke. Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Sektionschef, zunächst einmal für die Anwesenden und damit das nicht wieder in der Zeitung mit „gl“ und „ou“ — glamouros im Sinne von Glamour — steht: Was ist ein clamoroser Fall?

Danzinger: Ein clamoroser Fall ist ein besonders wichtiger Fall. Ein Fall, der durch die Größe oder durch die Ernsthaftigkeit des Kriminalgeschehens sich von den üblichen Fällen abhebt.

Graff: Daher schreibt man clamoros mit c, weil ihm ein clamor, nämlich ein öffentlicher Ruf, vorangeht. Ich les' es nämlich immer wieder falsch in der Zeitung. Seinen Ursprung hat es bei der Frau Dr. Partik-Pablé genommen. (Helene Partik-Pablé: Bei den Parlamentsstenographen!) Aber wie ich annehme, können Sie nichts dafür, sagte ich schon.

Danzinger: Wir können auch sagen, ein außergewöhnlicher Fall.

Graff: Aber ich will Ihnen die Glamourosität mit weichem G in keiner Weise absprechen, Frau Doktor.

Herr Sektionschef, ich knüpfe an das an, was Sie die Frau Doktor gefragt hat. Es hat einer der Un-

tergebenen von Dr. Hermann, ich weiß jetzt nicht mehr, ob es Schulz oder Knechtsberger war, sogar den Ausdruck gebraucht hier im Ausschuß, der Dr. Hermann hat in der Proksch-Sache die Kompetenz an sich gerissen, was ihm zugestanden ist. Man kann Untergebene immer ausschalten. Dann waren Sie der Zwischenvorgesetzte zwischen dem Dr. Hermann und dem Minister. Wie wir nun sehen im Zug der Beweisaufnahme, sind also alle Entscheidungen in dieser Sache, auch die Weitergabe der Weisung des Ministers, nicht nur die Ermittlungen des Mayer einzustellen, sondern auch die Staatsanwaltschaft zu verständigen, an Ihnen vorbeigerauscht, aber auch an den fachlich zuständigen Untergebenen vorbeigerauscht, die chain of command war Blecha, Hermann und dann allenfalls untergeordnete Dienststelle. Ist das in allen Sachen so, und finden Sie das normal und in Ordnung, bei allem Anerkenntnis für eine Selbständigkeit, die man seinen Mitarbeitern lassen muß?

Danzinger: Ich kann dem Minister nichts vorschreiben. Daß er auch mit Beamten unmittelbaren Kontakt aufnimmt, die mir unterstellt sind, das steht ihm frei. Ob er es in diesem Fall getan hat oder ob die Initiative in diesem Fall von Dr. Hermann ausgegangen ist, das kann ich nicht sagen.

Graff: Sie meinen sogar, es könnte die Initiative von Dr. Hermann ausgegangen sein?

Danzinger: Nein, ich meine gar nichts. Ich sage, ich kann es nicht sagen.

Graff: Ja, nur daß Sie überhaupt auf die Idee kommen, ist doch schon interessant.

Danzinger: Es gibt diese zwei Möglichkeiten.

Graff: Ja. Also hat der Herr Dr. Hermann jedenfalls in dieser Sache das besondere Vertrauen des Ministers genossen und ausgeübt.

Danzinger: Zu dem Zeitpunkt, als er mich davon informiert hat, hat er mir wohl auch erklärt, daß der Minister von diesem Sachverhalt Kenntnis hat.

Graff: Haben Sie sich in keiner Weise übergangen gefühlt, oder waren Sie vielleicht sogar froh, daß Sie damit nichts zu tun hatten?

Danzinger: Ich habe mich in die Sache nicht hineingedrängt.

Graff: Nicht hineingedrängt. Danke, das ist für mich sehr klar.

Wir haben von Ihnen gehört — jetzt zur Beantwortung dieser Anfrage vom 20. März 1985 —, Köck habe sich für nicht in der Lage erklärt, die Anfragebeantwortung zu entwerfen, es sei eine Besprechung gewesen, an der der Herr Minister, Sie,

Herr Sektionschef, und der Dr. Hermann und allenfalls auch Köck teilgenommen haben.

Danzinger: Köck auf alle Fälle, allenfalls auch Hermann.

Graff: Nein, nein, Sie haben zweimal ausdrücklich gesagt, Hermann hat die Auskunft gegeben, wann das Innenministerium erstmals befaßt wurde. Habe ich Sie da richtig verstanden?

Danzinger: Das wohl, aber ich habe gesagt, an diesem Gespräch haben Minister Blecha und Köck teilgenommen, möglicherweise auch Hermann. Die Auskunft, daß erst im Juli 1983 das Ministerium von diesem Sachverhalt Kenntnis erlangt hat, die stammt auf alle Fälle von Dr. Hermann.

Graff: Die kann er Ihnen auch außerhalb dieser Besprechung in einer gesonderten Informations- oder Redaktionssitzung gegeben haben.

Danzinger: Das wäre denkbar. Es hat keine formalen Sitzungen gegeben, auch keine mit einem Sitzungsprotokoll versehene Besprechungen, aber Gespräche, ein Gespräch.

Graff: Aber die Geschichte, erstmals Kenntnis im Juli 1983, stammt von Hermann, das läßt sich nicht aus der Welt schaffen. Gut. Ist damals schon die subtile Unterscheidung getroffen worden, die heute der Herr Blecha vorgenommen hat, nämlich, daß zwar im Juli 1983 erstmals „Ermittlungen“ waren, aber „Mitteilungen“ an das Ministerium schon im April, oder ist darüber nicht gesprochen worden?

Danzinger: Es ist mir nicht erinnerlich, daß darüber gesprochen wurde.

Graff: Aber wenn Ihnen jemand gesagt hätte, es hat schon im April einen Bericht an das Ministerium gegeben, hätten Sie das in die Anfragebeantwortung hineingeschrieben?

Danzinger: Sicherlich.

Graff: Ich will bei allem, was ich jetzt hier frage im Zusammenhang mit der Anfragebeantwortung, Herr Sektionschef, ganz klarstellen, es geht uns in keiner Weise darum, die Verantwortung auf Beamte zu schieben, natürlich bleibt für eine Anfragebeantwortung der Minister zuständig und verantwortlich, auch für eine unrichtige Anfragebeantwortung. Uns interessiert nur die Genesis, weil wir auch beurteilen wollen, wieweit der Minister Blecha alles wußte und vielleicht auf dem Weg der Information, die ihren Quell bei Hermann hatte, einiges verlorengegangen sein könnte.

Ich frage Sie also jetzt: Sie haben gesagt, da war so eine Besprechung beim Minister, und letztlich

haben Sie die Anfragebeantwortung gemacht. Selbst getextet?

Danzinger: Ja, konzipiert.

Graff: Ich kann mir das nämlich so schwer vorstellen, daß ein so hochrangiger Beamter wie der Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit nun diese Anfrage herunterdiktiert aufgrund eines mündlichen Gespräches. Da müßten Sie sich ja Notizen gemacht haben. Oder sind Ihnen da die Akten vorgelegen?

Danzinger: Herr Abgeordneter, Gespräche sind immer mündlich. Es hat ein ausführliches Gespräch stattgefunden bei Minister Blecha, und da wurde ich über den Sachverhalt informiert. Mir sind damals Aktenunterlagen insofern vorgelegen, als es doch darum ging, wann ein konkretes Fernschreiben von Dr. Köck herausgegeben worden ist und wann der Widerruf dieses Fernschreibens stattgefunden hat. Das habe ich mir zweifellos . . .

Graff: Das war diese niederösterreichische Weisung, ja.

Danzinger: Die Anfrage betrifft ja den Komplex Niederösterreich.

Graff: Ja und nein. Es fängt schon davor an, es ist die Salzburger Geschichte schon auch dargestellt, und es ist schon auch danach gefragt worden. (Rieder: Wo? — Elmecker: In der Beantwortung schon, in der Anfrage nicht!) Ja schon, aber selbst wenn ich freiwillig etwas beantworte, muß es stimmen, Herr Kollege. Da sind wir uns einig.

Danzinger: Aber es sollte hier in der Einleitung die Genesis, wie Sie es erwähnt haben, dargestellt werden: Wie hat die ganze Sache begonnen, wie hat sie sich entwickelt, warum ist es zu diesem Vorgang vom 19. November 1984 gekommen.

Graff: Ich frage Sie also nun: Sie haben das aufgrund einer mündlichen Information von Sektionschef Hermann oder damals Ministerialrat Hermann gemacht und nicht selbst aufgrund der Aktenlage?

Danzinger: Ich habe keine Akten zur Verfügung gehabt, mit Ausnahme jener Fernschreiben, die damals Köck am 19. November hinausgegeben hat. Alles andere, was man hier . . .

Graff: Das stimmt mich aber, ohne Ihnen einen persönlichen Vorwurf zu machen, schon etwas bedenklich, nämlich die Art, wie parlamentarische Anfragen abgefaßt werden, die dann zumindest im höchsten Maße durch Unvollständigkeit glänzen, wenn nicht direkt unrichtig sind.

Ich frage Sie jetzt zu einer zweiten Anfrage, Herr Sektionschef, wenn Sie es sich vielleicht anschauen wollen. Die hat keine GD-Zahl.

Danzinger: Die Anfrage ist vom 7. November 1985 und am 30. Dezember 1985 beantwortet. Sie hat eine Zahl der Gruppe D.

Obmann Steiner: Wenn Sie uns die Geschäftszahl dazu sagen würden.

Danzinger: 4400/3-II/D85.

Graff: Und die parlamentarische Zahl ist 1680/AB. Haben Sie mit der auch zu tun gehabt, oder hat die wer anderer gemacht?

Danzinger: Ich nehme an, daß die im Genehmigungsweg über mich gelaufen ist und daß ich möglicherweise am Entwurf, den jemand anderer erstellt hat — ich nehme an, da es eine D-Zahl hat, der Ministerialrat Köck —, gewisse Korrekturen sprachlicher oder inhaltlicher Natur vorgenommen habe.

Graff: Aber konkret ist Ihnen zur Beantwortung der Fragen 4 und 5 nichts in Erinnerung. Das werden Sie jetzt nicht auswendig sagen können. Da heißt es etwa: „Die Kriminalabteilung des Landeskriminalkommandos für Salzburg hat Udo Proksch tatsächlich des Mordes und des schweren Betruges verdächtigt.“ Die Ausdrucksweise „verdächtigt“, finden Sie die im Umgang von Sicherheitsbehörden miteinander für sehr treffend, oder wird damit nicht eine gewisse abwertende Note hineingebracht?

Danzinger: Wir können jeweils jemand nur wegen Verdacht einer strafbaren Handlung anzeigen. Es ist nicht Sache der Sicherheitsbehörde, bereits zu behaupten, A habe eine bestimmte strafbare Handlung begangen, denn auch wir sind an die Unschuldsvermutung gebunden.

Graff: Da sind wir uns völlig einig, Herr Generaldirektor, was ein Verdacht ist und was eine erwiesene Tatsache ist. Aber Sie haben ein so gutes Ohr für sprachliche Nuancen, daß Ihnen ein Unterschied zwischen dem, ob jemand eines Verbrechens verdächtigt wird, und der Behauptung, jemand steht in Verdacht, diese Tat begangen zu haben, schon auffallen dürfte.

Danzinger: Diese Unterscheidung treffen Sie, Herr Abgeordneter.

Graff: Aber nein!

Danzinger: Sie sagen, „im Verdacht stehen“ oder „verdächtig sein“ seien unterschiedliche Wertungen.

Graff: Nein, nicht verdächtig sein. „Die Kriminalabteilung hat den Udo Proksch des Mordes ver-

dächtigt“. Würden Sie sagen, daß das eine normale amtssprachliche Ausdrucksweise ist, bei der sich der Anfragebeantworter mit dem Verdacht identifiziert, wenn er sagt, der hat den verdächtigt?

Danzinger: Ich sehe darin keinen substantiellen Unterschied, ob ich sage, es wurde jemand verdächtigt, eine bestimmte Handlung begangen zu haben, oder er steht im Verdacht, eine bestimmte Handlung begangen zu haben.

Graff: Herr Sektionschef, ich schreibe es Ihrer Loyalität zu, daß Sie diese Nuance hier nicht erkennen wollen. Ich glaube nämlich, daß Sie sie schon erkennen.

Es heißt dann weiter, „das Beweismaterial, das der Staatsanwaltschaft Salzburg dazu übergeben wurde, stützt sich jedoch nur auf Unterlagen, die der erwähnte Privatdetektiv bei seiner Anzeigerstattung übergeben hatte und die nach dessen eigenen Angaben zum einen Teil von ihm selbst und zum anderen Teil vom rechtsanwaltlichen Vertreter der ‚Bundesländer‘ stammten.“ Von den eigenen Ermittlungen, von den Niederschriften mit den Zeugen Guggenbichler, Peterhans und anderen ist da überhaupt nicht die Rede. Würden Sie heute sagen, daß das eine vollständige und ordentliche Anfragebeantwortung ist?

Danzinger: Wenn Sie es so auseinandernehmen, Herr Abgeordneter, dann muß man aus heutiger Sicht sagen, daß nicht alle Details angeführt worden sind, nämlich alle Details, auf die sich die Anzeigerstattung gestützt hat.

Graff: So ist es, und ich füge hinzu, daß dem Ganzen hier ein ganz deutlich abwertender oder herunterstufender Drall gegeben worden ist.

Danke, ich habe keine weitere Frage.

Obmann Steiner: Danke. Herr Abgeordneter Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Ich werde es sehr kurz machen.

Sagen Sie, wie ist das eigentlich bei Ihnen so in der Hierarchie vom Abteilungsleiter hinauf? Wenn etwas den Weg zum Minister nimmt, ein Aktenstück oder so etwas, welche Stationen durchläuft es da normalerweise?

Danzinger: Normalerweise gehen Aktenstücke, die von der Abteilung bis zum Minister gehen, über den Gruppenleiter, wenn eine Gruppe errichtet ist, und den Sektionsleiter zum Minister.

Pilz: Und wie ist das bei besonders wichtigen Akten?

Danzinger: Nicht anders.

Pilz: Und wie war es im Fall Lucona?

Danzinger: Da gab es keine Akten, die mir vorgelegt worden wären, und ich weiß nicht, welche Akten zum Minister gegangen sind.

Pilz: Aber wir haben gehört, daß sich der Minister ständig berichten hat lassen.

Danzinger: Ja, das muß nicht unbedingt aktenmäßig geschehen, das kann auch mündliche Berichte betreffen.

Pilz: Es waren eigentlich dann, wie wir aus dem Akt des Ministers ersehen können, sehr häufig schriftliche Berichte, aber Sie haben gesagt, diese Aktenstücke sind, wenn, dann vom damaligen Gruppenleiter Hermann direkt an den Minister gegangen.

Danzinger: Ja, ich kann nicht darüber aussagen, was nicht über meine Person gelaufen ist.

Pilz: War das damals Ihrer Meinung nach ein unwichtiger Akt, der Akt Lucona?

Danzinger: Keineswegs! Ich habe vorhin schon erwähnt, daß es eine außergewöhnliche Strafsache war. Er hatte damals vielleicht nicht jene Bedeutung, die wir heute erkennen, weil unser Wissen heute ein ganz anderes ist als im Jahr 1983.

Pilz: Und wie könnte man das jetzt interpretieren, daß der Sektionsleiter offensichtlich nicht einmal bei der Anfragebeantwortung umfassend informiert wird? — Stellen wir die Frage anders: Haben Sie ein besonderes Vertrauensverhältnis zu Innenminister Blecha gehabt?

Danzinger: Der Innenminister Blecha ist der für mich zuständige Ressortleiter seit dem Jahr 1983.

Pilz: Das ist beweisbar, ja.

Danzinger: Ja. Damals im Jahr 1983 war er erst relativ kurze Zeit im Amt, seit Mai. Mein persönlicher Kontakt zu ihm war natürlich nicht so entwickelt, wie er sich dann im Laufe der Jahre gestaltet hat. Ich habe aber insgesamt keinen Anlaß zur Annahme gesehen, daß das Vertrauensverhältnis zwischen ihm und mir gestört gewesen wäre.

Pilz: Es geht mir nicht um die Frage eines möglicherweise gestörten Verhältnisses, sondern es geht mir darum: Hat es im Vergleich zum Beispiel zum damaligen Gruppenleiter Hermann von Ihrer Seite her ein besonderes enges Verhältnis zum Innenminister gegeben? Wer hat eigentlich das engere Verhältnis zum Minister gehabt?

Danzinger: Soweit ich weiß, war Dr. Hermann mit Minister Blecha schon aus früherer Zeit persönlich bekannt, während ich ihn erst kennenge-

lernt oder er mich kennengelernt hat, als er das Innenministerium übernommen hat.

Pilz: Und dann laufen die Aktenstücke nicht über Sie bei der Anfragebeantwortung, für die Sie zuständig sind, wie Sie bisher, glaube ich, auch für die mündlichen Anfragebeantwortungen in diesem Zusammenhang zuständig waren.

Danzinger: Herr Abgeordneter, für die Anfragebeantwortung ist das zuständige Regierungsmitglied zuständig, ob mündlich oder schriftlich. Zuständig für die Aufbereitung des Materials für eine mündliche Anfrage und für die Konzipierung einer schriftlichen Anfragebeantwortung ist eben die in Betracht kommende Organisationseinheit des Ministeriums.

Pilz: Und ist Ihnen das nicht eigenartig vorgekommen, daß Sie nicht einmal dafür das notwendige Aktenmaterial zur Verfügung gestellt bekommen haben?

Danzinger: Es hat sich nicht als notwendig erwiesen. Ich habe die Auskünfte erhalten, die ich benötigte, um diese Fragen zu beantworten. Und sie stammten ja in wesentlichen Punkten vom Minister selbst und da gab es keine Akten des Ministers, die das belegten.

Pilz: Haben Sie sonst eigentlich so in den Jahren 1983/1984 enger mit der Sache Lucona zu tun gehabt?

Danzinger: Aus meiner Erinnerung kann ich jetzt nur auf diese Angelegenheit verweisen, die damals zwischen Gruppe C und Gruppe A gespielt hat, die Überprüfung des . . .

Pilz: Das war die Guggenbichler-Sache.

Danzinger: Die Guggenbichler-Sache. Ansonsten kann ich mich im Moment nicht erinnern, daß ich in dieser Sache befaßt gewesen wäre, bis zu jenem 19. November 1984.

Pilz: Hat es Ende Jänner ein Treffen gegeben zwischen Ministerialrat Dr. Köck, Ministerialrat Dr. Hermann und Ihnen in dieser Angelegenheit: Betrugshandlungen zum Nachteil der Bundesländer-Versicherung?

Danzinger: Ende Jänner welchen Jahres?

Pilz: 1984, Entschuldigung.

Danzinger: Das liegt fünf Jahre zurück, Herr Abgeordneter, ich kann mich nicht erinnern. Es hat zweifellos im Laufe der Jahre wiederholte Gespräche, Besprechungen oder Treffen gegeben, an denen ich teilgenommen habe, an denen Dr. Hermann teilgenommen hat, an denen Dr. Köck teilgenommen hat, das ist nichts Ungewöhnliches.

Pilz: Sie sagen auf der einen Seite, daß Sie eigentlich im großen und ganzen mit diesem Fall Lucona nichts zu tun hatten, daß, wenn Akten an den Minister gingen, die dann offensichtlich direkt vom Gruppenleiter und nicht vom Sektionsleiter an den Minister gegangen sind, daß sie auch nicht aktenmäßig übermäßig gut informiert waren bei den schriftlichen und mündlichen Anfragebeantwortungen. Und dann gibt es da einen Aktenvermerk vom 30. 1. 1984 — ich gebe Ihnen den dann gerne, falls Sie ihn nicht haben — wo es offensichtlich zentral darum geht — ich zitiere —: „Die Kriminalabteilung möge die Erhebungen nach dem Auftrag der Staatsanwaltschaft fortsetzen, und die erforderlichen Erhebungen beim Bundesheer sollten schriftlich angesprochen werden.“ Und dazu hat es offensichtlich ein Treffen laut diesem Aktenvermerk zwischen Dr. Köck, Dr. Hermann, Oberstleutnant Traninger, der ist, glaube ich, von der . . .

Danzinger: Kriminalabteilung Niederösterreich.

Pilz: . . . von Niederösterreich, ja, und Ihnen gegeben. Dieser Aktenvermerk, datiert vom 30. 1. 1984, wie gesagt.

Danzinger: Von wem ist der Aktenvermerk angefertigt?

Pilz: Vom Oberstleutnant Traninger. Ich zeige ihn Ihnen gerne, das ist kein Problem. Um was ist es da eigentlich gegangen: „Erhebungen nach dem Auftrag der Staatsanwaltschaft fortsetzen“?

Danzinger: Ich kann mich an diese Besprechungen nicht erinnern. Wenn es aktenmäßig festgestellt ist, daß ich daran teilgenommen habe, wird es wohl so sein, ich kann mich aber nicht erinnern an eine Besprechung, an der neben Beamten des Hauses auch Oberst Traninger teilgenommen hätte.

Pilz: Oberstleutnant damals.

Danzinger: Damals, ja.

Pilz: Was bedeutet es für Sie, notwendige Erhebungen im Bundesheer? Welche Erhebungen waren das?

Danzinger: Bitte, Herr Abgeordneter, darf ich den Text dieses Aktenvermerkes auch verlesen.

Pilz: Gerne, ja.

Danzinger: Hier heißt es: „Ministerialrat Dr. Köck gibt telefonisch bekannt“ — nämlich dem Oberstleutnant Traninger —, „daß die Angelegenheit mit dem Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit Danzinger und Hermann besprochen wurde.“ Also kein Gespräch, an dem Traninger teilgenommen hat. Sie haben vorher gesagt . . .

Pilz: Nein. Eine Besprechung zwischen Ihnen dreien, ja. Zwischen Köck, Hermann und Ihnen.

Danzinger: Besprechungen dieser Art, also mit diesen beiden Herren, hat es viele gegeben, nicht nur in der Sache.

Pilz: Ja, aber offensichtlich war das ein spezielles Gespräch, wie Sie dem Kopf entnehmen, zur Frage Betrugshandlungen zum Nachteil der Bundesländer-Versicherung.

Danzinger: Mag sein, bitte, ich erinnere mich an dieses Gespräch konkret nicht.

Pilz: Was könnten das für Ermittlungen in Richtung Bundesheer gewesen sein, die damals geführt werden sollten?

Danzinger: Keine Ahnung.

Pilz: Können Sie sich nicht erinnern. Und an die zum Schluß angesprochenen . . .

Danzinger: Mir ist auch nicht erinnerlich, jemals in diesem Zusammenhang vom Bundesheer gehört zu haben.

Pilz: Und an die in dem Zusammenhang angesprochene Interpol, können Sie sich daran erinnern, Interpol-Fahndung?

Danzinger: Nein, an die Interpol-Fahndung erinnere ich mich . . .

Pilz: Na, es steht zum Schluß irgend etwas von Interpol. Ich weiß es auch nicht, ich wollte Sie eben fragen, was da . . .

Danzinger: Vom Bundesministerium werden an IP, also Interpol, Rom und Zürich schriftliche Anfragen im Sinne des Antrages der Staatsanwaltschaft gestellt werden.

Pilz: Interpol-Auskunft, ja, ja. Sie wissen nicht mehr, was das war. Vielleicht wird sich der Dr. Köck erinnern, werden wir sehen.

Jetzt noch einmal zu diesem Guggenbichler-Papier. Sagen Sie, Sie haben vorher auf die Frage eines Kollegen geantwortet, es hat kein Zusammenhang zwischen Guggenbichler, der Causa Lucona, diesen ganzen Waffenpaßsachen und sonstigen Anzeichen bestanden. Also es hat für Sie offensichtlich, wenn ich das richtig verstanden habe, eine „Causa Guggenbichler“ gegeben mit den ganzen Anzeigen gegen ihn, dieser Erpressungsverdacht, glaube ich, war das einmal und diese Waffenpaßsache und so weiter, und auf der anderen Seite die Rolle Guggenbichlers in der Causa Lucona. Sehen Sie da keinen Zusammenhang?

Danzinger: Keineswegs, denn die Causa Lucona hat ja Guggenbichler, wie man jetzt weiß, 1983

erstmalig an die Kriminalabteilung herangetragen und die Waffenpaßangelegenheit ist datiert mit dem Jahre 1981, also zwei Jahre vorher. Auch die Erpressungsgeschichte, in deren Zusammenhang er in Wien aufgrund eines richterlichen Haftbefehles festgenommen worden ist, war vor dem Jahre 1983, hatte mit der Causa Lucona zumindest für uns keinen erkennbaren Zusammenhang.

Pilz: Und diese Anzeige von Guggenbichler ist ja dann eigentlich vollinhaltlich in Ihrer Wichtigkeit und sachlichen Bedeutung vom Innenminister bestätigt worden. Das heißt, ist es richtig, daß eigentlich das Ganze durch Guggenbichler ins Rollen gekommen ist, diese ganze Affäre Lucona mit dieser Anzeige?

Danzinger: Guggenbichler war es — das weiß ich aus der heutigen Informationslage —, der Anfang des Jahres 1983, im April, glaube ich, ersten Kontakt mit dem Gruppeninspektor Mayer aufgenommen und ihn über die Sache informiert hat, ihm Hinweise gegeben hat auf das Verhalten Proksch und Daimler im Zusammenhang mit der „Lucona“.

Pilz: Hat es damals irgendwelche Hinweise darauf gegeben, daß die Informationen, diese „Lucona“-Informationen von Guggenbichler schlecht sind oder unseriös sind oder irgend so etwas?

Danzinger: Ich selbst, das habe ich Ihnen ja schon gesagt, wurde erst zu einem späteren Zeitpunkt darüber informiert.

Pilz: Wie interpretieren Sie das dann, wenn da kein Zusammenhang zu der Waffenpaßgeschichte und zu der Erpressungsgeschichte und zu anderen Geschichten besteht? Wie interpretieren Sie dann die Weisung an die Sicherheitsdirektion für Salzburg, jeden Kontakt mit Guggenbichler abzuberechen? Ist Ihnen . . .

Danzinger: Herr Abgeordneter! Als Zeuge habe ich nicht über Spekulationen auszusagen, sondern über Wahrnehmungen. Ich habe von dieser Weisung keine Kenntnis gehabt, sie stammt auch nicht von mir. Daher können Sie mich nicht fragen, was allenfalls die anderen damit gemeint haben mögen.

Pilz: Schauen Sie, ich lese Ihnen da jetzt etwas vor in bezug auf diese Weisung, von der Sie keine Kenntnis hatten: „Die von der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst durchgeführten Erhebungen über Guggenbichler ließen begründete Zweifel an dessen Seriosität aufkommen. Dies war auch Anlaß für eine Weisung an die Sicherheitsdirektion für Salzburg, jeden Kontakt mit Guggenbichler abzuberechen. 28. Oktober 1983, Dr. Danzinger.“

Also ich nehme an, wenn da „Dr. Danzinger“ druntersteht, daß dieser Dr. Danzinger dann auch

von dem Kenntnis genommen hat, was eine Seite vorher festgehalten wird und dann später von ihm unterschrieben wird. Ist das richtig, oder ist das plausibel?

Danzinger: Herr Abgeordneter! Ich muß — ich habe das auch vorhin bereits erwähnt — davon ausgehen, daß Papiere, die mir zur Genehmigung vorgelegt werden von einem meiner Mitarbeiter, den ich für durchaus kompetent und engagiert halten darf, auch richtig den Sachverhalt wiedergeben. Ich bin als Genehmigender nicht in der Lage, jede Einzelheit, die darin enthaltenen Aussagen auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Da käme die Verwaltung wahrscheinlich nie vom Fleck, wenn jeder Vorgesetzte, der eine schriftliche Äußerung eines Untergebenen zu unterfertigen hat, jetzt von vorne beginnen würde, alles auf seine Richtigkeit zu testen.

Pilz: Da geht es um eine Dienstaufsichtssache, da geht es, wie Sie gesagt haben, um diesen Herrn Guggenbichler, der verwickelt ist in einen clamorösen Kriminalfall, und dann wird Ihnen ein Papier vorgelegt, das Sie unterschreiben, und das lesen Sie sich nicht einmal durch.

Danzinger: Das habe ich nicht gesagt. Ich habe es mir zweifellos durchgelesen, weil ich pflege, nichts zu unterschreiben, was ich mir nicht durchlese, aber hier ging es nicht um den Herrn Guggenbichler, sondern hier ging es um den Beamten Stürzenbaum, der für den Guggenbichler bei einer örtlich unzuständigen Behörde interveniert hat, damit ihm ein Waffenpaß ausgestellt wird. Darum ging es und nicht um die Begleitumstände, die in diesem Schreiben auch geschildert werden.

Pilz: Da steht was drinnen von einer Weisung, jeden Kontakt mit Guggenbichler, das heißt, dem Detektiv, der in der Lucona-Affäre von Anfang an ermittelte und die Schlüsselrolle spielte, da wird Ihnen zur Kenntnis gebracht eine Weisung, jeden Kontakt mit dieser Schlüsselfigur der Affäre „Lucona“ abzuberechen. Und für Sie ist das eine Bagatelle!

Danzinger: Da wird mir zur Kenntnis gebracht, daß diese Weisung ergangen ist.

Pilz: Für Sie ist das eine Bagatelle! Sie vergessen das gleich wieder. Dann findet ein Gespräch statt der höchsten Beamten des Innenministeriums zur Frage der staatsanwaltschaftlichen Erhebungen, zur Fortsetzung, zu Erhebungen des Bundesheeres, zu Interpol und so weiter, und Sie vergessen das auch alles komplett. Das einzige, woran Sie sich erinnern können, ist, daß Sie offensichtlich nicht zuständig waren. Ich kann Sie eigentlich in diesem Zusammenhang nicht mehr sehr viel fragen, weil das offensichtlich erinnerungsmäßig nicht klappt. — Gut. Ich habe keine weiteren Fragen. Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Gaigg.

Gaigg: Herr Generaldirektor! Ich kenne Ihre persönlichen Gepflogenheiten nicht, auch nicht die Übung in Ihrem Amt, aber üblicherweise wird bei Spitzenbeamten täglich eine Zeitungsmappe vorgelegt, und wenn man über ein gut funktionierendes Sekretariat verfügt, dann werden von der Sekretärin oder vom Sekretär bereits jene Dinge in den Zeitungen oder Zeitschriften unterstrichen, die von Belang sind. Könnten Sie uns sagen, wie das bei Ihnen in Ihrem Amt üblich ist? Bekommen Sie auch täglich eine Zeitungsmappe, in der bereits verschiedene Dinge angestrichen sind? Wie läuft das bei Ihnen?

Danzinger: Das ist richtig, ich bekomme täglich einen Großteil der österreichischen Tageszeitungen. Und die sind seit einiger Zeit — ich weiß nicht, ob das 1983 bereits der Fall war — mit gewissen Anmerkungen versehen, was von besonderem Interesse ist. Nur kommt es nicht selten vor, daß ich erst spätabends in der Lage bin, diese Zeitungen anzusehen.

Gaigg: Aber Sie lesen diese Zeitungen, im besonderen die angestrichenen Sachen?

Danzinger: Ich lese Zeitungen wie jeder interessierte Staatsbürger.

Gaigg: Herr Zeuge! Sind in dieser Zeitungsmappe auch die beiden Wochenzeitschriften „profil“ und „Wochenpresse“ drinnen?

Danzinger: Ja.

Gaigg: Nun fällt es mir einigermaßen schwer, Ihnen in der Richtung zu folgen, daß Sie erst 1983, nachdem die Sache im Grunde genommen ausgebrochen und bereits anhängig war, nicht nur bei den Behörden, auch bei der Staatsanwaltschaft, auf diesen, wie Sie sagen, besonders auffälligen, clamorösen Fall aufmerksam geworden sind, denn „Wochenpresse“ und „profil“ und auch andere Zeitschriften haben ja bereits zu einem früheren Zeitpunkt über die Causa Lucona, über den Herrn Proksch (Rieder: Wann denn?) — das läßt sich, bitte, nachweisen — berichtet und auch gewisse politische Zusammenhänge hergestellt. Und meine Annahme wäre gewesen, daß aufgrund solcher Zeitungsmeldungen eigentlich bei Ihnen die Alarmglocken hätten läuten müssen. Und dann gäbe es zwei mögliche Reaktionen: Die eine würde ich bei Ihnen nicht für sehr typisch halten: Ohren zu, Augen zu und nichts reden; die andere mögliche Reaktion wäre die: Ja hallo, das ist wahrscheinlich der größte Kriminalfall der Zweiten Republik, wenn nicht überhaupt Österreichs, Verdacht auf sechsfachen Mord, Versicherungsbetrug

in einer Größenordnung von Hunderten Millionen Schilling, bitte, was ist da los, da muß ich mich sofort unterrichten lassen, und da muß also irgend etwas geschehen. Daher noch einmal jetzt die Frage: Ist es wirklich so, daß Sie erst zu diesem späten Zeitpunkt auf diesen außerordentlichen Kriminalfall aufmerksam geworden sind?

Danzinger: Ich habe in meinen früheren Aussagen erwähnt, daß ich im Sommer 1983, wobei ich den genauen Zeitpunkt nicht fixieren kann, von Dr. Hermann gesprächsweise über den Fall beziehungsweise über die Anhängigkeit des Falles bei den Salzburger Sicherheitsbehörden informiert worden bin. Das heißt nicht, daß ich damals erstmals von der Existenz eines Herrn Proksch oder von der Existenz oder Nicht-mehr-Existenz des Schiffes Lucona gehört hätte. Und Sie selbst können nicht genau fixieren, wann darüber in den verschiedenen Medien berichtet worden ist. Aber dazu zwei Anmerkungen, Herr Abgeordneter.

Man kann nicht auf jede Pressemeldung, deren gibt es enorm viele, in der Form reagieren, daß man sofort mit schwerem Geschütz losfährt. Zum zweiten. Es ist, wenn es damals schon in den Zeitungen berichtet wurde, zweifellos auch davon berichtet worden, daß seit dem Jahre 1976 das Verfahren bei den Zivilgerichten läuft. Und auch der Zivilrichter ist verpflichtet, einen ihm zur Kenntnis gelangenden Verdacht einer strafbaren Handlung der Staatsanwaltschaft anzuzeigen, denn der § 84 der Strafprozeßordnung spricht von allen öffentlichen Ämtern und Behörden, die verpflichtet sind, einen ihnen zur Kenntnis gelangenden Sachverhalt der Staatsanwaltschaft sogleich anzuzeigen. Sie dürfen nicht unterstellen, daß wir uns für klüger halten als die Richter des Obergerichtes, möglicherweise des Obersten Gerichtshofes, die sich seit Jahren mit diesem Fall befaßt haben und es nie für notwendig befunden haben, das Strafgericht einzuschalten.

Gaigg: Ich darf, Herr Zeuge, mit meinen Worten formulieren. Sie haben sich durch diese Zeitungsberichte beziehungsweise auch dadurch, daß Sie möglicherweise gesprächsweise über diese aufsehenerregende Causa erfahren haben, zu keinen Aktionen veranlaßt gesehen, auch in der Meinung, es liefe bei den Zivilgerichten, und so weiter.

Danzinger: Herr Abgeordneter! 1983, als ich davon von meinem Mitarbeiter erfahren habe, war die Sache ja schon sowohl bei den Sicherheitsbehörden als auch dann in weiterer Folge beim Strafgericht anhängig. Wenn es der Fall ist, daß ich schon vorher durch Zeitungspublikationen von der Tragweite dieser Angelegenheit Kenntnis erhalten haben muß, dann habe ich zweifellos angenommen, daß die Justiz, in dem Fall eben das Zivilgericht, die dem Gericht notwendigen Maßnahmen setzen würde. Ich konnte

ja nicht ausschließen, daß nicht vielleicht schon eines der befaßten Zivilgerichte auch eine Aktenkopie der Staatsanwaltschaft zur strafrechtlichen Prüfung übermittelt hätte.

Gaigg: Herr Zeuge! Zurück zu diesem Aktenvermerk vom 30. Jänner 1984, der Bezug nimmt auf die Besprechung zwischen Ihnen, Herr Generaldirektor, Dr. Hermann und Dr. Köck, mit dem Inhalt, die Kriminalabteilung möge die Erhebungen nach dem Auftrag der Staatsanwaltschaft fortsetzen. Sie haben vorhin erwähnt — das ist durchaus plausibel —, daß man sich auf höchster Ebene nicht mit jedem Fall befassen kann. Im Jänner 1984 war es dann offenbar soweit, daß man sich auf höchster Ebene mit dieser Causa Proksch auseinandersetzt. Bitte, was war der Grund, daß hier dann in dieser Sache auf höchster Ebene eine Besprechung stattgefunden hat und dann dieses Team eben diese Entscheidung fällt, eigentlich als Selbstverständlichkeit, die Kriminalabteilung möge die Erhebungen nach dem Auftrag der Staatsanwaltschaft fortsetzen? Das ist ja an sich nach dem Gesetz das Übliche. Daher, bitte, können Sie uns dazu einen Kommentar geben?

Frage eins: Warum ist das dann Gegenstand einer Besprechung auf höchster Ebene gewesen?

Frage zwei: Warum war es denn notwendig, hier ausdrücklich eine Weisung ins Auge zu fassen beziehungsweise zu erlassen, daß etwas geschieht, was das Gesetz sowieso vorschreibt?

Danzinger: Herr Abgeordneter! Zunächst eines: Es ist nicht ein Aktenvermerk über ein Gespräch oder eine Besprechung zwischen Köck, Hermann und mir, sondern es ist ein Aktenvermerk über eine Aussage des Dr. Köck gegenüber dem Oberstleutnant Traninger. Köck hat laut Traninger gesagt, es habe eine Besprechung zwischen Hermann, Köck und Danzinger stattgefunden. (*Gaigg: Ja, das ist korrekt!*) Ich erinnere mich nicht an ein derartiges Gespräch. Ich kann es nicht ausschließen, daß es stattgefunden hat. Ich erinnere mich nicht daran.

Zum zweiten: Es wäre ganz ungewöhnlich nach meinem Verständnis und mir unverständlich, daß man besonders betonen mußte, daß die Sicherheitsbehörde das zu tun hat, was die Staatsanwaltschaft aufträgt. (*Gaigg: Eben!*) Daher fände ich überhaupt keinen Grund, daß ich das besonders hätte hervorheben müssen. Ich weiß nicht, wieso Köck diese Mitteilung dem Oberstleutnant Traninger gemacht hat. Das kann ich nicht sagen. Ich erinnere mich jedenfalls nicht an ein derartiges Gespräch.

Gaigg: Ja, wir werden also den Dr. Köck und den Oberstleutnant Traninger dazu befragen müssen.

Eine Frage hätte ich noch, Herr Generaldirektor: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann hat sich Dr. Köck bei einer dieser parlamentarischen Anfragen außerstande erklärt, die Beantwortung zu konzipieren. Das nimmt mich eigentlich wunder. Denn wenn in der Anfrage selbst gewisse Vorwürfe wegen der Vorgangsweise gegen den dafür Zuständigen erhoben werden, dann wäre es doch eigentlich logisch und zuiefst menschlich, daß der geradezu „heiß darauf ist“, diese Vorwürfe, wenn sie nicht berechtigt waren, zu widerlegen. Eine Erklärung, sich dazu nicht in der Lage zu sehen, so daß dann der Vorgesetzte, der höchste Beamte in diesem Bereich, wie der Kollege Dr. Graff gesagt hat, selbst darangehen muß, die Anfrage für den Minister zu beantworten, das ist doch, bitte, auch etwas ganz Außerordentliches. Haben Sie das einfach akzeptiert, daß Dr. Köck hier erklärt, da sieht er sich nicht imstande, die Beantwortung zu konzipieren? Ist so etwas üblich? Ist so etwas in irgendeinem anderen Fall einmal vorgekommen?

Danzinger: Es ist keineswegs üblich. Ich kann nur wiederholen: Dr. Köck hat sich außerstande erklärt; welche Motive er dafür hatte, das kann ich nicht wiedergeben oder angeben. Das ist eine Frage, die nur er selbst beantworten könnte. Ich habe angenommen, daß er sich in irgendeiner Weise, weil er persönlich involviert war, als befangen erachtet hat. Es ist richtig, daß diese Vorgangsweise nicht üblich war. Ich kann Ihnen auch versichern, daß ich über die Weigerung Dr. Köcks, das selbst zu machen, und die sich daraus ergebende Konsequenz, daß ich es machen mußte, keineswegs hochofret gewesen bin.

Gaigg: Das kann ich mir vorstellen, aber trotzdem, entschuldigen Sie, wenn ich nachstoße, aber er war Ihr Untergebener. Sie haben ihm das einfach durchgehen lassen, und mußte das nicht zwangsläufig so laufen, daß Sie ihm wenigstens eine Stellungnahme zu den in der Anfrage enthaltenen Problemen abverlangt haben?

Danzinger: Die Stellungnahme hat er ja mündlich abgegeben.

Gaigg: Er hat Ihnen nichts Schriftliches in die Hand gegeben?

Danzinger: Er hat mir bei der ersten Anfragebeantwortung, soweit ich mich erinnere, keinen Entwurf, auch keinen Versuch einer schriftlichen Niederlegung seiner dazu zu machenden Angaben vorgelegt. Ich weiß nur — ich habe das schon vorhin erwähnt —, Sie wissen, die Frist für eine Beantwortung beträgt zwei Monate. Aus dem Datum ist auch ersichtlich, daß der Bericht erst kurz vor Ablauf der vorgesehenen Frist unterfertigt wurde. Es war die Frist schon fast am Auslaufen, als es zu diesem Gespräch kam. Da hat er erklärt, er fühle sich nicht in der Lage, diese Anfragebe-

antwortung zu konzipieren. Was blieb mir übrig? Hier saß der Minister, hier saß Dr. Köck, möglicherweise auch Dr. Hermann, wie ich erwähnt habe. Ich weiß es jetzt nicht mehr dezidiert, aber wahrscheinlich wird es so gewesen sein, daß mich der Minister ersucht hat, es für ihn zu tun.

Gaigg: Ja dann wäre es eigentlich zumindest denkbar gewesen, wenn auch vielleicht, wenn man sehr kollegial ist, nicht das Übliche, daß Sie ihn erstens rügen, daß er die Geschichte so lange liegen läßt, daß Sie zweitens nicht akzeptieren, daß er es nicht macht, und daß Sie ihm drittens die Weisung geben, seiner Verpflichtung nachzukommen. Sie sind also da sehr nachsichtig gewesen, wenn ich das so formulieren darf.

Danzinger: Herr Abgeordneter! Es ist richtig, ich hätte ihm die Weisung erteilen können. Nun ist es im Umgang mit Kollegen, die man Jahrzehnte kennt und mit denen man ansonsten ein ausgezeichnetes Arbeitsklima hat, nicht üblich, daß man mit Weisungen vorgeht. Und letztlich, das Konzept, das er hätte entwerfen müssen, hätte im Genehmigungsweg wieder über mich laufen müssen. Wenn ich dann mit seiner Formulierung nicht einverstanden gewesen wäre, so wäre mir wieder nichts anderes übriggeblieben, als es umzuschreiben, zu korrigieren, zu ergänzen. Sie können das vielleicht so zusammenfassen: Bevor ich mich dieser Mühe unterzogen habe, etwas zu korrigieren, habe ich es gleich selbst gemacht.

Gaigg: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Generaldirektor! Nach der mir vorliegenden Geschäftseinteilung sind Sie der Vorgesetzte von fast so vielen Abteilungen wie die übrigen Sektionen des Innenministeriums zusammen. Ist das richtig?

Danzinger: Ich bin im Moment überfragt, wenn Sie mich nach den Zahlen fragen. Es gibt 15 oder 16 Abteilungen.

Rieder: Sie haben 16 oder 17 Abteilungen, glaube ich, das habe ich da durchgezählt. Das heißt, die Führung dieser vielen Gruppen und Abteilungen setzt ein anderes Vorgehen voraus, als das sonst vielleicht bei einer kleinen Sektion oder Gruppe möglich ist. Ist das richtig?

Danzinger: Sicherlich. Wenn ich als Vorgesetzter lediglich drei Abteilungen zu leiten habe und in der Funktion eines Sektionsleiters, dann wird es mir eher möglich sein, die Tätigkeit aller meiner Mitarbeiter a) zu kennen und b) auch zu prüfen, als wenn es sich hier um eine Organisationseinheit handelt, die so viele Abteilungen umfaßt, wie Sie erwähnt haben, und in der rund 60 bis 70 Akademiker tätig sind.

Rieder: Darf ich zur Beurteilung der Größenordnung noch eine Frage an Sie richten. Von Ihrem Wirkungsbereich sind wie viele Mitarbeiter des gesamten Ressorts betroffen; ungefähr die Größenordnung?

Danzinger: Ich habe das nie gezählt. Ich habe nur einmal geprüft oder nachgesehen, wie viele Akademiker in der Sektion tätig sind. Da bin ich auf eine Zahl so zwischen 60 und 70 gekommen.

Rieder: Ich habe gemeint, nicht nur im Innenministerium selbst, sondern vom gesamten Sicherheitsressort.

Danzinger: Vom gesamten Sicherheitsressort. Die Mitarbeiter im Bereich der Bundespolizei und der Bundesgendarmerie kann man in einer Größenordnung von ungefähr 25 000 annehmen.

Rieder: Ich habe den Eindruck, es bleibt eh nichts anderes übrig. Das Sicherheitsressort ist das, wofür Sie zuständig sind. Der Zivildienst und die Gemeindeangelegenheiten werden sonst das Kraut nicht fett machen. Ich frage das deswegen, weil ich den Eindruck gehabt habe, daß da eine falsche Vorstellung über die Größenordnung Ihres Wirkungsbereiches entsteht und daß eher wahrscheinlich die Zufälligkeiten oder das Einstimmigkeit ist, ob der jeweilige Gruppenleiter jetzt einmal zu Ihnen kommt oder nicht oder wie die Schwerpunkte halt gesetzt werden. Ist das richtig?

Danzinger: Ich habe die Frage jetzt nicht ganz verstanden.

Rieder: Die Frage ist: Nach welchen Mechanismen läuft denn die Befassung des Generaldirektors ab? Außer Sie werden vom Innenminister . . .

Danzinger: Grundsätzlich kann man davon ausgehen, daß Angelegenheiten, die bis zum Minister gehen, auch über den Sektionsleiter gehen müssen.

Rieder: Also Ministersachen in dem Sinn?

Danzinger: Ja. (Zwischenruf.)

Rieder: Ich meine, ich verstehe das schon, weil ich selbst in einem Ministerium gewirkt habe. Es gibt von der Rangordnung Sachen, die jetzt nicht aus der Sicht des Ministers, sondern von der Sache des Beamten her als Ministersache vorgelegt werden. Die sind natürlich relativ begrenzt in der Zahl. Und da kann ich mir das schon vorstellen. (Graff: Es gibt Sachen, die sind so wichtig, die sind dem Hermann vorbehalten!)

Jetzt zu der von Kollegen Graff angeschnittene Frage der Anfragebeantwortungen. Ich habe in der Zwischenzeit die zwei Anfragen, um die es geht, und deren Beantwortungen kopieren lassen und darf sie Ihnen geben, damit wir die durchgehen.

(Graff: Wenn ich gewußt hätte, daß er so viel zu tun hat, hätte ich sie nicht gestellt!) Bei manchen Ihrer Fragen, Herr Dr. Graff, frage ich mich auch, ob Sie sie, wenn Sie ein bisserl überlegt hätten, nicht gestellt hätten.

Die Anfragebeantwortung vom 18. Mai 1985 beginnt zu den Fragen 1 bis 6. Wenn man jetzt die dazupassende Anfrage nimmt, das ist die vom 20. 3. 1985, dann finde ich da eigentlich keine Frage, die sich auf den Sachverhalt Salzburg bezieht, sondern die erste Frage und alles folgende beziehen sich auf den 19. 11. 1984.

Jetzt hat Dr. Graff Sie gefragt, ob man nicht vielleicht unter dem Gesichtspunkt des heutigen Wissenstandes darauf hätte hinweisen sollen, daß es vor den Ermittlungen im engeren Sinn auch eine Mitteilung gegeben hat. Können Sie mir jetzt aus der Beurteilung des Wortlautes der Anfragebeurteilung und der Fragestellungen erklären, welchen Unterschied es gemacht hätte, wenn das dringengestanden wäre?

Danzinger: Es hätte meiner Meinung nach überhaupt keinen Unterschied gemacht. Es hätte auch überhaupt nichts bedeutet, wenn das Datum Juli 1983 in der Anfragebeantwortung auch nicht genannt worden wäre, wenn es nur geheißen hätte, das Innenministerium erlangte Kenntnis davon, daß die Salzburger Sicherheitsbehörden hier erheben. Daß der Zeitpunkt Juli 1983 angeführt wurde, hat lediglich einen Anhaltspunkt geliefert.

Rieder: Wenn Sie die Anfrage zur Hand nehmen, dann gibt es auf Seite 2, bevor die Fragen kommen, eine Passage, da heißt es: Denn danach wurden im Jahr 1983 von seiten der Salzburger Exekutive die Erhebungen und so weiter geführt. Also dort wird ausdrücklich nach den Erhebungen und nicht nach dem Anfall gefragt. Ist nicht mit dem Hinweis auf die Ermittlungen die Frage sogar noch korrekter, noch richtiger beantwortet, als wenn überhaupt nur gesprochen wäre?

Danzinger: Ich glaube, das könnte man daraus ablesen.

Rieder: Ich frage Sie nur deswegen, weil Dr. Graff sich ständig bemüht, nachzuweisen, daß durch die Einschränkung auf Juli in irgendeiner Weise der Inhalt der Anfragebeantwortung verfälscht wurde. Ich kann das nur nicht sehen. Ich frage Sie, nachdem Sie auch vom Kollegen Graff gefragt worden sind: Was macht das für einen Unterschied — noch einmal — für die Beantwortung auch nach dem heutigen Wissensstand aus, ob dort stehen würde, ab Mitte April gab es Korrespondenz in dieser Frage und ab Juli 1983 dann auch noch Ermittlungen?

Danzinger: Meiner Meinung nach würde das überhaupt keinen Unterschied ausmachen. Ich

habe das schon erwähnt. Es würde auch keinen Unterschied ausmachen, wenn kein Datum angeführt worden wäre.

Rieder: Ich komme jetzt zu der zweiten hier kriminalisierten Anfragebeantwortung. Wenn man das zur Hand nimmt, da geht es dann auf Seite 3 der Anfragebeantwortung zu Frage 4. Also in der Beantwortung zu Frage 4 heißt es: Ein Beamter der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg hat im Jahre 1983 in der Angelegenheit und so weiter Ermittlungen, insbesondere Vernehmungen, durchgeführt. Grundlage dieser Ermittlungen waren ausschließlich die Angaben eines ihm langjährig bekannten, in der Schweiz lebenden Privatdetektivs, die neben dem Verdacht des Versicherungsbetruges auch Hinweise auf die Möglichkeit von Mord oder Mordversuchen enthielten. Staatsanwaltschaftliche oder richterliche Aufträge zur Vornahme dieser Erhebungen hat es in diesem Zeitpunkt nicht gegeben. Und dann wird noch auf die Anfragebeantwortung vom 18. Mai 1985 Bezug genommen.

Herr Generaldirektor! Wenn Sie die dazupassende Frage in der parlamentarischen Anfrage nehmen, würden Sie sagen, daß die Beantwortung unrichtig oder irreführend unvollständig ist?

Danzinger: In der Anfrage heißt es hier: Entspricht es den Tatsachen, daß die ursprünglichen Erhebungen gegen Proksch in Salzburg seitens der Exekutive auch wegen Mordes beziehungsweise wegen Mordverdacht geführt wurden? Und das wird hier bestätigt.

Rieder: Und wenn wir gleich zur nächsten Frage gehen, zur Frage 5. In der Anfragebeantwortung heißt es: Im Betreff der erst auf meine Weisung erfolgten Anzeigeerstattung an die Staatsanwaltschaft Salzburg hat die Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg Udo Proksch tatsächlich des Mordes und versuchten Mordes, des schweren Betruges und der falschen Beweisaussage vor Gericht verdächtigt. Jetzt ist der Kollege Graff über den Begriff „verdächtigt“ gestolpert. (Graff: Blecha ist gestolpert, ich habe ihn nur vorgehalten!) Ich möchte Ihnen auch vorhalten, aber weniger dramatisch als der Kollege Graff, ein Papier. Finden Sie dort auch den Begriff „verdächtigt“?

Danzinger: Schon im Betreff wird sowohl bei Proksch als auch bei Tannaz als auch bei Daimler, Egger und Fischer jeweils erwähnt, daß sie verdächtigt werden bestimmter Straftaten.

Rieder: Können Sie uns erklären, was das für ein Geschäftsstück ist, das ich Ihnen gegeben habe?

Danzinger: Das ist die Vollanzeige des Landesgendarmeriekommandos für Salzburg, Kriminal-

abteilung, an die Staatsanwaltschaft Salzburg vom 14. August 1983.

Rieder: *Von wem ist denn das verfaßt?*

Danzinger: Das ist meiner Meinung nach vom Herrn Gruppeninspektor Mayer verfaßt worden.

Rieder: *Also von einem für Dr. Graff eher unverdächtigen Urkundenverfasser. Ich wollte nur damit zum Ausdruck bringen, daß in der Anfragebeantwortung nichts anderes geschehen ist, als daß die Strafanzeige wiedergegeben wird.*

Um jetzt in der Anfragebeantwortung weiterzugehen; in der Anfragebeantwortung, die ich zuerst herangezogen habe, vom 20. Dezember 1985, zur Frage 5, nur der zweite Absatz. Da heißt es: Das Beweismaterial, das der Staatsanwaltschaft Salzburg dazu übergeben wurde, stützt sich jedoch nur auf Unterlagen, die der erwähnte Privatdetektiv bei seiner Anzeigenerstattung übergeben hatte und die nach dessen eigenen Angaben zu einem Teil von ihm selbst und zu einem anderen Teil von einem rechtsfreundlichen Vertreter der Versicherungsanstalt der Österreichischen Bundesländer-Versicherungs-AG stammen.

Herr Generaldirektor! Wie würden Sie diese Passage verstehen? Das Beweismaterial — was würden Sie da meinen, was ist das?

Danzinger: Ja ich nehme an, daß das irgendwelche Unterlagen waren, sei es aus dem zivilgerichtlichen Verfahren, oder Unterlagen, die Herr Guggenbichler zusammengetragen hat.

Rieder: *Würden Sie ausschließen, daß diese Passage, das Beweismaterial auch umfaßt die vereinzelten Einvernahmen durch die Gendarmerie?*

Danzinger: Das würde ich schon deshalb nicht ausschließen, weil ja in der Beantwortung zur Frage 4 schon auf Vernehmungen Bezug genommen wird, die von der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos durchgeführt worden sind. Wenn Sie sich die Einleitung zur Beantwortung der Frage 4 nochmals vor Augen halten. Hier heißt es: Ein Beamter der Kriminalabteilung hat im Jahre 1983 in der Angelegenheit Lucona Ermittlungen, insbesondere Vernehmungen, durchgeführt. Es wäre sinnwidrig und wohl auch nicht verständlich, wenn man diese Vernehmungen, die Niederschriften über diese Vernehmungen nicht auch der Staatsanwaltschaft gegeben hätte.

Rieder: *Würden Sie daher sagen, daß im Zusammenhang mit der Fragestellung der Anfrager die Anfragebeantwortung in diesem Punkt unrichtig oder irreführend, unvollständig ist?*

Danzinger: Wenn man unbedingt nach Widersprüchen sucht, wird man gelegentlich etwas fin-

den, aber wenn man die Anfragebeantwortung im Zusammenhang liest, dann wird man wohl nicht zu einer solchen Ansicht kommen.

Rieder: *Ich kann Sie jetzt nicht fragen, aber ich muß es doch noch anbringen: Von den 38 Beilagen, die der Vollanzeige übermittelt worden sind, sind drei eigenständig vorgenommene Niederschriften. — Nur zur Komplettierung des Verhältnisses im Hinblick auf diese Antwort.*

Obmann Steiner: *Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.*

Helene Partik-Pablé: *Herr Generaldirektor! Haben Sie gewußt — im Laufe der Zeit ab 1983 —, haben Sie gewußt, daß der Innenminister ein doch ziemlich starkes Interesse an der Sache Lucona — Proksch hat?*

Danzinger: In letzter Zeit sehr wohl.

Helene Partik-Pablé: *Nein, nicht in letzter Zeit, nicht in den letzten Wochen, sondern in den Jahren danach, ab 1983.*

Danzinger: Ich kann diese Frage nicht beantworten, weil ich nicht die Intensität eines Interesses eines anderen beurteilen kann.

Helene Partik-Pablé: *Hat er sich informieren lassen von Ihnen über die Entwicklung in diesem Verfahren?*

Danzinger: Ich kann nicht ausschließen, daß gelegentlich zwischen 1984 und 1989 über diese Frage gesprochen worden ist. Ich kann mich aber an keine konkreten Berichterstattungsaufträge, die an mich ergangen wären, erinnern.

Helene Partik-Pablé: *Wenn es solche gegeben hat, sind sie dann von Ihnen eigenständig erfolgt oder über Auftrag des Ministers?*

Danzinger: Ich war in der Sache nicht befaßt, das habe ich schon vorhin erwähnt. Ich war nicht befaßt aktenmäßig 1983, daher konnte ich auch nicht eigenständig dem Minister irgendwelche Berichte erstatten, sei es mündlich oder schriftlich, und ich war auch nicht befaßt an jenem 19. November 1984.

Helene Partik-Pablé: *Herr Generaldirektor! Warum haben Sie dann den Herrn Minister am 4. Februar 1985 informiert über Vorhaben der Sicherheitsdirektion Niederösterreich? Ich halte Ihnen vor eine Information für den Herrn Bundesminister vom 4. Februar 1985, gezeichnet Dr. Danzinger, betrifft gerichtliche Vorerhebungen gegen Udo Proksch.*

Obmann Steiner: *Zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Rieder.*

Rieder (zur Geschäftsordnung): Entschuldigen Sie, daß ich Sie unterbreche, aber ich merke zunehmend einen Eifer, in eine Richtung zu gehen, wodurch das heutige Beweisthema nicht gedeckt ist. Soweit ich also entnehme, lautet das Beweisthema für die Einvernahme des Generaldirektors Dr. Danzinger für den heutigen Tag: der Wissensstand des Innenministeriums im Jahr 1983. Ich habe schon akzeptiert, daß gelegentlich grenzüberschreitende Fragen in andere Bereiche erfolgt sind, aber wenn das zunehmend zum Beweisthema wird, dann muß ich ersuchen, Herr Vorsitzender, das einzuschränken.

Obmann Steiner: Frau Doktor, bitte, wir haben uns tatsächlich auf diesen Bereich eingespielt heute. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Dr. Rieder ist noch rechtzeitig in die Bresche gesprungen, bevor sich der Zeuge in Widersprüche verwickelt.

Aber ich würde jetzt eigentlich, nachdem ich schon den Vorhalt gemacht habe, schon bitten, daß ich jetzt eine Aufklärung bekomme, wieso es da zu der Information gekommen ist. Sie haben zuerst gesagt, von Ihnen aus ist keine Information an den Minister gegangen. Ich habe aber hier vorliegen das Schreiben vom 4. 2. 1985, Information für den Herrn Bundesminister. Vielleicht kann der Herr Zeuge trotzdem aufklären.

Danzinger: Ich habe nicht gesagt, ich habe keine Information an den Minister gegeben, sondern ich kann mich nicht erinnern, habe ich gesagt. Es liegt immerhin ein Zeitraum von einigen Jahren zwischen dem von ihnen erwähnten Papier und dem heutigen Tag vor: Ich kann mich nicht an jede einzelne Berichterstattung mündlicher oder schriftlicher Natur erinnern. Und wenn Sie eine Information vom 5. März oder Februar 1985 — ich habe das jetzt nicht — erwähnen, so müßte ich zunächst den Inhalt kennen und das Zustandekommen, dann könnte ich dazu Stellung nehmen.

Helene Partik-Pablé: Ich wollte Ihnen jetzt gerade den Inhalt vorlesen, aber der Herr Dr. Rieder ist nervös geworden.

Obmann Steiner: Bitte, wenn wir das jetzt nicht weiter ausbreiten, wenn Sie bitte fortfahren mit den Fragen.

Helene Partik-Pablé: Gut. Also das heißt, ich nehme zur Kenntnis, daß ich jetzt über diese Information nichts mehr fragen soll, sondern daß der Herr Generaldirektor noch einmal kommt? Vorgehen ist es nicht. (Graff: Bis jetzt ist er kein weiteres Mal geladen! Also lassen wir es doch zu!) Gut. Deshalb möchte ich doch bitten, daß Sie mir diese Frage beantworten. Es ist nicht beabsichtigt, daß Sie ein zweites Mal kommen. Wir haben auch in anderen Fällen bei Zeugen, die nicht ein zweites

Mal geladen sind, schon andere Beweisthemen auch gestattet.

Sie schreiben hier: Über Auftrag des Untersuchungsrichters des Landesgerichtes für Strafsachen Wien . . . wurde Peter Daimler von Beamten der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich als Beschuldigter vernommen. Diese Vernehmung ist noch nicht abgeschlossen, soll in der laufenden Woche fortgesetzt werden. Der Termin wird vom Untersuchungsrichter festgesetzt werden. Für die gleiche Zeit war auch Udo Proksch zur Vernehmung vorgeladen worden, der Genannte hat sich jedoch entschuldigt, da er sich gegenwärtig in Indonesien aufhalte. Er hat aber erklärt, ab 1. März 1985 zur Vernehmung zur Verfügung zu stehen. Seitens der Kriminalabteilung des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich werden in der gegenständlichen Causa keine selbständigen Ermittlungen durchgeführt. Alle Veranlassungen erfolgen nur aufgrund konkreter Weisungen des Untersuchungsrichters.

Wie kommt es zu dieser Information? Über Auftrag des Ministers?

Danzinger: Frau Abgeordnete! Ich glaube, Sie überschätzen das Erinnerungsvermögen eines Menschen. Ich kann nicht heute im Detail sagen, wieso es zu dieser Information gekommen ist. Und ich sehe auch keinen Widerspruch darin, wenn ich vorhin gesagt habe, ich kann mich an konkrete Informationen nicht erinnern. Ich kann mich aber jetzt, weil Sie mir den Text dieser Information vorhalten, entsinnen, daß es möglicherweise — möglicherweise, ich sage das ausdrücklich und betone das nochmals — eine Information des Ministers war aufgrund einer Pressemitteilung, aufgrund einer Zeitungsmeldung über irgendwelche Vorgänge. Da hat man sich dann bei der befaßten Dienststelle, nämlich bei der Kriminalabteilung, erkundigt: Was ist überhaupt hier im Gange? Und die Information sagt ja nichts anderes, als daß Ermittlungen durchgeführt werden.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber warum haben Sie gerade in diesem Fall eine Zeitungsnotiz zum Anlaß genommen . . .

Danzinger: Vielleicht bin ich gefragt worden vom Minister: Was steht dahinter? Das könnte sein.

Helene Partik-Pablé: Sind Sie gefragt worden?

Danzinger: Das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Sie wissen es nicht mehr. Gut.

Ich möchte noch einmal zurückkommen auf die-
se Besprechung, von der Sie gesagt haben, Blecha war anwesend, Sie, Köck, möglicherweise Her-

mann, wo es um die schriftliche Beantwortung gegangen ist. Sie haben gesagt, Köck hat sich außerstande erklärt, diese schriftliche Beantwortung zu entwerfen. Was hat eigentlich der Minister dazu gesagt, daß Köck außerstande ist?

Danzinger: Ich kann mich an den Wortlaut seiner Reaktion nicht erinnern. Das hat sich zweifellos auch nicht so abgespielt, daß eine Frage gestellt wurde an Köck: Können Sie die Anfragebeantwortung konzipieren? Er hat gesagt: nein, und damit hat der Minister das zur Kenntnis genommen. Das hat sich zweifellos im Zuge eines längeren Gespräches ergeben.

Helene Partik-Pablé: Ja, das glaube ich, deshalb glaube ich auch, daß er seine Motivation genannt hat, und deshalb glaube ich ja auch, daß der Minister dazu irgendeine Stellungnahme bezogen hat.

Danzinger: Die Motivation habe ich, soweit ich sie verstanden habe, ich kann nicht die Überlegungen, die Dr. Köck für sich angestellt hat, hier zitieren, weil ich sie nicht kenne, . . . Ich hatte den Eindruck, daß er sich befangen gefühlt hat, weil er in der Sache selbst tätig gewesen ist.

Helene Partik-Pablé: Herr Generaldirektor! Am 5. 8. 1983 waren Sie nicht auf Urlaub. Ist das richtig?

Danzinger: Nein.

Helene Partik-Pablé: Sie sind am 6. 8. auf Urlaub gegangen?

Danzinger: Ja.

Helene Partik-Pablé: Am 5. 8. 1983 hat der Herr Dr. Hermann den Minister informiert über die Anhängigkeit des Verfahrens Lucona-Proksch, über die Ermittlungen, die in Salzburg laufen, und da ist es ja auch dann dazu gekommen, daß der Minister gesagt hat, Weisung, die Ermittlungen einzustellen. Haben Sie davon gewußt, daß ein Gespräch am 5. 8., daß ein Gespräch zwischen Hermann und Minister stattfindet?

Danzinger: Von diesem Gespräch hatte ich keine Kenntnis. Ich nehme an — und das habe ich heute bereits mehrfach auf Fragen erklärt —, daß ich um diese Zeit, nämlich sei es nach dem 15. August, nach meiner Rückkehr aus dem Urlaub, oder in diesen paar Tagen, in denen ich meinen Urlaub unterbrochen hatte, in der Woche vom 2. bis 5. August, davon Kenntnis erlangt habe. Aber genau kann ich das heute nach so langer Zeit natürlich nicht fixieren.

Helene Partik-Pablé: Das heißt also, daß der Ihnen untergebene Dr. Hermann über Ihren Kopf hinweg mit dem Minister in dieser, wie Sie selbst

sagen, so wichtigen Sache ein Gespräch über die weitere Vorgangsweise geführt hat.

Danzinger: Ich habe auch schon erwähnt, ich kann dem Minister nicht vorschreiben, mit wem er spricht, wen er sich zur Berichterstattung holt.

Helene Partik-Pablé: Das verlange ich auch gar nicht, daß Sie dem Minister etwas vorschreiben. Ich möchte nur wissen, wie Sie das betrachten, ob das ein Über-Ihren-Kopf-hinweg-Handeln ist, wenn Hermann in einer so wichtigen Sache mit dem Minister direkt die Vorgangsweise bespricht.

Danzinger: Es ist keine alltägliche Angelegenheit. Es ist zweifellos außergewöhnlich, aber ich war ja zwei Wochen davor, vor diesem maßgeblichen Gespräch, nicht in Wien, nicht im Büro, ich war auf Urlaub. Es wäre durchaus denkbar, daß sich Gespräche während dieser Zeit zwischen dem Minister und Dr. Hermann ergeben haben, die dann nur eine Fortsetzung gefunden haben. Es wäre erklärlich, daß ich davon nicht vom Ursprung her schon informiert war.

Helene Partik-Pablé: Na gut. Jetzt sagen Sie, es hat unter Umständen zwei Wochen vorher schon Gespräche gegeben.

Danzinger: Ich weiß es nicht.

Helene Partik-Pablé: Unter Umständen. Darüber hat Sie aber Hermann nicht unterrichtet, weil Sie sagen, Sie wissen es ja nicht. Aber dann nachher hat Sie Hermann schon unterrichtet von der Weisung, als Sie wieder vom Urlaub zurückgekommen sind?

Danzinger: Ich habe erklärt, ich habe gesprächsweise von Dr. Hermann den Sachverhalt zur Kenntnis erhalten. Das geschieht doch nicht so — seien Sie bitte nicht wirklichkeitsfremd —, daß ein Mitarbeiter erscheint, sich zum Rapport meldet und sagt: Ich berichte jetzt a), b), c), d), sondern das hat sich gesprächsweise ergeben.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie sich eigentlich zurückgesetzt gefühlt, daß Hermann . . .

Danzinger: Ich habe schon erklärt auf eine Frage . . .

Helene Partik-Pablé: Lassen Sie mich meine Frage zuerst einmal aussprechen. . . . daß Hermann mit Blecha in dieser Sache die weitere Vorgangsweise bespricht, ohne daß Sie informiert werden, obwohl Sie am 5. 8. 1983 da waren?

Danzinger: Ich habe mich nicht zurückgesetzt gefühlt. So sensibel bin ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Gut. Aber es wäre richtig gewesen — Sie haben es eigentlich schon ange-

schnitten —, es wäre eigentlich richtig gewesen oder üblich gewesen, daß der Kontakt über Sie geht.

Danzinger: Das habe ich sinngemäß bereits auf die Frage des Abgeordneten Dr. Rieder beantwortet.

Helene Partik-Pablé: Also ja.

Noch zwei Fragen, und zwar: Sie haben ja auch gesagt, die Post an den Minister geht über Ihren Schreibtisch. Es ist üblich, daß das über Ihren Schreibtisch geht, nicht seine Post, sondern Akten, alles, was . . .

Danzinger: Nicht die Post, sondern Akten; Akten, die dem Minister vorgelegt werden, aus dem Bereich der Generaldirektion kommen, also der Sektion, die ich leite, gehen über den Sektionsleiter.

Helene Partik-Pablé: Ja. Zeichnen Sie das ab? Machen Sie da eine Paraphe drauf auf solche Schriftstücke?

Danzinger: Ja.

Helene Partik-Pablé: Da gibt es ein Schreiben vom 26. 2. 1988, und zwar vom Herrn Dr. Knechtsberger an das Kabinett des Bundesministers, wo dem Minister bekanntgegeben wird, daß ein neues Sachverständigengutachten zum Untergang des Schiffes vorliegt, das von bundesdeutschen Kapazitäten errechnet wurde. Ist Ihnen dieses Schreiben bekannt?

Danzinger: Ist mir im Moment nicht erinnerlich. Das ist eine Information, nehme ich an.

Helene Partik-Pablé: Ein Brief ist es, an das Kabinett des Bundesministers, zu Händen . . .

Danzinger: Da steht normalerweise — bitte, darf ich Ihnen den Vorgang erklären, wie er in diesen Fällen üblich ist. Das ist kein Akt im Sinne eines Referates, sondern das ist ein Bericht, und der geht an den Minister oder an das Kabinett des Ministers. Und wenn andere Stellen diese Information, diesen Bericht in Kopie erhalten, dann ist am Ende ein Verteiler angeführt. Wenn Sie das Geschäftsstück überprüfen, ob ein Verteiler angeführt ist, dann werden Sie sehen, ob ich diese Information erhalten habe oder nicht.

Helene Partik-Pablé: Nein, nach dem Verteiler sind Sie eben nicht drauf, deshalb . . .

Danzinger: Dann habe ich es nicht erhalten.

Helene Partik-Pablé: Ist es auch unüblich, daß der Dr. Knechtsberger in der Sache Proksch an den Minister schreibt, daß ein neues Sachverständigengutachten da ist?

Danzinger: Wäre an sich nicht als üblich zu bezeichnen. Er müßte alle Zwischenvorgesetzten davon auch informieren. Aber Dr. Knechtsberger hat gelegentlich eine etwas unorthodoxe Vorgangsweise gehabt.

Helene Partik-Pablé: Kann es möglich sein, daß der Dr. Knechtsberger vom Kabinett des Bundesministers aufgefordert wurde, Informationen direkt zu geben?

Danzinger: Als Zeuge kann ich nicht über Möglichkeiten aussagen, Frau Abgeordnete, sondern über Fakten.

Helene Partik-Pablé: Schon, aber Sie kennen ja Ihre Organisation, folglich können Sie natürlich schon sagen, was möglich ist und was nicht möglich ist in Ihrer Organisation.

Danzinger: Theoretisch möglich ist alles.

Helene Partik-Pablé: Aber das ist vertraulich, es steht sogar der Vermerk „vertraulich“ auf diesem Brief, und Sie als der höchste Chef kriegen das nicht in die Hand.

Danzinger: Wenn im Verteiler nicht ersichtlich ist, daß es außer dem Minister beziehungsweise seinem Sekretariat auch andere bekommen haben, dann können Sie annehmen, daß es eben nicht der Fall war.

Helene Partik-Pablé: Letzte Frage. Sie sind nach dem Bundesminister, was die Agenden anlangt, eigentlich der mächtigste Mann im Innenministerium. Über die Sache Lucona-Proksch wissen Sie herzlich wenig, muß ich sagen. Es stellt sich für mich so dar, daß Sie übergangen worden sind. Wieso sind eigentlich Sie zum „Club 2“ vor 14 Tagen als Informant des Innenministeriums gegangen?

Danzinger: Frau Abgeordnete! Erstens: Ich habe mich nie als mächtiger Mensch gefühlt und fühle mich auch heute nicht als mächtiger Mensch. Ich habe kein ungestörtes Verhältnis zur Macht.

Zum zweiten, zur Frage Entsendung zum Club: Ich bin nicht entsandt worden, sondern der ORF ist an mich herantreten und hat mich ersucht, ob ich bereit wäre, an einer Diskussion in diesem Club teilzunehmen. Sie haben mir auch damals erklärt, sie hätten den Bundesminister, den damals noch aktiven Bundesminister Blecha, gebeten, er hätte abgelehnt. Daraufhin sind sie an mich herantreten mit dem Ersuchen, mich der Diskussion zu stellen. Und ich habe mich bereit erklärt, diese undankbare Aufgabe zu übernehmen, undankbar deshalb, weil ich mich normalerweise nur dann als vom ORF gewünscht sehe,

wenn es darum geht, unbequeme Dinge zu vertreten.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Generaldirektor! Der Ministerialrat Köck ist ein altbewährter Beamter? Ist er das?

Danzinger: Alt ist er auf alle Fälle, bewährt hat er sich zweifellos, sonst wäre er meiner Meinung nach nicht in diese Funktion berufen worden.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung; Herr Dr. Fuhrmann, bitte.

Fuhrmann (zur Geschäftsordnung): Nicht böse sein, Herr Vorsitzender, aber ich wäre das erste Mal dran, Herr Graff fragt schon zum zweiten Mal.

Obmann Steiner: Verzeihung! — Bitte.

Fuhrmann: Danke.

Ich habe erstens nur eine Frage, zweitens wäre es mir an sich egal gewesen, aber es paßt im Konnex ergänzend zur Befragung der Frau Kollegin Partik. Ich wollte vorhin nämlich nicht unhöflich sein und der Frau Kollegin Partik ins Wort fallen. Daher eine ergänzende Frage an Sie, Herr Generaldirektor.

Pflegen üblicherweise auch Briefe an Mitarbeiter des Ministers über Ihren Schreibtisch zu gehen, von Ihnen untergebenen Stellen? Wir haben vorhin gehört, daß Sie gesagt haben, daß Briefe an den Minister üblicherweise über Ihren Schreibtisch gehen. Pflegen auch Briefe an Mitarbeiter des Ministers über Ihren Schreibtisch zu gehen?

Danzinger: An sich nicht.

Fuhrmann: Die Frau Kollegin Partik hat Ihnen nämlich, als sie Ihnen den Brief vorgehalten hat, nicht vorgehalten, daß der Brief an den Herrn Oberrat Mag. Bernkopf gegangen ist, und das wollte ich also nur klargestellt haben. (Zwischenruf von Helene Partik-Pablé.) Ja, aber, Frau Kollegin, wenn wir vorhalten, dann müssen wir weiterleiten: zu Händen Herrn Oberrat Mag. Bernkopf. Frau Kollegin, bitte. Ich war vorhin so höflich, Ihnen nicht ins Wort zu fallen, Sie nicht zu unterbrechen, Sie können dann gern im nachhinein . . . (Helene Partik-Pablé: Sie unterstellen mir etwas!) Ich unterstelle Ihnen gar nichts.

Herr Generaldirektor, ich spreche noch einmal zu Ihnen und frage Sie, ob es üblich ist — und jetzt zitiere ich den Brief, die Anrede ganz korrekt —, daß folgende Briefe über Ihren Schreibtisch gehen: An das Kabinett des Bundesministers, zu Händen Herrn Oberrat Mag. Bernkopf. Ist es üblich, daß

Dr. Knechtsberger einen solchen Brief über Ihren Schreibtisch gehen läßt?

Danzinger: Man kann hier vor allen Dingen keine allgemeine Regel aufstellen. Ich würde das so beurteilen: Wenn der Verfasser eines Schreibens der Ansicht ist, daß er über diesen Sachverhalt auch einen anderen informieren soll, dann wird er das in der Weise tun, daß er ihm eine Kopie zukommen läßt. Das wird aber dann normalerweise auf dem Original und den Kopien vermerkt, damit jeder Empfänger weiß, wer auch noch darüber informiert worden ist.

Fuhrmann: Gut. Danke, Herr Generaldirektor.

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff.

Graff: Ich gebe beiden recht: Vom Adressaten her dem Herrn Kollegen Fuhrmann, aber ich möchte die Frau Dr. Partik-Pablé doch in Schutz nehmen, ich stelle nämlich die Frage so: Ist es üblich, daß Untergebene des Innenministeriums oder Mitarbeiter des Innenministeriums vom Rang des Dr. Knechtsberger mit dem Kabinett des Bundesministers direkt korrespondieren, unter Ausschluß des Dienstweges?

Danzinger: Es kommt vor, wie es das Beispiel zeigt.

Graff: Es kommt vor, ja, das haben wir festgestellt. Aber „üblich“ haben Sie bis jetzt nicht bestätigt, gehe ich da richtig?

Danzinger: Ich würde davon ausgehen, daß die Zwischenvorgesetzten auch über solche Sachverhalte, wenn sie wichtig sind, informiert werden sollten.

Graff: Und ob sie wichtig sind, bestimmt der Untergebene?

Danzinger: Ja, bitte, wenn es der Vorgesetzte nicht sieht, dann kann er keine Bestimmung treffen.

Graff: Das ist völlig schlüssig und zwingend. Gut.

Wir haben vorhin schon außer Streit gestellt, daß der Herr Ministerialrat Köck ein altbewährter Beamter ist. Kommt es gelegentlich vor, daß er irgendeinen Auftrag verweigert?

Danzinger: Ist mir nicht erinnerlich. Ich weiß, worauf Sie abzielen — auf seine Weigerung, die Anfragebeantwortung zu konzipieren. Ich würde das nicht als eine Weigerung bezeichnen im Sinne einer Befehlsverweigerung, sondern er hat sich außerstande erklärt.

Graff: War das eher so im Tonfall des Königs Albrecht von Sachsen: So macht euch den Dreck alleene?

Danzinger: Keineswegs.

Graff: Keineswegs?

Danzinger: Das ist nicht der Umgangston . . .

Graff: Nein, nein, das hat er sicher nicht verwendet, aber von der Idee her. Ich frage Sie deshalb — der Kollege Rieder wird mir gleich ins Wort fallen, aber ich nehme nur indirekt Bezug auf ein anderes Beweisthema —: War es nicht so, daß der Ministerialrat Köck in hohem Maße sauer war, weil er nämlich eine Weisung hinausgegeben hat, auf Weisung des Herrn Bundesministers ist in Niederösterreich das und das einzustellen, nämlich wieder einmal die Ermittlungen, und ihm dann von Herrn Minister Blecha und anderen die Belehrung erteilt wurde, es habe eine solche Ministerweisung nie gegeben, und auf einmal mußte er öffentlich bekennen, er habe sich das mehr oder weniger im Sinne allgemeiner Richtlinien des Ministers aus den Fingern gezuzelt? War er nicht deshalb sauer?

Danzinger: Das müssen Sie ihn fragen, Herr Abgeordneter, ich kann . . .

Graff: Schließen Sie aus, daß er deshalb sauer war?

Danzinger: Ich habe keine Wahrnehmungen hinsichtlich des Süßigkeits- oder Sauergehaltes von Dr. Köck gemacht.

Graff: Ich verstehe. — Danke schön.

Obmann Steiner: Danke. — Ich möchte zu diesen Sachen doch auch noch sagen: Ich glaube, daß ein wesentlicher Punkt der Arbeit der Ministerien wäre, darauf zu achten, daß einigermaßen der Dienstweg eingehalten wird. Ich glaube, viele Unzukömmlichkeiten, die hie und da auftauchen, sind darin begründet, daß eben die normalen Dienstwege über irgendwelche Überholungskurven nicht eingehalten werden.

Die Zeugeneinvernahme ist beendet. Ich danke Ihnen, Herr Generaldirektor. (17.22 Uhr)

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Bundesminister a. D. Erwin Lanc
im Sinne des § 271 StPO**

(17.23 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Bundesminister a. D. Lanc! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich

darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 StPO haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name? Bitte.

Lanc: Lanc Erwin.

Obmann Steiner: Das Geburtsdatum?

Lanc: 17. 5. 1930.

Obmann Steiner: Beruf?

Lanc: Sparkassenangestellter.

Obmann Steiner: Wohnort?

Lanc: Wien XIII, Feldkellergasse 70.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Frau Dr. Partik-Pablé, Sie wären die erste Befragte.

Helene Partik-Pablé: Herr . . . Ich weiß nicht, wie man Sie ansprechen soll.

Lanc: Lanc ist mein Name.

Helene Partik-Pablé: Herr Lanc, ja, das wußte ich schon, ich weiß nur nicht, wie man einen ehemaligen Minister anspricht. — Sie waren bis Mitte Mai 1983 Innenminister. Haben Sie etwas über Ermittlungen der Salzburger Sicherheitsdirektion oder Salzburger Kriminalbeamten in der Sache Lucona-Udo Proksch gewußt?

Lanc: Nein.

Helene Partik-Pablé: Wann und auf welchem Weg haben Sie erfahren, daß Salzburger Kriminalbeamte ermitteln?

Lanc: Ich habe darüber im wesentlichen jetzt aus den Zeitungen erfahren.

Helene Partik-Pablé: Wann ist „jetzt“?

Lanc: Ich habe nicht geschaut, wann das das erste Mal publiziert worden ist.

Helene Partik-Pablé: Es hat nämlich schon im Jahre 1983 Pressemeldungen gegeben. Damals haben Sie auch noch nichts gewußt? Auch 1979 hat es schon Berichte in den „Politischen Briefen“ gegeben.

Lanc: Sie haben gefragt, was ich von Ermittlungen der Salzburger Sicherheitsbehörde weiß. Davon weiß ich jetzt aus der Presse. Das war Ihre Frage, und das ist meine Antwort.

Helene Partik-Pablé: Ich habe nur gefragt, was das „jetzt“ heißt, weil ich nicht annehmen kann, daß Sie erst im Jahre 1989 von den Salzburger Ermittlungen etwas gewußt haben.

Lanc: Doch, ich war ja da nicht mehr Innenminister.

Helene Partik-Pablé: Ich habe Sie ja nicht gefragt, wann Sie als Innenminister . . . Zuerst ja, als Innenminister, aber dann habe ich Sie gefragt: Wann haben Sie von Ermittlungen erfahren? Da haben Sie gesagt: jetzt.

Lanc: Ich sage es noch einmal: Jetzt aus der Presse, weil ja das nicht mehr mein Kaffee war, als die Ermittlungen begonnen haben.

Helene Partik-Pablé: Was war eigentlich der Grund für Ihren Austritt aus dem „Club 45“?

Lanc: Was hat das mit der Lucona zu tun?

Helene Partik-Pablé: Das hat insofern etwas damit zu tun, als Sie zu der Zeit, als Sie noch Innenminister waren, im „Club 45“ — ich glaube, sogar im Vorstand — waren.

Lanc: Im Vorstand sicher nicht.

Helene Partik-Pablé: Im Vorstand waren Sie nicht, aber Sie waren Mitglied des „Clubs 45“. (Lanc: Ja!) Weil ja einige Personen, die Mitglied des „Clubs 45“ sind, in dieses ganze Verfahren Udo Proksch-Lucona einbezogen sind und weil auch der Verdacht besteht, daß aufgrund dieser Freundschaft, aufgrund dieser Vereinszugehörigkeit da eben verschiedenes so gelaufen ist, wie es eben gelaufen ist, deshalb frage ich Sie, warum Sie aus dem „Club 45“ ausgetreten sind.

Lanc: Jedenfalls nicht wegen der Frage oder Causa Lucona, wie es hier auf der Ladung heißt, deretwegen dieser Untersuchungsausschuß einberufen wurde. Wenn es Sie privat interessiert, sage ich es Ihnen gerne.

Helene Partik-Pablé: Bitte.

Lanc: Ich bin deswegen ausgetreten, weil zu diesem Zeitpunkt eine Veränderung in der Besteuerung der Politikerbezüge eingetreten ist, die zu einer erheblichen Nettominderung meines Einkommens geführt hat. Da ich für eine Frau und zwei Kinder zu sorgen hatte, habe ich Abstriche in meinen Ausgaben gemacht, habe meinen Garagenplatz aufgegeben und auch die Mitgliedschaft im „Club 45“, die ich außerdem zu diesem Zeitpunkt nicht mehr, sagen wir, ausgenützt

habe. So undramatisch sind manchmal die tatsächlichen Beweggründe.

Helene Partik-Pablé: Sie haben es sich also nicht mehr leisten können, im „Club 45“ Mitglied zu sein?

Lanc: Ich habe gesagt, das war meine private Einschätzung.

Helene Partik-Pablé: Das steht aber im Widerspruch zu einem Schreiben an den Herrn Freihofner, in dem Sie geschrieben haben, daß Sie nicht mehr einverstanden sind mit verschiedenen Leuten, die da im „Club 45“ sind. Oder distanzieren Sie sich jetzt von diesem Schreiben?

Lanc: Ich kann mich an dieses Schreiben im Detail nicht erinnern. Jedenfalls hat das sicherlich auch mit einer Rolle gespielt, aber nicht die entscheidende. Das Schreiben an den Freihofner war übrigens nach dem Austritt. Ich weiß jetzt nicht, wie erheblich nach dem Austritt oder nicht.

Helene Partik-Pablé: Herr Lanc! Sie waren zwar 1986 nicht mehr Innenminister, es gibt aber einen Bericht der Bundespolizeidirektion Wien, Staatspolizeiliches Büro, vom 5. 4. 1986, und zwar ist bei einer Einsicht in den Vereinsakt „Club 45“ ein handschriftlicher Vermerk aufgefunden worden, wonach bei Verlangen nach Akteneinsicht sofort das Bundesministerium für Inneres zu verständigen wäre. Die Entscheidung liege allein beim Bundesminister Lanc. Wieso kommt es dazu, daß Sie eine sofortige Meldung verlangen, wenn jemand in das Vereinsregister unter „Club 45“ hinschaut?

Lanc: Das ist mir unerklärlich. Ich habe auch nie ein solches Interesse bekundet, geschweige denn irgend etwas diesbezüglich schriftlich niedergelegt. (Zwischenruf Schieder.)

Helene Partik-Pablé: Ich kann Ihnen das nicht sagen, ich habe es nämlich gesondert. Es ist ein Aktenstück, ein Bericht der Bundespolizeidirektion Wien vom 5. 4. 1986, und zwar im Zusammenhang mit Erhebungen zum Buch „Techno-Bandits“.

Sie können sich zwar nicht erinnern, aber vielleicht können Sie sich dann erinnern, wenn ich Ihnen sage, daß dieser Aktenvermerk vom 7. 8. 1980 stammt. Dieser Aktenvermerk ist eben im Vereinsregister vorgefunden worden.

Lanc: Wer hat den Aktenvermerk gemacht?

Helene Partik-Pablé: Ich weiß nicht, wer den Aktenvermerk gemacht hat.

Lanc: Ich weiß es auch nicht.

Helene Partik-Pablé: Sie können sich nicht erinnern?

Lanc: Nein.

Helene Partik-Pablé: Sind Sie irgendwann einmal anlässlich einer solchen Einschau gefragt worden, ob von Ihnen die Erlaubnis gegeben wird?

Lanc: Von wem soll ich gefragt worden sein?

Helene Partik-Pablé: Von der Vereinsbehörde aufgrund dieses Aktenvermerkes.

Lanc: Ich kann mich überhaupt nie entsinnen, daß sich die Vereinsbehörde an mich gewendet hat im Zusammenhang mit dem Verein „Club 45“. Da ich dort kein Funktionär war, kann auch gar kein Anlaß bestanden haben.

Helene Partik-Pablé: Es gibt aber, wie gesagt, den Aktenvermerk — außer er ist hineingeschwindelt worden —, in dem steht: Die Entscheidung allein liegt beim Bundesminister Lanc, wenn Einsicht in den Vereinsakt verlangt wird.

Lanc: Da müssen Sie den fragen, der den Aktenvermerk gemacht hat.

Helene Partik-Pablé: Das weiß ich schon, aber zuerst habe ich einmal Sie gefragt.

Lanc: Ich sagte Ihnen ja schon, daß ich mit dem Aktenvermerk nichts zu tun habe und auch nichts anzufangen weiß.

Helene Partik-Pablé: Ja, ich habe es zur Kenntnis genommen. Ich meine, Sie brauchen nicht ungehalten zu sein, aber Sie werden doch wohl einsehen, wenn ich einen solchen Bericht . . .

Lanc: Ich frage mich nur, was das mit der Lucona zu tun hat. Deswegen bin ich hier.

Helene Partik-Pablé: Das hat eigentlich schon etwas mit der Behördentätigkeit zu tun. Dieser Ausschuß ist dazu da, Mißstände bei der Behörde aufzugreifen, und das ist immerhin etwas, wo man schon nachfragen kann, wieso sich eigentlich der Innenminister davon informieren läßt.

Lanc: Ich lege nochmals Wert darauf, festzustellen, daß das eine Behauptung von Ihnen ist und daß sie jedenfalls für mich nicht dadurch belegt ist, daß es in einem angeblichen Aktenvermerk, der mir nicht zur Verfügung steht, aufscheint.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte Sie nur berichtigen: Es ist keine Behauptung von mir, sondern es ist ein Bericht der Bundespolizeidirektion . . . (Graff: Zeigen Sie es her! Das ist fair, wenn Sie es zeigen!) Ich kann es Ihnen auch vorlegen. (Geschieht.) — Das ist ein Bericht der Bundespolizeidirektion/Staatspolizei.

Lanc: Ich weiß nicht, wer diesen Aktenvermerk gemacht hat, aber wenn Sie sagen, die Staatspolizeiliche Abteilung, wird es so sein.

Helene Partik-Pablé: Bitte, kann man dem Herrn Lanc auch die erste Seite zeigen.

Lanc: Die ist sofort zugedeckt worden.

Helene Partik-Pablé: Sie sehen, daß der Bericht von der Staatspolizei ist. Das ist also nicht meine Behauptung.

Lanc: Ich nehme das zur Kenntnis. Es steht hier: „Mit gleichem Datum liegt ein handschriftlicher Vermerk im Vereinsakt“ — ich weiß nicht, von wem — „auf, wonach bei Verlangen nach Akteneinsicht sofort das Bundesministerium für Inneres zu verständigen wäre. Die Entscheidung liege allein beim Bundesminister Lanc.“ Das sagt ein Dritter, daß die Entscheidung bei mir liegt, aber das läßt keinerlei Schluß darauf zu, daß von mir eine diesbezügliche Weisung ergangen ist.

Helene Partik-Pablé: Sie wissen jedenfalls nichts darüber, Sie bleiben dabei?

Lanc: Ich lese das zum erstenmal und sage, daß dazu kein Anlaß oder Auftrag von mir ergangen ist.

Helene Partik-Pablé: Gut. Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge! Eine Frage, die ich ähnlich bereits dem Herrn Generaldirektor Dr. Danzinger gestellt habe: Ich kenne Ihre Gepflogenheiten nicht, ich weiß nicht, wie das im Innenministerium während Ihrer Ministerschaft war. — Üblicherweise wird dem Minister täglich eine Zeitungsmappe mit den wichtigen Meldungen vorgelegt, wobei besondere Dinge vom Sekretariat bereits angestrichen werden. Ist das in Ihrer Zeit, während Sie Innenminister waren, auch so geschehen?

Lanc: Ich kann mich nicht daran erinnern, daß ich Zeit gehabt hätte, täglich eine Zeitungsmappe zu lesen. Vielleicht ist sie irgendwo angefertigt worden. Bei mir war es so, daß ich darauf Wert gelegt habe, nur mit jenen Dingen konfrontiert zu werden, die entweder ein unmittelbares Eingreifen verlangen oder nach Ansicht der zuständigen Spitzenbeamten unbedingt vom Minister gewußt werden müssen. Und der andere Informationsvorgang war der vom Publikum her, das sich über irgend etwas, was ihm nicht gepaßt hat, aufgeregt hat. So ist das bei mir abgelaufen.

Gaigg: Herr Zeuge, Sie sind aufgrund Ihrer Mitgliedschaft im „Club 45“ doch in einem gewissen Naheverhältnis zu Udo Proksch gewesen, ohne

jetzt zu unterstellen, daß es ein freundschaftliches Verhältnis gewesen sein soll, aber es war doch immerhin eine gemeinsame Mitgliedschaft in einem nicht allzugroßen Club. Nun sind in verschiedenen Zeitungen und Zeitschriften bereits seit 1979 Meldungen erschienen in der Richtung, daß Udo Proksch in eine kriminelle Sache größten Umfangs verfangen sein könnte.

Wann haben Sie persönlich erstmals Kenntnis von diesen Vorwürfen erlangt?

Lanc: Das vermag ich nicht datumsmäßig genau zu lokalisieren, aber jedenfalls ist es ja so, daß man, wenn man irgendwo Vereinsmitglied ist, ja nie davor gefeit wird, daß irgendwer, der auch Vereinsmitglied ist, einer kriminellen Handlung geziehen wird, was ja noch lange nicht heißen muß, daß er sie auch begangen hat. Und wenn man da überall austreten müßte, müßte man ja fast überall austreten.

Gaigg: In diese Richtung ist meine Frage nicht gegangen. Sie sind ja in dieser Zeit Innenminister gewesen und daher in einem gewissen Sinn auch zuständig für die Verfolgung von strafbaren Handlungen. Wenn nun in einem konkreten Fall dieser Größenordnung jemand involviert ist, den Sie persönlich kennen, der gemeinsam mit Ihnen in einem Verein sitzt, so müßte man doch daraus den Schluß ziehen, daß Sie diese Sache mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt haben, denn so etwas ist sicher nicht alltäglich.

Und daher meine Frage, meine erste Frage, noch etwas mehr konkretisiert: Können Sie ausschließen, daß Sie vor 1983 bereits von diesem Kriminalfall beziehungsweise von den Vorwürfen gegen Udo Proksch erfahren haben, beziehungsweise wenn Sie das nicht ausschließen können und vor diesem Zeitpunkt bereits davon erfahren haben, hat Sie das nicht veranlaßt, in Ihrer Funktion als Innenminister, der ja letztlich oberster Chef der Exekutive ist, Maßnahmen zu treffen?

Lanc: Wenn in der Öffentlichkeit Vorwürfe auftauchen, dann erfährt ja davon nicht nur der Innenminister, sondern auch der Anwalt des Staates. Der kann das ja prüfen und kann dazu den Auftrag geben, wenn er das für rechtlich relevant hält. Das ist also offenbar nicht geschehen. Ich muß ehrlich sagen, ich habe bis zum heutigen Tag die sogenannte Udo-Proksch-Literatur nicht konsumiert und habe mich damals ganz besonders auf die Dinge konzentriert, die mir von Amts wegen übertragen waren, und das war sicherlich nicht das Durchlesen jeder Facette in der Berichterstattungsentwicklung über Udo Proksch. Bei allem — wie Sie es nennen — Naheverhältnis durch gemeinsame Club-Mitgliedschaft schien mir das nicht bedeutungsvoll genug.

Gaigg: Herr Zeuge! Wir wissen, unter anderem auch von Minister Blecha, daß Udo Proksch ab einem gewissen Zeitpunkt, nämlich ab dem Zeitpunkt, zu dem er sich zu Recht oder zu Unrecht verfolgt geglaubt hat, alle ihm Bekannten, mit ihm Befreundeten auf seine Sache angesprochen hat und daß er auch bei den verschiedensten Stellen interveniert hat.

Ist Udo Proksch beziehungsweise sind seine Anwälte in der Zeit, in der Sie Innenminister waren, jemals an Sie herangetreten, um Sie zu informieren, um Sie zu ersuchen, irgendwelche Maßnahmen zu ergreifen, oder hat Sie der Udo Proksch weitgehend offensichtlich verschont mit seinen eigenen Problemen?

Lanc: Ich habe ihn ja relativ selten getroffen, und wenn ich ihn getroffen habe, ist sicherlich auch von seinem damaligen Zivilrechtsverfahren mit der Bundesländer-Versicherung dann und wann die Rede gewesen. Aber für dieses Verfahren und für irgendwelche Wertungen zu diesem Verfahren war ich nicht zuständig. Er hat mir auch, ehrlich gesagt, nie insinuiert, daß ich hier irgend etwas tun sollte, und daher hat es hier kein Problem gegeben.

Gaigg: Sind Sie, Herr Zeuge, mit einer Sache Guggenbichler jemals befaßt gewesen? Denn wir wissen aus den Zeugeneinvernahmen, daß die Geschichte, dieser ganze Problembereich durch lange Zeit unter der Bezeichnung Guggenbichler im Innenministerium gelaufen ist und erst in einer relativ späten Phase auch zu einem Fall Lucona und Udo Proksch geworden ist. Ist die Sache Guggenbichler jemals an Sie persönlich herangetragen worden? Hat irgend jemand in der Sache Guggenbichler bei Ihnen interveniert?

Lanc: Ich weiß nicht . . .

Gaigg: Sie wissen, wer Guggenbichler ist. Guggenbichler — zur Information, nachdem Sie sich mit diesen Dingen offensichtlich nach Ihren eigenen Angaben sehr wenig befaßt haben —, Guggenbichler ist jener Detektiv, der von der „Bundesländer“ beauftragt war, die Erhebungen gegen Udo Proksch und Daimler zu führen, und der dann bei der Sicherheitsdirektion Salzburg Anfang Juli 1983 die Anzeige erstattet hat.

Lanc: Mir ist also der Name Guggenbichler aus der jetzigen Publikationsflut her selbstverständlich bekannt. Ich will nicht ausschließen, daß vielleicht irgendwann einmal dieser Name schon vorher genannt worden ist, aber jedenfalls nicht im Zusammenhang mit irgendwelchen Verfahren, die im Innenministerium zur Zeit meiner Verantwortlichkeit anhängig waren oder wo man gar von mir irgendeine Weichenstellung in bezug auf diese Person verlangt hätte.

Gaigg: Soweit wir informiert sind, Herr Bundesminister, sind bereits in früheren Jahren, das heißt Ende 1970, in den Jahren 1976/77, von der Sicherheitsdirektion in Niederösterreich gegen Udo Proksch im Zusammenhang mit der Firma Pinosa und mit Waffengeschäften, auch wegen Spionageverdachts Ermittlungen durchgeführt worden. Das fällt in die Zeit Ihrer Ministerschaft. Was ist Ihnen davon nicht heute, also in den letzten Wochen, bekannt geworden, sondern damals bekannt gewesen?

Lanc: Diese von Ihnen jetzt geäußerten Verdachtsmomente sind mir in Berichtsform auch zur Kenntnis gebracht worden, ebenso, daß die Erhebungen ergebnislos verlaufen sind. Damit war die Sache verständlicherweise abgehakt.

Gaigg: Und es ist Ihnen . . .

Lanc: Aber das war ausdrücklich eine Sache, die sich auf Pinosa und das Gelände dieser Firma, ich glaube, in Piesting, bezogen hat. Es hat hier keinen Querbezug zum laufenden Zivilrechtsstreit zwischen „Bundesländer“ und Proksch und — wie heißt der zweite? — Daimler oder so ähnlich gegeben. Und da wurde mir also berichtet, daß es eine Verdachtsäußerung gegeben hat, daß da was im Zusammenhang mit Waffen läuft oder laufen soll, und daß hier Erhebungen gepflogen worden sind, die ergebnislos geblieben sind.

Gaigg: Nun, noch einmal, Herr Zeuge, . . .

Lanc: Ich weiß nicht mehr, in welcher Form das erfolgt ist, aber ich glaube, eher in mündlicher.

Gaigg: Ja. Noch einmal: Nachdem Udo Proksch nicht irgendwer war, auch für Sie nicht, nachdem Sie wußten, daß er zu anderen Regierungsmitgliedern und politischen Spitzenfunktionären ein Naheverhältnis hat: Haben Sie sich nicht veranlaßt gesehen aufgrund dieser Information, die ja doch gravierende Vorwürfe beinhaltet hat, auch wenn damals dann die Ermittlungen ohne konkretes Ergebnis abgeschlossen worden sind, daß Sie einen Auftrag in der Richtung gegeben hätten, Sie weiter über den Fortgang der Dinge, Udo Proksch betreffend, zu informieren und auch dann zu informieren, wenn also neuerlich gegen Udo Proksch irgendwelche Verdächtigungen und Anschuldigungen erhoben werden?

Lanc: Ja wenn eine Anschuldigung erhoben wird, hat die Sicherheitsbehörde zu erheben, ob sie stimmt. Wenn sie zu dem Schluß kommt, daß sie nicht stimmt, dann habe ich das zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe ja keine Daueraufträge für Dauerbeobachtungen sämtlicher Geschäfte von Bürgern, die irgendwann einmal beschuldigt worden sind, zu erteilen als Innenminister.

Gaigg: Ja schon, Herr Zeuge, aber diese Antwort in der Form kann ich nicht akzeptieren. Noch einmal: Der Udo Proksch war nicht irgendwer und irgendein Bürger, der sich irgend etwas zuschulden kommen läßt, sondern es war . . .

Lanc: Ja, aber irgend etwas Besonderes war er ja auch nicht. Warum hätte ich ihn anders behandeln sollen als andere?

Gaigg: Na selbstverständlich war er etwas Besonderes! Jeder von uns weiß, welche . . .

Lanc: Das ist Ihre Wertung! Das war nie meine Wertung!

Gaigg: Entschuldigen Sie, darf ich ausreden? — Jeder von uns weiß, daß der Udo Proksch damals eine große Rolle gespielt hat, daß er tatsächlich mit dem Regierungschef, vom Regierungschef abwärts mit allen möglichen hochgestellten Persönlichkeiten enge Kontakte gehabt hat. (Graff: SPÖ-Wahlkampf-Finanzierung!) Ja; SPÖ-Wahlkampf-Finanzierung und so weiter und so fort. Es fällt mir daher etwas schwer, zu glauben, daß Sie an Udo Proksch und an Verdächtigungen, die in dem Zusammenhang erhoben werden, so völlig uninteressiert waren, als ob der Proksch irgend jemand gewesen wäre.

Ich darf also wiederholen, und bitte korrigieren Sie mich, wenn ich Sie unrichtig wiedergebe: Ihre Kenntnis von Verdächtigungen, die gegen Udo Proksch von verschiedener Seite erhoben worden sind, waren für Sie kein Anlaß, zum einen sich über irgendwelche Weiterungen in der Causa Proksch unterrichten zu lassen, und waren auch kein Anlaß, irgendwelche konkreten Aktionen zu setzen. Ist das richtig so?

Lanc: Das ist eine halb insinuiierende Interpretation.

Gaigg: Bitte, dann fassen Sie das noch einmal.

Lanc: Ja, wenn Sie ganz präzise fragen, bin ich gerne bereit, Ihnen ganz präzise Antwort zu geben, oder Sie können sozusagen einen Sammeltitel von mir haben. Was Ihnen lieber ist.

Gaigg: Meine Frage war die: Ist es richtig, daß Informationen, die Ihnen im Zusammenhang mit Udo Proksch zugegangen sind, . . .

Lanc: Welche Informationen?

Gaigg: Von denen Sie selbst gesprochen haben.

Lanc: Also Pinosa?

Gaigg: Daß der Verdacht besteht im Zusammenhang mit Pinosa und Waffengeschäften. Ist es richtig, daß Sie diese Informationen weder dazu bewegen haben, sich ab dann regelmäßig über Udo

Proksch oder Weiterungen in dieser Sache berichten zu lassen, und daß Sie das auch nicht veranlaßt hat, als Innenminister irgendwelche Aktionen zu setzen?

Lanc: Wenn der Innenminister darüber informiert wird, daß eine Anschuldigung gegen einen Bürger erhoben wurde, daß die Stichhaltigkeit dieser Anschuldigung geprüft worden ist und kein Grund dazu gefunden wurde, sie in irgendeiner Form gerechtfertigt zu sehen, dann hat der Innenminister das zur Kenntnis zu nehmen und nicht Aufträge zu erteilen, jetzt bei demjenigen nachzuschauen, ob er vielleicht noch weitere andere Dinge begeht. Ich bin ja kein Hellseher, und ich bin also auch nicht die alte Tante der Bundesregierung gewesen, um andere Kollegen darauf aufmerksam zu machen, welchen Umgang sie pflegen oder nicht. Das ist auch nicht die Rolle des Innenministers. Das war ja auch eine Frage von Ihnen.

Gaigg: Richtig. — Danke vorerst. Keine weiteren Fragen.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Pitz, bitte.

Pitz: Eine einleitende Frage: Ist Ihnen im April 1983 etwas bekanntgeworden über staatspolizeiliche Ermittlungen zur Frage Lucona?

Lanc: Im April 1983?

Pitz: April 1983. Es hat damals einen staatspolizeilichen Bericht aus Salzburg gegeben, ich kann Ihnen das gerne sagen, wo bereits ein erstes Mal auf den Untergang des Schiffes Lucona hingewiesen wird. Ist Ihnen dieser Bericht zur Kenntnis gekommen?

Lanc: Meines Wissens nicht.

Pitz: Ja. Ich sage Ihnen auch, warum ich frage. Mir geht es darum, draufzukommen, warum bei Ihrem Nachfolger innerhalb weniger Tage derartig viel Interesse an dieser Causa da ist, daß er sogar Weisung gibt, ständig zu berichten und so weiter, und es Ihnen sehr kurze Zeit vorher offensichtlich gar nicht zur Kenntnis gebracht worden ist. Haben Sie dem Ganzen damals irgendeine Bedeutung beigemessen?

Lanc: Ja da ich es nicht . . . Da ich ja keinen Bericht über diese Erhebungen in Salzburg gehabt habe, jedenfalls meiner Erinnerung nach nicht, konnte ich auch gar kein Interesse daran bekunden, das zu beschleunigen oder nicht zu beschleunigen. Was man nicht weiß, kann einen sozusagen nicht bewegen, nicht motivieren.

Pitz: Aber es hat ja schon seit 1979 die Artikel in der „Wochenpresse“ und danach in anderen Zeitungen über diese ganze Causa Lucona, Untergang

und so weiter und die ganzen Verdächtigungen gegeben. Das ist eigentlich damals schon auf dem Tisch gelegen, das war ja gar nichts so Neues. Neu war eigentlich nur, daß sich damals die Staatspolizei darum zu kümmern begonnen hat. Aber Sie haben ja gesagt, Sie sind zu diesem Zeitpunkt nicht davon informiert worden.

Ist das richtig, daß bis zu diesem Zeitpunkt, bis zum Ende Ihrer Ministerschaft, alles, was irgendwo polizeilich relevant war, eher im Zusammenhang war mit den sonstigen Vorkommnissen rund um Pinosa und so weiter?

Lanc: Zu trennen sind also die Causa Pinosa nach meiner Erinnerung und alles andere, nämlich der Gegenstand, weswegen wir ja hier sitzen. In dem einen Fall hat es also Einbrüche auf dem Fabriksgelände gegeben, es ist angerufen worden, warum da nichts geschieht, und solche Dinge, nicht wahr? Das ist also die eine Sache gewesen, die harmlosere. Die zweite war Ende der siebziger Jahre, wenn ich mich recht entsinne. Die Anwürfe, die Herr Dr. Gaigg eben vorhin erwähnt hat, das war also eine Causa. Und das zweite waren die ganze pressemäßige Bearbeitung, Aufarbeitung und der Beginn von Aufdeckungen im Zusammenhang mit dem ursprünglichen Zivilprozeß Proksch-Daimler gegen „Bundesländer“ um die Versicherungssumme.

Und aus dem hat sich ja Schritt für Schritt dann das entwickelt, was, wie ich dann erst später erfahren habe, Anfang Juli, glaube ich, zu der Anzeige geführt hat oder zu der Strafanzeige geführt hat. Vorher sind in dieser Frage, also in der Causa Lucona, wie Sie das summarisch hier nennen, keine Vorgänge im Innenministerium gewesen, die offenbar von den Unterbehörden oder von der Generaldirektion für wert befunden wurden, in diesem Stadium dem Minister mitgeteilt zu werden.

Das schließt nicht aus, daß ich auch das eine oder das andere in der Presse darüber gelesen habe, sofern ich dazugekommen bin, aber sicherlich nicht systematisch. Meiner Auffassung nach hat das in erster Linie die Staatsanwaltschaft systematisch zu lesen, wenn es in der Presse zum Beispiel solche Anwürfe gibt, und die kann ja dann Auftrag geben, daß etwas zu erheben ist oder nicht.

Ich bin in solchen Fällen auch immer in sehr engem Kontakt mit dem Justizminister gestanden. Wir haben hier in solchen Dingen ein sehr enges Einvernehmen gehabt und dem Prinzip einer möglichst frühen Einschaltung der Staatsanwaltschaft gehuldigt, auch in dem Bereich, wo es sozusagen überlappt zwischen dem, was die Sicherheitsbehörden zu tun haben, und dem, was die Staatsanwaltschaft zu verfolgen hat. Wir sind hier vielfach parallel vorgegangen.

Wenn also von der Staatsanwaltschaft her, die ja sicherlich die Sache ganz genau gelesen hat und gelesen haben muß, keine Veranlassung gesehen worden ist, Erhebungen zu pflegen, und meine Sicherheitsbehörden jedenfalls zu diesem Zeitpunkt noch nichts Reifes hatten, um es mir zu irgendeiner Weichenstellung, also zu einer Entscheidung, vorzulegen, dann ist es eben so gewesen, wie es war.

Pilz: Da hat es offensichtlich mit Ihrem Nachfolger einen Stilbruch gegeben, denn der hat eigentlich ganz eher nichtssagenden Zeitungartikeln große staatspolizeiliche Relevanz zugemessen und auf einige Artikel hin sogar Untersuchungen angeordnet. Aber möglicherweise war das wirklich ein Stilbruch.

Sagen Sie, mich interessiert da noch: Waren das eigentlich alles staatspolizeiliche Akten in bezug auf diese Aspekte Pinosa, die Sie jetzt geschildert haben, oder waren das auch Akten, die Ihnen von anderen Ämtern zur Verfügung gestellt wurden?

Lanc: In welcher Causa?

Pilz: In der Causa Pinosa, Waffengeschichten, Ostspionageverdacht; diese ganzen Sachen.

Lanc: Das, was mit den Waffen zu tun hatte, war meiner Erinnerung nach natürlich eine staatspolizeiliche Erhebung, während es, wenn sich der Firmeninhaber der Pinosa über Einbrüche beschwert hat, eine Sache der Gendarmerie und nicht der Staatspolizei war, weil ich nicht angenommen habe, daß also aus staatspolizeilich relevanten Gründen auf einem leerstehenden Gelände eingebrochen wird.

Pilz: Wie war da die Zusammenarbeit mit dem Heeres-Nachrichtenamt in diesem ganzen Fragenkomplex?

Lanc: Ich habe persönlich nie eine Zusammenarbeit mit dem Heeres-Nachrichtenamt gepflogen, und ich hatte auch gute Gründe dafür.

Pilz: Können Sie die Gründe angeben?

Lanc: Nein, ich bin nicht vom Amtsgeheimnis entbunden. Nach meiner rechtsfreundlichen Erkundigung ist eigentlich auch dafür niemand zuständig in dieser Republik.

Pilz: Können Sie das weiter erklären?

Lanc: Ja, es gibt gewisse Dinge, die meiner Auffassung nach entweder im öffentlichen Interesse oder in einem gewichtigen privaten Interesse sind, über die man, wenn man nicht vom Amtsgeheimnis entbunden ist, nicht aussagen kann. Und wenn man es trotzdem tut, ist man nach, glaube ich, 310 Strafgesetzbuch bis zu drei Jahren fällig.

Pilz: Ich kenne den Paragraphen.

Lanc: Und ich habe eigentlich zu einem solchen Zwischenaufenthalt wenig Lust. (*Allgemeine Heiterkeit.*)

Pilz: Können Sie uns wenigstens sagen, ob es öffentliche oder gewichtige private Gründe sind?

Lanc: Nein, nein, das sind öffentliche.

Pilz: Schon öffentliche Gründe.

Haben Sie irgendwo angesucht, vom Amtsgeheimnis entbunden zu werden?

Lanc: Ich habe es versucht, aber es gibt keinen Adressaten dafür.

Pilz: Können wir da vielleicht irgendwie unterstützend tätig werden, Herr Vorsitzender?

Obmann Steiner: Bitte, ich bin gerne bereit, diesbezüglich vom Verfassungsdienst des Bundeskanzleramtes einmal eine Information einzuholen. Das ist sicherlich ein Problem, über das man sich unterhalten muß.

Haben Sie noch weitere Fragen?

Pilz: Dann bin ich aber sehr dafür, daß wir versuchen, dieses Problem wirklich zu lösen.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung, bitte.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur sagen: Daß es keine Stelle gibt, die einen Minister entbindet von der Amtsverschwiegenheit, das ist richtig. Aber ein Minister oder ehemaliger Minister hat selbst zu entscheiden. Er hat es selbst abzuschätzen, ob er aussagt oder nicht. Das heißt, auch in diesem Fall müßte der Herr Lanc selbst entscheiden, ob er aussagt.

Obmann Steiner: Ja, das ist durchaus auch mein Wissensstand. Aber ich wollte nur, daß wir uns das noch einmal vom Verfassungsdienst genauer erläutern und nach dem letzten Stand allfälliger Erkenntnisse sagen lassen.

Lanc: Ich möchte nicht das Verfahren verkomplizieren, aber nach der, wie gesagt, rechtsfreundlichen Meinung, die ich hier eingeholt habe, ist wirklich eine klare Zuständigkeit für diese Entbindungsfrage nicht gegeben. Es gibt eine Usance bei amtierenden Ministern. Aber bei ausgeschiedenen gibt es nicht einmal Gewohnheitsrecht sozusagen. Nicht weil ich persönlich irgend etwas befürchte oder zu verbergen habe, aber es gibt eine Reihe von Tätigkeiten des Innenministers, die auch lang nach seiner Amtsführung, meiner Auffassung nach, im Staatsinteresse nicht Gegenstand öffentlicher Erörterung sein sollten. Nicht weil da irgend etwas Grausliches passiert ist, sondern weil es halt doch gewisse Dinge gibt, die

Dritte außerhalb Österreichs über diesen Staat nicht wissen müssen.

Pilz: Sie schließen aber zumindest aus, daß die Stelle, die Ihnen verbietet, darüber zu sprechen, Sie selbst sind?

Lanc: Ja.

Pilz: Was haben Sie im Laufe Ihrer Ministertätigkeit in Ihrem Ressort über diesen Verein Civil und Militär erfahren?

Lanc: Ich habe das ungefähr in die Kategorie der „Senkrechtbestattung“ eingereiht. (Heiterkeit.)

Pilz: Möglicherweise wird auch die Kategorie der Senkrechtbestatteten noch für diesen Ausschuß relevant. Das werden wir noch sehen.

Können Sie das ein bißchen genauer begründen? Es hat schon länger Verdächtigungen gegeben, auch in den siebziger Jahren, daß Bundesheermaterial im großen Maßstab verschwunden ist, daß es da sonderbare Geschäfte mit dem Bundesheer gibt. Paßt das in die Kategorie Skurrilitäten?

Lanc: Ich sage Ihnen ja schon: Dort, wo konkrete Verdachtsmomente den Sicherheitsbehörden nachgebracht worden sind, ist man der Sache auch nachgegangen und hat mir auch mit dem schon mehrmals erwähnten Resultat berichtet.

Ansonsten muß ich Ihnen jetzt einmal sagen: Es mag vielleicht manchen die Art, wie ich die Dinge betrachte, merkwürdig erscheinen. Aber wenn Sie im Jahre 1977 das Innenressort übernehmen, eineinhalb Wochen nach der Sprengung von 13 Masten in Kärnten ein Kriegerdenkmal Gegenstand eines Anschlages ist, wenn Sie sich ganz darauf konzentrieren, das einmal auszuräumen, um eine wesentliche Befriedung in einem wesentlichen Bundesland Österreichs — jedes Bundesland ist natürlich wesentlich — zu erreichen, dann ist Ihre Aufmerksamkeit vielleicht auf anderes konzentriert, als man das 10 oder 15 Jahre später sieht.

Oder, im Herbst 1977 und in den folgenden Jahren haben wir Probleme gehabt, die Infrastruktur herzustellen für Terrorismusabwehr, die internationalen Kontakte dazu, die damals noch nicht bestanden haben, aufzubauen und eine Reihe von, soweit es ging, Eigenversorgung zu treffen, sich darum zu kümmern, was mit dem Herrn Palmers passiert und was mit der Frau Böhm passiert und ob das dieselben Ursachen sind oder nicht. Wenn Sie 365 Seiten Logistik der RAF lesen müssen, um verstehen zu können, was unter Umständen auf diese Republik zukommt, dann sind Ihnen sowohl die Senkrechtbestattung als auch der CUM Wurscht.

Pilz: Dann ist also das Verschwinden von ein paar Panzern und ein paar Flugzeugen und anderem Kriegsmaterial egal?

Lanc: Mir ist nichts verschwunden.

Pilz: Waren Ihnen wenigstens diese Vorgänge rund um CUM bekannt? Was ist da staatspolizeilich eigentlich berichtet worden in Ihrer Amtszeit?

Lanc: Ich kann mich nicht erinnern, daß da Berichte erfolgt wären, daß da irgend etwas gestohlen, entwendet oder sonst etwas wurde und der Verein oder einzelne Leute, die diesem Verein angehören, dafür verantwortlich waren.

Pilz: Haben Sie überhaupt staatspolizeiliche Berichte in Ihrer Amtszeit über den Verein CUM erhalten?

Lanc: Über den Verein CUM direkt nicht.

Pilz: Und indirekt?

Lanc: Indirekt vielleicht im Zusammenhang mit den Vorwürfen, daß über die Firma des Proksch irgendwelche Waffengeschäfte abgewickelt worden sein sollen. Da mag es sein, daß hier auch eine Verzahnung mit diesem Verein war. Das weiß ich aber nicht. Ich kann mich auch nicht daran erinnern.

Pilz: Haben Sie eigentlich nie daran gedacht, Ihre Beamten darauf hinzuweisen, daß sie sich mit derartigen Absurditäten und Skurrilitäten nicht befassen sollen? Es gibt ja immer Personalmangel im Innenministerium. Akzeptiert man das als Ressortchef so einfach?

Lanc: Ich kann das im konkreten natürlich nicht sagen. Schauen Sie, das Ganze funktioniert doch so, daß der Beamte jetzt von irgendwo einen Hinweis bekommt, sei es vom Heeres-Nachrichtenamt oder durch einen sogenannten Zund, daß da irgend etwas faul sein könnte, nicht im Staate Dänemark, sondern im Staate Österreich. Jetzt geht er der Sache nach. Jetzt wollen Sie als Innenminister ihm sozusagen da dreinreden, er soll das nicht machen. Das ist eine sehr diffizile Sache, das muß man sich sehr genau überlegen. Ich habe das, wenn überhaupt, relativ selten gemacht.

Pilz: Darf ich Sie zum Abschluß noch etwas Persönliches fragen? — Nein, nicht, was mich persönlich betrifft, das habe ich das Innenministerium schon so oft gefragt und keine Antwort bekommen.

Obmann Steiner: Aber persönliche Fragen wollten wir, wenn es sich nicht um die Sache handelt, hier nicht behandeln.

Pilz: Natürlich im Zusammenhang mit der Sache. Das versteht sich von selbst. Nur eine einzige

letzte Frage: Wie teuer war eigentlich diese Mitgliedschaft im „Club 45“?

Lanc: Man könnte es von meinem Austrittszeitpunkt her sagen: zu teuer. Ich glaube, wir haben ursprünglich 5 000 S für die Einrichtung bezahlt, weil das ja leer war und installiert werden mußte. Dann war der Monatsbeitrag, glaube ich, 200 S.

Obmann Steiner: Danke.

Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Lanc! Sie haben gesagt, in das Werk Pinosa ist einige Male eingebrochen worden, und man hat sich beschwert bei Ihnen. Ist das richtig?

Lanc: Ja, ich glaube, daß hier einmal ein Anruf im Büro erfolgt ist von der Firma, ich weiß jetzt nicht, von Proksch selber oder von einem Angestellten, mit dem Hinweis darauf, daß das mehr als einmal vorgekommen sei, was da mit dem Schutz des Eigentums ist. Daraufhin hat offenbar eine Erhebung stattgefunden. Ich habe mir das deswegen gemerkt, weil in dem Bericht war irgend etwas drinnen, da sind damals die Louis de Funés-Filme gelaufen. Da waren offenbar Kinder drinnen, die geschrieben haben „Fantomas hat wieder zugeschlagen“ oder so etwas. Dieses Gags wegen habe ich das Ganze in Erinnerung.

Helene Partik-Pablé: Ist es üblich, daß Sie sich einschalten vom Ministerbüro, wenn es um einen Einbruchsdiebstahl geht? Laut dem Bericht hat sich der Gesamtschaden auf 22 800 S belaufen. Ist es üblich, daß man sich in einer so mickrigen Einbruchssache vom Ministerbüro einschaltet?

Lanc: Wenn eine Beschwerde gekommen ist, haben wir uns eingeschaltet. Wenn sich Leute direkt an die Beschwerdestellen der einzelnen Sicherheitsbehörden gewendet haben, dann ist das dort erledigt worden. Ansonsten ist das von meinen Mitarbeitern im Ministerbüro erledigt worden. Wenn sich wer beschwert, dann wissen Sie ja noch nicht, wie hoch die Schadenssumme ist. Das wissen Sie erst nachher, wenn Sie den Bericht bekommen. Das war jedenfalls in jeder Beziehung eine Bagatelle, und das ist wahrscheinlich dann dem Einschreiter auch mitgeteilt worden, jedenfalls nicht von mir.

Helene Partik-Pablé: Ist es üblich, wenn Sie in einer solchen Sache eingeschaltet werden beziehungsweise das Büro des Ministers, daß Sie sich dann auch berichten lassen, was Ihre Behörden jetzt getan haben, was sie erhoben haben?

Lanc: Ja, da habe ich meistens ein Packerl auf den Tisch bekommen, das ist eine sehr aufwendige Sache, weil man es ja doch überfliegen soll, sonst hat das Ganze gar keinen Sinn. Aber es ist die einzige Methode, um zu gewährleisten, daß

Beschwerden auch ordentlich behandelt werden. Man muß sie für die Erledigung in die Frist legen, dann kommen sie wieder heraus und können nicht vergessen werden und irgendwo im Apparat hängenbleiben, und da muß man auch hineinschauen. Und wenn das alle im Haus wissen, dann funktioniert es.

Helene Partik-Pablé: Ich habe nämlich hier eine Information, und zwar schreibt die Generaldirektion an das Büro des Bundesministers: Zu Ihrem mündlichen Ersuchen vom 7. April wird die Meldung des Landesgendarmeriekommandos für Niederösterreich übermittelt. Dann ist eben dieser Bericht da, daß eingebrochen worden ist. Da steht auch drinnen: „Fantomas was here again“ ist an die Wände geschrieben worden. Das heißt, es muß also ein mündliches Ersuchen von Ihrem Büro ausgegangen sein, daß man in dieser Einbruchssache erhebt.

Lanc: Das nehme ich mit Sicherheit an. Wenn die Beschwerde kommt, daß da nicht ordentlich eingeschritten worden ist, wird geschaut: Wo war das? — Niederösterreich. Welcher Bereich? Bundespolizei oder Gendarmerie? — Gendarmerie, geht an das Gendarmeriezentralkommando und von dort an die örtliche Dienststelle, die verlangt Berichtslegung, die kommt zurück. Ist ein Anlaß, irgend etwas Weiteres zu unternehmen, ist das dann von mir, da ja die Beschwerde an das Ministerbüro gegangen ist, zu erledigen. Ist kein Anlaß, wird das abgehakt und der bearbeitende Beamte gebeten, dem Einschreiter mitzuteilen, daß das eine Bagatelle ist und daß da nichts dahintersteckt.

Helene Partik-Pablé: Es ist nur leider nirgendwo eine Beschwerde drinnen. Es ist nur ein Bezug auf das mündliche Ersuchen. Wer kann da telefoniert haben? Sie selbst?

Lanc: Es wird wahrscheinlich im Ministerbüro angerufen worden sein. Ich habe schon gesagt: entweder von der Firma, entweder von den Firmeninhabern der Pinosa oder von einem Angestellten.

Helene Partik-Pablé: Ja, es steht nur nichts von einer Beschwerde, sondern es steht da: zum mündlichen Ersuchen an das Büro des Ministers. Das muß Ihr Ersuchen gewesen sein.

Lanc: Wir haben sicherlich nicht durch Buschtrommeln erfahren, daß dort eingebrochen worden ist, sondern das hat uns der, der sich durch den Einbruch beschwert gefühlt hat, wahrscheinlich mitgeteilt. Ich nehme an — so bedeutend war die Sache nicht, daß ich jetzt jedes Detail noch weiß —, daß im Büro angerufen worden ist, und der Beamte hat das festgehalten, hat das in Auftrag gegeben und hat mir nachher berichtet.

Helene Partik-Pablé: Ich frage eben, weil es so unbedeutend ist, daß man eigentlich nicht annimmt, daß sich ein Minister damit beschäftigt. Nur weil dieses stillgelegte Harzwerk halt dem Udo Proksch gehört und Udo Proksch auch Mitglied des „Club 45“ ist, drängt sich eben die Frage auf, ob in diesem Fall eben von Ihnen die Ermittlungen angestellt worden sind, weil es eben ein Bekannter von Ihnen ist. Ich wollte fragen, ob das üblich ist.

Lanc: Ich habe mich ja nicht persönlich mit der Sache befaßt, sondern erst, als der Bericht hereingekommen ist, weil ich mir von solchen Dingen immer habe berichten lassen. Im übrigen, ich habe mich sogar persönlich mit Dingen befaßt. Wenn jemand angerufen und gesagt hat, er möchte mich unbedingt sprechen, und er kann das niemandem mitteilen, dann bin ich sogar persönlich zur Verfügung gestanden, auch außerhalb der normalen Amtsstunden. Da hat es Abgeordnete gegeben, die sich informieren wollten, wenn sie Geld im Koffer über die Grenze bringen, ob das mehr als ein Devisenvergehen ist oder nicht, und ähnliche Dinge mehr. Ich bin für das auch zur Verfügung gestanden, wäre eigentlich auch nicht meine Sache gewesen.

Helene Partik-Pablé: Na gut, aber das war ja auch ein aufsehenerregender Fall, würde ich sagen.

Lanc: Das ist nicht der, den Sie meinen. (Heiterkeit.) Das ist ein anderer, aber das unterliegt auch der Amtsverschwiegenheit.

Helene Partik-Pablé: Gut. Ich möchte Sie noch etwas fragen, und zwar: Udo Proksch hat einen Waffenpaß gehabt. Da gibt es auch eine Anfrage, ob eigentlich die Verlässlichkeit noch gegeben ist, im Jahr 1986 allerdings, als Sie nicht mehr Minister waren. Da wird darauf Bezug genommen, daß Udo Proksch im Jahr 1981 im „Mittagsjournal“ einmal gesagt hat, er pflegt in geschlossenen Räumen gegen den Plafond zu schießen. Das war im Jahr 1981, als Sie Innenminister waren. Ich möchte Sie fragen, ob solche Äußerungen Sie nicht veranlaßt haben, die Verlässlichkeit des Udo Proksch zu überprüfen im Hinblick auf die Eignung, einen Waffenpaß zu besitzen.

Lanc: Ich weiß nicht, ob Sie sich vorstellen können, daß . . . Soviel ich weiß, läuft das Verfahren so: Der Waffenpaß wird von der Bezirksverwaltungsbehörde ausgestellt, die ganzen Prüfungsverfahren werden dort gemacht. Die Oberinstanz ist die Administrativpolizei, die sicherlich auch zu beobachten hat, ob sich irgendwelche Dinge ereignen oder ihr Ereignisse zur Kenntnis kommen, die die Beurteilung hinsichtlich der Verlässlichkeit eines Waffenpaßinhabers verändern. Da ist ein Minister wirklich überfordert,

wenn er verfolgen soll, wer unter Umständen irgendwann einmal auf den Plafond geschossen hat.

Helene Partik-Pablé: Sie haben sich zwar damals dazu geäußert, Sie haben nämlich gesagt, Udo Proksch ist wegen seiner skurrilen Ausdrucksweise bekannt, und das sind nur verbale Aussprüche, die kein Anlaß für eine solche Überprüfung sind. Offensichtlich ist es schon im Jahr 1981 zu einer Anfrage gekommen wegen der Verlässlichkeit. Sie können sich daran nicht mehr erinnern? Ich sehe gerade, das war am 30. 4. 1981.

Lanc: Das hat sich sicherlich im Bereich der öffentlichen Äußerung und der Befragung dazu an mich abgespielt, und ich habe eine persönliche Wertung abgegeben.

Helene Partik-Pablé: Ich frage Sie nämlich insbesondere auch deshalb, weil ein paar Jahre später bei Guggenbichler nicht solche milden Maßstäbe angelegt worden sind, sondern da hat eine meiner Meinung nach weniger gravierende Äußerung schon genügt, daß ein Entzugsverfahren eingeleitet worden ist, daß er den Waffenpaß verliert. Sie haben jedenfalls die Verlässlichkeit des Udo Proksch in Hinsicht auf Vertrauenswürdigkeit, einen Waffenpaß zu besitzen, immer als gegeben gesehen während Ihrer Amtsführung?

Lanc: Es hätte ja eine Begründung für den Widerruf der seinerzeit ja nicht von mir gewährten Ausstellung des Waffenpasses geben müssen. Es ist offenbar anzunehmen, diese ganzen öffentlichen Erörterungen und Wertungen seiner Äußerungen waren ja auch meinen Spitzenbeamten bekannt. Wenn die das Gefühl gehabt hätten, es ist das Ende für den Waffenpaßinhaber, und es läßt sich eine juristisch haltbare Begründung für den Entzug finden, hätten sie mir sicherlich den Vorschlag gemacht, so seriöse Leute wie der Herr Ministerialrat Czeppan und so weiter, die hätten da nicht gezögert.

Helene Partik-Pablé: Schon, aber in letzter Instanz sind ja doch Sie zuständig. Sie können ja nicht warten, bis Ihre Beamten tätig werden. Sie können schon warten, aber jedenfalls, zuständig sind Sie. Letzten Endes tragen Sie ja die Verantwortung für Ihr Ministerium und für alles, was Ihre Beamten tun oder auch unterlassen.

Lanc: Ja, gut, aber ich bin nicht dazu da, Weisungen zu erteilen, daß irgend jemandem ein Waffenpaß entzogen wird. Das muß die Behörde verfolgen, die sich das anschaut und die das genauso liest wie ich. — Aber was erhellt daraus im Zusammenhang mit unserer Causa? Es wird ihm ja viel vorgeworfen. Vielleicht stimmt es auch, ich weiß es nicht, ich habe das auch nicht zu beurteilen. Aber es ist bisher noch kein Vorwurf erhoben worden, daß er von Wien aus bei den Malediven die Lucona abgeschossen hat.

Helene Partik-Pablé: Nein, nein. Aber er hat einen Waffenpaß zu einer Zeit besessen, als er behauptet hat, er pflegt auf den Plafond zu schießen. Da ist von Ihnen also kein Grund gefunden worden, daß man da einmal überprüft: Soll man so einem Menschen eigentlich einen Waffenpaß geben oder nicht? Das ist meine Frage.

Lanc: Es gibt Leute, die haben Schießstätten zu Hause und schießen dort, und denen ist der Waffenpaß nicht entzogen worden, und der schießt halt in seinen Plafond. *(Heiterkeit.)*

Helene Partik-Pablé: Gut. Ich habe zur Kenntnis genommen, daß Sie keinen Grund gesehen haben,

an der Vertrauenswürdigkeit zu zweifeln. — Danke.

Lanc: Das habe nicht ich gesagt, das ist Ihre Wertung, Frau Abgeordnete.

Obmann Steiner: Keine weiteren Fragen. Dann danke ich dem Zeugen. (18.19 Uhr)

Damit wäre die heutige Sitzung hier geschlossen. Ich schlage vor, daß wir uns in einer Viertelstunde im Lokal V zu einer Geschäftsordnungssitzung einfinden.

(Der Ausschuß zieht sich um 18 Uhr 40 Minuten zu internen Beratungen zurück.)

Schluß der Sitzung: 19 Uhr 21 Minuten

13. Sitzung: 16. Februar 1989

Beginn der Sitzung: 9 Uhr 1 Minute

Obmann Steiner: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich wünsche allen Damen und Herren einen guten Morgen zu dieser frühen Stunde. Wir beginnen mit den Arbeiten des Untersuchungsausschusses.

Wenn wir heute die Beratung des Untersuchungsausschusses schon um 9 Uhr beginnen, so ist das kein Politikerprivileg, sondern die Beachtung eines bewährten parlamentarischen Brauches in unserer Demokratie. Bereits übernommene Wahlwerbungsverpflichtungen eines Abgeordneten werden aus Respekt vor den Bürgern, an die sich ja der Abgeordnete wenden will, immer berücksichtigt.

Wir beginnen mit der Zeugenladung, und ich bitte Herrn Parteiohmann Dr. Haider in den Zeugenstand.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Dr. Jörg Haider
Abgeordneter zum Nationalrat
im Sinne des § 271 StPO**

(9.02 Uhr)

Obmann Steiner: Bitte, wenn Sie Platz nehmen.

Herr Bundesparteiobmann Dr. Haider! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einer Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihre Personaldaten sind ja in den Dokumentationen des Parlamentes reichlich vorhanden.

Ich halte es für angebracht, vorerst einige kurze Feststellungen zu treffen. Dieser Untersuchungsausschuß hat im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Strafverfahren in der Causa Lucona, das wegen der Flucht des Hauptbeschuldigten bisher nicht stattfinden konnte, die Tätigkeit der am Verfahren Beteiligten beziehungsweise in dieses involvierten Behörden und der damit zusammenhängenden Verantwortlichkeiten zu untersuchen. Dazu gehört sicherlich auch die Wertung allfälliger Einflüsse von außen auf die involvierten Be-

hörden, um allfällige systemeigene Fehlerquellen oder Fehlverhaltensweisen aufzuzeigen und ihre Vermeidung für die Zukunft sicherzustellen.

Wir haben bereits in unseren bisherigen Untersuchungen festgestellt, wie sehr der Hauptbeschuldigte es verstanden hat, gar alle seiner vielfältigen gesellschaftlichen Kontakte ohne jede Rücksicht auf die jeweilige Person für die eigene Sache zu nützen. Damit ist sicherlich in unseren Arbeiten ohne Ansehen der Person nachzugehen. Dies hat nichts mit Vorverdächtigungen von zu befragenden Zeugen zu tun.

Noch eine kurze Feststellung: Der Ausschuß als solcher hat bisher von sich aus keinerlei wertende Beschlüsse gefaßt. Wenn der Eindruck von Verurteilungen entstanden ist, so waren dies die Fakten oder ihre Darstellung in der Öffentlichkeit, die diesen Eindruck entstehen lassen konnten, zumal der Ausschuß überhaupt keine Verurteilungen aussprechen kann.

Herr Zeuge! Es hat hier unter Zeugenpflicht der Herr Präsident Demel ausgesagt, Sie hätten im November 1987 einen Kontakt mit Herrn Udo Proksch gehabt. Stimmt das?

Haider: Das ist absolut unrichtig.

Obmann Steiner: Wann war dann dieses Treffen?

Haider: Aus meiner Erinnerung muß das im Herbst 1986, längstens Anfang 1987 gewesen sein.

Obmann Steiner: Danke.

Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Graff. Bitte.

Graff: Herr Dr. Haider! Der Grund, warum Sie hier vor dem Lucona-Ausschuß sitzen, ist der — ich sage Ihnen ganz offen, ich hätte sonst nicht für Ihre Ladung gestimmt —, daß wir am 7. Februar während der Einvernahme des Richters Demel ein APA-Fernschreiben auf den Tisch bekommen haben, das folgenden Wortlaut hat — ich zitiere —: „Als absoluten Unsinn bezeichnete FPÖ-Bundesparteiobmann Abgeordneter Dr. Haider die Behauptung Demels, er, Haider, habe im Herbst 1987 ein langes Gespräch mit Udo Proksch im ‚Club 45‘ geführt, denn weder sei er dort gewesen, noch habe er Kontakte mit Proksch gehabt, stellte Haider fest. Mit dem im Ausschuß in die Enge getriebenen Demel sei wohl die Fantasie durchgegangen.“

Ich frage Sie: Was sagen Sie zu diesem Fernschreiben; bleiben Sie dabei, oder rücken Sie davon ab?

Haider: Ich habe mit dem Fernschreiben, das über meine Pressestelle hinausgegangen ist, zum Ausdruck gebracht, daß die Behauptung des Herrn Demel, im Herbst 1987 habe es eine diesbezügliche Kontaktnahme — wie er behauptet, mehrfach — gegeben, nicht stimmt. Zum Zeitpunkt der Beschlußfassung des Ausschusses über meine Vorladung war aber schon klar, daß die Pressestelle der FPÖ, nachdem in den 14 Uhr-Nachrichten mitgeteilt wurde — wörtliches Zitat aus den Nachrichten —: „FPÖ-Obmann Haider hat die Aussage Demels als absoluten Unsinn bezeichnet, er habe Proksch nie getroffen und sei nie im ‚Club 45‘ gewesen“, das korrigiert. In den 15 Uhr-Nachrichten wurde dann eine korrigierte Meldung gebracht. Nach 15 Uhr hat bei unserer Pressemitarbeiterin der ORF-Redakteur, Herr Schallgruber, angerufen und sich noch einmal genau erkundigt, und es wurde ihm mitgeteilt, daß Dr. Haider Proksch kenne, aber diese Aussage von Herrn Demel mit Herbst 1987 falsch sei. Das wurde dann in den 16 Uhr-Nachrichten bereits gemeldet. Dort heißt es: „Die Freiheitliche Partei hat mitgeteilt, daß sich das Dementi nur auf den Herbst 1987 bezieht. Von der FPÖ wurde bestätigt, daß Haider Proksch kennt.“ Das heißt, spätestens um 16 Uhr war für die Öffentlichkeit klar, daß mir hier nicht zu unterstellen ist, daß ich absolut ein Dementi jeder Kontaktnahme gemacht hätte.

Graff: Herr Dr. Haider, ich bitte um Nachsicht dafür, daß ich Ihre bedeutenden Enuntiationen nicht von Stunde zu Stunde verfolge. Wir sind hier im Ausschuß gesessen, haben Zeugen vernommen, und die Grundlage für meine Entscheidung, mit der Frau Dr. Partik-Pablé und anderen dafür zu stimmen, Sie hierher zu bitten, war die, daß wir dieses Telex auf den Tisch bekommen haben, von dem Sie jetzt gesagt haben, es ist immerhin von der freiheitlichen Pressestelle hinausgegangen.

Ich frage Sie nun nach der Formulierung. Zunächst einmal wird da Herbst 1987 bestritten, aber dann geht es ganz kategorisch weiter: „Weder sei er dort gewesen, noch habe er Kontakte mit Proksch gehabt, stellte Haider fest.“

Wer kann so etwas in Ihrer Pressestelle formulieren, wenn Sie das nicht gesagt haben?

Haider: Es ist das nach einer Rückfrage formuliert worden. Ich war bereits im Wahlkampf in Kärnten unterwegs, und man hat dieses Dementi auf den Herbst 1987 bezogen, daher zitiert man ja auch wörtlich den Herrn Demel. Wenn das mißverständlich formuliert war, dann hat die Pressestelle rechtzeitig Kontakt genommen und versucht, das abzuklären.

Graff: Aber, Herr Dr. Haider, wenn mir jemand sagt, ich habe etwas im Jahre 1987 getan, und ich habe es zwar nicht im Jahre 1987 getan, sondern im Jahre 1986, wie immer dann der weitergehende Text ist, aber als absoluten Unsinn werde ich das doch eigentlich als wahrheitsliebender Mensch nicht bezeichnen, sondern ich werde sagen: Bitte schön, es war nicht 1987, sondern 1986, und überhaupt ist gar nichts dabei, warum soll ich mich nicht mit Herrn Proksch treffen! Wäre das nicht naheliegender gewesen?

Haider: Eine Aussage als absoluter Unsinn hat sich ja auf Herbst 1987 bezogen, und das stimmt auch.

Graff: Ja, das stimmt in einem sehr buchstäblichen Sinne, aber haben Sie damit nicht eine Irreführung der Öffentlichkeit — zumindest billigend — in Kauf genommen?

Haider: Ich glaube nicht, weil ausdrücklich auf den Herbst 1987 Bezug genommen wird und damit auf die wörtliche Aussage des Präsidenten Demel vor dem Ausschuß.

Graff: Herr Dr. Haider! In jedem Verfahren ist die Glaubwürdigkeit eines Zeugen natürlich von großer Bedeutung, und ich möchte Ihnen wirklich auch Gelegenheit geben, einen Eindruck, der schon entstanden ist, richtigzustellen. Ich habe Sie gestern in der „Zeit im Bild 2“ im Fernsehen gesehen. Ich spreche jetzt überhaupt nicht von der steuerlichen Sache, bitte, damit wir uns klar verstehen, ich möchte Ihnen das auch nicht indirekt anhängen, mir geht es nur um Ihre Wahrheitsliebe in der Öffentlichkeit. Und da hat Ihnen der Reporter vorgehalten, Sie hätten von einem Vertrag gesagt, der ist noch während des aufrechten Dienstverhältnisses unterschrieben worden, das sei aber nicht wahr, der sei erst nachher unterschrieben worden, abgesehen davon, daß das steuerlich völlig Wurscht ist, wir wir inzwischen wissen und auch schon vorher gewußt hätten, wenn wir gut beraten gewesen wären. Was sagen Sie dazu, Herr Dr. Haider?

Haider: Ich glaube, daß das hier nicht zur Diskussion steht.

Obmann Steiner: Verzeihung, Herr Abgeordneter, aber das ist keine Frage für den Ausschuß.

Graff: Das ist für mich eine Frage der Glaubwürdigkeit des Zeugen. Aber wenn man über die Glaubwürdigkeit des Dr. Haider nicht sprechen will, dann lassen wir es halt. Ich wollte ihm Gelegenheit geben, seine Glaubwürdigkeit hier wiederherzustellen.

Obmann Steiner: Ich muß bitten, daß wir uns an die Aufgabe des Ausschusses halten. Bitte.

Graff: Herr Vorsitzender, ich respektiere Ihre prozessuale Entscheidung.

Herr Dr. Haider! Das Treffen hat sich tatsächlich im Herbst, September, 1986 abgespielt?

Haider: Nach meiner Erinnerung im Herbst 1986 oder Anfang 1987, wie ich einleitend gesagt habe.

Graff: Der FPÖ-Parteitag in Villach, wo Sie mit großem Erfolg gewählt wurden, war am 13./14. September?

Haider: Ja.

Graff: Innsbruck? Villach?

Haider: Innsbruck. Villach war 1988.

Graff: Innsbruck, 13./14. September. Und was war nun der Anlaß für dieses Treffen mit Udo Proksch?

Haider: Ich kenne den Vater von Udo Proksch, und der hat im Zuge von Veranstaltungen, die ich in Salzburg gemacht habe, wiederholt das Ansinnen geäußert, man solle sich auch den Standpunkt seines Sohnes anhören, dem unrecht getan würde, auch durch unsere Argumentation, was dazu geführt hat, daß ich ihm gesagt habe, er soll sich bei uns einmal melden, wenn er daran Interesse hat, und wir werden selbstverständlich mit ihm reden.

Graff: Also Standpunkt des Sohnes und unrecht getan: das ist schon das Thema Lucona?

Haider: Der Vater hat es zumindest so verstanden.

Graff: Ja. — Hat an dem Treffen der Vater teilgenommen?

Haider: Nein.

Graff: Nein. — Das ist dann in einem Interview oder in einer Pressemeldung falsch dargestellt.

Haider: Das ist vom ORF berichtet worden, das war die Schuld des ORF.

Graff: Entschuldigen Sie, ich verfolgte das nicht. Ich sehe völlig ein, daß das klargestellt gehört. War da Ihr Sekretär Gernot Rumpold dabei?

Haider: Ja.

Graff: Der hat am Treffen teilgenommen?

Haider: Ja.

Graff: Hat auch das Gespräch verfolgt?

Haider: Er hat das Gespräch arrangiert und hat teilgenommen.

Graff: Für den Fall, daß das relevant werden sollte. Was ist nun wirklich dort gesprochen worden?

Haider: Es dürfte also nicht sehr Relevantes gesprochen worden sein, weil ich mich daran nur mehr peripher erinnern kann. Das, was mir in Erinnerung geblieben ist, ist, daß einerseits Herr Proksch sehr optimistisch gewirkt hat und guter Dinge war, sehr fröhlich war und daß er sich andererseits Sorgen gemacht hat über den Exobmann der FPÖ und seine berufliche Zukunft und über einen seiner Sekretäre, den Herrn Lohrmann, den er offenbar besser gekannt hat. Das ist das, woran ich mich noch erinnern kann. Ich glaube, er hat auch ein Angebot gemacht, er würde uns behilflich sein können, eine Wohnung in Wien zu finden, nachdem ich ja wieder neu ins Parlament einzuziehen hatte oder schon eingezogen bin, je nachdem, wann das dann exakt war, was wir natürlich abgelehnt haben. So in der Richtung. Es war also nicht sonderlich bedeutsam, soweit ich mich erinnere.

Graff: Aber das ist neu für uns. Es ist also auch um Dr. Steger selber gegangen und nicht nur um Herrn Lohrmann?

Haider: Soweit ich mich erinnere, war das so ein bißchen das Gespräch, was denn mit den ehemaligen FPÖ-Größen würde.

Graff: Aber sagen Sie, da spricht der Udo Proksch — das gehört wieder nicht zum Thema, ich sage es daher nur als Bemerkung — mit Ihnen über das Schicksal von Dr. Steger, das ist für uns schon eine Überraschung. Aber macht ja nichts.

Haider: Sie können daraus ableiten, daß wir uns bestätigt fühlen hinsichtlich der Entscheidung im September 1986 am Bundesparteitag.

Graff: Herr Dr. Haider! Als ich das gehört habe mit dem Vater vom Udo Proksch und mit dem Datum September, bin ich in die Archive gegangen und habe interessanterweise in einem recht engen zeitlichen Zusammenhang mit diesem Treffen sehr wohl etwas über den Vater vom Udo Proksch, der ja ein Gründer des VDU, glaube ich, war, gefunden, und zwar in der „Wochenpresse“ vom 9. September eine Mordgeschichte über seine NS-Vergangenheit. Hätte das in irgendeiner Form ein Thema bei Ihrem Gespräch gewesen sein können?

Haider: Also daran kann ich mich absolut nicht erinnern, das war sicherlich kein Thema.

Graff: Das schließen Sie aus?

Haider: Ja.

Graff: Und nun zu der Geschichte Lucona. Für mich wäre eigentlich sogar überraschend, wenn

dieses Thema in dem Gespräch überhaupt nicht gefallen wäre, denn immerhin war der Herr Udo Proksch schon einmal verhaftet, im Feber 1985, und es ist — das konnten Sie allerdings nicht vorher wissen — dann im Oktober 1986 die zweite Verhaftung erfolgt. War das Thema nicht irgendwie in der Luft? Wenn man so sitzt beim Demel und redet, wäre ja gar nichts dabei, wenn das auch zur Sprache kommt.

Haider: Ich habe nicht in Erinnerung, daß das diskutiert worden ist. Das, was ich in Erinnerung habe, habe ich dargelegt.

Graff: *Haben Sie mit oder ohne Zusammenhang mit diesem Gespräch mit Udo Proksch mit dem ja noch vier Monate im Amt befindlichen FPÖ-Justizminister Ofner irgendwann einmal das Thema Lucona erörtert?*

Haider: Mit Dr. Ofner nie.

Graff: *Nie. Das können Sie absolut ausschließen?*

Haider: Ja. Erst im Herbst 1987, als uns Informationen zugegangen sind, daß sich der Herr Proksch ins Ausland absetzen will, sind wir auch in der Öffentlichkeit in dieser Frage aktiv geworden, haben verlangt, daß man aufpaßt, daß er sich nicht absetzen kann, und haben dann im Jänner 1988 die erste dringliche Anfrage im Parlament zu diesem Thema gestellt. Das ist natürlich dann im Klub diskutiert worden.

Graff: *Herr Dr. Haider! Wenn Ihnen das seinerzeit so am Herzen gelegen ist, daß die Rechtspflege gegen den Herrn Proksch funktioniert, hat Ihnen da nicht Sorgen bereitet, daß der Minister Ofner entgegen der Öffentlichkeit der Meinung war, die Suppe sei zu dünn, und nur Vorerhebungen und keine Voruntersuchungen hat einleiten lassen?*

Haider: Ich glaube, daß das zu diesem Zeitpunkt gar nicht mehr relevant war. Nachdem ja die Koalition aufgelöst und zu erwarten war, daß ein anderer Justizminister kommt, hat es da keine Relevanz mehr gegeben.

Graff: *Ja, aber es sind sogar Nationalratswahlen vor der Tür gestanden und . . .*

Haider: Vielleicht war das Treffen auch nach der Nationalratswahl.

Graff: *Ah, kann auch nach der Nationalratswahl gewesen sein?*

Haider: Ich habe es schon gesagt.

Graff: *Aber Vorerhebungen können ja jederzeit in eine Voruntersuchung umgewandelt werden, und wir haben das auch in x Anfragen releviert und geltend gemacht. Rein als einer, der für die*

Sauberkeit eintritt, wäre es da nicht angemessen gewesen, ohne jetzt auf das Verfahren Einfluß zu nehmen, so einem Parteifreund wie dem Justizminister einen Deuter zu geben und ihm zu sagen: Hörst du, tu da ein bißchen etwas!

Haider: Wenn, dann geht das auf dem offiziellen Weg, was wir auch parlamentarisch gemacht haben, zu dem Zeitpunkt, zu dem es Relevanz gehabt hat. Nachdem ja auffallend war, daß ab dem Jahre 1986 keine der anderen oder keine der heutigen Regierungsparteien mehr ein sonderliches Interesse an der Sache Proksch auf parlamentarischer Ebene entwickelt hat — es sind ja schlagartig die Anfragen eingestellt worden —, haben wir 1987, als die Frage Proksch wieder Relevanz bekommen hat, denn soweit ich das pressemäßig mitverfolgt habe, war es ja so, daß Ende 1986/Anfang 1987 alle davon geschrieben haben, daß eigentlich der Herr Proksch jetzt vor seiner großen Rehabilitierung stünde — ich zitiere jetzt nur die Jänner-Nummer des „Basta“ —, die gesagt haben: „1987: Wer feiert noch ein Comeback?“ Und unter Punkt 3 wird hier Udo Proksch genannt. Weil „Basta“ prophezeit: Weil er tatsächlich unschuldig ist und weil seine Jäger Hans Pretterebner und Gerald Freihöfner zusammen nicht so stark sind wie er, wird Demel-Inhaber Udo Proksch, Betrugs- und Mordverdächtiger in der Lucona-Affäre, im kommenden Jahr endgültig rehabilitiert.

Graff: *Ich verstehe: Sie haben sich in dem Zusammenhang an „Basta“ orientiert.*

Haider: Nein. Ich zitiere Ihnen nur die allgemeine Stimmungslage, daß man, genauso wie die ÖVP, offenbar darauf verzichtet hat, besondere Initiativen zu unternehmen, was auch für die anderen Parteien gegolten hat, weil . . .

Graff: *Herr Dr. Haider, Sie wissen das vielleicht nicht, weil Sie es hier nicht so verfolgen: Ich habe auch bis jetzt — wir haben das eigentlich alle getan, das gilt für alle vier Fraktionen hier — wirklich vermieden, in dem Lucona-Ausschuß irgendwelche parteipolitischen Bemerkungen oder Erinnerungen oder dergleichen anzubringen. Aber wenn Sie mich auf die ÖVP ansprechen, muß ich Ihnen schon sagen: Unsere Anfragen schon im Jahre 1985 waren es, die den Herrn Blecha, der gestern auf Ihrem Platz gesessen ist, ganz schön in Verlegenheit gebracht haben.*

Also lassen wir die Parteipolitik vielleicht wirklich heraus, und besinnen wir uns auf die Sache.

Haider: Ich bitte um Entschuldigung, daß Sie die Namensnennung der ÖVP stört.

Graff: *Sie stört mich überhaupt nicht, Sie können von der ÖVP reden, soviel Sie wollen, nur in besten Tönen, denn uns ist bisher in der ganzen*

Skandalgeschichte nichts nachzusagen, während Sie einiges von Ihrem „Sauberruf“ inzwischen eingebüßt haben. Aber, wie gesagt, ich will mich gar nicht auf diese Ebene begeben.

Schauen Sie, reden wir über den Herrn Lohrmann, der ja ein Assistent des Herrn Dr. Steger war. Wir wissen inzwischen, daß Dr. Steger als Handelsminister in hohem Maße mit der Ausstellung von Dienstpässen befaßt war, nämlich mit der Ausstellung von Empfehlungen für alle möglichen Leute. Nun sind im Dunstkreis des Herrn Proksch Dienstpaßformulare gefunden worden. Über die Ausstellung hatte dann der Innenminister zu entscheiden, das war auch kein Fremder zu Udo Proksch. Konnte bei dem Gespräch im Demel in irgendeiner Weise die Frage der Ausstellung von Dienstpässen durch den Herrn Lohrmann ein Thema gewesen sein, oder schließen Sie das aus?

Haider: Kann ich ausschließen.

Graff: Dann halte ich Ihnen noch zum Schluß konkret die Aussage des Herrn Präsidenten Demel vor, damit Sie Gelegenheit haben, dazu Stellung zu nehmen.

Dr. Demel sagte, das war nicht nur ein gesellschaftliches Treffen, von verschiedenen Couleurs, die immer wieder stattgefunden haben, sondern — und jetzt zitiere ich — das war ein spezielles Treffen, bei dem — also es waren zwei Treffen — die Serviererin des „Club 45“ den beiden ein Mittagessen serviert hat und rund eine Stunde gesprochen wurde.

Was sagen Sie dazu?

Haider: Das waren sicherlich nicht zwei Treffen, sondern ich habe Herrn Proksch ein einziges Mal getroffen so wie auch andere, wie wir ja gestern gesehen haben. Sogar der ehemalige Abgeordnete der Grünen Fux hat sich interessiert. Ich habe daher kein zweites Mal eine Kontaktnahme mit Herrn Proksch weder in seinem Kaffeehaus noch sonst irgendwo in Österreich gehabt, auch nicht im Ausland.

Graff: Nein, ich habe Sie auch nicht in Venedig getroffen. Das ist uns auch nachgesagt worden vor langer Zeit.

Weiter Aussage Demel: Ein zweites Mal kam der Herr Proksch mit dem Herrn Haider auf der Hinterstiege, also wo der Klub nicht durchkann, sondern von der Wohnung, dahinter ist eine Wohnung des Udo Proksch im 4. Stock, und kam von hinten in den Klub herein, weil der Herr Proksch einen Generalschlüssel hat, er kann überall hinein.

Was sagen Sie dazu?

Haider: Das ist sicherlich eine absolute Fehlinformation.

Graff: Sie waren nie in der Wohnung des Herrn Proksch?

Haider: Nein.

Graff: Sie sind nie von hinten in den Klub hineingekommen?

Haider: Nein.

Graff: Sie waren auch nicht Mittagessen, oder zu welcher Tageszeit war das Gespräch?

Haider: Ich war zu Mittag dort bei diesem Gespräch. Es ist sicherlich ein Getränk und ein Essen serviert worden. Ich kann mich an die Menüfolge nicht erinnern, da ich nicht so interessiert bin an kulinarischen Dingen.

Graff: Und Sie riskieren auch eine Gegenüberstellung mit den beiden Damen, die laut Demel — das ist uns ja nur gesagt worden, und der hat es nur aus einem Aktenvermerk von Hellwagner — Sie dort gesehen haben wollen im Jahr 1987?

Haider: Selbstverständlich. Im Herbst 1986, spätestens Anfang 1987 kann dieses Gespräch stattgefunden haben. Es hat ein einziges Gespräch gegeben, das war zur Mittagszeit, das hat eine Dreiviertelstunde oder eine Stunde gedauert. Wir haben dort etwas gegessen, wahrscheinlich auch etwas getrunken.

Graff: Was habt ihr denn gesagt, daß ihr mit dem Steger machen werdet?

Haider: Ich habe das nur zur Kenntnis genommen. Ich habe ja keine Absicht gehabt, dort irgendwelche Vereinbarungen mit dem Herrn Proksch zu treffen.

Graff: Herr Vorsitzender! Ich bitte um Entschuldigung für diese unsachliche Frage, ich ziehe sie somit wieder zurück.

Haider: Für mich war es ja nur eine Bestätigung der Richtigkeit der Entscheidung der FPÖ.

Graff: Überleitend vielleicht gleich zum nächsten Frager. Sie haben in einer öffentlichen Äußerung, in der Sie sich entrüstet haben darüber, daß Sie als Zeuge geladen werden, gesagt: Es gibt sogar Abgeordnete, die in Gefängnisse gehen und Informationen bei den Verbrechern sammeln oder so wie. Was haben Sie denn da gemeint?

Haider: Zum Beispiel den Besuch von Abgeordneten beim Herrn Preschern.

Graff: Aber nicht im jetzigen Zusammenhang mit dem Lucona-Ausschuß.

Haider: Soviel ich weiß, sitzt ja noch niemand im Zuge des Lucona-Ausschusses.

Graff: *Nein, aber der Herr Dr. Pilz verwendet laufend Informationen des Herrn Bachmayer, dieses Ganoven, der acht Jahre gekriegt hat. Ich wollte wissen, ob er ihn nach Ihren Informationen vielleicht im Gefängnis besucht hat.*

Haider: Nein, aber selbst wenn ich in Verdacht kommen sollte, daß ich hier gerade die „Bundesländer“-Geschichte nicht anziehen will, da ja der Herr Abgeordnete Rieder bei der Debatte über die dringliche Anfrage im Jahre 1988 noch die Meinung vertreten hat, ich stünde im Sold des Raiffeisenverbandes und der „Bundesländer“, daß ich eine dringliche Anfrage in der Sache Lucona-Proksch initiiert habe, das war jedenfalls nicht gemeint.

Graff: *Sie haben also nie Provisionen in diesem Zusammenhang bekommen?*

Haider: Nein. Ich bin aber, damit es auch hier klar ist, selbst Kunde der Bundesländer-Versicherung, weil mein Betrieb dort versichert ist.

Graff: *Es ist auch nichts gegen die Bundesländer-Versicherung in diesem Ausschuß herausgekommen.*

Vorsitzender Steiner: *Herr Dr. Pilz, ich erteile Ihnen das Wort.*

Pilz: *Ich nehme einleitend einmal zur Kenntnis, daß das offensichtlich von Ihrer Seite her nicht goutiert wird, daß Walter Geyer und ich seinerzeit mit diesem Gespräch mit Preschern diese Noricum-Affäre wieder ins Rollen gebracht haben. Wir werden dazu hoffentlich in einem ähnlichen Rahmen einmal Befragungen anstellen können.*

Aber jetzt zu dieser ganzen Causa Lucona. Waren Sie eigentlich im Jahr 1986 der Meinung, daß ein Unrecht an Udo Proksch begangen wird, oder waren Sie eher der Meinung, daß es da zu wenig Recht in diesem Fall gibt?

Haider: Ich war der Meinung, daß diese Sache eine höchstverdächtige Angelegenheit ist, und habe daher Interesse gehabt, meine Erkundigungen einzuziehen.

Pilz: *Und was war Ihr Motiv, dann an einem Treffen teilzunehmen, wo das Thema offensichtlich war: begangenes und noch zu begehendes Unrecht an Udo Proksch?*

Haider: Mein Motiv war die Bereitschaft, über Ersuchen seines Vaters selbstverständlich ihm auch Gelegenheit zu geben. Nur, was meine Erinnerung betrifft, hat ihn das eigentlich gar nicht sonderlich interessiert.

Pilz: *Das heißt, das war praktisch ein Gespräch, das aus Gründen der Fairneß gegenüber einem von Ihnen Verdächtigten stattgefunden hat.*

Haider: So ist es.

Pilz: *Sie haben damals nicht das Gefühl gehabt, daß das eine schiefe Optik haben könnte, ein informelles, nicht öffentliches Gespräch mit Udo Proksch zu einem Zeitpunkt, zu dem er bereits in höchstem Maße, zumindest in Ihren Augen, Teilen der Öffentlichkeit verdächtig war?*

Haider: Dieses Treffen war ja nicht geheim. Ich habe mich auch offiziell mit ihm vereinbart über das Büro. Proksch hat angerufen bei uns, mein Sekretär hat den Termin vereinbart. Wir sind im Demel-Café zusammengetroffen vor den Kunden und vor dem Publikum. Ich habe also nichts zu verbergen gehabt.

Pilz: *Haben Sie jemals die Öffentlichkeit über dieses Gespräch informiert?*

Haider: Es hat sicherlich Diskussionsveranstaltungen gegeben, wo ich darauf schon Bezug genommen habe, daß ich auch persönlich den Herrn Proksch kennengelernt habe.

Pilz: *Und daß Sie im „Club 45“ waren.*

Haider: Ich glaube nicht, daß ich im „Club 45“ war. Denn dieses Extrazimmer, in dem wir gesessen sind, macht mir keinen noblen Eindruck.

Pilz: *Wir haben gestern vom ehemaligen Minister Lanc gehört, mit welcher spärlichen Mitteln und Zuwendungen der „Club 45“ auskommen mußte. Das ist möglicherweise eine Erklärung dafür.*

Das ist jetzt ganz wichtig. Schließen Sie aus — Sie haben es bereits einmal gesagt, ich möchte es aber noch einmal hören —, daß es ein weiteres Treffen zwischen Ihnen und Udo Proksch gegeben hat?

Haider: Ja, absolut.

Pilz: *Schließen Sie aus, daß es in Innsbruck ein Treffen zwischen Udo Proksch und Ihnen gegeben hat?*

Haider: Absolut.

Pilz: *Wenn ich Ihnen sage, daß möglicherweise Sie und ich einen Zeugen dieses Gespräches kennen. Halten Sie das für möglich?*

Haider: Für welches Gespräch?

Pilz: *Für ein Gespräch in Innsbruck in einem Altstadtcafé zwischen Ihnen und Udo Proksch.*

Haider: Das ist absolut unmöglich.

Pilz: *Halten Sie es für absolut unmöglich, daß Sie sich mindestens dreimal mit Udo Proksch im „Club 45“ getroffen haben?*

Haider: Absolut unmöglich.

Pilz: Sie halten es auch für unmöglich, daß Ihnen von einer Bediensteten selbst im „Club 45“ einmal aufgemacht wurde, daß Sie gar nicht gemeinsam mit Udo Proksch kamen?

Haider: Ja, absolut unmöglich.

Pilz: Haben Sie möglicherweise in Salzburg ein Treffen mit Udo Proksch gehabt?

Haider: Nein. Absolut unmöglich.

Pilz: Hat an diesem nichtstatgefundenen Treffen vielleicht ein Herr Ilko (phonetisch) teilgenommen?

Haider: Absolut unmöglich.

Pilz: Sagen Sie, nur damit wir das festhalten: Sie sagen also nicht, Sie können sich nicht erinnern, sondern Sie schließen diese Treffen explizit aus?

Haider: Ich habe nur einmal in meinem Leben den Herrn Proksch getroffen, so wie ich es dargestellt habe.

Pilz: Ich frage Sie: Schließen Sie diese Treffen explizit aus?

Haider: Mit dem Herrn Proksch, ja. Ich habe mehrfach seinen Vater getroffen, der bei unseren Veranstaltungen war.

Pilz: Können Sie mir noch schildern, wie sich der 7. Februar (Graff: Er weiß immer mehr als wir!) konkret abgespielt hat. Ich erzähle Ihnen kurz die Vorgeschichte. Da hat es also die Vernehmung des Dr. Demel gegeben von Seiten von Frau Dr. Partik-Pablé. Auf eine bohrende, insistierende Frage hin hat Dr. Demel gesagt, daß es auch den Parteiohmann der FPÖ im „Club 45“ gegeben hat. Es war ihm sehr schwer zu entreißen. Frau Dr. Partik-Pablé hat wirklich bohren müssen, es hat eine Zeitlang gedauert, bis das herausgekommen ist. Aber es war dann doch dank der geschickten Fragetechnik der Kollegin möglich. Es hat sich dann herausgestellt, daß es nicht der Dr. Steger war, wie wir alle vermutet haben, sondern daß Sie das waren. Dann ist die Pressestelle der FPÖ informiert worden. Von wem ist sie eigentlich informiert worden?

Haider: Von meinem Sekretär.

Pilz: Nein, hier im Parlament meine ich.

Haider: Das weiß ich nicht, ich bin nicht kontaktiert worden.

Pilz: Haben Sie eigentlich, als Sie Ihre Stellungnahme, also die erste, bezeichnen wir sie als die

„absolute Unsinn“-Stellungnahme, abgegeben haben, schon gewußt . . .

Haider: Bezogen auf die Behauptung des Präsidenten Demel, nicht auf die Aussage des Bundesobmannes . . .

Pilz: Ja, ja ich weiß, wir kennen ja diese Presseaussendung sehr genau. Haben Sie zu diesem Zeitpunkt schon gewußt, daß Dr. Demel zwei Zeuginnen namhaft gemacht hat?

Haider: Ich bin ja erst im nachhinein informiert worden über die Aussagen des Herrn Demel. Das, was ich zum Kollegen Graff gesagt habe, gilt auch für Ihre Fragen.

Pilz: Ich frage Sie noch einmal: Haben Sie zum Zeitpunkt der Aussendung dieser ersten Antwort von Ihnen über die APA bereits gewußt, daß Dr. Demel zwei Zeuginnen für diese Treffen im „Club 45“ namhaft gemacht hat?

Haider: Das hätte keine Relevanz für die Aussage.

Pilz: Ich habe Sie nicht nach der Relevanz gefragt. Haben Sie das zu diesem Zeitpunkt gewußt?

Haider: Ich habe ja keine Aussage gemacht, da ich ja zu diesem Zeitpunkt bei einer Veranstaltung gewesen bin und nicht erreichbar war. Daher hat also meine Pressestelle mit meinem Sekretariat und mit meinem Sekretär Kontakt genommen.

Pilz: Heißt das, daß diese Aussendung gemacht worden ist ohne Rücksprache mit Ihnen?

Haider: So ist es.

Pilz: Das heißt, Ihr Sekretariat ist detailliert informiert über alle Ihre möglichen Treffen mit Udo Proksch.

Haider: Mein Sekretär, der den Termin vereinbart hat und selbst bei diesem Gespräch dabei war, hat die Auskunft gegeben.

Pilz: Der Sekretär konnte also zu diesem Zeitpunkt alle sonstigen Treffen mit Udo Proksch ausschließen?

Haider: Ja, sicher.

Pilz: Woher war der Sekretär eigentlich so gut informiert über das alles?

Haider: Weil er sämtliche Informationen und Termine für mich plant.

Pilz: Das heißt, wir könnten über diesen Sekretär auch ganz genau eruiieren, wann dieses Treffen

im Jahr 1986 stattgefunden hat und wann andere Treffen nicht stattgefunden haben?

Haider: Ich habe Frau Dr. Partik-Pablé eine Dokumentation des Terminkalenders gegeben in Kopie über die Monate Frühsommer 1987 und Herbst 1987, um deutlich zu machen, daß die Aussagen des Präsidenten Demel in dieser Richtung falsch sind. Das ist das Entscheidende.

Pilz: Wir werden ja dann die Möglichkeit haben, noch mit weiteren Zeugen zu sprechen. Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Der nächste ist Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Dr. Haider! Dr. Demel hat bei seiner Einvernahme davon gesprochen, daß nicht nur Sie im Kontakt mit Udo Proksch gestanden seien, sondern er hat von den Parteiobmännern gesprochen, also auch den Dr. Steger dann genannt. Was ist Ihnen denn bekannt über die Kontakte des Dr. Steger mit Udo Proksch?

Haider: Soviel wie nichts, das müssen Sie den Dr. Steger selbst fragen.

Rieder: Aber — als Kontrollfrage — Sie schließen nicht aus, daß es enge Kontakte zwischen Steger und Proksch gegeben hat?

Haider: Ich habe mir darüber keine Meinung gebildet, und das ist auch für mich nicht bedeutsam.

Rieder: Sie haben zuerst in einer Aussage hier gemeint, daß Sie sich bestätigt gesehen haben im Hinblick auf die Person Dr. Stegers. Das würde aber in sich schließen, daß Sie sich sehr wohl Gedanken darüber gemacht haben. Ein bisschen ist jetzt ein Widerspruch da.

Haider: Das ist eine Schlußfolgerung, die Sie ziehen, die aber nicht zwingend ist.

Rieder: Zwingend ist sie nicht, aber es ist sehr naheliegend, daß Sie sich Gedanken gemacht haben. Bleiben Sie dabei: Sie haben sich keine Gedanken darüber gemacht?

Haider: Es ist Ihnen gestattet, diese naheliegende Schlußfolgerung zu ziehen.

Rieder: Aber wir bleiben bei den Fakten. Sie bleiben dabei, daß Sie sich keine Gedanken gemacht haben?

Haider: Das, was ich gesagt habe, können Sie zur Kenntnis nehmen.

Rieder: Und wie bringen Sie das damit auf einen Nenner, daß es bei dem Gespräch um den Steger-Sekretär Lohrmann gegangen sein soll?

Haider: Weil mir das noch in Erinnerung ist, daß der dort eine Rolle gespielt haben soll.

Rieder: Können Sie mir das näher erklären, daß er eine Rolle gespielt haben soll?

Haider: Mir ist in Erinnerung, daß dem Udo Proksch das Schicksal des Herrn Lohrmann angelegen gewesen ist.

Rieder: Und warum haben Sie gemeint, das hat Ihnen keine Rolle gespielt?

Haider: Ich höre nur, daß er mit ihm besser befreundet war, aber das ist nicht meine Aufgabe

...

Rieder: Proksch mit Lohrmann?

Haider: Ja.

Rieder: Und das war Ihnen vorher nicht bekannt?

Haider: Nein.

Rieder: Wie ist denn das Treffen vereinbart worden?

Haider: Über meinen Sekretär. Der Herr Proksch hat angerufen.

Rieder: Und da sind Termin und Ort ausgemacht worden?

Haider: Ja. Wie mir mein Sekretär mitteilte, ist des öfteren telefoniert worden, weil es schwierig war, einen Termin zu finden.

Rieder: Sie haben Ihre, wie es Kollege Pilz genannt hat, „absolute Unsinn“-Aussendung interpretieren lassen. Sie haben auch einen Termin genannt, wo das geändert worden ist. Mir ist nur aufgefallen, daß zu diesem Zeitpunkt, zu dem Sie revidiert haben, bereits bekannt war, daß Dr. Demel nicht nur vom Herbst gesprochen hat, sondern schon von mehreren Treffen und laufenden Kontakten. Dann würde ja eigentlich die Korrektur . . .

Haider: Demel hat, so wie ich dem Protokoll entnehme, Herr Dr. Rieder, seinen Zeitpunkt eingegrenzt. Es steht ja da drinnen in der „profil“-Dokumentation: Das eine war im Frühsommer 1987, das zweitemal im Oktober oder November 1987. Daher ist die Aussage auch korrekt, daß das ein absoluter Unsinn ist. (*Graff: Ein relativer Unsinn, würde ich sagen!*) Ein relativer, ja.

Rieder: Darf ich Ihnen aber aus dieser Aussage vorhalten, ich setze da fort, es gibt noch zwei andere Stellen in dem Protokoll: Ich war bei den Gesprächen nicht dabei, aber es ist mir berichtet worden, daß einmal oder ein drittes Mal noch ein Sekretär oder der Sekretär des Dr. Haider auch in

den Klub gekommen ist. Und dann heißt es noch, daß davon die Rede war, daß es häufigere Kontakte gegeben hat. Die Zeugen könnten das sicher sagen, denn die haben sich deswegen gerührt, weil ich gesagt habe, ich verstehe gar nicht, warum seit 1985 niemand mehr mit Udo Proksch hätte Kontakt haben sollen. — Also aus diesen Aussagen des Dr. Demel zum Zeitpunkt Ihrer Korrektur, wo Sie sich einfach jetzt nur noch beschränkt haben auf den Herbst 1987, war die Aussage schon etwas breitflächiger. Eigentlich wäre Ihr ursprüngliches Dementi zu diesem Zeitpunkt noch mehr am Platz gewesen. War Ihnen das nicht bekannt oder . . .

Haider: Sie können davon ausgehen, daß ich am nächsten Tag in einer Pressekonferenz eine entsprechende Stellungnahme abgegeben habe, und die ist ja wohl deutlich gewesen.

Rieder: Nein, ich möchte es konkret fragen: Zu dem Zeitpunkt, zu dem Sie Ihre Aussendung einschränkend interpretieren haben lassen, die Aussage des Dr. Demel sich aber jetzt viel breitflächiger gegen Sie richtete, war dem Dementierenden oder Einschränkenden der Wortlaut der Aussage des Dr. Demel bekannt oder nicht?

Haider: Das weiß ich nicht. Da müssen Sie das Pressesekretariat fragen.

Rieder: Ich nehme aber an, daß er da in irgendeinen Kontakt gestanden wäre mit Dr. Parik-Pablé.

Haider: Aber ich nicht. Ich habe Ihnen schon einmal gesagt, daß ich weder diese Presseaussendung veranlaßt noch sie formuliert habe, weil ich auf einer Veranstaltung in Gmünd war.

Rieder: Sie haben im „Inlandsreport“ davon gesprochen — und jetzt lese ich Ihnen vor, was Sie da gesagt haben —: . . . ist Unsinn, wenn Demel sagt, daß ich im Herbst 1987 Proksch getroffen habe, daß ich mehrfach mit ihm beisammen war et cetera . . . habe klargestellt, daß ich unmittelbar nach der Nationalratswahl oder vor der Nationalratswahl, nach dem Bundesparteitag Proksch getroffen habe auf sein Ersuchen.

Wie weit ziehen Sie den Zeitraum „unmittelbar nach der Nationalratswahl“?

Haider: Ich habe Ihnen gesagt: bis Anfang 1987.

Rieder: Was ist Anfang 1987?

Haider: Jänner, Mitte Februar vielleicht noch.

Rieder: Kann es der 11. Februar 1987 gewesen sein?

Haider: Es kann auch der 3. Jänner gewesen sein genauso wie der 20. Dezember.

Rieder: Es hilft Ihnen nicht weiter in Ihrem Erinnerungsvermögen, wenn ich Ihnen den Termin 11. Februar sage?

Haider: Wenn Sie diesen Termin besser wissen als ich, dann ist das Ihre Sache.

Rieder: Herr Dr. Haider! Es ist nur auffallend, daß gegenüber dem „Inlandsreport“, wo „unmittelbar nach der Wahl“ eigentlich jeder angenommen hätte, das wäre bis Ende 1986, Sie heute zu Beginn schon vorsorglich erweitert haben auf Anfang 1987, dann plötzlich beim Jänner waren und jetzt schon bei Mitte Februar sind. Jetzt ist offenbar das Erinnerungsvermögen wieder ein bißchen konkreter geworden.

Haider: Ich glaube, das ist Ihre sehr spezielle Interpretation.

Rieder: Ich weiß nicht, ob es nur meine spezielle Interpretation ist, aber auffallend ist das schon, Herr Dr. Haider.

Haider: Sie müßten sich eigentlich darüber wundern, daß der Herr Präsident Demel sich in den Terminen so weitläufig geirrt hat, der für Sie so ein wichtiger Zeuge ist.

Rieder: Es kann schon sein, daß es auch die anderen Termine gibt. Dr. Pilz hat ja auch andere genannt.

Haider: Das ist ziemlich ungeheuerlich.

Rieder: Mir fällt nur auf, daß Sie von „unmittelbar nach der Wahl“, das ist also November 1986, doch jetzt eine sehr weitgehende Interpretation bis in den Februar des kommenden Jahres liefern. Und jetzt komme ich auf das zurück: Zu dem Zeitpunkt ist eigentlich schon die zweite Verhaftung des Udo Proksch erfolgt, also die Strafsache hat noch zusätzliche Dramatik gehabt.

Haider: Die Verhaftung war im Oktober 1986, Mitte Oktober, vor der Nationalratswahl.

Rieder: Trotzdem hat Sie das Schicksal des Sekretärs Lohrmann so bewegt, sich mit Proksch persönlich zu treffen?

Haider: Sie haben offenbar nicht zugehört bei meiner Aussage.

Rieder: Können Sie die Frage beantworten?

Haider: Nicht mich hat das Schicksal des Herrn Lohrmann bewegt, sondern den Herrn Udo Proksch offenbar.

Rieder: Aber zu einem Zustandekommen eines Gespräches in der Situation, ich sage noch einmal, im Gegensatz zu dem, von dem der Dr. Graff noch ausgehen konnte nach Ihren Erklärungen, daß das

vor der zweiten Verhaftung ist, sind wir jetzt eine Viertelstunde später schon soweit, daß wir wissen, daß das Treffen nach der zweiten Verhaftung war, daß zu diesem Zeitpunkt das Ersuchen des Udo Proksch, das Schicksal Lohrmann zu klären, Sie zu einem persönlichen Zusammenkommen veranlaßt. Es hätte doch genügt, daß man das mit Ihrem Sekretär klärt.

Haider: Ich stimme Ihren Schlußfolgerungen nicht zu. Ich habe gesagt, das Gespräch hat im Herbst 1986, längstens anfangs 1987 stattgefunden, das habe ich dem Herrn Kollegen Graff gesagt. Da gibt es nichts zu interpretieren. Wenn Sie der Meinung sind, daß Sie jetzt Termine festsetzen, das ist Ihr Problem.

Rieder: Wissen Sie, Herr Dr. Haider, es ist nur so. Es ist halt — ich kann das schwer verallgemeinern — auffallend, zwischen Herbst 1986 und Februar 1987 lagen schon Welten, da lag schon die Regierungsbildung dazwischen. Das sind schon größere Zeiträume. Das auf einen Nenner zu sagen, man weiß nicht genau, ob es der oder der Termin war, noch dazu, wo Ihr Sekretär offensichtlich . . . Haben Sie sich jetzt nicht erkundigt, wann der Termin genau war?

Haider: Das hängt damit zusammen, daß sein Termincomputer nicht bis Ende Februar im Einsatz gewesen ist, der das genau dokumentiert. Sie sind offenbar irritiert darüber, daß auch das Treffen nach der Bildung der großen Koalition gewesen sein könnte. Das irritiert Sie, weil Sie Ihre Schlußfolgerung in Richtung Dr. Ofner nicht ziehen können.

Rieder: Nein, das irritiert mich nicht, nur Ihr Erinnerungsvermögen, Herr Dr. Haider, irritiert mich zunehmend. Denn zunächst haben Sie gesagt, Ihr Sekretär könne das ziemlich genau wissen, wann der Termin ist. Offensichtlich hat er das bei der „absoluten Unsinn“-Aussage gewußt, denn da hat er ja nachgeschaut. Dann ist der Termincomputer zusammengebrochen, als es darum ging, ob es im Februar war.

Haider: Sie pflegen die Dinge etwas durcheinanderzubringen.

Rieder: Vielleicht können Sie es richtigstellen.

Haider: Das Treffen, das der Herr Demel bezeichnet hat, soll sich im Frühsommer oder im Herbst — oder auch mehrere Treffen, wie er behauptet — abgespielt haben. Zu diesem Zeitpunkt ist das auch von meinen Termineinsätzen, die mehrfach überprüfbar sind, dokumentiert, daß ich im Landtagswahlkampf im Burgenland war und im Wiener Wahlkampf und daher fast jede Minute meiner Einsätze nachvollziehbar ist. Daher wird sich der Herr Demel in dieser Frage

leider wegen falscher Zeugenaussage verantworten müssen.

Rieder: Die Computeraufzeichnungen beziehen sich also auf den Frühsommer 1987 und den Herbst 1987, aber nicht auf den Jänner und Februar 1987. Ist das richtig?

Haider: Wir können mit Sicherheit ausschließen, daß die Behauptungen des Herrn Demel falsch sind. (Heiterkeit.) Das ist auch der Zweck meiner Einvernahme.

Rieder: Herr Dr. Haider! Sie weichen jetzt meiner Frage aus. Ich habe Sie gefragt aufgrund Ihrer von Ihnen selbst eingebrachten Behauptung, daß das Computersystem zusammengebrochen ist, ob das partiell zusammengebrochen ist oder insgesamt.

Haider: Nein, es wurde ab Februar 1987 mit einem Termincomputer die ganze Terminarbeit geregelt, ab diesem Zeitpunkt.

Rieder: Und für den Herbst 1986 konnten Sie das nicht prüfen?

Haider: Das war improvisiert, das ist normal mit Terminbuchführung des Sekretärs gegangen, und da gibt es keine Klärung.

Rieder: Herr Dr. Haider, bitte entschuldigen Sie, ich muß da jetzt wirklich nachfragen.

Haider: Da brauchen Sie sich ja nicht entschuldigen.

Rieder: Sie haben gesagt, der Termin konnte sein Herbst 1986 oder Anfang 1987. Dann haben Sie auf meine Fragen erweitert auf bis Mitte Februar 1987, was den 11. 2. gerade noch decken würde. Nun haben Sie Aufzeichnungen gehabt für den Herbst 1986, Sie haben keine Aufzeichnungen gehabt gerade für den Zeitraum Jänner, Februar, nehme ich an, oder nur für den Februar, und dann haben Sie wieder Aufzeichnungen gehabt.

Haider: Es gibt Terminaufzeichnungen, woraus nicht hervorgeht, daß es zu diesem Zeitpunkt einen konkreten Termin gibt oder gegeben hat. Das ist vielleicht im Sekretariat auch nicht aufgezeichnet worden, ich weiß es nicht.

Rieder: Und Sie und Ihr Sekretär haben sich daher nicht erinnern können, ob das im Herbst oder bis Mitte Februar war. Ist das richtig?

Haider: Das spielt im Prinzip auch keine Rolle. Tatsache ist, daß der Herr Präsident Demel die Unwahrheit gesagt hat.

Rieder: Im Prinzip ist es die Frage, ob Sie sich überhaupt richtig erinnern.

Haider: Das sollten Sie den Herrn Präsidenten Demel fragen.

Rieder: Jetzt momentan sind Sie noch dran.

Jetzt habe ich noch eine zweite Frage. Sie haben zuerst einmal zwischendurch gesagt: im Café, dann haben Sie gesagt, im Extrazimmer. Wo war denn das Extrazimmer: zu ebener Erde oder im ersten Stock?

Haider: Wir sind in das Kaffeehaus hineingegangen. Dort hat uns der Herr Proksch das Kaffeehaus gezeigt, und dann sind wir in den ersten oder zweiten Stock geführt worden in ein Extrazimmer, nicht sonderlich groß.

Rieder: Und Sie sind nicht so vertraut, daß Sie wissen, ob es der „Club 45“ ist oder etwas anderes? Es war jedenfalls oben im ersten oder zweiten Stock.

Haider: Zum Unterschied von Ihren Parteifreunden kann ich das nicht beurteilen.

Rieder: Das weiß ich nicht, ich kann das auch nicht beurteilen.

Haider: Da gibt es aber manche, die sich . . .

Rieder: Sie haben gesagt, das war so etwas wie ein öffentliches Zusammenkommen. Worin hat denn die Öffentlichkeit bestanden?

Haider: Daß wir weder durch eine Hintertür noch geheim oder unentdeckt, sondern völlig normal in das Kaffeehaus hineingegangen sind, zuerst unten Platz genommen haben, bis der Herr Proksch gekommen ist, der uns das Kaffeehaus gezeigt hat, und dann in diesem Zimmer zusammengesessen sind.

Rieder: Aber da nicht mehr in der Öffentlichkeit?

Haider: Das habe ich Ihnen, glaube ich, gesagt.

Rieder: Das war schon unter vier oder sechs Augen.

Haider: Jedenfalls ist es nicht geheim gewesen. *(Graff: Da kann höchstens Kardinal König vorbeigekommen sein!)* Kardinal König war nicht dabei.

Rieder: Also es war ein Treffen unter sechs Augen mit Ihrem Sekretär.

Und nur noch einmal, weil sich im Laufe der Zeit so manches geändert hat: Die Causa Lucona ist nicht zur Sprache gekommen?

Haider: Ich kann mich daran nicht erinnern. Vielleicht hat er etwas gesagt dazu, aber es war für mich nicht von Relevanz.

Rieder: Aha, also doch.

Haider: Ich weiß es nicht. Nicht „also doch“, sondern ich weiß es nicht.

Rieder: Sie können es jedenfalls nicht ausschließen, nehmen wir diesen sicheren Hafen.

Haider: Ich habe das gesagt, was mir in Erinnerung geblieben ist, und das war die Geschichte mit dem Lohrmann.

Rieder: Jetzt habe ich noch eine letzte Frage an Sie, weil Sie das Thema angeschnitten haben. Hängt das mit den von Ihnen geschilderten Zusammenhängen zusammen, daß Sie sich jetzt im Herbst angeblich mit dem Direktor Buchinger von der Bundesländer-Versicherung getroffen haben?

Haider: Welche Zusammenhänge?

Rieder: Sie haben doch Ihren Betrieb geschildert.

Haider: Mein Betrieb ist schon seit 30 Jahren bei der „Bundesländer“ versichert.

Rieder: Und diese Treffen hängen damit zusammen?

Haider: Das hat sicherlich nichts mit der Lucona-Geschichte zu tun.

Rieder: Aber auch nicht mit Ihrem Betrieb?

Haider: Mein Betrieb muß auch versicherungsmäßig überprüft werden. Eine Neuübernahme erfordert es doch, daß man einmal die Polizen überprüfen läßt.

Rieder: Soll ich das jetzt als Ausweichen verstehen, oder ist es die Antwort auf meine Frage?

Haider: Es ist Ihnen unangenehm, daß ich dort meinen Betrieb versichert habe, weil Sie schon wieder andere Schlußfolgerungen . . .

Rieder: Es ist neu, aber es ist nicht unangenehm.

Haider: Das zeigt nur, daß ich trotz der ganzen Vorfälle gegenüber der jetzigen Führung der „Bundesländer“ Vertrauen habe, sonst hätte ich den Vertrag gekündigt.

Rieder: Ein ungestörtes Verhältnis haben.

Meine Frage war ein bißchen anders, Herr Dr. Haider: Haben sich diese Kontakte auf Ihren Betrieb bezogen?

Haider: Sie sollen das eine mit dem anderen nicht durcheinander bringen.

Rieder: Also haben sich nicht bezogen auf Ihren Betrieb?

Haider: Haben sich nicht bezogen auf die von Ihnen angezogene Lucona-Geschichte.

Rieder: Und hat auch nichts mit der Lucona-Sache zu tun?

Haider: Hat nur mit meinem Betrieb etwas zu tun.

Rieder: Mit Ihrem Betrieb doch, oder wie?

Haider: Das habe ich ja gesagt.

Rieder: Diese Kontakte haben mit Ihrem Betrieb zu tun? — Ja. Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte sagen, es war wirklich nicht sehr schwer, dem Herrn Demel dieses Geheimnis zu entreißen. Spätestens der Herr Dr. Rieder hätte ihn auf die Spur gebracht, denn der Herr Dr. Demel ist schon mit der SPÖ-Fraktion gekommen zu dieser Ausschusssitzung und hat ja schon den Aktenvermerk vorbereitet gehabt. Das möchte ich schon sagen. (Ruf: Warum qualifizieren Sie sich selbst so ab?)

Außerdem möchte ich noch darauf hinweisen, der Zeuge hat gesagt, sein Terminkalender liegt bei mir. Er ist tatsächlich hier. Er liegt bei der Pressesekretärin zur Einsicht über sämtliche Termine. (Graff: Steht ein konkreter Proksch-Termin drin oder überhaupt keiner?) Herr Dr. Graff, ich habe diese Notizen nicht angeschaut, aber der Herr Bundesparteiobmann hat sie mir gegeben, und Sie können dann Ihre Zeit dazu verwenden, nachzuschauen. (Graff: Können Sie ihn das fragen?) Was soll ich ihn fragen? (Graff: Ob ein konkreter Proksch-Termin drinsteht!) Fragen Sie ihn bitte dann selber. Sie haben ja noch eine Frage frei.

Wer führt eigentlich den Terminkalender?

Haider: Der Herr Rumpold.

Helene Partik-Pablé: Alleine?

Haider: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und Sie werden nachher von den Terminen informiert, die anstehen.

Haider: Ja.

Helene Partik-Pablé: Zu der Presseaussendung habe ich eine Frage. Ist es üblich, daß die Pressestelle hier in Wien Kontakte mit dem Sekretär aufnimmt, wenn es um Presseaussendungen geht, oder wird da immer mit Ihnen Kontakt aufgenommen?

Haider: Das ist durchaus üblich.

Helene Partik-Pablé: Wird ständig gemacht, auch in anderen Fragen?

Erfolgte die Formulierung der Presseaussendungen in diesem Falle von Ihnen oder von der Pressestelle hier?

Haider: Nicht von mir geschehen. (Elmecker: Steht drin: „sagte Haider“!) Die sind ja ermächtigt, wenn mein Sekretär grünes Licht gibt, entsprechende Erklärungen abzugeben. Ich habe es nicht in Frage gestellt.

Helene Partik-Pablé: Die einzelnen Formulierungen in den Presseaussendungen machen nicht Sie, sondern dafür haben Sie ja Ihre Pressestelle.

Haider: So wie das auch in den anderen Parteien üblich ist.

Helene Partik-Pablé: Das ist richtig. Soviel ich mich erinnere, zur Aufklärung, war die Pressesekretärin oder jemand von unserer Pressestelle her unten und hat die Aussagen des Dr. Demel persönlich gehört. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich Informationen darüber erteilt hätte, was ja auch nichts Böses wäre. Das möchte ich nur sagen.

Zu dem Gespräch selbst im Demel. Hat es vor diesem Gespräch schon öfter Kontakte mit dem Vater gegeben?

Haider: Ja, ich habe einigemal mit ihm gesprochen im Zuge meiner Veranstaltungen, die in Salzburg stattgefunden haben. Ein Photograph hat mir das dokumentiert, daß ich ihn das erste mal am 3. September 1986 getroffen habe und das zweitemal am 6. November 1986 anlässlich einer Vernissage in Salzburg.

Helene Partik-Pablé: Hat sich der Vater des Udo Proksch beschwert gefühlt durch das, was da seinem Sohn angelastet worden ist?

Haider: Ja, soweit ich mich erinnern kann, war ihm das ein Anliegen, daß wir sozusagen auch einmal den Standpunkt seines Sohnes hören sollten.

Helene Partik-Pablé: Also das Gespräch ist durch den Vater von Proksch eingeleitet oder angekündigt worden, oder wie war das?

Haider: Ich nehme an, daß der Vater seinen Sohn darüber informiert hat, denn sonst hätte ja der Herr Proksch von sich aus nicht bei uns angerufen.

Helene Partik-Pablé: Und der Herr Proksch hat dann Sie verlangt oder hat mit dem Sekretär gesprochen?

Haider: Mit dem Sekretär.

Helene Partik-Pablé: Und der hat den Termin vereinbart?

Haider: Ja.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sich erinnern, ob bei diesem Gespräch eine Journalistin anwesend war, dabei war, Sie gesehen hat?

Haider: Bei der Terminvereinbarung?

Helene Partik-Pablé: Nein, nachher bei dem Gespräch mit dem Proksch im Klub?

Haider: Nein, das war ein Sechs-Augen-Gespräch.

Helene Partik-Pablé: Hat Sie auch beim Hineingehen niemand gesehen?

Haider: Wir sind durchs Kaffeehaus hineingegangen, und auch dann wieder beim Hinausgehen durchs Kaffeehaus haben uns viele Leute gesehen. Es war kein Interesse von uns an einer Geheimhaltung.

Helene Partik-Pablé: Es ist durchaus möglich, daß eine Journalistin Sie gesehen hat.

Haider: Durchaus möglich, ja.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte das zur Aufklärung sagen: Ich habe nämlich die Information, daß eine Journalistin von diesem Treffen weiß, höchstwahrscheinlich das Daum auch weiß, ich konnte sie nur nicht erreichen, weil sie sich auf Urlaub befindet. Aber vielleicht ist es mit Hilfe dieser Journalistin möglich, dann auch das konkrete Datum zu erfahren. Es war meiner Information nach entweder Ende 1986 oder Anfang 1987. Das möchte ich nur sagen. Aber das kann man ja dann herausbekommen. (Graff: So geheimnisvoll wie heute war es noch nie mit den Informationen!) Ich habe auch jetzt gemerkt, wie wichtig für die gesamte Lucona-Sache die Terminfrage ist, als Herr Dr. Rieder unbedingt wissen wollte, ob das jetzt am 11., 12. oder 13. Februar war.

Herr Zeuge! Herr Dr. Demel hat gesagt, daß das Gespräch stundenlang gedauert hat. Es ist dann auch behauptet worden im ORF, ich glaube, auch der Herr Dr. Fuhrmann war es, wiederholt hat es eben diese Gespräche gegeben. Kann man zu dem „stundenlang“ noch einmal Stellung beziehen.

Haider: Meiner Erinnerung nach hat es eine Dreiviertelstunde, Stunde gedauert.

Helene Partik-Pablé: Wie verdächtig Udo Proksch damals war, haben Sie schon gesagt für Sie selbst. Sie haben gewußt, daß da etliches passiert ist. Haben Sie zum damaligen Zeitpunkt auch gewußt, daß Udo Proksch, als er im Oktober 1986 im Gefängnis war, und auch 1985 Briefe vom

Herrn Außenminister Gratz bekommen hat, vom Generalintendanten Podgorski, die ihm alle Mut zugesprochen haben?

Haider: Ist mir bekannt, ja.

Helene Partik-Pablé: War Ihnen auch damals schon bekannt, als Sie Udo Proksch getroffen haben?

Haider: Das weiß ich nicht, aber diese Briefe sind mir bekannt.

Helene Partik-Pablé: Und auch bekannt, daß Dr. Fischer, als Udo Proksch aus dem Gefängnis gekommen ist, gesagt hat: „Schön, daß du wieder da bist“?

Haider: Ich habe mich nicht so interessiert für die familiären Umgänge der SPÖ mit ihrem Freund Udo Proksch. Aber jedenfalls ist mir das heute bekannt, daß es hier ein sehr herzliches Verhältnis gegeben hat.

Helene Partik-Pablé: War Ihnen zum damaligen Zeitpunkt auch schon bekannt, daß die Staatsanwaltschaft Anfang 1987 bereits auf die Einleitung der Voruntersuchung gegen Udo Proksch verzichtet hat?

Haider: Das war mir also im konkreten wahrscheinlich bekannt, ja. Also ich nehme an, daß mir jede öffentliche Mitteilung — und so etwas ist ja auch öffentlich diskutiert worden — wahrscheinlich auch bekannt war.

Helene Partik-Pablé: Daß bereits an der Anklageschrift gearbeitet worden ist, war damals der Öffentlichkeit bekannt oder nicht?

Haider: Das weiß ich nicht. Es sind ja so viele Informationen über den Fall immer wieder in den Zeitungen gewesen. Einmal hat es eine Untersuchungshaft gegeben, dann wieder eine Enthaltung, dann wieder Entlastungsoffensiven, dann wieder Belastungen. Es ist also sehr kreuz und quer gegangen, sodaß das einfach den Eindruck entstehen hat lassen, es ist zwar etwas nicht in Ordnung, aber man muß sich diese Dinge einmal anschauen.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sich erinnern, wie die Mediensituation hinsichtlich des Udo Proksch 1986/1987 war? Heute, wenn man die Medien anschaut, hat man den Verdacht, daß die Medien eher gegen ihn eingestellt sind, weil man sehr viel über die konkreten Sachverhalte weiß, die hinter seinen strafbaren Handlungen stehen. Wie war damals die Mediensituation 1986/1987? Ist Ihnen darüber etwas bekannt?

Haider: Ich habe es natürlich jetzt ein bißchen angeschaut. (Zwischenrufe.)

Helene Partik-Pablé: Bitte schön, ich habe ja auch den Herrn Dr. Rieder fragen lassen, ob es jetzt der 11. Februar war oder nicht, diese unheimlich wichtige Sache.

Haider: Es war auch durchaus die Tageszeitung „Presse“ freundlich eingestellt, wenn man denkt, daß sie am 18., 19. Oktober geschrieben hat, daß keine Begründung für den Haftgrund der Verdunkelungsgefahr gegeben ist und daß der Staatsanwalt selbst erklärt hat, daß kein Haftgrund vorliegt. *(Graff: Sind wir uns inzwischen sicher, daß das nach der zweiten Verhaftung war?)* Ich bleibe bei meiner Aussage, damit ich einen Termin, den ich im nachhinein selbst nicht mehr konkretisieren kann, nicht festlege, ohne einen absoluten Beweis zu haben, daß das entweder im Herbst 1986, längstens Anfang 1987 war.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gewußt, Ende 1986 hat das „Basta“ geschrieben: „1987 wird Udo Proksch rehabilitiert“? War Ihnen das bekannt? (Schieder: Das hat er vorgelesen!) Entschuldigung. Ich habe das überhört, Herr Kollege Schieder, vielleicht verzeihen Sie mir das. (Schieder: Kennen Sie das, was Sie vorgelesen haben?, ist die Frage!) Es hat auch dann im „Kurier“ Mitte 1987 eine Auflistung aller offenen strafbaren Handlungen gegeben, in die Prominente verwickelt sind. Wissen Sie vielleicht zufällig, ob damals Udo Proksch auch genannt worden ist?

Haider: Das kann ich nicht sagen.

Helene Partik-Pablé: Das können Sie nicht sagen. Er war nämlich nicht drinnen in dieser Liste, also Udo Proksch war nicht in diese Verdächtigenliste miteinbezogen. (Ruf bei der SPÖ: Jetzt wird Proksch reingewaschen! — Graff: Jetzt kommt die Rehabilitierung von Blecha!) Nein, jetzt kommt etwas anderes, und zwar: Der Herr Dr. Rieder hat in einer Sitzung hier behauptet, Herr Zeuge, Sie hätten eine schriftliche Anfrage gestellt an das Parlament in Zusammenhang mit Lucona, und Udo Proksch hätte Sie unter Umständen dabei beraten. (Zwischenruf Rieder.) Ja, das haben Sie gesagt im Ausschuß. Das habe ich sogar wörtlich mitschrieben. Es war nämlich für mich selbst so absurd. Ja, weil Sie nicht gewußt haben, wie Sie . . . (Weiterer Zwischenruf Rieder.) Das ist ja kein Wortprotokoll, das sollten Sie ja auch schon wissen. Aber, Herr Dr. Rieder, Sie haben nämlich nicht aus und ein gewußt, wie Sie die Ladung des Dr. Haider begründen sollten, deshalb haben Sie zu solchen Konstruktionen Zuflucht genommen. Das habe ich mir aufgeschrieben. Ich habe auch einen Aktenvermerk darüber gemacht, möchte ich Ihnen nur sagen.

Haider: Also ich habe von der Chronologie her dokumentiert, daß am 14. 12. 1987 meine Aussage in der Öffentlichkeit erfolgt ist, daß Gefahr

einer Flucht beim Herrn Proksch besteht. Am 22. 1. 1988 haben wir dann eine dringliche Anfrage gemacht, die den Herrn Dr. Rieder wenig erfreut hat, wie sein Debattenbeitrag belegt. Am 27. 9. 1988 haben wir eine Einsetzung des Untersuchungsausschusses beantragt, was damals von den Regierungsparteien abgelehnt wurde, und am 19. 10. 1988 haben wir den zweiten Antrag gemacht. Das sind also die Aktivitäten auf parlamentarischer Ebene zur Klärung dieses Falles.

Helene Partik-Pablé: Hat da jemals Udo Proksch mitgewirkt?

Haider: Also mir ist davon nichts bekannt.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke sehr. Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge Dr. Haider! Ich möchte wieder zum Gegenstand zurückkehren. Vor mir liegt eine APA-Pressemeldung vom 8. Februar 1989. Ich darf kurz daraus zitieren: „Haider erklärte, das Treffen habe auf Ersuchen des Vaters von Udo Proksch stattgefunden und sei nicht sehr ergiebig gewesen. Der Vater habe ihm gegenüber den Eindruck zu erwecken versucht, daß sein Sohn ungerecht behandelt werde.“ Nun hörte ich, Herr Zeuge, daß der Vater des Udo Proksch bestreitet, mit Ihnen in Kontakt getreten zu sein und darüber ein Gespräch geführt zu haben. Was sagen Sie da dazu?

Haider: Das kann ich nicht beurteilen. Tatsache ist, daß es auch durch mehrere Bilder dokumentiert ist, daß er mich in mehreren Veranstaltungen getroffen hat und mit mir gesprochen hat. Tatsache ist, daß diese Intervention seinerseits erfolgt ist, denn sonst hätte ja der Herr Proksch, der mich ja nicht gekannt hat, keine Möglichkeit oder keinen Grund gehabt, mich anzurufen und einen Termin zu vereinbaren.

Gaigg: Herr Zeuge! Darf ich daraus schließen, daß es keinen unmittelbaren zeitlichen Zusammenhang zwischen dem Gespräch, das zwischen dem Vater Proksch und Ihnen stattgefunden hat, und dem telefonischen Anruf des Proksch in Ihrem Büro gegeben hat? Es könnte, wenn ich Sie richtig verstanden habe, auch ein längerer Zeitraum dazwischen gewesen sein.

Haider: Das ist durchaus möglich.

Gaigg: Ja. Wenn ich das so richtig verstehe, dann ging es dem Vater Proksch verständlicherweise um seinen Sohn und darum, daß er aus seiner Sicht heraus ungerecht behandelt wird. Daraus würde ich den Schluß ziehen, daß, als dann Proksch bei Ihnen anrief — das heißt nicht bei Ihnen, sondern in Ihrem Büro anrief, Sie haben es

dann zur Kenntnis bekommen — und Sie um einen Termin ersuchte, Ihnen eigentlich klar sein mußte, daß Proksch junior den Termin dazu benützen würde, um seine Sicht des Lucona-Falles darzustellen und um Verständnis für seinen Standpunkt zu werben, vielleicht auch Unterstützung zu suchen. Sehe ich das richtig?

Haider: Das könnte also mit ein Beweggrund dafür gewesen sein, daß er angerufen hat. Ich kann das im nachhinein nicht mehr beurteilen. Das könnte wahrscheinlich nur der Betroffene selbst sagen, warum er wirklich angerufen hat.

Gaigg: Schon, das ist mir klar. Aber ob aus Ihrer Sicht, Herr Zeuge, sich das so darstellt. Proksch ruft an, bittet um einen Termin . . .

Haider: Ich weiß ja nicht, was der Vater dem Proksch gesagt hat.

Gaigg: . . . bittet um einen Termin; der Vater hat vorher mit Ihnen gesprochen und Ihnen gesagt, dem Sohn . . .

Haider: Ich weiß nicht. Vielleicht hat ihm der Vater gesagt: Ruf einmal an, rede einmal mit der FPÖ oder mit dem Haider.

Gaigg: Ja. Herr Zeuge! Sie haben Ihren Sekretär, den Herrn Gernot Rumpold, mitgenommen zu diesem Treffen mit Udo Proksch. Aus welchem Grund? Wir wissen zwar, daß Udo Proksch stets bewaffnet war, aber es wird sicher nicht so gewesen sein, daß Sie sich vor ihm gefürchtet haben. Das war ein privates Gespräch. Warum haben Sie den Herrn Rumpold eigentlich mitgenommen?

Haider: Der ist bei den meisten Gesprächen mit mir zusammen, weil wir eine Reihe von Terminen so im Laufe eines Tages zu absolvieren haben und das daher eher zu unseren Gepflogenheiten zählt.

Gaigg: Herr Zeuge! Wenn ich einen meiner Mitarbeiter zu einem Gespräch mitnehme, dann nicht nur routinemäßig, sondern auch aus der Überlegung heraus, daß er Zeuge dieses Gesprächs sein soll, und im übrigen erwarte ich mir, daß der Mitarbeiter Aufzeichnungen über ein Gespräch führt, wenigstens Notizen. Ein Mann wie Sie, vielbeschäftigt, mit vielen Problemen belastet, nehme ich an, wird das ähnlich halten.

Haider: Ich habe ihn sicherlich nicht in dieser Absicht mitgenommen. Er ist bei vielen anderen Terminen genauso dabei. Ich brauche auch in der Richtung ja keine Berührungängste zu haben. Wenn der Herr Proksch mit mir reden will, soll er reden mit mir. Da kann von mir aus auch jeder zuhören.

Gaigg: Meine Frage, vielleicht etwas konkreter, geht in die Richtung: Ist das nicht üblich, daß Ihr

Sekretär über den Inhalt von Gesprächen Aufzeichnungen führt? Es mag sein, daß es bei Ihnen anders läuft, aber aus eigener Erfahrung weiß ich, bei mir läuft das so, dazu nehme ich ihn ja schließlich auch mit, daß er das Wesentliche eines Gesprächs festhält.

Haider: Das wird sich dann als Notwendigkeit ergeben, wenn es um konkrete Interventionen oder Sachfragen geht. Offenbar ist also diesbezügliches nicht vorgefallen, und daher gibt es keine Aufzeichnungen.

Gaigg: Noch konkreter die Frage: Ist Ihnen bekannt — Sie haben es zwar jetzt im letzten Satz gesagt, aber ich möchte es doch noch einmal hören —, ob Ihr Sekretär über dieses Gespräch Notizen gemacht hat, oder können Sie das ausschließen?

Haider: Er hätte sie mir sicherlich zur Verfügung gestellt, wenn er sie gemacht hätte.

Gaigg: Na, ja. Die Kontaktnahme aufgrund Ihrer derzeit natürlich großen Inanspruchnahme läuft ja nicht so, denn sonst müßte ich sagen, Ihr Sekretär müßte sich in der Zwischenzeit auch den Terminkalender genau angeschaut haben und hätte Sie informieren müssen, wann dieses eine Gespräch, von dem Sie immer sprechen, stattgefunden hat. Das ist offenbar auch nicht geschehen.

Haider: Man muß das, glaube ich, so sehen, daß ja der Herbst 1986 und der Jahresanfang 1987 für mich ein Umstellungszeitraum gewesen ist, in dem ich meine Tätigkeit von Kärnten dann schlußendlich nach Wien verlagern mußte und auch organisatorisch sicherlich vieles noch nicht so gelaufen ist, wie es sein sollte, und daher viel improvisiert wurde.

Gaigg: Zurück zu meiner Frage: Sie nehmen an, daß Ihr Sekretär keine Aufzeichnungen geführt hat, aber Sie können es nicht ausschließen?

Haider: Er hätte sie mir zur Verfügung gestellt, wenn es solche gäbe.

Gaigg: Das nehmen Sie an?

Haider: Ja.

Gaigg: Herr Zeuge! Ich habe Sie richtig verstanden, daß Sie nichts dagegen einzuwenden haben, daß wir uns den Terminkalender anschauen, beziehungsweise Sie hätten wahrscheinlich auch nichts dagegen, daß wir Ihren Sekretär zum Gegenstand befragen. Ist er im Haus anwesend?

Haider: Ich glaube nicht.

Gaigg: Ist er mit Ihnen gekommen?

Haider: Er ist in der Früh mit mir hergekommen, hat aber eine Reihe von Terminen, die er jetzt absolviert.

Gaigg: Also, Sie wissen nicht, ob er im Augenblick hier im Haus ist.

Haider: Nein. In Wien.

Gaigg: Aha. Danke vorerst.

Obmann Steiner: Danke. Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Bitte, es wäre zweckmäßig, den Herrn Sekretär des Herrn Dr. Haider so bald wie möglich zu laden.

Ich möchte fragen: Warum wirbt Vater Proksch gerade bei Ihnen, Herr Dr. Haider?

Haider: Das ist naheliegend. Da er gesinnungsmäßig der FPÖ nahesteht und bei unseren Veranstaltungen dabei war, wir den Herrn Proksch negativ beurteilen, hat er sich bemüht, uns eine Gesprächsmöglichkeit anzubieten, um auch für seinen Sohn etwas zu tun. Das verstehe ich rein menschlich völlig.

Ermacora: Ich verstehe das schon, Herr Dr. Haider, aber was konnte sich Vater Proksch, dessen Haltung ich seinem Sohn gegenüber natürlich verstehe, von Ihnen erwarten?

Haider: Das müssen Sie den Vater Proksch fragen. Wahrscheinlich war es ihm nur darum zu tun, daß wir die Persönlichkeit nicht negativ beurteilen sollten und eher seiner Einschätzung als Vater Rechnung tragen sollten. Er ist ja nach wie vor bemüht — das haben auch Artikel in den „Salzburger Nachrichten“ deutlich gemacht —, daß sein Sohn rehabilitiert wird.

Ermacora: Da der Termin Ihres Zusammentreffens mit Herrn Proksch in die Phase Ihrer Parteibemannung nach den Wahlen, aber noch in die Amtsperiode des Herrn Justizministers Ofner fällt, darf ich die Frage stellen: Sie haben kein wie immer geartetes Gespräch mit Herrn Dr. Ofner in der Sache Proksch geführt in diesem Zeitraum?

Haider: Nein.

Ermacora: Ist das absolut auszuschließen?

Haider: Ja.

Ermacora: Was ich nicht ganz verstehe, ist die Unsicherheit in bezug auf diesen Termin, über den wir sprechen. Wenn Sie einen Terminkalender haben und man ihn geführt hat, so müßte theoretisch dieser Termin anhand dieses Terminkalenders ermittelbar sein.

Haider: Ich habe Ihnen schon gesagt, daß wir in dieser Umstellungsphase gestanden sind, und ich darf schon auch hier um Verständnis ersuchen, daß das ja nicht ganz einfach ist, von heute auf morgen die Zelte in seinem Heimatbundesland abzurechen und eine neue Administration aufbauen zu müssen, denn es ist ja letztlich auch viel zu verändern gewesen, nachdem mein Vorgänger seine Amträumlichkeiten und seine Büros geräumt hatte.

Ermacora: Also es könnte sein, Herr Dr. Haider, daß in diesem Terminkalender überhaupt kein Hinweis auf Ihre Begegnung am Kohlmarkt ist?

Haider: Das weiß ich nicht. Ich habe ja keinen Terminkalender geführt, führe nach wie vor keinen, weil ich ja nicht mein eigener Sekretär sein will.

Ermacora: Bitte, ich gebe schon zu, Herr Parteibemannung, daß Sie natürlich ganz andere parteipolitische Verantwortlichkeiten und Agenden zu bewältigen haben als ich als einfacher Abgeordneter, aber ich könnte mir vorstellen, daß auch Sie einen eigenen Terminkalender in Ihrer Tasche tragen, und ich stelle daher die Frage: Gibt es nur diesen einen Terminkalender, den Frau Dr. Partik-Pablé offenbar hat, oder gibt es noch andere Terminkalender, gerade wegen der Umstellungsphase? Ist also der eine Terminkalender überhaupt ein schlüssiges Beweisdokument?

Haider: Also ich führe für mich, wie Sie sagen, keinen Terminkalender in der Tasche mit, habe diese Angewohnheit nicht und werde es auch in der Zukunft nicht machen.

Ermacora: Also dann lassen Sie sich terminmäßig geradezu manipulieren?

Haider: Nein, das wird vorbereitet. Ich habe einen guten Mitarbeiter, der nimmt mir auf diese Weise sehr viel Arbeit ab, was ja verständlich ist (Graff: Äußerungen macht er auch, also . . .), denn ich habe relativ viele Verpflichtungen zu erfüllen, und daher ist das eine wichtige Aufgabe.

Ermacora: Nein, bitte, ich kann mir schon vorstellen, Herr Dr. Haider, Sie sind ein relativ junger Mann, der voller Energie und Dynamik ist und glaubt, eben modern zu sein und sich nicht an derartige Kalender binden zu müssen.

Haider: Man muß ja auch ein bißchen delegieren können.

Ermacora: Wie können Sie sich vorstellen, daß Präsident Demel von dieser Begegnung oder diesen Begegnungen, von denen er sprach, überhaupt erfahren hat?

Haider: Ja, das ist ja an sich kein geheimes Treffen. Daher nehme ich an, daß ihm das ja entweder der Herr Proksch selber erzählt hat, mit dem er ja engen Kontakt hat, mit dem er ja sogar noch vor kurzem telefoniert haben soll, und daher wird das also sicherlich auch . . . (*Rieder: Hello boy! Wie geht's dem Haider?*) Ja, so ungefähr! Jedenfalls nehme ich an, daß die darüber reden, wer mit wem gesprochen hat oder welche Gespräche stattgefunden haben.

Ermacora: Würden Sie die Glaubwürdigkeit des Präsidenten Demel in Zweifel ziehen?

Haider: An sich schon, denn so dezidiert falsche Aussagen, die letztlich offenbar das Ziel haben, vom Gegenstand der Untersuchung des Ausschusses abzulenken, sind halt einfach von einer Art, die seine Glaubwürdigkeit absolut in Zweifel ziehen müssen.

Ermacora: Bitte, das ließe sich ja bei gehöriger

...

Haider: Es gibt ja eine Reihe von Aktivitäten, die er gesetzt hat, schon in seiner Zeit, als er noch im zivilgerichtlichen Verfahren Mitkompetenzen hatte, etwa in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher für die Liste der Sachverständigen, als er nicht zur Kenntnis nehmen wollte, daß ein Gutachten, das sich gegen die Interessen von Proksch gerichtet hat, im Verfahren als solches zur Kenntnis genommen wird, und eine Abänderung verlangt hat. Als die Abänderung nicht passiert ist, hat er gemeinsam mit dem Syndikus des Sachverständigenverbandes Dr. Jäger ein eigenes Gegengutachten entwickeln lassen. Also er hat schon große Interessen an der Entlastungsoffensive für seinen Freund Udo Proksch.

Ermacora: Bitte, das ist eine Bemerkung, die . . .

Graff: Zur Geschäftsordnung.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung.

Graff (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender, ich glaube, ich habe mich hier nicht unbedingt als Freund und Verteidiger des Dr. Demel erwiesen. Ich möchte aber der Fairneß halber und auch als Gedächtnisstütze für meinen verehrten Freund Felix Ermacora schon sagen: Demel hat ausdrücklich gesagt, aus eigener Wahrnehmung weiß er über das Treffen nichts, er weiß das aus einem Aktenvermerk des Hellwagner, den dieser Hellwagner mit Zeuginnen errichtet hat. Ich glaube, es ist fair, für einen Abwesenden das hier zu sagen. — Danke.

Obmann Steiner: Danke. Zur Geschäftsordnung.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Ich möchte aber schon darauf hinweisen, daß der Herr Dr. Demel auf Seite 1150 gesagt hat: „ . . . stundenlang miteinander konferiert, und zwar noch im Herbst 1987.“ Also da war kein Bezug auf den Aktenvermerk. Der Herr Dr. Demel hat das durchaus als seine Weisheit verkauft.

Obmann Steiner: Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Ich bin an sich fertig, danke.

Obmann Steiner: Danke. Herr Dr. Fuhrmann, bitte.

Fuhrmann: Herr Dr. Haider, dürfte ich um Ihre Aufmerksamkeit bitten?

Haider: Ich bin immer aufmerksam. Auch wenn ich Sie nicht anschau.

Fuhrmann: Nur, weil Sie gerade gelesen haben.

Haider: Ich empfangen stereo!

Fuhrmann: Ich kenne mich mit diesen Terminen oder mit Ihrer Terminevidenz noch nicht aus, möchte daher noch etwas ergänzend fragen: Wenn ich richtig verstanden habe, macht Ihr Sekretär die Termine. Wie merkt sich der die Termine, die er für Sie ausmacht?

Haider: Indem er ein Terminbuch führt beziehungsweise einen Termincomputer hat.

Fuhrmann: Gut. Ab wann gibt es nun genau diesen Termincomputer?

Haider: Das müssen Sie meinen Sekretär fragen.

Fuhrmann: Na ja, Sie werden es schon ungefähr wissen.

Haider: Nein! Seien Sie mir nicht böse, aber das ist wirklich nicht meine Sache, mich zu erkundigen, wie er seine Evidenz führt.

Fuhrmann: Nun, die Frage, ab wann es den Termincomputer gibt, haben Sie vorher über Befragung meines Kollegen Dr. Rieder ein bisschen auch angeschnitten, und zwar haben Sie da erklärt, daß der Termincomputer erst ab Februar funktioniert hat, ab Februar 1987.

Haider: Ja, ab Mitte Februar.

Fuhrmann: Gut. Damit ich das jetzt richtig verstehe, möglicherweise habe ich es vorher falsch verstanden: Ist der Termincomputer schon vorher auch irgendwann in Funktion gewesen und hat es dann eine Zwischenphase gegeben, in der er abgestürzt war, in der er nicht funktioniert hat? Ist das richtig?

Haider: In der Phase der Einführung hat es wahrscheinlich Probleme gegeben. Da ich ja im Herbst 1986 die Führung der Bundespartei übernommen habe und nach den Nationalratswahlen die organisatorischen Umstellungen gemacht habe, nehme ich an, daß zu dem Zeitpunkt etwa dieser Termincomputer zum Einsatz gekommen ist, um also eine Technologie einzusetzen, die die Evidenz ermöglicht, aber . . .

Fuhrmann: Ich nehme an, daß in der Zeit der Einführung oder des Noch-nicht-richtig-Funktionsierens dieses Computers das Terminbuch normal händisch geführt wurde.

Haider: Das müssen Sie meinen Sekretär fragen.

Fuhrmann: Sagen Sie, wie weiß Ihr Sekretär, ob Sie jetzt mit jemandem sprechen wollen oder nicht, oder hat er da vollkommen freies Pouvoir?

Haider: Es hat ja mehrere Terminanrufe gegeben oder Anrufe des Herrn Proksch um Termine gegeben. Wenn das erstmal angerufen wird, dann wird rückgefragt, ob wir einen Termin machen. Wenn ich sage: „Jawohl, geht in Ordnung, plane etwas ein“, dann wird das eingeplant. Daraufhin hat er mich mehrfach, wie er mir gesagt hat, kontaktiert, weil sie sich auf keinen Termin einigen konnten.

Fuhrmann: Das war in dem Fall so. Gut. Haben Sie Ihrem Sekretär schon vorher oder erst anlässlich dieser Anfrage Ihres Sekretärs gesagt, da hat sich ja der Vater um einen Termin verwendet?

Haider: Ich nehme an, daß das mein Sekretär weiß, denn der war im ganzen Wahlkampf unmittelbar mit mir zusammen und ist auch bei Veranstaltungen an meiner Seite, wenn es um Interventionsfälle geht, Terminvereinbarungen, Anliegen.

Fuhrmann: Dann ergibt sich für mich die Frage: Wenn der Sekretär dabei war und wußte von dieser Intervention des Vaters, wieso mußte er Sie da noch fragen: Kann ich dem Proksch einen Termin geben oder nicht?

Haider: Weil es also auch nach wie vor eine Frage ist, ob man noch interessiert ist zu einem späteren Zeitpunkt.

Fuhrmann: Haben Sie nicht, wenn er dabei war, wie Vater Proksch sich bei Ihnen verwendet hat um einen Termin, dem gleich gesagt: Also wenn der Proksch anruft, dann gib ihm halt einen Termin?

Haider: Nein.

Fuhrmann: Haben Sie nicht.

Haider: Ich habe zum Vater gesagt, er soll uns einmal anrufen.

Fuhrmann: Gut. Zur Vorbereitung Ihrer heutigen Aussage haben Sie nicht mit Ihrem Sekretär gesprochen oder sich wenigstens das Terminbuch angeschaut, weil Sie ja gewußt haben, daß es um den Zeitpunkt dieses Termines geht? Haben Sie das nicht gemacht?

Haider: Ich habe ihm den Auftrag gegeben, er soll einmal recherchieren, welcher Zeitpunkt in Frage kommt, damit das eingegrenzt werden kann. Sie werden Verständnis haben, daß ich aufgrund der derzeit in drei Bundesländern stattfindenden Landtagswahlen ja andere Sorgen habe, als Terminbücher zu kontrollieren.

Fuhrmann: Herr Dr. Haider! Der Auftrag, etwas einzugrenzen, ist etwas anderes als der Auftrag, zu sagen, schau mir nach und sage mir: Wann war denn das jetzt? So würde ich das meiner Sekretärin zum Beispiel sagen. Schau einmal im Terminbuch nach! Wann war das jetzt?

Haider: Sicherlich. Aber ich habe Ihnen schon gesagt, daß er in der Anfangsphase seines Termincomputereinsatzes einen Defekt gehabt hat und daher ein bißchen in Schwierigkeiten gekommen ist.

Fuhrmann: Ja nur, Herr Dr. Haider, nicht böse sein . . .

Haider: Nein, ich bin Ihnen nicht böse.

Fuhrmann: . . . das paßt aber nicht zusammen. Wir haben jetzt vorher geklärt, als der Termincomputer noch nicht so funktioniert hat, als die Schwierigkeiten waren, ist das Terminbuch händisch geführt worden.

Haider: Nehme ich an, ja.

Fuhrmann: Ja, sonst kann ja auch der gute Sekretär die Termine sicherlich nicht in Evidenz halten. Daher ist die Antwort jetzt mit dem Termincomputer nicht passend, denn dann hätte er halt nur im Terminbuch nachschauen müssen, wann der Termin mit Proksch war.

Haider: Aber es hat einen Zeitpunkt gegeben, ab dem er ihn in Betrieb genommen hat, und dann ist ihm die Leitung zusammengebrochen und das Magazin war leer.

Fuhrmann: Also gut.

Haider: Das ist relativ verständlich.

Fuhrmann: Schön. So weit zu diesen Terminen. Wie sind Sie eigentlich in diesen ersten Stock oder zweiten Stock gekommen?

Haider: Zu Fuß.

Fuhrmann: Ja. Per Aufzug? Über die Stiege?

Haider: Zu Fuß habe ich gesagt. Ich bin gegangen.

Fuhrmann: Ja. Auch im Aufzug ist man zu Fuß drinnen. Gut, also über die Stiege. Sagen Sie, sind Sie mit dem Udo Proksch eigentlich per Du?

Haider: Nein. Das beschränkt sich eher auf Ihre Genossen.

Fuhrmann: Sind Sie mit dem Vater Proksch per Du?

Haider: Ja.

Fuhrmann: Kennen Sie eigentlich den Herrn Edelmaier?

Haider: Nein.

Fuhrmann: Haben Sie noch nie gesehen?

Haider: Nein. Außer in der Zeitung, ja.

Fuhrmann: Also nicht gesprochen.

Haider: Nein.

Fuhrmann: Haben Sie nicht. — Danke schön.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Dr. Haider! Sie haben uns gebeten, den Ausschuß von 10 Uhr auf 9 Uhr vorzuverlegen, weil Sie gleich zu einer Wahlveranstaltung müssen. Führt da Ihr Sekretär mit?

Haider: Das kann ich . . . Das weiß ich nicht, ob er heute mitfährt, hinaus. Das hängt davon ab, wie lange er bei seinen Terminen ist.

Graff: Ach so. Denn sonst hätte ich mich nämlich gefragt, woher er weiß, wie lange das hier dauern wird und ob er nicht vielleicht hier im Hause sitzt.

Haider: Nein, sitzt er sicher nicht.

Graff: Sitzt er sicher nicht. Okay.

Nächster Punkt. Es ist interessant, daß diese Frage bis jetzt noch nicht gestellt wurde, auch nicht von der Frau Dr. Partik-Pablé, obwohl sie den Kalender hat. Sagen Sie, gibt es jetzt eine konkrete Eintragung eines Proksch-Termines in irgendwelchen Aufzeichnungen oder gibt es eine solche nicht?

Haider: Hätte ich sie, dann hätte ich sie Ihnen vorgelegt.

Graff: Also gibt es sie nicht.

Haider: Nein.

Graff: Es gibt sie nicht. Wieso stellt sich dann das Problem einer Eingrenzung eines Zeitraumes, der sich dann immer ein bißchen ausdehnt? Wie macht man das? Ich meine, ich verstehe, daß man ein händisch geführtes Notizbuch durchschauen kann, ich verstehe, daß man einen Computer, wenn er funktioniert, abfragen kann, aber ich verstehe nicht, wie man so einen Termin eingrenzen kann außer durch die Erinnerung an Begleitereignisse. Wenn es aber die Erinnerung an Begleitereignisse ist, dann kann sich ja nicht die Frage stellen, ob jetzt schon Jänner oder Februar war, sondern dann müßten Sie uns irgend etwas nennen. Das war, von mir aus, vor dem Parteitag, oder es war gleich nach dem Parteitag, oder es war, als es draußen noch kalt war oder als die Blätter von den Bäumen gefallen sind, was weiß ich, oder als beim Demel der Nikolo im Schaufenster war oder so etwas. Wie ist diese Eingrenzung vorgenommen worden?

Denn, Herr Dr. Haider, seien Sie mir nicht böse, das können Sie mir nicht erzählen, daß Sie sich auf die Frage des Datums, wenn Sie wissen, daß Sie jetzt in einem heißen Wahlkampf vor einem Ausschuß aussagen, der sich um Sachlichkeit bemüht, aber doch ein politisches Gremium ist, nicht ordentlich vorbereiten und anschauen, wann der Termin ist?

Haider: Ich habe Ihnen ja gesagt, man grenzt den Termin auf den Zeitraum ein, wo es keine absolut verlässliche Evidenz gibt. Das was also vom Bundesparteitag weg bis etwa Anfang 1987.

Graff: Ach so.

Obmann Steiner: Bitte, Herr Dr. Haider! Moment bitte! Darf ich doch auch einmal als Vorsitzender etwas sagen! Herr Dr. Haider, ich muß wirklich sagen, es wäre eine außerordentlich noble Geste gewesen von Ihnen, wenn Sie sich über diesen Zeitraum einigermaßen erkundigt hätten, bevor Sie in den Ausschuß kommen, damit Sie uns konkret Antwort geben können. Wir verwenden jetzt eine Stunde darauf, um diese berühmte Eingrenzung festzustellen. Ich meine, das wird doch noch möglich sein! Oder Sie sagen, Sie können das nicht feststellen. Aber daß wir uns hier stundenlang unterhalten müssen, wie wer wo, ob Ihre Person oder Ihre zweite Person das eingrenzen kann, das ist doch langsam grotesk. Bitte, sagen Sie uns doch: Ist es möglich, ja oder nein?

Entschuldigen, bitte Herr Dr. Graff.

Haider: Herr Vorsitzender! Ich kann das nicht zur Kenntnis nehmen, daß Sie hier davon ablenken, daß es um eine Aussage des Herrn Demel geht, der gesagt hat, im Frühsommer 1987 und im Herbst 1987 hat der Jörg Haider mehrfach stun-

denlang mit dem Herrn Proksch verhandelt. Ich habe darüber Nachforschungen angestellt und kann sagen, daß es das nicht gegeben hat. Und ich glaube, das ist jetzt einmal der Gegenstand. Ich habe auch gesagt, daß es nach meiner Erinnerung im Herbst 1986 oder Anfang 1987 dieses Gespräch gegeben hat, und das habe ich dem Ausschuß hier berichtet. Und es wird mir gestattet sein, darauf zu verweisen, daß es aufgrund der Computerumstellung und eines Defektes eben diese detaillierte exakte Verankerung nicht gibt, aber vielleicht werden die sonstigen Zeugen dann sagen können, wann das Gespräch tatsächlich war. Das ist ja an sich kein so großes Problem.

Obmann Steiner: Ich verwahre mich gegen den Vorwurf der Ablenkung. Ich habe genau zu einem Gegenstand, der heute hier behandelt wird, etwas gesagt.

Bitte, Dr. Graff.

Graff: Ja, ich glaube auch, Herr Dr. Haider, daß Sie den Vorsitzenden wirklich aus dem Spiel lassen sollten. Er hat hier keinerlei Parteinahme und Tendenz gezeigt. Im Gegenteil, er hat mich zu Recht auch schon wiederholt in die Schranken gewiesen.

Herr Dr. Haider! Habe ich das vorhin so geschwind richtig verstanden, daß Ihre Eingrenzung in einem negativen Sinn erfolgt, daß heißt so: Es muß in der Zeit gewesen sein, für die ich keine Aufzeichnungen habe, denn vorher in den Aufzeichnungen und nachher in den Aufzeichnungen ist nichts? Ist das richtig?

Haider: So ist es.

Graff: So haben Sie das gemacht. Und die händischen Aufzeichnungen, für die Sie es vorher ausschließen können, reichen bis wann?

Haider: Nun, ich habe Aufzeichnungen, die sich auf meine Wahleinsätze im Zuge der Nationalratswahl beziehen, und daraus geht nichts hervor.

Graff: Nun, und sagen Sie, so einen laufenden Terminkalender — ich verstehe schon, daß man sehr viel delegieren soll —, damit Sie in der Früh wissen, weiß ich, um soundsoviel Uhr treffe ich mich mit dem im Kaffeehaus, da ist vielleicht der Sekretär noch nicht dabei. Wer sagt Ihnen das dann?

Haider: Ja, ich kriege einen Computerauszug.

Graff: Ach, den kriegen Sie jeden Tag.

Haider: Ja, den krieg ich.

Graff: Nach dem haben Sie ja einen Waschzettel.

Haider: Weiß ich genau, wann, wo.

Graff: Diese Waschzettel werden nicht aufgehoben, registriert?

Haider: Nein. Der Computer speichert ja an sich sein Programm und seine Termine. Die sind ja jederzeit wieder abrufbar, wenn kein Defekt passiert.

Graff: Gut, und . . . (Helene Partik-Pablé: Ein modernes Management!) Ja. Ganz modern wäre es, wenn man nachher finden würde, was man wissen will. (Schieder: Er hat ja auch mit der Steuererklärung Schwierigkeiten! Er weiß ja nicht, wo er war!)

Obmann Steiner: Bitte, Dr. Graff ist noch am Wort. Bitte, Dr. Graff.

Haider: Das ist eine strenge Evidenz, Herr Kollege Schieder — zum Unterschied von anderen. (Weitere Zwischenrufe.)

Graff: Die Frau Dr. Partik-Pablé hat hier Steuergespräche geführt. Ich will das gar nicht tun. (Helene Partik-Pablé: Ist das so schlecht, wenn man ein vielbeschäftigter Obmann ist?)

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff ist am Wort, bitte.

Graff: Ja. Herr Dr. Haider! Also abgesehen von dieser negativen Abgrenzung, zu der wir ja Ihren Sekretär noch fragen werden, möchte ich jetzt Sie fragen: Gibt es irgendein positives Element, sei es in diesem Gespräch, sei es von den Begleitumständen, positiv in dem Sinn, das heißt, das erinnert mich an dieses Gespräch, also muß es dann und dann gewesen sein?

Ich mache Sie aufmerksam, wenn wir also jetzt wirklich schon am Anfang 1987 sind, dann wäre im Oktober 1986 die zweite Verhaftung gewesen. Nach allem, was wir bisher über den famosen Herrn Udo Proksch gehört haben, hat sich der sehr drastisch über alle möglichen Leute, einschließlich der Genossen des Herrn Kollegen Schieder und Dr. Fuhrmann, geäußert und hat in seinen Telefonaten nicht nur „Hello boys!“, Kollege Rieder, gesagt, sondern auch „Was machen die Komiker?“ und so weiter.

Ich könnte mir doch vorstellen, daß nach der zweiten Verhaftung, wenn der zweimal gegessen ist und jetzt zu Ihnen kommt, zu einem sehr bedeutenden Politiker — frischgewählter Obmann der Freiheitlichen Partei, die noch Regierungspartei ist —, daß der in irgendeiner Weise Klage geführt hat, etwa über die Verhaftung, über die Behandlung, über diesen — unter Anführungszeichen — „unmöglichen“ Untersuchungsrichter oder irgend etwas dergleichen. Können Sie sich an irgend etwas erinnern oder nur ausgerechnet an die Probleme, ob man den Herrn Lohrmann irgendwo unterbringt?

Haider: Ja, das ist mir eben in Erinnerung geblieben, weil ich es überraschend gefunden habe.

Graff: Also von seinem Verfahren, seiner Verhaftung, Klage über die Justiz, Klage über die ungerechte Behandlung — das war ja das Thema, das der Vater instradiert hat für das Ganze — daran können Sie sich nicht erinnern?

Haider: Ja, das war ja für mich auch überraschend, denn sonst wäre es mir auch in Erinnerung geblieben, wenn er irgend etwas erwartet hätte von uns.

Graff: Aber zu einer Feststellung können wir uns doch durchringen: Es war dieses Treffen also doch nicht im Kaffeehaus, sondern im „Club 45“, denn im ersten Stock sind keine Kaffeehausräume mehr.

Haider: Ja, ich bin ja . . .

Graff: Ich gehe in das Kaffeehaus öfters, aber im „Club 45“ war ich meiner Erinnerung nach noch nicht.

Haider: Ich bin halt zum Unterschied von anderen eben nicht Gast im „Club 45“, daher kann ich nicht beurteilen, welche Räumlichkeiten das waren.

Graff: Aber es waren nicht die, die dem öffentlichen Gästeverkehr offengestanden sind.

Haider: Das weiß ich nicht. Da sind viele Sesseln und Tische und was weiß ich alles drinnen gewesen, das kann genauso genützt werden.

Graff: Ja, aber da geht man doch durch ein Stiegenhaus oder mit einem Lift, habe ich gehört, hinauf. Oder?

Haider: Es gibt ja wohl mehrere Kaffeehäuser, in denen es auch im ersten Stock noch Lokalitäten gibt, oder?

Graff: Ja. Ist also dieses Stiegenhaus in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den bekannten Demel'schen Kaffeehausräumen?

Haider: Das nehme ich schon an.

Graff: Also ich bin dort nicht so genau orientiert, aber ich glaube eher, daß es nicht so ist.

Ich würde bitten, Frau Dr. Pablé — damit bin ich schon fertig —, daß Sie uns diese Aufzeichnungen einmal zeigen und anschauen lassen. — Danke vielmals.

Gaigg: Zur Geschäftsordnung!

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung. Bitte.

Gaigg (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Da sich herausstellt, daß der Sekretär des Herrn Zeugen, und zwar nur er allein, die Aufzeichnungen über die Termine geführt hat und da der Herr Zeuge nicht ausschließen kann, daß der Sekretär auch Aufzeichnungen über dieses Gespräch geführt hat, meine ich, es wäre wichtig, daß der Ausschuß den Herrn Rumpold Gernot als Zeugen hört, und ich stelle den Antrag, den Herrn Rumpold zu vernehmen.

Obmann Steiner: Danke, wir werden . . . (Schie-der: Allenfalls sofort vernehmen!)

Gaigg: Ja, ihn allenfalls sofort zu vernehmen.

Obmann Steiner: Danke. Wir werden diesen Antrag geschäftsordnungsmäßig diskutieren.

Als nächster hat sich Dr. Pilz gemeldet.

Pilz: Herr Dr. Haider, ich würde vorschlagen, gehen wir einmal die Presseaussendungen vom 7. und vom 8. Februar 1989 durch. Ich zitiere — Sie haben es ja sicher vor sich liegen —: „Als absoluten Unsinn bezeichnet der FPÖ-Bundesparteiobmann Dr. Jörg Haider die Behauptung Demels, er, Haider, habe im Herbst 1987 ein langes Gespräch mit Udo Proksch im „Club 45“ geführt . . .“ Und so weiter. Haben Sie selbst diese Feststellung abgegeben?

Haider: Von mir? Von meiner Seite aus nicht, nein.

Pilz: Da steht aber, „als absoluten Unsinn bezeichnete FPÖ-Bundesparteiobmann Dr. Jörg Haider . . .“ Hat jetzt der Bundesparteiobmann . . .

Haider: Mein Sekretär ist autorisiert, für mich Stellungnahmen abzugeben.

Pilz: Aha. Das heißt, in Ihrer Abwesenheit, ohne Information erklärt die zweite Person, daß die erste Person etwas als „absoluten Unsinn“ bezeichnet.

Haider: Ja, denn er kann es ja beurteilen.

Pilz: Ist es also richtig: Bei einer Presseaussendung von Ihnen kann man sich nie sicher sein, ob die wirklich von Ihnen stammt, ob Sie überhaupt was davon wissen?

Haider: Mein Sekretär ist autorisiert, denn er war ja auch mit dabei.

Pilz: Also kommt es öfter vor, daß Sie von Presseaussendungen, in denen Sie zu innenpolitischen Vorgängen Stellung nehmen, überhaupt nichts wissen?

Haider: Das kann sein, daß eine sofortige Reaktion erfolgen muß. Dafür ist er autorisiert.

Pilz: Ja. Dann gibt es eine Pressekonferenz am nächsten Tag. „FPÖ-Bundesparteiobmann Jörg Haider hat am Mittwoch zugegeben, sich mit Udo Proksch getroffen zu haben. Die etwa halbstündige Begegnung habe eine Woche nach dem Innsbrucker FPÖ-Parteitag im September 1986 in einem Extrazimmer des Kaffeehauses Demel stattgefunden, erklärte Haider in einer Pressekonferenz in Klagenfurt.“

Ich nehme jetzt nicht an, daß bei dieser Pressekonferenz an Ihrer Stelle wieder die zweite Person anwesend war. Das dürfte sich aber überprüfen lassen.

Haider: War auch anwesend.

Pilz: War auch anwesend. Aber diese Aussage stammt ja von Ihnen.

Haider: Ja.

Pilz: Sie haben also dort erklärt, eine Woche nach dem Innsbrucker FPÖ-Bundesparteiitag hat es im September 1986 ein Treffen mit Udo Proksch gegeben. Hat es eine Woche nach dem Innsbrucker FPÖ-Parteitag ein Treffen mit Udo Proksch im September 1986 in einem Extrazimmer des Kaffeehauses Demel gegeben?

Haider: Nein.

Pilz: Hat es nicht gegeben. Ist diese Aussage von Ihnen in Klagenfurt richtig, entspricht sie der Wahrheit?

Haider: Nein, sie ist nicht richtig.

Pilz: Sie ist nicht richtig.

Haider: Das war eine Fehleinschätzung meines Sekretariates, daß meine Begegnung . . .

Pilz: Das war eine Fehleinschätzung Ihres Sekretariats?

Haider: . . . sofort stattgefunden hätte.

Pilz: Ja. Das heißt, zuerst hat das Sekretariat diese „absolute Unsinn“-Aussage rausgegeben, mit der es jetzt . . .

Haider: Die ja stimmt.

Pilz: . . . zumindest Interpretationsschwierigkeiten gibt.

Haider: Sie stimmt ja.

Pilz: Dann gibt es eine Unwahrheit von seiten Ihres Sekretariats, die Sie einfach so nachgeplaudert haben bei dieser Pressekonferenz in Klagenfurt, und jetzt sehen Sie sich gezwungen, diese Unwahrheit von seiten Ihres Sekretariats, diese falsche Auskunft bei der Pressekonferenz wieder ei-

ner Schlamperei Ihres Sekretariats zuzuordnen. Sagen Sie einmal, mit diesem schlampigen Sekretariat — sehen Sie da irgendeine Chance, die Erinnerungslücken in bezug auf die Treffen mit Udo Proksch noch zu füllen.

Haider: Ich habe das, was ich heute gesagt habe, nicht zu ergänzen.

Pilz: Das glaube ich schon. Von September 1986 bis Februar 1987 gibt es also keine Aufzeichnungen; aufgrund der Tücken der Technik offensichtlich. Dann haben Sie ein Sekretariat, das offensichtlich alle möglichen Termine durcheinanderbringt . . .

Helene Partik-Pablé: Zur Geschäftsordnung!

Pilz: . . . sich schlecht erinnern kann.

Helene Partik-Pablé: Zur Geschäftsordnung!

Pilz: Aber passen Sie nur gut auf, daß Sie mit Ihrem Hölzlwerfen dem Herrn Dr. . . .

Obmann Steiner: Zur Tagesordnung. Bitte.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Ich habe wirklich sehr lange zugehört, wie über die Termine geredet worden ist, wie über die Führung des Terminkalenders geredet wird. Der Herr Dr. Pilz fängt jetzt wieder an, Vorwürfe zu machen, was mit dem Sekretär vom Haider ist. Das hat ja wirklich nichts mit dem Untersuchungsgegenstand zu tun.

Ich möchte wirklich einmal auf die Verfassung verweisen. Es ist nämlich der Gegenstand des Untersuchungsausschusses aufzuklären: „Im Zusammenhang mit dem gerichtlichen Strafverfahren in der Causa Lucona wird zur Untersuchung der Tätigkeit der am Verfahren beteiligten beziehungsweise in dieses involvierten Behörden und der damit zusammenhängenden Verantwortlichkeiten sowie zur Untersuchung der Verantwortlichkeiten im österreichischen Bundesheer, für die angebliche Überlassung von Sprengmittel an Udo Proksch ein Untersuchungsausschuß eingesetzt.“

Ich finde, daß der Untersuchungsausschuß total über sein Ziel hinausschießt, wenn jetzt über die Termine des Dr. Haider, über den Terminkalender, über die Art der Führung seines Terminkalenders, wie er von seinem Sekretär über seine Termine unterrichtet wird, stundenlang verhandelt wird, und ich möchte dazu . . .

Obmann Steiner: Zur Tagesordnung, bitte!

Helene Partik-Pablé: Wie bitte?

Obmann Steiner: Was ist Ihr Tagesordnungsvorschlag?

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Zur Geschäftsordnung möchte ich sagen, daß Sie als Vorsitzender diese Fragen unterbinden sollen und wieder zum Untersuchungsgegenstand zurückführen sollen. (Graff: Wenn wir keine Antwort kriegen, müssen wir so lange fragen!)

Obmann Steiner: So. — Frau Doktor, ich danke Ihnen für Ihre einleitende Belehrung, die ich ja am Anfang unserer Sitzung ebenfalls vorgelesen habe. Die Wiederholung ist sehr erfreulich. Bitte, wenn Sie nur hinzufügen möchten, daß in unserer Arbeit sicherlich auch die Wertung allfälliger Einflüsse auf die Institutionen und auf die involvierten Behörden notwendig ist. Und wir probieren ja jetzt, endlich einmal festzustellen, wann dieser Termin stattgefunden hat, nicht mehr. Das wäre ja sehr einfach, wenn man das sagt.

Dr. Haider hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet. Bitte wenn Sie das noch länger verzögern wollen . . . (Widerspruch. — Rieder: Bitte, Dr. Haider. — Rufe: Rieder! Rieder!) — Bitte, Dr. Rieder, Entschuldigung.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender. Ich will zur Verkürzung die Frau Dr. Partik-Pablé daran erinnern, daß sie wirklich die erste war, die den Vorschlag hier gemacht hat, den Dr. Haider zu laden. Am 7. 2., unmittelbar nachdem der Dr. Demel gesagt hat, es gibt da den Parteibmann Haider, sagt Helene Partik-Pablé: „Ja gut, das können Sie ihn ja dann fragen. Sie können ihn laden. Ja, ich weiß davon nichts.“ Sie waren die erste, die sofort gespürt hat, daß hier ein elementares Bedürfnis nach Ladung besteht und haben es angeboten.

Das nur zur Geschäftsordnung, inhaltlich komme ich dann zum Schluß noch dazu.

Obmann Steiner: Jetzt kurz zur Geschäftsordnung. Dann machen wir weiter, oder der Herr Dr. Haider muß halt riskieren, daß er noch länger bei uns verweilt. Bitte.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Ich stehe ja dazu. Er ist ja auch hier vernommen worden. Er ist ja hierher gekommen. Aber daß man jetzt über den Terminkalender, über die Führung, über die Organisation stundenlang redet, das halte ich wirklich nicht für zielführend. Er hat ja schon aufgeklärt. (Graff: Aufgeklärt ist das nicht!) Er war einmal dort, hat mit Udo Proksch einmal gesprochen, und es wird offensichtlich nicht mehr mehr, auch wenn Sie jetzt über den Terminkalender noch weiß ich wie lang reden und sich wundern, daß er einen Computerauszug führt. (Graff: Können wir den endlich sehen! Können Sie den vorlegen?)

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Fuhrmann.

Fuhrmann (zur Geschäftsordnung): Zur Geschäftsordnung und weil die Kollegin Frau Dr. Partik-Pablé den Herrn Vorsitzenden ersucht hat, die Frage des Kollegen Pilz nicht zuzulassen, möchte ich daran erinnern, daß es hier darum geht, daß — auch nach Aussage des Zeugen Dr. Haider — der Vater des Proksch um ein Gespräch des Proksch gebeten hat im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten des Proksch. Und es ist daher sehr wesentlich, hier den Termin einzugrenzen, ob das Gespräch noch zu einem Zeitpunkt war, zu dem der Dr. Ofner Justizminister gewesen ist, weil man dann natürlich sehr wohl einen Zusammenhang mit der Leitung des Amtes des Justizministers sehen könnte. Daher bin ich der Auffassung, daß die Terminfrage sehr wesentlich ist.

Obmann Steiner: Danke, Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Schauen Sie, Frau Dr. Partik-Pablé, ich nehme natürlich eine gewisse, ich nehme gerne eine gewisse Panik zur Kenntnis (Helene Partik-Pablé: Nein, überhaupt keine Panik!), wenn jetzt elf oder zwölf Jahre nach Untergang der Lucona ein FPÖ-Sekretariat unterzugehen beginnt. Also das muß man einfach zur Kenntnis nehmen.

Helene Partik-Pablé: Das ist Ihre Darstellung.

Pilz: Das ist meine Darstellung, das stimmt.

Haider: Das ist in der Zwischenzeit schon wieder aufgetaucht, Herr Kollege Pilz.

Obmann Steiner: Keine Späße! Kommen Sie mit Ihren Fragen, bitte.

Pilz: Wir haben in dem Ausschuß eh so wenig zum Lachen, und wenn uns die Frau Dr. Partik-Pablé dabei behilflich ist, dann sollte man doch diese Gelegenheit beim Schopf packen. Gut.

Gedächtnislücken zwischen September 1986 und Februar 1987, versuchen wir, da weiterzugehen. Es hat dann dieses Gespräch mit Proksch stattgefunden. Sie haben ausgeschlossen, daß es eines im September 1986 und eines am 11. Februar 1987 gegeben hat, es war offensichtlich nur das eine Gespräch. Sagen Sie, können Sie einmal versuchen, eine wirklich politisch plausible Erklärung für dieses Gespräch zu geben? Was Sie bis jetzt gesagt haben, ist ja politisch nicht übermäßig plausibel. Da gibt es einen schwerbelasteten Zuckerbäcker und möglichen Versicherungsbetrüger, „Club 45“ und alles mögliche und der will — oder der Vater will, wir werden dann noch darüber sprechen müssen, ob der Vater überhaupt irgend etwas von Ihnen wollte oder ob diese Einleitung dieses Termins nicht ganz anders funktioniert hat —, der wollte mit Ihnen sprechen über die ungerechten Vorwürfe gegen Udo Proksch, auf den Zusammenhang mit Lucona ist schon hingewiesen worden.

Sagen Sie: Was konnte Proksch in diesem Zusammenhang überhaupt von Ihnen wollen? Öffentlich waren Sie längst festgelegt, öffentlich waren Sie längst festgelegt, haben Sie längst Stellungen zu dem ganzen Fall Lucona abgegeben. Was konnte Proksch in diesem Zusammenhang wollen? Sie müssen ja selbst einen Grund für dieses Gespräch haben und einen Sinn in diesem Gespräch sehen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß ein Parteiohmann, der gegen Proksch öffentlich zu Felde zieht, ohne irgendeinen politischen Sinn, einfach nur weil der Herr Proksch angerufen hat, mit dem einen Termin im „Club 45“ vereinbart. Sind Sie in der Lage — und Sie können ja auch sagen, Sie können sich nicht mehr erinnern, das paßt dann so in diese Periode rein —, aber sind Sie in der Lage, eine politische plausible Erklärung, die von Ihnen aus einen Sinn für die Zusage dieses Termins ergibt, diesem Ausschuß zu geben?

Haider: Wenn jemand das Gespräch sucht, der ein Interesse daran hat, sich persönlich einmal sozusagen mir gegenüber zu artikulieren, warum soll ich ihm das verweigern? Es haben ja viele, auch Ihre eigenen Klubkollegen wie der Kollege Fux, gemacht, also was soll das?

Pilz: *Der wird es sicherlich nicht verheimlichen.*

Haider: Wir haben es auch nicht verheimlicht.

Pilz: *Und der wird sich sicherlich in dem Zusammenhang . . ., aber den können Sie ja selber fragen.*

Haider: Wir haben es auch nicht verheimlicht.

Pilz: *Sagen Sie, wer hat sonst von führenden Persönlichkeiten der FPÖ oder Sekretären mit Ihrem Wissen in den letzten drei Jahren Kontakt mit Udo Proksch gehabt?*

Haider: Das weiß ich nicht, ich nehme an, daß sich das auf niemanden bezieht.

Pilz: *Sie wissen nichts von solchen Treffen. Sagen Sie, hat es möglicherweise einmal Treffen mit Vertretern von Udo Proksch gegeben, von denen Sie Kenntnis erhalten haben?*

Haider: Nein.

Pilz: *Das können Sie ausschließen. Es ist mir immer wichtig in dem Zusammenhang, daß es sich nicht um Gedächtnislücken handelt, sondern daß Sie das eindeutig und explizit ausschließen können. Gut. Ich habe keine weiteren Fragen.*

Obmann Steiner: *Danke. Dr. Rieder, bitte. Zur Geschäftsordnung, bitte, Dr. Graff.*

Graff: *Entschuldigen Sie, Herr Kollege Rieder, nur einen Satz. Herr Kollege Pilz! Ich glaube, es ist*

verständlich, daß Sie sich in einer Weise nicht nur an diesen, sondern an allen Zeugen heranzubewegen, indem Sie zunächst einmal allgemeine Fragen, die aber doch Andeutungen enthalten, stellen, um eine Festlegung zu erhalten und diese dann zu widerlegen. Nur, ich glaube, es gehört schon dazu, daß Sie dann konkret mit dem herausrücken, was Sie angeblich im Talon haben. Sie haben uns angedeutet, daß Sie von irgendwelchen konkreten Zeuginnen und Daten etwas wissen. Also bitte, wenn das so ist, dann gehört es, glaube ich, dazu, daß Sie das den Zeugen auch konkret fragen und ihm vorhalten. Von mir aus, ich billige Ihnen zu, daß Sie ihn am Anfang einmal nein sagen lassen, das mag legitim sein, ist auch nicht sehr fair, aber bitte, aber dann müssen Sie schon kommen, mit dem was Sie haben.

Obmann Steiner: *Herr Dr. Rieder, bitte.*

Rieder: *Herr Dr. Haider! Hängt vielleicht das Nichtwissen um den Termin damit zusammen, daß das Treffen so geheim war, daß es gar nicht in einen Kalender eingetragen wurde?*

Haider: Es kann schon deshalb nicht geheim gewesen sein, sonst hätte man ja wirklich nicht durch das Demel-Café gehen dürfen und sich dort unten treffen. Das Kaffeehaus ist ja bekanntlich gut besucht.

Rieder: *Sie gehen davon aus, daß der Termin irgendwo eingetragen ist, nur jetzt nicht verfügbar ist.*

Haider: Daß er eingetragen war.

Rieder: *In welcher Form eingetragen? Schriftlich, computermäßig?*

Haider: Im Termin-Computer, ja.

Rieder: *Im Computer. Seit wann gibt es das Computersystem?*

Haider: Ich nehme an, daß das nach der Nationalratswahl einmal angeschafft wurde.

Rieder: *Was heißt einmal? Heißt das wieder Anfang Februar oder . . .*

Haider: Ende November, Anfang Dezember, so irgend etwas.

Rieder: *Und in den vorher vorhandenen Aufzeichnungen findet sich der Termin nicht?*

Haider: Nein.

Rieder: *Wieso konnten Sie dann immer davon sprechen, daß es unmittelbar nach der Nationalratswahl gewesen sein könnte?*

Haider: Unmittelbar nach der Nationalratswahl ist ja nicht eine exakte terminliche Festlegung.

Rieder: Na ja, aber dann müßte man eigentlich davon ausgehen, wenn Sie bis dahin nachsehen konnten und feststellen konnten, die Computeraufzeichnungen, die merkwürdigerweise dann zusammengebrochen sind, beginnen erst Dezember oder Jänner, daß es bis dahin auszuschließen ist.

Haider: Schauen Sie, auf die Frage, nachdem der Herr Demel das behauptet hat, haben wir natürlich eine Reaktion gesetzt im Wissen, daß das, was er behauptet, halt absolut falsch ist. Das ist also genau die Ausgangsposition der Debatte.

Rieder: Sie sind relativ schnell mit dem Vorwurf der falschen Zeugenaussage bei der Hand. Wer hier unrichtig ausgesagt hat, werden wir erst sehen. Aber ich möchte Sie auf folgendes aufmerksam machen: Sie haben im „Inlandsreport“ gesagt auf die Frage des Redakteurs: Bei einem Fernsehinterview müssen Sie nicht die Wahrheit sagen, im Ausschuß wird man Sie Ähnliches fragen, da müssen Sie die Wahrheit sagen, werden Sie dasselbe sagen?, und darauf haben Sie gesagt, ich werde dasselbe sagen, ich habe keine Absicht, Unwahrheit zu sagen. Jetzt möchte ich Ihnen an einigen Punkten den Unterschied zwischen Ihrer damaligen Erklärung im „Inlandsreport“ und Ihrer heutigen Aussage vorhalten und Sie dann fragen, was dann jeweils richtig war.

Punkt eins ist schon zur Sprache gewesen. Sie haben im „Inlandsreport“ gesagt auf die Frage, wo das war, daß das Gespräch im Café Demel stattgefunden hat. Mittlerweise wissen wir — heutige Aussage —, es war nicht im Café Demel, sondern das Gespräch war im ersten oder zweiten Stock in anderen Räumlichkeiten. Was ist jetzt richtig: Café Demel oder erster oder zweiter Stock Extrazimmer?

Haider: Für mich ist das gesamte Gebäude das Café Demel mit ihren . . .

Rieder: Sagen Sie, der Unterschied, daß unten Leute sitzen und oben zwei Sesseln stehen, aber keine Leute sitzen, ist Ihnen nicht irgendwie inhaltlich aufgefallen?

Haider: Also ich habe in Erinnerung, daß im ersten Stock auch Betrieb war.

Rieder: In dem Zimmer, wo Sie waren?

Haider: Nein, dort waren wir alleine, aber das Ganze ist für mich das Café Demel, weil ich bin nicht so informiert wie Sie über die konkreten Abteilungen zwischen „Club 45“ und Demel.

Rieder: Der zweite Unterschied zwischen Ihrer Erklärung im „Inlandsreport“ und Ihrer heutigen

Aussage betrifft das Zustandekommen und die Motivation. Im „Inlandsreport“ haben Sie relativ kühn gemeint, Sie hätten dasselbe Recht wie ein Journalist, zu recherchieren, Recherche zu machen wie ein Journalist. Sagen Sie, wenn der Vater des Proksch Sie um einen Kontakt ersucht, das ist für Sie ein Anlaß zu einer Recherche? Sie haben doch das heute ganz anders dargestellt.

Haider: Da kann sich ja auch das Interesse an einem Kennenlernen und einer Recherche verbinden, das eine schließt das andere nicht aus.

Rieder: Ich habe Ihre bisherige Aussage ein bisserl anders verstanden. Sie haben gemeint, es ist fair, Sie haben auch von der Fairneß gesprochen.

Haider: Jetzt habe ich es konkretisiert und jetzt habe ich gesagt, daß das eine das andere nicht ausschließt.

Rieder: Der „Inlandsreport“ war das Unkonkretere, das Konkretere war das heute, sagen wir so.

Haider: Sie wollten es ja genau wissen.

Rieder: Dritter Punkt, auch nur in der heutigen Aussage: Sie haben mir gesagt, Sie haben sich nie den Kopf zerbrochen darüber, welche Beziehungen Steger zu Proksch gehabt hat. Dann war aber das, was Ihnen in Erinnerung geblieben ist, die Unterbringungsbemühungen Proksch für Lohrmann, ist das nicht ein Widerspruch?

Haider: Wieso? Weil es mich überrascht hat? Es würde auch Sie überraschen, wenn das auf einmal eine wichtige Frage ist.

Rieder: Aber umgekehrt, das war der dritte Punkt, haben Sie gesagt, der Parteitag bestätigt nur, daß das halt nicht günstig war, wenn Steger mit Proksch Beziehungen gehabt hat. Also wie die drei Aussagen auf einen Nenner zu bringen sind, da muß ich erst nachdenken.

Haider: Das bestätigt nur, daß es richtig war, den Führungswechsel vorzunehmen, wenn es hier engere Kontakte gegeben haben soll.

Rieder: Und jetzt komme ich zum vierten Unterschied, und das ist der Termin und die Frage des Termines. Sie haben im „Inlandsreport“ gesagt: „. . . habe klargestellt, daß ich unmittelbar nach der Nationalratswahl oder vor der Nationalratswahl, nach dem Bundesparteitag Proksch getroffen habe.“ Also der Bezugspunkt war Ihr Bundesparteitag und dann der Konnex mit der Nationalratswahl. Heute ist eigentlich für diesen Zeitraum bis Dezember geklärt, daß es da keine Terminaufzeichnungen und Feststellungen gibt. Und jetzt stellt sich . . .

Haider: Das ist nicht wahr.

Rieder: Wieso? Sie haben doch gerade gesagt . . .

Haider: Sie haben festgestellt, daß der Computer in diesem Zeitraum angeschafft worden sei, ob es Terminaufzeichnungen von den früheren Wochen über Einsätze gibt, das ist damit nicht beantwortet, weil ich immerhin bis zum 23. November im Wahlkampf war und dort sehr detaillierte Einsatzpläne vorhanden sind.

Rieder: Aber wenn es eine Termineintragung gegeben hätte in diesem Zeitraum, dann hätten Sie ja den direkten Termin nennen können.

Haider: Hätte ich es bekommen und vorgelegt bekommen, daher habe ich auch hier im Ausschuß gesagt, ich kann eingrenzen diesen Zeitraum, den ich angegeben habe, und das ist, glaube ich, auch korrekt.

Rieder: Nein, es ist nicht korrekt, weil wenn die Terminaufzeichnungen bestehen für den Zeitraum nach der Nationalratswahl, konnten Sie ja dort nachsehen, ob es diesen Termin gibt, denn Sie gehen davon aus, daß er eingetragen ist. Ich nehme an, daß Sie das auch getan haben.

Haider: Ich habe Ihnen auch die Umstände erklärt, warum es eine Evidenz erst ab Mitte oder Ende Februar gibt, weil ab da das Computersystem wieder vollständig arbeitet.

Rieder: Sie haben mir erklärt, daß irgendwann das Computersystem eingeführt worden ist, ich nehme an, daß das einen gewissen Zeitraum gebraucht hat, bis das installiert war, auch organisatorisch. Sie haben auch gesagt, es war erst Ende des Jahres eher der Fall, daher gibt es von dem Zeitraum des Bundesparteitages, Nationalratswahl, vor der Nationalratswahl, unmittelbar nach der Nationalratswahl Aufzeichnungen, die andere sind als Computeraufzeichnungen. Und dort werden Sie ja nachgesehen haben.

Haider: Sicherlich gibt es Aufzeichnungen, nur aus denen geht nicht hervor, daß es hier einen Termin gegeben hat. Das war ein Irrtum des Sekretariats.

Rieder: Ja, und daher wundert es mich umso mehr, daß Sie das nicht gleich ausgeschlossen haben und gesagt haben, das kann sicher nicht nach dem Bundesparteitag, sicher nicht vor und nach der Nationalratswahl gewesen sein, und wenn man noch dazu überlegt, was der Kollege Fuhrmann gesagt hat, daß das mit der Beweis gewesen wäre, daß das mit Ofner nichts zu tun gehabt hat, weil Sie eben in der Zeit das ausschließen können, dann frage ich mich umso mehr, warum eigentlich ein Bestreben dahin gegangen ist, die Kontakte im Jahr 1987 zu verdunkeln.

Haider: Ich habe diesen weiten Terminbereich deshalb angegeben, weil ich das exakt nicht terminlich nachvollziehen kann und daher auch vor dem Ausschuß keine unwahre Aussage abgeben will, und ich glaube, das ist auch jedem zuzugestehen. Auch wenn Sie jetzt einen Termin haben wollen, ich kann ihn Ihnen nicht geben . . .

Rieder: Das ist sehr lobenswert, Herr Dr. Haider, aber die Entwicklung ist doch auffallend. Die Entwicklung geht immer mehr in das Jahr 1987 hinein. Während die ersten öffentlichen Erklärungen noch „unmittelbar nach dem Bundesparteitag“ waren, so gewissermaßen als der Sieger-Erbe, zeichnet sich ja desto mehr, als das in das Jahr 1987, in Ihre eigene Obmannschaft hineinreicht, eigentlich die Annahme ab, daß es nichts mit Steger zu tun gehabt hat und gewissermaßen mit einer Altlast, die Sie da übernommen haben, sondern mit eigenständigen Überlegungen politischer Art. Und die Frage ist natürlich für Sie sehr wohl gravierend, weil es macht einen Unterschied, ob das gewissermaßen etwas war, was gerade noch nach Abbruch Stegers war, oder ob sich das bereits in der eigenständigen Obmannschaft des Dr. Haider abgespielt hat. Daher gibt es sehr wohl ein Motiv dafür zu sagen, der Dr. Haider hat sich halt bemüht, das mehr nach vorne zu verlegen.

Haider: Die eigenständige Obmannschaft, Herr Kollege Rieder, gibt es seit dem 14. September.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung bitte.

Ermacora (zur Geschäftsordnung): Vorhin hat der Herr Dr. Graff den Antrag gestellt, man möge den Sekretär des Herrn Dr. Haider hören, der Herr Vorsitzende hat darauf gesagt, man wird geschäftsordnungsmäßig darüber verhandeln. Ich glaube, der Antrag ist ad hoc abzustimmen.

Obmann Steiner: Darf ich mitteilen, daß ich mich in der Zwischenzeit erkundigt habe, ob der Sekretär des Herrn Bundesparteiobermannes erreichbar ist, er ist nicht erreichbar, er hat Wahlkampfverpflichtungen, bitte. (Graff: In Wien?) Das weiß ich nicht. Das müßte eigentlich der Herr Parteiobermann wissen, aber bitte, Dr. Rieder.

Rieder: Ich bin schon beim Schluß. Ich habe jetzt noch eine Frage — und die möchte ich am Schluß stellen —, keine Zeugenaussage, aber eine Beurteilungsfrage: Glauben Sie nicht, Herr Dr. Haider, daß es einen Unterschied für die Beurteilung des Verhaltens des Dr. Ofner macht, wenn es eine nicht nur über den Vater Proksch herrührende freundliche Geste war, sondern offensichtlich eigene Überlegungen gewesen sein könnten, nämlich FPÖ-politische Interessen gewesen sein könnten, diesen Kontakt zu halten?

Haider: Also ich kann mir nicht vorstellen, welche FPÖ-politischen Interessen es geben sollte, mit Herrn Proksch in Kontakt zu treten, und daher ist das . . .

Rieder: Das könnte sich nicht aus dem Gespräch ergeben haben mit Udo Proksch?

Haider: Ich verstehe nicht, was da dabei sein sollte, denn wir haben uns ja auch nachweisbar nicht verwendet, um irgend jemanden der früheren Steger-Ära zu versorgen, und das hat sich ja in der Zwischenzeit auch herausgestellt.

Rieder: Gut, danke.

Obmann Steiner: Danke, Dr. Pilz, bitte. Zur Geschäftsordnung, bitte.

Graff (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Ich bitte um Entschuldigung, daß ich wieder Ihren Unwillen erzeuge. Ich habe ein paar Anträge: der erste ist der, dem Ausschuß die Terminaufzeichnungen vorzulegen, selbstverständlich nur mit Zustimmung des Herrn Dr. Haider. Ich frage Sie daher, sind Sie einverstanden, daß die Frau Dr. Partik-Pablé diese Terminaufzeichnungen dem Ausschuß vorlegt?

Haider: Ich bin einverstanden, daß sie eingesehen werden, aber ich habe kein Interesse daran, daß die Terminbücher in Kopie von mir . . .

Graff: Nein, einverstanden, nicht kopiert, beim Herrn Vorsitzenden hinlegen, aber daß wir sie anschauen können.

Haider: Sie können sie anschauen, weil ich habe dort Termine eingetragen, die Kontakte mit Privatpersonen betreffen, die kein Interesse haben, daß das dann in der Zeitung steht.

Graff: Wir haben volles Verständnis dafür. Gut, werden die jetzt vorgelegt? Würden Sie das veranlassen, Frau Doktor? Jetzt. Wir möchten den Dr. Haider noch fragen, und er muß ja zu einer Wahlveranstaltung, wir können ihn ja nicht endlos . . . und wir haben noch Zeugen. Und wir haben noch, was ich hiemit beantrage, eine Gegenüberstellung mit den beiden Zeuginnen. Mein dritter Antrag ist der — auch da brauche ich eine Kooperation —, nämlich daß der Herr Dr. Pilz mit seiner angeblichen weiteren Zeugin herausrückt, damit wir das endlich in einem Aufwaschen erledigen können, weil es ist ja wirklich sogar für uns, die wir keine dringenden Wahlkampfveranstaltungen haben, doch langsam unzumutbar, wie wir da herumnu-deln.

Obmann Steiner: Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Herr Dr. Graff, Sie sollten einfach die nächsten Zeugeneinvernahmen noch abwarten.

(*Graff: Ihre Dramaturgie ist sehr schön, aber wir haben was anderes auch noch zu tun!*) Wissen Sie, meine Dramaturgie wird nicht im ÖVP-Generalsekretariat geschrieben (*Graff: Meine auch nicht!*), nehmen Sie das zur Kenntnis.

Obmann Steiner: Verzeihung! Zur Geschäftsordnung: Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Ich bitte, die Sitzung zu unterbrechen, daß Einsicht genommen werden kann in diese Aufzeichnungen, denn es sind immerhin die Aufzeichnungen eines Politikers, und ich bin nicht dafür, daß hier jeder in die Aufzeichnungen selbst Einsicht nehmen kann, sich Notizen daraus machen kann, sondern ich werde diese Aufzeichnungen . . . (Zwischenruf) Dann bitte ich aber um eine Unterbrechung, daß in meiner Gegenwart Einsicht genommen wird.

Obmann Steiner: Bitte, Herr Dr. Pilz. Abg. Dr. Pilz verzichtet. Ist in Ordnung. Gut, danke. Bitte, zur Geschäftsordnung.

Fuhrmann: An sich nicht zur Geschäftsordnung. Ich hätte den Herrn Dr. Haider nur gerne gefragt, welche Wahlkampfverpflichtungen sein Sekretär in Wien hat, weil vielleicht könnte man ihn in Wien irgendwo auftreiben, weil wir haben vorhin gehört, daß er in Wien sein soll.

Haider: Er ist mit mir heute hereingeflogen, ja.

Fuhrmann: Und Verpflichtungen in Wien hat, nach Ihrer Aussage. Vielleicht könnten wir ihn in Wien auftreiben. (Zwischenruf Haider.) Also er ist in Wien.

Haider: Ja.

Obmann Steiner: Also das ist klargestellt. Ich unterbreche die Sitzung für zehn Minuten.

(Die Sitzung wird um 11 Uhr unterbrochen und um 11 Uhr 15 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Steiner: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der Ausschuß hat nicht Einblick genommen in einzelne Eintragungen, und zwar aus ganz grundsätzlichen Überlegungen, sondern sich lediglich für die Struktur der Aufzeichnungen interessiert. Es wurden von März 1987 bis Dezember 1987 handschriftliche Terminaufzeichnungen gezeigt. Für die Zeit vor März 1987 wurden keine Aufzeichnungen vorgelegt. — Bitte, Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Ich möchte noch ergänzend dazu feststellen, daß sämtliche Eintragungen vom Sekretär des Dr. Haider in einen Termincomputer gespeichert werden, und zwar zweifach, zuerst in einen Termincomputer, den er bei sich trägt,

und noch in einen, der in Kärnten geführt wird. Aus diesem Computer werden täglich Ausdrucke gemacht und dem Bundesparteiohmann vorgelegt. Ich möchte weiters feststellen, daß ich angeboten habe, daß ich einzelne Feststellungen über Befragen aus dem Kalender treffen werde. Diesbezügliche Anträge sind nicht gestellt worden bei dieser jetzigen Sitzung.

Obmann Steiner: Dr. Graff.

Graff: Ja wenn hier Feststellungen getroffen werden, und ich glaube, das ist gut, weil das zur Klärung hilft, dann stelle ich fest, daß für die Zeit ab März 1987, wo der Dr. Haider sagt, daß sicher kein Zusammentreffen war, schriftliche Grundaufzeichnungen, und zwar Kalenderblätter, vorhanden sind, bis Ende 1987 bisher vorhanden sind, vorgelegt wurden. Das ist offenbar die Zeit, wo der Computer funktioniert hat, während für die Zeit bis Ende Februar 1987, wo der Computer nicht funktioniert hat, wo man also meinen müßte, daß am allerehesten schriftliche Aufzeichnungen vorhanden sind, solche bisher nicht vorgelegt wurden. Daher haben wir den Antrag gestellt und auch beschlossen, daß der Sekretär Rumpold als Zeuge ehestmöglich vernommen wird und hiezu mit Zustimmung des Herrn Dr. Haider die schriftlichen Aufzeichnungen bis Februar 1987, wenn es solche gibt, mitbringen möge.

Ich frage jetzt den Herrn Dr. Haider, ob erstens der Herr Rumpold, der ihn ja im Wahlkampf begleitet, und um 11 Uhr wollten Sie schon weg zur Wahlveranstaltung, jetzt für Sie in irgendeiner Form erreichbar oder greifbar ist, und zweitens, ob Sie zustimmen, daß die handschriftlichen Aufzeichnungen, wenn es welche gibt, bis Ende Februar 1987 dem Ausschuß vorgelegt werden, unter derselben Kautel: Wir interessieren uns nicht für die konkreten Eintragungen.

Haider: Ich darf zuerst die Vorgangsweise erklären. Die Tatsache, daß ab März 1987 diese Aufzeichnungen vorgelegt wurden, erklärt sich daraus, daß die negative Erfahrung, die mit dem Termincomputer gemacht wurde, daß dann, wenn das Programm zusammenbricht, alles gelöscht ist, dazu geführt hat, daß eine schriftliche Evidenz gehalten wird, wo also die Termine zusammengestellt werden, um sie dann in den Computer einzugeben und dann einen Ausdruck für die tägliche Arbeit dem Obmann zu präsentieren, und als Evidenz auch dann diese schriftlichen Aufzeichnungen aufbewahrt werden. Das war in der Anfangsphase eben nicht so, weil man geglaubt hat, wenn man in den Computer das Programm einspeist, kann man auf die handschriftlichen Notizen verzichten, und deshalb ist dem Mitarbeiter dieser Defekt da passiert.

Graff: Dann frage ich Sie unter Zeugenpflicht: Gibt es solche schriftliche Aufzeichnungen für die Zeit bis Ende Februar, oder gibt es sie nicht?

Haider: Mir hat der Sekretär mitgeteilt, daß der Termincomputer Ende Februar einen Defekt hatte . . .

Graff: Ja, aber es gab ja eine doppelte Buchführung.

Haider: . . . und dabei sämtliche Daten gelöscht worden sind und er immer diese schriftlichen Aufzeichnungen, die er täglich gemacht hat, nicht in Evidenz gehalten hat, weil er geglaubt hat, er hat es eh im Computer eingespeist.

Graff: Haben Sie jetzt mit dem Rumpold gesprochen?

Haider: Das hat er mir noch mitgeteilt, als ich in den Ausschuß gefahren bin.

Graff: Wann?

Haider: Gestern.

Graff: Gestern noch. Ich frage Sie jetzt: Sind also solch schriftliche Aufzeichnungen für die Zeit bis Februar 1987 nicht oder nicht mehr vorhanden?

Haider: Nach seinen Mitteilungen nicht.

Graff: Überhaupt nicht vorhanden?

Haider: Nach seinen Mitteilungen nicht.

Graff: Wurden nie gemacht oder wurden nachträglich vernichtet?

Haider: Die hat er in den Computer eingegeben und damit die schriftlichen Tagesaufzeichnungen nicht in Evidenz gehalten.

Graff: Also es wurden keine solchen Grundaufzeichnungen gemacht, sondern nur direkt in den Computer.

Haider: Er hat Grundaufzeichnungen gemacht, hat sie in den Computer dann, als der Terminplan fix war, eingespeichert, die Ausdrucke machen lassen und die schriftlichen Aufzeichnungen . . .

Graff: . . . jeweils vernichtet.

Haider: Jawohl.

Graff: Und die Ausdrucke sind auch vernichtet?

Haider: Weil jetzt diese negative Erfahrung passiert ist, hat er ab März sozusagen doppelt gearbeitet. Er behält also die Termine in Evidenz.

Graff: Die Ausdrucke sind auch vernichtet für die Zeit bis Februar?

Haider: Das nehme ich an, sonst hätte ich sie ja vorgelegt . . .

Graff: Nehmen Sie an.

Obmann Steiner: Der Herr Dr. . . .

Graff: Ich bin gleich fertig.

Es gibt also für die Zeit bis Februar weder die schriftlichen noch die Computeraufzeichnungen und für die Zeit ab März sowohl die schriftlichen als auch die Computeraufzeichnungen. So ist das?

Haider: Ja. So sehe ich das.

Graff: Das sagen Sie als Zeuge.

Haider: Ja.

Graff: Danke.

Obmann Steiner: Danke. Dr. Rieder zur Geschäftsordnung.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Ich beantrage im Hinblick auf die Äußerungen des Dr. Haider zuvor, nämlich daß es vor der Anschaffung des Computers Aufzeichnungen gegeben hat, deren Beischaftung.

Obmann Steiner: Danke. Wir werden darüber beraten.

Zur Geschäftsordnung, bitte.

Fuhrmann (zur Geschäftsordnung): In Ergänzung dieses Antrages vom Kollegen Rieder im Hinblick auf die Ausführungen der Frau Kollegin Partik, daß zwei Termincomputer existieren, ein Handcomputer und der in der Zentrale, beantrage ich, da ich bis jetzt nur vom Absturz eines Computers gehört habe, die Aufzeichnungen des einen Handcomputers beizuschaffen, die müßten ja dann noch da sein, wenn einer abstürzt. Ich habe das von der Kollegin Partik vorhin zum ersten Mal gehört, daß zwei Computer mit Terminen gefüttert worden sind.

Obmann Steiner: Danke. Wir werden das in unserer Geschäftsordnungssitzung beraten.

Es ist nach wie vor eigentlich der Herr . . . Bitte.

Helene Partik-Pablé: Ich hätte noch eine Feststellung zu treffen gehabt nach unserer Sitzung drinnen, weil sich die Herrschaften gewundert haben, daß die Aufzeichnungen von März 1987 bis 12/87 vorhanden waren und von mir vorgelegt worden sind. Da wollte ich darauf verweisen, daß ja Demel behauptet hat, es hat noch im Herbst 1987 Gespräche zwischen Haider und Proksch ge-

geben, und um zu beweisen, daß das nicht wahr ist, hat mir eben Haider diese Unterlagen übergeben, damit festgestellt werden kann, daß in der von Demel angesprochenen Zeit keine Gespräche drinnen sind. (Graff: Das deckt sich zufällig mit der Zeit der Aufzeichnungen!)

Obmann Steiner: Dr. Pilz ist noch in Fortsetzung vor der Unterbrechung der Sitzung am Wort.

Pilz: Ich möchte eigentlich gleich da anschließen. Sagen Sie: Welcher dieser Computer, in denen die Termine aufgezeichnet werden, ist jetzt eigentlich abgestürzt?

Haider: Für mich gibt es einen Computer, den der Sekretär selbst bearbeitet, aus meiner Kenntnis.

Pilz: Das ist der Handcomputer.

Haider: Und der hat mir mitgeteilt, das hat er mir auch schriftlich gestern noch einmal zu den Unterlagen gegeben: da unser Termincomputer Ende Februar einen Defekt hatte und dabei sämtliche Daten inklusive Februar 1987 gelöscht wurden. Sicher bestätigen kann ich daher erst ab dem März 1987.

Pilz: Der zweite Computer, von dem uns die Frau Dr. Partik-Pablé erzählt hat, hat der auch einen Absturz gehabt?

Haider: Nein, das ist eine Frage, was dort also tatsächlich in diesem Zeitraum eingespeichert wurde, ob er schon angeschafft war zu diesem Zeitpunkt.

Pilz: Frau Dr. Partik-Pablé, die offensichtlich sehr genau über die Struktur Ihrer Terminplanung informiert ist (Helene Partik-Pablé: Nein, ich habe . . .!) hat uns ganz detailliert erzählt, daß das alles parallel geführt wird, und alles, was in Wien eingespeichert wird, auch in Kärnten eingespeichert wird.

Haider: Aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht installiert war, Herr Kollege Pilz.

Pilz: Er war noch nicht installiert, also konnte er gar nicht gleichzeitig abstürzen.

Haider: Er ist erst ab 1988 in Betrieb beim Verbundsystem zwischen den Landesgruppen und dem Bund.

Pilz: Wunderbar. Sagen Sie, wie war eigentlich die Finanzsituation der FPÖ direkt nach Ihrer Wahl zum Parteiobmann.

Obmann Steiner: Bitte, das ist wirklich keine Frage für diesen Ausschuß. (Pilz: Ich erkläre gern . . .) Nein, Herr Dr. Pilz, das ist sicherlich keine

Frage in diesem Zusammenhang mit der Frage Lucona. Bitte.

Pilz: Ich erkläre gern den Zusammenhang. (Helene Partik-Pablé: Nein, auch dann nicht! Herr Obmann, bitte!)

Obmann Steiner: Herr Dr. Pilz! Ich möchte noch einmal sagen: Das ist nicht die Frage im Ausschuß. Wir überprüfen nicht die Finanzlage der Parteien hier. Bitte, nehmen Sie das zur Kenntnis. Bitte, kommen Sie mit der nächsten Frage.

Pilz: Das nehme ich gerne zur Kenntnis. Ich stelle eine andere Frage. Wenn es mir gelingt, in einer Frage diesen Zusammenhang herzustellen mit der Lucona, darf ich dann diese Frage stellen? (Ruf: Die Frau Doktor hat nein gesagt!) Nicht. Gut, ich nehme zur Kenntnis, daß ich keine Finanzfragen im Zusammenhang mit Lucona stellen darf.

Obmann Steiner: Bitte, das ist eine vollkommene Verdrehung. Ihre Frage hat klar und deutlich gelautet: Wie war die Finanzlage der FPÖ?, und das hat mit der Lucona nichts zu tun. Also bitte, Ihre nächste Frage.

Pilz: Ich füge Ihrer Aussage ein „vorläufig“ hinzu.

Schauen Sie, für mich geht es darum, die Frage zu klären, ob es möglich gewesen ist, daß bei dieser Besprechung oder bei diesen Besprechungen mit Udo Proksch auch die finanzielle Situation der FPÖ eine Rolle gespielt hat in diesem Zusammenhang. Das ist das einzige, was ich den Dr. Haider fragen möchte, ob er sich nicht daran erinnern kann oder ob er das ausschließen kann.

Haider: Das hat sicherlich keine Rolle gespielt.

Pilz: Hat sicher keine Rolle gespielt. Dann habe ich nur noch eine Frage: Sie haben ja sicherlich die „Zeit im Bild I“ am 8. 2. gesehen — oder vielleicht haben Sie sie gesehen.

Haider: Ich habe Wahltermine, ich habe keine Zeit zum Fernsehen.

Pilz: Da sagt der Redakteur: Es fand ein Telefonat statt mit dem Vater von Udo Proksch . . ., und sagte uns dieser, er habe Haider niemals gebeten, sich mit seinem Sohn zu treffen. Was sagen Sie dazu?

Haider: Ja vielleicht ist das auf seine Vergeßlichkeit zurückzuführen. Ich habe sogar die Fotografien mitgebracht von den Veranstaltungen, wo er mit mir redet. Es ist also eine Evidenz, darauf hinzuweisen . . .

Pilz: Nein, nein, es geht . . .

Haider: Wenn er das vergessen hat, kann ich nichts dafür.

Pilz: Nein. Meiner Meinung nach geht aus dem Text nicht hervor, daß der Vater von Udo Proksch sich irgendwo in Salzburg mit Ihnen treffen wollte (Haider: Hat sich getroffen!), sondern er hat auf die Frage geantwortet, ob der Vater Sie jemals er sucht hat, sich mit dem Sohn zu treffen. Und daraufhin hat offensichtlich dieser Vater, über dessen Vergeßlichkeit wir dann noch weiter sprechen müssen, gesagt, er habe Haider niemals gebeten, sich mit seinem Sohn zu treffen. Damit würde, wenn das richtig ist, ja die Begründung für dieses eine Treffen, das Sie derzeit zugeben, wegfallen. Wie stehen Sie zu dieser Stellungnahme?

Haider: Das ist seine Stellungnahme, aber es ist dann nicht erklärlich, warum der Herr Proksch dann bei uns im Sekretariat angerufen hat und einen Termin machen wollte.

Pilz: Es ist zumindest auf diese Art nicht erklärlich, wollen wir das ein bißchen präzisieren. Das heißt, wir können jetzt, zu diesem Zeitpunkt, einmal zusammenfassen: Vater von Proksch ist entweder vergeßlich oder sagt die Unwahrheit, Dr. Demel sagt die Unwahrheit, Dr. Hellwagner sagt die Unwahrheit, Frau Netolicka sagt die Unwahrheit, nur Jörg Haider sagt die Wahrheit, und sein Sekretär hat das Wesentliche vergessen. — Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Bevor der Kollege Pilz auch noch mich in die Reihe jener einreicht, die die Unwahrheit sagen, möchte ich zu dem Computersystem sagen: Ich habe mich jetzt kurz vorher informiert, wie das eigentlich ist mit dem Computer und wie die Termine gespeichert werden. Ich weiß es nicht, ich habe nur einmal gesehen, daß es einen Termincomputer gibt beim Rumpold, weil es einen Bildschirm gibt mit Terminen drauf. Sie wundern sich jetzt, daß ich das sage, aber Sie haben mir ja gerade vorgehalten, ich hätte gesagt, es gibt einen zweiten Computer. Jetzt hat mir die Pressesekretärin gesagt, es gibt keinen zweiten Computer, ich habe das offensichtlich falsch interpretiert. (Schießer: Seit 1988 gibt es einen!)

Bevor das noch zu einem großen Thema hochgespielt wird, wieviel Computer es jetzt in der FPÖ gibt, und, wie gesagt, bevor ich verdächtigt werde, auch etwas Falsches hier gesagt zu haben, möchte ich sagen, soviel ich erfahren habe — bei einer Kurzinformation innerhalb von zwei Sekunden —, gibt es einen Termincomputer, den Rumpold führt, und das wird dann gespeichert in Kärnten. Ob das stimmt oder nicht, weiß ich nicht. Ich habe es nicht überprüft. (Fuhrmann: War das jetzt eine Zeugen aussage? Ich frage nur!)

Obmann Steiner: Bitte, sehr klar ist das nicht, aber wir nehmen es zur Kenntnis. (Zwischenrufe.) Es kommen auch Schwierigkeiten beim modernen Management vor. Sind noch irgendwelche Fragen? — Ich sehe, das ist nicht der Fall, dann wäre diese Zeugenbefragung beendet. Herr Dr. Haider, ich muß Sie bitten, daß Sie noch etwas hier im Hause zur Verfügung stehen, es ist die Frage, ob es zu einer allfälligen Gegenüberstellung mit den Zeuginnen kommt.

Haider: Kann man das nicht zu Beginn der Einvernahme machen, damit ich wirklich, so wie vereinbart, nicht noch drei Stunden dasitzen und alle Termine absagen muß. Das war an sich eine Vereinbarung, daß das möglich ist.

Obmann Steiner: Sie werden nicht drei Stunden dasitzen. Wir werden jetzt rasch beginnen mit den Zeugenbefragungen. Wir haben kurze Fragen zu stellen. (Schieber: Wir müssen uns beeilen!) Ja, das ist gar keine Frage. — Danke schön einstweilen. (11.31 Uhr)

Bitte die erste Zeugin.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Eva Netolicka
im Sinne des § 271 StPO**

(11.34 Uhr)

Obmann Steiner: Frau Netolicka! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeugin vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solche die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.

Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Bitte, Frau Zeugin, wenn Sie irgendeine Schwierigkeit haben, dann sagen Sie es mir, etwa im Zuge der Aussage, damit ich Ihnen behilflich sein kann.

Ihr Name, bitte.

Eva Netolicka: Eva Netolicka.

Obmann Steiner: Geburtsdatum, das muß ich Sie auch fragen.

Eva Netolicka: 12. 10. 1930.

Obmann Steiner: Ihr Beruf?

Eva Netolicka: Ich bin teilbeschäftigt noch im „Club“.

Obmann Steiner: Danke. Ihr Wohnort, bitte?

Eva Netolicka: 22. Bezirk, Godlewskigasse 23, Stiege 2 Tür 6.

Obmann Steiner: Frau Zeugin! Sie wissen, warum wir Sie hergebeten haben.

Eva Netolicka: Ja.

Obmann Steiner: Es war diese Aussage, die Sie schriftlich niedergelegt haben vor Herrn Dr. Hellwagner am 24. 1.

Eva Netolicka: Ja.

Obmann Steiner: Die Aussage kennen Sie?

Eva Netolicka: Ja.

Obmann Steiner: Ich stelle sie Ihnen gerne hier zur Verfügung, bitte.

Eva Netolicka: Darf ich nur korrigieren. Das Essen war das zweite Mal.

Obmann Steiner: Ja, bitte, wir kommen dann zu den einzelnen Fragen. Sie werden also zu diesen Feststellungen befragt.

Eva Netolicka: Ja.

Obmann Steiner: Erster ist Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Frau Netolicka! Ich würde gerne dieses Schriftstück, das von Dr. Gerhard Hellwagner unterzeichnet ist, das liegt Ihnen ja, glaube ich, jetzt vor, . . .

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: . . . einfach mit Ihnen gemeinsam durchgehen.

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Da steht einmal, Sie haben erklärt, daß nach Mitteilung des Herrn Udo Proksch der Parteibeamten der Freiheitlichen Partei Dr. Haider mit diesem in den Demel-Räumen angeblich zusammengetroffen sei. Können Sie das ein bißchen genauer schildern?

Eva Netolicka: Das erstmal bin ich in den Speiseraum gekommen, und die Herren sind aufgestanden, sind weggegangen.

Pilz: Wann war das?

Eva Netolicka: Das war Frühsommer, in meiner Erinnerung.

Pilz: In welchem Jahr?

Eva Netolicka: 1987.

Pilz: 1987. Das war in welchem Stock des Hauses?

Eva Netolicka: Dritter Stock.

Pilz: Im dritten Stock.

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Und welche Räumlichkeiten befinden sich dort?

Eva Netolicka: Zwei Speiseräume, der mittlere, der Salon, das Leopold-Gratz-Zimmer und noch ein kleiner Raum.

Pilz: Und in welchem Raum hat dieses Treffen zwischen Proksch und Haider stattgefunden?

Eva Netolicka: Das erste Mal?

Pilz: Ja, das erste Mal.

Eva Netolicka: Im vorderen Speiseraum.

Pilz: Im Speiseraum. War noch irgendwer bei diesem Treffen dabei?

Eva Netolicka: Ich kann mich nicht mehr erinnern.

Pilz: Ja. Sagen Sie: Der dritte Stock in diesem Haus, ist das das Stockwerk, in dem der „Club 45“ untergebracht ist?

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Das heißt, das war ein Treffen im „Club 45“?

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Und welche Wahrnehmungen haben Sie da gemacht? Was haben Sie da getan?

Eva Netolicka: Ich bin nur reingegangen, die Herren sind aufgestanden, sind hinausgegangen.

Pilz: Also das war praktisch schon am Ende des Gesprächs?

Eva Netolicka: Aber das kann nur ganz kurz gewesen sein.

Pilz: Es war ein kurzes Gespräch?

Eva Netolicka: Ganz kurz.

Pilz: Wissen Sie, wann ungefähr, zu welcher Tageszeit dieses Gespräch stattgefunden hat?

Eva Netolicka: Mittag.

Pilz: Zu Mittag.

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Das war aber kein Mittagessen oder so?

Eva Netolicka: Nein.

Pilz: Nein. Hat Udo Proksch Ihnen gegenüber jemals irgend etwas erwähnt, welchen Zweck dieses Gespräch gehabt hat?

Eva Netolicka: Nein, nein.

Pilz: Hat er nichts gesagt?

Eva Netolicka: Nein.

Pilz: Können Sie sich sonst an irgend etwas im Zusammenhang mit diesem Treffen erinnern?

Eva Netolicka: Eigentlich nicht.

Pilz: Ja. Und dann hat es noch ein zweites Treffen gegeben?

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Wann hat dieses Treffen stattgefunden?

Eva Netolicka: Das war dann im Herbst; aber ich kann den Monat nicht sagen.

Pilz: In welchem Jahr war das?

Eva Netolicka: Auch 1987.

Pilz: Auch 1987. Sie haben das in diesem Schriftsatz von Dr. Hellwagner, glaube ich, eingegrenzt auf Oktober oder November. Ist das richtig?

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Das können Sie mit Sicherheit sagen, daß es entweder im Oktober oder im November war?

Eva Netolicka: Ja.

Pilz: Ja. Und wo hat dieses Treffen jetzt genau stattgefunden?

Eva Netolicka: Das war im Leopold-Gratz-Zimmer.

Pilz: Ja. Und wer hat an diesem Treffen teilgenommen?

Eva Netolicka: Ich kann das nicht mehr sagen.

Pilz: Es waren auf jeden Fall Udo Proksch und Dr. Haider dabei?

Eva Netolicka: Ja, ja.

Pilz: Wie lange hat denn dieses Treffen gedauert?

Eva **Netolicka**: Das war nur zum Mittagessen.

Pilz: Also die beiden haben gemeinsam Mittag gegessen?

Eva **Netolicka**: Ja.

Pilz: Waren im Leopold-Gratz-Salon auch andere Tische besetzt?

Eva **Netolicka**: Nein, da ist nur ein Tisch.

Pilz: Ah, da ist nur ein Tisch?

Eva **Netolicka**: Ja.

Pilz: Ich kenne das nicht so genau. Können Sie diesen Leopold-Gratz-Salon oder -Raum einmal genauer beschreiben?

Eva **Netolicka**: Das ist eine Holztäfelung, dann eine Ledergarnitur, dann ein Tisch mit vier Stühlen und ein Kasten.

Pilz: Gut. — Finden in diesem Raum normalerweise eher vertrauliche Besprechungen statt?

Eva **Netolicka**: Nein, da kann jeder hinein.

Pilz: Da kann jeder hinein.

Aber es kann nur eine Besprechung drinnen stattfinden.

Eva **Netolicka**: Es sind nicht sehr viele Besprechungen dort.

Pilz: Sind eher selten dort Besprechungen?

Eva **Netolicka**: Ja.

Pilz: Das war ein Mittagessen. Können Sie sich erinnern, wie Dr. Haider in den „Club 45“ gekommen ist?

Eva **Netolicka**: Nach meiner Erinnerung von rückwärts.

Pilz: Von rückwärts?

Eva **Netolicka**: Ja.

Pilz: Können Sie das genauer beschreiben? Was heißt das „von rückwärts“? Ist das der Aufgang von der . . . Können Sie das beschreiben?

Eva **Netolicka**: Rückwärts sind die Toiletten und dann die Küchen und das alles.

Pilz: Also da führt praktisch eine Türe . . .

Eva **Netolicka**: Ja, und da gehen die Angestellten hinauf.

Pilz: . . . vom „Club 45“ zu den Toiletten und zur Küche.

Eva **Netolicka**: Ja, bis hinunter, bis in das Kaffeehaus.

Pilz: Und durch diesen Hintereingang, wo man normalerweise zu den Toiletten und in die Küche geht, ist der Dr. Haider gekommen.

Eva **Netolicka**: Ja, man kann ja die Räume von vorne und rückwärts betreten.

Pilz: Auch die Gäste? Können das auch Gäste?

Eva **Netolicka**: Nein, nein.

Pilz: Von wo betreten normalerweise die Gäste den „Club 45“?

Eva **Netolicka**: Vom vorderen Eingang.

Pilz: Also nicht von hinten?

Eva **Netolicka**: Beim normalen Stiegenaufgang. Auch wir.

Pilz: Ist das außergewöhnlich, wenn jemand über den Hintereingang den „Club 45“ betritt?

Eva **Netolicka**: Wenn der Herr Proksch jemand geführt hat.

Pilz: Aha! Ist der Herr Dr. Haider von Herrn Proksch dort hereingeführt worden? Haben Sie das gesehen?

Eva **Netolicka**: Nein.

Pilz: Woher wissen Sie das?

Eva **Netolicka**: Das war — beim Hinausgehen auch — normal.

Pilz: Das war normal. Wenn der Herr Proksch mit jemand gekommen ist, war das normal.

Eva **Netolicka**: Ja.

Pilz: Aha! Sagen Sie, wissen Sie, wie lange das Gespräch und dieses Essen ungefähr gedauert haben?

Eva **Netolicka**: Eine Dreiviertelstunde, eine Stunde, so. Aber genau kann man so etwas nie sagen.

Pilz: Hat der Herr Proksch irgendwann einmal etwas über den Inhalt dieses Gespräches gesagt?

Eva **Netolicka**: Zu mir nie.

Pilz: Zu Ihnen nicht. Aber haben Sie irgend etwas gehört über den Inhalt dieses Gespräches? Haben Sie nichts gehört?

Eva **Netolicka**: Wir sind nicht so lange drinnen, wir haben ja . . .

Pilz: Was haben Sie eigentlich während dieses Treffens gemacht?

Eva **Netolicka:** Ich habe die anderen Räume, die muß ich ja auch betreuen. Und meine Tochter war dabei, die hat serviert das Essen mit mir gemeinsam.

Pilz: Ihre Tochter hat mit Ihnen gemeinsam serviert.

Eva **Netolicka:** Ja.

Pilz: Sagen Sie, können Sie noch etwas darüber aussagen, wie oft der Herr Dr. Haider eigentlich im „Club 45“ war?

Eva **Netolicka:** Ich habe ihn zweimal gesehen.

Pilz: Sie haben ihn zweimal gesehen?

Eva **Netolicka:** Ja.

Pilz: Gibt es eigentlich Möglichkeiten, zu überprüfen, ob es noch zusätzliche Treffen gegeben hat?

Eva **Netolicka:** Ich glaube nicht. Der Club kann das nicht.

Pilz: Könnten Sie uns sagen, wie Ihre Tochter heißt.

Eva **Netolicka:** Claudia Hubeny.

Pilz: Bitte, noch einmal.

Eva **Netolicka:** Claudia Hubeny.

Pilz: Hubeny. Könnten Sie das . . ., damit wir es für das Protokoll haben.

Eva **Netolicka:** H, U, weiches B, E, N, Y.

Pilz: Danke. — Könnten Sie — das können wir ja nachher machen — dann auch noch die Adresse zu Protokoll geben. Aber das müssen wir nicht im Moment machen.

Sagen Sie, ist Ihnen irgend etwas bekanntgeworden über sonstige Treffen zwischen Jörg Haider und Udo Proksch?

Eva **Netolicka:** Nein.

Pilz: Ist Ihnen nichts darüber bekanntgeworden?

Eva **Netolicka:** Nein.

Pilz: Gut. Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Rieder. Bitte.

Rieder: Zuerst einmal die Frage: Sie kennen den Herrn Dr. Haider?

Eva **Netolicka:** Ja.

Rieder: Eine Verwechslung ist ausgeschlossen.

Eva **Netolicka:** Ausgeschlossen.

Rieder: Ist ausgeschlossen. — Waren Sie überrascht, als Sie gesehen haben, daß der Herr Dr. Haider mit Herrn Proksch beieinander war?

Eva **Netolicka:** Ja, eigentlich schon.

Rieder: Eigentlich schon?

Eva **Netolicka:** Ja.

Rieder: Ist der Umstand, daß dieses Treffen oder diese Treffen stattgefunden haben, Gesprächsthemata gewesen, hat man darüber gesprochen?

Eva **Netolicka:** Na ja, das haben viele gesehen, nicht. Aber es fällt ja auch nicht auf, weil der Herr Proksch sehr gastfreundlich war und viele Gäste hatte.

Rieder: Aber es ist Ihnen hängengeblieben, weil es eben ungewöhnlich war, daß es der Herr Dr. Haider war.

Eva **Netolicka:** Ja.

Rieder: Wie Sie zuerst gesagt haben, bei dem ersten Treffen im Frühsommer 1987 sind die Herren aufgestanden, als Sie hineingekommen sind.

Eva **Netolicka:** Ja.

Rieder: Waren „die Herren“ der Herr Dr. Haider und der Proksch oder andere auch noch?

Eva **Netolicka:** Ich habe gesagt, daß ich mich nicht mehr erinnern kann, ob jemand dabei war.

Rieder: Sie können es nicht ausschließen, Sie wissen es nicht. Aber es ist Ihnen der Herr Dr. Haider aufgefallen.

Eva **Netolicka:** Mir ist nur aufgefallen . . .

Rieder: Und bei dem zweiten Treffen, das in dem Aktenvermerk genannt ist . . . Da steht in dem Aktenvermerk auch noch, daß eine Frau Michaela Kappl beim Hinausgehen vom Udo Proksch dem Dr. Haider vorgestellt wurde.

Eva **Netolicka:** Ja.

Rieder: Wer ist die Frau Kappl?

Eva **Netolicka:** Die war die ehemalige Sekretärin von Oskar Werner und hat eine Ausstellung

1986 im Club gemacht, über Oskar Werner, und wir haben uns angefreundet.

Rieder: Sie war also eine persönliche Bekannte von Ihnen, oder?

Eva **Netolicka:** Von mir.

Rieder: Und die war zufällig dort, oder?

Eva **Netolicka:** Die hat mich besucht.

Rieder: Die hat Sie besucht, und so ist das zustande gekommen.

Was war dann eigentlich der Anlaß, daß dieser Aktenvermerk am 24. 1. zustande gekommen ist? Haben Sie das dem Dr. Hellwagner einmal erzählt? Wie ist das zustande gekommen?

Eva **Netolicka:** Der Herr Doktor hat mich gefragt, ob ich mich erinnern kann, und ich habe gesagt, ja.

Rieder: Der Dr. Hellwagner hat irgendwie etwas davon gewußt, von diesem Treffen, oder?

Eva **Netolicka:** Das hat ja der Herr Proksch erzählt.

Rieder: Also der Herr Proksch hat sich damit gerühmt, daß auch der Dr. Haider bei ihm war? War das so? Ich frage Sie.

Eva **Netolicka:** Er hat das mehreren Herren erzählt.

Rieder: Und Ihre Tochter, die hat mit Ihnen gemeinsam bei dem zweiten Treffen im Herbst 1987 serviert.

Eva **Netolicka:** Ja.

Rieder: Und Sie haben auch dort mitgeholfen? Oder was war Ihre Aufgabe?

Eva **Netolicka:** Wir müssen ja alles selbst herrichten, nicht.

Rieder: Und das wird von der Küche heraufgebracht, oder wie ist das?

Eva **Netolicka:** Ja.

Rieder: Und über die Gespräche selbst, die geführt wurden, können Sie nichts sagen?

Eva **Netolicka:** Nein.

Rieder: Nein. — Und darüber hat der Herr Proksch auch nichts erzählt?

Eva **Netolicka:** Nein.

Rieder: Er hat sich also nur gerühmt, daß der Herr Dr. Haider bei ihm war. (Die Zeugin nickt.) Ja. — Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke.

Als nächste Frau Dr. Partik-Pablé. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Frau Zeugin, wie ist es überhaupt zu diesem Aktenvermerk gekommen? Können Sie uns das erzählen?

Eva **Netolicka:** Der Herr Doktor ist gekommen . . .

Helene Partik-Pablé: Welcher Herr Doktor?

Eva **Netolicka:** Dr. Hellwagner. — . . . und hat gefragt, ob ich mich erinnern kann, und ich habe gesagt, ja.

Helene Partik-Pablé: Was hat er Sie gefragt, ob Sie sich woran erinnern können?

Eva **Netolicka:** Ob der Herr Dr. Haider beim Herrn Udo war und in den Clubräumen.

Helene Partik-Pablé: Und wann hat er Sie das gefragt?

Eva **Netolicka:** Im Jänner.

Helene Partik-Pablé: Welchen Jahres?

Eva **Netolicka:** Heuer, als das aufgenommen wurde.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt: Ja! Und was war dann?

Eva **Netolicka:** Er hat gefragt, ob ich das bezeuge.

Helene Partik-Pablé: Und was war dann?

Eva **Netolicka:** Ich habe gesagt: ja.

Helene Partik-Pablé: Und weiter?

Eva **Netolicka:** Ich habe mich dann nicht so drum gekümmert.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt: Ja!

Eva **Netolicka:** Ja. Und er hat gesagt, er schickt mir ein Protokoll und ob das richtig ist.

Helene Partik-Pablé: Gut. Also Sie haben nur gesagt: Ja, ich habe Dr. Haider gesehen.

Eva **Netolicka:** Gesehen.

Helene Partik-Pablé: Wer hat das Datum festgelegt? Das haben Sie dann gesehen aus dem Aktenvermerk?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Sie haben den Aktenvermerk bekommen?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Hat es nachher noch ein Gespräch gegeben?

Eva Netolicka: Nein. Erst gestern habe ich mir den Aktenvermerk noch einmal durchgelesen und habe gesagt: Das zweite Mal war ein Essen.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, was haben Sie gesagt?

Eva Netolicka: Nicht das erste Mal war das Essen, sondern das zweite Mal.

Graff: Entschuldigen Sie, damit das klar ist: War das Essen nicht das erste Mal? Verstehen wir das richtig?

Eva Netolicka: Ja. Ich habe gesagt, ich will das korrigieren.

Helene Partik-Pablé: Das heißt also, Sie haben auf die Frage: Haben Sie Dr. Haider im Club gesehen? nur gesagt: Ja.

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Der Herr Dr. Hellwagner hat dann diesen Aktenvermerk mit seinen eigenen Worten geschrieben (Eva Netolicka: Ja!) und hat Ihnen eine Kopie . . .

Eva Netolicka: . . . und hat mir dann eine Kopie . . .

Helene Partik-Pablé: . . . hat Ihnen dann eine Kopie geschrieben?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wann haben Sie die Kopie bekommen?

Eva Netolicka: Ein paar Tage nachher.

Helene Partik-Pablé: Ein paar Tage nachher?

Eva Netolicka: So drei, vier Tage.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie nicht gleich gesagt, daß das nicht stimmt?

Eva Netolicka: Ich habe das nicht so oft durchgelesen.

Helene Partik-Pablé: Und beim ersten Mal Durchlesen?

Eva Netolicka: Ich habe das nur flüchtig . . . ich habe das gestern noch einmal durchstudiert.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie dem Herrn Dr. Hellwagner überhaupt erzählt, wie das genau war?

Eva Netolicka: O ja.

Helene Partik-Pablé: Bis jetzt haben Sie gesagt, ja haben Sie gesagt.

Eva Netolicka: Ich habe gesagt: Ja. Und er hat gesagt: Wann? Und ich habe gesagt: Meiner Erinnerung nach im Frühsommer oder Sommer und im Herbst.

Helene Partik-Pablé: Wieso wissen Sie das so genau, oder glauben Sie, es so genau zu wissen?

Eva Netolicka: Das ist aufgefallen.

Helene Partik-Pablé: Was ist aufgefallen, bitte?

Eva Netolicka: Daß der Herr Doktor da war, und Filmaufnahmen waren unten zu dem Zeitpunkt.

Helene Partik-Pablé: Was für Filmaufnahmen waren dort?

Eva Netolicka: Na ja, die sind oft im Salon und im ersten Stock.

Helene Partik-Pablé: Aber ich möchte gerne wissen, wieso Sie sich erinnern konnten, daß es im Sommer war? Sie haben gesagt: Das ist aufgefallen.

Eva Netolicka: Meine Erinnerung ist, daß die Herren das erste Mal keinen Mantel getragen haben. Davon bin ich ausgegangen.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie haben die Leute nicht hereinkommen sehen?

Eva Netolicka: Nein.

Helene Partik-Pablé: Wieso wissen Sie dann, daß sie keinen Mantel angehabt haben? Die hätten ja den Mantel unten auch haben können, nicht?

Eva Netolicka: Im Haus?

Helene Partik-Pablé: Im Haus, im Kaffeehaus, nicht?

Eva Netolicka: Sicher.

Helene Partik-Pablé: Wäre das möglich gewesen?

Eva Netolicka: Wäre möglich.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, die Herren sind über irgendeinen Hintereingang — ich kenne die Räumlichkeiten nicht — gekommen.

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und Sie haben gesagt, da führt eine Stiege hinunter ins Kaffeehaus.

Eva Netolicka: Ja, bis hinunter.

Helene Partik-Pablé: Also es gibt zwei Eingänge, vom Gang aus — ist das richtig? (Eva Netolicka: Ja.) —, da geht von der Straße aus eine Türe herein (Eva Netolicka: Ja!), und da geht man im Stiegenhaus rauf. Steht da groß dann „Club 45“, oder wie ist das? Wie erkennt man, daß man sich im „Club 45“ befindet?

Eva Netolicka: Wenn Sie ins Demel-Haus hineingehen, da hat man die Schilder, die Knöpfe . . . beziehungsweise Club oder erster Stock — erster Stock nicht mehr, weil jetzt der Demel drinnen ist, sondern Demel-Salon —, „Club 45“, dort läutet man. (Zwischenruf.) Beim Haustor geht man hinein, dann vor, man hat diese Schilder vor sich, die große Türe, die in einen Hof geht und dann in die Backstube, und links ist der Aufgang, den wir benützen.

Helene Partik-Pablé: Gut. Wenn ich unten beim Haustor drücke „Club 45“, dann weiß ich, daß ich jetzt in den dritten Stock gehen muß.

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wenn ich vom Kaffeehaus hineingehe, vom Demel-Kaffeehaus, kann ich auch in die oberen Räumlichkeiten kommen?

Eva Netolicka: Auch.

Helene Partik-Pablé: Sie sagen, die Herren sind von dort gekommen.

Eva Netolicka: Ja, weil der Herr Udo . . . Das war üblich bei ihm.

Helene Partik-Pablé: Wie, bitte?

Eva Netolicka: Das war bei ihm üblich, er hat das Haus gezeigt und so.

Helene Partik-Pablé: Er hat das Haus hergezeigt.

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und Sie haben gesehen, daß die Leute unten vom Kaffeehaus gekommen sind, der Dr. Haider und der Proksch.

Eva Netolicka: Das habe ich nicht gesehen.

Helene Partik-Pablé: Diese Stiege rauf? Sie haben nämlich zuerst gesagt . . .

Eva Netolicka: Er hat immer die Türe benützt, aber von wo, kann ich nicht sagen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben nämlich zuerst gesagt . . .

Graff: Gibt es zwei Stiegen oder eine Stiege? Damit es ganz klar ist. Eine Stiege vom Haustor. Gibt es hinten auch noch eine Stiege?

Eva Netolicka: Sie können durch die Backstube gehen, und dann kann man von rückwärts auch hinauf.

Graff: Ist das auch eine Stiege?

Eva Netolicka: Auch eine Stiege.

Graff: Danke schön.

Helene Partik-Pablé: Und wohin führt die Stiege? Ins Kaffeehaus?

Eva Netolicka: Ins Kaffeehaus.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung. Bitte, Herr Dr. Gaigg.

Gaigg (zur Geschäftsordnung): Die Zeugin hat gesagt, sie hat die Herren nicht hereinkommen gesehen, und Sie haben ihr jetzt etwas anderes vorgehalten.

Eva Netolicka: Ich habe nur gesagt: Es war üblich, daß Herr Udo Proksch von rückwärts raufgekommen ist.

Helene Partik-Pablé: Also Sie wissen nicht, woher die Leute gekommen sind, der Dr. Haider und der Udo Proksch, Sie haben es nicht gesehen? Bitte, ist das richtig?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: In dem Aktenvermerk steht aber drinnen, daß der Herr Dr. Haider zusammen mit Udo Proksch von der rückwärtigen Eingangstüre die Clubräume betreten hat.

Eva Netolicka: Na ja, meistens. Immer ist er so gekommen.

Helene Partik-Pablé: Aber jetzt haben Sie gesagt, Sie haben sie nicht kommen sehen. Es ist also nicht richtig, was in dem Aktenvermerk steht?

Eva Netolicka: Ich habe gesagt, es ist üblich, daß der Herr Proksch von dort immer gekommen ist.

Helene Partik-Pablé: Hier steht aber: „Herr Dr. Haider betrat zusammen mit Udo Proksch von der

rückwärtigen Eingangstüre die Clubräume.“ Das ist dann nicht richtig, weil Sie es nicht gesehen haben, nicht?

Eva Netolicka: Zumindest meine Erinnerung ist, daß er immer von dort gekommen ist.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber Sie haben heute gesagt, Sie haben es nicht gesehen.

Eva Netolicka: Ich kann mich nicht mehr erinnern.

Helene Partik-Pablé: Na ja, Sie haben aber dann eigentlich geduldet, daß in dem Aktenvermerk etwas niedergeschrieben wird, was Sie gar nicht gesehen haben.

Haben Sie eigentlich auch mit dem Herrn Dr. Demel über diesen Aktenvermerk gesprochen?

Eva Netolicka: Überhaupt nicht.

Helene Partik-Pablé: Noch einmal zurückkommend auf die Zeit. Wieso können Sie sagen, daß die Herrschaften, also Haider und Proksch, im Frühsommer nur kurz dagewesen sind? Haben Sie sie kommen sehen?

Eva Netolicka: Nein, sie sind schon drinnen gewesen, und ich bin hineingekommen, und sie sind aufgestanden, sind weggegangen. Das habe ich gesagt.

Helene Partik-Pablé: Ja. Aber wieso wissen Sie dann, daß das Gespräch nur kurz war oder überhaupt über die Länge des Gesprächs Bescheid?

Eva Netolicka: Wir kommen ja immer durch.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung. Bitte.

Fuhrmann (zur Geschäftsordnung): Der Vorhalt ist nicht richtig, Frau Kollegin. Bitte, korrekt vorzuhalten! Die Frau Netolicka hat gesagt, es war nur kurz, als sie drinnen war, wie die Herren beisammen waren. Sie hat nicht gesagt, daß das Gespräch als solches kurz war. Bitte, das korrekt vorzuhalten!

Helene Partik-Pablé: Sie hat gesagt, es war nur kurz.

Eva Netolicka: Ich bin hineingekommen, und die sind weggegangen.

Helene Partik-Pablé: Also über die Länge des Gespräches wissen Sie nichts?

Eva Netolicka: Nein. Das kann nur kurz gewesen sein, denn wir müssen ja durchgehen, wir kommen ja öfter hinein.

Helene Partik-Pablé: Sie haben sie aber nicht kommen sehen?

Eva Netolicka: Nein.

Helene Partik-Pablé: Jetzt noch einmal zurückkommend auf die Zeit. Sie haben gesagt, es war Sommer 1987, das steht im Aktenvermerk. Heute sagen Sie, Frühsommer war es.

Eva Netolicka: Ich habe gesagt: entweder Frühsommer oder Sommer. Ich habe deshalb Sommer gesagt, weil die Herren keine Mäntel angehabt haben, und so habe ich mir das aus meiner Erinnerung . . .

Helene Partik-Pablé: Sie haben es sich zusammengereimt, nicht?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Es hätte aber durchaus möglich sein können — um das noch einmal zu fragen —, daß die Mäntel unten im Kaffeehaus waren.

Eva Netolicka: Das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Hätte es sein können?

Eva Netolicka: Na, sein können schon.

Helene Partik-Pablé: Nach den Räumlichkeiten zu schließen, führt eine Treppe vom „Club 45“ runter ins Kaffeehaus. Ist das richtig?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Sie haben noch gesagt, es war auch die Frau Kappl dabei.

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und zwar anläßlich — beim zweiten Mal — einer Ausstellung, die dort war. (Fuhrmann: Zur Geschäftsordnung!) Einer Vernissage, einer Ausstellung.

Obmann Steiner: Bitte, zur Geschäftsordnung.

Fuhrmann (zur Geschäftsordnung): Zur Geschäftsordnung muß ich wieder den Vorhalt machen, daß dieser Vorhalt an die Zeugin nicht richtig ist. Die Zeugin hat erklärt, sie hat die Frau Kappl anläßlich einer Ausstellung über Oskar Werner kennengelernt, sie haben sich dabei angefreundet, und an diesem Tag ist die Frau Kappl die Zeugin besuchen gekommen. Ich bitte daher, den Vorhalt, Frau Kollegin, korrekt zu machen.

Obmann Steiner: Bitte, Frau Doktor.

Helene Partik-Pablé: Es ist absolut unzulässig, wenn ununterbrochen mir etwas vorgehalten wird, sondern wenn es nicht stimmt, dann soll die Zeugin darauf antworten.

Obmann Steiner: Bitte, Frau Doktor, die Zeugenvorhaltungen müssen sicherlich korrekt erfolgen, darüber gibt es keinen Zweifel. Bitte machen Sie sich die Notizen, damit es dann Zeugenvorhaltungen sind, die den Tatsachen entsprechen. Bitte fahren Sie fort.

Helene Partik-Pablé: Wann war diese Ausstellung in den Klubräumlichkeiten, von der Sie vorher gesprochen haben?

Eva Netolicka: Ich glaube, 1986, nur kann ich jetzt den Zeitpunkt nicht genau sagen.

Helene Partik-Pablé: Wieso wissen Sie das nicht mehr genau, aber Sie können sich genau daran erinnern, als Dr. Haider dort war? (Ruf: Er ist eine eindrucksvolle Persönlichkeit!) Nicht einflüstern, bitte.

Eva Netolicka: Der Herr Dr. Haider fällt doch auf. (Heiterkeit.)

Helene Partik-Pablé: War der Besuch Dr. Haider in einem zeitlichen Zusammenhang mit dieser Ausstellung? Können Sie das einordnen? Oder war das lange vorher oder nachher?

Eva Netolicka: Es war lange nachher.

Helene Partik-Pablé: Was ist lange?

Eva Netolicka: 1986 war die Ausstellung, und es hat das mit der Ausstellung überhaupt nichts zu tun gehabt.

Helene Partik-Pablé: An die Ausstellung können Sie sich noch erinnern? (Eva Netolicka: Natürlich!) An den Zeitpunkt, wann Dr. Haider dort war, können Sie sich aber nur insofern erinnern, als er keinen Mantel getragen hat, aber . . . (Graff: So geht es wirklich nicht! — Zwischenruf Rieder.) Also bitte, das ist ja unmöglich, Herr Dr. Rieder. (Weitere Zwischenrufe.)

Obmann Steiner: Frau Doktor, bitte formulieren Sie jetzt Ihre Frage noch einmal! (Neuerliche Zwischenrufe.) Frau Dr. Partik-Pablé ist am Wort!

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, Sie haben daraus geschlossen, daß es ein Frühsommer- oder Sommertermin war, daß die Herren keine Mäntel angehabt haben. Ist das richtig?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Ich habe Sie jetzt gefragt: Sie können sich zwar erinnern an den Oktober 1986, daß da die Ausstellung war, im Herbst 1986 war die Ausstellung . . .

Eva Netolicka: Ich habe nicht gesagt: Oktober 1986.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung: Herr Dr. Rieder.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Es tut mir leid, Frau Kollegin Partik-Pablé, aber ich muß zur Feststellung kommen, daß jeder Ihrer Vorhalte inhaltlich unrichtig ist — und ich vermute dahinter Methode.

Obmann Steiner: Frau Doktor, bitte fahren Sie fort!

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt: Im Herbst 1986 war die Ausstellung.

Eva Netolicka: Nein.

Rieder: Nein, das hat sie nicht gesagt. (Graff: Stimmt doch nicht!)

Helene Partik-Pablé: Aber natürlich hat sie das gesagt!

Eva Netolicka: Im Jahre 1986.

Helene Partik-Pablé: Wann war es dann 1986?

Eva Netolicka: Ich habe gesagt, das kann ich nicht genau sagen.

Helene Partik-Pablé: Das können Sie nicht genau sagen. (Elmecker: Da war der Haider noch nicht Obmann!) Das ist uninteressant, es geht jetzt darum, zu lokalisieren.

Wie ist es eigentlich dazu gekommen — Sie haben das schon erzählt —, daß Herr Dr. Hellwagner diesen Aktenvermerk gemacht hat? — In diesem Aktenvermerk steht, daß Sie im Sommer 1987 das Mittagessen serviert haben.

Eva Netolicka: Ja, und ich habe das korrigiert und habe gesagt: Beim zweiten Treffen war das Mittagessen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie serviert oder hat Ihre Tochter serviert? (Zwischenruf Fuhrmann.) Sagen Sie ihr nicht vor, bitte, das ist ja wirklich unmöglich!

Eva Netolicka: Wir beide, ich habe es gesagt.

Obmann Steiner: Entschuldigung. Frau Doktor: Sie haben gestern bei einer Geschäftsordnungs-Sitzung gesagt, ich soll jedesmal darauf aufmerksam machen, wenn jemand Fragen stellt, die schon beantwortet wurden: Ich möchte das hiermit tun!

Bitte fahren Sie fort!

Helene Partik-Pablé: Es steht nämlich hier im Aktenvermerk „Ich habe ein Mittagessen serviert“.

Eva Netolicka: Ich oder wir: Wir gehen hinein, entweder richtet meine Tochter die Teller, oder wir sind auch beide drinnen, oder es serviert eine.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie, als der Aktenvermerk aufgenommen worden ist, nicht erwähnt, daß auch noch Ihre Tochter dabei war? Sind Sie gefragt worden von Dr. Hellwagner, ob noch jemand dabei war?

Eva Netolicka: Das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sich nicht mehr daran erinnern?

Eva Netolicka: Das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sich noch daran erinnern, daß Sie Dr. Hellwagner gefragt hat, ob noch jemand dabei war? (Fuhrmann: Wenn sie sich nicht mehr erinnern kann!) Herr Vorsitzender, ich halte das wirklich für unmöglich, daß hier immer . . .

Obmann Steiner: Ich muß wirklich alle Kollegen bitten: Lassen wir die Frau Doktor ihre Fragen stellen, und wenn sich die Notwendigkeit ergibt, werde ich mir gestatten, sie auf irgend etwas aufmerksam zu machen.

Bitte, Frau Doktor.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie Dr. Hellwagner nicht gesagt, daß Ihre Tochter auch serviert hat?

Eva Netolicka: Ich habe darüber gar nicht nachgedacht, denn Dr. Hellwagner weiß, daß meine Tochter dabei ist. Ich habe gesagt: Die Michaela Kappl war dabei, weil sie auf Besuch da war.

Helene Partik-Pablé: Ist Ihre Tochter ständig im Club?

Eva Netolicka: Sie ist ja die Hauptangestellte; ich bin jetzt nur mehr teilzeitbeschäftigt.

Helene Partik-Pablé: Und wie war das im Jahre 1987?

Eva Netolicka: Da war ich auch teilzeitbeschäftigt, und zwar über Mittag.

Helene Partik-Pablé: An jedem Tag?

Eva Netolicka: An jedem Tag, oder ich fahre weg — aber ich bin gemeldet.

Helene Partik-Pablé: Es geht mir eigentlich nicht um die Meldung. (Graff: Das ist bei der FPÖ nicht so wichtig!) Sie haben gesagt: an jedem Tag, oder ich fahre weg. — Unsere Angestellten sind alle gemeldet, Herr Dr. Graff.

Obmann Steiner: Bitte, lassen Sie die Frau Doktor jetzt wirklich ihre Fragen stellen.

Bitte, Frau Doktor!

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, Sie sind jeden Tag dort oder Sie fahren weg.

Eva Netolicka: Ja, ich mache hie und da eine kleine Reise. Und dann ist die Tochter wieder allein dort, aber ich war dort, als Herr Dr. Haider kam.

Helene Partik-Pablé: Also das heißt, Sie sind nicht jeden Tag im Club?

Eva Netolicka: Nur zwei-, dreimal im Jahr bin ich weg.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie können sich ganz genau daran erinnern, daß Sie an dem Tag, an dem Sie Dienst gehabt haben, zu zweit gearbeitet haben, als der Dr. Haider da war.

Eva Netolicka: Beim ersten Mal nicht, da war ich allein.

Helene Partik-Pablé: Beim ersten Mal waren Sie allein. (Eva Netolicka: Ja!) Das ist mir jetzt eigentlich nicht ganz klar. Beim ersten Mal, das war im Sommer?

Eva Netolicka: Ich habe ihn allein gesehen.

Helene Partik-Pablé: Und wer hat jetzt das Mittagessen serviert? Sie haben gesagt: zu zweit. (Zwischenrufe: Das hat sie nicht gesagt!)

Obmann Steiner: Bitte, Frau Doktor, dieser Vorhalt ist wieder nicht richtig. Bitte sehen Sie noch einmal in Ihren Notizen nach!

Helene Partik-Pablé: Also erzählen Sie mir, wie das beim ersten Mal war.

Eva Netolicka: Ich habe das korrigiert, daß das Mittagessen im Herbst stattgefunden hat.

Helene Partik-Pablé: Und wieso steht dann überhaupt da: Eine Stunde waren die im Club und haben Gespräche geführt? Wieso steht das im Aktenvermerk?

Eva Netolicka: Ich habe gesagt: Wie lange wird ein Mittagessen dauern? — Ungefähr eine Dreiviertelstunde bis eine Stunde.

Helene Partik-Pablé: Das haben Sie dem Dr. Hellwagner gesagt?

Eva Netolicka: Ja, das habe ich gesagt.

Helene Partik-Pablé: Sie haben eigentlich überhaupt nicht reagiert, daß dieser Aktenvermerk teil-

weise falsch ist, als Sie ihn von Dr. Hellwagner bekommen haben?

Eva Netolicka: Ich habe korrigiert, daß das Mittagessen beim zweiten Mal war.

Helene Partik-Pablé: Wann haben Sie das ihm gegenüber korrigiert?

Eva Netolicka: Ich habe das gestern noch einmal durchgelesen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit ihm gesprochen?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wann?

Eva Netolicka: Gestern.

Helene Partik-Pablé: Was haben Sie mit ihm gesprochen?

Eva Netolicka: Ich habe gesagt, mir fällt auf: Das erste Mal haben sie nichts gegessen, nichts konsumiert, sondern das zweite Mal.

Helene Partik-Pablé: Und was hat Dr. Hellwagner darauf gesagt?

Eva Netolicka: Das soll ich korrigieren.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie Dr. Hellwagner gestern angerufen oder wie ist es zu dem Gespräch gekommen?

Eva Netolicka: Ich war im Club.

Helene Partik-Pablé: Und der Herr Dr. Hellwagner war dort?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und wer hat angefangen mit dem Gespräch?

Eva Netolicka: Ich.

Helene Partik-Pablé: Und wie ist das Gespräch abgelaufen?

Eva Netolicka: Er hat nur gesagt: Gut, daß Sie mir das sagen, bitte korrigieren Sie das!

Helene Partik-Pablé: Also Sie sind mit dem Aktenvermerk zu ihm gegangen?

Eva Netolicka: Natürlich.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie den Aktenvermerk noch einmal mit ihm durchbesprochen?

Eva Netolicka: Überhaupt nicht, ich habe ihm nur das gesagt.

Helene Partik-Pablé: Und die Frau Kappl? Können Sie einmal sagen, wann das war, als die Frau Kappl dort war? Können Sie das noch einmal genau sagen?

Eva Netolicka: Das war das zweite Mal.

Helene Partik-Pablé: Wieso ordnen Sie das in diese Zeit ein? Ich möchte nicht wieder den Vorwurf bekommen, einen falschen Vorhalt zu machen: Sie haben nämlich zuerst gesagt, es war im Herbst 1987, den Monat können Sie nicht sagen, haben Sie zuerst gesagt. Dann ist Ihnen der Aktenvermerk vorgelesen worden, und da steht drinnen: Oktober oder November, und dann haben Sie gesagt, ja, das war es . . .

Eva Netolicka: Ich habe geglaubt, eher Oktober . . .

Helene Partik-Pablé: Wieso haben Sie aber zuerst gesagt, Sie können den Monat nicht sagen?

Eva Netolicka: Ich habe gesagt, ich kann es nicht genau sagen.

Helene Partik-Pablé: Und wieso haben Sie es dann plötzlich doch sagen können?

Eva Netolicka: Denn der Zeitpunkt zwischen dem ersten und zweiten Mal, das ist in meiner Erinnerung . . .

Helene Partik-Pablé: Was war der Anhaltspunkt?

Eva Netolicka: Sie haben ja selbst gesagt, Frau Doktor, daß ich mir das so zusammengedacht habe.

Helene Partik-Pablé: Was war der Anhaltspunkt?

Eva Netolicka: Der Anhaltspunkt?

Helene Partik-Pablé: Ja, Ihr Anhaltspunkt dafür, daß es der Herbst 1987 war. Zuerst war es: weil die Herren keinen Mantel gehabt haben, und was war dann der Anhaltspunkt? (Pilz: Aber das stimmt ja nicht!) Aber natürlich stimmt es! Bitte, das hat doch die Zeugin bestätigt. (Pilz: Aber doch nicht im Herbst 1987 . . .!) Jetzt seien Sie (zu Pilz) einmal ruhig!

Eva Netolicka: Frau Doktor, ich war nur der Meinung, daß das ein paar Monate später gewesen sein muß.

Helene Partik-Pablé: Ein paar Monate später.

Eva Netolicka: Aber genaue Angaben kann ich da nicht geben, ich habe darüber nicht Buch geführt.

Helene Partik-Pablé: Ja, das ist schon klar. — Das ist der einzige Anhaltspunkt, daß das Oktober oder November war, daß es ein wenig später war?

Eva Netolicka: Schauen Sie, wir waren da im Club beisammen, und ich habe immer als Anhaltspunkte irgendein Fest, oder dies oder das . . .

Helene Partik-Pablé: Und was war dann im Oktober oder November 1987 für ein Anhaltspunkt? Was war da für ein Fest oder irgend etwas?

Eva Netolicka: Da haben wir Einladungen gemacht.

Helene Partik-Pablé: Welche Einladung?

Eva Netolicka: Da gibt es so viele.

Helene Partik-Pablé: Sie haben zuerst gesagt, Sie haben als Anhaltspunkt irgendeine Einladung, und wenn ich Sie dann konkret frage, welche Einladung war Anhaltspunkt für den Herbst . . .

Eva Netolicka: Ich weiß nur: Vom ersten bis zum zweiten Mal war ein längerer Zeitraum, und ich habe mir das zusammen . . ., wie Sie selber gesagt haben.

Helene Partik-Pablé: Zuerst haben Sie gesagt, für Sie sind Feierlichkeiten oder Festivitäten, wie immer man das nennen möchte, Veranstaltungen sind für Sie ein Anhaltspunkt. Ich habe Sie dann konkret gefragt, welchen Anhaltspunkt haben Sie für den Herbst 1987, und dann sagen Sie: Es war so vieles.

Eva Netolicka: Ja, weil meistens September, Oktober fängt das an, daß eine Veranstaltung nach der anderen stattfindet; an diesen Zeitraum kann ich mich erinnern.

Helene Partik-Pablé: Welche Anhaltspunkte haben Sie, daß es 1987 war?

Eva Netolicka: 1986 ist zu lang . . .

Helene Partik-Pablé: Was heißt: Das ist zu lang?

Eva Netolicka: Um sich daran zu erinnern, ob er gegessen hat oder nicht. 1986, glaube ich nicht. Das ist in meiner Erinnerung.

Helene Partik-Pablé: Was ist in Ihrer Erinnerung?

Eva Netolicka: Daß es 1987 war.

Helene Partik-Pablé: Aber wieso ist gerade 1987 in Erinnerung und 1986 nicht?

Eva Netolicka: Das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Das können Sie nicht sagen. Aber daß eine Ausstellung im Jahre 1986 war, daran können Sie sich schon noch erinnern.

Eva Netolicka: Ich kann mich an viele Veranstaltungen erinnern.

Helene Partik-Pablé: Daß Dr. Haider kommt, war für Sie eine Überraschung und etwas Außergewöhnliches, aber den Zeitpunkt, warum das gerade 1987 war, daß Sie sich daran erinnern können, den können Sie nicht näher konkretisieren, wie gesagt: Ihre Anhaltspunkte?

Eva Netolicka: Nein, denn da könnte ich mich dann an den Tag auch genau erinnern, nicht? Es ist das nur in meiner Erinnerung.

Helene Partik-Pablé: Hat Dr. Hellwagner Sie darauf aufmerksam gemacht, daß das 1987 gewesen sein könnte?

Eva Netolicka: Nein.

Helene Partik-Pablé: Also 1987 ist von Ihnen gekommen?

Eva Netolicka: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und beide Daten: Sommer und Herbst?

Eva Netolicka: Auch.

Helene Partik-Pablé: Kann es eventuell im Herbst 1986 gewesen sein? — Kann nicht gewesen sein, das schließen Sie aus.

Eva Netolicka: Das schließe ich aus.

Helene Partik-Pablé: Und warum nicht? (Pilz: Das vierte Mal!)

Eva Netolicka: Ich bilde mir ein, das ist zu lang, daß ich mich wieder erinnere an 1986, ob er da da war.

Helene Partik-Pablé: Sie glauben, Sie können sich nicht daran erinnern, was 1986 war? — Gut. Danke.

Eva Netolicka: Ich habe ihn nur zweimal gesehen.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Frau Netolicka, servieren Sie seit längerer Zeit und regelmäßig in diesen Klubräumen?

Eva Netolicka: Ja.

Ermacora: Und finden öfter Essen in diesen Klubräumen statt?

Eva **Netolicka:** Es gibt ja Mittagstische jeden Tag, also von Montag bis Freitag.

Ermacora: Woher wußten Sie, daß der Besucher an diesen Tagen Dr. Haider gewesen ist?

Eva **Netolicka:** Den kennt man.

Ermacora: Er wurde nicht besonders per Namen erwähnt. Sie haben durch Ihre Kenntnis der österreichischen Politik gewußt: Aha, das ist Dr. Haider! (Eva **Netolicka:** Ja!) Hat Ihre Tochter Dr. Haider vorher gesehen in den Klubräumen oder hat . . .

Eva **Netolicka:** Erst das zweite Mal hat sie ihn gesehen.

Ermacora: Und Sie wissen aber, daß Ihre Tochter Haider vorher nicht gesehen hatte, oder haben Sie darüber nicht gesprochen?

Eva **Netolicka:** Sie hat ihn vorher sicher nicht gesehen.

Ermacora: Die Frau Dr. Partik-Pablé hat hier schon eine Frage gestellt: Wie ist es zur Abfassung des Protokolls gekommen? Ist Herr Dr. Hellwagner zu Ihnen gekommen und hat gesagt, er möchte das besprechen?

Eva **Netolicka:** Er hat gesagt, er nimmt ein Protokoll auf, ob ich mich daran erinnere. Ich habe gesagt, ich habe Dr. Haider zweimal gesehen.

Ermacora: Hat er Ihnen gesagt, warum er das Protokoll braucht?

Eva **Netolicka:** Er hat gesagt, das wird vorgelegt werden.

Ermacora: Hat er gesagt, wo es vorgelegt werden wird?

Eva **Netolicka:** Nein.

Ermacora: Haben Sie Erinnerung daran, daß Sie Herrn Dr. Haider etwa auch im Jahre 1986 in den Klubräumen gesehen hätten?

Eva **Netolicka:** Nein.

Ermacora: Sie sagen, Sie sind sich selbst sicher, daß das Mittagessen im Oktober oder November stattgefunden hat, und Sie sind sich im klaren darüber, daß dieses Mittagessen Ihrer Erinnerung nach, nachdem Sie zum ersten Mal Dr. Haider gesehen haben, stattgefunden hat.

Eva **Netolicka:** Da habe ich ihn das zweite Mal gesehen.

Ermacora: Und da sind Sie sich im klaren, daß zwischen diesen beiden Begegnungen ein Zeitabstand gelegen hat?

Eva **Netolicka:** Ja.

Ermacora: Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke.

Ist niemand mehr zu Wort gemeldet? — Dann danke ich der Frau Zeugin, aber bitte sich noch im Hause aufzuhalten, vielleicht brauchen wir Sie noch zu einer Gegenüberstellung. — Ich danke Ihnen vielmals. (Die Zeugin Eva **Netolicka** verläßt den Sitzungssaal.) (12.20 Uhr)

Darf ich noch kurz mitteilen: Die nächste Frau Zeugin, Frau **Michaela Kappl**, wird mit ihrem Baby kommen. Sie hat keinen Babysitter gefunden. Wir haben aber Vorsorge getroffen, daß ein Arzt hier ist, für den Fall, daß irgend etwas sein sollte.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Michaela Kappl
im Sinne des § 271 StPO**

(12.22 Uhr)

Obmann Steiner: Frau Zeugin, ich begrüße Sie und Ihre kleine Tochter (die Zeugin hält ein Baby im Arm) recht herzlich im Untersuchungsausschuß.

Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeugin vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solche die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.

Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name bitte.

Michaela Kappl: Michaela Kappl, geboren am 13. 12. 1960.

Obmann Steiner: Beruf?

Michaela Kappl: Sekretärin.

Obmann Steiner: Wohnort, bitte?

Michaela Kappl: 3500 Krems, Weinzierl 78.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Sie wissen, warum wir Sie hierher gebeten haben: Das ist wegen dieses Aktenvermerks, der von Dr. Hellwagner aufgenommen wurde. Haben Sie diesen Aktenvermerk gelesen über die Frage der Anwesenheit des Dr. Haider im „Club 45“? Kennen Sie den?

Michaela Kappl: Den Aktenvermerk habe ich nicht gelesen, aber ich habe zu Protokoll gegeben, daß ich anwesend war.

Obmann Steiner: Danke schön.

Als erster zu Wort gemeldet hat sich Herr Dr. Rieder. — Bitte sehr.

Rieder: Frau Kappl! Sie kennen die Frau Eva Netolicka?

Michaela Kappl: Ja.

Rieder: Woher kennen Sie sie?

Michaela Kappl: Ich kenne sie von der Oskar Werner-Ausstellung, die im Jahre 1986 war. Davon bin ich ihr eigentlich nicht begegnet.

Rieder: Und ist seitdem der Kontakt aufrecht?

Michaela Kappl: Ja.

Rieder: Und Sie besuchen sie auch gelegentlich an ihrem Arbeitsplatz?

Michaela Kappl: Ja, das ist richtig.

Rieder: Können Sie sich daran erinnern, daß Sie bei einem der Besuche ein Treffen von Udo Proksch und Dr. Haider gesehen haben?

Michaela Kappl: Ja.

Rieder: Sie kennen Dr. Haider? Eine Verwechslung schließen Sie aus?

Michaela Kappl: Ja.

Rieder: Wann war dieses Treffen, als Sie das gesehen haben?

Michaela Kappl: Meiner Erinnerung nach war das im Jahre 1987.

Rieder: Können Sie es näher einstufen?

Michaela Kappl: Nein, kann ich nicht. Also ich gehe davon aus, daß die Oskar Werner-Ausstellung im Jahre 1986 war, und es war sicher lange Zeit danach. Näher kann ich das nicht sagen.

Rieder: Sie können es auch nicht einstufen innerhalb des Jahres 1987: eher Ende oder . . . ?

Michaela Kappl: Nein, kann ich nicht.

Rieder: War es für Sie überraschend, daß Dr. Haider dort aufgetaucht ist, daß Sie ihn dort gesehen haben?

Michaela Kappl: Ja, sicher.

Rieder: Ist das deshalb in Ihrem Gedächtnis hängengeblieben?

Michaela Kappl: Ja.

Rieder: Können Sie sich noch an irgendwelche Einzelheiten erinnern?

Michaela Kappl: Nein, überhaupt nicht.

Rieder: Sie können also sagen, das war 1987 . . .

Michaela Kappl: Ja.

Rieder: Haben Sie noch in Erinnerung, wer noch bei diesem Treffen . . . ?

Michaela Kappl: In dem Raum war nur anwesend die Frau Netolicka, der Herr Dr. Haider, Herr Udo Proksch und noch ein weiterer Mann, an den ich mich aber nicht mehr erinnere. Ein Sekretär war das, glaube ich, vom Herrn Dr. Haider.

Rieder: Waren die dort längere Zeit, könnten Sie sagen, ob die länger dort waren?

Michaela Kappl: Nein, ich bin dazugekommen; ich hatte den Eindruck, daß sie gerade im Weggehen waren.

Rieder: War das um die Mittagszeit? Können Sie sich daran erinnern?

Michaela Kappl: Es war um die Mittagszeit, ja.

Rieder: Ist Ihnen noch irgend etwas in Erinnerung? Begleitumstände?

Michaela Kappl: Nein, ich erinnere mich eben nur an diese kurze Begegnung.

Rieder: Sind Sie vertraut mit den Gewohnheiten, wie man dort hineinkommt oder wie man weggeht oder so etwas? Sind Ihnen die Räumlichkeiten irgendwie vertraut?

Michaela Kappl: Ja, ich kenne die Räumlichkeiten schon, klar.

Rieder: Aber Sie können nichts Näheres sagen über den Ablauf, wo die weggegangen sind und so weiter?

Michaela Kappl: Nein.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Wann war die Oskar Werner-Ausstellung?

Michaela **Kappl**: Im Jahr 1986, im Mai.

Helene Partik-Pablé: Im Mai 1986.

Michaela **Kappl**: Ja, das genaue Datum habe ich jetzt nicht in Erinnerung. Sie dauerte ungefähr einen Monat.

Helene Partik-Pablé: Im Mai 1986, also einen Monat; im Juni 1986 zu Ende. Sie haben gesagt, lange Zeit danach haben Sie Jörg Haider im „Club“ gesehen.

Michaela **Kappl**: Ja.

Helene Partik-Pablé: Was ist lange Zeit danach?

Michaela **Kappl**: Daß ich das eben in Erinnerung habe — ich weiß, daß das fiktiv ist — diese längere Zeit, und deswegen schließe ich eben auf 1987. . . .

Helene Partik-Pablé: Warum schließen Sie darauf, daß es 1987 war?

Michaela **Kappl**: Das habe ich ja bereits gesagt: Das ist rein von meinen Erinnerungen her.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, es ist lange Zeit danach gewesen, aber zum Beispiel Dezember ist auch lang, von Mai bis Dezember. Warum schließen Sie. . .

Michaela **Kappl**: Ich kann das sicher nicht mehr mit Bestimmtheit sagen, ob es 1986 oder 1987 war, aber ich persönlich schließe eben auf 1987 eher, weil mir die Zeitspanne. . . .

Helene Partik-Pablé: Wann würden Sie das einordnen, wann es 1987 war: Anfang oder am Ende des Jahres?

Michaela **Kappl**: Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Also ich würde sagen: entweder war es Spätherbst oder Frühjahr.

Helene Partik-Pablé: 1987?

Michaela **Kappl**: Ja, Frühjahr 1987.

Helene Partik-Pablé: Aber mir ist eigentlich nicht ganz klar, woraus Sie das schließen. Welche Anhaltspunkte gibt es dafür?

Michaela **Kappl**: Ich habe Herrn Dr. Haider weggehen sehen mit einem Mantel; Herr Udo Proksch hatte diesmal kurze Ärmeln, also daraus

ziehe ich meine Schlüsse, eben aufgrund der Kleidung.

Helene Partik-Pablé: Aber woraus schließen Sie, daß das 1987 war? Welche Anhaltspunkte haben Sie dafür, daß es 1987 war?

Michaela **Kappl**: Das habe ich Ihnen ja gesagt: prinzipiell keine. Das habe ich ja gesagt, daß das nur eine Annahme von mir ist; ich kann mich nur insofern daran erinnern.

Helene Partik-Pablé: Können Sie ausschließen, daß es Ende 1986 war?

Michaela **Kappl**: Nein, kann ich nicht: also 1986/87.

Helene Partik-Pablé: Also das können Sie nicht ausschließen. — Haben Sie mit Frau Netolicka über den Aktenvermerk gesprochen?

Michaela **Kappl**: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wann?

Michaela **Kappl**: Das war vor zwei Wochen.

Helene Partik-Pablé: Und aus welchem Anlaß?

Michaela **Kappl**: Man hat mir mitgeteilt, daß im Aktenvermerk mein Name erwähnt wird.

Helene Partik-Pablé: Wer hat Ihnen das mitgeteilt?

Michaela **Kappl**: Frau Netolicka.

Helene Partik-Pablé: Wann?

Michaela **Kappl**: Vor zwei Wochen zirka; ich weiß den Termin nicht mehr, ich habe mir das nicht aufgeschrieben.

Helene Partik-Pablé: Waren Sie da im „Club“ oder hat sie Sie angerufen?

Michaela **Kappl**: Nein, telefonisch.

Helene Partik-Pablé: Sie hat Sie angerufen?

Michaela **Kappl**: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, wann der Aktenvermerk angelegt worden ist?

Michaela **Kappl**: Nein, das weiß ich auch nicht.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit Herrn Dr. Hellwagner Kontakt gehabt? Kennen Sie ihn?

Michaela **Kappl**: Ja, ich kenne ihn auch vom „Club“.

Helene Partik-Pablé: Sind Sie ständiger Besucher im „Club“?

Michaela Kappl: Nein.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie waren öfter dort?

Michaela Kappl: Ja, ich war öfter dort, das ist richtig.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie mit Hellwagner über den Aktenvermerk gesprochen?

Michaela Kappl: Habe ich nicht, nein. Er hat mir nur mitgeteilt, daß mein Name drinnen vermerkt ist.

Helene Partik-Pablé: Wann hat er Ihnen das mitgeteilt?

Michaela Kappl: Mit Dr. Hellwagner habe ich zuletzt vor einer Woche telefoniert.

Helene Partik-Pablé: Und wann hat er Ihnen mitgeteilt, daß Ihr Name im Aktenvermerk steht?

Michaela Kappl: Eben in diesem Zusammenhang.

Helene Partik-Pablé: Was war denn der Anlaß für das Telefonat?

Michaela Kappl: Kein besonderer an sich.

Helene Partik-Pablé: War Anlaß, daß der Aktenvermerk . . .

Michaela Kappl: Ja, sicher, ich nehme es an. Es war sonst nichts zu besprechen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie damals schon gewußt, daß Sie geladen werden?

Michaela Kappl: Ich habe es angenommen daraufhin.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie schon gewußt, daß Sie geladen werden, als Sie telefoniert haben?

Michaela Kappl: Nein. Ich habe die Ladung am Dienstag dieser Woche bekommen.

Helene Partik-Pablé: Und das Gespräch mit Hellwagner war vorher?

Michaela Kappl: Ja, das war vorher. Da war es aber noch nicht klar ersichtlich, ob ich geladen werde oder nicht.

Helene Partik-Pablé: Hat Dr. Hellwagner Ihnen gesagt, daß Sie möglicherweise als Zeuge einvernommen werden?

Michaela Kappl: Ja.

Helene Partik-Pablé: Hat er eigentlich erwähnt, warum dieser Aktenvermerk angefertigt worden ist?

Michaela Kappl: Nein.

Helene Partik-Pablé: Sie haben darüber überhaupt nicht gesprochen?

Michaela Kappl: Nein, haben wir nicht.

Helene Partik-Pablé: Hat die Frau Netolicka eine Erwähnung Ihnen gegenüber gemacht, warum dieser Aktenvermerk gemacht worden ist?

Michaela Kappl: Nein, auch nicht.

Helene Partik-Pablé: Hat die Frau Netolicka Ihnen gegenüber erwähnt, wie oft Dr. Haider im „Club“ war?

Michaela Kappl: Zweimal.

Helene Partik-Pablé: Hat sie Ihnen das gesagt?

Michaela Kappl: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wann hat sie Ihnen das gesagt?

Michaela Kappl: Ich würde sagen, auch zu diesem Zeitpunkt, auch vor zwei Wochen, denn so oft telefonieren wir nicht miteinander — und das kann nur bei diesem Gespräch gewesen sein.

Helene Partik-Pablé: Und wieso war das überhaupt ein Gesprächsthema zwischen Netolicka und Ihnen?

Michaela Kappl: Das war wegen des Aktenvermerks. Daraufhin wurde mir mitgeteilt, daß mein Name im Aktenvermerk steht.

Helene Partik-Pablé: Also sie hat Ihnen gesagt, es ist jetzt ein Aktenvermerk angefertigt worden?

Michaela Kappl: Ja, das ist richtig.

Helene Partik-Pablé: Und Sie haben gar nicht Erkundigungen darüber angestellt, warum eigentlich?

Michaela Kappl: Nein, an sich nicht.

Helene Partik-Pablé: War Ihnen eigentlich klar, wozu dieser Aktenvermerk dienen sollte?

Michaela Kappl: Ja, sicher.

Helene Partik-Pablé: Was haben Sie sich gedacht, wofür der Aktenvermerk dienen sollte?

Michaela Kappl: Ein Aktenvermerk dient als Notiz — und daß das dann wahrscheinlich auch vor den Lucona-Ausschuß kommt.

Helene Partik-Pablé: Das haben Sie sich gedacht?

Michaela **Kappl**: Das habe ich mir gedacht, ja.

Helene Partik-Pablé: Ist Ihnen das nicht sonderbar erschienen, daß angeblich 1987 das Treffen stattgefunden hat, und zwei Jahre später wird dann der Aktenvermerk gemacht?

Michaela **Kappl**: Nein, an sich nicht. Ich glaube, es war ja kein besonderer Anlaß dazu, das vorher zu machen.

Helene Partik-Pablé: Und was war dann konkret der Anlaß?

Michaela **Kappl**: Konkreter Anlaß? — Da fragen Sie am besten Dr. Hellwagner. Ich habe den Aktenvermerk nicht gemacht.

Helene Partik-Pablé: Als Dr. Haider mit Udo Proksch gesprochen hat und als Sie ihn gesehen haben, ist Ihnen Dr. Haider vorgestellt worden?

Michaela **Kappl**: Ja, aber nur ganz kurz von Herrn Proksch. Herr Dr. Haider wird sich sicherlich nicht mehr daran erinnern.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie ihm die Hand gegeben?

Michaela **Kappl**: Ja.

Helene Partik-Pablé: Und wie Sie sie gesehen haben, sind die Herren schon gegangen?

Michaela **Kappl**: Ja, das ist richtig.

Helene Partik-Pablé: Wie lange waren die dort?

Michaela **Kappl**: Das kann ich nicht sagen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesehen, wie die Herren gegangen sind?

Michaela **Kappl**: Ja.

Helene Partik-Pablé: Bei welcher Türe sind die hinausgegangen? Es gibt ja mehrere Türen dort.

Michaela **Kappl**: Ich habe die Herren in der „Club“-Küche angetroffen; sie sind Richtung Stiege gegangen.

Helene Partik-Pablé: Die Stiege zum Kaffeehaus?

Michaela **Kappl**: Zum Kaffeehaus, ja.

Helene Partik-Pablé: Also da muß man durch die Küche gehen, dann geht man hinunter ins Kaffeehaus?

Michaela **Kappl**: Ja, das ist richtig.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, nicht bei der Tür vom „Club 45“ hinaus, sondern man ist unten dann beim Demel-Kaffeehaus herausgekommen. Und da hatte er den Mantel?

Michaela **Kappl**: Ja, das ist auch richtig. Ich kann aber nicht mehr sagen, welcher. Es war ein dunkelblauer Mantel; es könnte ein „Burberry“ gewesen sein.

Helene Partik-Pablé: An die Kleidung vom Udo Proksch können Sie sich auch erinnern?

Michaela **Kappl**: Er hatte immer dasselbe an, glaube ich; eine schwarze Hose und ein schwarzes „Lacoste“-Leiberl.

Helene Partik-Pablé: Aber es ist schon sehr merkwürdig: Sie können sich an solche Details erinnern, und wann der Termin konkret war, da fehlt Ihnen jedes Erinnerungsvermögen.

Michaela **Kappl**: Eigentlich schon, denn ich halte diese Dinge nicht für so wichtig, daß man das in einem Terminkalender aufschreibt. (Zwischenruf bei der ÖVP: *Wir auch nicht! — Heiterkeit.*)

Helene Partik-Pablé: Die Kleidung vom Herrn Proksch ist ja auch nicht so wichtig.

Michaela **Kappl**: Ich weiß das deswegen, weil er immer so angezogen war, wenn ich ihn getroffen habe.

Helene Partik-Pablé: Und vom Haider wissen Sie es ja auch noch, aber nicht mehr . . .

Michaela **Kappl**: Ja, es ist nun einmal ein . . .

Helene Partik-Pablé: Sie können mir nicht erklären, warum Sie merkwürdigerweise wissen, welche Kleidung welcher Herr hatte . . .

Michaela **Kappl**: Ich weiß zum Beispiel die Kleidung des dritten Herrn nicht mehr. (Ruf: *Ah, war da noch einer?*) Ja, das habe ich anfangs gesagt.

Helene Partik-Pablé: Ja, das hat sie schon gesagt. — Danke.

Obmann **Steiner**: Danke sehr. — Herr Dr. Gaigg. Bitte.

Gaigg: Nur eine einzige Frage, Frau Zeugin, der Versuch, Ihr Erinnerungsvermögen in bezug auf den Termin doch noch etwas zu stützen. Ich könnte mir vorstellen, daß das Schicksal des Udo Proksch auch Gesprächsgegenstand zwischen Ihnen und Ihrer Freundin oder Bekannten, Frau Netolicka, gewesen ist.

Es ist Udo Proksch einmal — und dann ein weiteres Mal — festgenommen, in Haft gesetzt worden. Hilft Ihnen das in irgendeiner Form, daß Sie sich erinnern könnten: Das war an dem Zeitpunkt, zu dem Udo Proksch wieder herausgekommen ist das zweite Mal, oder vorher. — Das ist nur ein Versuch.

Michaela Kappl: An und für sich überhaupt nicht, nein. Ich habe darüber nachgedacht; ich finde nichts.

Gaigg: Danke. — Keine weitere Frage.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Ich habe keine Frage.

Obmann Steiner: Keine Frage? — Das wäre die letzte Frage gewesen. Ich danke Ihnen, Frau Zeugin. Ich bitte Sie, noch im Hause zu bleiben für eine allfällige Gegenüberstellung. (Die Zeugin verläßt den Sitzungssaal. — Der Ausschuß beschließt eine weitere, kurze Befragung Haiders.) (12.40 Uhr)

Helene Partik-Pablé: Ich würde eigentlich schon jetzt eine Gegenüberstellung wollen. Sind die Zeugen schon weg? Ich möchte jetzt eine Gegenüberstellung haben. Haider hat mich wissen lassen, daß er schon eine Klärung der Sache möchte, und . . .

Obmann Steiner: Frau Doktor! Sie kommen zu spät. Die Zeuginnen sind weg. Ich habe ja vorhin gefragt, bitte. (Zwischenrufe.)

Helene Partik-Pablé: Das ist nur so en passant erklärt worden.

Obmann Steiner: Frau Doktor, ich habe formell gefragt, und da ist allgemeine Übereinstimmung gewesen, daß die Zeuginnen entlassen werden, bitte. Tut mir leid! Die sind nicht erreichbar.

Rieder: Herr Vorsitzender! Der Dr. Haider ist meines Wissens Zeuge hier, und nicht Untersucher. Daher kann er es sich nicht aussuchen, wann wir eine Gegenüberstellung vornehmen sollen. Und ich stelle fest, daß es vorher, vor den Kontakten zwischen dem Dr. Haider und der Frau Dr. Partik-Pablé, eine Übereinstimmung hier gegeben hat, daß keine Gegenüberstellung notwendig ist.

Obmann Steiner: Ich habe jedenfalls gefragt, Frau Doktor, und ich habe daher die Zeuginnen entlassen. Sie können, wenn Sie wollen, einen neuen Termin beantragen.

Helene Partik-Pablé: Ich nehme es zur Kenntnis, weil ich ohnehin überstimmt werde. Da Dr. Haider gerufen wurde, habe ich angenommen, daß noch gewartet wird, bis er auch da ist. Wir warten ja jetzt auf den Dr. Haider.

Obmann Steiner: Ja, wir warten auf den Dr. Haider, weil er offenkundig einen Fototermin vor der Tür hat.

Bitte, ich möchte aber deutlich sagen, Frau Doktor, ich habe ganz formell gefragt. Der Beschluß ist gefaßt worden.

Fuhrmann: Wir wollen ihn ja nur wegen seines Sekretärs befragen, ob er den schon ausfindig gemacht hat.

Obmann Steiner: Vielleicht hat er seine Wahlversammlung hier. Ich weiß es nicht.

Fuhrmann: Das ist eine Mißachtung des Ausschusses! Kann vielleicht einer den Dr. Haider hereinbiten? (Ruf: Er ist gar nicht draußen!)

Obmann Steiner: Ich habe einen falschen Verdacht ausgesprochen. Ich bitte um Verzeihung!

Helene Partik-Pablé: Es hat ihn offensichtlich niemand offiziell verständigt.

Obmann Steiner: Natürlich ist er verständigt worden, Frau Doktor! Stellen Sie doch nicht solche Behauptungen auf!

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Dr. Jörg Haider
im Sinne des § 271 StPO**

(12.45 Uhr)

Obmann Steiner: Bitte, ich erinnere Sie nur noch einmal an Ihre Zeugenpflichten. Es geht ganz kurz um die Frage, wie man Ihren Sekretär erreichen kann.

Haider: Ich kann ihn um 16 Uhr verlässlich erreichen, bis dahin ist er unterwegs. Und wir haben vereinbart, daß er mich spätestens um 16 Uhr im Sekretariat anruft. Er ist ohnehin in Wien unterwegs. Wenn es gewünscht ist, kann er dann sicher da sein. (Zwischenruf Graff.)

Obmann Steiner: Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Ich habe jetzt schon noch einmal eine Frage an den Zeugen, und zwar hat die Frau Netolicka gesagt, daß sie Sie zweimal gesehen hat im „Club 45“, einmal im Frühsommer, wie sie gesagt hat, und einmal im Herbst 1987? Was sagen Sie dazu?

Haider: Was ich Ihnen heute am Morgen gesagt habe, ist verbindlich und richtig.

Obmann Steiner: Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Ich habe aufgrund der mittlerweile vorliegenden Aussagen auch noch eine aufklärende Frage an Sie, Herr Dr. Haider. Sie haben uns den Weg aus dem Café Demel in die oberen Räumlichkeiten geschildert. Sind Sie da außen herumgegangen, oder sind Sie innen durchgegangen?

Haider: Ich war im Haus.

Rieder: Im Haus. Und wie sind Sie denn da zu den Stiegen gekommen? Können Sie sich nicht mehr erinnern?

Haider: Ich kenne die Räumlichkeiten ja nur von meinem einmaligen Aufenthalt.

Rieder: Ist Ihnen nichts Ungewöhnliches dabei aufgefallen?

Haider: Es ist mir nur aufgefallen, daß es überall sehr eng und winkelig ist in dem Haus.

Rieder: Ich meine, wenn man durch eine Backstube geht, fällt es einem eigentlich auf?

Haider: Eine Backstube? Die war also neben dem Weg.

Rieder: Aha, also diese Erinnerung haben Sie schon!

Haider: Die war neben dem Weg.

Rieder: Nur, Dr. Haider, fällt mir auf, daß Ihre erste Darstellung über den Weg hinauf jetzt ein bißchen anders aussieht. Also wie war das: durch die Backstube oder an der Backstube vorbei? Und wie ist es dann weitergegangen?

Haider: Durch die Backstube glaube ich nicht, sondern da gibt es so einen Weg über eine Stiege, bis wir dann in diesen Räumlichkeiten gewesen sind, in diesem Extrazimmer.

Rieder: Was war das für eine Stiege? Es ist jetzt schon ein bißchen deutlicher geworden, daß es da anders ist, als Sie es uns dargestellt haben.

Haider: Eine normale Stiege. (Pilz: Mit Stufen!) Mit Stufen, ja.

Rieder: Daß das irgendwo hinten war, ist Ihnen nicht mehr in Erinnerung?

Haider: Nein.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Ja, ganz einfach: Sind Sie, wie Sie aus der Konditorei oder aus dem Kaffeehaus hinaufgegangen sind, dann noch einmal auf die Straße hinaus

und in ein Haustor hinein, oder sind Sie hinten hinauf?

Haider: Nein, wir waren immer im Haus.

Graff: Eben. Also muß es die rückwärtige Stiege gewesen sein.

Haider: Ja.

Graff: Daher ist es auch durchaus zutreffend — auch wenn die Zeugendiskrepanzen sind wegen des Zeitpunktes —, wenn die Zeugen sagen, Sie sind von hinten mit dem Herrn Proksch in dieses Lokal gekommen?

Haider: Das ist schon möglich. Ich bin mit ihm durch das Lokal.

Graff: Jetzt sind wir nur mehr mit dem Stock auseinander, dann bin ich fertig. Sind Sie sicher, daß es im ersten Stock war, oder könnte es nicht im dritten Stock gewesen sein? (Zwischenruf Helene Partik-Pablé.) Bitte, was ist denn?

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt: Die Zeugin sagt . . .

Graff: Was war denn da falsch?

Helene Partik-Pablé: Die Zeugin hat gesagt, sie schließt es daraus, weil Proksch immer so geht.

Graff: Ja, ja, gut. Es war nicht falsch, aber bitte.

Haider: Aber es war ja kein wesentliches Problem.

Graff: Könnte es nicht auch im dritten Stock gewesen sein? Ich frage freundlich, nicht um ihn zu legen. Es war doch im ersten, sagt er jetzt, dann sag ich, es war im dritten.

Haider: Ich habe gesagt: im ersten oder zweiten Stock. Den Eindruck habe ich nach wie vor.

Graff: Die Lokale sind an sich im dritten Stock. Macht nix! Jetzt konkret, nur damit wir uns ja nicht mißverstehen. Herr Dr. Haider! Sie sind so lieb und übernehmen es für den Ausschuß und die Parlamentsdirektion, Ihren Sekretär spätestens um 16 Uhr zu verständigen, daß er sich so rasch wie möglich hierher begeben möge und daß er allenfalls vorhandene — wenn sich doch noch welche finden, und wenn nicht, dann nicht — Kalenderaufzeichnungen vor allem für die Zeit bis Februar 1987 mitnehmen möge.

Haider: Ich werde mein Sekretariat beauftragen, denn ich werde mich jetzt nach Salzburg begeben.

Graff: Sie haben gesagt, Sie sprechen mit ihm.

Haider: Ja, er muß hier anrufen und sich melden.

Graff: Oder gibt es eine Möglichkeit für die Parlamentsdirektion, ihn offiziell zu erreichen?

Haider: Ich weiß es momentan nicht, weil er Termine hat, die ich nicht mit ihm geplant habe. Er hat daher den Treffpunkt oder die Meldung um 16 Uhr vereinbart.

Graff: Sie übernehmen die Verständigung. — Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke. — Keine Fragen mehr? Dann danke ich dem Zeugen. (12.51 Uhr)

Ich schlage jetzt vor, daß wir noch den Dr. Hellwagner hören und dann eine Mittagspause einlegen. Frau Dr. Partik-Pablé, auch einverstanden? — Gut. Danke.

Bitte den Zeugen Dr. Hellwagner.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Dr. Gerhard Hellwagner
im Sinne des § 271 StPO**

(12.53 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Dr. Hellwagner! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.

Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name, bitte.

Hellwagner: Dr. Gerhard Hellwagner.

Obmann Steiner: Geburtsdatum?

Hellwagner: 13. 1. 1941.

Obmann Steiner: Beruf?

Hellwagner: Richter.

Obmann Steiner: Wohnort?

Hellwagner: Jetzt — ich habe mehrere Wohnorte — 1040 Wien, Petzwallgasse 5/2/11.

Obmann Steiner: Ich glaube, da wir Sie über einen Gegenstand befragen, der mit Ihrer dienstli-

chen Aufgabe nichts zu tun hat, ist es nicht notwendig, daß ich Sie befrage, ob Sie von der Amtverschwiegenheit entbunden sind.

Hellwagner: Ich möchte dazu betonen, daß ich dem Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichtes von dieser Ladung Mitteilung gemacht habe und den Standpunkt vertreten habe, daß eine Entbindung von der Amtverschwiegenheit nicht notwendig ist, weil es private Wahrnehmungen betrifft. Bitte, hier ist das Schreiben.

Obmann Steiner: Danke sehr. Als erste zu Wort gemeldet hat sich Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge, welche Funktion haben Sie im „Club 45“?

Hellwagner: Derzeit Schriftführer.

Helene Partik-Pablé: In Ihrer Eigenschaft als Schriftführer haben Sie offensichtlich diesen Aktenvermerk — der ist Ihnen natürlich bekannt — abgefaßt. Wie kommt es zu diesem Aktenvermerk?

Hellwagner: Zu diesem Aktenvermerk, Frau Kollegin, kommt es deswegen: Schon im Sommer 1988 hat mir die Zeugin Eva Netolicka berichtet, daß der Herr Parteiobmann Dr. Jörg Haider sich mit Udo Proksch im Club getroffen hat. Damals habe ich diesem Gespräch keine Bedeutung beimessen. Ich habe auch darüber dem Herrn Präsidenten Demel nichts berichtet. Zu diesem Aktenvermerk kam es erst nach meiner Rückkehr vom Urlaub, nach dem 9. 1. 1989, als ich in der Zeitung gelesen habe, daß auch Präsident Demel vor den Ausschuß kommen sollte. Nach der Fernsehstunde des damaligen Innenministers Blecha, dem hauptsächlich vorgeworfen wurde, daß er mit Udo Proksch verkehrt hat, habe ich mich dieses Gesprächs erinnert, bin zum Herrn Präsidenten Demel gegangen und habe ihm berichtet. Dieser hat mir erklärt: Bitte, wenn so strenge Maßstäbe an die Mitglieder des „Club 45“ angelegt werden, dann sollte das auch für alle gelten. Bitte kläre diese Angelegenheit. Daraufhin habe ich am 24. 1., glaube ich laut Datum, Frau Eva Netolicka befragt und den Aktenvermerk so aufgenommen, wie sie es mir gesagt hat. Sie hat mir gestern mitgeteilt, daß sie sich in einem Punkt geirrt hat. Da hat sie gesagt, ob man das schriftlich berichtigen soll. Es ist das Datum hinsichtlich des Essens, das soll im Herbst 1987 stattgefunden haben und nicht im Sommer. Da habe ich gesagt, sie soll das beim Ausschuß berichtigen, ich sehe da keine Notwendigkeit, denn hier muß sie die Wahrheit sagen, und nicht mir gegenüber.

Helene Partik-Pablé: Aus welchem Grund hat sie Ihnen im Sommer 1988 gesagt, daß Haider im Club war?

Hellwagner: Frau Kollegin! Ich darf Sie so anreden?

Helene Partik-Pablé: Eigentlich ist es mir lieber, nicht. Ich bin hier in meiner Eigenschaft als Politiker.

Hellwagner: Dann darf ich Sie mit Frau Abgeordnete ansprechen. Frau Abgeordnete! Es ist so, daß ich wieder von einem Angriff des Herrn Dr. Haider gegen Udo Proksch in einer Zeitung gelesen habe. Nun habe ich gesagt, Herr Udo Proksch hat vom Herrn Dr. Haider — das muß ich Ihnen sagen — eine sehr gute Meinung gehabt. Aus einem Gespräch mit ihm, als er noch hier war, weiß ich, daß er gesagt hat, daß es ein schwerer Fehler ist, wenn die SPÖ — das ist die Meinung des Udo Proksch, bitte — keinen Kontakt zu Herrn Dr. Haider sucht. Er kenne Haider seit vielen Jahren. Er sei ein netter Kerl, man könne mit ihm reden. Darum haben mich seine Angriffe auf seine Person sehr gewundert. Dann habe ich Frau Eva im Sommer gefragt: „Sagen Sie, der Udo hat mir so etwas gesagt, hat sich der nicht auch mit dem Haider hier irgendwie getroffen?“ Da hat sie mir gesagt: „Ja, zweimal.“ Mehr hat sie mir damals nicht berichtet.

Helene Partik-Pablé: Also von Ihnen ist die Frage an die Frau Netolicka gestellt worden?

Hellwagner: Von mir ist die Frage an die Frau Netolicka gestellt worden, soweit ich mich erinnere; es war ein Gespräch nach meinem Sommerurlaub 1988.

Helene Partik-Pablé: Wie ist es dann ganz genau zu dem Aktenvermerk vom 24. 1. gekommen? Wenn Sie uns das bitte ganz genau sagen, wie das war.

Hellwagner: Am 24. 1. habe ich den Aktenvermerk auf Ersuchen des Vorsitzenden des „Club 45“ aufgenommen.

Helene Partik-Pablé: Wo?

Hellwagner: Bitte, das möchte ich nach § 153 StPO verweigern. Es ist bei einer Bekannten gewesen. Ich möchte hier die Vertraulichkeit gewahrt wissen. Die hat mich auch um Vertraulichkeit gebeten.

Graff: Ah, es war beim Arbeitsgericht?

Hellwagner: Nein, das ist eine Unterstellung! Ich sage, ich möchte . . .

Graff: Wieso kann Ihnen das Schande bringen, wo Sie den Aktenvermerk . . .

Obmann Steiner: Moment bitte, Frau Dr. Partik-Pablé ist am Wort. (Graff: Dann fragen Sie!)

Helene Partik-Pablé: Bitte, Sie verweisen bei 153 nicht auf wirtschaftliche Nachteile, sondern auf persönliche Nachteile oder Schaden?

Hellwagner: Ja.

Helene Partik-Pablé: Der Ort, wo Sie den Aktenvermerk gemacht haben, ist das etwas Privates, oder ist das ein Club, oder hat das etwas mit Lucona-Proksch und so weiter zu tun?

Hellwagner: Bitte, mit Lucona-Proksch hat es nichts zu tun. Es ist eine private Angelegenheit. Bitte, das möchte ich betonen. Ich möchte sagen, daß ich diese Frage nicht beantworten möchte nach § 153 StPO.

Helene Partik-Pablé: Gut. Ich nehme das zur Kenntnis. Ich möchte nur noch wissen — ich glaube, diese Frage können Sie schon beantworten —: Steht der Ort im Zusammenhang mit einer Person, die im öffentlichen Interesse steht oder Mitglied des „Club 45“ ist oder ähnliches?

Hellwagner: Bitte, ich habe gesagt, ich möchte hier nach § 153 StPO nicht antworten.

Helene Partik-Pablé: Ja, da muß ich mir den 153er doch jetzt . . .

Hellwagner: Ich habe ihn mir auch durchgelesen, Frau Abgeordnete, ich kenne das.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber auf was berufen Sie sich jetzt ganz konkret?

Hellwagner: Auf die Schande.

Helene Partik-Pablé: Es würde Ihnen eine Schande bringen, wenn Sie aussagen würden . . .

Hellwagner: Jawohl, weil der Bruch der Vertraulichkeit sicherlich eine Ehrensache ist.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber Sie haben sich auch den 153er angeschaut, und Sie wissen, daß das kein unbedingtes Recht auf Zeugnisverweigerung ist, . . .

Hellwagner: Das weiß ich auch.

Helene Partik-Pablé: . . . sondern wenn solche Gründe vorliegen, kann trotzdem darauf bestanden werden, . . .

Hellwagner: Ja.

Helene Partik-Pablé: . . . eine solche Beantwortung zu verlangen.

Hellwagner: Das weiß ich, aber Sie wissen auch, daß man in der Strafprozeßordnung diesen Paragraphen großzügig auslegen sollte.

Helene Partik-Pablé: Ich muß Ihnen ehrlich sagen, wenn mir als Richter in diesem Falle jemand auf die Frage, die ich Ihnen gestellt habe, keine Antwort geben würde, ob das eine Person des öffentlichen Interesses war und so weiter, dann würde ich eigentlich den 153er nicht zugestehen.

Obmann Steiner: Bitte!

Helene Partik-Pablé: Aber ich glaube, das müßte der gesamte Ausschuß . . .

Rieder: Herr Vorsitzender! Zur Geschäftsordnung!

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung, Herr Dr. Rieder.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Ich würde folgendes vorschlagen: Die Frau Kollegin Partik-Pablé soll in der Einvernahme fortsetzen. Wir können am Schluß dann die Frage noch erörtern und auch in evento eine nichtöffentliche Befragung in diesem Punkt vornehmen, wenn das unbedingt notwendig ist. Aber jetzt soll einmal die Frau Dr. Partik-Pablé mit der Befragung fortsetzen.

Obmann Steiner: Ich glaube, das ist ein vernünftiger Vorgang. Frau Doktor, bitte fahren Sie fort!

Helene Partik-Pablé: Ja. Also können Sie mir bitte genau sagen, wie dieser Aktenvermerk zustande gekommen ist.

Hellwagner: Ich habe Frau Netolicka darüber befragt . . .

Helene Partik-Pablé: Ja, Moment! Wo war das, in dieser . . .

Hellwagner: Das war im „Club 45“.

Helene Partik-Pablé: Ja, Sie haben nicht in den Räumlichkeiten, wo Sie dann den Aktenvermerk verfaßt haben, sondern im „Club 45“ . . .

Hellwagner: Im „Club 45“ habe ich sie befragt und habe hier eine handschriftliche Notiz aufgenommen, die ich dann bei einer Bekannten diktiert habe.

Helene Partik-Pablé: Hat Ihnen Frau Netolicka diese Zusammenreffen mit Haider genau gesagt?

Hellwagner: Ich habe sie . . . Frau Abgeordnete, sie hat gesagt, es war im Sommer 1987, so wie es im Aktenvermerk drin ist, und im Herbst 1987, entweder Oktober oder November 1987. Und so habe ich es aufgenommen, und sie hat gestern diese Aussage mir gegenüber dadurch berichtet, daß dieses Mittagessen im Herbst 1987 stattgefunden haben soll.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie Frau Netolicka gefragt, wieso sie sich eigentlich so genau an Sommer, Herbst und so weiter erinnern kann?

Hellwagner: Ich weiß, daß Frau Netolicka ein sehr gutes Personengedächtnis hat. Wenn bei Clubveranstaltungen ich jemanden nicht kenne, dann frage ich meistens sie, und sie kann sich immer genau an den Namen und an die Person erinnern.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber es ist nicht um das Personengedächtnis gegangen, sondern es ist um das zeitliche Gedächtnis gegangen.

Hellwagner: Ja, da hat sie genau Sommer 1987 und Oktober . . . Da konnte sie sich nicht so genau an den Tag erinnern, sondern nur an die Zeiträume. Im Sommer 1987 oder . . . Sie hat ausdrücklich gesagt, sie weiß nicht mehr, war es Oktober oder November 1987.

Helene Partik-Pablé: Denn nach der Darstellung der Frau Netolicka heute hat sie eher nur spärlich Auskunft gegeben, und Sie haben den Aktenvermerk dann selbst geschrieben, auch inhaltlich.

Hellwagner: Ich habe ihr eine Ablichtung, eine Durchschrift oder Ablichtung gegeben, und sie konnte also genau wissen, was ich aufgenommen habe, und sie hat es ja dann auch berichtet, wo sie sich geirrt hat.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie das eigentlich nicht unterschreiben lassen von der Frau Netolicka, wie das üblich ist?

Hellwagner: Ich habe das nicht für notwendig befunden, weil ich ihr sowieso eine persönliche Kopie gegeben habe und meinte, da würde mir der Vorwurf gemacht werden, ich habe vielleicht Druck ausgeübt. Ich habe sie aber darauf aufmerksam gemacht, daß ihre Aussage stimmen muß, denn es sollte, wie gesagt . . . Ich habe ihr vorgehalten, sie könnte vor Gericht diese Aussage machen müssen, vor einer anderen Behörde, und eine falsche Aussage, das habe ich ihr schon gesagt, könnte unter Umständen strafrechtliche Konsequenzen nach sich ziehen.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie es eigentlich nicht darauf ankommen lassen, daß der Ausschuß ohne einen Aktenvermerk . . . Zum Beispiel, daß der Herr Dr. Demel nur sagt, daß diese Frau den Dr. Haider im Club gesehen hat. Warum haben Sie es für notwendig erachtet, vorher einen Aktenvermerk zu machen?

Hellwagner: Frau Abgeordnete! Ich habe . . . Dieser Aktenvermerk wäre nie vorgelegt worden, denn eines ist . . . Es ist ein Prinzip des „Club 45“, daß, wer sich mit wem dort trifft —

und es haben sich dort Leute aus den verschiedensten politischen Lagern getroffen; Journalisten, Künstler, Wissenschaftler —, die Vertraulichkeit gewahrt wurde. Aber die Art der Befragung von Karl Blecha hat mich eigentlich veranlaßt, Herrn Präsident Demel von diesem Gespräch Mitteilung zu machen. Ich schätze Herrn Karl Blecha sehr. Und auch die Angriffe gegen meinen Freund Präsident Demel haben mich veranlaßt, ihm von diesem Gespräch Mitteilung zu machen, und er hat mich ersucht, diese Sache zu klären.

Helene Partik-Pablé: Ja, schon, aber es wäre ja durchaus möglich gewesen, daß man dem Lucona-Ausschuß Mitteilung macht, daß jemand da mit Haider im Club gesehen worden ist. Ich sehe eigentlich keine Notwendigkeit, warum Sie den Aktenvermerk dann vorher angelegt haben.

Hellwagner: Weil wir, wie gesagt, die Vertraulichkeit wahren mußten. Auch wenn sich Herr Udo Proksch mit Herrn Haider im Club trifft, ist das seine Privatangelegenheit. Aber wenn natürlich an die Mitglieder des „Club 45“ so strenge Maßstäbe hinsichtlich der Kontakte mit Herrn Proksch gelegt werden wie an Karl Blecha, Leopold Gratz und nunmehr auch Thaddäus Podgorski . . . Und Präsident Demel hat gesagt, er wird sich das überlegen, ob er das in seiner Zeugnisaussage überhaupt dann vorlegt.

Ich muß Ihnen eines sagen, Frau Dr. Partik-Pablé: Ich habe auch Herrn Rüdiger Proksch, den Geschäftsführer der Firma Demel, befragt, ob er Herrn Haider gesehen hat, und er hat mir bestätigt, auch Spätsommer oder Sommer 1987, dann hat er mich ermächtigt, folgende Kalendereintragung dem Ausschuß vorzulegen. Bitte sehr, Herr Vorsitzender. *(Der Zeuge reicht Obmann Steiner ein Blatt.)*

Obmann Steiner: Danke. (Graff: Die nächste Bombe!)

Hellwagner: Es ist keine Bombe. Herr Rüdiger Proksch hat mir gesagt, es handelt sich hier . . . Er hat nachgeschaut hinsichtlich einer Kalendereintragung. Es kann auch sein, bitte, daß sich der Herr Haider geirrt hat, das muß man hier fairerweise sagen. Aber es ist eine Kalendereintragung, und ich möchte sagen, die Worte Demel-Salon bedeuten nicht „Club 45“, sondern es ist dieser Lütgendorf-Salon, der im zweiten Stock ist.

Helene Partik-Pablé: Und Sie haben diesen Aktenvermerk dann dem Dr. Demel gegeben?

Hellwagner: Ich habe den Aktenvermerk pflichtgemäß dem Dr. Demel gegeben.

Helene Partik-Pablé: Hat der Dr. Demel Ihnen gesagt . . . (Graff: Pflichtgemäß als Clubmitglied!)

Hellwagner: Als Schriftführer ist es ja meine Aufgabe, bitte.

Helene Partik-Pablé: Hat der Dr. Demel Ihnen gesagt und wissen Sie, daß Dr. Demel schon lange vor der Ladung herumgelaufen ist und gesagt hat, wenn mich die Partik-Pablé fragt, dann werde ich eine Bombe platzen lassen, die dem Haider unangenehm ist?

Hellwagner: Nein, bitte, ich muß sagen, ich habe mit Herrn Dr. Demel über dieses Gespräch Haider-Proksch nicht gesprochen bis zu dem Zeitpunkt Jänner. Er hat mir aber dann nachher bestätigt, daß ihm Udo Proksch von diesen Treffen Mitteilung gemacht hatte — nachher bitte, Jänner 1989 —, und er hat mir auch gesagt, daß Udo Proksch gewünscht hat, daß er bei einem solchen Treffen dabei ist, und er hat dieses abgelehnt. Aber bitte, das hat er mir erst Jänner 1989 gesagt. Und mir hat noch ein anderer . . . *(Ruf: Wer?)* Demel hat mir das gesagt, daß er das abgelehnt hat.

Helene Partik-Pablé: Sie haben Haider nie im Club gesehen?

Hellwagner: Ich persönlich habe Haider nie im Club gesehen. Nein. Mir hat auch Udo Proksch von den Treffen nicht berichtet, das muß man auch fairerweise sagen, er hat mir nur gesagt, daß es ein Fehler war, wie die SPÖ Haider behandelt. Und Sie wissen ja, daß . . . Er hat mir auch gesagt, daß sich die Familien länger kennen. Der Vater von Proksch war ja immerhin Gründungsmitglied des VDU. Und ich muß noch einmal, Frau Abgeordnete, betonen, Udo Proksch hatte von Haider eine sehr gute Meinung.

Helene Partik-Pablé: Das haben Sie schon gesagt.

Hellwagner: Ja, das muß ich noch einmal betonen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie Kontakte mit Udo Proksch in der letzten Zeit gehabt?

Hellwagner: Ja, ich weiß nicht . . . Ich kann das ausschließen. Ich habe dem Herrn Präsidenten des Oberlandesgerichtes davon Meldung gemacht, ich habe nach seiner Flucht nie mit Udo Proksch Kontakte gehabt.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gewußt, daß Dr. Demel Kontakte hat mit Udo Proksch?

Hellwagner: Nein, denn er hat mir nie davon berichtet.

Helene Partik-Pablé: Es existiert ein Schreiben, wonach Sie Telefonkontakte mit Udo Proksch haben oder gehabt haben sollen.

Hellwagner: Würden Sie mir . . . Wer hat das geschrieben, bitte? Ist das vertraulich? Bitte, dann weiß ich es nicht. Wenn Sie mir den Zeitpunkt sagen, Frau Abgeordnete.

Helene Partik-Pablé: Eine Frau Dr. Herbst hat an diesen Ausschuß geschrieben . . . (Schiefer: Nicht an den Ausschuß! An den Staatsanwalt!)

Hellwagner: Wie? Dürften Sie mir das vorhalten?

Helene Partik-Pablé: Ich habe ihn im Moment nicht da. Haben Sie ihn da, den Brief? Haben Sie den zufällig da? Ich habe ihn jetzt nicht da.

Hellwagner: Darf ich? Bitte, mir das vorzuhalten.

Helene Partik-Pablé: Bitte, können Sie ihn vorhalten, ich habe ihn nicht da, ich habe ihn nicht gefunden oben.

Kennen Sie die Frau Dr. Herbst?

Hellwagner: Die Frau Dr. Herbst kenne ich deswegen, weil sie im Wissenschaftsministerium tätig ist, und ich bin auch dort tätig. (Rieder: Können Sie uns die Zahl sagen?) 27 St, 49803/83 steht da. Darf ich einmal schauen? . . . unter vier Augen geäußert, als er wiederholt . . .

Graff: Damit das klar ist: Das ist ein Schreiben der Frau Herbst an den Staatsanwalt.

Helene Partik-Pablé: An die Staatsanwaltschaft. Von wann, bitte, ist das? Ich habe es nicht . . .

Hellwagner: 25. 1. 1989. Moment . . . (Der Zeuge liest rasch und mehr für sich selbst halblaut in dem Brief.) „. . . der Unterfertigte erlaubt sich, mitzuteilen, daß Richter Dr. . . . unter vier Augen, daß er wiederholt mit ihm telefonisch Kontakt habe, obwohl meinerseits an der Art berechnete Zweifel, daß diese Aussage . . .“ Sie hat selber Zweifel, daß diese Aussage Richtigkeit hat. „. . . erachte ich es nach reiflicher Überlegung als meine staatsbürgerliche Pflicht, der Staatsanwaltschaft davon Mitteilung zu machen.“

Bitte, da kann ich sagen, das Gespräch mit Frau Dr. Herbst . . . Darf ich eine solche Kopie haben oder . . . Denn ich möchte mir diesbezüglich schon Schritte vorbehalten, obwohl mir meine . . . Ich muß das mit meinem Dienstvorgesetzten auch noch besprechen, und ich möchte das melden. Aber ich ermächtige . . .

Helene Partik-Pablé: Ja, bitte, was sagen Sie zu dem Schreiben?

Hellwagner: Ich habe mit Frau Dr. Herbst am 19. Jänner sicher gesprochen. Ich habe ihr aber keineswegs mitgeteilt, bitte, zum 19. Jänner, daß ich mit Udo Proksch Kontakt hatte. Laut dem

Herrn Abgeordneten Pilz sollte dieses Gespräch laut „Kronen-Zeitung“ Anfang 1988/89 stattgefunden haben. Bitte zu diesem Zeitpunkt war ich in Deutschland, und ich kann hier vorlegen meine Kilometerbank. Da steht die Einreise 23. 12. nach Kufstein, dann die Sparpreiskarte. Bitte, das möchte ich haben, weil das brauche ich wieder. Herr Dr. Graff, darf ich Ihnen das geben. (Graff: Nein!)

Helene Partik-Pablé: Das wird den Herrn Dr. Rieder dann wahrscheinlich interessieren, denn er hat sich auch schon für den Computer des Herrn Dr. Haider sehr interessiert. Mich interessiert das weniger.

Hellwagner: Ich war . . . Und da hier ist meine Platzkarte.

Helene Partik-Pablé: Mich interessiert die Platzkarte nicht.

Hellwagner: Die kann ich Ihnen auch zeigen. Am 9. . . .

Helene Partik-Pablé: Ich habe gesagt, mich interessiert die nicht. Ich hätte gerne eine Antwort auf diese Frage, die ich Ihnen gestellt habe bezüglich des Schreibens von der Frau Dr. Herbst.

Hellwagner: Das stimmt nicht. Ich habe . . . Das Gespräch mit Frau Dr. Herbst hat sich über das Verhalten . . . Begonnen hat das Gespräch damit, daß sie mich gefragt hat, wie es mir persönlich geht. Ich habe ihr mitgeteilt, daß ich nunmehr rechtskräftig geschieden bin. Ich habe mit Dr. Herbst mehrere Gespräche geführt über meine persönlichen und familiären Angelegenheiten, und dann hat sie auch gesagt: Was sagen Sie zum Herrn Präsidenten Demel? Da habe ich gesagt: Was soll ich dazu sagen? Ich bin selbst überrascht, daß er es zugegeben hat.

Und ich habe sinngemäß — ich kann mich an das Gespräch nicht wortwörtlich erinnern — gesagt: Wenn er kein reines Gewissen gehabt hätte, hätte er ja nicht zugegeben brauchen, daß er mit Udo Proksch telefonisch Kontakt gehabt hat, denn wer hätte ihm denn nachweisen können, wenn er es nicht selbst zugibt? So hat das Gespräch im Wissenschaftsministerium vor dem Aufzug im zweiten Stock stattgefunden, und ich bin überrascht, daß sie behauptet, ich habe ihr das wiederholt gesagt.

Helene Partik-Pablé: Ist das sozusagen eine Vertraute von Ihnen, die Frau Dr. Herbst?

Hellwagner: Ich bin mit ihr per Sie, aber ich habe zu ihr immer einen guten persönlichen Kontakt gehabt. Ich würde sie nicht als Feindin bezeichnen oder als persönliche Gegnerin.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sich vorstellen, wie sie auf eine solche Idee kommt? Das ist ja immerhin ein gravierender . . .

Hellwagner: Ich kann mir dieses Verhalten von Frau Dr. Herbst, Frau Abgeordnete, nicht erklären. Und ich möchte eines dazu sagen: Ich werde doch nicht am 19. 1., wo überall in den Zeitungen gestanden ist, daß der Herr Präsident Demel solche Schwierigkeiten hat, ihr gegenüber so etwas zugeben, und ich kann sagen, Sie können sich auch bei Ihrem Kollegen erkundigen und bei allen Kollegen, die mich persönlich kennen, daß, wenn ich mit Udo Proksch wirklich telefoniert hätte, ich Manns genug sein würde, dazu zu stehen und auch die disziplinären Konsequenzen auf mich zu nehmen. Aber ich kann sicherlich nichts zugeben, was ich nicht gemacht habe.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Sie haben heute jetzt gerade aus dem Kalender vorgelegt. Wer führt diesen Kalender?

Hellwagner: Diesen Kalender, wer den führt, weiß ich nicht. Er wurde mir gestern von Herrn Rüdiger Proksch, dem Geschäftsführer des Demel und Bruder von Udo, vorgelegt.

Helene Partik-Pablé: Ja. Da steht: 11. Februar 1987, 12 Uhr bis 1 Uhr Haider/Demel/Udo.

Hellwagner: Ja.

Helene Partik-Pablé: Ja.

Hellwagner: Bitte, ich weiß nichts. Er hat mich beauftragt, diese Kalendereintragung vorzulegen. Ich habe das nicht zu würdigen.

Helene Partik-Pablé: Welche Handschrift ist das?

Hellwagner: Bitte, das weiß ich nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, er hat mich nur . . . Das weiß ich nicht, wessen Handschrift das ist. Ich kann Ihnen das nicht beantworten.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge! Noch einmal zu diesem Telefonat, von dem Sie behaupten, es hätte nicht stattgefunden, und wo Sie darauf hinweisen, Sie wären in der Bundesrepublik gewesen. Theoretisch wäre es auch möglich, aus der Bundesrepublik mit dem Udo Proksch ein Telefonat zu führen.

Hellwagner: Ja, ja.

Gaigg: Sie bleiben dabei, daß Sie kein Telefonat geführt haben?

Hellwagner: Herr Abgeordneter! Ich habe schon eines betont: Wenn es so ein Telefonat gegeben hätte, hätte ich es zugegeben und hätte auch die disziplinären Konsequenzen auf mich genommen. Es hat ein solches Telefonat nicht gegeben. Ich möchte Ihnen aber auf die Frage detaillierter antworten.

Ich habe mich dienstlich zuerst vor dem 23. in Innsbruck aufgehalten und habe meinen Urlaub dann im Badeort Bad Salzuflen verbracht; vier Tage, denn der Bruder meiner Bekannten ist dort Rechtsanwalt und Notar. Und am 28. 12. bin ich dann in ein kleines nieders . . ., in den Heimatort meiner Bekannten gefahren und bin dort bis 9. 1. geblieben und bin dann nach Österreich zurückgekehrt. Diese Telefonnummern . . . Er konnte nicht wissen, in welcher Pension ich mich aufhalte in Bad Salzuflen, und er konnte die Telefonnummer nicht wissen, er konnte nicht wissen, wo sich das Elternhaus meiner Bekannten befindet.

Gaigg: Herr Zeuge! Ich will Sie weder verdächtigen noch etwas unterstellen, aber es wäre theoretisch auch möglich, daß Sie ein Telefonat tätigen, daß Sie also den Udo Proksch . . .

Hellwagner: Daß ich der aktive Anrufer bin?

Gaigg: Nein, aber lassen wir das. Sie bleiben dabei, Sie haben kein Telefonat geführt.

Herr Zeuge! Etwas würde mich interessieren. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann hat Udo Proksch sich Ihnen gegenüber geäußert, er kenne den Haider.

Hellwagner: Seit vielen Jahren als netten Kerl.

Gaigg: Richtig. Seit vielen Jahren, und er wäre der Meinung, er sei ein netter Kerl. Könnten Sie das ein bißchen konkretisieren in der Richtung, ob Udo Proksch bei dieser Gelegenheit auch erwähnt hat, woher er den Haider kennt, und ob er früher schon mit ihm zusammengekommen ist?

Hellwagner: Er hat mir gesagt — aus meiner Erinnerung, bitte —, er kennt ihn seit mehreren Jahren aus familiären Kontakten durch den Vater von Udo Proksch. Bitte, soweit ich mich erinnere. Nähere Details kann ich nicht sagen.

Gaigg: Können Sie nicht sagen.

Hellwagner: Ich habe mich dann deswegen interessiert, denn wenn Udo Proksch jemanden gut kennt, dann lädt er ihn ein — er ist ja immer sehr gastfreundlich gewesen —, und darum war diese Frage auch im Sommer 19 . . . Es hat mich nur privat interessiert.

Gaigg: Herr Zeuge! Die vor Ihnen vernommene Zeugin Netolicka hat unter anderem ausgesagt, Udo Proksch wäre mehr oder weniger stolz darauf

gewesen, daß Dr. Haider ihn besucht hat, und hätte das auch mehreren Leuten erzählt. Haben Sie zu diesen Leuten gehört, denen Udo Proksch über den Besuch des Dr. Haider, einmalig oder mehrmalig, erzählt hat?

Hellwagner: Mir hat der Udo Proksch von den Besuchen nichts erzählt. Mir hat nur Frau Eva Netolicka von den Besuchen erzählt. Aber zur Person Udo Proksch möchte ich sagen: Wenn ein Prominenter kam, ob das ein Journalist war oder ob das ein Künstler war, so hat er den stets herumgereicht und ihm den Demel gezeigt. Herr Rüdiger Proksch hat mich ermächtigt, hier zu deponieren — aber das ist nicht meine Meinung —, daß er auch mit ihm im Sekretariat des Demels war und ihm vorgestellt wurde. Also er hat den Haider auch dem Herrn Rüdiger Proksch vorgestellt. *(Gaigg: Aha!)* Aber der konnte sich an einzelne Daten nicht erinnern, er meinte nur, es sei Spätsommer oder Herbst 1967 gewesen. *(Rieder: 1967?)* 1987. Entschuldigung.

Gaigg: Herr Zeuge! Wenn wir davon ausgehen, daß diese Notiz auf diesem Kalenderblatt Februar 1987 mit Datum 11. Februar 1987 stimmt, Eintragung 12 bis 1, Haider/Demel, dann steht daneben Udo, und dann steht noch weiter Demel-Salon Essen. Sie sind ja mit den Räumlichkeiten sehr gut vertraut, und ich glaube auch, das richtig verstanden zu haben: Dieser Demel-Salon wäre im zweiten Stock gewesen?

Hellwagner: Der ist im zweiten Stock, das ist der sogenannte Lütgendorf-Salon.

Gaigg: Ja. Und . . .

Hellwagner: Mit Herrn Minister Lütgendorf hat er dort immer Essen eingenommen. Das ist aber . . .

Gaigg: Herr Zeuge, wie ist das jetzt, der „Club 45“ ist aber im dritten Stock?

Hellwagner: Ist im dritten Stock. Er war zuerst im ersten Stock, nach dem Umbau sind wir in den dritten Stock gezogen.

Gaigg: Das heißt, dieser Lütgendorf-Salon ist Bestandteil des Lokals?

Hellwagner: Des Hauses. Er ist im dritten Stock. Entschuldigung, er ist im zweiten Stock.

Gaigg: Darum geht es aber jetzt, er ist im zweiten Stock. Und ist dieser Salon jetzt Bestandteil des „Club 45“ oder Bestandteil des Demel?

Hellwagner: Nein, darüber existiert kein Mietvertrag, das sind ausschließliche Räume der Firma Demel. Und dort finden auch in der Regel Hochzeiten und diese üblichen Empfänge statt,

und es mieten ja auch Firmen die Räume des Demel.

Graff: Aber kein laufender Gästeverkehr?

Hellwagner: Kein laufender Gästeverkehr. Zum Beispiel wenn jemand seine Tochter verheiratet — das habe ich schon wiederholt —, hat er diesen Salon gemietet und dafür natürlich die übliche Miete bezahlt.

Gaigg: Jetzt stellt sich die Frage — Sie sind ja auch mit den übrigen Gegebenheiten vertraut, Herr Zeuge —: Wo serviert beziehungsweise servierte die Frau Netolicka?

Hellwagner: Die Frau Netolicka serviert grundsätzlich in den Klubräumlichkeiten, unten im Demel-Salon servieren Demelinerinnen, in der Regel.

Gaigg: Das heißt also, es könnte nicht so gewesen sein, daß die Frau Netolicka im zweiten Stock im Demel-Salon ein Essen serviert hat, wenn ich Sie richtig verstanden habe?

Hellwagner: Davon hat sie mir nichts berichtet, daß sie am 11. 2. hier serviert hat. Ich kann aus meiner eigenen Erinnerung nur sagen: Wenn Udo Proksch im sogenannten Lütgendorf-Salon ein Essen gegeben hat, dann haben da immer Demelinerinnen serviert.

Gaigg: Daraus würde sich für mich — bitte korrigieren Sie mich — der Schluß ergeben, daß diese beiden Termine nichts miteinander zu tun haben können.

Hellwagner: Bitte, das kann ich nicht behaupten *(Gaigg: Es wäre logisch!)*, ich würde meinen, nach meinem Wissensstand, vielleicht hat sich der Herr Dr. Haider geirrt, vielleicht war das, aber, bitte, das will ich nicht ausschließen . . . Aber sie haben sicher mit den Terminen, die ich aufgenommen habe, nichts zu tun. Das ist meine persönliche Überzeugung.

Gaigg: Noch einmal, bitte: Dieser 11. 2. 1987 hat mit den beiden Terminen in diesem Vermerk nichts zu tun?

Hellwagner: Nein, die waren ja in den Klubräumlichkeiten, die haben mit dem nichts zu tun, geographisch.

Gaigg: Haben geographisch damit nichts zu tun. Sie selbst sind ja, glaube ich — bitte korrigieren Sie mich, wenn das nicht richtig ist —, sehr gut mit dem Präsidenten Dr. Demel.

Hellwagner: Interessiert Sie, wie sich diese Freundschaft entwickelt hat?

Gaigg: *Nein, es interessiert mich nur, ob sie besteht, beziehungsweise . . .*

Hellwagner: Die Freundschaft war anfänglich in meiner Richterzeit persönlich nicht so gut, aber ich bin dann Präsidialsekretär des Landesgerichtes für ZAS Wien gewesen mit ihm, und daraus hat sich dann eine enge Freundschaft entwickelt.

Gaigg: *Ist es richtig, daß Sie mehr oder weniger regelmäßig gemeinsam den Mittagstisch in den Lokalitäten des Clubs eingenommen haben?*

Hellwagner: Das ist richtig, daß ich regelmäßig . . . Ich bin ja Schriftführer, und ich habe auch einen Beruf, und ich habe die Korrespondenz immer nach dem Mittagessen erledigt. Ich bin regelmäßig, aber nicht jeden Tag, dort, denn wenn ich zum Beispiel an einem Urteil arbeite, dann kann ich das nicht unterbrechen wegen des Mittagessens, das wäre ein völliges Unding. Da rufe ich dann an, ich komme heute nicht, setze meine Arbeit fort und gehe dann im Justizpalast oder in einem Lokal in der Nähe essen.

Gaigg: *Meine Frage geht in die Richtung: Nachdem Sie doch sehr regelmäßig mit dem Präsidenten Dr. Demel zusammentreffen beziehungsweise zusammengetroffen sind, wundert es mich doch ein bißchen, daß er Sie in der Richtung Gespräche mit dem Udo Proksch, Telefonate mit dem Udo Proksch überhaupt nicht informiert hat.*

Hellwagner: Nein, er hat mich nicht. Ich stehe auch unter der Disziplinargerichtsgewalt, ich kann das wirklich ausschließen, er hat mir davon keine Mitteilung gemacht.

Gaigg: *Gut. Danke.*

Obmann Steiner: *Danke. — Dr. Pils, bitte.*

Pils: *Ich habe nur ganz kurze Fragen. Wir können also jetzt festhalten, daß es offensichtlich drei Treffen zwischen Proksch und Haider gegeben hat.*

Hellwagner: Bitte, Herr Dr. Pils, drei Treffen, ich habe einen Aktenvermerk vorgelegt, es kann ja sein, daß das auch abgesagt wurde. Das ist Ihre Würdigung. Ich kann nicht sagen aus eigenem, daß es drei Treffen gegeben hat.

Helene Partik-Pablé: *Auch der Dr. Pils muß richtige Vorhalte machen, Herr Vorsitzender!*

Hellwagner: Bitte, ich habe nur ein Schriftstück aus einer Eintragung vorgelegt. Es kann auch sein, daß dieses Gespräch abgesagt wurde. Das ist noch kein schlüssiger Beweis, daß es stattgefunden hat. Aber das müssen Sie beurteilen, nicht ich.

Pils: *Sagen Sie, nur noch eine kurze Frage: Wissen Sie, was Udo Proksch sonst noch über Dr. Haider gesagt hat?*

Hellwagner: Udo Proksch hat nicht sehr oft mit mir über Haider gesprochen, aber er hat es als politischen Fehler mir gegenüber schon bezeichnet, daß die SPÖ mit ihm kein Gespräch sucht. Und er hat gesagt, man muß mit allen Leuten reden, und er hat mir wirklich das Wort, daran kann ich mich erinnern, gesagt, Haider sei ein netter Kerl, mit dem könne man reden.

Pils: *Sonst haben Sie keine weiteren Wahrnehmungen, Informationen?*

Hellwagner: Nein. Er hat mir gegenüber auch einmal vorgeschlagen, bitte, wenn Sie mich so fragen, daß man Haider vielleicht — es war aber nur Udo Proksch im Klub — als Vortragenden einladen sollte, das ist ja nichts Unrichtiges, daß er hier seine Ideen darlegen kann, daß man mit ihm diskutiert. Man kann ja mit allen . . . Aber dieser Vorschlag wurde nicht akzeptiert.

Pils: *Von wem nicht akzeptiert?*

Hellwagner: Von den übrigen Vorstandsmitgliedern nicht.

Pils: *Also die wollten keinen Vortrag vom Dr. Haider haben?*

Hellwagner: Nein.

Helene Partik-Pablé: *Freundertwirtschaft und Mißwirtschaft. Ich nehme an, das wäre vielleicht das Thema gewesen.*

Pils: *Das wäre das Thema des Dr. Haider, meinen Sie? Bitte schön. Ich kenne die verschiedenen . . . (Helene Partik-Pablé: Nein! . . .)*

Obmann Steiner: *Dr. Pils, bitte, wenn Sie mit den Fragen weiter fortfahren.*

Pils: *Ich habe eigentlich nur eine letzte Feststellung, damit Sie mich nicht falsch verstehen. Ich habe Ihre Ladung deshalb beantragt, weil es eine Zeugenaussage bei der Staatsanwaltschaft gibt, die darauf hinweist und Sie beschuldigt — oder wie immer man das nennt —, Sie hätten Kontakt mit Udo Proksch gehabt. Nichts anderes soll hier unter anderem . . .*

Hellwagner: Aber die Ladung lautet „Kontakte zu Udo Proksch“, das Beweisthema. Aber ich bin bereit, darüber Auskunft zu geben, nachdem ich auch meiner Dienstbehörde darüber . . .

Pils: *Selbstverständlich. Ich möchte aber diese Fragen nicht wiederholen. Im wesentlichen sind Sie das gefragt worden und haben . . .*

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung, bitte.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): ... daß hier nicht ungleiche Maßstäbe getroffen werden. Der Herr Dr. Pilz hält ununterbrochen falsche Vorhalte. Es gibt keine falsche Zeugenaussage bei der Staatsanwaltschaft. Wenn Sie das Schreiben der Frau Dr. Herbst meinen, dann ist das keine Zeugin, denn die Staatsanwaltschaft vernimmt ja überhaupt keine Zeugen. Also, bitte, es gilt eben nicht, daß sich da manche Personen im Ausschuß gleichere Rechte einräumen, als sie zum Beispiel für mich gelten. Wenn ich erinnern darf an die „Farm der Tiere“, Sie wissen ja, wer die sind, die die Privilegien für sich in Anspruch nehmen.

Obmann Steiner: Danke sehr. — Herr Dr. Pilz, Sie haben diese Belehrung gehört, bitte fahren Sie fort.

Fuhrmann: Meinen Sie die Schweine?

Helene Partik-Pablé: Ich möchte damit zum Ausdruck bringen, daß Sie hier völlig ungleiche Maßstäbe anlegen.

Fuhrmann: Wollen Sie uns als Schweine bezeichnen? Ich frage Sie, ob Sie uns als Schweine bezeichnen wollen. Snowball und Napoleon sind Schweine. Wollen Sie uns als Schweine bezeichnen?

Helene Partik-Pablé: Schauen Sie, ich habe jetzt deutlich gesagt, und das steht auch im Protokoll, wovon ich gesprochen habe. Ich habe gesagt, es ist ähnlich wie in der „Farm der Tiere“, daß sich einige Leute hier Privilegien herausräumen. (Zwischenruf Fuhrmann.) Nein, überhaupt nicht.

Obmann Steiner: Schluß jetzt mit dieser Debatte! Bitte, Dr. Pilz, fahren Sie fort. (Weitere Zwischenrufe.) Bitte fahren wir jetzt weiter fort, wir werden nachher ... Frau Doktor, Sie sind nicht am Wort, der Dr. Pilz ist am Wort.

Pilz: Nach diesem Exkurs zur „Farm der Tiere“ möchte ich wirklich weiteres der Frau Dr. Partik-Pablé überlassen. Wir bewegen uns jetzt in Richtung Tierreich, und da fühle ich mich nicht kompetent.

Obmann Steiner: Keine Fragen mehr? — Dann Dr. Graff, Dr. Ermacora.

Graff: Ich möchte an die Kollegen appellieren: Wir haben uns bis jetzt eigentlich weitgehend freigehalten von irgendwelchem Hickhack.

Rieder: Ich war in der Reihenfolge nicht dran.

Graff: Er war in der Reihenfolge nicht dran. Bitte, dann kommt er in der Reihenfolge dran, und dann werde ich fragen. Danke.

Rieder: Herr Vorsitzender! Wir haben beim letztenmal begonnen und wären jetzt als letzter dran gewesen.

Herr Dr. Hellwagner! Ich habe noch eine Frage zu den Räumlichkeiten. Wenn man unten im Café Demel ist, wie kann man von dort in den „Club 45“ gelangen?

Hellwagner: Über die Stiegen. Man muß unten läuten, da sind zwei Schilder, da steht drauf „Demel-Salon“ und „Club 45“. Wo man hin will, da läutet man. Der Lütgendorf-Salon ist im zweiten Stock, der „Club 45“ im dritten Stock.

Rieder: Ich verstehe es noch immer nicht ganz. Wenn man im Café drinnen ist, muß man da wieder hinausgehen und bei der Türe anläuten, oder gibt es aus dem Lokal heraus eine Möglichkeit ...

Hellwagner: Herr Dr. Rieder! Ich bin unten sehr wenig gewesen, aber soweit ich mich erinnere, kann man von unten über die Backstube sehr wohl auch hinaufgehen. Da gibt es eine rückwärtige Stiege, man kann auch den Klub nicht von vorne, sondern auch von rückwärtigen Stiegen betreten, auch jeden anderen Raum des Hauses Demel.

Rieder: „Über die Backstube“ heißt durch die Backstube durch oder wie?

Hellwagner: Vom Lokal Demel, das im Erdgeschoß ist, durch die Backstube hindurch oder auch bei der Toilette hinaus, glaube ich, soweit ich mich erinnere, aber, bitte, da kann ich keine hundertprozentigen Angaben machen.

Rieder: Ich habe noch eine zweite Frage zu dem anderen Gegenstand der Befragung. Vor mir liegt ein Antrag der Staatsanwaltschaft, wonach unter Berufung auf dieses Schreiben der Frau Dr. Berta Herbst beantragt wird zur allfälligen Ausforschung des Aufenthaltsortes die zeugenschaftliche Vernehmung des Dr. Hellwagner und der Dr. Herbst. Ist diese doch immerhin unter dem Gesichtspunkt der Dringlichkeit zu beurteilende Vernehmung schon erfolgt?

Hellwagner: Nein, ist noch nicht erfolgt.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Zeuge! Diesen Ausschnitt, Ablichtung aus einem Terminkalender, wo sich am 11. diese Eintragung findet, haben Sie vom Herrn Rüdiger Proksch?

Hellwagner: Ja, gestern bekommen.

Graff: Was hat Ihnen der Herr Rüdiger Proksch dazu gesagt?

Hellwagner: Der Herr Rüdiger Proksch sagt, er persönlich hat daran keines . . ., er hat diese Eintragung, glaube ich, veranlaßt, ob er es selber war, weiß ich nicht, auf Weisung oder Ersuchen des Herrn Udo Proksch.

Graff: Ja. Es muß ja irgendeinen Anlaß gegeben haben, es ist ja auch völlig natürlich und klar, wenn jetzt das Treffen Haider-Proksch beim Demel oder im „Club 45“ oder dazwischen im Lütgendorf-Salon im Ausschuß aktuell wird, daß man darüber spricht und daß die Leute, die der Herr Präsident Demel als „Wir“ bezeichnet, hier ihre Strategie entwickeln und andere eine andere. Ich frage Sie: Haben Sie die Tatsache, daß Sie dieses Papier hier im Ausschuß präsentieren werden, mit dem Herrn Rüdiger Proksch besprochen?

Hellwagner: Nein. Der Herr Rüdiger Proksch wußte, daß ich heute aussage. Ich war gestern mit einem Gast im Demel, im Club essen, und er hat mich zu sich gerufen und hat gesagt: Ich möchte Ihnen das zeigen, diese Ablichtung. Dann habe ich ihn gefragt: Darf ich das heute präsentieren, ich habe das nicht zu würdigen, und das habe ich gemacht.

Graff: Haben Sie es sonst mit irgend jemandem besprochen?

Hellwagner: Bitte, dieses Treffen war . . . Bei dieser Überreichung des Aktenvermerkes, der war zuerst nicht in einem Kuvert, den hat auch Frau Eva Netolicka gesehen, aber die hat daran keine Wahrnehmung gehabt.

Graff: Haben Sie sonst mit jemandem, etwa zum Beispiel der auch hier im Saal ist, diese Dinge besprochen?

Hellwagner: Nein. Ich habe nicht einmal den Herrn Präsidenten Demel davon verständigt, obwohl mir seine Urlaubsanschrift, Hotel Bellevue, bekannt ist. Ich wollte das . . .

Graff: Durch eine seltsame Inspiration ist dieses Datum 11. Februar, an dem jetzt auf einmal dieses Treffen stattgefunden haben könnte, sowohl beim Herrn Kollegen Rieder als auch beim Herrn Kollegen Pilz bereits im Laufe des Vormittags gefallen, sodaß man hier als naiver Beobachter den Eindruck gewinnen könnte . . . (Partik-Pablé: Falsche Vorhalie!)

Hellwagner: Nein.

Graff: Nein? Das ist meine Erinnerung.

Hellwagner: Bei diesem Aktenvermerk, ich möchte sagen, bei dieser Vorlage, da waren Frau Eva Netolicka und auch ihre Tochter, Claudia Hubeny, anwesend. Ich bin auch ermächtigt, zu sagen, daß sie auch bei dem, wo die Frau Michaela Kappl . . .

Graff: Nein, um das geht es mir nicht. Mir geht es darum . . .

Hellwagner: Aber keinem. Ich habe es weder einem Abgeordneten noch sonst . . ., nicht einmal Präsident Demel noch sonst einem Vorstandsmitglied des „Club 45“ gezeigt. Erst einmal war dazu der Zeitraum zu kurz. Die Übergabe erfolgte um 3 Uhr, und mich hat der Herr Rüdiger Proksch beauftragt, das hier vorzulegen.

Graff: Ja. Und haben Sie die Grundstrategie: Wie bringen wir das Treffen Haider-Proksch und die offenbar vorhandenen Sympathien unter die Leute?, mit irgend jemandem besprochen?

Hellwagner: Wie gesagt, ich habe über . . . Was meinen Sie? Über dieses hier oder . . .

Graff: Nein, nicht nur dieses, sondern auch die Geschichte mit dem Aktenvermerk und mit den Zeuginnen und daß man das im Ausschuß . . .

Hellwagner: Ich habe, wie ich schon eingangs gesagt habe, Präsident Demel davon Mitteilung gemacht, daß mir Frau Netolicka im Sommer 1988 von zwei Treffen berichtet hat. Er hat mich ersucht, das zu klären, und er hat mir dann gesagt: Mache einen Aktenvermerk darüber, kläre das, wir werden das präsentieren, wenn an mich so strenge Maßstäbe angelegt werden, dann muß das für alle gelten. Das war sein Wort.

Graff: Ich verstehe das durchaus. Ich hätte mir selber so etwas Ähnliches auch zugetraut. Herr Zeuge! Haben Sie diese ganze Sache „Haider in den Ausschuß“, als Schlagwort nur, mit dem Herrn Dr. Damian besprochen?

Hellwagner: Mit dem Dr. Damian nicht besprochen.

Graff: Nicht. Gut.

Hellwagner: Er war gestern — das muß ich Ihnen wahrheitsgemäß berichten, er hat mich gefragt, warum —, gestern war auch Herr Dr. Damian im Club, aber der hat das nicht gesehen, bitte, weil er da schon den Club verlassen hatte. Er hat mich gefragt, warum wir das gemacht haben. Wir haben gesagt, wir haben das als Akt der Notwehr gemacht, weil wir uns doch diffamiert fühlen, denn die Freundschaft zu Udo Proksch ist ja an und für sich noch keine Schande gewesen oder die Bekanntschaft.

Graff: Also der Dr. Damian ist nicht die Person, der Sie dieses Vertrauen schulden, daß Sie nicht enthüllen dürfen oder wollen, wo der Aktenvermerk errichtet worden ist?

Hellwagner: Daß ich den Herrn Dr. Damian . . . Ich verstehe die Frage nicht.

Graff: Sie haben gesagt, Sie wollen ein Vertrauen nicht brechen. Und ich frage Sie, da Sie sagen, mit dem Dr. Damian haben Sie darüber nicht gesprochen: Der Dr. Damian ist nicht die Person, der Sie dieses Vertrauen schulden?

Hellwagner: Nein.

Graff: Nein. Gut. Letzte Frage: Sie sagen, Sie verweigern hier die Aussage wegen Schande, wegen möglichen Vertrauensbruches. Es kann also die Aussageverweigerung nicht darauf zurückgehen, daß etwa der Aktenvermerk, was auch kein besonderes Malheur wäre, aber vielleicht unangenehm, in irgendwelchen Amtsräumen geschrieben worden ist?

Hellwagner: Herr Dr. Graff! Ich möchte ohne Rücksprache darüber nichts sagen, aber ich werde darüber Rücksprache halten und werde vielleicht dem Ausschuß . . .

Graff: Sie brauchen nicht mehr Rücksprache zu nehmen. — Danke schön.

Hellwagner: Aber ich kann ohne die Person, die mir das gemacht hat, keine Aussagen hier treffen. Bitte, das müssen Sie mir zugestehen.

Obmann Steiner: Als nächster hat sich Herr Dr. Ermacora zu Wort gemeldet. Bitte.

Ermacora: Herr Dr. Hellwagner! Nur noch einmal zu diesem Terminkalender, um klarzustellen: Der Terminkalender wurde Ihnen vom Bruder des Herrn Proksch, also von Rüdiger Proksch, übergeben?

Hellwagner: Gestern um zirka 15 Uhr, ja.

Ermacora: Ist es ein Terminkalender, den Rüdiger Proksch führt?

Hellwagner: Ich weiß es nicht. Er hat mir nicht gesagt, wer die Kalender führt, es kann ja auch ein anderer sein. Er hat mir gesagt, er übergibt mir das, und ich bin ermächtigt, das hier vorzulegen.

Ermacora: Bitte, wenn nicht klargelegt werden kann, wer den Terminkalender führt, vielleicht darf ich präziser fragen: Er gehört Herrn Rüdiger Proksch?

Hellwagner: Er hat gesagt, er hat nachgeschaut in dem Kalender, und da hat er dieses Datum gefunden. Er hat zuerst nichts gefunden, das hat er

mir auch noch gesagt, weil er den falschen Kalender hatte, und dann hat er das gefunden. Das hat er mir gesagt.

Ermacora: Und warum meinen Sie, daß Herr Rüdiger Proksch diese Eintragung gemacht hat?

Hellwagner: Wahrscheinlich, weil er mit . . . Das ist keine Tatsachenfrage, Herr Professor, Sie waren mein Prüfer, ich kann als Zeuge nicht über Vermutungen Auskunft geben.

Graff: Wir haben es aber hie und da schon geduldet.

Ermacora: Wenn Sie, Herr Dr. Hellwagner . . .

Hellwagner: Sie kennen mich schon seit, das darf ich ja auch sagen, seit 30 Jahren, seit 1959, ganz gut, weil ich, das möchte ich hier sagen, Assistent an der Universität Innsbruck im zivilgerichtlichen Verfahren war bei Professor Novak, bitte.

Graff: Aber nicht vom „Club 45“?

Hellwagner: Nein, nein, aber ich bin mit ihm so gut.

Ermacora: Herr Dr. Hellwagner! Wenn Sie immer in diesem Ausschuß, in diesem Untersuchungsausschuß, wären, würden Sie sich über manche Fragestellungen schon gewundert haben.

Hellwagner: Ich habe ausdrücklich mit keinem Journalisten vorher gesprochen, auch aus Respekt vor diesem Ausschuß. Es haben mich einige zu erreichen versucht.

Ermacora: Also Sie werden wahrscheinlich auch mir die Frage nicht beantworten können, wessen Schrift diese Eintragung . . .

Hellwagner: Nein, kann ich nicht.

Ermacora: Wenn Sie gerade davon gesprochen haben, daß Herr Dr. Damian offenbar im Club zu Mittag gegessen hat, ist er oder sind andere, die in der Angelegenheit Proksch, die uns hier interessiert, öfter an Ihrem Mittagstisch anwesend?

Hellwagner: Solange Leopold Gratz Präsident des Clubs war, hat praktisch die Geschäfte Dr. Damian geführt, und er war fast jeden zweiten, dritten Tag, wenn es seine Zeit erlaubt hat, im Club. Und — das möchte ich schon betonen — Präsident Leopold Gratz hat dann anlässlich seiner Wahl zum Nationalratspräsidenten diese Funktion niedergelegt. Er hat gesagt, er möchte nur einmal wo Präsident sein, der Republik, und nicht mehr diese Funktion ausüben.

Ermacora: Herr Dr. Hellwagner! Dieser Mittagstisch ist eine Routine?

Hellwagner: Er ist eine Routine, er findet täglich statt. Man sollte sich natürlich vorher anmelden.

Ermacora: *Und das ist wie in einem Klub, man kommt und geht?*

Hellwagner: Man kommt und geht, ja.

Ermacora: *Danke vielmals.*

Obmann Steiner: *Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.*

Helene Partik-Pablé: *Zwei Fragen habe ich, und zwar Sie haben kurz erwähnt und haben dann nichts mehr weiter darüber geredet, es hat irgendwann einen Umbau gegeben.*

Hellwagner: Ja.

Helene Partik-Pablé: *Hat es da eine Änderung in den Stockwerken gegeben?*

Hellwagner: Ja. Wir sind vom ersten Stock in den dritten Stock übersiedelt, ich kann Ihnen aber nicht mehr ganz genau aus meiner Erinnerung sagen, ich glaube, es mußte 1983 gewesen sein, weil sich der Demel vergrößern wollte.

Helene Partik-Pablé: *Also der Umbau war 1983.*

Hellwagner: Bitte, ich kann mich darauf nicht festlegen. Ich weiß es nicht.

Helene Partik-Pablé: *Und dann habe ich noch eine Frage. Sie haben gesagt, er hat zuerst nichts gefunden, der Rüdiger Proksch. Was haben Sie damit gemeint?*

Hellwagner: Ja, er hat zuerst den falschen Kalender gehabt und hat keine Eintragungen gefunden, und erst gestern hat er diese Eintragung gefunden.

Helene Partik-Pablé: *Nach was haben Sie gesucht?*

Hellwagner: Ich habe überhaupt nicht gesucht.

Helene Partik-Pablé: *Oder er?*

Hellwagner: Er hat mir's gegeben. Ich habe nichts gesucht, sondern ich habe nur . . . Ich habe überhaupt nichts gesucht.

Helene Partik-Pablé: *In welchem Auftrag hat er gesucht?*

Hellwagner: Aus eigener Initiative.

Helene Partik-Pablé: *Was hat er Ihnen gesagt? Ich habe geschaut? Nach was hat er geschaut?*

Hellwagner: Ich habe, nachdem ja ein derartiges Treffen bestritten wurde und man gesagt hat, es war November 1986, ich kann ja das Verhalten des Herrn Rüdiger Proksch nicht qualifizieren. Er ist gestern gekommen und hat gesagt: Ich habe nachgeschaut und habe diese Eintragung gefunden im Kalender. Das bedeutet ja, Frau Kollegin, noch gar nicht, daß dieses Treffen stattgefunden hat, das muß man ja fairerweise sagen, es könnte abgesagt worden sein oder sonst etwas.

Helene Partik-Pablé: *Ja, aber jedenfalls ist richtig: ich habe zuerst nichts gefunden, oder Sie haben gesagt, er hat zuerst nichts gefunden, und dann ist er mit diesem Blatt gekommen.*

Hellwagner: Er hat mir darüber eigentlich . . . Soweit ich mich erinnere, hat er gesagt, ich habe im falschen Kalender geschaut und habe nichts gefunden, und dann habe ich es gefunden, aber er hat weder in meinem Auftrag noch im Auftrag eines Clubmitglieds danach gesucht.

Helene Partik-Pablé: *Gut. Das ist offensichtlich die einzige Eintragung im Kalender, die gefunden wurde (Hellwagner: Offenbar!), die das Treffen, Haider-Proksch-Demel sieht da . . .*

Hellwagner: Bis jetzt habe ich nichts anderes da.

Helene Partik-Pablé: *Danke.*

Obmann Steiner: *Danke.*

Dr. Ermacora, *bitte.*

Ermacora: *Ich wollte noch einmal auf diesen Mittagstisch zurückkommen und die Frage stellen, ich verstehe natürlich den Clubbetrieb, aber die Frage stellen, ob auch Angehörige aus dem Justizbereich an diesem Mittagstisch mehr oder minder regelmäßig teilnehmen.*

Hellwagner: Nein, regelmäßig nicht, aber ich habe schon Kollegen dort eingeladen.

Ermacora: *Zum Beispiel?*

Hellwagner: Bitte, das ist die Vertraulichkeit des Clubs, die möchte ich nicht nennen. Aber Otto F. Müller war nie dabei, wenn Sie den meinen. (*Heiterkeit. — Ruf: Gut vorbereitet!*) Nein, ich bin nicht gut vorbereitet, aber ich bin ja hier unter Disziplinärgewalt, ich verliere ja meine Existenz, wenn ich hier falsch aussage. Dr. Müller habe ich nie persönlich eingeladen. Er hat es auch immer abgelehnt. Das muß man hier auch sagen.

Obmann Steiner: *Dr. Graff, bitte.*

Graff: *Der Herr Rüdiger Proksch hat Ihnen nicht gesagt, wessen Kalender das ist?*

Hellwagner: Er hat gesagt, das ist der übliche Kalender des . . . — Ja, das hat er mir nicht gesagt, nein.

Graff: Hat er nicht gesagt. Was ist der Herr Rüdiger Proksch von Beruf?

Hellwagner: Er war zuerst Angestellter, und, glaube ich, derzeit, das kann ich Ihnen sagen, das weiß ich auch nach den Zeitungen, soll er Geschäftsführer sein der GesmbH. Aber ich kann Ihnen das aus eigener Wahrnehmung nicht sagen.

Graff: Ist er Rechtsanwalt?

Hellwagner: Nein.

Graff: Interessant. Wenn Sie sich aber diesen Kalender anschauen, das ist ein anwaltliches Fristenbuch: Tag, Behörde, Saal, Rechtssache, Fristenanmerkung. Genauso schaut mein Kalender aus.

Hellwagner: Ja, bitte, das kann ich Ihnen nicht beantworten. (Ruf: Ist es Ihrer?)

Graff: Na, meiner ist es nicht, bitte. Darauf lege ich Wert. Aber es ist offenbar nicht, Frau Dr. Pabblé, der Vorhalt stimmt, da brauchen Sie keine Sorge zu haben, . . . Es ist ganz offensichtlich ein anwaltliches Fristenbuch, und daraus ziehe ich den Schluß, daß das nicht die normale Aufzeichnung beim Demel ist, wer wann offenbar in welchem Saal diniert oder Mittag ißt.

Hellwagner: Nein, bitte, ich kann das nicht qualifizieren. Er hat mir diese Ablichtung gebracht. Mehr hat er nicht gesagt. Er hat auch nicht gesagt, daß er ihn dort gesehen hat.

Graff: Es steht auch der Udo in der dritten Person dabei, nicht? Haider, Demel, Udo.

Hellwagner: Ich habe nur den Auftrag, das vorzulegen.

Graff: Sie haben nur den Auftrag, das vorzulegen? — Okay. (Hellwagner: Oder das Ersuchen!)

Ich bestehe jedenfalls auf der Einvernahme des Zeugen Dr. Damian nach ärztlicher Untersuchung, und ich bin auch der Meinung und stelle den Antrag, Herr Vorsitzender, daß wir uns den Herrn Rüdiger Proksch nicht versagen sollten. — Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke.

Keine weiteren Fragen mehr? — Dann danke ich dem Zeugen. Danke. (13.44 Uhr)

Ich unterbreche nun die Sitzung auf eine Stunde. 14 Uhr 45 Minuten, bitte.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 45 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 51 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Steiner: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf und bitte Herrn Mag. Brantner in den Zeugenstand.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Mag. Roland Brantner
im Sinne des § 271 StPO**

(14.52 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Mag. Brantner! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als Zeuge die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ich frage Sie nun nach Ihrem Namen.

Brantner: Roland Brantner.

Obmann Steiner: Geburtsdatum?

Brantner: 25. 8. 1962.

Obmann Steiner: Ihr Beruf, bitte.

Brantner: Student.

Obmann Steiner: Ihr Wohnort, bitte.

Brantner: 1120 Wien, Grünbergstraße 19/14.

Da gibt es noch einen kleinen Fehler: Brantner schreibt man nur mit hartem „t“.

Obmann Steiner: Aha. Also bitte, Brantner nur mit hartem „t“, nicht noch einem weichen. Danke.

Als erster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Dr. Graff. Bitte.

Graff: Herr Mag. Brantner! Sie waren am 26. Dezember 1988 in dem Flug mit dem Herrn Worm nach Bangkok. Stimmt das?

Brantner: Da muß ich Sie leider korrigieren: Das ist nicht ganz richtig, das ist am 25. Dezember gewesen.

Graff: Am 25. Dezember. Wo sind Sie gesessen?

Brantner: Ich bin gesessen in der ersten Klasse.

Graff: In welcher Reihe? (Geht mit einem Plan zum Zeugen.) Könnte es hier gewesen sein, in der ersten Reihe?

Brantner: Nein, das ist nicht richtig. Ich bin gesessen in der fünften Reihe. Hier beim Fenster.

Graff: Das war Ihr Stammplatz?

Brantner: Ja.

Graff: Und haben Sie den Platz im Lauf des Fluges verlassen?

Brantner: Ja, ich habe während des Fluges den Platz einige Male verlassen.

Graff: Ja. Also Sie wissen eh, worauf es uns ankommt. Also wir brauchen nicht alle Höhen und Tiefen dieses Fluges.

Ich wollte von Ihnen wissen, ob Sie nicht zeitweilig in der ersten Reihe auf dem Platz, der mit B bezeichnet ist, auch auf dieser Skizze, gesessen sind, neben dem Herrn Chefredakteur Worm.

Brantner: Ja, das ist richtig.

Graff: Ja. Waren Sie auch dabei, als sich ein Gespräch entsponnen hat zwischen dem Herrn Worm und einem auf das Freiwerden des Locus wartenden Passagiers in Jeans?

Brantner: Ja, da kam ein Herr in Jeans und in einem blauen Hemd.

Graff: Ja. Erzählen Sie uns bitte, was Sie sich von dem Gespräch gemerkt haben.

Brantner: Ich muß vorausschicken, daß ich in Gedanken in einer anderen Sache war, in einer familiären, und ich dadurch dem ganzen Gespräch eigentlich keinen sehr großen Stellenwert beigemessen habe und ich während des Gesprächs ursprünglich meinen Platz verlassen wollte, jedoch habe ich dann festgestellt, daß das Gespräch nicht mehr allzulange dauern wird, es hat nur ein paar Minuten gedauert, sodaß ich dann sitzengelieben bin.

Graff: Ja. Also Sie haben dem Herrn Worm eine Information erteilt zu einer allfälligen Geschichte, die wir gar nicht wissen wollen. Uns interessiert das Gespräch mit diesem auf das Freiwerden der Toilette wartenden Passagier. Noch einmal: Können Sie uns das erzählen, was Sie davon gehört haben und in Erinnerung haben?

Brantner: Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, daß ich eben in Gedanken in einer familiären Sache war und dadurch . . .

Graff: Ja, dann sagen Sie uns, Sie haben nichts in Erinnerung, das ist ja keine Schande. Aber bitte beantworten Sie meine Frage.

Brantner: Ich habe zumindest nicht mehr die genauen Sachen in Erinnerung.

Graff: Gut. Aber es ist richtig, daß der Herr Worm auf Sitz A, also links außen, gesessen ist und Sie auf Sitz B, und der Herr, der stehende — wissen Sie inzwischen, wer das war?

Brantner: Inzwischen habe ich das den Medien entnommen.

Graff: Aha. Aus dem Gespräch haben Sie nicht entnommen, daß das der Präsident Demel war?

Brantner: Nein. Der Herr Ing. Worm hat nur dem Herrn nachgerufen: Grüß Gott, Herr Präsident!

Graff: Ja. Das Gespräch muß sich aber, wenn Demel gestanden ist, quasi über Sie hinweg abgepielt haben, was immer noch nicht heißt, daß Sie zugehört haben müssen, im Gegenteil.

Brantner: So könnte man es sehen, ja.

Graff: Vielleicht hört man bei einem fremden Gespräch auch aus anderen Gründen nicht zu, aber uns interessiert halt, was — man kann andererseits aber auch, ohne es zu wollen, Dinge aufschnappen — Sie aufgeschnappt haben. Gut, wenn Sie es uns nicht selbst erzählen wollen, dann frage ich Sie ab nach dem Aktenvermerk, den uns der Herr Worm über dieses Gespräch gegeben hat. Ist in dem Gespräch von Herrn Udo Proksch die Rede gewesen?

Brantner: Ja, das ist richtig.

Graff: Was hat der Herr Demel dem Herrn Worm über den Udo Proksch gesagt?

Brantner: Soweit ich mich erinnern kann, ist darüber gesprochen worden, wie lustig es doch sei, daß international der Herr Proksch gesucht wird und man ihn nicht finden kann.

Graff: Ja. Hat der Herr Demel in irgendeiner Weise gesagt, daß er weiß, wo der Herr Proksch ist?

Brantner: Es ist darüber gesprochen worden, jedoch kann ich mich nicht mehr an den genauen Wortlaut des Herrn Präsidenten erinnern.

Graff: Hat der Herr Präsident Demel gesagt, daß er auf irgendeine Weise Kontakt mit dem Herrn Proksch gehabt hat?

Brantner: So habe ich das eventuell verstanden.

Graff: Ist vom Telefonieren gesprochen worden?

Brantner: Kann ich nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen.

Graff: Können Sie sagen, ob darüber gesprochen wurde, wer wen angerufen hat?

Brantner: Nein, das weiß ich leider nicht.

Graff: Das wissen Sie nicht.

Worum ist es denn dem Herrn Worm bei diesem Gespräch mit dem Präsidenten Demel gegangen?

Brantner: Dem Herrn Ing. Worm ist es darum gegangen, da er während des Gespräches entnommen hat, daß der Herr Demel anscheinend gute Kontakte zu Herrn Proksch hat, daß es möglich wäre, daß der Herr Präsident einen Termin mit dem Herrn Ing. Worm treffen könne oder . . .

Graff: Also einen Termin zwischen . . .

Brantner: . . . zwischen dem Herrn Ing. Worm und . . .

Graff: . . . dem Proksch.

Brantner: Ja.

Graff: Daß Demel einen solchen Termin vermitteln kann.

Brantner: Ja.

Graff: Ja. Und hat sich der Herr Präsident Demel in diesem Gespräch so verhalten, daß Sie den Eindruck gewonnen haben, der könnte das, wenn er wollte?

Brantner: Ich muß dazusagen, daß ich den Eindruck gehabt habe, daß dieser Präsident diese ganze Sache relativ lustig gesehen hat, sodaß ich . . .

Graff: Ja, den Eindruck haben wir auch gewonnen.

Brantner: . . . sodaß ich eigentlich mir eventuell nicht der Tragweite dieses eigentlichen Gespräches im klaren war.

Graff: Ja, aber das ist keine Antwort auf meine Frage. Eine Antwort auf meine Frage ist die, ob der Präsident Demel — es ist uns gesagt worden, daß Demel sich gefragt hat, na was hat der Proksch von so einem Interview —, aber für uns interessant ist die Frage, ob die Bedenken des Demel gegen das Interview nur darauf beruhen, daß er es halt nicht für günstig gehalten hat für den Herrn Proksch, oder ob er auch gesagt hat: Sie, was wollen Sie von mir? Ich möchte Ihnen jetzt nichts in den Mund legen, aber hat er sich so verhalten, als könne er

dieses Treffen herbeiführen zum Zweck eines Interviews?

Brantner: Ja. Zum Ende des Gespräches wurde vereinbart, soweit ich mich erinnern kann, daß der Herr Präsident, dessen Namen ich eben erst später aus den Medien erfahren habe, daß er sich zumindest darum bemühen wird, ein Treffen zwischen dem Herrn Proksch und dem Herrn Ing. Worm zu organisieren.

Graff: Hat er irgendwie gesagt, ja, aber da muß ich schon warten, ob der mich vielleicht wieder einmal anruft, oder haben Sie den Eindruck gewonnen, es hätte der Herr Präsident die Möglichkeit, dieses Interview herbeizuführen?

Brantner: Für mich als außenstehende Person klang es so, als wäre es kein allzu großes Problem für den Herrn Präsidenten, wobei ich allerdings dazu bemerken möchte, daß der Herr Präsident sehr guter Laune war und das in lustigem Ton gesagt hat, sodaß ich mir nicht ganz im klaren war. Aber im Prinzip kam es so heraus, als wäre es für ihn kein großes Problem.

Graff: Ja. Ist von einem Enduser-Zertifikat gesprochen worden?

Brantner: Kann ich nicht ausschließen, allerdings auch nicht bestätigen.

Graff: Oder von irgendwelchen Dokumenten, die der Herr Proksch noch für den Zweck seines Verfahrens bekommen oder liefern soll?

Brantner: Ja, von 70-Kilo-Plänen ist gesprochen worden.

Graff: Von 70-Kilo-Plänen ist gesprochen worden. Und hat der Herr Worm den Eindruck gemacht, als wisse er, um was es da geht, oder . . .? Das ist eine schwere Frage.

Brantner: Das kann ich leider Gottes nicht beantworten. Ich kann mich nur erinnern, daß über 70-Kilo-Pläne gesprochen worden ist.

Graff: Ich verstehe schon. Hat der Herr Worm den Herrn Präsidenten etwa gefragt, ob der Herr Proksch in Syrien ist vielleicht?

Brantner: Darüber ist gesprochen worden, ja, das ist richtig.

Graff: Ja. Und was hat der Präsident gesagt?

Brantner: Ich glaube, mich erinnern zu können, daß er gesagt hat, nein.

Graff: Nicht in Syrien, sondern wo?

Brantner: Das weiß ich leider nicht.

Graff: Ist von den Philippinen gesprochen worden?

Brantner: Ja, das Wort „Philippinen“ ist mir in Erinnerung, aber inwieweit, ob jetzt der Herr Präsident gesagt hat, daß der Herr Proksch sich auf den Philippinen befindet, weiß ich nicht.

Graff: Aber hat er gesagt, wo sich der Herr Proksch befindet, oder hat er eher gesagt, ich habe keine Ahnung?

Brantner: Noch einmal: Ich hatte nicht so den Eindruck, als würde er absolut keine Ahnung haben, sondern ich hatte den Eindruck, als würde er eventuell wissen, wo sich vielleicht Proksch aufhalten könnte.

Graff: Sie sagen sehr viele „eventuell“ und sehr viele „vielleicht“, Herr Zeuge. Sie haben sich zwar noch als Student bekannt, aber Sie sind immerhin ein Magister und Akademiker. Sind Sie ein „profil“-Leser?

Brantner: Unter anderem, so wie andere Wirtschaftsjournalen.

Graff: Ja, ja, ist ja keine Schande. Haben Sie nicht — ich könnte mir doch vorstellen, daß man, wenn man selber mitbeteiligt ist, sich das anschaut — etwa in der „profil“-Dokumentation das Protokoll dieses Ausschusses gelesen, auch über diese Geschichte mit Worm und Ihnen und dem Herrn Präsidenten?

Brantner: Habe ich leider nur kurz überflogen, da ich nicht so viel Zeit habe, mich mit dieser Causa zu beschäftigen.

Graff: Sie, das nehme ich Ihnen, das sage ich Ihnen ganz offen, nicht ganz ab, denn so oft passiert das nicht, daß man als Student im „profil“ steht und daß man auf einem Flug so ein Erlebnis hat und daß man dann an einer Szene teilnimmt, wo dann alle Zeitungen gefüllt sind, weiß jemand, wo der Proksch ist, oder nicht. Haben Sie . . .

Brantner: Darf ich Sie da kurz unterbrechen?

Graff: Bitte, sagen Sie etwas dazu, ja.

Brantner: Ich muß noch einmal dazusagen, daß ich eigentlich diesem ganzen Gespräch nicht einen so hohen Stellenwert gewidmet habe, weil der Herr Präsident Demel auf mich einen lustigen Eindruck gemacht hat, sodaß ich mir eigentlich nicht im klaren war und auch bin, inwieweit er das ernst gemeint hat oder nicht.

Graff: Na ja, aber wenn über ein Interview gesprochen wird, selbst wenn man dabei guter Laune ist, so wird er ja doch wohl nicht den Herrn Worm gefrotzelt haben, oder?

Brantner: Also ich muß dazu sagen: Mir ist das, um einen Vergleich hier vorbringen zu dürfen, so vorgekommen, wie wenn man beim Heurigen sitzt und genauso über die Sache Proksch spricht.

Graff: Ja, Herr Zeuge, ich sage Ihnen ganz ehrlich, ich habe den Eindruck, daß Sie hier nicht mit der Klarheit und Deutlichkeit aussagen, wie Sie sollten. Ich nehme Ihnen voll ab, daß das nicht Ihre Sache war, ich nehme Ihnen voll ab, daß ihre Aufmerksamkeit nicht dabei war, aber ich nehme Ihnen nicht ab, daß Sie zu dem ganzen Themenkreis, der die Medien so gefüllt hat, so naiv sind, wie Sie sich jetzt hier geben. Es ist — ich sage Ihnen noch einmal, ich will Sie in gar nichts hineintheatern — überhaupt nichts dabei, wenn Sie sagen, das und das weiß ich nicht, das und das weiß ich schon.

Brantner: Ich habe keinen Grund dazu, mich hier hineintheatern . . .

Graff: Aber dieses „vielleicht“ und „eventuell“ und „sie waren ja sehr guter Laune“ und „ich weiß nicht recht“ . . .

Brantner: Ich möchte schon hier klarstellen, daß ich eigentlich mit dieser ganzen Sache in keinster Weise irgendeinen Zusammenhang habe und ich auch gar keinen Grund sehe, mir von Ihnen vorwerfen lassen zu müssen, daß Sie mich irgendwo hineintheatern möchten. Also das möchte ich nicht gehört haben.

Graff: Nein, im Gegenteil, ich habe ja gesagt, ich möchte Sie nicht hineintheatern. Das werden Sie mir wohl gestatten, Verehrtester! (Rieder: Wie wollen Sie ihn hineintheatern?) Indem ich ihm etwas suggeriere. Ich frage ihn ganz bemüht sehr locker. Na, ich habe mich schon bemüht, sehr . . . Nein, haben Sie nicht den Eindruck? (Rieder: Manchmal, aber es ist schwer, zu fragen!) Es ist schwer zu fragen, weil von selber erzählt er uns nichts. Daher muß ich ihn wohl fragen. Aber ich bemühe mich immer noch, so wenig suggestiv wie möglich zu fragen. (Elmecker: War ja nach einer langen Flugnacht!)

Obmann Steiner: Ich bitte, in der Befragung fortzufahren.

Graff: Haben Sie irgendwelche Wahrnehmungen gemacht, daß der Herr Worm nach diesem Gespräch, es kann auch in einem gewissen zeitlichen Abstand gewesen sein, nämlich eher erst gegen die Landung in Bangkok hin, sich auf seinem Taschencomputer, daß er da eingetippt hat, etwa Notizen über dieses Gespräch oder überhaupt das Gespräch mit Ihnen?

Brantner: Über mein Gespräch mit dem Herrn Ing. Worm hat er sich Aufzeichnungen gemacht.

Graff: Wie?

Brantner: Mit seinem Computer.

Graff: Mit seinem Computer.

Brantner: Ja.

Graff: Und ob er das andere auch aufgezeichnet hat, wissen Sie nicht?

Brantner: Das kann ich deswegen nicht hundertprozentig sagen, weil ich eigentlich zuerst hinten in der letzten Reihe, in der fünften Reihe, gesessen bin, dort besteht die Möglichkeit, zu rauchen, und ich mich später dann wieder nach hinten gesetzt habe, um eine Zigarette zu rauchen.

Graff: Danke, ich bin fertig.

Obmann Steiner: Danke. Der nächste ist Herr Dr. Pilz. Bitte.

Pilz: Im Sinne dessen, daß wir uns darauf geeinigt haben, nichts zu wiederholen, möchte ich eigentlich nur eine Frage stellen, die noch offen ist, eine Kleinigkeit: Sind Sie ein Mitarbeiter des Herrn Worm?

Brantner: Nein, bin ich keiner.

Pilz: Sonst sind meiner Meinung nach alle wesentlichen Fragen gestellt. Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Ich habe zuerst einmal eine Frage zum Ablauf des Gesprächs. Können Sie sich noch erinnern, wie der äußere Ablauf — also nicht der inhaltliche, sondern der äußere Ablauf — des Gespräches war?

Brantner: Ja, da kann ich mich erinnern.

Rieder: Können Sie uns das schildern?

Brantner: Wenn Sie ansprechen auf diesen ominösen zerknitterten Mantel, so gab es diesen Mantel mit hundertprozentiger Sicherheit nicht.

Rieder: Den habe ich eigentlich nicht gemeint, sondern ich habe den Ablauf des Gespräches gemeint.

Brantner: Ja, also ich bin gesessen neben dem Herrn Ing. Worm. Wir haben uns gerade in einer anderen Sache unterhalten. Plötzlich kommt ein Herr vorbei, schnellen Schrittes, in Jeans und einem Leiberl oder einem Hemd — das kann ich nicht bestätigen, wie das genau war —, worauf der Herr Ing. Worm dem Herrn nachgerufen hat: Guten Morgen oder Grüß Gott, Herr Präsident! Dieser Herr hat auf mich so den Eindruck gemacht,

als würde er weitergehen wollen. Daraufhin hat — das glaube ich mich erinnern zu können — der Herr Ing. Worm noch einmal gesagt: Guten Morgen, Herr Präsident! Der angebliche Herr Präsident, der auf mich eigentlich nicht den Eindruck eines Präsidenten gemacht hat, hat sich daraufhin umgedreht und hat uns relativ hilflos angesehen. Daraufhin hat der Herr Ing. Worm, um das gleich klarzustellen, sich kurz vorgestellt.

Rieder: Sitzend, aufstehend?

Brantner: Nein, er ist sitzen geblieben.

Rieder: Er ist sitzen geblieben.

Brantner: Ja.

Rieder: Das ganze Gespräch wurde geführt: Worm sitzend und Demel stehend? (Brantner: Ja, er ist . . .) Das deckt sich nämlich mit den Aussagen beider nicht. Aber das ist Ihre Erinnerung. (Zwischenruf Helene Parik-Pablé.) Ich habe es ihm ja nicht vorgehalten, ich versuche nur, seine Erinnerungen . . . (Helene Parik-Pablé: Das ist aber eine Verunsicherung des Zeugen, wenn Sie schon so genau sind!)

Obmann Steiner: Herr Dr. Rieder ist am Wort. Bitte.

Brantner: Also ich kann mich nicht erinnern, daß Herr Ing. Worm aufgestanden ist.

Rieder: Ist irgend jemand bei dem Gespräch noch vorbeigekommen?

Brantner: Nein.

Rieder: Die zweite Frage, die den Ablauf noch betrifft: Sie haben gesagt, Sie können mit Sicherheit sagen, daß die Sie betreffenden Gesprächsteile, daß darüber in der von Ihnen geschilderten Form eine Aufzeichnung gemacht wurde. Wie hat sich das abgespielt? Sie haben gesagt, Sie waren gerade im Gespräch.

Brantner: Dazu muß man sagen, daß die eigentlichen Aufzeichnungen der Herr Ing. Worm über unser Gespräch erst auf dem Rückflug mit mir gemacht hat, da die Zeit schon etwas zu knapp war vor der Landung, meinen ganzen Inhalt in den Computer einzutippen.

Rieder: Sie haben jetzt auf die Frage des Dr. Graff gesagt, es sind — so haben wir das jetzt, glaube ich, alle verstanden, . . .

Brantner: Ja, das ist falsch verstanden worden.

Rieder: Das ist falsch verstanden worden. Also über Ihr Gespräch sind erst am Rückflug Aufzeichnungen gemacht worden?

Brantner: Ja. Der Herr Ing. Worm hat mir durch die Lauda Air mitteilen lassen, ich möge mich zu Herrn Worm begeben.

Rieder: *Haben Sie irgendwann einmal diese Notiz gesehen, die der Ing. Worm angefertigt hat?*

Brantner: Nein, ist mir nicht vorgelegt worden.

Rieder: *Ich zeige sie Ihnen einmal. — Welcher Teil wird denn dort zunächst behandelt?*

Brantner: Entschuldigen, ich verstehe Ihre Frage nicht ganz.

Rieder: *Wenn Sie sich das durchlesen, es sind ja mehrere Themen behandelt in dieser Notiz.*

Brantner: Ja.

Rieder: *Welches Thema ist als erstes behandelt?*

Brantner: Ich kann nur lesen „LA“.

Rieder: *Der erste Teil, der Sie betrifft, oder der zweite Teil?*

Brantner: Nein, nein, der zweite Teil betrifft mich hier.

Rieder: *Ja. Dieser zweite Teil ist offensichtlich erst auf dem Rückflug angefertigt worden?*

Brantner: Soweit ich mich erinnern kann, haben wir darüber erst auf dem Rückflug die Aufzeichnungen . . .

Rieder: *Ich kann jetzt die Frage nur theoretisch an Sie stellen. Eigentlich müßte ich sie an den Ing. Worm richten, wie das praktisch möglich ist, daß man auf dem Rückflug den ersten Teil anfertigt und einen späteren Teil schon auf dem Hinflug.*

Brantner: Ich verstehe Sie nicht ganz, da ich . . .

Rieder: *Es ist so: Sie haben uns geschildert, daß die Sie betreffenden Aufzeichnungen erst am Rückflug gemacht worden sind. Uns hat der Ing. Worm diesen Vermerk vorgelegt, wo in der Reihenfolge der Teil, der den Dr. Demel betrifft, an dritter Stelle drankommt und eigentlich daher vom technischen Ablauf erst später, nachdem Ihre Aufzeichnung gemacht worden ist, angefertigt werden könnte.*

Brantner: Das könnte ich eventuell schon erklären oder eine Erklärung dafür haben: Da wir uns während des Hinfluges auch unterhalten haben und es durchaus möglich ist, daß er sich schon Vorinformationen, da ich ihm schon die Geschichte erzählt habe, Vorinformationen in seinen Computer eingetippt hat. Das kann durchaus seine Richtigkeit haben.

Rieder: *Über diese Anfertigungen haben Sie keine Wahrnehmung gemacht?*

Brantner: Daß er mein Gespräch auf dem Hinflug schon eingetippt hat?

Rieder: Ja.

Brantner: Genau . . . Ich weiß, er hat seinen Computer in der Hand gehabt und hat manchmal verschiedene Dinge eingetippt.

Rieder: *Während Ihres Gespräches?*

Brantner: Während meines Gespräches, glaube ich, mich erinnern zu können, daß er meine Adressalien und dergleichen auf jeden Fall eingetippt hat.

Rieder: *Welche Teile jetzt? Sie haben das jetzt vor sich. Welche Teile dieser Darstellung sind jetzt in Ihrem Beisein eingetippt worden? — Sie wissen ja, ich will jetzt nicht auf den Inhalt eingehen, aber Sie haben gesagt, daß er Personalien . . . Welche Personalien sind jetzt eingetippt worden? Sie können sie mir, wenn Sie es nicht sagen wollen, unterstreichen.*

Brantner: Nein, die stehen hier nicht drauf, denn er hat zumindest meine Adresse eingetippt. (Zwischenruf.)

Rieder: *Also das, was in Ihrem Beisein . . .*

Brantner: Die Adresse.

Rieder: *Was noch? Was war noch?*

Brantner: Das kann ich nicht genau sagen. Das weiß ich nicht, ehrlich gestanden.

Rieder: *Das heißt, das, was in Ihrem Beisein, genau sagen . . . Schauen Sie noch einmal: Was ist da drauf, von dem Sie sagen können, daß es in Ihrem Beisein eingetippt wurde?*

Brantner: Da ist alles drauf, was in meinem Beisein eingetippt worden ist. Ich kann lediglich . . .

Rieder: *Aber auf dem Rückflug?*

Brantner: Das kann ich Ihnen nicht genau sagen, welche Sachen. Nachdem ich mich über meine Geschichte mit ihm schon auf dem Hinflug unterhalten habe und er sich auch schon Aufzeichnungen gemacht hat, kann ich nicht sagen, welche Teile von den Aufzeichnungen er sich vorher gemacht hat und welche auf dem Rückflug. Daß er sicherlich meinen Namen und meine Adresse und diverse andere Sachen eingetippt hat, das kann ich bestätigen, nur weiß ich nicht genau, wieviel von allen Sachen er sich beim Hinflug . . .

Rieder: Aber Sie wissen sicher, daß er die Adresse eingetippt hat?

Brantner: Ja, das weiß ich sicher.

Rieder: Die ist aber da nicht drauf.

Brantner: Dafür kann ich auch leider nichts.

Rieder: Und Sie können nicht sicher sagen, was davon am Hin- und Rückflug eingetippt worden ist? Aber er hat beim Rückflug auch eingetippt?

Brantner: Ja.

Rieder: Das war während des Gespräches? Ich meine jetzt beim Hinflug, ich bleibe jetzt beim Hinflug. Während des Gespräches hat er gleichzeitig eingetippt?

Brantner: Nein, das habe ich nicht gesagt.

Rieder: Sondern?

Brantner: Das kann ich deswegen nicht sagen, weil er seinen Computer erst aus seiner Tasche herausgenommen hat und ursprünglich schon beginnen wollte mit der kompletten Geschichte. Nur, da war dann die Zeit schon etwas zu kurz, sodaß er gesagt hat, wir machen das genau auf dem Rückflug.

Rieder: Was heißt, es war die Zeit zu kurz? Vor der Landung?

Brantner: Vor der Landung.

Rieder: Wie sind Sie zu der Feststellung gekommen — vielleicht habe ich Sie mißverstanden, aber ich habe das so verstanden —, daß Sie, während Sie neben ihm gesessen sind, beobachten konnten, daß er einzelne Dinge eingespeichert hat?

Brantner: Nein, das habe ich nicht gesagt.

Rieder: Dann habe ich Sie mißverstanden. Können Sie mir erklären, wie das war?

Brantner: Ich habe lediglich gesehen, daß er seinen Computer herausgenommen hat, ein paar Kleinigkeiten eingetippt hat, soweit ich . . . Deswegen habe ich das so verstanden, daß er meine Adresse und meinen Namen eingetippt hat, weil wir im gegenseitigen Austausch unsere Visitenkarten gewechselt haben. Und der Rest ist dann . . .

Rieder: Aber Sie haben doch auf meine Frage dann geantwortet, Sie können nicht sagen, was auf dem Hinflug und was auf dem Rückflug. Das steht jetzt ein bißchen im Widerspruch zu dem, was Sie jetzt sagen.

Brantner: Nein, ich nehme an, daß er meinen Namen und meine Adresse daraufhin eingetippt hat, weil ich ihm eben meine Visitenkarte gegeben habe und er mir seine.

Rieder: Das haben Sie nicht gesehen oder wie, daß er den Namen und die Adresse eingetippt hat?

Brantner: Nein, ich muß dazusagen, ich kenne mich bei Computern nicht aus, sodaß ich eigentlich auch nicht darauf geachtet habe, was er eingetippt hat und was nicht. Ich bin lediglich danebengesessen, ohne eigentlich hinzuschauen, was er jetzt genau eintippt.

Rieder: Das wird immer verwirrender.

Brantner: Aber ich weiß eigentlich nicht, worin da so die Wichtigkeit liegt. Ich kenne mich auch nicht aus, ehrlich gestanden, inwieweit man auf dem Rückflug jetzt Ergänzungen dazu vorne hinschreiben kann — ich nehme an, das geht, ist kein Problem —, soweit hier einmal als erstes meine Adresse eingegeben worden ist.

Rieder: Das weiß ich auch nicht. Ich kann Ihnen nur sagen, was der Ing. Worm meiner Erinnerung nach gesagt hat, nämlich daß er diesen Aktienvermerk am Hinflug zwei Stunden vor der Landung angefertigt hat. Und das ist daher der Hintergrund meiner Fragen, was denn am Hinflug zustande gekommen sein kann.

Brantner: Ja, ich habe schon dem Herrn Dr. Graff gesagt, daß ich nachher wieder auf meinen Platz zurückgegangen bin, um eine Zigarette zu rauchen, und ich nicht mehr genau wußte, was und wieviel er jetzt mehr eingetippt hat.

Rieder: Ja, darum frage ich Sie ja. Ich komme schon dazu. Ich möchte nur einmal wissen, was in Ihrem Beisein, wo Sie also neben ihm gesessen sind, war. Da hat er seinen Computer herausgenommen und etwas — was? — eingetippt?

Brantner: Ich nehme eben an, meinen Namen und meine Adresse, weil wir im gleichen Zuge dabei unsere Visitenkarten ausgetauscht haben.

Rieder: Mehr nicht?

Brantner: Weiß ich nicht, wirklich nicht. Ich habe auf das eigentlich nicht geachtet.

Rieder: Schauen Sie, ich meine, irgendeine gefühlsmäßige Einschätzung muß man schon haben, wenn man etwas sieht. Es kann sein ein kurzes Eintippen, es können mehrere Zeilen sein, es können längere Zeilen sein.

Brantner: Da muß ich Ihnen dazu sagen: Nochmals, ich kenne mich zwar bei Computern nicht aus; aber ich nehme an, Ihre Frage geht ja darauf hinaus, ob jetzt der Ing. Worm das erst praktisch

am Rückflug oder später direkt hier in seinen Computer eingegeben hat.

Nochmals: Ich kenne mich computermäßig nicht so gut aus, doch nehme ich an, wenn ich hier an zweiter Stelle stehe und er zumindest meinen Namen und meine Adresse eingetippt hat und vielleicht nur in meiner anderen Sache ein paar andere, kleine Details dazugeschrieben hat, daß es nachher wahrscheinlich keine . . . und ein anderes Gespräch später erst zustande kommt, wo er sich daraufhin wieder Aktennotizen macht und auf dem Rückflug meine Ergänzungen dann wieder in diesen Code hineinkommen. Da sehe ich eigentlich überhaupt kein Problem dabei. Obwohl, wie gesagt, ich kenne mich nicht aus.

Rieder: Ja, ich sehe nur das Problem in der Aussage des Ing. Worm, aber zu der komme ich noch gleich.

Jetzt habe ich nur eine zweite Frage: In welchem Zeitraum sind Sie neben dem Ing. Worm gewesen? Ich meine, wie viele Stunden oder eine halbe Stunde?

Brantner: Das kann ich nicht genau sagen. Ich nehme an, eine halbe, dreiviertel Stunde oder Stunde.

Rieder: Eine halbe bis maximal eine Stunde?

Brantner: Ja.

Rieder: Ja?

Brantner: Ja, aber ich glaube nicht, daß das letztendlich . . .

Rieder: Und in welchem Zeitraum vor der Landung war das?

Brantner: Das war relativ knapp vor der Landung.

Rieder: Na, wieviel?

Brantner: Ich nehme an, zirka zwei Stunden vor der Landung.

Rieder: Als Maximalgrenze oder als Minimalgrenze? Wie würden Sie sagen?

Brantner: Das weiß ich nicht genau.

Rieder: Na, gefühlsmäßig. Ich meine, das ist . . . Sind das genau zwei Stunden? Ich meine, ich dringe nicht in Sie, aber ich möchte nur ungefähr wissen, wie Sie es gefühlsmäßig . . . Sind das zwei Stunden, oder ist das als Termin anzunehmen?

Brantner: Also, ich kann mich erinnern, daß, nachdem mein Gespräch mit dem Herrn Ing. Worm unterbrochen worden ist durch den ange-

lichen Herrn Präsidenten — „angeblich“ sage ich nur deswegen, möchte ich anmerken, weil . . .

Rieder: Ist schon klar.

Brantner: . . . er auf mich nicht den Eindruck eines Präsidenten gemacht hat —, ich eigentlich nicht mehr allzuviel Zeit gehabt habe, in der fünften Reihe eine Zigarette zu rauchen, weil gleich danach mit dem letzten Service, eben mit dem Frühstück begonnen worden ist. Aber das kann man leicht nachvollziehen, wie lange das Service dauert, bevor die Landung ansetzt. Darum habe ich darauf geschlossen, daß es zirka eineinhalb, zwei Stunden gewesen sein werden.

Rieder: Das ist gewissermaßen die Schlußfolgerung. Jetzt komme ich zu einem Punkt, den Sie wiederholt hier zum Ausdruck gebracht haben. Sie haben einmal gesagt: relativ lustig gesehen, Sie haben den Eindruck, er hat nicht alles ernst gemeint, was er gesagt hat. Der Herr Dr. Graff hat gesagt, na ja, er hat ihn gefrotzelt. Können Sie beschreiben, woraus Sie diesen Eindruck abgeleitet haben?

Brantner: Ja. Vor der ersten Reihe befindet sich eine Absperrung — das geht hier aus dem Plan auch hervor —, und an dieser Absperrung ist der Herr Präsident gelehnt, und es entstand ein relativ lustiges Gespräch in meinen Augen.

Rieder: Lustig insofern, daß beide gelacht haben, oder war es einseitig lustig?

Brantner: Wenn Sie so wollen, war es in dem Sinn einseitig lustig.

Rieder: Einseitig lustig. Also der Ing. Worm hat in ruhiger Art gesprochen.

Brantner: Ja, so ist es.

Rieder: Und der hat eher gescherzt?

Brantner: Der Herr Präsident, ja. Gescherzt? — Auf mich hat es den Eindruck eines lustigen Gespräches gemacht, daß er diese ganze Sache sehr lustig findet, daß die Gerichte ihn weltweit suchen.

Rieder: Jetzt komme ich zu dem, was der Dr. Graff Sie da im Detail gefragt hat und an Erinnerungsfetzen ausgegraben hat. Es war also davon die Rede, daß es um einen Interviewtermin mit dem Udo Proksch gegangen ist. Ist das so?

Brantner: Ja, das ist richtig.

Rieder: Und haben Sie den Eindruck gehabt, daß es jetzt eine ernsthafte Zusage seitens des Dr. Demel gegeben hat?

Brantner: Mir war zu dem Zeitpunkt nicht klar, ob diese Person ernst zu nehmen ist.

Rieder: Sie meinen Dr. Demel?

Brantner: Ja.

Rieder: Also, Sie haben aus dem gesamten Verhalten des Dr. . . .

Brantner: Ob er eine kompetente Person dafür ist, ob er einen Termin zustande bringen kann. Da er das in einem lustigen Ton von sich gegeben hat, habe ich dem auch nicht allzugroße Aufmerksamkeit gewidmet, weil ich mir gedacht habe, es handle sich hier offensichtlich um eine Person, die sich halt irgendwie in den Mittelpunkt jetzt setzen möchte.

Rieder: Aha, also eher einer, könnte man sagen, der aufschneidet. Haben Sie das so empfunden?

Brantner: Subjektiv gesehen, ja.

Rieder: Ja, es geht ja um Ihren Eindruck, den Sie aus dem Gespräch gewonnen haben. Also Sie haben den Eindruck gehabt, der schneidet auf, und das kann alles gar nicht wahr sein oder so?

Brantner: Ja, nochmals, weil es für mich schon etwas eigenartig war, daß der Herr Ing. Worm ihn mit „Grüß Gott, Herr Präsident!“ angesprochen hat, der Herr aber auf mich in keinster Weise einen solchen Eindruck gemacht hat und ich mir eigentlich überlegt habe: Was könnte das denn wohl für ein Präsident sein? Ich habe mir nur gedacht, das könnte eventuell ein Präsident eines Clubs sein.

Rieder: Eines Clubs? Das ist er ja, glaube ich, auch, nicht?

Graff: Zur Geschäftsordnung!

Rieder: Sofort.

Graff: Ich wollte Sie nicht unterbrechen.

Rieder: Ich bin gleich fertig. Wenn es Zeit hat, dann können wir das gleich abschließen.

Das zweite ist, was da konkret war, denn es ist natürlich schon eine zentrale Frage, wieweit die Erinnerung geprägt ist von dem, was Sie nachher im „profil“ gelesen haben.

Brantner: Sie meinen die Zeugenaussagen?

Rieder: Noch einmal: Das ist kein Vorwurf, aber es gibt das Problem: Man hat also eine unmittelbare Wahrnehmung, dann liest man das nachher im „profil“. Dr. Graff hat schon darauf hingewiesen, daß es nicht sehr überzeugend ist, daß Sie sich nicht mit dem Inhalt des „profil“ auseinandergesetzt haben, aber jetzt stellt sich natürlich die zweite Frage: Können Sie das so scharf differenzieren? Jetzt persönlich, als Sie das gelesen haben, wo Sie

gesagt haben: Das deckt sich, oder das stimmt nicht, ich habe das Gespräch eigentlich anders in Erinnerung? Oder haben Sie das wirklich überhaupt gar nicht . . .

Brantner: Das, was ich mit hundertprozentiger Sicherheit sagen kann, ist, daß ich während des Gespräches neben dem Herrn Ing. Worm gesessen bin, und nicht so, wie es vor dem Untersuchungsausschuß vom Herrn Gerichtshofpräsidenten Demel bekanntgegeben worden ist, daß ich erst am Ende des Gespräches dazugekommen bin. Ich bin eigentlich die ganze Zeit gesessen.

Graff: Zur Geschäftsordnung!

Rieder: Bitte, jetzt geht es natürlich weiter.

Graff: Ich habe gedacht, Sie sind gleich fertig, aber wenn es länger dauert, Herr Kollege Rieder, dann muß ich . . .

Helene Partik-Pablé: Machen Sie Ihren Vorhalt!

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung, bitte.

Graff (zur Geschäftsordnung): Es sind eine Reihe von Vorhalten gemacht worden. Ich bin jetzt dankenswerterweise an das Protokoll erinnert worden und möchte hier, wenn Sie gestatten, Herr Kollege — ist ja nicht kontrovers —, drei Dinge klarstellen, wie sie der Worm wirklich gesagt hat als Zeuge. Darf ich das? — Gut.

Zunächst einmal, weil Sie gesagt haben: Beides stimmt nicht. Worm sagt: Er — nämlich Demel — ist gestanden. Rieder fragt: Und Sie — Worm — sind gesessen? Worm: Ich bin gesessen. — Stimmt also voll überein.

Schieder: Da müssen Sie meine Fragen dazu lesen, wo ich ihn frage: Die ganze Zeit? Er sagt, er ist ein höflicher Mensch, er ist zum Grüßen am Anfang und zum Grüßen am Schluß aufgestanden.

Graff: Ja, das ist aber nicht im unmittelbaren Zusammenhang mit dem. Die Stelle habe ich nicht, Herr Kollege.

Schieder: Wenn Sie einen Vorhalt machen . . .

Graff: Das ist ja kein Vorwurf! Es geht ja darum, ob die Darstellung Worm oder Demel zutrifft.

Schieder: Der Worm sagt, teilweise gestanden, teilweise gesessen, und der Demel sagt, immer gestanden.

Graff: Nein, nein, das stimmt nicht. Das habe ich nicht so in Erinnerung. (Helene Partik-Pablé: Worm sagt, er ist zum Grüßen aufgestanden!)

Gut, nächster Punkt. Nächster Punkt mit dem Aktenvermerk, was das Allerwichtigste ist, von der

Rückreise: Da fragt Schieder: Sie haben ihn — nämlich den Magister B. — auch tatsächlich am Rückflug wieder getroffen? Worm: Ich habe ihn am Rückflug getroffen. — Er hat zusätzliche Informationen gegeben? Worm: Nicht zusätzlich, wir haben die Informationen vertieft. Jetzt kommt es. Schieder: Haben Sie auch über das so einen Aktenvermerk? Worm: Einen, glaube ich, über drei oder vier Seiten sogar. Das ist die detaillierteste Darstellung . . . Also es ist dieser Aktenvermerk etwas anderes als der, der auf der Rückreise gemacht worden ist.

Und schließlich sagt Worm über den Hinflug, er hat ihn gemacht bei der Landung minus zwei Stunden. Also auch das paßt zusammen. — Danke schön.

Obmann Steiner: So, bitte, Herr Dr. Rieder.

Rieder: Sie haben gesagt, Sie haben das gelesen, die Niederschrift auch des Untersuchungsausschusses. Sie haben sich also mit diesen . . .

Brantner: Ich habe es überflogen.

Rieder: Na ja, gelesen . . .

Brantner: Weil ich nicht einsehe, warum ich mich zu sehr mit der Materie beschäftigen sollte, da ich eigentlich mit der ganzen Sache in keiner Weise im Zusammenhang stehe. (Graff: Na geh!)

Rieder: Aber da teile ich irgendwie schon die Ansicht des Dr. Graff, daß das völlig ungewöhnlich ist, wenn man im Mittelpunkt einer Berichterstattung steht, daß man sich nicht beschäftigt mit der Frage, wie das dargestellt wird.

Brantner: Sagen wir es einmal so: Ich habe mich vorher und auch nachher genauso intensiv mit der Materie Proksch auseinandergesetzt, nicht mehr und nicht weniger.

Rieder: Das glauben wir Ihnen schon, daß das nicht Ihr . . . Die Frage stellt sich doch anders. Sie kommen da vor, auf Sie wird Bezug genommen (Brantner: Leider Gottes!) und Sie schauen sich das nicht an, in welcher Weise Sie da vorkommen? Sie sind gewissermaßen ein Kronzeuge und schauen sich nicht an, wie das hier abläuft?

Brantner: Das ist nicht richtig. Ich habe gesagt, ich habe die Zeugenaussage überflogen.

Graff: Das ist aber erst recht unglaublich! Wenn er sagt, er hat's gar nicht angeschaut, gut, aber überflogen!

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff, bitte, der Dr. Rieder ist am Wort. (Graff: Hie und da mache ich einen Zwischenruf!)

Rieder: Wenn wir da inhaltlich übereinstimmen — ich meine, ich kann mir's ja nicht aussuchen, den würde ich mir sogar aussuchen. Aber es ist wirklich die Frage . . .

Ich will Ihnen jetzt nicht da irgendwelche dramatischen Vorhalte machen, aber für mich stellt sich jetzt folgende Frage: Sie sagen jetzt aus über ein Gespräch, über dessen Ablauf Sie sich anhand der Veröffentlichungen zunächst einmal überfliegend oder lesend ein Bild gemacht haben. Und jetzt frage ich Sie also in aller Freundlichkeit: Als Sie das gelesen haben, hat es da Punkte gegeben, wo Sie gesagt haben: So war es wirklich nicht!, oder: So könnte es gewesen sein! Oder was war da?

Brantner: Einige Punkte gab es, die für mich den Eindruck erweckt haben, daß es sicherlich so nicht gewesen ist.

Rieder: Nun, und welche? Sagen Sie das! Wir wollen ja ein bißchen etwas von Ihnen hören.

Brantner: Zum Beispiel eben diese lustige Geschichte mit dem zerknitterten Mantel.

Rieder: Also gut, ein Punkt. Ein Demel-Punkt. Und was hat es noch gegeben? Haben Sie sich gewundert, daß in den ganzen Veröffentlichungen auf diese besondere Lustigkeit des Dr. Demel nicht eingegangen wurde?

Brantner: Ja, darüber habe ich eigentlich nichts gesehen. Nur, ich muß dazu anführen, daß ich mich eigentlich absichtlich mit diesen Protokollen nicht genau auseinandersetzen wollte, um hier irgendwie unvoreingenommen vor dem Ausschuß meine Aussage machen zu können.

Rieder: Ja, das ist auch in Ordnung oder nicht. Ich weiß es nicht. Ich möchte nur wissen: Wenn Sie das in die Hand nehmen und Zeuge des Gespräches waren, wollte ich jetzt von Ihnen spontan den Eindruck haben: Das hat nicht gestimmt, und das hat gestimmt. Ich wollte einfach Suggestivfragen vermeiden, daher war das der Sinn meiner Fragestellung. Ich wollte Ihnen nicht die Präparierung oder sonst etwas unterstellen, sondern nur, was Sie gefühlsmäßig, als Sie das in die Hand genommen haben, empfunden haben. Also der zerknitterte Mantel war das eine. Jetzt frage ich — vielleicht schon suggestiv —: Was war mit der von Ihnen wiederholt betonten besonderen Lustigkeit? Oder wie haben Sie das gesagt? — Relativ lustig gesehen, Sie waren sich nicht sicher, ob er alles ernst gemeint hat, was er gesagt hat; gefrotzelt, hat der Dr. Graff gefragt. Das kommt ja an sich in unserem Protokoll nicht vor, und jetzt haben Sie das betont. Ich frage Sie daher noch einmal: Ist das ein Punkt gewesen, der Ihnen aufgefallen ist?

Brantner: Der ist mir deswegen nicht so genau aufgefallen, weil ich mir gedacht habe, daß es eigentlich ja gleich ist, ob jetzt der Herr Präsident das im lustigen Ton gesagt hat oder nicht. Ich habe das so in Erinnerung gehabt und habe dem nicht großen Stellenwert beigemessen, daß das in der Aussage nicht drinnen gestanden ist.

Rieder: Ja, es kann natürlich sein, daß er das nicht ganz ernst genommen hat. — Danke.

Obmann Steiner: Danke. Ich habe fast den Verdacht, daß es einige Leute gibt, die Lucona und diese Dinge nicht so ernst nehmen wie wir. Das kann also passieren. (Zwischenruf Elmecker.)

Frau Dr. Partik-Pablé, Sie sind am Wort.

Helene Partik-Pablé: Anknüpfend an die Bemerkung des Herrn Vorsitzenden: Haben Sie vor diesem Gespräch und vor dieser Reise gewußt, daß Udo Proksch flüchtig ist?

Brantner: Das habe ich den Medien entnommen.

Helene Partik-Pablé: Das haben Sie gewußt. Anknüpfend an den Vorhalt des Dr. Rieder: Seien Sie so freundlich und nehmen Sie den Aktenvermerk noch einmal zur Hand, den Ihnen Herr Dr. Rieder gegeben hat. Würden Sie bitte den letzten Satz vorlesen, vor „3. Karlheinz Demel“, wobei ich Sie bitte, den Tippfehler zu berichtigen. Wissen Sie, was ich meine? Da steht „3. Karlheinz Demel“. Würden Sie den Satz davor, der noch zu Ihrem Protokoll gehört, vorlesen?

Brantner: Weitere Infos werden wir am Rückflug erörtern.

Helene Partik-Pablé: Das heißt also, der Herr Ing. Worm hat den Aktenvermerk mit Ihnen offensichtlich beim Hinflug aufgenommen und hat dann ... (Schieder: Haben Sie getestet, ob der Zeuge lesen kann? — Graff: Sie arbeitet etwas heraus, das ist ihr Recht!) Anscheinend hat es der Herr Dr. Rieder nicht gelesen! Der Herr Worm hat eingetippt in seinen Computer, jedenfalls lesen wir es hier alle: Weitere Infos werden wir am Rückflug erörtern. Ich habe nur gesagt, er möge den Druckfehler berichtigen, weil Worm „Inofs“ statt „Infos“ geschrieben hat, wenn Sie das meinen. Damit es allgemein verständlich ist. Gut, ich glaube, damit ist dieser Vorhalt geklärt.

Herr Zeuge! Hat der Herr Worm Ihnen gesagt, entweder am Hinflug oder am Rückflug, daß er Sie als Zeuge nominieren wird?

Brantner: Nein.

Helene Partik-Pablé: Nicht gesagt. Sind Sie vom Gericht als Zeuge vernommen worden?

Brantner: Ja, ich habe von einem Herrn Tandinger einen Anruf erhalten, zirka zehn Tage nach meiner Rückkunft, den genauen Termin müßte ich erst nachschauen. Da war ein Herr Tandinger am Apparat. Er hat sich nur vorgestellt mit: Grüß Gott, Herr Tandinger spricht, und hat mich gebeten, ich möge möglichst bald bei Gericht vorbeikommen, wobei ich mir gedacht habe, das sei etwas eigenartig, daß ein Herr Tandinger — noch einmal, sage ich, so ein angeblicher Herr Tandinger — anruft und mich darum bittet, möglichst schnell bei ihm zu erscheinen. Ich habe daraufhin gesagt, wenn er irgend etwas möchte, dann möge er so nett sein und mir irgend etwas zuschicken, da ich jetzt eigentlich nicht sicher davon ausgehen kann, ob es sich hier um die wahre Identität eines Herrn Tandinger handelt.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gewußt, worum es geht?

Brantner: Nein, zu diesem Zeitpunkt nicht.

Helene Partik-Pablé: Nicht? Es ist nie mit Ihnen darüber gesprochen worden.

Hat Sie Herr Worm als Mitarbeiter vorgestellt? (Graff: Darauf war nichts mehr?)

Brantner: O ja, nur haben wir nicht darüber weitergesprochen. Ich kann auch nichts dafür.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie dann die Ladung bekommen?

Brantner: Nein, ich habe keine Ladung bekommen. Ja wir haben uns dann „geeignet“ — „geeignet“ unter Anführungszeichen. Es wurde mir nahegelegt, wegen sehr wichtigen Gründen möge ich doch so nett sein und persönlich vorbeikommen. Nochmals möchte ich da anmerken, was mir sehr eigenartig erschienen ist, daß ich am besten gleich am nächsten Tage erscheinen sollte. Ich habe mich dann darauf geeinigt, glaube ich, erst drei oder vier Tage später bei ihm zu erscheinen, wobei ich allerdings anmerken möchte, ich habe keine schriftliche Ladung bekommen.

Helene Partik-Pablé: Sie haben dort ausgesagt?

Brantner: Ja. (Zwischenruf Rieder.)

Helene Partik-Pablé: Die Gerichte sind einmal unkonventionell. (Schieder: Es ist auch unkonventionell, daß sie uns kein Protokoll darüber geschickt haben, obwohl wir alle Akten angefordert haben!) Können Sie sich noch erinnern, wann das war, als Sie als Zeuge vernommen worden sind?

Brantner: Nein, das weiß ich nicht genau.

Helene Partik-Pablé: Hat Sie Worm als Mitarbeiter vorgestellt?

Brantner: Nein, hat er nicht.

Helene Partik-Pablé: Hat er nicht. Es behauptet nämlich auch der Herr Dr. Demel, daß Sie als sein Mitarbeiter vorgestellt worden wären.

Brantner: Nein.

Rieder: Da muß ich mich leider melden. Es war so, daß er ausgesagt hat, daß jemand von hinten aus dem Ding gekommen ist, und das sei der Mitarbeiter gewesen. Dr. Demel hat nie gesagt, daß der neben dem Ing. Worm Sitzende ein Mitarbeiter war.

Helene Partik-Pablé: Er hat ihn als Mitarbeiter vorgestellt — ich suche das jetzt heraus —, hat der Herr Dr. Demel gesagt.

Herr Zeuge! Haben Sie gesehen, daß der Herr Dr. Demel während des Gespräches ein Zeichen zu Leuten gemacht hat, die in einer anderen Reihe gesessen sind?

Brantner: Nach meiner Erinnerung habe ich das nicht so empfunden. Nur muß ich dazu sagen, da der Herr Präsident Demel gestanden oder mehr oder weniger eigentlich an dieser Absperung gelehnt ist, daß es mir nicht aufgefallen ist, daß er ein eventuelles Zeichen gegeben hat.

Helene Partik-Pablé: Wäre es Ihnen aufgefallen, wenn er zum Beispiel mit der Hand ein Zeichen gemacht hätte?

Brantner: Nun, das kommt darauf an, wie groß oder wie deutlich er dieses Handzeichen macht.

Helene Partik-Pablé: Wie ist das Gespräch eigentlich geführt worden: laut, leise, mittellaut? Wie war es im Flugzeug überhaupt, war es dort laut, leise? Konnte man das Gespräch in die hinteren Reihen oder in die zweite Reihe hören, Ihrer Meinung nach?

Brantner: Ich nehme an, daß man das nicht konnte, da eigentlich nicht sehr laut gesprochen worden ist. Es bestand dazu auch eigentlich kein Grund, weil die Entfernung nicht allzu groß war.

Helene Partik-Pablé: Sie haben jetzt gesagt, daß Sie vom Herrn Dr. Demel einen lustigen Eindruck gehabt haben. Würden Sie das als echte Heiterkeit beurteilen, oder war das ironisch? Ist er ein fröhlicher Mensch? Können Sie das ein bißchen näher beschreiben? Was verstehen Sie unter lustig?

Brantner: Ich könnte sagen, es hat auf mich einen ironischen Charakter gemacht.

Helene Partik-Pablé: Also ironisch und nicht echt heiter?

Brantner: Nein, nicht echt heiter.

Helene Partik-Pablé: Aus welchem Grund könnte er ironisch gewesen sein? Können Sie das ein bißchen . . .

Brantner: Darauf kann ich keine Antwort geben.

Helene Partik-Pablé: (aus ihren Unterlagen zitierend) Gaigg: Sie haben ausdrücklich gesagt, also so im letzten Teil Ihres Gespräches sei der dazugekommen. Demel: Ja, so habe ich das in Erinnerung, weil ich den angeschaut habe. Ich habe in Erinnerung, daß er gesagt hat, ein Mitarbeiter. Ich glaube Mitarbeiter, nicht Mitreisender.

Herr Dr. Rieder, bitte, wenn Sie mir vorhalten, ich mache einen falschen Vorhalt, dann überzeugen Sie sich zuerst, und unterbrechen Sie nicht ununterbrochen meine Fragen. Darum würde ich Sie jetzt wirklich einmal bitten. Schauen Sie lieber, daß Sie selbst richtige Vorhalte machen.

Brantner: Ich möchte dazu anmerken, daß eigentlich über meine Person überhaupt nicht gesprochen worden ist. (Fuhrmann: Na eben!)

Helene Partik-Pablé: Sagen Sie doch bitte nicht „Na eben!“, wenn der Dr. Demel hier sagt: ein Mitreisender oder ein Mitarbeiter. (Neuerlicher Zwischenruf Fuhrmann.) Es stört mich manchmal schon, wenn Sie mich so provozierend anschauen. (Fuhrmann: Ich werde versuchen, nicht . . .!) Tun Sie das. (Zwischenruf.) Ja, das ist richtig.

Herr Zeuge! Entschuldigung, aber es herrscht hier heute eine etwas gereizte Stimmung. (Fuhrmann: Von Ihnen aus!) Nein, von Ihnen. (Obmann Steiner: Jetzt waren wir gerade bei der echten Fröhlichkeit!) Nicht einmal diese Fröhlichkeit stellt sich als echte Fröhlichkeit dar, sondern es hat sich herausgestellt, daß das eher eine Ironie ist.

Herr Zeuge — Sie sagen zwar, Sie haben das Gespräch nicht genau gehört —, können Sie sich erinnern, daß davon die Rede war, daß Dr. Demel der einzige ist, der weiß, wo sich Udo Proksch aufhält, nicht einmal seinen Anwälten sagt er, wo er ist? Können Sie sich erinnern, ob irgendwo von dieser Passage die Rede war? Ich würde Sie bitten, nicht in den Aktenvermerk jetzt hineinzuschauen.

Brantner: Ich meinte nur, wegen dieses einen Satzes. — Mit Sicherheit kann ich sagen, daß er gesagt hat, daß nicht einmal seine Anwälte wissen, wo sich Proksch aufhalte. Ob er gesagt hat, er wisse als einziger, wo sich Proksch befindet, oder wenn, dann wäre er der einzige, das kann ich leider Gottes nicht sagen, das weiß ich leider nicht.

Helene Partik-Pablé: Können Sie sich erinnern, ob über die Gerichte geschimpft worden ist?

Brantner: Ja, darüber ist kurz gesprochen worden.

Helene Partik-Pablé: Wer hat was gesagt? Was sind Ihnen noch für Worte, Wortfetzen, Sätze in Erinnerung?

Brantner: Es ist darüber gesprochen worden, daß der Herr Proksch keine faire Behandlung in Österreich zu erwarten habe.

Helene Partik-Pablé: Wer hat das gesagt: Worm?

Brantner: Das weiß ich deswegen nicht genau, weil eigentlich jeder zu dieser Thematik Stellung genommen hat. Ich kann mich nur erinnern, daß der Herr Ing. Worm gesagt hat, es könnte eventuell nützlich für den Herrn Proksch sein, wenn er über diese Sache, über ein eventuelles Interview in seiner Zeitung berichtet, nicht in seiner Zeitung, aber . . .

Helene Partik-Pablé: War vom Untersuchungsrichter auch die Rede?

Brantner: Das weiß ich nicht, ehrlich gestanden.

Helene Partik-Pablé: Das Wort Obergericht?; ich sage Ihnen nur einige Worte, ob Sie sich daran erinnern können.

Brantner: Das kann ich leider nicht sagen. Weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: War von Tandinger die Rede?

Brantner: Das kann ich leider auch nicht sagen, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Hat Sie das Gespräch interessiert?

Brantner: Mich hat es deswegen nicht sonderlich interessiert, weil ich diesen angeblichen Herrn Präsidenten zu diesem Zeitpunkt nicht so richtig ernst genommen habe.

Helene Partik-Pablé: Hat Ihnen eigentlich, als das Gespräch zu Ende war, Herr Zeuge, der Herr Worm gesagt: Das war der und der!, und hat er Ihnen kurz gesagt, wovon es geht?

Brantner: Nein, kein Wort.

Helene Partik-Pablé: Kein Wort, sondern er hat sich dann Ihnen zugewendet?

Brantner: Ja.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Zur Geschäftsordnung, bitte.

Schieder (zur Geschäftsordnung): Ich wollte die Frau Kollegin nicht unterbrechen, weil es mit ihrer Befragung nichts zu tun gehabt hat und überhaupt keine Gefahr im Verzug ist. Ich wollte nur zu der Frage der Zeugenaussage Brantner bei Tandinger folgende Information geben: Mein Zwischenruf war: Wieso haben wir das nicht? Der Herr Dr. Atzwanger war so nett, mich darüber zu informieren, daß die Justiz die Parlamentsdirektion informiert hat, daß diese Unterlage wie auch vielleicht andere uns nicht übermittelt werden, weil noch polizeiliche Erhebungen im Gange sind. Daraus ist überhaupt kein Vorwurf der Parlamentsdirektion zu machen, sie kann so etwas nur zur Kenntnis nehmen. Nur: Wir, glaube ich, sollten so etwas nicht akzeptieren, und ich möchte Sie daher ersuchen, der Justiz mitzuteilen, wie hier die gesetzliche Vorgangsweise ist.

Obmann Steiner: Darf ich dazu nur folgendes sagen: Ich habe diesen Einwand bei einer Geschäftsordnungssitzung mitgeteilt, und damals sind wir zu der Überzeugung gekommen, wir sollten noch zuwarten. Aber wir können uns natürlich zu einer anderen Entscheidung durchringen, das ist gar keine Frage.

Herr Zeuge, bitte.

Brantner: Ich wollte nur dazusagen, daß ich mir bei Gericht das deswegen so erklären kann, da ich vom Herrn Untersuchungsrichter Mag. Tandinger nicht so detailliert gefragt worden bin. Er hat mich nur generell gefragt, ob ich mich erinnern kann. Ich habe gesagt, man möge bitte Rücksicht nehmen, daß ich in Gedanken in einer anderen Sache war und daher diesem Gespräch nicht so große Aufmerksamkeit gewidmet habe. Er hat mich auch um dieses Enduser-Zertifikat gefragt. Da habe ich auch gesagt, daß ich das leider nicht bestätigen kann. Die ganze Aussage dort war relativ knapp, weil eigentlich nicht sehr detaillierte Fragen gestellt worden sind, wo ich dann sagen könnte: Ach ja, das habe ich gehört!

Schieder: Aber Sie haben schon ein Protokoll unterschrieben?

Brantner: Ich habe dort ein Protokoll unterschreiben müssen.

Schieder: Müssen?

Obmann Steiner: Danke.

Dr. Gaigg jetzt.

Gaigg: Herr Zeuge, ich habe nur zwei kurze Fragen. Die eine: Die Mitteilungen, die Sie Ing. Worm in eigener Sache gemacht haben, hatten für Sie vertraulichen Charakter?

Brantner: Ja.

Gaigg: *Daraus würde ich den Schluß ziehen, daß Sie versucht haben werden, die Vertraulichkeit auch in der Form zu wahren, daß es keine weiteren Zuhörer gibt. Haben Sie sich umgeschaut, ob jemand dieses Gespräch mithören könnte oder nicht, ob jemand in der Nähe sitzt, um eben diesen Charakter der Vertraulichkeit sicherzustellen?*

Brantner: Ja, das habe ich schon. Ich habe eigentlich nicht den Eindruck gehabt, daß wir von irgend jemandem beobachtet oder gehört wurden. Dazu muß ich nämlich auch sagen, daß auf diesem Flug der Lauda Air sehr wenig Passagiere in der ersten Klasse gesessen sind. Das heißt — ich nehme es an —, sie war nur halbleer, wenn überhaupt.

Gaigg: *Hinter dem Ing. Worm und damit auch hinter Ihnen soll ein Ehepaar gesessen sein. Haben Sie dieses Ehepaar gesehen? Deswegen meine vorherige Frage, ob Sie sich umgeschaut haben.*

Brantner: Ich glaube mich erinnern zu können, daß direkt hinter mir ein Mann gesessen ist. Der ist allerdings nach meinem Empfinden — noch einmal möchte ich hier anmerken: das ist aber meine subjektive Empfindung gewesen — alleine geflogen. Neben ihm ist eine andere Person — meines Erachtens war das ein Mann — gesessen.

Gaigg: *Sie glauben, ein Mann ist neben ihm gesessen. (Brantner: Ja!) Das war ja immerhin nach einem zehnstündigen Flug. Sie haben sich die beiden angesehen, waren die wach, oder haben die den Eindruck gemacht, sie schlafen?*

Brantner: Entschuldigung, welche beiden meinen Sie?

Gaigg: *Die hinter Ihnen gesessen sind, also der eine Herr und der daneben Sitzende. Ich meine jetzt, hinter Ihnen, als Sie neben dem Ing. Worm saßen, nicht hinter Ihnen in Ihrer fünften Reihe, das wäre ja für uns uninteressant.*

Brantner: Hinter mir gab es auch keine Reihe, weil dort die erste Klasse aufgehört hat.

Gaigg: *Ja, okay, wußte ich nicht, ist ja in diesem Zusammenhang natürlich auch nicht interessant. Ich meine jetzt den Mann, der hinter Ihnen saß, und den daneben Sitzenden. Können Sie sich erinnern, haben die geschlafen, oder haben die einen wachen Eindruck gemacht?*

Brantner: Soweit ich mich erinnern kann — aber das kann ich nicht mit hundertprozentiger Sicherheit sagen — sind, glaube ich, die Lehnen auf relativer Liegestellung eingestellt gewesen, wobei man dazusagen muß, eine extreme Liegestellung gibt es ja nicht im Flugzeug.

Gaigg: *Gibt es nicht. Gut. — Danke.*

Obmann Steiner: *Danke.*

Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: *Nur ganz kurz. Sie haben gesagt, der Dr. Demel habe sich lustig gemacht, daß die Gerichte den Udo suchen. Können Sie das konkreter schildern?*

Brantner: Da muß es sich eventuell um ein Mißverständnis handeln. Ich habe meines Erachtens nicht so genau gesagt, daß er sich lustig gemacht hat, daß die Gerichte ihn suchen, sondern, wie lustig es doch sei, daß die Gerichte ihn weltweit suchen und nicht finden können. Aber ich bilde mir ein, ich habe das vorher auch so gesagt.

Pilz: *Okay, gut.*

Zweite Frage, dann bin ich schon fertig. Ist Ihnen irgend etwas aufgefallen, daß der Dr. Demel irgendwelchen Personen ein Zeichen gegeben hat, daß sie bei diesem Gespräch zuhören sollen?

Brantner: Ich habe dies schon der Frau Abgeordneten erzählt, daß mir diesbezüglich eigentlich kein konkretes Zeichen aufgefallen ist.

Obmann Steiner: *Danke.*

Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: *Herr Magister, sind Sie Jurist?*

Brantner: Nein.

Ermacora: *Was mich an dieser ganzen Unterhaltung, die Sie auf diesem Flug geführt haben, immer wieder beeindruckt, ist, daß erstens einmal ein Herr Präsident Demel so frei über Dinge spricht, die alle hochnotpeinlich sind im Grunde genommen.*

Zum zweiten: Haben Sie Worm, bevor Sie in dieses Flugzeug eingestiegen sind, gekannt?

Brantner: Nein, ich habe mit Worm vorher noch nie einen persönlichen Kontakt gehabt.

Ermacora: *Hat sich Worm im Zuge des Fluges vorgestellt?*

Brantner: Sie meinen, bevor die Konfrontation

Ermacora: *Nein, im Zuge des Fluges Ihnen gegenüber, oder haben Sie sich ihm vorgestellt?*

Brantner: Eigentlich habe ich mich vorgestellt im Zuge meiner persönlichen familiären Angelegenheit, da ich eventuell eine Information wollte, ob er darüber etwa Bescheid wisse.

Ermacora: *Und hat er Sie dann nach dem Gespräch mit Demel sozusagen eingeweiht in die Hintergründe dieses Gespräches?*

Brantner: Nein, darüber ist überhaupt kein einziges Wort gesprochen worden. Ich habe eigentlich absichtlich davon auch keinerlei Fragen gestellt, weil ich mir gedacht habe, wenn der Herr Ing. Worm mir irgend etwas erzählen möchte, dann wird er das schon tun.

Ermacora: *Und auch nicht auf dem Rückflug? Da sind Sie ja merkwürdigerweise wieder mit ihm zusammengekommen.*

Brantner: Das ist nicht merkwürdig, denn als ich die Lauda Air-Maschine betreten habe, wurde mir schon mitgeteilt . . . Oder, besser gesagt, es war so, daß das Personal der Lauda Air in Kenntnis gesetzt worden ist, ich möge bitte zu Herrn Ing. Worm kommen. Das wurde mir sofort beim Betreten des Flugzeuges mitgeteilt.

Ermacora: *Und auch auf diesem Rückflug sind Sie nicht näher in die Bedeutung des Gesprächs mit Demel auf dem Hinflug eingewiesen worden?*

Brantner: Nein, darüber haben wir kein Wort gesprochen.

Ermacora: *Bitte, die nächste Frage mag vielleicht merkwürdig klingen, weil ich es wissen müßte: Wieso sind Sie nun plötzlich Zeuge in dieser Frage?*

Brantner: Das frage ich mich auch.

Ermacora: *Ja, bitte, wer hat Sie denn sozusagen als Zeugen nominiert, nicht hier bei uns, sondern . . . ?*

Brantner: Nach meinen Informationen war das der Herr Ing. Worm.

Ermacora: *Und Sie sollten als Zeuge vor Gericht über den Inhalt des Gesprächs Demel-Worm beziehungsweise Aussage Worm, Aussage Demel oder Erklärung Demel aussagen?*

Brantner: Dazu muß ich zu Ihrer vorherigen Frage noch eine kurze Berichtigung angeben. In meiner privaten Angelegenheit war es so, daß ich, nachdem ich wieder in Wien war — es war an einem Montag —, mehrere Anrufe von internationalen Presseagenturen bekommen habe und ich nicht gewußt habe, wie diese internationalen Presseagenturen an mich herangekommen sind. Deshalb habe ich bei Herrn Ing. Worm angerufen und ihn gefragt, ob er meinen Namen in dieser Sache, die mit der Causa Lucona in keinsten Weise im Zusammenhang steht, irgend jemandem weitergegeben hat, und der Herr Ing. Worm hat mir nur gesagt, daß er meinen Namen der Staatsanwaltschaft bezüglich der anderen Sache bekanntgegeben hat, da ich zufällig Zeuge einer Sache geworden bin. Das Telefonat hat zirka 30 Sekunden gedauert. Ich habe noch zu verste-

hen gegeben, daß mir das nicht sehr recht wäre und ich eigentlich vielleicht vorher hätte informiert werden sollen.

Ermacora: *Danke vielmals.*

Obmann Steiner: *Danke.*

Bitte, Abgeordneter Schieder.

Schieder: *Herr Magister, ich möchte Sie nur noch eine Kleinigkeit fragen, weil Sie da so ein bißchen mit Nachdruck das Wort gesagt haben. Hinsichtlich Ihrer Aussage bei Tandinger haben Sie die Betonung darauf gelegt, Sie haben es unterschreiben „müssen“. Wollten Sie mir damit mitteilen, es bleibt dem Zeugen nichts anderes übrig, als seine Aussage zu unterschreiben, oder ist da etwas anderes miteschwungen in dieser Betonung des Wortes „müssen“?*

Brantner: Nein, ich habe gefragt, ob ich dieses Zeugenprotokoll unterschreiben muß. Dazu muß ich allerdings noch sagen: Mir wurde zuerst schon die Frage gestellt, ob ich Jurist bin. Dies muß ich verneinen. Und mir ist erklärt worden, das sei so üblich bei Zeugenaussagen, es sei denn, wenn es um einen — ich glaube, mich erinnern zu können — persönlichen Nachteil oder so etwas ähnliches geht.

Schieder: *Danke schön.*

Brantner: *Bitte.*

Obmann Steiner: *Dann danke ich dem Herrn Zeugen. (16.00 Uhr)*

Nächster Zeuge ist Herr Kommerzialrat Löscher.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Kommerzialrat Georg Löscher
im Sinne des § 271 StPO**

(16.00 Uhr)

Obmann Steiner: *Herr Kommerzialrat Löscher! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.*

Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Bitte Ihr Name.

Löscher: Georg Löscher.

Obmann Steiner: Geburtsdatum.

Löscher: 2. April 1923.

Obmann Steiner: Ihr Beruf, bitte.

Löscher: Maschinenbauer, derzeit Pensionist.

Obmann Steiner: Und Ihr Wohnort.

Löscher: Ich habe zwei Wohnorte: 1140 Wien, Penzinger Straße 36, und die zweite Adresse ist 1060 Wien, Wallgasse 15–17.

Obmann Steiner: Danke. Sie wissen, warum Sie vor dem Ausschuß zu erscheinen hatten?

Löscher: Ja.

Obmann Steiner: Das ist die Frage dieses Gespräches am 26. Dezember 1988.

Löscher: Von 25. auf 26.

Obmann Steiner: Der erste Fragesteller ist Herr Dr. Pitz. Bitte.

Pitz: Herr Löscher! Sie waren also auf diesem Flug am 25. Dezember 1988 dabei. Wo sind Sie eigentlich da genau in dem Flugzeug gesessen?

Löscher: Ich bin auf der linken Seite gesessen, und zwar in der dritten Reihe, von vorne gesehen auf der linken Seite in der dritten Reihe.

Pitz: Also dritte Reihe A oder B. Stimmt das?

Löscher: Dritte Reihe A und B. Meine Frau und ich sind dort gesessen.

Pitz: Und da hat es ein Gespräch zwischen Dr. Demel und Herrn Worm gegeben. Was haben Sie von diesem Gespräch mitbekommen?

Löscher: Ich habe nicht alles mitbekommen, was da gesprochen worden ist. Ich bin nur aufmerksam geworden. Ich habe — um das vorne zu beginnen — eigentlich gar nicht gewußt, wer das ist, mit dem Herr Dr. Demel spricht. Sondern der Herr Dr. Demel ist in der Früh zur Toilette gegangen und wurde von einem Herrn angesprochen, der eben in der ersten Reihe vorne gesessen ist. Und es war ein Gespräch.

Nachdem ich ein bißchen aufgepaßt habe, nach dem Morgen, war es so, daß ich gehört habe, daß es um irgendwelche Kleiderfragen geht, und da haben Sie sich begrüßt. Die Frage war dann, wohin und woher.

Und soweit ich mich erinnern kann, hat Herr Dr. Demel gesagt: Ich bin am Weg nach Bangkok. Und der Herr mit dem Bart ist dann aufgestanden und hat mit Herrn Dr. Demel intensiver gespro-

chen, wobei ich mitgekriegt habe, daß der Herr Worm, wie ich jetzt weiß, den Herrn Dr. Demel immer wieder dasselbe gefragt hat: Sie werden doch wissen, wo der Udo Proksch sich befindet!

Und bei dem Namen „Udo Proksch“ bin ich erst richtig munter geworden und habe aufgepaßt, um was es geht. Und der Herr Dr. Demel hat immer wieder gesagt: Ich weiß nicht, wo er ist. Was wollen Sie von mir eigentlich? Ich bin auf dem Weg in den Urlaub.

Und der Herr Dr. Worm hat immer wieder gesagt: Wenn es niemand weiß, Sie müßten es wissen!

Und der Herr Dr. Demel, soweit ich mich erinnern kann, hat dann irgendwie gesagt: Das weiß überhaupt kein Mensch, nicht einmal seine Anwälte wissen es. Ich wäre der einzige, der es wüßte.

Pitz: Hat er das genauso gesagt: Ich wäre der einzige!?

Löscher: Wenn es jemand wüßte, wäre ich der einzige, der es wüßte. Nicht einmal seine Anwälte wüßten es.

Pitz: Sie können sich an diese Formulierung erinnern?

Löscher: Ja, daran kann ich mich hundertprozentig erinnern.

Pitz: Und wie ist das Gespräch dann weitergegangen?

Löscher: Das Gespräch wurde dann unterbrochen. Es sind immer wieder Leute durchgegangen, weil ja vorne die Toilettenanlage war, und der Flieger ist ja ziemlich voll gewesen. Es sind immer wieder Menschen nach vorne gekommen.

Graff: Sind Sie beim Gang oder beim Fenster gesessen?

Löscher: Ich bin beim Fenster gesessen. Beim Gang ist meine Frau gesessen.

Der Dr. Demel hat dann zu mir hergesehen und hat eine Geste gemacht, so Gottigkeit: Was soll ich tun? Der gibt mir keine Ruhe. Er hat es so gemacht. *(Der Zeuge macht eine Handbewegung.)* Er ist aber dann auf die Toilette gegangen, und dann ist er wieder herausgekommen. Dann hat der Herr Worm wieder mit ihm gesprochen. Um was es da genau gegangen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Ich habe nur einige Worte von Papieren gehört. Und dann ist der Dr. Demel kopfschüttelnd auf seinen Platz zurückgegangen. Und wie wir dann in Bangkok angekommen sind, habe ich beim Hinausgehen den Herrn Dr. Demel gefragt, wer das war und was der Herr wollte.

Pilz: Haben Sie irgend etwas von Enduser-Zertifikaten gehört?

Löscher: Habe ich eigentlich nichts mitgekriegt, nein.

Pilz: Von 70 kg Papier?

Löscher: Ich habe nur etwas von Papieren gehört, aber weder von Mengen noch welche Art von Papieren.

Pilz: Haben Sie irgend etwas davon gehört, daß Herr Worm einen Gesprächstermin, einen Interviewtermin mit Proksch wollte, den ihm Demel vermitteln sollte?

Löscher: Das habe ich nicht gehört. Das einzige, was ich echt gehört habe, da ist ziemlich laut gesprochen worden — wie gesagt, ich bin immer wieder gestört worden durch die durchgehenden Leute, die auf die Toilette gegangen sind —, war eben diese immer wiederkehrende Frage an den Dr. Demel von Herrn Worm: Können Sie mir nicht helfen, irgendwie den Proksch zu finden? Es wäre sehr wichtig für ihn und für mich. Wir können ihm irgendwie helfen. Unter „wir“ hat er dann gesagt, also wir und meine Journalistenkollegen. Das weiß ich auch noch.

Pilz: Das heißt, es hat offensichtlich aus Ihrer Warte drei Teile des Gespräches gegeben. Einen ersten Teil, den Sie aufmerksam verfolgt haben.

Löscher: Den ersten Teil habe ich noch nicht so aufmerksam verfolgt, denn das war sozusagen die Begrüßungszeremonie. Da ist der Herr Worm nämlich gesessen, und dann ist er aufgestanden.

Pilz: Abgesehen jetzt von der Begrüßung. Da hat es einen ersten Teil gegeben, wo offensichtlich Worm darüber gesprochen hat, daß es sinnvoll für Proksch wäre.

Löscher: Ja, das war sozusagen der erste Teil. Und der Herr Dr. Demel hat dann zu ihm gesagt: Ich weiß ja gar nicht, wo er ist.

Pilz: Wenn ich das richtig rekapituliere, dann hat es so dieses Zeichen, diese Handbewegung oder irgend etwas von Herrn Demel gegeben.

Löscher: Ja, was will er von mir?

Pilz: Von da weg haben Sie dann eigentlich alles eher schlechter verstanden.

Löscher: Da habe ich nicht alles, nein, da habe ich effektiv nur das, was ich jetzt gesagt habe, gehört, daß der Herr Worm immer wieder die gleichen Worte an den Herrn Dr. Demel gerichtet hat: Bitte helfen Sie mir sozusagen, Sie werden ja wissen, wo er ist, und, und, und. Und der Herr Dr. Demel hat gesagt: Ich weiß es wirklich nicht.

Ich kann Ihnen nicht helfen. Ich weiß nicht, wo der Udo Proksch sich befindet.

Pilz: Hat der Dr. Demel Ihnen eigentlich ein Zeichen gegeben, daß Sie dem Gespräch folgen sollen?

Löscher: Na ja, ein Zeichen, er hat zu mir hergeschaut und hat es so gemacht, also: Was will er, was soll ich mit dem?

Pilz: Mir fällt nur auf, daß Sie vor diesem Zeichen eigentlich sehr genau bis in wörtliche Details das Gespräch schildern können, aber nachher die weiteren Teile des Gespräches, wo es über Papiere und so weiter gegangen ist, nicht mehr schildern können.

Löscher: Schauen Sie, das ganze Gespräch hat meines Erachtens vier oder fünf Minuten gedauert. Es hat ja nicht länger gedauert. Ich glaube, das Gespräch als solches hat gar nicht so lange gedauert, als wir uns jetzt über das Gespräch unterhalten.

Pilz: Können Sie sich an die Teile des Gespräches vor diesem Zeichen des Dr. Demel besser erinnern als nach diesem Zeichen?

Löscher: Da bin ich jetzt, ehrlich gesagt, überfragt. Das kann ich Ihnen so nicht sagen. Ich weiß nur, daß natürlich aus diesem Gespräch als solchem hervorgegangen ist, daß der Herr Dr. Demel irgendwie sehr überrascht dreingeschaut hat und so gemacht hat zu mir. Ob das jetzt genau zwei Minuten vorher oder nachher war, kann ich Ihnen nicht sagen.

Pilz: Sind Sie völlig sicher, daß der Herr Worm aufgestanden ist?

Löscher: Ja.

Pilz: Sie sind sich völlig sicher, daß dieses Gespräch im Stehen stattgefunden hat?

Löscher: Ja, im Stehen.

Pilz: Das gesamte Gespräch?

Löscher: Nicht das gesamte.

Pilz: Sondern?

Löscher: Wie ich gesagt habe: Der Herr Dr. Demel ist beim Worm vorbeigegangen, da ist der Worm gesessen und hat den Herrn Dr. Demel angesprochen, im Sitzen.

Pilz: Nach der Begrüßung oder während der Begrüßung?

Löscher: Nach der Begrüßung, ja da wurde etwas über Bekleidung gesprochen und wohin und woher.

Pilz: *Und von da weg hat das Gespräch im Stehen stattgefunden.*

Löscher: Ab diesem Zeitpunkt ist das Gespräch ausschließlich im Stehen geführt worden.

Pilz: *Zwischen Ihnen war da noch eine Reihe, die zweite Reihe. Ist da jemand gegessen?*

Löscher: Nein, da ist niemand gegessen, die war leer.

Pilz: *Da war sicherlich niemand?*

Löscher: Nein, da war niemand, hundertprozentig.

Pilz: *In der dritten Reihe sind Sie und Ihre Frau gegessen. (Löscher: Ja!)*

Wie groß war eigentlich die Distanz von Ihrem Platz aus beim Fenster hin zum Herrn Worm?

Löscher: Also die Sitzreihe hat ungefähr, schätze ich, 90 Zentimeter, also werden es vielleicht 1,40, 1,50, 1,80 Meter gewesen sein.

Pilz: *Woher kennen Sie den Dr. Demel?*

Löscher: Ich bin mit Herrn Dr. Demel schon 20 Jahre bekannt, befreundet, durch eine befreundete Familie, die mit ihm verwandt ist. Seit dieser Zeit kenne ich den Herrn Dr. Demel.

Pilz: *Sind Sie gut befreundet mit dem Dr. Demel?*

Löscher: Ja, ziemlich gut befreundet.

Pilz: *Gibt es auch Vereine, denen Sie gemeinsam angehören?*

Löscher: Ja.

Pilz: *Da ist nicht der Club 45 dabei?*

Löscher: Club 45, ja.

Pilz: *Sie sind Mitglied im Club 45?*

Löscher: Ja.

Pilz: *Haben Sie seit Ihrer Rückkehr aus Bangkok mit Dr. Demel irgendwann gesprochen?*

Löscher: Ich habe mit Dr. Demel vorige Woche gesprochen, am Donnerstag bin ich mit ihm zusammengekommen.

Pilz: *Im Club 45?*

Löscher: Nein, nicht im Club 45. Das war bei mir. Meine Frau hat ein Abendessen gemacht. Wir haben den Dr. Demel und seine Frau eingeladen gehabt zum Abendessen, weil da haben sie einen freien Tag.

Pilz: *Zu viert?*

Löscher: Zu viert, ja.

Pilz: *Haben Sie da über die ganze Sache Lucona gesprochen?*

Löscher: Wir haben über Lucona überhaupt nicht gesprochen. Wir haben uns praktisch nur unterhalten über unsere Erlebnisse, die wir in Bangkok gehabt haben, weil die Frau Demel die Bilder fertiggehabt hat und ich die Bilder noch nicht entwickelt gehabt habe. Wir wollten uns gegenseitig die Bilder zeigen. Das war eigentlich unser Hauptgesprächsthema. Die Lucona-Sache ist für uns gar nicht so wichtig gewesen.

Pilz: *Haben Sie über Ihre Erlebnisse während des Fluges auch gesprochen? Haben Sie über das Gespräch Worm — Demel gesprochen?*

Löscher: Das haben wir eigentlich gar nicht erwähnt, weil mir Herr Dr. Demel bereits am Flughafen gesagt hat, daß das der Herr Worm war. Er hat auch — das muß ich auch noch sagen — zu mir beim Hinausgehen gesagt: Wahrscheinlich wird jetzt die Gerüchteküche sozusagen zum Kochen anfangen, denn die werden jetzt vermuten, daß ich zum Udo Proksch fahre.

Pilz: *Das hat offensichtlich den Dr. Demel ziemlich beschäftigt.*

Löscher: Das hat den Dr. Demel beschäftigt, freilich.

Pilz: *Und Sie haben aber überhaupt nicht darüber gesprochen?*

Löscher: Wir haben dann nicht mehr darüber gesprochen, wir sind in den Urlaub gefahren.

Pilz: *Der hat es also praktisch mit sich selbst ausgemacht?*

Löscher: Ja. Ich habe praktisch mit ihm keinen Kontakt mehr gehabt diesbezüglich. Ich habe auch nichts gewußt von dem, was Sie mich da zuvor gefragt haben.

Pilz: *Danke.*

Obmann Steiner: *Danke. — Dr. Rieder.*

Rieder: *Haben Sie die „profil“-Veröffentlichungen gelesen über den Verlauf des Untersuchungsausschusses?*

Löscher: Ja, die habe ich gestern gelesen.

Rieder: Haben Sie, als Sie das gelesen haben, aus Ihrer persönlichen Erinnerung an den Flug bei irgendwelchen Stellen den Eindruck gehabt, so war es nicht?

Löscher: Ja, den habe ich gehabt, und zwar als ich gelesen habe, daß der Herr Worm ausgesagt hat, daß sozusagen der Herr Dr. Demel ihm gesagt hat, er weiß, wo der Udo Proksch ist. Das ist meines Erachtens überhaupt nicht richtig. Vielleicht hat er es gehört, aber Herr Dr. Demel hat das nicht gesagt.

Rieder: Hat es sonst noch Dinge gegeben, die Ihnen, wie Sie das gelesen haben, aufgefallen sind?

Löscher: Das war für mich am ausschlaggebendsten. Ich habe weder mit Herrn Worm noch mit Herrn Dr. Demel noch mit der ganzen Sache etwas zu tun gehabt. Ich habe mich eigentlich gestern, nachdem ich das am Abend gelesen habe, nur gewundert, daß diese Aussage drinsteht. Ich habe auch mit dem Dr. Demel nicht darüber gesprochen. Dr. Demel ist gar nicht da. Der ist weg.

Rieder: Haben Sie — weil das ein anderer Zeuge so beurteilt hat —, wie Sie dem Gespräch gefolgt sind, den Eindruck gehabt, daß der Herr Dr. Demel das Ganze nicht ernst nimmt?

Löscher: Ich glaube eher, daß der Dr. Demel das nicht ernst genommen hat, insofern nicht ernst genommen hat, da er ja praktisch irgendwie, glaube ich, von Herrn Worm ziemlich stark bedrängt worden ist, und der Herr Worm ziemlich laut eigentlich gesprochen hat und immer wieder das gleiche von Herrn Demel wollte, also die Adresse von diesem Udo Proksch. Und der Dr. Demel hat immer wieder das gleiche gesagt: Was wollen Sie von mir? Ich weiß es nicht!

Rieder: Wie das Gespräch stattgefunden hat zwischen Demel und Worm, ist da noch irgend jemand dazugekommen, den der Herr Worm begrüßt hat?

Löscher: Ist mir nicht bekannt. Es sind sehr viele Leute vorbeigegangen. Es sind auch immer die Stewardessen durchgegangen, weil ja ein voller Betrieb war. Das habe ich nicht mitgekriegt, das habe ich nicht gesehen.

Rieder: Und Sie haben erwähnt, daß das Gespräch Demel — Worm unterbrochen wurde oder jedenfalls dann vorübergehend ein Ende gefunden hat, weil der Dr. Demel dann die Toilette benützt hat. Nachher ist das Gespräch wieder fortgesetzt worden?

Löscher: Es dürften noch einige Worte dann . . ., das kann ich Ihnen auch nicht so genau sagen. Aber ich vermute, daß da noch einige Worte

gesprochen worden sind, nachdem der Herr Dr. Demel aus der Toilette herausgekommen ist. Dann ist der Herr Dr. Demel kopfschüttelnd — und hat es so gemacht — auf seinen Platz zurückgegangen.

Rieder: Als er wieder herausgekommen ist, ist da Ing. Worm noch gestanden oder ist er da gesessen?

Löscher: Kann ich nicht sagen.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Es wäre gar nicht verwunderlich, Sie sagen, Sie kennen über 20 Jahre den Herrn Demel, wenn Sie mit ihm über das Ganze nach Ihrer Rückkehr gesprochen hätten, wo ja ziemlich alle Zeitungen voll waren.

Löscher: Nein, ich war nicht da. Ich bin, nachdem ich zurückgekommen bin, sofort wieder weitergefahren, ich bin nach zwei Tagen wieder weiter nach Afrika geflogen. Ich war ja dann vier Wochen in Kenia.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie haben ja dann dieses gemeinsame Essen oder was immer das auch war, das gemeinsame Treffen gehabt.

Löscher: Das war am Donnerstag. Ich weiß es nicht mehr, ob es Mittwoch oder Donnerstag war.

Helene Partik-Pablé: Wer hat denn dieses Treffen angeregt?

Löscher: Das habe eigentlich ich angeregt, weil ich den Herrn Dr. Demel angerufen habe und ihn gefragt habe, ob er schon die Bilder hat, und er hat gesagt, die Bilder hat er. Ich habe dann seine Frau auch angerufen, die in der Tanzschule tätig war, und habe gesagt, ob sie Zeit hätte und — meine Frau hat eine Kleinigkeit zum Essen gemacht — ob sie zu uns kommen würden.

Helene Partik-Pablé: Aber mittlerweile haben Sie ja das Medienecho auf dieses Gespräch gehört. Und da haben Sie trotzdem nicht über diese Sache gesprochen? Das ist wirklich sehr unwahrscheinlich.

Löscher: Nein, wir haben nicht über die Sache gesprochen. Wir haben nur gesprochen, daß das Ganze uns irgendwo auf die Nerven geht und eigentlich schade ist um die Zeit, wenn man darüber spricht, weil ja das sinnlos ist.

Helene Partik-Pablé: Was geht Ihnen auf die Nerven, haben Sie gesprochen?

Löscher: Diese Anschuldigungen von Herrn Worm an den Herrn Dr. Demel.

Helene Partik-Pablé: Welche Anschuldigungen?

Löscher: Daß der Herr Dr. Demel gesagt hat, er weiß, wo der Udo Proksch sitzt.

Helene Partik-Pablé: Das heißt, es ist also doch darüber gesprochen worden.

Löscher: Es ist nicht darüber gesprochen worden. Wir haben nur gesagt, wir wollen über den Fall gar nicht reden, wir reden über unseren Urlaub.

Helene Partik-Pablé: Schon. Aber Sie haben doch davon gesprochen, daß Ihnen die Anschuldigungen auf die Nerven gehen.

Löscher: Wir haben gesagt, wir wollen nicht darüber reden.

Helene Partik-Pablé: Aber es ist doch darüber gesprochen worden. Sie haben ja jetzt zuerst gesagt, über diese Anschuldigungen, daß der Herr Worm den Demel belastet . . .

Löscher: Indirekt wurde darüber gesprochen, aber direkt nicht.

Helene Partik-Pablé: Warum haben Sie eigentlich gestern das Protokoll gelesen?

Löscher: Weil ich gestern bei meiner alten Mutter draußen war und mit ihr zum Meinel gegangen bin und beim Meinel das „profil“ gesehen habe, habe ich gesagt, das muß ich kaufen und schauen, was drinnen steht. Das habe ich gestern gekauft. (Graff: Wir haben die Auflage vom „profil“!)

Helene Partik-Pablé: Sie haben gesagt, daß Sie Teile dieses Gesprächs gehört haben.

Löscher: Ja.

Helene Partik-Pablé: Dieses Gespräch soll aber eigentlich leise geführt worden sein.

Löscher: Ja, es war nicht sehr laut geführt. Wie gesagt, ich habe nicht alles gehört.

Helene Partik-Pablé: Sie haben aber zuerst gesagt, der Herr Worm ist immer lauter geworden und hat den Demel sogar bedrängt.

Löscher: Ja.

Helene Partik-Pablé: Ist das nicht ein Widerspruch? Sie haben zuerst gesagt, das Gespräch war nicht laut.

Löscher: Ja ein Gespräch ist ja nicht immer im gleichen Tonfall, in der gleichen Tonlage.

Helene Partik-Pablé: Zuerst haben Sie gesagt, es ist laut, bedrängt, und jetzt haben Sie gesagt, es war doch nicht sehr laut. Also was ist jetzt wahr? Wie war das Gespräch jetzt?

Löscher: Es war genauso, wie ich zuvor gesagt habe. Es wurde zuerst leise angefangen, es wurde über einzelne Themen gesprochen, Kleider oder was weiß ich, was das war, das weiß ich nicht mehr genau. Das zweite Thema war dann, daß der Worm aufgestanden ist, mit dem Herrn Dr. Demel gesprochen hat, was ich nicht genau verstanden habe, und dann wurde der Herr Worm lauter und hat den Herrn Demel ersucht, ihm doch endlich zu sagen, wo der Udo ist, weil er kann ihm nützen.

Und da ist er ziemlich laut geworden, der Herr Worm, und der Herr Dr. Demel hat dann zuzusagen gesagt, genauso laut wie der Herr Worm: Lassen Sie mich in Ruhe, ich weiß es nicht. Das weiß niemand.

Helene Partik-Pablé: Also obwohl der Herr Worm etwas wollte vom Herrn Demel, sagen Sie, daß er sehr laut geworden ist dabei.

Löscher: Nicht sehr laut, Sie drehen mir das Wort um. Ich habe nicht gesagt, sehr laut, er ist lauter geworden, nicht sehr laut.

Helene Partik-Pablé: Lauter.

Löscher: Lauter geworden.

Helene Partik-Pablé: Zuerst haben Sie gesagt, er ist laut geworden. Jetzt ist er lauter geworden. Das sind schon Nuancen, die wichtig sind.

Löscher: Da müßte man ein Phonregister haben! Ich weiß das nicht mehr. Ich kann das nicht genau sagen, in welcher Lautstärke das war. Ich weiß nur, wenn Ihnen das vielleicht hilft, es war so, daß zuerst die Lautstärke so war, daß ich es fast nicht verstanden habe, als er noch gesessen ist, und als er aufgestanden ist, wurde in einer Lautstärke gesprochen, wo ich ihn verstanden habe.

Helene Partik-Pablé: Ich halte Ihnen vor, daß der Zeuge, der neben dem Herrn Worm gesessen ist, gesagt hat, gerade vor ein paar Minuten, daß der Herr Worm die ganze Zeit gesessen ist während dieses Gespräches.

Löscher: Nein. Nein, der Herr Worm ist aufgestanden.

Helene Partik-Pablé: Und ist während des größten Teiles des Gespräches gestanden?

Löscher: Ja.

Helene Partik-Pablé: Dabei bleiben Sie?

Löscher: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wie waren eigentlich Ihre Sitze? Waren die gerade gerichtet, oder sind sie in Liegeposition gewesen?

Löscher: Die sind gerade gerichtet gewesen.

Helene Partik-Pablé: Was ist noch gesprochen worden über diese ganze Geschichte? Oder was haben Sie noch gehört?

Löscher: Ich habe sehr deutlich gehört, daß der Herr Worm den Herrn Dr. Demel ersucht hat, er soll ihm doch aufgrund seiner Nützlichkeit, die er für diesen Udo Proksch hat, und aufgrund der Nützlichkeit, die Journalistenkollegen für den Udo Proksch haben, sagen, wo der Udo Proksch ist, und er wird es praktisch nützen für den Udo Proksch sozusagen. Soweit habe ich das mitgekriegt.

Helene Partik-Pablé: Was haben Sie noch gehört?

Löscher: Das wurde ja einige Male wiederholt, diese Anfrage. Wie ich schon gesagt habe, es sind dann Personen vorbeigegangen. Sie sind auch wieder leiser geworden, sie haben dann wieder für mich weniger verständlich gesprochen. Nachher habe ich nur einige Worte gehört, da wurde über Papiere gesprochen. Aber was und wer über das Papier gesprochen hat, ob das der Herr Dr. Demel war, ob das der Herr Worm war, das kann ich nicht sagen, das habe ich nicht mitgekriegt.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gehört, daß ein junger Mann als Mitarbeiter vom Herrn Worm vorgestellt worden ist?

Löscher: Nein, das habe ich nicht gehört.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie irgend etwas gehört davon, daß über das Gericht geredet worden ist?

Löscher: Nein. Das habe ich auch nicht gehört.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie den Namen Tandinger fallen gehört?

Löscher: Nein.

Helene Partik-Pablé: Obergericht?

Löscher: Nein.

Helene Partik-Pablé: Und 70 Kilo?

Löscher: Nein.

Helene Partik-Pablé: Das haben Sie alles nicht gehört?

Löscher: Das habe ich nicht gehört. Ich habe nur gehört, daß über irgendwelche Papiere gesprochen worden ist. Aber, wie gesagt, ich weiß auch nicht, ob das der Herr Dr. Demel gesagt hat oder ob das der Herr Worm gesagt hat. Das habe ich nicht mitgekriegt. Sie müssen sich vorstellen, in einem Flugzeug ist es nicht so wie hier, da sind die Stewardessen hin- und hergegangen, da war ja ein Betrieb, wir sind ja vor der Landung gewesen.

Helene Partik-Pablé: War es eigentlich laut im Flugzeug?

Löscher: Ja, eigentlich schon, es war nicht sehr leise im Flugzeug.

Helene Partik-Pablé: Wieso haben Sie dann trotzdem gehört, daß der Demel gesagt hat: Ich weiß nicht, wo er ist.

Löscher: Ich habe das gehört, ich habe genauso gut vorher gehört, daß der Niki Lauda mit dem Herrn Worm gesprochen hat und der Niki Lauda ihm erzählt hat, daß die Fluglinie so gut geht, daß es ein Hammer ist, wenn man nach Sydney fliegt und so weiter und so weiter. Das habe ich auch gehört.

Helene Partik-Pablé: Aber wie erklären Sie sich dann, daß Sie andere Teile des Gespräches zwischen Worm und Demel überhaupt nicht gehört haben?

Löscher: Zuerst habe ich nicht so aufgepaßt. Erst wie ich den Namen Udo Proksch gehört habe, das habe ich Ihnen gesagt, habe ich aufgepaßt, habe mir gedacht: Um was geht es da? Ich habe das Ganze ja gar nicht so mitgekriegt, ich habe das erst richtig dezidiert dann vom Herrn Dr. Demel beim Hinausgehen erfahren, als ich ihn fragte: Was wollte der Herr? Wer ist das? Und was wollte der?

Helene Partik-Pablé: Aber Sie haben ja zuerst gesagt, daß Sie gehört haben, daß der Worm ihn bedrängt hat?

Löscher: Ja.

Helene Partik-Pablé: Das ist aber eigentlich schon ein Widerspruch, wenn Sie jetzt sagen, Sie haben gar nicht gewußt, wovon es richtig geht. Und auf der anderen Seite haben Sie dann doch sehr genau gehört, daß der Worm den Demel bedrängt und gefragt hat, wo der Udo Proksch ist.

Löscher: Das ist doch kein Widerspruch. Wieso?

Helene Partik-Pablé: Ich sehe schon einen Widerspruch darin.

Löscher: Erklären Sie mir den Widerspruch.

Helene Partik-Pablé: Ich erkläre Ihnen nichts, sondern Sie sind ja da, um mir zu erklären, wieso Sie gewisse Teile so gut gehört haben . . .

Löscher: Ja, ich bin hier, Ihre Fragen zu beantworten. Aber wenn ich Ihre Frage nicht verstehe, müssen Sie mir die Frage erklären.

Helene Partik-Pablé: Ich habe es Ihnen ohnehin schon mehrmals erklärt.

Löscher: Sie haben gesagt, Sie verstehen das nicht, wie ich das gesagt habe.

Helene Partik-Pablé: Ich habe Sie auch gefragt, wieso Sie zum Beispiel diese Teile des Gespräches sehr gut gehört haben und andere Teile des Gespräches überhaupt nicht gehört haben.

Löscher: Weil sie eben, was Ihnen zuvor nicht gepaßt hat, daß ich es gesagt habe, etwas lauter geworden sind. Also ich kann Ihnen nur wiederholen, wie ich mich an die Sache erinnern kann, nämlich daß in dem Fall eben der Worm wahrscheinlich versuchte, mit irgendwelchen lauterem Mitteln vom Herrn Dr. Demel das herauszukriegen, daß er weiß, wo der Udo Proksch ist.

Helene Partik-Pablé: Mittlerweile wissen Sie aber schon, was dazwischen noch gesprochen worden ist?

Löscher: Was wurde dazwischen gesprochen?

Helene Partik-Pablé: Zwischen Demel und Worm? Zwischen dem, was Sie gesagt haben, daß der Worm wissen wollte, wo der Proksch ist?

Löscher: Das habe ich in der Zeitung gelesen, ja. Wenn das stimmt, was der Herr Worm gesagt hat. Das weiß ich nicht, das kann ich nicht beurteilen, das habe ich nicht gehört. Schauen Sie, ich kann Ihnen nur das sagen, was ich gehört habe. Mehr habe ich nicht gehört.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Wir haben längst aufgehört, uns zu wundern über ein selektives Wahrnehmungs- und Erinnerungsvermögen auf der Seite der Zeugen. Wenn ich mir die verschiedenen Aussagen des heutigen Tages über dasselbe Thema in Erinnerung rufe, dann ist eigentlich nur mehr eines sicher: daß die gemeinsam ein Flugzeug benützt haben.

Aber, Herr Zeuge, etwas möchte ich doch noch nachfragen, weil ein eklatanter Widerspruch besteht zu den Angaben des vor Ihnen vernommenen Zeugen, der erklärt hat, die erste Klasse war sehr schwach besetzt, nur zur Hälfte besetzt.

Löscher: Ja, das stimmt.

Gaigg: Aber Sie haben uns vorher gesagt, es war ein Wirbel, es war viel los, und es sind viele Leute auf die Toilette gegangen.

Löscher: Herr Doktor, entschuldigen Sie. Es ist so, daß das wohl erste Klasse war, wir sind durch Zufall da hineingekommen, weil eben die Touristenklasse überbucht war. Aus der Touristenklasse sind die Leute ununterbrochen gekommen, da ist eine Schweizer Reisegesellschaft gewesen, und haben die Toiletten benützt. Ich kann nichts dafür, daß das so war.

Gaigg: Nein, Herr Zeuge, ich bin der letzte, der Ihnen das zum Vorwurf machen würde.

Löscher: Weil Sie sagen, es war ein Wirbel.

Gaigg: Ich wollte nur eine Aufklärung, weil zwischen den Angaben des Zeugen, der vor Ihnen einvernommen wurde und der gesagt hat, es war schwach besetzt, und Ihren Angaben, es war ein Wirbel, also jetzt aufgeklärt, aber vorher nicht ganz verständlich, eine große Diskrepanz war.

Löscher: Entschuldigen Sie, ich wollte das nicht so hart sagen.

Gaigg: Nein, ich nehme das überhaupt nicht übel, nicht im geringsten.

Herr Zeuge! Auch in einem weiteren Punkt besteht eine offenkundige unterschiedliche Aussage, nämlich, schon angesprochen, in der Frage — aber bitte erinnern Sie sich noch einmal genau —: Ist der Herr Ing. Worm wirklich aufgestanden?

Löscher: Ja.

Gaigg: Und hat das Gespräch geführt. Also da sind Sie ganz sicher?

Löscher: Hundertprozentig sicher, ja.

Gaigg: Auch wenn ich Ihnen vorhalte, daß der Zeuge, der neben dem Ing. Worm gesessen ist, hier bekundet hat, der Ing. Worm wäre während des Gespräches gesessen?

Löscher: Nein, der Herr Worm ist gestanden. Ich sehe sie noch vor der Tür stehen.

Dazu muß ich folgendes sagen, was mir vielleicht noch aufgefallen ist. Der Herr Worm, ich habe ihn ja vorher nicht gekannt, wie gesagt, ich habe ihn nur insofern gesehen, als er innerhalb des Fluges sehr oft seinen Sitz gewechselt hat, und da ist er einmal hinten gesessen, einmal ist er vorne gesessen, es ist neben ihm eine Dame gesessen, die hat angeblich, oder ich weiß es nicht genau, zu ihm gehört, er hat mit ihr sehr intensiv gesprochen. Der Platzwechsel ist mir eigentlich aufgefallen. Einmal ist er hinten gesessen, dann ist er wieder vorne gesessen. Ich weiß nicht, ob

der Herr Worm sich so genau erinnern kann, ob er das gemacht hat.

Gaigg: *Daß zu dem Zeitpunkt, zu dem das Gespräch zwischen dem Ing. Worm und dem Dr. Demel stattgefunden hat, neben dem Ing. Worm jemand saß, ist Ihnen das in Erinnerung?*

Löscher: Ja, das weiß ich eben leider nicht mehr genau. Ich weiß nur, wie er eingestiegen ist, ist eine Dame neben ihm gesessen, und er hat sich mit der Dame angeregt unterhalten und hat auch mit der Dame einmal Platz getauscht, einmal ist er beim Fenster gesessen, dann ist die Dame im Mittelgang gesessen, das weiß ich auch noch. Und dann hat er noch den Platz insofern getauscht, als er praktisch aus der linken Seitenreihe nach hinten gegangen ist, dann ist er wieder nach vorne gegangen. Und einmal ist die Dame hinten gesessen.

Gaigg: *Herr Zeuge! Konkret meine Frage: Können Sie sich erinnern, ob genau zu diesem Zeitpunkt, zu dem das Gespräch zwischen dem Ing. Worm und dem Dr. Demel stattgefunden hat, neben dem Ing. Worm jemand gesessen ist? Ob der sonst noch Platz getauscht hat, ist mir egal.*

Löscher: Auf der linken oder rechten Seite?

Gaigg: *Auf der rechten Seite. Da Ing. Worm links am Fensterplatz saß, konnte links von ihm nicht recht gut noch jemand sitzen; rechts von ihm natürlich.*

Löscher: Ursprünglich ist der Herr Worm nicht am Fensterplatz gesessen, sondern er hat Mittelreihe B-Sitz gehabt.

Gaigg: *Aber zu dem Zeitpunkt, zu dem das Gespräch stattgefunden hat, ist er sicher links gesessen.*

Löscher: Als das Gespräch stattgefunden hat, das kann ich nicht genau sagen, ob er links oder rechts gesessen ist, das weiß ich nicht mehr. Ich weiß nur, daß er aufgestanden ist und mit Herrn Dr. Demel gesprochen hat.

Gaigg: *Gut. Ich habe keine weitere Frage.*

Obmann Steiner: *Danke. — Herr Dr. Ermacora, bitte.*

Ermacora: *Herr Kommerzialrat! Wenn das richtig ist, daß Herr Worm mit Demel dieses offenbar bedeutsame Gespräch stehend geführt hat, dann könnte nach der Anlage dieses Flugzeuges der Herr Mag. Brantner, unser Vorzeuge, das überhaupt nicht gehört haben. Wenn ich mich in die Lage eines solchen Flugzeuges versetze, mußte*

Brantner gesessen sein, Demel und Worm gestanden.

Es scheint mir schwierig zu sein, daß der sitzende Brantner versteht, was die beiden Stehenden sprechen. Ursprünglich, als Worm uns hier die Situation erklärt hat, schien es mir so, als würde Demel über den Brantner hinweg zum Worm gesprochen haben. Das ist natürlich verständlich, daß der Brantner hier zugehört haben mochte oder mußte. Aber bei der Schilderung, die Sie nun geben, daß dieses wichtige Gespräch stehend stattgefunden hat und vielleicht noch dazu in einer Distanz von Brantner, da konnte der Brantner das überhaupt nicht hören. Was meinen Sie dazu?

Löscher: Bitte, ich weiß nicht, wo der Herr Brantner gesessen ist. Ich kann das auch nicht sagen. Ich bin in der dritten Reihe gesessen. Wenn Sie die Flugplätze anschauen, diese Platzliste hier anschauen, ist es so, daß praktisch der Herr Worm da bei „B“ vorne gestanden ist, und der Herr Demel ist von der rechten Seite vorne beim Mittelgang durchgegangen. Da, wo der Punkt „B“ ist, ist ein Schirm oder eine Abgrenzung. Bei dieser Abgrenzung sind sie gestanden. Das ist der Weg zur Toilette gewesen.

Ermacora: *Ja, bitte, ich kann mir schon vorstellen, wie das ausgesehen hat.*

Löscher: Wenn ich das in der dritten Reihe höre, kann das der Herr Brantner auch hören, warum nicht. Der ist ja dann noch weiter vorne gesessen als ich.

Ermacora: *Danke schön.*

Obmann Steiner: *Keine weiteren Fragen. Ich glaube, wir müssen doch noch einen Flug nach Bangkok machen, denn auf ebener Erde kann man das anscheinend schwer feststellen. Danke schön. (16.31 Uhr)*

Ich bitte, die Frau Löscher hereinzuholen.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Margarete Löscher
im Sinne des § 271 StPO**

(16.34 Uhr)

Obmann Steiner: *Frau Löscher! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeugin vernommen.*

Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solche die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.

Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für

Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Bitte Ihr Name.

Margarete **Löscher**: Margarete Löscher.

Obmann Steiner: Ihr Geburtsdatum.

Margarete **Löscher**: 3. 9. 1923.

Obmann Steiner: Beruf.

Margarete **Löscher**: Ich bin zurzeit Pensionistin.

Obmann Steiner: Ihr Wohnort.

Margarete **Löscher**: 1140 Wien, Penzinger Straße 36. Die Ladung ist allerdings gegangen in die Wallgasse, das ist unsere Firmenadresse. Ich bekomme die Post besser in der Firma als in der Wohnung.

Obmann Steiner: Sie wissen, warum Sie hier geladen sind?

Margarete **Löscher**: Ja.

Obmann Steiner: Bitte, der erste Frager wäre Herr Dr. Rieder.

Rieder: Frau Löscher! Wie gut können Sie sich noch an den Ablauf des Gespräches, das Dr. Demel mit dem Ing. Worm im Flugzeug geführt hat, erinnern?

Margarete **Löscher**: Der Flug hat überhaupt ein bißchen ungünstig begonnen. Wir haben eigentlich in der Touristenklasse, die wir gebucht haben, keine Plätze bekommen. Das war ein bißchen ein Durcheinander. Wir wurden dann in die erste Klasse verwiesen. Das war natürlich für uns eine Freude. Wir sind dann in der dritten Reihe gesessen, links. Zuerst sind wir ganz rückwärts gesessen, links. Da war doch der Vorhang. Und hinter uns sind Schweizer gesessen, die einen sehr großen Wirbel gemacht haben. Auf das hinauf hat die Stewardess zu uns gesagt, wir sollen nach vor gehen, es wäre so laut und es wäre unangenehm für uns. Da sind wir in die dritte Reihe gegangen. Dort sind wir dann gesessen. Die zweite Reihe war frei. In der ersten Reihe sind ein Herr gesessen und eine blonde Dame. Ich weiß das aus dem Grund so genau, denn nach ein paar Stunden Flug ist dann der Herr Lauda gekommen, der die Maschine selbst geführt hat, und hat diesen Herrn in der ersten Reihe begrüßt. Sie haben dann über Geschäfte gesprochen, was ich teilweise gut gehört habe, teilweise weniger gut.

Unter anderem haben sie auch darüber gesprochen, welch tolles Geschäft die Australienlinie sei

für Lauda. Sonst eigentlich habe ich dem Ganzen nicht besondere Achtung geschenkt. Dann ist die Nacht vergangen. Am Morgen ist Herr Dr. Demel, der an der rechten Seite vom Flugzeug gesessen ist . . . Nur muß ich da berichtigen, diese Sitzreihen sind nicht richtig eingetragen. (*Die Zeugin zeigt auf den kopierten Plan.*) Denn ich weiß genau, ich bin auf den Mittelsitzen in der Nacht gelegen, und ich hätte mich nicht hinlegen können, wenn es Zweierreihen gewesen wären.

Rieder: Also in der Mitte ist eine Dreierbank gewesen.

Margarete **Löscher**: Ganz links ist Herr Dr. Demel mit seiner Frau gesessen. Das weiß ich nicht genau, ob er in der dritten oder vierten Reihe gesessen ist.

Am Morgen ist dann der Dr. Demel an uns vorbeigegangen zur Toilette. Die war aber besetzt. Da ist er so langsam dort vorbeigegangen und ist stehengeblieben. Da hat ihn der Herr an der Ecke, den ich nicht kannte und von dem ich nicht wußte, wer er ist, begrüßt, und sie haben zu sprechen begonnen.

Rieder: Ist die blonde Dame da noch bei ihm gesessen?

Margarete **Löscher**: Das kann ich nicht behaupten. Das kann ich auch nicht sagen, denn ich weiß nur, daß ein paarmal aufgestanden wurde in der Reihe. Aber ich habe dem Ganzen nicht eine so große Beachtung geschenkt.

Rieder: Können Sie uns das Gespräch näher schildern, das da stattgefunden hat?

Margarete **Löscher**: Was ich so alles gehört habe, was so zu hören ist, wenn Leute vorbeigehen. Mich hat das ein bißchen gewundert, weil ich mir gedacht habe, das muß irgendein Besonderer sein, weil zuerst begrüßt Niki Lauda den Herrn, und dann hat er mit Dr. Demel gesprochen. Da habe ich mir gedacht, das muß irgendwer sein, aber ich kenne ihn nicht.

Warten Sie, wie war das dann? — Dann haben sie gesprochen eigentlich über Aussehen und Kleidung von sich persönlich. Dann wurde noch von dem Herrn gefragt, wo Dr. Demel hinfliegt, und da hat er gesagt, nach Bangkok. Dann hat dieser mir unbekannt Herr gefragt, ob er wüßte, wo Udo Proksch sei. Das hat Dr. Demel verneint, das weiß er nicht. Das hat er sehr heftig verneint. Ein paar Sätze später oder früher hat noch Dr. Demel gesagt, wenn er wüßte, wo Udo Proksch wäre, wäre er sicher der einzige von Österreich.

Rieder: Sagen Sie, in welchem Zeitabstand vor der Landung hat denn dieses Gespräch stattgefunden?

Margarete Löscher: Ich könnte nicht genau sagen, wann vorher, vielleicht waren es zwei Stunden, vielleicht waren es eineinhalb Stunden vor der Landung, also es war am Morgen, ich weiß es genau, es war hell.

Rieder: *Und dieses Gespräch von Demel und Worm hat sich äußerlich wie abgespielt: im Stehen, im Sitzen oder wie war denn das?*

Margarete Löscher: Zuerst ist Herr Worm gesessen, dann ist er aber aufgestanden, das weiß ich, und hat mit Dr. Demel gesprochen.

Rieder: *Wie lange hat denn das Gespräch gedauert etwa?*

Margarete Löscher: Na ja, eigentlich nicht lange, ein paar Minuten vielleicht.

Rieder: *Wie dann die Landung war, hat . . . Sie sind ja, glaube ich, mit dem Dr. Demel bekannt, haben wir mittlerweile gehört.*

Margarete Löscher: Ja, wir sind befreundet, ja.

Rieder: *Haben Sie da mit ihm gesprochen über die . . .*

Margarete Löscher: Während des Fluges nicht. Beim Aussteigen hat dann mein Mann zu Dr. Demel gesagt: Sag einmal, wer war denn das und was wollte er von dir? Und dann haben wir erfahren, daß das Herr Ing. Worm ist.

Rieder: *Und was war der Verlauf dieses Gespräches, daß dann nach der Landung erfolgte?*

Margarete Löscher: Wissen Sie, wir haben dem eigentlich . . . Dann sind wir gelandet, wir sind ausgestiegen, wir sind in ein Taxi umgestiegen und sind nach Hua Hin gefahren. Der Herr Dr. Demel hat dann nur gemeint, also da kann ein ganz ein schöner Wirbel jetzt herauskommen.

Rieder: *Sagen Sie, haben Sie die „profil“-Veröffentlichungen über dieses Thema gelesen?*

Margarete Löscher: Nein, ich interessiere mich sonst überhaupt nicht für diese Dinge.

Rieder: *Wäre es nicht ein Anlaß gewesen zu sagen: Das betrifft etwas, wo ich unmittelbar dabei war!?*

Margarete Löscher: Dazu muß ich Ihnen sagen, ich war die ganze anschließende Zeit nicht in Wien, ich bin nur drei Tage nach meiner Thailand-Reise in Wien gewesen und anschließend waren wir drei Wochen in Afrika. Und ich bin seit zehn Tagen wieder in Wien und erst in diesen zehn Tagen . . . Wir haben aber einen Betrieb,

und trotzdem ich in Pension bin, kümmern wir uns noch sehr intensiv, weil ohne nichts ist nichts.

Rieder: *Und bei der Zusammenkunft oder bei der Einladung, wo der Dr. Demel mit seiner Gattin bei Ihnen war, ist auch über dieses Thema nicht gesprochen worden?*

Margarete Löscher: Sehr wenig, denn wir haben uns Fotografien angeschaut, wir haben gegessen, und Herr Dr. Demel war dann sehr müde und ist eigentlich sehr bald gegangen.

Rieder: *Danke.*

Obmann Steiner: *Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.*

Helene Partik-Pablé: *Sie haben gesagt, es waren Schweizer hinter Ihnen, die einen ziemlichen Wirbel gemacht haben, und Sie konnten sich dann vorsetzen. War dann der Wirbel noch immer groß?*

Margarete Löscher: Nein, denn es wurde dann ein Cocktail serviert, es war unmittelbar beim Einsteigen. Es war ein Riesenwirbel, bis sich das ganze Flugzeug halt beruhigt hat, dann wurde ein Cocktail serviert, und mit dem hat sich das dann eigentlich beruhigt.

Helene Partik-Pablé: *Und noch vor dem Cocktail sind Sie vorgebeten worden?*

Margarete Löscher: Ja, in die dritte Reihe.

Helene Partik-Pablé: *Das Gespräch zwischen Worm und Demel, war das eigentlich laut oder leise, das Gespräch?*

Margarete Löscher: Das hat eigentlich leise begonnen, es wurde dann ein bisserl erregter und . . .

Helene Partik-Pablé: *Warum ist es erregter geworden?*

Margarete Löscher: Ja, bitte, ich weiß nicht, vielleicht haben sich die beiden Herren erhitzt in dem Gespräch.

Helene Partik-Pablé: *Ja, haben Sie gehört, worüber sie sich erhitzt haben könnten?*

Margarete Löscher: Das habe ich jetzt schon gesagt, also mehr habe ich nicht gehört.

Helene Partik-Pablé: *Ja, können Sie sagen, worüber sie sich erhitzt haben vielleicht?*

Margarete Löscher: Erstens einmal war die Frage, ob Herr Dr. Demel wüßte, wo Udo Proksch sei, und das hat ja Dr. Demel verneint.

Helene Partik-Pablé: Und da haben sie sich erhitzt dabei?

Margarete Löscher: Ich finde, Dr. Demel hat sich nicht sehr erhitzt, aber der Herr hat irgendwie sehr intensiv auf Dr. Demel gesprochen.

Helene Partik-Pablé: Na was hat er konkret . . . Wie hat er konkret gesprochen auf ihn?

Margarete Löscher: Na, er hat Handbewegungen gemacht, wie man halt spricht, wenn man erregt ist. Bitte, dazu muß ich sagen, das hat mich schon interessiert, wenn ich auch sonst an der Politik nicht sehr interessiert bin, aber weil doch Udo Proksch und das ganze Thema natürlich schon sehr in aller Munde ist.

Helene Partik-Pablé: Ja, deshalb wundert mich auch, daß Sie nur so wenig wissen.

Margarete Löscher: Über die Zeitungen und so?

Helene Partik-Pablé: Über das Gespräch.

Margarete Löscher: Über das Gespräch?

Helene Partik-Pablé: Wenn es Sie sehr interessiert. Sie haben ja gesagt, es hat Sie sehr interessiert.

Margarete Löscher: Ja, natürlich, aber mehr habe ich nicht verstanden und auch nicht gehört.

Helene Partik-Pablé: Wieso haben Sie eigentlich dann nur die Frage von Worm gehört: Wo ist Udo Proksch?

Margarete Löscher: Mein Gott, er hat halt zuerst gesprochen über das Aussehen von Dr. Demel, wie sie sich am Anfang begrüßt haben, also wie das Gespräch begonnen hat. Mir scheint, zuerst hat der Dr. Demel zum Worm — von dem ich ja jetzt weiß, wie er heißt — gesagt, er schaut nicht mehr so gut aus, sein Aussehen ist nicht mehr so elegant oder irgendwie. Darauf hat der Worm gesagt: „Sie schauen auch nicht gerade wie ein Präsident aus.“

Helene Partik-Pablé: Na gut, und Sie haben dann noch gehört bis „Wo ist Udo Proksch?“, und dann haben Sie nichts mehr gehört, und über das wundere ich mich.

Margarete Löscher: Nein, es wurde dann noch über Papiere gesprochen, das habe ich auch gehört, nur habe ich mit den Papieren nichts anzufangen gewußt, also darüber weiß ich nicht Bescheid.

Helene Partik-Pablé: Und sonst haben Sie gar nichts gehört?

Margarete Löscher: Mein Gott, was wurde noch gesagt! Ich hätte besser aufgepaßt, wenn ich gewußt hätte, daß ich dann hier aussage.

Helene Partik-Pablé: Na ja, Sie haben ja zuerst gesagt, es hat Sie interessiert. Ist ja auch klar, daß es einen interessiert, mich täte es auch interessieren. Ich täte mich hinlehnen und täte einmal ganz leise zuhören, um was es da eigentlich geht . . . (Abg. Schieder: Sie würden sich vorschleichen!) Gut, ich würde mich vorschleichen, ich würde ihm jedenfalls genau zuhören.

Margarete Löscher: Aber ich glaube, Frau Doktor, Sie sind anders interessiert an der Sache als ich.

Helene Partik-Pablé: Ja, nur haben Sie gesagt, Sie interessieren sich sonst nicht so für Politik, aber das hat Sie sehr interessiert.

Margarete Löscher: Na ja, mein Gott, weil Udo Proksch . . . Jetzt spricht doch jeder auf der Straße über ihn.

Helene Partik-Pablé: Natürlich, Sie haben ja vollkommen recht, ich sage es ja.

Margarete Löscher: Es ist ja nichts Besonderes, daß man sich dafür interessiert.

Helene Partik-Pablé: Nein, natürlich, das ist ja völlig klar, daß es Sie interessiert, und deshalb sage ich, es wundert mich, daß Sie nur gehört haben, daß der Worm fragt: Wo ist Udo Proksch . . .

Margarete Löscher: Ja, ich glaube ja auch, daß das ganze Gespräch nur um das gegangen ist.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie, interessant ist das deshalb, die Frage: „Wo ist der Udo Proksch?“ hat nämlich der Worm gar nicht gestellt nach dem Aktenvermerk.

Margarete Löscher: Na, sie müssen wissen, wo der Udo Proksch ist oder so irgendwie, bitte. Das mag sein, daß er das nicht wortwörtlich gesagt hat.

Helene Partik-Pablé: Aber Sie haben gehört: „Wo ist der Udo Proksch?“, das haben Sie ja zuerst gesagt.

Margarete Löscher: Na ja, die Frage, ich sage noch einmal, ich weiß es nicht wortwörtlich, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Na was haben Sie gehört?

Margarete Löscher: Ja, daß er ihn gefragt hat, ob er weiß, wo Udo Proksch ist.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gehört, daß der Herr Worm einen jungen Mann als seinen Mitarbeiter vorgestellt hat?

Margarete Löscher: Nein, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie nicht gehört. Hat sich irgend jemand im Laufe des Gesprächs zu Herrn Worm dazugesetzt oder ist jemand dort gesessen?

Margarete Löscher: Ja, es sind ein paar Leute vorbeigegangen. Dazugesetzt geht nicht, weil der Herr Worm ist an der Ecke gesessen. Und wenn sich jemand dazugesetzt hätte, hätte ich es nicht gesehen, weil die Lehnen ja sehr hoch sind.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie gesehen, wer neben dem Worm während des Gespräches gesessen ist?

Margarete Löscher: Nein, das weiß ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Das haben Sie nicht gesehen.

Margarete Löscher: Nein.

Helene Partik-Pablé: Hat Demel Ihnen gegenüber oder Ihrem Mann gegenüber ein Zeichen gemacht, Sie sollen aufpassen?

Margarete Löscher: Ja, ich glaube, er hat zu meinem Mann hingeschaut und hat ihm irgendwie zu verstehen gegeben, er soll aufpassen oder auch nicht.

Helene Partik-Pablé: Na was jetzt?

Margarete Löscher: Das ist so schwierig.

Helene Partik-Pablé: Na was hat er ihm für Zeichen . . .

Margarete Löscher: Ja, er hat ihn, meinen Mann, schon angeschaut während des Gesprächs, das ist richtig, er hat zu uns hergeschaut.

Helene Partik-Pablé: Und hat er ihm ein Zeichen auch gemacht?

Margarete Löscher: Vielleicht hat er mit dem Kopf schon genickt, wenn man so ein interessantes Gespräch führt und man würde gerne, hat man halt so hingenickt als . . .

Helene Partik-Pablé: Na was heißt: vielleicht. Vielleicht hat er? Hat er ihm Zeichen gemacht, er soll aufpassen, ja oder nein?

Margarete Löscher: Da muß ich sagen, eher ja.

Helene Partik-Pablé: Was ist eher ja?

Margarete Löscher: Ja, daß er doch . . . Wissen Sie, das ist so schwierig, ich meine, ich habe das beobachtet als Passagier und . . .

Helene Partik-Pablé: Ja, ich frage Sie ja auch nur über Ihre Beobachtungen als Passagier.

Margarete Löscher: Nein, Sie fragen mich sehr konkret.

Helene Partik-Pablé: Ja, was hat der Herr . . . Sie haben gesagt, eher ja, er hat eher ja ein Zeichen gemacht, wie hat das Zeichen ausgesehen?

Margarete Löscher: Herr Demel hat aufgeschaut und hat zu meinem Mann geschaut, das kann ich bejahen.

Helene Partik-Pablé: Also er hat hingeschaut, hat ein Zeichen . . .

Margarete Löscher: Er hat meinen Mann angeschaut.

Helene Partik-Pablé: Ja, hat er ein Zeichen gegeben, daß er aufpassen soll?

Margarete Löscher: Wenn Sie das als Zeichen betrachten, dann ja.

Helene Partik-Pablé: Er hat ihn angeschaut. (Schieder: Eine heiße Spur! — Graff: Ein bedeutender Fahndungserfolg!) Der Herr Dr. Demel hat gesagt — haben Sie gesagt —, da kann ein Wirbel herauskommen, nach der Landung. Was hat das zu bedeuten? Haben Sie ihn nicht gefragt, wieso?

Margarete Löscher: Nein, nein, wir unterhalten uns über diese Dinge privat mit Dr. Demel nicht.

Helene Partik-Pablé: Na, aber warum sagt er dann, da kann ein Wirbel herauskommen?

Margarete Löscher: Na, mein Gott, das hat ihm halt noch irgendwie . . .

Helene Partik-Pablé: Beschäftigt, wenn ich nachhelfen darf, nicht?

Margarete Löscher: Ja, das hat ihn halt irgendwie noch berührt oder was weiß ich.

Helene Partik-Pablé: Na und Sie als gute Freunde . . . (Graff: Wenn das bekannt wird, daß der nicht weiß, wo der Udo ist!) Und Sie als gute Freunde — über 20 Jahre kennen Sie ihn —, Sie haben nicht gesagt . . .

Obmann Steiner: Bitte, die Frau Doktor ist am Wort. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Den Demel hat das noch offensichtlich beschäftigt, da kann ein Wirbel herauskommen, und Sie kennen den Demel über 20

Jahre lang, gute Freunde, Sie sagen nicht einmal, na du, was kann da herauskommen, wirst du Schwierigkeiten haben oder sonst irgend etwas, Frau Zeugin?

Rieder: Herr Vorsitzender! . . . Frau Kollegin Dr. Partik-Pablé, wenn Sie schon vorhalten, dann vollständig. Er hat gesagt, es kann ein Wirbel rauskommen, aber er wird annehmen, daß ich zum Udo Proksch fahr, so war das wörtlich hier. (Graff: Halten Sie ihr vor, wie spät es ist!)

Obmann Steiner: Bitte, Frau Doktor, Sie sind am Wort.

Helene Partik-Pablé: Bitte, Herr Vorsitzender, vielleicht können wir uns darauf einigen, daß diese Vorhalte nicht während der Frage gemacht werden, sondern erst nach der Antwort des Zeugen? Da würde ich wirklich bitten darum. Frau Zeugin, was sagen Sie dazu? (Schieder: Dann hat es ja keinen Sinn mehr! — Weitere Zwischenrufe.)

Obmann Steiner: Bitte, die Frau Doktor ist am Wort, bitte stellen Sie weiter Ihre Fragen.

Margarete Löscher: Würden Sie mir die Frage noch einmal stellen?

Helene Partik-Pablé: Ich halte Ihnen vor, daß Sie gesagt haben, Dr. Demel hätte nach der Landung gesagt, da kann ein Wirbel herauskommen. (Graff: Ist ja!) Und ich habe dann noch gesagt: Sie sind 20 Jahre befreundet mit ihm, Sie haben gesagt, das hat ihn sehr beschäftigt, diese Sache, und da sagen Sie als Freunde nichts darauf?

Margarete Löscher: Mein Gott, ich glaube kaum, daß sich Herr Demel für unser Geschäft sehr interessiert, wenn wir einen Wirbel haben.

Helene Partik-Pablé: Na ja, aber es ist ja nicht um das Geschäft gegangen.

Margarete Löscher: Also, Frau Doktor!

Helene Partik-Pablé: Also Sie wollen nichts dazu sagen?

Margarete Löscher: Ich kann nichts dazu sagen.

Helene Partik-Pablé: Gut. Danke.

Margarete Löscher: Bitte.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Gnädige Frau! Ich interessiere mich eigentlich nur dafür, ich möchte nur darüber eine Information haben, ob Sie diesen jungen Mann, der angeblich in der Reihe des Herrn Worm geses-

sen ist, gesehen haben? Sie meinen, der Herr Worm sei mit einer Dame gesessen.

Margarete Löscher: Neben dem Herrn Worm ist eine Dame gesessen, zumindest so lange, wie wir eingestiegen sind, und am Anfang des Fluges. Denn diese Dame — das weiß ich genau — ist ein paarmal aufgestanden. Und das sieht man ja, ob das eine Frau oder ein Mann ist, nicht wahr?

Ermacora: Und am Ende des Fluges, wie dieses Gespräch . . .

Margarete Löscher: Das habe ich nicht mehr beachtet. Das weiß ich nicht.

Ermacora: Ihnen ist nicht ein junger Herr aufgefallen, der . . .

Margarete Löscher: Nein, dazu kann ich überhaupt nichts sagen.

Ermacora: Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Danke, keine Fragen.

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff.

Graff: Ich habe nur eine Frage, gnädige Frau, und zwar jetzt überhaupt nicht über den Flug und überhaupt nicht über das Gespräch Demel — Proksch, sondern über die Gespräche, die Sie und der Herr Gemahl mit dem Dr. Demel geführt haben. Haben Sie ihn eigentlich je gefragt, ob er weiß, wo der Udo Proksch ist, und hat er es Ihnen gesagt?

Margarete Löscher: Ich habe nie gefragt den Herrn Dr. Demel, wo der Udo Proksch ist, das habe ich nie gefragt.

Graff: Oder ob er weiß, wo er ist?

Margarete Löscher: Nein, das habe ich auch nie gefragt.

Graff: Oder hat er Ihnen von sich aus gesagt: Ich habe keine Ahnung, und die wollen es alle von mir wissen oder der Worm will es von mir wissen?

Margarete Löscher: Also ich habe das nicht gefragt, aber Herr Dr. Demel hat das schon erwähnt, daß alle wissen wollen, wo der Udo Proksch ist, aber er weiß es nicht.

Graff: Er weiß es nicht. Danke.

Margarete Löscher: Bitte.

Obmann Steiner: Danke, da sind keine Fragen mehr, dann danke ich der Frau Zeugin. Danke. (16.54 Uhr)

Der Herr Gernot Rumpold wäre hier, er ist nur am Weg herunter vom FPÖ-Club hierher. Machen wir eine kurze Pause.

Ich werde die Zwischenzeit benützen. Ich habe von der Bundesländer-Versicherung einige Unterlagen bekommen, ich habe sie verteilen lassen. Die sind zwar schon gestern gekommen, es haben aber die Beilagen irrtümlicherweise gefehlt, die habe ich nachbestellt, die liegen bei.

(Der Ausschuß unterbricht die Beratungen für drei Minuten.)

Obmann Steiner: Ich nehme die Beratungen wieder auf.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Gernot Rumpold
im Sinne des § 271 StPO**

(16.57 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Rumpold! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen.

Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.

Nach § 153 der Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteiles mit sich brächte.

Ihr Name, bitte.

Rumpold: Gernot Rumpold.

Obmann Steiner: Ihr Geburtsdatum, bitte.

Rumpold: 11. 9. 1957.

Obmann Steiner: Ihr Beruf?

Rumpold: Angestellter.

Obmann Steiner: Bitte als erster käme die Frau Dr. Partik-Pablé in Frage.

Wohnort haben Sie angegeben, oder?

Rumpold: Villach.

Obmann Steiner: Adresse bitte?

Rumpold: Tschinowitscherweg 52.

Obmann Steiner: Gut. — Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Bitte, gleich weiter.

Obmann Steiner: Bitte, gleich weiter. Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Rumpold! Die Frau Dr. Partik-Pablé hat heute einen ganzen Satz von Kalenderformularen, Kalenderblättern übereinander — Sie kennen es ja — vorgelegt, beginnend mit 1. März 1987 bis Ende des Jahres 1987, und wir haben in dem Zusammenhang von Dr. Haider . . . Sie dürfen ja über dieses Thema aussagen, auch von Herrn Dr. Haider aus?

Rumpold: Ja.

Graff: . . . von Dr. Haider gehört, daß irgendwann in den ersten Monaten des Jahres 1987 der Computer abgestürzt oder Anlaufschwierigkeiten gehabt habe. Meine Frage ist die: Gibt es diese handschriftlichen Kalenderaufzeichnungen, die es so geschlossen ab März gibt, nicht für die Zeit vorher?

Rumpold: Die gibt es bis zum Nationalratswahlkampftermin.

Graff: Und dann nicht mehr?

Rumpold: Nein, dann nicht mehr.

Graff: Bis März.

Rumpold: Bis März.

Graff: Da fängt es schlagartig wieder an. Und wie haben Sie jetzt in dieser Zwischenzeit die Termine des Herrn Dr. Haider bewältigt?

Rumpold: Auf Computer.

Graff: Was war das für ein Computer?

Rumpold: Das ist ein Laptop von der Firma Wang und ist ein transportabler . . .

Graff: Ein kleiner, Portable.

Rumpold: Ein Portable, ja.

Graff: Also so einer im Aktenaschenformat.

Rumpold: Schreibmaschinenformat.

Graff: Ja, und da hat es nur den Computer gegeben und keine handschriftliche Grundaufzeichnung?

Rumpold: Ich habe zwei Terminbücher, den Computer und ein normales Terminbuch, wo ich die normalen handschriftlichen Vermerke mache, aber diese habe ich immer nach einem Monat dann weggeworfen, weil der Computer sowieso eine Evidenzhaltung hat.

- Graff:** *Ist das Terminbuch ein Kalender?*
- Rumpold:** Bitte?
- Graff:** *Ist das Terminbuch ein Kalender?*
- Rumpold:** Das ist ein normaler Time-system.
- Graff:** *Bitte?*
- Rumpold:** Ein Time-system.
- Graff:** *Time-system. Und das gibt es nur monatsweise?*
- Rumpold:** Ja.
- Graff:** *Und das schmeißen Sie am Ende des Monats jeweils weg?*
- Rumpold:** Weil ich es nicht mehr gebraucht hatte.
- Graff:** *Weil Sie es nicht mehr gebraucht haben. Und das ist bis Ende Februar verwendet worden?*
- Rumpold:** Bis dieser Defekt auftrat, und dann habe ich mich wieder abgesichert, indem ich das andere auch aufbewahre.
- Graff:** *Ich verstehe das nicht. Der Computer ist gekommen mit der Nationalratswahl oder Parteiwahl, das habe ich jetzt nicht ganz . . .*
- Rumpold:** Kurz einen Monat nach dem Parteitag, glaube ich, habe ich das Gerät bekommen.
- Graff:** *Und vorher war was?*
- Rumpold:** Vorher war normaler Terminplan.
- Graff:** *Ein normaler Terminkalender auch?*
- Rumpold:** Ja.
- Graff:** *Und da haben Sie einen Kalender gehabt. Das Jahr davor war dann 1986, gibt es diesen Kalender noch?*
- Rumpold:** Den gibt es noch.
- Graff:** *Also bis Ende 1986 haben Sie einen Kalender?*
- Rumpold:** Nicht bis Ende 1986, sondern bis zur Nationalratswahl.
- Graff:** *Ja, aber ein Kalender hört ja nicht im November auf.*
- Rumpold:** Ja, aber eben dann habe ich dieses System des Computers benützt.
- Graff:** *Haben Sie das nicht mehr geführt?*
- Rumpold:** Da habe ich es nicht mehr geführt.
- Graff:** *Es gibt aber einen Kalender, wo Eintragungen sind bis zur Nationalratswahl und dann nicht mehr?*
- Rumpold:** Jawohl.
- Graff:** *Den haben Sie noch?*
- Rumpold:** Den habe ich noch.
- Graff:** *Den haben Sie noch, und von da an haben Sie alles direkt in den Computer getippt, und sonst hat es keine handschriftliche Aufzeichnungen gegeben?*
- Rumpold:** Doch, aber die habe ich weggeworfen nach einem Monat.
- Graff:** *Auch diese monatlichen und die haben Sie dann jeweils weggeworfen. Und warum dann auf einmal ab 1. März geschlossen wieder handschriftlich und aufgehoben, obwohl dann der Computer ja funktioniert hat?*
- Rumpold:** Ja, um mich rückzuversichern, sollte er noch einmal abstürzen, daß ich dann meine Aufzeichnungen doch noch habe.
- Graff:** *Und wann ist der Computer „abgestürzt“?*
- Rumpold:** Ende Februar 1987.
- Graff:** *Und da war alles weg, was bisher drinnen war?*
- Rumpold:** Komplett.
- Graff:** *Komplett weg, sodaß Sie also keine Möglichkeit haben, positiv festzustellen, ob es einen Termin Haider — Proksch gegeben hat in der gesamten Zeitspanne von nach dem Parteitag bis Ende Februar?*
- Rumpold:** Jawohl.
- Graff:** *Wieso hat es dann so Annäherungsaussagen gegeben? Zunächst einmal war die totale Bestreitung mit — wie hat es geheißen? — „absoluter Unsinn“. Stammt das von Ihnen?*
- Helene Partik-Pablé:** *Vorhalt, bitte!*
- Obmann Steiner:** *Bitte.*
- Helene Partik-Pablé:** *Einen richtigen Vorhalt machen, die Presseaussendungen, die Sie vorhalten, da möchte ich schon bitten, daß Sie sie richtig vorhalten.*
- Graff:** *Ja, gerne. Das ist mir nicht eingefallen . . . „Absoluter Unsinn“ — ich glaube, das ist nicht strittig, oder?*

Helene Partik-Pablé: Lesen Sie das Ganze vor!

Graff: Nein, ich frage ihn ja nicht das Ganze. Wenn ich das Ganze frage, komme ich schon hin. Ich frage jetzt, ob der Ausdruck „absoluter Unsinn“ von Ihnen stammt.

Rumpold: Jawohl.

Graff: Waren Sie dazu nur ganz generell autorisiert von Dr. Haider, oder haben Sie diesen Begriff abgecheckt?

Rumpold: Generell autorisiert.

Graff: Allgemein?

Rumpold: Allgemein.

Graff: Und es ist schon so, daß Sie solche Äußerungen, die doch recht — wie soll ich sagen? — treffend oder schwerwiegend oder was immer sind und die ja letztlich, bitte, einem Politiker dann ja mitunter auch sehr nachhängen können, daß Sie die einfach so aus dem Handgelenk unter Anführungszeichen namens Ihres Chefs über einen Pressedienst ausgeben dürfen?

Rumpold: Ja.

Graff: Also man kann gar nicht sicher sein, ob die schärfsten Formulierungen, die man vom Haider in der Zeitung liest, überhaupt von ihm sind. Sehe ich das richtig?

Rumpold: Dazu möchte ich keine Aussage tätigen.

Graff: Nach dem, was Sie bisher gesagt haben zu diesem „absoluten Unsinn“, nämlich zu dieser Aussendung, übergetitelt „absoluter Unsinn“, muß man das doch annehmen.

Rumpold: Ich wollte dazu keine Aussage machen.

Graff: Gut. Haben Sie den Herrn Dr. Haider persönlich, als diese erste Meldung gekommen ist: Demel behauptet Treffen Haider — Proksch, woraufhin dann diese Aussage „absoluter Unsinn“ über den Pressedienst verbreitet worden ist, haben Sie da mit dem Dr. Haider in irgendeiner Form, wenn auch nur kurz, Rücksprache genommen?

Rumpold: Nein.

Graff: Sie selbst haben das aus eigenem gemacht?

Rumpold: Ja.

Graff: Und wieso war Ihnen gegenwärtig oder sind Sie daraufgekommen, daß es im Jahr 1986 nach dieser Darstellung oder nach der späteren Er-

läuterung ein Treffen gegeben haben soll, 1987 aber nicht?

Rumpold: Die Frage habe ich jetzt nicht verstanden.

Graff: Es ist diese Aussendung, als sich dann herausgestellt hat, das es Zeuginnen gibt und so weiter, ja dann in späteren Äußerungen modifiziert worden in der Richtung, das Treffen habe es gegeben, aber 1986 und nicht 1987, daher bleibe es auch dabei, daß die Behauptung ein absoluter Unsinn war, 1987 sei das Treffen gewesen.

Rumpold: Frühsommer — Herbst.

Graff: Frühsommer — Herbst. — Frühsommer — Herbst? Was? Welches Jahr?

Rumpold: Die Aussage von Demel „Frühsommer — Herbst“ ist absoluter Unsinn.

Graff: 1987. Ist absoluter Unsinn. Gut. Sie haben aber gesagt, oder der Dr. Haider hat dann gesagt in der späteren Phase, 1986 ist möglich. Nicht? — Ja. Und das stammt in Wirklichkeit von Ihnen und nicht vom Dr. Haider?

Rumpold: Das stammt vom Dr. Haider. Das hat er in einer Pressekonferenz am nächsten Tag selbst gesagt.

Graff: Aha, also Sie waren nur in der Phase „absoluter Unsinn“, und als dann die Konzession gekommen ist, 1986 ist möglich, war das der Dr. Haider selbst? — Ja. Und wie ist Dr. Haider zu dem Bewußtsein gekommen, daß das 1986 möglich war, wenn es für den interessanten Zeitraum 1986 überhaupt keine Aufzeichnungen mehr gibt?

Rumpold: Weil ich es mir eingebildet hatte.

Graff: Sie haben sich das eingebildet?

Rumpold: Daß es im Jahr 1986 stattgefunden hat.

Graff: Aber Sie haben sich an ein Treffen erinnert und waren nicht sicher, wann es war, und haben sich eingebildet, wie Sie sagen, es war 1986?

Rumpold: Ja.

Graff: Nach Ihrem heutigen Wissensstand kann es aber auch am 11. Februar 1987 gewesen sein? Habe ich das richtig verstanden?

Rumpold: Selbstverständlich.

Graff: Danke. Ich habe keine Frage mehr.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Ich würde gerne mit Ihnen diesen 7. Februar einmal durchgehen. Wie haben Sie von der Aussage des Dr. Demel erfahren?

Rumpold: Über einen Autotelefonanruf am Fachtagstag von unserer Bundespressereferentin, die mir dies mitteilte.

Pilz: Und Sie wissen nicht, woher es die erfahren hat? — Und als Sie diese Aussendung gemacht haben, haben Sie da schon gewußt, daß es zwei Zeugen gibt für die beiden Treffen mit Dr. Haider?

Rumpold: Da kann ich mich momentan nicht erinnern, ob ich das gewußt habe oder nicht zu diesem Zeitpunkt.

Pilz: Es würde sich auch zeitlich nicht ausgehen. Sie können es rein vom zeitlichen Ablauf her nicht gewußt haben.

Sie haben dann diese Presseaussendung gemacht, und wann haben Sie dann erfahren, daß es zwei Zeuginnen gibt?

Rumpold: Das kann ich nicht mehr so genau verifizieren, aber ich glaube, am Abend.

Pilz: Und wann haben Sie das Ganze das erste mal mit dem Dr. Haider durchbesprochen?

Rumpold: Ebenfalls am Abend, glaube ich.

Pilz: Können Sie dieses Gespräch schildern?

Rumpold: Ich informierte ihn nur, daß Demel ausgesagt hat, daß er im Herbst oder im Frühsommer 1987 sich mit Udo Proksch getroffen hätte, und ich dies als absoluten Unsinn dementierte.

Pilz: Und zu der Zeit haben Sie ja schon gewußt, daß das mit dieser „absoluten Unsinn“-Aussendung nicht funktioniert, daß die in dieser Form nicht haltbar ist.

Rumpold: Die ist absolut haltbar, weil es nicht stimmt.

Pilz: Die ist absolut haltbar? — Sie haben aber dann zugeben müssen . . . Wann haben Sie das mit Dr. Haider durchbesprochen, daß man jetzt doch zugeben muß, daß ein Treffen mit Proksch stattgefunden hat?

Rumpold: Man mußte nichts zugeben, man mußte nur richtigstellen.

Pilz: Man mußte nur richtigstellen. Sie haben es dann am nächsten Tag offensichtlich „falschgestellt“ mit dieser Aussage: eine Woche nach dem Innsbrucker FPÖ-Bundesparteitag. Sagen Sie: Wie konnten Sie das mit derartiger Sicherheit behaupten?

Rumpold: Ich habe mir das wirklich nur eingebildet.

Pilz: Und auf eine Einbildung von Ihnen hin hat dann der Dr. Haider steif und fest behauptet, daß es so war?

Rumpold: Ich habe gesagt, ungefähr dann muß es gewesen sein, was ich mich erinnern kann, und er hat das behauptet, ja.

Pilz: Ich möchte jetzt nur wissen, ob das üblich ist. Kommen in dieser Art und Weise Aussagen von Dr. Haider, doch sehr weitgehende und sehr präzise Aussagen, zustande, einmal, daß er überhaupt nichts davon weiß, aber offensichtlich eine andere Person in seinem Namen spricht, und das andere Mal, daß so auf Vermutungen hin, die sich später als falsch herausstellen, feste und klare Wahrheiten in einer Pressekonferenz mit genauen Terminisierungen verkündet werden? Entspricht das so Ihrer Arbeitsweise?

Rumpold: Dr. Haider führt selbst keinen Terminkalender, daher hat er sich bei mir rückversichert, und ich habe ihm eine falsche Auskunft gegeben.

Pilz: Entspricht diese wirklich teilweise schlampige Arbeitsweise, teilweise das völlig ohne Haider im Namen von Haider Sprechen, ist das üblich bei Ihnen oder war das eine Ausnahmesituation?

Rumpold: Was ist da schlampig?

Pilz: Was da schlampig ist? Wenn man dem Bundesparteiobmann eine falsche Auskunft gibt, sich so ungefähr erinnert, dann sagt, das war so, der plappert das in der Pressekonferenz nach, und dann hat die Partei die Bescherung, das ist nicht schlampig?

Rumpold: Ich habe das nicht für so wichtig erachtet, dieses Treffen mit Proksch.

Pilz: Sie haben das nicht für so wichtig erachtet. — Gut. Ich habe Sie nur gefragt: Ist das üblich, in dieser Art und Weise erstens den Dr. Haider zu spielen und zweitens dann dem Dr. Haider falsche Informationen zu geben? Ist das üblich?

Rumpold: Was wollen Sie jetzt von mir hören?

Pilz: Ob das so üblich ist oder ob es eine außergewöhnliche Situation war.

Rumpold: Was soll üblich sein?

Pilz: Soll ich es Ihnen noch einmal wiederholen? (Rumpold: Bitte.) Sie sind aber schon . . . also ein bißchen zuzuhören.

Obmann Steiner: Bitte, was war das?

Helene Partik-Pablé: Bitte, das soll . . . jetzt wiederholt werden.

Obmann Steiner: Was war das, bitte?

Pilz: Probieren wir es noch einmal. Ist es üblich, daß Sie im Namen des Parteiobmannes . . . (*Helene Partik-Pablé:* Diese Untergriffe sollen da unterbleiben, Herr Vorsitzender!)

Obmann Steiner: Bitte, Herr Dr. Pilz, wenn Sie das noch einmal wiederholen, was Sie vorhin gesagt haben, ich habe es nicht genau verstanden.

Pilz: Ich bin gerade dabei.

Helene Partik-Pablé: Außerdem: Es ist ja nicht die Frage, was üblich ist, was im konkreten Fall geschehen ist.

Obmann Steiner: Ich meine, was Sie da für eine Bemerkung gemacht haben . . .

Pilz: Schauen Sie, Herr Vorsitzender, mir geht es darum, herauszubekommen, ob das eine außergewöhnliche . . .

Obmann Steiner: Ich weiß schon, was Sie wollen, aber Sie haben irgendeine Bemerkung zum Zeugen gemacht, die ich nicht genau gehört habe.

Rumpold: Er hat mir nur seinen Geisteszustand mitgeteilt, der Herr Pilz.

Obmann Steiner: Bitte, was war das? Noch einmal, bitte, Herr Dr. Pilz, würden Sie mir das sagen. Irgendwie haben Sie eine Bemerkung zum Zeugen gemacht über seine, was weiß ich, Auffassungsgabe oder was.

Pilz: Erinnerungsvermögen.

Helene Partik-Pablé: Ein ganz schöner Untergriff.

Pilz: Was Sie darunter verstehen.

Helene Partik-Pablé: Das, was Sie gemeint haben. (*Schieder:* War nicht fair!)

Pilz: Noch einmal: Ich möchte einfach herauskriegen, ob diese Situation jetzt außergewöhnlich war oder nicht. Ist es üblich, daß Sie, ohne mit Ihrem Parteiobmann Rücksprache zu halten, in seinem Namen Erklärungen abgeben?

Rumpold: Ich verstehe Ihre Frage nicht, Herr Dr. Pilz.

Pilz: Sie verstehen Sie nicht. (*Rumpold:* Nein!) Soll ich sie Ihnen aufschreiben?

Rumpold: Bitte. Auf eine Tafel.

Pilz: Brauchen Sie den Parteiobmann dazu, daß Sie die Frage verstehen? Dürfen Sie diese Frage verstehen?

Obmann Steiner: Herr Zeuge, ich muß schon sagen, es war wirklich eine klare Frage, und bitte darauf eine . . .

Rumpold: Er wollte wissen, ob es üblich ist, daß ich Presseaussendungen mit Generalvollmacht absegne. Ja.

Pilz: Es ist also üblich, daß Sie, ohne den Parteiobmann (*Rumpold:* Ja!) zu fragen, in seinem Namen doch in diesem Fall recht weitreichende Erklärungen abgeben? — Na, schauen Sie, haben wir es eh geschafft.

Helene Partik-Pablé: Er hat gesagt, er hat den Terminkalender geführt.

Rumpold: Es hat mich der Herr Dr. Graff schon dasselbe gefragt.

Pilz: Es geht jetzt überhaupt nicht um den Terminkalender.

Jetzt zu diesem konkreten Treffen, das jetzt offensichtlich am 11. Februar stattgefunden hat, mit Udo Proksch. Können Sie dieses Treffen schildern? (*Graff:* Sie müssen sagen, welches von den dreien!) Das ist natürlich das Problem, man hätte dann noch genauer nachfragen müssen. Unserer Vermutung nach oder der Vermutung einiger der Anwesenden nach könnte es sich um das erste Treffen möglicherweise am 11. Februar handeln, aber vielleicht war es auch ein anderes.

Wann haben Sie gemeinsam mit Dr. Haider den Herrn Udo Proksch getroffen?

Rumpold: Das weiß ich nicht mehr, und wenn Sie sagen, daß es am 11. Februar war, und das bewiesen ist, dann war es am 11. Februar.

Pilz: Können Sie dieses Treffen schildern?

Rumpold: Was wollen Sie davon wissen?

Pilz: Daß Sie einfach schildern, wie ist es zu dem Treffen gekommen, wer hat zu dem Treffen eingeladen, was war der Grund dieses Treffens, was ist besprochen worden.

Rumpold: Fragen Sie mich konkret, dann kann ich Ihnen konkret antworten.

Obmann Steiner: Bitte.

Ermacor (zur Geschäftsordnung): Ich möchte feststellen, daß auch nach der Strafprozeßordnung der Zeuge durchaus aufgefordert werden kann, eine geschlossene Darstellung über den befragten Gegenstand abzugeben.

Obmann Steiner: Ja, das ist zweifellos der Fall, und daher möchte ich Sie schon auffordern, daß Sie auf solche Fragen antworten. Also, bitte.

Rumpold: Gut. Herr Proksch hat mich, wann genau, weiß ich nicht mehr, telefonisch kontaktiert und ein Treffen arrangieren wollen mit Dr. Haider. Nach Rücksprache mit dem Bundesparteiobmann und dessen Einwilligung und nach mehrmaligen Telefonaten, weil der Termin nicht so einfach zustande gekommen ist, haben wir dann dieses Treffen fixiert. Wir haben dieses Treffen fixiert im Demel, Treffpunkt im Café, sind dann dort hingegangen, besser gesagt, wir haben unten gewartet, der Herr Proksch ist dann nach zirka fünf Minuten gekommen, er hat uns durch die unteren Räumlichkeiten geführt und uns gezeigt die Bäckerei und sonstige Nebenräume und hat uns dann über eine Stiege, was ich mich erinnern kann, nach oben geführt, wo wir dann zirka eine Stunde gesessen sind.

Pilz: Wer war bei diesem Treffen aller anwesend?

Rumpold: Der Herr Proksch, der Herr Dr. Haider und ich.

Pilz: Und wer hat da serviert?

Rumpold: Eine ältere Dame, was ich in Erinnerung habe.

Pilz: Was war das Thema dieser Besprechung?

Rumpold: So genau kann ich mich da nicht mehr erinnern, denn es war ziemlich belanglos, sonst könnte ich mich an Details erinnern.

Pilz: Womit ist überhaupt diese Einladung zu dem Treffen begründet worden?

Rumpold: Was mir in Erinnerung geblieben ist, haben wir im Nationalratswahlkampf den Vater von Udo Proksch in Salzburg getroffen im Zuge von Veranstaltungen, und dieser hat bei Dr. Haider interveniert, doch einmal mit seinem Sohn zu sprechen, und Dr. Haider sagte darauf, wenn er uns anruft, dann können wir dieses Treffen selbstverständlich in Wien arrangieren. Und das wird der Grund dieses Treffens gewesen sein.

Pilz: Am 8. 2. dieses Jahres hat der Vater von Udo Proksch, ist über ihn in der „Zeit im Bild 1“ folgendes berichtet worden — ich zitiere jetzt —: Der Vater von Proksch sagte uns telefonisch, er habe Haider nie gebeten, sich mit seinem Sohn zu treffen. Was halten Sie davon?

Rumpold: Dann kann sich der Herr nicht mehr erinnern.

Pilz: Der kann sich nicht mehr erinnern. Haben Sie noch irgendwelche Erinnerungen sonst an das

Gespräch, daß es da um den Lohrmann gegangen ist oder sonst irgend etwas?

Rumpold: Ja, das hat mich gewundert, daß es um Steger und Lohrmann gegangen ist, daß er sich für sie eingesetzt hat, und daß er sehr über seine Rückenschmerzen geklagt hat, das weiß ich auch noch.

Pilz: In welchem Stockwerk des Hauses hat denn dieses Gespräch stattgefunden?

Rumpold: Das weiß ich nicht mehr.

Pilz: Sie können sich nämlich sonst an etliches sehr genau erinnern: fünf Minuten warten, dann genau, wo Sie durchgegangen sind, Stiegenhaus. Stockwerk wissen Sie nicht mehr?

Rumpold: Weiß ich wirklich nicht mehr.

Pilz: Können Sie mit Sicherheit ausschließen, daß es noch sonstige Treffen zwischen Dr. Haider und Udo Proksch gegeben hat?

Rumpold: Mit absoluter. (Graff: So absolut wie das erste?) Frühsommer — Herbst ist ausgeschlossen worden.

Pilz: Wodurch sind Sie in der Lage, das vollkommen auszuschließen? Sind Sie über jedes Treffen von Dr. Haider informiert?

Rumpold: Ja.

Pilz: Auch jedes Treffen, das außerhalb des normalen Terminkalenders stattfindet?

Rumpold: Was heißt das, außerhalb der 24 Stunden, oder? (Helene Partik-Pablé: Der arbeitet soviel, das können Sie sich nicht vorstellen!)

Pilz: Ich kann mir zum Beispiel vorstellen, daß der Dr. Haider ein anderes Treffen mit dem Herrn Proksch nicht unbedingt in seinen Kalender reinschreibt, in einer Situation, wo es sogar bei Ihnen technisch möglich ist, eine Dokumentation aufrechtzuerhalten.

Rumpold: Ich mache seine Termine, und daher weiß ich darüber Bescheid.

Pilz: Das heißt, Sie können mit Sicherheit sagen, daß diese jetzt schon zumindest zweifach bezeugten Gespräche nicht stattgefunden haben?

Rumpold: Welche?

Pilz: Im Frühsommer 1987 und im Herbst 1987.

Rumpold: Die haben nicht stattgefunden.

Pilz: Gut. Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Rumpold, können Sie Ihre Aufgabenstellung in der Freiheitlichen Partei umschreiben?

Rumpold: Ich organisiere das Umfeld des Bundesparteiobmannes.

Rieder: Kann man das so umschreiben, daß Sie der persönliche Sekretär des Bundesparteiobmannes sind?

Rumpold: Ja.

Rieder: Seit wann sind Sie denn das?

Rumpold: Seitdem er Bundesparteiobmann ist.

Rieder: Können Sie uns ein Datum sagen?

Rumpold: Seit 14. September 1986.

Rieder: Sie sind Angestellter?

Rumpold: Ja.

Rieder: Wessen?

Rumpold: Der Freiheitlichen Partei Österreichs.

Rieder: Ab wann?

Rumpold: Ab 1. 2. 1987.

Rieder: 1. 2. 1987. Und was waren Sie vorher?

Rumpold: Angestellter der Freiheitlichen Partei Landesgruppe Kärnten. (Zwischenruf.) Leider nein!

Rieder: Sagen Sie: Führen Sie einen persönlichen Kalender?

Rumpold: Was meinen Sie unter „persönlichen Kalender“?

Rieder: Na, über Ihre Termine.

Rumpold: Über meine eigenen Termine oder über die Termine . . .

Rieder: Ihre eigenen Termine.

Rumpold: Führe ich keinen, nein.

Rieder: Sie sind einer der seltenen Menschen, die keinen eigenen Kalender haben, in der Politik.

Rumpold: Ich bin nicht in der Politik. Ich bin Mitarbeiter eines Politikers.

Rieder: Also Sie haben keinen eigenen Kalender?

Rumpold: Nein.

Rieder: Und Sie führen auch keine persönlichen Aufzeichnungen über die Termine, an die Sie auch denken müssen, weil sie zu gemeinsamen Terminen mit anderen werden, wie Ihrem Bundesparteiobmann?

Rumpold: Die trage ich neben die Termine des Bundesparteiobmannes ein.

Rieder: Und andere Termine als die des Bundesparteiobmannes haben Sie nicht?

Rumpold: Habe ich nicht.

Rieder: Also wenn Sie in seinem Auftrag irgendwo in der Partei tätig sind, wie halten Sie diesen Termin fest?

Rumpold: Na, das habe ich ja schon früher gesagt, die schreibe ich neben die Termine des Bundesparteiobmannes. Das Buch ist groß genug und der Computer auch.

Rieder: Wenn Sie zum Beispiel . . . Wenn wir heute wissen wollen, wo Sie heute waren, könnten Sie uns das sicher aufgrund einer Aufzeichnung sagen?

Rumpold: Jedenfalls nicht beim Udo Proksch.

Obmann Steiner: Bitte, Herr Zeuge, Sie sind das jetzt konkret gefragt worden, bitte geben Sie eine konkrete Antwort.

Rumpold: Teils private Termine, teils Termine mit Persönlichkeiten, die mir Informationen gegeben haben, die relevant für den Wahlkampf in Kärnten, Tirol und Salzburg sind.

Rieder: Nein, ich wollte das gar nicht wissen konkret, sondern ich wollte nur wissen: Wenn wir das wissen wollen, könnten Sie uns jederzeit einen Computerausdruck vorlegen, wo das draufsteht?

Rumpold: Selbstverständlich.

Rieder: Und den haben Sie bei sich?

Rumpold: Habe ich nicht bei mir.

Rieder: Haben Sie nicht bei sich. (Rumpold: Nein.) Sie haben also erwähnt, daß diese andere Form der Aufzeichnung, nämlich nicht auf Computer, bis zur Nationalratswahl war. (Rumpold: Ja.) Also Sie haben, an das Ereignis des Wahlauszuges geknüpft, begonnen mit einem neuen Kalendersystem?

Rumpold: Ich hatte das Kalendersystem, das Time-System und den Computer. Aber nach dem Nationalratswahlkampf habe ich das ursprüngliche Kalendersystem beiseitegeschoben und habe nur mehr den Computer verwendet mit Nebenbeiaufzeichnungen, wo ich meine täglichen Eintragungen machte, und dann am Ende des Monats diese Zettel weggeworfen. Die Daten blieben nur mehr im Computer erhalten.

Rieder: Also bis dahin, bis zum Funktionieren des Computers, konnten Sie, wenn irgendwann einmal Zweifel entstanden wären, in einer relativ kurzen Zeit, wo der Bundesparteiobmann war, dafür überhaupt keinen Beleg bieten? Das wollen Sie uns erzählen?

Rumpold: Das verstehe ich jetzt nicht ganz, wie Sie das meinen.

Rieder: Na ja, es kann sich doch in einer relativ kurzen Zeit die Frage stellen, ob zu einem bestimmten Zeitpunkt der Bundesparteiobmann an einer Veranstaltung oder so wo teilgenommen hat. Nach Ihrem, was Sie uns da erzählen, System des Zettelwegwerfens wären Sie in einem relativ kurzen Zeitraum nicht in der Lage gewesen, den Nachweis zu erbringen. Also ich kenne keinen Politiker, der sich auf dieses Risiko einläßt.

Rumpold: Ich habe das früher schon gesagt: Ich habe diese Zettel einen Monat in Evidenz gehalten und dann weggeworfen.

Rieder: Ja, das sagen Sie, aber ich kenne niemanden in der Politik, der es sich leisten kann, seinen Kalender einen Monat später wegzuschmeißen.

Rumpold: Warum? Sie kennen ja uns.

Rieder: Bitte?

Rumpold: Sie kennen ja uns.

Rieder: Ich kenne Ihre Erklärung. Aber ich kenne niemanden sonst, der dieses System beibehält, daß er nach einem Monat nicht in der Lage ist, zu wissen, wo er zu einem bestimmten Zeitpunkt war. Das ist nämlich das Ergebnis Ihrer Behauptung, die völlig unglaubwürdig ist, daß jemand in einer Spitzenfunktion in der Politik einen Monat später nicht mehr beweisen kann, ob er zu einem bestimmten Zeitpunkt dort oder dort war. Das wollen Sie uns da glauben machen?

Rumpold: Ihre Aussage ist unrichtig, weil . . .

Rieder: Ich habe keine Aussage hier zu machen, ich stelle an Sie eine Frage.

Rumpold: Ja. Jederzeit kann ich das beweisen, indem ich in meinen Computer hineinschaue, und den habe ich normalerweise immer mit.

Rieder: Ja, aber entschuldigen Sie, Sie haben ja den Computer erst eingesetzt zu einem bestimmten Zeitpunkt. Und was war vorher?

Rumpold: Nein, den habe ich immer mitlaufen lassen, ungefähr ein Monat nach dem Bundespartei-tag. Das habe ich ja früher beim Dr. Graff schon beantwortet.

Rieder: Ja. Ab wann gab es den Computer?

Rumpold: Ab Oktober 1986.

Rieder: So, und jetzt frage ich Sie: Was war vorher?

Rumpold: Ein normales Time-System.

Rieder: Das Sie nicht weggeworfen haben.

Rumpold: Das ich nicht weggeworfen habe.

Rieder: Nicht weggeworfen haben. Dann ist die Frage, die sich mir stellt, warum — vielleicht noch eine Vorfrage: Dieses Thema: Hat es jetzt ein solches Treffen gegeben? Sie haben es ja persönlich ausgeschlossen. Dann hat man sich doch erinnert, daß es irgendwann ein solches Treffen gegeben hat. Wann hat denn diese Erinnerung eingesetzt, daß es doch ein Treffen gegeben hat?

Rumpold: Ich habe das nie ausgeschlossen, sondern den Zeitpunkt, der genannt wurde, den habe ich ausgeschlossen.

Rieder: Na ja, da halte ich Ihnen Ihre erste Aussendung vor. Da heißt es nämlich: „. . . denn weder sei er dort gewesen noch habe er Kontakte mit Proksch gehabt.“ Da ist überhaupt keine zeitliche Eingrenzung da.

Rumpold: In diesem Zeitraum.

Rieder: Und ich kann mich erinnern, daß Ihr Parteiobmann heute als Zeuge ausgesagt hat, daß diese Aussage zu einer umfassenden Darstellung, nach seiner Meinung mißverstanden, im ORF Anlaß für Sie, glaube ich, war zu einer Korrektur. Ist das richtig?

Rumpold: Nein.

Rieder: Sondern?

Rumpold: Ich glaube, das war die Bundespressereferentin, die angerufen hat.

Rieder: Aber die Bundespressereferentin hat diese Aussendung korrigiert, weil sie den Eindruck einer pauschalen Verneinung geboten hat.

Rumpold: Ja.

Rieder: In diesem Zeitpunkt hat man also bereits gewußt, daß es ein Treffen gegeben hat.

Rumpold: Na, das haben wir immer gewußt.

Rieder: Also man hat immer gewußt, daß es ein Treffen gegeben hat, man war sich aber nicht klar, wann es war. Ist das so richtig?

Rumpold: Nicht im Frühsommer und im Herbst 1987.

Rieder: Na ja, war man sich klar, wann es war?

Rumpold: Ungefähr.

Rieder: Und zwar?

Rumpold: In der Zeit zwischen Oktober 1986 und Februar 1987. (Heiterkeit.)

Rieder: Gut. Jetzt frage ich Sie, wenn man Aufzeichnungen gehabt hat, wie Sie uns jetzt gerade gesagt haben, bis zur Nationalratswahl: Warum hat man dann für diesen Zeitpunkt nicht nachgeschaut?

Rumpold: Ich habe zuerst nicht nachgeschaut, weil ich mir fast sicher war, daß es nach dem Bundesparteitag war. Aber das hat sich eben als Irrtum herausgestellt.

Rieder: Ja. Aber jetzt sage ich Ihnen: Der Bundesparteiohmann hat diese Behauptung, daß es nämlich auch noch vor der Nationalratswahl beim Bundesparteitag der FPÖ im Zusammenhang stehend gewesen sein könnte, aufgestellt noch im „Inlandsreport“ am 9. Februar.

Rumpold: Welche Behauptung?

Rieder: Daß es vor diesem Zeitpunkt der Nationalratswahl gewesen sein könnte, obwohl Sie zu diesem Zeitpunkt jedenfalls die Möglichkeit gehabt hätten, nachzuschauen, ob es in diesem Zeitraum war.

Rumpold: Ja, ich habe aber nicht nachgeschaut.

Rieder: Sie waren gar nicht interessiert, wann das war, oder?

Rumpold: Zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Rieder: Noch nicht interessiert. Wann ist denn der Computer abgestürzt?

Rumpold: Ende Februar 1987.

Rieder: Ende Februar 1987. Was war denn die Ursache dafür?

Rumpold: Manipulation am Programm, weil wir ein eigenes Time-Programm erstellt haben und das laufend verbessert haben, und bei diesen Manipulationen ist er dann abgestürzt einmal.

Rieder: Und was war die Folge? Programmneuaufbau, oder ist das in Reparatur gegeben worden?

Rumpold: Na ja, sicher. Die Daten waren gelöscht, und das Ganze hat wieder neu erstellt werden müssen.

Rieder: Na ist es in Reparatur? Ist irgend etwas repariert worden, oder ich meine . . .

Rumpold: Neu programmiert worden.

Rieder: Programmiert. Also es gibt keine Belege dafür, daß es abgestürzt ist.

Rumpold: Nein.

Rieder: Sonst hätte man es durch Reparaturbelege beweisen können, nicht?

Rumpold: Ich habe mit einem Programmierer gemeinsam dieses Programm entwickelt. Also Sie können den Programmierer vorladen. Der wird Ihnen dasselbe sagen.

Rieder: Der das mit Ihnen wieder neu aufgebaut hat?

Rumpold: Ja.

Rieder: Ja. — Zu dem Treffen, von dem Sie also nicht genau gewußt haben, wann es war. Ist es für Sie nichts Ungewöhnliches gewesen, daß sich Ihr Bundesparteiohmann mit Udo Proksch trifft?

Rumpold: Ich habe dem mehr oder weniger keine Bedeutung zugemessen.

Rieder: Es hat keine Rolle gespielt, daß das jemand ist, der kurz vorher verhaftet war?

Rumpold: Zu diesem Zeitpunkt war er rehabilitiert in der Öffentlichkeit.

Rieder: Na ja, wie meinen Sie das? Konkret? Oder war das Ihre allgemeine Einschätzung?

Rumpold: Allgemeine Einschätzung.

Rieder: Also nicht konkret?

Rumpold: Nicht konkret.

Rieder: Nicht konkret. — Über diesen, wie Sie gemeint haben, belanglosen Inhalt haben Sie keinen Aktenvermerk angelegt?

Rumpold: Nein.

Rieder: Nein. — Und warum können Sie eigentlich ausschließen, daß es kein zweites Treffen oder drittes Treffen des Dr. Haider gegeben hat?

Rumpold: Weil ich den Terminkalender von Dr. Haider führe und ein solches Treffen nachher nicht mehr stattgefunden hat.

Rieder: Das ist der Grund?

Rumpold: Selbstverständlich.

Rieder: Ja. Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Herr Zeuge, wie lange begleiten Sie Herrn Dr. Haider als Sekretär eines Politikers?

Rumpold: Seit dem 1. Oktober 1982.

Ermacora: Also man kann wahrscheinlich sagen, daß Sie durch diese Stellung ein besonderer Vertrauter des Herrn Bundesparteiobmannes sind.

Rumpold: Kann man sagen.

Ermacora: Seine Gewohnheiten kennen und daß er sich offenbar auf Ihre Terminvereinbarungen verlassen kann.

Rumpold: Ja. (Graff: Außer der Computer stürzt ab!)

Ermacora: Ich habe Ihrer Aussage früher entnommen, daß durch die Umstellung vom handgeschriebenen Terminkalender auf den computerisierten Terminkalender und durch den Defekt des letzteren Sie praktisch heute keine Terminaufzeichnungen über die Termine des Herrn Bundesparteiobmannes zwischen Ende November — wenn ich das als das Ende der Wahlzeit ansehen kann — 1986 bis März 1987 haben.

Rumpold: Ja.

Ermacora: Ist Ihnen bekannt, ob Sie sich im Februar 1987 für Herrn Dr. Haider einen Termin mit Herrn Udo Proksch vereinbart haben?

Rumpold: Es kann in diesem Zeitraum möglich sein. Konkret kann ich nichts dazu sagen, weil ich es nicht weiß.

Ermacora: Also Sie halten es für nicht ausgeschlossen, daß Sie in diesem Zeitraum einen Termin vereinbart haben könnten?

Rumpold: Halte ich nicht für ausgeschlossen.

Ermacora: Wenn Sie diesen Termin vereinbart hatten, ist das jener Termin, den Sie auch gemeinsam mit dem Herrn Bundesparteiobmann wahrgenommen haben?

Rumpold: Ja.

Ermacora: Halten Sie es für nicht ausgeschlossen, daß es der 11. Februar gewesen sein kann?

Rumpold: Kann möglich sein.

Ermacora: Legen Sie nach wichtigen Gesprächen, da Sie nun wirklich ein so bedeutender Mitarbeiter des Herrn Bundesparteiobmanns sind, über wichtige Gespräche überhaupt Aktenvermerke an? Oder ist das alles nicht in einem technischen Computer, sondern im Gedächtnis der Herren gespeichert, oder legen Sie Aktenvermerke an?

Rumpold: Nur von wichtigen Gesprächen.

Ermacora: Haben Sie ein Gespräch im Kopfe, das der Herr Bundesparteiobmann gerade in der Phase, in der letzten Phase der Ministerschaft Ofner mit Herrn Bundesminister für Justiz Ofner geführt hat?

Rumpold: Nein.

Ermacora: Sie kennen keinen, Ihnen ist kein Termin bekannt, an dem der Herr Bundesparteiobmann, abgesehen von Couloir-Gesprächen oder Gesprächen in einem Parteisekretariat, ein Gespräch ausdrücklich im Bundesministerium für Justiz mit Dr. Ofner geführt hätte?

Rumpold: Das ist mir nicht in Erinnerung, nein.

Ermacora: Das Gespräch, das möglicherweise im Februar 1987 Ihrer Meinung nach mit Herrn Proksch stattgefunden hat, war das kombiniert mit einem Mittagessen?

Rumpold: Ich glaube, daß wir etwas gegessen haben.

Ermacora: Bei diesem Mittagessen, wer war da anwesend, bitte?

Rumpold: Der Herr Proksch, der Herr Bundesparteiobmann und ich und die Serviererin, die das gebracht hat, das Essen. Aber die war nur zeitweise anwesend, die Dame.

Ermacora: Und während dieses Gespräches hat Herr Dr. Haider mit Herrn Proksch auch über das Anliegen des Vaters Proksch gesprochen?

Rumpold: Das weiß ich nicht mehr.

Ermacora: Was war der Gegenstand des Gesprächs?

Rumpold: Ich habe auch keine Ahnung, weil ich den Sinn des Gesprächs nicht mehr in Erinnerung habe.

Ermacorà: Also es fehlt sowohl der Aktenvermerk, es fehlt der Computer und es fehlt das Gedächtnis in diesem Zusammenhang. — Danke.

Rumpold: Es war so belanglos.

Obmann Steiner: Heute war einmal die Rede vom modernen Management.

Bitte, es kommt jetzt die Frau Dr. Partik-Pablé.

Helene Partik-Pablé: Nur ein paar Fragen.

Offensichtlich glauben die Herren Kollegen, daß jedem Gespräch, das Haider führt, eine so große Bedeutung beigemessen werden muß. Herr Rumpold, wie viele Gespräche führt eigentlich Haider pro Tag?

Rumpold: Zirka 10 bis 15.

Helene Partik-Pablé: Und wann wird ein Aktenvermerk oder eine Information angelegt?

Rumpold: Wenn er es mir ausdrücklich aufträgt.

Helene Partik-Pablé: Ja. Muß dann etwas zu veranlassen sein, wenn zum Beispiel etwas zu veranlassen ist, für die Mitarbeiter oder so, wird dann ein Aktenvermerk angelegt?

Rumpold: Ein Zettel, der dann weggeworfen wird, ja.

Helene Partik-Pablé: Also wenn zum Beispiel jemand um Hilfe ersucht. Jeder Politiker kriegt ja Ersuchen um irgendeine Hilfe.

Rumpold: Interventionen.

Helene Partik-Pablé: Interventionen. Was wird dann gemacht?

Rumpold: Da wird ein Aktenvermerk angelegt und an jenen Mitarbeiter weitergereicht, der diese Intervention dann zu erledigen hat.

Helene Partik-Pablé: War es etwas Außergewöhnliches, als zum Beispiel der Herr Proksch gekommen ist — ich meine jetzt den alten Proksch — und in seiner Sache oder in der Sache seines Sohnes ersucht hat um ein Gespräch? War das etwas Besonderes, oder kommt das oft vor, daß jemand um ein Gespräch ersucht für irgend jemanden oder in einer Sache?

Rumpold: Am Tag zirka 30mal.

Helene Partik-Pablé: Ich weiß nämlich aus meiner eigenen Erfahrung als Politiker, daß mich wildfremde Leute sogar anrufen und ersuchen um Gespräche und um alles andere. Deshalb ist es nicht absolut unüblich. Gut.

Gibt es eigentlich Kopien von diesen Aktenvermerken — ich weiß das selber nicht einmal —, die an die Mitarbeiter gehen?

Rumpold: Ich glaube nicht.

Helene Partik-Pablé: Wenn Sie welche machen. Nehmen wir an, es ersucht jemand um ein Gespräch und es kommt dann zu einem Aktenvermerk und Sie machen irgend etwas.

Rumpold: Ja, da gibt es Kopien. Die werden abgelegt.

Helene Partik-Pablé: Wenn etwas zu veranlassen ist, oder werden auch so über Sachverhalte Kopien gemacht?

Rumpold: Nur, wenn etwas zu veranlassen ist.

Helene Partik-Pablé: Dann meine zweite Frage: Der Herr Kollege Pilz hat es so dargestellt, daß Sie im eigenen Namen, in eigener Machtvollkommenheit Pressedienste für Dr. Haider machen könnten. Ich möchte Sie nun fragen: War das insofern eine Ausnahmesituation, weil es ja um Ihr Fachgebiet gegangen ist, um die Terminkoordinierung und auch hinsichtlich des Wahlkampfes. Können Sie bitte irgendwo das ein bißchen schildern, was jetzt eigentlich für eine Situation herrscht um den Bundesparteiobmann herum im Augenblick?

Rumpold: Das war am Faschingsdienstag mitten in einer Riesen-Faschingsveranstaltung in Gmünd in Kärnten. Der Bundesparteiobmann war mitten in der Menge und nicht erreichbar, und aus diesem Grund und weil ich selbst bei diesem Gespräch anwesend war, konnte ich diese Aussage dementieren des Herrn Demel.

Helene Partik-Pablé: Gut. Ich möchte das nur erläutern. Ich möchte auf die besondere Situation hinweisen, denn es ist offensichtlich nicht bekannt, daß ein Termin den anderen jagt und daß es deshalb nicht absonderlich ist, wenn man den Bundesparteiobmann nicht erreichen kann.

Gut, das waren die Fragen.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Fuhrmann bitte.

Fuhrmann: Sagen Sie, Herr Rumpold: Wie gut kennen Sie eigentlich den Vater des Herrn Proksch?

Rumpold: Überhaupt nicht gut. Eben aus Wahlveranstaltungen und wo er sich mit dem Herrn Bundesparteiobmann kurz unterhalten hat, genauso . . .

Fuhrmann: Wie oft waren Sie denn dabei bei Unterhaltungen?

Rumpold: Es hat nur eine Unterhaltung gegeben und bei dieser war ich zufällig daneben.

Fuhrmann: Ja. Ich habe das, glaube ich, vorhin schon so verstanden, daß Sie gesagt haben, von Wahlveranstaltungen — Veranstaltungen, Mehrzahl —, wo er sich mit dem Bundesparteiobermann unterhalten hat. Und das deckt sich übrigens auch damit, was der Herr Dr. Haider heute vormittag gesagt hat. Der hat auch davon gesprochen, daß der Herr Proksch senior mehrfach mit ihm bei Wahlveranstaltungen gesprochen hätte und daß Sie da immer dabei gewesen seien.

Rumpold: Ja, daneben war ich halt.

Fuhrmann: Nur sagen Sie jetzt, Sie waren nur bei einem Gespräch dabei.

Rumpold: Ich war daneben. Es können auch mehrere gewesen sein. Aber bei Wahlveranstaltungen sind relativ viele Menschen, zumindest bei unseren, und da hört man nicht immer, was der Bundesparteiobermann gerade mit einem spricht.

Fuhrmann: Herr Rumpold, das verstehe ich schon. Nur, Sie haben halt jetzt gerade vorhin gesagt, Sie waren nur bei einer Unterhaltung dabei, und über den Vorhalt, daß der Dr. Haider . . .

Rumpold: . . . die ich mitgehört habe.

Fuhrmann: . . . uns am Vormittag etwas anderes gesagt hat, korrigieren Sie sich jetzt. Kann ich das so zur Kenntnis nehmen, daß Sie doch bei mehr Gesprächen dabei waren?

Rumpold: Daneben war, ja.

Fuhrmann: Gut. Sind Sie mit dem Herrn Proksch senior per Sie oder per du?

Rumpold: Per Sie.

Fuhrmann: Weil der Dr. Haider mit ihm per du ist.

Sagen Sie: Wie Sie dann bei diesem einen Gespräch Haider-Proksch-Rumpold ins Demel gekommen sind, da haben Sie sich zuerst im Demel hingesetzt, haben, glaube ich, einige Minuten auf den Herrn Proksch gewartet, und dann sind Sie in die oberen Stockwerke gegangen. Sie wissen nicht mehr genau, in welchem das war, erster, zweiter, dritter . . .?

Rumpold: Tut mir leid, nein.

Fuhrmann: Wissen Sie nicht, gut. — Sagen Sie: Sind Sie da direkt aus dem Raum der Konditorei, ohne wieder ins Freie hinauszugehen, in dieses eine obere Stockwerk gekommen, wo Sie dann waren?

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: Mußten Sie nicht mehr auf die Straße hinausgehen?

Rumpold: Nein.

Fuhrmann: Gut. — Sagen Sie: Ist Ihnen da irgend etwas aufgefallen, als Sie da hinaufgegangen sind? War das ein normaler Weg, war das ein normales Stiegenhaus?

Rumpold: Es war ein normales Stiegenhaus, und wenn ich das richtig in Erinnerung habe, war auch eine ganze Schar von Fotografen und Models dort gerade zu Fototerminen oder irgend so etwas.

Fuhrmann: Sind Sie da nicht durch oder neben einer Küche oder einer Bäckerei vorbeigegangen oder durchgegangen?

Rumpold: Das weiß ich nicht mehr.

Fuhrmann: Das wissen Sie nicht. Gut.

Sagen Sie: Sie sind am 7. Februar über Autotelefon informiert worden über diese, an diesem 7. Februar zur Sprache gekommen . . .

Rumpold: 1989?

Fuhrmann: Ja, jetzt da, diesen 7. Februar, daß also da die Behauptung aufgestellt wurde, daß sich der Dr. Haider mit dem Proksch getroffen hat. Über Autotelefon sind Sie von der Pressestelle informiert worden?

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: Gut. Wo waren Sie denn da unterwegs, Herr Rumpold?

Rumpold: In Gmünd.

Fuhrmann: In Gmünd. Na ja, aber der Dr. Haider war ja auch in Gmünd beim Fasching. Waren Sie mit ihm gemeinsam unterwegs?

Rumpold: Selbstverständlich, aber nicht bei ihm zu diesem Zeitpunkt.

Fuhrmann: Nun, wo war er da in Gmünd? Sie waren in Gmünd unterwegs. Er war in Gmünd.

Rumpold: Ja. Es war gerade zu diesem Zeitpunkt ein großer Faschingsumzug in Gmünd, und ich mußte mir etwas aus dem Auto holen. Genau zu diesem Zeitpunkt, wo ich im Auto war, läutete das Telefon. Der Herr Landesgeschäftsführer Kordesch war dran und sagte mir, die Pressestelle in Wien suche mich.

Fuhrmann: Gut, und der hat Sie dann informiert, warum Sie gesucht werden?

Rumpold: Ich habe dann die Pressestelle angerufen, und die Pressestelle hat mich informiert.

Fuhrmann: Das heißt also, Herr Rumpold, daß Sie und der Dr. Haider, als Sie die Information bekamen, es geht da jetzt um ein Treffen mit Proksch, im gleichen Ort, nämlich in Gmünd, gewesen sind.

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: Nun erhebt sich für mich die Frage, das ist für mich etwas Naheliegendes, da Sie ja im gleichen Ort waren, daß Sie den Dr. Haider darüber informieren, daß da so etwas behauptet wird.

Rumpold: Ja, Stunden später wurde er ja von mir informiert, vorher war es leider nicht möglich.

Fuhrmann: Warum nicht, wenn Sie beide im gleichen Ort waren?

Rumpold: Ja, weil er mitten im Faschingsgütummel war, und wenn Sie das einmal miterlebt haben, dann wissen Sie, wie sich das abspielt.

Fuhrmann: Sagen Sie, Herr Rumpold, haben Sie da nicht wenigstens versucht, bevor Sie so weitreichende Maßnahmen setzen, Presseerklärungen im Namen des Dr. Haider hinauszugeben, den Dr. Haider, wenn Sie schon im gleichen Ort waren, zu erreichen und ihn zu informieren und Direktiven von ihm einzuholen?

Rumpold: Das brauchte ich in dem Fall nicht, weil ich mir völlig sicher war, daß im Frühsommer und im Herbst 1987 sich Dr. Haider nicht mit Udo Proksch getroffen hat.

Fuhrmann: Nun ja. Ich mache das sehr selten, aber ich sage es Ihnen jetzt: Das nehme ich Ihnen sehr schwer ab, wenn mein Chef im gleichen Ort ist wie ich, ich erfahre so etwas, ich bin der Vertraute des Chefs, daß ich da nicht vorher versuche, den zu erreichen und ihm sage: Du, was soll ich jetzt weiterleiten? Aber bitte. Um wieviel Uhr war dieses Telefonat, das Sie bekommen haben?

Rumpold: Das muß um die Mittagszeit gewesen sein.

Fuhrmann: Und Sie waren da zufällig im Auto, sich etwas zu holen.

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: Und da gerade zufällig ist dieser Anruf gekommen?

Rumpold: Absoluter Zufall.

Fuhrmann: Gut. Um die Mittagszeit. Das ist ja noch nicht so lange her. Können Sie das bitte ein bißchen genauer eingrenzen?

Rumpold: Nein, ich habe nicht auf die Uhr geschaut. Ich weiß es nicht.

Fuhrmann: Sie haben nicht auf die Uhr geschaut. Nun gut. Sagen Sie: Haben Sie jetzt unmittelbar darauf reagiert, schon anläßlich dieses Telefonates mit der Pressestelle? Also der Geschäftsführer Niederösterreich ruft Sie an, Sie rufen die Pressestelle an. Und wie ist das jetzt weitergegangen?

Rumpold: Der Geschäftsführer in Kärnten rief mich an.

Fuhrmann: Verzeihen Sie, Kärnten. Was habe ich denn gesagt? Habe ich Niederösterreich gesagt?

Rumpold: Niederösterreich.

Fuhrmann: Bitte, als Niederösterreicher möge man mir diesen lapsus linguae verzeihen. Kärnten, gut.

Rumpold: Und daraufhin rief ich die Pressestelle an, wurde informiert, was gesagt wurde, und sagte, dieses ist völliger Unsinn und ist zu dementieren.

Fuhrmann: Da lege ich jetzt Wert darauf. War das genau die Formulierung: Das ist völliger Unsinn und ist zu dementieren?

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: Mehr haben Sie nicht gesagt?

Rumpold: Nein.

Fuhrmann: Wer, bitte, hat dann die genaue Formulierung dieser Presseaussendung vorgenommen? Ich war bis jetzt immer der Meinung, Sie waren das?

Rumpold: Die Frau Dr. Riess.

Fuhrmann: Die Frau Dr. Riess? Ist also die Frau Dr. Riess auch ermächtigt, im Namen des Dr. Haider Aussendungen zu geben?

Rumpold: Wenn der Kern abgeklärt ist, ja. Wenn der Kern einer Aussage abgeklärt ist.

Fuhrmann: Also gut, daß wir das jetzt einmal klarstellen. Sie können als Dr. Haider Presseerklärungen abgeben, die Frau Dr. Riess kann auch als Dr. Haider Presseerklärungen abgeben. Habe ich das jetzt richtig verstanden?

Rumpold: Nach Rücksprache mit mir. (Zwischenruf Helene Partik-Pablé.)

Fuhrmann: Gut. Nein, nein, das ist überhaupt kein falscher Vorhalt, Frau Kollegin. Nein! Ich verstehe schon, daß Ihnen das unangenehm ist und daß Sie nervös werden, aber der Vorhalt war korrekt. (Helene Partik-Pablé: Das war ein falscher Vorhalt! Sie müssen das Sachgebiet eingrenzen! Sie sind bei mir immer so genau!)

Frau Dr. Partik-Pablé, ich verstehe nach dem heutigen Tag Ihre Nervosität, nur lassen Sie . . . (Helene Partik-Pablé: Ich will Ihnen nur einmal sagen, daß Sie in Ihrer Männergesellschaft sich Privilegien einräumen, die Sie bei mir nicht zulassen!)

Frau Kollegin, im Moment räumen Sie sich das Privileg ein, mich zu unterbrechen. (Weitere Zwischenrufe Helene Partik-Pablé.)

Obmann Steiner: Frau Doktor, bitte, der Herr Abgeordnete Dr. Fuhrmann ist am Wort. Sie können sich zur Geschäftsordnung melden. Bitte, lassen Sie ihn ausreden und fragen. Bitte, Herr Doktor.

Fuhrmann: Danke. Nun ja, die Männer melden sich zur Geschäftsordnung, wenn Sie der Meinung sind, daß es ein falscher Vorhalt sei, Sie melden sich nicht zur Geschäftsordnung. (Helene Partik-Pablé: Aber Sie machen immer Zwischenrufe! — Elmecker: Na geh, tut's weiter, das ist ja nichts!)

Obmann Steiner: Bitte, Frau Doktor, machen Sie jetzt den Zwischenruf, dann haben wir das hinter uns.

Helene Partik-Pablé: Ich habe meine Zwischenrufe jetzt ohne Mikrofon gemacht.

Obmann Steiner: Nun, da ist uns etwas entgangen.

Helene Partik-Pablé: Ich kann das alles wiederholen. (Zwischenrufe.)

Obmann Steiner: Sind Sie fertig, Frau Doktor? — Bitte, Herr Dr. Fuhrmann, fahren Sie fort.

Fuhrmann: Ich habe nur höflichkeitshalber gewartet, bis die Frau Dr. Partik-Pablé ausgeredet hat, weil Sie mir vorgeworfen hat, als Männergesellschaft nehmen wir uns Privilegien.

Herr Rumpold, ist es also richtig, daß diese Formulierung dieser Presseaussendung in Wirklichkeit gar nicht von Ihnen ist?

Rumpold: Die gesamte Formulierung nicht, nein.

Fuhrmann: Die gesamte Formulierung ist nicht von Ihnen. Dann habe ich nur noch eine Frage zu den handschriftlichen Aufzeichnungen. Sie haben bis November 1986 diese handschriftlichen Auf-

zeichnungen ohne Hilfe eines Computers geführt, dann ist der Computer gekommen?

Rumpold: Oktober war es.

Fuhrmann: War das nun bitte ein gebundenes Terminbuch, das Sie da vorher hatten?

Rumpold: Das war immer Time-System.

Fuhrmann: War das Loseblattsystem?

Rumpold: Ja, das man monateweise herausnehmen kann.

Fuhrmann: In einer Ringmappe dann aufgehoben?

Rumpold: Ja, das ist eine Ablage, ja.

Fuhrmann: Ja. Nun erhebt sich für mich die Frage — wenn ich das also bis Oktober immer geführt habe und aufgehoben habe, und dann kommt der Computer, und dann habe ich es trotzdem geschrieben und im Computer drinnen —: Warum hat man das nicht dann so wie bisher aufgehoben?

Rumpold: Ja, ich glaubte, ich brauche das nicht mehr. Und deshalb habe ich das dann weggegeben.

Fuhrmann: War das mit dem Dr. Haider so abgesprochen, daß Sie das wegschmeißen?

Rumpold: Nein, solche Sachen spreche ich mit ihm nicht ab.

Fuhrmann: Nicht. — Danke schön.

Obmann Steiner: Danke. Herr Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge! Zurück zum Besuch bei Demel. Sie erinnern sich nicht mehr daran, ob dieses Essen im ersten, zweiten oder dritten Stock gewesen ist. Erinnern Sie sich vielleicht daran, ob die Frau, die Sie bedient hat, die Demel-Tracht, das ist eine ganz typische Tracht, angehabt hat oder eine normale Kleidung, Servierkleidung? Können Sie sich daran erinnern?

Rumpold: Da ich die Demel-Tracht nicht kenne, nein.

Gaigg: Nun, Sie kennen sie, Sie sind ja herunter gesessen, zuerst im Kaffeehaus. Die haben eine ganz besondere Tracht. Die ist also stadtweit bekannt.

Rumpold: Ich weiß es nicht mehr.

Gaigg: Also daran können Sie sich nicht mehr erinnern. Es ist dieses Gespräch nach Ihrer Einschätzung nicht sehr wichtig und nicht sehr wesentlich gewesen vom Inhalt her. Aber, wenn ich Sie

richtig verstanden habe, Sie erinnern sich daran, daß eigentlich zu Ihrem Erstaunen der Proksch sich zum Protektor des Herrn Lohrmann gemacht hat. Können Sie uns bitte schildern oder berichten, was eigentlich der Proksch für den Lohrmann erreichen wollte? Worum ging es da?

Rumpold: Um eine Absicherung für Herrn Mag. Lohrmann, und mehr weiß ich auch nicht mehr. Es ist nur mehr um seine Position gegangenen. Versorgungsposten.

Gaigg: Ist das so zu verstehen, daß Proksch den Herrn Dr. Haider gebeten hat, dem Lohrmann seinen bisherigen Posten zu sichern oder einen anderen Posten zu verschaffen? Oder worum ging es da?

Rumpold: Ich weiß nicht, er hat nur versucht, den Mag. Lohrmann positiv darzustellen und zu sagen, daß wir nichts dagegen unternehmen sollten, wenn dieser Herr versorgt wird.

Gaigg: Daß Sie nichts dagegen unternehmen sollten, wenn dieser Herr versorgt wird. Das klingt ja eigentlich ein bißchen eigenartig.

Ich frage das deshalb, weil Sie uns vorhin gesagt haben — und da teile ich Ihre Meinung und die der Frau Kollegin Dr. Partik-Pablé, daß nicht jedes Gespräch, das der Dr. Haider führt, wichtig und essentiell ist und von Bedeutung —, daß Sie nur über jene Gespräche Aktenvermerke oder Notizen aufgenommen haben, die eine Intervention zum Gegenstand hatten.

Daher eben meine Frage im Zusammenhang mit dem Mag. Lohrmann: Das war doch eigentlich eine Intervention zugunsten des Mag. Lohrmann, trotzdem haben Sie keine Notiz oder Aufzeichnung darüber gemacht.

Rumpold: Uns ist der Herr Mag. Lohrmann ziemlich egal, und deshalb habe ich auch keine Aufzeichnungen gemacht.

Gaigg: Immerhin war der Mag. Lohrmann ein enger Mitarbeiter des früheren Bundesparteibmannes. (Graff: Eben!) Ich denke viel zu human. (Graff: Du bist ein guter Mensch!) Ich hätte mir den Kommentar sparen sollen.

Ich hätte doch noch eine Frage im Zusammenhang mit dem Computer. Über die Frage des Kollegen Dr. Rieder haben Sie gesagt, der ist deswegen zusammengebrochen, oder wie immer man das nennt, weil Sie dabei waren, das vorhandene Programm gemeinsam mit einem Programmierer umzubauen.

Nun stellt sich mir die Frage, warum Sie nicht versucht haben, die Daten zu sichern, eben dann im besonderen, wenn ein Fachmann dabei war. Jeder Fachmann weiß, daß beim Versuch, ein Programm zu ändern, ein Absturz passieren kann. Da-

her wundert es mich, und das ist meine Frage: Ist nichts unternommen worden, diese Daten zu sichern, damit genau das nicht eintritt, was dann passiert ist, daß nämlich über Monate kein Terminplaner mehr nachweisbar ist?

Rumpold: Da war ich unachtsam.

Gaigg: Das ist nicht geschehen. Es ist nichts gesichert worden. Dann hätte ich noch eine Frage: Speicherkapazität. Laptop heißt dieses Modell, das Sie verwenden. Haben Sie sich unterrichtet, ob die Kapazität dieses Geräts überhaupt für Ihren Bedarf ausreicht?

Rumpold: 10 Millionen Einheiten.

Gaigg: Noch eine Frage hätte ich. Ich bin schon am Ende. Es ist für mich nicht vorstellbar, daß ausschließlich und nur Sie die Termine des Dr. Haider kennen. Es ergibt sich geradezu zwingend, daß auch das Büro des Dr. Haider weiß und wissen muß, wo der Bundesparteibmann sich aufhält, welche Termine er hat. Daher meine Frage: Sie konnten, solange der Computer in der ersten Phase funktioniert hat, diese Tagesauszüge ausdrucken. Ich drücke mich laienhaft aus, ich verstehe von Computern nichts, und das ist noch übertrieben, aber da gibt es nach Schilderung des Dr. Haider eben diese Auszüge über den Tagesverlauf. War das nicht so, daß Sie einen zweiten Auszug in das Büro des Dr. Haider geschickt haben, damit die wissen, wo sie den Bundesparteibmann erreichen können?

Rumpold: Ein Monatsplan, den haben sie bekommen. Da ist nur bekannt, in welchem Bundesland er sich momentan aufhält und unter welcher Autotelefonnummer er erreichbar ist.

Gaigg: Das heißt konkret, Herr Zeuge, meine Frage: In diesem Zeitraum, November 1986 bis Februar 1987, war es nicht so, daß diese Tagesaufstellung, dieses Tagesprogramm, das der Computer ausspuckt, von Ihnen in einem zweiten Exemplar an das Büro des Bundesparteibmanns gegeben worden wäre?

Rumpold: Müßte vorhanden sein.

Gaigg: Das müßte vorhanden sein. Also ich wiederhole: Es müßten diese Tagesprogramme, die von Ihnen ins Büro des Herrn Bundesparteibmanns Dr. Haider gegangen sind, eigentlich dort noch vorhanden sein. Sie sind jedenfalls dorthin gegangen.

Rumpold: Ich schränke es noch ein: Ob ich zu diesem Zeitpunkt diese Monatspläne schon an das Büro versandte oder nicht, das entzieht sich meiner Kenntnis.

Gaigg: Herr Zeuge! Damit wir nicht aneinander vorbeireden. Meine Frage war die: Es kommt jeden Tag dieses Tagesprogramm aus dem Computer. Ist das richtig?

Rumpold: Ja.

Gaigg: Das war auch bereits im November 1986 so. Klar. Nun wäre es doch naheliegend, und das war meine Frage, daß Sie jeweils dieses Tagesprogramm, das für Sie wichtig ist, das der Bundesparteiobmann natürlich in der Früh braucht, daß Sie das auch dem Büro des Bundesparteiobmannes zur Verfügung stellen, damit die Herrschaften dort wissen, wo sich der Bundesparteiobmann aufhält, wo man den Dr. Haider, wenn was Dringendes ausbricht, erreichen kann. Das ist doch nicht vorstellbar, daß das Büro nicht weiß, wo sich der Dr. Haider aufhält, daß man jedesmal Sie anrufen und fragen muß: Wo ist jetzt der Dr. Haider? Daher habe ich Sie auch so verstanden, daß Sie diese Tagesprogramme auch dem Büro des Dr. Haider zur Verfügung gestellt haben.

Rumpold: Nicht die Tagesprogramme, sondern den Monatsplan im voraus. Hier ist aber nur vermerkt, in welchem Bundesland sich der Obmann aufhält und über welches Telefonsystem er zu erreichen ist.

Gaigg: Nicht konkret der Tagesablauf?

Rumpold: Nein, das ist nicht üblich.

Gaigg: Das heißt, das Büro des Dr. Haider ist nicht unterrichtet darüber, welche Termine der Bundesparteiobmann täglich hat?

Rumpold: Ja.

Gaigg: Gut, danke.

Obmann Steiner: Danke. Abgeordneter Schieder, bitte.

Schieder: Herr Zeuge! Ich habe nur zu drei Gebieten noch Abrundungsfragen. Erstens: Wann hat dieser Faschingsumzug begonnen?

Rumpold: Ich glaube um 12 Uhr 30 oder um 13 Uhr, so etwa. Ich weiß es wirklich nicht mehr genau.

Schieder: Und hat den ganzen Nachmittag gedauert?

Rumpold: Ja.

Schieder: Danke schön.

Zum zweiten Bereich. Nur eine Abrundungsfrage zu dem Computer jetzt abschließend. Wenn ich Ihnen folge in allem, was Sie gesagt haben, bleibt für mich eine kleine Unklarheit. Wir haben gese-

hen — ich rekapituliere — erstens: Ab 1. März ist das doppelt geführt, weil Sie aus der Erfahrung klug geworden sind, daß solch ein Computer eben zusammenbricht. Zweitens: Am Monatsende haben Sie immer die schriftlichen Unterlagen weggegeben, weil Sie der festen Überzeugung sein konnten, im Computer ist es drinnen. Alles klar.

Erhebt sich für mich die Frage: Warum haben Sie dann Ende Februar die Februar-Unterlagen auch noch weggegeben? Ende Februar haben Sie schon gewußt, daß Ihnen ein paar Tage vorher der Computer zusammengebrochen ist, daß Sie es nicht mehr haben. Sie haben sogar den Vorsatz gefaßt, ab 1. März das zu führen. Warum haben Sie dann am letzten Februartag oder 1. März noch die Februar-Unterlagen weggehaut? Da haben Sie doch schon gewußt, daß der Computer zusammengebrochen ist.

Rumpold: Da habe ich vielleicht noch einige Blätter vom 25. weg, aber die vorherigen sind verschwunden oder, besser gesagt, die habe ich schon vernichtet.

Schieder: Sie haben aber zuerst gesagt, Sie haben es immer am Monatsende für das Monat vernichtet, jetzt haben Sie es tageweise vernichtet?

Rumpold: Nicht genau immer. Das ist nicht exakt passiert, sondern ich habe das irgendwann einmal weggeworfen.

Schieder: Aber bitte, das verstehe ich jetzt nicht. Sagen wir, der Computer ist am 25. zusammengebrochen. Da haben Sie jeden Tag schon vorher die Blätter weggeworfen?

Rumpold: Nicht jeden Tag, aber wenn es sein muß auch dreiwochenweise, oder vielleicht habe ich einmal zwei Monate aufgehoben und habe es dann weggeworfen.

Schieder: Wenn Sie es zwei Monate aufgehoben haben, dann wäre erklärlich, daß Sie Ende Februar und Februar nicht mehr weggeworfen haben. Ich frage Sie, warum Sie den Februar noch wegwerfen, wenn Sie Ende Februar schon wissen, der Computer ist im Eimer und Sie haben keine Chance mehr, auf Computerdaten zurückzugreifen. Wenn ich Ihnen glaube in allen Monaten, im November, da haben Sie geglaubt, er funktioniert, im Dezember haben Sie es geglaubt, im Jänner haben Sie es geglaubt, nur Ende Februar für die Februarunterlagen konnten Sie nicht mehr glauben, daß Sie im Computer sind, da wußten Sie schon, daß der Computer ex gegangen ist. Warum haben Sie die dann noch weggeworfen?

Rumpold: Tatsache ist, daß sie weg sind.

Schieder: Das weiß ich nicht, ob es Tatsache ist. Ich frage Sie das nicht, ich kann das nicht überprü-

fen. Ich frage Sie, warum Sie sie weggeworfen haben. Oder sind die einfach verschwunden und finden Sie sie nicht mehr?

Rumpold: Nein, nein. Die habe ich schon weggeworfen. Aber ich kann nicht sagen, warum, weil ich sie einfach weggeworfen habe.

Schieder: Selbst wenn ich Ihnen das glaube, dann müßte es für den 26., 27., 28. Februar noch die Unterlagen geben. Selbst wenn Sie es tageweise weggeworfen haben. Oder hat sich das alles in den Nachmittagsstunden des 28. abgespielt: Computerzusammenbruch, Wegwerfen und Beschluß, ab 1. das zu führen?

Rumpold: Nein, aber die sind nicht mehr da. Verstehen Sie. Ich habe das wochenweise weggeworfen oder . . .

Schieder: Das glaube ich Ihnen schon, daß sie nicht mehr da sind. Das befürchte ich auch. Aber ich frage Sie, warum sie nicht mehr da sind. Das ist eigentlich unlogisch. Selbst wenn Ihnen wer glauben würde und sagt, alle Unterstellungen, Nebengedanken da sind falsch, man will Ihnen da etwas unterstellen, das kann wirklich passieren. Selbst wenn ich Ihnen das alles glauben würde, unglaubwürdig wird es für den Monat Februar. Sie nicken, daß es unglaubwürdig ist. Aber wo sind sie dann?

Rumpold: Ja, im Eimer und wahrscheinlich schon auf irgendeiner Müllkippe oder einer Wiederverwertung.

Schieder: Wie viele Tage waren auf solch einem Blatt?

Rumpold: Einer.

Schieder: Ein Tag immer nur. Es war ein Tag drauf.

Obwohl ich Sie jetzt darauf aufmerksam mache, daß Sie dann Blätter weggeworfen haben müßten zu einem Zeitpunkt, wo Sie schon wußten, daß Sie die letzte Chance auf Ihre Terminwahrheit damit vernichten, haben Sie sie weggeworfen.

Rumpold: Da habe ich es wahrscheinlich noch nicht gewußt, daß er zusammenbricht.

Schieder: Nein, ich rede von denen nach dem Zusammenbruch.

Rumpold: Nachher habe ich nichts weggeworfen.

Schieder: Na o ja, wenn der im Februar zusammengebrochen ist, nehmen wir irgendein fiktives Datum, am 20. Februar, meine Frage, ich sage es noch einmal, ist: Warum haben Sie dann am 28. Februar oder am 1. März noch die Februar-Unterlagen weggeworfen, wenn Sie schon seit dem

20. wußten, im Computer ist nichts mehr, der ist abgestürzt?

Rumpold: Ja aber die sind nicht weggeworfen, vielleicht sind sie noch vorhanden, aber ich finde sie nicht mehr, weil diese . . . (*Schieder:* Ach so!) Meine Aufzeichnungen beginnen erst wieder am 1. März.

Schieder: Ach so, die könnten noch vorhanden sein, aber Sie finden sie . . .

Rumpold: Das sind lose Blätter, die sind vielleicht irgendwo herumgelegt und verschwunden, die letzten Tage, von denen Sie sprechen.

Schieder: Ach so, sie könnten noch vorhanden sein, und Sie finden Sie . . .

Rumpold: Ja.

Schieder: Gut, habe ich zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe dann noch eine Frage mit diesen Terminen, 24 Stunden. Ich will Sie jetzt wirklich nicht über Privatsphäre, über Privattermine fragen, nicht, daß Sie mich mißverstehen, ich glaube, das wäre unzulässig, nur über das System. Sie wissen daher über alle Termine Bescheid, auch wenn Dr. Haider, sagen wir privat, zu einem Rechtsanwalt müßte, oder wenn er, obwohl er sehr gut ausschaut, und ich unterstelle ihm damit nicht, daß er krank ist, zum Arzt muß, oder wenn er, auch das soll wieder keine Unterstellung sein, wegen seines Besitzes irgendeinen Termin hat, auch diese Termine wüßten Sie und wären in Ihrem Tagesplan? (*Graff:* Steuerberater!)

Rumpold: Ja.

Schieder: Na gut, dann möchte ich Sie fragen, ob Ihnen der Name Buchinger bekannt ist.

Rumpold: Buchinger?

Schieder: Ja.

Rumpold: Es gibt viele Buchinger.

Schieder: Gut. Sind Ihnen mehrere Buchinger bekannt? Ist Ihnen ein Buchinger bekannt, der bei der Bundesländer-Versicherung ist?

Rumpold: Ja.

Schieder: Da haben Sie auch die Zusammentreffen des Dr. Haider mit dem Herrn Buchinger natürlich in diesen Plänen drinnen?

Rumpold: Ja Zusammentreffen weiß ich nicht, ich kann das jetzt nicht genau sagen.

Schieder: Sie können nicht genau sagen . . .

Rumpold: Nein, ob das Treffen waren oder nur ein Treffen war oder . . .

Schieder: *Ist es Ihnen erinnerlich — Sie sind bei vielen Treffen dabei, wir haben auch vom Dr. Haider gehört, auch bei solchen Treffen manchmal dabei —, ist Ihnen erinnerlich ein Zusammenreffen des Dr. Haider mit dem Herrn Buchinger, sagen wir im vergangenen Jahr oder heuer?*

Rumpold: Kann möglich sein. Kann möglich sein, ja.

Schieder: *Sie kennen den Herrn Buchinger?*

Rumpold: Wir haben den Dr. Buchinger getroffen, wenn ich das ausführen darf, im burgenländischen Wahlkampf im Hotel Burgenland (*Schieder: Im September 1988!*), wenn ich mich erinnern kann, weil er ist ein Direktor der „Bundesländer“.

Schieder: *Ja. Haben Sie ihn im Oktober vielleicht in Wien dann noch einmal getroffen?*

Rumpold: Das kann ich momentan nicht sagen.

Schieder: *Haben Sie ihn vielleicht im Jänner dann (Graff: Laßt ihr jetzt die „Bundesländer“-Direktoren beschatten?), im Jänner 1989 dann vielleicht noch einmal getroffen?*

Rumpold: Das kann ich jetzt nicht sagen.

Schieder: *Aber ausschließen können Sie es nicht?*

Rumpold: Ausschließen kann ich es auch nicht, aber den Herrn Buchinger trifft man öfters im Domizil, falls Sie das kennen.

Schieder: *Aber ein Treffen, sagen wir, direkt in der Partei oder wo, ein fix vereinbartes Treffen, nicht ein zufälliges, sondern eines, das ausgemacht war, ein Treffen Haider — Buchinger?*

Rumpold: Ein Treffen, glaube ich, war fixiert, die anderen waren eher zufällig.

Schieder: *Danke schön.*

Obmann Steiner: *Danke. Herr Dr. Graff, bitte.*

Graff: *Herr Zeuge! Das Treffen, bei dem Sie ja auch dabei waren, mit dem Dr. Haider war das, nachdem der Herr Proksch zum ersten Mal oder schon zum zweiten Mal eingesperrt war?*

Rumpold: Das weiß ich jetzt nicht mehr.

Graff: *Das habe ich mir gedacht, daß Sie das sagen werden.*

Ich möchte nur noch eine Schlußbemerkung machen: Ich glaube, Sie haben dem Dr. Haider heute einen guten und einen schlechten Dienst erwiesen;

einen guten Dienst, weil ich wirklich noch nie einen Zeugen erlebt habe, der so kaltschnäuzig alle unangenehmen Fragen abgeblockt hat, einen schlechten Dienst aber auch, glaube ich, indem Sie zur Glaubwürdigkeit Ihres Bundesparteiobermannes nicht beigetragen haben.

Obmann Steiner: *Es ist noch ein Fragesteller. Bitte, Herr Dr. Fuhrmann.*

Fuhrmann: *Herr Zeuge! Nur noch eine ergänzende Frage zu dem 7. Februar. Wir haben in der Zwischenzeit festgestellt, daß der Präsident Demel die Aussage wegen des Treffens Haider — Proksch um 11.50 Uhr gemacht hat. Wir wissen weiters, daß diese Aussendung um 12.33 Uhr gemacht worden ist, also kurz nach halb eins, und wir wissen weiters, daß der Faschingsumzug laut Ihrer heutigen Aussage um 13 Uhr begonnen hat. Es ist für mich daher schwer vorstellbar, daß Sie den Dr. Haider nicht doch noch da vorher gesehen haben.*

Rumpold: Sie haben gesagt, Sie waren einmal dabei bei so einem Faschingsumzug. Und in Gmünd am Faschingsdienstag sind Tausende Menschen. Und wir waren vorher dort, und der Dr. Haider hat sich irgendwo unter diesen Menschen bewegt, und daher war es für mich unmöglich, ihn in kurzer Zeit auszufinden.

Fuhrmann: *Wann sind Sie denn da nach Gmünd gekommen?*

Rumpold: Ich glaube, 11.30 Uhr oder so war vereinbart.

Fuhrmann: *Sind Sie gemeinsam mit dem Dr. Haider dort hingekommen?*

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: *Ja, und als Sie nach Gmünd gekommen sind, haben Sie sich da sofort getrennt?*

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: *Na ja, Sie sind ja . . .*

Rumpold: Gleich getrennt nicht, wir sind schon gemeinsam reingegangen, und später bin ich dann rausgegangen ins Auto, etwas holen.

Fuhrmann: *Na, das muß ja dann sehr geschwind, nachdem Sie nach Gmünd gekommen sind, gewesen sein, daß Sie wieder ins Auto zurück sind, wenn Sie um 11.30 Uhr gekommen sind. Na gut, Sie bleiben also dabei, daß Sie ihn vorher nicht sprechen konnten?*

Rumpold: Ja.

Fuhrmann: *Danke.*

Obmann Steiner: Danke. Damit ist keine Frage mehr an den Zeugen. Ich danke Ihnen. (18.07 Uhr)

Wir sind damit am Ende dieser Sitzung angelangt. Ich danke und schließe für heute. Morgen sehen wir uns um 10.00 Uhr wieder hier.

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 8 Minuten

14. Sitzung: 17. Februar 1989

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 8 Minuten

Obmann Steiner: Ich wünsche Ihnen allen einen guten Morgen. Wir setzen die Arbeiten des Ausschusses fort.

Als erster Zeuge ist Herr Hofrat Dr. Mittermayr vorgesehen. Ich bitte, den Zeugen hereinzuführen.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Hofrat Dr. Peter Mittermayr
im Sinne des § 271 StPO**

(10.09 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Zeuge, bitte Platz zu nehmen.

Herr Hofrat Dr. Mittermayr! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entziehen, wenn die Beantwortung einer Frage für sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name, bitte?

Mittermayr: Mein Name ist Dr. Peter Mittermayr.

Obmann Steiner: Ihr Geburtsdatum?

Mittermayr: 27. April 1942.

Obmann Steiner: Ihr Beruf, bitte?

Mittermayr: Landesbeamter.

Obmann Steiner: Ihr Wohnort?

Mittermayr: Wohnort ist Salzburg, Ledwinkasträße 6, 5020 Salzburg.

Obmann Steiner: Sind Sie von der Verschwiegenheitspflicht entbunden worden?

Mittermayr: Ich bin entbunden worden.

Obmann Steiner: Haben Sie das schriftlich?

Mittermayr: Ja.

Obmann Steiner: Wenn Sie mir das übergeben möchten. (Der Zeuge übergibt Obmann Steiner ein Schriftstück.) Danke sehr.

Herr Zeuge, ich glaube, Sie wissen, warum Sie vor den Ausschuß geladen sind. Es handelt sich um den Tag, an dem der Vertrag zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland durch Bundesminister Blecha und Minister Zimmermann in Salzburg unterzeichnet wurde. Es geht um die Frage: Wer hat bei den verschiedenen Veranstaltungen eingeladen?, und dann um die Frage: Wer hat Hofrat Thaller eingeladen, oder hat der Herr Hofrat Thaller gebeten, eingeladen zu werden?

Würden Sie uns vielleicht einmal sagen: Wer hat zur Zeremonie der Vertragsunterzeichnung eingeladen?

Mittermayr: Darf ich das kurz darstellen?

Obmann Steiner: Ja, bitte stellen Sie es kurz dar.

Mittermayr: Es war so, daß mit Schreiben vom 30. November 1988 Herr Bundesminister Blecha den Herrn Landeshauptmann Dr. Haslauer darüber informiert hat, daß geplant war, daß am 23. Dezember 1988 das Abkommen über die gegenseitige Hilfe in Katastrophenfällen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich unterzeichnet werden soll, und zwar in formeller Art durch die beiden Bundesminister Dr. Zimmermann und Blecha. Der Herr Landeshauptmann Dr. Haslauer wurde gebeten, bei dieser Zeremonie anwesend zu sein und entsprechende Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen.

Im Antwortbrief vom 7. Dezember hat Landeshauptmann Dr. Haslauer mitgeteilt, daß er gerne an dieser Vertragsunterzeichnung teilnehmen wird, und hat seine Amtsräume im „Chiemsee-hof“ für diesen formellen Akt zur Verfügung gestellt. Der Herr Landeshauptmann hat seine Mitarbeiter aus dem Amt der Landesregierung, die für die Katastrophenhilfe zuständig sind, dazu eingeladen. Das sind der Landesamtsdirektor Herfrid Hueber, dann ich — ich bin als Abteilungsleiter auch zuständig für die Katastrophenhilfe — und unser Referatsleiter für Katastrophenhilfe Dr. Seiwald.

Es wurde vereinbart, daß die übrigen Delegationen für diese formelle Vertragsunterzeichnung eingeladen und verständigt werden durch das Bundesministerium für Inneres. Das ist dann auch erfolgt. Mir wurden dann mit Telefax die beiden Einladungslisten mit den geladenen Teil-

nehmern mitgeteilt. Ich habe hier mit diese beiden Telefax vom Innenministerium über die Zusammensetzung der Delegation der Bundesrepublik Deutschland und Österreichs.

Einige Tage vor der Vertragsunterzeichnung habe ich dann noch einen Telefonanruf vom Sicherheitsdirektor Dr. Thaller erhalten, der mir mitgeteilt hat, daß Herr Minister Blecha ihn zu dem Mittagessen im Anschluß an diese Vertragsunterzeichnung eingeladen habe und der Herr Minister daher auch seine Teilnahme an der Vertragsunterzeichnung wünsche. Diesem Wunsch des Herrn Ministers wurde selbstverständlich entsprochen, und der Herr Sicherheitsdirektor Dr. Thaller wurde auch zu dieser formellen Vertragsunterzeichnung eingeladen.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Rieder: Könnten wir die beiden Schreiben haben?

Obmann Steiner: Ja selbstverständlich! Wir könnten die beiden Schreiben vervielfältigen.

Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge! So wie es aussieht, werden wir Sie nicht sehr lange in Anspruch nehmen müssen. Ihre Darstellung ist weitgehend erschöpfend. Es geht jetzt vielleicht noch um einige technische Fragen.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, hat das Innenministerium Ihnen mit Telex die Namen der deutschen und österreichischen Delegationsmitglieder mitgeteilt. Es ist jetzt nicht ganz klar herausgekommen: Ist dann vom Amt der Landesregierung eine Einladung an die einzelnen Delegationsmitglieder zu diesem Mittagessen oder überhaupt hinausgegangen, oder haben Sie das nur zur Kenntnis genommen? Wie war der Vorgang?

Mittermayr: Ich bitte zu unterscheiden zwischen der formellen Vertragsunterzeichnung, wo wir bei der organisatorischen Vorbereitung mitgeholfen haben, und dem Mittagessen, das das Land nicht berührt hat, denn zum Mittagessen hat der Herr Minister eingeladen. Das Mittagessen hat uns also in keiner Weise berührt — abgesehen davon, daß wir Gäste waren —, denn zum Mittagessen hat der Herr Minister eingeladen.

Gaigg: Und zum offiziellen Akt?

Mittermayr: Zum Festakt wurden die beiden Delegationen durch das Innenministerium eingeladen.

Gaigg: Auch durch das Innenministerium?

Mittermayr: Ja.

Gaigg: Dann wundert mich, Herr Zeuge, warum sich der Sicherheitsdirektor Dr. Thaller, nachdem in beiden Fällen die Einladung vom Innenministerium ausgegangen ist, überhaupt an Sie gewendet hat mit der Bitte um eine Einladung. So war seine Darstellung. Er hätte sich an Sie gewendet, sagte er, und ersuchte um eine Einladung, weil er ursprünglich weder zum Festakt noch zum Mittagessen eingeladen gewesen wäre. Das scheint mir also nicht ganz schlüssig zu sein.

Mittermayr: Das ist insofern schlüssig, als er auf der ursprünglichen Liste nicht stand und erst nachträglich dann eingeladen wurde.

Gaigg: Gut, aber das Amt der Landesregierung oder konkret Sie waren ja nicht die Einlandenden, sondern das Ministerium, und da wäre es ja eigentlich naheliegender gewesen, daß der Dr. Thaller, nachdem er vom Sektionschef Dr. Hermann in Kenntnis gesetzt wurde — offensichtlich, so seine Schilderung —, daß gewünscht wird, daß er am offiziellen Akt und am Mittagessen teilnimmt, dem Dr. Hermann sagt: In Ordnung, ich nehme das als Einladung und komme hin! Ich frage mich, warum er sich überhaupt an Sie gewendet hat.

Mittermayr: Diese Einladungsliste, wie sie hier schriftlich vorliegt, wurde einvernehmlich erstellt. Und diese war dem Herrn Landeshauptmann bekannt, war mir bekannt, war einvernehmlich erstellt, und es hat das Einvernehmen darüber bestanden, daß diese Liste der Delegation der Bundesrepublik Deutschland zugesandt wird. So war es auch. Nachher ist erst die Einladung an den Sicherheitsdirektor ergangen, und daher hat der Sicherheitsdirektor uns das mitgeteilt, weil das Einvernehmen ja wiederherzustellen war. (Gaigg: Aha, damit die Liste ergänzt wird!) Da es in den Amtsräumen des Landeshauptmannes war, war natürlich das Einvernehmen herzustellen, und er hat also das nachträglich mitgeteilt. Und selbstverständlich wurde dem Wunsch des Herrn Ministers Rechnung getragen und auch hier das Einvernehmen hergestellt, daß nachträglich der Herr Sicherheitsdirektor eingeladen wurde.

Gaigg: Das heißt, ich verstehe Sie richtig, daß er im Grunde genommen dem Inhalt nach nicht gebeten hat, eingeladen zu werden, sondern daß er Ihnen nur ordnungshalber zur Kenntnis brachte, daß er aufgrund des Wunsches des Herrn Innenministers sowohl am offiziellen Akt als auch am Mittagessen teilnehmen wird und daß Sie eben das im Protokoll berücksichtigen, die Liste ergänzen, so daß alles seine Ordnung hat.

Mittermayr: Es war, wie gesagt, eine einvernehmliche Einladung. Das Einvernehmen wurde hergestellt, aber, wie gesagt, nachträglich. Wenn Sie sich diese Liste ansehen, da steht er nicht oben. Ganz einfach.

Gaigg: Gut. Danke. Keine weitere Frage.

Obmann Steiner: Danke.

Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Danke, keine Frage.

Obmann Steiner: Keine Frage.

Dr. Rieder.

Rieder: Herr Dr. Mittermayr, ich lese Ihnen vor, was der Dr. Thaller der Frau Kollegin Partik-Pablé am 15. 2. gesagt hat, und frage Sie dann, ob das mit der Darstellung übereinstimmt, die Sie in Erinnerung haben. Er sagte:

Ich habe einen Anruf von Herrn Sektionschef Hermann bekommen einige Tage vor diesem 23. und bin befragt worden, ob ich bei dieser Staatsvertragsunterzeichnung anwesend sein werde. Ich habe geantwortet: Nein, ich habe bisher keine Einladung! Daraufhin hat Herr Sektionschef Hermann gesagt, ich soll mir eine solche Einladung beschaffen, es wäre günstig, wenn wir dort bei dieser Gelegenheit, bei dieser Veranstaltung zusammensein könnten. Daraufhin habe ich — ich habe da, kann ich sagen, sehr gute Kontakte mit dem Amt der Salzburger Landesregierung — beim Präsidialisten Hofrat Mittermayr angerufen und ihn gebeten — ich habe ihm, glaube ich, auch gesagt, daß es der Wunsch des Innenministeriums ist —, daß ich eine solche Einladung bekomme. Ich habe ursprünglich eigentlich nur gesagt, für das Essen im „Goldenen Hirschen“.

Und jetzt frage ich Sie: Hat sich der Sicherheitsdirektor Thaller an Sie gewandt wegen der Einladung im „Goldenen Hirschen“?

Mittermayr: Nein, nicht wegen der Einladung im „Goldenen Hirschen“, sondern wegen der Einladung im „Chiemseehof“, am Amtssitz des Landeshauptmannes.

Rieder: Ich muß Sie deswegen mit allem Nachdruck fragen, weil das ja der entscheidende Punkt war. Es ist von allem Anfang an nicht darum gegangen, ob er an irgendeinem Festakt teilnimmt, sondern ob bei diesem Essen, in dessen Anschluß sich dann Gespräche ergeben haben, ob es dazu gewissermaßen einer Intervention des Innenministeriums bedurft hätte, damit er dort hineinreklamiert wird, weil er ursprünglich nicht vorgesehen war. Ich frage Sie daher noch einmal unter Hinweis auf die besondere Bedeutung dieses Punktes: Können Sie ausschließen, daß der Anruf des Sicherheitsdirektors Thaller sich auf den „Goldenen Hirschen“ bezogen hat?

Mittermayr: Wie Sie das hier verlesen haben, ist das absolut richtig, wie es der Sicherheitsdirektor Thaller gesagt hat.

Rieder: Ich lese noch einmal den Satz vor, denn jetzt sind Sie ein bißchen mit sich selbst im Widerspruch.

Mittermayr: Ja, bitte.

Rieder: Ich lese noch einmal den Satz vor: Ich habe ursprünglich eigentlich nur gesagt, für das Essen im „Goldenen Hirschen“.

Mittermayr: Darf ich das jetzt noch einmal im Zusammenhang hören?

Rieder: Das ist ein bißchen lang, ich lasse den ersten Teil weg, wenn es Ihnen recht ist: Daraufhin hat Sektionschef Hermann gesagt, ich sollte mir eine solche Einladung beschaffen, es wäre günstig, wenn wir dort bei dieser Gelegenheit, bei dieser Veranstaltung zusammensein könnten. — Der erste Teil bezieht sich noch auf die Veranstaltung Festakt. Das Essen kann man nicht als Veranstaltung bezeichnen. — Daraufhin habe ich — ich habe da, kann ich sagen, sehr gute Kontakte mit dem Amt der Salzburger Landesregierung — beim Präsidialisten Hofrat Mittermayr angerufen und ihn gebeten — ich habe ihm, glaube ich, auch gesagt, daß es der Wunsch des Innenministeriums ist —, daß ich eine solche Einladung bekomme. — Zum Festakt noch immer; aber jetzt kommt der entscheidende Satz: Ich habe ursprünglich eigentlich nur gesagt, für das Essen im „Goldenen Hirschen“.

Mittermayr: Ja, das ist ganz richtig, er hat auch nachträglich die Einladung bekommen.

Rieder: Nein. Jetzt den Anruf. Ist es bei dem Anruf an Sie um den „Goldenen Hirschen“ gegangen?

Mittermayr: Der Anruf hat wortwörtlich so gelautet: Ich bin nachträglich vom Herrn Minister eingeladen worden zu diesem Mittagessen im „Goldenen Hirschen“ und bitte daher, daß ich auch über Wunsch des Ministers bei der Vertragsunterzeichnung anwesend sein darf. So war es wortwörtlich der Fall.

Rieder: Also es ist zwar über den „Goldenen Hirschen“ gesprochen worden, aber nicht, daß Sie zum „Goldenen Hirschen“ einladen sollen, also nicht, daß es dazu der Intervention bedurft hätte, sondern das war schon seitens des Innenministeriums der Fall, und man wollte das nur klarstellen, daß das auch für den Festakt gilt.

Mittermayr: Ja. Er ist nachträglich eingeladen worden zum „Goldenen Hirschen“, und es war eine Selbstverständlichkeit, wenn er nachträglich zum „Goldenen Hirschen“ eingeladen wurde, wo die ganze Delegation dabei ist, daß er bittet, daß er auch vorher bei der Vertragsunterzeichnung dabei ist.

Rieder: Also die ganze Aktion war nicht darauf ausgerichtet, dem Sicherheitsdirektor die Gelegenheit zu diesem Gespräch nach dem Essen zu geben, sondern es ist darum gegangen, ihm die Gelegenheit zu geben, an dem offiziellen Akt teilzunehmen. Dann frage ich mich eigentlich, Herr Vorsitzender, warum hat der Untersuchungsausschuß das alles zum Anlaß genommen, so eingehende Gegenüberstellungen vorzunehmen?

Obmann Steiner: Darf ich dazwischen noch eine klärende Frage stellen. Wie ist es technisch gegangen? Haben Sie die Einladungen von sich aus geschrieben für das Mittagessen? Wie war das? Wer hat das technisch gemacht?

Mittermayr: Nein, mit der Einladung zum Mittagessen haben wir überhaupt nichts zu tun, Sache des Ministers. Der Minister hat die Einladung gemacht.

Obmann Steiner: Der Minister hat den Leuten der Delegation das gegeben?

Mittermayr: Ja, und uns wurde bekanntgegeben, wer zum Mittagessen eingeladen ist.

Obmann Steiner: Danke, entschuldigen Sie.

Mittermayr: Uns wurde das nur bekanntgegeben, damit wir wissen, wer dabei ist. (Zwischenruf Gaigg.)

Rieder: Herr Vorsitzender, ich bin noch in meiner Befragung, ich habe nur diese Zwischenbemerkung gemacht, weil ich jetzt vermute, daß das irgendwie zusammenhängt mit einem „Kurier“-Artikel. Da heißt es: Salzburgs Sicherheitsdirektor extra zu Treffen mit Blecha bestellt. Hofrat bestätigt Thallers Angaben. Ich lese Ihnen vor, was hier im „Kurier“ gestanden ist: Die Situation war so, daß Innenminister Blecha Landeshauptmann Haslauer gebeten hat, die Unterzeichnung des Katastrophenhilfeabkommens mit dem deutschen Innenminister Zimmermann in Salzburg vorzunehmen. Wir haben für 23. 12. 1988 alle auf Landesebene Kompetenten für Katastrophenhilfe eingeladen. Sicherheitsdirektor Thaller war nicht eingeladen. — Gemeint ist hier, das ist Ihre Erklärung dem „Kurier“ gegenüber, zu dem Festakt.

Mittermayr: Bitte, ich spreche immer nur vom Festakt.

Rieder: Weiter: Er hat später angerufen und gebeten, er möchte auf Wunsch des Innenministers auch eingeladen werden. — Festakt, nicht Mittagessen.

Mittermayr: Jawohl.

Rieder: Weiter: Das habe ich dann getan. Hofrat Peter Mittermayr, der Präsidentialist, bestätigt die

Aussage von Sicherheitsdirektor Thaller in einem „Kurier“-Interview als absolut richtig. Thaller hatte angegeben, daß ein Treffen zwischen Blecha, Sektionschef Hermann und ihm am 23. 12. in Salzburg nicht zufällig war. Hermann hat mich ein paar Tage vorher angerufen und gefragt, ob ich hinkäme. Ich sagte, daß ich nicht eingeladen sei. — Offenbar wiederum gemeint der Festakt.

Mittermayr: Ja.

Rieder: Darauf legte er mir nahe, eine Einladung zu besorgen. — Wieder gemeint der Festakt. — Im Lucona-Untersuchungsausschuß hatten Hermann und Blecha das Treffen, bei dem Thaller den beiden seine Unterlagen für seine Zeugenaussage übergab, als Selbstverständlichkeit hingestellt. Hermann: Thaller sei, bitte, natürlich anwesend gewesen bei der Unterzeichnung . . . und so weiter.

Was hier offensichtlich passiert ist, ist die Verwechslung von Festakt und Mittagessen. Das nehme ich an. Das Mittagessen ist nicht Ihr Bereich gewesen, sondern der Sicherheitsdirektor Thaller hat aufgrund seiner Einladung zum Mittagessen interveniert, auch beim Festakt dabeizusein. Ist das so?

Mittermayr: Das ist richtig, aber natürlich war diese Intervention deswegen erforderlich, weil er erst nachträglich auch zum Mittagessen eingeladen wurde. Dadurch kam das nämlich. Sonst wäre er auf der ursprünglichen Liste draufgestanden, und diese ursprüngliche Liste hat ja korrespondiert, damit alle die Gäste und die Delegationsmitglieder der Republik Österreich und der Bundesrepublik Deutschland, die auf dieser Liste waren — das haben wir ja koordiniert —, die bei der Vertragsunterzeichnung dabei waren, auch zum anschließenden Mittagessen eingeladen wurden. Wobei diese Einladungsliste selbstverständlich eine Sache des Herrn Ministers war, aber da er vom Herrn Minister nachträglich eingeladen wurde für das Mittagessen, hatte er über Wunsch des Ministers gebeten, daß er auch vorher bei der Unterzeichnung des Katastrophenhilfeabkommens dabei ist. Also diese Darstellung, wie sie hier zitiert wurde, ist richtig.

Rieder: Mir ist in Erinnerung, daß es ein Telex — ich habe es jetzt nicht bei der Hand, aber vielleicht können wir Ihnen das zeigen — gibt, wo Ihnen die Liste für die Tischordnung übermittelt wurde. Da ist meiner Erinnerung nach der Sicherheitsdirektor drauf. Ich würde bitten, daß man mir die rasch gibt, dann kann ich es Ihnen zeigen.

Mittermayr: Darf ich eine Zwischenbemerkung machen: Ich kenne sie nicht, aber wenn ich sie kennen sollte, würde sie mich nicht interessieren. Ich beurteile nicht Tischordnungen, wenn der Herr Minister ein Essen gibt.

Rieder: Weil Sie gesagt haben — jetzt noch einmal —, Sie haben verfügt. Ist das diese Liste gewesen, die Sie gemeint haben? Das ist die Liste, wo der Sicherheitsdirektor nicht draufsteht.

Mittermayr: Ich habe natürlich nach diesem Anruf sofort nachgeblättert, und da habe ich gesehen, er ist nicht dabei. Ich sagte: Selbstverständlich, Herr Sicherheitsdirektor! Das ist ganz klar, bei uns werden die Wünsche der Gäste erfüllt. Ich habe den Landeshauptmann informiert, der Sicherheitsdirektor wird auch dabeisein, damit war das für mich eine ganz routinemäßige Sache damals. Wenn jemand anruft, der Gast ist, und wünscht, daß noch nachträglich zusätzlich ein Gast eingeladen wird, so wird diesem Wunsch selbstverständlich Rechnung getragen, und der Herr Sicherheitsdirektor wurde nachträglich dazu eingeladen. Es ist absolut richtig, wie er das dargelegt hat.

Rieder: Diese Liste — das ist die, die Sie heute vorgelegt haben, auf die beziehen Sie sich — ist vom 20. Dezember 1988?

Mittermayr: Ja, das sind die Telefaxe, das sind aber Kopien, die mir zur Kenntnis gebracht wurden. Ein Schreiben ist direkt an mich gegangen und eines an die deutsche Delegation, damit die informiert sind, wer hier teilnimmt. Die deutsche Delegation wollte das ebenso wissen wie auch der Herr Landeshauptmann Haslauer. Er bekommt das in seine Mappe hinein, kann sich dann informieren, wer bei der Vertragsunterzeichnung teilnimmt.

Rieder: Aber diesem Schreiben, Herr Dr. Mittermayr, entnehme ich eigentlich keine Teilnehmerliste. Da steht: 12 Uhr: Mittagessen, gegeben vom Bundesminister Karl Blecha, Hotel „Goldener Hirsch“. Da steht aber nicht, wer dort dabei ist.

Mittermayr: Bitte, Herr Abgeordneter, wenn Sie auf der ersten Seite schauen: 11 Uhr: Unterzeichnung in den Räumlichkeiten des Landeshauptmannes. Da haben Sie genau aufgezählt, wer vom Innenministerium verständigt wurde.

Rieder: Richtig, Herr Dr. Mittermayr, das ist mir schon klar. Es gibt eine Liste für das Programm der Unterzeichnung. . .

Mittermayr: Und wir haben vereinbart, daß diese Personen dann auch zum Mittagessen eingeladen werden. Das ist an sich logisch. (Schieder: Das kann nicht stimmen!)

Rieder: Noch einmal, ich bin mir nicht ganz klar. Gehen wir das Briefertl vom 20. Dezember noch einmal durch. Da heißt es: Sehr geehrter Herr Hofrat! Unter Bezugnahme auf die in dieser Angelegenheit mit Sektionschef Dr. Hermann geführten Telefonate übermittle ich Ihnen das an die

deutsche Seite durchgegebene Programm für die Unterzeichnung. — Das liegt irgendwo als Beilage dabei.

Dann heißt es: Der Delegation der Bundesrepublik Deutschland werden folgende Personen angehören. — Das sind jetzt die deutschen Delegierten. Dann sehe ich eigentlich jetzt keine Liste, wer seitens des Innenministeriums nominiert wird, und keine Liste der von Ihrer Seite Delegierten.

Mittermayr: Haben Sie das nicht dabei? 16. Dezember.

Rieder: Das ist ein Programm, nicht?

Mittermayr: Nein. Das Schreiben an den Regierungsdirektor Handke (phonetisch). (Graff: Der Udo Proksch war nicht eingeladen!)

Rieder: Sie meinen hier in diesem Programm an die deutsche Botschaft steht drinnen: Unterzeichnung in den Räumlichkeiten des Landeshauptmannes. Von österreichischer Seite werden anwesend sein. — Das bezieht sich auf die Unterzeichnung.

Auf der zweiten Seite steht bei mir keine Teilnehmerliste, sondern da steht nur „Mittagessen.“ Jetzt sagen Sie, Sie haben eine Liste bekommen — oder vielleicht habe ich Sie mißverstanden — für die, die am Mittagessen teilnehmen.

Mittermayr: Nein. Bitte darf ich wiederholen. Ich spreche immer nur von dieser Vertragsunterzeichnung. Das Mittagessen war eine Einladung des Herrn Ministers, wobei natürlich vereinbart war, daß alle die, die an der Vertragsunterzeichnung teilnehmen und den offiziellen Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich angehören, auch anschließend eingeladen werden. (Schieder: Nur die?) Und zwei vom Landeshauptmann aus dem Amt der Landesregierung zusätzlich namhaft Gemachte. (Schieder: Und der Blecha hat halt auch wen zusätzlich namhaft gemacht!)

Rieder: Sie haben mit einer gewissen Selbstverständlichkeit gesagt, er war ursprünglich nicht zum Mittagessen eingeladen. Da wollte ich jetzt der Frage nachgehen, worauf sich Ihr Wissensstand stützt.

Mittermayr: Mein Wissensstand stützt sich darauf, daß alle jene, die zum Mittagessen eingeladen wurden, vereinbarungsgemäß uns mitgeteilt werden, weil wir die natürlich dann auch für unsere Vertragsunterzeichnung eingeplant haben. Es war ja eine kombinierte Vorgangsweise. Das ist doch nicht losgelöst zu sehen. Wir sind ja hier im Einvernehmen gewesen.

Rieder: Ja, aber noch einmal: Der Einlader für den Festakt, der ein gemeinsames Ding ist, ist etwas anderes gewesen als die Einladung zum Mittagessen. Wie Sie davon ausgehen konnten, daß es da

keine Veränderungen geben konnte, ist mir jetzt nicht klar.

Mittermayr: Nein, selbstverständlich kann der Herr Minister einen ganz anderen Kreis zu dem Mittagessen einladen. Es war sein Mittagessen, wo völlig frei ist, wen er einlädt. Das ist ganz klar. Nur Tatsache ist, daß eben die Einladung an den Sicherheitsdirektor später ergangen ist als an die übrige Delegation. Das war ja die Ursache, daß auch verspätet der Herr Sicherheitsdirektor uns mitteilen mußte, daß er verspätet zum Mittagessen des Herrn Ministers eingeladen wurde. Aufgrund dieser Tatsache, daß er zum Mittagessen beim Herrn Minister eingeladen ist, erbäte er, daß er auch vorher zu der Unterzeichnung kommen könne. Und da haben wir ihm gesagt, selbstverständlich, wenn er beim Herrn Minister zum Mittagessen eingeladen ist und das der Wunsch des Ministers ist, daß er auch vorher dabei ist, daß wir ihm dann nachträglich mündlich gesagt haben: Bitte, Herr Sicherheitsdirektor, kommen Sie auch zur vorherigen Vertragsunterzeichnung. *(Graff: Damit er nicht nachher extra zum Rapport kommen muß!)*

Rieder: Also Sie haben den Schluß gezogen, aus dem Umstand, daß Sie eine Liste der Teilnehmer am Festakt gehabt haben, daß die identisch sei mit der Teilnehmerliste für das Mittagessen.

Mittermayr: Ich habe nicht den Schluß gezogen, sondern ich habe in mehreren Telefongesprächen diese Liste gemeinsam einvernehmlich erstellt, und sie wurde uns auch dann schriftlich mitgeteilt.

Rieder: Für den Festakt. Aber nicht für das Mittagessen.

Mittermayr: Nicht für das Mittagessen. Ich spreche immer nur vom Festakt. Tatsache ist, daß der Herr Sicherheitsdirektor Thaller nicht zu der Vertragsunterzeichnung geladen war und daß er später gebeten hat, er möge auch dazu geladen werden. Das ist ein Faktum. Ich kann hier nur über Fakten reden.

Rieder: Das ist ja unbestritten. Die Frage ist: Hat es eine merkwürdige Vorgangsweise — wie immer man das bewertet — beim Mittagessen, um das ist es gegangen, gegeben? Die Klarheit, die insofern einmal hergestellt ist: Das waren zwei verschiedene Dinge.

Jetzt bin ich noch immer bei der Frage gewesen, wieso Sie gewußt haben, daß es sich um eine nachträgliche Ergänzung einer Liste zum Mittagessen gehandelt hat.

Mittermayr: Weil wir vereinbart haben, daß alle, die Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich, auch

anschließend zum Mittagessen eingeladen werden.

Rieder: Sie haben erwähnt, daß seitens des Amtes der Landesregierung nachträglich zwei Mitarbeiter nominiert worden sind.

Mittermayr: Nicht nachträglich, die wurden gleich am Anfang eingeladen. *(Graff: Kollege Rieder! Sie strapazieren die Geduld der Koalition!)*

Rieder: Ich weiß es schon. Was heißt, gleich eingeladen?

Mittermayr: Ich habe den Originalakt da, es ist ja alles schriftlich. Ich kann den ganzen Originalakt, wie er ist, mit allen Aktenvermerken . . .

Rieder: Ich möchte nur wissen, wie es war. Sie haben dann die von Ihnen namhaft Gemachten dem Innenministerium übermittelt?

Mittermayr: Ja. Schauen Sie. Wir haben natürlich eingeladen unseren Landesamtsdirektor und die beiden für Katastrophenangelegenheiten aus dem Amt der Landesregierung Zuständigen. Das ist klar.

Rieder: Zum Mittagessen?

Mittermayr: Nein, nicht zum Mittagessen. Wir haben nicht zum Mittagessen eingeladen, sondern wir haben nur dem Ministerium mitgeteilt, daß diese drei Personen teilnehmen werden, und dann war es selbstverständlich die Entscheidung des Herrn Ministers, ob diese als Gäste eingeladen werden. Wie sich herausgestellt hat, waren diese drei Personen — ich wiederhole noch einmal: der Herr Landesamtsdirektor, der dann auch die Vertretung des Herrn Landeshauptmannes wahrgenommen hat, der Landeshauptmann konnte beim Mittagessen nicht teilnehmen, und ich und mein Kollege für Katastrophenhilfe, wir drei vom Amt der Landesregierung — beim Herrn Minister eingeladen. Soweit ist das Kapitel Amt der Landesregierung, Land, Katastrophenhilfe abgeschlossen.

Dann gibt es den zweiten Bereich Innenministerium, und zwar hier gibt es die Delegation der Bundesrepublik Deutschland und es gibt die Delegation Österreich. Da haben wir einvernehmlich diese Listen erstellt, und diese Kontakte zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich wurden auf den Ebenen der beiden Ministerien durchgeführt. Wir haben die Einladungsliste überlegt, und uns wurden dann mit Telefax-Schreiben diese beiden Listen schriftlich bekanntgegeben, so setzen sie sich zusammen, und so haben wir das zur Kenntnis genommen. Wir müssen ja wissen, wenn wir hier einen Festakt haben beim Land, wie viele Teilnehmer sind. Wir müssen das ja vorbereiten, organisieren, die Größe des Raumes. Das heißt, das war für uns die Basis, wer an der Vertragsunterzeichnung teil-

nimmt, das heißt, diejenigen plus die zwei zusätzlich vom Amt Geladenen, das war für uns die Basis, daß wir ordnungsgemäß die Sache organisieren können.

Rieder: Für den Festakt?

Mittermayr: Für den Festakt. Damit war alles organisiert. Und dann kam nachträglich der Anruf, daß offensichtlich verspätet der Herr Sicherheitsdirektor eingeladen worden wäre vom Herrn Minister Blecha zu dem Mittagessen und er, der Herr Minister, natürlich bitte, daß, wenn er schon beim Mittagessen ist, er auch vorher eingeladen wird zur Vertragsunterzeichnung.

Also an sich eine ganz logische selbstverständliche Sache. Wir haben gesagt: Selbstverständlich ist er dazu eingeladen. (*Schieder: Woher wissen Sie, daß es verspätet war?*)

Rieder: Also Sie haben über die Einladung des Sicherheitsdirektors Thaller nicht durch ein Schriftstück wie bei den anderen Listen Kenntnis bekommen, sondern durch den Anruf des Sicherheitsdirektors.

Mittermayr: Durch den Anruf des Sicherheitsdirektors.

Rieder: Und hängt das damit zusammen, daß das zeitlich so knapp war, oder womit hängt das zusammen? (*Gaigg: Was soll da bewiesen werden?*)

Mittermayr: Tatsache war, daß nach dieser schriftlichen Information der Anruf gekommen ist, daß der Herr Minister wünsche, daß er auch bei der Vertragsunterzeichnung dabei ist.

Ermacora: Herr Vorsitzender!

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung.

Ermacora (zur Geschäftsordnung): Könnte uns der Fragesteller, damit wir Anteil nehmen können an seiner Fragestellung, erklären, wohin seine Zielrichtung des Fragens gerichtet ist. Denn ich habe den Eindruck . . . (*Schieder: Das müßte man bei anderen auch oft fragen!*) Nicht bei mir, bitte.

Rieder: Herr Professor Ermacora, wenn ich mir die Bemerkung gestatten darf: Wir haben hier eine sehr aufwendige Sitzung mit einer sehr umfangreichen Gegenüberstellung vorgenommen. Anlaß für diese aufwendige Sitzung mit dieser Gegenüberstellung waren, genaugenommen dieses „Kurier“-Interview und die Erklärungen darüber, welche Ungeheuerlichkeit es ist, daß plötzlich der Sicherheitsdirektor Thaller eigentlich nicht zufällig bei dem Mittagessen war, sondern nachträglich hineinreklamiert wurde. (*Graff: Das ist ja erwiesen!*)

Das ist eben nicht erwiesen, sondern geklärt ist bisher allein, daß es einmal eine Intervention gegeben hat des Sicherheitsdirektors Thaller auf Beziehung zum Festakt. Mich interessiert noch immer die Frage, wieso der Herr Dr. Mittermayr weiß, daß es erst nachträglich eine Einladung zum Mittagessen gegeben hat. Das interessiert mich, wieso er das weiß.

Jetzt können Sie es nachvollziehen, Herr Professor.

Mittermayr: Erstens: Weil wir in vielen mündlichen Telefongesprächen die Einladungsliste einvernehmlich festgelegt haben, zweitens: weil uns aufgrund dieser vielen Telefongespräche die Einladungsliste schriftlich mitgeteilt wurde.

Rieder: Für den Festakt?

Mittermayr: Für den Festakt, ja. (*Schieder: Das schließen Sie, aber das muß ja nicht stimmen, der kann ja gleichzeitig eingeladen worden sein! Wissen Sie, ob dessen Brief später eingegangen ist als der bei Ihnen zum Essen? Woher wissen Sie das eigentlich?*)

Rieder: Wann haben Sie das Schreiben zum Mittagessen bekommen, und wann wissen Sie, daß es Dr. Thaller bekommen hat?

Mittermayr: Diese beiden Telefax-Schreiben, darf ich Ihnen sagen, sind ganz jüngsten Datums. Sie stehen zwar hier datiert mit 16. Dezember, eingetroffen sind sie aber am 21. Dezember.

Rieder: Herr Dr. Mittermayr, ich möchte es vereinfachen. Die Frage ist: Sie können aus eigenem Wissen sagen, daß der Sicherheitsdirektor Thaller Ihnen das erzählt hat, Sie können aus eigenem Wissen sagen, wann Sie die Einladung bekommen haben. Aber wissen Sie, wann der Sicherheitsdirektor Thaller die Einladung zum Mittagessen bekommen hat?

Mittermayr: Herr Abgeordneter! Ich weiß ganz zuversichtlich, und das weiß ich, daß wir bei meinen Gesprächen, und ich mache das Protokoll lang genug, mit dem Innenministerium diese Liste, wie sie hier vorliegt, ausführlich besprochen haben, und als Bestätigung dessen, was wir ausführlich besprochen haben, liegt dies vor.

Es kommt ja immer wieder vor, daß nachträglich jemand nachgenannt wird.

Rieder: Herr Protokollchef, es geht nicht um Ihr Protokoll. Mir geht es nur darum: Woher wissen Sie, ob Sie früher als der Sicherheitsdirektor Thaller zum Mittagessen eingeladen worden sind?

Mittermayr: Das wäre mir sicherlich mitgeteilt worden.

Rieder: Sie haben mir zuerst in einer Zwischenbemerkung gesagt, der protokollarische Ablauf beim Mittagessen interessiert Sie nicht, wenn es der Innenminister veranstaltet.

Mittermayr: Nein, das nicht, nur die Teilnehmerliste.

Rieder: Also Sie gehen davon aus, es wäre Ihnen früher mitgeteilt worden, wenn man den Sicherheitsdirektor . . .

Mittermayr: Ja.

Rieder: Das ist Ihre Schlußfolgerung?

Mittermayr: Sicherlich.

Rieder: Gut, danke.

Obmann Steiner: Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Zwei kurze Fragen: Kommt ein solcher Festakt öfter vor, daß ein Vertrag unterzeichnet wird?

Mittermayr: Ja.

Helene Partik-Pablé: Ist es üblich, daß der Sicherheitsdirektor eines Landes eingeladen wird?

Mittermayr: Es hängt von der Art der Unterzeichnung ab, auch davon, wie repräsentativ eine Veranstaltung ist. Es kann eine Veranstaltung so repräsentativ sein, daß die Unterzeichnung in einem großen Rahmen, beispielsweise in der Salzburger Residenz mit 200 Personen ist, wo dann einfach alle Behördenleiter eingeladen werden. Oder es kann sich um einen Festakt handeln, der im kleinen Kreis durchgeführt wird, und das war in diesem Falle so. Sie sehen, die beiden Delegationen sind ganz klein. Es war in den Amtsräumen des Landeshauptmannes, also nicht in einem der Salzburger Landesschlösser, sondern dieser Festakt wurde ganz bewußt in kleinem Rahmen durchgeführt.

Helene Partik-Pablé: Herr Bundesminister Blecha hat hier im Ausschuß gesagt, es ist üblich, daß zu solchen Vertragsunterzeichnungen, zu solchen Festakten der jeweilige Sicherheitsdirektor eines Landes eingeladen wird. Daher war es selbstverständlich, daß auch Thaller eingeladen wird. Der Herr Minister hat aber offensichtlich gewußt, daß er da nicht eingeladen war. Ist das richtig?

Mittermayr: So ist es.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Eine zweite Frage. Ich kann mich erinnern — ich habe nur leider die Protokolle nicht da —, daß Herr Dr. Thaller hier gesagt hat, er hat bei Ihnen angerufen und hat ersucht, er möge auch zum Mit-

tagessen eingeladen werden. Sie haben ihm daraufhin gesagt, na ja, nur zum Mittagessen, zum Festakt auch. Sie haben ihm das nahegelegt, er soll auch ersuchen, zu dem Festakt eingeladen zu werden. Thaller hat hier auch noch gesagt, es war ihm nachher ein bisserl peinlich, daß er nur ersucht hat, zum Mittagessen eingeladen zu werden. Können Sie sich an das nicht mehr erinnern?

Mittermayr: Nein, darf ich das ein bisserl korrigieren.

Helene Partik-Pablé: Korrigieren Sie es, aber nehmen Sie Bezug darauf.

Mittermayr: Er hat wortwörtlich gesagt, er wäre vom Herrn Minister zum Mittagessen eingeladen und würde daher bitten, daß er auch zum vorherigen Festakt eingeladen wird.

Helene Partik-Pablé: Nicht Sie haben es ihm nahegelegt?

Mittermayr: Nein.

Helene Partik-Pablé: Er hat nämlich gesagt, es war ihm ein bisserl peinlich, daß er nur ersucht hat, zum Mittagessen eingeladen zu werden.

Mittermayr: Nein, umgekehrt. Zum Mittagessen hat ja der Herr Minister eingeladen, das steht ihm ja völlig frei.

Helene Partik-Pablé: Das ist mir jetzt alles völlig klar nach dieser halben Stunde.

Mittermayr: Es ist natürlich unangenehm, wenn der Herr Sicherheitsdirektor zum Mittagessen kommt, und vorher ist eine Vertragsunterzeichnung, wo zwei Minister anwesend sind. Daher hat er gebeten, er möge auch eingeladen werden, der Herr Minister wünsche, daß er dabei sei, denn ich muß ja den Herrn Landeshauptmann informieren. Der Herr Landeshauptmann bekommt, wenn er hinausgeht und die Gäste begrüßt, diese Liste. Jetzt muß ich dem Herrn Landeshauptmann sagen: Herr Landeshauptmann, über Wunsch des Ministers ist jetzt auch der Sicherheitsdirektor dabei. Denn das muß ja seine Ordnung haben.

Daher habe ich dem Herrn Landeshauptmann gesagt, der Herr Sicherheitsdirektor habe mich angerufen, es wäre der Wunsch des Herrn Ministers, daß er auch dabei wäre, habe gesagt: Herr Landeshauptmann, auch der Herr Sicherheitsdirektor ist dabei. Also an sich eine ganz einfache, übliche Sache.

Helene Partik-Pablé: Das hat dann seine Ordnung gehabt.

Mittermayr: Das hat dann seine Ordnung gehabt.

Helene Partik-Pablé: Ja, danke.

Obmann Steiner: Danke.

Herr Abgeordneter Schieder, bitte.

Schieder: Ich habe zwei kurze, klare Fragen an Sie. Sie haben darauf hingewiesen, daß Sie den Akt da haben und daß er ganz vollständig ist. Ich möchte Sie bitten, mir zu sagen: Welches Datum trägt der Eingangsstempel der Einladung zum Mittagessen an Sie vom Herrn Bundesminister?

Mittermayr: Herr Abgeordneter! Eine gedruckte Einladung bekommt bei uns keinen Akteneingangsstempel. Ich habe sie hier, die Einladung an den Herrn Landeshauptmann und an mich. Aber es ist nirgendwo üblich, daß eine gedruckte Einladung zu einem Mittagessen einen Eingangsstempel hat, in unserer Kanzlei nicht, es wird im Akt abgelegt.

Schieder: Also Sie geben nicht wie zum Beispiel beim Amt der Wiener Landesregierung dann auf das Kuvert den Eingangsstempel für so eine Einladung?

Mittermayr: Nein.

Sie sehen auch hier, „U.A.w.g.“ wurde durchgestrichen. Sonst hätte man ein Datum durch den Auslaufstempel der Antwort gehabt. Aber das Durchstreichen des „U.A.w.g.“ bedeutet, daß bereits zugesagt wurde und daß daher die Sache protokollarisch ganz richtig war.

Schieder: Also Sie wissen nicht, wann die Einladung bei Ihnen eingelangt ist? (Graff: Zwei Fragen, haben Sie gesagt!) Ich muß noch eine Zusatzfrage stellen. Sie haben schon bei Wortmeldungen dreimal gesagt: Ich stelle eine letzte Frage.

Ich stelle meine zweite Frage: Ist es üblich, wenn irgendeine Unterzeichnung oder ein Festakt betreffend ein Ministerium ist und es gibt von dem Ministerium auch eine Landesdienststelle, daß der höchste Landesbeamte des Ministeriums eingeladen wird? Also: Hätten Sie einen Festakt oder eine Unterzeichnung mit dem Verteidigungsminister und Sie würden einladen, würden Sie den Militärkommandanten dazu einladen, haben Sie einen mit dem Bautenminister, würden Sie den Chef der Bundesstraßenverwaltung im Land dazu einladen oder nicht?

Mittermayr: Es würde zum Beispiel bei einer Veranstaltung des Verteidigungsministeriums der Militärkommandant in jedem Fall eingeladen werden.

In diesem Fall gibt es aber im Innenministerium verschiedene Sektionen. Es hat sich hier nicht

um eine reine Sicherheitsangelegenheit gehandelt, sondern um Katastrophenhilfe . . .

Schieder: Nein, ich wollte nur wissen, ob man zum Beispiel schließen . . . (Graff: Lassen Sie ihn antworten!) Ach so, jetzt wollen Sie es verlängern, wenn es Ihnen paßt. Sie machen das sehr selektiv, Herr Kollege!

Mittermayr: Für die Vollziehung des Katastrophenhilfegesetzes ist die Landesregierung zuständig. Sie werden zum Beispiel sehen, daß Sie auch bei der Bundesrepublik Deutschland dort nicht den Sicherheitsdirektor haben, sondern hier haben Sie den Herrn Ministerialdirigenten Bayer (*phonetisch*), Leiter der Abteilung Katastrophen- und Zivilschutz und Notfallvorsorge. Auch der Herr Sektionschef Hermann ist in dieser Eigenschaft — in seiner Abteilung ist der Zivilschutz — eingeladen worden. Bei uns sind die Zuständigen für Zivilschutz und Katastrophenhilfsdienst eingeladen worden. Ich darf noch einmal wiederholen: Landesamtsdirektor, dann meine Wenigkeit und unser Leiter des Referates für Katastrophenhilfe. (Graff: Es gibt kein Visavis bei den Deutschen!) Es ist eine eindeutige sachliche Angelegenheit gewesen im Hinblick auf den kleinen Kreis.

Sie haben recht, Herr Abgeordneter, wenn es ein größerer Kreis gewesen wäre, dann hätte man aus dem Bereich der Exekutive den Polizeidirektor, Landesgendarmieriekommandant und, und, und Behördenleiter eingeladen. Wie gesagt, es hängt dann immer vom Kreis ab. Wenn von Haus aus gesagt worden wäre, wir legen ganz großen Wert darauf, dann wäre von Haus aus der Sicherheitsdirektor eingeladen worden, überhaupt kein Problem.

Schieder: Auch wenn mich der Kollege Graff jetzt noch einmal kritisieren wird, wenn ich eine Zusatzfrage stelle. Ich sage das aus eigener Erfahrung, ich war elf Jahre in der Wiener Landesregierung für den Katastrophenschutz zuständig, und zu allem, auch im kleinsten Kreis, sind neben dem Chef der Wiener Feuerwehr, in dessen Bereich das fällt, selbstverständlich immer drei Leute dazu eingeladen worden: der Bögl, der Polizeipräsident und der Militärkommandant, weil es in der Durchführung eines Katastrophenfalles auch Querzuständigkeiten gab. Darum wäre das für mich auch selbstverständlich, daß die dazugehörten. Es ist bei anderen Ministerien selbstverständlich, daher kann auch durchaus ein Minister davon ausgegangen sein, daß es selbstverständlich ist, so jemanden einzuladen. — Danke schön.

Mittermayr: Dazu darf ich sagen, das kann nicht selbstverständlich sein, denn sonst würden sie auf der Liste stehen, wenn das so selbstverständlich ist. Landeshauptmann Haslauer ist auch

selbstverständlich, er steht aber auch auf der Liste.

Ich verstehe das nämlich nicht. Man kann vereinbaren mit dem Ministerium, daß der Sicherheitsdirektor dabei ist, oder man kann vereinbaren, daß er nicht dabei ist. Das ist eine Sache, die man vereinbart. Aber wenn die Vereinbarung steht, dann hält sie und dann wird sie uns so mitgeteilt. Und wenn draufsteht: Bitte, laden Sie den Sicherheitsdirektor zusätzlich ein, dann wird er eingeladen.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Sind noch irgendwelche Fragen? — Nein.

Ich danke, Herr Zeuge. (10.50 Uhr)

Der nächste Zeuge ist Herr Mag. Bernkopf.

**Protokoll
über die
Zeugeneinvernahme
von
Mag. Helmut Bernkopf
im Sinne des § 271 StPO**

(10.50 Uhr)

Obmann Steiner: Herr Mag. Bernkopf! Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar. Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Ihr Name bitte.

Bernkopf: Helmut Bernkopf.

Obmann Steiner: Geburtsdatum.

Bernkopf: 6. 1. 1944.

Obmann Steiner: Beruf, bitte.

Bernkopf: Bundesbeamter.

Obmann Steiner: Wohnort.

Bernkopf: 1010 Wien, Stubenbastei 2.

Obmann Steiner: Danke.

Sind Sie von der Verschwiegenheitspflicht entbunden worden?

Bernkopf: Ja.

Obmann Steiner: Haben Sie ein Dokument mit?

Bernkopf: Ja.

Obmann Steiner: Danke sehr.

Als erster Frager ist Herr Abgeordneter Dr. Pilz an der Reihe. Bitte.

Pilz: Herr Mag. Bernkopf! Ich schlage vor, wir beginnen mit einem konkreten Beispiel. Ich habe da vor mir liegen — Sie kennen es sicherlich — die staatspolizeiliche Beobachtung eines Vortrages des Herrn Preuterebner in Wels vom 15. 4. 1988, wo dann steht: Herrn Bundesminister mit der Bitte um Kenntnisnahme. Die Unterschrift darunter, vermute ich, ist Ihre: Bernkopf, 19. 4., und dann Bl, also Blecha, 20. 4. Da ist in der Buchhandlung Kellner ein Vortrag des Herrn Preuterebner staatspolizeilich beobachtet worden, der dort über Einladung der ÖVP, wie die Staatspolizei da mitteilt, eben über sein Buch referiert hat. Können Sie einmal an Hand dieses Beispiels schildern, wie es zu diesen Beobachtungen gekommen ist?

Bernkopf: Herr Abgeordneter! Es war nach meiner Erinnerung so, daß mir der Herr Bundesminister dieses Flugblatt übergeben hat, und zwar mit dem Vermerk: Ist darüber etwas bekannt? Das Ganze war am 13. 4. Ich habe dann dieses Flugblatt eben an den Leiter der Gruppe staatspolizeilicher Dienst, hier erkenntlich gemacht mit Gruppe C, übermittelt. Da ich an diesem Tag, dem besagten 13. 4., aber mit dem Gruppenleiter nicht Kontakt aufnehmen konnte, wurde es eben von mir berichtet auf 14. 4. Das ist auch aus der Ablichtung, die Ihnen zur Verfügung steht, glaube ich, klar ersichtlich. Ich habe das dem Gruppenleiter C eben fernmündlich ankündigen wollen. Da es mir aber an diesem Tag nicht möglich gewesen ist, habe ich es eben dann am 14. 4., als ich mit ihm Kontakt gehabt habe, an ihn übermittelt.

Das Ganze steht in einem ursächlichen Zusammenhang auch mit diesem anderen Ihnen vorliegenden Dokument, das ich als Information für den Herrn Bundesminister abgefaßt habe. Meiner Erinnerung nach ist es so gewesen, daß der Minister mir einerseits das Flugblatt übergeben hat und andererseits mich darauf hingewiesen hat, daß er eben Kenntnis erlangt hätte, daß auch im NIG eine solche Veranstaltung gewesen wäre.

In Anbetracht dessen habe ich auch, eben weil ich den Leiter der Gruppe staatspolizeilicher Dienst nicht erreichen konnte, letztlich dann den Sekretär des Herrn Polizeipräsidenten angerufen, eben den Oberkommissär Mag. Schabenböck, und habe ihn ersucht, mir hier behilflich zu sein.

Pilz: Wissen Sie, woher der Minister dieses Flugblatt hatte?

Bernkopf: Ich habe das der gestrigen APA-Meldung entnommen, und ich glaube, mich auch er-

innern zu können, daß der Minister damals gesagt hat, er hätte das von einem oberösterreichischen Abgeordneten erhalten.

Pilz: Das heißt, der Minister hat von einem oberösterreichischen Abgeordneten ein Flugblatt mit einer Einladung zu einer Pretterebner-Veranstaltung bekommen und hat dann selbst den Auftrag gegeben, das staatspolizeilich untersuchen zu lassen.

Bernkopf: Nein, er hat hier den Vermerk darauf gemacht: Ist darüber etwas bekannt? Und dieses Flugblatt habe ich an den Leiter der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, eben an Ministerialrat Dr. Schulz, weitergeleitet.

Pilz: Warum war es eigentlich bei Vorträgen eines Buchautors selbstverständlich, daß man sich da gleich bei der Staatspolizei informiert?

Bernkopf: Herr Abgeordneter! Darf ich da bitte etwas einfließen lassen. Ich bin, nachdem ich in den Polizeidienst eingetreten bin, eben auf verschiedenen Kommissariaten in Wien verwendet worden und bin selbst mit 1. 6. des Jahres 1974 in die Staatspolizeiliche Abteilung der Bundespolizeidirektion Wien gekommen. Ich war dann eben unter anderem auch im Staatspolizeilichen Büro zwei Jahre lang tätig. Mein unmittelbarer Vorgesetzter war damals eben Oberpolizeirat Mag. Liebhart, den Sie ja heute auch noch als Zeugen hier hören werden. Und ich bin mit 1. Juni des Jahres 1980 in die Gruppe Staatspolizeilicher Dienst als Referent gekommen und war hier in der Abteilung II/7 Referent genauso wie Dr. Knechtsberger, der damals sogar mein Zimmernachbar gewesen ist. Mein unmittelbarer Vorgesetzter war hier der Ministerialrat Dr. Schulz in seiner Eigenschaft als Leiter der Abteilung II/7, und darüber war der jetzige Sektionschef Dr. Hermann, der war der damalige Leiter der Gruppe.

Pilz: Gut, damit ist erklärt, daß Sie sich im staatspolizeilichen Bereich ganz gut auskennen.

Bernkopf: Ich habe zehn Jahre staatspolizeiliche Tätigkeit hinter mir. Ich will das nicht verhehlen. Ich bin auch aus der Gruppe C, sprich aus der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, eben im Juli des Jahres 1984 in das Büro des Bundesministers gekommen.

Pilz: Jedenfalls wollte der Minister, daß Sie das klären, und Sie haben dann eine staatspolizeiliche Klärung veranlaßt. Gehört das zu den staatspolizeilichen Aufgaben, zu untersuchen, was da ein Autor in seinen Vorträgen verkündet?

Bernkopf: Herr Abgeordneter! Ich hoffe, Sie haben Verständnis dafür, daß ich es nur aus meiner Sicht sagen kann. Ich bin der Meinung, daß es sehr wohl auch zu den Aufgaben der Staatspolizei

gehört, eben solchen Dingen nachzugehen. Man kann hier geteilter Ansicht sein, und ich bin auch sicher der letzte, der nicht Verständnis hätte, wenn man eben die staatspolizeiliche Tätigkeit konkret umreißen würde und vielleicht eine Determination der Aufgaben vornehmen würde.

Pilz: In welcher Hinsicht war eigentlich die Staatssicherheit durch die Vorträge des Herrn Pretterebner betroffen?

Bernkopf: Nein, ich würde nicht sagen, die Staatssicherheit war hier bei Gott nicht betroffen. Der Autor Hans Pretterebner, der ein sicher sehr, sehr griffiges Buch geschrieben hat, und ich muß Ihnen ehrlich gestehen, ich habe es auch mit großem Interesse gelesen, war in der Lage, Sachverhalte aufzurollen, die sicher vom Staatspolizeilichen her sehr, sehr interessant sind.

Sie wissen selbst, es sind auch zahlreiche Dokumente aus dem Bereich der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst in Faksimile in diesem Buch enthalten. Ich möchte sagen, er hat auch zahlreiche Problemfelder angesprochen, wie Technologietransfer, Spionage und so weiter, und ich bin der Ansicht, ich verhehle das nicht, daß es zweifelsfrei zum Aufgabenbereich der Staatspolizei gehört, sich darüber auch zu informieren.

Pilz: Pretterebner hat ein gutes Buch geschrieben, da ist ohnehin schon alles dringestanden, was er auch dann bei seinen Vorträgen gesagt hat. Davon hat sich die Staatspolizei schon bei den ersten beobachteten Vorträgen überzeugen können.

Bernkopf: Bitte, darf ich da etwas richtigstellen. Für mich war das das erste Mal, daß ich damit konfrontiert worden bin.

Pilz: Bei der Sache in Wels?

Bernkopf: Ja. Vorher war mir das nicht bekannt. Ich habe aus Medienberichten gewußt, daß Vorträge laufend gehalten werden. Aber noch einmal: Konkret befaßt war ich das erste Mal mit dem Buch „Der Fall Lucona“ im Jänner des Jahres 1988.

Pilz: Dann steht auf dem gleichen Blatt ein Aktenvermerk: Eine weitere Veranstaltung fand am 24. 3. 1988 in Ried statt. Fernschreiben der Sicherheitsdirektion Oberösterreich folgt. Und dann der wichtige Satz: Die Sicherheitsdirektion Oberösterreich wird versuchen, festzustellen, ob auch noch in anderen Orten in Oberösterreich Veranstaltungen abgehalten wurden. Was hat das mit der Staatssicherheit zu tun?

Bernkopf: Wenn ich das ganz kurz erläutern darf: Das ist ein Aktenvermerk, den der jetzige Leiter der Abteilung II/7, der Ministerialrat Dr. Bertl, angebracht hat.

Er hat mich — und ich glaube, mich richtig erinnern zu können — damals angerufen und hat mir mitgeteilt, daß eben noch zwei weitere Vorträge angeblich stattgefunden haben sollen, und zwar der eine, wie Sie ja auch hier diesem Fernschreiben entnehmen können, wäre in Grieskirchen gewesen, der andere in Ried in der Riedmark.

Pilz: Wozu müssen Sie über jeden Vortrag des Herrn Pretterebner informieren? Warum werden Aufträge gegeben, zu recherchieren, wo er noch Vorträge hält? Was für einen Sinn ergibt das?

Bernkopf: Nein. Ich kann das, bitte, heute aus der Erinnerung nur mehr so erklären, daß eben der Minister sich für diese Sache einmal interessiert hat aufgrund des Flugblattes. Dann war es für mich eigentlich nicht mehr notwendig, neuerlich mit dem Minister Kontakt zu halten und ihn zu fragen, ob er jetzt wissen möchte, ob ein Vortrag in Ried in der Riedmark oder in Grieskirchen stattgefunden hat.

Ich habe den Kollegen gesagt: Na gut, wenn es drinnen ist, das Fernschreiben hatte ich ja zu diesem Zeitpunkt nicht, das möchte ich ausdrücklich betonen und das sehen Sie auch daran, daß ich es ja dem Minister am 19. 4. erst vorgeschrieben habe, das war also jener Tag, wo ich es erhalten habe.

Pilz: Das heißt, war es Ihnen zu diesem Zeitpunkt klar, daß der Minister über jeden Vortrag des Herrn Pretterebner informiert sein wollte?

Bernkopf: Nein, ich möchte ausdrücklich betonen, daß mir zum damaligen Zeitpunkt bekannt war, daß Vorträge gehalten werden. Das jetzt eben hier hineininterpretierte Interesse des Ministers, nämlich ein weitergehendes Interesse, auf das der Herr Abgeordnete anspielt, war mir damals nicht bekannt.

Pilz: Wer hat dann Interesse daran gehabt, über jeden Vortrag des Herrn Pretterebner informiert zu werden, oder ist das zufällig passiert?

Bernkopf: Ich würde meinen, dadurch, daß der Minister dieses Flugblatt erhalten hat, wollte er halt wissen, wie es tatsächlich aussieht. Darum hat er diesen Vermerk angebracht. Der zuständige Kollege hat mich dann informiert. Da kann ich mich erinnern, daß ich damals gesagt habe: Na gut, wenn das so ist, dann frag halt dort nach. Über den Aktenvermerk, der dann darunter noch angebracht wurde, da, muß ich ehrlich sagen, hat er mit mir nicht gesprochen, weil ich ihm sicher keinen Auftrag in dieser Richtung gegeben habe, daß er in ganz Oberösterreich nachzufragen hätte.

Pilz: War das dann ein übereifriger Dr. Bertl, der den Kabinenchef und den Minister überinterpretiert hat?

Bernkopf: Nein. Ich habe so einen Auftrag, bitte, nicht gegeben.

Vielleicht darf ich da eines einfließen lassen. Wir haben vor der „Pressestunde“ des Herrn Bundesministers, die, glaube ich, am Sonntag, den 15. 1., war, eben auch über diese Sache gesprochen, weil damals schon in den Zeitungen von diesen angeblichen Spitzelaktionen berichtet worden ist. Dr. Bertl hat mir damals gesagt — und ich kann das heute nur zur Kenntnis nehmen —, er hätte ausschließlich über unser Ersuchen in dieser Sache agiert.

Ich muß dazu sagen, ich kann mich erinnern, daß ich damals gesagt habe, wenn in Grieskirchen oder in Ried in der Riedmark eine Veranstaltung gewesen sein soll, dann frage halt nach, ob das tatsächlich ist. Der darunter hingeschriebene Aktenvermerk war nicht meinem Auftrag entsprechend.

Pilz: Das heißt, hier besteht, wenn ich Sie richtig verstehe, ein Widerspruch zwischen Dr. Bertl und Ihnen.

Bernkopf: Ja, ich kann das nur so sehen.

Pilz: Dr. Bertl sagt, es war klar ein Ersuchen von Ihrer Seite. Sie sagen, das hat er möglicherweise ...

Bernkopf: Nein, ich habe das Ersuchen sicher — und daran kann ich mich auch erinnern — eben gestellt, ...

Pilz: In bezug auf Grieskirchen?

Bernkopf: Ja. . . ., wenn zwei weitere Veranstaltungen in dem Fernschreiben genannt werden, dann möge er halt darüber auch einen kurzen Bericht anfordern.

Pilz: Dann hat der Dr. Bertl das etwas überinterpretiert und hat gleich gesagt: Was hat der Pretterebner sonst noch gemacht?

Bernkopf: Ich möchte den Dr. Bertl hier in keiner Weise präjudizieren. Er wird ja auch vor dem Ausschuß auszusagen haben.

Pilz: Wir werden ihn auch noch befragen.

Bernkopf: Er hat nur damals gesagt: Wenn ich tätig geworden bin — und ich kenne den Dr. Bertl auch seit ich im Innenressort bin, weil er ja damals auch im Rahmen der Generaldirektion Journdienst geleistet hat . . . Ich würde das auch nicht wollen, daß ich hier irgendeinen Kollegen hineintheatere oder mich auf ihn ausrede.

Pilz: Würden Sie Ihr Handeln als weisungsgemäß bezeichnen?

Bernkopf: Weisungsgemäß — würden Sie diesen Begriff näher umschreiben?

Pilz: Daß Sie einer Weisung eines Vorgesetzten, es kommt sowieso nur der Minister in diesem Fall in Frage, Folge geleistet haben.

Bernkopf: Ich habe es damals für nicht notwendig erachtet, neuerlich den Minister zu fragen, ob er jetzt daran interessiert ist, auch zu wissen, ob in Grieskirchen oder in Ried in der Riedmark ein Vortrag stattgefunden hat.

Pilz: Aber Sie handeln ja nicht, wenn ich Ihre Position im Kabinett richtig beurteile, anstelle des Ministers, sondern im Auftrag des Ministers.

Bernkopf: Ja.

Pilz: Haben Sie also weisungsgemäß gehandelt?

Bernkopf: Ich kann nur noch einmal auf das Flugblatt verweisen. Hier hat der Minister, glaube ich, relativ deutlich umrissen, er ist daran interessiert, zu wissen, was man darüber weiß. Ich habe das in diesem Sinne interpretiert.

Pilz: Gehen wir das jetzt rasch durch: Kongreßhaus in Salzburg. Hat es da eine spezielle Anforderung von seiten des Ministers gegeben, oder war das auch im Rahmen Ihrer Generalinterpretation?

Bernkopf: Nein, zu diesem Kongreßhaus in Salzburg, Sie meinen den Vortrag vom 29. 6.

Pilz: Richtig. Da hat es wieder eine staatspolizeiliche Beobachtung eines Pretterebner-Vortrags gegeben, einen vielseitigen, einen 13seitigen Bericht. Mir ist aufgefallen, daß in größeren Städten die Berichte immer länger werden und in kleinen Orten offensichtlich Kurzberichte genügen. Auftrag des Ministers oder wieder Generalinterpretation des Kabinettschefs?

Bernkopf: Darf ich Ihnen hier dazu ausführen: Zu diesen Ihnen vorliegenden Dokumenten kann ich überall eine Erklärung abgeben.

Hier habe ich versucht, eine Erklärung zu finden, und ich finde keine. Ich kenne hier eine APA-Meldung vom 30. 6., die Ihnen aber nicht vorliegend ist, wo berichtet worden ist, daß im Kongreßhaus in Salzburg ein solcher Vortrag stattgefunden hat. Auch über dieses Dokument habe ich damals mit dem Dr. Bertl gesprochen, und er hat gesagt, auch das wäre nur quasi über unsere Anforderung geschehen, wenn eben ein solcher Auftrag ergangen ist. Ich kann mich nicht erinnern, ich gebe es offen und ehrlich zu, ich weiß es nicht. Ich wüßte nicht, woher ich es ge-

wußt hätte vorher. Das ist das einzige Dokument, wo ich keine logische Erklärung habe.

Pilz: Vortrag im neuen Institutsgebäude, Universität Wien, Bericht vom 16. 4. 1988. Schränken wir das fragemäßig immer nur auf das ein.

Bernkopf: Darf ich Ihnen dazu ganz kurz sagen: Ich habe damals eben am 13. April, das war im Zusammenhang mit dem Flugblatt vom Minister zu sehen, eben die Information erhalten, wonach im NIG ein solcher Vortrag sein sollte. Ich habe mich, wie ich Ihnen zuerst schon ausgeführt habe, an den Mag. Schabenböck gewendet . . .

Pilz: Das war so im ersten besprochenen Fall, Flugblatt vom Minister erhalten?

Bernkopf: Wenn ich mich richtig erinnere, hat mir der Minister dieses Flugblatt mit dem Vermerk gegeben und mich auch darauf hingewiesen, daß im NIG ein solcher Vortrag sein wird. Da ich Näheres nicht gewußt habe . . .

Pilz: Entschuldigen Sie: Hat er gesagt, daß ein Vortrag sein wird?

Bernkopf: Sein soll, bitte. Und darum habe ich es auch relativ genau geschrieben, weil ich nur wußte, es soll einer sein. Da habe ich den Kollegen ersucht, er möge mir Genaueres mitteilen. Darum habe ich hier ausgeführt, daß am 15. April um 19.30 Uhr im NIG im Hörsaal 1 dieser Vortrag zu dem Thema, das ich dann angeführt habe, stattfinden wird.

Pilz: Der Minister hat Sie also davon informiert, daß ein Vortrag stattfinden wird, also vor diesem Vortrag?

Bernkopf: Er muß eine Information gehabt haben, wonach er stattfinden soll. Näheres wußte er nicht.

Pilz: Hat er Ihnen ein Flugblatt gegeben?

Bernkopf: Nein.

Pilz: Er hat Sie einfach informiert von dieser Veranstaltung?

Bernkopf: Er hat nichts Näheres gewußt. Er wußte nur, daß so etwas stattfinden soll. Da hat mir dann Kollege Schabenböck mitgeteilt, daß von der Abteilung I der Bundespolizeidirektion Wien, sprich also der staatspolizeilichen Abteilung, an dieser Veranstaltung zwei Beamte teilnehmen werden.

Pilz: Hat Ihnen der Minister gesagt: Schauen Sie sich das an, oder irgend so etwas? Er wollte von Ihnen informiert werden, was da ist?

Bernkopf: Ja, darum habe ich auch eine Information für ihn letztlich abgefaßt.

Pilz: Hermagor, 21. 11., Tagesbericht vom 13. 11. 88, da ist nur mit Ihrer Paraphe oben abgezeichnet mit 21. 11.

Bernkopf: Sie meinen den Tagesbericht vom 15. 11. 1988?

Pilz: Da steht 13. 11., aber vielleicht war es am 15. Da steht: Veranstaltungsvorschau.

Bernkopf: Ja, ich lese das, Herr Abgeordneter, als 15. 11. Noch einmal: Das war über den Journaldienst gekommen, und zwar ist hier oben von unserem jeweiligen Journalbeamten, also dem Konzeptsbeamten, die Auszeichnung erfolgt auf Kabinett des Ministers, Büro für Öffentlichkeitsarbeit, Abteilung II/7 und II/6.

Pilz: Es war also klar für einen Staatspolizeibeamten in Kärnten, daß er eine Fernschrift zu richten hat an das Innenministerium, wenn ihm ein Pretterebner-Vortrag bekannt wird?

Bernkopf: Nein, darf ich dazu eines sagen: Es hat hier überhaupt kein Ersuchen von uns gegeben. Das war informativ. Es wird gerade von Kärnten immer wieder ein sogenannter Veranstaltungskalender übermittelt. Der wird auch dann eben bei uns im Hause in verschiedenster Art umgesetzt. Es wird also jeden Tag unter anderem ein Veranstaltungskalender gemacht, wo die größeren Veranstaltungen hineinkommen.

Pilz: Und wie kommt dann die Veranstaltungsvorschau über den Pretterebner ins Kabinett des Bundesministers?

Bernkopf: Noch einmal: Das hat der Kollege des Journaldienstes ausgezeichnet, und ich habe auch gar keine Veranlassung gesehen, das dem Minister zu geben. Ich habe das dem Dr. Heindl dann zugeteilt, der den Akt geführt hat.

Pilz: Aber der Kollege des Journaldienstes hat offensichtlich gewußt, daß er das ins Kabinett des Bundesministers weiterleiten soll? Er muß doch einen Grund dafür haben. Man schickt doch nicht alles ins Kabinett des Bundesministers, nehme ich an.

Bernkopf: Dazu muß ich bitte eines sagen: Die Journalbeamten sind natürlich angewiesen, in entsprechender Weise eben die zuständigen Organisationseinheiten des Hauses zu beteiligen. Ich kann keine Ingerenz darauf nehmen, was der da oben draufschreibt.

Pilz: Aber das wird doch nicht zufällig draufgeschrieben.

Bernkopf: Es hat keine Anweisung gegeben.

Pilz: Dann: Veranstaltung Wolfsberg, wahrscheinlich das gleiche, 20. 6. 1988. Da ist ein Bericht über den Veranstaltungsablauf bereits.

Bernkopf: Herr Abgeordneter, wenn Sie das nehmen, dann sehen Sie deutlich: Es ist hier immer wieder gerade im Bereich der Sicherheitsdirektion Kärnten eine Praxis, die sagt, einerseits was wird stattfinden beziehungsweise was hat stattgefunden. Also daher auch Veranstaltungsvorschau und Veranstaltungsablauf, wenn Sie das Dokument vom 20. 6. hier nehmen.

Pilz: Das ist mir schon klar.

Bernkopf: Auch hier ist ausgezeichnet worden auf die zuständigen Abteilungen.

Pilz: Ja. Da ist offensichtlich in diesem Zusammenhang „Lucona“ nicht nur über Veranstaltungen referiert worden, sondern auch über Sachverständigengutachten. Sie haben sich er das Aktenstück, wo drinsteht, bei Gericht soll ein neues Sachverständigengutachten . . .

Bernkopf: Meinen Sie das Dokument von Dr. Knechtsberger?

Pilz: Das ist von Dr. Knechtsberger vom 26. 2. 1988. Wer wollte eigentlich sogar über die Vorlage neuer Sachverständigengutachten berichtet haben?

Bernkopf: Bitte noch einmal: Es hat hier keine wie immer geartete Anweisung gegeben. Als Referent der Abteilung II/7 kann ich mir vorstellen, daß er sich gedacht hat, das wäre vielleicht für den Minister interessant oder für das Kabinett, und er hat es heruntergeschickt.

Pilz: Da wird unter „vertraulich“ dem Innenminister ein Schriftstück vorgelegt, das mit dem Satz beginnt: Betrifft Fall Udo Proksch, Untergang der „Lucona“. In der Angelegenheit Lucona wurde hierorts folgendes bekannt.

Wer ist auf die Idee gekommen, daß das einen Innenminister, der sachlich überhaupt nichts mit diesem Gutachten zu tun hat, interessiert und daß ihm im Amtsweg das zur Kenntnis gebracht wird unter dem Titel „vertraulich“?

Bernkopf: Herr Abgeordneter, bitte noch einmal: Ich glaube, als Zeuge kann ich hier nur über Wahrnehmungen berichten. Ich kann hier nicht interpretieren, welche Beweggründe für den Kollegen Knechtsberger ausschlaggebend waren, daß er das übermittelt hat. Ich habe es nicht angefordert.

Pilz: Sie haben sich nicht gewundert darüber, daß da völlig ressortfremde Geschichten, die rein persönlich den Innenminister interessieren, aber

mit seiner Funktion als Innenminister überhaupt nichts zu tun haben, von einem höheren staatspolizeilichen Beamten über Ihre Vermittlung, über Ihre persönliche Vermittlung dem Innenminister vorgelegt werden? Haben Sie überhaupt nie etwas dabei gefunden?

Bernkopf: Adressat dieser Frage kann nicht ich sein.

Pilz: Hat Sie das Ganze nicht gewundert, daß da ständig teilweise unter „vertraulich“ staatspolizeiliche . . .

Bernkopf: Für Vermerke, die Kollegen anbringen, bin ich nicht zuständig.

Pilz: Nein, im wesentlichen geht es darum, daß staatspolizeiliche Informationen offensichtlich ständig über Sie persönlich an den Innenminister in offensichtlich persönlichen ressortfremden Angelegenheiten laufen. Sie haben selber gesagt, Sie sind ein erfahrener staatspolizeilicher Beamter.

Bernkopf: Ich habe nicht gesagt, ich bin ein erfahrener staatspolizeilicher Beamter, sondern ich habe gesagt, daß ich dort Dienst versehen habe.

Pilz: Gut, dann ernenne ich Sie jetzt zum erfahrenen staatspolizeilichen Beamten.

Bernkopf: Dann danke ich Ihnen herzlichst.

Pilz: Ist Ihnen da überhaupt nichts aufgefallen?

Bernkopf: Noch einmal: Ich kann über meine Wahrnehmungen berichten. Daß ich mir über diese Dokumente auch meine Gedanken gemacht habe, können Sie glauben.

Pilz: Und welche Gedanken haben Sie sich da gemacht?

Bernkopf: Ich glaube, ich habe das gesagt, was ich dazu auszuführen habe. Sie müßten, wenn Sie ihre Frage beantwortet haben wollen, den Dr. Knechtsberger fragen.

Pilz: Herr Magister! Mir geht es darum, festzustellen, ob hier ein Beamter in einer ganz zentralen Position etwas, was offensichtlich zumindest vom Vorgang her eigenartig ist, selbstverständlich oder das selbst ein bissl befremdlich gefunden hat. Das ist der Punkt, den ich jetzt gerade klären will. Deswegen spielen Ihre Gedanken in diesem Zusammenhang auch eine Rolle.

Wie haben Sie das empfunden? Wie haben Sie diese Vorgänge gewertet, die wir jetzt gerade gemeinsam durchgegangen sind, diese offensichtliche Zweckenfremdung der Staatspolizei für persönliche Zwecke des Ministers?

Bernkopf: Ich möchte ausdrücklich betonen, daß ich an diesem Dokument kein wie immer geartetes Interesse gehabt habe.

Pilz: Sie haben selbst vorher gesagt, Sie haben da selber andere Gedanken und so weiter dazu gehabt. War das für Sie selbstverständlich und alles in Ordnung, was da so gelaufen ist, oder nicht?

Bernkopf: Ich muß auch dazu sagen: Sie sehen ja, es ist an mich gerichtet, es ist unten kein Verteiler drauf. Ich kann daher nicht sagen, ist es irgendwie angewiesen worden von Dr. Schulz oder . . .

Pilz: Ich möchte Sie wirklich ersuchen, meine Frage zu beantworten. Ich weiß, daß Ihnen die Beantwortung dieser Frage nicht übermäßig angenehm ist. Aber es ist nicht meine Aufgabe, hier angenehme Fragen zu stellen. Ich ersuche Sie wirklich, die von mir jetzt dreimal präzise gestellte Frage zu beantworten.

Bernkopf: Ich habe versucht, Ihnen diese Frage zu beantworten. Ich kann dem nichts mehr hinzufügen.

Pilz: Herr Vorsitzender, was machen wir?

Obmann Steiner: Er kann die Frage nicht beantworten.

Pilz: Er kann die Frage nicht beantworten. Gut.

Weiter. Eine Information für den Herrn Bundesminister vom 4. Februar 1985, die auch von Ihnen übermittelt worden ist: „Zu den in der Tageszeitung ‚Kurier‘ vom 1. und 2. Februar erschienenen Artikeln wurde durch Rückfrage bei der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich folgendes festgestellt . . .“ Und dann kommen die . . .

Bernkopf: Ist das jener Bericht, den der Generaldirektor Dr. Danzinger abgefaßt hat?

Pilz: Das weiß ich nicht, weil ich diese Unterschrift nicht kenne. Haben Sie das?

Bernkopf: Ich könnte jetzt ad hoc nicht antworten, bitte. (Dem Zeugen wird ein Blatt zur Ansicht gezeigt.) Diese Unterschrift ist vom Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, und zwar Dr. Danzinger. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob damals der Minister eben den Generaldirektor auftrug, hier eine Information zu legen. Bitte, ich war es nicht. Mir ist sie zugekommen, und ich habe sie eben bei dem bezughabenden Vorakt letztlich eingelegt, und es wurde Ihnen das gesamte Material übermittelt.

Pilz: War das üblich, daß der Minister in einer Affäre, in die er persönlich auch irgendwie von vielen als verwickelt gesehen worden ist, staatspoli-

zeitliche Informationen über Zeitungsartikel einholen hat lassen? War das üblich?

Bernkopf: Nein. Bitte, ich kenne nur diesen einen Fall, wo der Generaldirektor eben hier eine Information geschrieben hat. Ich bin nicht beauftragt worden, den Generaldirektor zu ersuchen, eine Information zu erstellen. Das kann nur der Minister allenfalls selbst gewesen sein, oder aber der Generaldirektor hat es aus eigenem aufgegriffen. Es war ja, soweit ich mich erinnere, bei dieser Information auch der besagte Zeitungsartikel dabei.

Pilz: Haben Sie den Eindruck gehabt, daß das ein außergewöhnliches Informationsbedürfnis des Herrn Ministers war oder ein außergewöhnlicher Vorgang war?

Bernkopf: Noch einmal: Ich habe zuerst schon versucht, Ihnen darzulegen, daß ich nur über Wahrnehmungen berichten kann. Über irgendwelche Überlegungen, die irgendwelche Leute angestellt haben, kann ich Ihnen keine Auskunft geben.

Pilz: Sie können auch keine Auskunft darüber geben, ob ein Vorgang außergewöhnlich war?

Bernkopf: Ich glaube, es fällt in den Aufgabenbereich des Herrn Generaldirektors, daß er auch gewisse Dinge, die von Relevanz sind, eben letztlich in Form einer Information an den Minister heranträgt.

Pilz: Sie wollen also diese Frage nicht beantworten?

Bernkopf: Ich möchte sie gerne beantworten, aber noch einmal: Ich kann nur meine Wahrnehmungen hier darlegen. Welche Beweggründe für den Generaldirektor ausschlaggebend gewesen waren, sofern kein Auftrag des Ministers vorgelegen hat . . .

Pilz: Ist das der einzige Fall, der Ihnen bekannt ist, wo der Minister die Staatspolizei oder die Behörde eingeschaltet hat, um die Hintergründe eines Zeitungsartikels zu erheben?

Bernkopf: Nach den mir vorliegenden Dokumenten ist es der einzige.

Pilz: Ist der einzige Fall. Möglicherweise könnte man zu einem einzigen Fall sagen, daß das etwas Außergewöhnliches ist und nichts Gewöhnliches ist. Möglicherweise. — Gut.

Sagen Sie, wir haben eigentlich bis auf eine Ausnahme, glaube ich, diese ganzen Aktienstücke aus diesem Akt des Ministerbüros und nicht aus den sonstigen staatspolizeilichen Akten, die uns zur Verfügung gestellt worden sind. Sind die dort gesammelt?

Bernkopf: Eine Frage, welche Ausnahme meinen Sie jetzt?

Pilz: Ich müßte mir das heraussuchen. Ein Stück, glaube ich, haben wir in einem anderen Akt gefunden.

Sagen Sie: Warum haben sich diese Stücke dort im Büro des Bundesministers wie in einem Filter gefangen?

Bernkopf: Nein, darf ich bitte dazu eines ausführen: Wenn eine Information an den Minister ergeht, so ist es ja üblich, daß das auch oben in der jeweiligen Abteilung evident gemacht wird. Ich habe mich nicht befugt gefühlt, irgendwelche Dinge nach Kenntnisnahme durch den Minister oder durch das Büro einfach abzulegen oder zu vernichten. Ich habe das in den bezughabenden Vorakt eingelegt, und das haben Sie ja wahrscheinlich aus den Ihnen zur Verfügung gestandenen Unterlagen ersehen, daß ich eben immer wieder geschrieben habe: „KA“. Das heißt in dem Fall „Kanzleiauftrag“, es möge zum Vorakt eingelegt werden.

Pilz: Damit komme ich wieder zur Frage der Außergewöhnlichkeit. War es nur in diesem Fall, im Fall Lucona, so, daß sich staatspolizeiliche Wahrnehmungen über Veranstaltungen letztendlich praktisch alle im Kabinett des Bundesministers angesammelt haben? Oder gibt es auch andere Fälle, wo das so ist?

Bernkopf: Noch einmal: Der jeweilige Gruppenleiter hat zu beurteilen, worüber er den Minister informiert.

Pilz: Ich habe Sie jetzt etwas ganz Präzises gefragt; überhaupt nicht nach dem Aktenlauf und Informationslauf. Meine Frage lautet: Ist das der einzige Fall, der Ihnen bekannt ist, wo die Mehrheit oder alle staatspolizeilichen Aktienstücke über die Beobachtung eines ganz bestimmten Themen- oder Personenbereichs im Ministerbüro landen?

Bernkopf: Ich muß in dem Fall passen. Ich verstehe die Frage nicht.

Pilz: Ich wiederhole sie gerne. Das ist kein Problem.

Bernkopf: Es macht dann den Eindruck, als ob ich leicht beschränkt wäre, und ich glaube, das bin ich nicht. Ich kann mit Ihrer Frage nichts anfangen.

Pilz: Gut, vielleicht habe ich die Frage schlecht formuliert.

Bernkopf: Darf ich Sie bitten, daß Sie den Hintergrund näher erläutern.

Pilz: *Ich formuliere sie gerne noch einmal. Mich interessiert: Hat es dieses Informationsbedürfnis von seiten des Ministers, wo praktisch alle Pretterebner-Lucona-Beobachtungen der Staatspolizei im Ministerbüro landeten, nur im Fall Lucona gegeben, oder gibt es das in anderen Fällen auch?*

Bernkopf: Es gibt sehr wohl Vorgänge, die für den Minister jetzt interessant sind auf dem Gebiet des Terrorismus oder sonst irgend etwas. Entweder habe ich die nach Kenntnisnahme dem zuständigen Gruppenleiter, in dem Fall dem Ministerialrat Dr. Schulz, wieder zurückgemittelt, oder ich habe sie zum bezughabenden Vorakt eingelegt.

Pilz: *Hat sich der Minister über andere politische Veranstaltungsserien auch ständig berichten lassen?*

Bernkopf: Nein.

Pilz: *Nicht. Ist der Fall „Überwachung Pretterebner“ im Zusammenhang mit Lucona in diesem Sinne ein außergewöhnlicher und einmaliger Fall?*

Bernkopf: Darf ich dazu überhaupt nur einmal grundsätzlich sagen: Aus meiner Sicht war das keine Überwachung des Herrn Pretterebner, sondern es war eine Wahrnehmung seiner Vorträge.

Pilz: *Zumindest hat er ja diese Berichte nicht selbst geschrieben. Offensichtlich war ja wer dort, der das Ganze überwacht hat.*

Bernkopf: Es ist wahrgenommen worden von der Staatspolizei respektive den nachgeordneten Dienststellen.

Pilz: *Ich möchte mich da wirklich nicht in Details der Polizeisprache verlieren. Ich sage halt „Überwachung“ dazu. Das bezeichnen wir halt unterschiedlich. Mir ist nur eines wichtig, ich möchte das noch einmal ganz klar haben: War das der einzige Fall, wo sich der Minister ständig über politische Veranstaltungen zu einem bestimmten Thema berichten ließ?*

Bernkopf: Ich kenne keinen anderen Fall, aber er ließ sich ja auch nicht ständig berichten, bitte.

Pilz: *Also Sie kennen keinen anderen Fall, der — sagen wir so — mit dieser Art der Berichterstattung über Pretterebner auch nur im entferntesten vergleichbar ist.*

Bernkopf: Es gibt sicher Veranstaltungen, die eine entsprechende Publizität eben haben, und klarerweise wurde auch bei diesen Sachen der Minister informiert.

Pilz: *Über was zum Beispiel? Ich möchte wirklich sehen, ob das . . .*

Bernkopf: Unter anderem Opernball-Demonstration oder sonstige eben entscheidende große Veranstaltungen. Da muß ja der Minister informiert werden.

Pilz: *Also Pretterebner-Veranstaltungen auf Einladung der ÖVP-Bezirksleitung Wels vergleichen Sie mit der Opernball-Demonstration?*

Bernkopf: Nein! Sie wollten ein Beispiel — das habe ich Ihnen gebracht.

Pilz: *Das war ein gelungenes Beispiel. Ich weiß nicht, wie das die Herren von der ÖVP aufnehmen.*

Gut, ich habe keine Fragen mehr. — Danke.

Obmann Steiner: *Danke. — Herr Abgeordneter Elmecker, bitte.*

Elmecker: *Herr Mag. Bernkopf, es geht eigentlich in dieser Runde darum, einmal grundsätzliche Fragen zu klären, und Herr Kollege Pilz hat ja jetzt auf einigen Umwegen versucht, Sie auf etwas festzunageln, was nicht richtig ist.*

Ich darf Sie gleich ganz konkret fragen, es ist in vielen Vorbemerkungen darum gegangen: Gab es dezidiert eine Weisung des Herrn Bundesministers, die Veranstaltungen des Herrn Pretterebner zu observieren, zu überwachen?

Bernkopf: Es hat keine diesbezügliche Weisung des Herrn Ministers gegeben. Und noch einmal: Weder Observation noch Bespitzelung noch sonst irgendein Terminus, der in diese Kategorie einzuordnen ist, ist, glaube ich, hier anwendbar. Es war eine Wahrnehmung.

Elmecker: *Ja, damit darf ich auch gleich konkret zu den Fällen, die der Herr Kollege Dr. Pilz angezogen hat, folgende Fragen nachreichen.*

Die Veranstaltung der ÖVP in Wels zum Fall Lucona. — Fanden Sie es, als Sie dieses Flugblatt in die Hand bekommen haben, als etwas absonderlich, daß sich ein Abgeordneter dieses Wahlkreises erkundigt, was denn da los gewesen wäre, nachdem dies zu einem Zeitpunkt war, wo der Herr Proksch schon international zur Fahndung ausgeschrieben war?

Bernkopf: Nein.

Elmecker: *Bezüglich des Aktenvermerkes. — Hier heißt es: „Die Sicherheitsdirektion Oberösterreich wird versuchen festzustellen, ob auch noch in anderen Orten Oberösterreichs Veranstaltungen abgehalten wurden.“ Ich darf Sie fragen: Haben Sie diesen Aktenvermerk so interpretiert, daß hier die Sicherheitsdirektion Oberösterreich als die oberste Versammlungsbehörde tätig geworden ist?*

Bernkopf: Ich würde meinen, daß das auch einer der Aspekte gewesen ist.

Elmecker: Nächster Punkt: Die Veranstaltung im neuen Institutsgebäude der Universität Wien wurde vom Kollegen Dr. Pilz auch schon hier angeführt. Ich habe hier bei mir zwei Aktenstücke, das eine, das von Ihnen abgezeichnet ist, und das andere, das vom Herrn Dr. Berger, Hofrat der Bundespolizeidirektion Wien, angeführt ist. Es gibt hier Verschiedenheiten in den Daten. Ich darf Ihnen — haben Sie diese beiden . . .

Bernkopf: Nein, ich kenne das nicht.

Elmecker: Ich darf sie Ihnen übergeben und Sie ersuchen, mich zu informieren beziehungsweise diese beiden Papiere, auch was das Datum anlangt, zu kommentieren. (Dem Zeugen werden die Papiere zur Ansicht gezeigt.)

Bernkopf: Ja, das eine war eben, wie ich schon beim Abgeordneten Pilz ausgeführt habe, der Hinweis des Ministers, wonach im neuen Institutsgebäude eben ein solcher Vortrag sein soll. Da habe ich mir dann die näheren Daten eben durch den Kollegen Schabenböck durchgeben lassen und habe in weiterer Folge auch von ihm erfahren, daß diese Veranstaltung von der Abteilung I, sprich der Staatspolizeilichen Abteilung der Bundespolizeidirektion Wien, wahrgenommen werden wird. Das hat er mir als zusätzliche Information gegeben.

Und an dieses Stück kann ich mich zwar nicht erinnern, aber ich sehe hier, ich habe es abgezeichnet, und zwar war hier die Vorschreibung eben erstens an Generaldirektor, zweitens an Kabinett des Ministers, und das habe ich am 18. 4. abgezeichnet. Es ist letztlich zurückgegangen in die Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, und zwar in die zuständige Abteilung für Versammlungsangelegenheiten, das ist der Ministerialrat Mag. Holzhammer, respektive in die Abteilung II/7. Und der Vermerk selbst ist vom Hofrat Berger, den ich auch noch aus meiner Tätigkeit bei der Abteilung I in Wien kenne, am 11. 4. geschrieben worden. Und hier gibt es offensichtlich den Vermerk des Dr. Schulz — das erkenne ich hier an der Unterschrift —, und zwar am 12. 4., daß die BPD Wien die Veranstaltung wahrnehmen und hierüber berichten wird. Also das muß auf jeden Fall vorher gewesen sein, bevor ich mich in der Sache erkundigt habe.

Elmecker: Also auch in diesem Falle wieder als oberste Versammlungsbehörde, wie ich dem zweiten Akt entnommen habe. Ich darf noch vermerken, daß hier auch enthalten ist, daß die BPD Wien auf diese Veranstaltung aufmerksam gemacht wurde durch eine Ankündigung auf der Litfaßsäule. Das heißt also, auch hier kann man wahrheitsge-

treu sagen, daß die BPD Wien als Versammlungsbehörde tätig geworden ist.

Bernkopf: Zweifelsfrei.

Elmecker: Ohne hier irgendeine Weisung des Kabinetts . . .

Bernkopf: Nein, ich habe mit dem überhaupt nichts zu tun. Der Herr Hofrat Berger ist der Leiter des Büros für Vereins- und Rechtsangelegenheiten, der offensichtlich entweder von dritter Seite auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht worden ist oder es selbst wahrgenommen hat und darüber einen Aktenvermerk angelegt hat. Und wie es usuell ist, gibt es beim Leiter der Abteilung I in Wien eben täglich einen Rapport, und ich könnte mir vorstellen, daß er es hier vorgelegt hat. Das Zeichen hier oben, das ist ein gebräuchliches, das ich noch von früher kenne, daß hier eben das B vermerkt wird, das heißt Ministerium. Das wird dann mit der Kassettenpost jeden Tag in das Haus gebracht, und allenfalls ist da auch noch der Vermerk P, daß eben der Polizeipräsident als der Behördenleiter informiert wird. Aber das entnehme ich hier nicht, hier sehe ich nur, daß er es an das Ministerium übermittelt hat.

Elmecker: Danke schön.

Nächster Bereich. Mir liegt hier ein Aktenstück vom 17. Februar 1988 vor. Hier ging es um die berühmte Pressekonferenz des Herrn Pretterebner in Wien. Auch hier wurde die Behauptung aufgestellt, er wäre überwacht worden. Wir finden hier das Aktenstück des Herrn Werderits EBT 2—0073/87. Was ist Ihnen über die Bemerkungen beziehungsweise Sachverhaltsdarstellungen des Herrn Werderits im Zusammenhang mit dieser Pressekonferenz bekannt?

Bernkopf: Dazu kann ich nur sagen, dieses Ihnen vorliegende Dokument kenne ich nicht. Ich kenne auch den genauen Inhalt nicht, ich weiß nur, daß es eben unter anderem in den mir zugänglich gewesen Auszügen, die das „profil“ veröffentlicht hat, eine Rolle gespielt hat bei der Einvernahme des Ministerialrates Dr. Schulz. Tatsache ist auf jeden Fall, daß der Bezirks- oder Gruppeninspektor Werderits — das kann ich heute nicht sagen, weil ich nicht mehr so mit ihm in Verbindung bin — heute ein Angehöriger der EBT ist. Und soweit mir eben bekanntgeworden ist, wäre er persönlich von dem Autor des Buches eingeladen worden.

Elmecker: Im Zusammenhang mit diesem Aktenstück ist dann ein weiterer Bericht auch als Anlage dabei, also auch wieder 7, bedeutet also, daß dieser Bericht an die Abteilung II/7 ergangen ist, von der Staatspolizei Wien an die Gruppe II/7, und hier finde ich den handschriftlichen Vermerk „Kabinett des Bundesministers hat Ablichtung“. Entnehme

ich das richtig, daß hier der Leiter der Abteilung III/7 das abgelichtet hat und dann an das Kabinett weitergereicht hat?

Bernkopf: Herr Abgeordneter, dürfte ich bitte das Dokument sehen?

Elmecker: Der handschriftliche Vermerk rechts.

Bernkopf: Ich kann nicht ausschließen, daß es gekommen ist, aber auf jeden Fall ist es nicht bei den Unterlagen dabei. Ich kann es nicht sagen.

Elmecker: Ich kann ganz offen sagen, worauf es mir ankommt. Der Herr Bundesminister hat nämlich klipp und klar erklärt, daß er im nachhinein immer informiert wurde. Das heißt also, auch das wurde — ich möchte fast sagen routinemäßig — einfach weitergeleitet.

Bernkopf: In der Regel sind die Sachen über mich gelaufen, sub couvert, und ich habe das dann dem Minister in die Mappen hineingelegt. Nachdem ich sie jeweils angesehen habe, habe ich sie an den Minister weitergeleitet.

Elmecker: Ich finde das völlig normal.

Noch eine Frage. Im Zusammenhang mit den immer wieder behaupteten Überwachungen habe ich ein Aktenstück gefunden, wo hier in einem Bericht steht — auch wieder Pretterebner, das ist das Aktenstück 000414 für das Bundesland Salzburg —: „... wurde über Weisung des Bundesministeriums für Inneres, Abteilung III/7, ein Kriminalbeamter zur staatspolizeilichen Überwachung der Veranstaltung dienstkommandiert.“

Hier geht es offensichtlich um eine Weisung der Abteilung III/7. Das Datum habe ich im Moment nicht, es dürfte aber auf alle Fälle schon die Zeit sein, wo der Herr Dr. Bertl schon der Leiter der Abteilung III/7 war. Und jetzt geht es um diese konkrete Frage. Der Herr Dr. Bertl hat hier offensichtlich eine Weisung erteilt. Ist diese Weisung im Einvernehmen mit dem Kabinett des Bundesministers oder im Einvernehmen mit dem Herrn Minister erteilt worden?

Bernkopf: Das ist jenes Dokument, wo ich schon zuerst ausgeführt habe, daß ich mich nicht erinnern kann, wie es dazu gekommen ist. Ich weiß nur, es hat am 30. 6. eine APA-Meldung gegeben. Bei einem Gespräch mit Dr. Bertl, wie ich zuerst schon ausgeführt habe, hat er mir gesagt, er wäre in solchen Angelegenheiten nur über unser Ersuchen tätig geworden. Ich kann mich nicht erinnern, daß ich eine solche Weisung gegeben hätte. Vom Minister, das weiß ich, habe ich in dem Fall keine bekommen. Ich kann es nicht erklären. Der Dr. Bertl sagt mir, es wäre eben anders gelaufen. Ich habe ihn auch gefragt, ob er sich irgendwie einen Aktenvermerk angelegt hat, sodaß er es mir zeitmäßig irgendwo einordnen

kann. Ich meine, das soll keine Entschuldigung sein, aber ich habe mir auch erlaubt, mir ein bißchen den Terminkalender des Ministers anzusehen, und es war in diesem Zeitraum eine Fülle an Arbeit. Unter anderem waren ab dem 19. 6. drei Auslandsbesuche des Herrn Bundesministers, der erste in der Tschechoslowakei, der zweite in Ungarn und der letzte, beginnend am 8. 7., in Marokko. Ich weiß nur, es war für mich ein 18-, 19-Stunden-Tag, und ich kann heute nicht mehr sagen, wie das wirklich gelaufen ist.

Elmecker: Ich entnehme Ihren Ausführungen, daß konkret diese Weisung, die hier in diesem Gegenstand zitiert ist, von Dr. Bertl ausgegangen ist.

Bernkopf: Ja, aber das möchte ich bitte gleich dazusagen: Dr. Bertl sagt, er wäre, wenn, dann nur über mein Ersuchen tätig geworden. Ich kann nicht sagen: Du, das hast du aus eigenem gemacht! Das würde ich auch nicht tun. Ich kann nur sagen, ich kann mich nicht erinnern, und ich habe es zur Kenntnis zu nehmen, weil ich mir selbst offensichtlich keinen Vermerk angelegt habe. Hätte ich gewußt, daß das eine solche Dimension annimmt, dann hätte ich vielleicht auch den Aktenvermerk zumindest für mich selbst festgehalten, daß das ohne Aufforderung an mich gegangen ist oder sonst irgend etwas.

Elmecker: Kann ich dann das ebenso interpretieren, wenn hier am 1. 7. 88 der Bezug heißt: „fernmündlicher Auftrag des Bundesministeriums für Inneres, Abteilung III/7, Ministerialrat Dr. Bruno Bertl“. Da geht es um die von Dr. Pilz schon zitierte Veranstaltung im Kongreßhaus. Ist das also auch in ähnlicher Richtung gelaufen, daß Dr. Bertl von sich aus tätig geworden ist?

Bernkopf: Er sagt, er wäre nur über mein Ersuchen tätig geworden. Ich kann ihm nicht das Gegenteil beweisen, und ich kann ihm auch nicht unterstellen, daß er mehr oder minder hier versucht, die Sache auf mich abzuladen. Das würde ich auch nicht tun wollen. Ich habe es zur Kenntnis zu nehmen, wenn er sagt: Das hast du gemacht. Ich kann das Gegenteil hier nicht beweisen.

Elmecker: Die letzte Bemerkung dazu. Es gibt dann hier auch noch ein Gedächtnisprotokoll der Sicherheitsdirektion Salzburg, unterfertigt mit Gratzer — ich nehme an, das ist der Staatspolizeibeamte Gratzer —, der hier in diesem Gedächtnisprotokoll feststellt — es geht hier um eine Terminverlängerung bezüglich der Abfassung eines Berichtes, ich darf zitieren —: „Ministerialrat Dr. Bertl bewilligte dies und erklärte sinngemäß, daß die Sache an und für sich nicht so eilig sei, das Ministerbüro aber immer alles am gleichen Tag haben möchte.“ — Herr Mag. Bernkopf, was sagen Sie dazu?

Bernkopf: Darf ich dazu bitte eines sagen: Ich habe zuerst schon versucht, kurz auszuführen, daß es eben hier eine ziemliche Terminnot gegeben hat. Wenn ich das nur kurz zitieren darf: Der Minister ist vom 18. bis 21. 6. zu einem offiziellen Besuch in der Tschechoslowakei gewesen, vom 29. 6. bis 2. 7. zu einem offiziellen Besuch in Ungarn und vom 8. bis 13. 7. zu einem offiziellen Besuch in Marokko. Ich könnte mir vorstellen, daß Dr. Bertl hier gemeint hat: Na gut, die fahren weg, der wird den Bericht haben wollen. Ich kann das heute nicht mehr so einordnen.

Elmecker: Ganz konkret: Sie haben ihn nicht gedrängt?

Bernkopf: Noch einmal, es wäre unrichtig, wenn ich jetzt sage, ich habe ihn nicht gedrängt, weil ich mich nicht erinnern kann. Ich gebe ehrlich zu, da läßt mein Gedächtnis ein bißchen aus.

Elmecker: Okay. Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Wäre es möglich, daß der Herr Minister selbst den Dr. Bertl beauftragt hat?

Bernkopf: Dazu muß ich eines sagen: Ich habe in der Regel die Aufträge des Ministers entgegengenommen. Es war immer so, daß der Bundesminister, wenn er in der Früh gekommen ist, irgendwelche Sachverhalte transportiert hat, und die hat er über mich transportiert, weil ich ja zu diesem Zeitpunkt der Leiter des Kabinetts war. Es hätte jederzeit sein können, daß er natürlich jeden anderen zuständigen Fachbeamten beauftragt, aber ich kann es in diesem Fall nicht sagen.

Helene Partik-Pablé: Wie war das Verhältnis zwischen Minister und Dr. Bertl?

Bernkopf: Da könnte ich keine Auskunft geben.

Helene Partik-Pablé: War das ein besonderes Vertrauensverhältnis?

Bernkopf: Der Ministerialrat Dr. Bertl ist ein völlig integrierter Beamter unseres Hauses, und ich möchte ausdrücklich betonen, daß der Minister keine Vertrauensverhältnisse hier mit Beamten begründet hat.

Helene Partik-Pablé: Man kann ja ein integrierter Mensch sein und trotzdem ein Vertrauensverhältnis zum Minister haben.

Bernkopf: Sicher, wenn Sie das zum Beispiel auf mich anwenden wollen, ja.

Helene Partik-Pablé: Also Sie wissen nichts von einer Weisung oder von einem Auftrag direkt des Ministers an Dr. Bertl.

Bernkopf: Nein, ich schließe das sogar aus, weil der Minister ja dazu seinen Leiter des Kabinetts hat, und ich stand ihm ja jeden Tag zur Verfügung und habe eigentlich in dieser Zeit relativ viel Zeit aufgewendet.

Helene Partik-Pablé: Ich habe da nämlich ein anderes Fernschreiben oder einen Bericht, das geht eigentlich nicht recht hervor, das ist auch von der Staatspolizei, wo auf ein Fernschreiben Bezug genommen wird. Es muß von der Zentrale ausgehen, und da heißt es: „Aus dem dortigen Fernschreiben geht hervor, daß Obgenannter“ — das ist der Herr Pretterebner — „am 20. 6. in Wolfsberg einen Vortrag über den Fall Lucona hält. Es wird gebeten, über den Inhalt des Vortrages zu berichten.“ Das heißt, da ist der Auftrag erteilt worden, darüber zu berichten, über diesen Vortrag.

Bernkopf: Das Dokument kenne ich nicht.

Helene Partik-Pablé: Das Dokument kennen Sie nicht?

Bernkopf: Wenn es in meinen Unterlagen war ...

Helene Partik-Pablé: Ich kann jetzt nicht mehr sagen, aus welchen Unterlagen das ist.

Bernkopf: Meinen Sie das Dokument mit der Nummer 00591?

Helene Partik-Pablé: Ich zeige es Ihnen. Jedenfalls gibt es da eindeutig einen Auftrag zu dieser Beobachtung der Veranstaltung.

Bernkopf: Das kenne ich nicht. Das ist ein Dienstzettel unserer zuständigen Abteilung II/7. „Z“ heißt in dem Fall Zentrale, „d“ ist das zuständige Referat. Ich kenne das überhaupt nicht, ich sehe das bitte zum erstenmal.

Helene Partik-Pablé: Also das zuständige Referat der Staatspolizei.

Bernkopf: Abteilung II/7 in dem Fall.

Helene Partik-Pablé: Die Abteilung II/7 hat einen Auftrag erteilt, hier eine Beobachtung oder einen Bericht zu machen.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Frau Dr. Partik-Pablé, ich glaube, ich handle in Ihrem Einvernehmen, wenn man dem Zeugen vielleicht auch den dazupassenden fernschriftlichen Bericht mit der handschriftlichen Notiz des — glaube ich — Dr.

Schulz gibt, denn dann ergibt das Ganze erst einen Zusammenhang.

Helene Partik-Pablé: Den habe ich nicht. (Fuhrmann: Der ist aus dem Akt!) Ich habe es jetzt nicht hier.

Sie haben sich das jetzt angeschaut. Können Sie damit etwas anfangen, Herr Zeuge?

Bernkopf: Ich kann es fast nicht lesen.

Obmann Steiner: Darf ich noch einmal kurz unterbrechen. Würden Sie bei solchen Dingen dann immer gleich die Geschäftszahl angeben wegen der Protokolle. (Ruf: Man könnte es kopieren!) Ja, wir werden das kopieren.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge, können Sie damit etwas anfangen? Nur damit wir die Frage fertig machen, bevor das kopiert wird. Sie kennen es nicht?

Bernkopf: Der Dr. Szymanski, der offensichtlich dieses Dokument kennt, sagt mir, das heißt: „... ist zum Inhalt des Vortrages ein Bericht aus Kärnten“ — das muß offensichtlich KT, das ist die Abkürzung, die im Bereich der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst verwendet wird — „zu erwarten.“ Vermutlich ist das eine Anweisung, die er an seinen Abteilungsleiter gegeben hat, und der wird das letztlich an seinen Referatsleiter weitergegeben haben.

Helene Partik-Pablé: Jedenfalls von Ihnen ist es nicht?

Bernkopf: Nein. (Graff: Wen haben Sie mit „er“ gemeint? — Rieder: Wer ist der Anweisende?) Der Anweisende ist der Leiter der Gruppe C, der Ministerialrat Dr. Schulz, der es seinerzeit wieder an den Ministerialrat Dr. Bertl weitergegeben hat. Aber das ist ohne Datum, ich kann es nicht einordnen. Aber es ist die Schrift des Ministerialrates Dr. Schulz.

Helene Partik-Pablé: Gut. Meine Frage ist beantwortet. Sie haben gesagt, in Kärnten ist es üblich, daß über Veranstaltungen eine Vorschau und ein Ablauf der Veranstaltungen an das Ministerium geht.

Bernkopf: Darf ich Ihnen dazu sagen: Ich bin ja im Jahre 1980, wie ich zuerst ausgeführt habe, in das Bundesministerium für Inneres gekommen und habe dann bis in das Jahr 1985 Journaldienst versehen, und aus dieser Zeit weiß ich das.

Helene Partik-Pablé: Ist das immer an den Minister gegangen, diese Vorschau und dieser Ablauf von Veranstaltungen? Oder an wen ist das gegangen?

Bernkopf: Ich für meine Person weiß, daß ich es damals auf das Büro des Ministers ausgezeichnet habe. Ich meine, es bestehen für die Konzeptsbeamten unseres Hauses, die Journaldienst versehen, eben verschiedene Anweisungen. Sie sind unter anderem natürlich auch verpflichtet, die Informationen an die zuständigen Organisationseinheiten weiterzuleiten, und es wird in der Regel so gehandhabt. Es kann dann sein, daß der eine oder andere Kollege das eben unterläßt, aber ...

Helene Partik-Pablé: Aber sprengt das nicht ein bißchen den Rahmen dieser Vorschau und des Berichtes über den Ablauf, wenn man zum Beispiel den Bericht hier anschaut vom 29. 11. 1988. Da geht es um eine Veranstaltung des Herrn Pretterebner in Hermagor, in Seeboden, wo sogar aufgeschrieben wird, daß bei der Veranstaltung der Herr Dipl.-Ing. Freunschlag und die Frau Kriemhild Trautnig anwesend waren und daß sogar der ganze Vortrag auf eine Kassette aufgenommen worden ist. Ist das in jedem Fall so gemacht worden?

Bernkopf: Dieses Fernschreiben, diesen Bericht kenne ich nicht, ich kenne nur die Ankündigung, die ist mir bekannt.

Helene Partik-Pablé: Ist das in jedem Fall, bei jeder Veranstaltung so gemacht worden, daß da die Politiker, die anwesend sind, erwähnt werden, daß eine Kassette mitläuft über diesen Vortrag? Ist das üblich gewesen? Sie müssen es ja wissen, nicht? Sie haben ja gesagt, daß das üblich war in Kärnten.

Bernkopf: Nein, ich habe bitte nicht gesagt, Frau Abgeordnete, daß das in Kärnten üblich war. Ich habe gesagt ...

Helene Partik-Pablé: Sie haben zuerst gesagt, es ist üblich, daß bei Kärntner Veranstaltungen in einer Vorschau und in einem Ablauf über die Veranstaltungen Bericht erstattet wird. Das haben Sie zuerst gesagt.

Bernkopf: Ja, das habe ich gesagt.

Helene Partik-Pablé: Und jetzt frage ich Sie, ob das üblich ist, daß bei allen Veranstaltungen, die in Kärnten veranstaltet werden, so ein genauer Bericht verfaßt wird, wo sogar angegeben wird, welche Politiker dort sind, und daß der ganze Vortrag beziehungsweise die Veranstaltung auf Kassette aufgenommen wird, ob das üblich ist Ihrer Meinung nach.

Bernkopf: Ich möchte ausdrücklich betonen, diesen Bericht, den Sie hier zitieren, kenne ich nicht. Ich könnte mir vorstellen, daß sehr wohl Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in solchen Berichten genannt werden. Daß hier unter anderem etwas mit Kassette aufgenommen wor-

den ist oder sonst etwas, das, glaube ich, ist eher unüblich, darüber zu berichten.

Helene Partik-Pablé: Ich wollte nur gerne wissen . . . Über alle Veranstaltungen wird also so ein umfangreicher Bericht gemacht?

Bernkopf: Noch einmal, bitte, ich war Leiter des Kabinetts des Ministers. Ich war zwar seinerzeit Angehöriger der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, aber ich kann hier keine Auskunft geben.

Helene Partik-Pablé: Ja, gut. Können Sie mit dem Aktenvermerk vom 24. 11. 1988 was anfangen? Da wird nämlich wieder Bezug genommen auf ein Tonband, ohnehin auf das erwähnte. Da steht: „Das umseitig angeführte Tonband wurde am 23. 11. 1988 über Weisung von Oberrat Mag. Schmiedmaier, ohne daß die Aufzeichnung vorher überspielt oder gelöscht wurde, dem Hausmeister der Gemeinde Seeboden, von dem dieses Tonband auch ausgeliehen wurde, übergeben. Ratsgruppeninspektor.“ Können Sie damit etwas anfangen?

Bernkopf: Ich kenne das nicht, ich kenne das nicht.

Helene Partik-Pablé: Ist es üblich, daß sich die Staatspolizei Tonbänder vom Hausmeister ausborgt und dann nicht überspielt oder löscht und dann dem Hausmeister übergibt? Sie waren ja zehn Jahre bei der Staatspolizei, es würde mich interessieren.

Bernkopf: Frau Abgeordnete, wenn ich Ihnen ehrlich meine Meinung sagen müßte, dann würde sie sicher hier nicht der Tätigkeit zu Ehre gereichen. Also ich kenne den Bericht nicht.

Helene Partik-Pablé: Es würde mich aber trotzdem interessieren, auch wenn es nicht der Ehre der Staatspolizei dient, was Sie darüber sagen.

Bernkopf: Mein Gott, als seinerzeitiger Angehöriger dieser Abteilung oder dieser Gruppe möchte ich das bitte nicht interpretieren, was da an Blödsinn geschrieben worden ist.

Helene Partik-Pablé: Es ist jedenfalls nicht besser geworden seit Ihrem Abgang.

Bernkopf: Ich habe mir sicher auch seinerzeit über die Staatspolizei meine Gedanken gemacht, und ich hätte sicher auch relativ gute Vorschläge, wie man sie wirklich effizienter und auch vielleicht anders gestalten könnte. *(Graff: Ein Experiment für den Ausschuß!)*

Helene Partik-Pablé: Sie konnten sich aber nicht durchsetzen oder Ihre Vorschläge offensichtlich nicht einfließen lassen, aber das ist ja nur ein Randthema.

Bernkopf: Nein, noch einmal, bitte, ich habe hier eigentlich immer als Beamter gehandelt, und ich war auch in meiner Eigenschaft als Leiter des Kabinetts primär Beamter, der halt in einem besonderen Vertrauensverhältnis zum Minister gestanden ist. Daß ich mir über solche Dinge meinen Kopf zerbrochen habe, können Sie ja annehmen.

Helene Partik-Pablé: Haben Sie jemals gesehen . . . (Graff: Zuviel Aktenvermerke haben Sie gemacht!) Herr Dr. Graff, bitte, würden Sie so freundlich sein, ich habe eine Frage an den Zeugen: Ich habe mir nämlich für heute vorgenommen, keine Zwischenrufe zu machen (Graff: Aber das gilt nicht für mich!), und deshalb setze ich diese Erwartungen auch an Sie. (Graff: Alle Ihre Vorsätze kann ich nicht nachvollziehen!)

Herr Zeuge!

Obmann Steiner: Ja, aber Herr Abgeordneter Graff, bitte probieren Sie es auch ein bisserl. *(Heiterkeit.)*

Graff: Ich werde mir meine eigenen Vorsätze machen.

Obmann Steiner: Ja, bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge, haben Sie jemals gesehen, daß der Minister solche Kassetten bekommen hat von solchen Überwachungen oder, wie Sie es nennen, Wahrnehmungen von solchen Vorträgen Pretterebners?

Bernkopf: Nein, mir ist darüber nichts bekannt.

Helene Partik-Pablé: Durch Ihr Büro ist das nicht gelaufen? Sind solche Kassetten nicht . . .

Bernkopf: Folgendes, doch, einmal, das muß ich einschränken — aber da kann ich jetzt nicht ad hoc sagen, ob das der Minister gesehen hat oder nicht —, da hat, glaube ich, der Dr. Newole eben solche Kassetten bekommen, das weiß ich. Ich habe auch diesen Dienstzettel gesehen, und ich habe gesagt: Was soll der Käse, unter uns gesagt? Weil ich höre mir das nicht an, mich interessiert das auch gar nicht.

Helene Partik-Pablé: Können Sie mir kurz sagen, der Name Dr. Newole ist zwar schon oft gefallen, aber können Sie mir sagen, wer das war?

Bernkopf: Der Dr. Newole war der Leiter des Büros für Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Inneres und war direkt dem Minister unterstellt, genauso wie ich auf der anderen Seite als Leiter des Kabinetts es war und eben auch direkt dem Minister unterstellt war.

Helene Partik-Pablé: Und er hat Kassetten bekommen — von wem?

Bernkopf: Ich glaube, er war damals in Kärnten und hat dort — ich könnte es jetzt nicht sagen — mit dem Sicherheitsdirektor selber oder mit einem anderen Kollegen gesprochen, und er wußte, daß hier diese Sache aufgezeichnet worden ist. Da, glaube ich, hat er ersucht, daß es übermittelt wird, und es ist auch übermittelt worden an den Dr. Newole, und ist aber dann zurückgegangen an die Gruppe Staatspolizeilicher Dienst.

Helene Partik-Pablé: Ja, wer hat ersucht um die Übermittlung der Kassetten?

Bernkopf: Der Dr. Newole. Ich glaube, es ist ihm angeboten, gesagt worden, daß es aufgezeichnet worden ist.

Helene Partik-Pablé: Von der Sicherheitsdirektion in Kärnten?

Bernkopf: Von der Sicherheitsdirektion.

Helene Partik-Pablé: Ja und? Dann hat er gesagt: Schickt es mir!?

Bernkopf: Das hat er damals eben gemacht, und es ist auch, glaube ich — den Inhalt kann ich nicht mehr genau sagen, weil ich ja das Dokument nicht bei mir habe —, ein Dienstzettel an ihn ergangen.

Helene Partik-Pablé: An wen, bitte?

Bernkopf: An den Dr. Newole.

Helene Partik-Pablé: Von wem?

Bernkopf: Ich glaube, entweder von der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst oder von der Abteilung II/7, also von der zuständigen Fachabteilung.

Helene Partik-Pablé: Und was ist drinnen geblieben in dem Dienstzettel?

Bernkopf: Irgendwas, daß eben diese Kassetten übermittelt werden.

Helene Partik-Pablé: Gut. Und der Dr. Newole war direkt dem Minister unterstellt.

Bernkopf: Der Dr. Newole war eben der Leiter des Büros für Öffentlichkeitsarbeit, der Pressesprecher und war direkt dem Minister unterstellt.

Helene Partik-Pablé: Wissen Sie vielleicht: Was war eigentlich die Konsequenz von diesen Berichten, die auch der Minister gesehen hat? Hat es danach irgendwelche Reaktionen des Ministers gegeben?

Bernkopf: Nein, bitte, es hat daraus überhaupt keine Konsequenz gegeben. Vielleicht darf ich sagen, daß der Herr Bundesminister seinerzeit, wie das Buch erschienen ist, eben von der Staatsan-

waltschaft Wien, und zwar vom Leiter der Staatsanwaltschaft Wien, dem Hofrat Dr. Olscher, angeschrieben worden ist und hier angefragt worden ist, ob er die Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt. Und das hat der Herr Bundesminister auch gemacht.

Helene Partik-Pablé: Ja, haben Sie die Ehrenbeleidigungsklagen mit dem Minister besprochen, oder hat er die mit dem Dr. Newole besprochen, oder hat es da eigene Anwälte gegeben, die seitens des Ministers beschäftigt worden sind? Wissen Sie darüber etwas?

Bernkopf: Ich habe mir, weil ich die Frage erwartet habe, eben die diesbezüglich im Kabinett aufliegenden Geschäftsstücke ausheben lassen. Und es ist so, daß zweimal eben nach diesen Unterlagen der Minister von der Staatsanwaltschaft Wien angeschrieben worden ist wegen Erteilung der Ermächtigung. Der zweite Fall war am 18. 2., da war nämlich diese Pressekonferenz im Café Landtmann. Und hier hat der Leiter der Staatsanwaltschaft Wien ein Schreiben an den Minister gerichtet, und der Bundesminister hat auch die Ermächtigung hier erteilt. Diese Verfahren sind aber, soweit ich weiß, bisher nicht weitergegangen. Und dann ist mir bekannt, daß der Minister zweimal eben Zeitungsartikel aufgegriffen hat — und da haben wir das dann eben an die zuständige Staatsanwaltschaft gesendet.

Helene Partik-Pablé: Herr Magister! Aber Grundlage dafür, daß die Staatsanwaltschaft um die Ermächtigung ansucht, muß ja offensichtlich ein Bericht gewesen sein.

Bernkopf: Nein, ich habe die Dokumente hier, ich könnte es Ihnen zeigen . . .

Helene Partik-Pablé: Was war Grund für die Staatsanwaltschaft, um die Ermächtigung anzusuchen? Weil sie nimmt ja, es nimmt ja niemand . . .

Bernkopf: Es war einmal eben das Buch des Pretterebner selbst. (*Helene Partik-Pablé:* Das ist klar!) Das war eben am 22. 1. eine Anfrage des Leiters der Staatsanwaltschaft Wien.

Helene Partik-Pablé: Okay, das wissen wir. Buch gut, ja. Und die anderen Sachen?

Bernkopf: Und dann hat es noch eine zweite Sache gegeben, und zwar war das am 24. 2., eben auch eine Anfrage um Erteilung der Ermächtigung zur Strafverfolgung, und zwar war das die Einladung, die der Herr Pretterebner hier anläßlich seiner Pressekonferenz ausgeteilt hat.

Helene Partik-Pablé: Ja, ich möchte ja nur gerne wissen: Niemand nimmt von der Staatsanwaltschaft teil an den Pressekonferenzen. Sehr wohl haben aber, wie wir heute wissen, Staatspolizisten

teilgenommen an dieser Veranstaltung. Sind diese Berichte der Staatspolizei an die Staatsanwaltschaft gegangen Ihres Wissens nach?

Bernkopf: Nein. Darf ich dazu sagen, gerade weil Sie sagen, also hier mit der Staatsanwaltschaft: Ich weiß aus einem Gespräch mit dem Hofrat Dr. Olscher, das ich damals geführt habe, daß eben die Staatsanwaltschaft Wien eben mit der Einladung zur Pressekonferenz auch beteiligt worden ist. Eben. Ich weiß nicht, ob Sie dieses Dokument kennen.

Helene Partik-Pablé: Ja, schon, aber aufgrund der Einladung alleine gibt es ja noch keine Ehrenbeleidigungsklage oder Ermächtigung.

Bernkopf: O ja, bitte, aufgrund dessen ist angefragt worden. Aufgrund dessen ist angefragt worden; ich kann Ihnen das hier nachweisen.

Helene Partik-Pablé: Aufgrund der Einladung?

Bernkopf: Ja, und zwar nämlich, weil hier eben unter anderem, da steht also wörtlich: In der Anlage erlaube ich mir, eine Kopie der eingangs erwähnten Einladung zur Pressekonferenz Hans Pretterebners und den Hinweis auf deren letzten Absatz zu übermitteln, der folgendermaßen lautet: In Österreich verlangt Buchautor Hans Pretterebner aufgrund der in seiner Dokumentation erhobenen Vorwürfe nunmehr von der Staatsanwaltschaft Wien wegen des Verdachtes des Mißbrauches der Amtsgewalt, des Verdachtes der Begünstigung von Tatverdächtigen sowie allenfalls auch des Verdachtes der Beteiligung am Versicherungsbetrug die Einleitung einer Untersuchung gegen Parlamentspräsident Dr. Leopold Gratz, Innenminister Karl Blecha, Zapata-Anwalt Heinz Damian, den Generalprokurator beim Obersten Gerichtshof Otto F. Müller, Senatspräsident Richard Jäger und den Sozialgerichtshof- und „Club 45“-Präsidenten Karlheinz Demel. — Und aus einem Gespräch mit dem Leiter der Staatsanwaltschaft Wien, mit dem Hofrat Dr. Olscher, weiß ich, daß eben hier das der Staatsanwaltschaft zugegangen ist. Auf der mir zur Verfügung stehenden Kopie, die dem Schreiben abgeschlossen war, sind also offensichtlich vom zuständigen Staatsanwalt damals diese diesbezüglichen Ausführungen auch besonders gekennzeichnet worden.

Graff: Erlauben Sie eine passende Zwischenfrage: Wissen Sie, ob alle anderen Amtsträger, also Müller und Demel und so weiter, auch angeschrieben wurden? Ist das aus dem Aktienstück . . .

Bernkopf: Das kann ich aus dem Akt . . . Darf ich aber nur, bitte, Herr Abgeordneter, eines dazu sagen, weil es auch bei uns evident ist: Der Herr Bundesminister hat, aber das war, knapp bevor er also dann letztlich als Innenminister eben abge-

löst worden ist, mir gesagt, es wäre hier seinerzeit auch an andere eine Mitteilung ergangen, wonach die Strafanzeige zurückgelegt worden ist. Und ich habe hier eben mir ein diesbezügliches Dokument besorgt. Das hat der Hofrat Olscher mir eben auf kurzem Wege letztlich übermittelt, und zwar eben 30. 1. 1989, Bundesminister Karl Blecha a. D. — ist hier schon vermerkt, obwohl er es zu diesem Zeitpunkt noch nicht war —, und dann steht hier: Die von Hans Pretterebner gegen Sie wegen Verdachtes nach §§ 302, 299, 12, 146, 147 StGB erstattete Strafanzeige wurde am 24. 2. 1988 gemäß 90 zurückgelegt. Die andere Strafsache ist noch nicht abgeschlossen.

Helene Partik-Pablé: Ja, danke. Ich habe aber noch eine Frage in dem Zusammenhang. Ich habe eine Frage auch noch, und zwar: Meines Wissens, ich glaube, das ist einmal veröffentlicht worden — ja, das war veröffentlicht, weil Pretterebner schuldig gesprochen wurde, verurteilt wurde. Und zwar hat Pretterebner in einem Vortrag einmal behauptet, die Hälfte des „Club 45“-Vorstandes wäre im Rahmen des AKH-Verfahrens gesessen. Daraufhin hat Blecha eine Ehrenbeleidigungsklage eingebracht. (Rieder: Mag. Gratz!) Gratz oder Blecha eine Ehrenbeleidigungsklage eingebracht. Und mich interessiert nur, ob . . . Der Herr Pretterebner behauptet immer, diese Berichte der Staatspolizei dienen als Grundlage für nachfolgende Ehrenbeleidigungsklagen. Und jetzt möchte ich gerne wissen, ob Sie in diesem Falle (Bernkopf: Nein!) diese Behauptung, es sei die Hälfte des „Club 45“-Vorstandes gesessen, ob davon der Minister Blecha Nachricht erhalten hat und ob das ein Grund war für eine Ehrenbeleidigungsklage, ob Sie davon etwas wissen.

Bernkopf: Noch einmal, ich müßte . . .

Helene Partik-Pablé: Nein, nicht noch einmal, bitte, nur kurz ja oder nein.

Bernkopf: Ja mit Ja und Nein . . . (Graff: Ob Sie es wissen!)

Helene Partik-Pablé: Ob Sie es wissen.

Bernkopf: Ich weiß es nicht. Aber ich kenne nur eine APA-Meldung. Ich weiß nicht, welche . . . Ich kenne hier eine APA-Meldung, und zwar vom 14. 12. des Jahres 1988, und diese APA-Meldung ist der Staatsanwaltschaft Wien zur strafrechtlichen Beurteilung übermittelt worden.

Helene Partik-Pablé: Wie lautet die APA-Meldung?

Bernkopf: Die lautet: Rücktritt von Gratz und Blecha unausbleiblich, Ergebnis des Untersuchungsausschusses soll der Staatsanwaltschaft übermittelt werden. Aber ich glaube, da ist nichts drinnen, was Sie hier angezogen . . .

Helene Partik-Pablé: Ist da ein Bezug auf einen Vortrag?

Bernkopf: Ja, es war das ein Vortrag, und zwar in einem Saal des Österreichischen Gewerbevereines. Das entnehme ich, bitte, nur der . . .

Helene Partik-Pablé: Und dort war die APA?

Bernkopf: Muß die APA gewesen sein, weil am 14. 2., also es ist hier ausgeführt, gestern, Dienstag, also der Vortrag müßte am 13. gewesen sein. Aber, bitte, das ist eben an den Staatsanwalt hier gegangen, und zwar an den Dr. Olscher am 14. Dezember, am selben Tag eben, und wir haben es eben zur strafrechtlichen Beurteilung übermittelt. Und hier wurde dann letztlich angefragt beim Minister, ob er die Ermächtigung zur Strafverfolgung eben erteilt.

Helene Partik-Pablé: Ja, danke, vorläufig . . . Eine letzte Frage noch: Und zwar ist es Ihnen schon vorgehalten worden, dieses Schreiben von Herrn Dr. Knechtsberger an Sie, Kabinett des Bundesministers, über das neu eingelangte Sachverständigengutachten in der Sache Lucona. Mich würde interessieren, ob hier der Dienstweg eingehalten worden ist bei diesem Schreiben, ob Sie das wissen. Der Dr. Knechtsberger ist ja in der Hierarchie unten oder in der Mitte?

Bernkopf: Na ja, zu dem damaligen Zeitpunkt war er Referent in der Abteilung II/7. Also er hatte einen unmittelbaren Dienstvorgesetzten, das war der Ministerialrat Dr. Bertl, über dem steht der Ministerialrat Dr. Schulz und letztlich auch der Generaldirektor (*Helene Partik-Pablé: Danziger!*), und dann ging es zum Minister.

Helene Partik-Pablé: Also Bertl, Schulz, Danziger und dann Blecha.

Bernkopf: Ja. Er gehört an sich, bitte, der dritten Ebene an und war dort Referent.

Helene Partik-Pablé: Ist dieses Schreiben diesen Weg gegangen, diesen Dienstweg?

Bernkopf: Aus diesem Papier kann ich das nicht entnehmen. Hier ist ein Dienstzettel an mich ergangen. Ob es aber einen Akt noch dazu gegeben hat, der einfach im Einsichtswege den anderen vorgeschrieben worden ist, kann ich nicht sagen.

Helene Partik-Pablé: Ist das üblich, daß man da einen Akt anlegt, wenn man ein Schreiben schickt?

Bernkopf: Nein, es könnte . . . Noch einmal, das ist eine interne Erledigungsform, die hier der Dr. Knechtsberger gewählt hat. Er hätte hier sehr wohl noch ein Geschäftsstück anlegen können und das eben dem Gruppenleiter vorschreiben können, respektive dem Generaldirektor. In der

Regel würde ich meinen, daß ja, wenn überhaupt eben dieser Sachverhalt in der Gruppe eingelangt ist, es ja der Gruppenleiter gesehen hat, letztlich auch der Abteilungsleiter. Es kann sein, daß der Generaldirektor dann mündlich informiert worden wäre oder was, aber das, bitte, sind lauter Vermutungen, die ich hier nur anstellen kann.

Helene Partik-Pablé: Es steht „vertraulich“ darauf. Es steht noch, daß der Bundesminister das zur Kenntnis genommen hat, Blecha.

Bernkopf: Für die Vermerke der Kollegen, bitte, kann ich nichts. Ich möchte ausdrücklich betonen, warum jemand auf so etwas „vertraulich“ daraufschreibt, bitte, das . . .

Helene Partik-Pablé: Aus dem ersehen Sie, daß der Dienstweg . . .

Bernkopf: . . . Ist ja letztlich die Eigendynamik der Staatspolizei, daß hier offenkundige Tatsachen offensichtlich dann auch noch als „vertraulich“ bezeichnet . . .

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Aus diesem Schreiben ersehen Sie, daß der Dienstweg nicht eingehalten worden ist, haben Sie gesagt.

Bernkopf: Nein, ich kann es nicht ausschließen, bitte.

Helene Partik-Pablé: Sie können es nicht ausschließen, weil ein Akt noch eigens angefertigt worden sein könnte?

Bernkopf: Schauen Sie, ich war dort auch Referent, und ich habe vielleicht, wie der Herr Abgeordnete Graff schon gesagt hat, es wesentlich genauer gemacht. Ich hätte halt so ein Schreiben eben überhaupt als Sachbearbeiter . . . selbst ausgeworfen, hätte es genehmigen lassen vom Abteilungsleiter und hätte es dann via Leiter der Gruppe C respektive via Generaldirektor zum Minister laufen lassen, und zwar nicht in Form eines Dienstzettels, sondern als Information, und da ist nichts Illegitimes daran, daß der Minister eben informiert wird.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, wie hätten Sie sich „ausgeworfen“?

Bernkopf: Nein, als Sachbearbeiter. Wenn ich mich richtig entsinne, dann ist hier (*Helene Partik-Pablé: Ich verstehe nicht, was das Wort „ausgeworfen“ heißt!*) als Sachbearbeiterin eine Frau Amtsrat Haselmann. Das ist eine Mitarbeiterin in dem besagten Referat, ja. Also ich hätte es als Konzeptsbeamter hier mir nicht von einem B-Beamten aufbereiten lassen, ich hätte halt selber eine kleine Information geschrieben, hätte die vom Abteilungsleiter genehmigen lassen und hätte sie vor Ergehen an den Minister eben auch

oben via Generaldirektor und via Gruppenleiter laufen lassen, sodaß jeder von unseren Funktionären auch eingreifen kann und sagen: Bitte schön, diesen Käse unterlaßt!

Helene Partik-Pablé: Das ist nicht geschehen?

Bernkopf: Nein, in dem Fall nicht. Aber die Beweggründe kann ich Ihnen nicht darlegen, da müßten Sie den Dr. Knechtsberger fragen.

Helene Partik-Pablé: Danke. (Ruf: Auch so kann man sich seiner Haut erwehren!)

Obmann Steiner: Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora: Herr Ministerialrat! Wir waren vor einigen Wochen in Ihrem Ministerium und haben uns die Aktienbehandlung etwas erklären lassen. Herr Ministerialrat, Sie waren schon unter Lanc im Ministerium?

Bernkopf: Ich war schon unter Lanc im Ministerium.

Ermacora: Und waren dort bei der Staatspolizei?

Bernkopf: Ja.

Ermacora: Das heißt, unter Ministerialrat Schulz.

Bernkopf: Das war mein unmittelbarer Vorgesetzter.

Ermacora: Warum haben Sie in Ihrer jetzigen Abteilung, Herr Ministerialrat, einen Akt über die Firma Pinosa registriert, gerade in Ihrer jetzigen Abteilung?

Bernkopf: Herr Professor, darf ich dazu kurz ausführen: Wir haben doch, als Sie und die Frau Dr. Geyer und der Herr Staatsanwalt Dr. Matoušek bei uns waren, eigentlich ad hoc priorisiert, mir war es völlig unbekannt, daß in der Kanzlei des Ministers ein solches Geschäftsstück existent ist.

Ermacora: Jawohl. Bitte, haben Sie während der Ministerschaft Lanc den Einbruch bei der Firma Pinosa behandelt?

Bernkopf: Ich war zu diesem Zeitpunkt noch nicht im Kabinett des Ministers, bitte.

Ermacora: Nein, ob Sie in der Staatspolizeilichen Abteilung . . .

Bernkopf: Nein, ich hatte damit überhaupt nichts zu tun. Ich hatte ein nachrichtendienstliches Referat, ebenso wie der Dr. Knechtsberger, nur in dessen Ingerenz sind auch diese Fragen des Technologietransfers und des Waffenhandels ge-

fallen, und daher war er dafür zuständig. Aber . . .

Ermacora: Haben Sie mit dem Vereinsakt des „Clubs 45“ etwas zu tun gehabt?

Bernkopf: Nein, habe ich nie etwas zu tun gehabt.

Ermacora: Auch jetzt nicht?

Bernkopf: Nein.

Ermacora: Warum haben Sie in dem Geschäftsverkehr Ihres Amtes einen Amtsverkehr, der von den lokalen Behörden, von der Sicherheits . . ., von der Bundespolizeidirektion Wien direkt zum Kabinett führt, ohne daß er die Sachabteilungen notwendigerweise berührt?

Bernkopf: Dürfte ich Sie noch einmal bitten. Die Frage ist mir nicht . . .

Ermacora: Bitte, da muß ich das vielleicht etwas plumper formuliert fragen: Warum kommen Akte von den lokalen Behörden direkt an Sie und gehen nicht über die Abteilungen zum Minister?

Bernkopf: Würden Sie mir bitte ein diesbezügliches Geschäftsstück zeigen?

Ermacora: Ja zeigen kann ich Ihnen das Geschäftsstück nur an Hand unserer Akte, die man uns zugeleitet hat, etwa Akte der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Salzburg in bezug auf den Herrn Guggenbichler.

Bernkopf: Sie meinen jenes Dokument, und zwar vom 7. 4., das ist also — 12. 4.

Ermacora: Hier habe ich ein Dokument vom 12. 4.

Bernkopf: Darf ich da ganz kurz ausführen . . .

Ermacora: Bitte, darf ich nur fragen: Es ist also richtig, daß wir uns hier einem Akt gegenüber befinden, der, ohne die zuständigen Abteilungen zu durchlaufen, direkt an das Kabinett gegangen ist?

Bernkopf: Ja.

Ermacora: Unter Bezugnahme auf die telefonische Rücksprache mit Oberrat Mag. Helmut Bernkopf.

Bernkopf: Ja.

Ermacora: Warum läuft das direkt an Sie, Herr Ministerialrat?

Bernkopf: Nein, darf ich dazu eines sagen: Es ist hier dieses Dokument eigentlich im Zusammenhang zu sehen mit der APA-Meldung vom

8. 4. Da habe ich damals den Dr. Bertl angefragt
...

Ermacora: Herr Ministerialrat! Sie müssen entschuldigen, ich frage Sie nicht nach Zusammenhängen mit der APA-Meldung, sondern ich frage Sie hier an Hand dieses Dokumentes, das wir vor uns haben. Ich frage Sie, warum hier, Sicherheitsdirektion Salzburg, aufgrund einer telefonischen Rücksprache mit dem Büro des Herrn Bundesministers, direkt an Sie geleitet wird. Bitte, diese Frage bitte ich zu beantworten, ohne mir das im Zusammenhang mit der APA-Meldung zu erzählen. Das ist nicht bestreitbar, dieses Dokument. Bitte, das zu erklären.

Bernkopf: Ja. Das ganze Schriftstück ist, bitte, gerichtet an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Journaldienst. Das ist also mehr oder minder der Journaldienst der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, der verschiedene Aufgaben zu erfüllen hat. Ich habe damals mit dem Hofrat Dr. Thaller gesprochen und habe eben nach vorhergehender Mitteilung durch den Ministerialrat Bertl erfahren, daß es einen Bericht gibt, und da habe ich gebeten, er möge das ans Haus übermitteln. Es wurde dann eben auf das Kabinett auch ausgezeichnet, und soweit mir bekannt ist, ist eben das Original hinaufgegangen an die Gruppe C.

Ermacora: Bitte, Herr Ministerialrat, ich muß Sie aber doch auf einen Irrtum aufmerksam machen. Hier auf diesem Dokument, das Sie möglicherweise vor sich haben, . . .

Bernkopf: Ich habe es vor mir.

Ermacora: . . . gibt es einen Aktenvermerk, einen sogenannten Aktenvermerk rechts oben, aus dem hervorgeht, daß Sie, Herr Ministerialrat, dieses Dokument schon am 12. April gesehen haben, aber der Eingangsstempel ist erst der 28. April. Bitte, wie erklären Sie sich Ihre Beantwortung meiner Frage bei dieser Gegenüberstellung dieser beiden doch sehr unterschiedlichen und sehr bezeichnenden Daten? Ich glaube, Herr Ministerialrat, daß Sie hier eine Antwort gegeben haben, die nicht schlüssig ist in bezug auf diese erste Seite des Dokuments.

Bernkopf: Das Dokument selbst ist mir am 12. 4. zugegangen. Ich habe es dem Herrn Bundesminister vorgeschrieben und habe es in weiterer Folge — Sie entnehmen das ja auch dem handschriftlichen Vermerk des Herrn Ministers, wo er mir den Auftrag gegeben hat: auch Sektionschef Dr. Hermann zeigen. Das habe ich hier am 13. tatsächlich auch gemacht und habe eben den Dr. Newole informiert und habe es dann über die Kanzlei einlaufen lassen. Und daher ergibt sich dieser Stempel.

Ermacora: Bitte, Herr Ministerialrat, aber ich darf dann noch einmal zurückkommen auf meine eingangs gestellte Frage.

Wir haben hier in diesem Dokument ganz klar Ihre Unterschrift vom 12. April 1988: Herrn Bundesminister mit der Bitte um Kenntnis, Ihre Unterschrift, 12., dann haben Sie Dr. Newole, 12., dann haben wir eine Bemerkung: auch Sektionschef Dr. Hermann zeigen, Blecha, vom 12., dann haben wir eine weitere Unterschrift, die wohl das gegenzeichnet, was Blecha sagt, von Ihnen am 13. 4., und dann haben wir erst den Eingangsstempel vom 28. April 1988.

Herr Ministerialrat! Sie können mir hier — bitte um Entschuldigung, ich bin grundsätzlich geneigt, höflich zu sein — aber nicht erzählen, Herr Ministerialrat, daß das der normale Amtsverkehr ist, der etwa von der zuständigen Abteilung zum Kabinett führt. Nein, hier haben Sie den Amtsverkehr Kabinett und zurück zur Abteilung. Bitte, erklären Sie mir diesen Aktenlauf!

Bernkopf: Herr Abgeordneter, ich werde es versuchen. Ich kann nur noch einmal darauf hinweisen: Das Dokument selbst ist vom 12. April des Jahres 1988. An diesem Tag ist es mir zugegangen, ich habe es dem Herrn Bundesminister vorgeschrieben, und der Herr Bundesminister hat es mit selbem Tag vidiert und hat darunter eben den Vermerk angebracht: auch Sektionschef Dr. Hermann zeigen. Das habe ich gemacht und auch mit meiner Unterschrift vidiert, mit 13. 4., und habe den Dr. Newole auch in Kenntnis gesetzt, daß dieses Dokument vorhanden ist, am 12. 4. und habe das Ganze dann über unsere Kanzlei eben — und das ist leider hier schwer sichtbar — Dr. Heindl mit Vorakt, eben über unsere Kanzlei stelle laufen lassen, sprich über die des Kabinetts, bitte.

Graff: Als Sie es schon längst hatten!

Bernkopf: Ja, aber ich weiß nicht, was man daraus entnehmen will.

Ermacora: Herr Ministerialrat! Sie erklären sicherlich diesen Amtsverkehr im Kabinett, der durch die Unterschriften hier gekennzeichnet ist, aber Sie können mir nicht erklären, warum dieses doch sehr wichtige Dokument in der ganzen Affaire nicht den Amtsweg läuft, den Sie grundsätzlich früher beschrieben haben, sondern einen sogenannten seitenverkehrten Amtsweg. Zuerst interessiert sich der Herr Ministerialrat, dann interessiert sich der Herr Bundesminister, dann interessiert sich der Herr Sektionschef, und dann, nachdem die Herren das abvidiert haben, kommt das in die Eingangsstelle, wo hier draufsteht: eingelangt am 28. April. Und dann steht noch in diesem Dokument, daß man eine Bezugnahme auf Ihre telefonische Rücksprache vorgenommen hat und unter Bezugnahme

auf diese telefonische Rücksprache Ihnen das direkt übermittelt. Bitte, ich glaube, noch einmal die Frage stellen zu dürfen: Warum haben Sie diesen Amtsverkehr bei diesem Dokument, der jedenfalls nicht den sonstigen Gepflogenheiten im Ministerium entsprechen kann? Bitte, warum interessieren Sie sich in diesen Apriltagen so sehr für Guggenbichler, ohne den normalen Amtslauf einzuhalten? — Bitte.

Bernkopf: Ich werde noch einmal versuchen, das darzulegen. Bitte, das Dokument, das Ihnen vorliegt, ist an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Journaldienst, eben gerichtet. Es ist auf Telefaxweg eben eingelangt und letztlich eine Kopie mir übermittelt worden. Es ist auch hier ausgeführt, wenn Sie den zweiten Halbsatz nehmen: Reinschriften werden nach Rückkehr des unterfertigten Sicherheitsdirektors aus seinem Urlaub und auch der dortigen Fachabteilung vorgelegt werden. Bitte, die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Journaldienst, hat das weiterzuleiten. (Graff: Ans Kabinett!) Ja, aber auch an die Fachabteilung, und das hat sie sicher getan. (Graff: Wo ist der Akt an die Fachabteilung?)

Ermacora: Herr Vorsitzender! Ich wollte bitte nur noch einmal dann die Frage stellen, vielleicht könnte man aufklären, was die durchgestrichenen . . . (Graff: Das hat er gesagt!)

Bernkopf: Das heißt hier in dem Fall Dr. Heindl mit Vorakt.

Ermacora: Ja bitte, aber ich muß sagen . . .

Bernkopf: Das ist nicht durchgestrichen, das ist . . .

Ermacora: Ich muß sagen, Sie können nicht erklären, auch schon zufolge der Zeitdifferenz vom 12. April bis zum 28. April, warum Sie diesen Akt direkt zugeteilt erhalten, ohne unmittelbar die normalen Regeln Ihrer Kanzleiordnung zu beachten und den Akt entsprechend dieser Kanzleiordnung in Bewegung zu setzen. Bitte, ich glaube, das ist nicht aufgeklärt, ich möchte das als ein Faktum nach wie vor im Raum stehen lassen.

Ich möchte, Herr Ministerialrat, dann folgende Frage stellen. Der Herr Sicherheitsdirektor Thaller hat am 5. 1. 88 seine Stellungnahme zum Fall Lucona geschickt, indem er betonte, er hätte nie eine Weisung erhalten, und Sie haben am 18. 2. veranlaßt, daß diese Stellungnahme auch dem Bundesminister zur Einsicht vorgelegt wird. Was war der Grund für dieses Vorgehen?

Bernkopf: Wie Sie aus diesem Dokument ersehen, hat hier der jetzige Sektionschef Hermann, der seinerzeit eben Leiter der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst war, diese Stellungnahme, die

ihm offensichtlich bekanntgeworden ist, zum Anlaß genommen, um mit dem Oberrat Dr. Strasser einen Schriftverkehr einzuleiten. Er hat mir dann dieses Dokument übergeben, und ich habe das dem Minister vorgeschrieben eben zur Kenntnisnahme.

Ermacora: Hatten Sie in dieser Angelegenheit direkte Kontakte mit Herrn Hofrat Thaller?

Bernkopf: Nein.

Ermacora: Überhaupt nicht?

Bernkopf: Überhaupt nicht.

Ermacora: Wir wissen ja alle, das ist ja aktenkundig, daß es einen Meinungsumschwung Thallers gegeben hat. Ich glaube, das ist unbestritten.

Bernkopf: Ich habe damals auch einen entsprechenden Vermerk für den Minister gemacht.

Ermacora: Ja, bitte, sind Sie informiert, wie es zu diesem Meinungsumschwung Thallers gekommen ist?

Bernkopf: Nein. Ich habe das, was mir der jetzige Sektionschef Hermann eben mitgeteilt hat, in Form einer Information für den Minister zusammengeschrieben.

Ermacora: Warum haben Sie in Ihrer Abteilung, Herr Ministerialrat, ein offenkundig bewiesenes besonderes Interesse an der Lucona-Angelegenheit gezeigt? Wir haben bedauerlicherweise — bitte, um das nur deutlich zu machen, wir hatten ja bei unserer Besichtigung des Aktenverkehrs leider nur Zeit, die formale Seite kennenzulernen, und wir haben ja nicht geprüft, welche Akte wirklich in Ihrem Ministerium vorliegen, sondern wir haben nur diese Akte hier vor uns gesehen, die Sie, Herr Ministerialrat, uns im Wege eines Beamten zugeleitet haben. Wir wissen also nicht, welches Aktenmaterial Sie wirklich haben. Daher ist meine Frage bitte noch einmal: Warum hat das Kabinett ein derartiges Interesse an der Sache Lucona und allen damit zusammenhängenden Fragen und auch Persönlichkeiten? Bitte, wo liegen die Gründe?

Bernkopf: Darf ich dazu ausführen: Das Kabinett hatte hier kein besonderes Interesse.

Ermacora: Bitte, ich schätze Ihre Stellung als Beamter und ich würde gegenüber Herrn Dr. Pilz gesagt haben, ein guter Beamter muß auch voraussehen können. Ist das ausschließlich Ihre Voraussetzung gewesen, die auch hier in diesem Dokument vom 12. 4. 88 Sie diesen Weg beschreiten ließ? Es muß doch irgendwo ein Grund liegen, warum Sie in dieser Frage so ein besonderes Interesse an den Tag legen, ein größeres Interesse als in manchen

anderen Fragen. Diesen Grund würde ich gerne kennenlernen, bitte.

Bernkopf: Ich weiß nicht, welche anderen Fragen Sie hier meinen. Für mich war das bitte eine ganz normale Angelegenheit. Ich habe das so administriert, wie ich Tausende andere Dinge während meiner Zeit im Kabinett administriert habe. Ich gebe Ihnen gerne zu, daß sicher vielleicht das eine oder andere eben nicht ganz logisch erscheint, weil eben hier dreimal meine Unterschrift ist und jeweils ein Datum drunter, aber ich habe hier kein wie immer geartetes besonderes Interesse an dieser Sache gehabt. Es war für mich ein ganz normales Geschäftsstück.

Ermacora: Ja ein Geschäftsstück war das natürlich schon, aber die Behandlung war nicht normal. Bitte, so möchte ich das sagen. Es mag ein normales Geschäftsstück gewesen sein, aber der Aktenverkehr und der Amtsverkehr, der war nach meiner Meinung auch nach Kenntnis Ihrer Geschäftsordnung im Ministerium nicht ganz normal. — Ich danke vielmals, Herr Vorsitzender.

Obmann Steiner: Danke. — Dr. Graff, bitte.

Graff: Ich komme noch einmal, Herr Zeuge, zurück zu diesem Telefax vom 12. 4. So wie es sich uns darbietet, hat es zunächst eine telefonische Rücksprache von Ihnen mit dem Sicherheitsdirektor Thaller gegeben, woraufhin der Entwurf eines Erhebungsberichtes — es mußte also offenbar sehr geschwind gehen. Es war ein Bericht über eine Veranstaltung, der war in Salzburg nicht einmal noch reingeschrieben, sollte erst reingeschrieben werden, wenn der Herr Sicherheitsdirektor vom Urlaub kommt, am 18., aber das Ganze ist vorweg sehr rasch Ihnen übermittelt worden. Ist das soweit richtig?

Bernkopf: Herr Abgeordneter! Ich hoffe, daß ich das jetzt vielleicht aufklären kann. Es hat damals — und das war für mich ausschlaggebend, daß ich mich an die Fachabteilung gewendet habe — einmal eine APA-Meldung gegeben . . .

Graff: Ich stelle richtig: Sie haben sich nicht an die Fachabteilung gewendet, sondern Sie haben sich an die Sicherheitsdirektion Salzburg gewendet.

Bernkopf: Nein. Herr Abgeordneter, darf ich jetzt bitte wirklich ausreden. Ich glaube, es sollte schon so sein, daß ich auch mich hier artikulieren darf.

Graff: Bitte, artikulieren Sie sich.

Bernkopf: Ich bedanke mich. — Am 8. 4. hat es eine APA-Meldung gegeben, die Ihnen auch vorliegend ist, wo der Dr. Newole hier reagiert hat eben auf den Inhalt derselben. Das entnehmen

Sie aus dem Dokument 00346. Hier hat er ausgeführt: Mit einer kurzen Stellungnahme reagierte Innenminister Blecha auf die Aussagen Guggenbichlers.

Ich — soweit ich mich heute erinnern kann — habe dann eben vom Kollegen Newole das Ersuchen gestellt bekommen, ob uns darüber etwas bekannt ist. Ich habe mich an den Dr. Bertl damals auch gewendet und habe gefragt, ob hier etwas bekannt ist. Und er hat mir, offensichtlich nach Rücksprache mit der Sicherheitsdirektion, gesagt, daß hier Beamte gewesen wären und es auch einen Bericht geben würde. Daraufhin habe ich mich — ich gebe zu, heute wird es vielleicht anders von Ihnen gesehen werden — eben auf kurzem Wege an den mir auch bekannten Dr. Thaller gewendet, habe ihn gefragt, ob das den Tatsachen entspricht und ob ich eine solche Kopie dieses Berichtes haben kann. Daher nimmt auch Herr Hofrat Dr. Thaller Bezug auf das Gespräch mit mir.

Graff: Gut. Das heißt also, es war der Anlaß eine APA-Meldung wieder für die Erwägung von strafrechtlichen Schritten des Ministers Blecha . . .

Bernkopf: Nein, es hat keine strafrechtlichen Schritte gegeben, bitte.

Graff: Na was hat die APA-Meldung ausgelöst? Warum hat die das Interesse ausgelöst?

Bernkopf: Na ja, Herr Abgeordneter, die APA-Meldung selbst hat unter anderem ja gelautet: Besitze Tonband vom Treffen . . .

Graff: Entschuldigen Sie bitte, ich habe die APA-Meldung hier nicht. Könnten Sie den für Sie entscheidenden Teil der APA-Meldung fürs Protokoll vorlesen.

Bernkopf: Das ist die APA-Meldung vom 8. April des Jahres 1988.

Graff: Ja, und was ist da drin gestanden?

Bernkopf: Im wesentlichen: „Der als Aufdecker der Lucona-Affäre bekanntgewordene Schweizer Privatdetektiv Dietmar Guggenbichler (*Graff: Bitte so, daß es die Stenographen mitschreiben können!*) ist nach eigenen Angaben im Besitze einer bisher unveröffentlichten Tonbandaufzeichnung eines Gespräches, das der heutige Nationalratspräsident und damalige Außenminister Leopold Gratz 1983 mit Udo Proksch wenige Tage vor dessen Verhaftung im Züricher Hotel ‚St. Gotthard‘ geführt hat. Wenn das Tonband bekannt wird, rollen die Köpfe!, sagte Guggenbichler Donnerstag abend bei einem Vortrag über politische Wirtschaftskriminalität in Österreich in der Mozartstadt.“

Und dann geht es weiter: „Guggenbichler zufolge wird die Veröffentlichung des Tonbandes zwei bestimmten Köpfen in der Republik das Genick brechen. Er wird das Tonband aber erst veröffentlichen, wenn ihn Innenminister Karl Blecha dazu auffordere, meinte der Schweizer Privatdetektiv. Über den Inhalt der Tonbandaufzeichnung wolle er bis dahin noch nichts sagen.“ — In diesem Sinne ist es auch weitergegangen.

Graff: Gut, machen wir es der Reihe nach. Was ist aufgrund dieses APA-Fernschreibens jetzt vom Dr. Newole veranlaßt worden?

Bernkopf: Dr. Newole hat offensichtlich über Auftrag des Herrn Bundesministers kurz reagiert. Ich erlaube mir noch den zweiten Halbsatz eben dieser Reaktion zu sagen: „Jemand, der strafrechtlich relevantes Beweismaterial hat, soll es der Staatsanwaltschaft übermitteln. Mehr sei darüber nicht zu sagen, meinte Blecha.“

Graff: „Reagiert“ heißt also auch eine öffentliche Aussendung.

Bernkopf: Er hat das offensichtlich in das sogenannte Zweiernetz, das ja allgemein zugänglich ist . . .

Graff: Ja, also mehr war an sich nicht zu sagen. Aber er wollte doch offenbar mehr wissen, denn es geht ja weiter.

Bernkopf: Ja, ich habe mich daraufhin auch erkundigt, und dieses Ersuchen ist vom Kollegen Newole an mich gerichtet worden, und ich habe das eben einmal über die Fachabteilung abgeklärt und habe gefragt, ob darüber etwas bekannt ist. Und das hat mir dann Dr. Bertl gesagt, daß eben dieser . . .

Graff: Da gibt es etwas in Salzburg.

Bernkopf: Ja, und zwar hat er — ich kann es aber, bitte, auch nur schließen, da müßte man den Dr. Thaller persönlich fragen — dann offensichtlich diesen Bericht auch zum Anlaß genommen, um eine formelle Anzeige eben hier zu erstatten. Das ist auch ein Dokument, das Ihnen vorliegt.

Graff: Ja schön, aber es geht immer nur um die Privatinteressen des Herrn Blecha oder um das politische Interesse, das durchaus legitim ist. Wenn es heißt: Er wird das Tonband veröffentlichen, wenn ihm der Minister Blecha dazu die Erlaubnis gibt!, dann versteht jeder Mensch, daß das den Minister Blecha interessiert. Nur, was uns hier im Ausschuß beschäftigt, ist eben die Art der Befassung des staatspolizeilichen Apparates unter Ausschaltung des Dienstweges. Und nun, wie immer diese Kommunikation war, hat das Interesse des Ministers, das in Ihren Bemühungen, Herr Bernkopf, seinen

Ausdruck gefunden hat, dazu geführt, daß Sie nun direkt, unter Ausschluß des Dienstweges, den Sicherheitsdirektor von Salzburg angerufen haben und von dieser Veranstaltung einen Bericht wollten. Ist das richtig?

Bernkopf: Nein, Herr Abgeordneter, das ist, bitte, nicht richtig. Ich habe sehr wohl den Dienstweg eingehalten, indem ich mich einmal grundsätzlich bei Bertl erkundigt habe.

Graff: Sie haben sich vorher bei Bertl erkundigt. Das ist ja kein Dienstweg.

Bernkopf: Ja, Herr Abgeordneter, aber ich glaube, man kann mir schwer einen Vorwurf daraus machen . . .

Graff: Nein, ich mache Ihnen überhaupt keinen Vorwurf.

Bernkopf: . . . wenn ich eigentlich einen persönlichen Kontakt, den ich ja zum Sicherheitsdirektor hatte, . . . Ich war, wie ich ausgeführt hatte, zehn Jahre lang bei . . .

Graff: Ja, Herr Zeuge, Sie sind ein großartiger Beamter, und umso mehr werden Sie mir bestätigen, daß der Dienstweg der gewesen wäre, daß Sie dem Bertl sagen: Bitte, beschaffe mir allenfalls den Bericht!, von mir aus auch unter Einschaltung des Gruppenleiters. Das haben Sie aber nicht getan, sondern Sie haben den Sicherheitsdirektor Thaller angerufen, und das ist dort offenbar für so wichtig empfunden worden, daß man nicht einmal die Reinschrift des Berichtes abgewartet hat, sondern per Telefax an den Journdienst der Generaldirektion . . . Ist es vielleicht so, daß dort . . . (Rieder: Sie sind auf dem falschen Dampfer! Die Initiative ist von Salzburg ausgegangen, wenn Sie sich den Bericht anschauen!)

Nein, entschuldigen Sie, ich rede jetzt von der Geschichte . . . Ich bin nicht am falschen Dampfer, der richtige Dampfer ist übrigens gesunken. (Rieder: Das weiß man nicht genau!) Zweifeln Sie noch immer? (Rieder: Ob es der richtige Dampfer war!) Sie wissen nicht, ob es der richtige Dampfer war? — Na gut.

Ich rede jetzt von der telefonischen Rücksprache — die hier steht und die nicht zu leugnen ist — des Herrn Mag. Bernkopf mit dem Sicherheitsdirektor Thaller und behaupte, daß das nicht der direkte Dienstweg ist. Das werden Sie mir doch nicht bestreiten. Es kann ja mitunter etwas wirklich so dringend sein, daß der Minister auch einen Gendarmerieposten anruft. Nur, das ist nicht der normale Dienstweg.

Bernkopf: Herr Abgeordneter! Ich darf dazu eines sagen: Ich habe immer versucht, möglichst ohne großes Herumgetue Dinge zu administrieren. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß bei

uns im Haus ein gewisser Trennungsbruch aufgrund der gesamten Vorfälle, die sich bisher ereignet haben, stattgefunden hat.

Graff: *Ein Trennungsbruch?*

Bernkopf: Ja, ich würde meinen, daß doch irgendwo das nicht spurlos an dem Innenressort vorbeigegangen ist.

Ich möchte mich jetzt nicht noch mit dem Dr. Bertl hier entzweien. Ich habe meine Überlegungen gehabt, warum ich mich letztlich direkt an den Hofrat Dr. Thaller gewendet habe, gelt? Und das habe ich in diesem Fall getan.

Graff: *Aber, Herr Zeuge, es interessiert uns, gelt? (Heiterkeit.)*

Bernkopf: Noch einmal, Herr Abgeordneter, ich glaube, ich versuche wirklich jede . . .

Graff: *Ja, wir bemühen uns gemeinsam, der Wahrheitsfindung zu dienen, und das ist ja etwas Schönes eigentlich.*

Bernkopf: Aber noch einmal: Es gibt Beamte, die sagen: Ja, ja!, und ich weiß, ich kriege es nicht, und ich kenne auch Beamte, die sagen: Ja, okay, das mach ich dir!, und ich habe die Sache. Ich habe meine Überlegungen gehabt, warum ich letztlich an den Sicherheitsdirektor herangetreten bin.

Graff: *Ich verstehe. Ich entnehme, ohne daß Sie es aussprechen, Sie brauchen es auch nicht zu bestätigen, Sie haben gemeint, Sie kriegen es geschwinder, wenn Sie direkt zum Thaller gehen. Das ist durchaus plausibel. Wenn überhaupt, sagen wir so.*

Bernkopf: Herr Abgeordneter, noch einmal: Es ist wirklich so, daß halt der eine Beamte eine Sache eben gleich angeht und der andere sagt: Ja, ja, in 14 Tagen kriegst du was.

Graff: *Gut, gut, okay. Aber es ändert doch nichts daran, Herr Zeuge, daß ein Interesse des Ministers bestanden hat, das nicht staatspolizeilich motiviert war, sondern durchaus verständlich politisch, Guggenbichler — Lucona — Tonband — Gratz. Na das hätte mich auch interessiert, in jeder wie immer gearteten beamteten oder politischen Funktion. Und da hat man nun die Gelegenheit, einen Bericht zu bekommen, und die Gelegenheit benützt man. Die Wertung kann man ja dann vornehmen. Und jetzt rufen Sie den Thaller an und wollen den Bericht, und der Thaller faxt dem Journaldienst. Ich nehme an, weil dort das Faxgerät steht, oder?*

Bernkopf: Ich glaube, es hat zu diesem Zeitpunkt auch bereits im Kabinett des Ministers ein Telefaxgerät gestanden.

Graff: *Da wäre es ja noch geschwinder gegangen.*

Bernkopf: Herr Abgeordneter, ich glaube, Sie wollen da was hineininterpretieren.

Graff: *Nein, wir reden nicht über Interpretation, ich bemühe mich um die Fakten. Aber Sie machen es mir ein bißchen schwer, denn es ist an sich ja gar nicht zu leugnen, daß Sie von Thaller etwas verlangen, und das kommt dann in den Journaldienst per Telefax.*

Und jetzt, damit wir weiterkommen: Rechts oben steht KBM, das heißt, wie ich inzwischen gelernt habe, Kabinett des Bundesministers. Das muß also offenbar die Person, die das als erstes in die Hand gekriegt hat, draufgeschrieben haben.

Bernkopf: Das war der Journalbeamte der Generaldirektion . . .

Graff: *Gut, okay. Und jetzt frage ich den perfekten Beamten: Warum schreibt der Journalbeamte — es gibt eine ganz plausible Erklärung, die im Text des Ganzen liegt — KBM drauf und nicht Gruppe II/7?*

Bernkopf: Herr Abgeordneter, ich habe eine Ablichtung, soweit ich mich erinnere, vom Journaldienst bekommen, und das Original ist sicher, weil es an die Generaldirektion, Journaldienst, gegangen ist, an die Gruppe C weitergeleitet worden.

Graff: *Ja das bezweifle ich, denn sonst müßten wir es haben. Dann war entweder die Aktenvorlage an den Ausschuß nicht vollständig, oder es ist ungeschickterweise gerade die falsche Kopie vorgelegt worden, nämlich die aus dem Kabinett, und nicht die richtige, nämlich die, die über die Abteilung gekommen ist.*

Ich verstehe aber auch, wenn der Herr Oberrat Bernkopf vom Kabinett etwas anfordert: Warum soll das nicht in das Kabinett gehen, wozu brauche ich da sogar eine Kopie? Das geht natürlich in das Kabinett, weil der, der das empfängt, liest „Bernkopf angefordert“ und schreibt pflichtgetreu „Kabinett des Bundesministers“ drauf, und es geht ins Kabinett. Und dort geht es — nicht einmal auf dem kabinettseigenen bürokratischen Weg, sondern höchst expeditiv und unbürokratisch — vom Bernkopf blitzartig zum Bundesminister, und auf Weisung des Bundesministers wird dann noch . . . Ich habe das in einer Pressekonferenz fälschlich behauptet — der Minister schreibt drauf: „auch dem Sektionschef Hermann zeigen“ —, da sagte ich: Unglaublich! Der zuständige Sektionschef Hermann — ich war der Meinung, Gruppenleiter C — bekommt das erst nachher. Das ist doch unkorrekt! Ich wurde belehrt durch eine Glosse in der „Arbeiter-Zeitung“, daß das gar nicht unkorrekt ist, denn der Hermann war nicht mehr Leiter der Grup-

pe C. Worauf ich allerdings antworten mußte: Bitte, dann ist er ja noch unzuständiger. Dann zeigt es der Minister Blecha dem Sektionschef Hermann, der offenbar nach wie vor sein Ratgeber in Lucona-Angelegenheiten war, und dann lassen Sie das noch in aller Korrektheit vierzehn Tage später, am 28. April, im Kabinett einlaufen.

Aber da Sie von einer Kopie sprechen — und jetzt komme ich zu einer konkreten Frage —, frage ich Sie: Wissen Sie wirklich, daß es in der zuständigen Fachabteilung eine weitere Kopie dieses Telefax gibt, das alle Zuteilungen, Einlaufstempel, Sichtvermerke und dergleichen trägt, oder glauben Sie es nicht? Haben wir uns verstanden?

Bernkopf: Von diesem Stück, ob das auch in der Gruppe C ist?

Graff: Sie haben behauptet, es sei für Sie eine Kopie gemacht worden, und damit impliziert, es gibt auch eine andere.

Bernkopf: Herr Abgeordneter, darf ich dazu sagen: Das andere, nämlich die Anzeige, die sich eigentlich auf den ersten Bericht stützt und vollinhaltlich wiedergegeben ist, ist mir ja vom Leiter der Gruppe C übermittelt worden.

Graff: Nein, darum geht es mir nicht. Es geht mir um das Telefax-Einlaufstück. Das ist natürlich immer eine Kopie in dem Sinn, daß es eine Kopie des Originals ist, das in Salzburg verblieben ist, denn Telefax ist ja die Weiterübermittlung über die Telefonleitung einer Abbildung eines Dokumentes, das an Ort und Stelle verbleibt. Nun kann es so gewesen sein — und ich bin davon überzeugt bis zum Nachweis des Gegenteils —, daß dieses Papier, das aus dem Telefax-Gerät im Innenministerium herausgekommen ist, nicht mehr abgelichtet wurde und sonstwohin gewandert ist, sondern gleich ins Kabinett des Bundesministers und uns hier so vorliegt. Sie haben aber jetzt angedeutet, es sei nur eine Kopie für Sie gemacht worden.

Bernkopf: Ich habe gesagt, ich glaube es. Ich kann es nicht ad hoc sagen.

Graff: Sie glauben es. Haben Sie einen aktenmäßigen Anhaltspunkt dafür, daß es ein anderes Exemplar gibt — um es neutral auszudrücken —, das nun wirklich in die Fachabteilung gegangen ist?

Bernkopf: Von diesem besagten Stück kann ich es nur annehmen. Mit Sicherheit ist es aber in der Fachabteilung evident, weil . . .

Graff: Sie können es nur annehmen. Okay. Ich nehme an, wenn es das gäbe, hätten wir es schon. Da wir es nicht haben, bleibe ich bis zum Beweis des Gegenteils dabei: Es war niemals in der Fachabteilung, sondern es ist herumgewandert von Ihnen zum Minister, zum Hermann, zurück, zum Ne-

wole, zurück, dann im Kabinett eingelaufen und im Kabinett abgelichtet worden, und auf diese Weise ist der Ausschuß draufgekommen. Und ich bleibe bei meiner These: Es wurde der normale Dienstweg nicht eingehalten, und zwar aus Anlaß einer Äußerung des Herrn Guggenbichler in einem Vortrag, der den Minister Blecha zwar politisch und persönlich sehr interessiert hat, der aber kein legitimes staatspolizeiliches Interesse betroffen hat. — Ich danke, Herr Zeuge. (Zwischenruf Elmecker.)

Obmann Steiner: Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Nachdem sich der Dr. Graff so erregt hat (Graff: Aber überhaupt nicht!) an der Frage des Dienstweges zwischen der Sicherheitsdirektion des Bundeslandes Salzburg und dem Kabinett des Ministers im Innenministerium, möchte ich auf folgendes hinweisen: Mir liegt aus den Akten der Salzburger ein Konvolut von Unterlagen vor. Da geht es darum, daß die zu diesem Geschäftsstück vorangehende Korrespondenz von der Salzburger Sicherheitsdirektion den Ausgang genommen hat. Deswegen habe ich gemeint, Sie sind auf dem falschen Dampfer. Die Frage wäre an den Sicherheitsdirektor Thaller zu stellen gewesen, warum er von sich aus in dieser Richtung tätig geworden ist. (Graff: Telefoniert hat er ja wohl!) Nein, das war eben Ihr Mißverständnis. Der Anruf war aufgrund einer Initiative des Salzburger Sicherheitsdirektors. Der hat da geschrieben, und zwar am 31. 3. 1988, erstens an das Bundesministerium für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Journaldienst, zweitens nachrichtlich an die Bundespolizeidirektion Salzburg, Postfach und so weiter: „Informationshalber wird anverwahrt eine Ablichtung einer Einladung des Ambassador-Klub Salzburg betreffend einen Vortrag des amtsbekannten Dietmar Guggenbichler über die politische Wirtschaftskriminalität in Österreich; mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt. Über den Vorstand des genannten Klubs bestehen bei der Bundespolizeidirektion und hierorts keine Vormerkungen. Über den Vortrag wird berichtet werden. Der Sicherheitsdirektor Thaller.“

Das heißt, dieses Schreiben vom 31. 3. 1988 nimmt nicht Bezug auf irgendeinen Anruf seitens des Kabinetts, sondern ist offensichtlich spontan aus eigenem erfolgt.

Jetzt habe ich an Sie die Frage, Herr Ministerialrat: Warum richtet der Sicherheitsdirektor Thaller das an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Journaldienst? Hat er damit eine bestimmte Absicht bezweckt? Oder was ist damit verbunden?

Bernkopf: Herr Abgeordneter, ich kenne dieses Dokument nicht in dem Fall.

Rieder: Haben wir das doppelt, damit man ihm das geben kann? (Graff: Sie müßten auch sagen,

Sie wissen nicht, warum der Thaller das macht, weil Sie seine Motive nicht kennen!)

Bernkopf: Herr Abgeordneter, Sie nehmen meine Antwort vorweg! *(Graff: Ich kenne Sie langsam!)* Wir haben relativ oft Kontakt gehabt. Ich sehe hier wirklich keinen Grund für mich. Ich bedanke mich, daß Sie mich nicht hier zur Sau machen wollen, und ich schätze, daß Sie wirklich interessiert sind, das aufzuklären. Aber noch einmal: Ich kann oft nicht interpretieren, was andere für Überlegungen haben. *(Graff: Das wollte ich dem Rieder plausibel machen!)*

Rieder: *Herr Ministerialrat, ich frage nicht nach den Motiven des Dr. Thaller, sondern nach der Vorgangsweise. War damit eine bestimmte Modalität verbunden? War das die getarnte Adresse des Kabinetts? Wenn das wirklich eine Adressierung an Sie oder an den Minister gewesen wäre, müßte da nicht stehen: „An das Kabinett des Ministers“? Oder ist das eine getarnte Adresse „Generaldirektion, Journaldienst“?*

Bernkopf: Nein, sicher nicht. Ich glaube eher, daß hier der Sachbearbeiter, in dem Fall der Mag. Haberl respektive der Sicherheitsdirektor, der vielleicht auch eine diesbezügliche Anweisung an seinen Sachbearbeiter gegeben hat, damit zum Ausdruck bringen wollte, er möge es an möglichst hoher Stelle anbringen, deswegen hat er auch geschrieben „Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Journaldienst“. Wenn das auf dem Telefax-Weg eingelangt wäre, hätte ich es zum Beispiel als Journalbeamter seinerzeit vielleicht dem Generaldirektor, zumindest via Generaldirektor an den Leiter der Gruppe C geleitet. *(Graff: Wenn im Text „Kabinett“ vorkommt? Geh!)*

Rieder: *Da kommt ja kein Kabinett vor. In dem initiativen Schreiben der Sicherheitsdirektion kommt weder der Minister noch das Kabinett noch der Bernkopf vor. Und jetzt habe ich gefragt: Ist mit der Angabe „Journaldienst“ das gewissermaßen eine Tarnadresse?*

Bernkopf: Nein.

Rieder: *Das ist nicht der Fall. Offensichtlich — das ist durch Aktenvermerk in Salzburg nicht belegt — dürfte dieses Schreiben . . . Da gibt es merkwürdigerweise auch keine korrespondierenden Stücke nach unseren Unterlagen im Innenministerium, das ist offenbar untergegangen. (Graff: Untergegangen ist gut!) Oder doch? Das weiß ich nicht. (SPÖ-Experte: Das ist das eingelangte, auch mit Telefax.) Das ist mit Telefax eingelangt. Ich werde daraus nicht ganz schlau. Also mir ist nicht ganz klar, wie das dann im Kabinett gelandet ist, aber offensichtlich ist es gelandet und ist dann zum Ministerialrat Bernkopf gekommen, und der Ministerialrat Bernkopf hat dann irgendwann — auch das ist nicht ganz klar — telefoniert. Oder hat Sie*

der Sicherheitsdirektor Thaller angerufen? Wie war das jetzt?

Bernkopf: Herr Abgeordneter, bitte darf ich das jetzt . . .

Rieder: *Verschlungene Wege der Akten! (Graff: Wir haben einen Zwischenanlaß mit der APA-Meldung, das können Sie jetzt wieder nicht leugnen!)*

Bernkopf: Für mich war, bitte, ausschlaggebend der 8. 4. Diese APA-Meldung habe ich aufgegriffen, habe mich beim Dr. Bertl erkundigt, ob was bekannt ist. Daraufhin sagt er mir, es wäre sogar ein Beamter dort gewesen und es gäbe einen Bericht. *(Graff: Da haben Sie gesagt: Her damit!)* Nein, nein, das habe ich nicht gesagt, Herr Abgeordneter.

Rieder: *Herr Ministerialrat! Ich komme jetzt zu folgender Schlußfolgerung über den Verlauf beim Journaldienst einlangender Geschäftsstücke: Wenn dort nichts draufsteht, dann landet das offensichtlich bei der Adresse „Journaldienst“ in der zuständigen Abteilung, ist also anscheinend nicht unmittelbar an Sie gelangt — oder doch? —, während dann der zweite, der genauso an die Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Journaldienst, adressiert ist, weil der Journalbeamte dort gesehen hat „Bernkopf“, bei Ihnen gelandet ist.*

Bernkopf: Genau.

Rieder: *Ja aber dann ist diese große ungeheuerliche Dramatik, die Sie dem beimessen, Herr Dr. Graff, eigentlich nicht am Platze, sondern . . . (Graff: Wenn Sie das als dramatisch empfinden!) Sie haben das wie eine große Sache aufgespielt. Dann hängt es offensichtlich davon ab, wie der Journalbeamte dort verfügt und wohin er das leitet.*

Die zweite Frage, die ich in diesem Zusammenhang jetzt an Sie, Herr Ministerialrat, habe: Können Sie uns beantworten, ob es in irgendeiner Weise ein Rundschreiben an die Sicherheitsdirektionen — mündlich, schriftlich, in welcher Form immer — gegeben hat, daß über Pretterebner-Vorträge oder Guggenbichler-Vorträge zu berichten ist?

Bernkopf: Soweit mir das bekannt ist, hat es so etwas nie gegeben.

Rieder: *Sie schränken ein, soweit es Ihnen bekannt ist. Wer könnte das wissen, ob es solche Sachen gegeben hat?*

Bernkopf: Noch einmal: Sie haben mir heute Dokumente gezeigt — nicht Sie, Herr Abgeordneter —, es wurden mir heute Dokumente gezeigt, die sich völlig meiner Kenntnis entzogen haben. Unter anderem war es, glaube ich, die Frau Abgeordnete Dr. Partik-Pablé, die mir da

einen — in der Terminologie der Staatspolizei — Fünferzettel gezeigt hat, wonach sich offensichtlich die Abteilung II/7 damals wegen eines Vortrags in Hermagor erkundigt hat. Bitte, mir ist das alles unbekannt. Ich habe nach bestem Wissen und Gewissen diese Dinge, soweit sie bei mir eingelangt sind, aufbereitet.

Rieder: Herr Ministerialrat! Ich meine nicht eine Einzelveranstaltung, eine Information, sondern ein generelles Schreiben, vorausschauend, über Pretterebner-Vorträge im nachhinein zu berichten.

Bernkopf: Nein, hat es nie gegeben.

Rieder: Hat es nicht gegeben. Das deckt sich übrigens auch mit dem . . .

Es hat aber offensichtlich dann aus Anlaß der Aktenanforderung ein Schreiben des Bundesministeriums für Inneres, Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit, Gruppe C, gegeben, wo dann die Sicherheitsdirektoren aufgefordert worden sind, gewissermaßen die Akten zu berichten. Das ist das Bundesland Tirol.

Bernkopf: Dazu kann ich nur sagen, ich weiß vom Kollegen Dr. Szymanski, daß eben alle Veranstaltungen letztlich aufgrund eines Auftrages, den, glaube ich, die Frau Nationalratspräsidentin Hubinek an unser Ressort gerichtet hat, . . . Das hat mir auch der Leiter der Gruppe C gesagt, er wird das in bestmöglicher Weise aufbereiten und wird einmal überhaupt generell nachfragen, was hierüber bekannt ist. Ich habe, wohlgemerkt, dieses Stück auch nicht gesehen. Ich habe aber auch keine Veranlassung gehabt . . .

Obmann Steiner: Darf ich Sie kurz unterbrechen? Würden Sie bitte sagen, welches Stück das ist.

Bernkopf: Ja, es ist das offensichtlich ein Bericht, und zwar ist hier ein FS-Erlaß ergangen am 2. 2. 1989 mit 2 C, das heißt, es müßte ein Erlaß direkt der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, vermutlich aufbereitet vom Ministerialrat Dr. Schulz, an alle Unterbehörden ergangen sein. In Entsprechung dieses Erlasses hat eben die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Tirol einberichtet.

Rieder: Herr Ministerialrat! Ich habe Ihnen auch dieses Fernschreiben hingelegt, das hinausgegangen ist. Sagen Sie die Zahl!

Bernkopf: Das vorhergehende Dokument?

Rieder: Das Fernschreiben, das jetzt hinausgegangen ist.

Bernkopf: Das Fernschreiben hatte die Zahl 208216/12—2c/1989.

Rieder: Ich möchte nur zur Festigung Ihrer Behauptung fragen, daher komme ich auf den Bericht der Sicherheitsdirektion zurück: Wenn also eine solche generelle Umfrage, wie sie jetzt in diesem Rundschreiben erfolgt ist, stattgefunden hat, womit alle Sicherheitsdirektionen aufgefordert worden sind, alles, was bei ihnen über Pretterebner- und Guggenbichler-Berichte vorliegt, bekanntzugeben, dann müßte den Berichten der Sicherheitsdirektionen zu entnehmen sein, ob es eine solche generelle Anordnung gegeben hat oder nicht. Können Sie jetzt den Bericht — einen als Beispiel — der Sicherheitsdirektion Tirol vorlesen?

Bernkopf: „Zu bezogenem Erlaß beehrt sich die Sicherheitsdirektion für das Bundesland Tirol zu berichten, daß von der ho. Behörde ein Kriminalbeamter einmal (Abteilungsinspektor Josef Ortner) aus eigenem Antrieb an einer Veranstaltung des Dietmar Guggenbichler in Wörgl teilgenommen hat. Über seine Wahrnehmung wurde am 27. 6. 1988 berichtet (siehe Beilage). Darüber war an Z am 19. 7. 1988 . . .“ (Graff: Ihre These ist, es heißt nicht „unter Bezug auf den Spitzelerlaß“!)

Rieder: Meine These ist, erstens, daß es keine generelle Anordnung gegeben hat, zweitens, daß es in den Bereichen, in denen es auch keine Korrespondenz gegeben hat, eben Staatspolizisten gegeben hat, die aus eigenem an Veranstaltungen teilgenommen haben. Das ist das eine, was ich verifizieren wollte.

Das zweite: Herr Ministerialrat, können Sie uns sagen, in welchen Fällen seitens des damaligen Bundesministers Blecha oder sonst von Beamten des Innenressorts oder des Innenministeriums im Zusammenhang Guggenbichler — Pretterebner Anzeigen erstattet worden sind, die Staatsanwaltschaft um Ermächtigung eingekommen ist oder Privatanklagen erhoben worden sind? Haben Sie darüber einen Wissensstand?

Bernkopf: Ja. Ich habe zuvor schon einmal ausgeführt, daß der Herr Bundesminister zweimal von der Staatsanwaltschaft Wien ersucht worden ist, und zwar hat es einmal das Buch betroffen und einmal die Pressekonferenz vom 18. 2. 1988, ob er die Ermächtigung erteilt.

Rieder: Darf ich noch einmal fragen: In diesen beiden Fällen, die Sie erwähnen, ist die Initiative von wem ausgegangen?

Bernkopf: Von der Staatsanwaltschaft. — Aus dem einem Ersuchen der Staatsanwaltschaft vom 22. 1. des Jahres 1988 war ersichtlich, daß eben hier bereits beim Landesgericht für Strafsachen Wien Vorerhebungen aufgrund des Inhalts des Buches laufen. Hier hat man angefragt, ob der Minister auch . . .

Rieder: *Hat es eine Privatanklage des Innenministers gegeben?*

Bernkopf: Soweit ich weiß, hat es keine Privatklage gegeben.

Rieder: *Hat es eine Anzeige des Innenministers gegeben?*

Bernkopf: Es ist, wohlgemerkt, zweimal ein Zeitungsartikel erschienen, und zwar hat die „Neue Volkszeitung“ einmal über einen Vortrag — ich glaube, der war in Wolfsberg, ich habe den Akt da — berichtet, und das wurde der Staatsanwaltschaft übermittelt, und zwar wegen §§ 111, 117 StGB.

Rieder: *Ist zur Erstattung dieser Anzeige ein Bericht der Staatspolizei über den Vortrag angefordert worden?*

Bernkopf: Nein, soweit ich weiß, hatten wir gar keinen Bericht darüber. Punkt zwei: Es war ausschlaggebend dafür der Inhalt des Artikels in der Zeitung.

Rieder: *Trifft es also zu oder trifft es nicht zu, daß die Berichte, die von der Staatspolizei erstattet worden sind, in keinem Fall zum Anlaß einer strafrechtlichen Verfolgungsmaßnahme seitens des Ministers genommen wurden?*

Bernkopf: Die sind nie zum Anlaß genommen worden von uns.

Rieder: *Danke.*

Obmann Steiner: *Danke.*

Dr. Ermacora: *bitte.*

Ermacora: *Ich wollte nur noch einmal feststellen, nach Durchsicht dieser verschiedenen Akten wird doch etwas ganz deutlich: Auch wenn es keinen, wie Herr Dr. Rieder festgestellt hat, generellen Erlaß zum Besuch der Veranstaltungen gegeben haben mag, so gab es sicherlich individuelle Weisungen.*

Ich habe hier vor mir, von Ihnen gezeichnet am 13. April, die Bemerkung, daß am 13. April Oberkommissär Soundso in Entsprechung des hierortigen Ersuchens — das sind Sie, Herr Ministerialrat, das hierortige Ersuchen — das und das festgestellt hat, daß der Pretterebner diesen Vortrag halten wird.

Ich habe hier ein Fernschreiben . . .

Bernkopf: Herr Abgeordneter, bitte, darf ich das jetzt richtigstellen. Ich habe vorhin schon ausgeführt: Ich habe vom Minister die Information erhalten . . .

Obmann Steiner: *Lassen Sie zuerst den Herrn Abgeordneten seine Sache vortragen.*

Ermacora: *Ich stelle zunächst keine Frage, sondern präsentiere dem Herrn Ministerialrat die Probleme, und dann stelle ich eine Frage.*

Auf hierortiges Ersuchen wird informiert. Dann habe ich: Anruf von Ministerialrat Dr. Bertl bezüglich Veranstaltung von Pretterebner soundso in Ried. Anruf von Ministerialrat Bertl, also von Seiten des Ministeriums.

Ich habe dann hier vor mir einen weiteren Akt, wo man gleichfalls auf eine — nennen Sie es Weisung oder wie Sie wollen — telephonische oder telegraphische oder telefaxische Unterhaltung Bezug nimmt zwischen dem Ministerium und der entsprechenden Sicherheitseinrichtung. Es hat, wie Dr. Rieder sagt, vielleicht keine generelle Weisung gegeben.

Hat es individuelle Aufforderungen an die verschiedenen Sicherheitsdirektionen gegeben? Bitte, das ist meine Frage.

Bernkopf: Ich habe mich, ausgehend von dem Flugblatt, das mir der Minister am 13. 4. übergeben hat, einmal erkundigt, ob über den Vortrag in Wels etwas bekannt ist. Das wurde offensichtlich von Ministerialrat Dr. Schulz, an den ich das Ersuchen gerichtet habe, an Dr. Bertl weitergegeben, und der hat sich dann erkundigt. Das war also mehr oder minder eine Information für den Minister über eine bereits gelaufene Veranstaltung.

Ermacora: *Bitte, Herr Vorsitzender, ich habe eine andere Frage gestellt, und diese viel konkreter.*

Hat es mit den einzelnen Sicherheitsdirektionen von Ihrer Seite individuellen Kontakt hinsichtlich der Vortragstätigkeit gegeben?

Bernkopf: Nein, von mir aus überhaupt nicht.

Ermacora: *Von wem könnte es einen solchen Kontakt gegeben haben? Es kann doch nicht zufällig sein, daß im selben Zeitraum von allen Seiten österreichischer Sicherheitsorgane entsprechende Berichte einkommen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Leute das alles aus dem Ärmel beuteln. Es muß doch eine gewisse Initiative ergriffen worden sein, daß derartige Berichte im Zeitraum des 12. April 1988 eingehen.*

Von wem könnte diese, vielleicht nicht generelle, aber individuelle Initiative ausgegangen sein? Man kann die Gleichförmigkeit der Berichterstattung nicht übersehen.

Bernkopf: Herr Abgeordneter, darf ich dazu eines sagen: Ich bin noch immer der Meinung, daß es sehr wohl in den Aufgabenbereich der Staatspolizei fällt, solche Dinge wahrzunehmen.

Ermacora: Herr Ministerialrat, das ist ja ein Widerspruch zu den Fakten. Sie, Herr Ministerialrat, haben mit Thaller gesprochen und nicht die zuständige Abteilung. Ich frage Sie noch einmal: Haben Sie, so wie Sie mit Thaller gesprochen haben — das können Sie nicht leugnen, das haben wir hier in diesem Papier vom 12. 4. —, auch mit anderen Sicherheitsdirektoren gesprochen?

Bernkopf: Nein, ich hatte dazu auch keine Veranlassung. Noch einmal, bitte, Herr Abgeordneter: Sie wollen hier etwas hineininterpretieren, was wirklich nicht den Tatsachen entspricht. Ich habe mich damals an Dr. Bertl aufgrund dieser APA-Meldung gewendet und habe ihn gefragt, ob hierüber etwas bekannt ist. Dr. Bertl hat mir, offensichtlich nach Rücksprache mit der Sicherheitsdirektion, gesagt, daß sogar ein Beamter bei der Veranstaltung anwesend gewesen ist. Daher hat der Gruppeninspektor Schwarzl (*phonetisch*) — so ist, wenn ich mich recht erinnere, sein Name — eben diesen Bericht abgefaßt, und diesen Bericht habe ich mir dann — das habe ich schon versucht, darzulegen — aus bestimmten Gründen direkt bei der Sicherheitsdirektion eingeholt, um ihn möglichst bald — das möchte ich nicht bestreiten — auch vorliegend zu haben.

Ermacora: Bitte, Herr Ministerialrat, meine konkrete Frage war, ob Sie auch Kontakte mit den anderen Sicherheitsdirektoren gehabt haben.

Bernkopf: Nein, ich hatte keine anderen Kontakte.

Ermacora: Wer hatte Kontakte? Man kann nicht leugnen, daß einzelne Sicherheitsdirektoren beziehungsweise die Bundespolizeidirektion Wien als Sicherheitsdirektion in gleichartiger Weise geradezu bundesweit im selben Zeitraum über diese Vorträge des Genannten berichtet haben.

Ist der vorausseilende Gehorsam Ihrer Sicherheitsdirektionen so riesig, daß alle nun mit der Nase erkennen, was der Herr Minister wünscht? Es kann doch nicht sein, daß hier nicht irgendwo eine koordinierende Hand dahintersteht.

Ich würde, bitte, die Frage stellen: Wer könnte es sonst sein, wenn Sie es nicht waren? Nennen Sie mir die Abteilung!

Bernkopf: Es war sicher keine koordinierende Hand dahinter. Ich möchte ausdrücklich betonen: Wäre ich Leiter einer staatspolizeilichen Abteilung, einer Unterbehörde gewesen, so hätte ich mich damals genauso für diesen Sachverhalt interessiert und hätte einen Beamten zu dieser Veranstaltung gesendet, um diese wahrzunehmen.

Ich bin der Ansicht, es ist hier ein legitimes staatspolizeiliches Interesse gegeben. Sie sehen das anders. Es ist vielleicht hier ein gewisser Freiraum ausgenützt worden. Ich möchte ausdrück-

lich betonen — ich habe das zuvor, glaube ich, nicht verhehlt —, daß sicher hier eine gewisse Grauzone der staatspolizeilichen Tätigkeit gegeben ist. Aber es war sicher legitim, daß diese Beamten dorthin gegangen sind.

Daß der eine oder andere Leiter der Abteilung I es vielleicht anders gesehen oder aus personellen Zwängen gesagt hat, er nimmt das nicht wahr, bitte — noch einmal —, das kann doch jetzt nicht in dieser Richtung ausgelegt werden, wie Sie es hier tun.

Ermacora: Herr Vorsitzender! Ich glaube, der Zeuge hat nicht in dieser Situation unbedingt das Recht, zu interpretieren. Er hat mir gesagt, daß er der Auffassung ist, es gebe keine koordinierende Hand und er sei es nicht gewesen, der auch mit anderen Sicherheitsdirektionen Kontakt aufgenommen hat.

Warum hat er gerade mit der Sicherheitsdirektion Salzburg Kontakt aufgenommen?

Bernkopf: Das habe ich zuvor schon versucht zu erklären. Dr. Bertl hat mir damals gesagt, daß er weiß, daß es einen Bericht der Sicherheitsdirektion Salzburg gibt, der in Vorbereitung ist respektive reingeschrieben wird. Aus Überlegungen, die ich zuvor schon angedeutet habe, habe ich mich letztlich direkt an den Hofrat Dr. Thaller gewendet. Ich sehe aber darin nichts Verbotenes.

Ermacora: Danke vielmals.

Obmann Steiner: Danke.

Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge — nur eine kurze allgemeine Frage —, Sie sind 10 Jahre im staatspolizeilichen Bereich tätig gewesen, ist das richtig?

Bernkopf: Ja.

Gaigg: Sie kennen daher die bestehende, für den Laien nicht ganz verständliche, abgehobene Behördensprache. Es gibt offensichtlich eine eigene staatspolizeiliche Sprache. Sie haben heftig protestiert gegen den Ausdruck „observieren“ im Zusammenhang mit den Veranstaltungen von Pretterebner und Guggenbichler und haben ein anderes Wort — ich habe es mir aufgeschrieben — dafür verwendet und haben gesagt, diese Veranstaltungen wurden wahrgenommen.

Herr Zeuge! Würden Sie uns, zu unserem Verständnis und zum Verständnis der Öffentlichkeit, bitte, sagen, worin in der abgehobenen staatspolizeilichen Sprache der Unterschied zwischen wahrnehmen, beobachten — dieser Begriff wird immer wieder verwendet — und observieren besteht? Das wäre der erste Teil meiner Frage. Wo liegt da der

Unterschied zwischen wahrnehmen, beobachten, observieren, in etwa?

Bernkopf: Ich werde versuchen, Ihnen . . . (Schiefer: Sie haben Ihre Wortmeldung wahrgenommen, aber nicht observiert.)

Gaigg: Das wäre aber schlecht, ich möchte mehr, als daß es wahrgenommen wird.

Bernkopf: Noch einmal: Wenn ich Worte der deutschen Sprache oder auch fremdländische Worte richtig interpretiere: Bspitzeln heißt in meinen Augen, daß ich irgend jemanden heimlich beobachte (Gaigg: Das Wort „bspitzeln“ habe ich, bitte, nicht verwendet!) oder aushorche. Observieren heißt detto heimlich beobachten.

Gaigg: Entschuldigen Sie, Herr Zeuge! Das Wort „bspitzeln“ dürfte in der Behördensprache wahrscheinlich nicht vorkommen.

Bernkopf: Nein, aber . . .

Gaigg: Mir geht es um die drei Begriffe „wahrnehmen“, „beobachten“, „observieren“.

Bernkopf: Noch einmal: Ich glaube, Observation ist, wenn ich eine Person heimlich beobachte. Das ist, bitte, hier nicht erfolgt. Es ist eine Veranstaltung gewesen, und die Sicherheitsbehörde hat eben diese Veranstaltung wahrgenommen, weil . . .

Gaigg: Herr Zeuge, entschuldigen Sie! Sie sprechen davon, daß nicht heimlich beobachtet worden ist. Es ist eine Frage, ob derjenige, der vorträgt, die Polizei oder die anwesenden Polizisten aufgrund von Äußerlichkeiten oder deswegen, weil er sie persönlich kennt, zu erkennen vermag. Aber jedenfalls eine Mitteilung an den Vortragenden: Wir sind da, wir nehmen wahr! gibt es nicht. (Bernkopf: Nein!) Wenn Sie in diesem Zusammenhang den Begriff „heimliche Beobachtung“ verwenden, so klingt das nicht ganz plausibel.

Bernkopf: Ich glaube, Herr Abgeordneter, Sie haben auch die Berichte gelesen. Ich weiß nur, daß der Herr Pretterebner und auch der Herr Guggenbichler bei ihren Vorträgen offensichtlich genau gewußt haben, ob Beamte einer staatspolizeilichen Abteilung anwesend sind. Ich habe es, bitte, so gehört. Man müßte nur den Sicherheitsdirektor Dr. Bichler (phonetisch) fragen, der sogar selbst bei einem Vortrag in Seeboden war, und dann hätte er . . .

Gaigg: . . . freundlich begrüßt wurde.

Bernkopf: . . . mitdiskutieren sollen. Bitte, noch einmal: Unsere Beamten sind hier ganz offiziell in Erscheinung getreten. Also ich sehe hier . . .

Gaigg: Darf ich zurückkommen — ich habe Sie wahrscheinlich selbst ein bißchen abgelenkt —: Gibt es eine legale Definition der Begriffe „wahrnehmen“, „beobachten“, „observieren“? Das wäre meine erste Frage gewesen. Und wenn es das gibt, bitte, gibt es — ganz konkret — Richtlinien bei der Staatspolizei, unter welchen Voraussetzungen eine Veranstaltung wahrzunehmen oder zu beobachten oder zu observieren ist? Sind die irgendwo umschrieben, diese Begriffe „wahrnehmen“, „beobachten“, „observieren“?

Bernkopf: Schauen Sie, Herr Abgeordneter, jetzt sind wir ja sicher bei der sogenannten Grauzone dieser staatspolizeilichen Tätigkeit. Ich möchte aus . . .

Gaigg: Dann darf ich Sie so verstehen, um das abzukürzen: Es gibt also keine in irgendeinem . . .

Bernkopf: Es gibt ein Versammlungsgesetz und so weiter. Es gibt verschiedene Anknüpfungspunkte für staatspolizeiliche Tätigkeit, aber daß es richtiggehend determiniert wäre, das ist nicht vorhanden.

Gaigg: Ist es nicht?

Bernkopf: Nein.

Gaigg: Und gibt es irgendeine Richtlinie, in welcher Form immer, in der Form einer Weisung oder in der Form eines Erlasses oder wie immer, unter welchen Voraussetzungen eine Veranstaltung wahrzunehmen ist beziehungsweise zu beobachten ist oder zu observieren ist? Unterliegt das . . .

Bernkopf: Noch einmal: Der Terminus „Observation“, bitte, ist höchstens auf kriminalpolizeilichem und staatspolizeilichem Gebiet anzuwenden. Wenn ich einen präsumtiven Täter tatsächlich irgendeiner Handlungsweise überführen möchte, insbesondere im staatspolizeilichen Bereich, ist der Begriff der Observation sicher sehr, sehr gebräuchlich und wird auch relativ oft angewendet werden müssen, um zum Ziel, sagen wir, zu fundierten Erkenntnissen zu kommen. Aber da hat es eben eine Veranstaltung gegeben, und der jeweilige Leiter der staatspolizeilichen Abteilung einer Behörde hat eben gesagt: Okay, da gehen zwei Beamte hin! Der Hofrat Liebhart hat eben zwei Beamte hingesendet, weil er gemeint hat — ich vermute, daß er das gemeint hat —, da könnten neue Erkenntnisse geschöpft werden.

Gaigg: Herr Zeuge, war es nicht so, daß auf der Seite der Behörde oder des Ministers oder eines anderen Beamten an sich schon die Vermutung bestand, es könnte der Herr Guggenbichler oder es könnte der Herr Pretterebner im Rahmen einer solchen Veranstaltung wieder Äußerungen tun, die einen strafrechtlichen Tatbestand erfüllen (Bernkopf: Nein!), und man schickt deswegen jemand

hin, um den dabei ertappen zu können, denn auch verbal kann man eine Straftat setzen, und dann wäre es doch ein Observieren gewesen?

Bernkopf: Nein. Herr Abgeordneter, noch einmal: Der Minister hat nicht einen dieser Berichte, die Ihnen vorliegend sind, zum Anlaß genommen, irgendeine Strafanzeige gegen den Herrn Pretterebner . . .

Gaigg: Aber er hätte können nach den Äußerungen, die dort gefallen sind?

Bernkopf: Ja. Aber noch einmal, bitte: Es war (Gaigg: Er hat es nicht getan!) sicher so, daß die Sicherheitsbehörden an diesen Vorträgen ein bestimmtes Interesse hatten. Ob das legitim ist, ob man das einmal ändern möchte oder nicht, das soll die Zukunft weisen. Ich kann nur für meinen Teil sagen: Ich als Leiter einer staatspolizeilichen Abteilung hätte meine Beamten auch dorthin entsendet, aber sicher nicht aus vorauseilendem Gehorsam, um den Minister irgendwie in die Lage zu versetzen, hier irgend etwas zu tun, sondern aus wirklichem staatspolizeilichem Interesse.

Ich glaube auch, daß der Herr Bundesminister — aber, bitte, da bin ich, glaube ich, auch nicht Adressat der Frage — eben auch nur daran interessiert war: Ja was ist hier vielleicht los? Aber, bitte, alles andere ist irrelevant für ihn gewesen. Es ist ja so viel in den Medien über diese Vorträge gewesen respektive ist ja auch immer wieder von der Austria Presseagentur das eine oder andere aufgegriffen worden, sodaß er, wenn er hätte vorgehen wollen, ja sehr wohl hätte vorgehen können. Und wir haben — ich habe es ja zuvor schon gesagt — auch zweimal eine APA-Meldung aufgegriffen, um eben die Staatsanwaltschaft in dem Sinne zu informieren. Und die haben dann formell angefragt, und der Herr Bundesminister hat die Ermächtigung zur Strafverfolgung erteilt.

Gaigg: Also Sie, Herr Zeuge — zusammenfassend —, sehen das so, daß die Wahrnehmung dieser Veranstaltungen aus staatspolizeilichen Überlegungen erfolgt ist, um dort in dieser Richtung etwas zu erfahren, und nicht und keineswegs, um allenfalls dort gesetzte strafbare Handlungen, die ja auch in einer Verleumdung oder in einem anderen Tatbestand bestehen könnten, zu verfolgen?

Bernkopf: Ja, so sehe ich das.

Gaigg: So sehen Sie das. Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Frau Dr. Partik-Pablé, bitte.

Helene Partik-Pablé: Eine kurze Frage noch: Mir liegt eine Information für den Herrn Bundesminister, unterzeichnet von Ihnen, auch von Herrn

Dr. Szymanski im übrigen, vor, und zwar vom 10. August 1988.

Bernkopf: Betrifft das die Sache des Arbeitsgerichtspräsidenten Demel?

Helene Partik-Pablé: Ja. Es geht darum, daß sich der Präsident des Arbeitsgerichtes Demel auf Arbeitsgerichtspapier in seiner Eigenschaft als Mitglied und Präsident des „Club 45“ darüber beschwert, daß den Hausdurchsuchungsbefehl ein Beamter der niederösterreichischen Kriminalpolizei überbracht hat, und weiters auch darüber, wie so Beamte des Landesgendarmierkommandos für Niederösterreich befugt waren, exekutive Amtshandlungen in Wien vorzunehmen. Diese Information ist für den Herrn Bundesminister.

Und als letzter Absatz steht da: „Angesichts der Sensibilität der gesamten Angelegenheit wird vorgeschlagen, nur formal zu argumentieren.“ Was heißt das? Wie würde vorgegangen werden, wenn die Angelegenheit nicht so sensibel wäre?

Bernkopf: Ich möchte aber, bitte, den Oberrat Dr. Szymanski auch nicht irgendwo interpretieren. Es war so — wie Sie aus diesem Konvolut entnehmen konnten —, daß sich der Präsident des Arbeits- und Sozialgerichtes Dr. Karl-Heinz Demel an den Minister im Mai, glaube ich, mit einem persönlichen Schreiben gewendet hat, wo er verschiedene Querelen zum Ausdruck gebracht hat. (Helene Partik-Pablé: Entschuldigung! Persönliches Schreiben auf Arbeitsgerichtspapier?) Das müßten Sie ja in den Ablichtungen sehen. (Helene Partik-Pablé: Na ich weiß jetzt nicht, was Sie meinen!) — Daher haben auch der Kollege und ich letztlich den Präsidenten zwar als Präsidenten der gesellschaftlichen Vereinigung „Club 45“, glaube ich, angesprochen.

Helene Partik-Pablé: Das war Juni. Was ich zitiere, war Juni. Sie sprechen von einem persönlichen Schreiben im Mai. Ich weiß nicht, meinen Sie . . .

Bernkopf: Es müßte in Ihren Unterlagen, bitte, auch drinnen sein. Es hat zwei Schreiben des Präsidenten Demel gegeben, eines war im Mai des Jahres 1988, wo Dr. Szymanski und ich über Auftrag des Ministers uns die rechtliche Situation angesehen und dann eine Information für den Minister abgefaßt haben und auch den Entwurf eines persönlichen Antwortschreibens. Auf dieses Schreiben hat dann der Präsident Demel reagiert — ich könnte es jetzt nicht genau einordnen, ich glaube, es war noch im Monat Juni —, und daraufhin haben sich der Kollege Szymanski und ich wiederum zusammengesetzt und haben eine weitere Information für den Herrn Bundesminister gemacht, die Ihnen vorliegend ist, und haben damals auch einen Entwurf eines Antwortschreibens für den Minister aufbereitet.

Das Wort „Sensibilität“ würde ich in dem Sinne verstehen, daß — ich kann hier nur meine Ansicht wiedergeben — zu diesem Zeitpunkt die Sache, nämlich diese gesamte Hausdurchsuchung und all das, was da vom Präsidenten Demel angezogen worden ist, sicher sensibel war. Wir haben es eben mit diesem Wort umschrieben.

Helene Partik-Pablé: Sie haben jetzt Sensibilität mit sensibel erklärt.

Können Sie mir noch einmal sagen: Was verstehen Sie unter Sensibilität oder unter sensibel? Sie haben es jetzt mit demselben Wort erklärt.

Inwiefern war das so „sensibel“, daß man nur formal argumentiert hat?

Bernkopf: Wir haben versucht, in der Information dem Minister auch das klar darzustellen. Es ist darum gegangen, ob Beamte zu Recht eingeschritten sind, sprich als örtlich Zuständige. Das Ganze hat sich ja abgespielt im Bereiche der Bundespolizeidirektion Wien, und eingeschritten sind Beamte der Sicherheitsdirektion für das Bundesland Niederösterreich. Es sind hier Dienstzuteilungen erfolgt, aber es waren letztlich nicht alle Beamten drinnen. Es war für uns sicher relativ schwierig, dieses Schreiben, sagen wir, ausgewogen darzustellen.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Also irgendwo werde ich nicht klug aus dem, was Sie mir sagen. Denn Sie sagen, es sind Beamte für Niederösterreich eingeschritten, dafür gibt es ja eine Dienstzuteilung.

Bernkopf: Ja, diese ist eben in diesem Fall nicht restlos erfolgt. Es sind nur jene Leute dienstzugeteilt worden, die leitend die Amtshandlungen geführt haben. Es muß ein unheimlicher Zeitdruck damals gewesen sein. Es gibt ja auch in den Unterlagen eine schriftliche Mitteilung von Oberst Traninger an mich, wo ich ihn eben fernmündlich ersucht habe, mir eine Stellungnahme zu übermitteln. Es sind von den damals einschreitenden Beamten eben nicht alle dienstzugeteilt gewesen.

Helene Partik-Pablé: Warum eigentlich nicht?

Bernkopf: Das war offensichtlich aufgrund der Dringlichkeit der Angelegenheit nicht möglich. Man hat erst überhaupt aus dem vorhandenen Fundus die Beamten finden müssen, die letztlich in der Lage sind, an dieser Amtshandlung teilzunehmen. Das ist erst in den frühen Morgenstunden am 15. 3., glaube ich, des Jahres 1988 erfolgt.

Helene Partik-Pablé: Aber das Dienstzuteilen ist ja eine Sache, die nicht sehr lange dauert, das ist ja ein Akt oder ein Handstrich.

Bernkopf: Noch einmal: Die diesbezügliche Begründung hat Oberst Traninger eben schriftlich dargelegt.

Helene Partik-Pablé: Was heißt das: nur „formal“?

Bernkopf: Es bringt ja nichts. Es ist ja beim Landesgericht für Strafsachen Wien — das entnehmen Sie ja dem ersten Dokument — eine diesbezügliche Beschwerde auch anhängig, die sich aber primär gegen den Untersuchungsrichter richtet. Die wurde eben in dem Schreiben des Präsidenten Demel erwähnt und war auch als Beilage angeschlossen. Hätte man da noch weiter herumpolemisieren sollen? Wir haben versucht, klipp und klar zu antworten.

Helene Partik-Pablé: Was meinen Sie jetzt mit „herumpolemisieren“? Mit wem „herumpolemisieren“?

Bernkopf: Präsident Demel wollte offensichtlich hier auch ein Fehlverhalten der Exekutive irgendwo bestätigt wissen; und das ist sicher dann ein Dilemma.

Helene Partik-Pablé: Also Sie meinen, man hätte nicht mit dem Präsidenten des Arbeitsgerichtes und dem Präsidenten des „Club 45“ „herumpolemisieren“ sollen? War es das, was ich herausgehört habe?

Bernkopf: Ein eher neutrales Schreiben, das eben inhaltlich sehr wohl natürlich auf das Anliegen eingeht, aber jetzt im Detail herumzutun und hier Bestimmungen der Strafprozeßordnung oder sonstiges heranzuziehen, bringt ja nichts.

Helene Partik-Pablé: Aber warum hat sich eigentlich der Minister nicht vor seine Leute gestellt? Das interessiert mich schon.

Bernkopf: Ich glaube, das ist hier sehr wohl der Fall gewesen.

Helene Partik-Pablé: Also Sie meinen, er hat sich vor seine Leute gestellt?

Bernkopf: Ja, sicher.

Helene Partik-Pablé: Und wie wäre man vorgegangen, wenn es nicht eine so „sensible“ Angelegenheit gewesen wäre?

Bernkopf: Noch einmal — bitte, ich möchte das ausdrücklich betonen —: Das war eben rein vom Rechtlichen her zu sehen. Und ich möchte hier dazusagen: Oberrat Dr. Szymanski, der, glaube ich, wirklich ein anerkannter Verwaltungsjurist ist . . .

Helene Partik-Pablé: Deshalb ist er Experte der SPÖ, ja. (Rieder: Ein anerkannter Experte . . .!)

Bernkopf: Der hat das sehr wohl eben . . .

Helene Partik-Pablé: Der hat aber nichts gemacht in dem Akt, überhaupt nichts.

Bernkopf: Was haben Sie jetzt gesagt?

Helene Partik-Pablé: Bitte seien Sie so freundlich und fahren Sie fort! Sie wollten gerade den Herrn Dr. Szymanski loben.

Bernkopf: Ich wollte nur sagen, der Minister hat eben ihm und mir den Auftrag gegeben. Oberrat Dr. Szymanski und ich haben versucht, einerseits die rechtliche Situation darzustellen und andererseits auch letztlich einen Entwurf für ein Antwortschreiben auszuarbeiten — ohne daß es neuerlich ein Hickhack gibt, weil sich unser Minister grundsätzlich sicher vor unsere Beamten und zu Recht vor unsere Beamten gestellt hat.

Helene Partik-Pablé: Sie haben den Eindruck gehabt, daß Herr Dr. Demel so eine Hickhack-Taktik macht?

Bernkopf: Noch einmal: Ich kann das nicht beurteilen, und ich möchte das auch nicht tun.

Helene Partik-Pablé: Nur weil der Ausdruck . . .

Bernkopf: Ich kann das nur so wahrnehmen, wie es sich mir dargestellt hat. Daß er mit dem Schreiben sicher etwas bezweckt hat, nehme ich an, sonst hätte er sich das ja ersparen können.

Helene Partik-Pablé: Was hat er bezweckt?

Bernkopf: Das weiß ich nicht, da müßten Sie auch ihn fragen.

Helene Partik-Pablé: Ja schon, aber Sie haben jetzt gesagt: Sie nehmen an, daß er etwas bezwecken wollte.

Bernkopf: Ja. Noch einmal: Dann war es, bitte, meine Privatmeinung, und die hat hier sicher nichts verloren.

Helene Partik-Pablé: Sie würde mich sehr interessieren, aber ich bohre nicht mehr weiter, weil ich höre, daß Sie eigentlich nicht antworten wollen auf das, was ich frage.

Bernkopf: Ich antworte gerne. Noch einmal: Präsident Demel hat sicherlich mit seinem Schreiben verschiedenes beabsichtigt gehabt. Wir waren der Meinung, wir sollten dem Minister einmal umfassend die Rechtslage darstellen. Das ist mit dieser Information geschehen. Ich glaube, Sie sind ja eine alte Strafrichterin (*Heiterkeit.*), Sie werden mir sicher . . . Pardon! Das „alt“ nehme ich sofort zurück. (*Helene Partik-Pablé:* Sie haben in zweifacher Hinsicht recht!) Eine erfahrene, bit-

te. Sie werden sicherlich unserer damals vertretenen Rechtsansicht beipflichten.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Rieder. Bitte.

Rieder: Die Frau Dr. Partik-Pablé hat jetzt eine Sache am Rande angerissen, die eigentlich schon etwas Grundsätzliches betrifft. Habe ich das richtig verstanden, daß bei dem Einschreiten . . .? Worum ist es dabei gegangen?

Bernkopf: Das war die Hausdurchsuchung am 15. 3. des Jahres 1988.

Rieder: Daß also an einer Hausdurchsuchung Beamte beteiligt waren, die an sich unzuständig waren, ist das richtig?

Bernkopf: Ein Teil derselben war nicht dienst-zugeteilt gewesen, und wir haben eben hier . . . (*Gaigg:* Aus Terminnot!) Ja . . .

Rieder: Terminnot hin und her: Das heißt, es ist eine Verletzung des Hausrechtes gewesen. Oder war es das nicht?

Bernkopf: Herr Abgeordneter, soweit haben wir uns damals die Dinge nicht überlegt. Wir haben versucht, aus der StPO die Bezug habenden gesetzlichen Bestimmungen herauszuarbeiten und diese dem Minister, der ja kein Jurist ist . . .

Rieder: Ich kann mich erinnern, daß der Verfassungsgerichtshof im Zusammenhang mit der Wirtschaftspolizei und deren Einschreiten in Vorarlberg festgestellt hat: Wenn eine unzuständige Behörde einschreitet, dann ist das eine Verletzung der Verfassung. Und jetzt frage ich: Ist es um diese Frage gegangen?

Bernkopf: In diesem Dilemma sind wir sicher bei Beurteilung dieses Schreibens gewesen.

Rieder: Die Sensibilität hat darin bestanden, daß man Dr. Demel nicht in dem Maße recht geben wollte, wie es eigentlich berechtigt gewesen wäre?

Bernkopf: Primär hat der Minister, glaube ich, den richtigen Weg eingeschlagen, indem er sich vor seine Beamten gestellt hat.

Rieder: Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Bitte, Dr. Gaigg.

Gaigg: Unmittelbar dazu: Ich kann die Feststellung des Herrn Kollegen Dr. Rieder nicht unwidersprochen lassen. Es lag ein Hausdurchsuchungsbe-fehl des zuständigen Richters vor, und wenn der

von regional nicht zuständigen Beamten durchgesetzt wird, so ist das eine Ordnungswidrigkeit, aber keine Gesetzeswidrigkeit. Das ist überhaupt keine Frage.

Daher auch meine Frage an Sie — ich bitte, das jetzt zu überlegen, an sich ist das keine Zeugenfrage, sondern eine Rechtsfrage —: Stehen Sie wirklich auf dem Standpunkt, daß das, so wie das von Dr. Rieder gesagt worden ist, wenn also da Beamte beteiligt sind, die an sich regional nicht zuständig wären, aber ein gültiger Hausdurchsuchungsbefehl vorliegt, gesetzes- oder sogar verfassungswidrig ist?

Bernkopf: Noch einmal: Ich habe das nicht gesagt, Abgeordneter Rieder hat das gesagt.

Gaigg: Sie teilen diese Meinung nicht?

Bernkopf: Noch einmal: Ich kann das nur so darlegen, wie wir das damals für den Minister ausgearbeitet haben. (Zwischenruf Rieder.)

Gaigg: Das ist ein anderer Sachverhalt, Herr Kollege, den Sie meinen.

Obmann Steiner: Danke.

Es gibt keine Wortmeldungen mehr.

Ich danke dem Zeugen. Der Ausschuß hat Ihre Ausführungen wahrgenommen, und ich weiß nicht, wer sie observiert hat. — Ich danke Ihnen jedenfalls. (13.31 Uhr)

Ich möchte den Ausschuß in echt demokratischer Gesinnung fragen, ob wir jetzt eine Mittagspause von einer Stunde machen.

Zur Geschäftsordnung, Herr Abgeordneter Schieder.

Schieder (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur die Frage stellen, ob es nach dieser ausführlichen Einvernahme — zwecks Straffung — überhaupt noch notwendig ist, Herrn Rudas zu hören. (Pilz und Helene Partik-Pablé bejahen diese Frage.)

Rieder: Aber klar ist schon, daß sich die Ladung und Einvernahme des Herrn Rudas auf Salzburg 1983 bezieht?

Obmann Steiner: Frau Doktor. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Ich würde, da wir ja vereinbart haben, Rudas nur zum Komplex Salzburg zu vernehmen, auf die Einvernahme verzichten.

Obmann Steiner: Dr. Pilz nicht.

Helene Partik-Pablé: Er hat ja die Straffung ange-regt.

Obmann Steiner: Klären wir das aber nach der Mittagspause.

(Die Sitzung wird um 13 Uhr 31 Minuten unterbrochen und um 14 Uhr 43 Minuten wiederaufgenommen.)

Obmann Steiner: Wir setzen die heutige Sitzung fort.

Als nächster Zeuge kommt Herr Hofrat Dr. Liebhart. Bitte den Zeugen hereinzubitten.

Protokoll über die Zeugeneinvernahme

von
Hofrat Dr. Werner Liebhart
im Sinne des § 271 StPO

(14.46 Uhr)

Obmann Steiner: Bitte, wenn Sie Platz nehmen.

Herr Hofrat Dr. Liebhart, Sie werden vom Untersuchungsausschuß als Zeuge vernommen. Ich mache Sie ausdrücklich darauf aufmerksam, daß Sie als solcher die Wahrheit sagen müssen und nichts verschweigen dürfen. Eine falsche Zeugenaussage wäre gerichtlich strafbar.

Nach § 153 Strafprozeßordnung haben Sie jedoch die Möglichkeit, sich der Aussage zu entschlagen, wenn die Beantwortung einer Frage für Sie oder einen Ihrer Angehörigen Schande oder die Gefahr strafgerichtlicher Verfolgung oder eines unmittelbaren und bedeutenden vermögensrechtlichen Nachteils mit sich brächte.

Bitte, Ihr Name, für das Protokoll.

Liebhart: Mein Name ist Liebhart. Vorname: Werner.

Obmann Steiner: Geburtsdatum, bitte.

Liebhart: Geboren am 3. Februar 1930 in Ruders, Bezirk Waidhofen an der Thaya, Niederösterreich.

Obmann Steiner: Beruf?

Liebhart: Ich bin Polizeikonzeptsbeamter.

Obmann Steiner: Wohnort, bitte.

Liebhart: Wien 23, Postleitzahl 1238, Meyrinkgasse 14, Tür 3.

Obmann Steiner: Sie sind von der Verschwiegenheitspflicht entbunden worden und haben mir hier ein Dokument dazu übergeben.

Liebhart: Ja.

Obmann Steiner: Ich lese vielleicht den Text dieser Entbindung vor:

„Gemäß § 46 Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 werden Sie für die Aussage vor dem genannten Untersuchungsausschuß von der Pflicht zur Amtverschwiegenheit hinsichtlich der Ihnen in Ausübung Ihres Dienstes oder mit Beziehung auf Ihre amtliche Stellung in dieser Causa bekanntgewordenen Tatsachen mit der Maßnahme entbunden, daß sich die Entbindung nicht auf vertrauliche Mitteilungen ausländischer Behörden und Dienststellen erstreckt, deren Geheimhaltung im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und der auswärtigen Beziehungen liegt. Für den Polizeipräsidenten: Dr. Tonnhofer, Hofrat.“

Danke sehr.

Als erster hat sich gemeldet Herr Abgeordneter Schieder. Bitte.

Schieder: Herr Hofrat! Seit wann sind Sie denn Leiter der Abteilung I?

Liebhart: Ich wurde am 1. Juli 1982 zum Leiter der Abteilung I der Polizeidirektion Wien bestellt.

Schieder: Was waren Sie vorher?

Liebhart: Ich war vorher vom 1. 1. 1972 an bis zu diesem Tag Vorstand des Staatspolizeilichen Büros, das ist ein Teil der Abteilung I der Polizeidirektion Wien.

Schieder: Wenn im Staatspolizeilichen Büro Berichte einlangen, also wenn Berichte von Beamten an das Staatspolizeiliche Büro gerichtet werden, werden sie da an den Leiter des Büros gerichtet? Wer bekommt die zu lesen und zu bearbeiten?

Liebhart: Es kommt darauf an, in welcher Reihenfolge eine Tätigkeit eines Beamten durchgeführt wird. Wenn der Beamte zum Beispiel den Auftrag eines Referenten bekommt, einer bestimmten Sache nachzugehen, so hat er den Bericht über seine Tätigkeit diesem Referenten zu übergeben, und zwar im Wege seiner zunächst vorgesetzten leitenden Beamten und dann erst zum Referenten. Wenn er den Auftrag vom Vorstand des Staatspolizeilichen Büros bekommt, so ist der Weg derselbe, nur der Empfänger ist dann der Vorstand.

Schieder: Wenn ein Beamter nun ohne Auftrag selbst aus eigenen Wahrnehmungen in einer Sache zu arbeiten beginnt und Berichte darüber verfaßt, wem würden solche Berichte übermittelt werden?

Liebhart: Wenn schon ein Akt vorhanden ist, in erster Linie wieder dem Referenten, also via leitendem Referenten. Wenn noch kein Akt vorhanden ist, bekommt den der Vorstand des Staatspolizeilichen Büros.

Schieder: Und der Vorstand des Staatspolizeilichen Büros würde dann entscheiden, wann eine Sache so wichtig ist, daß sie dem Leiter der Abteilung I vorgelegt wird, oder?

Liebhart: Ja. Entweder erfolgt eine Mitteilung, oder der Bericht wird vorgelegt, und wenn das nicht der Fall ist, wird dieser Bericht zum Beispiel einem bestimmten Referenten zur weiteren Bearbeitung zugeteilt.

Schieder: Dann möchte ich Sie fragen, Herr Hofrat: Wann ist Ihnen zum ersten Mal ein Bericht eines Ihnen Unterstellten entweder noch in Ihrer Funktion als Leiter des Staatspolizeilichen Büros oder dann in Ihrer Funktion als Leiter der Abteilung I zur Kenntnis gelangt?

Liebhart: In welcher Sache, bitte?

Schieder: Lucona.

Liebhart: In der Sache Lucona. Ich kann das auswendig jetzt nach dem Tage nicht sagen, aber grundsätzlich darf ich folgendes erklären: Der Akt Lucona ist bei uns über mehrere Jahre geführt worden, unter verschiedenen Aktenzahlen, ja? Es gab Ermittlungen, es gab Berichte. Der Fall, den Sie, Herr Abgeordneter, meinen, ist, glaube ich, der des Kriminalbeamten Werderits.

Schieder: Den wollte ich dann in meiner nächsten Frage meinen. Ich wollte jetzt eigentlich nur wissen, ob Sie sich daran erinnern können, wann Ihnen zum ersten Mal ein Lucona-Bericht, wo entweder im Titel oder im Text Lucona vorgekommen ist, zur Kenntnis gelangt ist. Ich habe durchaus Verständnis, wenn man sich nicht daran erinnern kann, wann das ist. Ich frage Sie nur, ob Sie sich erinnern, und wenn, dann wann das war.

Liebhart: An einen Tag oder ein bestimmtes Datum kann ich mich hier nicht erinnern. Ich müßte nachsehen, aber ich glaube, das liegt nicht im Sinn Ihrer Frage.

Schieder: Sie könnten aber anhand der Berichte feststellen, ob Sie den gesehen haben oder nicht.

Liebhart: Ja.

Schieder: Gut, dann gehen wir gleich zu den Werderits-Berichten. Wann haben Sie zum ersten Mal von einem der Werderits-Berichte Kenntnis erlangt?

Liebhart: Das muß nach dem Jahre 1982 gewesen sein, etwa 1982, 1983, sicherlich dann in weiterer Folge, weil ich auch einige abgezeichnet habe, die mir direkt zur Kenntnis gegeben wurden, auch danach.

Schieder: Und es ist das durchaus üblich, daß, wenn ein Beamter sich einer Sache annimmt, dann

Berichte verfaßt, daß diese Sache, egal wie bedeutend oder nicht sie erscheinen mag, dann bei ihm bleibt.

Liebhart: Es ist folgendes dazu zu sagen: Wenn der Beamte aufgrund seiner Kenntnisse, aufgrund seiner bisherigen Tätigkeit eine gute Arbeit, einen guten Bericht geliefert hat, dann wird man ihn selbstverständlich auch mit weiteren Ermittlungen und Erhebungen betrauen.

Schieder: Das heißt, er wird dann aufgrund seines ersten Berichtes quasi in einem Formalakt mit der Fortführung betraut.

Liebhart: Ja.

Schieder: Wenn ich nun in diesen Berichten Werderits diesen Formalakt des Betrauens zeitmäßig lokalisieren möchte, also terminisieren möchte diesen Punkt, wo wäre der anzusetzen? Der Betrauung mit diesem Fall.

Liebhart: Ja, von dem Moment an, wo er den ersten Bericht geliefert hat. Das müßte man wieder nachsehen, wann das war.

Schieder: Das heißt, wenn er einen Bericht geliefert hat und einen zweiten liefert, dann ist logisch daraus zu schließen, daß er weiter beauftragt war.

Liebhart: Ja.

Schieder: Es wäre auszuschließen, daß jemand weiterarbeitet ohne Beauftragung.

Liebhart: Es ist dazu folgendes zu sagen: Ich möchte nicht hier allgemein sagen, es darf kein anderer etwas ermitteln. Grundsätzlich muß man von der Überlegung ausgehen, daß jeder Beamte die Aufgabe hat, auch initiativ tätig zu sein, natürlich auf bestimmten legalen Wegen und auf bestimmte legale Weise. Das heißt, daß man von vornherein nicht sagen kann, er darf eine bestimmte Sache nicht zur Kenntnis der Behörde bringen. Im Gegenteil, er soll es.

Schieder: Nein, aber bei weiteren Berichten ist klar, er war beauftragt?

Liebhart: Ja, sicher.

Schieder: Wer ist der unmittelbare Vorgesetzte des Herrn Werderits in diesen Jahren 1982, 1983, 1984 gewesen?

Liebhart: Der Leitende war damals Stangl, in verschiedenen Dienstgraden, Oberleutnant bis jetzt zum Major, oder derzeit ist er Oberstleutnant, dann als Referent der Dr. Kessler, derzeit . . .

Schieder: Danke, das genügt schon. Also der damalige Major — oder wie immer seine Funktion

war — Stangl war der Vorgesetzte. Kennen Sie den Herrn Stangl?

Liebhart: Ja, selbstverständlich.

Schieder: War er schon lange bei der Polizei, oder ist er von woanders zur Polizei gekommen?

Liebhart: Nein, er ist schon jahrelang bei der Polizei gewesen. Ich kann natürlich das Eintrittsdatum nicht sagen, weil ich auf diese Frage nicht gefaßt war.

Schieder: Aber es ist auszuschließen, daß er zum Beispiel vorher im Bereich der Landesverteidigung gearbeitet hat?

Liebhart: Soweit ich ihn kenne, nicht. Er war natürlich beim Bundesheer, also wenn Sie diese Frage . . .

Schieder: Nein, ich meine jetzt nicht als Präsenzdiener, aber daß er zum Beispiel im Bereich der Landesverteidigung im Nachrichtensektor oder so etwas tätig war, das ist auszuschließen.

Liebhart: Das ist mir nicht bekannt.

Schieder: Das ist Ihnen nicht bekannt.

Zu diesen Werderits-Berichten. Ist Ihnen bei diesen Berichten etwas aufgefallen hinsichtlich der Sache oder hinsichtlich der Ermittlungen, der Ermittlungsart des Herrn Werderits? War da irgend etwas für Sie Auffälliges, was Sie zu weiteren Maßnahmen veranlassen hätte müssen?

Liebhart: Ja, es ist folgendes zu sagen: Der Kriminalbeamte Werderits ist ein äußerst interessierter Beamter, der, wenn er sich mit einer Sache befaßt, tatsächlich nach bestem Wissen und Gewissen vorgeht, sehr umsichtige und manchmal auch sehr komplizierte Berichte verfaßt, der sich aber, bevor er einen Bericht verfaßt, immer überzeugt, ob bestimmte Sachverhalte, die er schildert, auch zutreffend sind.

Schieder: Ja, das bezweifle ich gar nicht. Das heißt also, es ist Ihnen nichts Spezifisches aufgefallen? Es war zum Beispiel nicht inhaltlich für Sie eine so wichtige Sache, daß Sie es zum Beispiel dem Ministerium mitteilen hätten müssen?

Liebhart: Na ja, es ist dazu folgendes zu sagen: Ich habe natürlich nachgesehen, um festzustellen, wann, wie oft oder wann gab es Kontakte zum Beispiel zum Ministerium oder Kontakte zum Gericht.

Schieder: Wenn Sie das gleich sagen könnten, bitte.

Liebhart: Es ist so gewesen: Bei Bekanntwerden der näheren Umstände, als man sah, daß er mehr ermitteln konnte, als bis jetzt bekannt war,

wurde vom Referenten — das ist eben der von mir vorhin genannte Dr. Kessler (*phonetisch*) — mit dem zuständigen Untersuchungsrichter Kontakt aufgenommen und in wiederholten Fällen auch das Innenministerium in Kenntnis gesetzt.

Schieder: Aber das war noch nicht 1983, 1984, zu Beginn.

Liebhart: Es gab damals auch schon Kontakte selbstverständlich mit dem Ministerium. Ich könnte das auch hier . . .

Schieder: Aha, es hat damals schon Kontakte gegeben. Das finde ich nicht in unseren Akten, wenn ich richtig informiert bin. Wenn Sie so freundlich wären, das dann dem Vorsitzenden zu übergeben, weil das ein wichtiger Punkt ist, aber darüber im Jahr 1983 schon in den Unterlagen für mich nichts ersichtlich war.

Hinsichtlich der Sache selbst. Sie haben das als staatspolizeiliche Angelegenheit eingeschätzt.

Liebhart: Ja.

Schieder: Nachdem hier verschiedene Orte in den Berichten angegeben sind, wo diese Vorfälle waren, läge da nicht der Verdacht nahe, daß möglicherweise, so wie Werderits, auch ein anderer Beamter in einem anderen Bundesland hier ermittelt?

Liebhart: Ja, sicher, es war uns natürlich bekannt, daß es woanders auch Ermittlungen gab, und wir wußten selbstverständlich, nicht von Anfang an, aber dann in weiterer Folge von Erhebungen, die von Niederösterreich geführt wurden, oder von Erhebungen, die von Salzburg waren.

Schieder: Nein, mich würden die interessieren, die Ihnen am Anfang bekannt waren, wie Sie jetzt gesagt haben. Mit Anfang meinen Sie Beginn der Werderits-Berichte oder Beginn des Aktes 1264? Also meinen Sie 1981 oder 1983, wenn Sie vom Anfang sprechen?

Liebhart: Ja, wenn Sie den Akt 1264 ansprechen, der beginnt natürlich im Jahre 1981. Aber hier darf ich das wiederholen, was ich vorhin . . .

Schieder: Nein, ich möchte nur wissen, Herr Hofrat: Sie haben gesagt, von Anfang an hat es schon Kontakte gegeben zu anderen Bundesländern. Ich möchte diesen Zeitpunkt eingrenzen.

Liebhart: Nein, nicht mit den Bundesländern. Wir wußten, daß dort ermittelt wurde.

Schieder: Sie wußten es.

Liebhart: Ja.

Schieder: Wodurch?

Liebhart: Durch verschiedene Zeitungsberichte, zunächst einmal auch durch Mitteilungen, die uns bekannt wurden. Es gibt doch die engen Kontakte. Es gibt die Besprechungen zum Beispiel bei uns im Büro, wo man immer wieder hört, das und das läuft.

Schieder: Also Sie wußten schon im Jahr 1983, daß auch in anderen Bundesländern die Ermittlungen laufen?

Liebhart: Ja. Außerdem war es ja in den Zeitungen zu lesen.

Schieder: Ja, also aus den Zeitungen oder durch Kontakte? Oder können Sie das nicht mehr sagen?

Liebhart: Nein, ich würde es Ihnen gerne sagen. Wir haben zum Beispiel mit Salzburg überhaupt keine Kontakte gehabt und am Anfang auch nicht mit Niederösterreich. Erst in weiterer Folge mit Niederösterreich, aber nicht mit Salzburg.

Schieder: Danke. — Jetzt nun zur Ermittlungsart des Herrn Werderits. Ist Ihnen hier in dem Bericht nicht aufgefallen, daß hier eigentlich eine sehr sonderbare Ermittlungsart geführt wird, daß nämlich auch Ermittlungen bei Dienststellen geführt werden? Ist das die übliche Art, wie Staatspolizisten ermitteln, daß sie zum Beispiel nicht offiziell an das Meldeamt herantreten und sagen, ich möchte wissen, daß sie nicht zum Beispiel offiziell an das Verkehrsamt herantreten, sondern daß quasi Erhebungen bei den Ämtern gepflogen werden, daß man schaut, daß man einen Computer findet, wo man hinein kann? Ist das staatspolizeilich in Wien die übliche Ermittlungsart, oder ist das eher Herrn Werderits' spezifische Ermittlungsart gewesen?

Liebhart: Ich möchte dazu folgendes sagen: Grundsätzlich ist nach der Bundesverfassung jede Behörde verpflichtet, einer anderen Behörde im Rahmen ihrer Möglichkeiten Unterstützung zu gewähren, ihr beizustehen. Das wäre einmal das erste, das zweite . . .

Schieder: Aber genau das, wenn ich Sie unterbrechen darf, Herr Zeuge, ist das, was mich wundert: daß sich die Staatspolizei eben nicht in Wien wie andere Behörden an diese teilweise im selben Haus befindlichen Behörden mit der Bitte um Amtshilfe, Unterstützung wendet, sondern daß halt quasi ein Staatspolizist — das ist jetzt gar kein Vorwurf, sondern mich interessiert, wie die Staatspolizei hier arbeitet — nicht dieses Hilfsersuchen richtet, sondern daß er sich bemüht, zu einem Computer hinzukommen und dort Daten aus dem Verkehrsamt zu erfahren, daß er sich bemüht, Erhebungen beim Meldeamt zu machen, zu erfahren, wie das ist, daß hier eben nicht offiziell mit Amtshilfe gearbeitet wird, sondern daß quasi im Haus

so recherchiert wird wie außerhalb des Hauses, wenn ich das jetzt unter Anführungszeichen sagen darf. Ist das typisch oder ist das nur in diesem Fall so gewesen?

Liebhart: Entschuldigen Sie, Herr Abgeordneter, was meinen Sie damit?

Schieder: Wenn ich mir zum Beispiel einen dieser Berichte ansehe: Ich beziehe mich auf den Bericht, wo auf Unterlagen des Sicherheitsbüros der Bundespolizeidirektion Wien Bezug genommen wird, über die Vorfälle in Villach, auf die Zeugenaussage des Herrn Werderits, wo er dann sagt, er ist zum Computer des Verkehrsamtes gegangen, um zu erfahren, wem diese Nummern gehören. Bei denen, wo man ohne Feststellung des Anfragenden das feststellen kann, hat er sich das geholt, bei den anderen nicht.

Ist das die übliche Vorgangsweise, oder wäre es da nicht vernünftiger, wenn ich so etwas haben will, daß sich ein Polizist oder sein Vorgesetzter oder die Staatspolizei oder das Büro an das Verkehrsamt wendet und sagt: Ich möchte von diesen sechs Nummern wegen eines laufenden Falles die Zulassungsbesitzer wissen!?

Liebhart: Ich weiß, Sie meinen die Kärntner Sache.

Schieder: Ja, zum Beispiel die Kärntner Sache.

Liebhart: Natürlich ist mir das bekannt. Ich möchte dazu folgendes erklären: Wir haben in unserer Abteilung eine Möglichkeit, eine Anfrage zu richten, und zwar ganz einfach eben, über ein Terminal. Jeder Beamte, der die Berechtigung dazu hat, kann das. Nun gibt es bestimmte Kennzeichen, die . . .

Schieder: Und Staatspolizisten haben generell diese Berechtigung?

Liebhart: Nein, nicht jeder, sondern nur die, die eine entsprechende Ausbildung haben, bekommen eine entsprechende Kennung und können dann damit anfragen. Zum Beispiel ich selbst habe sie nicht, ich könnte gar nicht anfragen.

Schieder: Aber Herr Werderits hat sie?

Liebhart: Ja.

Schieder: Der hat sie aus welchem Grund? Warum hat es zum Beispiel ein Staatspolizist, aber Sie als Leiter der Abteilung I nicht?

Liebhart: Weil ich dann jedesmal hingehen und das Terminal selbst bedienen müßte. Das ist auch nicht vorgesehen, das ist nicht meine Aufgabe. Wenn ich mich bemühen würde, würde ich sie natürlich bekommen. Es kann in meinem Namen angefragt werden, das ist schon richtig, aber selbst

könnte ich nicht hingehen mit einer Kennnummer, weil ich eben keine habe.

Schieder: Das heißt, wenn jemand nachgefragt hat, auch jemand, über dessen Nummer keine beschränkte Auskunfismöglichkeit besteht, ist auf jeden Fall die Kennnummer eingespeist. Also wenn der Herr Werderits hier gesagt hat, er hat sich bei einer Nummer erkundigt, wer das ist, bei der anderen nicht, weil dort der Anfrager festgehalten wird, dann irrt er. Es wird bei der Nummer, wo er glaubt, daß der Anfrager nicht festgehalten wird, auch der Anfrager festgehalten.

Liebhart: Sicher, wenn er eine Anfrage stellt.

Schieder: Wenn er eine Anfrage stellt, egal, von welchem Gerät, muß er seinen persönlichen Code und nicht den des Gerätes eingeben: Er hat also einen persönlichen Code.

Liebhart: Ja, man kann jederzeit, wenn man will, über die Zentrale, also über die elektronische Datenverarbeitungszentrale, dann theoretisch feststellen, wer angefragt hat.

Schieder: Also wir könnten von allen Staatspolizisten feststellen, wann sie Nummern abgefragt haben?

Liebhart: Es kommt nur darauf an, wie lange das zurückliegt, denn ewig wird das nicht gespeichert.

Schieder: Aber in der Frist, wo es gespeichert wird, wäre das feststellbar. Wenn man zum Beispiel die Staatspolizei genau überprüfen will, um zu wissen: Braucht einer Nummernauskünfte für einen wirklichen Fall, für einen Fremden oder aus Privatvergnügen, könnte man das feststellen.

Liebhart: Ja. Das liegt auch im Interesse der Behörde, daß man nicht willkürlich anfragt und willkürlich zum Beispiel Kennzeichen herausholt.

Schieder: Ich halte das für gut. — Wie ist das mit einem Personenindex, der geführt wird im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien?

Liebhart: Da muß ich jetzt fragen, was Sie genau meinen.

Schieder: Ich müßte das vielleicht genauer sagen. Der Herr Werderits hat darauf hingewiesen. Auf die Frage, wie er auf das gekommen ist, hat er gesagt, er weiß es nicht mehr genau, entweder ist diese Mitteilung aus dem Jahr 1974 im Akt gelegen oder er hat unter dem Namen „Proksch“ im Index abgefragt. Das sagte er auf meine Frage. Bei einer späteren Befragung durch Abgeordneten Pitz, der wissen wollte, ob es einen generellen Index über alle Leute gibt, hat Herr Werderits gesagt: Nein,

einen generellen Index gibt es nicht, aber in diesem Fall gab es schon einen.

Was ist nun dieser Index, wo ich zum Beispiel unter „Proksch“ abfragen kann, was alles über den vorliegt? Was für mich noch verwunderlich ist, daß, wenn in einem Bericht aus dem Jahr 1974 über Villach, wo unter sieben Autos, die dort verdächtig vor einer Bank gestanden sind, in Villach, ein Auto auf die Konditorei Demel zugelassen ist, und diese Konditorei Demel dem Herrn Proksch gehört, und wenn ein Index so weit geht, daß dann selbst dieser Fall unter Proksch im Index zu finden ist, dann wäre mein Schluß, daß dieser Index sehr weitgehend ist. Wenn ich den Namen eines der weiteren Autofahrer, zum Beispiel aus dem Bereich des Landesverteidigungsministeriums, wüßte, dann würde ich unter diesem Namen auch im Index finden, daß er 1974 dort verdächtig vor der Villacher Sparkasse geparkt hat.

Liebhart: Nein, so ist das wieder nicht. Über Computer geht diese Anfrage nicht, so wie Sie das meinen, Herr Abgeordneter. Sondern die Frage wäre hier: Gibt es zum Beispiel eine Fahndung, eine Ausschreibung? — Dann könnte man in der Personeninformation das feststellen. Jetzt zum Beispiel wo der Haftbefehl besteht, könnte man anfragen unter dem Namen „Rudolf Udo Proksch alias Serge Kirchhofer“, und es käme heraus: Ja, es besteht ein Haftbefehl. Das ist das eine.

Schieder: Ja aber der Herr Werderits hat das vor dem 20. 1. 1984 möglicherweise getan. Also da war die Fahndung noch nicht.

Liebhart: Da war keine Fahndung, da müßte er dann in einer Kartei nachgesehen und dort den Namen „Proksch“ gefunden haben, aber nicht über Computer.

Schieder: Das heißt, es gibt eine Handkartei?

Liebhart: Ja.

Schieder: Über Personen, über Fälle, oder worüber?

Liebhart: Über bestimmte Personen, über die bei uns Akten geführt wurden.

Schieder: Das heißt, diese Handkartei, nachdem das Ersuchen war, uns alle Unterlagen in diesen Zusammenhang zu übermitteln, müßte sich auch im Parlament befinden?

Liebhart: Nein, diese Kartei nicht.

Schieder: Warum nicht?

Liebhart: Es hieß ausdrücklich: Die „Aktenunterlagen“ sind zu schicken.

Schieder: Aha, und eine Kartei fällt nicht unter „Aktenunterlagen“. (Liebhart: Nein.) Das heißt, auch wenn in einem Computer etwas wäre, was man ausdrucken könnte, würde das, wenn wir Aktien anfordern, von Ihnen nur auf die faktischen Aktien ausgelegt werden und nicht auf Computer-material und nicht auf Karteikarten.

Liebhart: Da müßte man separat anfragen.

Schieder: Gibt es noch etwas, was man separat anfordern müßte? Wissen Sie, das ist für uns jetzt sehr wichtig, denn möglicherweise haben wir dann von vielen Bereichen, die modernisiert haben, nur einen kleinen Teil der Unterlagen. Denn wenn wir bei Aktien nur das bekommen, was in Aktenordnern ist, und nicht in Karteien und keine Computerunterlagen oder Mikrofilme zum Beispiel, dann heißt das ja, daß wir uns auf vorsintflutliche Weise behelfen. Eigentlich nur mit Teilen, die der alten Kanzleiordnung entsprechend abgelegt sind. Also wir müßten das alles immer ausdrücklich verlangen, um alle Unterlagen zu bekommen. (Liebhart: Ja.)

Ich danke Ihnen, das ist ein sehr wichtiger Hinweis. Ich habe eigentlich angenommen, daß, wenn wir Aktien anfordern, all das darunter zu verstehen ist. Wir haben jetzt eben gelernt.

Meine letzte Frage, Herr Hofrat: Gibt es Kontakte — wie sind die beschaffen — zwischen dem Staatspolizeilichen Büro beziehungsweise der Abteilung I und dem Heeres-Nachrichtenamt?

Liebhart: Es gibt praktisch überhaupt keine direkten Kontakte. Ich kenne natürlich den Leiter des Heeres-Nachrichtenamtes. Ich weiß nicht, ob das bekannt ist: Wir sind am gleichen Tag zur Polizei eingetreten. Wir haben beide als Wachbeamte begonnen und haben nach und nach Prüfungen und Studien entsprechender Art abgelegt. Also ich kenne den jetzigen Leiter schon, wenn Sie das hören wollen, seit dem 1. November 1950. Sie können das ruhig wissen.

Aber wenn Kontakte erforderlich wären, so müßten diese über das Innenministerium laufen. Wir haben keine direkten Kontakte.

Schieder: Ein Beamter oder auch der Leiter einer der Staatspolizeilichen Büros würde in einer Sache nicht direkt Kontakt aufnehmen, sondern es würde das über das Innenministerium laufen und würde dort bei Ihnen aktienkundig gemacht werden?

Liebhart: Beim Innenministerium würde es aktienkundig werden und vom Ministerium dann weitergeleitet werden.

Schieder: Danke schön.

Obmann Steiner: Danke. — Frau Dr. Partik-Pablé. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Anknüpfend an die Frage des Herrn Schieder möchte ich Sie zuerst einmal fragen: Gibt es überhaupt eine so moderne Datenarbeit im Bereich des Innenministeriums und im Rahmen Ihres Fachgebietes, daß auf Datenträger wesentliche Dinge gespeichert werden?

Liebhart: In unserem Fach, Frau Abgeordnete, beziehungsweise über Bereiche der Abteilung I gibt es solche speziellen Möglichkeiten nicht.

Helene Partik-Pablé: Das denke ich mir, denn selbst das Meldeamt Wien arbeitet noch mit einer Kartei und nicht mit dem Computer. Das computerisierte Meldewesen gibt es eigentlich nur im Gesetz, aber nicht in der Praxis.

Liebhart: Bis jetzt nicht, da haben Sie recht.

Helene Partik-Pablé: Das war nur Eingangsfrage.

Wir haben heute sehr viel über die staatspolizeiliche Tätigkeit gesprochen. „Observation“ will man nicht gerne hören, man redet lieber von „Wahrnehmung“. Ich möchte Sie fragen: Wie ist das eigentlich, wenn Pressekonferenzen stattfinden? Wird da in Wien immer ein Staatspolizist hingeschickt? Wir müssen uns auf den Bereich Wien beschränken. In welchen Fällen wird ein Staatspolizist hingeschickt?

Liebhart: Ich müßte da etwas weiter ausholen . . .

Helene Partik-Pablé: Versuchen Sie, es knapp zu machen.

Liebhart: Ja, schon, aber trotzdem, damit es auch verständlich wird.

Helene Partik-Pablé: Entschuldigung, darf ich nur sagen: Sie dürfen Grundkenntnisse bei uns allen voraussetzen, weil wir schon Beamte der Staatspolizei hier gehabt haben. Also: Nicht zu weit ausholen, das Wesentliche bitte.

Liebhart: Folgendes: Wir erstellen jeden Tag über bekannte Veranstaltungen einen sogenannten Veranstaltungskalender. Dieser Veranstaltungskalender wird vom Büro für Vereins- und Presserechtsangelegenheiten zusammengestellt. Das Büro für Vereins- und Presserechtsangelegenheiten ist eine Untergliederung der Abteilung I. Dieser Veranstaltungskalender wird zum Beispiel heute für morgen verfaßt. Er kommt vom Büro für Vereins- und Presserechtsangelegenheiten zu mir, in meiner Abwesenheit zum Stellvertreter — das ist der Vorstand des Staatspolizeilichen Büros. Wir entscheiden auf dem Kalender durch handschriftliche Vermerke, wer sich

um eine bestimmte Veranstaltung zu kümmern, wer sie zu besuchen hat oder eben nicht.

Es sind natürlich manches Mal Aufmärsche dabei, Kongresse, Tagungen und so weiter. Es wird dann von mir genau beschrieben, zum Beispiel durch den Vermerk: Kommissariat, die Abkürzung „Koat“, plus Abteilung I. Das heißt, daß das Kommissariat über eine solche Veranstaltung verständigt wird und von uns Beamte hingehen. Die Zahl dieser Beamten ist aus dem Veranstaltungskalender an sich nicht ersichtlich. Die wird in einer speziellen Besprechung beim sogenannten täglichen Rapport — um 8 Uhr früh beginnt der immer — festgelegt. Das heißt bei uns noch immer „Rapport“, man könnte auch „Dienstbesprechung“ dazu sagen.

Wenn zum Beispiel eine Pressekonferenz auf diesem Veranstaltungskalender steht — im Zusammenhang mit Pretterebner war das zweimal im vergangenen Jahr, einmal stand sie nicht drauf —, so wird von mir oder meinem Stellvertreter verfügt, ob diese Veranstaltung zu besuchen ist oder nicht. Also in beiden Fällen, in denen die Veranstaltungen des Herrn Pretterebner im Neuen Institutsgebäude drauf waren beziehungsweise im Palais Rasumofsky im 3. Bezirk, ist diese Verfügung auf dem Veranstaltungskalender auch angebracht worden: Kommissariat plus Abteilung I.

Helene Partik-Pablé: Jetzt frage ich Sie: Was heißt eigentlich auf diesem Veranstaltungskalender „ges“?

Liebhart: Das heißt „gesondert“, nicht „gesehen“, sondern „gesondert“. Da gibt es eine eigene interne Anweisung, eine Art Kommandierungsliste über die Zahl der kommandierten Beamten.

Helene Partik-Pablé: Also dorthin kommen auch Beamte, wo „gesondert“ steht?

Liebhart: Ja, selbstverständlich.

Helene Partik-Pablé: Gibt es eigentlich Veranstaltungen, die nicht von Ihnen beschickt werden?

Liebhart: Ja sicherlich. Wo nur draufsteht „Kommissariat“ zum Beispiel. Die Abkürzung „Koat“ werden Sie finden, wenn Sie eine Ablichtung vor sich haben.

Helene Partik-Pablé: Jetzt möchte ich schon gerne wissen, und ich möchte Ihnen da folgendes vorhalten: Wir haben einen Veranstaltungskalender da vom 14. April 1988. Da gibt es zum Beispiel „Aufmärsche und Kundgebungen unter freiem Himmel“: „Veranstalter: Revolutionsbräuherof, Kundgebung, Thema: Unzumutbarkeit der Politik“. Da steht drauf: „Koat“, sonst nichts. Das heißt, es geht niemand hin. Dann steht drauf, am selben Tag, „Veranstalter: Kommunistischer Studentenverband, Informationstisch“. Dann: „Ver-

anstalter: Antifaschistischer Solidaritätsklub für Fortschritt und Frieden“. Da steht nichts, da geht niemand hin, denn das geht alles an das „Koat“. Dann steht an diesem Tag: „JES-Studenteninitiative: ‚Club 45‘, Gefahr für Österreich. Redner: Hans Pretterebner, Thema: ‚Lucona‘-Affäre, ‚Koat‘, plus Abteilung I.“ Das heißt, daß da jemand hingeh? (Liebhart: Ja.)

Jetzt möchte ich Sie gerne fragen: Warum geht bei denen, die ich Ihnen aufgezählt habe, niemand hin, nämlich bei diesen Demonstrationen, Aufmärschen, und bei der JES-Studenteninitiative wird jemand von der Staatspolizei hingeschickt, weil der Herr Pretterebner über sein Buch spricht?

Liebhart: Nein, nein. Ich möchte Ihnen das schon erklären. Wenn Sie bei diesen von Ihnen vorhin zitierten Veranstaltungen nachsehen, dann werden Sie sehen: Teilnehmer fünf Personen, zehn Personen, maximal 15 oder 20. Das müßt dabei stehen.

Helene Partik-Pablé: Die Teilnehmerzahl steht da, ja: 20 bis 30 und so weiter.

Liebhart: Also sogenannte Kleinveranstaltungen, die sehr zahlreich bei uns angemeldet werden. Sie werden auch in einer Rubrik am Schluß in Klammer gesetzt finden „Anzeige“. Das heißt, diese Organisationen haben diese Veranstaltungen ordnungsgemäß gemeldet. Sie sind nicht untersagt worden. Wir haben das Kommissariat beauftragt, über diese Veranstaltungen, über allenfalls vorkommende Wahrnehmungen zu berichten. Das bedeutet das Wort „Koat“.

Helene Partik-Pablé: Sie wissen doch vorher nicht, wie viele Leute dort hinkommen!

Liebhart: Wenn das vom Kommissariat wahrgenommen wird, bekommen wir rechtzeitig eine Verständigung. Das ist heutzutage kein Problem, auch wenn wir sonst nicht sehr moderne Einrichtungen haben, aber auf diesem Gebiet gibt es ja die Funkmöglichkeit. Das ist kein Problem. Dann kann jederzeit von uns noch jemand dazukommen.

Helene Partik-Pablé: Ja schon, aber wieso haben Sie dann schon vorbeugend ins Neue Institutsgebäude zum Thema Lucona-Affäre jemanden von der Staatspolizei hingeschickt? Was war das staatspolizeiliche Interesse daran?

Liebhart: Das kann ich Ihnen genau erklären: Erstens einmal ist das Thema Lucona vom Veranstalter gemeldet worden, vom Buchautor immer auch mit den nötigen Beisätzen bemerkt worden: „Spionage“, „Mord“ sogar, „Waffenschiebereien“ und so weiter. Es lag also im staatspolizeilichen Interesse, wahrzunehmen, was dort vorgeht.

Helene Partik-Pablé: Mord fällt ja gar nicht in Ihr Sachgebiet, das möchte ich schon sagen; Waffenschmuggel lasse ich mir da noch einreden. Bei Mord müßte doch jemand kommen von der Abteilung Kriminalpolizei.

Liebhart: Sicherlich. Aber ich möchte dazu noch folgendes sagen. Es heißt ausdrücklich immer wieder: Verwicklung bis hinauf in die höchsten Regierungsspitzen und so weiter, und das ist sehr wohl eine Sache, die die Staatspolizei interessieren muß.

Helene Partik-Pablé: Wieso?

Liebhart: Weil wir auch die Verpflichtung haben, solche Wahrnehmungen — natürlich! — zu melden.

Helene Partik-Pablé: Das ist ja schon teilweise bekannt gewesen. Sie schicken ja zu jeder Veranstaltung jemanden hin; das Buch war schon erschienen.

Liebhart: Ja, ja, das mag schon sein, aber es ist doch immer so, daß auch in einem Buch nicht alles steht, daß unter Umständen Details hervorkommen könnten, die noch von Interesse sind.

Helene Partik-Pablé: Bitte, können Sie das konkretisieren? Was war das wirklich staatspolitische Interesse? Wo hat man gefürchtet, daß gegen die Republik Angriffe stattfinden, daß Aufruhr stattfindet oder ähnliches, was halt die Staatspolizei verhindern soll? — Wenn Sie mir bitte das erklären könnten.

Wissen Sie, mir erscheint das so merkwürdig: „Jugend unterm Hakenkreuz“, „Kirche und Nationalsozialismus in Dokumenten“ und so weiter ist für Sie uninteressant, während die Lucona für Sie so interessant ist, daß Sie jemanden hinschicken. Da fürchten Sie eine Staatsgefährdung. Das verstehe ich nicht. Für mich wäre „Jugend unterm Hakenkreuz“ zum Beispiel eher etwas, wo ich mir was ...

Liebhart: Von Staatsgefährdung muß ja gar keine Rede sein! Soweit geht es ja nicht. (Pilz: Eine antifaschistische Ausstellung!)

Helene Partik-Pablé: Warum machen Sie dann dort eine Kontrolle? Was macht die Staatspolizei überhaupt? Was ist die Aufgabe der staatspolizeilichen Kontrolle? Vielleicht können wir da weiterkommen.

Liebhart: Ich habe zuvor schon erwähnt, wir haben auch gewisse vorbeugende Tätigkeiten auszuüben, die natürlich — wenn Sie das so wollen — wieder nur auf die berühmte kaiserliche Entschließung von 1852 zurückgehen. Der Herr Abgeordnete Dr. Pilz hat sie ja gestern im Fernsehen

genannt, wie ich gesehen und gehört habe. Und in Anlehnung daran besteht natürlich auch heute noch die Verpflichtung der Staatspolizei aufgrund des Organisations- und Geschäftsplanes, der besteht, in bestimmten Angelegenheiten tätig zu werden, also hier zum Beispiel, wo von Haus aus die Behauptung aufgestellt wurde, vom Thema her, bis in die höchsten Regierungsspitzen womöglich Spionage, Waffenschmuggel. Das alles sind Aufgaben, die wir wahrzunehmen haben. Es ist dadurch noch lange nicht gesagt, daß so etwas auch passieren muß oder daß es tatsächlich zutreffend war.

Helene Partik-Pablé: Und das haben Sie ausgerechnet bei der Veranstaltung von Herrn Pretterebner vermutet?

Liebhart: Warum denn nicht?

Helene Partik-Pablé: Warum schon?

Liebhart: Wenn er selber das immer wieder von sich gibt und überall hinausruft.

Helene Partik-Pablé: Was gibt er von sich, bitte?

Liebhart: Man braucht ja nur das Buch zu lesen. In jedem Kapitel kommt doch vor, wer aller angeblich verwickelt ist und so weiter.

Helene Partik-Pablé: Warum kontrollieren Sie dann den Herrn Pretterebner und nicht die Leute, die er nennt? (*Liebhart:* Moment einmal!) Sie sagen, er erwähnt in seinem Buch ununterbrochen Leute, die im Zusammenhang mit Ihrer staatspolizeilichen Überwachung . . .

Liebhart: Er erwähnt in seinem Buch — entschuldigen Sie bitte, wenn ich das so sage — Mitglieder der Bundesregierung, alle möglichen anderen Persönlichkeiten, die angeblich in die von ihm geschilderten Fälle verwickelt sind. Und jetzt hält er darüber einen Vortrag. Ich verstehe nicht, warum wir da nicht hingehen sollen. Was steht dagegen?

Helene Partik-Pablé: Sie kennen das Buch bereits. Sie wissen wahrscheinlich, daß Herr Pretterebner in ganz Österreich solche Vorträge gehalten hat. Sie wissen höchstwahrscheinlich auch aus anderen Berichten, was dort ungefähr gesagt wird.

Ich möchte wirklich wissen: Wo liegt das staatspolizeiliche Interesse. Bisher haben Sie mir das nicht glaubhaft machen können. Denn was Sie sagen, daß Politiker von Pretterebner beschuldigt, verdächtigt werden, das steht bereits im Buch drinnen.

Liebhart: Ich habe doch vorhin schon erwähnt, daß unter Umständen bei solchen Veranstaltungen auch weitere Details hervorkommen können, die sehr wohl von Interesse sind.

Helene Partik-Pablé: Sind welche hervorgekommen?

Liebhart: In den Fällen nicht.

Helene Partik-Pablé: In den Fällen, in denen Sie beobachtet haben, nicht. Haben Sie einen Auftrag gehabt, diese Vorträge zu überwachen?

Liebhart: Nein.

Helene Partik-Pablé: Sie haben das aus eigenem gemacht?

Liebhart: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wem haben Sie Bericht erstattet?

Liebhart: Es ist von der ersten Veranstaltung des Herrn Pretterebner im Café Landtmann und von der zweiten, das war im NIG, je eine Kopie des Berichtes an den Herrn Polizeipräsidenten und an das Bundesministerium für Inneres gegangen.

Helene Partik-Pablé: An wen im Bundesministerium für Inneres?

Liebhart: Die Post wird jeden Tag von uns durch Boten übermittelt und kommt in das Wohnzimmer des Herrn Gruppenleiters der Gruppe Staatspolizeilicher Dienst, das ist jetzt Dr. Schulz, früher war es Dr. Hermann.

Helene Partik-Pablé: Dorthin sind die Berichte gegangen. Haben Sie eigentlich auch Tonbandmitschnitte gemacht?

Liebhart: Nein.

Helene Partik-Pablé: Werden die nicht gemacht bei der Staatspolizei in Wien?

Liebhart: Wir haben keine solchen Geräte.

Helene Partik-Pablé: In Kärnten sind solche Tonbandmitschnitte gemacht worden. Wissen Sie, auf welcher gesetzlichen Grundlage das beruht?

Liebhart: Darf ich dazu einmal folgendes sagen: Wenn eine Veranstaltung öffentlich zugänglich ist und dort jemand einen Vortrag hält, so kann darüber ohneweiters geschrieben werden, man kann auch Aufzeichnungen machen. Mir ist kein Verbot bekannt.

Helene Partik-Pablé: Ihnen ist kein Verbot bekannt?

Liebhart: Nein, in diesem Fall nicht. Wenn es eine öffentlich zugängliche Veranstaltung ist. Das ist, glaube ich, ein . . . (*Graff:* Wenn es öffentlich ist . . . — *Schieder:* Kein Verbot! Die Wiedergabe kann urheberrechtlich bedenklich sein! — *Graff:*

Staatliche Organe bedürfen für ihr Handeln einer gesetzlichen Grundlage, nicht keines Verbotes!)

Helene Partik-Pablé: *Wir haben jetzt über die Veranstaltungen gesprochen, zu denen Sie Beamte von der Staatspolizei hinschicken. Hinsichtlich der Veranstaltungen haben Sie mir das jetzt erklärt, hinsichtlich der Pressekonferenzen haben Sie mir eigentlich nicht erklärt, wann Sie da jemanden hinschicken. Denn hier in dem Veranstaltungskalender geht es eigentlich nur um Veranstaltungen, um Empfänge, um Aufmärsche, nicht aber um Pressekonferenzen. Wie ist es mit Pressekonferenzen? Wann wird da jemand von der Staatspolizei hingeschickt?*

Liebhart: Wenn ein Thema zur Sprache kommt, das für uns, für unsere Zwecke, für unsere Aufgaben von Interesse ist. Wir bekommen natürlich, wenn Sie vielleicht darauf anspielen, diesen Termin-Pressedienst in gelber Farbe für jede Woche. Man kann aus diesem Veranstaltungskalender leicht ersehen, wann wo welche Pressekonferenz sonstiger Art stattfindet.

Helene Partik-Pablé: *Also wenn etwas für Ihre Zwecke interessant ist. (Liebhart: Ja.) Am 25. Mai 1988 gibt es eine Ankündigung der Wiener Gesellschaft für Bildungspolitik und Schulmanagement: Vorstellung des Buches „Der Fall Lucona“ durch Preuterebner. Wo war da wieder Ihr Interesse? Da ist nichts anderes gestanden, nichts von Ostspionage, gar nichts, sondern nur „Der Fall Lucona“.*

Liebhart: Ja, darf ich dazu etwas sagen. Wir haben davon am 11. Mai, glaube ich, wenn ich mich recht erinnere, in Erfahrung gebracht, daß das stattfindet, daß dort über das Buch wieder gesprochen wird. Hier genau dieselben Gründe wie bei der Veranstaltung im NIG. Ich habe die Ankündigung dieser Veranstaltung übrigens in Photokopie auch vorgelegt, vielleicht sieht man das. Es gab damals ein kleines Informationszettel, das dazu verschickt worden ist. Von dieser Veranstaltung — es ging dort wieder um die gleiche Sache — haben wir keine weiteren Kopien vorgelegt. Das müßte aus Ihren Unterlagen ersichtlich sein.

Helene Partik-Pablé: *Ja, aber hingegangen ist jemand von der Staatspolizei.*

Liebhart: Ja sicherlich, der Bericht liegt bei uns.

Helene Partik-Pablé: *Ich möchte nur gerne wissen, warum jemand hingegangen ist, wenn Herr Preuterebner das Buch „Lucona“ vorstellt.*

Liebhart: Ich habe schon gesagt: Aus den gleichen Gründen, aus denen wir in das NIG oder zum Landtmann gegangen sind.

Helene Partik-Pablé: *Mir liegt hier auch ein Aktenvermerk vom 24. August 1983 vor. Bezirksinspektor Kainz, ist das jemand, der in Ihre Gruppe fällt?*

Liebhart: Ja, der ist von uns, ein Kriminalbeamter des Staatspolizeilichen Büros.

Helene Partik-Pablé: *Ja, er schreibt einen Aktenvermerk über die Pressekonferenz von Guggenbichler am 24. August 1983. Da ist offensichtlich der Herr Kainz hingeschickt worden als Beamter der Staatspolizei, um diese Pressekonferenz zu beobachten. Was war da das staatspolizeiliche Interesse?*

Liebhart: Zunächst — soweit ich mich erinnern kann, das ist jetzt fast sechs Jahre her — war natürlich auch hier zu erwarten — ich wurde vorhin gefragt, wann haben wir zum ersten Mal etwas erfahren —, daß Guggenbichler unter Umständen zur Sache etwas mitteilen könnte.

Hier darf ich vielleicht noch zur Ergänzung anbringen, daß es zu dieser Zeit eine Artikelfolge in verschiedenen Zeitungen, darunter auch im „Kurier“, gab. In diesen Artikeln ist die Sache Guggenbichler sehr breit geschildert worden.

Wir haben zu dieser Zeit — ich weiß, das es mit der Sache hier nichts zu tun hat — umfangreiche Vorbereitungen für den damals bevorstehenden und im September 1983 stattgefundenen Besuch des Papstes durchgeführt und sind natürlich bei dieser Vorbereitung, weil es auch darum ging, die Strecken abzufahren und so weiter, zur Kenntnis bekommen, daß diese Konferenz im Hotel Imperial stattfinden wird. Da haben wir Beamte hingeschickt.

Helene Partik-Pablé: *Sie haben Angst gehabt, daß der Herr Guggenbichler den Papstbesuch gefährden könnte?*

Liebhart: Nein, ich habe gesagt, im Rahmen dieser umfangreichen Vorbereitungen haben wir erfahren, daß dort diese Konferenz stattfinden wird.

Helene Partik-Pablé: *Warum sind Sie dann hingegangen? Da werden Sie ja sehr viel zu tun gehabt haben vor dem Papstbesuch.*

Liebhart: Das macht ja nichts.

Helene Partik-Pablé: *Wieso haben Sie dann . . . Das erklärt eigentlich das staatspolizeiliche Interesse für mich nicht, daß Sie zufällig dort vorbeigekommen sind.*

Liebhart: Warum denn nicht? Ich habe gesagt, wir haben erfahren, Frau Abgeordnete, wir haben erfahren, daß das dort stattfindet. Deshalb ist jemand hingeschickt worden.

Helene Partik-Pablé: Aber was war so interessant am Herrn Guggenbichler?

Liebhart: Nun, immerhin war der Herr Guggenbichler der Aufdecker laut allen möglichen Artikeln, wie es geheißen hat.

Helene Partik-Pablé: Ja schon, aber lassen Sie jeden Aufdecker eines sechsfachen Mordes und eines schweren Betruges dann bei der Pressekonferenz observieren?

Liebhart: Ich darf vielleicht etwas erwähnen, Frau Abgeordnete: Für uns gilt die Unschuldsvermutung. Es ist noch gar nicht erwiesen, wer überhaupt schuldig ist oder nicht. Daher geht es auch darum, möglichst viel und möglichst umfangreich über einen Sachverhalt festzustellen. Und das gehört genauso dazu.

Helene Partik-Pablé: Das ist aber eigentlich nicht eine Aufgabe der Staatspolizei, jetzt einen Verdächtigen zu überführen oder nicht zu überführen, der im Verdacht steht, eine kriminelle Handlung begangen zu haben. Also ich würde Sie bitten, . . .

Liebhart: Nein, ich darf hier schon etwas sagen. Wieso Staatspolizei nicht, wenn schon in den Artikeln und überall bekannt war die angebliche Verflechtung mit allen möglichen Persönlichkeiten? Ich verstehe das nicht recht.

Helene Partik-Pablé: Ich glaube, Sie verstehen mich. Ich glaube schon, daß Sie mich sehr gut verstehen, aber Sie können wahrscheinlich selber nicht begründen, warum zur Konferenz des Herrn Guggenbichler . . .

Liebhart: O ja, kann ich, ich sage ja . . .

Helene Partik-Pablé: Bisher konnten Sie es aber nicht.

Liebhart: Sehr wohl kann ich das, und zwar deshalb, weil ich ausdrücklich gesagt habe, daß wir auch die Verpflichtung haben, Umstände wahrzunehmen, die allenfalls für uns von Interesse sind. Das ist nun einmal so.

Helene Partik-Pablé: Nun gut. In diesem Aktenvermerk steht auch drinnen — und da möchte ich Sie fragen: Wie kommen Sie eigentlich dazu? —: „Guggenbichler ist ein Nachrichtenschwindler mit möglicherweise psychopathischem Hintergrund“. Dann steht: „Anfrage bei den Schweizer Behörden ergab, daß dieser polizeilich in verschiedenen Fällen bereits bekannt ist.“ Wieso haben Sie es denn da eigentlich für notwendig gefunden, so umfangreich über Guggenbichler zu recherchieren, sogar bei den Schweizer Behörden nachzufragen, wenn der nur schlicht eine Pressekonferenz gibt?

Liebhart: Wegen der Pressekonferenz haben wir nicht nachgefragt, sondern das waren eben Ergebnisse aus früheren Akten, die schon vorhanden waren.

Helene Partik-Pablé: Und die haben Sie dann in diesen Aktenvermerk aufgenommen?

Liebhart: Nicht ich, sondern die Beamten.

Helene Partik-Pablé: Nun, wofür war der Aktenvermerk bestimmt? Für wen?

Liebhart: Es hat jeder Beamte einen Bericht über seine Tätigkeit zu verfassen. Wenn er wo hinbeordert wird, hat er nachher einen Bericht zu verfassen.

Helene Partik-Pablé: Und was ist damit geschehen?

Liebhart: Dieser Bericht ist vorzulegen, so wie ich es vorhin auch dem Herrn Abgeordneten Schieder gegenüber schon geschildert habe, und im konkreten Fall ist eine Kopie auch, soweit ich mich erinnern kann, an den Herrn Polizeipräsidenten und an das Innenministerium ergangen.

Helene Partik-Pablé: Innenministerium heißt Sektionschef Hermann?

Liebhart: Damals, 1983, glaube ich . . .

Helene Partik-Pablé: Oder Ministerialrat Hermann. Hat es eigentlich einen generellen Auftrag des Herrn Dr. Hermann gegeben, ihm alles zu schicken in dieser Sache?

Liebhart: Überhaupt nicht.

Helene Partik-Pablé: Das ist der normale Weg, daß von diesen Beobachtungen Sektionschef Hermann etwas kriegt.

Sie sind ja auch für die Vereinspolizei in Wien zuständig, nicht?

Liebhart: Ja.

Helene Partik-Pablé: Ich habe da im Laufe dieser ganzen Sache einen Bericht der Bundespolizeidirektion Wien, Staatspolizeiliches Büro, vom 5. 4. 1986 gefunden. In diesem Bericht steht drinnen, daß im Vereinsregister beim Vereinsakt ein Aktenvermerk liegt, und zwar steht da beim Vereinsakt „Club 45“: „Bei Verlangen nach Akteneinsicht ist sofort das Bundesministerium für Inneres zu verständigen, die Entscheidung liegt allein beim Bundesminister Lanc.“ Kennen Sie diese Anweisung? Kennen Sie diesen Bericht?

Liebhart: Diesen Vermerk kenne ich nicht, aber den Vermerk vom 7. August 1980, den Sie ja angeführt haben, den habe ich hier.

Helene Partik-Pablé: Den Vermerk, daß, wenn jemand in den „Club 45“-Akt Einsicht nehmen möchte, sofort der Innenminister zu verständigen ist? Diesen Aktenvermerk haben Sie?

Liebhart: Nein, habe ich nicht beim Akt.

Helene Partik-Pablé: Kennen Sie diesen Aktenvermerk?

Liebhart: Nein.

Helene Partik-Pablé: Ist Ihnen unbekannt?

Liebhart: Nein.

Helene Partik-Pablé: Was haben Sie dann? Ich weiß nicht, Sie haben jetzt gesagt, Sie haben irgend etwas.

Liebhart: Wenn Sie wollen, lese ich das vor.

Obmann Steiner: Bitte geben Sie die Zahl an.

Liebhart: Ja, und zwar die Aktenzahl ist I-Pos. 23/1/3—80 Res, und die Katasterzahl des Vereins ist IV/970. Der Aktenvermerk ist vom 7. August 1980. Das war das Datum, Frau Abgeordnete, ja?

Helene Partik-Pablé: Nein, das ist nicht das, was ich meine.

Liebhart: Nein, der von 1986 bezieht sich auf einen von 1980, meinten Sie.

Helene Partik-Pablé: Es ist ein Aktenvermerk vom 7. 8. 1980.

Liebhart: Ja, den habe ich hier.

Helene Partik-Pablé: Vom 7. 8. 1980. Da steht dort: Mit gleichem Datum liegt ein handschriftlicher Vermerk im Vereinsakt, wonach bei Verlangen nach Akteneinsicht sofort das Bundesministerium für Inneres zu verständigen wäre, die Entscheidung liege allein beim Bundesminister Lanc. Dasselbe, was ich schon gesagt habe.

Liebhart: Na ja, nein, ich habe nur den vom 7. August 1980 da. (*Rieder:* Würden Sie ihn bitte vorlesen!) Gerne, ja. Es steht hier folgendes:

„Betreff: Verein Gesellschaftliche Vereinigung ‚Club 45‘, Gewährung von Akteneinsicht. Aktenvermerk. Hieramts erscheint Herr Dr. Gottfried Haas, hieramts als Politiker der Freiheitlichen Partei Österreichs und Funktionär des Vereines Ring Freiheitlicher Studenten seit Jahren bekannt, weiters, wie er angibt, Sekretär des Parteibobannes der Freiheitlichen Partei Österreichs Dr. Norbert Steger, und begehrt Akteneinsicht in den Vereinsakt Gesellschaftliche Vereinigung ‚Club 45‘. Vor allem geht es Herrn Dr. Haas darum, eine Mitgliederliste des Vereines zu erhalten.

Angeblich soll der Verein 270 Mitglieder haben. Seitens des Gefertigten“ — das war Dr. Hagen, Kommissär — „wird nach Rücksprache mit dem Vorstand Hofrat Dr. Berger erklärt, daß eine Liste der Vereinsmitglieder hieramts nicht aufliege. Einsicht wird Herrn Dr. Haas nur in die Statuten des Vereines gewährt. Weitere Details aus dem Akt werden Herrn Dr. Haas, der als Privatperson ohne Vollmacht beziehungsweise ohne jedes bezügliche Schriftstück erscheint, nicht bekanntgegeben. Es wird ihm jedoch erklärt, daß die Behörde im Rahmen der Rechtshilfe selbstverständlich die Frage einer Übermittlung des Vereinsaktes auf Anforderung des Gerichtes oder einer sonst legitimierten Stelle prüfen werde.“ — Gezeichnet Dr. Hagen, Kommissär.

Helene Partik-Pablé: Ja, können Sie mir sagen, wie es dann zu diesem Bericht der Staatspolizei vom April 1986 kommt, wo eben dieser handschriftliche Vermerk mit Bundesminister Lanc drinnen steht?

Liebhart: Ich kenne das nicht. Wenn ich das sehen könnte . . .

Helene Partik-Pablé: Darf ich es Ihnen vorlegen?

Liebhart: Ja gerne, ja. (*Der Zeuge studiert das vorgelegte Schriftstück.*)

Darf ich folgendes dazu sagen: Nach der Aktenzahl I/Pos. 345/3—85 Res müßte das zu dem Akt „Techno-Bandits“ gehören und müßte hier bei den fotokopierten Teilen aufliegen. Ich habe den Akt nicht. (*Maiosek:* Davon ist es!) Davon ist es. Ja, es ist durchaus möglich, daß das . . .

Helene Partik-Pablé: Hat der Herr Lanc einmal die Anweisung gegeben, daß nur über seine Bewilligung . . .

Liebhart: Nein. (*Rieder:* Lassen S' ihn lesen!)

Helene Partik-Pablé: Er hat es eh schon gelesen, der Herr Zeuge.

Liebhart: Darf ich dazu etwas sagen?

Helene Partik-Pablé: Wer ist der Chef von dem Vereinsregister, bitte?

Liebhart: Hofrat Dr. Berger, aber . . .

Helene Partik-Pablé: Noch immer?

Liebhart: Ich kenne eine derartige Verfügung nicht, außerdem kann die von Gesetzes wegen gar nicht gegeben werden, denn in die Statuten hat jedermann Einsicht.

Helene Partik-Pablé: Deshalb wundert mich, wieso das dort liegt.

Liebhart: Ja, und ich habe daher auch verlesen, daß die Statuten gezeigt wurden. Selbstverständlich sind sie hergezeigt worden.

Helene Partik-Pablé: Jedenfalls ist das ein offizieller Bericht von der Staatspolizei.

Liebhart: Ja, ja, Frau Abgeordnete, ich habe ja schon gesagt, es ist aus dem Akt „Techno-Bandits“. Ich habe den Vereinsakt jetzt nicht da. Ich kann ja nicht alle Akten mit herschleppen. Ich müßte in dem Akt nachsehen, ob das dort ist, aber mir ist das nicht bekannt. Ich habe niemals eine solche Weisung bekommen oder separat erhalten.

Helene Partik-Pablé: Und Ihnen ist nicht bekannt, daß dort ein handschriftlicher Vermerk bei dem „Club 45“ liegt?

Liebhart: Nein, ob der überhaupt besteht, kann ich gar nicht sagen, ob ja oder nein.

Helene Partik-Pablé: Im Moment habe ich keine Fragen mehr.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Graff, bitte.

Graff: Herr Hofrat! Es zeigt sich mehr und mehr, daß hier wirklich im großen Stil diese Überwachung — ich nenne es Bespitzelung — der Herren Guggenbichler und Pretterebner durchgeführt worden ist. Ich entnehme dem Aktenkonvolut, das wir hier bekommen haben, daß an eine Reihe von Sicherheitsdirektionen in den Ländern Weisungen der Abteilung II/7 oder des Ministerialrates Bertl persönlich in dieser Richtung ergangen sind. Ich sehe allerdings momentan kein Aktenstück, daß eine solche Weisung an die Bundespolizeidirektion Wien ergangen wäre.

Ich frage Sie: Ist an die Polizeidirektion Wien vom Innenministerium, insbesondere von der Abteilung II/7, jemals eine Weisung ergangen in der Richtung, daß solche Überwachungen durchgeführt werden sollen?

Liebhart: Eine solche Weisung habe ich nie erhalten.

Graff: Sie antworten so einschränkend. Könnte es sein, daß jemand anderer die erhalten hat?

Liebhart: Nein, dann müßte ich sie wissen.

Graff: Nein. Das ist also alles spontan erfolgt. Gut, dann ist das hier . . .

Liebhart: Herr Abgeordneter, darf ich noch etwas sagen?

Graff: Ja.

Liebhart: Sie haben wieder — verzeihen Sie mir, wenn ich das jetzt erwähne — das Wort, ich glaube, „bespitzeln“ oder „Spitzel“ verwendet. Ich möchte hier vielleicht einige Sätze dazu anmerken, wenn Sie mir das gestatten.

Graff: Bitte, sagen Sie es ruhig, ja.

Liebhart: Ich stehe hier auch stellvertretend für über 300 Beamte, die unserer Abteilung angehören. Es ist, manches Mal gar nicht in böser Absicht, das Wort „Spitzel“ gefallen. Das hier Besprochene geht natürlich mit einer entsprechenden Breitenwirkung hinaus, und wir sehen und hören immer wieder quasi: Ja, die Staatspolizei bespitzelt alle und jeden.

Graff: Na, das hat niemand gesagt: „alle und jeden“.

Liebhart: Nein, ich sage nicht, Sie sagen das, Herr Dr. Graff, nein, nein.

Graff: Nein, das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, den Pretterebner und den Guggenbichler, nicht alle und jeden.

Liebhart: Herr Dr. Graff, ich unterstelle ja gar nicht, daß Sie das gesagt, ich habe das ausdrücklich betont, sondern es entsteht weitgehend der Eindruck, und es ist eine breitangelegte Kampagne in Gang gesetzt worden, unter der wir und unsere ordentlich arbeitenden Leute natürlich zu leiden haben. Und daher ersuche ich, dieses Wort „Spitzel“ oder „Bespitzelung“ nach Möglichkeit nicht zu verwenden.

Graff: Ja. Herr Hofrat, ich habe ganz bewußt Ihnen die Gelegenheit gegeben, das zu sagen. Ich habe auch volles Verständnis dafür, daß Sie das sagen. Es ist uns auch völlig klar, daß den Beamten hier überhaupt kein Vorwurf zu machen ist. Die erfüllen ihre Aufgabe, zu der sie ihre Vorgesetzten anhalten oder von der sie den Eindruck gewinnen, daß ihre Vorgesetzten das wünschen.

Unsere Kritik bleibt allerdings massiv aufrecht, weil wir — und je mehr wir das studieren, umso deutlicher wird dieser Eindruck — hier sehen, daß die Staatspolizei für Zwecke eingesetzt wurde, die unserer Auffassung nach nicht legitime staatspolizeiliche Zwecke sind, weil hier kein Staatssicherheitsbedürfnis besteht, sondern ein Informationsbedürfnis von Politikern, insbesondere des Ministers Blecha, und zwar im Zusammenhang mit Angriffen, die Pretterebner gegen ihn persönlich gerichtet hat.

Das ist das Ziel unserer Kritik, und ich glaube, es wird letztlich auch für die Beamten eine große Erleichterung sein, wenn in Zukunft — und diese Willenserklärungen und Absichtserklärungen liegen von allen Seiten dieses Hauses vor — durch eine klare gesetzliche Regelung jede Möglichkeit,

auch nur einen solchen Vorwurf zu erheben, wie er gefallen ist, weggeräumt wird und die Staatspolizei wirklich zweckgemäß eingesetzt wird. — Gut.

Jetzt haben wir uns beide eine Grundsatzklärung gegeben. Jetzt frage ich Sie konkret weiter. Ich frage Sie auch etwas, was Sie vielleicht nicht wissen oder nicht wissen können: Ich habe hier einen Bericht zwar der Bundespolizeidirektion Wien, aber von der Empfängerseite, also vom Innenministerium. Da steht rechts oben drauf „B und P haben“. Und wenn man dieses Konvolut von solchen Berichten durchschaut, sieht immer wieder „B und P haben“ oder „B hat“ oder so wie. Können Sie mir das erklären, was das heißt?

Liebhart: Ja, der Buchstabe „weiches B“, also „Berta“, steht für „Bundesministerium für Inneres“.

Graff: Ja.

Liebhart: Und der Buchstabe „hartes P“ steht für „Polizeipräsident“. Das ist eine interne Abkürzung.

Graff: Sie sind sicher, daß es für Polizeipräsident steht und nicht für Nationalratspräsident.

Liebhart: Nein, für Polizeipräsident.

Graff: Sind Sie sicher? Ich frage nur. Ich möchte es nur wissen. Gut. Ja.

Liebhart: Ja, das ist ganz eindeutig geregelt, und zwar . . .

Graff: Danke vielmals. Ja.

Liebhart: Nein, ich möchte das vielleicht noch ergänzend erklären. Wir sind natürlich auch bestrebt, den internen Aktenlauf möglichst einfach zu gestalten, sparend natürlich, und daher hat es sich eingebürgert, daß bestimmte Abkürzungen verwendet werden.

Graff: Ja.

Liebhart: Zum Beispiel „VP“ für „Vizepräsident“, „VB“ für „Vereinsbüro“ . . .

Graff: Ja. 7 für Hermann.

Liebhart: Nein.

Graff: O ja, 7.

Liebhart: II/7. Das wäre aber eine Abkürzung für . . .

Graff: Nein, für ihn . . . ja II/7 ist die Abteilung. Aber Ministerialrat Hermann hat, zumindest solange er Gruppenleiter war, selber auch gezeichnet mit einem Siebener, ohne 007, nur 7. (Rieder: Das

ist die Zuweisung! — Schieder: Das ist die Aufzeichnung, die Zuweisung!)

Liebhart: Herr Abgeordneter Dr. Graff, wenn er das mit 7 bezeichnet, dann meint er von seiner Warte aus . . .

Graff: Es soll denen gegeben werden; ich verstehe schon. Ich verstehe.

Liebhart: . . . es soll der Abteilung II/7, das ist eine Gruppe des Staatspolizeilichen Dienstes . . .

Graff: Ja, ja. Gut, daß wir reden, man versteht sich immer besser. Okay.

Liebhart: Nein, ich wollte das nur erklären.

Graff: Ja, ich bin sehr dankbar. Gut.

Jetzt schaue ich mir also diesen Bericht vom 24. August 1983 an. Der Dietmar Guggenbichler hat, durchaus standesgemäß, im Hotel Imperial eine Pressekonferenz gegeben. Die wurde von zwei Beamten — ich nenne die Namen nicht —, einem Gruppeninspektor und einem Bezirksinspektor, überwacht. Das beginnt um 17 Uhr. Von 17 Uhr bis 19.20 Uhr war die Pressekonferenz, und am Ende dieses Berichtes ist vermerkt: „Dienstende 20 Uhr“ und „Dienstende nach Berichtlegung 23.15 Uhr.“

Ich frage Sie: Was kosten den Steuerzahler die Überstunden dieser zwei Beamten?

Liebhart: Ich kann das nicht auswendig sagen, und zwar deshalb nicht — ich würde es gerne, wenn ich es könnte —, weil die Überstunden nach den Gehaltsstufen der einzelnen Beamten verrechnet werden. Das heißt, ich müßte im konkreten Fall jetzt wissen, in welcher Gehaltsstufe . . .

Graff: Gruppeninspektor, ja.

Liebhart: . . . ist ein Beamter, in welcher Dienstklasse, in welcher Gehaltsstufe, es gibt einen annähernden Wert, . . .

Graff: Ja.

Liebhart: . . . den man ansetzen kann, wenn man . . .

Graff: Beim Budgetieren muß man es ja veranschlagen. Was würden Sie erfahrungsgemäß durchschnittlich veranschlagen?

Liebhart: Ja sicherlich. Und die Erfahrung unter Zugrundelegung der momentanen Tarife ist bei einer Stunde im Schnitt 140 bis 160 S brutto.

Graff: 140 bis 160 S, also bei zwei Beamten zirka 300 S, nicht . . .

Liebhart: Ja.

Graff: Und wann hat er normal Dienstschluß? Ab wann beginnen die Überstunden?

Liebhart: Normal Dienstschluß ist . . . Es kommt jetzt noch auf folgendes an: Ist er im sogenannten Hauptdienst oder nicht. Also man müßte das hier auch noch überprüfen, ob er zusätzlich kommandiert war oder nicht. Wenn er nicht im Hauptdienst war und zusätzlich kommandiert wurde, dann gilt das als Überstunde.

Graff: Die ganze Zeit.

Liebhart: Ja, ab 16 Uhr.

Graff: Und wenn er im Hauptdienst war?

Liebhart: Auch ab 16 Uhr.

Graff: Ist das Normaldienstzeit oder?

Liebhart: Ja, das kommt darauf an, von welchem Büro er ist. Er ist vom Staatspolizeilichen Büro, da haben wir den sogenannten Fünfgruppendienst, also hier müßte man das genauer feststellen. Ich kann das auswendig nicht sagen, wie das damals war.

Graff: Haben die rund um die Uhr Dienst, oder ist nicht das, was nach 20 Uhr ist, auf jeden Fall eine Überstunde?

Liebhart: Ja, das ist eine sehr, sehr komplizierte Verrechnungsmöglichkeit, mit der ich an sich nichts zu tun habe.

Graff: Ich habe hier zum Beispiel einen Vortrag im Neuen Institutsgebäude am 16. 4.

Liebhart: Ja.

Graff: Dienstantritt — zwei Beamte, Bezirksinspektoren, also nicht völlige Anfänger —, Dienstantritt 18.30 Uhr, Dienstende 23.15 Uhr, Dienstende nach Bericht 3.30 Uhr in der Nacht.

Liebhart: Ja.

Graff: Das heißt — also von 18 bis 24 Uhr sind es sechs Stunden und dann noch drei, gibt neun —, neun Stunden sind zwei Beamte hier eingesetzt.

Liebhart: Darf ich . . .

Graff: Wenn ich ein Demagoge wäre, würde ich sagen: Und auf der Straße werden inzwischen die Leute überfallen!, aber ich sage das nicht dazu.

Liebhart: Na ja, Herr Dr. Graff, hier, glaube ich, verstehe ich schon den Unterton heraus, und bis zu einem gewissen Grad kann ich das nicht verstehen, denn . . .

Graff: Aber bis zu einem gewissen Grad schon, denn es tut Ihnen wahrscheinlich auch leid, daß

Ihre Beamten für so einen Blödsinn eingesetzt werden.

Liebhart: Ja, sicherlich, man kann nach jedem Dienst nachher sagen: War es notwendig, daß zum Beispiel überhaupt wer hingegangen ist? Ich kann nach jedem Dienst sagen, etwa bei einem Staatsbesuch: War es notwendig, daß 50 Beamte dort waren? Es könnten ja genauso gut nur zwei sein. Das kann ich immer bekritteln.

Graff: Nein, Herr Hofrat, beim Staatsbesuch ist die Gefahr, daß ein Attentat passiert und die Republik Österreich dann letztlich zur Verantwortung gezogen wird, doch sehr groß, und da ist eine Überwachung völlig legitim, das ist gar keine Frage.

Liebhart: Ja schon, aber, Herr Abgeordneter, es läßt sich über die Tatsache der Kommandierung, über die Zahl der Kommandierung, über die Entsendung von Beamten natürlich jedesmal diskutieren. Es kommt immer auf den Standpunkt an, den man einnimmt. Das ist das eine. Das zweite: Wenn man bei uns ist, so gehen wir, wie der Herr Generaldirektor erst vor kurzem wieder einmal gesagt hat, immer eine Art Gratwanderung: Ist es richtig oder nicht? Wenn es zu etwas kommt, können zwei Beamte zuwenig sein, ist alles in Ruhe, sind zwei zuviel. Das ist natürlich . . .

Graff: Verzeihen Sie, Herr Hofrat, diese Überwachung und Berichtslegung, die dient ja nicht der Überwachung der Sicherheit der Teilnehmer, sondern die dient der Berichterstattung an vorgesetzte Dienststellen, letztlich an den Herrn Innenminister Blecha.

Liebhart: Ob er das überhaupt bekommen hat, das weiß ich gar nicht, das kann ich gar nicht sagen. Wir legen Berichte vor.

Graff: Dann wäre es ja noch ärger, wenn nicht einmal er davon etwas weiß.

Liebhart: Nein, nein, nur weil Sie diese Frage stellen. Also in dem Moment, wo wir zum Beispiel mit der Morgenpost einen Akt wegschicken, ist er außerhalb meiner Einflußnahme, das heißt, es ist dann Frage der empfangenden Stelle, was damit geschieht?

Graff: Herr Hofrat! Da muß ich Sie schon konkret fragen. Waren bei diesen Berichten, also wo eine Pressekonferenz im Imperial oder eine Podiumsdiskussion im Neuen Institutsgebäude — sagen wir es neutral — mit der Anwesenheit von Polizeibeamten der Staatspolizei ausgezeichnet waren, diese Beamten dorthin entsandt, um für die Sicherheit zu sorgen oder um über die Veranstaltung zu berichten?

Liebhart: Um für die Sicherheit zu sorgen und um über die Veranstaltung zu berichten.

Graff: Nun, wirklich?

Liebhart: Ja, sicherlich.

Graff: Ich meine, sicher werden sie nicht zuschauen, wenn sich dort plötzlich ein Attentat abspielt, aber war der Grund ihrer Entsendung die Sorge um die Sicherheit des Herrn Guggenbichler oder seiner Zuhörer?

Liebhart: Wir haben aufgrund unserer Aufgabenstellung auch die Verpflichtung, Veranstaltungen bestimmter Art immer zu sichern.

Graff: Ja, Herr Hofrat, aber Sie weichen mir aus.

Liebhart: Nein, ich weiche nicht aus.

Graff: In diesen Berichten, die ja auch angeordnet sind, steht niemals drinnen: *Paßt auf, der Guggenbichler ist ein Waffenfreund! Es könnte sein, daß der herumzuschießen beginnt!*, oder so etwas, sondern diese Aufträge werden immer erteilt mit dem Blickwinkel auf eine Berichterstattung, was dort vorgekommen ist. Wenn auch sicherlich bei jeder Dienstleistung eines Sicherheitsbeamten die Möglichkeit, potentiell Sicherheitsfunktionen wahrzunehmen, im Raum steht, so ist doch hier primär — das werden Sie doch nicht ernstlich in Zweifel ziehen — der Zweck, Wahrnehmungen mitzuteilen.

Liebhart: Herr Dr. Graff! Ich brauche gar nicht einen speziellen Auftrag zu geben, weil die Kriminalbeamten grundsätzlich, wenn sie zu einer Veranstaltung gehen, natürlich auch die Sicherheitsmomente wahrzunehmen haben.

Graff: Richtig. Ja, da sind wir uns einig. Aber der Zweck, warum sie hingeschickt wurden, lag nicht primär in der Sicherheit.

Liebhart: Das mag sein, daß es dann nachher so aussieht, weil nichts vorgefallen ist, aber wenn zum Beispiel jetzt dort ein Zwischenfall gewesen wäre, hätten sie selbstverständlich amtieren und einschreiten müssen. Dazu sind sie auch dort.

Graff: Ja, Herr Hofrat. Aber da gibt es ja auch in der Liste, die Ihnen die Frau Dr. Pablé vorgelesen hat, Veranstaltungen, wo die abstrakte Möglichkeit eines sicherheitsrelevanten Zwischenfalles durchaus genauso oder noch stärker gegeben ist als hier bei diesem, und sicherlich dient eine Berichterlegung um 3 Uhr nachts, nachher, das Eintippen in die Schreibmaschine, doch wohl nicht mehr dem Sicherheitsdienst. Oder doch?

Liebhart: Nein, hier, Herr Dr. Graff, hier müßte man noch etwas wissen. Unsere Kriminalbeamten . . . erstens haben wir nicht so viele Beamte, wie es immer heißt.

Graff: Eben, das ist ja das Problem! Und die paar schickt ihr dann zum Guggenbichler und zum Pretterebner.

Liebhart: Herr Dr. Graff! Das zweite ist, daß natürlich nach einer Dienstleistung ein Bericht zu schreiben ist. Und warum denn? Weil der Beamte am nächsten Morgen oder Vormittag schon wieder bei einer anderen Dienstleistung ist. Das ist nun einmal so. Ob mir jetzt das als Abteilungsleiter immer sehr paßt oder nicht, ist eine zweite Frage. Ich habe den Aufgabenstellungen, die für unsere Abteilung aufgrund des Organisations- und Geschäftsplanes in Frage kommen, zu entsprechen.

Graff: Ich verstehe.

Liebhart: Das geht manches Mal natürlich . . .

Graff: Sicher, Herr Hofrat, sind wir uns darüber einig, unter Sicherheitsaspekten könnte der Bericht lauten: „Pretterebner-Veranstaltung: Keine sicherheitspolizeilichen Vorkommnisse.“ Punkt. Aus.

Liebhart: Ja, sicherlich. Dann bekommt der Beamte schon die Frage: Was war überhaupt dort los?

Graff: Nun eben, darum geht es ja. Und jetzt schreiben, damit bin ich bei der nächsten Frage . . .

Liebhart: Verzeihung, wenn ich jetzt zurückfrage.

Graff: Gerne.

Liebhart: Wie soll der Beamte jetzt zum Beispiel über Zwischenfälle schreiben, wenn keine sind? Kann er doch keine . . .

Graff: Das kann er wirklich nicht, das ist wahr.

Liebhart: Also ich muß schon sagen, ich finde das etwas eigenartig, wenn man das so . . .

Graff: Nun lassen wir das, sonst sage ich Ihnen, was ich da alles eigenartig finde, Herr Hofrat. Seien wir beide weiter freundlich zueinander.

Liebhart: Nein, nein, ich bin deshalb nicht böse, ich vertrete nur auch die Beamten . . .

Graff: Noch einmal: Wenn der Zweck der Beamtenentsendung primär in der Sicherheit liegt, dann kann sich der Bericht auf zwei Zeilen beschränken, nämlich: „Nichts Einschlägiges vorgefallen.“ Wenn der Zweck aber darin liegt, die Herren zu überwachen — und das ist ja offensichtlich

—, dann wird eben ein nahezu wortgetreuer Bericht erstattet. Und dazu frage ich Sie nun — eingedenk dessen, was Sie gesagt haben, und auch in Kenntnis des Strafgesetzbuches, daß nämlich Tonbandaufnahmen von öffentlichen Erklärungen nicht verboten sind, auch wenn sie heimlich erfolgen —: Wie kommen diese Beamten zu so präzisen und wortgetreuen Berichten? Haben die eine Ausbildung in Parlamentsstenographie, schreiben die mit, oder ist es nicht doch üblich, weil auch nicht verboten, daß da Tonbandgeräte verwendet werden?

Liebhart: Nein, es ist so, daß sehr viele Beamten natürlich stenographieren können, das ja auch lernen.

Graff: Ja. Schließen Sie aus, daß da Tonbandgeräte auch verwendet werden?

Liebhart: Ich habe keine Kenntnis, daß hier . . .

Graff: Sie haben keine Kenntnis davon. Gut. Und jetzt frage ich noch einmal.

Liebhart: Aber ganz abgesehen davon, Herr Abgeordneter, auch wenn sie verwendet würden, ja, wäre es auch nicht . . .

Graff: Ja, wie gesagt, es wäre nicht strafbar.

Liebhart: Ich habe keine Kenntnis. Wir haben solche nicht.

Graff: Es wäre nicht strafbar. Aber — und damit bin ich jetzt bei dem Punkt, den ich vorhin mit dem Dr. Rieder erörtert habe; und er hat mich auch gleich verstanden, wie ich glaube, denn er ist ein brillanter Jurist — für die Tätigkeit eines Staatsorganes, vor allem eines Polizeiorganes, genügt nicht, daß sie nicht durch die allgemeinen Strafgesetze verboten ist, sondern es darf nach dem Artikel 18 unserer Bundesverfassung die gesamte staatliche Verwaltung nur aufgrund der Gesetze ausgeübt werden. Der Herr Parlamentsdirektor weiß das auch ganz genau. Er schaut hier verständnisinnig herüber. Es wäre also auch für solche Tätigkeiten der Staatspolizei eine gesetzliche Grundlage eigentlich erforderlich. Da sind wir uns einig.

Liebhart: Ja. Hier kommt wieder das hervor, was schon in den letzten Wochen seit Beginn des Ausschusses natürlich immer wieder gesagt wurde: die Frage nach einem Gesetz. Ich darf dazu von meiner Warte aus als Leiter der Abteilung I der Polizeidirektion Wien sagen: Wir sind ja gar nicht gegen ein solches Gesetz. Ich habe in den letzten Wochen alle Aussendungen dieser Art aufmerksam gelesen. Ich möchte aber grundsätzlich etwas dazu sagen: Wir haben natürlich — und das ist schon so oft hier erklärt worden — bestimmte Gesetzesmaterien oder Gesetzesunterlagen, auf die sich die Tätigkeit aufbaut. Ja. Wir

sind als Staatspolizei ein Teil der polizeilichen Tätigkeit, ein Teil der Polizei. Wir sind keine Sonderpolizei, auch nicht, wenn man uns immer wieder an den § 14 des Behördenüberleitungsgesetzes erinnert, wo es heißt, Gestapo und so weiter wird aufgelöst. Wir sind nun einmal nur ein Teil der Polizei und agieren als Polizeibeamte.

Graff: Ja.

Liebhart: Wir sind verantwortlich mit unserer Tätigkeit natürlich den vorgesetzten Dienststellen. Ich zum Beispiel dem jeweiligen Polizeipräsidenten oder bei seiner Abwesenheit dem Vizepräsidenten; und der wieder dem Innenministerium.

Graff: So ist es, Herr Hofrat! Der Herr Vorsitzende und ich haben jetzt ganz bewußt wieder Sie das sehr breit sagen lassen, und wir bitten auch Sie, uns zu glauben, daß wir in keiner Weise in diesem Ausschuß — niemand, glaube ich, in diesem Kreis — gegen Sie oder Ihre Beamten irgend etwas haben oder irgendeinen Vorwurf erheben. Im Gegenteil. Wir finden allerdings, daß Sie und Ihre Beamten hier in einer abenteuerlichen Weise mißbraucht wurden, nämlich für Zwecke, die nicht legitime staatspolizeiliche Zwecke sind. — Ich danke schön.

Liebhart: Ja. Darf ich noch einen Satz sagen, Herr Abgeordneter? Erstens einmal das Wort „mißbraucht“. Also ich fühle mich nicht mißbraucht, möchte ich einmal sagen.

Graff: Das spricht für Ihre Loyalität.

Liebhart: Und zweitens habe ich vorhin nicht gesagt, daß hier etwas gegen die Beamten gesagt wurde, sondern die Breitenwirkung, rein medial, ist dann so, daß man manches Mal über unsere Beamten kübelweise . . .

Graff: Ja, da müßten wir wahrscheinlich alle mehr aufpassen, das gebe ich Ihnen zu.

Liebhart: . . . ausschüttet und daß heute eine Verallgemeinerung eingetreten ist, die ich lieber hier nicht wiedergeben möchte, die ich aber ohne weiteres könnte, was man nämlich über die Beamten sagt. Und ich stehe auch stellvertretend für die ordentlichen Beamten, die ihren Dienst versehen. Wir verhehlen gar nicht, daß manches Mal auch bei der Polizei da und dort vielleicht Fehler passieren.

Graff: Da stimme ich Ihnen zu. Sie müssen aber schon auch zugestehen, Herr Hofrat, daß die Schuld, wenn also Mißstände dazu führen, daß ein falsches Bild entsteht, nicht primär bei denen zu suchen ist, die Mißstände aufdecken, sondern bei denen, die sie auslösen und veranlassen. — Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz: Ich hoffe, Sie haben Verständnis, daß ich mich dieser prinzipiellen Zustimmung zu einer geheimen politischen Polizei in Österreich nicht so einfach anschließe, das möchte ich nur einmal klarstellen, damit es im Protokoll steht. In der ganzen Runde des Ausschusses wurde . . . (Graff: Es hat keinerlei Zustimmung zu einer geheimen politischen Polizei gegeben!) Na na!

Ich möchte Sie aber etwas Konkretes fragen.

Obmann Steiner: Bitte, Herr Dr. Pilz, ich möchte das auch für mich sagen, weil Sie da sagen: die allgemeine Zustimmung zu einer geheimen politischen Polizei. Ich meine, das sind Unterstellungen gegenüber dem gesamten Ausschuß! Dafür gibt es keinen Beleg, bitte! Bitte, bleiben wir doch bei der Sache, ich meine, so einfach gehen die Darstellungen nicht! Bitte, setzen Sie Ihre Befragung fort, aber bitte nicht mit solchen Untergriffen, das ist nicht gut.

Pilz: Da bin ich ja heilfroh, wenn es da noch mehr Mistreiter gegen geheime politische Polizei und so weiter in diesem Land gibt. Das ist ja wunderbar! (Graff: Ich will auch nicht Ihr Mistreiter sein! Lassen Sie mich in Ruhe! Sagen Sie Ihre Meinung! — Heiterkeit.) Bitte schön, dann reden Sie nicht grundsätzlich zur Staatspolizei im Namen dieses ganzen hier versammelten Kreises. (Graff: Ich nehme Sie aus! Künftig auf alle Fälle!) Wunderbar. Damit sind wir bei dem Punkt.

Jetzt eine ganz konkrete Frage: Sagen Sie, über welche besonderen Fertigkeiten verfügen die Staatspolizisten, die diese ganzen Versammlungen da besuchen? Haben die irgendeine spezielle Ausbildung?

Liebhart: Die Möglichkeit, überhaupt zur Abteilung I zu kommen, sind genau geregelt. Das heißt, jeder, der Kriminalbeamter werden will, muß den Dienst als Sicherheitswachebeamter beginnen, muß einige Jahre im Sicherheitswachdienst seinen Dienst versehen, und bei einer entsprechenden sehr guten Dienstbeschreibung kann er sich bewerben um den Überleitungskurs in den Kriminaldienst. Diesen Kurs — Verzeihung, ich möchte das nur zu Ende erklären —, diesen Kurs muß er ebenfalls wieder positiv absolvieren, und hernach kommt die Zuteilung zu den einzelnen Dienststellen. Es ist möglich, daß jetzt vom Kurs direkt weg jemand zu uns kommt, also zur Abteilung I, im speziellen Fall vielleicht zum Staatspolizeilichen Büro, das Sie meinen, oder daß die Beamten zu den einzelnen Kommissariaten kommen. Das weitere ist: Wenn jemand vom Kommissariat kommt oder zu uns kommen möchte, müßte er das im Dienstwege mitteilen, also ansuchen. Und hier ist dann jedesmal wieder die Frage, ob für den von einem Kommissariat wegkommenden Beamten ein entsprechender Ersatz gestellt werden kann.

Die Ausbildung ist also eine allgemeine. Es gibt dann bei uns die sogenannten Rapporte, jede Woche eine entsprechende Dienstbesprechung, bei der die weiteren oder herauskommenden Gesetze, Verordnungen und so weiter erläutert werden.

Pilz: Welche technischen Fertigkeiten und Kenntnisse muß man vorweisen können?

Liebhart: Also zum Beispiel zunächst einmal Führerscheinbesitzer sein, das eine, Maschinschreibkurse müssen sie absolvieren.

Pilz: Man muß sehr gut maschinschreiben können?

Liebhart: Na, sicherlich, natürlich.

Pilz: Also ausgezeichnet maschinschreiben können.

Liebhart: Ob man ausgezeichnet schreibt oder nicht, ich kann das schwer beurteilen, jedenfalls ist das ein Erfordernis.

Pilz: Welche sonstigen Erfordernisse gibt es noch, ganz konkret?

Liebhart: Ja, zum Beispiel Stenographie.

Pilz: Wie gut muß man das können?

Liebhart: Ich kann nicht sagen, wieviel Silben. Das liegt beim einzelnen dann . . .

Pilz: Muß man im konkreten Fall ein ausgezeichnete Stenograph sein?

Liebhart: Nein.

Pilz: So ähnlich wie Parlamentsstenograph?

Liebhart: Nein, sicherlich nicht.

Pilz: Wird das geprüft?

Liebhart: Ich kann das nicht sagen. Möglicherweise, aber ich weiß es nicht. Ich bin nicht Vortragender in den Schulen, also in der Kriminalbeamtenschule.

Pilz: Ich würde relativ viel Zeit von meiner Fragezeit verbrauchen, wenn ich Ihnen einzelne zusammenhängende wörtliche Zitate aus staatspolizeilichen Protokollen über diese Pretterebner-Veranstaltungen vorlese. Das sind wahrscheinlich so fünf- bis zehnminütige Zitate, die umfassen zwei, drei Maschinschreibseiten. Also entweder sind diese Beamten ganz ausgezeichnete Stenographen, denn ich kenne den Herrn Pretterebner und weiß, wie schnell er spricht, er ist ein ausgesprochen schneller Redner, oder das ist irgendwie anders zustande gekommen.

Wie können Sie sich erklären, daß in allen längeren Protokollen, die über Pretterebner vorliegen, sowohl in Wien als auch in Salzburg zwei, drei Seiten lange ununterbrochene wörtliche Zitate aus der freien Rede Pretterebners wiedergegeben werden?

Liebhart: Ja, ich habe vorhin schon gesagt, mir ist nicht bekannt, ob solche Geräte verwendet werden, möglicherweise werden sie verwendet.

Pilz: Sie haben es ausgeschlossen.

Liebhart: Nein, ich habe gesagt, mir ist nichts bekannt, Herr Dr. Pilz.

Pilz: Wir werden uns das im Protokoll ausheben lassen. (Rufe: Er hat es schon so gesagt!) Hat er es nicht ausgeschlossen? Gut, vielleicht irre ich mich.

Ich glaube auch, das war auf die Frage von Frau Dr. Partik-Pablé, soweit ich mich erinnere, aber das können wir wirklich überprüfen, was . . . (Helene Partik-Pablé: Ich habe Sie gefragt, haben Sie Tonbänder verwendet oder Tonträger oder so ähnlich? Da haben Sie gesagt: „Nein“, soviel ich mich erinnern kann!) Soweit ich mich erinnere, war die Frage: In Kärnten werden sie verwendet, werden sie in Wien auch verwendet? Und Sie haben gesagt: Nein.

Liebhart: Ich habe das heute in den Mittag Nachrichten gehört, diese Sache.

Pilz: Wir können . . . Ist ja wirklich kein Problem, das läßt sich nachher im Protokoll ausheben. Jedenfalls jetzt sagen Sie, es ist durchaus möglich.

Liebhart: Mir ist das nicht bekannt, das habe ich auch dem Herrn Dr. Graff vorhin gesagt.

Pilz: Es ist also durchaus möglich, daß da Aufnahmegeräte verwendet werden?

Liebhart: Die Möglichkeit besteht.

Pilz: Sagen Sie, was passiert dann eigentlich genau mit diesen staatspolizeilichen Aufzeichnungen? Da kommt dann der Staatspolizist zurück ins Büro, was passiert dann damit?

Liebhart: Ich habe das schon vorhin erklärt. Wenn der Bericht fertig ist, legt er diesen Bericht im Wege seines leitenden Beamten vor, der gibt diesen Bericht entweder dem Referenten oder dem Vorstand des staatspolizeilichen Büros. Das habe ich schon vorhin . . .

Pilz: Dann kommt das Ganze zu einem Akt.

Liebhart: Entweder zu einem Akt, der schon besteht, oder es wird unter Umständen ein neuer Akt angelegt.

Pilz: Oder es wird ein neuer Akt. Das sind Personalakten, oder?

Liebhart: Nein, es sind Akten . . . Natürlich, wenn jetzt zum Beispiel steht: Guggenbichler, und es besteht schon ein Guggenbichler-Akt, dann kommt ein solcher Bericht — das meinen Sie ja jetzt hier — zum Akt Guggenbichler. Ganz klar.

Pilz: Sagen Sie, ist es etwas Außergewöhnliches, daß über eine Person wie Guggenbichler oder Pretterebner ein persönlicher Akt angelegt wird?

Liebhart: In der konkreten Situation nichts Außergewöhnliches im Zusammenhang mit den Veröffentlichungen zum Beispiel.

Pilz: In Ihrem Wirkungsbereich: Wie viele solcher Akten, persönlicher Akten im staatspolizeilichen Bereich gibt es?

Liebhart: Wie meinen Sie die Frage jetzt, Herr Dr. Pilz?

Pilz: So, wie ich es gesagt habe. Wie viele personenbezogene Akten, wo drauf steht der Name einer Person und dann wird ein Akt angelegt . . .

Liebhart: Sie meinen allgemein?

Pilz: Im staatspolizeilichen Bereich in Wien.

Liebhart: Erstens bin ich in diesem Punkt nicht von der Amtsverschwiegenheit entbunden, zweitens darf ich Ihnen . . .

Pilz: Sie sind doch . . .

Liebhart: Ja, in der Sache Lucona . . .

Pilz: Es ist aber eindeutig: Bis auf auswärtige und so weiter sind Sie von der Amtsverschwiegenheit entbunden. Ich möchte von Ihnen da schon eine Antwort haben.

Liebhart: Ja, können Sie. Ich möchte folgendes sagen: Es gibt über die Veranstaltungen des Herrn Pretterebner insgesamt drei Berichte bei uns und einen über den Herrn Guggenbichler. Und die Zahl der sogenannten Akten über Personen kann ich Ihnen gar nicht sagen, das müßte ich erst zählen lassen. Das ist auch ein Ding der Unmöglichkeit. Ich könnte es nicht.

Pilz: Warum ist das ein Ding der Unmöglichkeit? Sind es zuviel, oder?

Liebhart: Weil ich hier dann informiert sein müßte über die gesamten Aktenzahlen der einzelnen Jahre, das ist auch unmöglich festzustellen.

Pilz: Ich möchte einfach ein Gefühl dafür kriegen, ist das etwas Normales, ist das etwas Außerge-

wöhnliches, findet das ständig statt, damit ich ein Gefühl dafür kriege, wie . . .

Liebhart: Das ist etwas ganz Normales. Es werden solche Akten angelegt bei entsprechenden Vorfällen.

Pilz: Und wie viele sind es ungefähr?

Liebhart: Herr Doktor, ich kann eine Zahl nicht nennen, ich meine, Sie dürfen nicht glauben, ich weiß es, ich möchte es . . . (Elmecker: Der möchte wissen, ob über ihn ein Akt da ist!)

Pilz: Da brauche ich nicht zu fragen. (Helene Partik-Pablé: Legen Sie einen Akt über Pilz an?) Das ist Ihre Frage dann.

Liebhart: Herr Doktor Pilz, Sie stellen Fragen, die ich beim besten Willen nicht beantworten kann. Ich müßte Ihnen eine Zahl nennen in das Blaue gesprochen, das tue ich nicht. Ich bin an die Wahrheit hier gebunden.

Pilz: Sind es einige wenige, sind es mehr als tausend, oder wie ist das?

Liebhart: Das ändert nichts an der Tatsache, wenn ich Ihnen sage, es sind jedenfalls nicht wenige.

Pilz: Es sind sehr viele.

Liebhart: Ja sicher. Es sind nicht sehr viele, viele.

Pilz: Was ist das ungefähr — ein paar Hundert, ein paar Tausend?

Liebhart: Das nützt nichts, ich kann Ihnen die Zahl nicht sagen, Sie werden auch keine Zahl von mir erhalten, denn jede Zahl, die ich nenne, wäre ja falsch, Herr Dr. Pilz!

Pilz: Sie können aber sagen, es sind eher ein paar Hundert oder eher ein paar Tausend. Ich möchte einfach wissen, ob das ein außergewöhnlicher Vorgang ist, oder ob das etwas ganz Normales ist, was da mit Pretterebner und Guggenbichler passiert.

Liebhart: Die Akten, die bei uns angelegt werden, umfassen verschiedene Sachgebiete. Es geht nicht nur um Pressekonferenzen, ja?

Pilz: Das ist mir vollkommen klar, das vermute ich inzwischen auch.

Liebhart: Nein, ich möchte das nur erklären, damit es auch hier klar ist.

Pilz: Das verstehe ich auch, das habe ich Sie auch nicht gefragt. Ich habe Sie gefragt: Sind das eher ein paar Hundert oder sind das eher ein paar

Tausend? Ich traue Ihnen zu, daß Sie zumindest soweit über Ihr Büro informiert sind.

Liebhart: Nein, also diese Bemerkung ist nicht erforderlich. Wenn Sie die Frage stellen nach der Zahl, muß ich Ihnen sagen, einige Tausend sind das.

Pilz: Einige Tausend personenbezogene staatspolizeiliche Akten in Wien.

Liebhart: Ja.

Pilz: Danke. — Sagen Sie, wie hätten Proksch oder Daimler oder Pretterebner oder Guggenbichler die Möglichkeit gehabt, die Richtigkeit dieser Eintragungen zu überprüfen? Da muß man sich ja vorstellen, das geht an den Minister weiter, geht an alle möglichen Behördenleiter weiter, und da stehen Sachen drinnen, die ja für die betroffene Person relevant sind. Welche Möglichkeit hätten da Guggenbichler oder Pretterebner gehabt beziehungsweise haben sie, um die Richtigkeit dieser ganzen Eintragungen und so weiter zu überprüfen?

Liebhart: Sie wissen, daß es in verschiedenen Verfahren, wenn Verfahren anhängig sind, Einsichtsmöglichkeiten gibt nach den einschlägigen Gesetzen. Das ist das eine. Das zweite: Seit dem 1. Jänner des Vorjahres gibt es die Gültigkeit des Behördenauskunftspflichtgesetzes. Also hier wäre eine Möglichkeit.

Pilz: Ja, und Sie wissen auch genau, wie es ist und warum es nicht funktioniert?

Liebhart: Ja sicherlich, aber die Frage haben Sie so gestellt.

Pilz: Sagen Sie, wer kann jetzt von Ihnen eigentlich solche staatspolizeilichen Akten mit Aussicht auf Erfolg anfordern?

Liebhart: Wie meinen Sie das?

Pilz: Solche personenbezogenen Akten wie Pretterebner oder Guggenbichler? Wer kann das? Welche Stellen sind dazu befugt?

Liebhart: Zunächst einmal die vorgesetzte Dienststelle, das Innenministerium. Theoretisch könnte jede andere Polizeidienststelle, wenn sie möchte, einen solchen Akt haben.

Pilz: Auch andere Ministerien?

Liebhart: Andere Ministerien im Wege des Innenministeriums.

Pilz: Im Wege des Innenministeriums. Das geht also nicht direkt über das Staatspolizeiliche Büro?

Liebhart: Nein. Wenn bestimmte Begründungen da sind . . . Es kommt immer auf den Fall an.

Wir können selbstverständlich auch direkt etwas beantworten. Aber eine Aktenübermittlung an andere Ministerien ist mir in diesem Sinn nicht bekannt.

Pilz: Das geht dann über wen im Innenministerium?

Liebhart: Über die Gruppe C, wenn es überhaupt geschieht.

Pilz: Sie wissen also nichts über diese Fälle, die jetzt im Zusammenhang mit der Tätigkeit Ihrer braven Beamten in der letzten Zeit in der Öffentlichkeit zitiert und besprochen worden sind? Sie wissen also nicht, ob staatspolizeiliche Akten zum Beispiel zur Beurteilung von Anstellungen in Ministerien, möglicherweise auch in öffentlich-rechtlichen Anstalten herbeigezogen werden?

Liebhart: Bitte eine Frage an den Herrn Vorsitzenden: Das betrifft offensichtlich ein Sachgebiet, das nicht zu diesen Sachen gehört.

Obmann Steiner: Ja, ich habe mir das noch einmal durchgelesen. Es steht hier: Sie sind also entbunden: „... hinsichtlich der Ihnen in Ausübung Ihres Dienstes oder mit Beziehung auf Ihre amtliche Stellung in dieser Causa bekanntgewordenen Tatsachen mit der Maßnahme entbunden“ und so weiter. Ich lese es noch einmal vor — (Schieder: Das ist eine Beschränkung auf die Causa!) —: „... hinsichtlich der Ihnen in Ausübung Ihres Dienstes oder mit Beziehung auf Ihre amtliche Stellung in dieser Causa bekanntgewordenen ...“ (Helene Partik Pablé: Im Ausschuß?) Oben steht: Untersuchungsausschuß. Ich lese das noch einmal ganz vor: „Der Zweite Präsident des Nationalrates hat Sie aufgrund eines Beschlusses des Untersuchungsausschusses im Zusammenhang mit der Causa Lucona für den 17. Februar um 13 Uhr als Zeuge vor diesen Untersuchungsausschuß geladen ...“ Und so weiter. Und dann heißt es eben: „... hinsichtlich der Ihnen in Ausübung Ihres Dienstes oder mit Beziehung auf Ihre amtliche Stellung in dieser Causa ...“

Zur Geschäftsordnung, bitte.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Da ich davon ausgehe, daß derjenige, der die Entbindung von der Amtsverschwiegenheit zu entscheiden hat, von dem Ladungsinhalt ausgegangen ist — und der Ladungsinhalt bezog sich auf die Causa Lucona —, läßt sich seine Entscheidung nur im Zusammenhang mit dem Gegenstand der Ladung beurteilen. Wenn der Gegenstand des Untersuchungsausschusses allgemein Tätigkeit der Staatspolizei gewesen wäre, dann wäre es zweifellos anders zu beurteilen, als wenn man hier einen konkreten Gegenstand hat und dann jetzt ins Allgemeine kommt, so sehr das interessant ist. Aber ich bitte darum, daß wir diesen Aspekt berücksichtigen.

Obmann Steiner: Die Ladung erfolgte unter dem Hinweis: „Staatspolizeiliche Erhebungen der Polizeidirektion Wien betreffend Causa Proksch.“ Bitte, Herr Dr. Pilz, formulieren Sie noch einmal Ihre Frage!

Pilz: Meine Frage lautet, ob zur Überprüfung dessen, ob jemand in den Bundesdienst kommen soll oder im Zusammenhang mit Bundesstellen oder in öffentlich-rechtlichen Anstalten arbeiten soll, staatspolizeiliche Akten an andere Behörden, sonstige Stellen übermittelt werden. Ich weise darauf hin, daß es zum Beispiel bei Guggenbichler um die Zusammenarbeit mit Bundesstellen geht. (Graff: Dann soll er den Guggenbichler fragen!)

Ich stelle diese Frage ganz bewußt allgemeiner, weil es mir immer darum geht, ob es sich hier um Einzelfälle handelt oder ob das allgemeine Übung im staatspolizeilichen Bereich ist. Ich möchte einfach wissen: Werden in diesem Bereich die Regeln der Staatspolizei gebrochen, um speziell Guggenbichler und Pretterebner zu verfolgen, oder gibt es hier gar keine Regeln, oder ist möglicherweise das, was bei Guggenbichler und Pretterebner getan wird, im öffentlichen und im privaten Bereich und dort, wo Öffentliche mit Privaten zu tun haben, die Regel?

Obmann Steiner: Jetzt ist Ihre Frage aber eine andere.

Pilz: Ich habe es jetzt auf ihren Hinweis hin begründet und versucht, den Zusammenhang herzustellen.

Obmann Steiner: Herr Zeuge, jetzt versuchen Sie, diese zu beantworten.

Liebhart: Erstens einmal möchte ich sagen, daß niemand den Herrn Pretterebner verfolgt und auch niemand den Herrn Guggenbichler.

Pilz: Das war sicher nicht meine Frage.

Liebhart: Nein. Sie haben das so gebracht. Und so habe ich es auch verstanden. Das ist das erste. Das zweite: Über Herrn Pretterebner ist mir nicht bekannt, daß sich jemals jemand bei uns erkundigt hätte. Es sind von uns Berichte über seine Veranstaltungen vorgelegt worden, das stimmt; auch über Herrn Guggenbichler, das habe ich ja vorhin schon gesagt.

Pilz: Das war eigentlich nicht meine Frage. Meine Frage war: Wozu werden in der Regel staatspolizeiliche Akten ... Ich habe es jetzt wirklich ausführlich begründet, warum und in welchem Zusammenhang mit Pretterebner und Guggenbichler ich diese Frage stelle. Ich glaube, es ist nicht notwendig, das noch einmal zu begründen.

Liebhart: Das Wort „in der Regel“ stört mich dabei, Herr Dr. Pilz.

Pilz: Wir können auch die Frage in Teile zerlegen und Stück für Stück das machen. Ist es üblich, daß für die Zwecke von Beamten oder der Beurteilung von Arbeitsverhältnissen oder Dienstverhältnissen oder Werkverträgen oder irgend etwas zwischen öffentlichen Körperschaften und Privaten beziehungsweise auch für Zwecke der Anstellung in öffentlich-rechtlichen Anstalten staatspolizeiliche Akten übermittelt werden, auch außerhalb des Wirkungsbereiches des Bundesministeriums für Inneres? Ja oder nein?

Liebhart: Das läßt sich nicht mit Ja und Nein beantworten. Bezieht sich das auf Pretterebner oder Guggenbichler?

Pilz: Das ist jetzt eine Frage, die in der Beantwortung klarstellen soll, welche Regeln es in diesem Bereich gibt, damit nachher durch konkrete Fragen auf Pretterebner und Guggenbichler klar gestellt werden kann, ob das der Regel entspricht, was hier vorgefallen ist, oder ob das Ausnahmen sind.

Rieder: Stellen Sie zuerst die konkrete Frage!

Pilz: Na entschuldigen Sie, Herr Dr. Rieder, den Frageaufbau, bitte schön, zumindest jetzt noch mir zu überlassen, ja? (Graff: Wenn er zuerst die konkrete Frage stellt, sieht man den Zusammenhang!)

Obmann Steiner: Herr Dr. Rieder, zur Geschäftsordnung.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Mich würde das auch interessieren, aber es ist nicht der unmittelbare Untersuchungsgegenstand. Ich mache darauf aufmerksam, daß die Beurteilung der Amisentbindung oder Entbindung von der Amisverschwiegenheit im Zusammenhang mit dem Untersuchungsgegenstand zu sehen ist. Jetzt schlage ich dem Kollegen Dr. Pilz vor, die Fragestellung umgekehrt aufzuziehen, sodaß man sieht, ob seine allgemeine Fragestellung notwendigerweise beantwortet werden muß.

Obmann Steiner: Frau Dr. Partik-Pablé, zur Geschäftsordnung.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Ich glaube, das ist schon ein sehr wichtiges Thema, und wenn wir hier schon den Leiter der Staatspolizei haben, dann, glaube ich, sollte man vor diesem heiklen Thema nicht halmachen. Ich kenne aber die Bestimmungen auch bezüglich der Amisverschwiegenheit. Ich würde bitten, daß man jetzt den Chef des Herrn Dr. Liebhart zu erreichen versucht, um ihn zu ersuchen, er möge ihn auch hinsichtlich dieses Themas von der Verschwiegen-

heitspflicht entbinden. (Graff: Entweder es ist Lucona, dann ist er entbunden, oder es ist nicht Lucona, dann geht es uns nichts an!) Wenn dies nicht möglich ist, dann einen weiteren Termin.

Obmann Steiner: Moment. Sind Sie fertig jetzt, Frau Doktor? — Bitte.

Helene Partik-Pablé: Das ist mein Antrag, den Dienstvorgesetzten zu erreichen.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung Dr. Pilz und dann Abgeordneter Schieder.

Pilz (zur Geschäftsordnung): Zur Geschäftsbehandlung. Ich ersuche wirklich darum, daß, wenn nach einer Geschäftsordnungsdebatte der Herr Vorsitzende eine Frage zuläßt, dann während der Frage; die vorher genau, fast wortgleich begründet worden ist, nicht versucht wird, das noch einmal und noch einmal so lange zu unterbrechen, bis man mit der Geschäftsbehandlung irgendwann das Ganze irgendwie abgedreht hat. Ich verweise darauf, daß vom Herrn Vorsitzenden nach einer Geschäftsordnungsdiskussion da eine Entscheidung gefällt worden ist, und ersuche Sie, Herr Dr. Rieder, zu begründen, warum jetzt diese Entscheidung des Herrn Vorsitzenden wieder aufgehoben werden soll.

Obmann Steiner: Ich habe eine Meldung zur Geschäftsordnung vom Abgeordneten Schieder und dann von Dr. Rieder. — Bitte.

Schieder (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Ich glaube, es ist unzulässig, eine Ausweitung dieser Entbindung zu verlangen, weil das denkunmöglich ist für diesen Ausschuß, so wie es der Kollege Graff schon im Zwischenruf gesagt hat. Entweder wir finden, es gehört zu unserem Thema, dann dürfen wir es da behandeln, dann bedarf es keiner weiteren Entbindung, oder wir glauben, es überschreitet den Ausschuß, dann bedarf es zwar einer weiteren Entbindung, aber dann dürfen wir es da nicht fragen. Daher, glaube ich, ist das geschäftsordnungsmäßig nicht abzustimmen, weil es dem Wesen und dem Auftrag unseres Ausschusses entgegensteht. Was zu prüfen wäre, ist: Ist eine Frage zulässig? — Wenn sie vom Vorsitzenden für zulässig erklärt worden ist, ist sie zulässig. Wenn eine Entscheidung hier gefällt wird, ist sie zulässig. Wenn ein Vorschlag, sie für zulässig zu erklären, angefochten wird, muß darüber entschieden werden. Wenn entschieden ist, daß sie zulässig ist, dann gehört sie zum Thema, und wenn sie zum Thema gehört, dann ist sie auch durch die Entbindung gedeckt.

Obmann Steiner: Herr Dr. Rieder.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Herr Kollege Pilz! Ich habe ohnehin eine sehr freundschaftliche

Vorgangsweise vorgeschlagen, denn entschieden wurde in dem Sinne ja nichts. Sie haben aufgrund der Einwendungen gesagt, Sie werden es andersherum angehen. In dem Sinn hat der Vorsitzende Ihnen das Wort erteilt. Statt es wieder — wie Sie angekündigt haben — andersherum anzugehen, nämlich vom Konkreten auf die Notwendigkeit der allgemeinen Fragestellung zu schließen, haben Sie wieder mit der allgemeinen Fragestellung wie zuvor angefangen. Das heißt, Sie haben das, worüber wir zuerst der Meinung waren, Sie werden das jetzt ändern, nicht geändert. Und daher war die Einwendung wieder notwendig.

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff, bitte. Zur Geschäftsordnung.

Graff (zur Geschäftsordnung): Ja, ich glaube auch. Ich glaube, daß es an sich legitim ist, in die Richtung zu gehen, in die der Dr. Pilz geht, und daß uns das sicher auch etwas sagt auch für künftige legislative Maßnahmen, die wir ergreifen wollen. Aber ich glaube, daß es richtig ist, sei es mit einer konkreten Frage nach irgend etwas, was mit dem Pretterebner oder dem Guggenbichler geschehen ist, sei es mit einem konkreten Vorhalt nach irgend etwas, was wir über den Pretterebner oder den Guggenbichler gehört haben, daran dann anzuknüpfen und zu sagen: So, und wie ist das in anderen Fällen? Das würde ich für legitim halten. — Danke.

Obmann Steiner: Danke.

Ich möchte nur sagen, daß die Formulierung in der Enthebung von der Amtsverschwiegenheit mir nicht ganz klar erscheint, die würde also zu interpretieren sein. Ich würde daher folgendes vorschlagen: Herr Abgeordneter Pilz, Sie stellen die Frage jetzt zum konkreten Fall. Sollte sich darüber hinaus die grundsätzliche Frage ergeben, werden wir neuerlich die Frage der Amtsverschwiegenheit klären mit der Behörde dort. Damit das alles klar ist: Wenn die Frage heute nicht geht, dann geht sie dann, nachdem wir das klargestellt haben. Ich bitte, in dieser Form vorzugehen, wenn Sie konkret diese Frage im konkreten Fall stellen möchten.

Pilz: Ich möchte trotzdem eine Feststellung dazu machen. Um eine Regelverletzung oder eine neuartige Regel überhaupt feststellen zu können — und um das geht es mir in diesem Bereich —, ist es einmal notwendig, diese Regel überhaupt zu kennen. Deswegen ist es für mich unbedingt notwendig, mit der grundsätzlichen Frage zu beginnen. Ich sage Ihnen auch, was passiert, welche Gefahr besteht, wenn ich es umgekehrt mache. Ich mache das ja nicht, um Sie zu ärgern.

Obmann Steiner: Herr Dr. Pilz, darf ich Sie kurz unterbrechen. Ich bin durchaus der Meinung, daß das grundsätzlich geregelt gehört. Wir haben hier nur wirklich auch die vorliegende Sache mit

der Amtsverschwiegenheit, und ich möchte hier wirklich korrekt vorgehen und, da diese Formulierung tatsächlich etwas zweifelhaft ist, mir vorher das genau noch einmal klarstellen lassen von der vorgesetzten Behörde. Im Grundsätzlichen bin ich ebenso der Meinung, daß wir das natürlich für eine zukünftige gesetzliche Regelung zweifellos brauchen. Darüber soll es unter uns keine Diskussion geben. Aber in diesem vorliegenden Fall beziehe ich mich in meiner Stellung auf diese Art der Formulierung in diesem Dokument. — Bitte, Herr Dr. Pilz.

Pilz: Ich bin bereit, auch eine Brücke zu bauen. Ich mache einfach eine konkrete Feststellung in bezug auf einen dieser Fälle. Staatspolizeiliche Erkenntnisse, konkret zur Person des Herrn Guggenbichler, sind nicht nur in anderen Dienststellen, sondern auch bei Pressekonferenzen von Rechtsanwälten des Herrn Proksch in einer Art und Weise verwendet worden, die unter anderem möglicherweise auf eine berufliche Schädigung des Herrn Guggenbichler abzielte. Das ist ein ganz konkreter Fall, wie staatspolizeiliches Material verwendet wurde. Für mich geht es jetzt darum, festzustellen, ob so etwas in anderen Bereichen auch passiert, ob es diese bewußte meiner Meinung nach Fehlverwendung, mißbräuchliche Verwendung — das ist meine subjektive Interpretation — von staatspolizeilichem Material auch sonst gibt oder ob das ein absoluter Einzelfall ist.

Deswegen jetzt meine grundsätzliche Frage an Sie: Ich habe diesen Fall jetzt einmal festgestellt, als Einleitung praktisch, um das konkret zu begründen, möchte jetzt in diesem Zusammenhang die allgemeine Frage stellen und dann versuchen, in Fragen Schlußfolgerungen auf den konkreten Fall, den ich jetzt genannt habe, zurückzuziehen.

Herr Hofrat! Ist Ihnen bekannt, daß staatspolizeiliche Akten und staatspolizeiliche Wahrnehmungen verwendet werden zur Beurteilung von Personen, sei es für Funktionen im Bundesdienst, in öffentlich-rechtlichen Anstalten oder im Verhältnis von öffentlichen Institutionen und privaten? (Zwischenruf.) Nein, ich möchte auch öffentlichen Institutionen und privaten . . .

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung. Das ist genau wieder . . . — Bitte.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Wir wissen alle, daß das ein interessantes Thema ist. Aber noch einmal, bitte, Rücksicht zu nehmen, wieweit die — er könnte jetzt sagen, ich bin nicht entbunden, aber es ist nur . . . Noch einmal, Herr Dr. Pilz: Sie haben ein Beispiel genommen, wo Sie von einer Behauptung ausgehend einen Sachverhalt schildern, wo es offensichtlich um eine illegale Verwendung gegangen ist, oder waren Sie der Meinung, daß das eine legale Verwendung war? — Die Frage, ob jetzt zu welchen gesetzlich vorgesehenen Zwecken Infor-

mationsmaterial unter Berücksichtigung des Datenschutzes und und und verwendet werden kann, ist doch eine ganz andere Frage als die Frage, ob in einem bestimmten Fall, angeblich oder richtig, Material der Staatspolizei jetzt privat verwendet wurde. Und daher haben die beiden Behauptungen miteinander unmittelbar jetzt einmal nichts zu tun. Sie müßten einen Zusammenhang herstellen zwischen der legalen Verwendung, also wenn Guggenbichler in einem öffentlichen Dienstverhältnis ansuchen würde und in dem Zusammenhang sein Material verwendet wird, dann ist es logisch, aber ich sehe jetzt da wirklich keinen Konnex.

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung. Herr Dr. Ermacora, bitte.

Ermacora (zur Geschäftsordnung): Ich möchte doch hervorheben, daß ich diese Fragestellung des Herrn Dr. Pilz deshalb für unzulässig halte, weil sie in einer so allgemeinen Form keinen Größenschluß auf die konkrete, uns gestellte Aufgabe zuläßt. Ich glaube, Herr Dr. Pilz kann nur konkret und nicht allgemein fragen, denn das, was ihn allgemein interessiert, könnte vielleicht den Gesetzgeber bei der Gestaltung eines Polizeibefugnisgesetzes interessieren, aber nicht den Lucona-Ausschuß.

Obmann Steiner: Herr Dr. Pilz! Der erste Teil Ihrer Frage war eigentlich klar. Sie haben gefragt, ob in diesem Fall diese Information an verschiedene Leute in diesem Zusammenhang legal war oder nicht. Das war also vollkommen klar.

Bitte, Herr Dr. Pilz.

Pilz: Es war keine Frage, sondern eine einleitende Feststellung, mit der ich eine Frage begründen wollte. Mir geht es darum, und das möchte ich noch einmal klarstellen: Ich möchte einfach Feld für Feld überprüfen, ob ein Fall, bei dem ich vermute, daß es sich um einen Mißbrauch staatspolizeilicher Ergebnisse handelt, ein Einzelfall ist oder ob das zur Regel gehört. (Sieder: Das setzt voraus, daß das beim Guggenbichler überhaupt geschehen ist!) Entschuldigen Sie, bitte schön, ich habe klar und deutlich gesagt, daß das meine subjektive Einschätzung ist und ich eine Vermutung von mir überprüfen will. Hören wir einander gegenseitig ganz genau zu! Ich ersuche auch, die Bereitschaft zur Zulassung dieser Fragestellung im Lichte der großen allgemeinen Ankündigungen zur Offenheit und zu Klärungen in diesem Bereich zu sehen.

Ich bin nicht bereit, wirklich diese Frage noch zehnmal auf die gleiche Art zu begründen. Ich habe bereits jetzt einige Male begründet, daß es darum geht, zu klären: Ist dieser Fall Guggenbichler im Verhältnis zur Staatspolizei ein Einzelfall, oder ist das die Regel im staatspolizeilichen Bereich? Das soll hier geklärt werden. Wenn irgend-

wer hier in diesem Raum kein Interesse daran hat, zu klären, was der Regelfall im staatspolizeilichen Bereich ist (Rieder: Es ist nicht Frage des Interesses, sondern der Zulässigkeit!), wenn Sie nicht zulassen wollen, zu klären, ob das, was Guggenbichler von seiten der Staatspolizei geschehen ist, ein Einzelfall ist oder ein Paradefall für staatspolizeiliche Tätigkeit, dann wollen Sie da die grundsätzliche Aufklärung dieses Falles nicht zulassen. Das stelle ich einmal politisch ganz klar fest.

Obmann Steiner: Ich werde zu dieser Aussage jetzt noch Stellung nehmen. Es hat sich zur Geschäftsordnung gemeldet Dr. Gaigg.

Gaigg (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Es kann nicht Gegenstand einer Zeugenbefragung sein, allgemeine, theoretische Überlegungen zu einem Gegenstand, der sicher interessant ist, anzustellen. Der Zeuge wäre meines Erachtens in dieser Richtung auch überfordert, und eine Fragestellung dieser Art ist im Gesetz, bitte, nicht gedeckt.

Obmann Steiner: Bitte, Herr Dr. Pilz, ich möchte folgendes noch einmal sagen, damit es da auch nicht die Nuance einer Unterstellung gibt: Ich bin der Meinung, daß diese Frage, so wie Sie sie zum Schluß gestellt haben, hier nicht möglich ist, und zwar an diesen Zeugen, weil seine Entbindung von der Amtsverschwiegenheit nicht so klar ist, daß ich diese Frage eindeutig beantworten kann. Nicht, weil wir grundsätzlich das nicht wollen, sondern in diesem Fall, mit diesem Zeugen, aufgrund dieser Formulierung der Enthebung von der Amtsverschwiegenheit. Das ist hier meine Entscheidung bitte. — Herr Dr. Pilz, bitte.

Pilz (zur Geschäftsordnung): Nachdem jetzt eine zweite Entscheidung, wo ich feststellen muß, daß sie sich von der ersten unterscheidet, vorliegt, an die ich mich selbstverständlich zu halten habe, weil Sie das Entscheidungsrecht haben, möchte ich folgendes beantragen, nämlich daß sofort versucht wird, diese Entbindung von der Amtsverschwiegenheit auf der Stelle zu erweitern. (Helene Partik-Pablé: Ist schon beantragt! Es ist schon mein Antrag da, der ist aufrecht!)

Obmann Steiner: Dr. Ermacora war zuerst noch. Bitte.

Ermacora (zur Geschäftsordnung): Ich muß ehrlich sagen, daß ich die Entscheidung des Herrn Vorsitzenden oder die Interpretation des Herrn Vorsitzenden schon deshalb nicht teilen kann, weil uns der Herr Mitstreiter Dr. Pilz die Folge dieser Entscheidung jetzt gerade geliefert hat. Denn die Frage ist nicht auf die Amtsverschwiegenheit abzustellen, sondern die Frage ist darauf abzustellen, was dieser Zeuge in bezug auf die Lucona-Frage zu sagen hat, und wir sind nicht hier, allgemeines

Polizeiverhalten hier zu untersuchen. Natürlich werden wir Konsequenzen ziehen. Ich würde von heute vormittag her sagen: Da nirgends eine Weisung über die Überwachung und so weiter besteht, muß ich schon sagen, daß das eine merkwürdige Polizeimentalität ist, wenn geradezu, wie mir heute zugesagt wurde, telepathisch in allen Sicherheitsdirektionen die Aktion des Pretterebner und des Guggenbichler überprüft wird. Aber das ist eine Schlußfolgerung, die ich aus dem Verhalten ziehe, aber ich glaube nicht, daß wir aufgerufen sind, im allgemeinen diese Frage hier zu prüfen. Ich teile also weder die Meinung des Herrn Vorsitzenden noch die Fragestellung des Herrn Dr. Pilz, sondern meine, daß der Herr Dr. Pilz die Frage konkret an den Herrn Zeugen zu stellen hat, soweit sie sich auf die Lucona-Affäre bezieht.

Obmann Steiner: Dr. Rieder, zur Geschäftsordnung.

Rieder (zur Geschäftsordnung): Herr Vorsitzender! Sollte die von Professor Ermacora beispielsweise vorgeschlagene Vorgangsweise für den Dr. Pilz nicht akzeptabel sein, dann beantrage ich die Unterbrechung der Sitzung, um eine wirkliche Entscheidung herbeizuführen.

Obmann Steiner: Es hat sich noch zur Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Elmecker gemeldet.

Elmecker (zur Geschäftsordnung): Ich möchte nur noch eine ergänzende Bemerkung zu der Wortmeldung des Herrn Professor Ermacora sagen. Ich glaube auch, daß die Frage, die der Herr Kollege Pilz so konkret auch gestellt hat als allgemeine Frage, hier mit unserem Untersuchungsgegenstand, dem Fall Lucona, nichts zu tun hat. Ich spreche mich dafür aus, daß wir eventuelle Schlußfolgerungen aus den bisherigen Erfahrungen auch allgemein politisch ziehen. Das ist aber nicht Sache des Lucona-Ausschusses. Ich habe entnommen, daß viele Sicherheitssprecher der Partei, und als solcher habe ich das auch schon gemacht, daß wir die Absicht haben, im Zusammenhang mit Staatspolizei auch entsprechende gesetzliche Konsequenzen zu ziehen. Das ist aber nicht Sache des Untersuchungsausschusses. Ich meine vielmehr, Herr Kollege Pilz, und jetzt mache ich Ihnen einen Vorwurf, daß Sie das hier konkret fragen an diesen Zeugen, weil Sie nächsten Mittwoch um 19 Uhr einen Vortrag im Republikanischen Klub „Neues Österreich“ halten mit dem Titel „Staatspolizei — ein Tatsachenbericht.“

Obmann Steiner: Zur Geschäftsordnung. Herr Dr. Graff.

Graff (zur Geschäftsordnung): Ich möchte hier einen Vorschlag zur Güte machen. Natürlich könnten wir jetzt unterbrechen und hinübergehen

und groß beraten und abstimmen und so weiter. Das ist doch eigentlich nicht das, was die Öffentlichkeit von uns erwartet. Daher mein Vorschlag: Es gibt in den Akten, ich weiß nicht genau, wo, aber die Behauptung, es habe der Dr. Damian in der Schweiz eine Pressekonferenz gegeben unter Verwertung staatspolizeilichen Materials. Das ist noch nicht erwiesen, das ist aber auch noch nicht widerlegt. Es ist noch offen. Ich halte es daher für zulässig, daß der Dr. Pilz diesen Vorfall, sei es auch Vorwurf nur, verallgemeinert und fragt: Herr Zeuge, ist es üblich, daß Sie Ihr staatspolizeiliches Material Anwälten zwecks Abhaltung von Pressekonferenzen oder so wie übergeben? Also eine solche Verallgemeinerung von etwas Konkretem muß zulässig sein. Das haben wir schon die ganze Zeit gemacht.

Hingegen jetzt ist nicht weder behauptet noch aktienkundig noch sonstwie, daß sich der Herr Guggenbichler um die Aufnahme in den öffentlichen Dienst oder bei einer öffentlich-rechtlichen Anstalt beworben hätte. Ich würde das auch nicht befürworten. Daher ist die Verallgemeinerung in der Richtung: Was sagt die Staatspolizei bei der Aufnahme in den öffentlichen Dienst?, glaube ich, nicht mehr mit unserem Untersuchungsthema verknüpfbar. Vielleicht, Kollege Pilz, kriegen Sie genügend Material auch noch, wenn Sie die konkreten Anknüpfungspunkte in unserer Untersuchung ein bißchen verallgemeinern und den Zeugen fragen: Ist es üblich? Das dürfen Sie sicher, und schauen wir, daß wir über diese Klippe hinwegkommen und hier nicht ein Geschäftsordnungstheater aufführen. — Danke.

Obmann Steiner: Es hat sich noch Dr. Pilz gemeldet. Ich möchte nur sagen: Ich bleibe bei meiner Ablehnung der ursprünglichen Frage. — Dr. Pilz, bitte.

Pilz (zur Geschäftsordnung): Vielen Dank, Herr Dr. Graff, daß Sie als Kompromiß meinen, man solle mir zugestehen, daß ich zur Frage der Lucona-Pressekonferenz Damian-Guggenbichler und so weiter eine Frage stellen kann. Ich habe das an und für sich für selbstverständlich gehalten. (Graff: Verallgemeinerung, darum geht es!) Ja. Ansonsten würde ich mich dem Vorschlag anschließen, die Sitzung zu unterbrechen und diese Frage geschäftsordnungsmäßig im Nebenraum zu besprechen.

Obmann Steiner: Bitte, Herr Schieder.

Schieder (zur Geschäftsordnung): Wenn wir unterbrechen, dann möchte ich vor der Unterbrechung, ich hätte die Sache sonst nicht gestört, dann muß ich leider noch eine zweite Frage bringen, Herr Vorsitzender: Mir liegt eine Aussendung der APA vor, in der der „Freiheitliche Pressedienst“ zitiert wird. Also es ist eine Aussendung des „Frei-

heitlichen Pressedienstes“, in der das Ausschußmitglied Partik-Pablé feststellt, daß heute die Aussage des ehemaligen Sekretärs von Innenminister Blecha eindeutig ergeben hat, daß Blecha die Veranstaltung des Lucona-Buchautors Pretterebner überwachen ließ und auch Bandmitschnitte anfertigen ließ. Ich würde es nicht diskutieren, wenn sie gesagt hätte, sie ist der Meinung oder für sie hat sich das ergeben. Dann hätte sie sich halt geirrt, oder es ist vielleicht ihre Beurteilung. Aber daß sie als Ausschußmitglied sagt: „eindeutig ergeben hat“, eine Feststellung dieser Art trifft, also einen Ausschußbericht vorwegnimmt, quasi namens des Ausschusses, halte ich für unzulässig . . . und es ist auch schlecht, wenn Ausschußmitglieder tatsachenwidrige Auskünfte über den Ausschuß in der Öffentlichkeit geben.

Obmann Steiner: Ich erteile Frau Dr. Partik-Pablé das Wort zu einer Erwiderung, und dann unterbrechen wir zu einer geschäftsordnungsmäßigen Sitzung.

Helene Partik-Pablé (zur Geschäftsordnung): Bitte, es ist doch völlig klar, daß ein Pressedienst der Freiheitlichen Partei die Meinung des Abgeordneten bekanntgibt, der dort erwähnt ist, und nicht die des gesamten Ausschusses bekanntgibt. Wenn Sie eine Presseaussendung machen, Herr Schieder, würde ich niemals annehmen, daß Sie diese Presseaussendung auch in meinem Namen machen, das kann ich Ihnen schon sagen. (Zwischenruf Schieder.) Möglicherweise ist es eine andere Ausdrucksweise, für mich hat sich aus der Vernehmung und außerdem aus diesen Aktenvermerken eindeutig ergeben, daß der Herr Pressesekretär des Innenministers diese Bandmitschnitte bekommen hat.

Obmann Steiner: Bitte, Herr Graff zur Unterbrechung.

Graff (zur Geschäftsordnung): Meine Damen und Herren! Ich schlage folgendes vor: Da unsere Beratungen auch ergeben können, daß eventuell eine Erweiterung der Amtsverschwiegenheitsbindung notwendig ist, da wir außerdem vorhaben, eine lange Geschäftsordnungssitzung auch zum Thema „Wie straffen wir die Ausschüßarbeiten?“ zu machen, würde ich vorschlagen, den Zeugen für heute zu entlassen, die öffentliche Befragung für heute abzubrechen, hinüberzugehen und diese bedeutende Frage und auch die allgemeine Ausschüßarbeit, die mir noch wichtiger erscheint, zu regeln und nicht den armen Hofrat hier warten zu lassen und ihn dann halt nach dem Ergebnis unserer lichtvollen Beratungen beim nächstenmal fertig zu fragen.

Liebhart: Danke.

Obmann Steiner: Ich unterbreche die Sitzung jetzt zu einer Sitzung im Lokal V, und dort werden wir als ersten Punkt den Vorschlag von Herrn Dr. Graff diskutieren und dann über weiteres diskutieren. Ich danke einstweilen.

(Der Ausschuß zieht sich um 16.42 Uhr zu interner Beratungen zurück und nimmt um 16.50 Uhr seine der Öffentlichkeit zugänglichen Verhandlungen wieder auf.)

Obmann Steiner: Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf.

Herr Dr. Pilz, bitte fahren Sie fort.

Ich möchte auch hier in der öffentlichen Sitzung wiederholen, daß ich auf dem Standpunkt bleibe, daß die ursprüngliche Frage, die Herr Dr. Pilz gestellt hat, nicht zulässig war.

Bitte, Herr Dr. Pilz.

Pilz: Danke. — Dann versuche ich es mit einer zulässigen Frage. Bei Pretterebner handelt es sich bekanntlich um einen Journalisten, der staatspolizeilich überwacht oder — wie ich es nennen würde — bespitzelt worden ist.

Sind Ihnen andere Fälle bekannt, in denen in Österreich Journalisten staatspolizeilich überwacht wurden oder werden?

Liebhart: Erstens möchte ich sagen, daß Pretterebner nicht überwacht wird, sondern daß einige Veranstaltungen durch Beamte wahrgenommen wurden, und die zweite Frage muß ich mit Nein beantworten. Mir sind keine solchen Fälle bekannt.

Pilz: Ist Ihnen kein einziger Fall bekannt, wo die Staatspolizei nicht in irgendwelchen anderen Zusammenhängen, sondern im Zusammenhang mit der journalistischen oder geplanten journalistischen Tätigkeit von österreichischen Staatsbürgern tätig geworden ist?

Liebhart: Was hat diese Frage wieder mit dem Lucona-Fall zu tun?

Pilz: Mich das zu fragen, steht Ihnen nicht zu. (Graff: Die Frage ist zulässig, nur ist sie schon einmal beantwortet worden!)

Liebhart: Herr Doktor, um die Frage vielleicht noch einmal so wie vorhin zu beantworten: Mir sind solche Fälle nicht bekannt. Das habe ich ja beantwortet.

Pilz: Gut, ich habe es im Protokoll, wunderbar. — Danke, keine Fragen mehr. Nachdem das, was ich zentral fragen wollte, nicht zugelassen wird — danke.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Fuhrmann, bitte.

Fuhrmann: Herr Hofrat! Ich habe da einen Bericht des Beamten Johann Werderits vom 20. Jänner 1984 betreffend Udo Proksch alias Serge Kirchhofer vor mir liegen. Das ist eine Fotokopie. Bei dieser Fotokopie ist auf der Seite 1 beim Beginn eine Abdeckung vorgenommen worden. Ich habe das schon den Herrn Werderits gefragt und möchte das auch Sie fragen, er konnte mir das nicht befriedigend aufklären: Was ist da im Original abgedeckt worden? Wenn Sie es nicht zur Verfügung haben, dann stelle ich Ihnen meines zur Verfügung.

Liebhart: Ich habe den Bericht nicht da, aber ich habe eine Zusammenstellung, und ich habe hier in dieser Zusammenstellung stehen: KRB-Bericht über weitere Erhebungen zur Sache Lucona und dem damit zusammenhängenden Verdacht des Versicherungsbetruges. Ist das dieser Bericht?

Fuhrmann: Weitere Erhebungen zum Untergang des Schiffes Lucona und des damit zusammenhängenden Verdachtetes . . .

Liebhart: 20. Jänner 1984.

Fuhrmann: So ist es, ja. Da steht „Bericht“, und dann ist ein größerer Abstand in der Fotokopie, die wir haben. Da ist offensichtlich etwas abgedeckt worden. Nun wollte ich Sie fragen: Wissen Sie, was da abgedeckt worden ist?

Liebhart: Nein, wir haben den Bericht vorgelegt. Der müßte bei den Unterlagen sein, die wir vorgelegt haben. Ich bitte, das zu vergleichen. Ich kann auswendig nicht sagen, was abgedeckt wurde. Wir haben unseren Bericht vorgelegt. (Zwischenruf Schieder.)

Fuhrmann: Aha, also nicht bei Ihnen. Gut. — Danke.

Um wieder auf diesen Bericht und andere Berichte des Herrn Werderits zurückzukommen. Da gibt es verschiedene Aktenzahlen. Da gibt es also, um bei dem vom 20. Jänner 1984 zu bleiben, die Zahl — mit Maschine geschrieben — I-1264/81 Res, die ist dann durchgestrichen und mit der Hand eine andere Aktenzahl dazugeschrieben worden, die da auf meiner Kopie schwer ersichtlich ist. Ich gehe aber davon aus, nachdem das dann bei dem Bericht vom 4. Mai 1984 wieder passiert ist, das ist I-1584/83 Res . . . Können Sie mir bitte erklären, wie es zu diesen verschiedenen Aktenzahlen kommt?

Liebhart: Ja, ich habe heute eingangs schon einmal erwähnt, daß die Führung des Aktes oder der verschiedenen Akten über Jahre ging und daß diese Zahlen im Zusammenhang stehen mit den jahresmäßig sich ändernden Zahlen. Es ist leider in einigen Fällen, Herr Dr. Fuhrmann, da gebe

ich Ihnen vollkommen recht, wenn Sie das bekritteln . . .

Fuhrmann: Nein, ich bekrittelle es nicht, ich möchte nur wissen, was der Grund dafür ist. Keine Kritik.

Liebhart: Ich würde sogar das Wort „bekritteln“ akzeptieren, das wäre ja richtig, weil die Aktenzahl hier nicht richtig angeführt wurde von dem Beamten, wer immer sie eingetragen hat. Er hätte, laut Protokoll, die jeweils richtige verwenden sollen. Ich habe zu dieser Frage bei der Übermittlung der Akten auch eine Erklärung dazugeschrieben. Ich weiß nicht, ob sie Ihnen vorliegt.

Fuhrmann: Die kenne ich nicht. — Ach da, diesen Titel, ja.

Liebhart: Wieso es zu dieser Zahlendarstellung kommt, habe ich mich bemüht, hier dann aufzuklären.

Fuhrmann: Gut. — Danke schön.

Dann noch zu den Aktenzahlen eine Frage, die mich auch schon beschäftigt hat beim Gespräch mit dem Herrn Werderits, diese „Res“-Akten. Können Sie, Herr Hofrat, als Leiter der Dienststelle uns das ein bißchen genauer erklären, als es der Herr Werderits konnte? Welche Akten werden nun solche Reservatakten — er hat sie „Reservatakten“ genannt — ? Können Sie uns das bitte erklären?

Liebhart: Ich muß hier, wenn Sie mir gestatten, in einigen Minuten das ausführen.

Fuhrmann: Wenn es der Herr Vorsitzende gestattet — ich sicher.

Liebhart: Und zwar folgendes: Bei uns besteht ein sogenannter Akten- oder Positionsplan. Dieser Aktenplan wurde seinerzeit durch den leider bereits verstorbenen früheren Leiter der Abteilung I, Herrn Ministerialrat Dr. Peterlunger, späteren Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit, eingeführt, und zwar unmittelbar nachdem er den Dienst damals bei der Polizeidirektion Wien antrat. Dieser Akten- und Positionsplan ist mit geringfügigen Abänderungen auch heute noch in Geltung.

Wir unterscheiden zwischen sogenannten, wie es vorhin auch gesagt wurde, Namensakten und Positionsakten. In Positionen kommen bestimmte Sachgebiete und bei den Namensakten dann eben andere. Hier unterscheiden wir dann wieder in beiden Fällen zwischen sogenannten Reservatakten, daher können Sie einmal haben zum Beispiel I Pos. 345/3/86 oder 88 Res. Das wäre im konkreten Fall Technologietransfer zum Beispiel. Im anderen Fall könnten Sie haben I Pos. 5016, nur um etwas zu nennen. Das wären irgendwelche Angelegenheiten von Botschaften. Dann gibt es die so-

genannten Res-Zahlen, wie hier zum Beispiel dieses 12/64 oder 12/84 und so weiter, also Verschlusßakten. Das würde das Wort „Res“ bedeuten, oder offene Akten.

Fuhrmann: Also „Res“ ist ein Verschlusßakt.

Liebhart: Ja.

Fuhrmann: Dann ergibt sich die nächste Frage: Wieso ist dieser Proksch-Kirchhofer-Akt ein Verschlusßakt geworden?

Liebhart: Ja, es beginnt, ich habe auch das übermittelt, und zwar schon — ich glaube — 1975, wenn ich mich recht erinnere, mit einer Mitteilung aus dem Ausland über eine angebliche Waffensache. Diese werden bei uns . . .

Fuhrmann: Waffensachen sind generell Verschlusßakten.

Liebhart: Ja, wenn es nicht eine normale Angelegenheit ist, daß jemand einen Waffenschein . . .

Fuhrmann: Ja, ja, ich habe schon verstanden — Waffenhandel. So war das zu verstehen.

Jetzt weiß ich nicht, ob der Herr Vorsitzende das zulassen wird oder ob es zu allgemein ist: Was wird denn so generell ein Verschlusßakt, außer Waffenhandelsachen?

Liebhart: Ganz allgemein gesehen, das ginge auch aus dem Positionsplan hervor und ist natürlich von mir zu beantworten. Aber wenn Sie das schon wollen, zum Beispiel wäre eine Verschlusßsache, eine Res-Sache, eine Spionageangelegenheit, ein illegaler Waffenhandel.

Fuhrmann: Danke.

Eine kurze Frage noch. In dem Bericht des Herrn Werderits vom 18. 8. 1983 mit der gleichen Geschäftszahl wird im Absatz 2 erwähnt — ich zitiere das wörtlich, ich lese das vor —: „Im Juli 1981 wurde die erwähnte Angelegenheit abgehandelt, und zwar derart adäquat und aktenrichtig“ — in den „Politischen Briefen“, muß ich hinzufügen —, „daß mit Sicherheit angenommen werden kann, der Schreiber des Artikels habe Zugang zu streng vertraulichem Aktenmaterial.“

Es wird dann in weiterer Folge auch auf handelsgerichtliche Akten et cetera Bezug genommen.

Nun könnte man das so lesen, daß streng vertrauliches Aktenmaterial, zu dem er Zugang hatte, auch solches zum Beispiel Ihrer Behörde sei. (Liebhart: Ja.) Ist aufgrund dieses Hinweises in diesem Bericht irgend etwas in Ihrer Dienststelle veranlaßt worden?

Liebhart: Ja, die Frage ist zunächst einmal gewesen, was damit gemeint war.

Fuhrmann: Das ist Ihnen aufgefallen?

Liebhart: Ja selbstverständlich. Das ist, glaube ich, ein 20 Seiten langer Bericht, alles in allem, ziemlich umfangreich.

Das ist natürlich aufgefallen. Die Frage war: Woher kann das sein, ist das von uns? Diese Feststellungen sind in unserem Bereich negativ verlaufen.

Fuhrmann: Sie haben in Ihrer Behörde nachgeforscht. (Liebhart: Ja!) Von Ihrer Behörde aus negativ. Ist das zum Anlaß genommen worden, vielleicht auch bei anderen Behörden diesbezügliche Nachforschungen anzustellen, ob es von woanders hergekommen sein könnte?

Liebhart: Sicherlich, über das Innenministerium müßte das geschehen, aber nicht von uns aus.

Fuhrmann: Von Ihnen aus ist das nicht geschehen? (Liebhart: Nein!) Aber Sie haben es in Ihrer Behörde geprüft?

Liebhart: Ja.

Fuhrmann: Danke schön, Herr Hofrat.

Obmann Steiner: Herr Dr. Rieder, bitte.

Rieder: Herr Hofrat! Wie war denn überhaupt die Einschätzung der Zusammenarbeit oder der Beziehung zwischen dem Beamten Werderits und Pretterebner?

Liebhart: Es ist folgendes gewesen: Sie wissen ja aus den Ausschusßsitzungen hier, daß Pretterebner dann ab einem bestimmten Zeitpunkt als Informant fungiert hat. Wir haben natürlich gewußt, wer der Informant ist, er hat ihn ja auch, glaube ich, damals bekanntgegeben, den Namen genannt. Es ist natürlich für uns immer in allen solchen Fällen die Frage: Was ist von einer Mitteilung auf staatspolizeilichem Gebiet zu halten: Ist sie dem Grunde nach richtig, oder wird sie in einer bestimmten Absicht zum Beispiel gegeben?

Wir haben, solange diese Informationstätigkeit dauerte, aufgrund der uns bekannten Sachlage nicht feststellen können, daß zum Beispiel bedenkliche Umstände hinsichtlich des Wahrheitsgehaltes, zum Beispiel unrichtige Sachen, dargestellt wurden. Interessant war natürlich für uns die Frage, wieso gerade Pretterebner das mitteilt.

Zu Beginn dieser Sache — wenn Sie gestatten, werde ich das herausholen, wann das etwa war, ich hoffe, daß ich das sehr rasch finde —, und zwar war das etwa Mitte 1985, wurde gegen eine Person — ich bitte um Entschuldigung, wenn ich jetzt den Namen nicht sagen kann — eine Amtshandlung wegen Amtsanmaßung und so weiter geführt, und es gab eine gerichtlich angeordnete Hausdurchsuchung, in deren Zusammenhang in

der Wohnung des Betroffenen plötzlich Papiere entdeckt wurden, die dann vom Betroffenen selbst — sie waren gar nicht Gegenstand der Hausdurchsuchung — einem Beamten übergeben wurden, und es stellte sich heraus, daß es Aktenstücke waren, die nach Auskunft dieses Mannes von Pretterebner übergeben waren. So wurde es geschildert. Die Auffindung beziehungsweise die freiwillige Übergabe dieser Stücke hat dann zur Kontaktaufnahme mit Pretterebner geführt, und daraus ist dann das entstanden. So bin ich informiert und unterrichtet.

Rieder: Sie schließen also aus, daß es vor dem Jahr 1985 zwischen Werderits und Pretterebner Kontakte gegeben hat?

Liebhart: Soweit ich das weiß, ja. Es sind damals — das möchte ich noch ergänzen — 66 Blatt übergeben worden.

Rieder: Der Bericht vom 18. 8. 1983 beginnt mit der Passage: „Informativ wurde dem Berichtleger von einem angeblichen Schiffsuntergang bekannt.“ Ich habe vermutet, daß „informativ“ heißt: Pretterebner. Ist das nicht richtig?

Liebhart: Diese Frage kann ich jetzt mit Ja oder mit Nein nicht beantworten. Da müßte ich erst Rücksprache mit dem Beamten halten, denn — ich bitte um Entschuldigung — ich kann unmöglich jeden Bericht in meinem Gedächtnis haben. Ich habe den vom 18. 8. 1983 — das ist dieser 20 Seiten lange Bericht — damals, wenn ich mich recht erinnere, so aufgefaßt, daß er Details zum Beispiel aus dem Gerichtsakt des Handelsgerichtes drinnen hatte, und zwar sehr umfangreich. Das Wort „informativ“ ist nicht näher vorgekommen.

Ich weiß, daß er vorher einen anderen Informanten hatte, der aus dem Bereich des Zolls kam.

Rieder: Es ist nämlich auffallend. Das ist der erste Bericht (Liebhart: Ja, ja, wo das vorkommt!) im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien, der sich auf den eigentlichen Untersuchungsgegenstand unseres Untersuchungsausschusses, auf die Causa Lucona, bezieht, zu einem Zeitpunkt, August 1983, zu dem das noch nicht öffentlich bekannt war, während alle vorangegangenen Berichte Pinosa und Proksch in anderen Zusammenhängen betreffen, aber hier der erste Bericht ist, der mit einem versteckten Hinweis auf einen Informanten beginnt.

Liebhart: Ja.

Rieder: Sie können also nicht sagen . . .

Liebhart: Ich kann das im Moment nicht sagen. Wenn Sie es wünschen, ich könnte das telephonisch . . .

Rieder: Nein, nein.

Die zweite Frage: Gibt es bei solchen Kontakten auch — wenn ich das so sagen kann, unter Anführungszeichen — „Informationsgegengeschäfte“?

Liebhart: Ich weiß, was hier gemeint ist: Wieso hat Herr Pretterebner in seinen Büchern manchmal Unterlagen drinnen, auch in Faksimile dargestellt, wie kommt er zu diesen?

Im konkreten Fall wurde ausdrücklich darauf Bedacht genommen, daß das nicht geschieht, denn es wäre die Weitergabe von Amtsstücken ja Mißbrauch der Amtsgewalt.

Rieder: Es wurde also darauf geachtet.

Liebhart: Ja.

Rieder: Ich will Sie nicht fragen, ob Sie es ausschließen können. Aber es wurde drauf geachtet.

Liebhart: Jedenfalls, mein Auftrag war, strikt die gesetzlichen Normen einzuhalten, also nichts weiterzugeben. Es ist übrigens die Frage gar nie aufgetaucht, ob er etwas will. Daher meine vorige Antwort: Warum tut er das?

Rieder: Das heißt, er war initiativ mit den Informationen.

Liebhart: Ja.

Rieder: Wenn eine Sache gerichtsanhängig ist, inwieweit finden dann staatspolizeiliche Ermittlungen im Zusammenhang mit solchen gerichtsanhängigen Sachen eigenständig statt?

Liebhart: Ich habe heute schon einmal erwähnt, daß ab einem bestimmten Zeitpunkt, dann, als man eben sah, daß neue Momente hervorkommen, mit dem Herrn Untersuchungsrichter Mag. Tandinger Kontakt aufgenommen wurde. Es hat sich dann dieser Kontakt soweit entwickelt, daß zum Beispiel die Beamten — ich habe sie schon namentlich genannt: Dr. Keller und eben Werderits — zum Untersuchungsrichter gingen, aber auch umgekehrt der Untersuchungsrichter in unser Büro kam. Es bestand hier, wie auch in vielen anderen Fällen, ein sehr gutes Verhältnis zu den Gerichtsbehörden, und es wurden eben die Berichte dann eingesehen beziehungsweise mitgenommen, in Kopie übergeben, wie immer es war.

Es finden sich in den von mir vorgelegten Aktenstücken, die wir über Ersuchen übermittelt haben, immer wieder Hinweise: über Auftrag des Untersuchungsrichters, oder: in Entsprechung des Auftrages wurde vernommen ein Herr Siegenfeld (*phonetisch*), ein Herr Dr. Sacher und so weiter. Das war ein ausgesprochen guter Kontakt.

Rieder: Das heißt, dieser Teil der Ermittlungen ist dann im Auftrag und mit der vollen Deckung des Untersuchungsrichters erfolgt (Liebhart: Ja!) und nicht parallel zu der gerichtlichen Untersuchung.

Liebhart: Nein, nein.

Rieder: Ich komme jetzt zu dem anderen Themenkreis, der hier schon angeschnitten worden ist, nämlich zu der Frage der Beteiligung von Beamten an öffentlichen Veranstaltungen.

Ich muß noch einmal, gerade im Zusammenhang mit der Presseaussendung der Frau Dr. Parik-Pablé, zu den Begriffen kommen. Wenn ein Sicherheitsbeamter an einer öffentlichen Veranstaltung teilnimmt, welchen Begriff verwenden Sie für eine solche Tätigkeit?

Liebhart: Grundsätzlich heißt es bei uns einmal „Dienstenteilung“, dann „Kommandierung“ mit der Aufgabenstellung, daß diese Beamten — so wie ich das vorhin auch schon dem Herrn Abgeordneten Dr. Graff gegenüber erwähnt habe — Veranstaltungen, zu denen Sie entsandt oder kommandiert werden, zu sichern haben . . .

Graff: „Wahrgenommen“ werden, haben Sie gesagt.

Liebhart: Nein, nein.

Rieder: Ich möchte schon zum Inhaltlichen kommen.

Liebhart: . . . und wahrzunehmen, was dort geschieht.

Rieder: Also Sicherung der Veranstaltung und Wahrnehmung des Inhalts.

Liebhart: Ja.

Rieder: Ist das nicht eine sehr aufwendige Form, Informationen zu sammeln?

Liebhart: Es mag in manchen Fällen — hier im konkreten Fall ist es ja aufgegriffen worden — aufwendig erscheinen. Wir können aber am Beginn oder vor einer solchen Sache nie feststellen: Wird etwas Interessantes für die Behörde dort dargebracht werden oder nicht? Daher ist das immer — ich habe auch dieses Wort heute schon gebracht — eine Art Gratwanderung. Man kann natürlich dann, je nach Betrachtungsweise, sagen: Das war unnötig!, man kann aber auch, wenn nichts vorgefallen ist, sagen: Na gut, wozu haben sie überhaupt jemand hingeschickt? In diesen Fällen, in der Veranstaltung des Herrn Pretterebner — der Herr Guggenbichler hat ja zur Sache selbst überhaupt nichts oder fast nichts gesagt — war eben die Absicht, unter Umständen neben der Sicherheit in dieser Veranstaltung auch festzustel-

len: Wird etwas gesagt, was allenfalls noch nicht bekannt war? Es ist vorhin schon einmal erwähnt worden: Es gibt ja das Buch! Nun, es wird in Büchern so manches geschrieben, aber wir sind auch verpflichtet, manchen Sachen oder den Sachen kritisch nachzugehen.

Rieder: Ich sage es noch einmal: Daß zwei Beamte hingehen, ist für mich schon eine Frage, die sich nicht ganz erklären läßt. Aber können Sie sagen, haben Sie aufgrund der Besuche dieser Veranstaltungen irgendwelche neuen konkreten Erkenntnisse gewonnen?

Liebhart: An sich, nein.

Rieder: Nein. — Es liegt uns auch der Bericht einer Pressekonferenz vom 18. 2. 1988 vor, wo auch die Merkwürdigkeit ist, daß daran ein Mitarbeiter der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit des Innenministeriums, glaube ich, teilgenommen hat, was noch verständlich ist, dann der Herr Werderits — damals nicht mehr Beamter der Staatspolizei, sondern schon Beamter des Innenministeriums, auf Einladung des Herrn Pretterebner —, der darüber dann aber auch einen amtlichen Bericht macht, und dann gibt es auch noch einen zusätzlichen Bericht von zwei Beamten der Staatspolizei. Sind nicht solche Kumulierungen, wenn sie in der Öffentlichkeit bekanntwerden, an sich schon eigentlich Anlaß, diese Informationssammeltätigkeit insgesamt in Frage zu stellen? Ich meine: Ist nicht eine solche Anhäufung von Beteiligungen der Öffentlichkeit so unverständlich, so daß der Eindruck entstehen muß, wozu das überhaupt gut sein soll, noch dazu, wo Sie nachher sagen, daß eigentlich der Erkenntnisstand nicht entscheidend war? Ich meine, es ist natürlich im nachhinein . . . Sie haben das schon betont, aber ist nicht von der Art und Weise der Veranstaltungen des Herrn Pretterebner eigentlich nicht von vornherein anzunehmen gewesen, daß da nichts grundsätzlich Neues herauskommen wird?

Liebhart: Ja, Sie haben hier sicherlich recht, wenn Sie das ausstellig bemerken, um es vielleicht so zu sagen.

Rieder: Ich will ja nur den Eindruck der Ausschußberatungen vermitteln — zwar in weniger dramatischen Worten, als es vielleicht andere tun, die aber doch dasselbe Empfinden haben —, das hätte man billiger auch haben können, ohne daß man von Mißbrauch und legitim und illegitim sprechen muß. Das alles könnte ich jetzt da groß und breit darstellen, warum das vielleicht so ist. Aber die ganze Vorgangsweise kommt mir nicht kostendeckend vor, um nicht zu sagen . . .

Liebhart: Ja, Sie haben sicherlich recht, wenn Sie bemerken, daß dort vier Beamte letzten Endes waren. Ich darf aber folgendes dazu sagen: Von der Zuständigkeit her betrachtet wäre die

Bundespolizeidirektion Wien zuständig, so etwas wahrzunehmen. Wenn wir in diesem konkreten Fall gewußt hätten, daß sowieso jemand anderer hingehört, dann hätten wir uns zwei Beamte — da haben Sie recht, wenn Sie das sagen — glatt erspart. Wir hätten umgekehrt ja auch einen Bericht zum Beispiel vom Bundesministerium für Inneres erhalten können, eben vom Werderits zum Beispiel.

Rieder: Es ist nämlich auch das Merkwürdige, daß der Bearbeiter in der Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit den geringsten Bericht gemacht hat, und der Herr Werderits, glaube ich, hat dann den Bericht der Staatspolizei knapp über- oder unterboten. Aber es zeigt eigentlich, daß diese Automatik, die da offenbar gegeben war, wie erwähnt worden ist, zum Verbrauch von Personal geführt hat, der in keiner Relation zur Sache gestanden ist. — Sanfte Umschreibung.

Liebhart: Herr Abgeordneter, ich darf noch einmal darauf hinweisen, daß mir das ja selbst ein bißchen zuviel erscheint. Nur, zur Länge der Berichte: Der Beamte aus dem Büro für Öffentlichkeitsarbeit ist nicht Staatspolizist, und er erstellt seinen Bericht nach anderen Grundsätzen. Ich weiß gar nicht, wer das war. Der Kriminalbeamte Werderits — das habe ich in den Ausschußprotokollen beziehungsweise in den APA-Fernschreiben gelesen — war eingeladen, hinzugehen, das war bei uns nicht bekannt, daß er dorthin kommt. Als wir das erfahren haben, war es bereits zu spät. Aber wenn Sie hier sagen, es sei zuviel geschehen, so pflichte ich Ihnen vollkommen bei.

Rieder: Es ist eigentlich ein deutliches Beispiel dafür, daß wahrscheinlich in den seltensten Fällen die Beteiligung wirklich entscheidende Erkenntnisse für die staatspolizeiliche Arbeit bringt. Welchen Anteil an der gesamten Tätigkeit der Staatspolizei nimmt denn der Besuch solcher Veranstaltungen oder Pressekonferenzen ein, ungefähr, in Wien, Sie können ja nur für Wien sprechen?

Liebhart: Na ja, ich kann das prozentmäßig nicht sagen.

Rieder: Größenordnung, ungefähr?

Liebhart: Kaum 5 Prozent, wenn überhaupt. Ich kann das wirklich zahlenmäßig nicht nennen. Aber es ist unbedeutend.

Rieder: Ich möchte nochmals zur Klarstellung, damit das nicht im Raum stehenbleibt . . .

Obmann Steiner: Geht die Frage nicht über das Motorschiff Lucona hinaus?

Rieder: Ich ziehe sie zurück.

Aber ich habe noch eine Frage. Um das klarzustellen, möchte ich Sie noch einmal deutlich fragen: Es sind öffentliche Veranstaltungen und Pressekonferenzen der Herren Pretterebner und Guggenbichler besucht worden. Hat es auch noch andere Maßnahmen der Beobachtung diesen beiden Personen gegenüber gegeben?

Liebhart: Nein.

Rieder: Das schließen Sie aus?

Liebhart: Das schließe ich vollständig aus. Das müßte ich erstens wissen, zweitens hätten Sie dann Berichtskopien bekommen.

Rieder: Würden Sie mit dem Begriff „Überwachung“ nicht die Vorstellung verbinden, daß es nicht um den Besuch öffentlicher Veranstaltungen, sondern um die Kontrolle der Lebensführung geht?

Liebhart: Nein, überhaupt nicht.

Rieder: Ich meine, ob Sie mit dem Begriff „Überwachung“ diesen Begriffsinhalt verstehen.

Liebhart: Nein. Wenn, aus welchen Gründen immer, zum Beispiel eine Beobachtung angeordnet wird, so ist das etwas ganz anderes als der Besuch einer öffentlich zugänglichen Veranstaltung.

Rieder: Sie haben, glaube ich, meine Frage mißverstanden. Ich habe gefragt, ob Sie mit dem Begriff . . . (Graff: Er will, daß es keine Überwachung gibt!) Na ja, er hilft mir, danke. — Ich wollte wissen, ob es keine Überwachung war oder ob bei einer Überwachung nicht die Kontrolle der Lebensführung dazugehört?

Liebhart: Das war keine Überwachung, sondern lediglich bei dieser Veranstaltung der . . .

Rieder: Ich danke dem Herrn Dr. Graff. (Graff: Herr Vorsitzender, eine Frage noch!)

Obmann Steiner: Danke, Herr Dr. Graff, auch für die jetzige Hilfe. Wir kommen so aus.

Herr Abgeordneter Elmecker, bitte.

Elmecker: Wenn man nach so einer langen Rednerliste drankommt, bleibt nicht mehr recht viel übrig, aber trotzdem möchte ich zu einem Papier, das ich im Verlaufe der Aktenstudien erhalten habe, eine Frage an Sie richten. Herr Hofrat! Im Jahre 1982 waren Sie Leiter des staatspolizeilichen Büros in Wien.

Liebhart: Bis 1. Juli.

Elmecker: Bis 1. Juli. Ich habe hier einen Bericht vom 26. 3. 1982 mit dem Vermerk „P + B haben“.

Liebhart: Ja.

Elmecker: Das heißt also, dieser Bericht ist an das Ministerium gegangen. Er hat die Aktenzahl WB 1228 I/483/82. Ich nehme an, daß Sie diesen Bericht seinerzeit gesehen haben. Es geht um Proksch. Hier wird also verwiesen, daß Udo Proksch in Zusammenhang gebracht wird mit dem Café und Gastbetrieb „Mercur“ in der Florianigasse. Außerdem wird verwiesen auf Café und Gastbetrieb „Das Café“ in Salzburg. Beim Studium dieses Akts ist mir aufgefallen, daß einige Male im Bericht enthalten ist: „Das Publikum besteht ausschließlich aus Leuten der linken Szene.“ Das gilt für beide Cafés, die hier erwähnt werden. Und auf Seite 3 sogar: „Beide Lokale haben linksextremes Publikum als Gäste.“

Erste Frage an Sie: Werden diese Feststellungen von den Beamten, die das beobachten oder wahrnehmen, aufgrund ihrer subjektiven Eindrücke gemacht, oder geht das in Form einer Art verdeckten Fahndung? Ich wüßte nicht, wie ich das sonst hier bezeichnen könnte. Es kann ja nicht Aufgabe der Staatspolizei sein, politische Meinungen der Staatsbürger hier irgendwo zu observieren.

Liebhart: Sicher nicht. Es ist die Feststellung oder die Darstellung des Beamten.

Elmecker: Seine subjektive Meinung.

Liebhart: Ja, offenbar.

Elmecker: Da muß ich schon die zweite Frage stellen: Sind die Beamten diesbezüglich genügend ausgebildet, oder ist man hier mit den Formulierungen eher schlampig? Denn in einem anderen Bericht, den wir auch schon einmal diskutiert haben im Zusammenhang mit dem Herrn Werderits, gibt's ja die Sache, wo die „Politischen Briefe“ und der Herr Prettereßner als rechtstendenzios eingereiht werden. Also es werden hier Zuordnungen gemacht. Ist das im Sinne der Staatspolizei?

Liebhart: Ja, es ist folgendes: Die Kriminalbeamten des Staatspolizeilichen Büros sind natürlich bei verschiedenen Veranstaltungen anwesend beziehungsweise lesen auch Publikationen, die herauskommen. Auch von der Einstellung her wird natürlich von den Beamten dann festgestellt: Ja, kommt aus dies . . .

Elmecker: Darum geht es mir, Herr Hofrat. Es geht mir um die Kompetenz der Beamten, wer wozu zugeordnet wird. Ich kann zum Beispiel, oder ich könnte mir vorstellen, daß ein Beamter aufgrund seiner politischen Meinung mich anders einordnet, wenn ich dort an einer Diskussion teilnehme, als ein anderer. Also mir geht es hier um die

Kompetenz, auch um die fachliche Kompetenz, geschweige denn überhaupt vom Demokratiepolitischen her, aus welcher Kompetenz der Kriminalbeamte, der Staatspolizeibeamte hier feststellt: Der gehört in die linke Szene, der ist ein Linksextremist, das ist ein Rechter, das ist ein Rechtstendenzioser. Mir geht es also hier um die Kompetenz, Herr Hofrat!

Liebhart: Ja, der Beamte hat seine Wahrnehmungen zu berichten. Es ist dann jeweils Sache des Referenten, das näher zu erläutern beziehungsweise überhaupt zuzuordnen.

Elmecker: Ja, wie geht das vor sich? Berichtet der über Diskussionen, die dort stattfinden in diesen Cafés, oder wenn er hier schreibt, das Publikum ist auswechselbar im „Mercur“ in der Florianigasse in Wien und im Café Salzburg.

Liebhart: Ja, man müßte dann jeden einzelnen Bericht hernehmen und von der Substanz her analysieren.

Elmecker: Ja, es steht hier drinnen: . . .

Liebhart: Allgemein läßt sich das kaum feststellen.

Elmecker: „Verkehrt dort das Publikum aus den Salzburger linken Kreisen.“ Auf der nächsten Seite: „Beide Lokale haben linksextremes Publikum als Gäste.“ In Salzburg werden andere Beamte die Beobachtungen machen als in Wien?

Liebhart: Ja.

Elmecker: Also ich kann mir solche Berichte offensichtlich doch ein bißchen von der Kompetenz her nicht richtig einordnen und hätte damit meine Probleme.

Ich hätte im Zusammenhang mit diesen Berichten noch eine andere Frage, da geht es mir um die Daten. Der zweite Bericht, den ich hier habe, Proksch alias Kirchhofer Serge — das ist dieser Bericht, den Herr Kollege Dr. Fuhrmann schon erwähnt hat, vom 18. 8. 1983 — ist also vom 18. August 1983. Wir wissen aus dem bisherigen Datenmaterial, mit dem wir uns beschäftigen mußten: Am 14. 8. 1983 ist bei der Staatsanwaltschaft Salzburg diese Anzeige gemacht worden. Wußte die Behörde in Wien von der Anzeigeerstattung in Salzburg?

Liebhart: Zu dem Zeitpunkt nicht.

Elmecker: Zu dem Zeitpunkt nicht.

Sie haben vorhin erwähnt, Ihre Beamten hatten sehr guten Kontakt zum Untersuchungsrichter Tandinger. Es hätte mich der Zeitpunkt interessiert, ab welchem Zeitpunkt diese sehr guten Kon-

takte zum Untersuchungsrichter stattgefunden haben.

Liebhart: Ja, wenn Sie mir einen Moment nur gestatten. (*Blättert in seinen Unterlagen.*) Ich habe hier zumindest vorgemerkt 17. 3. 1985 AV betreffend Kontaktaufnahme mit U-Richter Tandinger. Ich habe vorhin gesagt — entschuldigen Sie, einen Moment noch — 1984 Übergabe an Ministerialrat Dr. Schulz, also vom Innenministerium, dann . . . — Ja, nach dem, was ich hier in der Eile jetzt bitte heraus suche, etwa März 1985.

Elmecker: Etwa März 1985. Das heißt also, hier war der ganze Akt, das ganze Aktenkonvolut schon bei der Staatsanwaltschaft Wien. Das ist für mich geklärt.

Nur meine Frage noch: Können Sie sich vorstellen, oder wie ist das gegangen, daß der Berichtstatter, Herr Werderits, auch schon über sehr umfassende Informationen aus dem Handelsgerichtsakt am 18. 8. 1983 verfügt haben muß, obwohl erst am 14. 8. bei der Staatsanwaltschaft Salzburg die Anzeige erstattet wurde?

Liebhart: Entschuldigen Sie einen Moment, ich werde nur nachsehen. (*Blättert wieder in den Unterlagen.*) Wir haben hier März 1983 Bericht an das Ministerium gehabt, dann 1984 Innenministerium, habe ich wieder hier, also Gruppe C. — Ja sonst, ich habe das leider nicht da, aber . . .

Elmecker: Ja, die Frage war . . .

Liebhart: Nein, nein, ich verstehe die Frage schon.

Elmecker: Der Herr Werderits hat am 18. August über umfassendes Material verfügt, obwohl die Anzeige erst am 14. 8. in Salzburg gemacht wurde.

Liebhart: Er hat die Sache vom Handelsgericht gehabt.

Elmecker: Hat er da Zugang?

Liebhart: Ja, er ist offenbar dort gewesen, das schreibt er ja in seinem Bericht.

Elmecker: Also er hat Zugang zu diesem Aktenmaterial des Handelsgerichtes.

Liebhart: Ja, hat er gehabt.

Elmecker: Und von Ihrer Seite wurden damals nicht irgendwelche Aktivitäten in die Wege geleitet, Anzeige bei der Staatsanwaltschaft?

Liebhart: Nein, weil es sich ja um das Material des Handelsgerichtes handelte, nicht?

Elmecker: Also an die Richtung Staatsanwaltschaft war von hier aus nicht gedacht.

Liebhart: Nicht, nein.

Elmecker: Danke.

Obmann Steiner: Danke. — Herr Dr. Gaigg, bitte.

Gaigg: Herr Zeuge! Soweit Sie das jetzt aufgrund Ihres Erinnerungsvermögens und der Ihnen zur Verfügung stehenden Unterlagen berichten können: Welche Verfahren beziehungsweise Erhebungen sind gegen Udo Proksch vor 1983, bevor dieser Bericht des Bezirksinspektors Werderits am 18. August 1983 eingegangen ist, bereits in Ihrer Dienststelle beziehungsweise im Bereich der Bundespolizeidirektion Wien gelaufen und worum ist es bei den einzelnen Erhebungen beziehungsweise Verfahren gegangen?

Liebhart: Ja, ich habe hier, ich kann nur aus einer sehr losen Übersicht zitieren, wenn Sie mir das gestatten.

Gaigg: Bitte, selbstverständlich.

Liebhart: Wir hatten am 14. 10. 1975 eine Information — ich habe das heute schon erwähnt, daß damals das begann —, und zwar über einen Anruf bei der Stelle des Heeres-Nachrichtenamtes. Wir bekamen aber einen Anruf aus München in dem Zusammenhang über Verdacht des Handels mit Kriegsausrüstung.

Gaigg: Ja.

Liebhart: Das war die einzige Sache.

Gaigg: 1975, ja.

Liebhart: Es ist dann im Dezember 1975 ein Bericht über den Herrn Kirchhofer, damals unter dem Namen Serge, also Serge Kirchhofer, gemacht worden. Später dann, am 16. 2. 1976, gibt es einen weiteren Bericht, schon mit dem Namen Rudolf Udo Proksch, im Zusammenhang mit seiner Firma, damals Sitz, ich glaube, Walfischgasse, wenn ich mich recht erinnere.

Gaigg: Und wie hieß die Firma?

Liebhart: Ich . . .

Gaigg: War es die Pinosa, oder . . . Er hatte ja mehrere.

Liebhart: Nein, Pinosa war im selben Haus, aber über die Firma Pinosa ist damals noch nicht ermittelt worden, sondern die Pinosa war im selben Haus, sondern es ging um eine andere Firma. Ich glaube, es war diese Brillensache.

Gaigg: *Aha. Ja.*

Liebhart: Bitte, aber zeihen Sie mich jetzt nicht der . . .

Gaigg: *Nein.*

Liebhart: Ich habe das nicht vorgemerkt, sondern . . .

Gaigg: *Und dabei ging's . . . Worum ging's dabei, bei dieser . . .*

Liebhart: Im Zusammenhang mit der ersten Mitteilung: Verdacht des Handels mit Kriegsausrüstung.

Gaigg: *Im Zusammenhang Kriegsausrüstung. Ja.*

Liebhart: Es ist dann von uns eine Information an das Innenministerium ergangen am 19. 2. 1976.

Gaigg: *Ja.*

Liebhart: Wir haben dann auch vom Innenministerium eine Information erhalten am 14. Mai 1976.

Gaigg: *Entschuldigung, diese Information an das Innenministerium ist an die . . .*

Liebhart: . . . Gruppe C, Staatspolizei, gegangen.

Dann war 1977 ein Bericht über abgestellte Militärgegenstände auf dem Flughafen Aspern im Zusammenhang mit diesem Verein.

Gaigg: *CUM.*

Liebhart: Ja, CUM ist die Abkürzung, aber das war vereinsregistermäßig nie richtig.

Dann gibt es einen weiteren Kriminalbeamtenbericht über Erhebungen im Zusammenhang mit dem Flughafen Aspern, Dodge-Club und so weiter. Eine Niederschrift mit dem Rudolf Proksch vom Juli 1977. Dann wieder eine Vorlage an das Innenministerium, einen Informationsweg an die Gruppe C, das war dann auch im Juli 1977. Dann 1979 eine Information von der Dienststelle des Innenministeriums über die Firma Pinosa. Das taucht jetzt hier auf. Dann ging es weiter, es wurden Erhebungsberichte angestellt über die Firma Pinosa, Ortus-Delta (*phoneisch*). Es kam dann eine weitere Informationstätigkeit von uns über Proksch an das Ministerium, das war 11. Mai 1979, . . .

Gaigg: *Und worum, entschuldigen Sie . . .*

Liebhart: . . . in der auch die Namen — pardon — Ing. Weichselbaumer und Bundesminister a.D. Lütgendorf waren.

Gaigg: *Und worum ging es bei der Pinosa?*

Liebhart: Ja, das ist die Firma draußen in Piesting.

Gaigg: *Ja, und gegenständlich um Waffenhandel oder noch immer um Handel mit Kriegsgerät? Oder worum?*

Liebhart: Ja, ich müßte da nachsehen, was da war. Ich habe aber das vorgelegt, das müßte in Fotokopie bei Ihnen sein.

Gaigg: *Aha.*

Liebhart: Entschuldigen Sie, wenn ich das erwähne. Es müßte da sein.

Gaigg: *Ja. Ich habe es nicht zur Verfügung. Aber es ist bei den Akten.*

Liebhart: Es ist von mir übermittelt worden.

Dann hatten wir eine Nachforschung aufgrund einer Mitteilung auf Bahnhöfen über einen angeblich abgestellten Waggon, in dem sich Maschinenpistolen befunden haben sollten. Diese Nachforschungen sind auf allen Bahnhöfen im September 1979, 13., 14. September, getätigt worden. Es war negativ.

Gaigg: *Ja.*

Liebhart: Dann gab es eine Information an Z, auch über Presseauswertung. Wir hatten nämlich eine Menge Zeitungsartikel im November 1979, zu diesen verschiedenen Sachen.

Das war der Beginn. Und so könnte ich das dann auch, wenn Sie wünschen, fortsetzen.

Gaigg: *Geht das noch weiter bis 1983?*

Liebhart: Ja.

Gaigg: *Ja, ich würde Sie bitten darum.*

Liebhart: Ja.

Gaigg: *Weil es ein sehr eindrucksvolles Bild über Udo Proksch gibt.*

Liebhart: Dann gab es 1980/81 eine Information vom Innenministerium über die Firma Pinosa, und zwar hieß es darin, angeblich hätte Proksch die Absicht, die Räumlichkeiten oberhalb der „profil“-Redaktion zu erwerben. Einen Kriminalbeamtenbericht über die Besitzverhältnisse dieser Wohnung. Eine Information an das Innenministerium über das Erhebungsergebnis. Niederschriften mit Proksch über sein sogenanntes Militantprojekt. Da hat er wieder einmal eine neue Idee geboren gehabt. Das war am 8. 10. 1980. Dann haben wir beim Akt — das habe ich auch übermittelt — eine Kopie einer Note aus dem Akt Fleissner an das Landesgericht für Straf-

sachen Wien. Und hier darf ich nur darauf hinweisen, daß es eine ziemlich weite Verflechtung verschiedener Sachgebiete war und eine Trennung sehr schwer möglich war. Deshalb taucht hier dieser Hinweis auf. Wir hatten dann noch eine Information an das Innenministerium zum gleichen Sachverhalt geschickt. Dann haben wir bekommen eine Art Strafantrag, und zwar durch Kontaktnahme mit dem Gericht, im vereinfachten Verfahren, gegen einen Franz Günther Hanke (*phonetisch*). Hauptverhandlung war da. Allerdings kenne ich das Ergebnis dieser Hauptverhandlung nicht. Eine Note an das Strafbezirksgericht Wien haben wir dann noch geschickt. Es gibt dann noch eine Information mit einer Ablichtung wesentlicher Akte dieses Gerichtsaktes betreffend Hanke (*phonetisch*). Das war dann schon im Oktober 1980. Und dann noch eine Art Interview vom August 1981.

Dann ging es weiter. 1982 eben das vorhin schon erwähnte Café „Merkur“. Dann ein Aktenvermerk über eine beabsichtigte Kontaktierung. Information der Kriminalbeamten über diese Sache. Fahrzeuge nach Beirut, Verschiebung von Fahrzeugen. Einen Kriminalbeamtenbericht über eine weitere Kontaktierung vom September 1983. Dann wieder ein Bericht über den angeblichen Transport von Fahrzeugen. Information an das Innenministerium, worin auch dieser Sachverhalt mit dem angeblichen Verschieben von Fahrzeugen nach Beirut . . .

Gaigg: Wenn Sie „Fahrzeuge“ sagen, sind da Militärfahrzeuge gemeint?

Liebhart: Ja.

Gaigg: Militärfahrzeuge, ja.

Liebhart: Und auch andere, bitte, wenn ich das nur ergänzen darf.

Gaigg: Ja, aber auch darunter.

Liebhart: Denn er hat sich ja mit dem Ankauf von solchem Material vorher befaßt.

Dann haben wir noch Ermittlungen angestellt über angebliche Geschäftsbeziehung zu Import- und Exportfirmen. Wir haben einen Kriminalbeamtenbericht über Erhebung zur Gerichtssache Zapata, das ist dieser 20seitige Bericht. Und da schließt sich dann jetzt der Kreis. Da komme ich dann auf diese . . .

Gaigg: Ja. — Herr Zeuge! Es wäre daher die Feststellung gerechtfertigt, daß Udo Proksch, beginnend mit 1975 oder 1976 . . .

Liebhart: 1975 war das bei uns.

Gaigg: . . . 1975 wiederholt Objekt von Erhebungen gewesen ist. Ist das richtig so?

Liebhart: Ja.

Gaigg: Und daß das Ergebnis dieser Erhebungen beziehungsweise die Tatsache, daß Erhebungen stattgefunden haben, dem Innenministerium zur Kenntnis gebracht wurden.

Liebhart: Ja. Richtig so.

Gaigg: Dann hätte ich, Herr Hofrat, hier noch einige Fragen zu meiner Aufklärung. Ich darf zu Ihnen kommen . . .

Liebhart: Gerne, ja.

Gaigg: . . . und Ihnen diese Schriftstücke vorlegen. (Begibt sich zu dem Zeugen.)

Die ziemlich umfangreiche Darstellung Werderits vom 18. August 1983 trägt einen handschriftlichen Vermerk, den ich nur mit großer Mühe entziffern kann. Von Ihnen, Herr Hofrat, dürfte der stammen. Da gibt es offenbar eine Ergänzung dazu.

Obmann Steiner: Bitte in das Mikrofon zu sprechen!

Gaigg: Die Anzeige beziehungsweise der Bericht des Inspektors Werderits vom 18. August 1983 enthält auf der ersten Seite einen ziemlich umfangreichen handschriftlichen Vermerk. Können Sie mir, Herr Hofrat, sagen, erstens von wem stammt er? Und soweit Sie das lesen können, was beinhaltet dieser Vermerk? Und enthält er irgendeinen Hinweis in der Richtung, daß der Bericht insgesamt an das Innenministerium gegangen ist?

Liebhart: Ich darf zunächst folgendes sagen: Wir haben zu diesem Akt, gerade unter dieser Zahl, die Originalstücke oder jene, die wir als Original haben, vorgelegt. Das heißt, der Bericht müßte hier bei den übermittelten Akten sein. Ich könnte dann das genauer lesen.

Hier scheint es so, daß es zur Sache Stiller war. Ich habe vorhin erwähnt, daß ein Zusammenhang womöglich bestand. Aber vielleicht kann man dieses Aktenstück hier finden.

Gaigg: Im Original?

Liebhart: Ja. Es müßte da sein.

Gaigg: Herr Vorsitzender!

Obmann Steiner: Bitte.

Gaigg: Es stellt sich die Frage, ob dieses Aktenstück im Original da ist, denn bei der Fotokopie fällt es dem Herrn Hofrat schwer, es zu entziffern, genauso schwer wie mir.

Obmann Steiner: Ich glaube, wir haben keine Originale.

Gaigg: Die Originale sind also nicht verfügbar.

Liebhart: Wir haben sie nämlich vorgelegt.

Obmann Steiner: Gut. Bitte, dann müssen wir schauen. Haben wir das doch irgendwo in Original?

Liebhart: Ich darf dazu etwas sagen: Es ist manches Original auch weggegangen. Zum Beispiel sind manche bei Gericht, aber das, was wir bei uns unter Original noch hatten, das müßte da sein.

Obmann Steiner: Als Original . . .

Gaigg: Darf ich versuchen, . . . zu entziffern.

Liebhart: Denn ich habe hier eine Aufstellung . . . Ich meine, ich bin gerne bereit, . . .

Gaigg: Ich würde das lesen, soweit ich es lesen kann: VA . . .

Liebhart: Zum Vorakt Stiller.

Gaigg: . . . dieser ist bloß ein sowieso — Akt . . . Vereinsakt könnte das heißen, Vereinsakt — das ist sehr schwer — wieder und darüber hinaus aus dem Komplex Siller seinerzeit gewonnenen Erkenntnisse — sollte das sein —, . . .

Liebhart: . . . Dem KRB . . . das ist keine Schrift. Woher ist das? Das müßte . . . Solche Stempeln gibt es bei uns gar nicht.

Gaigg: Herr Hofrat! Kennen Sie den Stempel? Ihrer ist es nicht.

Ermacora: Darf ich zur Geschäftsordnung sagen, daß das alles nicht im Protokoll stehen kann.

Gaigg: Wieso?

Obmann Steiner: Weil das Mikrofon nicht aufgedreht ist.

Gaigg: O ja, weil ich rede in dieses Mikrofon hinein, und das ist aufgedreht, selbstverständlich. (Er legt dem Zeugen Kopien zweier Schriftstücke vor.) Läßt sich daraus entnehmen, daß dieser Bericht ans Ministerium gegangen ist?

Liebhart: Ja sicher.

Obmann Steiner: Bitte ins Mikrofon zu sprechen, damit das alle hier herinnen hören!

Gaigg: Meine Frage war die, ob aus diesem handschriftlichen Vermerk ein Hinweis zu entnehmen ist, ob dieser Bericht dem Ministerium vorge-

legt wurde beziehungsweise ob das aus der Stampiglie zu ersehen ist.

Liebhart: Aus diesem Stempel kann ich erstens ersehen, daß das kein Stempelabdruck eines bei uns verwendeten Stempels ist. Zweitens kann ich diese Schrift nicht als die meines Stellvertreters, als meine oder als die von Dr. Kessler erkennen, aber der Schluß, daß dieses Stück aus dem Ministerium ist, ist zumindest nicht von der Hand zu weisen. Aber von uns ist dieser Stempel nicht.

Gaigg: Herr Hofrat! Es gibt eine Reihe weiterer Berichte aus Ihrer Dienststelle, die ebenfalls handschriftliche Vermerke enthalten, wie etwa der Bericht vom 24. August 1983 — die Zahl ist also unleserlich —, betrifft Guggenbichler Dietmar. Können Sie mir sagen, von wem dieser handschriftliche Vermerk ist?

Liebhart: Dieser handschriftliche Vermerk ist von mir. Es liegt leider an der Ablichtungsmaschine, daß die zweite Schlinge des Buchstabens „B“ und auch das harte „P“ nicht eindeutig abgeleitet sind. Die Aktenzahl werde ich in meinen Unterlagen gleich festzustellen versuchen. Ich kann das gerne machen. (Der Zeuge blättert in seinen schriftlichen Unterlagen.)

Ich habe hier den Vermerk: Bericht vom 24. August 1983 an „B“ und „P“, das ist von dieser Pressekonferenz des Herrn Guggenbichler. Die Zahl habe ich ebenfalls nicht da stehen, aber der Vermerk stammt eindeutig von mir.

Gaigg: Herr Zeuge, es gibt auf mehreren dieser Berichte diese handschriftlichen Vermerke „B“ und „P“, die offenbar Ihrer Hand entstammen. Nun stellt sich mir doch auch wieder die Frage des Dienstweges: Ist es nicht ungewöhnlich, daß Sie unmittelbar die Anordnung geben, daß dieser Bericht an den Minister und an den Polizeipräsidenten geht? Meiner Vorstellung nach wäre es doch der „normale“ Dienstweg gewesen, daß das zuerst an den obersten Leiter — das wäre der Herr Generaldirektor wahrscheinlich gewesen — geht und von dort allenfalls dann weiter ins Ministerium. Aber vielleicht irre ich. Ist das ein üblicher Vorgang?

Liebhart: Ich darf folgende Antwort geben — ich habe heute schon einmal von dieser Verwendung dieser Buchstaben „B“ und „P“ gesprochen —: Von uns gehen diese Berichte an den Herrn Polizeipräsidenten, das betrifft das harte „P“, und an das Bundesministerium für Inneres, und zwar immer zur Gruppe C. Was dort dann damit geschieht, welche Zuteilung zu welchem Referenten erfolgt und so weiter, das kann ich nicht sagen.

Gaigg: Ist das so zu verstehen, Herr Zeuge, daß der Vermerk „B“ und „P“ erst nachträglich durch

Sie daraufgekommen ist, nachdem Sie erfahren haben, daß der Bericht . . .

Liebhart: Nein.

Gaigg: *Das haben schon Sie im Vorhinein draufgemacht, also sozusagen als Vorschlag für den Polizeipräsidenten?*

Liebhart: Herr Abgeordneter! Der Vorgang ist folgender: Innerhalb der Polizeidirektion Wien haben die Abteilungsleiter das Recht, gewisse Aktenstücke auch im Namen des Polizeipräsidenten zu fertigen und natürlich auch Aktenstücke abzufertigen. Dazu gehört die langjährige Praxis, daß wir Berichtskopien, und zwar immer Kopien oder Fotokopien „im kurzen Wege“ — wir bezeichnen das: „ikW“ — vorlegen.

Der Vorgang ist der: Die Berichte werden am Morgen jeweils nach acht Uhr beim Rapport vorgelegt. Entweder gebe ich selbst, oder, wenn ich nicht da bin, mein Stellvertreter die Vermerke „B“ auf eine Kopie oder „P“ auf eine zweite Kopie und auf das Original dann den handschriftlichen Vermerk: „B+P haben“. Das heißt für das Protokoll, daß die beiden Stücke für „B“ und „P“ abzufertigen sind, unser Stück dann mit der Aktenzahl versehen wird und zum Referenten geht. Also so ist dieser Vorgang; an sich ein seit Jahren geübter Vorgang.

Der Empfänger — wenn ich das noch einmal erklären darf — ist das Bundesministerium für Inneres. Das heißt, ein Bote geht jeden Tag nach Beendigung des Rapportes und nach der kanzenmäßigen Abfertigung der Akten — sie müssen ja auch protokolliert und vermerkt werden und so weiter — mit diesen Aktenstücken direkt in das Vorzimmer des Gruppenleiters C; dort werden diese Akten deponiert. Die weitere Verfügung liegt natürlich außerhalb unserer Ingerenz.

Gaigg: *Herr Hofrat! Es ist bereits von einigen meiner Kollegen darauf hingewiesen worden, daß die Relation zwischen Aufwand und Nutzen bei diesen Einsätzen im Zusammenhang mit der Wahrnehmung bei Pressekonferenzen und Veranstaltungen in Frage zu stellen ist, daß das mit den Grundsätzen der Wirtschaftlichkeit, der Zweckmäßigkeit und der Sparsamkeit der Verwaltung, die ja anzuwenden sind, nur schwer in Einklang zu bringen ist.*

Meine konkrete Frage — mir fällt auch auf, so wie dem Kollegen Dr. Rieder, daß zu Pressekonferenzen und zu Veranstaltungen fast immer zwei Beamte geschickt worden sind —: Ist das üblich oder war das nur beim Preterebner so? Und wenn es allgemein üblich sein sollte, warum schickt man bitte eigentlich zwei Beamte dorthin, wo doch einer genügen würde?

Liebhart: Ich verstehe Ihre Frage vollkommen. Ich müßte hier aber sehr weit ausholen. Darf ich vielleicht folgenden Hinweis machen: Wir haben bei jeder Dienststelle natürlich auch eine Personalvertretung, und die Wünsche der Personalvertretungen sind auch zu berücksichtigen, und die gehen eben dahin, nicht einen Beamten allein, sondern zwei zu schicken. Das steht auch im Zusammenhang mit der sogenannten Schutzfunktion, die er auszuüben hat. Wenn etwas ist, sind zwei Beamte natürlich besser als einer, schon rein von der taktischen Seite her.

Gaigg: *Das ist schon richtig, aber bei einer Pressekonferenz steht wahrscheinlich die Schutzfunktion nicht so sehr im Vordergrund.*

Liebhart: Herr Abgeordneter, Sie haben mit Ihrer Meinung sicherlich nicht unrecht, aber ich darf dazu schon sagen, was ich vorhin schon gesagt habe: Als Polizeibeamten stellt man mir natürlich auch immer die Frage: War es unbedingt notwendig, bei bestimmten Dingen so viele Leute hinzuschicken? Man könnte manches Mal, wüßte man den Ablauf bestimmter Dinge, natürlich mit weniger Personal auskommen; da pflichte ich Ihnen schon bei.

Gaigg: *Ich darf zusammenfassend Ihre Antwort so interpretieren, daß es keine Besonderheit war, daß im Fall der Beobachtungen Guggenbichler und Preuerebner zwei Beamte gegangen sind, sondern daß es, wenn eine Veranstaltung besucht wird, offenbar üblich ist, daß zwei dorthin marschieren.*

Liebhart: Ja.

Gaigg: Danke.

Obmann Steiner: Herr Dr. Ermacora. Bitte.

Ermacora: *Herr Hofrat! Die ursprüngliche Frage des Herrn Dr. Pilz bezüglich Überwachung und ähnliches haben Sie mit Nein beantwortet.*

Ich wollte dazu aber nur sagen: Im Fall des englischen Historikers Irving haben Sie das aber ganz schön gemacht und haben dafür vom Verwaltungsgerichtshof auch eine entsprechende Rüge erhalten.

Ich darf feststellen: Aufgrund der Aktenlage sehe ich, daß Sie in Ihrem Ressortbereich folgendes gemacht haben: Café Landmann, Überwachung: 18. Februar 1988; Neues Institutsgebäude, Wien, 15. April 1988; Hotel Imperial, 24. August 1983; Palais Rasumofsky, 26. Mai 1988.

Es fällt auf, daß die Berichte aus diesen Überwachungsvorgängen oder Wahrnehmungsvorgängen, um Ihre Terminologie zu gebrauchen, gesonderte Berichte sind. Warum haben Sie nicht von Ihrer Polizeidirektion beziehungsweise von Ihrem Amte

als Repräsentant der Sicherheit im Lande Wien, das Bundesministerium in einem geschlossenen Bericht informiert?

Liebhart: Ich weiß nicht, was Sie meinen. Sie meinen: in einem zusammenfassenden Bericht?

Ermacora: Ja, in einem zusammenfassenden Bericht informiert.

Liebhart: Erstens einmal war das der erste Bericht aus dem Jahre 1983. Das ging ja rein aktenablaufmäßig nicht. Die drei aus 1988 könnte man theoretisch natürlich am Ende des letzten Berichtes vorlegen. Da müßte man jeweils wissen, wie viele solcher Gespräche oder Besprechungen es gibt. Das ist die erste Frage. Die zweite: Es würde das doch dem Grundsatz der raschen Weitergabe von Berichten und Informationen widersprechen.

Ermacora: Bitte, ich glaube, Ihre Erklärung ist deshalb nicht ganz schlüssig, weil es ja in Kärnten gleichfalls eine ganze Reihe von Überwachungen gab. Und dann hat die Sicherheitsdirektion des Landes Kärnten in einem berichtet; das gilt auch für Tirol, das gilt für Salzburg. Bei diesen drei Bundesländern habe ich die entsprechende Dokumentation. Hat Ihre Dienststelle kein Tonbandgerät für solche Maßnahmen, die aufgrund des Versammlungsgesetzes wohl geschehen?

Liebhart: Ich darf dazu folgendes sagen: Ich habe heute schon gesagt, ob eines verwendet wird oder nicht, das kann ich wirklich nicht sagen. Wir haben jedenfalls offiziell kein geeignetes Gerät so wie zum Beispiel hier.

Ermacora: Es war für mich die Bemerkung des Herrn Dr. Pilz interessant, daß es eben in den Berichten Ihrer Polizeidienststellen oft wörtliche Zitate gibt, die entweder nur, wie Herr Dr. Pilz richtig sagte, von einem exzellenten Stenographen ermittelt werden können, und da ich weiß, daß Ihre Herren meist nicht die Stenographie beherrschen, daß sie auch nicht sehr gut maschinschreiben können . . .

Liebhart: Also solche könnte ich Ihnen schon zeigen . . .

Ermacora: Bitte, lassen Sie mich weiterreden.

Liebhart: Ich bitte um Entschuldigung!

Ermacora: Ist es nicht merkwürdig, daß bei Ihnen kein Tonbandgerät verwendet wird? Ich möchte nur auf folgendes aufmerksam machen: In den Berichten von Kärnten und von Salzburg wird ausdrücklich angeführt, daß auf den Veranstaltungen mit Tonbändern aufgenommen wurde. Wie erklären Sie sich das? „Auftragungsgemäß“ steht hier. Ich würde das brutal ausgedrückt einen „frisierten“ Akt aus dem Jahr 1989 nennen, wo es heißt: Was

man im Jahr 1988 berichtet hat, war ein Irrtum; es war nicht auftragungsgemäß. Bitte, das kann man mir nicht erzählen! Also es wird im Originalakt gesagt: „auftragungsgemäß mit Kassetten“. Haben Sie so einen Auftrag bekommen?

Liebhart: Nie. (Graff: Dort zahlt das Amt das Tonbandgerät, und in Wien müssen sich das die Beamten selber zahlen!) Ich kenne den Kärntner Akt nicht, Herr Abgeordneter. (Neuerlicher Zwischenruf Graff.) Wir haben kleine Geräte zum Diktieren.

Ermacora: Bitte, im Kärntner Akt steht: „Die jeweiligen Kriminalbeamten waren vom zuständigen Leiter der Abteilung I intern angewiesen, den Inhalt der öffentlichen Vorträge von Pretterebner unter Verwendung von Tonbandgeräten möglichst detailliert festzuhalten.“

Dann heißt es weiter: „Die gegenständlichen Kassetten befinden sich in der Anlage.“

Im Salzburger Akt heißt es: „Teile des Vortrages wurden mittels Kassetten aufgenommen, und es liegen diese erforderlichenfalls bei;“ . . .

Dann heißt es hier in dem Bezug: „Fernmündlicher Auftrag des Bundesministers für Inneres, Ministerialrat Dr. Bruno Bertl“ und so weiter.

Es scheint mir nur merkwürdig zu sein, daß Sie in Ihrem Amte, Herr Hofrat, keinen diesbezüglichen Auftrag erhalten haben, aber dennoch — pflichtgemäß offenbar — einen Staatsbürger in dieser Weise beschattet haben. Entspricht diese Beschattung eines Staatsbürgers Ihrem Amtsverständnis, oder haben Sie dazu einen Auftrag gehabt?

Liebhart: Ich habe erstens — ich habe das heute schon gesagt — keinen Auftrag dazu gehabt, das speziell zu überwachen — wie Sie das immer nennen — oder beschicken zu lassen, sondern dies erfolgte aus meinem eigenen Amtsverständnis heraus. Man kann das auch noch anders formulieren: aus meinem eigenen Auftrag heraus. Und wir haben auch keinen Auftrag gehabt, jemals irgendein Gerät zu verwenden. Ich habe einen solchen Auftrag auch nicht gegeben.

Ermacora: Also hat offenbar das Ministerium das unterschiedlich gehandhabt, das heißt, einzelnen Sicherheitsdirektionen wurde ein Auftrag erteilt.

Liebhart: Ich kann diese Frage nicht beantworten, weil ich den Sachverhalt nicht kenne.

Ermacora: Bei Ihnen, Herr Hofrat, meinte man, Sie würden das kraft Ihres Amtsverständnisses ohnehin von sich aus bewältigen.

Ich möchte nur die Feststellung treffen: Ich habe wirklich den Eindruck, daß hier in diesem Staate ein Staatsbürger von einem Netz der Überwachung hinsichtlich seiner Äußerungen umfaßt war, und

Herr Hofrat, Sie sind natürlich mit ein „Netzträger“. Es bleibt nichts übrig, als das aufgrund der Aktenlage festzustellen.

Liebhart: Darf ich noch einen kurzen Satz sagen, Herr Abgeordneter! Ich habe damals diese Anordnungen getroffen, ja; es bedurfte keiner speziellen Weisung. Ich habe auch keine Weisung erhalten, und wir haben — übrigens nicht über alle vier Vorkommnisse, sondern nur über drei — Berichte vorgelegt. Über die letzte nicht mehr; das war die Veranstaltung im Palais Rasumofsky. Sie werden kaum ein „B“ oder „P“ dabei finden.

Ermacora: Ich habe mir das nicht angesehen; ich habe nur die Berichte gesehen.

Liebhart: Ich wollte das nur in Ergänzung dazu noch einmal erwähnen.

Ermacora: Danke vielmals.

Obmann Steiner: Frau Dr. Partik-Pablé. Bitte.

Helene Partik-Pablé: Herr Zeuge! Die Ermittler in der Sache gegen Udo Proksch — „Lucona“ sind häufig eingedeckt worden mit Strafanzeigen, mit Disziplinaranzeigen. Sie sind bedroht worden.

Mir ist in diesem Zusammenhang auch zu Ohren gekommen, daß es eine Überwachung des Untersuchungsrichters Dr. Tandinger durch die Staatspolizei gegeben haben soll. Ist das richtig?

Liebhart: Nein, sicher nicht.

Helene Partik-Pablé: Gibt es einen personalbezogenen Akt über den Untersuchungsrichter Tandinger?

Liebhart: Nein.

Helene Partik-Pablé: Das können Sie ausschließen?

Liebhart: Ja.

Helene Partik-Pablé: Wir haben in den gesamten Unterlagen gesehen, daß Guggenbichler sehr viele Vormerkungen in diesem Personalakt hat: von Vergewaltigung angefangen, bis zu Diebstahl, ich glaube, auch Raub, und alles mögliche.

Hier hat Herr Guggenbichler gesagt: Es hat sich herausgestellt im Laufe der Zeit, der Jahre, daß diese Sachen überhaupt nicht stimmen.

Ich möchte Sie nun fragen: Wie ist das? Man kommt mit Namen offensichtlich leicht hinein in einen solchen Personalakt; da genügt schon der geringste Verdacht, eine Anzeige von jemandem, der einem etwas Böses anhaben will. Und ich möchte Sie nun fragen: Wie kommt der Name wieder heraus aus diesem Akt? Wird eigentlich dann, wenn sich herausstellt, daß das eine falsche Anzeige war,

daß das ein falscher Verdacht war, der Akt auch irgendwann bereinigt?

Liebhart: Es wird im Akt selbstverständlich vermerkt, daß der Grund einer solchen Anzeige nicht gestimmt hat, und auf diese Weise kann es zu keiner Auskunft in negativer Form kommen.

Helene Partik-Pablé: Na ja, aber es kommt dann doch zu solchen Bemerkungen, jedenfalls amtsintern, wie da zum Beispiel am 24. August 1983 hinsichtlich Guggenbichler, daß er einen „psychopathischen Hintergrund“ hat; und das Ganze ist bereits 10 Jahre alt. Sie haben Ihre „Weisheit“ aus einem Akt aus dem Jahre 1973 für das Jahr 1983 bezogen.

Liebhart: Also nicht ich persönlich, sondern die Beamten meinen Sie?

Helene Partik-Pablé: Die Beamten, ja, aber Sie sind ja der Chef dieser Beamten. Wird da in der Zwischenzeit zum Beispiel niemals untersucht, ob eigentlich dieser „psychopathische Hintergrund“, wenn er überhaupt besteht, noch aufrecht ist?

Liebhart: Es heißt, wenn ich mich recht erinnere, übrigens Verdacht, nicht?

Helene Partik-Pablé: „Nachrichtenschwindler“ heißt es hier, „mit möglicherweise psychopathischem Hintergrund“, auch im BMfJ einschlägig vorgemerkt. — Wird das niemals vernichtet, was da drinnen ist, von dem sich herausstellt, daß es falsch war?

Liebhart: Nach der derzeitigen Form: bei solchen Akten nicht.

Helene Partik-Pablé: Das Strafregister wird zum Beispiel irgendwann bereinigt, dann, wenn eine Tilgung erfolgt ist. Und Sie machen das nicht. Selbst wenn jemand im Jahre 1950 angezeigt worden ist, und es hat sich dann herausgestellt, daß die Sache überhaupt keine Begründung hatte, bleibt der Vermerk über diese Amtshandlung trotzdem im Akt?

Liebhart: Bleibt im Akt; der Akt kommt nicht weg, es sei denn, er fällt unter die „normale“ Skartierungsvorschrift — dann wird er selbstverständlich auch vernichtet.

Helene Partik-Pablé: Ja, aber wenn er nicht vernichtet ist, dann bleiben auch diese alten Vormerkungen, selbst wenn sie sich als gegenstandslos erweisen; aufrecht. Halten Sie das für richtig?

Liebhart: Wenn sie gegenstandslos sind, dann wird das ja auch nicht angeführt. Es ist immer eine Frage, ob das jemals überprüft wurde, ob das festgestellt worden ist oder nicht.

Helene Partik-Pablé: Ja schon, aber wenn sich jemand den Akt kommen läßt, so steht das drinnen. Es steht zwar drinnen, daß sich der Verdacht als falsch erwiesen hat, aber trotzdem ist die Anzeige drinnen.

Liebhart: Ja, ist drinnen.

Helene Partik-Pablé: Wie haben Sie zum Beispiel diesen möglichen „psychopathischen Hintergrund“ überprüft?

Liebhart: Ich kenne den Akt nicht auswendig. Ich bitte um Entschuldigung, aber ich kann nicht jeden Akt auswendig kennen; außerdem bearbeite ich auch nicht jeden einzelnen Akt.

Helene Partik-Pablé: Halten Sie es für möglich, daß im Laufe von zehn Jahren untersucht worden ist, ob der „psychopathische Hintergrund“, der möglicherweise im Jahr 1973 vorhanden war, auch noch 1983 bestanden hat?

Liebhart: Ich kann diese Frage nicht beantworten; aber offenbar nicht.

Helene Partik-Pablé: Finden Sie es richtig, daß Verdachtsmomente, die sich als unbegründet erwiesen haben, weiterhin im Akt bleiben? Oder finden Sie, daß es notwendig wäre, daß da eine Änderung eintritt?

Liebhart: Nach der derzeitigen Form geht es nur dann, wenn Akten skartiert werden; anders nicht. Aus einem Akt können wir nicht Teile herausnehmen.

Helene Partik-Pablé: Finden Sie das richtig, daß

...

Liebhart: Ob ich das richtig finde oder nicht, ich glaube, das hat wenig zu sagen . . .

Helene Partik-Pablé: Es würde mich interessieren, was der Leiter der Abteilung . . .

Liebhart: . . ., sondern es ist die Frage, ob es entsprechende Dienstvorschriften gibt, die das er-möglichen beziehungsweise nicht ermöglichen. Meine eigene Meinung hat wenig damit zu tun.

Helene Partik-Pablé: Immerhin sind Sie der Leiter der Staatspolizei Wien. Haben Sie jemals versucht, da eine Änderung herbeizuführen?

Liebhart: Wenn eine entsprechende Regelung eintritt, werden wir sie sicher beachten.

Helene Partik-Pablé: Ob Sie eine Regelung . . .

Liebhart: Nein.

Helene Partik-Pablé: Danke.

Obmann Steiner: Herr Dr. Graff. Bitte.

Graff: Herr Hofrat, nur eine kurze Gesamtfrage. Sie, Herr Hofrat, haben gesagt, daß Sie im Wiener Bereich die Wahrnehmung der Pretterebner- und Guggenbichler-Veranstaltungen aus Ihrem eigenen Amtsverständnis heraus angeordnet haben. Sie haben auch auf eine verallgemeinernde — mit Recht verallgemeinernde — Frage des Dr. Pilz gesagt: Bei keinem anderen Journalisten hat so etwas stattgefunden. Sagen Sie: Warum haben Sie das eigentlich gemacht? Weisung haben Sie keine gehabt.

Liebhart: Ich habe heute schon erklärt, daß im Zusammenhang mit verschiedenen Veröffentlichungen immer wieder von „Waffenhandel“, „Spionage“ und von „Beteiligung bis hinauf in die höchsten Stellen“ die Rede war. Das sind die Gründe für die Beteiligung unserer Beamten an solchen Veranstaltungen.

Graff: Ja, aber wenn die Berichte, wie Sie heute selber sagen, zu dem überhaupt nichts hergegeben haben, warum haben Sie das dann weiterberichtet, etwa ans Innenministerium und so weiter?

Liebhart: Warum? — Weil wir in solchen Fällen, wenn es sich eben um den Verdacht dieser bestimmten Umstände: Waffenhandel, Spionage und so weiter handelt, dem Ministerium berichten.

Graff: Deshalb?

Liebhart: Ja.

Graff: Haben Sie mit Ministerialrat Bertl in diesem Zusammenhang Kontakt gehabt?

Liebhart: Ich nicht.

Graff: Sie nicht?

Liebhart: Nein.

Graff: Auch nicht telefoniert, gesprochen oder irgend etwas?

Liebhart: Ich weiß das nicht, nein.

Graff: Weil in allen anderen Fällen ist das über Bertl gelaufen, nämlich der Wunsch des Innenministeriums nach Informationen.

Liebhart: Das mag sein, aber bei uns nicht.

Graff: Weil Sie eben einen so guten Amtsverstand haben. — Danke.

Obmann Steiner: Herr Dr. Pilz. Bitte.

Pilz: Sie sagten: Bei Ihnen nicht. Bei irgend jemandem sonst?

Liebhart: Nein, auch nicht.

Pilz: *Wie viele personenbezogene Akten sind eigentlich im Zusammenhang mit der Affäre Lucona beim Staatspolizeilichen Büro, bei Ihnen, angelegt worden?*

Liebhart: Erstens über Udo Proksch selbst, in demselben Akt scheint auch Daimler auf; dann die Bemerkungen zu Pretterebner und Guggenbichler.

Pilz: *Sonst niemand?*

Liebhart: Ich weiß sonst keinen.

Pilz: *Werden eigentlich weiterhin von Ihnen Veranstaltungen im Zusammenhang mit „Lucona“ beschickt?*

Liebhart: Bei gegebenem Anlaß kann das durchaus möglich sein.

Pilz: *Werden auch Veranstaltungen von Mitgliedern des Untersuchungsausschusses beschickt?*

Liebhart: Nein. — Ich weiß, Sie meinen Ihre eigene Veranstaltung in der kommenden Woche zum Beispiel.

Pilz: *Zum Beispiel. — Das kann ich ja feststellen. (Graff: Das können Sie ja noch machen, wenn es ihn beruhigt!)*

Liebhart: Sie können sicher sein, ich gehe nicht hin. Ich lese das sowieso in den Zeitungen.

Pilz: *Ja.*

Liebhart: Aber wenn Sie wollen, daß jemand kommt, kann ich das schon machen. *(Heiterkeit.)*

Pilz: *Ich glaube, das braucht man . . . (Ruf bei der SPÖ: Zum Schutz!)*

Liebhart: Kostenlos natürlich.

Pilz: *Wir können ja dann eh feststellen, ob irgend etwas dann aktienkundig wird.*

Gibt es eigentlich über Mitglieder dieses Untersuchungsausschusses personenbezogene Akten?

Liebhart: Nein.

Pilz: *Überhaupt keine? Über kein Mitglied dieses Untersuchungsausschusses gibt es einen personenbezogenen Akt?*

Liebhart: Wie meinen Sie das? Über Sie vielleicht?

Pilz: *Zum Beispiel über mich. Gibt es keinen Akt? (Schieder: Nicht ausnützen!)*

Liebhart: Nein.

Pilz: *Ich möchte eine weitere Frage anschließen, weil es mich persönlich nämlich interessiert. Es sollte dem Ausschuß schon zugänglich gemacht werden, ob es irgendwelche zusätzlichen Eintragungen über Wahrnehmungen, über unsere Tätigkeit im Zusammenhang mit dem Lucona-Ausschuß gibt, und zwar nicht nur der Abgeordneten, sondern auch der Experten. Das ist eine Frage, die ich für durchaus relevant halte.*

Liebhart: Darf ich sie für die Polizeidirektion Wien beantworten: Nein.

Pilz: *Wunderbar.*

Liebhart: Nur für die Polizeidirektion Wien, ja.

Pilz: *Na selbstverständlich.*

Obmann Steiner: *Dr. Pilz, Sie können gut schlafen.*

Heute gibt es keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Dann danke ich dem Herrn Zeugen. (Der Zeuge verläßt den Sitzungssaal. — Die Sitzung wird um 18 Uhr 8 Minuten unterbrochen. — Der Ausschuß tritt um 18 Uhr 30 Minuten zu internen Beratungen zusammen.)

Schluß der Sitzung: 18 Uhr 59 Minuten